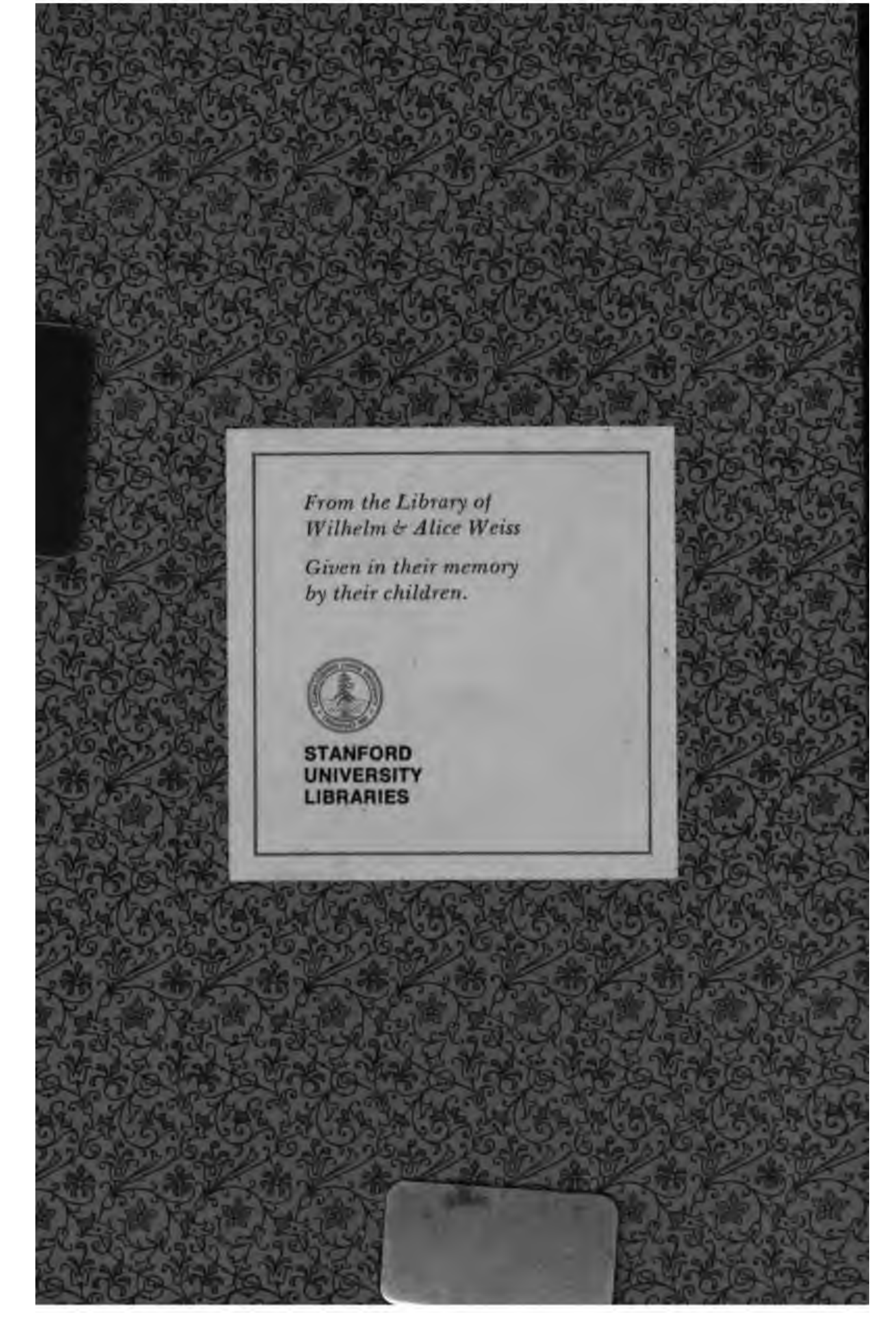
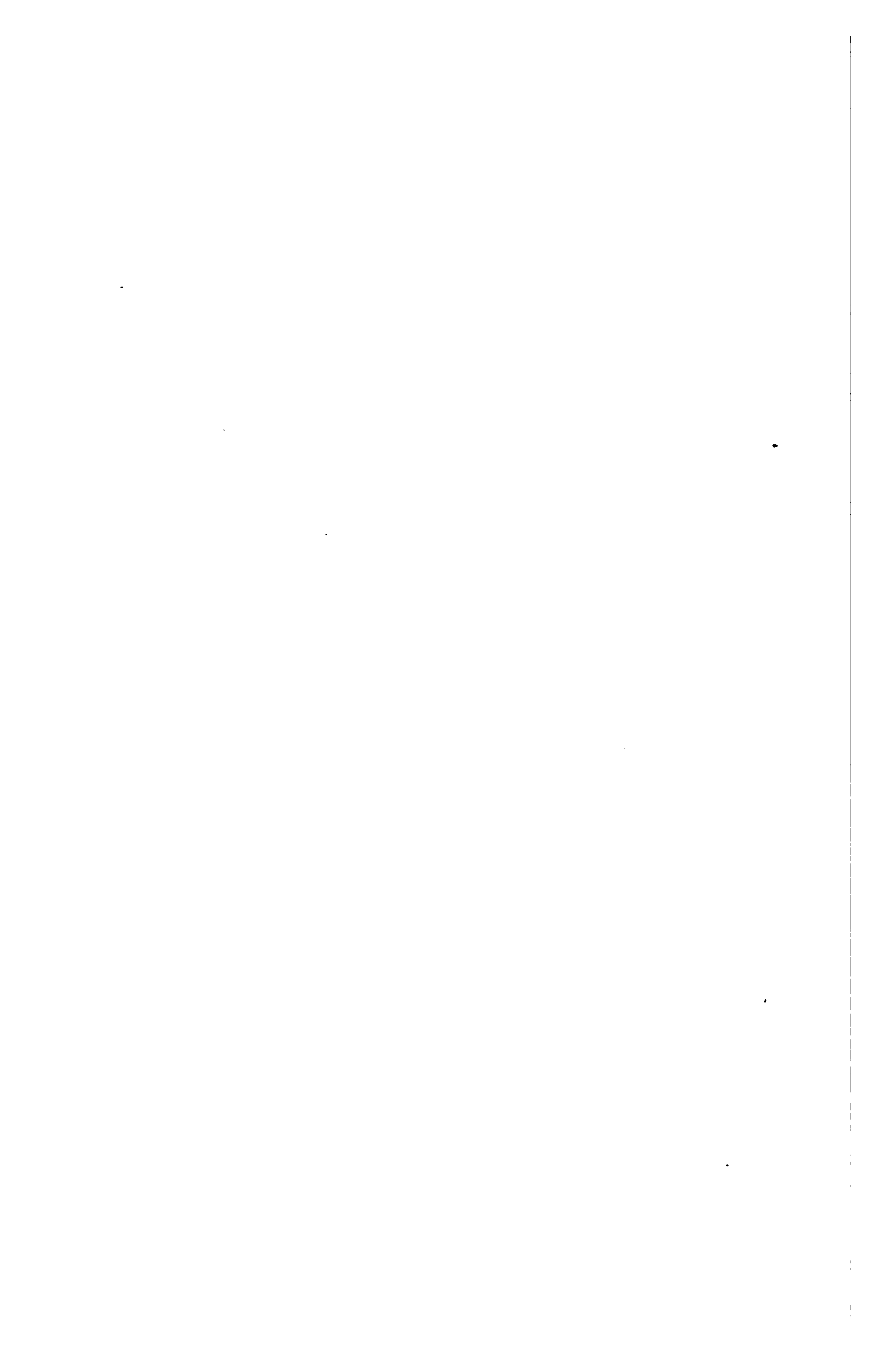

From the Library of
Wilhelm & Alice Weiss
Given in their memory
by their children.
STANFORD
UNIVERSITY
LIBRARIES





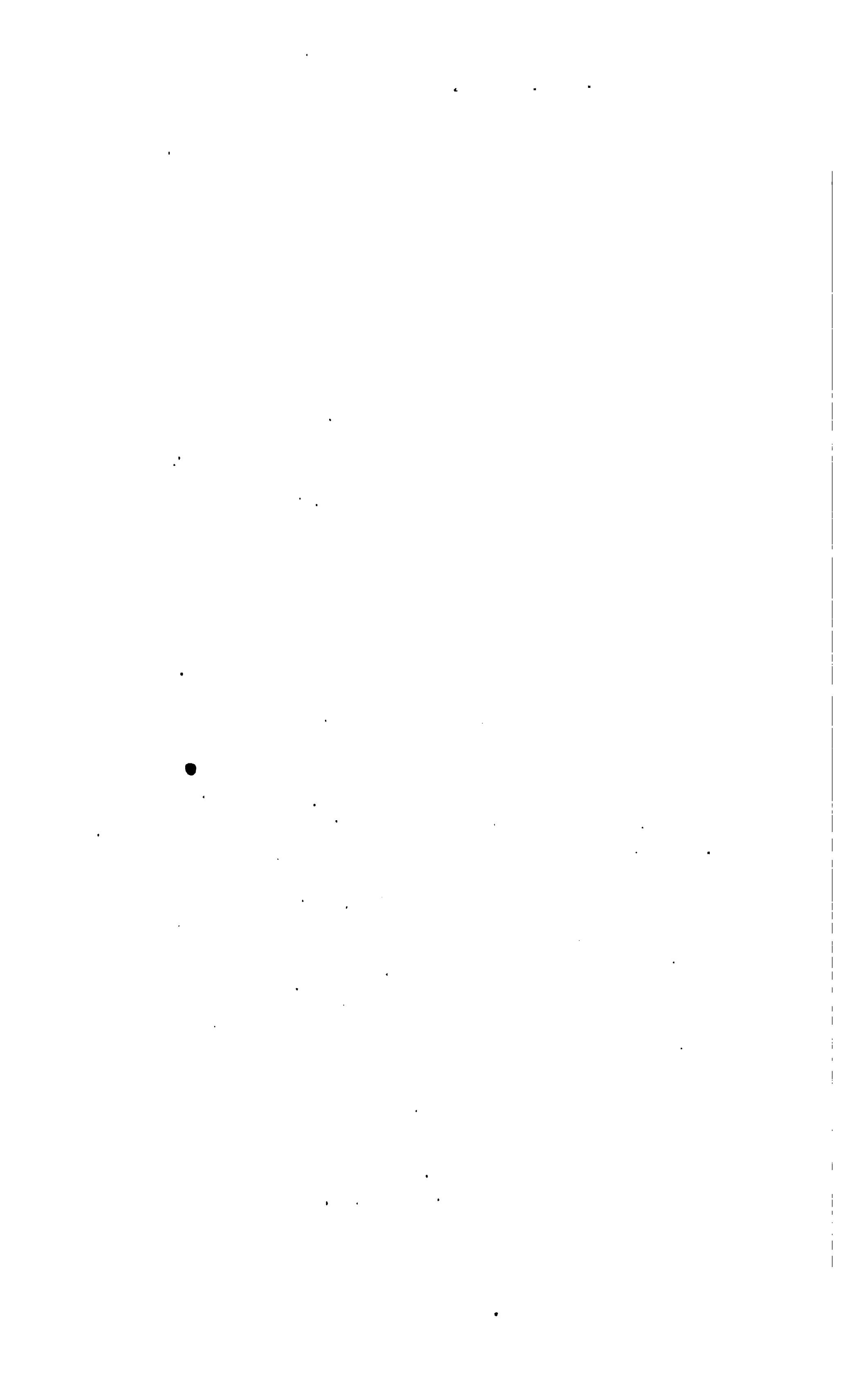
Oskar Jägers

Geschichte der neuesten Zeit.

Zweiter Band.



Die Paulskirche in Frankfurt am Main.
Sitz der deutschen Nationalversammlung im Jahre 1848.
Gezeichnet von W. Herwart.



Geschichte

der

neuesten Zeit

vom

Wiener Kongreß bis zur Gegenwart.

Von

Dr. Oskar Jäger.

Dritte durchgesehene und ergänzte Ausgabe.

Zweiter Band.

1848—1863.

Mit Abbildungen und einer Karte.

Zweiundzwanzigste Auflage.

Berlin.
Verlag von Oswald Seehagen.
1890.



Geschichte

der

neuesten Zeit

vom

Wiener Kongreß bis zur Gegenwart.

Von

Dr. Oskar Jäger.

Dritte durchgesehene und ergänzte Ausgabe.

Zweiter Band.
1848—1863.

Mit Abbildungen und einer Karte.

Zweiundzwanzigste Auflage.

Berlin.
Verlag von Oswald Seehagen.
1890.

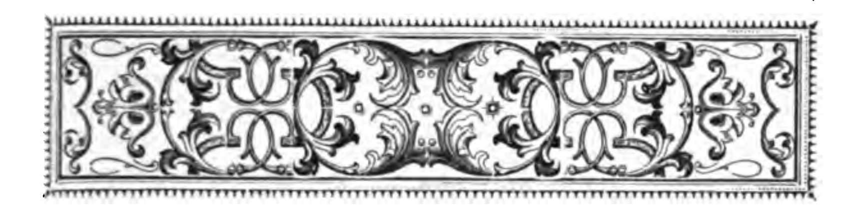
Drittes Buch.

Von der Revolution des Februar 1848 bis zum Tode Friedrichs VII. von Dänemark.

1848—1863.







Einleitung.

Der Friede, den sich Europa in den Jahren 1813 bis 1815 erkämpft, und dem es in den Festsetzungen des Wiener Kongresses die Form feierlichen Vertrages gegeben, hatte nunmehr, mit nur lokalen Unterbrechungen, ein Menschenalter gedauert: eine längere Friedenszeit, als bis dahin, seit den Tagen der römischen Kaiserzeit, der europäischen Menschheit vergönnt gewesen war. Man näherte sich der Mitte des Jahrhunderts, als in Frankreich ein wenig bedeutender Tumult durch eine Reihe fast unbegreiflicher Fehler und Zufälle zu einer Revolution führte, welche an einem Tage ein schlecht gewurzeltes Königtum, das seine Sache vorschnell verloren gab, über den Haufen warf und an seiner Stelle eine Republik improvisierte, die in vollem Widerspruch stand mit jener monarchischen Ordnung der Dinge, welche die Verträge von 1815 als ein Fundamentalgesetz des europäischen Lebens festgestellt hatten. Es war geschehen, man wußte kaum wie: die Thatsache aber war nicht zu leugnen noch zu ändern, daß diesmal die Revolution nicht, wie 1830, mit dem Königtum paktiert, sondern es einfach beseitigt hatte.

Zwei Dinge verschafften diesem Ereignis seine ungeheure Wirkung. Es war einesteils der übertriebene Wert, welchen die Mächte der Heiligen Allianz und ihr Anhang auf die Gleichförmigkeit des politischen Zustandes in allen europäischen Ländern gelegt, — und es war andernteils der schroffe Gegensatz, den man von dieser Seite zwischen Regierung und Volk, zwischen Herrscher und Unterthanen aufgerichtet hatte. An und für sich konnte es für Preußen oder Österreich, für Deutschland oder Rußland so gleichgültig sein, wie es für England oder Amerika war, ob Frankreich sich unter einer republikanischen

Staatsform besser behagte als unter einer monarchischen, und wäre das Verhältnis zwischen Herrscher und Unterthanen im eigenen Lande überall ein gesundes gewesen, hätte das monarchische Prinzip allenthalben durch den „Beweis des Geistes und der Kraft", durch seine günstigen Folgen für die Wohlfahrt der Staaten sich rechtfertigen können, so hätte man die Katastrophe im Nachbarlande ruhig mit ansehen dürfen. Allein dieses gesunde Verhältnis bestand nirgends als in England und etwa in einigen kleineren Staaten wie Norwegen, Belgien, Holland oder Schweden, welche wenig Anteil am europäischen Gesamtleben nahmen und von dessen Strömungen nicht unmittelbar berührt wurden. Dagegen standen im übrigen Europa, in Deutschland vor allem und in Italien, Regierende und Regierte überall in einem mehr oder weniger schroffen Gegensatz, — im besten und selteneren Falle standen sie zum mindesten einander gleichgültig gegenüber. Von seiten der Regierenden sah man oder witterte man in den Tiefen des Volkslebens eitel revolutionäre Kräfte. Man betrachtete das Volk als eine seit geraumer Zeit von einem bösen Geiste besessene, unruhige, von unklaren Trieben bewegte Masse, die, für sich urteilslos, ja der bestehenden Ordnung zugethan, in der Hand ehrgeiziger Oppositionsredner und Agitatoren zu einem gefährlichen Werkzeug werden könne, — der man deshalb das Maß politischer Rechte aufs Spärlichste zumessen, die man möglichst von politischen Gedanken ablenken und, wo sie dennoch mehr, als den ängstlichen Wagenlenkern heilsam schien, mit Politik sich befasse, zwar nicht die Peitsche, aber doch die Zügel fühlen lassen müsse; — das Volk andererseits, in den meisten Fällen ebenso ungerecht, stellte sich unter seinen Regierern lauter strenge und eigennützige Leute vor, welche dem Volke vorenthalten, was ihm gebühre, kein freies Wort vertragen könnten, von der Gewalt einen wenn nicht geradezu grausamen, doch barschen Gebrauch machten. In Italien, in Polen lastete eine wirkliche Fremdherrschaft auf dem Lande. In Deutschland, wo die Dinge wenigstens vielfach mehr lächerlich als traurig standen, erschwerte der Mangel an Öffentlichkeit das gegenseitige Verständnis; der Führerstaat, Preußen, schwankte in einer seltsamen und unklaren Zwitterstellung zwischen Konstitutionalismus und Absolutismus; die kleinen und mittleren Staaten, im Besitze konstitutioneller Formen, wurden doch ihres Verfassungslebens, das nur taube Früchte trug, nicht froh; in Österreich handhabte ein greisenhaftes Regiment launisch und gedankenlos die schlaff gewordenen Zügel. Und während man von seiten der Regierenden ängstlich die Macht oder den Schein derselben festhielt, bei jedem freien Worte sich gereizt zeigte, wurde das Volk auf der anderen Seite allmählich anspruchsvoller im Bewußtsein wachsender Kraft, wachsender Einsicht,

wachsenden Wohlstandes, oder es schrieb, wo Wohlstand und Wohlbehagen fehlte, den Regierenden dafür die Verantwortung zu: wie man überhaupt diese für alles, wofür sie konnten und wofür sie nicht konnten, in Anspruch nahm. Ein Wort des Kaisers Napoleon hatte geweissagt, in 50 Jahren werde Europa entweder republikanisch oder kosakisch sein, und manche gefielen sich darin, in solchen großen Worten die Gegensätze auf die Spitze zu treiben: es bedurfte erst einer Periode gewaltsamer Zuckungen, revolutionärer und reaktionärer Mißregierung, großer und eigenartiger Katastrophen, ehe man allmählich zu der Erkenntnis kam, daß es sich nicht darum handle, Europa kosakisch oder republikanisch, sondern vernünftig zu machen, — in gegenseitiger Verständigung der verschiedenen Parteien und Kräfte der Freiheit und ihren Vorbedingungen, weitverbreiteter gesunder Bildung und sicher begründeter gesetzlicher Ordnung, eine Stätte zu bereiten.

Indem nun die Anregung, welche durch die neueste Revolution in Paris kam, alles, was seither in unthätigem Mißbehagen dahinlebte, zu offenem Kampfe rief, — indem die gewaltsame Erschütterung, unter deren Stoß das ganze europäische Staats- und Gesellschaftsgebäude schwankte, alles in Frage stellte, jeden antrieb, seine Gedanken und Wünsche, seine wahren und eingebildeten Bedürfnisse geltend zu machen, entstand ein chaotisches Durcheinandergären aller möglichen Kräfte, eine langandauernde europäische Krisis, welche den alternden Weltteil verjüngte, bei einzelnen Staaten und Völkern den schon begonnenen Verfall beschleunigte, andere dagegen zu einem neuen großen welthistorischen Leben erweckte. Man kann sagen, daß diese Bewegung, welche in der vorgeschrittenen Zeit eine Menge gewaltiger Hebelkräfte vorfand, mehr als je eine andere die Völker in ihren Tiefen aufregte, dadurch alle möglichen Fragen, kirchliche wie staatliche, gesellschaftliche, volkswirtschaftliche, ethische, wissenschaftliche wachrief, vor die Öffentlichkeit brachte, und daß sie ebendamit nach jeder Seite hin eine befruchtende Wirkung ausgeübt hat. Das Sprichwort sagt wohl, daß ein Narr mehr frage, als zehn Weise beantworten können: das „tolle Jahr", welches den zweiten Abschnitt unserer Geschichte beginnt, stellte in seinen 366 Tagen mehr Probleme auf, als 100 gewöhnliche und „vernünftige" Jahre lösen konnten.

Der Zeitraum von 1848 bis 1863, mit welch letzterem Jahre die Lösung der wichtigsten dieser großen Fragen, der deutschen, beginnt, und das deshalb eine neue Epoche eröffnet, scheint sich ohne Zwang in drei größere Abschnitte zerlegen zu lassen. Der erste dieser Abschnitte umfaßt die eigentliche Revolution, die Jahre 1848 bis 1852, — die stürmischen Anläufe wider die bestehende Ordnung, deren gänzliche Überflutung an allen, ihren teilweisen Einsturz und ihre teilweise

Wiederherstellung an den meisten Orten: wir können ihn abgrenzen mit der Aufrichtung des zweiten Napoleonischen Kaiserreichs, das an dem Punkte des Ausbruchs selbst den Krater der Revolution wieder schloß. Der zweite Abschnitt, 1852 bis 1859, umfaßt eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe, wo die wilden Wasser sich verlaufen haben, sich setzen, — eine Zeit mehr oder weniger gewaltsamer Reaktion. Sie erreicht ihren Endpunkt mit dem Österreichisch-Italienisch-Französischen Kriege und seinem Abschluß, dem Frieden von Villafranca: einem Friedenswerk, das die italienische Einheitsbewegung, deren Abschluß es sein sollte, erst recht entfesselte und in ihrer Unwiderstehlichkeit zeigte, während der Krieg selbst, die Art, wie er geführt, und die Art, wie er geendigt wurde, die Kraft der österreichischen Reaktion brach, wie in dem vorangehenden Russisch-Türkischen Kriege die Kraft der russischen gebrochen worden war. Der dritte dieser Abschnitte endlich schließt mit dem Tode Friedrichs VII. von Dänemark (November 1863). Es war dasjenige Ereignis, welches die deutsche Frage in Fluß brachte und uns in eine neue Zeit hinüberführt, wo auf eine unerhört rasche und überaus merkwürdige Weise aus dem zersplitterten, geteilten und zerfetzten Deutschland eine einheitliche politische Macht wurde, wie soeben in Italien geschehen — ein großes Reich in der Mitte des Kontinents also entstand, eine neue europäische Staatenordnung sich bildete, welche gegründete Hoffnung auf Dauer giebt, weil sie eine innerlich gesunde und vernünftige ist. Seit dem Jahre 1848 wird die Weltgeschichte, indem die Völker durch die unendlich gesteigerten Verkehrsmittel, welche dem raschen und vielfältigen Gedankenaustausch in die Hände arbeiten, sich näher und näher treten, ungemein reich und vielseitig: während sie innerlich sich zu vervielfältigen scheint, werden ihr zugleich äußerlich immer neue Räume gewonnen: nach beiden Richtungen scheint sie ins Unermeßliche sich zu dehnen.

Erster Abschnitt.

Von der Februarrevolution bis zur Errichtung

des zweiten Französischen Kaiserreichs. 24. Februar 1848 bis 2. Dezember 1852.

A. Germanische Staaten.

1. England, Niederlande, Skandinavien.

Drei Staaten oder Staatengruppen, England, die Niederlande und von den skandinavischen Staaten Schweden und Norwegen, genossen den beneidenswerten Vorzug, daß auf sie die Ereignisse, deren Schauplatz soeben Paris gewesen, zwar einen vielfach anregenden, aber keinen gewaltsam erschütternden Einfluß ausübten. Von den Ländern der skandinavischen Gruppe wurde nur Dänemark durch seine Verwickelungen mit Deutschland ernstlich in Mitleidenschaft gezogen.

In Schweden war Karl XIV. Johann 1844 gestorben, und es folgte ihm sein Sohn Oskar I. Die neue Dynastie schlug durch ihn feste Wurzeln; er ergriff selbst die Initiative in der Frage der hochnötigen Verfassungsreform, die aber am Adel und an der Geistlichkeit zunächst scheiterte. Man hielt, bis die Zeiten günstiger wurden, das Land schadlos durch Reformen auf materiellem Gebiete, Vorbereitungen zu umfassenden Eisenbahnbauten z. B., und nahm dann im Jahre 1847 die Verfassungsreform wieder auf, welche durch die Ereignisse von 1848 in rascheren Fluß kam, dann aber wieder stockte, als die deutsch-dänischen Verwickelungen die Aufmerksamkeit von den inneren Angelegenheiten ablenkten und die unter der nordischen Jugend gärenden skandinavischen Einheitsideen eine Zeitlang sich breit machten. Die reaktionäre Rückströmung aber trat hier ein, ehe die Reform der Reichsvertretung zu stande gekommen war, und der günstige Augenblick

war somit ungenutzt verstrichen. Norwegen setzte seine glückliche private Existenz fort, ohne daß das stürmisch bewegte Leben Europas seine entlegenen Küsten berührte. Sein Verhältnis zu Schweden gestaltete sich günstiger, teils weil die Persönlichkeit des neuen Herrschers dem Volke sympathischer war, als die seines Vorgängers, teils weil man sich der Wahrnehmung nicht verschließen konnte, daß sich das Land seit der überdies nichts weniger als engen oder gar drückenden Verbindung mit Schweden entschieden wohler befand als je unter dänischer Herrschaft.

Dieselben Vorteile einer wesentlich privaten Existenz genossen Belgien und Holland, die ihre Revolution schon hinter sich hatten. Es war ein glänzender Beweis für die Vortrefflichkeit des konstitutionellen Systems, wenn es von einem so vortrefflichen Regenten, wie Leopold I. war, gehandhabt wurde, daß Belgien während der ganzen Zeit von 1848 bis 1852, in der die ältesten Throne wankten, vollständig ruhig blieb. Der König erklärte beim Ausbruch des Sturmes im Ministerrat, daß er bereit sei, sich in den Privatstand zurückzuziehen, wenn er das Vertrauen des Volkes nicht mehr besitzen sollte. Man erfuhr diese Äußerung, und freiwillige und aufrichtige Kundgebungen legten Zeugnis dafür ab, wie das Volk ein volles Verständnis dafür hatte, daß hier in Wahrheit der König dem Lande notwendiger war, als das Land dem König. Auch Holland vollbrachte ohne heftige Stürme eine wesentliche Reform seiner öffentlichen Zustände. Dort hatte Wilhelm I. im Jahre 1840 zu Gunsten seines Sohnes Wilhelm II. abgedankt und lebte noch einige Jahre mit seinem ungeheuren Vermögen als Privatmann. Weniger glänzend als die seinigen standen die Finanzen des Staates; doch wendeten sie sich unter dem neuen König, dem es gelang ein gutes Verhältnis mit Belgien herzustellen, zum Besseren, und auch in den Verfassungskämpfen kam man zum Ziele. Das Jahr 1848 half hier zum Durchbruch, und am 3. November 1848 ward die neue Verfassung vollendet. Erst unter der folgenden Regierung aber, unter Wilhelm III., welcher 1849 folgte, siegte die liberale Richtung vollständig. Im Oktober dieses Jahres berief der neue König den bedeutendsten der liberalen Staatsmänner, Thorbecke, an die Spitze der Regierung, welche nun die Verfassung durch eine Reihe von organischen Gesetzen fruchtbar machte, die das Land in einen befriedigenden Zustand versetzten und dieses Gemeinwesen in die glückliche Lage brachten, dem übrigen Europa wenig Stoff zu Diskussionen, Besprechungen und ärztlicher Hilfeleistung zu geben.

Dagegen mußte England, als eine der großen Mächte doch auch in dieser Zeit einen wichtigen Einfluß auf das europäische Leben ausüben. Es bot das vielbeneidete und zugleich lehrreiche Schauspiel

eines Staates dar, welcher seine Revolutionsstürme bereits glücklich bestanden hatte, eines Staates, in welchem frühzeitig der Zwiespalt zwischen Königsmacht und Volksrecht ausgeglichen war, und welcher deshalb der wilderregten Zeit, die jeden Augenblick neue Ideen, Wünsche und Kräfte hervorbrechen ließ, zwar heilsame Anregungen zu stetigem Fortschritt entnahm, das ruhige Spiel seiner Institutionen aber keinen Augenblick unterbrach. Dieses Land war in der Lage, die Gestürzten und Vertriebenen aller Länder und aller Parteien, deren lange Reihe am 3. März Ludwig Philipp als Mr. Smith eröffnete, an seinem gastlichen Herde aufzunehmen.

In der ganzen Zeit von 1848 bis 1852 blieb das liberale Ministerium am Ruder. Die Nachrichten aus dem Nachbarlande machten, sehr unerwartet wie sie kamen, begreiflicherweise großes Aufsehen. Sie erregten etwas den Wellenschlag der Parlamentsverhandlungen, übten aber sonst wenig Einfluß, obgleich die Chartisten einerseits und der irische Repealverein andererseits sich durch dieselben zu erneuerter Thätigkeit aufgerufen glaubten. Aber die große Chartistendemonstration in London am 10. April 1848 verlief ohne Wirkung und ohne Blutvergießen. Die gewöhnliche Polizei, verstärkt durch Freiwillige aus der Bürgerschaft, die sich für den Tag als Konstabler einschwören ließen, genügte, die Ordnung aufrecht zu halten, und das für alle Fälle, nach dem einsichtigen Plane des alten Herzogs von Wellington bereit gehaltene Militär brauchte sich gar nicht zu zeigen. Auch in Irland kam es wohl zu wilden Reden, einzelnen Gewaltthaten, Hochverratsprozessen, und eine Zeitlang war man genötigt, zu dem hier so häufigen Mittel der Suspendierung der Habeaskorpusakte zu greifen: aber dem „Jungen Irland“ fehlte der Führer, der, wie O'Connell einst, es verstanden hätte, die tumultuarischen Kräfte zu disciplinieren und nach erreichbaren Zielen zu lenken.

Große politische Fortschritte wurden während dieser Zeit in England nicht gemacht. Selbst ein so mäßiger Fortschritt, wie die Zulassung der Juden zum Parlamente, konnte nicht durchgesetzt werden, da die Maßregel, wiederholt im Unterhause beschlossen, ebenso oft vom Oberhause verworfen wurde. Dagegen wurde auf der Bahn des Freihandels, dessen großer Vertreter, Sir Robert Peel, im Juli 1850 infolge eines unglücklichen Sturzes vom Pferde starb, gegen eine ansehnliche Minorität von Protektionisten, die im Unterhause Benjamin Disraeli, im Oberhause Lord Stanley führte, ein weiterer heilsamer Schritt durch Abschaffung der alten Schiffahrtsgesetze gethan. Das Land gedieh sichtbar, die Armensteuer sank: und während auf dem Festlande den großen Aufregungen eine tiefe Ermattung und Entmutigung folgte, konnte England, einem Gedanken des Prinzen Albert

gemäß, auf seinem freien Boden ungestört die Produkte der Industrie und des Gewerbfleißes aller Länder zu einer großen Schaustellung vereinigen: am 1. Mai 1851 ward im Hydepark die erste Weltindustrieausstellung eröffnet. Man zählte über sechs Millionen Besucher des großen Glaspalastes, der eine vorübergehende Zierde des schönsten Parks der Hauptstadt war, und mit dessen Material hernach ein neuer in der Nähe von London zu Sydenham aufgeführt wurde: eines der schönsten, erfreulichsten und lehrreichsten Wunderwerke des 19. Jahrhunderts, dessen Handels- und Spekulationsgeist hier für wenige Pence selbst dem Geringsten den tagelangen Genuß einer Herrlichkeit möglich machte, die keines Fürsten Reichtum hätte schaffen können.

2. Deutschland.

a. Anfang der Revolution; März und April 1848.

Einen von diesem Zustande friedlichen Gedeihens sehr verschiedenen Anblick bot Deutschland dar. Deutschland war dasjenige Land, für welches die Pariser Februarrevolution wie eigens geschehen war. Wie mit einem Schlage war dieses sonst so ruhige Land in einen Tummelplatz aller Leidenschaften verwandelt. Bis in das entlegenste Dorf war es allenthalben, als ob jedes Herz den Posaunenhall eines großen Weltgeschicks vernehme, welcher dieses Volk zu einem neuen politischen Leben oder zur völligen Auflösung rufe.

Unter den leitenden Männern der liberalen Opposition in den Kammern der deutschen, insbesondere der süddeutschen Staaten war kein Zweifel darüber, daß man diese Gelegenheit benutzen müsse, um die Regierungen zu Zugeständnissen im Sinne des liberalen Systems zu drängen. Denn das, was ihnen seither gefehlt hatte, energische Unterstützung durch die Masse des Volkes, wurde ihnen jetzt durch die ungeheure Aufregung, welche die Pariser Ereignisse hervorriefen, plötzlich in einem ungeahnten Umfange zu teil. Eine gewisse Einigung über das zunächst zu Erstrebende war schon vor jenen Ereignissen durch Versammlungen von Abgeordneten der liberalen Opposition, deren letzte am 10. Oktober 1847 zu Heppenheim an der Bergstraße stattgefunden hatte, erzielt worden: was jetzt der Bewegung sofort Nachdruck gab, war der Umstand, daß niemand berechnen konnte, wohin die Revolution in Frankreich selbst noch führen würde. Es konnte aus derselben ein großer europäischer Krieg, es konnten aus ihr socialistische Umsturzversuche hervorgehen; beiden gegenüber erschien Befriedigung des Volks durch schleunigste umfassende liberale Zugeständnisse, Zusammenfassung der Kräfte Deutschlands durch eine wirk-

same Form der Einheit und Bewaffnung der Bürger Bedürfnis: und namentlich das letztere, die allgemeine Volksbewaffnung, ließ die Fieberhitze des Augenblicks, das Gefühl der Ohnmacht einem äußeren Feinde gegenüber, das in den Kleinstaaten herrschte sowie kluge Berechnung einzelner Führer der Bewegung weit dringender erscheinen, als es wirklich war. So bestürmte denn am 27. Februar 1848 eine Bürgerversammlung, die unter Itzsteins Vorsitz zu Mannheim unter freiem Himmel gehalten ward, die badische Kammer mit den Forderungen, sich um Volksvertretung beim Deutschen Bunde, volle Preßfreiheit, Geschworenengerichte und Volksbewaffnung zu verwenden; am folgenden Tage that eine Versammlung zu Karlsruhe dasselbe; am 29. unterzeichneten Bürger von Stuttgart in großer Anzahl eine Adresse ähnlichen Inhalts an den König von Württemberg: und dasselbe geschah in den nächsten Tagen an einer Menge anderer Orte. Mit jeder Minute gleichsam wuchs in den Massen das Gefühl von der Bedeutsamkeit der Bewegung und von ihrer eigenen Unwiderstehlichkeit. Eine Petition, von einer solchen sieghaft aufgeregten Menge angenommen und vorgelegt, führte ihre Beweisgründe sehr wirksam vor: man erfand das bequeme und bezeichnende Wort Sturmpetitionen für solche kategorisch gestellten Forderungen, welche kein Nein und noch weniger ein nur halbes Ja vertrugen. Dem Bureaukratenstaat und seiner Spitze, der Bundesversammlung zu Frankfurt, wuchs die Bewegung innerhalb weniger Tage über den Kopf. Am 1. März erließ das dortige Präsidium im Namen der Versammlung eine Ansprache an das deutsche Volk: „Deutschland müsse auf die Stufe erhoben werden, welche ihm unter den Nationen Europas gebühre"; zwei Tage später stellte ein Beschluß es jedem deutschen Bundesstaate frei, die Censur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen; am 9. wurden die Farben der Deutschen Burschenschaft schwarz-rot-gold als Bundesfarben erklärt und am 10. beschlossen, daß die Regierungen aufzufordern seien, Männer des öffentlichen Vertrauens nach Frankfurt zu senden, um bei der alsbaldigen Beratung über die Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage mitzuwirken. Während diese Zeichen und Wunder sich am Sitze und im Schoße des Bundestages begaben, war bereits ein von einer Versammlung von Koryphäen der liberalen Partei, die am 5. März zu Heidelberg getagt hatte, ernannter Ausschuß von sieben Männern — Heinrich von Gagern, Itzstein, Welcker, dem Württemberger Römer u. a. — an der Arbeit, die Grundzüge einer solchen neuen Verfassung für das neue Deutschland zu entwerfen. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern, Staatenhaus, Volkshaus, Gemeinsamkeit des Heeres, der Vertretung nach außen, der Handels-

politik, der Civil- und Strafgesetzgebung, Verbürgung der Freiheiten — so nahm man hier in kühnem Flug, denn im Kopf hat das keine Schranken, alle Positionen im Sturm und gab den Einheitsgedanken eine bestimmtere Form.

In den mittleren und kleineren Staaten bemächtigte sich die liberale Partei, von der gewaltig brausenden Strömung an die Stufen der Throne getragen, innerhalb weniger Tage der Gewalt. In München erwirkten tumultuarische Versammlungen, unterstützt durch die von allerwärts einlaufenden Adressen, aufgeregt durch umlaufende Gerüchte bald vom Anmarsch österreichischer Truppen, bald von der Anwesenheit der berüchtigten spanischen Tänzerin, schon am 6. März eine von allen Prinzen des Hauses Wittelsbach mitunterzeichnete Proklamation des Königs, welche sofortige Einberufung der Kammern, sofortige Aufhebung der Censur, Deutschlands Einheit, Vertretung des Volks am Bunde, Revision der Bundesverfassung aussprach; — eine Proklamation, welcher dann alsbald die Vereidigung des Heeres auf die Landesverfassung und eine Änderung des Ministeriums im liberalen Sinne folgte. Am 20. dankte König Ludwig zu Gunsten seines Sohnes, Maximilians II., ab, der alsdann am 22. die Stände mit einer Thronrede eröffnete, in welcher er treue Erfüllung der Grundsätze des Manifestes vom 6. versprach: zugleich ward ein neues Ministerium aus liberalen Männern gebildet. In Württemberg berief der König, nach einem durch die drohende Haltung der Bevölkerung in der Geburt erstickten Versuch, an der Stelle des seitherigen bureaukratisch-konservativen Ministeriums von Schleyer ein reaktionäres zu bilden; die Häupter der liberalen Opposition, Friedrich von Römer, Paul Pfizer, Goppelt, Duvernoy, in seinen Rat, deren Programm vom 11. März die Bevölkerung befriedigte, doch nicht beschwichtigte. Denselben Gang nahmen die Dinge allenthalben; hier dauerte das Überlegen etwas länger, war der Tumult etwas stärker; der Erfolg und so ziemlich auch der Verlauf war überall der gleiche. In Sachsen versuchte König Friedrich August II. sich der Bewegung, die in Leipzig ihren Hauptherd hatte, zu widersetzen. Er wollte nichts von Zeitereignissen wissen, die ihm an der Stelle seiner Eigenschaft als Bundesfürst und der sächsischen Landesverfassung seine Pflichten vorschreiben sollten. Aber vor der drohenden Haltung der Stadt, von niemand unterstützt, in Dresden selbst von tumultuarischem Fordern bedrängt, mußte auch er nachgeben und berief am 16. März ein neues Ministerium, an dessen Spitze der Professor von der Pfordten stand, und welches denn ohne Zaudern die gewünschte Proklamation erließ, in der alles bewilligt wurde. Nicht anders erging es in Hannover. König Ernst August erließ am 15. eine unter den gegebenen Umständen

lächerliche Proklamation, in der er erklärte, daß er zwar seine Zustimmung nicht geben könne zu einer Volksvertretung beim deutschen Bunde, daß er aber alle seine Kräfte aufbieten werde, damit die Hohe Deutsche Bundesversammlung mit mehr Fleiß und größerer Energie in den deutschen Angelegenheiten handle, als dies bisher geschehen. Einige Tage später mußte er sich doch eines anderen besinnen. Er ernannte ein neues Ministerium mit dem Bürgermeister von Osnabrück Dr. Stüve an der Spitze, dem er denn auch die Vertretung des Volkes am Bunde zusamt den übrigen Forderungen des Tages zugestand. Deutlicher noch war die Sprache, welche der Kurfürst von Hessen von seinen mißhandelten Unterthanen zu hören bekam. Als er den Deputationen, welche sich zur Unterstützung der in Kassel aufgestellten Forderungen des Volkes dort einfanden, kein Gehör gab, ward ihm am 9. ein förmliches Ultimatum gestellt. „Das Volk verlangt, was ihm gebührt; es spricht den Willen aus, daß seine Zukunft besser sein soll, als seine Vergangenheit;" innerhalb dreier Tage müßten die namhaft gemachten Forderungen gewährt sein; drohend wies die „Volkskommission", welche dieses Ultimatum stellte, auf den bewaffneten Zuzug hin, der in den Städten sich sammle. Am 11. gab der Fürst nach, da man bereits zu einem Sturm aufs Schloß sich anschickte.

Da und dort ging die Bewegung bereits über die konstitutionellen Bahnen hinaus. An einzelnen Punkten, wie im Odenwald, im fränkischen Teile von Württemberg kam es zu Bauernaufständen; in Baden beschloß eine Versammlung zu Stockach im Seekreis augenblickliche Volksbewaffnung, und überall spielten die großenteils nicht vorhandenen „Feudallasten" in den Reden der Aufwiegler eine große Rolle. Gerüchte — offenbar in Umlauf gesetzt von solchen, welche nicht ohne Nutzen die Geschichte der ersten französischen Revolution studiert hatten — von Massen französischen Gesindels, das sich von jenseit des Rheins herüberwälze, dienten dazu, die erhitzte Bevölkerung in ganz Südwestdeutschland, wo dieses Truggespenst Scharen von Flüchtlingen vor sich hertrieb, zur raschen Organisation von Bürgerwehren zu treiben. Alle Welt griff zu irgend einer primitiven Waffe, während gleichzeitig Greise und unbärtige Knaben sich damit behagten, in unablässigen geräuschvollen Versammlungen ausfindig zu machen, welche besondere Aufgabe ihnen die „große Zeit", die so plötzlich angebrochen, zugewiesen habe, und trommelten und exerzierten, als wäre schon am nächsten Tage der Einbruch irgend welcher Hunnen oder Mongolen zu befürchten. Indessen gestaltete sich die Lage, trotz des Jubels über die neuen „Errungenschaften", der, in Süddeutschland besonders, in den Flitterwochen der neuen Freiheit den Wirtshäusern goldne Ernten

sprießen ließ, allmählich ernster. Im Großherzogtum Baden gewann der Radikalismus und die republikanische Ideologie sichtbar die Oberhand über die mehr und mehr meisterlos schweifenden Gemüter: von entscheidender Wichtigkeit aber war der Gang, den die Dinge mittlerweile in Berlin und Wien zu nehmen angefangen hatten. Seit dem 2. März befand sich der preußische General von Radowitz in Wien. Die begonnenen Unterhandlungen zwischen den beiden großen Höfen über die deutschen Angelegenheiten waren aber von den Ereignissen bereits überholt und unwirksam gemacht.

Im Jahre 1830 war Österreich, wie wir uns erinnern, von den Wirkungen der Pariser Ereignisse nur wenig und nur sehr mittelbar berührt worden: diese neue Flutwelle der Revolution überschwemmte rasch alle Schranken und künstlichen Dämme und drohte mehr als einmal den Thron selbst, der hier mehr noch als sonstwo die Staatseinheit bedeutete, in ihren Tiefen zu verschlingen; sie drang in alle Adern dieses künstlichen Staatswesens; wo an einer Stelle die Wasser mit unsäglicher Mühe hinausgeschafft waren, brachen sie im nächsten Augenblick an einer andern mit verdoppelter Wut herein.

Die Überzeugung, daß in der bisherigen Weise nicht fortgewirtschaftet werden dürfe, war hier, wie wir gesehen haben, bereits weitverbreitet, als die Pariser Katastrophe eintrat. Die ungeheuren Übel, an denen diese Monarchie krankte, traten jetzt plötzlich an die Oberfläche des allgemeinen Bewußtseins: und auch hier in Wien suchte man die Heilung zunächst in den allerwärts angepriesenen Heilmitteln des Konstitutionalismus. Aber die Krankheit nahm hier, einerseits infolge der finanziellen Notstände und andererseits infolge der Zusammensetzung des Reichs aus den widerstrebendsten Bestandteilen, einen so akuten Charakter an, daß jenen im besten Falle sehr allmählich wirkenden Mitteln keine Zeit gegönnt war, ihre Heilkraft zu erproben. Die liberale Partei, welche in mehreren für gewöhnlich sehr friedfertigen Vereinen, wie dem Niederösterreichischen Gewerbeverein, Sammelpunkte besaß und alsbald mächtige Verbündete in den Studenten und Professoren der Wiener Universität sowie in den Fabrikarbeitern der Vorstädte von Wien erhielt, brachte ihre Wünsche in Form von Adressen an den Kaiser und an die niederösterreichischen Stände, deren Zusammentritt unmittelbar bevorstand: Veröffentlichung des Staatshaushalts, periodische Berufung eines alle Länder umfassenden ständischen Körpers, Öffentlichkeit der Rechtspflege, Preßgesetzgebung, zeitgemäße Gemeindeverfassung. Der Kaiser empfing sie mit gutmütiger Freundlichkeit wie immer; einen Entschluß zu fassen, war seine Sache nicht; die Frage, was weiter werden solle, zu beantworten übernahm an der ratlosen Ratgeber Stelle die aufgeregte Volksstimmung. Am 13. März,

dem Tage des Zusammentritts der sonst höchst harmlosen „Rotfrackstände" Niederösterreichs, organisierte sich ein großer Zug nach deren Sitzungslokal, dem sogenannten Landhause. Auf der Burg waren einige Regierende, aber keine Regierung versammelt; es kam zu Reibungen zwischen dem Militär und den dichtgedrängten Volksmassen, von denen ein Teil ins Landhaus eingedrungen war und dort sein Wesen trieb: die Nachricht von dem Zusammenstoß und dem Schießen der Soldaten rief auch die eigentliche Bürgerschaft zu thätigem Eingreifen auf, und am Abend eines stürmischen Tages war man so weit, durch eine Deputation vom Kaiser — an dessen Stelle die Staatskonferenz handelte — die Entfernung des Fürsten Metternich, die Zurückziehung des Militärs und die Bewaffnung des Volks zu verlangen. Der alte Fürst, vom Hofe sofort aufgegeben, war wie das ganze „System" mit seiner Weisheit am Ende und machte sich am folgenden Tage aus dem Staube.*) Am gleichen Tage wurden vor dem Zeughaus Gewehre an die Bürger verteilt, und auch Wien hatte nun seine Nationalgarde. Die Revolution war fertig, das alte Österreich lag in Trümmern: und am 15. März, demselben Tage, wo auch Kossuth mit den ungarischen Forderungen in Wien erschien, wurde das kaiserliche Manifest verkündigt, das völlig in die neue Bahn der konstitutionellen Regierung mit Preßfreiheit und sofortiger Berufung der Abgeordneten sämtlicher Provinzialstände einlenkte, und das auch hier, in Wien wie in den Provinzen, denselben gedankenlosen Jubel hervorrief, mit welchem sich alle Welt in diesen Flitterwochen einer neuen Zeit über die ernsten Probleme, die sie stellte, hinwegtäuschte. Am 18. März bei einer Umfahrt des Kaisers, bei der man dem willenlosen Manne eine schwarzrotgelbe Fahne in die Hand steckte, während eine andere vom Stephansdome wehte, spannte das freudeberauschte Volk die Pferde vom Wagen, während die Truppen von der Hofburg abzogen und den Schutz des Kaisertums der neugeschaffenen Nationalgarde überließen.

Es war derselbe Tag, an welchem in Berlin ein mutwillig

*) Wir setzen her, was Guizot, Mémoires pour servir à l'histoire de mon temps II, S. 339 erzählt. Après les catastrophes de 1848 nous étions, le prince de Metternich et moi, refugiés ensemble à Londres; je lui dis un jour: „Expliquez-moi, je vous prie, mon prince, comment et pourquoi la révolution de Fevrier s'est faite à Vienne. Je sais pourquoi et comment elle s'est faite à Paris; mais en Autriche, sous votre gouvernement, je ne sais pas." — J'ai quelquefois gouverné l'Europe, me dit-il avec un sourire mêlé d'orgueil et de tristesse, mais l'Autriche jamais. Das Gespräch ist für beide Männer höchst charakteristisch, und wenigstens das ist sehr wahr, daß der Fürst Österreich niemals regiert hat, was allerdings seine Aufgabe und Pflicht, aber freilich sehr viel schwieriger war, als „quelquefois" Europa zu regieren.

herbeigeführtes Seitenstück zu dem Pariser Ereignis unter nutzlosem Blutvergießen zu großem Verderben der vaterländischen Entwickelung, welche nur von hier aus ihre Lösung finden konnte, sich abspielte.

Die Unhaltbarkeit der deutschen Bundesverfassung war dort längst erkannt. Eine Denkschrift des Generals von Radowitz, des Militärbevollmächtigten am Deutschen Bunde, hatte schon unter dem 20. November 1847 mit voller Klarheit das Übel und sein einzig mögliches Heilmittel dargelegt. Der Deutsche Bund, so führte diese Denkschrift: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV." aus, hat in den 32 Jahren seines Bestehens nichts gethan; der materielle Schaden, den diese Unthätigkeit verursachte, ist groß, größer der moralische; soll eine neue befriedigende Lebensordnung in Deutschland möglich sein, so muß der Sehnsucht nach einer großen deutschen Gemeinschaft, die sich aller Gemüter bemächtigt hat, Rechnung getragen werden. Und dieser Drang in den Gemütern des deutschen Volks trifft zusammen mit dem, was Lebensbedürfnis Preußens ist, das seine unzulänglichen Machtmittel nur ergänzen kann in einer festen und innigen Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland. Preußen also muß sich mit dem bessern Geiste Deutschlands verbinden, — in dem wiedergeborenen Deutschland wird es sich selbst erst recht finden. Mit anderen Worten: Preußen muß auf politischem Gebiete die Führung zu einer neuen Einigung im Geiste des Jahrhunderts übernehmen, wie es durch den Zollverein auf dem volkswirtschaftlichen gethan hatte. Die Hauptschwierigkeit wäre dabei die Auseinandersetzung mit Österreich gewesen, die in gewöhnlichen Zeiten sich schwer hätte finden lassen: dazu wäre jetzt Rat geworden, wo alles aus den Fugen zu weichen drohte und wenigstens Österreich sicher aus den Fugen weichen mußte.

Wenn ein Staat, dessen Fundamente so fest gegründet waren wie die des preußischen, diese Aufgabe in die Hand nahm, so war dieses hohe Ziel einer politischen Einigung der centralen Nation Europas erreichbar, anders nicht. Die Bewegung im preußischen Deutschland nun vollzog sich zunächst in derselben Weise wie überall. Was in den rheinischen Städten Köln, Düsseldorf, Aachen begann, wiederholte sich in Breslau, Königsberg und in Berlin, wo unruhige Menschenmassen unter den Zelten im Tiergarten ihre Versammlungen hielten und die Redner des Tages beklatschten; hier mit mehr, dort mit weniger Tumult: es machte eine Art Eifersucht rege, daß man es in Wien schon zu einer Revolution gebracht hatte, in Berlin noch nicht. Am 14. März 1848 berief ein Patent des Königs, welches die Absicht kundgab, zu einer wirklichen Neugestaltung des Deutschen Bundes zu gelangen, den vereinigten Landtag auf den 27. April. Die übrigen Forderungen des Tages, welche sich auf den Ausbau der konstitutionellen Freiheiten be-

zogen, sollten eben auf diesem Landtage beraten werden und dort ihre richtige Form oder gesetzliche Fassung erhalten. Allein die sich allenthalben überstürzenden Ereignisse erlaubten keinen so bedächtigen Gang; wiederholte Zusammenstöße des Militärs mit den unruhigen Menschenmassen hielten die Aufregung wach, und die Wiener Nachrichten schienen zu entscheidenden Entschlüssen zu drängen. Sie erfolgten am 18. März: ein Erlaß, in welchem der König den vereinigten Landtag schon auf den 2. April nach Berlin berief, enthielt mit aller Deutlichkeit das Programm der neuen Zeit — die Grundzüge dessen, was nach zwei Jahrzehnten voll Verwirrung, nach schweren Krisen, unter gewaltigem Kreisen und Ringen wirklich geworden ist — Verwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat: Bundesrepräsentation, zunächst aus den Ständen aller deutschen Länder, welche konstitutionelle Verfassungen in allen deutschen Staaten zur notwendigen Voraussetzung habe, eine allgemeine deutsche Wehrverfassung, deutsche Flotte, deutsches Bundesgericht; allgemeines deutsches Heimatrecht und volle Freizügigkeit; allgemeiner deutscher Zollverein, gleiches Maß und Gewicht, gleicher Münzfuß; Preßfreiheit. Dies verkündete der König als das Programm der Regierung des mächtigsten deutschen Staates in einem Aktenstück, das von ihm, dem Prinzen von Preußen und von sämtlichen Ministern, insgesamt Männern von Ehre, unterzeichnet war. Es war alles gewährt und zugestanden: und was mehr, die Opferwilligkeit der deutschen Fürsten, zu Gunsten des großen Ganzen auf denjenigen Teil ihrer Souveränitätsrechte zu verzichten, dessen Unterdrückung dieses Programm voraussetzte — jetzt, wenn irgendwann, war sie zu erwarten und, wo sie nicht sofort erfolgte, unschwer zu erzwingen. Aber der aus seinen Ufern getretene Strom der Volksbewegung führte nicht wenige unreine Elemente mit sich, denen mit einer solchen ruhigen Entwickelung ganz und gar nicht gedient war. Zu allen Thoren Berlins war in diesen letzten Wochen und Tagen revolutionäres Gesindel eingeströmt, Polen, Franzosen, in den Künsten der Emeute und des Straßenkampfes erfahren, das dort bereite Genossen fand. Diese Kräfte zogen aus allem ihre Nahrung. Die Geschäfte stockten in der unruhigen Zeit; der Müßiggang wollte nicht zu arbeiten, aber zu thun haben; alle Welt suchte nach neuen Dingen, welche der Aufregung, an die man sich schnell gewöhnt hatte, weitere Nahrung geben könnten. In der Bevölkerung greift der Gedanke Platz, vor das Schloß zu ziehen, dem König für seine Gewährungen zu danken — unterdessen geben sich andere ans Werk, alles zum Barrikadenbau vorzubereiten, wenn aus der Dankesprozession, was ja immer

möglich, die gute Gelegenheit zu Tumult und Aufruhr sich entwickelt.*) Das Schloß war, wie recht und billig, militärisch gedeckt; um ein Uhr ziehen die Massen heran; der König erscheint auf dem Balkon: während lautes und enthusiastisches Lebehoch ihn begrüßt, ertönt aus anderen Gruppen der Ruf nach Zurückziehung des Militärs. Die Soldaten, in gemessener Haltung, wie sie diesen Truppen natürlich ist, suchen den Platz frei zu machen, den die wogende Menschenmenge, von einzelnen Hitzköpfen oder Buben aufgestachelt, einnimmt; da wiederholt sich — man muß wohl annehmen, wenigstens der einen Hälfte nach, zufällig — das Ereignis, das dem französischen Königtum in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar so verhängnisvoll ward. Zwei Schüsse fallen, niemand weiß, von wem abgefeuert; man hat nachher gefunden oder angenommen, daß zwei Gewehre — an sich sehr möglich in den dichtgestellten, gedrängten Reihen der Soldaten — durch Zufall sich entluden. Sie verwundeten niemand und an eine verräterische Absicht zu denken, war nur in jenen Tagen möglich, wo alle Welt in einer Art Trunkenheit lebte; aber das Signal für die Sachverständigen, die nicht trunken waren, war damit gegeben. Derselbe Ruf erschallt wie dort zu Paris: „Wir sind verraten, zu den Waffen!" allerwärts wachsen die wohlvorbereiteten Barrikaden aus der Erde, von denen herab man bald französische und polnische Kommandoworte hört. Es begann ein blutiges und sinnloses Seitenstück zu dem Pariser Straßenkampf. Von drei Uhr nachmittags bis zum andern Morgen dauerte der Kampf; das Sturmläuten, die Schüsse, Aufruhrgeschrei, Hurra der Truppen tönte durch die mondhelle Nacht, die da und dort aufgehende Feuersbrünste erleuchten: eines aber war hier anders als zu Paris: hier waren keine Offiziere und keine Truppen, welche ihre Pflicht verraten hätten gleich den französischen. Siegreich stritten die Truppen dem sinnlosen Aufruhr Straße um Straße ab: unglücklicherweise aber gab der König, von verschiedenem Rat bestürmt, zwiespältigen Herzens, schwach, am 19. März nachts zwei Uhr den Befehl, das Feuern einzustellen, und erließ dagegen eine Proklamation: „An Meine lieben Berliner", deren milde Worte in diesem Augenblicke nirgends gewürdigt und nirgends verstanden wurden. Hätte man folgerichtig und kräftig den mehr als halbbesiegten Aufstand, an dem die eigentliche Bürgerschaft Berlins übrigens so gut wie gar nicht beteiligt war, vollends niedergeschlagen, aber an der angekündigten Politik treu festgehalten, so wäre die Autorität eines nationalen Königtums an dieser

*) Mit dieser Darstellung, die ich durch Augenzeugen verschiedener Lebens- und Parteistellung habe kontrollieren lassen, sind neuerdings noch handschriftliche Aufzeichnungen des Ministers v. Bodelschwingh verglichen worden.

wichtigen Stelle gesichert gewesen, und um ein solches Wahrzeichen hätte sich die aus den Fugen strebende Gesellschaft, das gärende Deutschland — „ein Schiff ohne Sterne in schwerem Sturme", wie der große italienische Dichter einst von seinem Lande sagte — wieder zurechtfinden und erneuern können. So aber ging in jener unglückseligen Nacht alles zugleich verloren: dem König nahm die Schwäche, die ihn im entscheidenden Augenblick befiel, Kraft und Urteil für lange Zeit; die verleumderischen Darstellungen, welche über diesen Kampf geflissentlich in Umlauf gesetzt wurden, und welche, da denn doch reichlich Blut geflossen war, überall Eingang fanden, raubten der preußischen Krone die Popularität, welche ihr für die Durchführung der großen Aufgabe notwendig war; und auf der andern Seite verloren auch die konservativen Kräfte das Vertrauen angesichts der Halbheit, mit welcher der König mitten auf dem Wege der Herstellung der Ordnung wieder den Rücken gewendet hatte.

Während die revolutionäre Partei, welche die Bürgerschaft überrumpelt und bethört hatte, ihren Sieg zu einem nichtswürdigen Triumphzuge mißbrauchte — sie brachten einige der Gefallenen auf offenen Bahren nach dem Schloßhof und zwangen den König, auf dem Balkon zu erscheinen — verließen die siegreichen Truppen Berlin, und bewaffnete Bürger und Studenten bezogen die Wachen. Um zwei Uhr verkündete ein Erlaß die Bildung eines neuen Ministeriums aus liberalen Männern: v. Arnim das Äußere, v. Auerswald das Innere, Graf Schwerin Kultus; am 20. gab der König eine Amnestie; am 21. nahm er in einer Proklamation die „alten ehrwürdigen Farben der deutschen Nation" an und zeigte sich in einem seltsamen Umritt der Stadt in der neuen Rolle eines „Führers der deutschen Nation für die Tage der Gefahr", — er selbst mit der dreifarbigen Binde um den Arm, in seinem Gefolge Prinzen, Minister, Generale mit demselben Abzeichen, geschart um eine deutsche Fahne, die ein Bürger zu Pferde trug. „Preußen geht fortan in Deutschland auf", hieß es in der gleichzeitig verbreiteten Proklamation; der König beabsichtige, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen des preußischen Landtags zu einer gemeinsamen Versammlung zusammenzutreten. Dies war alles jetzt zu spät; während sein Bruder, der Prinz von Preußen, dessen männliches Selbstgefühl und gerader Verstand sich dem Zurückziehen der Truppen vergebens widersetzt hatte, mit diesen die Stadt verließ und eine Zeitlang sich nach England begab — sein Palais mußte durch eine Tafel mit der Aufschrift „Nationaleigentum" vor dem Zorn des Volkes, oder was dafür galt, geschützt werden — fügte am 22. die Revolution dem König eine neue Demütigung zu, indem man den Leichenzug der am 18. Ge-

fallenen, 187 Särge, am königlichen Schlosse vorüberziehen ließ, auf dessen Balkon der König unbedeckten Hauptes stand. Friedrich Wilhelms Herz war tief und unheilbar verwundet, sein heller Verstand auch später noch durch die Erinnerung an diese Vorgänge verdüstert: und was schlimmer, die ganze Kraft des Regiments war gebrochen, Berlin einer turbulenten und nichtswürdigen Straßendemagogie, einer schlaffen Bürgerwehr überliefert. Die Ministerien wechselten, ohne daß irgend eines dem Staate Friedrichs des Großen die Haltung hätte geben können, die ihm in jener kritischen Zeit vor allem nötig gewesen wäre.

Jene Proklamation vom 21., durch welche der König sich für die Tage der Gefahr an die Spitze des Gesamtvaterlandes stellte, erntete allenthalben nichts als Hohn. Mit klaren politischen Gedanken, wie dem, daß der mächtigste deutsche Staat die deutsche Einheit schaffen mußte, wenn sie überhaupt geschaffen werden konnte, gab man sich damals nicht ab; frei, aus dem Nichts, aus dem Chaos heraus wollte man das neue Deutsche Reich erstehen lassen. Am 31. März trat, während der Bundestag durch den Eintritt liberal gesinnter Bundestagsgesandter an Stelle der seitherigen seinen Charakter geändert, auch bereits die Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung des gesamten deutschen Volkes ausgeschrieben hatte, im Verfolg der Heidelberger Versammlung vom 5. März zu Frankfurt a. M. eine freie Versammlung von Volksabgeordneten und Notabeln, der man in dieser an neuen politischen Begriffen und Wortbildungen so reichen Zeit den Namen eines Vorparlaments gab, zusammen. Es waren etwa 500 im ganzen, unter denen man, neben 141 Preußen, 72 Badenern u.s.w. auch glücklich einen und bald darauf sogar zwei Österreicher entdeckte; eine Versammlung, die nun in vier Tagen unter dem Vorsitze des Heidelberger Professors Mittermaier die weittragendsten Beschlüsse oder Resolutionen faßte: Aufnahme Schleswigs sowie Ost- und Westpreußens in den Deutschen Bund, Sühnung des bei den Teilungen Polens begangenen Unrechts, wie denn jede Versammlung jener Tage ihre Gedanken beliebig über alle Räume der Erde schweifen ließ, freisinnigsten Wahlmodus für die Wahl zum Deutschen Parlament. Indes hatten doch die besonneneren Elemente die Oberhand, und es gelang der republikanischen Partei nicht, ihre Pläne durchzusetzen. An der Spitze dieser Partei standen einige badische und hessische Abgeordnete, der Mainzer Advokat Zitz, die Badener Friedrich Hecker und Gustav Struve: mit Hilfe des starken Anhangs, den sie unter der Jugend und dem Pöbel Frankfurts und seiner Nachbarstädte hatten, versuchten sie zunächst durch republikanische Demonstrationen die Versammlung einzuschüchtern und wenigstens das durchzusetzen, daß

dieses Vorparlament sich für permanent erkläre. Damit wäre thatsächlich ein permanenter Revolutionszustand eingerichtet gewesen, und sie hätten hoffen können, mit Hilfe ihrer Verbündeten auf der Straße jene Versammlung zu beherrschen. Allein diese verwarf den Antrag mit 368 gegen 143 Stimmen. Sie begnügte sich mit einer halbrevolutionären Maßregel, indem sie nur einen permanenten Ausschuß von 50 Mitgliedern wählte, der den Bundestag, dem man um seiner Vergangenheit willen noch immer nicht recht traute, unter eine Art von Kuratel nehmen sollte. Unter dem Vorsitze von Soirons aus Mannheim trat denn dieser „Fünfzigerausschuß", in welchem neben den Koryphäen des Liberalismus in den verschiedenen Ländern auch einige Berühmtheiten der jüngsten Tage, wie Franz Raveaux aus Köln, saßen, mit dem Bundestage in geschäftliche Verbindung. An Entwürfen für die künftige deutsche Verfassung fehlte es schon nicht mehr. Jene Kommission der 17 Vertrauensmänner, welche dem engeren Rat des Deutschen Bundes beigegeben worden war, arbeitete einen solchen aus, in welchem Professor Dahlmann die bundesstaatlichen Schranken sehr eng und sehr bestimmt gezogen hatte: das Wichtigste aber, ein geeignetes Organ zu schaffen, welches im Auftrage der Regierungen mit der zu wählenden Nationalversammlung verhandelt hätte, versuchte man nicht einmal: und so trug auch jener Verfassungsentwurf der Siebzehn keinerlei amtlichen Charakter. Ein Fürstenkongreß, von Österreich und Preußen ins Auge gefaßt, war nicht zu stande gekommen: im Volk und unter den politischen Dilettanten, in deren Händen augenblicklich das Volk war, herrschte die unglückliche Idee vor, alles möglichst ohne die Regierungen zu thun; hatten sie früher zu viel gegolten, so sollten sie jetzt um so weniger gelten. Der deutsche Bürgerstand zitterte und entrüstete sich bei dem Gedanken, die Fürsten ganz zu beseitigen: aber sie und ihre bureaukratischen Organe zu demütigen, sie ein wenig zu quälen, sie seine Macht fühlen zu lassen, nahm er sich nicht übel.

Die republikanische Partei ihrerseits, in Frankfurt abgewiesen, gab ihre Pläne gleichwohl nicht sofort auf. In Baden, wo den Leuten der Ruf ihres Ländchens, das am weitesten auf der Bahn der Freiheit vorgeschrittene zu sein, zu Kopfe gestiegen war, nahm die Bewegung mehr und mehr den radikalsten Charakter an. Von Paris her schickte sich eine Anzahl Arbeiter, die dort nichts mehr zu thun hatten, an, nach Deutschland zurückzukehren, und am 1. April kündigte ihr Führer, ein Dichter von einigem Ruf, bedeutendem rhetorischen Talent und zweideutigem Charakter, Georg Herwegh, in einem offenen Briefe an, daß ihnen die Republik eine „religiöse Sache" sei, — ein Artikel, den sie sonst nicht zu führen pflegten — daß sie sich die Monarchie auch

von keiner Majorität mehr würden aufzwingen lassen, und daß sie, die sie einige Übung von den Pariser Barrikaden mitbrächten, kämen, um mit ihren revolutionären Erfahrungen den Volkssturm zu unterstützen, ohne den die neue Zeit nicht über Deutschland heraufgeführt werden könne. An die Spitze dieses Volkssturms stellte sich der badische Abgeordnete Friedrich Hecker, ein begabter und beredter Mann von ungezügeltem Ehrgeiz, Schmeichler und Günstling der Menge, der sich demnächst für die Rolle eines republikanischen Freischarenführers die geeignete Garderobe, den grauen Kalabreserhut mit der Hahnenfeder, die Pistolen im Gürtel, die hohen Wasserstiefeln aussuchte. Am 17. April, nachdem die nötigen Vorbereitungen getroffen waren, schlugen sie zu Konstanz im badischen Seekreise los; den einen ihrer Führer, einen gewissen Fickler, hatte der Abgeordnete Mathy, indem er der allerwärts um sich greifenden Feigheit ein Beispiel männlichen Mutes gab, am 8. April auf dem Karlsruher Bahnhof als Landesverräter verhaften lassen, als derselbe eben im Begriffe war, nach dem Schauplatz des republikanischen Abenteuers abzufahren. Die Aufständischen setzten die Regierung des badischen Seekreises, weil sie das Vertrauen des Volks verloren habe, ab und zwangen den Regierungsdirektor Peter, die Stelle eines Statthalters des neuen republikanischen Gouvernements anzunehmen. Unterdessen aber hatte man in Frankfurt seine Maßregeln getroffen. Württembergische Truppen waren vom Schwarzwald, bayrische von Lindau her im Anmarsch, und von Norden her zog ein hessen-darmstädtisches Truppencorps unter dem General Friedrich von Gagern, einem Bruder des neuen hessischen Ministerpräsidenten Heinrich von Gagern, heran. Bei Kandern (19. April) stieß das letztere auf das von Hecker geführte Freicorps, welches sich Hoffnung auf den Übertritt der Truppen machte oder vorspiegeln ließ. Der General, ein edler Mann von reinem Patriotismus, ritt an die Freischaren heran, um sie, ehe Blut fließe, mit milden Worten zum Verzicht auf ihr Beginnen zu bewegen; er richtete nichts aus; wie er das Pferd wandte, um zu den Seinen zurückzureiten, schossen die aufgeregten, in ihrer neuen kriegerischen Rolle unsicheren Leute, die kein Kommando im Zaume hielt, und Gagern wurde das erste Opfer dieses sinnlos und frevelhaft vom Zaune gebrochenen Bürgerkrieges. Im Gefechte bewährten diese unberufenen Kämpfer einer Fahne, die nicht das Vaterland und nicht die Freiheit ihnen vertraut hatte, sich weniger. In einer Stunde waren sie zersprengt; vier Tage später ward Freiburg, wo die Aufständischen sich verschanzt hatten, von den Truppen genommen; am 27. ward auch die Freischar Herweghs, etwa 1000 Mann, bei dem Dorfe Dossenbach von einer halben Kompanie Württemberger abgewiesen und dann von den inzwischen herange-

kommenen Truppen des Generals Miller auseinander getrieben, zum Teil gefangen. Herwegh selbst rettete sein wertloses Leben, indem er sich, wie man erzählte*), unter das Spritzenleder eines Wagens versteckte, den seine resolute Frau kutschierte; auch Hecker und Struve entrannen. Am 29. April erließen sie von Straßburg aus ein Manifest: „Eine Übermacht von vertierten, aus der Ferne herbeigezogenen Söldlingen hat in Baden die republikanischen Waffen einstweilen niedergeschlagen und dem Volke das ihm verhaßte Fürstenregiment wieder aufgezwungen" — sie kündigten eine planmäßige Vorbereitung eines neuen Aufstandes an, mit dem es vorläufig noch gute Wege hatte.

b. Die deutsche Nationalversammlung 18. Mai 1848 bis 18. Juni 1849.

Unterdessen wurden die Wahlen zu dem ersten deutschen Parlament allenthalben unter lebhafter Beteiligung — nur in den tschechischen Bezirken Böhmens kamen sie nicht zu stande — vollzogen, und alle Blicke richteten sich hoffend auf diese Versammlung, welche, der Vereinbarung zwischen Bundestag und Fünfzigerausschuß gemäß, am 18. Mai zu Frankfurt a. M. eröffnet wurde. Ein großer Augenblick: unter dem Geläute aller Glocken, dem Donner der Geschütze, unter lautem Jubelruf der Bevölkerung zogen die Vertreter einer aus langem Schlafe erwachten Nation vom Kaisersaal im Römer nach dem für sie bestimmten Sitzungslokal, der Paulskirche, und von überallher begleiteten sie die feurigen Wünsche, die heißen Gebete des Volks: von dieser Versammlung erwartete man die Wiederherstellung der Einheit der Nation, von der man, mehr patriotisch als wahr, annahm, daß sie früher einmal in ähnlicher Weise, wie man jetzt sie ersehnte, wirklich bestanden habe. Man erwartete von ihr die Aufrichtung einer Verfassung „auf breitester demokratischer Grundlage" einerseits, mit Schonung jeder berechtigten Autorität andererseits — Freiheiten des Volks,

*) In der „Frankfurter Zeitung" hat sich ein Institutsvorsteher Krebs „Mannheim im März 1875" sehr über diese „Tendenzlüge" ereifert. „Auch, glaube ich, hat es der Dichter Georg H. nicht um das deutsche Volk verdient, daß man ihn ungerechter Weise verunglimpft und verleumdet." Von Verleumdung ist nicht die Rede, da kein vernünftiger Mensch es H. übelnehmen wird, wenn er auf der Flucht vor bewaffneten Feinden sich verbirgt, ob hinter einem Strauch oder unter dem Spritzenleder eines Wagens, bleibt sich gleich: die Erzählung scheint übrigens in der That unrichtig nach Corvins Denkwürdigkeiten, der in dieser Kleinigkeit um so mehr Glauben verdient, als er sonst Material genug beibringt, um H. und seinesgleichen zu kennzeichnen. Übrigens ist die Berichtigung des Herrn Krebs, daß der oben genannte Fickler weder Arzt noch Dr. war (wie die erste Ausgabe sagt) die einzige, welche ich den Recensionen aus dem Lager der 1848er Demokratie verdanke.

so viele nur jemals irgend welcher Volksversammlung von irgend einem der tausend Redner, die nicht wußten, was sie wollten, verheißen worden waren, dabei aber eine kraftvolle Einheit der Exekutive: — ein großes Reich, und in demselben auch wieder alle Einzelstaaten, von denen jeder zwar allenfalls ein halbes oder ganzes Dutzend der anderen, keiner aber sich selbst missen wollte, — einen Dombau, wie ein fleckenloser Patriot und großer Dichter, dem die Begeisterung die sonst so schweigsame Zunge löste, Ludwig Uhland, einmal in feurigem Schwung der Rede ausführte, mit den zwei großen Türmen Österreich und Preußen, mit vielen kleinen und kleinsten Türmen und Türmchen —: und dieser Versammlung, die so sichtbar getragen war vom Enthusiasmus einer Nation von 40 Millionen, schien auch die Macht nicht zu fehlen, jede widerstrebende Wirklichkeit mit dem allmächtigen Hauche der Nationalsouveränität zu vernichten.

In der That durfte die Nation auf diese Versammlung stolz sein, welche die besten Namen, alle hervorragenden Männer der verschiedenen Parteien, — Vertreter aller im Volke sich regenden Kräfte — in sich vereinigte, und die so ein Bild darstellte von der Mannigfaltigkeit und dem Überreichtum der Lebenstriebe in diesem Volke: 586 Abgeordnete im ganzen, besonnene und gemäßigte Männer die meisten, über 100 Professoren und Litteraten, viele Juristen, doch auch Geistliche, Generale, Verwaltungsbeamte, verhältnismäßig wenige Kaufleute und Fabrikanten. Noch waren die Gegensätze verhüllt. Man sah den österreichischen Abgeordneten mit dem preußischen, den Tiroler Bauern oder Pfaffen mit dem liberalen Advokaten aus Baden oder Hessen, dem ostpreußischen oder märkischen Junker scheinbar von der gleichen Idee beseelt: und mit großer Stimmenmehrheit, 305 von 397, wurde Heinrich von Gagern zu ihrem Präsidenten gewählt, ein Mann, der durch Geschäftserfahrung, reinen Charakter und idealen Schwung seines Patriotismus würdig und geeignet für diese Stelle war, und dessen Name zugleich eine Bürgschaft bot, daß die große Mehrheit dieser Versammlung auf dem Boden des Gegebenen, der konstitutionellen Erbmonarchie, bleiben wollte.

Langsam begannen die ungeheuren Schwierigkeiten hervorzutreten, welche der großen Aufgabe sich entgegenstellten. Die Versammlung beging den unter den gegebenen Verhältnissen vielleicht natürlichen, darum aber nicht minder schweren Fehler, nicht von vornherein sich auf den Standpunkt der Vereinbarung mit den Regierungen zu stellen. Man sprach viel von Nationalsouveränität und vergaß, daß die Regierungen eben auch einen Teil der Nation, so wie sie wirklich war, bildeten, und man hinderte, wenig folgerichtig, es nicht, daß gleichzeitig mit dieser Versammlung in den einzelnen Staaten die



Heinrich von Gagern,
Präsident der deutschen Nationalversammlung 1848.
(Nach F. Hickmanns Lithographie, gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)

Landesvertretungen tagten. Staatsmännische Geister, wie Karl Mathy, welche in dem allgemeinen Wirrwarr der Begriffe sich den Sinn für das Wirkliche, sein Recht und seine Macht, bewahrt hatten, wünschten, daß neben der Nationalversammlung der Bundestag bleibe, damit in regelmäßigem Geschäftsverkehr die Einheit und die Vielheit, das Neue und das Alte, der Wunsch und die Thatsache sich verständige. Aber man wollte selbst von dem geläuterten Bundestage nichts wissen und ging frischen Mutes daran, ein Reich in die Wolken zu bauen.

Schärfer begannen die Parteiunterschiede hervorzutreten, als man dazu schritt, der souveränen Versammlung eine provisorische Exekutive, eine „Centralgewalt" an die Seite zu stellen. Eine Menge Wege wurden vorgeschlagen und in achttägigen Debatten erörtert, bei denen alle Parteien zeigten, was sie an politischem und rednerischem Talent besaßen, bei denen aber freilich auch mannigfache Armseligkeit — professorenhafter Dünkel, demagogisches Maulheldentum, Unklarheit und hohler Idealismus sich breit machte. Das Ergebnis war die Wahl eines Reichsverwesers, also die monarchische Spitze, aber souverän von der Versammlung bestimmt: „Ich thue einen kühnen Griff", sprach Gagern am sechsten Tag der Debatte, „und sage, wir müssen die Centralgewalt selbst schaffen"; die Wahl fiel am 27. Juni mit großer Mehrheit, 436 Stimmen gegen 52, welche Gagern, und 32, welche der badische Halbrepublikaner Adam von Itzstein erhielt, auf den Erzherzog Johann von Österreich, einen sechsundsechzigjährigen Fürsten, der sich einer großen Popularität erfreute: den einen genehm, weil er ein Fürst war, den anderen, weil er, obgleich Fürst, treuherzig bürgerliche Manieren und eine sehr bürgerliche Frau hatte; einigen, weil er Habsburger und Katholik war, anderen, obgleich er dies war: allen, weil er als bloß apanagierter Prinz späteren endgültigen Festsetzungen nicht im Wege stand. Der Erzherzog, durch eine Deputation von sieben Mitgliedern in Kenntnis gesetzt, nahm an. Am 11. Juli traf er von Wien in Frankfurt ein, ernannte den seitherigen österreichischen Bundestagsgesandten, Ritter Anton von Schmerling — einen Mann, der wie der Erzherzog vor allem Österreicher war, dies aber, wo es nicht hingehörte, wie der Erzherzog sehr gut zu verstecken wußte — zum Minister des Auswärtigen, einen preußischen General, von Peucker, zum Kriegsminister, den Hamburger Heckscher, einen jüdischen Advokaten, zum Justizminister und erfreute die Frankfurter und ganz Süddeutschland, wo man auf diese Eigenschaft bei Fürsten einen übertriebenen Wert legt, durch sein populäres Auftreten und sein scheinbar naives Sichgehenlassen. Am 13. Juli hielt alsdann der Bundestag seine letzte Sitzung, und im August wurden die übrigen „Reichsministerien" besetzt: an die Spitze des gesamten Ministeriums trat ein

sehr vornehmer Herr, ein Halbbruder der Königin von England, der Fürst von Leiningen, während die einzelnen Departements einer mit Berücksichtigung der Landsmannschaften ausgewählten Anzahl hervorragend tüchtiger Männer übertragen wurden.

Denn daran, an tüchtigen Männern für jedes Fach und jede Frage, für jeden der zahlreichen Ausschüsse, in welchen die Probleme studiert wurden, ehe sie vor die Versammlung kamen, fehlte es am allerwenigsten. Allein gleich die erste Probe, auf welche die neue Reichsgewalt ihre Macht stellte, fiel wenig befriedigend aus. Ein Befehl des Reichskriegsministers wies sämtliche Bundestruppen an, am 6. August zu festlicher Parade auszurücken und dabei dem Reichsverweser zu huldigen. In den kleinen Staaten geschah es; aber man sorgte dafür, daß neben dem Vivat auf den Reichsverweser auch das Lebehoch auf den Landesherrn nicht fehlte, und mißtrauische Leute wollten bemerken, daß das letztere einen viel lauteren Klang gab als das erstere. Den Herzog von Braunschweig zwang seine Bürgerschaft, dem Verlangen der Reichsgewalt nachzukommen; auch der König von Hannover, der schwer an dem Joche trug, das die Zeitverhältnisse seiner Despotennatur auflegten, fügte sich nach einiger Korrespondenz mit dem Reichsministerium der drohenden Haltung der Nationalversammlung und ließ sein Ministerium die verlangte unumwundene Anerkennung der Centralgewalt erklären. Aber in Österreich, wo man freilich wichtigere Dinge zu thun hatte, als Paraden zu halten, nahm man von der ganzen Sache keine Notiz, und seitens der preußischen Regierung wich man aus, indem man erklärte, daß den Truppen bereits unter dem 29. Juli das Verhältnis zum Reichsverweser bekannt gegeben worden sei, und unterließ die Huldigung. Und dies war nicht etwa der Ausfluß einer Verstimmung des Königs oder der Regierung oder Rücksichtnahme auf die Stimmung der Offiziere: das richtige Staatsgefühl des gesamten preußischen Volkes, das sich bewußt war, einem wirklichen Großstaate anzugehören, und das diesen wirklichen Großstaat nicht zu Gunsten eines vorerst nur imaginären mediatisieren lassen wollte, sah mit Mißtrauen auf die Vorgänge in Frankfurt und begann die schwarzweiße Fahne, welche eine Zeitlang von der schwarzrotgoldenen in den Hintergrund gedrängt worden war, wieder hervorzusuchen.

Die Nationalversammlung hatte nicht die Macht, weder Österreich noch Preußen zu zwingen: der Gedanke aber begann allmählich zu dämmern, daß man schließlich zwischen der einen oder der anderen dieser beiden Großmächte seine Wahl werde treffen müssen. Vielleicht halfen die Ereignisse die Wahl erleichtern; auch diejenigen, welche, noch eine kleine Zahl, mit sich im reinen waren, daß die deutsche

Einheit nur durch Anschluß an Preußen und Ausschluß Österreichs zu stande kommen könne, hofften, daß die Zeit diesem richtigen Gedanken zum Durchbruche helfen werde: und so war der Ausweg nicht unwillkommen, zunächst die Zeit mit Beratung eines Systems der deutschen Grundrechte hinzubringen, — einer Magna Charta der Freiheiten des deutschen Volkes, welche dann in jedem Fall, so schmeichelte man sich, einen wertvollen Besitz der Nation bilden würden, auch wenn das Gesamtverfassungswerk nicht ganz nach Wunsch gelinge. Freilich kam es so und mußte so kommen, daß mit der Einheit auch die Freiheiten verloren gingen; die Wahrheit des Dichterwortes: „Freiheit ist bei der Macht allein" hatte man erst noch zu erfahren.

Einstweilen gelang es noch, die Gegensätze zu verwischen. Am 14. August folgte der Reichsverweser einer Einladung zum Dombaufest nach Köln, wo er mit dem König von Preußen zusammenkam. Über den Empfang, den ihm, dem katholischen Fürsten, die überwiegend katholische Bevölkerung der Rheinprovinz bereitete, konnte er nicht klagen; auf der andern Seite ward Friedrich Wilhelm auf seiner Reise allenthalben mit Demonstrationen empfangen, welche überwiegend den preußischen Charakter trugen: und erst im Rheinlande änderte sich dies, wo in Düsseldorf die Bürgerwehr sich weigerte, sich beim Ehrenempfange ihres Landesherrn auf seiner Durchreise nach Köln zu beteiligen. Auch viele Mitglieder des Frankfurter Parlaments mit ihrem Präsidenten waren hier zugegen. Friedrich Wilhelm ließ, als Gagern ihm die Parlamentsmitglieder vorstellte, das Wort fallen, daß er überzeugt sei, sie würden nicht vergessen, daß es in Deutschland Fürsten gebe und er zu diesen gehöre; im übrigen ging das Fest, da man sich in guter Gesellschaft befand, äußerlich im besten Einvernehmen vor sich. Der König, anknüpfend an seine frühere berühmte Rede an derselben Stelle, trank den Bauleuten am Dome der deutschen Einheit und ihrem wackeren Baumeister zu, er brachte den Trinkspruch auf den Erzherzog aus, wie dieser auf ihn: „Er gebe uns", sagte der König, „einige und freie Völker, er gebe uns einige und freie Fürsten."

Wenige Tage später trat ein Ereignis ein, welches auf rauhe Weise Deutschland aus seinen Träumen riß und unerbittlich die Verhältnisse im Innern und nach außen zeigte, wie sie in Wirklichkeit waren: es war der Waffenstillstand, den am 26. August die dänische und die preußische Regierung zu Malmö unter schwedischer Vermittelung schlossen.

Die stürmische Bewegung, welche infolge der Februarrevolution ganz Deutschland ergriff, mußte die in den Elbherzogtümern, wie wir sahen, schon vorher äußerst gespannte Lage zu einer raschen und ent-

scheidenden Krisis treiben: hier war der Punkt, wo das erwachende Deutschland seine erste Macht- und Waffenprobe bestehen sollte. König Christian VIII. war kurz vor dem Eintritt der großen europäischen Krisis, am 20. Januar 1848, gestorben: den erledigten Thron bestieg der letzte seines Hauses, Friedrich VII. Von diesem verlangte eine Versammlung schleswigscher und holsteinischer Ständemitglieder zu Rendsburg (18. März) außer den allerwärts üblichen Volksrechten eine gemeinsame Verfassung für Schleswig-Holstein und Eintritt Schleswigs in den Deutschen Bund. Der König gestand den Holsteinern zu, was sie wollten; Schleswig dagegen werde mit einer freien, aber gemeinsamen Verfassung dem dänischen Gesamtstaate einverleibt werden. Er berief unter dem Drucke der Bevölkerung von Kopenhagen, die drohend vor dem Schlosse sich sammelte, am 22. März die Führer der sogenannten Eiderdänen, der Partei, welche die Ausdehnung des Gesamtstaates bis zur Eider, dem Grenzfluß zwischen Schleswig und Holstein, verlangte, Orla Lehmann und Tscherning, hervorragende Männer von Einsicht und Thatkraft, als Minister. In Kiel antwortete man am 24. mit Einrichtung einer provisorischen Regierung, welche aus den Führern der seitherigen deutschen Opposition, Beseler, dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, dem Grafen Reventlow und einigen anderen bestand. Eine Volksbewegung in Kopenhagen — so erklärte diese — ein Pöbelauflauf habe ihren Herzog gezwungen, eine feindliche Stellung gegen die Herzogtümer einzunehmen; der König, ihr Herzog, sei nicht mehr frei; zur Aufrechthaltung der Rechte des Landes und des angestammten Herzogs würden sie in des letzteren Namen vorläufig die Geschäfte führen. Die Festung Rendsburg ward sofort armiert, bereitwillig stellte sich, was von schleswig-holsteinischen Truppen im Lande war, unter die Befehle der neuen Regierung. „Der Kampf hat begonnen, der Däne rückt an des Vaterlands Grenze", rief ein Tagesbefehl des Prinzen Friedrich (27. März) den Soldaten zu, und während die Bauern sich für des Landes Unabhängigkeit bewaffneten und besteuerten, eilten aus allen Gauen des deutschen Landes begeisterte Freiwillige dieser gefährdeten Nordmark zu. Hier nun war ein Fall, in welchem der König von Preußen die Proklamation vom 21. März zu einer Wahrheit machen konnte. In einem Briefe an den Herzog von Augustenburg sprach er die dreifache Rechtsüberzeugung aus, daß die Herzogtümer selbständige, daß sie festverbundene Staaten seien, und daß in ihnen der Mannsstamm herrsche; er erklärte sich bereit, sie gegen etwaige Angriffe zu schützen. Der Bundestag seinerseits erkannte was geschehen als zu Recht bestehend an, ließ einen Vertreter der Herzogtümer in seiner Mitte Platz nehmen und beauftragte den König von

Preußen mit dem Schutze dieser Länder, — das hieß, mit dem Kriege gegen Dänemark.

Denn schon hatten die Feindseligkeiten begonnen. Bei Bau, eine Meile nordwärts von Flensburg, am 9. April erlitt die ungeschulte Begeisterung des zusammengerafften schleswig-holsteinischen Heeres gegen die Überzahl der Dänen, welche überdies die See beherrschten, eine Niederlage; mit Trauer vernahm man in ganz Deutschland, daß das Corps der Kieler Studenten und Turner — nach höchst rühmlichem Kampf gegen große Übermacht — fast ganz aufgerieben oder gefangen sei. Die Reste zogen sich bis hinter die Schley zurück: mit Ungeduld erwartete man das Einrücken der Preußen. Geführt von General Wrangel rückten diese über die Grenze, erfreut über die Gelegenheit, die traurige Niederlage des Staats vom 18. März wieder gutzumachen. Am 23. April eroberte die nie fehlende Tapferkeit der preußischen Garde die Schanzenreihe des Danewirkes und warf den Feind aus Stadt und Gegend von Schleswig; am 24. siegten die Hannoveraner bei Översee und besetzten Flensburg, und am 2. Mai überschritt Wrangel die jütländische Grenze bei Kolding. Die Dänen gaben ihre Festung Fridericia auf und retirierten auf die Insel Fünen. Allein es war ein ungleicher Kampf: den Kampf der Dogge mit dem Fisch nannte ihn der geistreiche König Friedrich Wilhelm IV.: die Dänen erklärten die lange Küstenlinie des deutschen Landes, das in 30 Friedensjahren es nicht einmal zu einer Kriegsflotte hatte bringen können, in Blockadezustand, fügten dem deutschen Handel ungestraft ungeheure Verluste zu und brachten deutsche Schiffe auf, wo sie solche finden konnten. General Wrangel legte den Jütländern dagegen eine Kontribution von zwei Millionen Species auf und erklärte ihnen, daß er sich für allen Schaden, den der deutsche Handel erleiden würde, an ihnen erholen werde: für jedes Haus, das die Dänen an der deutschen Küste in Brand schießen würden, drohte er, würde er ein jütisches Dorf niederbrennen. Diese energische Kriegführung aber weckte die Einrede der übrigen Mächte, welche an der Neugestaltung Deutschlands keine Freude hatten und dessen ungünstige Lage bei diesem Kriege wohl erkannten. Die beiden anderen nordischen Staaten fühlten sich bedroht, und zum erstenmale wieder nach langen Jahren regte sich das skandinavische Gemeingefühl; dem Kaiser Nikolaus von Rußland war die „Rebellion“ der Herzogtümer ein Ärgernis und die Idee einer Erstarkung der deutschen Macht in jenen Meeren ein unerträglicher Gedanke; und auch in England nahm Lord Palmerston — der anfangs den vernünftigen Gedanken gehabt hatte, den Zankapfel, um den man stritt, Schleswig, einfach in zwei Teile zu zerschneiden, einen dänischen und einen deutschen, und jedem zu geben, was ihm nach dem Rechte der Sprache und der

Nationalität gebühre — mehr und mehr eine feindliche, der deutschen Erhebung mißgünstig abgewandte Haltung an. Unter diesem Druck wurde dem General Wrangel von seiner Regierung der Befehl zum Rückzug aus Jütland zugesandt. Es war nicht anders: ein Volk von 40 Millionen wich vor dem kleinen Inselstaate, der nicht zwei Millionen zählte. Von ihrer Meerstellung auf Alsen aus machten die Dänen Ausfälle nach dem Festland, deren einer ihnen fast übel bekommen wäre. Wrangel zog seine Truppen, Preußen, Hannoveraner, Braunschweiger zusammen, um ihnen den Rückzug auf ihre Insel abzuschneiden; allein das siebenstündige Gefecht bei Düppel endigte nur mit dem Rückzug der Dänen nach Sonderburg und schwerem Verlust, nicht, wie man gehofft, mit ihrer Vernichtung.

Einzelne tapfere Thaten konnten nicht verhindern, daß der Krieg, der ohne Flotte für Deutschland ganz aussichtslos war, in den Küstenlandschaften, die ungeheuren Schaden litten, unpopulär wurde. Die Anordnung des Reichsverwesers vom 1. August, welche 36 000 Mann meist süddeutscher Truppen zur Verstärkung nach dem Norden aufbot, wurde zwar allenthalben in Süddeutschland mit Freuden aufgenommen, und eine tiefe Begeisterung regte sich, wo immer unter den Klängen des Schleswig-Holsteinliedes die Regimenter aus ihren Garnisonen auszogen: an der Sachlage änderte dies ebensowenig, als es die Anfänge einer deutschen Flotte thaten, für welche ein gutgemeinter Patriotismus überall die Bier- und Bettelpfennige sammelte. Am 21. August unterhielt der Reichsminister Schmerling das Parlament mit diesen hoffnungsreichen Anfängen; am 26. aber ward zu Malmö auf der Südküste von Schweden auf sieben Monate ein Waffenstillstand zwischen Dänemark und Preußen, das im Namen Deutschlands verhandelte, geschlossen. Die Blockade hört auf; die Gefangenen und die aufgebrachten Schiffe werden beiderseits in Freiheit gesetzt; die Herzogtümer werden von den Truppen beider Mächte geräumt. Die gesetzgebende Gewalt ruht, die seit dem 17. März erlassenen Verfügungen und Verordnungen sind aufgehoben; für Schleswig werden zwei Mitglieder einer interimistischen Regierung von Dänemark, für Holstein zwei von Preußen ernannt; über das fünfte Mitglied der gemeinschaftlichen Regierung verständigen sich die beiden Mächte. Das holsteinische Kontingent wird auf den Friedensfuß gesetzt, das schleswigsche bis auf die Cadres aufgelöst.

Die Nachricht von diesem Waffenstillstand erregte überall, nur nicht in den Gegenden, welche von dem Kriege unmittelbar zu leiden gehabt hatten, einen heftigen, in seiner Art berechtigten, aber dennoch unvernünftigen Groll: die Nation erntete nur, was ihre Regierungen und mithin sie selbst während 30 Jahren gesündigt hatten. Nach heftigen,

aufregenden Debatten verwarf das Parlament den Waffenstillstand am 5. September mit 238 gegen 221 Stimmen. Das Reichsministerium nahm seine Entlassung, und ein Veteran des schleswig-holsteinischen Gedankens, Professor Dahlmann, der mit dem ganzen Feuer seines tiefen und ernsten Patriotismus den Waffenstillstand bekämpft hatte, erhielt vom Reichsverweser den Auftrag, ein neues zu bilden. Er konnte keines zu stande bringen: und keines hätte die inneren Schwierigkeiten der Lage überwunden. Es zeigte sich für jedes Auge, das nicht ein Schalksauge war, daß das Parlament und seine improvisierte Reichsgewalt, deren Gesandte an den großen Höfen gar nicht anerkannt wurden, keine wirkliche Macht besaß, und so genehmigte am 16. September das Parlament mit 258 gegen 236 Stimmen den Waffenstillstand dennoch. Die wichtigste auswärtige Frage Deutschlands war also thatsächlich — gut oder schlecht — durch Preußen entschieden worden.

Die tief empörte Stimmung namentlich Süddeutschlands, wo man gewöhnt war, von Preußen alle Opfer zu fordern und selbst keine zu bringen, gab für einen Augenblick dort der republikanisch-demokratischen Partei gewonnenes Spiel. Sie hatte nach ihren Niederlagen im April die Agitation lebhaft fortgesetzt. Allenthalben übte sie in den Kammern, in Klubs, in Volksversammlungen, namentlich in den kleineren Staaten, eine geräuschvolle Thätigkeit, und vor allem ging sie darauf aus, nach Möglichkeit den Geist der Truppen zu verderben. Am 15. Juni hatte diese Partei mittelst eines Kongresses zu Frankfurt sich eine umfassende Organisation zu geben versucht: ihre Organe in der Presse regten durch eine Sprache von maßloser Heftigkeit die Massen gegen die, wie sie behaupteten, allerwärts sich wieder brüstende Reaktion auf; wo etwa das Militär, durch Hohn und Thätlichkeiten gereizt, von den Waffen Gebrauch machte, wurde mit zügelloser Übertreibung geschmäht und dagegen jeder tumultuierende Pöbelhaufe als souveränes Volk mit den Phrasen demagogischer Höflingsberedsamkeit gefeiert. Schon die Wahl des Reichsverwesers war ihnen ein „Rückfall ins Mittelalter" gewesen, — eine Zeitperiode, von der der größere Teil ihres Publikums nicht genau wußte, ob sie vor oder nach Christi Geburt falle. Die Galerieen der Paulskirche füllten sich mit diesem Volk, das von den zuchtlosesten Männern der Linken seine Parole empfing und jeden gelegentlichen Tumult in der Versammlung, wie z. B., als es sich um die Frage der Zulassung Heckers handelte, der von einem badischen Wahlkreise ins Parlament gewählt worden war, — mit Schreien und Toben unterstützte.

Jetzt nun schien die Gelegenheit günstig, die Kraft des „demokratischen Gedankens" aufs neue zu erproben. Am 17. September, dem

Tag nach dem zweiten Beschluß des Parlaments in betreff des Malmöer Waffenstillstandes, fand auf der Pfingstweide bei Frankfurt eine große Volksversammlung statt. Die wildesten Reden wurden gehalten; der Abgeordnete Zitz, ein Advokat aus Mainz, verlangte, das Volk — der exaltierte Menschenhaufe, zu welchem er sprach — solle die Linke für das echte Parlament erklären; ein anderes Mitglied dieser Linken, Ludwig Simon aus Trier, meinte, es sei jetzt die Zeit gekommen, mit den Männern der Rechten von den Barrikaden herab zu sprechen, — jenen Männern der Majorität, welche ein anderer dieser Redner, die ihre politische Weisheit aus den trüben Lachen unbestimmter und unvergorener Erinnerungen an die erste französische Revolutionszeit schöpften, unter unermeßlichem Beifall als Verräter des Vaterlands, der Ehre und der Freiheit bezeichnete. Am folgenden Tage entbrannte zwischen den Volkshaufen und dem vom Frankfurter Senat aufgebotenen Militär ein heftiger Straßenkampf, welcher den ganzen Tag hindurch andauerte. Während noch um die Barrikaden gekämpft wurde, hatte die aufgestachelte bestialische Wut, welche jetzt an politischen Phrasen wie sonst an geistigen Getränken sich entflammte, ein Opfer gefunden: zwei Abgeordnete der Mehrheit, der Fürst Lichnowski und der General von Auerswald, welche die Unvorsichtigkeit begangen hatten, den heranziehenden preußischen Truppen entgegenzureiten, fielen vor dem Eschenheimer Thore einem Haufen der Aufständischen in die Hände, welche sie massakrierten. Um 11 Uhr nachts waren die Barrikaden in den Händen der Truppen, und die Aufständischen suchten das Weite; in Frankfurt wurde der Belagerungszustand verkündet. Auch an anderen Orten gab es republikanische Aufstandsversuche: so ward in Sigmaringen, nachdem der Fürst zum Lande hinausgelärmt war, die Republik ausgerufen und als deren Präsident ein Advokat Wirth, ein Mann von vollendeter Nichtigkeit, aufgestellt — eine Posse, mit welcher man die trostlose Langeweile des Residenzstädtchens eines Zwergstaates unterbrach. In Württemberg kam es zu einer republikanischen Expedition unter einem bankrotten Fabrikanten Rau; in Baden zu einem neuen Freischareneinfall unter Gustav Struve und Karl Blind. Das republikanische Regierungsblatt der letzteren beiden verkündete am 22. September die Aufhebung sämtlicher bisherigen Abgaben an Staat, Kirche und adlige Grundherren sowie aller „mittelalterlichen Dienste" und proklamierte an deren Stelle eine progressive Einkommensteuer, welche den Unbemittelten nicht berühre. Es war ein wunderlicher Zug; eine Musikbande voran, alsdann eine rote Fahne, dann 300 gut und 1500 schlecht bewaffnete Männer, alsdann auf vierspännigem Wagen die Frau Struve und danach der Bürger Struve — denn das aristokratische „Herr" war in allen demokratischen Klubs und Kneipen längst

mit dem wohlklingenden „Bürger“ vertauscht worden — mit seinem Generalstabe, und endlich zum Schluß allerlei bunter Pöbel. So zogen sie am 24. September in Staufen, einige Stunden von Freiburg im Breisgau, ein, das sie jedoch gegen die unter dem badischen General Hofmann heranziehenden Truppen, welche Geschütz mit sich führten, nicht behaupten konnten. Nachmittags 3 Uhr begann der Rückzug nach Todtnau, wo Struve jedem freistellte, sich durch die Flucht zu retten. So that er selbst, ward aber eine Stunde von der Schweizer Grenze ergriffen und mit einer Anzahl anderer nach Bruchsal ins Gefängnis gebracht.

Zur Unterdrückung der Anarchie hatte der Reichsgewalt alles bereitwillig die Hand geboten; solange sie auf diesem Boden sich bewegte, war sie mächtig. An demselben 24. September wurde das vorige Reichsministerium wieder in seine Stellung eingesetzt: es schien nach unerquicklicher Episode alles wieder im alten Geleise, und das Parlament nahm seine Beratungen wieder auf. Allein das Ansehen der Versammlung war tief geschädigt. Die hoffnungsreiche idealistische Stimmung der Märztage war hier dem Parteihasse, dort schon der völligen Hoffnungslosigkeit, unter den besitzenden und erwerbfleißigen Klassen einer lebhaften Sehnsucht nach Ruhe, nach Ruhe um jeden Preis, gewichen. Von seiten der Linken war ein Antrag eingebracht worden, daß das Parlament seine Auflösung aussprechen und die Wahl eines neuen bis zum 18. Oktober anordnen solle. Der Antrag ward wie natürlich verworfen und hatte wohl nur den Zweck gehabt, die Majorität zu ärgern, den er auch erreichte: auf der andern Seite gewann unter dieser Majorität und auch sonst in weiten Kreisen mehr und mehr die Stimmung die Oberhand, daß unter allen Umständen die erste Aufgabe sei, Deutschland vor einer Demokratenherrschaft zu bewahren.

Die Verhandlungen über den Malmöer Waffenstillstand hatten gezeigt, wo die Hauptschwierigkeiten der Neugestaltung Deutschlands und der Herstellung der Verfassung für dieses neue Deutschland lagen, und mehr und mehr wurde denjenigen, welche sich nicht wie die Linke und ihr Anhang damit begnügten, auf Fürsten, Reaktion und Kamarilla zu schmähen, klar, daß der Kernpunkt der zu lösenden Frage in dem Verhältnis zu Österreich und zu Preußen, oder richtiger, dem Verhältnis zwischen Österreich und Preußen liege; und Männer, die es über sich gewannen, die Dinge unumwunden mit dem rechten Namen auszusprechen, sagten es damals schon, daß der gefährlichste Feind der Einheit nicht die Vielheit, sondern die Zweiheit, und daß mithin die ganze deutsche Verfassungsfrage nichts als eine Machtfrage zwischen Österreich und Preußen sei.

Preußen und Österreich hatten während dieser Zeit neben dem Anteil, der ihnen an den Verwickelungen der deutschen Dinge zukam, noch ihre eigenen und besonderen Kämpfe und Geschicke durchzumachen.

Zunächst war noch die Frage, ob es fürderhin überhaupt ein Österreich geben werde. Der alte Donaustaat krachte in allen seinen Fugen, und mehr als einmal schien es und war es nahe daran, daß er sich in seine einzelnen Teile auflöse. Von den Kämpfen, welche sich auf die Behauptung der unglücklichen italienischen Stellung Österreichs beziehen, reden wir später; zunächst eroberten sich die Ungarn im Sturme weniger Tage die nationale Unabhängigkeit, nach welcher sie seit lange mit wachsender Klarheit strebten. Sie hatten es durchgesetzt, daß, als am 12. November 1847 der Reichstag eröffnet wurde, die kaiserliche Rede in magyarischer Sprache abgefaßt war: noch hatte derselbe nichts zu Tage gefördert, als der Sturm aus Westen alle Reden und alle Projekte überholte. Am 15. März 1848 traf zu Wien die Deputation ein, welche von dem vorauseilenden Palatin Erzherzog Stephan angekündigt, im Namen des Preßburger Reichstags ein besonderes ungarisches Ministerium verlangte, das zu Budapest seinen Sitz nehmen und dem Reichstage verantwortlich sein sollte. Die Deputation sah sich in Wien, wo kein Mensch in diesen Tagen seinen gesunden Verstand beisammen hatte, überall mit Jubel empfangen; der Kaiser bewilligte, was sie forderten: einen eigenen Vicekönig, ein selbständiges Ministerium: sie hatten sich nur zu wehren, daß man ihren Staatsmännern nicht auch noch österreichische Ministerposten dazu anbot. Ludwig Kossuth, der jetzt die erste Rolle spielte, konnte in Preßburg dem freudetrunkenen Volke mitteilen, daß, was seither ein glühender patriotischer Wunsch gewesen, nämlich Ungarn von Ofen aus regiert zu sehen, nunmehr eine vollbrachte Thatsache sei: das neue Ministerium, Batthyány, Széchényi, Kossuth, Deák ward gebildet, und mit Eifer begab sich der Reichstag, er selbst beherrscht von den tumultuarischen Kräften, die hier wie überall mit dem steuerlosen Wrack des Staates ihr Spiel trieben, ans Werk, die allgemeinen Freiheitsprinzipien in bestimmte organische Gesetze zu fassen: Öffentlichkeit der Sitzungen, Preßgesetz, Nationalgardengesetz, gleiches Stimmrecht aller Deputierten. Eine Anzahl längst beabsichtigter Reformen wurden im Sturme beraten und angenommen: die Selbständigkeit der Administration des Landes ward durchgeführt: am 11. April sanktionierte der Kaiser die Beschlüsse des Reichstags. Eine Schwierigkeit für die Auseinandersetzung mit Wien lag darin, daß der ungarische Reichstag sich weigerte, einen entsprechenden Teil der gesamten österreichischen Staatsschuld zu übernehmen — aus dem der herrschenden Straßen-

demokratie sehr einleuchtenden Grunde, daß diese Staatsschulden ohne die Genehmigung des Reichstags und zu Zwecken, welche dem Lande fremd seien, kontrahiert worden waren. Indes ums Schuldenzahlen machte man sich in jenen Tagen wenig Sorge; zunächst hatte Ungarn erreicht, was das im Lande herrschende Volk, die Magyaren, wollten.

Mittlerweile war inmitten täglich wachsender Zerrüttung die verheißene neue Verfassung für den Kaiserstaat zurecht gemacht worden, und sie wurde am 25. April proklamiert. Das umfassendste Maß von Freiheiten und „Errungenschaften" verstand sich in dieser Konstitution, wie in allen, die damals gefordert oder gewährt oder verheißen wurden, von selbst; volle Glaubens-, Gewissens- und persönliche Freiheit, Freiheit der Rede und der Presse, Verantwortlichkeit der Minister vor dem Reichstag, der in einen Senat und eine Kammer der Abgeordneten zerfällt; Verfassungseid der Beamten, der Nationalgarde, des Heeres; sämtliche Länder der Monarchie — nur Ungarn und Italien waren in der Aufzählung nicht erwähnt — bilden eine untrennbare konstitutionelle Monarchie, und allen Volksstämmen ist zugleich die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet.

Diese Konstitution, bei der man ohne viel eigenes Studium die belgische von 1831 zu Grund gelegt hatte, fand in den halbdeutschen oder außerdeutschen Provinzen, wie Böhmen und Galizien, aus natürlichen und erklärlichen, wo nicht berechtigten Gründen keine Zustimmung: noch weniger Gnade aber fand sie in den Augen der politischen Dilettanten, welche jetzt zu Wien wie überall das große Wort führten, den Staatsmännern des Centralausschusses der Nationalgarde und der Studentenschaft. Ihr knabenhafter Doktrinarismus fand diese Verfassung nicht freisinnig genug. Sie stießen sich an der Ersten Kammer, dem Census für Wahlrecht und Wählbarkeit, dem indirekten Wahlverfahren, — vor allem aber daran, daß diese Verfassung eine octroyierte, eine vom Kaiser und seinen Ministern einseitig bestimmte sei. Alsbald bedrängte man den armen Mann in der Hofburg um eine konstituierende Versammlung; so meisterlos waren die Gemüter, daß die Besetzung des Kriegsministeriums durch einen sehr tüchtigen Adligen, den Grafen Latour, oder eine Armseligkeit, wie die Nachricht, daß der österreichische Gesandte am englischen Hofe dem mittlerweile in London angekommenen Fürsten Metternich eine Visite gemacht habe, genügte, um am 3. Mai eine der beliebten Volksdemonstrationen hervorzurufen, in deren Verfolg ein unverschämter Haufe dem Minister des Auswärtigen, Grafen Ficquelmont, mit groben Redensarten so lange zusetzte, bis er sein Entlassungsgesuch in die Hände dieser „Volksgesandten" niederlegte. Die schmachvolle Anarchie griff immer weiter, am 15. Mai nahm die Bewegung einen bedroh-

lichen Charakter an: neue Forderungen, Abzug des Militärs, Einkammersystem, Wahlrecht ohne Census, und was sonst von Stichwörtern von irgend einem Redner in die Menge geschleudert wurde, wurden gestellt und von dem Minister des Innern, Pillersdorf, der sich nicht zu raten und zu helfen wußte, bewilligt. Neuer gedankenloser Jubel folgte über die abermals gelungene Revolution: drei Tage später aber vernahm die Hauptstadt eine Nachricht von verhängnisvoller Bedeutung. Der Kaiser und die kaiserliche Familie hatten, ohne Vorwissen des Ministeriums, Wien verlassen. Am 19. kamen sie unter unermeßlichem Jubel der Bevölkerung in der Hauptstadt von Tirol, der getreuen Stadt Innsbruck, an. Am 3. Juni rechtfertigte der Kaiser in einem von zwei Ministern, Wessenberg und Doblhoff, gegengezeichneten Manifest diesen Schritt: seine Rückkehr und die Eröffnung des Reichstags machte er von der völligen Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe in Wien abhängig.

Es ist nicht nötig, den einzelnen anarchischen Zuckungen zu folgen, welche dieser unerwartete Schritt in Wien hervorrief. Mit Mühe hielt man etwas wie Regierung gegen die unaufhörlich störenden und sich kreuzenden Gewalten des Tages aufrecht. Doch konnte, nachdem der schwergeplagte schwache Pillersdorf zurückgetreten und am 8. Juli ein neues Kabinett demokratischer Färbung, Doblhoff, Schwarzer, Bach gebildet war, der Stellvertreter des Kaisers, der mittlerweile zum deutschen Reichsverweser erwählte Erzherzog Johann, am 22. Juli den österreichischen konstituierenden Reichstag zu Wien eröffnen. Es war eine eigentümliche Versammlung, 383 Mitglieder, darunter 92 Bauern, — viele, welchen das Deutsche, das man notgedrungen zur Geschäftssprache machen mußte, nicht geläufig war, eine Gesellschaft wie beim Turmbau von Babel: und die Thronrede konnte nichts bringen, als allgemeine schöne Worte — freie Verbrüderung aller Nationalitäten der Österreichischen Monarchie, innige Verbindung mit Deutschland, Befestigung der erworbenen Freiheit, Wiedergeburt des Vaterlandes. Doch war die Stimmung seit dem Zusammentritt des Reichstags etwas beruhigter. Die günstigen Nachrichten aus Italien, wo am 6. August das siegreiche Heer wieder in Mailand einrückte, befestigten die Regierungsautorität wieder ein wenig, und am 12. August gab der Kaiser einer aus dem Schoße des Reichstags an ihn abgesandten Deputation nach und kehrte nach Wien zurück.

Mittlerweile aber hatten sich neue Wolken zusammengezogen. Auch in Böhmen, wo sich zuerst auf dem harmlosen Gebiet tschechischer Sprachforschung ein slawisches Nationalbewußtsein erzeugt hatte, erinnerte man sich wie in Ungarn, daß das Land eigentlich selbständig sei, daß es eine böhmische Nation, daß es eine „Wenzelskrone“ wie

dort eine „Stephanskrone" gebe. Mit den Forderungen einer gemeinsamen Verfassung für die Länder dieser Wenzelskrone — Böhmen, Mähren, Schlesien —, welche zuerst auf einer Versammlung im Saale des Wenzelsbades zu Prag am 11. März ihren Ausdruck gefunden hatten, verbanden sich bald wirre Zukunftsträume von der großen Bestimmung des slawischen Völkerstammes, einer Verbrüderung aller Slawen nicht Österreichs allein: für die neuentdeckte Nation, für welche schon seit längerer Zeit (1817) eine tschechische Ilias in einem alten Turm in Königinhof aufgefunden worden war, ersann ein erfindungsreicher Schneider eine passende Nationaltracht — polnischen Rock, russische Mütze, türkischen Säbel —: am 4. Mai berief das tschechische „Nationalkomitee" in Prag ein slawisches „Parlament" nach Prag: und als die Flucht des Kaisers nach Innsbruck die Bahn für alle möglichen Experimente freizugeben schien, bildete sich dort in Prag eine provisorische Regierung, an deren Spitze der Gubernialpräsident von Böhmen, Graf Leo Thun, selber stand, neben welchem die Professoren Palacky und Rieger die hervorragendste Rolle spielten. Sie schickten eine Deputation an den Kaiser nach Innsbruck, welche um Genehmigung dieser Maßregeln bat. Mit dem Panslawismus allerdings hatte es noch gute Wege; Polen und Russen, Tschechen und Slowaken und das bunte Allerlei der Südslawen unter einen Hut zu bringen, war so leicht nicht; der Slawenkongreß, welcher zu Prag am 31. Mai unter Palackys Vorsitz zusammentrat, ließ eine solche Sprachenverwirrung zu Tage treten, daß man sich wohl oder übel zu gegenseitiger Verständigung der deutschen Sprache bedienen mußte. Um so besser verstand man sich über die allgemeine Tendenz des Hasses gegen die Deutschen: und ein furchtbarer Aufstand in Prag gab, obwohl er seiner Ziele nicht bewußt und ein fast zufälliges Ergebnis der aus allen möglichen Quellen zusammenfließenden Aufregung war, diesen Tendenzen einen Ausdruck. Am 12. Juni begann der Kampf, der drei Tage lang dauerte. Die Unterhandlungen, welche der österreichische Kommandant Fürst Windischgrätz bot, dem am 12. seine Gemahlin, in einem Fenster des Palastes stehend, durch eine dorthin sich verirrende Kugel getötet worden, führten zu nichts, weil unter den Insurgenten in der Stadt selbst gar keine leitende Autorität vorhanden war. Am 15. verließen die Truppen die Stadt und besetzten die umliegenden Höhen, von wo aus eine ernstliche Beschießung endlich die Empörung niederschmetterte. Am 17. erst ward die Ordnung hergestellt. Damit hatte man eine Zeitlang von dieser Seite Ruhe. Am 30. August hielten die Deutschen, welche in ansehnlicher, wenn auch geringerer Zahl, an Wohlstand und Bildung aber weit überlegen den Tschechen gegenüberstanden, ihrerseits zu Teplitz einen Kongreß, auf

welchem sie jede Solidarität mit den Tschechen ablehnten und sich für eine Einteilung der im Reichstage vertretenen Länder in Reichskreise nach der Sprachgrenze erklärten. Übrigens verfuhr man mit den Prager Aufständischen nicht härter, als unbedingt nötig war, um nicht die Sympathieen der Slawen zu verscherzen, welche der Zahl nach das Übergewicht im Reichstage hatten, und welche an anderer Stelle sich für das österreichische Interesse sehr nützlich erwiesen.

Diese Stelle war Ungarn. Die Magyaren sollten ihrer so rasch und scheinbar so vollständig in kurzem Anlauf errungenen nationalen Selbständigkeit nicht lange froh werden. Sie hatten mit dem politischen Takt und Geschick, welcher diese herrschende Nationalität Ungarns auszeichnet, sich beeilt, das Eisen zu schmieden, solange es noch warm war; unter den Händen aber begann es ihnen zu heiß zu werden. Der Kaiser hatte die in 31 Artikel gefaßten Verfassungsbestimmungen ihres Reichstags genehmigt und am 10. April diesen Reichstag geschlossen. In den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern, in der Woiwodschaft Serbien und dem Banat, in Kroatien, Siebenbürgen und der Militärgrenze bildet aber der magyarische Stamm neben den Slawen, Rumänen und Deutschen die Minderheit: und diese Nationalitäten hatten wenig Lust, sich dem Übermute der Magyaren zu unterwerfen, welcher nichts von seiner Herbe verloren hatte, seitdem dieselben von Wien her nichts mehr zu besorgen hatten. Das neue Ministerium, welches in Verfolg der Märzbewilligungen gebildet wurde, war aus lauter Magyaren zusammengesetzt, und der Mann insbesondere, welcher durch seine Popularität und seine allen Leidenschaften des herrschenden Stammes schmeichelnde Beredsamkeit alles, auch die Regierung selbst unterjochte, Ludwig Kossuth, machte aus seinem Hasse gegen alles Nichtmagyarische kein Hehl. Diesem hochmütigen Hasse gegenüber waren jene schwächeren Nationalitäten, die sich überdies auch ihrerseits, so gut wie die Ungarn, auf alte Pergamente berufen konnten, auf die Verbindung mit Wien, auf den gesamtösterreichischen Standpunkt angewiesen: und bereits war es zu offenen Feindseligkeiten zwischen den Magyaren einerseits, den Serben und Kroaten andererseits gekommen, als am 5. Juli, nachdem der Kaiser die Beschlüsse des vorigen Reichstags sanktioniert hatte, der neue Reichstag zu Preßburg eröffnet wurde. Offen trat hier Kossuth mit der Forderung auf, daß die in Italien kämpfenden ungarischen Regimenter zurückgerufen werden müßten, weil ein Sieg Österreichs in Italien nur die neue ungarische Freiheit und Unabhängigkeit gefährden könne; eine unmöglich-unsinnige Forderung, solange das alte Österreich noch Generale, Soldaten und Patrioten hatte. Dieser magyarische Übermut drängte den Hof und vor allem die Militärpartei, in deren Hände bei

der herrschenden Anarchie mehr und mehr die Macht überging, in die Allianz mit den nicht magyarischen Elementen in Ungarn. Der neue Banus von Kroatien, Jellachich, hatte bereits unumwunden erklärt, daß er nur dem Kaiser in Innsbruck, nicht aber dem ungarischen Ministerium in Budapest gehorchen werde. Anfangs ward dieser Widerspruch, der dem Hause Habsburg sehr willkommen war, nur insgeheim unterstützt; die Zeit kam heran, wo man es offen thun konnte. Die Niederwerfung des Prager Aufstands, die Siege in Italien, der Rückschlag der Stimmung in Wien selbst machte den militärischen Männern in der Umgebung des Kaisers und allen denen, welchen das anarchische Treiben mißfiel, neuen Mut. Zunächst brach im Banat der Kampf wieder aus, mit Grausamkeiten auf beiden Seiten, nicht zum Vorteil der Ungarn: und nun stellte die ungarische Regierung ein Heer von 200 000 Honveds oder Milizen auf und machte die nötigen Geldmittel flüssig, indem sie Papiernoten im Nennwerte von 42 Millionen fabrizieren ließ, um den Widerstand der tödlich gehaßten Südslawen zu brechen. Kossuths Interesse war, in Wien die demokratischen Elemente, den Sicherheitsausschuß und die Aula wieder ans Ruder zu bringen: er zählte auf den Haß der deutschen Bevölkerung gegen die Slawen und auf die Wirkung, welche seine radikale Rednerei allenthalben auf die demokratischen Gimpel in Wien wie in Frankfurt und im übrigen Deutschland machte.

Die Spannung war bald aufs äußerste gestiegen. Der Reichstag sandte Anfang September eine Deputation nach Wien. Sie verlangte nicht mehr noch weniger als die Rückberufung aller ungarischen Regimenter nach ihrer Heimat, um dort gegen die Rebellen — sie meinten die Slawen — zu kämpfen, die Entfernung der „Kamarilla“ vom kaiserlichen Hof und die Verlegung des kaiserlichen oder, nach korrektem ungarischen Sprachgebrauch, des königlichen Hoflagers nach Budapest, damit der König durch seine persönliche Gegenwart die Politik der ungarischen Regierung legitimiere. In 60 Wagen fuhren die 120 Deputierten nach Schönbrunn zur Audienz: sie wurden abschlägig beschieden, mochten sie selber zusehen, wie sie mit ihrer Unabhängigkeit fertig wurden. Trotzig steckten einzelne der Deputation, als sie mit diesem Bescheid das Schloß verließen, die revolutionären Abzeichen, rote Federn und Bänder, an Hut und Knopfloch: am selben Tage brachte die Agramer Zeitung das kaiserliche Handschreiben, welches den Banus, den man in einem Augenblick der Schwäche oder der Hinterlist geächtet hatte, in seine Ehren und Würden wiedereinsetzte.

Der Krieg war damit erklärt. Der Banus rückte mit seinem Heere am 11. September über die Drau auf ungarisches Gebiet: er wußte, was er wollte, und kümmerte sich nicht weiter um den Kaiser,

den man noch eine Zeitlang das doppelte Spiel fortsetzen ließ. In einer Proklamation erklärte er sich für „einen Mann des Volkes, der Freiheit und Österreichs"; sein Programm sei ein „einiges, mächtiges und freies Österreich, dessen unerläßliche Bedingungen ein einheitliches Ministerium des Krieges, der Finanzen und der auswärtigen Geschäfte"; das Schriftstück schloß mit einem Hoch auf den konstitutionellen Kaiser und König. Die Ungarn hatten ihren Palatinus, den Erzherzog Stephan, an die Spitze ihres Heeres gestellt: er sollte dasselbe dem Banus entgegenführen, der mit seinen Truppen den heiligen Boden betreten hatte. Aber es war klar, daß kein Glied des Hauses Habsburg gegen den Banus ziehen konnte, der offenbar im Einverständnis mit denen handelte, welche den Kaiser lenkten: der Erzherzog verließ das Heer und legte, da er keine Änderung in der Politik gegen Ungarn bewirken konnte, seine Stelle nieder (24. September), um fortan als Privatmann auf seinem Schlosse an der Lahn zu leben. Dies zwang den Hof nunmehr seinen Plan zu enthüllen: der Kaiser beauftragte den Baron Vay mit der Bildung eines neuen ungarischen Ministeriums, forderte die Truppen des Banus und der Ungarn in einem Manifest, das aber — charakteristisch genug für die Lage — von keinem Minister gegengezeichnet war, zur Niederlegung der Waffen auf und ernannte, um diesen Frieden herzustellen, den General Grafen Lamberg zu seinem königlichen Kommissar und zum Befehlshaber aller Streitkräfte in Ungarn. Graf Lamberg übernahm den Auftrag, der ihn in den sicheren Tod schickte. Als er zu Budapest angelangt über die Donaubrücke fuhr, ward er erkannt: sofort machte sich ein wütender Volkshaufe über ihn her und ließ seine Wut noch an dem Leichnam des mit zahllosen Bajonett-, Degen- und Sensenstichen getöteten Opfers aus, indem er ihn durch die Straßen schleifte und zuletzt aufhängte (28. September). Einige Tage später ließ ein ungarischer Honvedoffizier, Arthur Görgey, den Grafen Zichy aus einem der großen Häuser Ungarns erschießen, weil er die Proklamation Jellachichs verbreitet und mit einem von dessen Obersten korrespondiert habe.

In hellen Flammen brach so der Krieg zwischen den beiden Reichshälften, der österreichisch-slawischen und der ungarischen, aus. Am 3. Oktober löste der Kaiser in einem Manifeste den ungarischen Reichstag auf, ernannte den Banus zu seinem Alterego in Ungarn und wies die Truppen unter dessen Befehl. Der ungarische Reichstag antwortete damit, daß er das kaiserliche Manifest für verfassungswidrig und nichtig erklärte und den Banus, wo man ihn finde, als Hochverräter zu greifen befahl.

Die Ungarn aber hatten wirksame Verbündete in Wien. Wenn es gelang, die Magyaren mit kaiserlichem Kriegsvolk niederzuwerfen, so

war es mit dem Jubeljahr der Revolution auch in Wien zu Ende. Die Sympathie, welche man dort für die Magyaren als die alten Gegner des Absolutismus hegte, wurde durch weniger reine Motive verstärkt, und es kam am 6. Oktober in Wien zu einem überaus gefährlichen Aufstande, bei welchem Truppen und Nationalgarden auf beiden Seiten standen. Man wollte den Abzug der Truppen, welche der energische Kriegsminister Latour dem Banus zu Hilfe sandte, nicht gestatten, ein Teil dieser Truppen selbst, längst von der Demagogie bearbeitet, meuterte; auf dem Stephansplatze, im Dome selbst floß Blut, und um vier Uhr nachmittags wälzte sich eine erbitterte Menge nach dem Hofkriegsratsgebäude, um den Kriegsminister aufzusuchen, den die Presse des Tages längst als den Hauptfeind des Volkes denunziert hatte, und an welchem sie deshalb ihren wilden Haß zu kühlen begehrte. Die übrigen dort versammelten Minister retteten sich, Latour aber ward in seinem Verstecke aufgefunden. Vergebens parlamentierte man mit dem Haufen, vergebens nahmen einige aus der Menge selbst den Minister in Schutz; die „vertierten Söldlinge" der Demagogie vollbrachten ihr Werk: sie ermordeten den Mann, der ihnen mutig entgegentrat, auf kannibalische Weise und hängten seine Leiche an einen Laternenpfahl vor dem Hofkriegsratsgebäude. Auch in das Sitzungslokal des Reichstags drang ein Volkshaufe ein, doch hatten sich die bedrohten slawischen Abgeordneten vorher geflüchtet. Um sieben Uhr morgens kapitulierte die Besatzung des Zeughauses und zog den übrigen Truppen nach, welche schon am vorigen Tage gegen Abend die Stadt verlassen hatten. Sie überließen dieselbe der Revolution, welche hier abermals Herrin und Meisterin war.

Es war das einzige, was man thun konnte. Am 7. morgens 4 Uhr hatte der Kaiser zum zweitenmale Schönbrunn verlassen und den Weg nach Olmütz eingeschlagen. Er hinterließ ein Manifest an die Reichsversammlung, an dessen Schlusse es hieß, daß er die Nähe seiner Hauptstadt verlasse, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hilfe zu bringen. Der österreichische Staat war in Fetzen zerrissen: ein Teil in Olmütz, ein Teil in Wien: die Entscheidung über sein Fortbestehen aber ruhte in den Feldlagern, die zu einem Kampf auf Leben und Tod sich anschickten.

Den Ungarn war ihr Plan geglückt; sie hatten für den Augenblick Luft bekommen: denn Jellachich, der zwischen der Raab und Preßburg und nicht in besonders günstiger militärischer Lage stand, brach bei der Nachricht von den Vorgängen zu Wien sofort mit seinem Heere dorthin auf. Die Thorheit der Wiener Demokratie zog sich so, den Ungarn zuliebe, den Feind selbst auf den Hals. Am 9. Oktober stand der Banus noch zwei Poststationen von Wien entfernt: die Ent-

scheidung war jetzt ganz auf die Spitze des Schwertes gestellt. Züge von Nationalgarden aus Graz, Baden, Brünn und anderen Orten langten in Wien an, während von da flüchtete wer irgend konnte und nicht Lust hatte, für eine unklare und wahrscheinlich im voraus verlorene Sache sich zu opfern; unter den Fliehenden war auch die Mehrheit der slawischen Mitglieder des Reichstags, welche dann von Prag aus eine Erklärung erließen, daß, solange in Wien die Anarchie herrsche, vom Reichstag keine gültigen Beschlüsse gefaßt werden könnten. Von den Ministern war nur der eine Finanzminister in Wien geblieben, aber auch in Olmütz beim Kaiser waren keine Minister mehr. Seine Befehle waren nicht mehr kontrasigniert: es bedurfte dessen nicht, sie wurden von den Generalen, welche wohl wußten, daß es sich jetzt um ganz andere Dinge als um konstitutionelle Formalitäten handle, dennoch befolgt. In den Heeren lebte der österreichische Gedanke: das Heer allein konnte Österreich zurückerobern, wie es soeben Italien zurückerobert hatte: die Wiener Garnison unter Graf Auersperg vereinigte sich mit den Truppen des Banus, und von Mähren aus setzte sich jetzt auch Fürst Windischgrätz in Bewegung, um mit den beiden zusammen gegen die Reichshauptstadt zu operieren. Dort in Wien konnte sich der Rest des Reichstags — etwas über 200 Deputierte —, der Studentenausschuß, die Führer der Nationalgarde und der am 7. Oktober eingesetzte neue Gemeinderat in das bescheidene Quantum von Gehorsam, das daselbst zu finden war, teilen. Man setzte die Stadt, so gut es immer ging, in Verteidigungszustand; man hoffte auf Organisation des „Landsturms“, der Volksmassen außerhalb Wiens, die sich für die heldenmütige Hauptstadt erheben würden; auf die Ungarn; auf die Sympathieen der Demokratie in Deutschland und überall. Wenigstens die ermutigenden Zuschriften fehlten nicht. Der ungarische Reichstag kam — es war an demselben 10. Oktober, an welchem Kossuth durch Acclamation zum Präsidenten des Verteidigungsausschusses mit unbeschränkter Vollmacht gewählt wurde — seinen Wiener Freunden mit einer Adresse voll feuriger Worte und hallender Flüche über den Empörer Jellachich zu Hilfe; auch die Linke des Frankfurter Parlaments drückte in einer Adresse den Wienern ihre Bewunderung über die großartige Erhebung aus und beauftragte einige Parteigenossen — außer etlichen österreichischen Deputierten die Abgeordneten Julius Fröbel und Robert Blum —, ihnen diese Bewunderung und den Dank der Frankfurter Linken, wertlose Geschenke, persönlich zu überbringen; und an ähnlichen Zuschriften war auch sonst kein Mangel. Allein nirgends in Österreich, außer etwa in der nächsten Umgebung von Wien, fand der Aufstand irgendwelche thatkräftige Unterstützung. In Olmütz, wo der Kaiser am 14. Oktober ankam, fand er denselben Enthusiasmus,

wie einige Monate früher in Innsbruck, und es that seine volle Wirkung, als er am folgenden Tage in einem von Wessenberg gegengezeichneten Manifest „An meine Völker“ dem Landvolke insbesondere sein kaiserliches Wort erneuerte, daß es bei den gewährten Befreiungen „bezüglich der früheren unterthänigen auf Grund und Boden gehafteten Leistungen“, der einzigen Errungenschaft, welche die Bauern interessierte, sein Verbleiben habe. In einem neuen Manifest vom 16. Oktober kündete er seinen Völkern an, daß er den Oberbefehl über sämtliche Truppen des Reichs, mit Ausnahme der in Italien unter Radetzky stehenden Armee, dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz übertragen habe, der denn auch am 17. durch Besetzung der Brücken bei Krems und Stein die Verbindung mit den Truppen des Banus herstellte.

Noch machte der deutsche Reichsverweser einen von vornherein aussichtslosen Vermittelungsversuch, indem er die Abgeordneten Welcker und Mosle als Reichskommissare entsandte. Von Passau erließen diese am 19. eine Proklamation, in der sie ihre Vermittelung anboten; leere Worte, die ungehört in dem furchtbaren Sturme verhallten. Wien berührten sie nicht; der Fürst Windischgrätz, den sie in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober in seinem Hauptquartier zu Lommersdorf aufsuchten, wollte nicht einmal ihre Vollmacht einsehen; man hatte Mühe, dem beschränkten Manne begreiflich zu machen, daß diese Männer keine Demokraten seien; in Olmütz wurden sie zur kaiserlichen Tafel gezogen, ihre Vermittelung aber ward abgelehnt.

Am 23. abends traf Fürst Windischgrätz in Hetzendorf bei Wien ein. Das Kommando in Wien führte ein früherer Oberlieutenant, Messenhauser, welcher einst den Dienst verlassen hatte, um sich der Poesie zu widmen, und den jetzt die Revolution in ihre Wirbel zog; er lieferte nichts als einfältige Phrasen. Der eigentliche Leiter der Verteidigung war der polnische General Bem, dessen wir früher gedacht haben: — eine hervorragende Kraft der polnischen Emigration, die jetzt überall die Genugthuung hatte, das Blut verhaßter Gegner fließen zu sehen, und die um diesen Preis mit dem eigenen nicht geizte. Ein erster nachdrücklicher Angriff mit der überlegenen Truppenmacht, die dem Fürsten Windischgrätz zu Gebote stand, hätte diesen ohne Zweifel binnen kurzem zum Herrn der Stadt gemacht: zu einem solchen riet ihm eine Deputation des Wiener Gemeinderats. Statt dessen forderte der unfähige Mann die Stadt erst sehr methodisch zur Unterwerfung auf und verlangte die Auslieferung einer Anzahl der Führer; als letzte Frist setzte er den 26. Oktober; am 27. würde der Angriff beginnen. Die Unterwerfung erfolgte nicht, da eine anerkannte Autorität, die sie hätte ins Werk setzen können, gar nicht vorhanden war; am 24. begannen die Feindseligkeiten an den Linien, setzten sich den 25. fort;

zwischenhinein Unterhandlungen des Gemeinderats mit Windischgrätz, Aufruhr der Studentenschaft, Proteste des Reichstags, der durch ein Schreiben des Ministers Wessenberg in Kenntnis gesetzt wurde, daß der Kaiser die Versammlung nach Kremsier in Mähren verlege. Die Entschlosseneren unter den Verteidigern hofften noch eine letzte Möglichkeit: wenn jetzt, in der elften Stunde noch, die Ungarn ihr Wort einlösten, das sie in ihrem Schreiben vom 10. vor Gott und der Welt verpfändet hatten. Aber sie kamen nicht; unter fortgesetzten Unterhandlungen verging der 26., der 27.; da diese Unterhandlungen zu keinem Ergebnisse führten, weil die Studenten und die Arbeiter sich nicht zur Niederlegung der Waffen bequemen wollten, so begann am 28. der Sturm, der drei Tage früher schon leichter zum Ziele geführt hätte. In heftigem Kampfe ward um die Vorstädte gerungen, in der Leopoldstadt und Jägerzeil Haus um Haus gestürmt: nachts elf Uhr waren sie im Besitz der Truppen, welche auf dem Glacis der eigentlichen Stadt biwakierten und von dort in den Vorstädten plünderten und mordeten. Sonntag, den 29., erfolgte kein Angriff; der Fürst verhandelte wieder mit den Deputationen des Gemeinderats, bestand aber auf unbedingter Unterwerfung und vertröbelte, während er nur den Befehl zum Einmarsch zu geben brauchte, die Zeit mit Umständlichkeiten; am Abend brachte eine weitere Deputation die verlangte Unterwerfung. Die Niederlegung der Waffen begann; eine Anzahl von denen, welche keine Gnade hoffen konnten, flüchtete; die Truppen standen am 30. morgens zum Einmarsch auf dem Glacis bereit, als noch einmal ein Umschlag erfolgte. Die Ungarn kamen; diesmal war es richtig; der Beobachtungsposten auf dem Stephansturme gewahrte die heranziehenden Truppen: eine Rauchsäule vom Turme aufsteigend verkündete der Stadt das Ereignis, das alles ändern mußte.

Die Ungarn, welche seither gezögert hatten unter dem Vorwande, nur auf Verlangen des Reichstags zu Hilfe kommen zu können — was auch wohl bei vielen ein ernster und wirklicher Grund war — hatten sich endlich aufgemacht. Nur 18000 Mann, vier reguläre Regimenter und Landsturm, hatten sie die Grenze überschritten; sie zogen sich auf Schwechat, nachdem sie bis drei Stunden vor Wien gekommen. Dort griff sie Jellachich mit Übermacht an, man konnte vom Stephansturme aus den Blitz ihrer Kanonen sehen: und während hier von neun Uhr an gekämpft wurde, war in Wien von den Exaltiertesten, der Arbeiter- oder Mobilgarde und einem Teil der studentischen Legion, die rote Fahne auf den Bastionen der Altstadt aufgepflanzt, der Kampf unter zunehmender Zerrüttung und Anarchie wieder aufgenommen worden. Aber um 1 Uhr war Jellachich mit den Ungarn fertig, die ohne viel Nachdruck kämpften. Gleichwohl öffneten sich die Thore von Wien

noch immer nicht; Studenten und Mobile schienen zum Äußersten entschlossen. Auch ihre Reihen begannen sich zu lichten: aber erst am 31. Oktober abends sechs Uhr, nach einem nochmaligen vierstündigen Kampfe, drangen die Truppen ein.

Der heldenmütig-wahnwitzige Kampf gegen ein Heer von 90 000 Mann, den zuletzt das Proletariat planlos und ziellos allein geführt hatte, war zu Ende: seine Opfer berechnete man auf seiten der Bevölkerung zu 3000 Toten. Daß die Rache nicht ausbleiben werde, konnte man sich denken. Am 1. November erklärte eine Proklamation des Fürsten den Belagerungszustand, die Auflösung der Nationalgarde und der akademischen Legion, die allgemeine Entwaffnung binnen 48 Stunden, standrechtliche Aburteilung für jeden, der Soldaten zum Treubruche reize. Unter dem Schutze des Belagerungszustandes zauderte der Wiener Spießbürger nicht mit Denunziationen: die Verhaftungen, die Erschießungen nahmen ihren Gang — ohne viel Skrupel auf gutes oder schlechtes Zeugnis — und die Brutalität der Soldaten, die sich als die Herren im Lande fühlten, ergänzte, was den Befehlen der Kommandierenden etwa an Barbarei noch fehlte. Die Revolution war an einem ihrer Mittelpunkte siegreich niedergeworfen: und damit kein Zweifel sei, was dieser Umschlag auch für Deutschland und seine Hoffnungen bedeute, ward am 9. November der Delegierte der Frankfurter Linken, Robert Blum, standrechtlich erschossen, während sein Genosse Fröbel sein Leben einer Flugschrift verdankte, in welcher er den deutschen Einheitsstaat bekämpft und dagegen das ungeteilte Zusammenbleiben der Österreichischen Monarchie verfochten hatte.

Denn dies, das ungeteilte Zusammenbleiben der Österreichischen Monarchie, war das Stichwort der neuen Politik, welche mit der Eroberung von Wien ihren ersten Sieg erfochten hatte. Trägerin und Hauptstütze dieser Politik des einen und unteilbaren Österreichs war die Armee: es war aber jetzt an der Zeit, daß auch wieder eine Regierung mit einem wirklichen politischen Programm gebildet wurde. An die Spitze dieser neuen Regierung trat ein im Heer und in der Diplomatie versuchter Mann von zweifelhaftem Ruf und weitem Gewissen, der Fürst Felix Schwarzenberg, dem die rücksichtslose Verwegenheit seines Handelns, bestochene Lobredner und erbärmliche Gegner auf kurze Zeit den Ruf eines genialen Staatsmannes verschafften, dem aber eine weniger befangene Nachwelt nur das zweifelhafte Lob wird erteilen können, daß er es verstand, ein bankrottes Staatswesen mit verzweifelten Mitteln und kecker Miene über eine gefährliche Krisis hinwegzuheben, ohne es in Wahrheit auf neue dauerhafte Grundlagen stellen zu können. Er selbst übernahm das Äußere und den Vorsitz; ihm zur Seite trat Graf Franz Stadion für das Innere; ein demo-

kratischer Emporkömmling, der jetzt die nicht mehr zeitgemäße Farbe mit einer andern vertauschte, Alexander Bach, für die Justiz. Die Finanzen behielt, alle Stürme überdauernd, Krauß, — Handel und öffentliche Arbeiten erhielt Bruck, ein geborener Rheinländer, dessen Genie vortrefflich zu diesen Verhältnissen paßte, wo mit der einfachen Ehrlichkeit nicht vorwärts zu kommen war. Das Programm dieser Regierung vom 27. November enthielt die üblichen freisinnigen Worte: es waren einige von den falschen Karten, deren der Kavalier an der Spitze bei dem hohen Spiel, das er begann, nicht entbehren konnte, und mit denen er ohne zu erröten manipulierte; die wirkliche und ernst gemeinte Tendenz des neuen Regiments war in den Worten enthalten: „kräftige Centralgewalt, rasche Beilegung des Bürgerkriegs in Ungarn, Aufrechthaltung der Integrität der gesamten Österreichischen Monarchie.“ Um diesen Zielen aber mit Erfolg nachzustreben, war noch ein weiterer Schritt notwendig. Am 2. Dezember teilte der neue Ministerpräsident dem Reichstage, der mittlerweile in dem mährischen Neste Kremsier, einer Sommerresidenz der Olmützer Erzbischöfe, wieder zusammengetreten war, mit, daß soeben dort in Olmütz ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung stattgefunden habe: Kaiser Ferdinand hatte abgedankt, sein Bruder, der Erzherzog Franz Karl auf sein Nachfolgerecht verzichtet und dessen Sohn, ein 18jähriger Jüngling, der zu diesem Behufe am Tage zuvor für großjährig erklärt worden war, hatte als Kaiser Franz Joseph I. den österreichischen Thron bestiegen.

In Preußen hatte die Bewegung mittlerweile einen ähnlichen Kreislauf beschrieben. Nur waren die Erschütterungen bei den im ganzen wohlgeordneten und in ihrem Kerne gesunden Zuständen, deren Charakter sich auch in dieser kritischen Zeit nicht verleugnete, weit weniger gewaltsam als in Österreich. Das einzige fremdländische Element, das diesem Staat anhaftete, die Polen, wurde ohne allzu große Schwierigkeiten zur Ruhe gebracht. Unter den mancherlei Forderungen, mit welchen in den Märztagen der König bestürmt wurde, war auch die einer nationalen Organisation des Großherzogtums Posen. Friedrich Wilhelm hatte die polnischen Nationalfarben statt der preußischen bewilligt; eine Grenzlinie sollte den deutschen Teil des Großherzogtums, der dem Deutschen Bunde zutreten sollte, von dem national-polnischen scheiden; indes konnte dies nicht ohne polnischen Aufstand geschehen, ohne welchen in der That der Verwirrung des Jahres 1848 gleichsam etwas gefehlt haben würde. Von dergleichen Teilungen wollte man im polnischen Lager nichts wissen. Ende April erhob sich die Insurrektion, deren militärischer Führer Mieroslawski war, und welche die schwankende Haltung der Regierung erst recht großgezogen hatte. Aber schon am 7. Mai war ihre Hauptmacht von den preußi-

schen Truppen so umstellt, daß ihr nichts übrigblieb als Übertritt auf russisches Gebiet oder Ergebung. Sie wählten das letztere; die Scharen, welche im Regierungsbezirk Bromberg sich wieder sammelten, wurden am 13. durch General Hirschfeld bei Exin zersprengt, gegen die Überwundenen verfuhr man ohne Härte. Im übrigen bewegte sich in Preußen der Kampf wie im übrigen Deutschland um den Sieg des demokratischen oder des konstitutionellen Prinzips.

Am 2. April war der vereinigte Landtag in Berlin zusammengetreten, hatte aber, da bereits entschieden war, daß die neue Konstitution nicht von ihm, sondern von einer nach einem neuen Wahlgesetz zu wählenden „Nationalversammlung" beraten werden sollte, am 10. seine Sitzungen geschlossen, nachdem die nötigen Vorbereitungen für diese neue Versammlung getroffen worden waren.

Dieselbe trat am 22. Mai, vier Tage nach dem Frankfurter Parlament, zusammen. Selbst wenn die Bauleute besser gewesen wären, würde auf dem schwankenden Boden, der jeden Augenblick den Arbeitenden unter den Füßen erzitterte, nichts Haltbares haben gebaut werden können. Die Versammlung aber zählte unter ihren 350 Mitgliedern, unter welchen 68 Bauern und 28 Handwerker saßen, weit weniger Talente als das Frankfurter Parlament, sie stand mehr unter der Herrschaft der demokratischen Phrase als dieses, und sie konnte dem Gelüst, in die Befugnisse der Exekutive einzugreifen, um so weniger widerstehen, als diese bei dem Charakter und den Anschauungen des Königs von Hause aus schwach war. Ebensowenig widerstand ihre Mehrheit dem Kitzel, mit der hauptstädtischen Demagogie und ihren Werkzeugen aus Pöbel und Bürgerschaft zu liebäugeln. Auf der andern Seite wußten die Führer, unter denen Benedikt Franz Leo Waldeck der staatsmännisch bedeutendste, charaktervollste und achtungswerteste war, sehr wohl, daß die reaktionären und konservativen Kräfte, nur für den Augenblick zurückgedrängt, in diesem Staate sehr einflußreich waren, und glaubten dieselben deshalb durch Einschüchterung niederhalten und ihnen durch möglichste Begünstigung und Entwickelung des demokratischen Elements in der zu schaffenden preußischen Verfassung ein Gegengewicht geben zu müssen. Sie schoben deshalb den von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf beiseite, um an seine Stelle ein demokratischeres System von eigener Mache zu setzen. Die Einberufung einer solchen Versammlung neben dem Frankfurter Parlamente war an sich ein Fehler, weil sie die freie Hand und Energie der Regierung für die deutschen Angelegenheiten, überhaupt nach außen lähmte, und unglücklicherweise fand sich unter den wechselnden Ministern kein Staatsmann, welcher der Riesenaufgabe gewachsen gewesen wäre, zugleich den König zu stärken, die Versammlung zu leiten, den Pöbel

niederzuhalten, und — nicht das am wenigsten Wichtige — der zugleich in der deutschen Frage klar gewußt hätte, was er wollte und was der preußische Staat sollte.

So dauerten die unerquicklichsten Zustände den ganzen Sommer durch fort. Die ziellose Unruhe unter der Bevölkerung erzeugte Arbeitsmangel und Not und diese wieder die Unruhe; unaufhörlich wiederholten sich die Arbeitertumulte; am 30. Mai zogen die Haufen vor das Hotel des Handelsministers und verlangten Arbeit: wenn man ihnen diesmal zehn Groschen für den Mann gab, so war dies nur ein Mittel, sie einzuladen, bald wiederzukommen. Da in den Provinzen, auf dem Lande, die Arbeit nicht minder stockte, so zog sich das Proletariat nach den großen Städten und vor allem nach Berlin, wo sich wenigstens in Revolution etwas machen ließ und es überdies gelegentlich ein Extravergnügen gab, wie am 15. Juni der Sturm auf das Zeughaus war, wo man nach Herzenslust plündern und zerstören konnte, ehe jemand kam, den Unfug zu hindern. Die Ministerien wechselten; am 20. Juni trat Camphausen zurück, und ein anderer der rheinischen Oppositionsführer, David Hansemann, übernahm seine Stelle; mit ihm Rudolf von Auerswald, Graf Schwerin, Rodbertus, Milde, General Roth von Schreckenstein. Aber die Sache wurde um nichts besser; das neue Ministerium hatte so wenig einen festen Plan und eine klarbewußte Politik als das vorige; und auch der Krieg um Schleswig wurde nicht so geführt, daß seine Wirkungen das Ansehen der Regierung hätten verstärken können. So kam es am 1. Juli wieder zu Arbeiterunruhen; am 7. kehrten die Truppen unter Wrangel nach Berlin zurück, zwischen denen und dem Volke es nun zu häufigen Reibungen kam, wie sie sich auch in anderen Städten wiederholten. In der Nationalversammlung war, da man sich unter der demokratischen Partei daran gewöhnt hatte, jede Beleidigung des Militärs für vollkommen in der Ordnung, jede Gegenwehr der Soldaten für eine Majestätsbeleidigung des neuen Souveräns, des Volkes, zu halten, am 9. August der Antrag gestellt worden, daß der Kriegsminister es den Offizieren zur Ehrenpflicht machen solle, von reaktionären Bestrebungen fern zu bleiben und, wofern dies ihrer Überzeugung widerspreche, ihren Abschied zu nehmen: der unter allen Gesichtspunkten höchst bedenkliche Antrag ward angenommen, und am 7. September, da der Minister ihn nicht ausgeführt hatte, von dem Abgeordneten Stein erneuert. Mit 219 gegen 143 Stimmen ging er durch; das Ministerium, damit nicht einverstanden, trat zurück; ein neues ward gebildet (21. September), an dessen Spitze General Pfuel als Kriegsminister stand. Es war nicht das Ministerium der That, nach dem man suchte und das man nicht finden konnte. Die Dinge wurden

nicht besser, die Konflikte mehrten sich: bei der beginnenden Verfassungsberatung beging die Versammlung u. a. die große Thorheit, den königlichen Titel „von Gottes Gnaden“ mit 217 gegen 134 Stimmen zu streichen und damit den König völlig unnötigerweise zu reizen. Die Demokratie schlug jetzt, da der Boden ihr in Frankfurt zu heiß geworden, in Berlin ihr Hauptquartier auf; zum 26. Oktober wurde ein großer Demokratenkongreß dahin geladen, und die Mitglieder der rechten Seite der Nationalversammlung sahen sich von rohen Gesellen bedroht, denen niemand ihr Handwerk legte. Am 30. Oktober wurde die Versammlung in ihrem Sitzungslokale, dem Schauspielhause, eine ganze Nacht lang von diesen Haufen belagert und terrorisiert.

Mittlerweile aber hatte sich in ganz Deutschland, das nur eine Anzahl von Schwärmern und Betrügern für eine Umbildung zur Republik „reif“ halten konnte, langsam, aber mit unwiderstehlicher Gewalt ein Umschwung in der öffentlichen Stimmung vollzogen. Die besitzenden Klassen, welche der politische Taumel einen Augenblick mitergriffen hatte, begannen der ewigen Aufregungen, Wahlen, Volksversammlungen müde zu werden und sich, des ziellosen Politisierens übersatt, nach der geordneten Arbeit, die vor allem dem deutschen Bürgerstand Lebensbedürfnis ist, zurückzusehnen. Nirgends aber war dieser konservative Zug stärker als in Preußen. In der Beamtenschaft, dem Heere, der Geistlichkeit, dem Grundadel, unter den Bauern und Handwerkern waren die loyalen Elemente weit überwiegend, und jede dieser Klassen war überdies auf ihre besondere Weise von dem unverständigen, jedes positiven staatbauenden Gedankens baren Räsonnieren der Demokratie gereizt worden, die für jede dieser Gesellschaftsklassen ein besonderes Schimpfwort in Bereitschaft hatte. Mehr und mehr aber erwachte in diesen Kreisen neben dem Gefühl der bedrohten besonderen Interessen auch das Staatsgefühl wieder, das in Preußen, dem Großstaat mit reicher Geschichte, etwas ganz anderes bedeutete, als in den kleineren deutschen Bundesstaaten, wo eine monarchische Gesinnung zwar in gewöhnlichen Zeiten geräuschvoll sich breit machte, nicht aber, wie hier, auf der festen Grundlage gemeinsam vollführter Thaten, gemeinsam erduldeter Leiden beruhte. Diese konservativen und monarchisch gesinnten Elemente, der Kern einer starken konservativen und gegenrevolutionären Partei, fanden einen Sammelpunkt und ein Organ in der „Neuen Preußischen Zeitung“, welche, von geschickten Händen von festen Prinzipien aus redigiert, den Mut hatte, das alte preußische Landwehrkreuz mit seiner Devise „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ als Wahrzeichen aufzurichten. Man begann nach energischen Männern auszuschauen, die dem König behilflich sein sollten, die am Boden schleifenden Zügel des Regiments wieder kräftig aufzu-

nehmen. Die Zeit war günstig, die Revolution in Frankfurt, dann in Wien niedergeworfen; auch in Frankreich wie überall trat derselbe Wandel der Stimmung in unzweideutigen Symptomen zu Tage; so nahm der König die Entlassung des Ministeriums Pfuel an und beauftragte (1. November) den Grafen Brandenburg, einen natürlichen Sohn Friedrich Wilhelms II., einen Mann nicht eben von hoher geistiger Begabung, aber von Mut, ehrenhaftem Sinn und ritterlicher Hingebung, mit der Bildung eines neuen Ministeriums, in welches Freiherr Otto von Manteuffel als Minister des Innern, Generalmajor von Strotha als Kriegsminister, Ladenberg (Kultus), Kühne (Finanzen), Rinker (Justiz), ein Elberfelder Großindustrieller von der Heydt als Handelsminister eintraten. Die Mehrheit der Nationalversammlung fühlte, wohin der Schlag zielte. Sie beschloß einen Protest; eine Deputation überbrachte die Adresse, in welcher gesagt war, daß die Versammlung zu der neuen Regierung kein Vertrauen habe; der König nahm die Adresse an, wollte sich aber mit der Deputation in keine weiteren Erörterungen einlassen. Als er den Rücken wandte, beging ein Mitglied der Deputation, der Abgeordnete Johann Jacoby, die plumpe Taktlosigkeit, ihm die Phrase nachzurufen: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!“ Es ist häufiger das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören können; sie nicht hören zu wollen, ist ein Mißgeschick, das wohl aufgeregten Parteien und aufgeblasenen Parteiführern häufiger begegnet. Daß der Hefe der Partei die armselige Phrase als eitel Freimütigkeit, wo nicht gar als Heldenmut erschien, versteht sich; die ernsthaften Männer der Demokratie konnten die Unschicklichkeit nur bedauern, durch welche ein ungesitteter Nachahmer französischer Originale ihre Sache kompromittiert hatte.

Der entscheidende „Bruch mit der Revolution“ erfolgte am 8. November. Er geschah durch eine königliche Order, welche die Nationalversammlung bis zum 27. vertagte und auf diesen Tag zur Wiederaufnahme ihrer Sitzungen nach der Stadt Brandenburg berief. Die Versammlung, das Vorbild der französischen Nationalversammlung von 1789 im Auge, versuchte den Widerstand. Ihr Präsident von Unruh stellte, nachdem die Order verlesen war, die Frage, ob man die Sitzung fortsetzen wolle. Zweihundertzweiundfünfzig Stimmen erklärten sich dafür, die Dissentierenden verließen wie die Minister den Saal. Eine Erklärung ward angenommen, welche den Willen aussprach, die Sitzungen in Berlin fortzusetzen, dagegen der Krone das Recht absprach, die Versammlung wider deren eigenen Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen: und am folgenden Tage ward eine Proklamation erlassen, welche den Entschluß der Versammlung kundgab, gegenüber dem

Verfahren des Ministeriums Brandenburg, das als ein Staatsstreich bezeichnet wurde, energischen Widerstand zu leisten. Die Rechtsfrage an sich konnte zweifelhaft sein; das aber war nicht zweifelhaft, daß die Männer, welche den Kämpfern des 18. März den Dank des Vaterlandes votiert hatten und bei jeder Gelegenheit an die unwiderstehliche Kraft der Revolution appellierten, kein Recht besaßen, sich zu wundern, wenn in dem Kampfe zwischen Demokratie und Königtum nun auch, nachdem Wind und Wetter sich geändert, das Königtum die freie Hand benutzte, die ihm mehr als alles andere eben die maßlosen Übergriffe der Demokratie selbst verschafft hatten. In minderem Grade — denn nicht so gewaltsam waren hier die Gegensätze gespannt — widerfuhr ihnen dasselbe, wie dem in seiner Überzeugung redlichen, persönlich wackeren Robert Blum, der in ebendiesen Tagen (9. November) in der Brigittenau bei Wien unter den Schüssen österreichischer Jäger endete. Er starb mit männlichem Mute und starb für ein ähnliches unklares Freiheitsideal, wie dasjenige, für welches auch die Mehrzahl dieser Männer kämpfte; aber wer das Schwert nimmt, der thut es auf die Gefahr, durch das Schwert umzukommen; und wo das bestehende Recht einmal durchbrochen ist, da kämpfen die großen Gegensätze, welche die Welt bewegen, mit den Waffen, die sie finden können, außerhalb der festen, friedlichen Grenzen, welche sonst Königsehre und Volksrecht auf befreundetem Boden jedes in seiner Sphäre schirmen. Eine höhere Hand mag sie, wo die Lebenswurzeln einer Nation gesund sind, zu später Verständigung lenken.

Der Versuch, die Versammlung in Berlin fortzusetzen, mißlang. Am 15. November beschloß die Versammlung im Mielentzschen Saale die Aufforderung an das Volk, dem Ministerium die Steuern zu verweigern. Am 10. war General Wrangel mit ansehnlicher Truppenzahl in Berlin eingerückt, doch floß kein Blut. Die Berliner Bürgerwehr ward aufgelöst, jener Steuerverweigerungsbeschluß hatte keine Folgen, und am 27. wurden die Sitzungen in der That in der Stadt Brandenburg wieder eröffnet, wohin auch ein Teil der nunmehrigen Opposition sich begeben hatte. Erst am 1. Dezember wurde die Versammlung beschlußfähig, aber sie wurde nicht mehr lebensfähig: am 5. löste ein königlicher Erlaß sie auf. Zugleich gab der König nun aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung, bei welcher die Vorarbeiten und Vorschläge der Nationalversammlung sowie auch die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments gebührend berücksichtigt seien, und für welche außerdem eine Revision auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durch die demnächst zu berufenden Kammern vorbehalten wurde. Die Verfassung war verständiger, der Wirklichkeit der Dinge entsprechender, als was der radikale Doktrinarismus der Nationalver-

sammlung ausgeheckt hatte, und sie war freisinnig genug: wenn sie ohne Vorbehalt als der wahre Ausdruck einer politischen Notwendigkeit, von welcher der König selbst innerlich durchdrungen gewesen wäre, gegeben war, so konnten die Dinge zum guten sich wenden, und man hätte den König nicht tadeln dürfen, daß er sich einer unbequemen, unfruchtbaren und lähmenden Körperschaft, wie die konstituierende Versammlung war, angesichts der Krisis in der deutschen Frage, die jetzt heraufzog, entledigte. Gemäß dieser octroyierten Verfassung wurden die Kammern, welche dieselbe voraussetzte, auf den 26. Februar 1849 nach Berlin berufen.

So hatte denn in Preußen wie in Österreich die Bewegung mit einem ersten Siege der Regierungsgewalt geendigt. Was immer von Zugeständnissen an die Märzerrungenschaften noch auf dem Papiere stand, das demokratische Prinzip war unterlegen. In den beiden mächtigsten deutschen Staaten — mit welchen Opfern, kam zunächst nicht in Frage — hatte sich die Monarchie siegreich behauptet.

Allein noch war die schwierigste aller Fragen, die deutsche Verfassungsfrage, übrig.

Am 8. Oktober ward der Nationalversammlung in Frankfurt der Verfassungsentwurf, wie er von der vorberatenden Kommission ausgearbeitet worden, vorgelegt; am 20. begannen die Verhandlungen, nachdem die Versammlung sich bis dahin fast ausschließlich mit der Feststellung der „Grundrechte des deutschen Volkes“, einem Seitenstück zur Erklärung der Menschenrechte durch die erste französische Nationalversammlung, beschäftigt hatte. Die Debatten wurden durch mancherlei Zwischenfälle unterbrochen: unter anderem machte das Parlament einen Versuch, in dem in Preußen ausgebrochenen Konflikte zu vermitteln. Es eignete sich (20. November) einen Antrag an, in welchem die Centralgewalt aufgefordert wurde, dahin zu wirken, daß in Berlin ein Ministerium ernannt werde, welches das Vertrauen des Landes besitze, zugleich aber der Steuerverweigerungsbeschluß der Berliner Versammlung für null und nichtig erklärt ward. Allein diese Vermittelung mißlang; der Unterstaatssekretär Bassermann, welchen das Reichsministerium nach Berlin schickte, spielte eine kaum minder klägliche Rolle, als die Reichskommissarien Welcker und Mosle in Olmütz gespielt hatten. Die dortigen Dinge gingen trotz einer Proklamation des Reichsverwesers und Protesten der Linken ihren Gang weiter, während die deutsche Verfassungsfrage sich mehr und mehr zu einiger, freilich wenig erfreulicher, Klarheit entwickelte. Der Entwurf vom 8. Oktober schuf eine sehr intensive Einheit, und in seinen wesentlichsten Punkten ward er angenommen: der Reichsgewalt war in demselben die ausschließliche Vertretung Deutschlands und seiner einzelnen Staaten im

Auslande zugewiesen; ebenso die Verfügung über die gesamte bewaffnete Macht Deutschlands, die Ernennung der Gesandten und Konsuln, der Generale und Flottenoffiziere, die Gesetzgebung über das gesamte Zoll-, Münz-, Postwesen, Eisenbahnen, Kanäle u. s. w. Der zunächst wichtigste Punkt war die Bestimmung, daß kein Teil des Deutschen Reiches mit nicht deutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe: im Falle ein deutsches Land mit einem anderen nicht deutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt habe, müsse dies Verhältnis nach den Grundsätzen der reinen Personalunion geordnet werden. Es war klar wie der Tag, daß das Programm des neuen österreichischen Ministeriums vom 27. November mit diesem Grundgedanken in absolutem Widerspruche stand, — daß überhaupt der österreichische Staat als solcher schlechterdings in diesen Rahmen nicht hineinpaßte. Diese Verfassung hatte Sinn nur in dem einen Fall, daß Österreich aus jedem engeren Verbande mit Deutschland ausschied — und damit ergab sich zugleich mit logischer Notwendigkeit, daß die Reichsexekutivgewalt in irgend einer Form an Preußen kommen mußte, das außer einem geringfügigen polnischen Prozentsatze nur deutsche Bevölkerung hatte, und das für sich allein, wenn Österreich wegfiel, mehr als die Hälfte der Bevölkerung Gesamtdeutschlands enthielt.

Es machte dem gesunden Menschenverstande der Versammlung Ehre, daß nahezu die Hälfte der Mitglieder dieser Erkenntnis sich nicht mehr verschloß. Der Träger dieser politischen Kombination, der einzig möglichen Form der deutschen Einheit, war der seitherige Präsident des Parlaments, Heinrich von Gagern. Am 17. Dezember trat demnach der seitherige Chef des Reichsministeriums, der Österreicher Schmerling von seinem Posten: ein kluger Schritt, da er Österreich die Notwendigkeit ersparte, seinerseits positive Vorschläge über sein Verhältnis zur neuen Gestaltung Deutschlands zu machen. Schmerling trat sofort in die richtigere Stellung eines Vertreters Österreichs bei der Centralgewalt über — er hatte seither schon nichts anderes vertreten — und Gagern übernahm den Vorsitz im Reichsministerium. Sein Programm war: Anerkennung der Sonderstellung Österreichs, das nach der Erklärung vom 27. November in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintreten könne; Verständigung über eine künftige Union des deutschen Bundesstaates mit Österreich der Zukunft vorbehalten und auf gesandtschaftlichem Wege d. h. durch Unterhandlungen wie zwischen unabhängigen Staaten zu bewirken. Gegenstand dieser Unterhandlungen könne aber nicht die Verfassung des deutschen Bundesstaates sein; mit anderen Worten also: er wollte Konstituierung Deutschlands als eines Bundesstaates ohne Österreich. Es war das einzig richtige und mögliche Programm: ein Fehler aber war,

daß der ehrliche, den geriebenen österreichischen Staatsmännern gegenüber harmlos vertrauende Gagern dasselbe sofort am 18. dem Parlamente vorlegte, anstatt zu warten, bis die österreichische Regierung und ihre Werkzeuge und Parteigänger in Frankfurt abgewirtschaftet hatten, was in kurzem hätte geschehen müssen, da sie schlechterdings nichts zu bieten hatten, was dem Verlangen der deutschen Nation nach einer wirklichen Einheit genügt hätte.

So wurde der österreichischen Regierung die Sache sehr leicht gemacht, indem ihr zunächst nur die Aufgabe zufiel, jenes gegnerische Programm zu kritisieren und zu verneinen. Dies that der österreichische Ministerpräsident in einer Note vom 28. Dezember, in welcher er trotzig erklärte, daß Österreich keineswegs seine Stellung als Bundesmacht aufzugeben gedenke, und daß die deutsche Verfassungsfrage nur gelöst werden könne auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen, „unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnimmt“. Es war für jeden, der sehen wollte, klar, wohin diese Note zielte: und wenn in einer späteren vom 17. Januar 1849 noch von einem Direktorium und von einem Volkshause die Rede war, so verhüllte dieser Schleier nur sehr leicht die eigentliche Meinung des österreichischen Kabinetts, welche dahin ging, keine wirkliche Einheit zu stande kommen zu lassen. Allein ihre Stellung war stark; sie hatte in Frankfurt für sich den Reichsverweser, einen Prinzen des kaiserlichen Hauses, die ziemlich geschlossene Schar der österreichischen Abgeordneten, welche, Demokraten oder nicht, doch in einem sich völlig verstanden, keine „preußische“ Lösung zuzulassen, und zu diesen gesellte sich die Mehrzahl der süddeutschen und anderer Partikularisten sowie vor allem die gesamte Linke, die in ihrer politischen Unfähigkeit von nichts Heil erwartete, als von einem neuen Ausbruch der Revolution. Außerhalb der Versammlung wiederholte sich diese seltsame Allianz der Ultras von rechts und von links, und sie fand einen mächtigen Verbündeten in der Masse derer, welche nur mit Gefühlen und Stimmungen, nicht mit Ernst und Verstand politisierten, und denen die Abtrennung von Österreich, die „Ausschließung von 8 Millionen Deutschen“, als das größte „nationale Verbrechen“ vorkam. Indes verfolgte die Partei, welche auf ein erbliches Kaisertum im Hause der Hohenzollern lossteuerte, im Parlament ihren Weg weiter, und es gelang wenigstens, zunächst eine geschlossene Partei für diese Auffassung zu organisieren, welche sich durch einzelne frühere Gegner verstärkte. Vom 11. bis 13. Januar bildete das Verhältnis zu Österreich den Gegenstand einer gründlichen Debatte, und dem Reichsministerium wurde die gewünschte Vollmacht zu Unterhandlungen mit Österreich mit 261 gegen 224 Stimmen erteilt. Die Debatte über die das Reichsoberhaupt betreffen-

den Verfassungsparagraphen gab weitere Hoffnung: die Anträge der Partikularisten oder Föderalisten auf ein Reichsdirektorium der 6 Königreiche unter verschiedenen Modifikationen, mit wechselndem Vorsitz zwischen Österreich und Preußen und ähnlichem, wurden, wie die republikanischen auf ein „Reichsoberhaupt" und Wählbarkeit „jedes Deutschen" zu dieser Würde, verworfen; der Paragraph, daß die Würde des Reichsoberhauptes einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen werden solle, ward am 19. Januar mit 258 gegen 211, der weitere, daß dieses Oberhaupt den Titel „Kaiser der Deutschen" führen solle, am 25. mit 214 gegen 205 Stimmen angenommen. Mittlerweile erklärte eine der kleineren Regierungen nach der andern, allen voran am 8. Januar der Großherzog Leopold von Baden, daß sie bereit seien, sich einem erblichen Oberhaupte zu unterwerfen und diejenigen Opfer an ihrer Souveränität zu bringen, welche eine solche bundesstaatliche Einigung erheische. Am 25. Januar waren es deren bereits 17, am 24. Februar 28: wichtiger noch war, daß am 7. März der Kaiser von Österreich im Verfolg der Ereignisse, welche mit der Eroberung Wiens ihren Anfang genommen hatten und demnächst in ihrem Zusammenhange zu vergegenwärtigen sind, eine Verfassung octroyierte, welche den gesamten österreichischen Staat einschließlich Ungarns und Italiens, für eine unteilbare konstitutionelle Monarchie erklärte. Dies ließ den wenigen, welche der Parteigeist nicht völlig blind machte, denn doch die Augen auf- und übergehen: und ein ehrlicher Patriot, der seither ein entschiedener Gegner der erbkaiserlichen Partei gewesen, der badische Abgeordnete Welcker, überraschte nun die Versammlung am 12. März mit dem Antrage, die Verfassung, wie sie jetzt vorliege, sofort ohne zweite und dritte Lesung und Einzelberatung endgültig anzunehmen, etwaige Verbesserungen einem nächsten Reichstage vorzubehalten, die in ihr vorausgesetzte erbliche Kaiserwürde dem König von Preußen zu übertragen. Es wäre die einzig richtige und würdige Antwort auf die österreichische Herausforderung vom 7. März gewesen; die Dinge drängten zu einem Abschluß, die Erregung der Nation stieg aufs neue: aber noch einmal rafften die Parteien der Verneinung, die österreichischen Abgeordneten, deren deutscher Patriotismus von ihrem österreichischen Maß und Lenkung empfing, die Partikularisten, die Ultramontanen und Demokraten ihre Kräfte zusammen, und der Welckersche Antrag ward am 21. März mit 283 gegen 252 Stimmen abgelehnt.

Die Beratung über die Verfassung ging also ihren regelmäßigen Gang weiter. Mit äußerster Anstrengung setzte die Einheitspartei, 267 gegen 263 Stimmen, die Erblichkeit des Kaisertums durch: am 27. ward die Verfassungsberatung mit Annahme des Kaiserparagraphen

beendet: und der 28. März war der große Tag der Kaiserwahl. Es war die 196. Sitzung, 538 Mitglieder anwesend. Die Abstimmung erfolgte, indem die einzelnen sich erhoben und laut ihre Erklärung abgaben. Der Präsident Simson verkündete das Ergebnis: 290 Stimmen hatten sich für den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen erklärt, der unter dem Geläute aller Glocken nun mit feierlichen Worten von dem Präsidenten als Deutschlands erwählter Kaiser proklamiert wurde. Zweihundertachtundvierzig Mitglieder hatten sich der Wahl enthalten, darunter etwa 100 österreichische, die seit der Verfassung vom 7. März von Rechts wegen gar nicht mehr in diese Versammlung gehörten. Die Reichsverfassung war damit abgeschlossen und wurde am folgenden Tage publiziert. Sie beschränkte die Einzelstaaten nicht unbedeutend, entzog ihnen z. B. das Recht, eigene Gesandte zu halten, wogegen sie das Recht behielten, eigene Truppen zu haben und deren Anführer zu ernennen. Der Reichsgewalt war die oberste Gesetzgebung vorbehalten: der Kaiser übt seine Gewalt durch verantwortliche Minister, erklärt Krieg und schließt Frieden; beruft und schließt den Reichstag, welcher in ein Staatenhaus und in ein Volkshaus zerfällt. Das erstere bilden die Vertreter der einzelnen Staaten, welche zur Hälfte die Regierung, zur Hälfte die Volksvertretung des einzelnen Staates ernennt, 192 Mitglieder im ganzen; sie müssen über 30 Jahre alt sein und dem Staate angehören, welchen sie vertreten. Das Volkshaus setzt sich durch direkte und freie Wahlen zusammen; auf je 100 000 Seelen ein Abgeordneter; Wähler ist jeder unbescholtene Deutsche über 25, wählbar jeder über 30 Jahre; jährlich treten die Häuser zusammen. Dem Kaiser hatte die Notwendigkeit, dem demokratischen Unverstand Zugeständnisse zu machen, um Wahlstimmen zu werben, nur ein suspensives Veto gelassen: wenn ein Beschluß in drei sich folgenden Sessionen hintereinander unverändert von beiden Häusern angenommen ist, so wird derselbe mit dem Ende der dritten Sitzungsperiode Gesetz, auch wenn die Reichsregierung demselben nicht zustimmt, — ein Satz von sehr geringer praktischer Bedeutung, auf den nur der unreife Doktrinarismus Wert legen konnte. Unter den gegebenen Umständen aber war er um so mehr vom Übel, weil er die Autorität des Reichsoberhauptes von vornherein schmälerte und der Verfassung einen starken demokratischen Beigeschmack gab, den die als sechster Abschnitt eingefügten, verschwenderisch bemessenen „Grundrechte des deutschen Volkes" noch verstärkten. Unbeschränkte Freizügigkeit, unbedingte Preßfreiheit, welche selbst nicht durch Konzessionen, Kautionen und Staatsauflagen beschränkt werden darf; volle Glaubensfreiheit und Gewissensfreiheit, keine Staatskirche mehr, jede Religionsgesellschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig; Genuß der bürgerlichen Rechte unabhängig

vom religiösen Bekenntnis, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre; Unentgeltlichkeit des Volksunterrichtes, fast unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht: so breit und so flach war diese demokratische Grundlage der Verfassung eines Volkes, das nicht Throne genug für sein monarchisches Bedürfnis hatte aufrichten können, daß kein Adel und selbst keine Kommerzien-, Hof- oder andere Räte, kein Doktor der Philosophie u. s. w. mehr über das allgemeine Volk „der Deutschen" hervorragen durfte: „der Adel als Stand ist aufgehoben", „alle Titel, soweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind abgeschafft und dürfen nie wieder eingeführt werden". Die Verfassung, so wie sie war, wäre schwerlich lebensfähig gewesen, denn sie entsprach den thatsächlichen Verhältnissen nicht: das Parlament hatte denselben Fehler begangen, den solche Versammlungen so leicht begehen, — sie ging von der Täuschung aus, ein Volk sei frei, wenn seine Vertretung dekretiere, daß es frei sei. Indes dem hätte sich abhelfen lassen; ein Gefühl der Freude ging durch die Nation, daß das Verfassungswerk abgeschlossen sei: und wenn die Hand, in welche die Abstimmung vom 28. März die Reichsgewalt legte, den Moment ergriff, so war es möglich, jetzt noch, soviel auch versäumt war, das Reich der Deutschen aufzurichten. Der von neuem mit großer Stärke erwachende Einheitsdrang würde den Widerstand, der allerdings sofort sich erhob, niedergeworfen haben.

c. Die Restauration des Bundestages.

Allein Friedrich Wilhelm IV. war der Mann nicht, die Geschicke Deutschlands zu erfüllen. Was bestimmt gewesen, die historische Mission Preußens zu vollenden, diesen Staat, den deutsche Kraft im Lauf der Jahrhunderte gebaut hatte, an die höchste Stelle zu heben und um ihn die Glieder des gemeinsamen Vaterlandes zu sammeln, führte vielmehr zum schmählichsten Falle, — zu einer Katastrophe, weit schimpflicher, als die bei Jena gewesen, und zugleich mit diesem tiefen Sturze Preußens und durch denselben zum vollständigen und kläglichen Scheitern der Hoffnungen der deutschen Nation.

Der Kern der Antwort, welche der König von Preußen am 3. April der großen Parlamentsdeputation gab, die mit dem Präsidenten Simson an der Spitze ihn von der erfolgten Wahl namens des Parlaments in Kenntnis setzen sollte, war eine Ablehnung. Der Ruf, in welchem er die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes erkenne, sagte Friedrich Wilhelm, als er die Deputation im Rittersaale des Berliner Schlosses, umgeben von seinen Ministern und den Prinzen des königlichen Hauses, empfing, gebe ihm ein Anrecht, dessen Wert er zu schätzen wisse; dieser Ruf, wenn er ihm folge, lege ihm schwerste

Opfer und Pflichten auf; allein er dürfe eine Entschließung dieser Art nicht fassen ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter Deutschlands: „An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt — ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen."

Also der König wollte und wollte nicht: was er auf den einhelligen Wunsch der deutschen „Obrigkeiten", womöglich Österreich eingeschlossen, vielleicht angenommen hätte, das wollte er, wie später bekannt gewordene vertraute Briefe es mit vielem Wortschwall aussprachen, nicht aus den Händen der „Revolution" empfangen. Er bezeichnete mit diesem Ausdruck alles, was gut oder schlecht aus den Märzereignissen von 1848 hervorgegangen war, und er konnte sich in den heftigsten Zorn hineinreden, wenn er auf dieses Phantom „die Revolution" zu sprechen kam: was er ihr im Grunde seines Herzens am übelsten nahm, das war nicht, daß sie seine Machtfülle beschränkte, selbst nicht, daß sie ihn an jenem verhängnisvollen 19. März schwach gefunden, — sondern daß sie von ihm, dem Manne der warmen Gefühle, der beredten Worte, des geistreichen Spiels mit hohen Ideen fortwährend Thaten, königliche Entschlüsse, klares, folgerichtiges Handeln verlangte. Auf der andern Seite aber war er einsichtig genug, um zu sehen, daß Deutschlands Macht und Einheit, der er, patriotisch-deutsch gesinnt oder gestimmt wie er war, sich nicht versagte, in der That doch nur in derjenigen Richtung zu finden war, welche die Mehrheit des Frankfurter Parlaments, Männer, deren Wert er anerkennen mußte, in den letzten entscheidenden Beschlüssen eingeschlagen hatte. So kam er, bis zuletzt noch schwankend, zu jener unheilvoll-widerspruchsvollen Politik — wenn dieser Name hier überhaupt noch zutrifft —, mit welcher er nicht die deutsche Kaiserkrone allein, sondern auch einen ehrenvollen Platz in der Geschichte verscherzte, einen Platz, auf welchen, wenn edles Wollen und schöne Worte kühnen Entschluß und königliche That ersetzen könnten, niemand gegründeteren Anspruch hätte erheben können. Am 3. April erließ das Ministerium eine Cirkulardepesche an die bei den deutschen Höfen beglaubigten Gesandten Preußens, in welcher der Sinn der königlichen Antwort dahin bestimmt wurde, daß der König bereit sei, da der Reichsverweser sein Amt niederlegen wolle — derselbe hatte am 29. März diese Absicht ausgesprochen, und man war thöricht genug gewesen, ihn nicht beim Worte zu nehmen —, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, welcher aus denjenigen deutschen Ländern gebildet werden solle, welche sich demselben freiwillig

anschließen würden; die deutschen Regierungen sollten Bevollmächtigte nach Frankfurt schicken, um sich hierüber auszusprechen. Das Ministerium erläuterte diesen Entschluß vor der Kammer dahin, daß keinerlei auch selbst nur indirekter Zwang auf die deutschen Regierungen ausgeübt werden solle, da der König daran festhalte, daß die deutsche Verfassung nur auf dem Wege der Vereinbarung zu stande kommen dürfe.

Das Frankfurter Parlament war durch die Antwort des Königs in eine völlig schiefe Lage gekommen; indes hoffnungslos standen die Dinge noch keineswegs. Vorausgesetzt, daß Friedrich Wilhelm wirklich das wollte, was er zu wollen erklärte — daß er nur aus übergroßer Loyalität eine Willensäußerung der Fürsten zur Bedingung machte —, so war zu helfen. Am 14. April übergaben die Vertreter von 28 Regierungen dem preußischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt eine gemeinsame Note, in welcher sie die Reichsverfassung und das preußische Kaisertum anerkannten und erklärten, daß die Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Verfassung zurücktreten müßten gegenüber den Gefahren, mit welchen längerer Verzug das Vaterland bedrohe. Unter diesen Regierungen fehlte wie natürlich Österreich, es fehlten die alten Feinde deutscher Einheit, die Gewaltigen des Rheinbunds, Bayern, Württemberg, Sachsen, auch Hannover: aber Österreich erlitt eben in Ungarn Niederlage auf Niederlage, und was die Rheinbundfürsten betraf, so trug ihr Widerstand einen offenkundig nur dynastischen Charakter, und er war auf dem Punkte, dem energischen Andringen der Bevölkerungen zu erliegen. Der eigensinnige König Wilhelm von Württemberg, der „mit gewohnter Freimütigkeit“, die er von sich zu rühmen liebte, seinen Widerstand gegen die Reichsverfassung mit den Worten charakterisiert hatte: „Ich unterwerfe mich keinem Hohenzoller“, legte sich am 25. April zum Ziele, als die Zweite Kammer, hinter welcher diesmal in einer mächtigen, durch keine revolutionäre Ausschreitung getrübten Aufwallung das gesamte württembergische Volk stand, Miene machte, eine Regentschaft einzusetzen; in Sachsen, in Hannover, einem Teil Bayerns war es ähnlich. Man wäre bei der augenblicklichen Ohnmacht Österreichs mit diesen Staaten gleichfalls fertig geworden, und seiner eigenen gewaltigen Machtmittel war Preußen gewiß, da am 21. April die Zweite Kammer in Berlin auf den Antrag von Rodbertus mit 179 gegen 159 Stimmen die Rechtsbeständigkeit der deutschen Reichsverfassung anerkannte.

Allein die preußische Regierung gab alles dies aus der Hand. Sie löste am 27. ihre Zweite Kammer auf und verwandelte in einer Note an die deutsche Centralgewalt vom 28. die bedingte Ablehnung des Königs in eine unbedingte, indem sie zugleich erklärte, daß, wenn

die Nationalversammlung nicht auf eine Vereinbarung mit den Regierungen eingehe, diese selbst — es waren ihrer wohlgezählte 35 — eine deutsche Verfassung octroyieren müßten: ein ganz lächerlicher Gedanke, da „die Regierungen“ noch weniger unter einen Hut zu bringen waren, als die Nationalversammlung oder die Bevölkerungen.

Diese Note erst brachte volle Klarheit, aber eine traurige, in die ganze Lage. Friedrich Wilhelm IV. hatte die Krone nicht „aus der Hand der Revolution“ annehmen wollen — nicht aus der Hand der gemäßigtsten, besonnensten, einsichtigsten Männer des Parlaments — nicht aus der Hand der deutschen Nation, die sich ihm sehnsüchtig entgegenstreckte, damit er das Volk, welches der Revolution überdrüssig war und mit aller Kraft des Verlangens aus ihr herausstrebte und dies in zahllosen Versammlungen zu Gunsten der Reichsverfassung aussprach, wieder in einen geordneten und anerkannten Rechtszustand hinüberführe, welcher diesem ruhigsten und loyalsten aller Völker Bedürfnis war — nicht aus der Hand von 28 jener 35 „Obrigkeiten“, welche die ungeheure Gefahr erkannten — nicht aus der Hand des eigenen Volkes, das beim Aufgehen in Deutschland sicherlich mehr opferte, als sein König; — die Geschichte muß ihn anklagen, daß er durch diese widerspruchsvolle, unklare und ideologische Politik einen großen Teil Deutschlands nunmehr aufs neue der Anarchie überlieferte und in den Abgrund der Revolution zurückstieß. Denn die republikanische Partei hatte jetzt ein sehr plausibles Zeichen, um welches sie sich scharen konnte. Sie hatte einen Rechtsgrund oder Vorwand, eine Legitimität, die wenigstens ebensoviel wert war, als die Legitimität so manches deutschen Fürstenhauses: die Reichsverfassung. Und wenn diese radikale Partei sich jetzt anschickte, im Namen der Reichsverfassung eine neue Schilderhebung zu versuchen, so fand sie dabei diesmal Verbündete und Anhänger in den Reihen der Gemäßigten und Besonnenen, — der Legitimisten des neuen Rechtsbodens, die in einem Lande wie Deutschland nicht fehlten. Denn war diese Verfassung nicht auf vollkommen rechtmäßige Weise zu stande gekommen? In voller Ruhe, ohne allen äußeren Zwang hatten sie die Männer beraten und beschlossen, welche das Vertrauen der Nation — mit Zustimmung und nach Anordnung der Regierungen — nach Frankfurt entsendet hatte. Und außerdem: diese Versammlung bestand noch; wie, wenn sie selbst die Nation aufrief, ihr Werk durchzuführen? Niemals hatte der Aufstand günstigere Aussichten als in diesem Augenblicke.

Die Bewegung zu Gunsten der Reichsverfassung, anfangs ehrlich gemeint, schlug bald ins radikale Extrem um, und vor allem wuchs sie der Frankfurter Versammlung selbst über den Kopf. Diese, auf der einen Seite zurückgestoßen von der preußischen Regierung, deren Mit-

wirkung doch die Vorbedingung zur Durchführung dieser Verfassung war, auf der andern Seite vorwärts getrieben von den radikalen Elementen innerhalb und außerhalb der Versammlung — war jetzt in einer Lage, deren Peinlichkeit und deren Schwierigkeiten mit jedem Tage sich mehrten. Am 4. Mai forderte ein mit sehr kleiner Mehrheit gefaßter Beschluß, der aber das beginnende Überwiegen der radikalen Elemente anzeigte, die gesamte Nation, Volk und Regierungen, auf, die beschlossene Verfassung des Deutschen Reiches zur Geltung zu bringen. Es bedurfte dessen schon nicht mehr; die allenthalben organisierten Volksvereine hatten die Sache bereits in die Hand genommen: und während auf der einen Seite in der Pfalz, zu Kaiserslautern, eine große Volksversammlung der bayrischen Regierung, weil sie die Reichsverfassung anzuerkennen sich weigerte, den Gehorsam aufkündigte (1. Mai), der Ausschuß der Volksvereine sich dort als eine provisorische Regierung konstituierte und, indem er zugleich nicht ganz ohne Erfolg die Soldaten zum Anschluß aufforderte, die Volkswehr zu organisieren begann: brach auf der andern Seite in Dresden ein gewaltiger Aufruhr los. Dort hatte der König sein Ministerium in einem konservativen Sinne geändert, die Kammer aufgelöst und setzte dem Andringen nach Anerkennung der deutschen Reichsverfassung den plausibeln Grund oder Vorwand entgegen, daß, da die größeren Staaten Preußen und Bayern dieselbe nicht anerkannt hätten, seine, Friedrich Augusts, Anerkennung doch nichts helfen könne; dasselbe konnte fernerhin jeder sagen, der eine solche Ausrede überhaupt brauchte. Allein die Dinge wurden jetzt ernsthaft. Schon am 4. sah sich der König veranlaßt mit seinen Ministern von Beust und von Rabenhorst nach dem Königsstein zu flüchten, wogegen die Aufständischen, welche die Nacht auf den Barrikaden zugebracht hatten, nunmehr eine provisorische Regierung bestellten, die aus zwei Kammermitgliedern, Tschirner und Heubner, und einem radikalen Regierungsrat, Todt, bestand. Mit Mühe hielt sich das sächsische Militär gegen den Aufstand, dem aus den Nachbarstädten Leipzig, Pirna u. s. w. Zuzug kam; aber schon am Abend des 5. traf ein preußisches Regiment zur Unterstützung ein, dem in den folgenden Tagen, während der erbitterte Kampf ohne Unterbrechung fortging, neue und neue preußische Bataillone folgten. Am 9. gegen Mittag war die Stadt vollständig in der Gewalt der Truppen. Unter den Gefangenen und Gefallenen waren viele Fremde, Polen, auch ein russischer Flüchtling, Bakunin, ein mit Hegelscher Philosophie überpinselter Barbar, der auch später viel von sich reden machte, befand sich unter den Ergriffenen. Trotz dieser Niederlage an einer Stelle griff die Bewegung weiter und weiter; allenthalben, in Hessen, in Baden, am Rhein, in Frankfurt, in Württemberg, dem bayrischen

Franken, forderte man in stürmischen Volksversammlungen schleunigste Bewaffnung und Organisation zur Durchführung der Reichsverfassung. Am 8. Mai kam es in Elberfeld zu einem Aufstande, bei welchem das von Düsseldorf und Köln herbeigezogene Militär anfangs den kürzeren zog; am 9. folgte ein Kampf in Düsseldorf; bedenklicher war, daß in Krefeld eine Versammlung von Landwehrpflichtigen die Weigerung aussprach, einer etwaigen Einberufungsordre des Ministeriums Brandenburg zu folgen. Dem üblen Beispiel folgten in den nächsten Tagen Landwehren in Köln, Hagen, Iserlohn: zum vollen Durchbruch aber kam die neue Revolution in Baden, wo sie das wenigste Recht hatte, da die Reichsverfassung von der dortigen Regierung unumwunden und aufrichtig anerkannt war. Hier brachen in Freiburg und Rastatt die Soldaten in offene Meuterei aus und verbrüderten sich, unter brutalen Widersetzlichkeiten gegen die Offiziere, mit den Bürgerwehren; es ward fleißig geschmäht und fleißiger gezecht; am 14. vollendete sich der Aufstand in Karlsruhe durch eine Empörung der dortigen Garnison. Der Großherzog ward mit seiner Familie flüchtig: ein geringer Rest treu gebliebener Truppen zog ab, und das ganze Land unterwarf sich dem Landesausschuß der badischen Volksvereine, an dessen Spitze ein Freund Heckers, Brentano, in Karlsruhe einzog. Am 17. Mai beschlossen die revolutionären Regierungen Badens und der Pfalz ein Schutz- und Trutzbündnis, und auch in Württemberg stieg die Gärung mit jedem Tage. Die Regierung war nirgends ihrer Truppen mehr völlig sicher, und nunmehr traten Ereignisse ein, welche auch für Württemberg, wo am 27. eine große Volksversammlung zu Reutlingen den Anschluß an die Revolution verlangte, die Gefahr aufs höchste steigerten: das Parlament hatte den Beschluß gefaßt, von Frankfurt nach Stuttgart überzusiedeln.

Am 10. Mai hatte das Ministerium Gagern seine Entlassung genommen und das Parlament ein Wort in den Wind geredet, indem es, 188 gegen 147 Stimmen, gegen Preußens „Reichsfriedensbruch" in Sachsen protestierte. Bereits hatten viele Mitglieder sich losgesagt, und die Versammlung nahm zusehends einen radikalen Charakter an. Ein Beschluß vom 12. verlangte „Verpflichtung der gesamten bewaffneten Macht Deutschlands" auf die Reichsverfassung. Der österreichische Präfekt, welcher seine Rolle nunmehr begriff und nicht mehr an den Rücktritt dachte, Erzherzog Johann, ließ sich dadurch nicht irren. Am 16. Mai brachte er ein neues Ministerium zusammen. Es waren Männer, die keinen Namen zu verlieren hatten und sich darum zu der kläglichen Rolle verstanden. Ein Mitglied der äußersten Rechten, Dr. Gräwell, ein preußischer Justizrat, war Chef dieses lächerlichen Ministeriums, dessen Namen zu einer schimpflichen Unsterblichkeit ver-

urteilt sind, weil sie gleichsam den Nullpunkt der deutschen Geschichte bezeichnen: die übrigen waren der General Jochmus, ein Abenteurer, dessen wir früher flüchtig erwähnen mußten (Auswärtiges)*), ein witziger hannöverscher Advokat Detmold (Justiz)**), der die Sache wie einen köstlichen Spaß behandelte, ein reicher Hamburger Kaufherr Merck (Finanzen) und ein hessischer Generallieutenant Fürst Wittgenstein (Krieg): für ihre sämtlichen Geschäfte reichte ein einziger Schreiber aus. Daß hier die Entscheidung nicht mehr lag, war deutlich. Schon am 5. April hatte die österreichische Regierung ihre Abgeordneten heimberufen, nachdem sie an ihrem Teile den Zweck, Deutschlands Einheit zu hindern, mit hatten erreichen helfen; am 14. Mai rief die preußische, am 21. die sächsische, am 23. die hannöversche Regierung ihre Deputierten ab; und am 21. zeigte der Rest der erbkaiserlichen Partei, Gagern an der Spitze, 90 Männer, ihren Austritt an, indem sie, nach Erschöpfung aller gesetzlichen Mittel zur Durchführung der Reichsverfassung, augenblicklich unfähig seien, irgend etwas für jenen Zweck zu thun. Es blieb mithin nur die eigentliche Linke, der aber nunmehr in Frankfurt, da bereits zwischen den Aufständischen der Pfalz und großherzoglich-hessischen Truppen ein Zusammenstoß stattgefunden hatte, der Boden zu heiß wurde.

Auf den Antrag eines der Häupter der Linken, Karl Vogts, wurde demgemäß am 30. Mai beschlossen, die nächste Sitzung am 4. Juni in Stuttgart abzuhalten. Es war möglich, daß dieser Entschluß der Revolution in Württemberg, wo das rasche Wort der langsamen That weit vorauszueilen pflegt, vollends zum Durchbruch verhalf. Am 6. trat dort die Versammlung — es waren noch 104 Mitglieder — unter dem Vorsitz eines preußischen Abgeordneten, Dr. Wilhelm Löwe, zusammen. Die dortige Regierung, noch aus den Ministern des März 1848 bestehend, noch unschlüssig, räumte ihr den Ständesaal ein, und die Bürgerwehr erwies ihr die militärischen Ehren. Nach mehrfachen unfruchtbaren Reden wurde zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung „nicht mehr, aber auch nicht weniger“, eine Reichsregentschaft gewählt, der radikale Gießener Professor Vogt, der nachmals seinem deutschen Patriotismus gründlich den Abschied gab, Franz Raveaux aus Köln, Heinrich Simon aus Breslau, Friedrich Schüler aus Zweibrücken und eine Celebrität der württembergischen Kammer, der Advokat Becher. Diese Regentschaft hatte keine Mittel als Prokla-

*) Bd. I, S. 532.

**) Ein besonderer Freund Heinrich Heines: der Briefwechsel der beiden auserwählten Ehrenmänner ist neuerlich (in der „Deutschen Rundschau“) veröffentlicht worden.

mationen. In Stuttgart, dem Sitz einer überaus konservativen Bürgerschaft, war kein Boden für radikale Politik; die württembergische Regierung, in die Mitte gestellt zwischen eine hoffnungslose Revolution und die Pflichten gegen das eigene Land, entschloß sich: als die Versammlung, welcher der Ständesaal entzogen worden war — geführt von drei tadellosen Männern, ihrem Präsidenten Löwe, dem württembergischen Mitgliede Schott und dem ersten lebenden Dichter Deutschlands, Ludwig Uhland, dem ein hoher und edler Patriotismus das Ausharren bis zum Äußersten gebot, obschon er nicht mehr mit den Zielen der Versammlung übereinstimmte —, am 18. Juni nachmittags 3 Uhr nach dem Fritzschen Reithause zog, um dort Sitzung zu halten, fand sie die Zugänge vom Militär besetzt. Ein Trommelwirbel übertönte den Protest des Präsidenten, die Soldaten drängten vorwärts: und die Versammlung kehrte nach dem Hotel Marquard, von wo sie ausgezogen, zurück. Zu einer ferneren Sitzung, welche Löwe nach Karlsruhe anberaumte, kam es nicht mehr. Der größere Teil des badischen Landes war bereits in den Händen der preußischen Truppen.

So endete das erste deutsche Parlament, auf welches nachmals von den entgegengesetzten Ecken des Radikalismus und der Reaktion viel wohlfeiler Hohn und Tadel geworfen worden ist. Aber mit großem Unrecht, wenn diese Versammlung gleich, ein getreues Spiegelbild der unklaren, durcheinander gärenden, sich kreuzenden und verwirrenden Stimmungen im Schoße einer großen, seit Jahrhunderten zerrütteten Nation, erst spät den Weg aus dem Labyrinthe fand: als sie ihn gefunden, sah sie ihn durch ein Hindernis gesperrt, das jeder Berechnung spottete. Sie lebte als eine große und rühmliche Erinnerung fort, und ihre beste Rechtfertigung bildet das jämmerliche Mißregiment, unter welchem Deutschland noch zwei Jahrzehnte zu leben verurteilt war, bis endlich, als es Gott gefiel, die vielhundertjährige Schmach unseres Volkes zu wenden, der scharfe Stahl, den Friedrich der Große geschliffen, und den ein schwacher Enkel nicht zu brauchen wagte, den gordischen Knoten zerhieb, den nicht dieses noch sonst irgend eines Parlamentes Weisheit hätte entwirren können.

Diesmal vollendete sich noch einmal ein unermeßlich-unabwendbares Mißgeschick. Doch nicht ganz so rasch gingen die Dinge, wie man hätte erwarten dürfen, wo zusammengeraffte Scharen, deren besten Bestandteil meuterische Teile des Linienmilitärs bildeten, gegen gutgerüstete und musterhaft disciplinierte Truppen standen. Die Pfalz allerdings fiel ohne großen Widerstand. Am 13. Juni rückte ein preußisches Corps unter dem Prinzen von Preußen dort ein, besetzte am 14. Kaiserslautern, am 15. Ludwigshafen und entsetzte am 17. das von

den Aufständischen belagerte Landau; am 18., demselben Tage, wo in Stuttgart das Parlament eines halb natürlichen halb gewaltsamen Todes starb, entwich die gesamte pfälzische Revolutionsarmee, etwa 8000 Mann, unter dem polnischen General Sznayde nach Baden, wohin am 20. die 25 000 Preußen unter dem Prinzen und unter General Hirschfeld nachrückten. Mit mehr Tapferkeit und Erfolg kämpften die badischen Insurgenten unter dem vielgenannten, vielumgetriebenen Polen Mieroslawski gegen das gemischte Corps der Reichstruppen unter General Peucker, besonders am 21. bei Waghäusel; aber die Aussicht auf den Anschluß Württembergs war verschwunden, obgleich viele einzelne, Enthusiasten und Wildfänge den Insurgenten zugezogen waren. Am 25. morgens retirierte die badische provisorische Regierung nach Offenburg, am Nachmittag zogen die Preußen in Karlsruhe ein. Die badischen Truppen hatten ihren Rückzug nach fünfstündigem Gefecht bei Durlach nach dem Oberlande genommen. Mit einer Raschheit und Energie, von der man in der Politik des Staates seit lange jede Spur vermißte, rückten die preußischen Truppen ohne ferneren Aufenthalt gegen Rastatt weiter. Die provisorische Regierung, in welcher schon keine Einigkeit mehr herrschte, nebst der lächerlichen „konstituierenden Versammlung“, deren der radikale Unverstand selbst in dieser äußersten Lage nicht entbehren zu können glaubte, nahm ihren Sitz zu Freiburg: am 28. Juni war man dort, wo auch der bewährte Unheilstifter Struve wieder auftauchte, bereits so weit, dem bisherigen Diktator Brentano, der nicht mit dem Kopf gegen die Wand rennen wollte und die Sache nunmehr verloren gab, „feigen Verrat an dem Vaterlande“ vorzuwerfen und, was auch nie fehlen darf, wo der Radikalismus sich in Nöten befindet, eine Untersuchungskommission niederzusetzen. Noch einmal hielten die Badener am 29. und 30. hinter der Murg stand; bei Muggensturm dauerte das Fechten ohne Unterbrechung an zwölf Stunden; am 1. Juli begann die Belagerung von Rastatt, wohin ein Teil der Aufständischen sich geworfen hatte. Zwanzigtausend Preußen unter von der Gröben legten sich vor die Festung, während die Hauptmacht unter dem Prinzen und die Reichstruppen unter Peucker den Resten des Insurgentenheeres in den Schwarzwald nachrückten. Die Grenzorte der Schweiz füllten sich mit Flüchtlingen, Mitgliedern der Reichsregentschaft und des Rumpfparlaments, Mitgliedern und Anhängern der revolutionären Regierungen, kompromittierten Soldaten u. s. w.; Mieroslawski, der sich übrigens als tüchtiger Führer bewiesen hatte, und Struve hatten sich bereits dorthin in Sicherheit gebracht; am 9., 11. und den folgenden Tagen traten die einzelnen Abteilungen mit ihren Obersten Blenker, Goegg, Sigel auf Schweizer Gebiet über: und als der Hauptheld, den

man sich rasch aus Amerika verschrieben, und dessen Name einen eigentümlichen Zauber auf die Massen ausübte, Friedrich Hecker, auf dem Schauplatz oder in dessen Nähe erschien (15. Juli zu Straßburg) war schon alles zu Ende. Am 23. ergab sich auch Rastatt auf Gnade und Ungnade. Die letztere überwog: in Mannheim, Rastatt, Freiburg funktionierten preußische Kriegsgerichte, die mit Eifer auf diejenigen Teilnehmer ihr Augenmerk richteten, welche geborene Preußen waren; nicht wenige wurden erschossen, die Begnadigungen waren spärlich. Sie starben nicht alle für eine reine Sache, aber fast alle mit männlichem Mute. Am 18. August kehrte der Großherzog nach Karlsruhe zurück. Der Plan Österreichs, Truppen in den Seekreis einrücken zu lassen, um wenigstens am Henkersdienste, wenn auch nicht am Kampfe sich zu beteiligen, scheiterte an der Festigkeit des Prinzen von Preußen, der ihnen erklärte, daß der Großherzog von Baden preußische Hilfe begehrt habe, und daß Preußen auf dessen Begehr, nicht auf Anordnung der Centralgewalt eingeschritten sei.

So war abermals ein Akt in dem großen Trauerspiel zu Ende. Der Aufstand lag besiegt am Boden; die Fürsten konnten wieder ruhig schlafen; aber was sollte nun weiter geschehen? Die starke Hand Preußens, sein unvergleichliches Heer, hatte die Revolution bezwungen, und dies in einem Augenblicke höchster Gefahr, wo keine der süddeutschen Regierungen ihrer eigenen Truppen mehr sicher war; der König von Sachsen, der Großherzog von Baden, die Fürsten von Sigmaringen, die Herrscher von Nassau und von Hessen, die Könige von Württemberg und von Bayern — sie verdankten die Rettung ihrer Throne der norddeutschen Macht, deren Soldaten jetzt siegreich vom Belt bis zum Bodensee standen. Wenn Friedrich Wilhelm die deutsche Krone aus der Hand der Revolution verschmäht hatte — wohlan, hier waren legitime Fürsten, die ihm nicht mehr und nicht weniger als alles verdankten — niemals hatte die Macht Preußens in Deutschland so imposant dagestanden, und die deutsche Nation, weniger bedenksam als der allzu zartfühlende Fürst, wäre bereit gewesen, aus seinen Händen die Einheit zu empfangen — auch jetzt noch, in der Form, die er für nötig gefunden hätte. Aber es kam ganz anders. Der letzte Akt einer weltgeschichtlichen Tragödie endigte wie ein jämmerliches Possenspiel: nach einem Jahre lag dieser mächtige Staat, im Besitze eines unbesiegten Heeres, geordneter Finanzen, weitverbreiteter Sympathieen und Hoffnungen im ganzen deutschen Volke, ohne Kampf besiegt, entehrt und mit Schande überladen am Boden und erbettelte durch den Mund des verächtlichsten Ministers, den seine Geschichte kennt, das Recht seiner ferneren politischen Existenz von dem in unzähligen Schlachten von seinen eigenen Rebellen besiegten Österreich.

Sehen wir zu, auf welche Weise dieser unbegreifliche Umschwung der Dinge sich vollzog; es war unserer Generation vorbehalten, die Zeiten der tiefsten Schmach und die des höchsten Ruhmes Deutschlands zu erleben.

Friedrich Wilhelm war nicht gemeint gewesen, die deutsche Sache, die ihm wirklich und unglücklicherweise nur allzusehr eine Herzenssache war, aufzugeben. Indem er die Krone aus der Hand der Frankfurter Versammlung, deren Souveränität er bestritt, verschmähte, eignete er sich doch den politischen Gedanken, der in jenem Anerbieten lag, und der in der That mit seinen Ideen wohl harmonierte, bis zu einem gewissen Grade an: auch er wollte — wenigstens so weit ihn sein ideologisches, unmännliches und mehr und mehr in Unwahrheit verfallendes Wesen zu einem wirklichen Wollen gelangen ließ — Preußen an der Spitze eines einigen Deutschlands. Aber er schmeichelte sich mit der seltsamsten aller Illusionen, — dieses Ziel im Wege freier Zustimmung der deutschen Regierungen, ja Österreichs selbst, dem er eine unbegreifliche Loyalität entgegentrug*), zu erreichen. Indem er am 15. Mai sich anschickte, den bedrängten süddeutschen Fürsten Hilfe zu bringen, erklärte er doch zugleich in einer Proklamation seinen Entschluß, zur Aufrichtung einer deutschen Verfassung auf Grund der in Frankfurt beratenen, mit wenigen Abänderungen, seine Kraft einzusetzen, und schloß am 26. Mai mit Hannover und Sachsen das sogenannte Dreikönigsbündnis, welchem die Vertragschließenden den gemeinsamen Entwurf einer deutschen Verfassung zu Grunde legten: die Würde des Reichsvorstandes der Krone Preußen vorbehalten; daneben ein Fürstenkollegium mit sechs Stimmen, die ungefähr nach Analogie der alten Reichskreise verteilt waren; ein Reichstag in zwei Kammern; ein Bundesgericht; allgemeines Wahlrecht, aber die Wähler, wie in der octroyierten preußischen Verfassung, nach dem Vermögen in drei Klassen geteilt; die beiden Kammern üben mit dem Reichsvorstand und dem Fürstenkollegium die gesetzgebende Gewalt. Die erbkaiserliche Partei des einstigen Frankfurter Parlaments wäre geneigt gewesen, diesen Entwurf zu unterstützen, der wenigstens den Kern der Frankfurter Verfassung, ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des mächtigsten deutschen Fürsten und eine parlamentarische Vertretung

*) Brief an Metternich. Potsdam, 18. April 1848: „Für Österreich fühl' ich wie anno 40. Was ich vermag, um seinem Erbkaiser die erbliche Römische Kaiserwürde zu schaffen, werd' ich redlich thun, und der römische Kaiser muß wieder das Ehrenhaupt deutscher Nation sein. Ein Cäsar dieses Augustus als besonderes Wahloberhaupt des besonderen Deutschen Reiches scheint unvermeidlich. Ich will aber nicht diesen Cäsar abgeben. Meine Ambition ist, Erzfeldherr des Reiches zu werden — —." Metternichs nachgelassene Papiere VII, S. 609.

rette: auf einer Versammlung der Partei zu Gotha am 26. Juni sprachen sich 130 von 148 Anwesenden für diese von den drei Königreichen gebotene Verfassung aus. Jetzt, nachdem die Ordnung in Süddeutschland hergestellt war, schien die Zeit gekommen, diese neue „Union" und ihre Verfassung durchzuführen. Bis Ende September hatten sich — ein Beweis, daß die Mehrzahl der Fürsten dem nationalen Bedürfnisse sich nicht verschloß — dem Dreikönigsbündnis 21 Staaten angeschlossen; mit fünf weiteren: Meiningen, Lippe, Waldeck, Frankfurt, Lübeck, stand man noch in Unterhandlung. Dagegen weigerten Württemberg und Bayern den Beitritt: und so selbstlos und rücksichtsvoll erwies sich die preußische Regierung, daß sie selbst den Schein eines Druckes auf diese Fürsten vermied. Um dieselbe Zeit, Juni 1849, als kaum die Tinte auf der Vertragsurkunde trocken war, wußte man freilich in London bereits und konnte es auch in Berlin wissen, daß auch Hannover und Sachsen keinen Tag die Absicht hegten, das geschlossene Bündnis auch zu halten, ein Bündnis, das man dort nur eingegangen war, wie ihre „Staatsmänner" bald mit dem frechsten Cynismus erklärten, um „dem Volke den Glauben beizubringen, als wolle man ernstlich die deutsche Einheit."

So standen die Dinge, als Österreich sich hinlänglich erstarkt fühlte, um in die deutschen Angelegenheiten wieder thätig einzugreifen.

Am 22. November 1848 hatte der österreichische Reichstag, noch 248 Deputierte, in dem mährischen Landstädtchen, nach welchem der kaiserliche Erlaß ihn berufen, seine Sitzungen wieder aufgenommen. Auch die Mitglieder der Opposition, welche einen vergeblichen Versuch gemacht hatten, ihr Werk in Wien fortzusetzen, fanden sich nach und nach dort ein. Harmlos begann diese Versammlung, gleich als lebte man noch in den ersten Frühlingswochen dieses furchtbaren Jahres, die Grundrechte des österreichischen Volkes zu diskutieren: „§ 1: Alle Gewalt im Staate geht vom Volke aus." Ihr Ausschuß vollendete auch glücklich seinen Verfassungsentwurf am 1. März 1849, nach welchem unter anderem der Kaiser im Falle der Annahme eines Gesetzes durch beide Kammern nur ein suspensives Veto haben sollte; wenige Tage später ward ihr selbst und ihrer eitlen Rednerei das absolute Veto zugerufen. Am 7. März hatte die Regierung ihre Entschlüsse fertig; der Minister Stadion traf in Kremsier ein; ein paar Grenadierbataillone kamen von Olmütz, besetzten Städtchen und Sitzungslokal, das die Deputierten am folgenden Morgen verschlossen fanden. Nichts hinderte sie, nach Hause zu reisen. Am gleichen Tage wurde aus kaiserlicher Machtvollkommenheit eine neue Verfassung für den gesamten österreichischen Kaiserstaat veröffentlicht, welche das Datum vom 4. März trug. Mit den Grund- und Wahlrechten, die

sie enthielt, brauchen wir uns nicht weiter zu befassen, da dieser Teil weder jemals ins Leben getreten ist, noch auch jemals beabsichtigt wurde, denselben ins Leben treten zu lassen; ernsthaft gemeint aber war, daß der ganze österreichische Kaiserstaat, einschließlich Ungarns, Kroatiens, Siebenbürgens, der Militärgrenze, der Lombardei und Venetiens, eine unteilbare und unauflösliche Monarchie bilden sollten.

Noch aber war zunächst Ungarn nicht eine Provinz dieser unauflöslichen Monarchie, wie diese Verfassung voraussetzte, indem sie kurz und bündig alle Bestimmungen der altungarischen Verfassung aufhob, welche mit dem neuen Reichsgesetze nicht im Einklange standen. Nach der Eroberung Wiens war der ungarischen Armee von dem Fürsten Windischgrätz eine 14tägige Frist gestellt worden, innerhalb welcher sie die Waffen niederlegen sollte: das neue Ministerium und der junge Kaiser fanden als ihre erste Aufgabe die Beendigung des Ungarischen Krieges vor. Sie sollten einem verzweifelten und lange Zeit siegreichen Widerstande begegnen. Am 15. Dezember 1848 erklärte der ungarische Reichstag die Thronentsagung Ferdinands für ungültig und weigerte die Anerkennung Franz Josephs, da über den ungarischen Königsthron ohne Befragung der Nation niemand verfügen könne. Der Kampf, erst Mitte Dezember von Windischgrätz ernstlich aufgenommen, war anfangs für die Österreicher günstig. Am 5. Januar 1849 rückten sie unter Windischgrätz und Jellachich in Budapest ein, während Reichstag und Landesverteidigungsausschuß nach Debreczin flüchtete. Schon verkündete (Ende Januar 1849) die Wiener Zeitung den „glorreichen Schluß des Feldzugs“: allein in Siebenbürgen mußte der österreichische General Puchner schon Anfang Februar die in der Walachei stehenden russischen Truppen zu Hilfe rufen, um sich des polnischen Generals Bem zu erwehren, der, aus Wien entkommen, an der Spitze eines durch polnischen Zuzug verstärkten Heerhaufens seinen eigenen Krieg gegen die Feinde Polens führte. Den fähigsten der österreichischen Generale, Schlik, der von Norden her (Kaschau) operierte, zwang Görgey, indem er seine Operationslinie bedrohte, zum Rückzuge (9. Februar); und der gänzlich unfähige Fürst Windischgrätz wartete in der Hauptstadt drei Monate lang unthätig auf die Unterwerfung des Landes, die ihm nach seinen Proklamationen nicht zweifelhaft war. Er ließ so den Ungarn volle Zeit, ihre Streitkräfte zu organisieren, wobei der Kriegsminister Klapka, der tüchtigste unter den ungarischen Kriegsmännern, sich die größten Verdienste erwarb. So folgte in den nächsten Monaten eine österreichische Niederlage auf die andere. Mitte März fiel Hermannstadt in Bems Hände, und nach einigen weiteren Gefechten mußte Puchner mit seinem Stabe und den Trümmern seines Armeecorps nach der Walachei flüchten; auch die Russen gingen wieder

hin, wo sie hergekommen; am 2. April wurde Schlik bei Hatvan geschlagen, am 6. der Banus bei Isaszeg und Gödöllö; und infolge davon fand der Feldmarschall Fürst Windischgrätz sich veranlaßt, wie er es in dem berühmten 34. seiner unsterblichen Bülletins ausdrückte, die Armee in einer konzentrierten Stellung vorwärts Budapest zu vereinigen: „eine Bewegung", fügte er gemütlich hinzu, „welcher der Feind mit großer Eile folgte." Görgey hatte recht, wenn er einen ansehnlichen Teil des Dankes der ungarischen Nation für die Aprilsiege dem Fürsten Windischgrätz und dem Banus zuschrieb. Die mißhandelten und betrogenen Bevölkerungen in Wien und Prag freuten sich insgeheim und fast offen über die Niederlagen der Regierung und ihrer hochmütigen Generale. Ein Kriegsrat in Olmütz beschloß die Abberufung des Fürsten, und ein Baron Welden erhielt den Oberbefehl; aber ein neuer Sieg der Ungarn bei Nagy Sarlo (19. April) brachte der wichtigen Festung Komorn Entsatz, zwang die Österreicher zum Rückzug an die Grenze und nötigte sie an die Deckung von Wien zu denken, wo die Gemüter nur durch rücksichtslose Anwendung der Militärgewalt im Zaum gehalten wurden. Berauscht von diesen Erfolgen that jetzt der Debrecziner Reichstag einen verhängnisvollen Schritt. Auf den Antrag Kossuths erklärte er das Haus Habsburg-Lothringen für ewige Zeiten der Krone verlustig und aus Ungarn verbannt (14. April), Ungarn mit seinen Nebenländern als einen freien und autonomen Staat; eine Nationalversammlung werde die künftige Regierungsform bestimmen: zum einstweiligen Präsidenten des nun „freien und autonomen Staates" rief der Reichstag Ludwig Kossuth aus.

Mit diesem verkehrten Beschlusse verließen die Ungarn ihren sichern nationalen Rechtsboden und gaben dadurch dem Gegner das Recht, seine Sache als eine allgemein europäische, als die Sache der durch die Revolution bedrohten Monarchie darzustellen. Bald genug sollte das Haus Habsburg sich zu diesem letzten Auskunftsmittel gezwungen sehen. Es nahm die Hilfe an, welche der Kaiser von Rußland „in edelster Bereitwilligkeit" und in jeder beliebigen Ausdehnung ihm zur Verfügung gestellt hatte. In beschränkterem Maße war es bereits geschehen; am 19. April rückten 60 000 Russen, unter den Generalen Lüders und Engelhardt, in Siebenbürgen ein, und am 1. Mai gestand dann auch die österreichische Regierung frisch und fröhlich ihre Schmach ein. Der Aufstand in Ungarn, hieß es in der Proklamation von diesem Tage, zeige in seiner dermaligen Phase den Charakter einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei, so daß das Interesse aller Staaten, den Kaiser Franz Joseph in diesem Kampfe gegen die Auflösung aller Elemente der gesellschaftlichen Ordnung zu

unterstützen, ein gemeinschaftliches sei; aus diesen wichtigen Gründen haben Se. Majestät die bewaffnete Hilfe des Kaisers von Rußland in Anspruch genommen. Noch war es bloß ein Hilfsheer: aber dies genügte bald nicht mehr. Obwohl auch in Ungarn nicht alles stand, wie es sollte, zwischen Kossuth und Görgey, dem politischen und dem militärischen Leiter, bittere Feindschaft herrschte und die wachsende Finanznot eine lähmende Wirkung übte, so blieben doch die Ungarn siegreich. Am 23. April waren die ungarischen Husaren wieder in Budapest eingezogen; am 26. zwang ein neuer Sieg bei Puzta Herkaly die Österreicher, die Einschließung der Festung Komorn aufzugeben, und am 21. Mai gelang Görgey der zweimal vergeblich versuchte Sturm auf die Festungswerke von Ofen, wo die Österreicher unter General Henzi sich noch gehalten hatten: während 2200 gefangene Soldaten und 80 gefangene Offiziere nach Debreczin gebracht wurden, kehrte die ungarische Regierung von dort nach Budapest zurück. Am 6. Juni hielt Kossuth feierlichen Einzug. Nun galt kein längeres Zaudern. Am Tage der Erstürmung von Ofen hatte der jugendliche Kaiser von Österreich, der seit dem 5. Mai dem Namen nach den Oberbefehl über seine Armee übernommen hatte, zu Warschau mit einem gleich großen Feldherrn, dem Kaiser Nikolaus, eine Zusammenkunft (21. Mai), bei welcher der gemeinsame Operationsplan gegen die Ungarn festgestellt wurde, und am 3. Juni rückte die erste Abteilung des russischen Hauptheeres in Preßburg ein.

Der Krieg in Italien war mittlerweile zum Abschluß gekommen, und wenn dadurch auch, bei der Stimmung des besiegten Landes, keine Soldaten entbehrlich wurden, so wurden wenigstens Generale verfügbar. Unter ihnen wählte sich die österreichische Regierung den grausamsten, General Haynau, aus und übertrug ihm unbeschränkte Vollmacht. Der russische Kaiser stellte seinen berühmtesten Feldherrn, den Sieger von Kars und Warschau, Paskewitsch, an die Spitze, der nun seinerseits in einer Proklamation die Ungarn zur Reue und Unterwerfung aufforderte. Das Kriegsglück wechselte; am 28. Juni erstürmte die russisch-österreichische Armee, etwa 80 000 Mann — Kaiser Franz Joseph selbst war zugegen — Raab; zwei Tage später kapitulierten die Österreicher in der Festung Arad. Am 3. Juli besetzten die Russen Debreczin, und am 9. Juni verließ die ungarische Regierung Budapest zum zweitenmale und retirierte nach Szegedin; dagegen wurde am selben Tage, wo die Österreicher nach einem Sieg am 11. wieder in Budapest einzogen (14. Juli), der Ban Jellachich von dem ungarischen General Vetter bei Hegyes total geschlagen, ebenso am 17. die Russen unter Rüdiger von Görgey bei Waitzen. Indes ward doch der Krieg für die Ungarn mehr und mehr hoffnungslos.

das Volk war ermüdet, die Führer nicht einig; die verbündeten Österreicher und Russen verfügten über eine Macht von 275 000 Mann mit 600 Geschützen. Die Schlachten bei Szöreg am 5., bei Temesvar am 9. August — die letztere entscheidend, Haynau gegen Bem — fielen gegen die Ungarn aus; am 6. August ward der Friede zwischen Österreich und Sardinien geschlossen, der den Österreichern neue Streitkräfte frei machte. Am 11. legte Kossuth zu Arad seine Diktatur nieder und übertrug sie auf den General Görgey. Dieser, der durch sein eigenwilliges, unlenksames Wesen der Sache seines Landes ebensoviel geschadet, als er durch seine geniale Kriegsführung ihr genützt hatte, deutete bereits in seiner Proklamation den Schritt an, der nunmehr unvermeidlich wurde, wenn Ungarn nicht nutzlos, wie Polen, das Blut seiner Bevölkerung nur vergießen wollte, um gegen das Unabwendbare zu protestieren. Aber er versündigte sich schwer an der Sache seines Landes, indem er anstatt an Österreich, von dem er glimpfliche Bedingungen für sein Vaterland hätte erlangen können, seine Unterwerfungsanträge an die Russen richtete und so im letzten Augenblicke noch nutzlos und zwecklos die Rache Österreichs herausforderte. Auf dem Felde von Vilagos, 13. August, streckte er bedingungslos vor den Russen die Waffen, 20 000 Mann Infanterie, 2000 Reiter, 130 Geschütze: „Ungarn", schrieb Paskewitsch seinem Kaiser, „Ungarn liegt zu den Füßen Eurer Majestät." Er verfehlte nicht, Salz in die Wunde zu reiben, welche dem österreichischen Stolze geschlagen war, indem er hinzufügte, daß die einzige von Görgey gestellte Bedingung die gewesen sei, die Waffen vor Sr. russischen Majestät Armee niederlegen zu dürfen. Görgey ward nach Klagenfurt als Internierter gewiesen, während die übrigen Offiziere und die Mannschaften an Haynau ausgeliefert wurden; Kaiser Nikolaus seinerseits antwortete mit einem Tagesbefehl, in welchem Österreichs, dessen Heer denn doch die Hauptsache gethan, keine Erwähnung geschah, und der von unerträglichem Hochmut überfloß. „Wo der Feind sich erkühnte, euch zu erwarten, da habt ihr ihn besiegt, und die Fliehenden Schritt für Schritt verfolgend habt ihr am Ende ein seltenes Ereignis gesehen: die ganze feindliche Streitmacht hat vor euch die Waffen gestreckt und sich unbedingt Unserer Gnade unterworfen." Mit dieser verächtlichen Proklamation gab er dem Österreicher sein Land zurück.

Dies war der Staat, vor dem der Enkel Friedrichs des Großen, dessen Heer soeben die Revolution gebändigt hatte, die siegreiche Waffe in die Scheide steckte.

In der ganzen üblen Zeit, während welcher Österreich von seinen ungarischen Rebellen seine Donaustellung zurückzuerobern nicht mehr die Kraft besaß, weil es seine letzte Kraft daran setzen mußte, seine italie-

nische Stellung zurückzugewinnen, hatte es zur Behauptung seiner deutschen Stellung nichts nötig, als Worte; und man kann nicht einmal sagen, daß die österreichische Regierung dabei irgend ein geheimes oder verdecktes Spiel getrieben habe. Sie hatte den Erzherzog Johann, als dieser Miene machte, das Feld zu räumen, ihrerseits angewiesen, in Frankfurt zu bleiben; sie hatte, als am 3. April 1849 Preußen den Gedanken eines Bundesstaates mit preußischer Spitze aufnahm, am 5. in dem Schreiben an den Reichsverweser sich unverblümt auf den Boden des noch zu Recht bestehenden „Deutschen Bundes" gestellt, hatte gegen alle und jede Beschlüsse, die aus den von Preußen beantragten Verhandlungen von Bevollmächtigten hervorgehen könnten, feierlich Verwahrung eingelegt und erklärt, sich einer von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabten Centralgewalt nicht unterwerfen zu wollen: und sie hatte diesen Standpunkt unerschütterlich festgehalten. Bei den Konferenzen in Berlin vom 12. bis 26. Mai trat der österreichische Bevollmächtigte von Prokesch-Osten sofort zurück, als Preußen auf dem engeren Bunde beharrte; zwischenhinein machte die Regierung des neuen Österreichs auch wohl den Versuch, der öffentlichen Meinung in Deutschland etwas vorzuspiegeln von einem Beitritt zum Deutschen Bunde mit allen seinen Ländern, und man war in Deutschland gutmütig genug, diesen unverschämten Hohn geduldig hinzunehmen.

Sie wußte freilich, mit welchem Gegner sie es zu thun hatte. Als die preußische Regierung in einer Note vom 23. Mai den Reichsverweser aufforderte, die Nationalversammlung aufzulösen und die provisorische Centralgewalt an Preußen abzutreten, konnte der Erzherzog, der nichts mehr war, als ein österreichischer Präfekt, es wagen, in einer ziemlich groben Antwort ihr zu erklären, daß er keiner Macht der Erde das Recht zuerkenne, ihn von dem ihm anvertrauten Posten zu verdrängen, und die preußische Regierung entschuldigte sich gleichsam, daß sie es gar nicht so gemeint, daß die Antwort Sr. Kaiserlichen Hoheit nur auf einem beklagenswerten Mißverständnis beruhen könne. Nicht minder zaghaft war sie gegenüber den Verbündeten Österreichs, Bayern und Württemberg, welche nichts von dem Dreikönigsbündnis und dem engern Bunde wissen wollten, und gegenüber Hannover und Sachsen, welche jenes Bündnis, die eine Regierung eingestandenermaßen von vornherein in verräterischer Absicht, die andere, nicht viel besser, mit dem Vorbehalt, von demselben wieder zurückzutreten, wenn nicht auch Bayern beitrete, abgeschlossen hatten.

Österreich wie diesen Staaten gegenüber, in welchen wenigstens in Berlin jeder Mann mit offenem Blick die geborenen und geschworenen Feinde, wo nicht der deutschen Einheit, so doch Preußens hätte sehen müssen, handelte Preußen d. h. König Friedrich Wilhelm IV. mit einer

Uneigennützigkeit und einer Großmut, die ihm zu üben freigestanden hätte, wenn er bloßer Privatmann anderen Privatpersonen gegenüber gewesen wäre, — die aber gegenüber seinen Pflichten als König des ersten der deutschen Staaten zum Verbrechen wurde. Mit preußischem Blut wurden die Throne von Baden, Sachsen, Württemberg, Bayern wieder festgeleimt, ohne daß der König dafür dem preußischen Staate eine bessere, gesichertere Stellung in Deutschland geschaffen hätte: und Österreich gegenüber trieb man die Rücksicht so weit, daß man geduldig wartete, bis es in Italien und in Ungarn fertig war — ja mehr noch, man trieb sie so weit, daß man, als es die Hände frei bekommen, ihm in Deutschland selbst wieder in den Sattel half und dazu noch den Steigbügel hielt. Dies letztere geschah, indem man zu Wien mit Schwarzenberg September 1849 über eine provisorische Ordnung in Deutschland sich einigte, durch ein sogenanntes Interim, nach welchem bis zu endgültiger Erledigung der deutschen Verfassungsfragen zwei österreichische und zwei preußische Kommissare in Frankfurt die Centralregierung, soviel es überhaupt gemeinsam Deutsches zu regieren gab, besorgen sollten (30. September). In die Hände dieser Reichsregierung, in welcher das Innere der preußische Oberpräsident Böttcher, das Auswärtige der andere preußische Kommissar von Radowitz, Krieg und Finanzen die beiden Österreicher, Feldmarschallieutenant von Schönhals und Baron Kübeck, übernahmen, legte dann auch der Reichsverweser, eine wohlverwendete Null im Spiele Österreichs, seine Gewalt nieder (20. Dezember 1849).

Der Schalk, den dieses Interim „hinter ihm" hatte, war die Wiederherstellung des alten Bundestags, auf welche Österreich vorerst noch versteckt und bald offen lossteuerte. Es wäre für Preußen vielleicht das beste gewesen, dies jetzt einfach anzunehmen und sich auf die feste Position zurückzuziehen, welche es auch innerhalb des Deutschen Bundes durch den Zollverein und durch seine Hausmacht, die sich im Notfall selbst genügte, besaß: auf den genialen Gedanken, daß eine streng durchgeführte egoistisch preußische Politik am raschesten zur Einheit Deutschlands führe, kam auf diesem unglücklichen Boden und in jenem unglücklichen Jahre niemand. Es gab zwei Parteien am preußischen Hofe, von denen die eine die Unionspolitik „bis an die Grenze des Möglichen" verfolgen, die andere dagegen auch die Union als ein Gewächs der Revolutionszeit baldmöglichst beseitigen und einfach den alten Zustand der Dinge in Deutschland und in Preußen wiederherstellen wollte — und das Unglück war, daß der König beiden Parteien zugleich angehörte und die eine Politik immer durch die andere kreuzte und verdarb.

Die besondere Entwickelung der preußischen Verfassungswirren

war, wie wir hier im Vorbeigehen erwähnen müssen, insofern zu einem Abschluß gekommen, als Friedrich Wilhelm IV. am 6. Februar 1850 die Verfassung des preußischen Staates, wie sie unterdessen durch Vereinbarung mit den Kammern modifiziert worden war, beschworen hatte. In der deutschen Sache schien ein wichtiger Schritt vorwärts gemacht zu werden, als am 13. Februar 1850 der Verwaltungsrat der Union einen Reichstag der Unionsstaaten auf den 20. März nach Erfurt berief. Dazu war es, wenn diese Berufung überhaupt ernst gemeint war, nunmehr schon zu spät. Denn jetzt achtete Hannover und Sachsen es an der Zeit, ihren Verrat zu vollführen. Sie warteten das Jahr nicht ab, auf welches sie sich verpflichtet hatten: am 25. Februar trat Hannover, am 27. Sachsen vom Dreikönigsbündnisse zurück; das letztere, indem es zu München mit Bayern und Württemberg eine Übereinkunft abschloß, nach welcher ein neuer deutscher Verfassungsentwurf mit einer Volksvertretung von 300 durch die Kammern der Einzelstaaten zu wählenden Mitgliedern aufgestellt wurde: diesem letzteren Projekte trat denn auch Österreich bei, vorausgesetzt, daß ihm möglich gemacht werde, mit dem ganzen Umfang seiner Staaten dem Bunde beizutreten. Am 20. März wurde der Reichstag in Erfurt mit einer Rede des Generals von Radowitz, des hauptsächlichsten Trägers der Unionspolitik im preußischen Kabinett, eröffnet. Um vorwärts zu kommen, nahm die Versammlung am 17. April gegen eine starke reaktionäre Minderheit und sehr gegen den Wunsch der reaktionären Partei im preußischen Ministerium die ganze Verfassung, wie das Dreikönigsbündnis sie aufgestellt hatte, mit Verzicht auf jede Einzelberatung an: am 29. April aber ward dieses Unionsparlament plötzlich vertagt, um nicht wieder zusammengerufen zu werden.

Die österreichische Regierung hatte schon am 26. die Maske fallen lassen und trat nunmehr mit dem längst gehegten Plane einfacher Rückkehr zum alten Bundestage offen hervor. Sie lud sämtliche Mitglieder des Deutschen Bundes ein, zum 10. Mai ihre Gesandten nach Frankfurt zu schicken. Die Königreiche und die ausländischen Bundesglieder und von den Mittelstaaten die beiden Hessen leisteten Folge: die Einberufung der Unionsfürsten nach Berlin und ein Protest gegen die Erneuerung des Bundestags war die preußische Antwort.

Es waren leere Worte, hinter welchen kein thatkräftiger Wille stand. Selbst die treuesten der Unionsregierungen wurden irre; andere, wie Hessen und Nassau, ein Staat nach dem andern, suchte seinen Frieden mit der Partei des Bundestags, der nach österreichischer Auffassung nicht aufgehoben, sondern nur zeitweilig suspendiert worden war, zu machen. Und so übermütig war diese Partei bereits, daß der

König Wilhelm von Württemberg, der es nur der prompten Intervention Preußens im benachbarten Baden verdankte, wenn er noch auf dem Throne saß, am 15. März seine Kammer mit der insolenten Phrase eröffnete: „Die unparteiische Geschichte wird dereinst nicht verschweigen, welche Zwecke und Leidenschaften das Bündnis vom 26. Mai" — er meinte das Dreikönigsbündnis — „gestiftet haben"; „der deutsche Einheitsstaat", fügte er hinzu, „ist ein Traumbild und das gefährlichste aller Traumbilder; die wahre Stärke und Eintracht, die wahre Kultur und Freiheit der Nation beruht im letzten Grunde auf der Erhaltung und Pflege der Eigentümlichkeit und Selbständigkeit ihrer Hauptstämme". Die unparteiische Geschichte wußte damals bereits, daß der bayrische Minister von der Pfordten den Plan ausgeheckt hatte, diese „Hauptstämme" durch umfassende Mediatisierung der Kleinstaaten zu Gunsten der Königreiche zu stärken; preußischerseits begnügte man sich, den Gesandten vom Hofe des groben Schwaben, dessen Haus seinen Königstitel der Gnade Napoleons verdankte, abzurufen. Und jetzt, wo es mit dem einen der „gefährlichsten Traumbilder" des Jahres 1848, dem deutschen Einheitsgedanken, so rasch zu Ende ging, fanden die Fürsten und die Höflinge leicht den Mut, auch mit dem anderen, das ihnen womöglich noch fataler war, den neuen Freiheiten, ein Ende zu machen. Eines der Märzministerien fiel nach dem andern. Wo man während der unruhigen Tage eine neue Verfassung mit einer unter der Herrschaft der radikalen Strömung stehenden oder nach radikalem Wahlgesetz gewählten Kammer vereinbart hatte, schaute man sich nach einer passenden Gelegenheit um, diese Verfassung unter irgend einem Vorwande wieder los zu werden: um so besser, wo die Verhandlungen noch schwebten, wo sie durch die Maßlosigkeit der demokratischen Forderungen nicht zum Abschluß gekommen waren, wie etwa in Württemberg. Man hatte seinen guten Willen bewiesen; man hatte, wie die Minister wohl versicherten, „ernstlich" eine Vereinbarung gewünscht, erstrebt, gesucht; da man sie trotzdem nicht gefunden, so blieb schließlich doch nichts übrig, als die Rückkehr zur alten vormärzlichen, „bewährten" Landesverfassung, eben wie das gesamte Deutschland zu seiner alten, vormärzlichen und, wagte man bereits wieder zu sagen, bewährten Bundesverfassung zurückkehrte. In der Regel gelang diese Rückkehr, wenn auch unter Lärm und Protest aller Art, doch schließlich ohne Mühe.

Um dieselbe Zeit, wo das wieder aufatmende Österreich dem ermatteten und führerlosen Deutschland das alte Joch des Bundestages wieder auflegte, scheiterte auch der nationale Krieg im Norden: ein Krieg, der darum so mangelhaft geführt wurde, weil Preußen ihn als Vormacht eines idealen und imaginären Deutschlands und nicht mit

dem berechtigten Egoismus eines tüchtigen Staatswesens zum eigenen Nutzen, nicht im Interesse des wirklichen deutschen Staates, d. h. Preußens selber führte.

Am 26. Februar 1849 hatte Dänemark den Waffenstillstand gekündigt, und während in denselben Tagen Österreich sich von dem Kopenhagener Kabinett einen dänischen Konteradmiral zur Organisation der österreichischen Marine erbat, wurden vom Reichsministerium in Frankfurt drei Divisionen des Reichsheeres gegen die Dänen mobil gemacht. Diese, aus Preußen, Bayern, Württembergern u. s. w. bestehend, rückten am 23. März in Holstein ein, und ein preußischer General, von Prittwitz, übernahm den Befehl. Am 3. April wurden die Feindseligkeiten dänischerseits von der Insel Alsen aus eröffnet, und wenige Tage später erscholl ein Jubelruf durch alles deutsche Land, als die Nachricht von dem Siege sich verbreitete, welchen am 5. April an der Bucht von Eckernförde einige deutsche Strandbatterieen gegen drei dänische Kriegsschiffe errungen hatten. Mit freudigem Stolze erzählte man sich, schon von den Trümmern großer Hoffnungen umgeben, die Einzelheiten dieses schönen und wirklichen Erfolgs: wie morgens um 8 Uhr die drei Schiffe, ein Linienschiff von 84 Kanonen, eine Fregatte von 46, ein Dampfer von 10 angefangen hätten, die zwei Strandbatterieen, eine zu acht, eine zu vier Kanonen, zu beschießen; wie die deutsche Flagge, zweimal herabgeschossen, zweimal von einem Schleswig-Holsteiner, dem Unteroffizier Preußer, wieder aufgehißt worden, wie der dort postierten kleinen schleswig-holsteinischen Artillerieabteilung unter dem Herzog Ernst von Koburg eine nassauische Batterie zu Hilfe gekommen, vor welcher der Dampfer mit zerschossenem Radkasten sich habe zurückziehen müssen; um ein Uhr sei das Linienschiff, Christian VIII., auf den Grund geraten, die Kapitäne — denn auch der Fregatte Gefion war das Steuerruder entzwei geschossen worden — hätten zu kapitulieren verlangt, man habe ihnen eine Waffenruhe von zwei Stunden bewilligt. Um fünf Uhr habe das Feuer, nachdem die Batterieen mit neuer Munition versorgt worden, wieder begonnen: der Christian VIII., wieder flott gemacht, sei abermals auf den Grund geraten, und beide, Fregatte und Linienschiff, hätten sich, zusammen mit 1300 Mann, ergeben müssen: während man beschäftigt gewesen, die Gefangenen ans Land zu schaffen, 7½ Uhr abends, sei der Christian VIII. mit noch 200 Mann an Bord — unter ihnen leider auch der wackere Preußer, der nach dem brennenden Schiffe geeilt sei, um die Gefangenen bergen zu helfen — in die Luft geflogen. Alle Welt vergaß einen Augenblick die politische Misere: namentlich in den kleinen Staaten war der Jubel groß, denn auch Reuß-Greiz, der kleinste unter den Fürsten Juda, hatte seinen Anteil an dem rühmlichen Tag: der ein-

zige Tote, den man deutscherseits bei dem Kampfe beklagte, war ein reußischer Infanterist gewesen. Wenig ahnte das hartgeprüfte Geschlecht jener Tage, daß es ihm noch beschieden war, die siegreiche Fahne eines neuen Deutschlands auf den Wällen von Paris und an Frankreichs atlantischen Küsten aufgepflanzt zu sehen.

Dem schönen Tage folgten andere rühmliche Thaten. Am 13. stürmten Bayern und Sachsen die Schanzen bei Düppel; am 20. rückten die deutschen Truppen, die schleswig-holsteinische Armee, unter Bonin wieder in Jütland ein und erfochten am 23. bei Kolding einen höchst rühmlichen Sieg; am 7. Mai warfen sie nach 7stündigem Gefecht bei Gudsö die Dänen nach Fridericia zurück, welches am 10. beschossen und dann belagert wurde. Mittlerweile verfiel die Reichsgewalt in Frankfurt: die preußische Regierung nahm durch eine Note vom 18. die ganze Frage, Krieg und Unterhandlung, selbst in die Hand, da die Reichsgewalt, wie sie dem Ministerium Gräwell bemerkte, „kein Gewicht mehr in die Wagschale des Krieges oder des Friedens zu legen vermöge". Aber wer nicht den Mut hat, zur rechten Zeit das Ganze zu nehmen, der kann auch den Teil nicht behaupten: auch diese Stellung vermochte Preußen nicht zu halten. Drohende Noten von Rußland und Frankreich hinderten ein weiteres Vordringen in Jütland; am 5. Juli erlitt die schleswig-holsteinische Armee eine schwere Niederlage durch einen Ausfall der Dänen aus dem lässig belagerten Fridericia — 1500 Gefangene, 2800 Tote und Verwundete, 28 Kanonen verloren —, und am 10. Juli 1849 wurde zwischen Preußen und Dänemark ein neuer Waffenstillstand geschlossen, nach welchem durch Schleswig eine Demarkationslinie gezogen, der nördliche Teil des Herzogtums von schwedischen, der südliche von preußischen Truppen besetzt und die Verwaltung zwei Kommissaren, — einem dänischen, Tillisch, und einem preußischen, Graf Eulenburg — übergeben wurde, denen für streitige Fälle ein englischer Obmann beigesellt war. Die eingeleiteten Friedensunterhandlungen kamen ein Jahr später, am 2. Juli 1850, zum Abschluß. Sie gaben Schleswig dem König von Dänemark preis; die alten Verhältnisse, wie sie vor 1848 gewesen, wurden auch hier wiederhergestellt; das edle Blut war umsonst geflossen.

Man überließ es den Schleswig-Holsteinern, den Krieg, wenn sie wollten, auf ihre Hand fortzusetzen und Schleswig zurückzuerobern, welches die neue provisorische Regierung, die Statthalterschaft, infolge des Waffenstillstandes hatte räumen lassen müssen. Die schwedischen und die preußischen Truppen verließen das Land und ließen den Raum für neue Kämpfe frei.

Noch einmal rückte eine schleswig-holsteinische Armee von 30 000 Mann und 72 Geschützen unter dem Befehl des Generals Willisen,

der aus dem preußischen Dienste ausgeschieden war, ins Feld. Aber Willisen, ein berühmter Militärschriftsteller und Theoretiker, verriet auf eine klägliche Weise seinen militärischen Ruf an eine schwächliche Politik einem hochmütigen Feinde gegenüber: er gab alle Vorteile aus der Hand, und die blutige Schlacht bei Idstedt, nicht weit von Schleswig, wo am 24. und 25. Juli 1850 26 000 Schleswig-Holsteiner gegen 40000 Dänen unter Krogh standen, endete mit einer Niederlage der Deutschen. Am 2. August wurde zu London ein Protokoll unterzeichnet, in welchem England, Frankreich, Rußland und Schweden erklärten, daß der Besitzstand der unter der Herrschaft Sr. Majestät des Königs von Dänemark vereinigten Lande in seiner Integrität aufrecht erhalten werden solle; ein Protokoll, dem Österreich am 23. beitrat. Noch war die Sache nicht völlig zu Ende, und der preußische Gesandte Bunsen lehnte den Beitritt ab. Allein man durfte wenig Gutes hoffen, da die in Berlin immer mächtiger vordringende Partei der Konterrevolution in ihrem wütenden Hasse gegen alles, was im Jahre 1848 geschehen oder begonnen worden, jede vaterländische Ehre und Scham so weit vergessen hatte, daß sie den Sieg der Dänen über die schleswig-holsteinischen „Rebellen" mit Jubel als einen Sieg des monarchischen Prinzips über das demokratische — sie errötete nicht, hinzuzufügen das republikanische — begrüßte.

Die Zeit war jetzt da, wo sich das Maß der Schande erfüllte. Italien und Ungarn waren besiegt: Österreich ging jetzt daran, auch seinen deutschen Rebellen von 1848, den Staat Friedrichs des Großen, vollends zu unterwerfen. Am 2. September 1850 eröffnete Österreich in Frankfurt den alten Bundestag wieder, unter Vorbehalt demnächstigen Beitritts der wenigen Staaten, die noch zur Union hielten, und derselbe bekam sofort Gelegenheit, seine frühere Thätigkeit wieder aufzunehmen. Der Kurfürst von Hessen hatte, wie mehr oder weniger alle übrigen deutschen Staaten, die Gelegenheit wahrgenommen, den früheren Zustand wiederherzustellen und zugleich an seinem Lande Rache zu nehmen. Er hatte zu diesem Zwecke im Februar den Minister Hassenpflug berufen, und dieser hatte, als die Ständeversammlung seinen Finanzplan nicht genehmigte, die Versammlung aufgelöst, schrieb aber gleichwohl am 4. September die Steuern aus, welchen die von der Landesverfassung vorgeschriebene Zustimmung der Ständeversammlung fehlte. Der ständische Ausschuß protestierte, das Land weigerte die Steuerzahlung, und die Gerichte erkannten, wie ehrliche Männer nicht anders konnten, daß der Ausschuß im Rechte sei. Die Beamten, ihres Eides eingedenk, versagten sich der eidbrüchigen Regierung, und auch die Offiziere hielten ihren Eid heilig. Vor der entschlossenen, streng gesetzlichen Haltung des Landes flüchtete der Herr und der Diener,

einer des andern würdig, am 12. September aus dem Lande und rief in Frankfurt den Schutz des Bundestags an; dieser, seiner Vergangenheit eingedenk, sagte die Bundeshilfe zu. So hatte man nunmehr auch eine kurhessische Frage. Es war der letzte Augenblick, in welchem Preußen seine Stellung zurückgewinnen konnte: Hessen war dem Namen nach noch ein Unionsstaat, obgleich es den Bundestag beschickt hatte: ein mutiger Entschluß, und noch konnte Preußens Ehre und Deutschlands Zukunft gerettet werden. Es schien, als solle dieser mutige Entschluß gefaßt werden. Am 26. September ward der Mann, dessen Ideen in der preußisch-deutschen Union verwirklicht worden waren, General von Radowitz, zum Minister des Auswärtigen ernannt, zum unwidersprechlichen Zeichen, daß an der Unionspolitik, am deutschen Bundesstaate, festgehalten werden solle — einer Politik, die rechtlich nicht anfechtbar war, selbst wenn man sich auf den Boden der Verträge von 1815, auf den Boden des alten Bundesrechts stellte, — die nur auf politischem Gebiete wiederholte, was auf dem volkswirtschaftlichen zum großen Heile Deutschlands durch den Zollverein schon geschehen war — die ferner eine innerlich gesunde war, weil sie den wesentlichen Gedanken der deutschen Einheitsbewegung rettete, und weil sie einesteils dem Bedürfnis Preußens nach engerer Verbindung mit den deutschen Staaten seiner Machtsphäre und andernteils dem Bedürfnis der kleineren Staaten nach Teilnahme an den Vorteilen und Wohlthaten eines Gemeinwesens, welches den Namen eines Staates wirklich verdiente, entsprach — eine Politik endlich, hinter welcher ein Heer stand, das ohne Zweifel dem österreichischen mehr als gewachsen, den württembergischen und bayrischen Truppen durch seine einheitliche Organisation und durch seinen Geist weit überlegen war*). Dieser Wendung gegenüber hielt die österreichische Partei vom 10. bis 14. Oktober zu Bregenz eine Zusammenkunft. Zugegen waren der junge Kaiser von Österreich, der König von Bayern und der alte König von Württemberg. Der letztere, der österreichische Husarenuniform angelegt hatte, war von allen der Eifrigste. Er haßte die Preußen mit derselben unverständigen Antipathie, mit welchem das auf seine Eigenart stolze, in selbstgefälligem Partikularismus abgeschlossene württembergische Volk Preußen oder das Zerrbild, das man sich unter diesem Namen vor-

*) Die Ansicht ist in Preußen weitverbreitet, daß der Zustand des Heeres den Sieg nichtsweniger als verbürgt oder auch nur wahrscheinlich gemacht habe: ich muß aber auf gute Autoritäten hin die im Text ausgedrückte Ansicht aufrecht halten. Sie wird mir, soweit ein Laie urteilen kann, bestätigt durch die Wahrnehmungen, die sich demjenigen aufdrängten, der Gelegenheit hatte, während jener Jahre preußische, bayrische, württembergische Regimenter zu beobachten z. B. in Sigmaringen.

stellte, in jenen Zeiten zu betrachten pflegte: und er haßte als König die Hohenzollernsche Dynastie, welche sich, ein süddeutsches Fürstengeschlecht wie das württembergische, über alle anderen deutschen Fürstenhäuser hinweggeschwungen hatte. Außerdem war es, wie man sagte, dem fähigen Manne, in welchem ein tiefverstecker Ehrgeiz brannte, unvergessen, daß einst eine gärende Zeit und eine unvergorene Jugend ihn selbst, König Wilhelm von Württemberg, für jenen goldenen Reif bestimmt hatte, den sich der Hohenzoller, nachdem er ihn auf dem geraden Weg verschmäht, auf einem Umwege dennoch holen zu wollen schien. Ins Herz aber hatte es ihn getroffen, daß dieses Haus nunmehr in seiner unmittelbaren Nähe festen Fuß gefaßt hatte, da die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und -Hechingen, der trostlosen Langenweile und tiefen Nichtigkeit kleinstaatlicher Souveränität satt, am 7. Dezember 1849 kraft freiwilliger Entschließung ihr Land an Preußen abgetreten hatten und diese Gebiete dann unter Zustimmung der preußischen Kammern durch Gesetz vom 12. März 1850 mit dem preußischen Staate vereinigt worden waren. Der eigenwillige Fürst hatte auch die Österreicher niemals geliebt. Der stärkere Haß aber verschlang jetzt den schwächeren. Er brach in die Worte aus: „Wenn der Kaiser befiehlt, so marschieren wir“; dieser, Franz Joseph, fragte bei seinem Kaiser, dem von Rußland, an; es ward beschlossen, den Bundesbeschluß wegen Kurhessens zu vollziehen und dieses Land durch ein bayrisch-österreichisches Heer besetzen zu lassen. Preußen seinerseits besetzte nun die ihm vertragsmäßig in Kurhessen zustehenden Etappenstraßen und zog seine Truppen aus Baden zurück (24. Oktober). Friedrich Wilhelm hatte sich vergeblich bemüht, den Kaiser Nikolaus, seinen Schwager, für die Unionspolitik zu gewinnen: am 26. Oktober kam derselbe mit Franz Joseph, in dessen Begleitung sich der Fürst Schwarzenberg befand, in Warschau zusammen, und ebendorthin schickte Friedrich Wilhelm jetzt den Grafen Brandenburg. Der hochmütige Despot, der hier das große Wort führte, war schon ungehalten, daß der König nicht selber kam: „Ich habe meinen königlichen Schwager hierher beschieben“, soll er gesagt und der Graf von Brandenburg dies mit einem: „Ich darf solche Worte nicht hören“ erwidert haben. Die Minister des Königs bezeichnete er mit den härtesten Ausdrücken, die Hessen als Rebellen, welche zusammengehauen werden müßten. Graf Brandenburg kehrte zurück und erstattete Bericht; nach dem Ministerrat legte er sich aufs Krankenbett, von dem er nicht wieder aufstand; in den Phantasieen des Fiebers habe er nach seinem Helm und Schwert gerufen — so ging die Sage unter dem aufgeregten Volke, das seinen Staat einem Abgrund entgegentaumeln sah. In Wahrheit aber war Graf Brandenburg für Vermeidung des Krieges gewesen, mit ihm die Mehrheit der Minister. Die Minderheit mit Radowitz

war für die Mobilmachung. Am 2. November legte dieser sein Programm vor: in Kurhessen der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen, die ganze Armee sofort auf Kriegsfuß zu stellen, die Kammern einzuberufen, in einem Manifest sich an das preußische Volk zu wenden. Aber nun begab sich Wunderbares. Der König erklärte, daß er mit der Minderheit einverstanden sei, sich aber von der Mehrheit seiner Minister nicht trennen werde: einem „nach seiner Überzeugung verderblichen" Entschluß trat er gleichwohl bei. Er war, wie er früher schon sich ausgedrückt, kein Friedrich II. — gewiß nicht, weit entfernt: so ward denn das Programm nicht angenommen und Radowitz trat ab. Das Verfahren des Königs rechtfertigte allerdings gewissermaßen die Mehrheit: ein Krieg mit einem solchen König an der Spitze war von vornherein verloren. Die Leitung des Auswärtigen übernahm demnach der Freiherr Otto von Manteuffel, seither Minister des Innern. **Avilir la Prusse, puis la démolir**, Preußen erniedrigen und dann zerstören, hatte der österreichische Minister als sein Programm bezeichnet: wie es mit der Zerstörung Preußens stand, mußte sich finden — den ersten Teil dieses Programms aber, die Erniedrigung Preußens, schickte sein Minister sich an nunmehr auszuführen.

Er bot am 3. November in Wien an, der Ausführung der Bundesbeschlüsse betreffs Kurhessens und Schleswig-Holsteins — denn auch dort gab es noch Revolution niederzuwerfen — keinen Widerstand entgegenzusetzen; in freien Konferenzen sollte dann über die deutsche Verfassungsfrage entschieden werden. Es genügte nicht; Österreich verlangte Anerkennung des Bundestags und Aufgeben der Union. Inzwischen war am 6. November gleichwohl die Mobilmachung der preußischen Armee erfolgt, da auch Österreich fortfuhr zu rüsten. Am 8. waren auf hessischem Boden in Bronzell bei Fulda zwischen den retirierenden Truppen des Generals von der Gröben und der Vorhut des bayrisch-österreichischen Heeres unter dem Fürsten von Thurn und Taxis einige Schüsse gewechselt worden, die dem Pferde eines Trompeters das Leben kosteten und dem armen Vierfüßler einen Platz in der Geschichte sicherten: aber am 15. erklärte das preußische Kabinett im Fürstenkollegium der Union mit verblümten Worten deren Auflösung, womit die Politik der Unterwerfung unter Österreich schon im Prinzip ausgesprochen war. Am 21. traten die preußischen Kammern zusammen und wurden mit einer ziemlich energischen Thronrede — vom guten Recht, das man verteidigen wolle — eröffnet; noch immer hoffte man in der Kammer, in dem aufgeregten Lande die mannhafte That, die alles ändern konnte. Aber Fürst Schwarzenberg wußte dies besser; der österreichische Gesandte in Berlin verlangte jetzt die Räumung von Hessen binnen 48 Stunden. Friedrich Wilhelm hatte es verschmäht, eine Krone aus den Händen der Revolution zu nehmen; die Fußtritte



Otto von Manteuffel, preußischer Ministerpräsident.

(Nach Paul Bürde, gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)



der Legitimität erbat sich jetzt sein Minister selbst: er schickte ein Telegramm, in welchem er den österreichischen Ministerpräsidenten um eine persönliche Zusammenkunft ersuchte, und ein zweites, er werde abreisen, ohne erst Antwort abzuwarten. Dort zu Olmütz am 29. November unterzeichnete Manteuffel den Unterwerfungsvertrag, die Olmützer Punktation: Verzicht auf das Unionsrecht, Verzicht auf die mit Baden, Anhalt, Mecklenburg, Braunschweig geschlossenen Militärkonventionen, Räumung von Baden und von Hessen, Rückführung der schleswig-holsteinischen Armee hinter die Eider durch preußisch-österreichische Kommissare. Österreich machte dafür ein Zugeständnis, das zum Schaden noch den Spott hinzufügte, — daß nämlich ein preußisches Bataillon in Kassel zurückbleiben dürfe: es konnte zusehen, wie dort die Bundesexekution durch Bayern und Österreicher von statten ging.

Österreich hatte vollständig und ohne Schwertstreich gesiegt.

Am 27. kehrten Hassenpflug und sein Kurfürst zurück. Unter dem Schutze der Exekutionstruppen schalteten sie als Feinde und ruinierten um die Wette mit jenen ihr unglückliches Land. In derselben Weise wurde auch Schleswig-Holstein pazifiziert. Im Felde war hier nach der unglücklichen Schlacht bei Idstedt außer einem mißlungenen Sturm auf die dänische Festung Frederiksstadt nichts mehr von Bedeutung geschehen, da Willisen um keinen Preis siegen wollte. Am 6. Januar 1851 trafen die in Gemäßheit der Olmützer Punktation ernannten österreichisch-preußischen Kommissare in Kiel ein. Sie verlangten die Auflösung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, Rückzug und Verringerung der Armee, Einstellung der Feindseligkeiten; nach einigem Sträuben fügte sich die Landesversammlung, da die in Kurhessen entbehrlichen österreichischen Truppen bereits auf dem Marsche nach Norden waren, und löste sich auf; die Statthalter Graf Reventlow und Beseler und der General Horst, der nach Willisens Rücktritt befehligte, legten ihre Stellen nieder, und das Heer ward aufgelöst. Nichtsdestoweniger setzten die Österreicher unter General Legeditsch ihren Marsch nach dem Norden fort. Die Brücke über die Elbe, auf welcher die Fremdlinge nach Holstein einmarschierten, schlugen preußische Pioniere, und zwei preußische Bataillone — dies war eines der Zugeständnisse, wie sie Manteuffel von den Österreichern zu erlangen pflegte — durften zusehen, wie die letzten festen Plätze Friedrichsort und Rendsburg mit allem Kriegsmaterial den Dänen ausgeliefert wurden.

Mittlerweile kam auch die deutsche Verfassungsfrage zur Ruhe. Die am 23. Dezember 1850 zu Dresden eröffneten „freien Konferenzen", in welchen diese Frage erledigt werden sollte, stellten sich am 15. Mai 1851, nach mehrmonatlichem geschäftigem Müßiggang, ein vollgültiges Armutszeugnis aus, indem sie ohne anderes Resultat

auseinandergingen, als einen Haufen Protokolle, die man den guten Einfall hatte als „schätzbares Material" für künftige Erörterungen zu bezeichnen: und schon am 27. März 1851 hatte Friedrich Wilhelm IV. selbst die Staaten, die noch zur Union gehalten, aufgefordert, den Bundestag zu beschicken, der denn auch am 30. Mai jenes Jahres vollzählig in Frankfurt wieder beisammen saß.

Es war alles, so schien es, nunmehr wieder auf den alten Stand zurückgekehrt: am 23. September jenes Jahres kam auch der typische Vertreter der „vormärzlichen" Zeit, der alte Fürst Metternich, wieder aus seinem Exile nach Wien zurück. Hastig kehrte man, vor allem in den mittleren und kleineren Staaten, zur alten Ordnung der Dinge bis zur letzten Armseligkeit des Hof- und Herrendienstes zurück. Die deutschen Kokarden wurden von den Truppen abgelegt und die drei Farben bald wieder mit ebenso kindischer Wut verfolgt wie früher. Wer Erinnerungen aus jener Zeit an schwarzrotgoldenen Bändern und dergl. besaß, that wohl, dieselben zu verstecken; eine über alle Maßen kleinliche polizeiliche Überwachung lebte wieder auf, und überall reichte sich, in dieser nichtswürdigen Form allein die deutsche Einheit verwirklichend, die Tyrannei die Hand: wehe dem Reisenden, dem nicht mit sieben Siegeln auf tadellosem Passe von Station zu Station seine politische Ungefährlichkeit bescheinigt war. Die Bureaukratie rächte sich überall mit verdoppelter Grobheit für die Angst, die sie ausgestanden, für die Schwäche, die sie gezeigt, und mit der politischen Reaktion verband sich die kirchliche, d. h. ein widerliches Heuchelchristentum, welches namentlich die protestantischen Kirchengemeinschaften und ihre Organe eine Zeitlang zu Polizeiinstituten herabwürdigte. Es war nicht mehr die naive bornierte Selbstgefälligkeit des alten Beamtenstaates gegenüber dem beschränkten Unterthanenverstand, welche jetzt das Ruder führte; vielmehr kehrte jetzt ein bewußter Geist der Rache, der kleinlichen Bosheit, der Schadenfreude bei den Regierenden ein; man hatte die Macht der populären Bewegung erfahren und behandelte demnach alles, was als Volkswunsch sich darstellte, mit furchtsamem Hasse oder mit cynischer Verachtung.

Dieser Geist furchtsamen Hasses oder cynischer Verachtung gegenüber dem nationalen Gedanken und den liberalen Anschauungen charakterisierte vor allem auch die Thätigkeit des wiederhergestellten Bundestages. Daß die preußischen Provinzen Preußen und Posen wieder aus dem Bunde ausschieden, verstand sich von selbst, da Österreich sein hartnäckig verfolgter Plan, mit allen seinen Staaten in den Bund einzutreten und denselben dadurch in eine große mitteleuropäische Assekuranzanstalt für alles bestehende Unrecht zu verwandeln, in Dresden auf den berühmten Konferenzen gleichfalls mißlungen war. Dies ge-

schah am 5. Oktober 1851; am 7. Januar 1852 beschloß die würdige Versammlung die Auflösung der deutschen Flotte, deren Schiffe dann am 18. August desselben Jahres durch den oldenburgischen Staatsrat Dr. Hannibal Fischer, der auf diese Weise eine wenig beneidenswerte Unsterblichkeit fand, an den Meistbietenden versteigert wurden; am 27. März jenes Jahres erklärte sie die kurhessische Verfassung von 1831 für unvereinbar mit den Bundesgesetzen und hob sie auf, indem zugleich dem Kurfürsten aufgegeben wurde, den Ständen eine neue zur Vereinbarung vorzulegen. Diese neue Verfassung fand nicht einmal vor der Ritterkurie, der sie allein vorgelegt wurde, Gnade; gleichwohl ward sie vom Bundestage genehmigt und wurde unter dem 23. April 1852 dem Lande octroyiert. Die schleswig-holsteinische Sache endgültig zu regeln, wurde dem Bundestage erspart. Eine Übereinkunft zwischen den Kabinetten von Kopenhagen, Wien und Berlin im Dezember 1851 sprach aus, daß die dänische Monarchie in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung als ein Ganzes zu betrachten sei, Holstein seine Provinzialstände behalte und in seinem Verhältnis zu Deutschland in seitheriger Weise verbleibe, das Herzogtum Schleswig ein abgesonderter Teil dieser dänischen Gesamtmonarchie sei und weder in Verfassung noch Verwaltung dem Königreich Dänemark inkorporiert werden dürfe: und dieser Übereinkunft gab der Bundestag am 3. Juni 1852 seine Zustimmung. Mittlerweile aber hatte sich schon das vereinigte Europa, in dessen Rat Deutschland nicht vertreten war, der Sache bemächtigt. Am 8. Mai 1852 war zu London das Protokoll, welches diesen Handel aus der Welt schaffen sollte, von England, das in dieser Frage Deutschland feindlich war und einer so erbärmlichen Regierung, wie die damalige preußische war, nichts zu gute thun wollte, Österreich, Frankreich, Rußland und Schweden unterzeichnet worden, und dem Vertreter des deutschen Staates, Preußens, dessen warmer deutscher Patriotismus keinen Rückhalt weder an seinem königlichen Freunde noch an der Berliner Regierung hatte, Ritter v. Bunsen, blieb nichts übrig, als seinen Namen dieser weiteren Demütigung Preußens und Deutschlands beizusetzen. Die Mächte erklärten, in Erwägung der hohen Wichtigkeit, welche die Erhaltung der Dänischen Gesamtmonarchie für das Gleichgewicht und den Frieden Europas hätte, Art. 1, daß sie der Thronfolgeordnung, wie sie der König von Dänemark festgesetzt, — daß nämlich nach seinem Tode die Krone auf den Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg übergehen sollte — zustimmten; Art. 2, daß sie das Prinzip der Integrität der Dänischen Monarchie als permanent anerkennten; Art. 3, daß die Verbindung Holsteins und Lauenburgs mit dem Deutschen Bund aufrecht erhalten bleiben sollte: die übrigen

Mächte sollten eingeladen werden, diesem Vertrage beizutreten. Am Bundestage protestierte Bayern, in der deutschen Frage sonst der erste Schleppenträger Österreichs, und Oldenburg gegen dieses Protokoll, welches die Rechte des Herzogs von Augustenburg als nicht vorhanden betrachtete, und von seiten des Bundestags erfolgte demgemäß die Zustimmung zu dem Akte nicht, welcher ein Gesamtdänemark anerkannte; daß es kein Gesamtdeutschland gab, dafür war der Bundestag selbst Beweis und Bürge.

So hatte die große Bewegung, welche ein neues Deutschland, einen deutschen Staat schaffen sollte, wie ein elendes Possenspiel geendet. Deutsche Reichsverfassung, deutsche Flotte, deutsche Macht und deutsche Ehre, — sie waren alle wie ein Traumbild aufgetaucht und wieder verschwunden. Das ganz Gemeine, das ewig Gestrige, das „morgen gilt, weils heute hat gegolten" nach des Dichters Wort, hatte sein Recht sich wiedergewonnen. Eine tiefe Verzweiflung ergriff die Gemüter, im Jahre 1851 betrug die Auswanderung aus Deutschland die ungeheure Zahl von 113 000 Personen; — alle Kraft der Begeisterung, der Einsicht, der Verzweiflung selbst war an dem spröden Stoffe zersplittert und hatte sich umsonst an der ungeheuren Aufgabe zerquält, aus dem großen Kulturvolke, welches die Mitte des Erdteils einnimmt, wieder ein großes politisches Volk zu machen; nur wenige hofften überhaupt noch und trösteten sich mit dem Gedanken, daß auch Rom nicht an einem Tage erbaut worden war. Den gewaltigen Fortschritt, der gleichwohl gemacht worden war, sah man nicht, da überall nur Trümmer zerbrochener Hoffnungen den Boden bedeckten. Niemand hätte den Gedanken fassen dürfen, daß es derselben Generation noch beschieden sei, die Zertrümmerung der Habsburgischen Fremdherrschaft, die Auferstehung des Deutschen Reiches in einer Glorie ohnegleichen zu schauen.

Und unterdessen war auch in Frankreich die im Namen der Freiheit begonnene Bewegung in ihr völliges Gegenteil umgeschlagen: ein verwegener und geschickter Abenteurer hatte sich aus den trüben Fluten einer zwecklosen Revolution eine Krone geangelt.

B. Romanische Staaten.

1. Frankreich.

a. Die Revolution bis zur Wahl Ludwig Napoleons zum Präsidenten der Französischen Republik.

Wir haben die Geschichte der Pariser Revolution in dem Augenblicke wieder aufzunehmen, wo, spät am Nachmittage des 24. Februar 1848, die wüste Scene im Sitzungssaale des Palais Bourbon mit Er-

nennung einer provisorischen Regierung endigte. Die Mitglieder dieser provisorischen Regierung begaben sich nach dem Stadthause. Mit Mühe, nach vergeblichen Versuchen, gelangten sie durch die Menschenmasse, die sich auf dem Platze dort gesammelt hatte, hindurch bis an die Treppe. Aber im Innern des Gebäudes selbst wogte derselbe uferlose Strom einer von zielloser Aufregung berauschten Menge; endlich gelang das schwere Werk, und die Männer, welche der Zufall zu einer provisorischen Regierung Frankreichs gemacht, fanden sich in einem kleinen Zimmer beisammen, welches ein Beamter des Rathauses, der die Lokale genau kannte, ihnen anwies, und das die aufgewühlten Fluten noch nicht erreicht hatten. Zunächst ergänzte sich nun die provisorische Regierung, welche im Palais Bourbon gemacht worden war, mit Mitgliedern einer andern, deren Namen im Redaktionslokale des „National" und der „Reform" aufgesetzt worden waren. Unter diesen war Louis Blanc, der Doktrinär des Socialismus, und ein Schlossergeselle Albert, als Repräsentant der neuen Aristokratie, die sich zwar sehr demokratisch gebärdete, des Arbeiterstandes: die Bluse dieses neuesten Regenten von Frankreich war einige Tage in seiner früheren Werkstatt ausgestellt, damit jedermann sich überzeugen konnte, daß jetzt endlich die wahre Freiheit über Frankreich aufgegangen war.

Zunächst wurden ein paar Proklamationen abgefaßt und zum Fenster hinab unter die Menge geworfen: eine an das Volk, in welcher die Republik ausgerufen ward, doch mit dem Vorbehalt, daß die letzte Entscheidung in dieser Beziehung der gesamten Nation gebühre, — eine andere an das Heer, welches aufgefordert wurde, „dem Volke Treue, der neuen Staatsverfassung Liebe zu schwören." Alsdann wurden die Ministerien verteilt, welche hier ziemlich billig zu haben waren. Lamartine nahm das Auswärtige, Ledru-Rollin das Innere, Manin die öffentlichen Arbeiten, Arago die Marine; Maire von Paris wurde Garnier-Pagès, Polizeipräfekt Caussidière, den für diesen Posten eine erfahrungsreiche Vergangenheit inmitten der Verschwörungen und der Straßenkämpfe befähigte. Schwer mußte man dem fortwährenden Tumult jeden Fuß breit Ordnung abgewinnen: während der Nacht, welche auf diesen unglaublichen Tag folgte, wurde ohne Zweck und Sinn an den Barrikaden weiter gebaut, da und dort Kasernen erbrochen und so viele Soldaten noch sich in denselben befanden entwaffnet, zum Teil mißhandelt; auf dem Hôtel de Ville selbst wogte es mit Volkshaufen ab und zu, welche jeden Augenblick der neuen Regierung den Garaus machen konnten; jede halbe Stunde mußte Lamartine, dem glücklicherweise weder die Beredsamkeit noch die Geistesgegenwart, noch die physische Kraft ausging, diese Regierung einem

neuem Schwarm gegenüber legitimieren, von denen der eine dies, der andere jenes an ihr auszusetzen hatte. Dasselbe Treiben hielt den folgenden Tag über an. Von neuem nach kurzer Rast sammelten sich die Haufen, in deren Mitte die Blutfahne erhoben wurde, vor dem Stadthause und bedrängten die provisorische Regierung mit ihren Forderungen, von denen immer eine unsinniger als die andere war. Auch diesen Tag hielt Lamartine sich tapfer. Einer jener unsinnigen Forderungen aber wurde ein verhängnisvolles Zugeständnis gemacht, indem zwei Mitglieder der provisorischen Regierung, Louis Blanc und Garnier Pagès, ein Dekret unterzeichneten, welches die Regierung verpflichtete, den „Arbeitern“ die zu Ende des Monats fällige Million der Civilliste auszubezahlen, und welches zugleich das „Recht auf Arbeit“ anerkannte, indem die Regierung der Französischen Republik sich verbindlich machte, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen. Damit erkaufte man sich eine vorläufige Ruhe, während deren man sich einrichten konnte; am 26. hatte sich die Besinnung soweit wiedereingestellt, daß sich eine Anzahl von Nationalgardisten, Studenten u. s. w. vor dem Stadthause zusammenscharte, um die Regierung vor dem Andrang weiterer Schwärme von bloßen Schreiern und Thoren zu schützen. Am 27. wurde die Republik feierlich auf dem Bastilleplatze ausgerufen; die Barrikaden verschwanden allmählich; auch mit dem Gesindel, welches die Tuilerien innehatte, war man zu einem Abkommen gediehen, welches die der Majestät „des Volkes“ allerdings nicht sehr würdige Bedingung enthielt, daß diese Besatzung abziehen durfte, ohne daß ihre Taschen durchsucht wurden.

Die Anerkennung der Republik und ihrer provisorischen Regierung fand, nachdem sie so in Paris selbst sich einigermaßen befestigt hatte, im übrigen Frankreich keinerlei Widerstand. Die Mitglieder der königlichen Familie waren in die vier Straßen der Welt versprengt und retteten sich das eine da-, das andere dorthin: die Herzogin von Orleans nach Belgien, die übrigen nach England, da die provisorische Regierung verständigerweise der Flucht allen Vorschub leistete. Eine Zeitlang hegte man Befürchtungen, als könnten die beiden in Afrika befindlichen Söhne Louis Philipps, der Prinz von Joinville, welcher die Flotte, und der Herzog von Aumale, welcher das Landheer — von 100 000 Mann — befehligte, einen Versuch zu Gunsten der Monarchie machen; allein diese Monarchie hatte zu wenig tiefe Wurzeln, und das Heer war unzuverlässig und wie die Bevölkerung und die Beamten ohne Treue; die Prinzen legten ihr Kommando nieder, welches im Namen der Republik General Cavaignac übernahm. Es war, als wäre diese Dynastie nie dagewesen: Pairs und Abgeordnete, Generale und Präfekten, Gerichtshöfe und Verwaltungs-

beamte wetteiferten, die neue Regierung anzuerkennen, was in der That auch das einzige Mittel war, um wenigstens aus dem Chaos herauszukommen.

Einen Augenblick konnte der Gedanke auftauchen, sich der gärenden Kräfte, die man nur für die nächsten Stunden beschwichtigt hatte, dadurch zu entledigen, daß man ihnen einen Ausweg nach der Grenze brach — der Schwierigkeiten der inneren Lage durch einen Krieg Herr zu werden. Indes dieser frivole Gedanke wurde, wie man zur Ehre der leitenden Männer sagen muß, nicht ernstlich verfolgt: er hätte doch nur neue unberechenbare Gefahren heraufbeschworen, und er widerstrebte dem edlen Enthusiasmus wie dem richtigen politischen Blick Lamartines. Ein beredtes überschwengliches Manifest, von Lamartine verfaßt und von der Regierung genehmigt, erschien, in welchem der Mann, welcher in diesem Augenblicke die Politik Frankreichs und die Geschicke der Welt in der Hand hatte, zwar die den Franzosen so verhaßten Verträge von 1815 nur als Thatsachen gelten ließ, die in den Augen der Republik keinen rechtlichen Charakter mehr besäßen, doch aber die bestehenden Territorialverhältnisse anerkannte; eine Einmischung in die Angelegenheiten der Schweiz oder Italiens aber werde die Republik als einen Kriegsfall ansehen.

Die Regierung mußte also zusehen, wie sie ohne das Radikalmittel eines europäischen Krieges mit den Massen fertig würde, welche die Revolution ihrer Fürsorge anvertraut hatte, indem sie dieselben wie eine unnatürliche Mutter ihr Kind auf der Straße aussetzte. Ein Teil fand Unterkunft in der Polizei, welche man für Paris gleich in den ersten Tagen notdürftig organisiert hatte. Zum Teil aus sehr polizeiwidrigen Elementen brachte sie der neue Polizeipräfekt Caussidière zusammen: trotzdem erwiesen sich diese Montagnards oder Garde republicaine besser als ihr Ruf und ihr Aussehen. Außerdem wurde aus den kräftigsten der jungen Handwerker und Arbeiter eine Mobilgarde gebildet, die sich bei der Anstelligkeit der Franzosen und dem energischen Corpsgeist, den man ihr einzuhauchen wußte, bald als eine überaus nützliche und zuverlässige Truppe erwies, und die so aushalf, bis die in ihrer ganzen Haltung schwer erschütterten Linientruppen, die zweimal in zwei Jahrzehnten mit Schimpf erlegen waren, wieder verwendbar wurden.

Indes mit Polizeiorganisationen allein war die aus ihren Fugen gegangene Gesellschaft nicht wieder einzurichten, die aus Rand und Band gekommene, fortwährend von unklaren Ideen bewegte, von ebenso unklaren, zum Teil böswilligen Demagogen aufgestachelte Menge nicht im Zaume zu halten. Man bedurfte vor allem Geld, und die Julimonarchie hatte eine üble Finanzlage hinterlassen. Diese Lage wurde

natürlich durch die Revolution, auf die niemand vorbereitet war, niemand sich eingerichtet hatte, hundertfach verschlimmert: indem sie die gewaltsamsten Elemente auf die Oberfläche trieb, machte sie das Gefühl der Sicherheit verschwinden, zerrüttete dadurch alle friedliche Thätigkeit und zerstörte damit die Grundlagen der Existenz von Millionen. Man war genötigt, immer ein Übel mit dem andern zu heilen, das Loch mit der Lücke zuzustopfen: und so war denn das erste Geschenk, welches die neue Freiheit dem Lande zu bieten hatte, ein Zuschlag von 45% auf die direkten Steuern, mit welchem Garnier-Pagès, der den Mut hatte, das Finanzministerium zu übernehmen, den dringendsten Forderungen zu begegnen dachte. Aber was sollte mit den Tausenden und aber Tausenden geschehen, welchen die Katastrophe die Möglichkeit der Arbeit genommen — den Fabrikarbeitern, deren Arbeitgeber ihre Geschäfte schließen mußten, den entlassenen Handlungsdienern, den Künstlern, Lehrern, Handwerkern, deren Dienste niemand begehrte, weil jedermann sich in dieser nächsten Zeit auf das unumgänglich Notwendige beschränkte? Man hatte das Recht auf Arbeit proklamiert, und man mußte nun Wort halten. So ward der Minister der öffentlichen Arbeiten zur Errichtung von Nationalwerkstätten ermächtigt, zu denen sich nun binnen kurzem 80- bis 100000 Menschen drängten. Man beschäftigte diese Leute, unter welchen viele waren, die sonst eine bessere Lebensstellung eingenommen hatten, mit nutzlosen und sinnlosen Erdarbeiten, weil man keine anderen hatte. Sie verdienten ihren Wochenlohn, indem sie den Boden heute aufgruben und morgen wieder zuschütteten: eine Arbeit, welcher das Beste, der Adel der Arbeit, das Bewußtsein, welches selbst die niedrigsten Dienste veredelt, etwas Gutes zweckmäßig zu schaffen, fehlte, und welche mit einer Art von Notwendigkeit auch diejenigen zu Faulenzern machte, die es nicht schon vorher waren. Eine andere Art geschäftigen Müßiggangs, noch gefährlicher als jener erste, ging daneben her. Unter dem Vorsitz Louis Blancs, dem seine thörichte Abhandlung über die Organisation der Arbeit eine große Popularität verschafft hatte, tagte im Luxembourg, dem Sitzungssaale der ehemaligen Pairskammer, ein Arbeiterparlament, in welchem man sich mit unablässigem Ausdreschen von dem, was von allem Anfang an nichts als Spreu gewesen, mit socialistischen Phrasen, unterhielt. Die Überlegenheit der Bildung, meinte man hier unter anderem, dürfe sowenig ein Recht begründen, als die Überlegenheit der Muskelkraft: mit Louis Blanc, der wenigstens ein Mann von Geist und Kenntnissen war, wetteiferte in so gefährlichem Treiben der Minister des Innern, Ledru-Rollin, ein Mann höchst mittelmäßigen Geistes, der seinen ganzen Apparat von Regierungskunst mit Erinnerungen aus der ersten französischen Revolution, welche dem ganzen Volke so

teuer zu stehen gekommen sind, bestritt. Er überschwemmte das Land mit Civilkommissaren, deren Aufgabe sein sollte, in den Departements die republikanischen Gefühle zu beleben, und welche zu diesem Zweck unbeschränkte Vollmacht hatten, die bewaffnete Macht aufzubieten und deren Kommandanten sowie jeden sonstigen Beamten abzusetzen, wo dies notwendig erscheine. Man glaubte für die bevorstehenden Wahlen zur konstituierenden Versammlung dieser republikanischen Gefühle zu bedürfen, die gleichzeitig auch der Unterrichtsminister Carnot in einem Rundschreiben bestürmte, in welchem er seinen Beamten empfahl, vor allem den Bauern den Irrtum zu benehmen, als müsse ein Volksvertreter notwendig Erziehung und Reichtum haben. Daß diese beiden wie die übrigen Minister nicht träge waren, ihren Leuten die Stellen, über welche sie verfügten, zu verschaffen, versteht sich; das Sollizitantenwesen, die Stellenjägerei, das Haschen nach einem Stück der öffentlichen Macht blieb sich unter dieser wie unter jeder voraufgehenden oder nachfolgenden Regierung Frankreichs gleich.

Noch ehe die Wahlen zu der Versammlung, welche über die künftige Verfassung Frankreichs souverän entscheiden sollte, angeordnet werden konnten, mußte die Regierung ihre kümmerliche Existenz wiederholt den in Paris herrschenden Klubs und ihren wilden Scharen abringen. In diesen Klubs und ebenso in den zahllosen Blättern, welche jeden Tag der heiße Boden hervortrieb, und welche, ebenso rasch zertreten und von neuen verdrängt, die ganze Atmosphäre mit faulen und giftigen Dünsten erfüllten, fand jeder wilde Gedanke den zügellosesten Ausdruck; jede Maßregel der Regierung, jedes vom Zufall geborene Gerücht führte eine Manifestation auf der Straße herbei. Als am 14. März die Regierung die seitherigen Unterschiede in der Uniform der Nationalgarde aufhob — denn unter dem Regiment der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durfte eine so aristokratische Institution wie die Bärenmützen der Grenadier- und Voltigeurkompanieen nicht mehr bestehen —, da rief diese Verfügung eine Deputation dieser letzteren zu Gunsten ihres bedrohten Kopfschmuckes hervor, welche dann den revolutionären Klubs unter Führern wie Blanqui, Barbès, Raspail, Cabet, Sobrier u. a. den Anlaß zu einer viel ernsthafteren Gegendemonstration gab. Diesmal, am 16. März, wurde man durch gute Worte ihrer noch Herr. Sie erneuerten aber ihren Versuch, mittelst einer Massendemonstration selber sich des Ruders zu bemächtigen, einen Monat später, als der Zeitpunkt der Wahlen näher rückte. Denn daß diese Wahlen ihnen nicht sehr günstig ausfallen, daß sie vielleicht eine in ihrer Mehrheit monarchisch-gesinnte Nationalversammlung schaffen würden, verhehlten diese Demagogen sich nicht; aber sich,

ihren oft ausgesprochenen Worten gemäß, dem Nationalwillen alsdann zu beugen, fiel ihnen nicht ein; die Republik, so lautete jetzt ihre Parole, stehe über allem, selbst über dem allgemeinen Stimmrecht. Sie machten also für diese Verfassungsform ebenso eine Art von göttlichem Rechte geltend, wie die Anhänger der Legitimität für die ihrige. Dabei zählten sie auf Mitglieder der Regierung selbst, wie Ledru-Rollin. Allein sie trafen die Regierung vorbereitet, als sie am 1. April mit roten Fahnen und Jakobinermützen vom Marsfelde her in ungezählter Masse nach dem Stadthause rückten. Sie fanden dasselbe mit Mobilgarde und Nationalgarde besetzt, und ihre Führer baten nun, bei der Regierung vorgelassen zu werden, um statt der drohenden Forderungen, wie sie beabsichtigt hatten, eine patriotische Gabe, einiges Geld, das sie auf dem Marsfelde gesammelt, dort niederlegen zu dürfen. So hatte diesmal die Regierung gesiegt, und sie machte den besitzenden Klassen weiter Mut, indem sie am 20. April eine große Heerschau über die Nationalgarde und einige Linienregimenter, die man bei dieser guten Gelegenheit wieder in die Stadt gezogen hatte, abhielt und die Nationalgarden den neuen Fahnen, die sie aus den Händen des damaligen Kriegsministers Arago erhielten, Treue schwören ließ.

Am 27. April fanden in ganz Frankreich die Wahlen für die Nationalversammlung statt. Die Verordnung der provisorischen Regierung hatte bestimmt, daß auf je 40 000 Seelen ein Abgeordneter komme, was für ganz Frankreich, einschließlich der 11 Abgeordneten, welche den Kolonieen zugestanden wurden, die sehr große, schwer zu lenkende Zahl von 900 Deputierten gab; wahlberechtigt war jeder Franzose über 21, wählbar jeder über 25 Jahre. Durch den Telegraphen hatten am Morgen jenes 25. Februar die 35 Millionen Franzosen außerhalb Paris erfahren, daß sie unter einer neuen Regierungsform lebten: jetzt erst konnte sich zeigen, welche Stellung die Provinzen zu der von der Hauptstadt ihnen aufgezwungenen Entscheidung einnahmen. Das Ergebnis war ein vollständiger Sieg der Ordnungspartei. Selbst in Paris, wo sie die Nationalwerkstätten, das Arbeiterparlament im Luxembourg und eine revolutionäre Centralregierung, den „Klub der Klubs" zur Verfügung hatten, waren die Socialisten unterlegen. Lamartine, welchem man die Aufrechthaltung der Ordnung in diesen letzten zwei Monaten vorzugsweise verdankte, war in nicht weniger als zehn Wahlbezirken gewählt worden und hatte dabei nicht weniger als zwei Millionen Stimmen auf seine Person vereinigt.

Am 4. Mai wurde die Versammlung eröffnet. Eine der mancherlei Abgeschmacktheiten, welche die provisorische Regierung sich hatte zu Schulden kommen lassen, war die, daß sie den Abgeordneten vorschrieb,

in der Tracht wie einst die Mitglieder des Nationalkonvents von 1793 zu erscheinen. Die Versammlung gab durch Zuruf der provisorischen Regierung, welche ihre usurpierten Vollmachten in die Hände des „versammelten Frankreichs" niederlegte, ihre Anerkennung kund, nahm sofort und gleichfalls durch Zuruf eine Erklärung an, in welcher die Republik mit ihrem Wahlspruch der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als dauernde und bleibende Staatsform Frankreichs ausgesprochen war und zugleich die Franzosen aller Parteimeinungen beschworen wurden, ihre alten Zerwürfnisse zu vergessen und nur noch eine Familie zu bilden. Ebenso bedeutungslos war, daß einem andern Antrage, sofort in der Säulenhalle vor dem Palais Bourbon im Angesicht des auf dem gegenüberliegenden Seineufer auf dem Konkordienplatze versammelten Volkes die Republik auszurufen, alsbald Folge gegeben wurde.

Nach einigen Tagen, welche den gewöhnlichen parlamentarischen Anfangsgeschäften gewidmet waren, legte die provisorische Regierung der Versammlung Rechenschaft ab: zuerst Lamartine, dann die übrigen Minister, einer nach dem andern. Der nationale Dichter, dessen hervorragende Verdienste nachher in einer Zeit, welche alles verächtlich behandelte, was nach Idealen aussah, ungerecht in den Schatten gestellt worden sind, rühmte, daß diese schweren zwei Monate ohne Gefährdung des Eigentums, ohne Verhaftungen, ohne Blutvergießen überstanden worden seien. „Wir können unsere Diktatur niederlegen", sagte er, „und uns in das Volksgedränge des Marktes mischen, ohne daß jemand uns fragen dürfte, was habt ihr mit diesem oder jenem Bürger gemacht"; und mit noch größerem Rechte vielleicht konnte er als Minister des Auswärtigen sich rühmen, daß der Krieg vermieden worden war. Jeder der Minister entwarf ein möglichst günstiges Gemälde von seinem Departement; selbst der Finanzminister Garnier-Pagès fand den Mut, für das Ende des Jahres einen Überschuß von 46 Millionen in Aussicht zu stellen. Allein ihre ernstesten Proben hatte die neue Ordnung der Dinge erst noch zu leisten. Bis jetzt hatte man von derselben keine Früchte gesehen, als einige Freiheitsbäume und prahlerische Inschriften, und man wäre in großer Verlegenheit gewesen zu sagen, welche „Idee" eigentlich dieser Revolution zu Grunde gelegen habe. Die Aufgabe der Männer, welche der Zufall eines verworrenen Tages an die Spitze gestellt hatte, war bis dahin eine zwar nicht eben leichte, aber doch eine vergleichungsweise einfache gewesen. Es hatte ihnen obgelegen, die Kräfte der Ordnung gegen die drohende Anarchie zu waffnen und zusammenzuhalten; alle schwierigen Fragen, die große Frage der definitiven Organisation des neuen Frankreichs, das doch in allem wesentlichen ganz das alte geblieben war, konnten sie zurück-

schieben, vertagen, der Versammlung vorbehalten: diese ihrerseits aber war souverän, sie mußte handeln.

Zunächst lag ihr ob, eine neue Regierung zu bestellen. Man wünschte Lamartine als vorläufigen Präsidenten an die Spitze zu bringen: er lehnte ab, in richtiger Voraussicht, daß bald Ereignisse eintreten könnten, wo ein Meister des Wortes, wie er war, nicht ausreichen dürfte. Man entschied sich demnach für eine Art von Direktorium, eine Vollziehungskommission von fünf Mitgliedern, in welche am 10. Mai Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin gewählt wurden. Die Kommission ernannte dann die Minister, unter denen Cremieux (Justiz) — der in der Verwirrung des 24. Februar auch seine Rolle gespielt und sich, weil er bei der Abfahrt des Königs zugegen gewesen, rühmte, daß er das „Königtum in den Reisewagen gepackt habe" —, Cavaignac (Krieg) und Carnot (Unterricht) zu nennen sind. Die Lage beherrschten zunächst in Regierung wie Versammlung die gemäßigten Republikaner und diejenigen früher dynastisch Gesinnten, denen es jetzt paßte, republikanisch zu erscheinen, wie Odilon Barrot u. a. Man war bemüht, wieder mit dem Bestehenden Fühlung zu bekommen, der ideologischen Träumereien und Reminiszenzen aus der ersten Revolution — wie der Anrede: Bürger („Citoyen") statt: Mein Herr („Monsieur") und ähnlicher — sich zu entledigen; das Fortschrittsministerium, welches der wie immer unpraktische Louis Blanc beantragte, wurde abgelehnt.

Mit diesem Gange der Dinge war die socialistische Partei, Führer und Gefolge, keineswegs einverstanden. Sie sahen, daß die Kräfte der Ordnung sich zusammennahmen, daß wieder wirklich regiert wurde, und dies paßte ihnen wenig. An Anlässen und Vorwänden zu einem Attentat gegen die Nationalversammlung und ihre neue Exekutive konnte es ihnen nicht fehlen. Sie wählten den scheinbar entlegensten von allen, das was sie die polnische Frage nannten. Unter allen Völkern Europas sind die Franzosen dasjenige, welches am wenigsten geeignet ist, in anderer Völker Denkweise und Eigenart einzugehen, wie sie denn unter allen die schlechtesten Kolonisten sind; dagegen aber gehörte es seit lange zu dem Apparat revolutionärer Schlagwörter, von einer kosmopolitischen Mission Frankreichs zu sprechen, welches berufen sei, allen Völkern die Freiheit zu bringen und sich gelegentlich insbesondere für Polen zu erhitzen, ein Land, das weit genug entfernt war, um eine ernstliche Einmischung unmöglich zu machen, und dessen Bevölkerung in Oberflächlichkeit, ritterlicher Bravour, Leidenschaftlichkeit und Scheu vor ernster politischer Arbeit den Franzosen verwandt ist. Die provisorische Regierung hatte den polnischen Flüchtlingen, welche mit der Februarrevolution die Stunde der Wieder-

herstellung ihres Landes gekommen glaubten, nichts gegeben als gute Worte und vielleicht etwas Geld; der Aufstand in Posen, dessen oben gedacht worden, war mißglückt, und nun strömten die dort Beteiligten, aufs neue flüchtig, zurück auf den wohlbekannten Boden, zu dessen revolutionären Klubs sie gewohnt waren ein ansehnliches Kontingent zu stellen. Am 10. Mai überreichte ein Mitglied der Nationalversammlung eine Adresse im Namen einer Anzahl Polen, in welcher Frankreich aufgefordert ward, gegenüber „der Schwester, welche unter dem Dolche des Mörders verblute", seine heilige Sendung zu erfüllen; der Abgeordnete, selbst von polnischer Herkunft, Wolochowski, fügte den Antrag hinzu, daß die Nationalversammlung sich bei dem Frankfurter Parlament für die Polen verwenden solle.

Am 15. Mai, wo die Verhandlung über diesen Antrag beginnen sollte, gegen Mittag setzte sich die Mannschaft der Klubs, die sich auf dem Bastilleplatz gesammelt und organisiert hatte, und die allmählich bis auf 100 000 Menschen angeschwollen war, in Bewegung. Der General, welcher die Truppen auf der Place de la Concorde befehligte, leistete pflichtwidrigerweise keinerlei Widerstand. Auch das Bataillon Mobilgarde, welches den Zugang zum Innern des bald erreichten Kammerlokals verteidigen sollte, ward rasch durchbrochen, und so war plötzlich der Sitzungssaal wieder von einer revolutionären Invasion überschwemmt, ähnlich der am 24. Februar. Zunächst erzwang man von dem Präsidenten Buchez die Vorlesung der mitgebrachten Adresse zu Gunsten Polens. Allein nachdem dies geschehen, kamen erst die weiteren Forderungen. Das Volk, einmal im Besitz des Lokals, machte keine Miene, dasselbe wieder zu räumen. Der eine der Führer, Blanqui, erklärte, es sei nötig, dem Volke sofort Brot zu verschaffen, die stockende Arbeit wieder in Gang zu bringen, wozu freilich dies ein seltsames Mittel war, die ersten und wichtigsten Arbeiten, die der konstituierenden Versammlung, ins Stocken zu bringen; ein anderer, Barbès, selbst Abgeordneter, forderte die Versammlung auf, zu erklären, daß das Volk am heutigen Tage sich um das Vaterland wohlverdient gemacht habe, was dann weiter keine Schwierigkeit hatte. Nachdem der Tumult in dem überfüllten Saale eine Zeitlang fortgetobt, faßte er die Sache praktischer und beantragte die Dekretierung einer Steuer von einer Milliarde auf die Reichen zum Zwecke des Krieges für Polen: und nach ein paar ferneren Stunden, in denen die Orgien der Anarchie weiterspielten, überschrie ein anderer, Huber, den Lärm mit der Erklärung, daß im Namen des von seinen eigenen Vertretern betrogenen Volkes die Nationalversammlung aufgelöst sei. Der Präsident und die Mehrzahl der Deputierten räumten den Kampfplatz, auf welchem nun die neue Revolution sich daran gab, den

24. Februar weiterzuparodieren und eine provisorische Regierung zu bestellen. In diesem Geschäft wurde sie unterbrochen durch die Nachricht von dem Anmarsche von Truppen, welche unterdessen vom Präsidenten der Nationalversammlung aufgeboten worden waren. Deren Ankunft warteten die Aufrührer nicht ab: sie zogen nach dem Hôtel de Ville, dessen sich sich, da es nur schwach besetzt war, ohne Widerstand bemächtigten. Dort konstituierten sie ihre neue Regierung: Barbès, Blanqui, Albert, Louis Blanc, Proudhon, Cabet, alle die Häupter des socialistischen Irrenhauses, oder beschäftigten sich mit Abfassung einer Kriegserklärung gegen die „nordischen Mächte", im Falle diese nicht sofort sich zur Herstellung Polens bequemen sollten.

Dies gab der Regierung Zeit, eine ausreichende Zahl Mobil- und Nationalgarden zusammenzubringen. Es war auch diesmal — so völlig desorganisiert und so arm an Männern war dieses Volk der Heldenphrase — der eine Lamartine, welcher rasch zu handeln wußte. Ihm gesellte sich Ledru-Rollin zu, der ein leerer und dürftiger, aber wenigstens kein verrückter Mensch war: und als die beiden an der Spitze ihrer Mobil- und Nationalgarden, ermutigt durch den Zuruf der Bourgeoisie, welche die nächsten Straßen erfüllte, vor dem Stadthausplatze ankamen, fanden sie keine Gegenwehr. Die Häupter des Aufruhrs selbst, vielleicht froh, ihren Unsinn nicht weitertreiben zu müssen, ließen sich ohne Widerstand gefangen nehmen. Die Ordnung ward nun auch an allen übrigen Punkten hergestellt und am 21. Mai ein Eintrachtsfest gefeiert, bei welchem hinter einer Bildsäule der Freiheit her, die von Ochsen mit vergoldeten Hörnern gezogen wurde, ein endloser Zug bewaffneten und unbewaffneten Volkes an den beklagenswerten Ehrengästen zwölf lange Stunden vorüberzog.

Mittlerweile begann eine seither wenig beachtete Persönlichkeit sich in den Vordergrund des öffentlichen Interesses zu drängen. In den ersten Tagen nach der Februarrevolution war auch der Held der Abenteuer von Straßburg und Boulogne, Louis Napoleon Bonaparte, in Paris erschienen, auf einen Wink der provisorischen Regierung jedoch wieder nach London zurückgekehrt. Es war ein Ereignis, daß eben dieser Mann, der sich für den legitimen Erben des Napoleonischen Gedankens ansah, den er in eigenen Schriften sich selbst und dem veränderten Frankreich mundgerecht gemacht hatte, nunmehr in vier Wahlbezirken zum Deputierten gewählt wurde: darunter in Paris selbst, wo auch sonst das neue politische Phänomen, der Bonapartismus, geräuschvoll sich vernehmlich machte. Demgegenüber beantragte die Vollziehungskommission, die gegen die Familie Bonaparte, von der bereits zwei Mitglieder, Peter und Jérôme Napoleon, in der Versammlung saßen, im Jahre 1816 und 1832 erlassenen Verbannungs-

gesetze gegen den einen, Ludwig Bonaparte, aufrecht zu erhalten. Am 13. Juni aber sprach sich die Versammlung für die Gültigkeit der Wahl aus, weil es der Republik unwürdig sei, sich vor Prätendenten zu fürchten, und weil, wie Louis Blanc versicherte, der es ja wissen mußte, da er in fünf Bänden die Geschichte Frankreichs von 1830 bis 1840 geschrieben, die Wiederaufstellung eines Thrones in Frankreich unmöglich sei.

Dieser Beschluß rief eine vorübergehende Spannung zwischen der Versammlung und der Vollziehungskommission hervor. Übrigens hatte Louis Napoleon selber die Klugheit, einzusehen, daß seine Zeit noch nicht gekommen, daß vorläufig genug erreicht sei, wenn man nur wieder von ihm sprach; in einem Schreiben an den Präsidenten der Nationalversammlung erklärte er, daß er vorläufig auf die Rückkehr nach Frankreich verzichte, damit sein Name nicht Vorwand zu Ruhestörungen gebe: „Bald wird, wie ich hoffe, die Ruhe zurückkehren und mir erlauben, als der einfachste der Bürger nach Frankreich zurückzukommen, wo ich stets der Ruhe und dem Glücke meines Vaterlandes mich ganz widmen werde."

Ob er voraussah, daß die Angelegenheit der Nationalwerkstätten demnächst zu einer großen Explosion führen werde, deren Verlauf und nächste Folgen ein kluger Mann erst abwartete? Die Aufhebung dieser Anstalten zeigte sich mit jedem Tage mehr als eine Notwendigkeit. Im Anfang des Juni belief sich die Zahl derer, welche den verhältnismäßig hohen Lohn von 2 Frank für sehr mäßige Tagesarbeit in diesen Anstalten bezogen, bereits auf 117000. Während die Privatindustrie die erwerbende Thätigkeit auf allen Gebieten energisch wieder begonnen hatte, wurden ihr durch diese Anstalten die Kräfte wie geflissentlich entzogen: schlimmer noch war, daß hier ein schlagfertiges Revolutionsheer kaserniert und organisiert wurde, das sich täglich verstärkte. Und diese Streitkräfte waren sich ihrer Macht bewußt: gleich die ersten Anzeichen, daß die Regierung sich mit dem Gedanken der Auflösung dieser Werkstätten des Müßiggangs beschäftige, machte böses Blut. Als dann am 20. Juni der Minister für öffentliche Arbeiten abermals einen Kredit von drei Millionen begehrte, um sie in den Abgrund dieser Ateliers zu schütten, da ließ die Haltung der Versammlung keinen Zweifel darüber, daß ihre letzte Stunde bald schlagen würde. Sie warteten dieselbe nicht ab; der Aufruhr begann auf eine Ankündigung im Moniteur, nach welcher zunächst die dienstfähigen Arbeiter in den Nationalwerkstätten für das Heer angeworben werden sollten. Am 22. abends versammelten sich ihre Scharen auf dem Pantheonplatz, wo nach tumultuarischen Verhandlungen beschlossen

wurde, daß man sich am folgenden Morgen mit den Waffen in der Hand wieder zusammenfinden wolle.

Die Exekutivkommission war gerüstet; ein blindes Auge hätte diesen Kampf voraussehen müssen. Sie hatte sich einen Mann von ehrlicher republikanischer Gesinnung und von energischem Charakter, den General Eugen Cavaignac, aus Algier verschrieben und demselben zugleich mit dem Kriegsministerium den Befehl über die bewaffnete Macht in Paris übertragen. Diese letztere bestand aus 25 000 Mann Linientruppen, aus der ganz zuverlässigen Mobilgarde und der Polizeimannschaft, welche sich gleichfalls auf 20 000 Mann belief, außerdem der Nationalgarde: und ein genauer Plan für den längst als möglich erkannten Fall einer neuen Straßenschlacht war ausgearbeitet, bei welchem die Republik aus den Fehlern, durch welche zweimal die Monarchie unterlegen war, ihren Nutzen gezogen hatte.

Gleichwohl ward ihr der Sieg in dem nun entbrennenden Kampfe schwer genug gemacht. Die Arbeiter hatten, wie erwähnt, in den Nationalwerkstätten selbst eine Art von Organisation erhalten, zu welcher schon ihre große Menge nötigte. Am Morgen des 23. fanden sich ihre Massen nach und nach auf dem verabredeten Platze ein. Sie waren diesmal unter sich, kein politisch irgendwie bedeutender Mann führte sie; die Männer, welche wie Louis Blanc ihnen früher als den „Repräsentanten derer, die da arbeiten und die da leiden" gehuldigt hatten, waren verschwunden. Mehr und mehr anschwellend zogen die Scharen nach der Seine hinab, über die Brücken nach den Boulevards, wo, nachdem sie bei der Porte St.-Denis und St.-Martin angelangt waren, ihr Führer Pujol den Befehl gab, mit dem Barrikadenbau zu beginnen. Es geschah, und man störte sie nicht; es schien, als ob die Regierung selbst den Aufstand diesmal zu einer gewissen Entfaltung kommen lassen wolle, um desto gründlicher mit ihm abzurechnen. Cavaignac hielt seine Truppen in der Nähe des Palastes der Nationalversammlung, indem er seinen Untergeneralen Bedeau, Lamoricière, Damesme ihre besonderen Posten, dem ersten das Stadthaus und Umgebung, dem zweiten den Raum zwischen Stadthaus und Tuilerien, dem dritten das linke Ufer mit dem Luxembourg anwies. Gegen Mittag begann der Kampf an der Barrikade der Porte St.-Denis. Von Fraternisieren des Militärs mit dem Volke war diesmal keine Rede, die Soldaten, Bauernsöhne zumeist und in ihrer Standesehre beleidigt, schlugen sich mit ausdauerndem Hasse, und jeder Versöhnungsversuch, den einzelne Wohlmeinende, wie Arago oder Lamartine, machten, wurde von den Aufrührern mit wildem Geschrei erwidert: doch brach die Nacht herein, ohne daß etwas Entscheidendes geschehen wäre.

Früh am folgenden Tage, 24. Juni, begann der Kampf aufs neue. Die Insurgenten hatten ihr Hauptquartier auf dem Pantheonplatze; sie hielten die Vorstädte du Temple, St.-Jacques und die von St.-Antoine, also den Osten der Stadt besetzt, und das nächste Ziel ihrer Angriffe war das Stadthaus. Gegen neun Uhr gelangte die Nachricht, daß dieses ernstlich bedroht sei, zu der Nationalversammlung, welche sich für permanent erklärt hatte. Die Sache wurde ernsthaft, und ein Beschluß ward gefaßt, an welchen weder Karl X. noch Louis Philipp in diesem Umfange hätte denken dürfen, nach welchem Paris in Belagerungszustand erklärt und die gesamte vollziehende Gewalt an den General Cavaignac übertragen wurde. Überall ward diese Nachricht mit Freuden begrüßt; so weit war man bereits unter dem neuen Regiment der Freiheit, daß man erst wieder aufatmete, als man die Diktatur in den Händen eines Soldaten wußte, der denn auch nicht zauderte, einen energischen Gebrauch von derselben zu machen. Am Abend war die dominierende Stellung des Pantheon genommen, beinahe das ganze linke Seineufer im Besitze der Truppen, das Stadthaus nicht mehr bedroht; die Nationalgarden standen jetzt, nachdem sie sich anfangs säumig gezeigt, gleichfalls bereit und wurden durch Zuzüge aus der Umgegend verstärkt; und selbst wenn wider Vermuten der Aufstand dennoch den Sieg errungen hätte, so waren Lamartine und Cavaignac entschlossen, den Sitz der Gewalt nach einer Provinzialstadt zu verlegen. Denn hier galt es die Existenz des Staates und der Gesellschaft, und noch war die Gefahr nicht völlig vorüber.

Versuche, noch jetzt eine Versöhnung anzubahnen, fruchteten nichts. Von der einen wie von der andern Seite war die Erbitterung zu einer Wut gestiegen, welche Verhandlungen unmöglich machte. So wurde der 25. noch blutiger als der vorangegangene Tag. Bereits am 24. war der Offizier, der auf dem linken Seineufer befehligte, General Damesme, tödlich verwundet worden; sein Nachfolger, General Brea, beging die Unklugheit, sich mit den Aufständischen am Thore nach Fontainebleau zu in Unterhandlungen einzulassen und sich in ihre Mitte zu begeben. Er war in der Höhle des Löwen: man hielt ihn und seine Begleiter fest; in ihrem Gewahrsam wurden sie von einer einbrechenden Rotte ermordet. Auch im Centrum hatte der Befehl schon nicht weniger als viermal gewechselt. General Bedeau ward verwundet, sein Nachfolger Duvivier zum Tode getroffen, einige Stunden später dessen Nachfolger Negrier erschossen, und während man hier den neuen Führer erwartete und zögerte, vom Platz der Bastille aus den Sturm auf die Vorstadt St.-Antoine zu beginnen, fiel ein neues erlauchtes Opfer, der Erzbischof von Paris, Affre, welcher, seinem Friedensamte getreu, einen Versöhnungsversuch machen wollte. Als man ihm das

Gefährliche eines solchen Versuchs vorstellte, antwortete er mit den Worten der Schrift: „Ein guter Hirte giebt sein Leben für seine Schafe"; mit einigen seiner Geistlichen erschien er, lebhaft begrüßt, vor der gewaltigen Barrikade am Eingange der Vorstadt. Während der Unterhandlungen aber, die er mit den Aufständischen pflog, entbrannte durch irgend einen Zufall — ein mißverstandenes Trommelsignal — der Kampf aufs neue: ein Schuß von hinten, ohne Zweifel aus dem Gewehr eines Soldaten, streckte den Erzbischof nieder. Die Insurgenten trugen ihn aus dem Feuer und pflegten ihn mit Sorgfalt und unter allen Zeichen der Verehrung; am 27. starb er in seiner Wohnung mit den Worten: möchte mein Blut das letzte sein, das vergossen wird. An Negriers Stelle rückte General Perret; die Insurgenten suchten hier Unterhandlungen anzuknüpfen und schickten spät in der Nacht eine Abordnung an Cavaignac. Es war zu spät: von General Lamoricière war die Meldung eingelaufen, daß auch die Vorstadt du Temple genommen sei — nach heftigem Kampfe, bei dem Häuser durchbrochen und in Brand gesteckt worden waren: Cavaignac verlangte die unbedingte Unterwerfung und gab zu dem Zweck eine Frist bis zum andern Morgen 10 Uhr.

Allein hier standen sich auf dem Boden desselben Landes zwei feindliche Gesellschaftsordnungen, zwei feindliche Staaten gegenüber: die Unterwerfung erfolgte nicht, und um 10 Uhr am 26. begann nun die Beschießung des letzten Bollwerkes der Aufständischen, der Vorstadt St.-Antoine. Gegen Mittag ergab sie sich, während in einzelnen Straßen noch den ganzen Nachmittag hindurch gekämpft wurde. Der Aufstand war besiegt. Die Zahl der Opfer ist nicht genau festzustellen; man mag sie auf ungefähr 5000 schätzen: in jedem Falle war es der blutigste Kampf, der bis dahin in den an Blut und Mord gewöhnten Straßen von Paris gekämpft worden war. Auf seiten der Truppen waren sieben Generale gefallen, fünf verwundet. Eine Menge der Insurgenten war während des Kampfes und in den folgenden Tagen gefangen worden. Man brachte sie einstweilen in den Kasematten der Festungswerke unter; in der Nationalversammlung wurde der Antrag gestellt, sie — es waren gegen 15 000 — in Masse nach einer der überseeischen Kolonieen Frankreichs zu deportieren. Es war der menschlichste Vorschlag und entzog sie wenigstens der Rache der Nationalgarde, welche in ihnen die schlimmsten aller Feinde sah, und welche durch die greulichen Dinge, die an den von den Insurgenten gemachten Gefangenen geschehen waren, in einer Aufregung war, die keinerlei Gnade gegen die in der Gewalt der Autorität befindlichen Aufrührer gestattete.

Am 28. Juni gab Cavaignac der Nationalversammlung seine Voll-

machten zurück. Er empfing ihren Dank für die dem Lande geleisteten Dienste und ward sofort zum Chef der Vollziehungsgewalt ernannt. Noch konnte man die feste Hand nicht entbehren, welche den Aufruhr gebändigt hatte, und wenn man ernstlich die Republik wollte, so konnte man sie in dieser Krisis keinem Besseren vertrauen. Cavaignac bildete sein Ministerium aus seinen politischen Freunden von der Farbe des „National“, zunächst aber mußte mit aller Kraft die Ordnung gesichert werden, ehe wieder von Freiheit die Rede sein konnte. Die Nationalwerkstätten, wie sich von selbst versteht, wurden aufgehoben, und ihre Urheber, wie Louis Blanc, fanden für gut, ihre Person in Sicherheit zu bringen. Die Polizei ward mit Strenge gehandhabt, einige Legionen der Nationalgarde, welche sich während des Kampfes zweideutig gezeigt hatten, wurden aufgelöst, der Belagerungszustand in Paris auf unbestimmte Zeit verlängert, die Presse in strenge Aufsicht genommen und die Kautionspflicht für Zeitungen hergestellt: weit minder harte Maßregeln waren es gewesen, welche Karl X. und Ludwig Philipp den Thron gekostet hatten. Allein man konnte nicht anders; man mußte diese feindlichen Kräfte, welche sich nicht mehr innerhalb des bestehenden Staates mit den übrigen vertragen, sondern auf dessen Trümmern ein ganz neues Gemeinwesen errichten wollten, um jeden Preis niederhalten, und bald zeigte sich, daß Frankreich, um dessen sicher zu sein, sich mehr noch gefallen zu lassen bereit war, als eine Militärdiktatur von einigen Wochen oder Monaten.

Die schwache Begeisterung, welche diese Revolution des Februar anfänglich hervorgerufen, war längst verraucht. Man fand sich einer überaus ernsten Lage gegenüber. Die Träume von Ersparnissen und Überschüssen waren verflogen, man konnte ein Deficit von 3- bis 400 Millionen Frank mit Sicherheit erwarten; die anarchischen Elemente, wenn auch vollständig, waren doch nur für den Augenblick niedergeworfen, und der Wert einer Staatsform, die bis dahin keine ihrer Versprechungen hatte halten können, wurde in den Augen der Bevölkerung höchst zweifelhaft. Und je mehr die unmittelbaren Schrecken der Junitage zurücktraten, desto deutlicher zeigte sich, daß auch Cavaignac nur ein Provisorium, nur ein vorläufiges Auskunftsmittel war. Keine der Neuwahlen der nächsten Monate fiel zu Gunsten der „honetten Republik“ aus, welche er und seine Freunde vertraten.

Unter diesen Neugewählten befand sich auch Ludwig Bonaparte. Diesmal nahm er ohne weiteres an, und am 26. September erschien er zum erstenmale in der Versammlung. Er las eine kurze Rede ab: er werde alle seine Kräfte aufbieten, um der Republik seine Dankbarkeit zu beweisen, die ihm sein Vaterland wiedergegeben. Die Neugier, mit der man dem ersten Auftreten des „Prätendenten“ entgegenge-

sehen, war befriedigt: und es wurde von da an Mode, mit Geringschätzung von der Befähigung eines Mannes zu sprechen, dessen Erscheinung so gar nichts von dem zeigte, was französischen Versammlungen zu imponieren pflegt. Man glaubte mit aller Sicherheit die förmliche Aufhebung der die Bonaparte betreffenden Gesetze aussprechen zu dürfen.

Zunächst war es für die weitere Zukunft dieses unscheinbaren Deputierten, von dem jeder der großen Advokaten und Rhetoren der Versammlung glaubte, daß er ihn sechsmal in die Tasche stecken könne, überaus förderlich, daß die blutige Auseinandersetzung zwischen der Bourgeoisie und dem vierten Stande in der großen Schlacht von Paris erfolgt war, ohne daß er damit irgend etwas zu thun gehabt, ohne daß er genötigt gewesen wäre, für oder gegen die eine oder die andere Partei Farbe zu bekennen. Als ein völlig neuer Mann betrat er die Bühne, gedeckt und empfohlen durch den Namen, den er trug, und an welchen nun, da alle anderen getäuscht hatten oder abgenutzt waren, das Volk seine Hoffnungen hängte. Wie einst Octavianus schwieg er und wartete: und es war nur klug, wenn er auch bei der großen Hauptarbeit der Versammlung, der Feststellung einer definitiven Verfassung für Frankreich, sich möglichst im Hintergrunde hielt.

Zur Vorbereitung dieser Hauptaufgabe, zu deren Erledigung die Versammlung jetzt erst gelangte, war im Mai ein Ausschuß niedergesetzt worden, in welchem die verschiedenen Parteien vertreten waren. Am 4. September begannen die Verhandlungen, und es blieb nicht unbemerkt, daß die parlamentarischen Debatten weder mehr denselben Schwung hatten, noch beim Volke dasselbe Interesse erregten wie früher. Dies war freilich erklärlich: früher waren diese Verhandlungen das hauptsächlichste politische Erregungsmittel gewesen, dem französischen Bourgeois oder Arbeiter notwendig wie sein täglicher Kaffee oder Cognac; jetzt aber war man teils an ganz andere Emotionen gewöhnt als die parlamentarischen, teils war man dieser Emotionen einschließlich der parlamentarischen überhaupt satt, teils endlich war man bereits so weit, die endgültige Gestaltung Frankreichs von anderen Ereignissen als Beschlüssen über Verfassungsparagraphen zu erwarten. Und doch fehlte es nicht an tief einschneidenden Fragen, welche des höchsten Interesses aller denkenden Köpfe und aller patriotischen Herzen wohl wert waren. Da war die Frage in betreff des „Rechtes auf Arbeit“, welches die provisorische Regierung einst so leichthin dekretiert hatte; Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe, die man für politische Verbrechen beseitigt hatte; die Frage verhältnismäßiger oder mit dem Vermögen nicht einfach, sondern progressiv sich steigernder Besteuerung; Ein- oder Zweikammersystem, allgemeines Stimmrecht und direkte Wahl:

die für die nächste Zukunft aber wichtigste Frage war die: auf welche Weise künftig der Präsident der Französischen Republik gewählt werden sollte. Man hatte sich für eine einzige Versammlung entschieden, die hervorgehen sollte aus direkten allgemeinen Wahlen, — eine Versammlung mithin, welche in sich die Souveränität Frankreichs darstellte: es war nur folgerichtig, dieser Versammlung auch die Wahl des Präsidenten der Republik zu überlassen, damit ein Zusammenstoß der legislativen und der exekutiven Gewalt verhütet werde. Mit großer Schärfe zeichnete, als wenn er die Zukunft vorausgesehen, der Deputierte Felix Pyat die Gefahren des anderen Weges: die ungeheure Macht, die ein mit großer Stimmenmehrheit vom Volke unmittelbar gewählter Präsident haben werde — der jeden Augenblick der Nationalversammlung werde sagen können, daß er mehr sei als sie, da jeder von ihnen nur von einem Departement, er aber von ganz Frankreich gewählt sei — der sagen könne: ihr seid je ein Bruchteil des Volks, ich bin das ganze Volk —; er wies darauf hin, daß ein solcher Präsident sich nicht die gänzliche Abhängigkeit von der Versammlung werde gefallen lassen können, die ihm die Verfassung auferlege, während ihm doch ebendieselbe Verfassung und mehr noch die thatsächlichen Verhältnisse, indem sie ihn an die Spitze der gesamten Verwaltung eines so centralisierten Landes wie Frankreich stellen, eine ungeheure Macht verleihen: man muß, sagte Pyat, Gott nicht versuchen und noch weniger einen Menschen. Mit anderen Worten, er sprach dem französischen Volke die Fähigkeit zu einer republikanischen Regierungsform ab, die von dem Volke und jedem seiner Gewählten eine Selbstbeschränkung und Entsagung zu Gunsten des Gesetzes verlangt, welche die Franzosen niemals besessen haben und wohl auch niemals besitzen werden. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Antrag gestellt, von der Wählbarkeit für die Präsidentenstelle alle Mitglieder der Familien, welche irgend einmal über Frankreich geherrscht hätten, auszuschließen, was Louis Napoleon Gelegenheit gab, gegen den Namen und die Rolle eines Prätendenten, welche man ihm zuschreibe, als gegen eine Verleumdung zu protestieren. Der Antrag ward denn auch verworfen, dagegen die Wahl des künftigen Präsidenten unmittelbar durch das Volk beschlossen.

Am 4. November wurde die Verfassung mit 739 gegen 30 Stimmen endgültig beschlossen, am 12. durch den damaligen Präsidenten der Versammlung Armand Marrast auf dem Eintrachtsplatze feierlich verkündigt. Ihre Einleitung erinnert einigermaßen an die der Verfassung von 1791 voraufgeschickten Menschenrechte, indem sie in theoretisierender Weise sich über die Grundlagen, auf welchen die neue Republik ruhe, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit — Grundlagen, welche älter seien als alle positiven Gesetze — ausspricht. An die Stelle der

Erklärung der Rechte setzte sie weislich, aber vergeblich, eine Ermahnung zur Erfüllung der notwendigsten Pflichten: „Die Bürger sollen das Vaterland lieben, der Republik dienen, dieselbe mit Einsetzung ihres Lebens verteidigen" — die Abschaffung der Stellvertretung im Heere war freilich, wenig mit dieser Bestimmung übereinstimmend, mit 663 gegen 140 Stimmen verworfen worden — „sie sollen an den Staatslasten im Verhältnis ihres Vermögens teilnehmen; sie sollen sich ihre Existenzmittel durch ihre Arbeit verschaffen und ihre Zukunft durch Ersparnisse sicherstellen — —." Dann ward die Souveränität des französischen Volkes ausgesprochen, dessen Rechte wurden aufgezählt, unter denen die Lehrfreiheit und die Zusicherung unentgeltlichen Elementarunterrichts. Das vierte Hauptstück handelte von der Nationalvertretung: die gesetzgebende Gewalt einer Versammlung übertragen; wahlberechtigt jeder Franzose, der das 21., wählbar jeder, der das 25. Lebensjahr überschritten hat; 750 Mitglieder; Dauer der Sessionen drei Jahre. Das fünfte regelte die vollziehende Gewalt: ein Präsident, unmittelbar vom Volke auf vier Jahre gewählt, erst nach vierjährigem Zwischenraum wieder wählbar. Er befehligt das Heer, das er jedoch nicht persönlich anführt, ernennt die Beamten, — man mochte ihrer etwa 535 000 in Frankreich zählen — begnadigt, schließt Verträge, erklärt Krieg mit Genehmigung der Versammlung, deren Beschlüsse er vollzieht, doch ihr, wo er sie nicht billigt, zu nochmaliger Beratung zurückreichen kann; er ist von selbst abgesetzt, wenn er die Versammlung auflösen oder vertagen will: gegen Übereilungen der Versammlung selbst bot die Verfassung keinen Schutz. Dies das Wesentliche: die Verfassung, in zwölf Hauptstücke redigiert, wird unter den Schutz des Patriotismus aller Franzosen gestellt.

b. Präsidentschaft Louis Napoleon Bonapartes.

Die Wahl des Ersten Präsidenten der Französischen Republik wurde auf den 10. Dezember 1848 festgesetzt. Und soviel war bald deutlich, daß nur zwei ernsthafte Bewerber vorhanden waren — der augenblickliche Vertreter und Inhaber der Regierungsgewalt, General Cavaignac, und der Prätendent von Straßburg und Boulogne, Bürger Louis Napoleon Bonaparte. Für den ersteren waren die Anhänger der „ehrlichen" oder säuberlichen Republik, der république honnête, eine verhältnismäßig sehr kleine Zahl; gegen ihn alles, was gegen diese bestimmte Art der Republik, gegen die Republik überhaupt oder auch gegen deren jetzige Verwaltung mißgestimmt war. Für Louis Napoleon aber vereinigten sich alle möglichen förderndn Umstände. Für ihn waren vor allem die Bauern, in deren Haus und Herz das Andenken an das große Haupt dieser Familie lebendig war, und die

überdies der Republik, einer Staatsform ohne greifbares „Gouvernement", wegen ihres Steuerzuschlags von 45 Prozent grollten; für ihn war eine rührige Partei, Abenteurer alten und neuen Datums, welche mit der neuen Sonne zu steigen hofften; für ihn waren ferner einerseits nicht wenige der Besiegten vom Februar, wie Thiers, Molé, Montalembert, Odilon Barrot, welche bei seiner vorausgesetzten geringen persönlichen Bedeutung denken mochten, das Staatsschiff unter ihm in ihr Fahrwasser zurücksteuern zu können; und für ihn war andernteils auch ein Teil der Besiegten vom Juni, wäre es auch nur, weil sie dadurch den ingrimmig gehaßten Cavaignac und seine Gesinnungsgenossen ärgern konnten. In einem wohlgesetzten Wahlaufrufe — man wollte wissen, derselbe sei von Thiers verfaßt, was jedoch schwerlich richtig ist — wandte er sich an das französische Volk. Während er selbst noch nichts für „unser Land" gethan, wie er wohl wisse, biete sich sein Name als ein Symbol der Ordnung und der Sicherheit; jeden persönlichen Ehrgeiz lehnte er ab; er würde seine Ehre nur darein setzen, nach vier Jahren seinem Nachfolger die Staatsgewalt gekräftigt, die Freiheit unversehrt zu hinterlassen. Er nannte eine Reihe von Reformen: Ersparnisse, Verminderung lästiger Abgaben, Ackerbauunternehmungen zur Beschäftigung feiernder Hände, Versorgung der Arbeiter in ihren alten Tagen, Verbesserung der Gewerbegesetze, Verminderung der Zahl der von der Regierung unmittelbar zu verleihenden Ämter. Für jeden hatte der Aufruf etwas: Friede, da niemand mehr Frankreich herausfordere, Erleichterung der Dienstpflicht, aber dennoch Sorge für die Nationalwürde, d. h. das Heer; er erinnerte an seine Vergangenheit: „Ich, der ich Verbannung und Gefangenschaft kennen gelernt, rufe mit allen meinen Wünschen den Tag herbei, wo das Vaterland ohne Gefahr alle Landesverweisungen wird aufhören lassen und die letzten Spuren unserer bürgerlichen Streitigkeiten austilgen können."

Wer dies geschrieben, kannte Frankreich, und der Erfolg übertraf jede Erwartung. Sieben Millionen dreihunderttausend Stimmen wurden abgegeben. Fünf Millionen vierhundertdreißigtausend derselben fielen auf Louis Napoleon, 1 448 000 auf Cavaignac; neben diesen 370 000 auf Ledru-Rollin, 37 000 von noch dunklerer Röte auf Raspail und 17 900 — so rasch nutzten diese Monate ihre besten Namen ab — auf Lamartine. Am 20. Dezember fand die feierliche Scene statt, welche den neugewählten Präsidenten in sein Amt einführte. Cavaignac legte sein Amt inmitten der Versammlung nieder; der neue Präsident trat ein; er leistete den Schwur, den Armand Marrast, der Vorsitzende der Versammlung, ihm vorsprach: „Im Angesicht Gottes und des französischen Volkes schwöre ich, der einen und unteilbaren

demokratischen Republik treu zu bleiben und alle Pflichten, welche mir durch die Verfassung auferlegt worden sind, zu erfüllen." Indem er das Wort ergriff, um die Versammlung anzureden, wiederholte er: „Meine Pflichten sind mir vorgeschrieben, und ich werde sie als ehrlicher Mann erfüllen"; — er schloß mit der geschickten Wendung: „Seien wir die Männer des Vaterlandes, nicht die Männer einer Partei, und wir werden mit Gottes Hilfe wenigstens Gutes leisten, wenn wir nicht Großes leisten können." Alsdann sagte er dem General Cavaignac, dessen Hand ergreifend, einige verbindliche Worte und begab sich, von einem großen Gefolge geleitet, nach dem Palast Elysée Bourbon, welcher zur Präsidentenwohnung eingerichtet worden war.

Der neue Präsident verfuhr mit großer Vorsicht. Er verkannte das Unsichere seiner Lage nicht, und noch saß die Nationalversammlung, deren Mehrheit ihm keineswegs gewogen war. Er bildete sein erstes Ministerium aus Männern aller Parteien: Kabinettsvorsitz und Justiz Odilon Barrot; zum Befehlshaber der Armee der Alpen, welche den Gang der Dinge in Italien beobachtete, ohne bis dahin Marschbefehl erhalten zu haben, machte er den Marschall Bugeaud, zum Befehlshaber der Nationalgarde und der ersten Militärdivision den General Changarnier.

Daß zwischen dem Präsidenten und der Versammlung keine rechte Eintracht walte, trat bald zu Tage; doch hatte jener im ganzen die öffentliche Meinung für sich, welche dieser Versammlung überdrüssig war. Am 14. Februar 1849 genehmigte dieselbe, durch zahlreiche Adressen um ihre eigene Auflösung bestürmt, einen Antrag, nach welchem innerhalb dreier Monate eine neue gesetzgebende Versammlung gewählt werden sollte, nach deren Wahl die jetzige verfassunggebende sofort sich auflösen werde. Ehe diese gewählt war, beschäftigten die Gemüter zum erstenmal wieder lebhafter die auswärtigen Angelegenheiten.

Wenn Frankreich, trotz jenes Lamartineschen Manifestes, das einen so friedlichen Charakter trug, mit Lebhaftigkeit rüstete und sowohl an der deutschen als an der italienischen Grenze starke Truppenkräfte anhäufte, so war dies doch nicht so schlimm gemeint, als es aussah. Die Regierung war genötigt zu rüsten, weil sie manchen gefährlichen Müßiggänger und meuterischen Kopf unschädlich machen konnte, indem sie ihn ins Heer einstellte: sie hütete sich wohl, gegen Deutschland irgendwie angreifend zu verfahren, was sehr leicht dahin hätte führen können, im Sturm ein einiges Deutschland zu schaffen und Preußen an dessen Spitze zu bringen. Die Sympathieen der dortigen republikanischen Partei für die verwandte, die Schwesterrepublik, die ihr gelegentlich in pomphaften Adressen, die selten an ihre richtige Adresse gelangten, auf-

gedrängt wurden, würdigte sie nach ihrem wirklichen Werte, der sehr gering war; und was Italien betraf, so nahm sie im allgemeinen eine nicht besonders sympathische, beobachtende Stellung ein. Aus dieser Stellung konnte sie nach einmal angeschlagener friedlicher Saite auch nicht wohl heraustreten, solange Österreich, wie es wohlweislich that, sich darauf beschränkte, sein Territorium in Italien zu behaupten und den Angriff des Königs von Sardinien abzuwehren, der, wie wir sehen werden, sich zum Vorkämpfer der italienischen Nationaleinheit gemacht hatte, an welcher Frankreich nichts gelegen war. Am 24. Mai 1848 hatte die Nationalversammlung allerdings die Vollziehungskommission aufgefordert, in ihren Beziehungen zu den fremden Mächten „auch ferner" die Wünsche der Versammlung zur Richtschnur zu nehmen — Wünsche, welche, wie man bei dieser Gelegenheit erfuhr, auf einen Bruderbund mit Deutschland, die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens und die Befreiung Italiens gerichtet seien; es war noch die Zeit, wo man allerlei solche Wünsche hegen und auch aussprechen konnte. Bald aber machten, den ideologischen Wünschen jener Frühlingspolitik gegenüber, die wirklichen Interessen ihre Rechte geltend. In Frankreich selbst mußte man den Kräften der Anarchie die Grundlagen des Staates abringen und die Regierung des Generals Cavaignac hatte ganz andere Dinge zu thun, als Polen wiederherzustellen und Italien zu befreien. Von republikanischer Propaganda war unter ihm nicht die Rede; gerade mit derjenigen Macht, welche dem republikanischen Prinzip am meisten abgewandt schien, mit Rußland, kam man ins beste Verhältnis, und der Gesandte der Republik, General Leflô, wurde am Petersburger Hofe mit der größten Aufmerksamkeit empfangen; mit England stand man ohnehin auf gutem Fuße; mit Deutschland, das noch mitten im Werdedrang war, ohne daß ein Mensch vorerst sagen konnte, was dort werden sollte, auf gar keinem: der Gesandte der deutschen Centralgewalt, Herr von Raumer, spielte in Paris die Rolle eines harmlosen Überflüssigen. Der gefährliche Punkt war Italien. Die österreichische Regierung ihrerseits verfuhr mit äußerster Klugheit: sie verfolgte ihre Siege nicht weiter, als mit Schonung der französischen Empfindlichkeit verträglich war. Aber freilich, als der König von Sardinien zum zweitenmal den Krieg wieder aufnahm, nicht ohne die geheime Hoffnung französischer Hilfe, da zeigte sich bald, daß ohne solche Hilfe seine Sache vollkommen aussichtslos war, und stärker als zuvor erhob sich, auch in der Nationalversammlung, der Ruf nach Krieg zu Gunsten Italiens.

Auch Louis Napoleon hatte sich bereits für eine friedliche Politik erklärt. Er beeilte sich, dem Inland wie dem Ausland gegenüber den Irrtum zu zerstreuen, als müsse der Name Napoleon mit Notwendig-

keit den Krieg bedeuten. Die italienische Frage kam auch in der Nationalversammlung zur Sprache, wo die vorgeschrittenen Republikaner, wie Ledru-Rollin, mit Ungestüm den Krieg forderten. Thiers war hier auf seinem rechten Felde, als er nachwies, daß es jetzt, wo Sardinien zu Boden geschlagen, dazu zu spät sei, daß man hätte früher kommen müssen; das einzige, was Frankreich, wenn es sich nicht der Gefahr eines Angriffs durch eine neue Koalition aussetzen wolle, jetzt thun könne, sei eine Gebietserweiterung Österreichs in Italien zu hindern, zu der übrigens Österreich keine Miene machte und schwerlich die geringste Lust hatte. Der Vollmacht, welche die Nationalversammlung dem Ministerium gab, nötigenfalls einen Teil Oberitaliens zu besetzen, hätte es dazu nicht bedurft.

Auf der andern Seite konnte diese Regierung und das neue Haupt der Republik der Versuchung nicht widerstehen, in Italien wenigstens irgend etwas zu thun, damit nicht alles durch die Österreicher allein geschehe: Louis Napoleon hatte eine Meinung in der italienischen Frage, was sich von den republikanischen Federhelden kaum sagen ließ. Der Papst, welcher infolge der revolutionären Ereignisse flüchtig geworden, war noch immer fern von Rom; allein bei dem antirevolutionären Rückschlag, der allenthalben eingetreten war, ließ sich kaum bezweifeln, daß die Ebbe, welche auf die revolutionäre Springflut mittlerweile gefolgt war, auch ihn wieder an seinen Ort zurückschwemmen werde mit all dem Schlamm- und Sumpfgewächs, das diesen Thron umgab: wenn es nicht Frankreich that, so unterzog sich Österreich oder irgend sonstwer dieser Mühe. Einer solchen österreichischen Aktion zu Gunsten des Papstes beschloß die französische Regierung zuvorzukommen, und Louis Napoleon wußte wohl, daß hierbei zwar keine Lorbeeren, wohl aber die Gunst einer in Frankreich sehr mächtigen Partei, der klerikalen, zu verdienen war. Odilon Barrot verlangte am 16. April 1849 einen Kredit für die Intervention in der römischen Angelegenheit, und er machte kein Hehl daraus, daß es sich um eine Wiederherstellung des Papstes handle, die, sagte er, nicht ohne Mitwirkung Frankreichs und nicht im Widerspruch mit französischen Prinzipien erfolgen dürfe. Mit dem letzteren Rätselwort meinte er die liberalen Institutionen, welche der wiedereingesetzte Papst werde geben müssen; im Ausschusse hatte Thiers den Mitgliedern die Sache deutlich gemacht; der verlangte Kredit wurde mit 395 gegen 283 Stimmen bewilligt. Die Unternehmung verlief nicht ganz, wie man erwartet hatte. Ihre Einzelheiten gehören in den Zusammenhang der italienischen Dinge: am 26. April landete General Oudinot mit 10 000 Mann in Civita Vecchia; am 30., erfüllt von dem Dogma der Unüberwindlichkeit der französischen Waffen, rückten sie gegen die Stadt; als sie aus

den Gärten des Vatikans Kartätschenfeuer erhielten, das sie belehrte, daß es ohne Widerstand doch nicht abgehen werde, sammelten sie sich zum Angriff, wurden aber von den römischen Republikanern unter Giuseppe Garibaldi nachdrücklich zurückgeschlagen, und einige blindlings vorgeführte Kompanieen wurden abgeschnitten und gefangen. Man schätzte den Verlust auf 6—700 Mann im ganzen.

Diese Niederlage gegen verachtete Gegner rief in Frankreich großen Unwillen hervor. In der Nationalversammlung wurde ein Antrag auf Anklage des Präsidenten und seiner Minister auf Grund des Artikels 5 der Verfassung gestellt, nach welchem Frankreich seine Waffen niemals zur Unterdrückung fremder Völker gebrauchen werde — n'attentera jamais à la nationalité d' un peuple. Aber was ist Nationalität? und was ist ein Volk? — der Antrag ward abgelehnt. Indes diente er doch dazu, die Beziehungen des Präsidenten zur Versammlung zu verschlimmern. Schon waren Gerüchte im Umlauf von verfassungswidrigen Plänen, mit denen derselbe umgehe, und für die er hochgestellte Beamte und Generale — man nannte unter anderen den General Changarnier, unter dessen Befehl die gesamte bewaffnete Macht von Paris stand — zu gewinnen trachte oder schon gewonnen habe, und die förmliche Hofhaltung, mit welcher er sich im Elysée umgab, das Geld, mit dem er freigebig um sich warf, die Unterwürfigkeit seiner nächsten Umgebung, die ihn nicht als „Bürger Präsident", sondern als Prinz und Monseigneur behandelte, nährte diesen Verdacht.

Die Versammlung aber hatte die Kraft nicht mehr, einen Konflikt aufzunehmen. Ihre Tage waren gezählt; am 13. Mai fanden die Wahlen für die neue, die gesetzgebende Versammlung statt. Diese hielt am 28. ihre erste Sitzung. Bei der Wahl des Vorsitzenden erhielt Dupin, der unter Louis Philipp so lange diese Stelle bekleidet hatte, 336 Stimmen, Ledru-Rollin, der Kandidat der „Bergpartei", wie sich die Radikalen nannten, welche die Erinnerungen aus der ersten französischen Revolution nicht los werden konnten, erhielt 182; General Lamoricière, ein gemäßigter Republikaner, 67: die Mehrzahl der Versammlung also bestand aus monarchisch Gesinnten, — Orleanisten und Legitimisten. Allein eine Monarchie ist leichter zertrümmert als wiederhergestellt. In der Botschaft, welche der Präsident nach amerikanischem Muster an die Versammlung richtete, gedachte er auch der Römischen Expedition. General Oudinot, begierig seine Niederlage zu rächen, belagerte die Stadt, die aber fortfuhr Widerstand zu leisten. Am 11. Juni erneuerte Ledru-Rollin seinen Antrag auf Anklage des Präsidenten und der Minister: Odilon Barrot entgegnete ihm, daß jetzt die französische Waffenehre vor Rom verpfändet sei, und die Versammlung wies

den Antrag ab. In der Hitze des parlamentarischen Gefechts hatte sich der Antragsteller zu der Behauptung verstiegen, daß seine Partei entschlossen sei, die Verfassung, welche laut Artikel 110 dem Patriotismus aller Franzosen anvertraut sei, nötigenfalls mit den Waffen zu verteidigen; am 13. Juni versuchte eine Anzahl von ihnen, mit dieser Phrase Ernst zu machen, wurde aber ohne Mühe und ohne Blutvergießen zerstreut. Dagegen wurde ein entsprechender Versuch in Lyon, welchen die falsche Nachricht vom Siege des Aufstandes in Paris hervorgerufen, erst nach achtstündigem Kampfe unterdrückt. Beide Tumulte hatten nur die Folge, der Regierung weitere Waffen gegen die Insurrektion zu geben in einem scharfen Gesetze gegen die Klubs, welches ihr möglich machte, das Vereinsrecht auf einen äußerst bescheidenen Umfang zurückzuführen und, wo es ihr paßte, Weizen und Unkraut miteinander auszuraufen.

Es waren die Tage, wo allerorten die Reaktion siegreich fortschritt, wo an der französischen Grenze, in Baden und in der Pfalz der Aufstand, welcher die deutsche Reichsverfassung mehr zum Vorwande als zum Grunde hatte, niedergeschlagen wurde. Auch Rom war endlich, nach zweimonatlicher Belagerung gefallen: im Gefolge der einziehenden Franzosen, ohne Bedingungen, kehrte Papst und Papsttum nach Rom zurück. Eine nochmalige Debatte über diese Dinge folgte; man erhitzte sich ohne Ergebnis; die Sachen waren nicht ganz so gegangen, wie man wünschte, allerdings: aber was schadete dies am Ende? Man war nach Rom gegangen, damit nicht die Österreicher hingingen: „Ehe ich den österreichischen Adler auf der Flaggenstange über dem Tiber sehe", äußerte Thiers später in einem Privatgespräch über diese Tage, „wollte ich lieber 100 Verfassungen und 100 Religionen vernichten". Am 12. August vertagte sich die müde Versammlung, nachdem sie zuvor noch die Regierung mit einem scharfen Gesetz wider die Presse ausgerüstet hatte.

Der Präsident benutzte die Zeit, welche ihm die Parlamentsferien ließen, aufs beste. Der Gedanke, daß die Republik nicht lebensfähig sei, drängte sich jedem auf. Mit den Bourbonen war man fertig, von den Orleans konnte augenblicklich fast noch weniger die Rede sein, da sie nur einen Unmündigen als Prätendenten hätten aufstellen können; Louis Napoleon aber war im Besitze der Macht: Beamte, Offiziere konnten sich ihm verpflichten und von ihm allein, nicht von der Republik und ihrer vielköpfigen, uneinigen, im Grunde machtlosen Versammlung ihren Lohn erwarten; eine Wiederherstellung des Kaisertums war ein neuer, pikanter, vielleicht ein rettender Gedanke, und es war nicht zu verkennen, daß derselbe namentlich unter dem Heere, wo ihm durch die Napoleonische Legende von vornherein eine Stätte bereitet

war, Fortschritte machte. Und für diejenigen, welche sehen wollten, war auch die behauptete Unfähigkeit des Präsidenten keine so ausgemachte Sache mehr. Wenigstens in der römischen Sache that er jetzt einen Schachzug, der ihm, freilich nur für einen Augenblick, auch liberale Sympathieen verschaffte: er schrieb am 18. August an den Obersten Edgar Ney, seinen Adjutanten, einen wohlüberlegten Brief, der seinem staatsmännischen Talent alle Ehre machte, und in welchem er eine sehr selbständige und energische Sprache führte. Die französische Republik habe ihre Truppen nicht nach Rom geschickt, um die italienische Freiheit zu ersticken; „sagen Sie dem Obergeneral, General Rostolane“ — derselbe war an Oudinots Stelle getreten — „daß man sich unter dem Schatten der dreifarbigen Fahne nichts erlauben darf, was den Charakter unserer Einmischung entstellen könnte. Ich verstehe die weltliche Macht des Papstes nicht anders, als mit einer allgemeinen Begnadigung, einer Laienregierung, einer freisinnigen Verwaltung und der Einführung des Code Napoléon“. Freilich fiel es dem wiederhergestellten Papste und den Kardinälen, die ihn, blinde Blindenleiter, umgaben, nicht ein, diese Forderungen auch nur in Erwägung zu ziehen, geschweige denn zu erfüllen. Der Papst setzte ihnen einfach die wirksamste aller Waffen im Arsenal der Kurie, die Kraft der Trägheit, entgegen, und dieser Politik des Nichtsthuns konnte er sich um so sorgloser hingeben, als bei den Verhandlungen in der französischen gesetzgebenden Versammlung, welche Anfang Oktober 1849 wieder zusammengetreten war, Thiers als Berichterstatter über die römische Sache sprach, der, ganz in den altfranzösischen Anschauungen befangen, ein uneiniges und schwaches Italien und ein ebensolches uneiniges und schwaches Deutschland als erste Zielpunkte der auswärtigen Politik Frankreichs ansah, und der nicht einmal so weit ging, sich die Prinzipien des Briefes vom 18. August anzueignen, welchen er die Bosheit hatte gar nicht zu erwähnen. Die Mehrheit der Versammlung bewilligte ohne weiteres die Kosten der Römischen Expedition. Die Versammlung zeigte aber bei dieser Gelegenheit ihren übeln Willen dem Präsidenten gegenüber, indem sie den Gedanken seiner Politik, der in dem Briefe an Ney ausgesprochen war, einfach beiseite schob, und bald sollte sich zeigen, daß diese beiden Gewalten auf die Dauer sich nicht vertragen konnten. Hatte die Versammlung bei jener Gelegenheit gezeigt, daß sie den Präsidenten nicht weiter beachte, so zeigte er ihr nun seinerseits, daß er sie nicht fürchte: eine Botschaft vom 31. Oktober kündigte ihr an, daß er das Ministerium Odilon Barrot entlassen und ein anderes ernannt habe. Die Namen, aus denen es bestand, erregten Erstaunen und Mißtrauen — es waren keine parlamentarischen Berühmtheiten, wenigstens vorläufig noch nicht; sein Privatbankier Fould hatte

die Finanzen, Rouher die Justiz, General Hautpoul das Kriegsministerium erhalten: befremdender noch war der sehr entschiedene Ton, in welchem die Botschaft gehalten war. Um die Republik zu befestigen, um Frankreichs Namen im Auslande auf der Höhe des Ruhmes zu erhalten, meinte der Präsident, bedürfe es Männer, welche die Notwendigkeit einer einzigen und bestimmten Richtung und einer klar ausgesprochenen Politik begreifen; er fand den Zustand des Landes wenig befriedigend: „In dieser Verwirrung", so fuhr die Botschaft, die wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, fort, „sucht Fannkreich angstvoll Hand und Willen des Erwählten vom 10. Dezember. Dieser Wille kann aber nur dann sich fühlbar machen, wenn völlige Gemeinschaft der Ideen, der Überzeugungen und Gesichtspunkte zwischen dem Präsidenten und seinen Ministern besteht, und wenn die Versammlung selbst sich dem nationalen Gedanken anschließt, welcher in jener Wahl sich ausgesprochen hat." Denn es sei der Name Napoleon für sich selbst ein ganzes Regierungsprogramm: nach innen Ordnung, Autorität, Religion, Volkswohl; nach außen Nationalwürde; es kam alles so, wie einst Pyat bei der Debatte über den Modus der Präsidentenwahl es vorausgesagt. Kein Zweifel, daß der Präsident dasjenige beabsichtigte, was die französische Sprache mit einem ihrer unnachahmlichen Ausdrücke einen coup d'état, einen Staatsstreich nennt; und was das Schlimmste war, er konnte ungestört, am hellen Tage diesen Staatsstreich mit aller Muße vorbereiten, ohne daß die Versammlung etwas dagegen machen konnte, denn die ganze Regierungsmacht, das Soldaten- und das Beamtenheer war in seiner Hand. Mit entschiedener Geschicklichkeit wußte er jeden Wind in seine Segel zu fangen. Sein Vetter, der Sohn des ehemaligen Königs von Westfalen, Jérôme Napoleon, ein taktloser, leidenschaftlicher Mann von demokratischen, wenngleich ziemlich dehnbaren Grundsätzen und von Talent, hatte einen Antrag auf Amnestierung der Junigefangenen eingebracht, der aber von der Versammlung, welche auf diesem Boden nichts von Versöhnung wissen wollte, abgelehnt wurde. Der Präsident machte jetzt zu ihren Gunsten — es waren ungefähr noch 1900 — von seinem Begnadigungsrecht einen sehr umfassenden Gebrauch, indem er drei Vierteilen dieser Unglücklichen die Strafe erließ. Nur wo es sich um kräftige Maßregeln polizeilicher Unterdrückung handelte, konnte das Ministerium auf die Unterstützung der Versammlung zählen. Die Regierung verlangte die Befugnis für die Präfekten, jeden Elementarlehrer abzusetzen, der sich „durch Gesinnung und Lehrweise" seines Amtes unwürdig zeige: die Versammlung gab in der That diese zweischneidige Waffe auf sechs Monate in ihre Hände. Im Januar 1850 wurde der Entwurf zu einem Unterrichtsgesetze beraten, der von

einem der entlassenen Minister, Falloux, ausgearbeitet worden war: derselbe war den ultramontanen Tendenzen überaus günstig, indem er unter anderem 4 Bischöfen in dem obersten Studienrate Sitze einräumte, dem Staate allerdings die Oberaufsicht über das Schulwesen vorbehielt, zugleich aber festsetzte, daß ein Geistlicher, um als Lehrer verwendet zu werden, keine besondere Prüfung mehr zu machen brauche. Seine Unterstützung übernahm auf der einen Seite Herr von Montalembert, ein eifriger Katholik, der aber zu viel Geschmack und edle Bildung besaß, um dem plumpsten Ultramontanismus zu verfallen, auf der anderen Thiers, der für seinen persönlichen Bedarf der Religion entbehren zu können glaubte, so gut als Voltaire oder andere der starken Geister jener Epoche, der es aber wohlzufrieden war, daß die Kirche an ihrem Teile mit behilflich war, die Massen — la vile multitude, wie er sich wohl ausdrückte — im Zaume zu halten. Die große Menge der Franzosen blieb nach diesem Gesetz, das am 15. März angenommen wurde, dasselbe was sie vorher gewesen: ein unwissendes Volk, dessen eine Hälfte blindlings dasjenige glaubte, was seine Druiden ihm sagten, während die andere ebenso blindlings auf die Phrasen des nächsten besten Demagogen schwur; das ernste Streben nach wirklicher Erkenntnis begann mehr und mehr aus der Nation zu verschwinden.

Die Kammer zeigte sich sehr reizbar gegen jede oppositionelle Regung von radikaler Seite. Am 10. März fanden die Nachwahlen für einige in die Juniereignisse verwickelte Abgeordnete in Paris statt, und es wurden drei Männer der äußersten Linken, Carnot, de Flotte und der Schriftsteller Eugen Sue, dessen Romane „Die Geheimnisse von Paris" und „Der ewige Jude" einige Jahre früher von dem Publikum aller europäischen Leihbibliotheken verschlungen worden waren, zu Deputierten gewählt. Obwohl diese Wahlen weit weniger ein Beweis der Stärke republikanischer oder socialistischer Überzeugungen waren, als vielmehr eine Äußerung des kindischen Kitzels, welchem die Pariser Bevölkerung niemals widerstehen konnte, — ihrer Unzufriedenheit mit denen, welche augenblicklich die Macht haben, durch die Wahl unbequemer Kandidaten einen Ausdruck zu geben: so gab doch die Mehrheit der gesetzgebenden Versammlung, durch diese Demonstration gereizt und erschreckt, sehr bereitwillig den Maßregeln ihre Zustimmung, welche die Regierung nunmehr vorschlagen zu müssen glaubte, um diese immer wieder von neuem drohenden socialistischen Gespenster zu beschwören. So wurde ein Gesetz genehmigt, welches der Regierung die Macht verlieh, selbst Wahlversammlungen zu verbieten, wenn sich von solchen eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe besorgen lasse, und ebenso ein neues Preßgesetz votiert, welches bei 500—1000 Frank Strafe gebot,

daß bei allen in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichten Artikeln politischen, philosophischen oder religiösen Inhalts der Verfasser sich nenne, — welches also das Recht anonymer Besprechung der Tagesfragen in den Tagesblättern aufhob und damit eine wesentliche Bürgschaft sachkundiger und freimütiger Erörterung vernichtete. Der Versammlung genügte dies aber nicht. Sie drängte die Regierung, das allgemeine Stimmrecht, das ihrer Mehrheit ein Dorn im Auge war, und dessen üble Wirkung diese Mehrheit soeben noch in den Pariser Nachwahlen zu verspüren gehabt hatte, zu beschränken — was freilich verfassungsmäßig nicht sofort bewerkstelligt werden konnte, also auf künstlichem und sophistischem Wege bewerkstelligt werden mußte. Das Mittel war einfach genug. Das Stimmrecht war allgemein, seine Ausübung nur daran gebunden, daß der Stimmende nachweisen konnte, er habe seit sechs Monaten an dem betreffenden Orte seinen Wohnsitz gehabt: in dem Entwurfe, den der Minister des Innern, Baroche, auf Betrieb der Mehrheit einbrachte, und den diese Mehrheit als ihre eigene Sache mit größter Leidenschaftlichkeit betrieb, wurde diese Zeit auf drei Jahre erhöht und zugleich festgesetzt, daß der Beweis jenes dreijährigen Aufenthaltes durch Quittungen über entrichtete Personensteuer geführt werden sollte. Damit war die flottierende Menge, ein großer Teil der Fabrikarbeiter und Tagelöhner, welche die Notwendigkeit, die Arbeit und den Erwerb zu suchen, wo er zu finden ist, zu einem nomadischen Leben zwingt, ausgeschlossen und durch die anderen Bestimmungen zugleich überhaupt die Masse des Volkes, welche nicht von langer Hand Politik treibt und keine Steuerquittungen aufbewahrt, ihres Wahlrechtes beraubt. Die Versammlung, auch der kluge Thiers ahnte nicht, daß sie mit dieser hinterlistigen Umgehung und Verdrehung, die sie für ein Meisterstück hielten, sich mit gebundenen Händen dem Präsidenten überlieferte. Das verhängnisvolle Gesetz wurde am 31. Mai 1850 votiert; der Präsident glaubte seinerseits eine Belohnung für seine Willfährigkeit beanspruchen zu können, indem er zur Bezahlung seiner außerordentlichen Ausgaben einen Kredit von 2400000 Frank — also einen doppelten Jahresgehalt — beantragen ließ: mit geringer Mehrheit von 46 Stimmen bewilligte die Versammlung das Geld für den Hanf, aus welchem ihr bald der Strick gedreht werden sollte.

Am 11. August vertagte sie sich auf drei Monate mit Hinterlassung eines ständigen Ausschusses. Unmittelbar darauf machte Louis Napoleon eine Rundreise durch einen großen Teil von Frankreich. In Lyon auf einem Festmahle, wo er besonders gut empfangen wurde, lüftete er etwas die Maske: er sei bereit, sagte er, den Volkswillen zu erfüllen, ob derselbe ihm nun Entsagung oder Beharren vorschreibe.

Er ward nicht überall gleich gut empfangen: indes sprachen sich doch die im Herbst versammelten Departementsräte fast sämtlich für die Notwendigkeit einer Revision der Verfassung aus. Daß man auf friedlich-verfassungsmäßigem Wege nicht viel weiter kommen werde, gab sich bereits in unzweideutigen Symptomen kund. Alle Welt konspirierte gegen das Bestehende, und kein Mensch erachtete sich durch seinen Eid gefesselt: die Radikalen thaten es, indem sie offen erklärten, daß sie sich an das Gesetz vom 31. Mai und seine Beschränkungen des allgemeinen Stimmrechts als verfassungswidrig nicht gebunden glaubten; die Orleanisten, indem sie, als Ludwig Philipp am 26. August jenes Jahres zu Claremont starb, zahlreich dorthin pilgerten, um zu intrigieren, während fast gleichzeitig die vornehmsten Legitimisten sich nach Wiesbaden begaben, um dort ihrem König Heinrich, dem Herzog von Bordeaux, der ihre Fahne, das Lilienbanner des alten Frankreichs trug, zu huldigen; die Bonapartisten, indem sie unverblümter als der Präsident die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes und seine Ersetzung durch die Rückkehr zu dem „berühmtesten Namen der französischen Geschichte" predigten. Es machte damals auch der Gedanke einer „Fusion" oder Versöhnung der älteren und der jüngeren Linie des Königshauses, Verschmelzung der bourbonischen und orleanistischen Ansprüche von sich reden, — ein Gedanke, für dessen Verwirklichung sich Staatsmänner wie Guizot, der beiden gedient hatte, interessierten. Der Herzog von Bordeaux nämlich war der letzte seiner Linie und kinderlos: es stand mithin in seiner Macht, zu Gunsten des Nächstberechtigten, des Grafen von Paris, des Enkels von Louis Philipp, zu verzichten, wie umgekehrt die Orleans den Herzog von Bordeaux anerkennen konnten, in der Erwartung, demnächst im natürlichen Lauf der Dinge in seine Rechte einzutreten. Allein die Sache, so einfach sie schien, hatte eine Schwierigkeit, die nicht zu beseitigen war. Das Wahrzeichen des Herzogs von Bordeaux war die weiße Fahne und die Erbmonarchie, das Wahrzeichen der Orleans die Trikolore und die Nationalsouveränität. Alle Versuche, den Herzog zur Anerkennung des allgemeinen Stimmrechtes, der Berufung an das Volk in irgend einer Form zu bewegen, schlugen fehl: er hielt mit der Zähigkeit eines ersten Priesters und Gläubigen an dem Königtum von Gottes Gnaden und an „dem großen nationalen Prinzip der Erbmonarchie" fest. Von solchen Skrupeln war der Präsident frei, dem seine Stellung Mittel und Wege in Fülle gab, dem Ziele immer sicherer zuzusteuern. Bei häufigen Truppenmusterungen in den Lagern von Satory und St.-Maur warb er offen um die Gunst der Soldaten und der Offiziere, und nicht mit feinen Mitteln; es änderte wenig, daß der Ausschuß der Versammlung gegen solche Vorgänge remon-

strierte. Der General Changarnier, den zu gewinnen nicht gelungen war, ließ in einem Tagesbefehl den Truppen das: „Vive l'Empereur!" verbieten; die Sache selbst blieb wie zuvor.

Am 11. November 1850 wurden die Sitzungen der Versammlung wieder eröffnet. Die Botschaft des Präsidenten vom 12. klang diesmal sehr bescheiden. „Seien wir einverstanden darüber," sagt er darin, „daß es nicht die Leidenschaft, nicht ein Überfall, nicht eine Gewaltthat sein darf, welche über das Schicksal eines großen Volkes entscheidet." Das gegenseitige Mißtrauen aber dauerte fort und ebenso das Mißbehagen der Bevölkerung mit dem augenblicklichen Zustande der Dinge, von dem sich jedermann sagte, daß er nicht von Dauer sein könne noch dürfe. Am 10. Januar 1851 ernannte der Präsident ein neues Ministerium, in welchem neben den beibehaltenen Mitgliedern des bisherigen — Baroche, Rouher, Fould — Drouyn de l'Huys das Auswärtige, General Regnault de St.-Jean d'Angely das Kriegsdepartement übernahm. Die erste Handlung dieses neuen Ministeriums war die Enthebung des Generals Changarnier, der sich der Nationalversammlung allzu willfährig gezeigt hatte, von seinem Posten als Befehlshaber der Nationalgarde und der Truppen von Paris. Diese Maßregel gegen einen General, den die Monarchisten als eine Art General Monk betrachteten — der freilich leichter zu finden war, als der geeignete König, der zu dieser Rolle hinzugehörte —, rief in der Versammlung leidenschaftliche Angriffe und ein förmliches Mißtrauensvotum gegen das neue Ministerium hervor, das die Anspielungen und Deklamationen gegen den Bonapartismus ruhig durch Hinweisung auf orleanistische und legitimistische Intriguen erwidern konnte. Gleichwohl wich es vor dem Tadelsvotum der Versammlung, und Louis Napoleon, der sehr geschickt operierte, bildete nun eine Verwaltung aus lauter Männern ohne ausgesprochene politische Farbe, welche einstweilen die Geschäfte führen sollten, bis wieder ein parlamentarisches Ministerium gebildet werden könne. Es versteht sich, daß die großen Redner und Parteiführer sich wie auf eine bereite Beute auf dieses unglückliche Ministerium von Kommis stürzten: ohne Erfolg; man war gegen die Macht beredter Worte auf allen Seiten ziemlich abgestumpft, und die Verhandlungen wurden mit so wenig Würde geführt, daß man ihnen nur folgte, um den Stand der Parteien, ihre Macht und ihre Taktik kennen zu lernen und daraus den weiteren Gang der Dinge zu vermuten. Erst nach zwei Monaten bildete Napoleon ein neues Ministerium, in welches aber die Mitglieder ebenjener Regierung wieder eintraten, gegen welche die Versammlung am 15. Januar ihr Mißtrauen ausgesprochen hatte, Rouher, Fould und Baroche. Die Versammlung erneuerte ihr Mißtrauensvotum nicht: dagegen kam es aufs

neue zu leidenschaftlichen Debatten bei Gelegenheit einer Rede, welche der Präsident auf einem Fest zu Dijon gehalten, und in welcher er, nachdem er sich mit starken Worten über die Versammlung beklagt hatte, die Worte sprach: „Wenn Frankreich anerkennt, daß man nicht ohne das Land über das Land verfügen darf, so braucht es nur zu sprechen; mein Mut und meine Energie werden ihm nicht fehlen." In der Versammlung nahm General Changarnier die Gelegenheit wahr, an dem Präsidenten für seine Absetzung mit bitteren Worten Rache zu nehmen, und er zeigte sich dabei so wenig über den wahren Stand der Dinge unterrichtet, daß er versicherte, es würde keine Kompanie für den Präsidenten die Waffen ergreifen: „Mandatare Frankreichs", schloß er, „beratet in Frieden". Inzwischen war von der bonapartistischen Partei die Agitation für eine Revision der Verfassung fortgesetzt worden, und die Versammlung, mit Adressen bestürmt, sah sich genötigt, diese Frage in Erwägung zu ziehen. Ein Beschluß in dieser Richtung erforderte aber verfassungsmäßig eine Mehrheit von drei Vierteilen der Stimmen. Die Verhandlung, bei welcher die Legitimisten, wie Berryer, offen erklärten, daß Frankreich nach Geschichte, Sitten und Denkweise monarchisch sei, diente nicht dazu, die bestehende Ordnung zu stützen, vollendete vielmehr ihre Unhaltbarkeit, indem schließlich 446 Stimmen für die Revision und 278 gegen dieselbe sich aussprachen. Dies war die Mehrheit, aber nicht Dreiviertel-Mehrheit, die Sachlage ward also verschlimmert: wenn die Verfassung selbst die von der Mehrheit der Versammlung und des Volkes gewünschte Revision hinderte, so lag es in Frankreich, wo die Unterwerfung unter das einmal gesetzlich Bestehende durch die beständigen Revolutionen und Aufstände völlig untergraben, bei dem ganzen Charakter des Volkes niemals sehr stark gewesen war, sehr nahe, diese „Revision" einfach auf dem Wege der Gewalt durchzusetzen. Von den Departementalversammlungen, welche im Herbst zusammentraten, sprachen sich fast alle (80) *für* die Revision aus.

Die Zeit für die Wahl eines neuen Präsidenten rückte näher: und die antibonapartistischen Parteien waren in der üblen Lage, keinen geeigneten Kandidaten für diese Stelle zu besitzen. Sie hatten gegen Napoleon nichts als den Verfassungsparagraphen, welcher dessen Wiederwahl nur erst nach vier Jahren Zwischenraum gestattete.

Aber wie, wenn ihn *das Volk* der Verfassung zum Trotz dennoch wieder wählte? Und diese Möglichkeit war vorhanden, *namentlich* wenn jene Millionen, welche das Gesetz vom 31. Mai, dessen Verfassungsmäßigkeit mehr als zweifelhaft war, ausschloß, gleichwohl, wie man sie offen aufforderte, zur Wahl sich einfanden. Der seltsamste aller denkbaren Fälle in diesem Lande der unberechenbaren Zufälle —

ein Verfassungsbruch durch das souveräne Volk selbst bei Gelegenheit der Ausübung seines höchsten Souveränitätsrechtes — war ernstlich zu fürchten.

Mit sicherem Blick erkannte Louis Napoleon den starken Punkt seiner Stellung, welcher zugleich der schwächste in der Stellung der Versammlung war. Er verlangte von seinem Ministerium, daß es bei derselben die Zurücknahme des Wahlgesetzes vom 31. Mai beantrage, durch welches, wie man mittlerweile berechnet hatte, nicht weniger als drei Millionen Wähler ihres Stimmrechtes beraubt würden. Diese Frage wieder anzuregen, war in der That das Mittel, die Versammlung moralisch zu vernichten. Sie war es, ob sie zustimmte oder ablehnte, — ganz abgesehen von der Popularität, welche der „Prinzpräsident" gewinnen mußte, wenn er als Wiederhersteller des allgemeinen Stimmrechtes auftrat — des allgemeinen Stimmrechts, von dem Louis Napoleon, wie später ein größerer und schärfer blickender Mann als er, sehr richtig erkannte, daß es weit mehr konservative Tendenz und Kraft besaß, als der demokratische oder liberale Doktrinarismus meinte. Als sein Ministerium sich seinem Wunsch versagte — denn einige seiner Mitglieder hatten einst selbst das Gesetz mit eingebracht oder unterstützt —, so bildete er ein neues, dessen bemerkenswertestes Mitglied der Kriegsminister Leroy de St.-Arnaud war, ein entschlossener, verwegener, rücksichtsloser Glücksritter, der seine Amtsführung damit begann, daß er sämtlichen Kommandeuren in einem Rundschreiben die Pflicht unbedingten militärischen Gehorsams einschärfte und das Dekret, in welchem die Nationalversammlung sich ein Recht vindizierte, unmittelbar über die Truppen zu verfügen, aus den Kasernen entfernen ließ. Der Präsident seinerseits hatte nicht gefeiert, die ungeheure Macht, welche ihm das Recht der Ernennung und Absetzung sämtlicher Beamten in einem Lande gab, welches von allen europäischen Ländern die centralisierteste Verwaltung hat, in einer Weise zu gebrauchen, welche ihm den Staatsstreich erleichterte, zu dem bereits verschiedene genau ausgearbeitete Pläne vorlagen.

c. Der Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 und die Wiederaufrichtung des Kaisertums.

Als am 4. November 1851 die Versammlung wieder zusammentrat, legte ihr der Präsident in einer ausführlichen Botschaft die Notwendigkeit einer Wiederaufhebung des Gesetzes vom 31. Mai dar. „Das allgemeine Stimmrecht wiederherstellen, heißt dem Bürgerkrieg seine Fahne, der Opposition ihr letztes Argument benehmen — heißt Frankreich in die Möglichkeit versetzen, sich Staatseinrichtungen zu geben, welche seine Ruhe verbürgen." Die Versammlung hörte die

Botschaft schweigend an, deren Bedeutung ihr nicht unbewußt war. Aber sie konnte nichts machen; sie mußte den Hals in die Schlinge stecken, welche der Präsident ihr darbot. Am 13. November — die Dringlichkeit war verworfen worden — lehnte die Mehrheit nach kurzer Verhandlung den Antrag ab. Kurz darauf kam der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung zur Verhandlung, wo die Regierung für die Wahlberechtigung zu den Municipalwahlen nur den Nachweis eines sechsmonatlichen Aufenthaltes an dem betreffenden Orte verlangte, die gesetzgebende Versammlung aber einen solchen von zwei Jahren beschloß.

Beide Male hatte die Bergpartei ihren Prinzipien gemäß mit der Regierung gestimmt. Sie nahm aber bald noch eine vollere Rache an den Konservativen für das ihr verhaßte Gesetz vom 31. Mai. Die Versammlung empfand dringend das Bedürfnis eines Schutzes gegenüber einem gefürchteten Gewaltstreich, welcher durch jenes Cirkular des Kriegsministers drohend über ihrem Haupte hing. Dies veranlaßte den Antrag ihrer Quästoren, nach welchem die Versammlung sich jenes Recht, das ihr der General St.-Arnaud absprach, über die Truppen zu verfügen, förmlich und ausdrücklich zuschrieb. Am 17. November kam er zur Verhandlung. Die Linke — in ihrer gewohnten Kurzsichtigkeit gleichgültig gegen alle weiteren Folgen, wenn sie nur Rache an den Urhebern jenes verhaßten Gesetzes nahm — gesellte sich diesmal den Bonapartisten zu, weil sie, wie eines ihrer Mitglieder erklärte, „dem 31. Mai" nicht auch noch die Waffen in die Hand geben wolle. Mit wenig Stimmen Mehrheit wurde der Quästorenantrag verworfen: und diese Niederlage stellte die Machtlosigkeit, die Zerklüftung und Unfähigkeit der Versammlung ebenso wie die Lebensunfähigkeit der bestehenden Verfassung aller Welt vollends ins klarste Licht.

Die Dinge reiften zur Entscheidung. Wäre jener Antrag der Quästoren angenommen worden, so hätte der Präsident sofort und am offenen Tage den Kampf aufnehmen müssen. Er war dazu bereit gewesen. Er hatte sehen können, daß nirgends etwas wie ein fester Wille ihm gegenüberstand: aber er hatte es jetzt bequemer. „Es ist vielleicht besser so", hatte er in seiner wortkargen Art geäußert, als man ihm die Verwerfung des Quästorenantrags berichtete. Mit wenigen Vertrauten, seinem Halbbruder Morny, einem Mann von Mut und Geschick, dem Kriegsminister St.-Arnaud, dem wie dem Präsidenten selbst seine Schulden wenig Wahl übrig ließen, und der für ein solches Wagnis, wo alles auf einigen Würfeln stand, der richtige Mann war, dem ehemaligen Unteroffizier Fialin, nachmals Persigny, seinem Vertrauten von Straßburg und Boulogne her, und dem Obersten Fleury stellte Louis Napoleon die Einzelheiten des Komplotts fest, bei dessen

Ausführung man auf die Mitwirkung des Polizeipräfekten Maupas und des Generals Magnan, welcher die erste Militärdivision, die Garnison von Paris, befehligte, zählen konnte.

Die Gerüchte von dem bevorstehenden Staatsstreich waren etwas so Alltägliches geworden, daß man sich an dieselben gewöhnt hatte und, da er noch nicht und noch immer nicht eintrat, in eine Art Sicherheit zurückgefallen war. Überdies war auf die Nacht vom 1. zum 2. Dezember eine große Gesellschaft ins Elysée geladen; der Präsident zeigte sich besonders teilnehmend und gesprächig; andere versichern, die Gesellschaft sei sehr langweilig gewesen; um Mitternacht entfernten sich die Gäste: als die Bevölkerung am andern Morgen erwachte, war der Staatsstreich vollbracht.

Nachts 3 Uhr hatte der Polizeipräfekt eine Anzahl Polizeikommissare zu sich berufen. Er sagte ihnen, daß der Staatsstreich vollendet sei, versicherte sich ihrer Bereitwilligkeit und gab ihnen die Befehle, nach welchen etwa 100 Personen, Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung und andere einflußreiche Parteiführer, verhaftet werden sollten. Morgens gegen 6 Uhr wurden diese Befehle vollzogen, während gleichzeitig die Truppen einige wichtige Punkte der Stadt für den Fall eines versuchten Straßenkampfes besetzten und die Proklamationen angeschlagen wurden, in welchen der Präsident Volk und Heer von dem, was geschehen war und was fernerhin geschehen sollte, in Kenntnis setzte. Wie die Bevölkerung der großen Stadt, allmählich in die Geschäfte des Tages eintretend, das gewohnte Leben begann, las sie an den Straßenecken ein Dekret, daß im Namen des französischen Volkes die gesetzgebende Versammlung aufgelöst, das allgemeine Stimmrecht wiederhergestellt, der Belagerungszustand über Paris und zehn umgebende Departements verhängt, das französische Volk in Urversammlungen zur Kundgebung seines Willens berufen sei. In der Proklamation an das Volk beschuldigte der Präsident die Nationalversammlung, daß sie ein Herd der Verschwörungen gewesen, daß sie die Hände nach seiner ihm vom Volke übertragenen Gewalt ausgestreckt, daß sie die Ruhe Frankreichs gefährdet habe: so mache er denn das Volk, „den einzigen Souverän, den ich in Frankreich kenne", zwischen sich und der Nationalversammlung zum Richter; „ich lege eine ehrliche Berufung ein an die ganze Nation: wenn ihr wollt, daß der gegenwärtige krankhafte Zustand fortdauert — — dann wählt einen anderen an meinen Platz — — denn ich will nicht länger an der Spitze einer Regierung stehen — — welche mich an das Steuer fesselt, während ich das Schiff dem Untergang zueilen sehe; wenn ihr dagegen Zutrauen zu mir habt, so gebt mir die Mittel, die große Aufgabe zu erfüllen, die ihr mir gestellt." Als solche Mittel nannte er eine zehnjährige Dauer der Re-

gierungsgewalt, die Minister ausschließlich vom Staatsoberhaupte abhängig, Zweikammersystem; ein erhaltender Senat neben einem gesetzgebenden Körper; es seien die Grundlagen einer Verfassung, unter der Frankreich sich schon einmal glücklich gefühlt habe, der Konsularverfassung vom Jahr VIII, über welche das französische Volk nunmehr mit ja oder nein abzustimmen haben werde. Eine zweite Proklamation wendete sich an das Heer, das in diesem Lande, wie einst im alten Rom in der Ära der Bürgerkriege, neben dem Pöbel der Hauptstadt das schwerste Gewicht in die Wagschale zu legen hatte: „wir sind vereinigt durch unauflösliche Bande — wir haben eine gemeinschaftliche Vergangenheit des Ruhms und des Unglücks; in Zukunft werden auch unsere Entschlüsse für die Ruhe und die Größe Frankreichs gemeinschaftliche sein."

Die Verhaftungen waren unterdessen vollzogen worden. Es wurden gefangen gesetzt die Generale Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Oberst Charras, die Volksvertreter Thiers, Baze u. a. sowie verschiedene radikale Volksführer, wie Lagrange. Thiers soll durch eine Stelle seines berühmten Geschichtswerkes, in der er den ersten Napoleon tadelt, daß er sich den Staatsstreich vom 18. Brumaire nicht durch Verhaftung einiger namhafter Parteiführer erleichtert habe, den neuen Napoleon unfreiwillig selbst auf diesen guten Gedanken gebracht haben. Die meisten überraschte man sorglos in ihren Betten. Indes fand sich doch eine Anzahl Abgeordnete in dem gewöhnlichen Sitzungssaale der Versammlung ein. Auch der Präsident Dupin wurde herbeigeholt. Er hatte schon mehr dergleichen erlebt und war nicht daran gestorben; er erhob nur matte Einsprache, als der Führer einer Truppenabteilung, welche Morny dahin beordert hatte, Miene machte, den Saal zu räumen. Mit den fast cynischen Worten: „Wir haben das Recht für uns, das ist klar; aber diese Herren haben die Gewalt, lassen Sie uns gehen" machte er sich davon, um bald dem neuen Herrn zu dienen, der jetzt die Ehren des Staates zu verschenken hatte — so wie er gewohnt war, einer von vielen. Ein anderer Teil der Versammlung, welcher jetzt herankam, sah sich schon von den Truppen mit gefällten Bajonetten empfangen; eine dritte Abteilung hatte sich bei Odilon Barrot zusammengefunden: ein ohnmächtiger Protest war alles, was man thun konnte. Noch einmal kamen etwa 200 Mitglieder auf der Mairie des zehnten Stadtbezirks zusammen, welche man sich als Sammelplatz bestimmt hatte, und hier ward auf den Antrag Berryers eine Proklamation beschlossen, in welcher alle Beamten und Inhaber der öffentlichen Gewalt aufgefordert wurden, bei Vermeidung der Strafe für Pflichtvergessenheit und Hochverrat allen Aufforderungen der Nationalversammlung — und nur diesen, da Ludwig Bonaparte sein

Amt als Präsident verwirkt habe — Folge zu leisten. Zum Befehlshaber der Truppen, von denen freilich nichts zu sehen war, wurde General Oudinot, der unpopuläre Führer der Römischen Expedition, gewählt. Dies waren leere Worte; Polizeimannschaft erschien: und da die Versammelten erklärten, nur der Gewalt weichen zu wollen, so wurden sie in den Hof hinabgetrieben, hier von den Soldaten umringt und in Wagen, mit denen man sonst Sträflinge transportierte, in Sicherheit gebracht, bis alles vorüber war und man sie wieder laufen lassen konnte. Auf ähnliche Weise machte man auch den Versuchen des Staatsgerichtshofes ein Ende, der nach den Paragraphen 68 und 91 der Verfassung sofort in einem Falle, wie der vorliegende, sich zusammenfinden mußte: und da man gleichzeitig auch die Druckereien der großen Blätter militärisch besetzt hatte, so blieb jeder Widerstand vereinzelt und wirkungslos. Der erste Tag, der 2. Dezember, der Tag der Schlacht von Austerlitz und der Kaiserkrönung des ersten Napoleons — denn Louis Napoleon kannte die Welt und gab sich die Miene, selbst an die Napoleonische Legende und ihre geweihten Tage zu glauben — war somit gewonnen. Am 3. versuchte man dem neuen Herrscher gegenüber die alterprobten Künste des Barrikadenbaues, und es kam, während die Masse der Bevölkerung die Veränderung ohne Enthusiasmus wie ohne Mißvergnügen wie etwas Notwendiges und Selbstverständliches über sich ergehen ließ, in der Vorstadt St.-Antoine zu einem Kampfe, bei welchem ein Deputierter der Linken, Baudin, erschossen wurde. Am 4. setzte sich das Barrikadenbauen fort, und der Widerstand schien sich zu mehren. Aber die Kämpfer aus dem Volke, das, wie man ihm hundertmal gesagt hatte, zweimal der Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte und beide Male dafür von ihr „verraten", in jedem Falle beiseite geschoben und mißachtet worden war, blieben diesmal aus: und was die Truppen betrifft, so hatte man ihre Zahl bis auf 80 000 gebracht, Geld und Wein waren nicht gespart worden, und so kam es am Nachmittag des 4. zu einer nutzlosen und niederträchtigen Schlächterei am Boulevard Poissonière, wo die Truppen, ohne provoziert zu sein, wiederholt Feuer gaben und eine nicht geringe Anzahl friedlicher Personen auf den Straßen und in den zunächst gelegenen Häusern, nach deren Fenstern gezielt wurde, ihren Tod fand.*) Auch der Widerstand, welchen die neue Ordnung der Dinge in einigen Departements fand, wurde ohne viele Mühe über-

---

*) Es ist besser, keine Zahlen angeben, als so lächerliche Berechnungen anzustellen, wie Kinglake, Invasion of the Crimea 2, 21 f. (der Tauchnitzer Ausgabe). Das bändereiche Buch enthält vieles schätzbare Material: aber der Verfasser setzt Leser voraus, welche nichts anderes zu thun haben als den Krimkrieg zu studieren.

wältigt; die Toten zählte man nicht, auch nicht die Deportierten. Louis Napoleon versicherte sich durch Beförderungen und Auszeichnungen vieler Offiziere und Beamten, durch Versprechungen höheren Soldes und Schmeicheleien des gesamten Heeres; die bei dem Landvolk so mächtige Priesterkaste gewann er, indem er das Pantheon, welches sich seit 1791 die Revolution und die Kirche streitig machten, der letzteren als St.-Genovevenkirche zurückgab und damit seinen guten Willen gegen einen Stand bekundete, der die Republik nur annimmt, wenn er nicht anders kann, während er im allgemeinen die Monarchie, wo ihm mehr Hintertreppen und Seitenthüren offen stehen, vorzieht. Den Staats- und Gemeindebeamten wurde die Sonntagsarbeit untersagt, und andere Maßregeln atmeten denselben Geist; bald hörte man von den geduldigen Kanzeln und Altären herab das Domine fac salvum Napoleonem, wie man zuvor das Domine salvam fac rempublicam oder salvum fac regem gehört hatte, und am 1. Januar 1852 sprach auch der Papst in einem Schreiben an den General, der die Truppen in Rom kommandierte, seinen Segenswunsch über die That des 2. Dezembers aus.

Die Abstimmung über die Grundlagen der neuen Konsularverfassung erfolgte am 21. und 22. Dezember. Sie war nicht frei, wie sich denken läßt, aber sie ergab gleichwohl einen richtigen Ausdruck dessen, was der Wille oder, wenn man lieber will, die augenblickliche Stimmung der überwiegenden Mehrheit des französischen Volkes war; eine Stimmung, zu welcher der eine auf diesem, der andere auf jenem Wege, der eine durch unklare Gefühle oder Erinnerungen, der andere durch Widerwillen gegen das unfruchtbare parlamentarische Wesen oder durch Resignation gekommen sein mochte, die aber doch allgemein genug war, um als Nationalwille gelten zu können. Es waren 7 500 000 Ja gegen 650 000 Nein in ganz Frankreich; in Paris standen die Bejahenden zu den Verneinenden 196 000 gegen 95 000. Die gefangenen Deputierten und Generale wurden wieder in Freiheit gesetzt, nachdem die von dem Präsidenten nach dem Staatsstreich eingesetzte „beratende Kommission" die Stimmenzählung geprüft und deren Ergebnis ihm mitgeteilt hatte. Am Abend desselben Tages (31. Dezember) erschien das diplomatische Corps, um dem Manne, der die Revolution gebändigt und die Gesellschaft gerettet — so ungefähr lautete jetzt die Parole der europäischen Reaktion, wenn ihr gleich die Person des Retters nicht so recht zusagte — ihren Glückwunsch darzubringen. Im Innern aber war jetzt ein neuer Mittelpunkt gegeben, um den sich die Schmeichler, die Geld- und Ämtergierigen, die Sophisten und Rhetoren jeder bestehenden Gewalt drängten. An der Spitze seiner Geistlichkeit war auch der Erzbischof Sibour von Paris erschienen, um den Prinzpräsidenten,

wie man ihn nunmehr nannte, zu beglückwünschen, der mit dem neuen Jahre den alten Palast der französischen Herrscher, die Tuilerien, bezog und am 14. Januar 1852 kraft der Abstimmung vom 20. und 21. Dezember und der ihm damit übertragenen Vollmacht die neue Verfassung verkündete.

Diese Verfassung vereinigte eine ungeheure Gewalt in den Händen des Oberhauptes, dem sie vorab alle Macht und alle Gerechtsame zusprach, welche in monarchisch-regierten Ländern dem Könige zukommen. Sie erklärte den Präsidenten für das verantwortliche Oberhaupt des Staates — „verantwortlich vor dem französischen Volke" — und sprach ihm das Recht zu, dem Volke seinen Nachfolger zu empfehlen. Die Initiative zu Gesetzvorschlägen blieb ihm ausschließlich überlassen. Die gesetzgebende Gewalt stand dem Präsidenten, dem von ihm ernannten Senate, dem vom allgemeinen Stimmrecht gewählten gesetzgebenden Körper zu. Aber die Sitzungen dieser letzten beiden Körperschaften waren geheim; der gesetzgebende Körper bewilligte die Steuern und stimmte den an ihn gebrachten Gesetzvorschlägen zu oder verwarf sie, er konnte sie aber nur amendieren, wenn der Staatsrat diese Änderungen genehmigt hatte. Der Senat prüfte nur die Verfassungsmäßigkeit der neuen Gesetze. Für die tiefe Jämmerlichkeit dieser Rolle wurden diejenigen, denen ihr Ehrgefühl gestattete, Senatoren oder Mitglieder des Corps législatif zu werden, mit sehr reichlich bemessenen Besoldungen entschädigt, 30 000 Frank der Senator, 15 000 der Deputierte: damit also hatte jene Revolution geendigt, welche durch die sittliche Entrüstung über die Korruption des Systems von Louis Philipp und Guizot hervorgerufen worden war.

Der Prinz-Präsident setzte sein Ministerium aus seinen ergebensten Anhängern zusammen, von denen Persigny an Mornys Stelle das Innere erhielt. Die Wahlen zum gesetzgebenden Körper fanden am 29. Februar statt. Nach der neuen Verfassung bezeichnete und empfahl die Regierung ungescheut und offen den Wählern die ihr genehmen Kandidaten für jeden der 261 Wahlbezirke: und da diese Empfehlung von dem ganzen Apparat der in Frankreich so mächtigen, dabei aber bis zum letzten Feldhüter von der Regierung ernannten Administrativgewalt unterstützt wurde, so fielen die Wahlen durchaus im Sinne der neuen Herrschaft aus. Ein Dekret vom 22. Januar konfiszierte die Güter der Familie Orleans, soweit sie Krongut waren, und befahl für die übrigen den Zwangsverkauf innerhalb Jahresfrist; ein anderes bestimmte, daß die Offiziere der Nationalgarde künftig ausschließlich von der Regierung ernannt werden sollten, welche auch die Maires sämtlicher Gemeinden ernannte; eine dritte Verordnung gab der Regierung die Presse in die Hand, indem sie verfügte, daß keine

Zeitung ohne ihre Erlaubnis erscheinen dürfe und diese Erlaubnis jederzeit, nachdem zwei Verwarnungen vorausgegangen, zurückgezogen werden könne.

Am 29. März wurde Senat und gesetzgebender Körper zum erstenmale eröffnet, und gleichzeitig trat die neue Verfassung in Kraft und hatte die Diktatur ein Ende. Der Prinz hielt in seiner Eröffnungsrede, in welcher er übrigens ganz als Monarch sprach, den Namen der Republik noch fest. „Erhalten wir die Republik, sie bedroht niemand und kann jedermann beruhigen"; — indes deutete er doch auf die Möglichkeit hin, „von Frankreich im Namen seiner eigenen Ruhe einen neuen Titel zu fordern, durch welchen die Macht, die es mir übertragen hat, mir ein für allemal übertragen würde."

Die „großen Staatskörper" saßen drei Monate. Der Senat, dem dies in der Verfassung vorbehalten war, bestimmte dem Präsidenten ein Gehalt von 12 Millionen Frank, was dessen Gläubigern tröstlich zu hören war. Der gesetzgebende Körper setzte nach einem Schema, das keine wirksame Beaufsichtigung möglich machte, das Budget fest, in welchem unter anderem 80 Millionen, um die Arbeiter zu beschäftigen, figurierten. Alsdann machte der Präsident eine Rundreise durch das Land, wo er mit Begeisterung empfangen wurde, — wenn man sich dieses Wortes für eine Stimmung bedienen darf, welche aus Furcht vor noch Schlimmerem einer Staatsänderung Beifall gab, bei welcher so viele Eide gebrochen worden, und die doch nur mit Hilfe verwerflicher Mittel ins Werk gesetzt worden war. Von allen Seiten aber ermutigte man ihn, den letzten Schritt zu thun, den er nur zum Schein noch vorbehalten hatte — das Kaisertum herzustellen; daß damit die Sache schließen werde, schließen mußte, war von Anfang an nicht zweifelhaft gewesen.

Der Senat wurde demnach auf den 4. November nach Paris berufen und demselben der Antrag auf „Wiederherstellung" des Kaiserreichs vorgelegt. In den Motiven war gesagt, daß das Volk in dieser Wiederherstellung eine Bürgschaft für seine Interessen und eine Befriedigung seines rechtmäßigen Stolzes finde; sie schließe das Zeitalter der Revolutionen und richte wieder auf, was das vereinigte Europa vor 37 Jahren umgestürzt habe. Bei dem Senat, der über diese Verfassungsänderung zu befinden hatte, bedurfte es der umständlichen Motivierung einer Maßregel nicht, für welche jedes Mitglied dieser Körperschaft, wie man sehr im geheimen spottete, seine 30 000 Gründe hatte. Schon am 7. war das „Senatuskonsult" fertig, das dann dem Volke vorgelegt und durch ein neues „Plebiszit", 7 800 000 Ja gegen 253 000 Nein, am 21. November angenommen ward. Der neue Kaiser eignete sich trotz der Volksabstimmung die dynastisch-legitimistische

Fiktion an, indem er sich **Napoleon III.** nannte — so, als „Napoleon III., durch die Gnade Gottes und den Willen der Nation Kaiser der Franzosen" wurde er am 2. Dezember 1852 ausgerufen.

Die Revolution war also auch hier an ihrem Hauptkrater und Eruptionskegel geschlossen. Sie hatte hier mit einem Ergebnis geendigt, welches kein menschlicher Scharfsinn vorausgesehen hätte, als die ersten Nachrichten von den Ereignissen des Februar 1848 durch Europa flogen, und sie war an einem Punkte angelangt, der ihrem Ausgangspunkte gerade entgegengesetzt war. Sie war ausgegangen von einer Bewegung des Unwillens gegen ein konstitutionelles Scheinregiment und sollte den Kreis der Wahlberechtigten erweitern; indem man die Flamme zu nahe an das stets gefüllte Pulverfaß hielt, war Thron und Pairie, Deputiertenkammer und Ministerium und alles in die Luft geflogen. Eine sehr kurze Zeit berauschte sich Frankreich und ein Teil des übrigen Europa an dem historischen Namen einer französischen Republik; aber die „Freiheit", welche eine gedankenlose Tagesmeinung an diese Staatsform von sehr zweifelhaftem Wert und an diesen Namen gebunden glaubte, faßte keine Wurzel, weil der Boden für dieselbe nicht tief genug und nicht ausreichend vorbereitet war: keine Partei hätte Opferfähigkeit genug besessen, sich dem zu unterwerfen, was die Mehrheit der Nation oder ihrer Repräsentanten hätte beschließen mögen. Der einen Partei stand die Republik, der andern das Königtum von Gottes Gnaden über dem allgemeinen Stimmrecht. Was aber schlimmer war: die Nation, berufen, nach dem freiesten Modus der Wahl ihre künftige Regierung und Staatsverfassung selbst zu bestimmen, wußte selbst nicht, was sie wollte, und strafte die Meinung Lügen, als sei es das Richtige, eine Staatsform auf dem Wege **allgemeiner Abstimmung** zu gründen. So war das Unglaubliche geschehen: ein Abenteurer, der sich zweimal vor der gesamten Nation lächerlich gemacht, saß jetzt auf einem neuen Throne, den ihm das Ruhebedürfnis eines arbeitsamen Volkes und der ruhmreiche Name seines Oheims aufgerichtet hatte, und den er, in einer kritischen Stunde sein Leben einsetzend, mit wenigen kecken Schritten bestieg. Von Freiheit war in dieser neuen Ordnung der Dinge nicht die Rede. Es war eine persönliche Tyrannis, die sich auf die Massen und ihre durchaus nicht politischen Interessen stützte. Nur wie zum Hohne war das allgemeine Stimmrecht geblieben, mit ingrimmiger Wut sahen sich die Republikaner besiegt und geprellt: und wie der Radikalismus gemeinhin kindisch genug ist, was er haßt, auch zugleich verachten zu wollen, so bemühten sich jetzt die Führer der Partei, welche „die Revolution" als ein Prinzip, als etwas an und für sich Berechtigtes und Lobenswertes hinstellten, die Victor Hugo, Louis Blanc und andere, den Usurpator

als Napoleon den Kleinen lächerlich zu finden, wie sie ihn auf der andern Seite der Welt als blutigen Despoten, als Meineidigen und Verräter mit der ganzen Rhetorik ohnmächtigen Hasses darstellten. Nicht sie hatten ein Recht ihn so zu finden, selbst wenn er so unbedeutend und so grausam gewesen wäre, wie sie ihn machten. Wer die Revolution so leicht nimmt, der darf sich nicht wundern, wenn andere den Staatsstreich nicht schwer nehmen: und wer sich kein Gewissen daraus macht, einem Monarchen den Eid zu brechen, der wird sich gefallen lassen müssen, daß sich auch solche finden, welche sich nicht gebunden glauben, der Republik Wort zu halten.

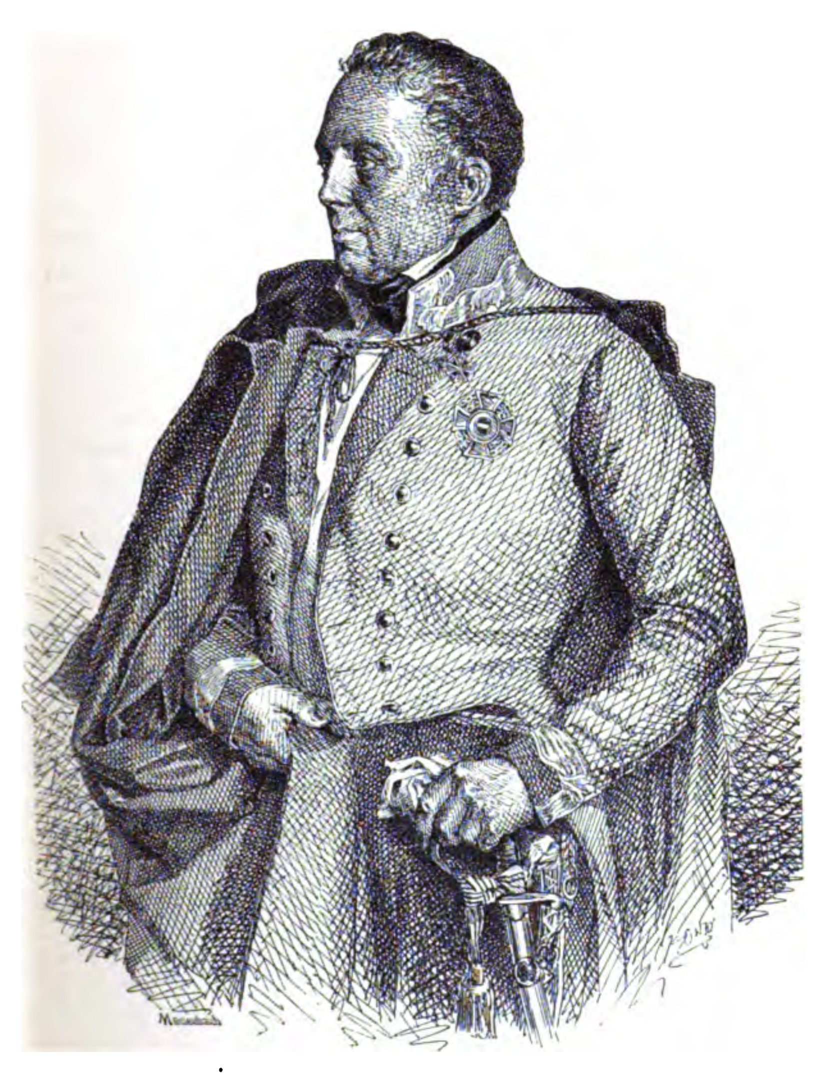
2. Italien.

a. Von der Erhebung Mailands bis zur Schlacht bei Custozza und dem Waffenstillstand.

Einen ganz anderen Charakter tragen die gleichzeitigen Ereignisse in Italien. Hier entbrannte der Kampf nicht durch Mißverständnisse und Zufälle, und nicht einige wenige Hitzköpfe und Ehrgeizige waren es, welche ein großes Volk über Nacht in eine Revolution hineinstießen, die es nicht gewollt: hier war vielmehr eine schmählich mißhandelte, unter Fremdherrschaft und einheimischer Mißregierung seufzende Nation, welche mit vollem Recht den günstigen Augenblick ergriff, um sich ihre nationale Existenz zu erobern, und um sich frei zu ringen aus einem unwürdigen thatsächlichen Zustande, den keine Verjährung, keine Papiere und Pergamente zu einem rechtsgültigen machen konnten.

Die Ereignisse, haben wir gesehen, waren hier schon im Fluß, als die Februarkatastrophe in Paris eintrat und bald von jenseit der Berge die Nachrichten sich überstürzten, deren letzte gewaltigste die war, daß auch am Sitze der Unterdrückung, in Wien, die Revolution ausgebrochen, und daß vor ihrer unwiderstehlichen Macht der Mann, dem jeder Mund in Italien fluchte, Fürst Metternich, entflohen sei. Am 13. März hatte die Revolution in Wien begonnen: am Morgen des 18. las man an den Straßenecken von Mailand das Telegramm, welches von den Zugeständnissen, die der Kaiser gemacht hatte, Nachricht gab. Der Augenblick, der langersehnte, „die gottgegebene Stunde", war gekommen: und schon um 10 Uhr waren geschriebene Zettel mit allerlei aufregenden Forderungen — provisorische Regierung, Errichtung einer Bürgergarde, Neutralität der österreichischen Truppen — in Umlauf; zwei Stunden später war schon der Aufstand in vollem Gange. Die Menge bemächtigte sich des Gubernialgebäudes, und der Graf O'Donnell, welcher an der Stelle des Vicekönigs Erzherzog Rainer, der den Tag zuvor abgereist war, die Regierung führte, gab der

Municipalität von Mailand Vollmacht, eine Bürgergarde zu errichten. Allein an der Spitze der Truppen stand ein entschlossener alter Degen, der 82jährige Feldmarschall Graf Joseph Radetzky, der, am 2. November 1766 in Böhmen geboren, schon im Türkenkriege 1788 unter Laudon gefochten hatte, im Jahre 1813 Chef des österreichischen Generalstabes gewesen und seit 1831 Gouverneur der Lombardei war. Ihn überraschten die Ereignisse nicht, die er hatte kommen sehen; in zehn Minuten stand die Garnison unter Waffen; das Gubernialgebäude wurde den Aufständischen wieder abgenommen, der Dom besetzt, die Zugeständnisse O'Donnells für nichtig erklärt, der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Der Kampf aber war bereits ernstlich entbrannt und dauerte Sonntag den 19. ununterbrochen fort. Die Aufständischen wurden allenthalben in den Häusern und von den Häusern herab unterstützt: im ganzen war es ein ehrlicher Kampf, der nichts von raffinierten Greueln und nichts von theatralischen Bravourstücken zeigte. Radetzky zog, um die Verpflegung zu erleichtern, seine Truppen aus dem Innern der Stadt heraus und besetzte den Wall; er hoffte die Stadt durch eine Art von Blockade zum Gehorsam zurückzuzwingen. Unterdessen aber trug der Schall der Sturmglocken die Nachricht von dem entbrannten Kampfe durch das offene Land; vom Mailänder Dome herab sah man die dreifarbige italienische Fahne, ein weithin sichtbares Signal, wehen. Radetzky erkannte richtig, daß inmitten einer aufständischen Bevölkerung eines ganzen Landes er mit seinen 10 000 Mann nicht die zum Äußersten entschlossene Stadt von 160 000 Einwohnern halten könne, — daß er Mailand aufgeben mußte, wenn er seinem Kaiser die Lombardei retten wollte. Bereits umschwärmten bewaffnete Banden in immer wachsender Zahl die Stadt. Es war möglich, daß diesen schon in wenigen Tagen ein ernsterer Gegner, das piemontesische Heer, folgte; die Waffenehre war in fünftägigem Kampfe, in welchem die Soldaten in Entbehrungen das Äußerste geleistet hatten, gerettet worden: so gab am 22. der Feldmarschall seine Befehle und trat mit 15 000 Mann und 50 Geschützen, einigen Hundert Verwundeten und Familien von Beamten und Offizieren den Rückzug an, indem er zugleich etliche 70 namhafte Gefangene als Geiseln mitführte. Am 2. April langte er auf dem Wege, den er 1799 unter Suwarow und Melas siegreich zurückgelegt hatte, ungefährdet und unverfolgt in Verona an. Dort blieb er stehen und richtete sich ein, indem er von überall die ausgesetzten Posten und Garnisonen an sich zog und Mantua durch General Wohlgemuth besetzen ließ: hinter ihm her erscholl brausender Jubel über die „Flucht der Österreicher" durch das ganze Land und erfüllte überall die Gemüter auf der Halbinsel mit dem Vorgefühl großer und entscheidender Geschicke.



Graf Joseph Radetzky, österreichischer Generalfeldmarschall.

(Nach Kriehubers Bild von 1849, gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)



Denn auch die zweite Hauptstadt des österreichischen Italiens, Venedig, war bereits frei. Hier hatte der Aufstand keinem Radetzky sich gegenüberbefunden. Der dortige Kommandant Graf Zichy, von dem ein böses Wort cirkulierte — daß gegen die Italiener ein Stock genüge —, hatte 6000 Mann zur Verfügung: allein die Hälfte derselben bestand aus Italienern, und als auf die Nachrichten von Wien die Bevölkerung unruhig wurde, gestattete der Gouverneur Graf Palffy, um Unruhen und Blutvergießen zu vermeiden, die Errichtung einer Bürgerwehr. Aber er ließ sich nun, da man, seine Schwäche gewahr werdend, ihm härter zusetzte, weiterdrängen. Am 22. März schloß er eine Übereinkunft, nach welcher die ganze Civil- und Militärregierung in die Hände einer provisorischen Regierung übergehen, die sämtlichen nicht italienischen Truppen abziehen, alles Material zurückgelassen werden sollte. Am 23. ward die provisorische Regierung eingesetzt, an deren Spitze als Präsident Daniel Manin trat: sie sah sich, Dank der Erbärmlichkeit der österreichischen Machthaber, im Besitz der Stadt und der Forts, nebst 30 000 Musketen und öffentlichen Geldern im Betrage von mehreren Millionen.

Die Unabhängigkeitsbewegung griff um sich wie eine Flamme in trockenem Stroh, vom Sturme getrieben; in wenigen Augenblicken hatte sie alle Landschaften Italiens erfaßt. Der Herzog von Modena war seit dem 20. flüchtig; der von Parma zog die Unterwerfung vor und küßte gehorsam die dreifarbige Fahne, indem er sein Bedauern aussprach, daß er seither genötigt gewesen sei, Österreich zu dienen; in Florenz glaubte der Großherzog gleichfalls dem allgemeinen Verlangen sich nicht widersetzen zu können. „Die Stunde von Italiens Auferstehung ist unversehens angebrochen", sagte er in einer Proklamation an das Volk; in einer andern an das Heer, vom 5. April, erklärte er sich ebenso unumwunden für die „heilige Sache der italienischen Unabhängigkeit", für welche sich alsbald allenthalben Tausende tumultuarischer Kämpfer waffneten. Zu Rom hatte die Nachricht, daß in Wien die Republik ausgerufen sei (21. März), die Bevölkerung zu denselben Demonstrationen wie überall begeistert. Die Aufregung, durch widersprechende Nachrichten über die Wechselfälle des Kampfes in Mailand gesteigert, nahm zu, und man gab dort den wilden Kräften, die sich immer ungestümer regten, einen Ausweg, indem man die schlecht organisierten Truppen und die rasch sich bildenden Schwärme modernster Crociati oder Kreuzfahrer unter dem Befehl des Generals Durando nach der nördlichen Grenze des Kirchenstaates entsandte. Am 30. März erließ der Papst eine Proklamation an die Völker Italiens, die freilich mit vielen Worten wenig sagte, aber von dem enthusiasmierten Volke wie ein Orakelspruch so gedeutet wurde, wie es der

augenblicklich vorwaltenden Stimmung zusagte. „Die Ereignisse", sagte der Papst, „welche in den zwei letzten Monaten mit so reißender Schnelligkeit sich folgten, sind kein Menschenwerk; wehe dem, der in diesem Winde, welcher Cedern und Eichen splittert, nicht die Stimme des Herrn vernimmt —!" Das aufgeregte Volk wendete sich auch bei dieser Gelegenheit zu seinem großen Mißfallen gegen die Jesuiten: besser gefiel ihm, daß in Mailand und Venedig sofort von den provisorischen Regierungen die ungehemmte Korrespondenz der Bischöfe mit dem Päpstlichen Stuhle zugestanden wurde. Die Zeiten waren schwer; man mußte mitnehmen, was sich darbot, ohne allzu wählerisch zu fragen, von welchem Winde es herzugetragen wurde.

Auch Neapel wurde von derselben Unabhängigkeitsbewegung mit fortgerissen. Der österreichische Gesandte, Fürst Felix Schwarzenberg, den wir bereits kennen, verließ das Land. Am 3. April setzte König Ferdinand ein aus lauter liberal und national gesinnten Männern bestehendes Ministerium ein, an dessen Spitze der greise Carlo Troya stand, der sich als Patriot und Geschichtsforscher einen Namen gemacht hatte, und der auch die in jenen Tagen für einen italienischen Ministerposten fast unentbehrliche Legitimation langjähriger Verbannung unter der reaktionären Regierung vorweisen konnte. Sein Programm verhieß die dreifarbige Fahne und neben allerlei liberalen Verbesserungen der kaum erst gegebenen Verfassung energische Beteiligung am nationalen Kriege: auch von Neapel eilten Freiwillige in großer Zahl dem nördlichen Kampfplatze zu, während das Gesindel wohlweislich in dem sichern Neapel zurückblieb und dort ungestraft revolutionären Unfug trieb. Mit der Marschfertigkeit des neapolitanischen Heeres wollte es nicht recht vorwärts, doch zählte die nationale Partei hauptsächlich auf die neapolitanische Flotte, welche der geringfügigen österreichischen Seemacht gegenüber ein erhebliches Gewicht in die Wagschale legen konnte. Der König selbst entschloß sich sehr ungern zu der neuen Politik, deren Früchte, wenn sie solche trug, doch — wie er sich nicht verhehlte — nicht ihm, sondern einem andern zufallen mußten.

Denn darüber war kein Zweifel möglich, daß die Leitung des Unabhängigkeitskampfes nur Piemont und sein König Karl Albert, der ehemalige Karbonaro des Jahres 1821, übernehmen konnte. Selbst wenn ihn nicht der tief eingewurzelte Haß gegen Österreich und ein in der Geschichte seines Hauses wie in seiner ganzen Stellung begründeter und natürlicher Ehrgeiz vorwärts getrieben hätte: für ihn war es, wie am 23. März einer seiner Minister es gegen den englischen Botschafter aussprach, eine einfache Pflicht der Selbsterhaltung, in diesen Kampf einzutreten, für welchen man schon vor den Ereignissen in Paris,

von beiden Seiten, von österreichischer wie von sardinischer, in Wien und in Turin als für etwas Unvermeidliches vorbereitet war. Am 6. März hatte der König sich mit einem neuen Ministerium umgeben, an dessen Spitze der treffliche Graf Cesare Balbo stand. Die Armee ward auf den Kriegsfuß gestellt, am 24. den Lombarden die erbetene Hilfe, „welche Brüder von Brüdern erwarten können“, im Vertrauen auf Gott, „der Italien einen Pius IX. gegeben“, angekündigt; zwei Tage später schon rückten piemontesische Truppen in Mailand ein. Mit allen Streitkräften, die in so kurzer Zeit marschfertig gemacht werden konnten — es mochten etwa 24 000 Mann sein — folgte der König. Daß es einen sehr ernsten Krieg gelte, verhehlte Karl Albert sich nicht, dessen Fehler es nicht war, die Dinge zu leicht zu nehmen. Die Nachrichten von völliger Auflösung des österreichischen Heeres, mit welchen die überspannten, vom Taumel ergriffenen Lombarden ihm schmeichelten, erwiesen sich sehr bald als irrig. Radetzky hatte hinter dem Mincio eine in der Kriegsgeschichte berühmte Stellung genommen, welche durch die Festungen Peschiera, Mantua, Verona und Legnago charakterisiert wird, und die einen Landstrich von etwa 18 Quadratmeilen zwischen Gardasee, Etsch und Mincio umfaßt. Hier am Mincio, noch an dessen rechtem Ufer, bei dem Städtchen Goito, kam es am 8. April zum ersten bedeutenderen Gefecht, bei welchem beide Teile rühmliche Tapferkeit bewiesen, die Österreicher aber vor der überlegenen feindlichen Artillerie mit Hinterlassung einiger Gefangenen zurückweichen mußten; es läßt sich denken, daß dieser kleine Erfolg in ganz Italien mit den ungeheuersten Übertreibungen als ein großer Sieg verkündigt wurde. Zu einem ernsteren Kampfe kam es am 6. Mai bei Santa Lucia, einem Dörfchen südwestlich von Verona, wo die Österreicher, etwa 30 000 Mann, gegen die Piemontesen, welche mittlerweile auf 40 000 angewachsen waren, in günstiger Stellung eine Verteidigungsschlacht schlugen, die nachmittags 4 Uhr, nach rühmlichem Kampfe, mit dem Rückzug der Piemontesen endigte. Am Abend hatten beide Heere die Stellungen wieder bezogen, die sie am Morgen innegehabt; aber dem österreichischen Heere war sein volles Selbstvertrauen zurückgewonnen, während auf der andern Seite die zahlreichen dilettantischen Mitkämpfer im sardinischen Heere und die noch viel zahlreicheren, vorlauteren und gefährlicheren Mitsprecher in den Klubs, — der Mailänder Volkswitz nannte sie die Helden des sechsten Tages — durch diesen ersten Mißerfolg bereits Gelegenheit erhielten, Karl Alberts Ansehen zu untergraben.

Schon jetzt begann den Italienern das notwendigste aller Kriegsmittel, die Einigkeit, zu fehlen. Bereits bestand neben der piemontesisch-monarchischen Partei eine republikanische, welche Karl Albert

ebenso sehr haßte, als sie von ihm gehaßt wurde, und welche hier mehr noch als in Deutschland die größte Virtuosität darin zeigte, stets zur unrechten Zeit an der unrechten Stelle zu sein. Der militärische Wert der Freiwilligen, welche aus allen Ecken Italiens herbeiströmten, war, für den Augenblick wenigstens, ein sehr geringer, um so größer waren ihre Ansprüche, ihre Zuchtlosigkeit, ihre Uniform- und Soldatenspielerei; schlimmer aber war, daß in einem Augenblicke, wo dieses Land nur einen Gedanken haben durfte, den Unabhängigkeitskrieg, der politische Hader zwischen Konstitutionellen und Mazzinisten in dem befreiten Lande den größten Teil der Kraft und Aufmerksamkeit in Anspruch nahm; die Menschen agitierten, wühlten, räsonnierten, wo sie entweder selbst hätten exerzieren oder zum mindesten andere nicht im Exerzieren hätten stören sollen. Die Bewohner von Parma und Altmodena allerdings erklärten mit ungeheurer Mehrheit am 13. Mai ihre Einverleibung in Piemont; dagegen wollten die südlich vom Apennin gelegenen Teile des letztgenannten Herzogtums mit Toscana vereinigt sein, und Venedig blieb, was der italienischen Sache den größten Nachteil brachte, eine Republik für sich; mit den übergetretenen italienischen Truppen des österreichischen Heeres wußte man, da es sehr an Offizieren fehlte, nichts zu machen, und das Beispiel derselben fand wenig Nachahmung: wo aber Karl Albert den Versuch machte, mit den Mailändern und anderen Städtern ebenso zu verfahren, wie einst in alten Tagen in ähnlicher Stellung König Pyrrhus mit den Tarentinern verfahren war, da stieß er sofort auf Widerwillen und Widerstand.

Der Gedanke an eine auswärtige Allianz, welche der Natur der Sache nach sich nur auf England und Frankreich hätte richten können, war nicht ernstlich ins Auge gefaßt worden. Der Sturm war so plötzlich und so überwältigend gekommen, die Revolution in Wien und deren weitere Folgen erschienen so günstig, daß man anfangs gar nicht daran zweifelte, daß Italien allein und mit eigenen Mitteln fertig werden würde, und daß man dieses geflügelte Wort: „Italien wird es allein fertig bringen“, Italia farà da se, mit einem gewissen Nachdruck gerade demjenigen Verbündeten zu hören gab, von welchem allein eine thätige Unterstützung zu erhoffen war, der Französischen Republik: von England war ein thätiges Eingreifen nicht zu erwarten. Man fürchtete, daß die Franzosen sich ihre Einmischung mehr oder weniger teuer würden bezahlen lassen, und sagte sich, soweit man überhaupt vorausdachte, daß es zu einer Einmischung Frankreichs noch immer Zeit sein würde, — daß dies die letzte Karte sei, die erst dann sich von selber ausspielen werde, wenn wider Hoffen die Dinge eine schlimme Wendung nehmen würden. Ihrerseits hatte die Französische Republik

keinen Grund, vorschnell einzugreifen, wo man ihre Hilfe noch gar nicht begehrte. Lamartine lehnte es ab, das Einrücken Karl Alberts in die Lombardei, wie dieser wünschte, förmlich zu billigen; er so wenig wie Bastide, der seit dem 11. Mai das französische Ministerium des Auswärtigen verwaltete, wollte einen mächtigen italienischen Staat an den Thoren Frankreichs; man begnügte sich also, ein starkes Beobachtungscorps aufzustellen, welchem man den prächtigen Namen der Alpenarmee gab. In Deutschland, das späterhin der beste und wirksamste Verbündete Italiens geworden ist, lagen die Dinge noch so wirr durcheinander, daß von einer Erkenntnis der gemeinsamen Interessen beider Länder noch keine Rede sein konnte. Die demokratische Partei sympathisierte dort allerdings mit den Italienern, aber nur aus Gründen des unvergorensten revolutionären Doktrinarismus, und sie war eine Minderheit; im ganzen betrachtete man die Stellung Österreichs in Italien als eine Art deutscher Ehrensache und freute sich der Siege Radetzkys als deutscher oder halbdeutscher: ein großer Sturm erhob sich in der Frankfurter Versammlung, als ein unverzagter Radikaler des Katheders, Arnold Ruge, den Österreichern in Italien Niederlagen wünschte. Die Schweiz wurde durch eine piemontesische Depesche vom 6. April um ein Schutz- und Trutzbündnis angegangen; aber die Tagsatzung, welcher die Bundesregierung die Sache vorlegte, lehnte ab; die Schweiz konnte und wollte ihre Neutralität nicht aufgeben und hatte allerdings auch allen Grund, in so gefährlichen Zeitläuften behutsam zu verfahren. Einigermaßen komisch war es freilich, wenn man hier das sehr wohlmotivierte Nichtsthun noch weiter damit begründete, daß man nach dem Sonderbundskriege seine Kräfte erst wieder sammeln müsse, wie etwa, wenn jemand sein Nichterscheinen in einer Gesellschaft damit entschuldigen wollte, daß er vor sechs Monaten Nasenbluten gehabt habe. Eine Zeitlang aber bot sich eine andere Möglichkeit, nämlich die eines gütlichen Abkommens mit Österreich selber. Es dämmerte in jenen Tagen in einem Teile der österreichischen Staatslenker die Erkenntnis, daß es für den Kaiserstaat vielleicht nicht so übel sein möchte, des italienischen Besitzes los zu werden, wie einst des belgischen, — daß dem Kaiser noch immer schöne Länder und schwere Aufgaben genug übrigblieben. Es entspannen sich unter dem Ministerium Ficquelmont im April durch den Grafen Hartwig Unterhandlungen in dieser Richtung, bei welchen England eifrig die Vermittelung übernahm. Eine nicht geringe Thätigkeit mit Memoranden, vertraulichen Sendungen, guten Ratschlägen wurde entwickelt: am 13. Juni ging der Minister Wessenberg sogar so weit, daß er von Innsbruck aus ein Schreiben an den damaligen Präsidenten der Lombardei, Grafen Casati, richtete, in welchem er eine Unterhand-

lung bot, deren Basis die völlige Lostrennung der Lombardei von Österreich gegen Übernahme eines verhältnismäßigen Anteils an der österreichischen Staatsschuld sein sollte. Das Anerbieten wurde ziemlich schnöde abgelehnt, die Kriegspartei am Hofe zu Wien und die Führer des Heeres atmeten auf. Überall im weiten Staate war Anarchie und Chaos, — hier aber im Lager Radetzkys war Ordnung, klarer Befehl und sicherer Gehorsam und ein deutlich vorgezeichnetes Ziel: an dieser wichtigen Stelle dem Staate einen gerechten, ehrenvollen Frieden zu erkämpfen und dadurch einen festen Punkt zu gewinnen, von dem aus auch dem übrigen Reiche wieder Kraft und Halt gegeben werden könnte.

Mit dem Italia farà da se sah es bereits nicht mehr zum besten aus, und die erste Enttäuschung kam von Rom her, wo allmählich die Legende, die man sich über Pio Nono zurecht gemacht hatte, vor der unerbittlichen Notwendigkeit und Wirklichkeit der Dinge zu schwinden begann. Papst Pius, dessen Doppelstellung als Haupt der katholischen Christenheit und als italienischer Fürst eine höchst peinliche war, glaubte mit dem, was seither geschehen, schon bis an die äußerste Grenze gegangen zu sein. Die Bevölkerung von Rom aber, stets bunt gemischt und jetzt mehr als je mit fremden Elementen versetzt, bedrängte ihn durch ein tumultuarisches Treiben, bei welchem allerlei Launen wechselnd zu Tage traten: während ein Teil dieses Volkes, noch ganz mittelalterlich gestimmt, sich ärgerte, wenn der Papst, ein menschlich fühlender Mann, die Mauer um das Judenviertel niederreißen ließ, eignete sich ein anderer die modernsten socialistischen und kommunistischen Ideen aus der Pariser Fabrik an und karikierte das berühmte Recht auf Arbeit, indem er sich vorläufig ein sehr ausgiebiges Recht auf Müßiggang nahm. Der Papst beherrschte die Situation längst nicht mehr. Sein General Durando erließ am 5. April eigenmächtig einen Aufruf an die Truppen, in welchem er diesen sagte, daß sie mit den Lombarden Gefahr und Sieg teilen — daß ihre Waffen, vom Papste gesegnet, mit denen Karl Alberts sich zur Ausrottung der Feinde Gottes und Italiens vereinigen würden. Dies war sehr gegen den Sinn des Papstes, der seine Truppen in der Hand behalten wollte; aber es kam noch schlimmer. General Durando stand am Po, schon hart an der Grenze; seine Truppen verlangten mit Ungestüm hinübergeführt zu werden; auf einen Befehl Karl Alberts, — gegen seine Instruktion, entschloß sich Durando am 21. April zu diesem Übergang.

Auch von seinen Ministern wurde der Papst nun bestürmt, an Österreich den Krieg zu erklären. Über die geistliche Seite der Frage werde er von Gott und seinem eigenen Gewissen sich inspirieren lassen,

aber die politische Notwendigkeit verlange die Teilnahme am nationalen Kriege. Allein der Papst ließ sich — und niemand dürfte ihm das zum Vorwurf machen — einfach vom Papsttum inspirieren: in einer Allokution vom 29. April, die keiner der Minister vorher kannte, sprach er ganz das Gegenteil von dem aus, was diese wollten. Er habe, sagte er, seine Truppen nur zur Verteidigung des Kirchenstaates an die Grenze rücken lassen: „Wenn aber jetzt", hieß es weiter, „einige verlangen, daß auch Wir mit den anderen Fürsten und Völkern Italiens Krieg gegen die Österreicher erheben, so achten Wir es für geeignet, klar und offen zu erklären, daß dieses durchaus weit von Unseren Absichten entfernt ist." Er dachte daran, einen Italienischen Bund unter päpstlichem Vorsitze zu stande zu bringen, und erließ Einladungen an die italienischen Fürsten, Bevollmächtigte zu diesem Zwecke nach Rom zu schicken; auf der andern Seite verlangte Karl Albert vielmehr, daß die päpstliche Regierung Abgeordnete zu einem gemeinsamen Kriegsrat senden solle. Die Minister nahmen infolge der päpstlichen Allokution sofort ihre Entlassung; der Municipalrat von Rom machte sich zum Organ der allgemeinen Erregung, indem er in einer Adresse an den Papst aussprach, daß man von ihm, dem Boten des Friedens, nicht verlange, daß er das römische Volk zum Kriege aufrufe; nur möge er nicht verhindern, daß diejenigen, denen er die zeitlichen Angelegenheiten vertrauen wolle, für den Krieg Sorge tragen; — das hieß mit anderen Worten: er solle die weltliche Gewalt einstweilen wenigstens niederlegen. Ungefähr so dachte auch das neue Ministerium Mamiani, das er am 4. Mai bildete: allein dies war keineswegs die Meinung des Papstes. Er entzog sich allerdings innerhalb der Grenzen seiner päpstlichen Stellung der Sache Italiens nicht; zwei Tage vorher hatte er an den Kaiser von Österreich geschrieben, er möchte dem Kriege ein Ende machen, da er doch die Gemüter der Lombarden und Venezianer nicht erobern könne, die edle deutsche Nation möge die italienische hochherzig als Schwester anerkennen. Fast gleichzeitig aber fragte er bei dem König von Neapel an; ob er dort einer ehrenvollen Aufnahme sicher sei, wenn die Ereignisse ihn nötigen sollten, Rom zu verlassen. Und kein klar Sehender konnte sich verhehlen, daß mit der Allokution vom 29. eine Reaktion begann, die sich alsbald durch die Vorgänge in Neapel verstärkte.

Dort war am 15. April das Parlament gewählt worden, welches am 15. Mai zusammentreten sollte. Die Wahlen waren vorwiegend auf gemäßigte Männer gefallen. Eben an diesem Tage aber, während zwischen dem König und den Mitgliedern noch Differenzen wegen der Eidesformel schwebten, wobei es sich darum handelte, ob diese Kammer konstituierende Befugnisse haben sollte oder nicht, brach dort ein

Aufruhr los, der, ohne Sinn und Verstand wie ein Spiel von Knaben unternommen, von den Garde- und Schweizertruppen blutig niedergeschlagen wurde, die nun endlich, nachdem sie mehrmals am Tage Befehl und Gegenbefehl erhalten, ohne Gnade und Erbarmen sich ihrem durch Verhöhnungen aller Art gereizten Rachegelüst überließen. Der König fühlte sich plötzlich als Sieger; lange genug, mit verhaltenem Grimme, hatte er sich gefallen lassen, was er nicht ändern konnte; er sagte es jetzt seinen Ministern, indem er sie entließ, daß die Zeit des Erbarmens vorüber sei, und den Abgeordneten, welche nicht zur Konstituierung ihres Parlaments hatten gelangen können, gab er den Befehl auseinanderzugehen: es erfüllte ihn mit großem Selbstgefühl, daß er der erste Fürst war, der die Revolution besiegt und der gezeigt hatte, wie leicht dies war, wenn man nur den rechten Ernst brauche. Zunächst berief er ein neues Ministerium aus gemäßigt-liberalen Männern, da mit dem konstitutionellen System nicht gebrochen werden solle: aber schon am 16. Mai ging an den Befehlshaber des neapolitanischen Hilfsheeres, welches 14000 Mann stark inzwischen in Bologna angekommen war und bereits nach Karl Alberts Weisungen in die kriegerischen Operationen miteingriff, General Wilhelm Pepe, den Mann von 1820, der Befehl, die sämtlichen Truppen nach Neapel zurückzuführen, da man ihrer dort zur Niederhaltung der republikanischen Wühler und „zur Verteidigung des konstitutionellen Systems“ bedürfe. Der entsprechende Befehl erging am 24. an die Flotte, welche mittlerweile der österreichischen Blockade von Venedig ein Ende gemacht hatte. Der bei weitem größte Teil der Truppen gehorchte, etwa 1500, unter ihnen Pepe selbst, blieben zurück. Einzelne Offiziere retteten sich durch Selbstmord aus dem schweren Streit der Pflichten, welche der Befehl des Königs ihnen brachte.

Im übrigen Italien rächte man sich, indem man auf Namen und Wappen Ferdinands jegliche Schmach warf und jeden Fluch herabrief; an der Thatsache selbst konnte dies nichts ändern. Diese Thatsache war, daß der Papst und der König von Neapel, wenn sie auch die Worte vorläufig noch so vorsichtig stellten, doch an dem Unabhängigkeitskampfe keinen Teil mehr nahmen. Damit aber war der Charakter dieses Kampfes selbst verwandelt. Siegte allen Hindernissen, allen sich auftürmenden Gefahren zum Trotz Karl Albert und die italienische Idee dennoch: so war die weltliche Herrschaft des Papstes und der Thron des Königs von Neapel gerichtet und der Vernichtung anheimgefallen. So hart stellten sich hier die Gegensätze widereinander, daß jede Mittelstellung unmöglich wurde. Der Papst und der König mußten den Österreichern den Sieg wünschen, deren Heer die Revolution bekämpfte, deren Niederlage auch ihr eigener Untergang war. Und dies

allerdings: Niederlage der Österreicher, Untergang der weltlichen Herrschaft des Papstes, Zertrümmerung des bourbonischen Thrones in Neapel war in den Sternen geschrieben: aber noch war die Stunde nicht nahe, und schwere Prüfungen standen dem unglücklichen Lande bevor.

Die österreichischen Streitkräfte unter Radetzky waren seither zu schwach gewesen, um angriffsweise vorzugehen, und erst im Laufe des Mai langten unter Graf Thurn und Nugent Verstärkungen aus dem Innern für ihr Heer an. Dasselbe stieg nunmehr gegen Ende des Monats auf 50 000, denen die Piemontesen etwa 60 000 wirkliche Soldaten entgegenzustellen hatten. Drei unschätzbare Wochen hatte Karl Albert fast ungenutzt verstreichen lassen. Die Verpflegung seines Heeres, für welche vertragsmäßig die Lombarden zu sorgen hatten, war indes besser geworden; auch hatte man mittlerweile Belagerungsgeschütze von Alessandria den Po herab kommen lassen, mit welchen am 18. Mai die Beschießung von Peschiera am Südende des Gardasees begonnen werden konnte. Die Festung war dem Falle nahe; Radetzky, der bei der verzweifelten Lage des Reiches in dieser Zeit sein Heer keiner Niederlage aussetzen durfte, mußte nun doch zum Angriff schreiten. Auf dem rechten Flügel der italienischen Stellung wurden am 29. die Toscaner bei Curtatone besiegt; aber der Hauptkampf am 30. bei Goito endete mit Abweisung des österreichischen Angriffs, und am gleichen Tage nachmittags 4 Uhr pflanzte Peschiera die weiße Fahne auf. Die Besatzung, gegen 2000 Mann mit 150 Kanonen, fiel den Italienern in die Hände, etwa 1000 kostete den Österreichern das Gefecht bei Goito, das die Piemontesen eine Schlacht nennen; einen sehr erheblichen Erfolg hatten diese jedenfalls gewonnen.

Allein Karl Albert war ein mittelmäßiger Feldherr und vor allem kein Mann raschen Entschlusses. Es war, als laste das Gefühl auf ihm, eine Aufgabe übernommen zu haben, der er nicht gewachsen sei; tapfer und furchtlos auf dem Schlachtfelde, wie kein anderer, entbehrte er der in seiner Lage fast notwendigeren Eigenschaft, sich populär zu machen, durch freundliches Bezeigen seine Truppen zu ermutigen, die Bevölkerungen zu gewinnen. Ganz anders Radetzky, der ihm in jeder Beziehung überlegen war, und der an seinem Generalstabschef Baron Heß einen ebenbürtigen Gehilfen hatte. Die Nachrichten aus Wien lauteten ungünstig, die Hilfssendungen hatten eingestellt werden müssen; dieses Heer war das einzige unbedingt zuverlässige, über welches der Kaiserstaat noch verfügte, und bildete in der That die letzte Hoffnung des Reichs; Radetzky ging demnach, eine entscheidende Schlacht vermeidend, über die Etsch zurück und warf sich am 10. Juni auf das getrennte Corps des päpstlichen Generals Durando bei Vicenza, das

er nach hartem Kampfe in die letztere Stadt zurückdrängte. Durando, nach wohlvollbrachter Soldaten- und Feldherrnpflicht von Übermacht umschlossen, von dem Könige aufgegeben, sandte um Mitternacht Vorschläge zu einer Kapitulation, die am Morgen des 11. zum Abschluß kam. Man baute diesen Truppen goldene Brücken nach der Heimat: mit allen kriegerischen Ehren und mit ihren Waffen sollten sie sich, Militär und Freischaren, über den Po zurückziehen und sich verpflichten, drei Monate lang nicht gegen Österreich zu dienen; den Bewohnern von Vicenza ward freigestellt, nach ihrer Wahl zu bleiben oder den abziehenden Truppen zu folgen. Radetzky befleckte den Sieg, den er militärisch aufs beste ausbeutete, nicht mit Grausamkeit; er ging nun in seine frühere Stellung bei Verona zurück, nachdem er sich durch den Schlag von Vicenza seine Verbindungslinie freigemacht hatte, und zog von den Verstärkungen, welche Feldmarschallieutenant Welden heranführte, 12000 Mann an sich, so daß er jetzt auch der Zahl nach dem piemontesischen Heere, das nicht viel mehr als 45000 Streitbare zählte, mehr als gewachsen war.

Diesem blieben nach dem Abzug der Päpstlichen außer der eigenen Macht, die allein völlig zuverlässig war, nur die wenigen Truppen aus den kleinen Herzogtümern, die lombardischen Freischaren und die Republik Venedig, von deren Thaten noch nichts verlautete. Und schlimmer war, daß überall während des Krieges aufs eifrigste politisiert wurde, gleich als hätte man dazu die vollste Muße. Ein Mann gab hier ein besseres Beispiel, der zu einer großen Rolle in dem mühseligen Befreiungswerke bestimmt war, und der hier zum erstenmale den Schauplatz der Ereignisse betrat, — Giuseppe Garibaldi, der, aus Nizza gebürtig, einst vor Karl Albert selbst in den Tagen der Verschwörungen und Geheimbünde flüchtig geworden, in Südamerika im Kampfe gegen Rosas, den Tyrannen von Buenos Ayres sich einen Namen gemacht hatte, und der jetzt auf die Nachricht vom Ausbruche des Befreiungskampfes mit einer Anzahl von Genossen zurückkam. In Genua angelangt gab er den mazzinistischen Wortghelden, die ihm, dem Republikaner, den sie als den Ihrigen betrachteten, eine wichtige Rolle in ihrem demnächst zu beginnenden Kriege der Völker gegen ihre Tyrannen vorbehielten, gewichtige Wahrheiten zu hören; er selbst verfügte sich dorthin, wo man nicht die Tyrannen im allgemeinen, sondern, was schwieriger war, die wirklichen Österreicher bekämpfte, — ins Hauptquartier des Königs. Dieser empfing den Verurteilten von 1833 höflich; doch fand Garibaldi, der nur in Mailand bei der Ausbildung von Freischaren verwendet wurde, in diesem Stadium des Krieges keine Gelegenheit, sein großes Talent als Führer von Freischaren zur Geltung zu bringen.

Hinter dem kämpfenden Heere beschäftigte man sich weit eifriger mit den künftigen politischen, als mit den augenblicklichen militärischen Organisationen. In Turin selbst machte sich der nun ins Leben getretene Konstitutionalismus breit; am 8. Mai wurden die piemontesischen Kammern einberufen, wo man sich daran machte, in aller Öffentlichkeit die Kriegführung zu kritisieren, statt kurzweg das zum Kriege nötige Geld zu votieren und dann nach Hause zu gehen, um bis auf weiteres das Wort den Soldaten und den Kanonen zu überlassen. Die Mailänder provisorische Regierung hatte anfangs vernünftigerweise beschlossen, die Entscheidung über Verfassung und künftige Stellung des Landes bis zum Ende des Krieges zu vertagen, von dem man voraussetzte, daß er kurz sein werde. Jetzt brachte man doch die Frage über den Anschluß an Piemont sofort zur Entscheidung: am 29. Mai ward die Abstimmung vollendet, welche eine ungeheure Mehrheit der Bevölkerung — beinahe 600 000 gegen ebensoviele Hunderte — für die sofortige Vereinigung der Lombardei mit Piemont ergab. Infolge davon schlossen nun die piemontesische Regierung und die der Lombardei eine Übereinkunft (13. Juni), nach welcher demnächst eine konstituierende Versammlung aus allen Teilen des Oberitalienischen Königreiches zusammentreten sollte; daneben verkehrte finanzielle Maßregeln, saumselige Rüstungen, Besetzung vieler wichtigen Stellen mit unfähigen oder schlechten Gesellen. Noch weniger geschah in der neuen Republik Venedig. Dort wußte zwar ihr Präsident Manin die tumultuierenden Haufen leidlich in Ordnung zu halten und namentlich Excesse gegen die daselbst ansässigen Deutschen zu verhindern, aber von kriegerischem Ernst sah man nichts. Eine starke Partei war auch hier für das sofortige Aussprechen der Vereinigung mit Piemont. Manin, der eine selbständige Republik Venedig wollte, versprach, daß demnächst eine konstituierende Versammlung über diese Frage entscheiden solle. Auf den 18. Juni ward sie nach Venedig ausgeschrieben; mittlerweile aber wurde ein Teil der Terra Firma von Venedig durch die Österreicher unter Welden besetzt, und man konnte weiterzögern. Am 3. Juli aber trat diese Versammlung doch wirklich zusammen und beschloß jener fixen Idee Manins zum Trotz, welcher dem in Italien wie in Deutschland mächtigen partikularistischen Zuge folgte, mit 127 gegen 6 Stimmen die Verschmelzung mit Piemont. Eine Abordnung setzte Karl Albert von diesem Beschlusse in Kenntnis; er wies sie nach Turin, wo man nun mit Liebhaberei die verschiedenen konstitutionellen Doktorfragen erörterte: ob die Vereinigung vorerst nur eine rechtliche sei oder auch in der Praxis schon durchgeführt werden solle — ob man bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung noch Gesetze zu geben habe oder nicht, und ähnliche Thorheiten. Einstweilen war die Folge

ein neues Ministerium, in welches auch Lombarden und Venezianer aufgenommen wurden; die Antwort auf jene Doktorfragen aber ersparte Radetzky dem italienischen Scharfsinn.

Nachdem seit den letzten Zusammenstößen einige Wochen ohne ernstliche Gefechte verstrichen waren, wurde es gegen die Mitte Juli wieder in beiden Lagern lebendig. Karl Albert wurde durch die Furcht vor den Umtrieben der Mazzinisten, die ihn grimmig haßten, Radetzky durch die Besorgnis vor der englischen Friedensvermittelung, welche das österreichische Ministerium noch immer und, wie es schien, neuerdings mit größerem Eifer als je suchte, vorwärts getrieben. Die Entscheidung brachten die Tage vom 23. bis 25. Juli in einer Reihe von Angriffen auf die weitausgedehnte Stellung Karl Alberts, die von Rivoli östlich vom Gardasee bis zum Po reichte. Der Kampf des letzten Tages, des 25., trägt den Namen von Custozza, einem Dorfe halbwegs zwischen Verona und dem Mincio: er dauerte neun Stunden bei glühender Sommerhitze von 29° R. und endigte mit der Niederlage der Piemontesen, die übrigens auch diesmal, der König und seine Söhne voran, die rühmlichste Tapferkeit bewiesen und keine einzige Fahne verloren hatten. Auch bei den Rückzugsgefechten bestanden sie mit vollen Ehren, wenngleich infolge der mangelhaften Führung, der übermäßigen Strapazen und des niederdrückenden Gefühls der Niederlage bei einem Teile des Heeres Demoralisation einriß. Von nochmaligem Standhalten konnte allerdings vorläufig nicht die Rede sein; am 3. August kam der König nach Mailand, hinter ihm her das geschlagene Heer, noch etwa 30 000 Mann, die Infanterie in traurigem Zustande, Reiterei und Artillerie dagegen in guter Haltung. Die Bevölkerung dieser Stadt hatte bis vor kurzem, nach Art romanischer Bevölkerungen, welche einer unerwünschten Wirklichkeit nicht gern gerade ins Gesicht sehen, sich mit Illusionen getragen. Sie sah sich jetzt mit einemmal aufs traurigste enttäuscht: nicht lange, so hörte man den Schall österreichischer Kanonen und bald auch das Kleingewehrfeuer im nachdrängenden Verfolgungsgefechte näher und näher kommen und sah das piemontesische Heer den Wall besetzen. Während in der Stadt die ziellose Aufregung da und dort anfing, Barrikaden zu bauen, oder in die Glocken stürmte, hielt der König Kriegsrat im Hotel St. Georg vor dem Römischen Thore, wo er abgestiegen war. Die Frage war, ob man hier in Mailand, wie die Bevölkerung zu wollen schien, einen Kampf der Verzweiflung aufnehmen, oder ob man die Lombardei zunächst aufgeben und mit dem Sieger unterhandeln sollte. Das erstere war gut, um demokratische Zeitungen mit Phrasen zu speisen — „lieber sterben als noch einmal die Österreicher sehen" —, das letztere das einzig Vernünftige: und zu rechter Zeit regte sich jetzt unter den Offi-

zieren des sardinischen Heeres ein gesunder Territorialpatriotismus. Die Idee eines großen einigen Italiens — schön und gut; aber man durfte darüber doch nicht aufgeben, was man schon besaß und noch immer für künftige bessere Tage retten konnte — eine starke Piemontesische Monarchie. Zwei piemontesische Generale begaben sich um Mitternacht nach St. Donato, das auf der Straße von Lodi nach Mailand liegt, und wo Radetzky sich befand. Er war bereit, auf ihre Bedingungen die Übergabe der Stadt anzunehmen. Die Nachricht von den eingeleiteten Unterhandlungen aber brachte nun jene heißblütigen Volksführer auf die Beine, welche keinen Namen und häufig auch nicht viel Ehre, sondern höchstens das Leben zu verlieren haben, — das sie meistens im letzten Augenblicke doch noch zu salvieren wissen, indem sie es ihren Gemeinen überlassen, sich, so gut sie können, mit dem Sieger abzufinden. Die Bedingungen, welche der piemontesische Kriegsrat mit der Ehre verträglich, die Municipalität und die provisorische Regierung von Mailand erträglich fanden, erschienen einigen Mitgliedern des „Verteidigungskomitees" als eitel Verrat; die Sturmglocken wurden aufs neue gezogen, und bald umdrängte unendliches Gesindel den Palast Greppi, wo sich Karl Albert befand, und machte Miene, sich seiner Person zu bemächtigen. Schüsse fielen bis in sein Zimmer, bis endlich die piemontesischen Truppen auf dem Wall die Kunde von diesen Nichtswürdigkeiten erreichte. Die Offiziere erklärten alsbald, sie wollten ihren König mit Gewalt aus der unwürdigen Gefangenschaft befreien: der wackere Leiter des Rückzugs, der tapfere General Bava, nahm ein Bataillon Garde und eine Kompanie Bersaglieri, mit welchen es spät in der Nacht gelang die Zusammenrottungen vor dem Palast zu zerstreuen und den König mit seinem Sohne in die Nähe des Walles zu retten.

Karl Albert ließ nun ohne weiteres Zögern die Konvention zur Übergabe der Stadt unterzeichnen. So that auch der Podesta von Mailand (5. August). Die Stadt sollte geschont werden; wer dieselbe verlassen wolle, solle bis zum folgenden Tage abends 8 Uhr freien Abzug auf der Straße nach Magenta haben. Das piemontesische Heer tritt sofort seinen Abmarsch an und geht über den Tessin, in vorgeschriebenen Märschen; am 6. früh 8 Uhr besetzt das österreichische Heer das Römische Thor, um Mittag die Stadt, in welche es einen feierlichen Einzug hält; diese letztere Genugthuung glaubte der Feldmarschall seinen Truppen schuldig zu sein.

So geschah es. Von dem abziehenden piemontesischen Heer und den Flüchtigen aus Mailand konnte, wer sich rückwärts wendete, noch die schwarzgelbe Fahne sehen, die alsbald auf den Türmen des Domes aufgezogen wurde. Denn der Einzug der Österreicher ward auf Bitten

von Mailänder Notabeln beschleunigt, da der Pöbel in der durch die Furcht wie gelähmten Stadt bereits mit Plündern einen Anfang gemacht hatte.

Radetzky nahm die oberste Civil- und Militärgewalt an sich. Er übte sie wie ein Mann, der seine Pflicht in schweren Tagen mit hohen Ehren gethan hat, der einen wohlerworbenen Feldherrnnamen, die Ehre eines tapferen Heeres und eines großen Reiches, teure Kleinode, zu hüten hat; auch die Disciplin der Soldaten war dieses Führers wert. Aber sie mochten sein, wie sie wollten, eine Saat der Versöhnung sproßte nicht mehr auf diesem Boden.

Einige Tage später, am 9. August, wurde ein Waffenstillstand zwischen beiden Kriegführenden auf sechs Wochen abgeschlossen. Die Demarkationslinie wird durch die Grenze beider Staaten gebildet; die Festungen in der Lombardei, das Gebiet von Parma und Modena, die Stadt Piacenza werden von den Piemontesen und den ihnen alliierten Truppen geräumt; auch Stadt und Gebiet von Venedig wird von den sardinischen Land- und Seestreitkräften verlassen. Personen und Eigentum an diesen Orten sind unter den Schutz der kaiserlichen Regierung gestellt. Der Waffenstillstand gilt auf die Dauer von sechs Wochen, während deren über den Frieden verhandelt wird; nach dieser Frist Verlängerung durch gegenseitige Übereinkunft oder Kündigung mit acht Tagen Frist bis zum Wiederbeginn der Feindseligkeiten.

Eine Zeitlang setzte Garibaldi an der Spitze von ein paar Tausend Freiwilligen, die ihm geblieben waren, unbekümmert um den Waffenstillstand, den er, darin ein Kind unter Kindern und Fanatikern, für das Werk eines Verräters erklärte, auf den Vorbergen der Alpen, die Tessiner Grenze im Rücken, den Volkskrieg fort. Vor den überlegenen österreichischen Truppen unter d'Aspre, den Radetzky, der keinen Feind verachtete, ehe derselbe wirklich besiegt war, mit ausreichender Streitmacht ausgestattet hatte, schmolz seine Schar mehr und mehr zusammen. Am 26. August lieferten sie noch ein Gefecht mit Ehren. Dann, in der Nacht vom 26. zum 27. rettete sich der Rest mit ihrem Führer in die Schweiz.

b. Bis zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten (August 1848 bis März 1849).

Auch am entgegengesetzten Ende der Halbinsel, in Sizilien, reiften nun die Dinge zur Niederlage der nationalen Partei. Am 15. März des großen Jahres war zu Palermo das sizilianische Parlament zusammengetreten: zum Präsidenten der Regierung wurde Ruggiero Settimo gewählt, einer jener edlen Patrioten, deren viele zu besitzen die italienische Nation sich mit Recht rühmen durfte. Die Versuche

einer Vermittelung mit Ferdinand von Neapel waren mißlungen, und die Absetzung der bourbonischen Dynastie fand keine Gegner in dieser Versammlung, welche neben einer schwachen republikanischen Partei aus einer großen Mehrheit konstitutionell-monarchisch gesinnter Männer bestand. Feierlich ward jene Absetzung am 13. April im Parlament ausgesprochen. Alle Abgeordneten unterzeichneten die Urkunde, in welcher gesagt war, daß Ferdinand Bourbon und seine Dynastie für immer des sizilianischen Thrones entsetzt sei, und daß Sizilien einen italienischen Fürsten auf seinen Thron berufen werde, sobald es seine Verfassung reformiert haben werde. Die Pairskammer trat diesem Beschluß der Gemeinen einstimmig bei. Von einem neapolitanischen Prinzen konnte, namentlich seit dem 15. Mai, dessen Greuel, furchtbar an sich, noch mit Übertreibungen nach Palermo berichtet worden waren, keine Rede mehr sein. England, welches an den sizilianischen Dingen ein besonderes Interesse nahm, drängte zu rascher Vornahme der Wahl; zuvor aber vollendete man die Reform der Verfassung von 1812 noch schnell im Sinne der „breitesten demokratischen Grundlage", welche eines der Stichworte der Zeit bildete, und entzog der Krone, für welche man einen Träger suchte, die notwendigsten Rechte, wie das Veto und die Befugnis der Kammerauflösung. Dann schritt man zur Königswahl; am 11. Juli 2 Uhr nachts ward die Abstimmung vollendet. Zweite Kammer und Pairskammer waren einstimmig: Albert Amadeus von Savoyen, Herzog von Genua, der zweite Sohn Karl Alberts, war der Erwählte, den außer den Glocken der Stadt auch die Salutschüsse der englischen und französischen Kriegsflotte im Hafen begrüßten. Ein englischer Kriegsdampfer brachte die Nachricht nach dem Norden.

Karl Albert erhielt dieselbe unmittelbar vor der Katastrophe von Custozza: für ihn war sie jetzt eine neue Verlegenheit, da er, wenn er seine Zustimmung gab, zu dem österreichischen Kriege noch eine neapolitanische Kriegserklärung zu erwarten hatte. Die Deputation der Sizilianer hatte erst am 27. August bei dem König und seinem Sohne Audienz; ein bestimmtes Ja erhielten sie weder von dem einen noch von dem andern.

König Ferdinand mußte durch diese Vorgänge der italienischen Sache nur noch mehr entfremdet werden, als er es schon vorher war. Am 1. Juli wurden die Kammern in Neapel ohne Gepränge und sehr geschäftsmäßig eröffnet. „Die von mir unwiderruflich sanktionierten und beschworenen freien Institutionen müssen durch Gesetze über innere Verwaltung erst fruchtbar werden", hieß es in der Thronrede, welche der Minister verlas; vom Italienischen Kriege, von der brennenden sizilianischen Frage war in derselben nichts gesagt, und die Adresse der

Zweiten Kammer, in welcher diese Dinge die Hauptrolle spielten, und welche unter dem Einflusse der früheren Minister Troya und Poërio einstimmig votiert wurde, nahm der König nicht an. Die üblen Nachrichten, welche jetzt Schlag auf Schlag vom Norden kamen, lähmten den Mut der liberalen Partei. Die Siege Österreichs waren Siege der Reaktion, wenngleich jetzt in Österreich selbst eine Konstitution, man wußte nicht ob versucht, ob geheuchelt wurde; bald war in Neapel die entschiedene Reaktionspartei wieder obenauf; der Pöbel, der eine Zeitlang in liberalen und nationalen Farben geschillert hatte, zeigte jetzt wieder die reaktionäre Farbe und war bereit, wieder für den absoluten König zwar nicht das Schwert, aber gegebenen Falles den Dolch zu führen. Die Kammern wurden am 5. September wieder vertagt; solange aber Sizilien nicht wieder unterworfen war, hatte es auch in Neapel mit der Reaktion keine rechte Art. Zu dieser Wiederunterwerfung war der König fest entschlossen, und er hatte seither an den Vorbereitungen zu derselben gearbeitet. Seine Truppen hielten auf der Insel noch die Citadelle von Messina und die Forts, wohin Verstärkungen geworfen worden waren; jetzt erschien General Filangieri mit 12000 Mann auf der andern Seite der Meerenge bei Reggio, zum Übergange bereit. Schon vom 3. September an, fünf Tage lang, wurde die altberühmte schöne volkreiche Stadt von der Citadelle aus bombardiert, mit der schrecklichsten Wirkung auf Häuser und Habe, ohne Wirkung auf die Bevölkerung, welche vaterländische Begeisterung und die Kraft inbrünstigen Hasses aufrecht hielt. Am 6. landete Filangieri auf der Insel und vereinigte seine Anstrengungen mit denen der Citadelle; während hart gekämpft wurde, schleppten Weiber, Kinder, Greise den wertvollsten Besitz aus der Stadt. Die englischen und französischen Kriegsschiffe füllten sich fast bis zum Sinken mit Flüchtlingen; zwischen Kampf, Unterhandlungen, erneuerter Beschießung verging ein Tag und noch einer; am Abend des 7., nach ungeheuren Greueln, in denen der gegenseitige Haß der Neapolitaner und Sizilianer sich gütlich that, besetzten die siegreichen Truppen die Stadt und plünderten, was die Flamme ihnen übrig gelassen. Dem König verschafften diese Thaten den Namen des Re Bomba, unter dem er eine Art europäischer Berühmtheit und bei den siegreichen Parteien der Reaktion große Anerkennung fand. Der Brand dauerte bis zum 10., und die Befehlshaber der französischen und der englischen Kriegsschiffe in den sizilianischen Gewässern, die Admirale Baudin und Parker, machten Miene einzuschreiten, um, wie der Franzose schrieb, nachdem sie bis dahin die Pflicht der Neutralität aufs strengste gewahrt, nunmehr für die heiligen Gesetze der Menschheit einzutreten; sie, welche den Krieg kannten, waren empört über die Art und Weise, wie er hier geführt

wurde, „gegen alle Sitte civilisierter Nationen.“ Auch die Gesandten beider Mächte in Neapel schritten ein und machten dem Könige, der sich auf sein Fürstenrecht und auf die Verträge von 1815 berief, den Standpunkt klar; in Sizilien legten die Admirale beiden Parteien einen Waffenstillstand auf, der den Sizilianern willkommen sein mußte. Die beiden Mächte suchten während dieses Waffenstillstandes einen Frieden zu vermitteln. Die sizilianischen Abgeordneten sprachen dem französischen Minister des Auswärtigen in Paris von einer Ausrufung der Republik auf ihrer Insel; Bastide warnte sie: dafür sei es kaum in Frankreich Zeit gewesen, geschweige daß es bei ihnen auf Sizilien dafür Zeit sei. Lord Palmerston ließ durch seinen Bruder Lord William Temple, den er im November in außerordentlicher Mission nach Neapel schickte, die Personalunion oder die Krönung eines Sohnes Ferdinands als Königs von Sizilien als Grundlage für die endgültige Regulierung der Sache vorschlagen. Aber davon wollte man weder in Neapel noch in Sizilien etwas wissen. Inzwischen gestalteten sich die Verhältnisse überall ungünstig für diejenigen, welche gegen Unterdrückung sich wehrten: und dieser mächtigen, allgewaltigen Strömung in ganz Europa half es sehr wenig, wenn etwa Lord Palmerston am 6. März 1849 im englischen Parlament sagte, Sizilien hätte das Recht, sich für seine Verfassung von 1812 in Waffen zu erheben; — das Recht half wenig gegenüber der Macht, wenn es nur mit Worten anerkannt, nicht mit Thaten unterstützt wurde. Am 28. Februar hatte Ferdinand seine äußersten Bedingungen den Gesandten der Westmächte mitgeteilt: eigene Verfassung, besondere Verwaltung, besonderes Parlament und Amnestie für Sizilien, welches die Kriegskosten bezahlen werde; Besetzung von fünf der wichtigsten Städte, darunter Messina und Palermo, durch neapolitanische Truppen. Er schränkte dieselben alsbald noch weiter ein; — man verbreitete diese Zugeständnisse auf der Insel: aber gesetzt, sie hätten genügt, wer bürgte dafür, fragten die Sizilianer, daß Ferdinand, Sprößling einer treulosen Familie, dieselben auch wirklich halte? Und diese Frage konnte niemand beantworten. Von neuem waren vielmehr in Sizilien alle Parteien zu einem Kampfe der Verzweiflung entschlossen: in der Kammer wie auf der ganzen Insel erhob sich der Ruf nach Krieg.

Allein der Haß war größer als die Kraft. Die Insel hatte einem übermächtigen Feinde gegenüber keine Flotte, welche das dringendste aller Bedürfnisse gewesen wäre, da die bedeutenden Städte alle an der Seeküste liegen. An Offizieren und Freiwilligen, an Begeisterung, an Opferwilligkeit fehlte es nicht, dafür um so mehr an regulären Soldaten und an Waffen, — 200 Kanonen waren mit Messina verloren gegangen — an Kriegsbedarf, an Geld; das alles zu ersetzen, war der

Haß, stark, ingrimmig, unversöhnlich, wie er war, zu schwach gegenüber den 20 000 wohlausgerüsteten Truppen, über welche am 29. März 1849 Filangieri bei Messina Heerschau hielt. Den Oberbefehl übernahm jetzt einer der ubiquistischen Diener der Revolution, den wir schon kennen: der Pole Mieroslawski.

Am 29. März 1849 war der Waffenstillstand abgelaufen. Die Feindseligkeiten begannen aufs neue in der Gegend südlich von Messina. Bald, nach wenigen Tagen, wurden die neapolitanischen Truppen durch Nachrichten österreichischer Siege im Norden ermutigt. Dagegen ging den Sizilianern schon nach wenigen Tagen Taormina, wo sie ihre Magazine hatten, verloren, und Mieroslawski war seinem Gegner Filangieri so wenig gewachsen als seine Truppen, noch wenig geschult wie sie waren, dessen Heer; bei der Verteidigung von Catania, wohin der Kampf sich zog, wurde er überdies schwer verwundet. Dort am Fuße des Ätna tobte am 6. April, dem Karfreitag, der Kampf, bei welchem wie gewöhnlich von neapolitanischer Seite die Schweizer Söldnertruppen das Beste thaten, während bei der Plünderung auch die neapolitanischen Truppen es an sich nicht fehlen ließen. Syrakus ergab sich an die Flotte; nach kurzer Frist rückte Filangieri ins Innere der Insel vor, während die Reste des sizilianischen Heeres sich vollends auflösten. Der Regierung und dem Parlamente von Palermo entsank unter diesen Umständen der Mut. Der französische und der englische Gesandte suchten den König zu milden Bedingungen zu bestimmen, und derselbe hatte Mäßigung versprochen: eine Verfassung und einen Vicekönig für Sizilien, Amnestie, — nur nicht für die „Urheber und Häupter" der Revolution — Anerkennung der von der revolutionären Regierung kontrahierten Schuld. Am 17. April ließ sich das Parlament auflösen; die Minister waren geneigt, die Zugeständnisse des Königs anzunehmen, dankten jedoch ab, als die Führer der noch übrigen bewaffneten Körper auf der Insel sich zum äußersten Widerstande entschlossen zeigten. Dagegen zeigte sich die Masse des Volkes wie die Bürgerschaft von Palermo entmutigt und stumm, und so legte der Präsident der Unabhängigkeitsregierung Ruggiero Settimo seine Gewalt in die Hände des Municipalrates von Palermo nieder. Die am meisten Belasteten beeilten sich, die Insel zu verlassen, um der Bourbonenrache zu entgehen, und entflohen nach Piemont, nach Frankreich, nach England, während der Municipalrat nun am 24. eine Abordnung mit der Unterwerfungserklärung an Filangieri schickte, der vor Palermo rückte: nicht ohne da und dort einen lästigen Gegner an der Anarchie zu finden, welcher die Gegend verfallen war. Am 15. Mai wurden die Kastelle und die wichtigsten Punkte der Stadt besetzt, während zugleich von der Seeseite her die Flotte sich vor dieselbe legte.

Es war ein trauriger Sieg: selbst die Truppen zeigten keine Freude angesichts des düsteren Schweigens, das ihnen überall entgegentrat. Binnen 48 Stunden mußten die Waffen abgeliefert werden; nach Ablauf dieser Frist wurden Haussuchungen gehalten und diejenigen standrechtlich erschossen, bei denen sich noch Kriegsmaterial und Waffen fanden. In einer Proklamation vom 22. Mai wiederholte dann Filangieri in einer Sprache, wie sie etwa im Orient üblich ist, den Sizilianern, daß der König in seiner heiligsten Brust, dem Sitze aller Tugenden, zu dem Entschlusse gekommen sei, ihnen den teuersten Edelstein seiner Krone, seinen erstgeborenen Sohn, Erben dieses glückseligen Königreiches beider Sizilien — einen Engel, von dessen Verdiensten hier nicht zu reden sei — als seinen Repräsentanten zu geben.

Dieser Edelstein kam jedoch nicht, vielmehr wurde Filangieri — er erhielt den Titel eines Herzogs von Taormina nach dem Namen einer der verbrannten Städte — selbst Statthalter, und die Insel verlor bei dem Tausche schwerlich. Von den unter französischer und englischer Vermittelung verheißenen Zugeständnissen verlautete nichts mehr. Die französische Regierung, jetzt in Louis Napoleons Händen, nahm dieses ruhig hin; die englische rückte am 16. September 1849 eine Note daran, in welcher sie an die Verfassung für Sizilien erinnerte. Das Ministerium in Neapel antwortete, Sizilien sei ruhig und zufrieden, der König souverän, es bedürfe nichts weiter.

Unmittelbarer als auf Süditalien wirkte die Schlacht von Custozza und was ihr folgte auf die mittelitalienischen Staaten. Der Herzog von Modena, Franz V., wurde durch österreichische Truppen unter dem Fürsten von Liechtenstein wiedereingesetzt; am 10. August kehrte er zurück, nachdem er eine Amnestie angekündigt hatte, von welcher jedoch „alle Beförderer der Revolution" ausgenommen werden sollten; die Teile von Modena, welche Toscana sich angeeignet hatte, wurden zunächst noch nicht zurückgefordert. Andere österreichische Truppen unter dem Grafen Thurn nahmen Parma in Besitz und setzten, da der Herzog es einstweilen noch vorzog, in Deutschland zu bleiben, eine vorläufige Militärregierung und einen Statthalter dort ein. Mißlich waren die Verhältnisse in Toscana. Der Großherzog hätte gern seine Erwerbungen behalten, und eine gemäßigte Kammermehrheit stand seinen Ministern zur Seite: aber auch hier, wie in den deutschen Kleinstaaten, wurden die gesetzlichen Autoritäten gelähmt durch eine tumultuierende Straßenochlokratie. Das Land war angefüllt mit fremden Abenteurern, mit Leuten zum Teil höchst zweifelhaften Charakters, welche vor den Österreichern oder vor der neapolitanischen Reaktion flüchteten. Mit Hilfe solcher Elemente richtete das Haupt der Demo-

kraten, Guerazzi, zu dem ein halbverrückter Priester Pater Gavazzi*) sich gesellte, seinen eigenen Staat in Livorno ein, und die Livornesen oder das Gesindel, welches die Livornesen terrorisierte, weigerte sich, einen Gouverneur, den ihnen die Regierung in Florenz schickte, aufzunehmen: wenn man ihnen nicht einen Gouverneur nach ihren Herzen gebe, drohten sie, würden sie sich als eine eigene Republik konstituieren. Man gab ihnen einen neuen Gouverneur in dem Schwärmer Montanelli, der in Christus den Vater der Demokratie sah, und der jetzt, wo in Italien alles voll Hader und Uneinigkeit war, ein neues Panier des Heils aufpflanzen zu können meinte in dem Vorschlage einer italienischen konstituierenden Versammlung. Unsinnig wie diese Idee nach den Ereignissen in Oberitalien und der Wendung der Dinge im Königreich beider Sizilien scheinen mochte, wird sie doch einigermaßen erklärlich durch die Zustände, welche eben jetzt im Oktober 1848 in Wien herrschten; es war die Zeit der Ermordung Latours und Lambergs — aber gleichwohl, eine militärische Organisation und nicht eine konstituierende Versammlung war es, was Italien brauchte. Indes bildete der Großherzog in seiner Verlegenheit ein radikales Ministerium, welches jene Idee sich aneignete. Daneben gingen etwas weniger chimärische Unterhandlungen über eine Liga der italienischen Fürsten her, die von Frankreich begünstigt wurden, wo man eine österreichische wie eine piemontesische Übermacht gleich unbequem fand und außerdem ein Protektorat Englands in Sizilien fürchtete.

Jeder Versuch und jede Hoffnung, aus den erneuerten Verlegenheiten Österreichs Nutzen zu ziehen und aus dem Wirrwarr herauszukommen, scheiterte jedoch an dem unentwirrbaren Chaos der römischen Zustände, wo eine maßvolle konstitutionelle Ordnung, überall schwierig, sich als ganz unmöglich erwies, und wo sich zwischen dem patriarchalischen Absolutismus und der radikalen Republik kein Drittes auf die Dauer halten konnte. Am 5. Juni 1848 waren dort die Kammern zusammengetreten. Man mühte sich vergebens, aus diesem Zwitterstaate ein vernünftiges Geschöpf, — aus dem Papst, dem Vater aller Gläubigen auf dem ganzen Erdboden und mithin auch in Österreich, einen konstitutionellen und einen italienischen Fürsten zu machen. Jeden Augenblick trat der Widerspruch hervor, nicht einmal eine Thronrede brachte man zu stande; zur Not ein auf Schrauben und Stelzen gestelltes Programm, mit welchem Mamiani vor die Kammern treten konnte, und welches dann die Kammer mit einer nicht viel aufrichtigeren Adresse erwiderte. Mitten zwischen dieses unfruchtbare Hin und Her

*) „Ein ganz schlimmer, nämlich ein halber Narr" nach Reuchlins treffendem Ausdruck.

kam dann die Nachricht von der am 14. Juli erfolgten Besetzung der Stadt Ferrara durch die Österreicher unter Fürst Liechtenstein, welcher der Besatzung in der Citadelle die Hand reichen und deren Verproviantierung aus der Stadt sichern wollte. Der Papst protestierte hiergegen: aber zu dem Kreuzzug, den jetzt mit erneuertem Geschrei die Klubs (circoli) mehr als das Volk, das die Nachricht ohne sonderliche Erregung hingenommen hatte, von ihm verlangten, ließ er sich gleichwohl nicht hinreißen, und schon der nächste Augenblick brachte die Nachricht von der verhängnisvollen Niederlage bei Custozza. Sie wirkte um so niederschmetternder, als ihr — eine gewöhnliche Erscheinung bei den leidenschaftlichen Völkern des Südens, wo der heiße Wunsch rasch zur Selbsttäuschung sich gestaltet — eine falsche Siegesbotschaft vorausgegangen war. Am 1. August erhielt dann das Ministerium Mamiani, die beklagenswertesten aller Minister, welche auf diesem Boden voller Widersprüche alle Tage Grund genug hatten, ihre Entlassung zu fordern, diese Entlassung wirklich. Während alsdann die Kammer in einer neuen Adresse dem Papste Gut und Blut darbot, wenn er am Unabhängigkeitskampfe teilnehme, ward ein neues Ministerium unter Graf Fabbri gebildet, dessen bedeutendstes Mitglied der Justizminister Graf Pellegrino Rossi war, und das auch sonst aus tüchtigen und ehrenwerten Männern bestand. Mit ihm, der, aus Carrara gebürtig, jetzt in seinem 61. Jahre stand und in französischen Diensten seine Schule gemacht hatte, trat wieder ein wirklicher Staatsmann in die Geschäfte ein. Auch ihm wie jedem patriotischen Italiener war die Unabhängigkeit Italiens das letzte Ziel, für welches er auch des Papstes Ansehen zu verwenden gedachte; aber er war zugleich ein fester und grundsätzlicher Gegner des Radikalismus, in welchem er das gefährlichste Hindernis der Erreichung jenes Zieles erkannte; die Monarchie fand er, wie freilich jeder nicht Verblendete, wenn anderwärts nützlich, so für Italien geradezu notwendig, und so suchte er die Einheit Italiens zunächst auf dem Wege eines Bundes seiner Fürsten. Aber er ward von Anfang an mit Mißtrauen empfangen, weil er eine Zeitlang Gesandter Louis Philipps gewesen, was im Jahre 1848 noch für eine Art Verbrechen galt. Mit diesem Wechsel traf nun das Einrücken eines österreichischen Corps von 12 000 Mann unter Baron von Welden in die Romagna zusammen (4. August), welches von einer überaus hochfahrenden Proklamation — „wehe denen, die mir zu widerstehen wagen" — begleitet war. In der Umgegend von Bologna lagerten die Truppen; der Papst that von neuem Einsprache, ebenso der englische und der französische Gesandte, und wahrscheinlich würden die Österreicher wieder abgezogen sein wie aus Ferrara; aber bei den erhitzten Leidenschaften trat die Katastrophe, der nur ein rascher Abzug hätte vorbeugen können,

nun doch ein. Die Ermordung einiger österreichischen Offiziere, die in der Stadt Bologna selbst erschienen waren, führte zu einem längeren heftigen Kampfe (8. August), dessen Wiederholung dadurch vermieden ward, daß die Österreicher infolge einer Übereinkunft mit päpstlichen Bevollmächtigten zu Rovigo am 15. das päpstliche Gebiet wieder räumten. Die unbesonnene, zwecklose Expedition erschwerte die Stellung des Papstes und seines neuen Ministeriums ungemein. Man wollte nicht glauben, daß die päpstliche Protestation vom 6. August ernstlich gemeint gewesen sei, und die Radikalen, unter denen sich ein Bonaparte, der Fürst von Canino, besonders hervorthat, bekamen einen dankbaren Stoff zu neuen Deklamationen in der Kammer und auf den öffentlichen Plätzen. Außerdem brachen nun nach dem Abzug der Österreicher über Bologna und die Legationen alle Schrecken der Anarchie herein, da aus Gelegenheit des Kampfes vom 8. eine Menge bewaffneten Volkes sich dorthin gezogen hatte. Die honetten Leute darunter, welche einen Augenblick in patriotischer Aufwallung zu den Waffen gegriffen hatten, kehrten zu ihren Geschäften zurück, das Lumpengesindel, welches Zeit hatte, blieb. Nur langsam ward man dieser Elemente einigermaßen Herr.

Am 17. September 1848 wurde nun Rossi zum leitenden Minister und Haupt des Ministeriums, das man nach seinem Namen nannte, bestellt. Die Vernünftigen knüpften an seine Ernennung die Hoffnung, daß nun wieder etwas wie Ordnung und klare Gedanken in die Geschäfte kommen werde. Er war national gesinnt so gut wie einer; aber er hatte die richtige Erkenntnis, daß die nationale Zusammenfassung Italiens nicht an einem Tage und nicht mit einem stürmischen Anlaufe, am allerwenigsten durch lärmende Demonstrationen, Bubenstreiche und Freischarenspielerei zu erlangen sei: es berührt im Zusammenhang dieser verworrenen Vorgänge eigentümlich und wie ein Sonnenblick bei Schmutzwetter, daß er mit Gesellschaften und Gemeinden wegen Inangriffnahme von Eisenbahnbauten unterhandelte, Telegraphen anlegte, welches jedenfalls eine nützlichere und patriotischere Beschäftigung war, als die Ermordung österreichischer Offiziere. Auch schenkte er der Verwaltung und namentlich den Finanzen Aufmerksamkeit und redliche Einsicht; Zinsen wurden wieder bezahlt, wichtige Stellen mit tüchtigen Laien besetzt, Vorbereitungen zu wirklichen Reformen, die nirgends nötiger waren als hier, getroffen.

Damit aber, wie mit der straffen Handhabung der Ordnung, bei welcher ihm der wackere Kriegsminister General Zucchi zur Seite stand, war in diesem greulichen Sumpfe aller Auswurfstoffe der Reaktion und des Radikalismus, — diesen beiden entgegengesetzten Parteien,

welche an Nichtswürdigkeit gegenseitig und mit Glück wetteiferten, nur schlecht gedient.

Vom Papste, der das Gute wollte, soweit die Befangenheit, die in seiner Stellung lag, ihm erlaubte, die Augen dem Lichte zu öffnen, hatte Rossi wesentliche Zugeständnisse wenigstens an schönen und guten Worten erhalten, mit denen er am 15. November vor die Kammer zu treten gedachte, die nach längerer Vertagung ihre Beratungen wieder aufnehmen sollte. Wie er aus seinem Wagen stieg, um die Treppe des Kammerpalastes hinanzuschreiten, traf ihn ein Dolchstoß, der seinem Leben fast unmittelbar ein Ende machte: der Mörder verlor sich unter der Menge, die in feindseliger Stimmung den Palast umdrängte. Diese Bluthat war das Signal zu einer neuen Revolution, die nunmehr bei der Unzuverlässigkeit der Truppen, der Feigheit der Kammern, deren wenige anwesende Mitglieder sich verliefen, der Ratlosigkeit der Kurie und der Zügellosigkeit der Menge der Herrschaft in Rom sich bemächtigte und jetzt zum vollen Siege vorschritt. Vor dem Quirinal tobte und flutete die aufrührerische Masse hin und her; die Kugeln erreichten sogar das Vorzimmer des Papstes, der ihr Gefangener war; die einzigen, welche ihm in diesen schweren Stunden Treue hielten und auch ihrerseits von den Waffen ausgiebig Gebrauch machten, um die feige Rotte in einiger Entfernung zu halten, waren die Schweizer Söldner, welche ihre Soldatenehre mannhaft retteten: „Hat denn der Himmel keine Blitze mehr?" soll der Papst in diesen drangvollen Stunden, wo er den Mut eines Märtyrers bewies, ausgerufen haben. Endlich gab er soweit nach, daß ein radikales Ministerium gebildet wurde, an dessen Spitze ein Advokat Galletti trat. Aber auch dieses war ohnmächtig; der radikale Klub des Circolo popolare, an seiner Spitze ein gewisser Sterbini, bildete die eigentliche Regierung. Den an Rossi verübten Mord zu tadeln wagte niemand, geschweige ihn gerichtlich zu behandeln; an einzelnen Orten, wie z. B. in Livorno, feierte ihn die Niederträchtigkeit durch ein Fest. Die Kammern waren null wie jede andere rechtmäßige Gewalt; sie mußten von einem Menschen wie dem Fürsten von Canino Deklamationen über „das römische Volk in seiner Weisheit" und von „dem edlen energischen Aufschwunge dieses ersten Landes der Welt" anhören, und es charakterisiert ihre Beschaffenheit und ihre Lage, daß in jenen Tagen ein Antrag auf eine Ergebenheitsadresse an den Papst zuerst mit Majorität angenommen und, als von radikaler Seite die Gegenprobe verlangt wurde, unmittelbar darauf aus Furcht vor den Terroristen auf den Galerien verworfen wurde. Unterdessen begann der Papst, der geschehen ließ, was er doch nicht ändern konnte, nach auswärtiger Hilfe und für den Notfall einem Asyl im Auslande auszuschauen. Er entschied sich für

Neapel. In der Dämmerung des 24. November, verkleidet, täuschte der Statthalter Christi die mäßige Wachsamkeit der Bürgerwehren, welche die Posten im Quirinal bezogen hatten: an der Laterankirche, die er glücklich erreichte, nahm ihn der Wagen des bayrischen Gesandten Grafen Spaur auf. Er überließ Rom der Revolution und warf sich der Reaktion in die Arme.

Unterdessen hatte die italienische Frage, solange zwischen den Hauptgegnern, Piemont und Österreich, die Waffen ruhten, auch die übrigen europäischen Kabinette lebhaft beschäftigt. Am 1. September 1848, nach mancherlei Verhandlungen, hatte Österreich die Vermittelung Englands und Frankreichs angenommen in Beziehung auf die Schlichtung der norditalienischen Angelegenheiten, suchte aber die Sache hinzuzögern, was bei den hochgespannten Forderungen der lombardischen und venezianischen Patrioten, soweit sie ihre Stimme geltend machen konnten, nicht schwer war. Die militärische Lage Österreichs in Italien, wie übel sie sich anderwärts gestalten mochte, war vortrefflich; vergebens mühte sich Lord Palmerston, dem es sehr Ernst war, und der an Italien wie an Österreich gleichmäßig ein wohlbegründetes Interesse nahm, — an jenem Frankreich, an diesem Rußland gegenüber — mit Vorstellungen, Mahnungen, Warnungen nach beiden Seiten ab. Die deutsche Reichsgewalt machte einige vergebliche Anläufe, bei dieser Gelegenheit die Stimme des „Reiches Frankfurt“ im Rate Europas geltend zu machen. Mit Festigkeit behauptete Österreich seine militärische Stellung. Trotz der Oktoberstürme in Wien und der folgenden schweren Zeiten in Ungarn, von denen wir schon berichtet haben, zog es aus Italien keine Truppen, und Radetzky ließ sich in seinen strengen Maßregeln, Kriegssteuern u. s. w. durch keine Einsprache irren. Er sah gut genug, daß England nicht über eine friedliche Vermittelung hinausgehen werde, und daß Frankreich für Italien nichts hatte als schöne Worte; — daß Frankreichs Wünsche im Grunde nicht weiter gingen, als bis zur Herstellung des Zustandes vor dem Kriege: und dies war die Grenze, an welcher auch Österreich Halt zu machen entschlossen war. Mit Schwarzenberg, der selbst in den letzten Kämpfen auf italienischem Boden mit Auszeichnung gefochten hatte, und der am 21. November, wie wir uns erinnern, ans Ruder gerufen wurde, trat die Kriegs- und Aktionspartei in die Geschäfte ein. Der Fürst lebte in der kriegerisch-reaktionären Atmosphäre der italienischen Kämpfe: daß hier wie überall der wirre Knäuel österreichischer Fragen nur zerhauen werden könne, daß man noch einmal das Schwert werde ziehen müssen, war ihm klar; nur suchte er zunächst noch einige Zeit zu gewinnen, weil er der Hoffnung lebte, binnen kurzem mit Ungarn fertig zu werden und dann freie Hand gegen Italien zu bekommen.

Man mußte sich auch in Turin sagen, daß ein zweiter Waffengang notwendig sein werde, um die Lombardei wieder zurückzugewinnen und Venedig nicht in österreichische Hand zurückfallen zu lassen. In der Gesinnung der Bevölkerung hatte die Niederlage von Custozza und ihre Folgen nichts geändert. Die Lombardei bot unter der erneuten österreichischen Herrschaft einen ähnlichen Anblick dar, wie etwa die Niederlande einst unter der Statthalterschaft des Herzogs von Alba, obwohl Radetzky persönlich nicht von grausamer oder auch nur harter Gemütsart war. Die konstitutionellen Versprechungen, mit denen man in Wien freigebig war, machten hier nicht den geringsten Eindruck, weder auf die Italiener noch auf Radetzky: beide kannten einander, kannten das Haus Habsburg und kannten die Lebensbedingungen des damaligen Österreichs. „Sobald Friede und Ruhe gehörig gesichert seien", hieß es in einer Proklamation des Kaisers, die am 9. Oktober (1848) veröffentlicht wurde, „sollen die Abgeordneten der Nation, frei gewählt in allen Provinzen des Lombardisch-Venezianischen Königreichs an einem zu bestimmenden Orte zusammentreten"; man kann des Kontrastes wegen die Bekanntmachung Radetzkys vom 11. November jenes Jahres anführen, in welcher er „1) die Gieder der gewesenen provisorischen Regierung, 2) die leitenden Glieder der Komitees und 3) diejenigen, welche sich selbst an die Spitze der Revolution gestellt oder durch ihre Handlungen und durch Geld oder durch intellektuelle Mittel dazu beigetragen haben" einer außerordentlichen Kontribution unterwarf und, wenn sie binnen sechs Wochen nicht zahlten, Beschlag auf ihr Eigentum legte: man schämte sich nicht, diesem Schriftstücke, durch dessen Unterzeichnung Radetzky seinen guten Soldatennamen schändete, beizufügen, daß man dieses Blutgeld in den Gotteskasten legen und mit dem Ertrage der Maßregel den Armen aufhelfen wolle. Zugleich ward die Steuerlast ins Unerträgliche gesteigert, und vielfach mußten zu den Beschlagnehmungen, zu deren Ausführung die Civilbehörden nicht verwendet werden konnten, und die mit Plünderung eine verzweifelte Ähnlichkeit hatten, Offiziere kommandiert werden. Die englischen Korrespondenten berichteten Unglaubliches: was mit Aktenstücken sich belegen läßt, ist horrend: man findet eines Morgens am Fenster der Wohnung eines österreichischen Ingenieurs eine Puppe aufgehängt mit einem drohenden Zettel, da verfügt der Feldmarschall, daß in den Häusern der betreffenden Straße ein ganzes Bataillon einquartiert werden soll; wenn binnen 8 Tagen die Urheber jenes „revolutionären Aktes" nicht ausgeliefert sind, werden die Hauseigentümer in dieser Straße zusammen mit einer Strafe von 100 000 Lire belegt und zwei Bataillone bei ihnen einquartiert. Der offenbare Wahnwitz konnte natürlich nicht ausgeführt werden, aber die Auswanderung

nahm überhand; nur vergeblich suchte man sie durch Militärkordons zu hemmen; die gegenseitige Erbitterung, wenn dies noch möglich war, stieg, und eine Saat ward in diesen aufgerissenen Boden gelegt, die früher oder später üble Früchte bringen mußte. So war es in Mailand, so verhältnismäßig in den anderen großen Städten; Venedig war noch unabhängig und ein Sammelplatz verzweifelter Flüchtlinge. Die Ordnung hielt dort Manin, welcher von einer neuen Abgeordnetenversammlung in seiner diktatorischen Gewalt bestätigt wurde, mit fester Hand aufrecht.

In Piemont war man nach der großen Niederlage beflissen gewesen, das Heer wieder kriegstüchtig zu machen. Der König bewahrte eine würdige Haltung: Festigkeit in Widerwärtigkeiten war eine Tugend, die mehr seiner Natur entsprach, als kühnes Wagen und Unternehmungsgeist. Auch das Volk war nicht entmutigt. Die traurigschwankenden Verhältnisse, denen Österreich selbst in den Herbstmonaten von neuem anheimgefallen war, die Verhandlungen und die im August und September erneuerten Vermittelungsversuche der Mächte, der Gang des Ungarischen Krieges hielten den Mut, — die Nachrichten aus der Lombardei und deren Überbringer den Haß aufrecht. Nur Genua machte Verlegenheit, wo die republikanische Partei und Mazzini ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten. Gewissenlos in ihrem Fanatismus wie sie waren, suchten sie überall die Soldaten ihren Pflichten untreu zu machen und brachten Karl Albert, den sie als Verräter darstellten, aufs neue in die üble Lage, zugleich gegen die Österreicher und gegen den Radikalismus Front machen zu müssen. Da das Ministerium, welches er nach der Katastrophe von Custozza eingesetzt hatte, keinen festen Halt in der Kammer besaß, so wurde im Dezember ein neues von ziemlich radikaler Färbung, doch nicht ohne gemäßigte Elemente gebildet, dem Gioberti den Namen gab. Es gab am 16. Dezember als sein Programm „Verteidigung unserer Nationalität, d. h. Unabhängigkeit gegen außen und Vereinigung der Halbinsel, Entwickelung unserer Institutionen im Sinne der Demokratie“, betonte aber daneben das Festhalten an der Monarchie, welche für Italien eine Notwendigkeit sei. Zugleich machte dieses Ministerium den Versuch, den Papst mit denen, welche in Rom die Gewalt hatten, auszusöhnen, ihm seine große nationale Mission plausibel zu machen, ihn nach Piemont einzuladen, überhaupt aber alle Parteien Italiens, selbst den König von Neapel nicht ausgeschlossen, noch einmal zu einer neuen gemeinsamen Anstrengung gegen die Fremdherrschaft zu einigen. Aber diese Versuche splitterten an der Härte der Gegensätze. Der Papst, welcher nach seiner heimlichen Flucht in der neapolitanischen Festung Gaeta wieder zum Vorschein kam, schrieb eben um jene Zeit aus diesem seinem Zu-

Fluchtsorte an „seinen sehr lieben Sohn", den jungen Kaiser von Österreich, einen Brief, in welchem er dessen Hilfe anrief. Und während nun zu Rom eine konstituierende Versammlung zusammentrat und am 9. Februar 1849 den Beschluß faßte, daß der Papst thatsächlich und rechtlich die zeitliche Herrschaft des römischen Staates verloren habe, dessen Regierungsform künftig die reine Demokratie, „unter dem glorreichen Namen der Römischen Republik" sein werde, drängte gleichzeitig der wachsende radikale Terrorismus auch den Großherzog von Toscana vollends ins feindliche Lager. Am 7. Februar verließ „der Österreicher Leopold", wie ihn die Radikalen nannten, Florenz. Als am 8. die Flucht dort bekannt wurde, nahmen die Dinge einen ähnlichen Gang wie zu Rom: unter wüsten Tumulten weniger des Volkes als der Gefolgschaften der Klubs und vergeblichen Gegenversuchen wurde auch dort eine provisorische republikanische Regierung, ein Triumvirat Guerazzi, Montanelli, Mazzoni eingesetzt, welches die grimmigen Worte nicht sparte, doch aber das Blut nicht wirklich strömen ließ, von dem sein Papier überfloß. Karl Albert bot dem Großherzog seine Hilfe zu seiner Wiederherstellung an, wie er dem Papste dieselbe angeboten hatte. Leopold lehnte sie ab; er zog es vor, das Schicksal des Papstes zu teilen: ein englisches Kriegsschiff brachte ihn am 21. Februar nach Gaeta.

c. Zweiter Waffengang und abermalige Niederlage. Restaurationen. März 1849 bis Sommer 1852.

Unter so trostlosen Verhältnissen stürzte sich Karl Albert aufs neue in den Krieg, der, wie immer die Würfel fielen, wenigstens einen Ausweg aus diesem greulichen Wirrsal zeigte. Jeder Zustand, selbst der vor dem verhängnisvollen März — der Tod auf dem Schlachtfelde, die Kriegsgefangenschaft, die Thronentsagung — es war noch immer besser als dieses Chaos, in welchem alle Kräfte sich nutzlos verzehrten. In einer geharnischten Thronrede (1. Februar 1849) kündigte er diesen Entschluß an: es war ein Entschluß der Verzweiflung, und die Aussichten waren weit ungünstiger als im Jahre zuvor, obwohl das Heer jetzt 120 000 Mann zählte, denen Radetzky nicht viel über 70 000 entgegenzustellen hatte. Für den Oberbefehl, den Karl Albert selbst nicht übernehmen konnte oder wollte, hatte man sich erst in Paris einen General holen wollen; da dies nicht gelang, so stellte man einen Polen Chrzanowski an die Spitze, der, 1788 geboren, schon bei Leipzig und bei Waterloo unter Napoleon gefochten hatte, später 1828 im russischen Heere bei Varna Oberstlieutenant geworden war, und dem nun ein Italiener, Alexander Lamarmora, ein Bruder des später vielgenannteu Alfons Lamarmora, als Chef des Generalstabs zur

Seite gegeben ward. Die „lombardische Legion" führte, zum Beweise, daß die Sache schon mehr als halb verloren war, ein anderer Pole oder Halbpole, Ramorino, ein zweideutiger Mensch, der schon bei dem verunglückten Freischarenzug von 1833 seine Rolle gespielt hatte: fast von selbst versteht sich, daß diese beiden Polen sich haßten. Am 12. März 1849 wurde der Waffenstillstand gekündigt. Am 20., mit dem Zwölfuhrschlage, sollten die Feindseligkeiten wieder beginnen.

Sehr rasch vollendete sich diesmal das Geschick. Radetzky täuschte den Feind über seine Pläne, indem er sich den Anschein gab, als gedenke er wie im vorigen Jahre die Lombardei vorläufig zu räumen, vereinigte aber am 19. seine fünf Armeecorps bei Pavia und überschritt am 20. mittags mit dem Schlag zwölf Uhr auf drei Brücken den Tessin. Er übernachtete schon auf piemontesischem Boden; ein erster Kampf bei Mortara (nordwestlich von Pavia) am 21. endigte, spät am Abend begonnen, aller Tapferkeit zum Trotz schon mit einer Niederlage der Piemontesen: der Hauptschlag erfolgte zwei Tage später, am 23. bei Novara, einer Stadt von 20 000 Einwohnern in gerader Linie westlich von Mailand zwischen Tessin und Sesia, wo Chrzanowski seine Hauptmacht, etwa 51 000 Mann, vereinigt hatte. Ebendies, eine Schlacht mit ganzer Macht, war es, was Radetzky suchte, denn einen neuen langen Krieg konnte Österreich in diesem Augenblicke nicht brauchen. Es ward hier mehr als bloß Italiens Schicksal entschieden. Bis abends 6 Uhr schwankte die Schlacht, als Radetzky, durch die Ankunft seines dritten Armeecorps unter Thurn verstärkt, links Benedek und Degenfeld, im Centrum Erzherzog Albrecht, rechts d'Aspre und Appel auf der ganzen Linie zu erneuertem Sturme vorgehen ließ. Einige ungarische Grenadierbataillone hatten den Oberbefehlshaber gebeten, sie, um ihre Treue zu erproben, an den gefährlichsten Punkt zu stellen; schon war die Dunkelheit hereingebrochen, als die Piemontesen wichen. Den König selbst, dessen mächtige Gestalt den feindlichen Geschossen eine breite Zielscheibe bot, hatten auch diesmal die Kugeln verschont, deren dichtesten Regen er wiederholt aufsuchte; mit Gewalt mußte General Durando ihm das Pferd wenden; um acht Uhr erst erstarb das Feuer allmählich. In der Nacht noch, welche dem unglücklichen Tage folgte, und welche für die Stadt Novara, in der die erschöpften, hungernden, erbitterten Piemontesen zusammengedrängt waren, an allen Schrecken überreich war, schickte der König seinen Minister Cadorna und einen General nach dem Hauptquartier des Siegers, um einen Waffenstillstand nachzusuchen. Man begegnete dem Unterhändler mit Übermut: Großmut dem besiegten Feinde gegenüber schien nicht die Tugend Habsburgischer Generale, und hier überdies war der Vertreter eines Königs, dem längst in diesem Lager Haß ge-

schworen war, — eines Königs, der mit Rebellen gemeinsame Sache gemacht hatte, und der eine Österreich feindselige und, mochte man es sich gestehen oder nicht, eine Österreich gefährliche Idee vertrat: der Generalstabschef Baron von Heß soll niedrig genug gewesen sein, zu verlangen oder anzudeuten, daß, da der Feldmarschall dem Worte des Königs nicht trauen könne, der Thronerbe ihm als Geisel gestellt werden müsse. Karl Albert glaubte, daß seine Person ein Hindernis für ein erträgliches Abkommen mit Österreich sei, und handelte demgemäß. Spät in der Nacht kam es so im Palast Bellini zu Novara zu einer ergreifenden Scene. Der König legte seine Hand auf das Haupt seines ältesten Sohnes, des Herzogs von Savoyen, der auf die Kniee gesunken war: vor den herbeigerufenen Adjutanten, einigen Generalen und dem Minister Cadorna erklärte er ihn als rechtmäßigen König — König Viktor Emanuel II., bedeutungsvolle Namen in dieser Stunde der Niederlage Italiens. Er selbst reiste einige Stunden später, von nur zwei Dienern begleitet, auf der Straße von Vercelli ab; am 19. April tauchte er zu Oporto in Spanien als Privatmann wieder auf.

Am 24. März morgens 11 Uhr hatte der neue König mit Radetzky in einem Gehöft bei Novara eine Zusammenkunft. Das piemontesische Heer wird auf den Friedensfuß gesetzt, Venedig und die Herzogtümer von piemontesischen Truppen geräumt, die Freicorps aufgelöst; die Österreicher, 17 000 Mann, besetzen das Gebiet zwischen Sesia, Tessin und Po, ihrer 3000 mit ebensovielen Piemontesen gemeinsam die Festung Alessandria — dies waren die Bedingungen des Waffenstillstandes, der die Einleitung zum Frieden bilden sollte.

Dieser Preis war mäßig, und das hochherzige Opfer Karl Alberts war nicht umsonst gebracht. Es war ein sehr plumper Fehler von österreichischer Seite, diesen Feind noch im letzten Augenblicke zum Märtyrer der italienischen Sache gemacht zu haben: was dieser Mann gefehlt, war gesühnt und vergessen, als einige Monate später die Nachricht von seinem Tode (26. Juli) einlief. Er hatte eine große Aufgabe übernommen, der seine Kraft vielleicht nicht gewachsen war, für die er aber mannhaft sein Leben und das seiner Söhne eingesetzt hatte. Tiefer vielleicht als die Niederlage auf dem Schlachtfelde, wo ihn der Tod floh, kränkte ihn die Verleumdung der Mazzinisten, die doch in der That mehr als die Österreicher schuld waren, wenn der große Versuch gescheitert war; aber ihre Verleumdung schlug nicht Wurzel im italienischen Volke. Die Thatsache war doch, daß er seine Sache und die seines Hauses mit der Italiens identifiziert hatte und an Italiens Unglück gestorben war, während manch anderes gekrönte Haupt die großen Aufgaben, welche die blutige Morgenröte einer neuen Zeit den Mäch-

tigen ankündigte, gar nicht anfaßte, oder nach stümperhaften Lösungsversuchen wieder zu den Nichtigkeiten des alltäglichen Hoflebens griff: das wertvollste Gut der italienischen Nation, den Glauben an die nationale Monarchie hatte Karl Albert ihr gerettet, und noch den Sterbenden durfte man mit dem Gedanken trösten, daß sein Name eine Fahne der Zukunft für die Völker Italiens bedeute. Auf dem Throne saß jetzt ein junger Fürst, der inmitten der Niederlage sein Haupt mit der ganzen Schnellkraft der Jugend hocherhoben und aufrecht trug. Man legte ihm nahe, daß sein Anschluß an das österreichische System den Frieden und seine Bedingungen würde erleichtern können. Da dies nicht geschah, so wurden die Friedensunterhandlungen mit Mühe zu Ende gebracht; wiederholt war man auf dem Punkte, sie abzubrechen. Am 6. August 1849 wurde endlich doch der Friede zu Mailand unterzeichnet. Alle Verträge, welche am 1. März 1848 bestanden hatten, wurden durch denselben wieder in Kraft gesetzt und bestätigt, die Grenzen nach den Festsetzungen des Wiener Kongresses hergestellt: auf alle über diese hinausgehenden Ansprüche verzichtete der König von Sardinien für sich und seine Nachkommen; an Kriegskosten zahlte Piemont die sehr mäßige Summe von 75 Millionen Lire.

Mit der Niederlage Piemonts, das keine Unterstützung von den neuen Republiken Rom und Toscana erhalten hatte, war die Rückkehr der alten Ordnung der Dinge auch in den übrigen Staaten gegeben. In Rom hatte sich die Thätigkeit der neuen Regierung vor allem gegen die Geistlichkeit gerichtet. Klöster wurden in Kasernen verwandelt, die Pferde des Papstes zur Bespannung republikanischer Kanonen verwendet, und der Karneval des Jahres 1849 verlief in schönster Ordnung ohne Soldaten, Sbirren und Gendarmen. Der Papst setzte zu Gaeta seiner Absetzung einen feierlichen Protest entgegen (14. Februar), der zu Rom selbst völlig unwirksam war. Keine Hand rührte sich, das Priesterregiment wiederaufzurichten. Allein der Papst ging nun weiter: er rief die Waffenhilfe der vier katholischen Staaten Österreich, Frankreich, Spanien, Neapel und die moralische Unterstützung aller übrigen — nur Piemont war von dieser Ehre ausgeschlossen — zu seiner Wiedereinsetzung an. Während hierüber eine lebhafte Korrespondenz unter diesen gepflogen wurde, ging man in Rom selbst unbekümmert seinen Weg weiter. Anfang März 1849 erschien dort Giuseppe Mazzini, welcher ein seltsames Priestertum der revolutionären Idee an die Stelle des bisherigen setzte und ungefähr wie die anderen, die vordem auf dieser Stätte gewaltet, eine mystische Schwärmerei halb pfiffig, halb gläubig, mit Gewalt und List in eine groteske Mischung zusammenrührte und die Bevölkerung dieses wunderlichen Fleckes Erde

mit einem neuen Schellengeläute: „Gott und das Volk", „Roma die prädestinierte Fürstin der Welteinheit", und was dergleichen mehr war, bezauberte: übrigens ein Mann, einfach an Bedürfnissen, von strenger Sitte wie Garibaldi, opferfähig und treuer Freund seiner Freunde wie dieser, Sklave seiner Ideen und seines Hasses. Gehandelt wurde nicht; der Wiederausbruch des Unabhängigkeitskrieges in Oberitalien störte den neuen revolutionären Papst-Demagogen nicht, der die großen kirchlichen Schaustücke, welche dieser Bevölkerung Lebensbedürfnis sind, z. B. die Beleuchtung der Apostelgräber am Karfreitag, wie bisher aufführen ließ und nur für die nötigen republikanischen Verbesserungen, z. B. daß beim Feuerwerk die Nationalfarben grünweißrot aufglänzten, Sorge trug. Die Niederlage von Novara geschah; sie hatte die unmittelbare Folge, daß man in der Umgebung des Papstes zu Gaeta die konstitutionelle Maske, die niemand mehr täuschte, vollends fallen ließ. Pius' IX. erster Ratgeber, der Kardinal Antonelli, verlangte jetzt von den Mächten die bedingungslose Zurückführung des Statthalters Christi. Was Cavaignac abgelehnt hatte, unternahm der neue Präsident der Französischen Republik, der sich einst im Jahre 1830 eben im Kampfe gegen die weltliche Gewalt des Papstes seine ersten Sporen verdient hatte: wir sahen, wie man den Ritterdienst für den Klerikalismus mit Erwägungen hoher Politik — der Notwendigkeit, Österreich nicht allein in Italien schalten zu lassen — bemäntelte. Es geschah, ohne daß man sich mit irgend einer Macht zuvor verständigt hatte: aber man hatte sich die Sache zu leicht vorgestellt. Die Streitkräfte der jungen Republik erhielten eine wertvolle Verstärkung und einen vortrefflichen Führer in jenem Giuseppe Garibaldi, der Anfang April mit 400 Freiwilligen in Rom einzog. Ein ehrenhafter und sittenreiner Mensch, ein aufrichtiger, von tiefem Enthusiasmus für Italien entzündeter Patriot, dabei ein ebenso unerschrockener wie erfahrener Soldat, übte er, ein neuer Sertorius, durch strenge Disciplin nicht minder als durch Adel der Gesinnung einen läuternden und veredelnden Einfluß auf seine Umgebungen aus; selbst unter den Mönchen zählte er, einfach und ohne Eigennutz wie er war, viele Verehrer. Der General Oudinot, welcher am 24. April mit seinem französischen Corps in Civita Vecchia landete, gab sich den Anschein, als sei seine Aufgabe, Rom gegen eine österreichische oder neapolitanische Intervention zu schützen. Als er mit dieser Halblüge nicht vorwärts kam, schritt er, wie wir uns erinnern, am 30. zu einem Angriff, der schlecht überlegt und schlecht geleitet, mit einer Niederlage endigte.

Der Enthusiasmus in Rom war groß; er äußerte sich in Illuminationen, in liebevoller Sorge für die Verwundeten, auch in einzelnen Mordthaten und Mißhandlungen gegen wirkliche oder vermeintliche Je-

suiten; die gefangenen Franzosen ließ man, sehr zum Ärger ihres Obergenerals, um die Verbrüderung der beiden Nationen zu illustrieren, ohne weiteres frei, nachdem man sie unter allerlei Freundschaftsbezeigungen durch die Stadt geführt hatte. Die Spanier, welche angesagt waren, erschienen nicht; dagegen rückten nun auch die Neapolitaner, deren König das Einschreiten der Franzosen mit scheelen Augen sah, unter General Lanza 29. April gegen Rom vor. Aber auch ihnen machte sich Garibaldi mit seinen Freiwilligen und einer lombardischen Freischar furchtbar, indem er ihnen am 9. Mai bei Palestrina einen Schlag und am 19. bei Velletri auf ihrem Rückzuge einen zweiten beibrachte. Die schön uniformierten neapolitanischen Garden bekamen Respekt vor den Rundhüten Garibaldis und vor allem vor dem letzteren selbst: er war fest gegen Schuß und Hieb, das war nicht zu bezweifeln, und es war nur ein schlechter Trost, wenn ihnen ihre Priester sagten, daß er es durch einen Bund mit dem Satan sei: dieser Bund hatte ihm geholfen, während ihre Amulette sie im Stiche gelassen hatten. Glücklicher waren die Österreicher, welche am 16. Mai, auch sie allerdings nicht ohne Kampf und ohne Verlust, nachdem sie die Stadt bombardiert, in Bologna einrückten und nun nicht übel Lust zeigten, das Land zu behalten. Ihre Offiziere machten kein Hehl daraus, daß sie das Priesterregiment verachteten, dem sie Schergendienste thun mußten. Während Oudinot vor Rom lag, riet Lord Palmerston den dortigen Machthabern dringend, sich mit den Franzosen und durch diese mit dem Papste zu verständigen; wenigstens die notwendigsten bürgerlichen Reformen ließen sich dann retten; aber teils der Widerstand Mazzinis, der so irreformabel und so unfehlbar war wie nur je ein Papst, teils die übertriebenen Forderungen der Franzosen ließen es nicht dazu kommen. Am 21. Juni, nach zweimonatlicher Belagerung, drangen französische Truppen in die endlich gelegten Breschen: den hohen Worten des Triumvirats, das in der Stadt — übrigens nicht schlecht — regierte: „Erhebe Dich, Rom, erhebe Dich Volk in Deiner Allmacht" gelang es nicht, sie wieder hinauszudrängen; am 1. Juli trat Garibaldi, der mit seiner Schar noch bis zum Äußersten fortgekämpft hatte, in die konstituierende Versammlung und erklärte, daß nichts mehr zu machen sei. Während Mazzini, seiner Rolle getreu, am Morgen des 2. die republikanische Konstitution des Kirchenstaates, die eben frisch aus dem Ofen gekommen, auf dem Kapitol proklamierte, sammelte der unbesiegte Garibaldi seine Scharen auf dem Petersplatze und führte sie durch die Stadt, über das Forum, das so einen der seltsamsten, aber nicht den schlechtesten seiner Triumphe sah, durch die Porta San Giovanni ab nach Tivoli. Mitten durch das besiegte Italien, bald von den Franzosen, den Spaniern, den Neapolitanern,



Papst Pius IX.
1854.
(Nach A. Brückner.)

den Österreichern verfolgt und gejagt, unter ungeheuren Entbehrungen, auf Bergpfaden führte er seine Tapferen. Er hatte den verwegenen Gedanken, sie nach dem noch nicht bezwungenen Venedig zu führen; dies konnte nicht mehr gelingen, er mußte endlich seine letzten Getreuen entlassen; aber er selbst entkam wenigstens, zur Freude aller freien Seelen, fast wie mitten durch die gekreuzten Bajonette der Österreicher, unter denen, damit er ihnen nicht entgehe, seine Photographie verteilt worden war. Am 3. Juli zogen die Franzosen, welche jede Mitwirkung der Neapolitaner und der Spanier, die unterdessen gleichfalls gelandet waren, zurückgewiesen hatten, in Rom ein. Oberst Niel brachte die Schlüssel der Stadt dem Papst nach Gaeta; am 31. übernahm ein Triumvirat von Kardinälen die Regierung; der Papst selbst, dem eine Amnestie von der bekannten Art voraufging, die sich von Proskriptionslisten nur schwer unterscheiden läßt — 283 Namen waren im voraus ausgenommen — hielt erst am 12. April 1850 seinen Einzug durch dieselbe Pforte, durch welche Garibaldi abgezogen war.

Die Priesterregierung war wieder aufgerichtet, schlechter, roher, barbarischer, wenn dies möglich war, als zuvor; der Geschichte giebt Rom bis zum Jahre 1852, unserer nächsten Station, nichts weiter zu erzählen. Der mächtige Beschützer Frankreich ward mit Höflichkeiten überschüttet, und den Staatsstreich, welcher Napoleon auf den leer aber bereit stehenden Thron brachte, begleitete der Papst, als der erste der glückwünschenden Monarchen, mit seinem besten Segen. Aber auf die Entschließungen des Papstes hatten die liberalen Ideen oder Worte seines Befreiers keinen Einfluß; seinem Herzen stand Ferdinand II. von Neapel näher, der an die mittelalterliche Tradition, welche ihren alten Sitz zurückgewonnen hatte, mit derselben Ehrlichkeit wie Pius selber glaubte. Für die Fremden war Rom wieder das alte, sie konnten dort den Papst wiedersehen; hinter die Coulissen, in die leeren Kassen, die vollen Kerker, die ganze Welt von Mißbräuchen sahen sie nicht.

Etwas länger als Rom widerstand die Republik von San Marco, Venedig, dem übergewaltigen Geschick. Die Lage der Stadt, der Gang der Dinge in Ungarn ermutigte die dortigen Führer, welche mit deren Diktator Kossuth genaue Beziehungen unterhielten. Am 26. Mai (1849) wurde das wichtige Fort Malghera von den Verteidigern geräumt, nachdem es fast ganz zusammengeschossen war; aber noch lange widerstand die Stadt, einer stolzen Vergangenheit eingedenk, den vereinigten Anstrengungen des Feindes, der Cholera und des Hungers. Am 13. August aber erfolgte die Kapitulation Görgeys bei Vilagos, welche jeder Hoffnung von dieser Seite ein Ende machte: am 22., nach einem 24tägigen Bombardement, ergab sich Ve-

nedig. Den Führern, unter ihnen Manin und General Wilhelm Pepe, wurde gestattet, auf französischen oder englischen Schiffen sich zu entfernen.

Der Großherzog von Toscana hatte sich, nachdem er die Intervention Piemonts zu seinen Gunsten abgelehnt, am 26. Februar 1849 von Gaeta aus in einem Briefe an den Kaiser Franz Joseph gewendet. Nach der Schlacht bei Novara erhielt er die Antwort, in welcher ihm zunächst ziemlich nachdrücklich über die Vergangenheit der Text gelesen wurde, daß er, ein Erzherzog von Österreich, die Farben und selbst den glorreichen Namen seines Hauses verleugnet habe: er wurde unter der Folter gehalten, als müßte er wenigstens zu Gunsten seines Sohnes abdanken. Indes brach in Florenz selbst eine Bewegung zu seinen Gunsten aus; die Republik wurde gestürzt und am 12. April Leopold als konstitutioneller Fürst zurückgerufen, eine gemäßigt liberale provisorische Regierung eingesetzt. Aber deren Hoffnung, dadurch der österreichischen Intervention zu entgehen, erfüllte sich nicht. Der schwache Großherzog selbst verlangte zuerst seinen Frieden mit Österreich zu machen, der ihm wichtiger war, als der mit seinem Volke, und bei den Österreichern war die Intervention eine beschlossene Sache. Sie rückten unter General d'Aspre ein — „von Eurem Fürsten gerufen, komme ich" — und besetzten im Mai Florenz und das noch immer widerhaarige Livorno. Erst am 27. Juli kehrte der Großherzog zurück. Das Ministerium suchte die Verfassung zu erhalten und bemühte sich um eine Verminderung des österreichischen Occupationscorps, das übrigens gute Mannszucht hielt. Allein nachdem Österreich im ganzen Umfange seines Machtbereiches die Revolution gebändigt, begab sich der Großherzog (Juli 1850) nach Wien, wo man Gutachten der guten Freunde in Italien eingeholt hatte, wie es mit der Verfassung in Toscana gehalten werden solle. Fürst Schwarzenberg, der jetzt hoch daherfuhr, wollte nichts mehr von dieser Verfassung wissen, die zum Kriege mit Österreich geführt habe. Der Großherzog kam zurück, und am 23. September 1850 war im toscanischen Staatsanzeiger zu lesen, daß die Verhältnisse die Wiederaufrichtung der verfassungsmäßigen Organe noch nicht gestatteten — daß zwar Verwaltungsreformen nach Maßgabe der Verfassung eingeführt werden sollten, die ständische Versammlung aber auf unbestimmte Zeit aufgelöst, mit anderen Worten also die Verfassung suspendiert sei. Am 6. Mai 1852 ward sie dann förmlich abgeschafft. Zugleich mit der Abschaffung konstitutionellen Regiments stieg in Florenz der priesterliche Einfluß. Es charakterisiert ihn die Korrespondenz des Großherzogs mit dem Papste, der unter anderem großes Ärgernis daran nahm, daß katholische Patienten jüdische oder protestantische Ärzte gebrauchten: wenigstens soweit gab Leopold, in welchem der ge-

sunde Menschenverstand sich nicht ganz unterdrücken ließ, nach, daß jüdischen Ärzten nur bei jüdischen Kranken die Praxis gestattet wurde. Eines Konkordats mit der nimmersatten Kurie erwehrte man sich glücklich: dagegen hallte die Welt wieder von dem Schicksal der Familie Madai, welche das Verbrechen, mit ihrem Dienstmädchen in der Bibel gelesen zu haben, mit mehreren Jahren Kerker büßen mußte. Es war indes im Großherzogtum Toscana ein Schatz guter Traditionen vorhanden, so daß das Land doch nicht völlig auf das Niveau des Kirchenstaates oder Neapels herabsank — wo man gar nicht für nötig hielt, die Verfassung förmlich aufzuheben, sondern einfach die Kammern nicht einberief.

Grausamer war die Reaktion in Parma, wo eine Zeitlang, während der Fürst abwesend war, die Österreicher unter Feldmarschalllieutenant Stürmer schalteten. Sie verfuhren weit glimpflicher als der neue Herzog Karl III., zu dessen Gunsten sein Vater abgedankt hatte. Herzog Karl war ein habgieriger, roher, bornierter Mann, der im Stil der Autokraten des 18. Jahrhunderts regierte, und vor dem, während man sich um die Gunst des Landvolkes sorglich bemühte, kein Gebildeter sicher war, weil der Herzog und seine würdige Umgebung, was ebenso auch an einigen der am meisten entarteten unter den kleinen deutschen Fürstenhöfen geschah, in jedem wissenschaftlich gebildeten Manne einen Konstitutionellen oder, was in den Augen dieser Leute das Gleiche war, einen Jakobiner sahen. Entsprechend war es in Modena; es war selbst dem Fürsten Schwarzenberg zu viel, der zwar nach der Art jener Menschen, welchen am Erfolge des Augenblicks alles liegt, und denen Ermattung und Energielosigkeit ihrer Gegner solche Erfolge des Augenblickes in die Hände giebt, eine cynische Verachtung gegen alle Ideen hegte, der sich aber dabei nicht ganz der Wahrnehmung verschloß, daß man dem Einfluß des besiegten Piemont doch noch mit andern Waffen begegnen müsse, als mit polizeilichen Quälereien und unsinnigen Preßverordnungen.

Denn dies, daß es nicht gelungen war, hier in Piemont den Funken der Freiheit und des nationalen Gedankens auszutreten — daß hier eine uralte Dynastie sich fest und aufrichtig mit den Ideen der Freiheit und Nationalität verbündete — dies war doch ein Tropfen Gift oder Wermut im Freudenbecher der Reaktion. Im übrigen aber schien auch in Italien wie überall alles zum alten zurückgekehrt. Der stürmische Anlauf, mit geteilten Kräften, unter unzureichender Führung unternommen, war auf der ganzen Linie zurückgeschlagen. Die hohen Worte, das reine und das unreine Blut auf unzähligen Kampfplätzen vergossen, die ungeheuren Opfer an Besitz, Freiheit, Lebensglück, — sie schienen alle vergebens dargebracht, und die Lage Italiens war hoff-

nungsloser als je. Auch in Deutschland war die Revolution niedergeworfen, und mit ihr waren, auf lange Zeit wenigstens gewiß, die berechtigten Wünsche und Hoffnungen auf eine Zusammenfassung der Nation in einer würdigen politischen Gemeinschaft unterdrückt; aber immerhin war dies die Herstellung einer alten Ordnung, die wenigstens keine im eigentlichen und vollen Sinne so zu nennende Fremdherrschaft war, und man konnte sich wenigstens an vielem einzelnem Guten trösten, das der Entwickelung fähiger war als das erbärmliche Ganze. In Frankreich hatte eine Revolution, die gegen eine im ganzen milde und gemäßigte und jedenfalls verbesserungsfähige Regierung in barem Mutwillen unternommen worden war, mit Aufrichtung einer despotischen Gewalt geendigt, welche eine Korruption zur Folge hatte, mit der verglichen diejenige, gegen welche der 24. Februar unter das Gewehr getreten, eitel Puritanismus war: aber die Nation billigte, „in ihren Komitien" diese neue Regierungsform, und die Güter, auf welche neben dem Kriegsruhm dieses Volk den höchsten Wert legt, die strenge Geschlossenheit eines nationalen Einheitsstaates sowie einige der wertvollsten Errungenschaften ihrer Revolution von 1789, die allgemeine Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung der Bekenntnisse u. a. waren unversehrt geblieben. Das unglückliche Italien konnte sich mit nichts Ähnlichem trösten. Es war aufs neue, tiefer als zuvor, aussichtsloser als zuvor, der grausamsten Fremdherrschaft, der Herrschaft der Österreicher, anheimgefallen: einer Fremdherrschaft, welche geschärft war durch die Tyrannenlaunen der einheimischen Vasallenfürsten und durch die Mitregierung des Pfaffentums, das, des Vaterlandes und des eigenen Hauses entbehrend, ohne Nationalität, ohne Freiheit, ohne Familiensinn und Familienglück, für diese Güter in der Herrschsucht einen Ersatz suchte. Und, was schlimmer war: diese Tyrannen hatten einen Augenblick vor ihren Unterdrückten zu zittern gehabt; deren Los war jetzt, um das Bild eines Redners aus dem Altertume zu gebrauchen, das Los entlaufener Sklaven, welche wiedereingefangen sind. Dem allem hatte dieses Volk nichts entgegenzusetzen als seinen Haß: und dieses Kapital allerdings hatte sich in dem unglücklichen Jahre verzehnfacht. Die Erinnerungen an diese Zeit wurden durch immer neue Gewaltthaten wach erhalten, und so inkräftig war dieser Haß, daß er sich inmitten aller Schrecken der Restauration, fast unmittelbar nach der Niederlage, in Mailand und an anderen Orten wieder hervorwagte. Was den Österreichern hier beschieden war, war einer jener Kämpfe, deren Hoffnungslosigkeit der alte Mythus vom Kampfe des Halbgottes mit der Hydra veranschaulicht, der sieben Köpfe nachwachsen, wo einer abgeschlagen ist; und auch jenes Mittel, das dort den Kampf entschied, wo Herakles das Feuer dem Schwerte zu Hilfe nahm, verfing hier

nichts. Gegen Feuer und Schwert, von deren vereinter Wut z. B. die unglückliche Stadt Brescia zu erzählen wußte, die am 1. April 1849, durch falsche Nachrichten von einem Siege bei Novara getäuscht, gegen die österreichische Besatzung sich erhob, und gegen welche nun General Haynau, der greulichste unter den Henkern und Drängern dieses Landes, seiner Grausamkeit die Zügel schießen ließ — gegen Feuer und Schwert, gegen Schuß und Hieb, gegen brutale Gewalt und listige Schmeichelei, gegen Amnestieen und gegen Blutgerichte war der nationale Gedanke gefeit, der aus diesem allgemeinen Hasse immer wieder neue Lebenskräfte oder neues Hoffen zog.

3. Die Pyrenäische Halbinsel, Spanien und Portugal.

Einen eigentümlichen Gegensatz zu der stürmisch bewegten Apenninenhalbinsel bildete in diesen Jahren die Pyrenäische. Zu keiner Zeit während der ganzen Periode seit 1815 erfreute sich Spanien einer so großen Ruhe, wie in den Jahren 1848—52, wo jenseit der Pyrenäen der Aufruhr die ältesten Throne auf längere oder kürzere Zeit erzittern machte oder umwarf. Und während die Geschichte der übrigen Staaten in diesem Zeitraume vorzugsweise und in einem hervorragenden Sinne eine Geschichte der Völker ist, — die in den Massen vorwaltenden Ideen, Leidenschaften, Verirrungen es sind, welche den Gang der Ereignisse bestimmen, weit mehr als das, was in der Stille der Kabinette, im geheimen Rate der Fürsten und Staatsmänner geschieht, besteht die Geschichte Spaniens gerade in dieser Zeit vorzugsweise aus Palastgeschichten, und das Wort Kamarilla, das anderwärts so häufig nur als gedankenlose Phrase wiederholt eines der Aufregungsmittel für die aufregungsbedürftige Menge bildete, bezeichnete hier in Spanien etwas sehr Wirkliches — es bezeichnete die nächste vertraute Umgebung der Fürstin, je nach Umständen Verwandte, Günstlinge, Pfaffen, Nonnen, Zofen, die häufig einen mächtigen Minister, an dessen Stellung parlamentarische Opposition und offener Aufstand sich vergebens versuchte, in kurzer Stunde vom Ruder drängten und der Regierung eine entgegengesetzte Richtung gaben.

Jene Heirat, welche Louis Philipps hausväterliche Staatskunst geschäftig geknüpft hatte, führte zu nichts Gutem. Der Armselige, den diese Staatskunst der jungen Königin, die wie ihre Mutter von starken und nicht sehr feinen Leidenschaften beherrscht wurde, zum Gemahl gegeben, der Infant Don Francisco de Assis, war wenig nach Isabellens Geschmack, und es war bald offene Entzweiung zwischen den Ehegatten. Die Königin wandte ihre Gunst einem jungen Offizier, Serrano, zu, welcher der progressistischen Partei angehörte; dies lähmte den Einfluß der Königin-Mutter Marie Christine, welche sich wieder

nach Frankreich begab. Die progressistischen Parteiführer und Intriganten traten eine Zeitlang an die Stelle der moderadistischen, der Held der ersteren, Espartero, ward wieder in die Gewalt gesetzt (1847), als plötzlich im Oktober jenes Jahres der Wind abermals umschlug, das progressistische Ministerium entlassen und unter dem Haupt der Moderados, dem von Paris zurückgekehrten General Narvaez, ein neues gebildet wurde, welches das königliche Ehepaar versöhnte, den Günstling als Generalkapitän nach Granada schickte und die Königin-Mutter wieder nach Madrid zurückrief.

So traf die Pariser Februarkatastrophe Spanien. Aber während die deutschen Regierungen, große und kleine, an friedliches Regiment über wohlerzogene Unterthanen gewöhnt, bei dem plötzlich mit rasender Gewalt ausbrechenden Orkan den Kopf verloren, die bisherigen Steuerleute vom Sturm gefaßt und über Bord geschleudert wurden oder rasch, um ihr Leben zu retten, selbst aus dem Schiffe sprangen, verlor man hier, an dergleichen Wetter gewöhnt, die Kaltblütigkeit nicht. Eben was dort der Revolution den unwiderstehlichen Nachdruck gab, die weite Verbreitung der neuen Ideen, die in der Stille bei Unzähligen eine gewisse Reife und, wo die Reife fehlte, eine vielleicht um so größere Stärke erlangt hatten, fehlte hier. Die Revolution, dort mit der ganzen Unwiderstehlichkeit einer lange gesammelten, plötzlich hervorbrechenden Naturkraft wirkend, war hier eine so häufige Erscheinung, daß ihre Mittel, ihre Kräfte, ihr Verlauf sich einigermaßen berechnen und also von einem wetterkundigen und energischen Manne, wie Narvaez war, auch wohl beherrschen und vereiteln ließen.

Auch in Madrid dachte man wie überall die gute Stunde zur Erlangung weitgehender Zugeständnisse an die Progressisten zu benutzen. Narvaez lehnte dies ab, vertagte die Cortes, nachdem er sich die nötigen Vollmachten hatte geben lassen, und unterdrückte mit rascher Hand einen demokratischen Aufstand, der am 26. März (1848) in Madrid ausbrach, ebenso wie die Meutereien, die im Mai in Madrid und Sevilla unter den Soldaten sich zeigten. Die einzige mißliche Folge dieser Unruhen war, daß man den englischen Gesandten Lytton Bulwer beschuldigen konnte, bei dem Madrider Aufstande die Hand mit im Spiele gehabt zu haben, denn das System des Generals Narvaez mißfiel dem damaligen Leiter der auswärtigen Politik Englands, Lord Palmerston, der es in einer unliebsamen Note beleuchtete. Es kam Mitte Mai 1848 bis zur Abberufung der beiderseitigen Gesandten, aber nicht weiter. Auch einer der karlistischen Führer, Cabrera, glaubte, daß in dieser Zeit, wo jeder Insurrektionsgedanke rasch ins Kraut schoß, für die karlistische Sache eine Ernte bereit sei, und erhob im Sommer 1848 in Katalonien die alte Fahne wieder. Aber als der

Prätendent selbst, der Graf von Montemolin, wie er sich in gewöhnlicher Sprache nannte, im Frühling 1849 nach dem Schauplatze des Aufstandes sich begeben wollte, ward er unterwegs von der französischen Polizei aufgehalten, und im April mußte Cabrera selbst über die französische Grenze treten. Diese Sache war vorläufig hoffnungslos, da jetzt, in der neuen Zeit, wo die legitimistischen Schrullen in den Hintergrund traten, auch Österreich und Preußen die Königin Isabella anerkannten.

In neuem Glanze strahlte Spanien, als die Reaktion triumphierte und auch Spanien vom Papste zum Beistand wider die römische Revolution, den Greuel der Verwüstung an heiliger Stätte, aufgerufen wurde. Längere Zeit hielt sich Narvaez, obgleich er einem Teile des Hofes durch seine persönliche Energie unbequem war und verschiedene Versuche gemacht wurden, ihn zu stürzen. Während die wertvollste der spanischen Kolonien, Cuba, von Flibustiern aus den Vereinigten Staaten, wo viele das Eigentumsrecht europäischer Staaten an amerikanischem Land nur wenig respektierten, unter einem General Lopez bedroht wurde (1850) und darüber ein gespanntes Verhältnis mit der letzteren Macht, den Vereinigten Staaten, entstand, erlag Narvaez' Ministerium innerer Uneinigkeit und Palasteinflüssen (Januar 1851). Das neue unter Bravo Murillo versprach Ersparnisse, Moralität der Verwaltung, liberale Handhabung der Gesetze; in Wahrheit verfuhr es im Sinne der verschärften Reaktion, die damals schon in ganz Europa ihre Triumphe feierte. Während Narvaez stets dem Auslande gegenüber eine selbständige Stellung behauptet hatte, schloß das damalige Ministerium mit dem Päpstlichen Stuhle ein Konkordat mit weitgehenden Konzessionen und ließ Bonapartistischen Einflüssen Spielraum. Ein Mordanfall auf die Königin am 2. Februar 1852, nachdem sie am 20. Dezember 1851 Spanien einen Thronfolger gegeben, bestärkte die Regierung in ihren reaktionären Maßregelungen, und als die am 1. Dezember 1852 zusammentretenden Cortes einen Gegner, Martinez de la Rosa, zu ihrem Präsidenten wählten, antwortete sie mit Auflösung der Kammer und dem Entwurf zu einer revidierten Verfassung: in diesem war unter anderem die für jene an derlei Kunststücken fruchtbare Zeit charakteristische Bestimmung ausgeheckt, daß das Staatsbudget ein für allemal bewilligt sei und nur durch Übereinstimmung der drei gesetzgebenden Faktoren, König, Senat und Deputiertenkammer, abgeändert werden könne. Die Regierung drang damit nicht durch, trat am 11. Dezember ab und machte einem neuen, aber gleichgesinnten Ministerium Platz. Dies alles ist keine lebendige Volksgeschichte und kann kaum viel mehr Interesse in Anspruch nehmen, als wenn man etwa die Geschlechtsregister des Herrscherhauses irgend eines

fernen Nomadenstammes aufzählen wollte. Indes hat man mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß wenn überhaupt die Zahl derjenigen Menschen, welche unmittelbar von den politischen Ereignissen berührt werden, eine verhältnismäßig kleine ist, dies ganz besonders von Spanien gelte. Das eigentliche Volksleben wurde von dem ewigen Wechsel in den hohen Regionen wenig berührt. Es hielt sich vom Staate und seinen Interessen möglichst abgezogen und verfolgte dafür mit um so größerer Energie innerhalb der nächsten Kreise, der Gemeinden und der Korporationen seine Interessen: wenigstens soviel ist sicher, daß trotz der fortdauernden Verworrenheit der politischen Verhältnisse das Land in materieller Beziehung fortschritt, wie denn auch mit Eisenbahnen ein kleiner Anfang gemacht war.

Weniger noch als Spanien giebt Portugal in diesen Jahren der allgemeinen Geschichte zu erzählen. Es gab nicht viele Menschen in Europa, denen der Unterschied zwischen Septembristen und Cabralisten geläufig war, oder die sich zu sonderlichem Dank angeregt gefühlt hätten, wenn man ihnen sagte, daß die ersteren ungefähr den Progressisten in Spanien entsprächen und ihr Führer Saldanha in Portugal eine ähnliche Rolle spiele wie Espartero in Spanien, wogegen die letzteren den Moderados entsprächen und ihren Namen von Costa Cabral, Grafen Thomar, dem Narvaez Portugals, trügen: ihre Neugierde aber würde völlig gestillt gewesen sein, wenn sie erfahren hätten, daß vom Dezember 1847 bis zum Juni 1849 Saldanha, von da bis zum Mai 1851 Graf Thomar im Namen der Königin regierte, daß derselbe dann durch einen Militäraufstand ohne viel Blutvergießen gestürzt und Saldanha wieder Haupt der Regierung wurde, und daß die Streitigkeiten über eine Zusatzakte zur Verfassung noch nicht beendigt waren, als am 15. November 1853 die Königin Maria da Gloria starb und der Witwer, Titularkönig Ferdinand, die Regentschaft über den minderjährigen Dom Pedro V. übernahm.

C. Der Osten.

1. Rußland.

Die revolutionäre Springflut, welche diesmal in einer ungeheuren Stärke und Ausdehnung zwei Dritteile von Europa bedeckte und zum erstenmale bis Wien und Berlin vorgedrungen war, zerteilte sich, ehe sie Rußland erreichte. Das eigentliche Rußland war zu wenig in Berührung mit dem übrigen Europa, und es fehlten dem ungeheuren Reiche noch zu sehr alle die Mittel, welche im westlichen Europa Gedanken und Stimmungen rasch über große Massen von Menschen zu

verbreiten geeignet sind, als daß die Ideen und Leidenschaften, welche in Frankreich, Italien, Deutschland den großen Tumult anrichteten, die Ruhe des Russischen Reiches hätten stören können. Einen verwundbaren Punkt gab es freilich, es war Polen: im übrigen Lande aber lag eine Erhebung des Volkes ganz außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, und die Aufgabe der Regierung des Zaren Nikolaus I. bestand zunächst einfach darin, das Eindringen westeuropäischer Ideen von dem Lande abzuwehren. Von diesen westeuropäischen Ideen waren die gesellschaftlichen, die socialistischen und kommunistischen, gefährlicher als die politischen, für die in Rußland weder unter dem Adel, noch unter der zum größten Teile leibeigenen Masse des Volkes, noch unter dem politisch bedeutungslosen und verhältnismäßig wenig zahlreichen Bürgerstande der Städte ein Boden bereitet war. In jedem Falle konnte für jene Zwecke eine strenge Handhabung des von dem Zaren längst ausgebildeten Systems der Absperrung ausreichen. Es konnte freilich für Rußland nicht gleichgültig sein, wenn in Deutschland, in Preußen und Österreich konstitutionelle oder gar republikanische Einrichtungen herrschend wurden: aber im ganzen war für Rußland, auch im Interesse des monarchischen Prinzips in den Nachbarstaaten, ein rein defensives Verhalten als die richtigste Politik angezeigt.

Allein eine solche rein defensive Politik lag nicht im Charakter des regierenden Kaisers, der jeden Angriff auf die absolutistische Ordnung, welche ihm, dem geistlosen Schüler eines geistlosen Lehrers, Metternich, zum Dogma geworden war, wie eine persönliche Beleidigung auffaßte. Wie im Jahre 1830 war es sein erster Gedanke, der Revolution mit gewaffneter Hand entgegenzutreten; eine andere Art der Bekämpfung kannte er überhaupt nicht. In einem Befehl an seinen Kriegsminister vom 8. März 1848 gebot er, sofort einen Teil des Heeres auf den Kriegsfuß zu setzen, „um, wenn es die Ereignisse erheischten, dem Strom der Anarchie eine zuverlässige Gegenwehr entgegenzustellen," und am 26. erließ er ein Manifest an die Völker seines Reiches, in welchem eine sehr drohende und angesichts der Lage seiner deutschen Verbündeten höchst unkluge Sprache geführt wurde. Aufruhr und Anarchie, in Frankreich entstanden, habe sich rasch dem benachbarten Deutschland mitgeteilt, habe Preußen und Österreich, mit Rußland verbündete Staaten, ergriffen und scheine auch Rußland zu bedrohen; für die Ehre des russischen Namens, die Unverletzbarkeit der russischen Grenze aber werde jeder Russe unter dem alten Kriegsrufe: „Für Glauben, Zar und Vaterland!" den Weg zum Siege finden. Das Manifest schloß mit einem Citat aus dem Propheten Jesaias, welches den hochfahrenden Charakter des Kaisers bezeichnete: „Vernehmet es, ihr Heiden, und unterwerfet euch, denn mit uns ist Gott."

Jene Rüstungen und diese Drohworte waren durch nichts gerechtfertigt, da es niemand einfiel, den Russen ihren Zaren und ihren Glauben zu rauben. Auch gegen die Polen waren diesmal kaum besondere Kraftanstrengungen notwendig, da sie von der Februarrevolution unvorbereitet überrascht und von Frankreich noch weniger als im Jahre 1830 unterstützt wurden und die Insurrektion im preußischen Polen von Preußen allein nach kurzem Kampfe ohne Schwierigkeit unterdrückt ward. Zum Glücke hatte Nikolaus in seiner Umgebung Leute, die klüger waren als er, und die richtig erkannten, daß jede unmittelbare Einmischung in die chaotische Bewegung des Jahres 1848 nur den konservativen Interessen verderblich sein würde, wie einst im Jahre 1792 die Einmischung Europas in die inneren Kämpfe Frankreichs den konservativen Interessen in diesem Lande nur verderblich gewesen war. Vielleicht kam die Zeit doch, wo Rußland, nachdem die westlichen Staaten in der schweren Krisis ihre Kräfte aufgezehrt hatten, seine Macht geltend machen konnte: so besann man sich eines besseren, erklärte die „Heiden" jenes thörichten Manifestes für ein Mißverständnis und einen Übersetzungsfehler und beschränkte sich auf ansehnliche Truppenzusammenziehungen an der westlichen Grenze und strenge Überwachung des Verkehrs mit den westlichen Ländern.

Einstweilen gab die Verwirrung im Westen dem Kaiser die willkommene Gelegenheit, an der Südostgrenze des Reiches im allezeit trüben zu fischen.

Während im ganzen nämlich auch das Türkische Reich von der Revolution, welche zu nicht geringer Befriedigung der Moslemin unter den Ungläubigen ausgebrochen war, unberührt blieb, war dies doch in den christlichen, mit Österreich und Ungarn durch mannigfachen Verkehr verbundenen, durch französischen und insbesondere Pariser Einfluß, durch allerlei deutsche und französische Leserei bearbeiteten Donaufürstentümern nicht der Fall. Hier erhob sich, zunächst in Jassy, der Hauptstadt der Moldau, eine Bewegung gegen den Fürsten Stourdza, von welchem im April des Revolutionsjahres eine Notabelnversammlung pünktlichere Beobachtung des bestehenden Staatsgrundgesetzes oder Reglement organique und verschiedene dringende Verbesserungen, Auflösung der Bojarenversammlung, die wie der Hospodar selbst ganz unter russischem Einfluß stand, verlangte. Der Fürst antwortete mit brüsken Gewaltmaßregeln gegen die Unterzeichner dieser völlig loyalen Vorstellung, und ein Teil von diesen wandte sich an die Pforte, welche sich auch anfangs ihrer Auffassung der Sache günstig zeigte, bald aber, von Rußland gedrängt, eine feindselige oder gleichgültige Stellung gegen sie einnahm. Der Pfortenkommissar, der nach Jassy geschickt worden war, ließ den Kommissar der „garantierenden

Macht" — unter diesem Rechtstitel schritt Rußland ein —, General Duhamel, nach seiner Weise schalten, und die liberalen Bestrebungen, welche freilich bei dem abgeschmackt-konservativen Standpunkt, den Kaiser Nikolaus einnahm, notwendig auch russenfeindliche Bestrebungen sein mußten, wurden unterdrückt. Etwas anders, im wesentlichen aber ähnlich, verliefen die Dinge in der Walachei. Hier trug der Hospodar des Landes, Fürst Bibesko, welcher sich von russischem Einfluß unabhängiger gehalten hatte, kein Bedenken, den liberalen Demonstrationen, die in Bukarest so wenig als in Jassy fehlten, entgegenzukommen. So drangen radikale Elemente, namentlich polnische Emissäre, deren Weizen jetzt über ganz Europa hin in vollem Blühen war, hier ein und erregten die Massen gegen Rußland, so daß der russische Generalkonsul v. Kotzebue nach Fokschani flüchtete. Man drängte jetzt den Fürsten und verlangte von ihm, über das Reglement organique hinausgehend, eine Verfassung nach europäischem Muster. Er willfahrte, sah aber bald, daß auch dies den Radikalen, welche überall da gewonnenes Spiel haben, wo eine Bevölkerung selbst für mäßige Freiheiten nicht reif ist, nicht genüge, und verließ das Land, worauf die revolutionäre Partei, die nur hierauf gewartet hatte, eine provisorische Regierung bildete und für dieselbe die Anerkennung der Pforte nachsuchte (Juni 1848).

Dort in Stambul war das schwache Ministerium, welches in der Moldau den Russen nachgegeben hatte, entlassen und Reschid Pascha, dessen Name Fortschritt und würdige auswärtige Politik bedeutete, wiederhergestellt worden. Er hätte Gelegenheit gehabt, die liberale Stimmung Europas, welche entschieden gegen Rußland und darum ohne viel Kritik türkenfreundlich war, nachdrücklich auszubeuten; aber eine konsequente Politik war auf diesem Boden, der nur sehr mittelbar an dem europäischen Gesamtleben teilhatte, nicht möglich. Ein Pfortenkommissar, Suleiman Pascha, ging nach Bukarest mit dem Auftrage, die dortige provisorische Regierung aufzulösen. Er fand nicht die mindeste Schwierigkeit; man kam ihm seitens des rumänischen Liberalismus mit der größten Bereitwilligkeit entgegen: als der Kommissar nun eine neue Regierung, eine Statthalterschaft oder Kaimakamie wählen ließ, wurden, nicht zum Ärger der Pforte, drei von den Mitgliedern der abgetretenen provisorischen Regierung wieder gewählt. Das Petersburger Kabinett dagegen ärgerte sich schwer, daß das Land so ruhig blieb, und daß somit kein Grund war, mit bewaffneter Macht einzuschreiten. Indes da kein Grund vorhanden war, marschieren zu lassen, so that man es ohne einen solchen: am 10. Juli überschritt ein russisches Armeecorps den Pruth und besetzte zunächst Jassy, die Hauptstadt der Moldau. Zugleich suchte man die Pforte zu bewegen,

ihrerseits Truppen in die Walachei einrücken zu lassen, denn man hegte den Gedanken, den liberalen Walachen die Türkenfreundschaft womöglich durch die Türken selbst austreiben zu lassen. Die Pforte war schwach genug, nachzugeben. Sie rief Suleiman Pascha ab und schickte im September 1848 Fuad Efendi, mit der Instruktion, daß, wie Rußland wollte, das Reglement organique unverändert wiederhergestellt werden solle; als die Statthalterschaft Schwierigkeiten machte, überschritten bereit gehaltene Truppen die Donau und rückten am 25. September unter Omer Pascha in Bukarest ein. Auch russische Truppen rückten, nachdem eine neue Landesregierung, an ihrer Spitze Fürst Kantakuzenos, eingesetzt war, in die Walachei und überwinterten in schönster Eintracht mit ihren türkischen Kameraden zu Bukarest.

So hatten die Russen 40 000 Mann ihrer besten Truppen in den Fürstentümern; sie meinten damit der weiteren Ausdehnung der Revolution nach Südosten einen Riegel vorgeschoben zu haben. Zu ihrer Verwendung bot sich, wie wir sahen, im Jahre 1849 reichliche Gelegenheit. Mit wachsendem Nachdruck vollzog sich im westlichen Europa der reaktionäre Umschwung. Die Extravaganzen des Radikalismus zwangen die konservativen Kräfte, sich ihres Lebens zu wehren, und nötigten wohl oder übel auch die liberalen, sich diesen anzuschließen. Dies geschah in Frankreich und in Deutschland, ohne daß man unmittelbar fremder Hilfe bedurft hätte; man war in Berlin verständig und patriotisch genug, die fast zudringlichen Anerbietungen russischer Hilfe seitens des Zaren auf sich beruhen zu lassen; in Österreich dagegen war die Regierung zu dem verzweifelten Schritte genötigt gewesen, die russische Hilfe in ausgedehntestem Maße in Anspruch zu nehmen. Es war kein russisches Reichsinteresse, sondern nur der sehr persönliche Revolutionshaß des Zaren, welcher diesen bestimmte, Österreich wieder in den Sattel zu helfen. Nachdem er diesem Staate geholfen, die ungarische Revolution niederzuwerfen, ließ er sich, berauscht von der großen Rolle eines Bändigers der Revolution, weiter angelegen sein, ihm auch wieder seine deutsche Stellung zurückzugewinnen: er war es, mit dessen Beistand Österreich den preußisch-deutschen Reformbestrebungen Halt gebot, die Schleswig-Holsteiner entwaffnete, das hessische Land mit gebundenen Händen seinem Tyrannen wiederauslieferte, den Bundestag wiederherstellte. Den vollen Genuß dieser großen Rolle gönnte ihm das Geschick. In Österreich allerdings empfand man wohl, was es hieß, von einem solchen Bundesgenossen gerettet zu sein, der durch die Art, wie er die Hilfe geleistet, den Dank und Lohn dafür verscherzt hatte; in Preußen aber schien jetzt der König und die Partei, die diesen beherrschte, die Demütigungen von Warschau und von Olmütz, die schimpflichste Niederlage in einer Geschichte voll Ruhm, fast als

eine Art von Ehre anzusehen, und auch der Servilismus der kleinen deutschen Fürsten und ihrer Hofschranzen verehrte in dem Zaren den Retter und Beschützer ihres nichtigen und gemeinschädlichen Daseins. Ohne Sorge, des Gelingens so gut wie gewiß, schien er jetzt daran gehen zu können, sich dort den Lohn und Siegespreis zu holen, wo nicht sein persönlicher Ehrgeiz allein, sondern die russische Tradition seit Peter dem Großen ihn suchte — in der Türkei.

2. Türkei und Griechenland.

Im April 1849, noch ehe der ungarische Aufstand bewältigt war, erschien ein Flügeladjutant des Kaisers von Rußland, General Grabbe, in Konstantinopel, und am 1. Mai wurde die Akte von Balta-Liman, nach einem Sommersitze des Großwesirs am Bosporus so genannt, unterzeichnet, eine Akte, durch welche Rußland die Stellung, die ihm einst der Vertrag von Hunkiar Iskelessi (1833) gegeben hatte, wiedererhielt. Sie regelte die Verhältnisse der Donaufürstentümer nunmehr in der Weise, daß in beiden Fürstentümern neue Hospodare gewählt, diesen ein Diwan zur Prüfung des Budgets an die Seite gestellt wurde, im übrigen das organische Reglement in Kraft bleiben sollte. Bis zur Herstellung der Ruhe sollten die beiden vertragschließenden Mächte eine ausreichende Truppenzahl in den Fürstentümern halten, und Kommissare Rußlands und der Pforte sollten den neugewählten Hospodaren beratend zur Seite stehen. Der Vertrag galt auf sieben Jahre: im wesentlichen waren durch denselben Rußland in den Donaufürstentümern die gleichen Rechte zugestanden wie der suzeränen Macht, der Pforte, und Rußland war in der Lage und gewillt, seine Stellung ganz anders auszunutzen als diese.

Dem ungarischen Aufstande gegenüber hatte die türkische Regierung das zweideutige Spiel gespielt, welches der Schwäche natürlich ist. Man sympathisierte im ganzen mit dem Aufstande und erfreute sich namentlich insgeheim an den ersten Schlappen, welche General Lüders, der von der Walachei aus im Dezember 1848 in Siebenbürgen eingerückt war, dort erlitt; in Konstantinopel saß ein Komitee von Flüchtlingen aller Nationen, welches Freiwillige für die ungarische Armee ausrüstete.

Allein der ungarische Aufstand erlag bald der Übermacht der vereinigten Kaiserhöfe, und diese beiden verlangten nun, gestützt auf einen Artikel des Friedens von Kutschuk Kainardsche (1774), die Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge, welche sich zumeist auf türkisches Gebiet gerettet hatten: zum Teil aus niedrigem Rachegelüst gegen die Männer, welche ihren Truppen den Sieg so schwer gemacht hatten, zum Teil

um der Pforte wegen ihrer schlecht verhehlten Sympathieen für die Revolution eine Demütigung zuzufügen. Allein die Pforte erinnerte sich an Präcedenzfälle aus Zeiten früherer ungarischer Erhebungen, wo die Flüchtlinge nicht ausgeliefert worden waren, und scheute sich vor der öffentlichen Meinung in Europa, den racheschnaubenden Herrschern einen solchen nichtswürdigen Henkershandlangersdienst zu erweisen: um so mehr, als dem Verlangen der beiden Gesandten Titoff und Stürmer im September 1849 ein kaiserlich russischer Offizier mit eigenhändigem ungestümem Brief des russischen Despoten folgte, und als sie sich in dieser Frage durch den einflußreichen englischen Gesandten Sir Stratford Canning, dem sich der französische und selbst der preußische Gesandte Graf v. Pourtalès anschloß, unterstützt sah. In einem sehr höflichen eigenhändigen Schreiben an den Zaren lehnte Sultan Abd ul Medschid die unwürdige Zumutung ab und bewies damit ein Anstandsgefühl, welches man in der Handlungsweise der beiden Kaiserhöfe vermißt. Er versprach dagegen sorgfältige Überwachung der Flüchtlinge; Fuad Efendi, eine am Petersburger Hofe wohlangeschriebene Persönlichkeit, überbrachte dies Schreiben, das den Gesandten einstweilen verborgen blieb. Man war dort klug genug, sich damit zu begnügen, und fand es höchst überflüssig, daß im Oktober des Jahres eine starke englische Flottendivision in den Dardanellen erschien: mit den Österreichern wurde noch eine Anzahl Noten gewechselt, bis sich die Rachsucht Schwarzenbergs gleichfalls abkühlte. Allmählich verliefen sich die Flüchtlinge: die einen durften, als in Ungarn wieder etwas wie Menschlichkeit geübt wurde, zurückkehren, einige, wie Bem, traten zum Islam über und wurden dadurch für Europa bedeutungslos; die bedeutendsten, wie Kossuth, gingen nach England oder Nordamerika.

Im übrigen verflossen die Jahre von 1848—52 für die Türkei ziemlich ruhig. An lokalen Aufständen und Unruhen fehlte es zwar, wie bei einem solchen Reiche natürlich, nicht, aber keiner derselben war von ernsterer Bedeutung. Die Hospodarenwahlen in den Fürstentümern gingen ohne Störung gemäß der Akte von Balta-Liman vor sich und fielen in der Walachei auf Bibeskos Bruder, Fürst Stirbey, in der Moldau auf Gregor Ghika; im Jahre 1850 wurden die beiderseitigen Occupationstruppen nach dem Wunsche der Pforte vermindert. Die Stellung der Pforte zu Ägypten besserte sich insofern, als im Jahre 1848 (November) Ibrahim Pascha starb und der neue Vicekönig, sein Neffe Abbas Pascha, niemals die Waffen gegen die Pforte getragen hatte und sich unterwürfiger zeigte, als sein Vorgänger, der einst die Welt mit dem Rufe seiner Thaten erfüllt hatte. Außerdem hatte die Pforte hier an den Engländern eine kräftige Stütze,

welche das wichtige Land um so weniger aus den Augen ließen, als eben jetzt das Projekt einer Durchstechung der Landenge von Suez von sich reden machte. Die Durchführung des großen Gedankens selbst lag noch in weitem Felde, und vielleicht war es nicht das Projekt an sich, welches, wenn es wirklich alle Vorteile bot, die man sich davon versprach, schließlich doch auch der ersten Handelsnation zu gute kommen mußte, sondern es war vielmehr der Umstand, daß Frankreich vorzugsweise sich für dasselbe zu interessieren schien, was die Engländer mißtrauisch machte. Einstweilen setzten sie dem von ungeheueren Schwierigkeiten umgebenen Plan einen leichter auszuführenden, eine Eisenbahnverbindung zwischen Alexandrien, Kairo und Suez entgegen.

Eine andere Verwickelung aber erhob sich für die Pforte in der Frage der Heiligen Stätten, aus welcher sich für die Türkei und für ganz Europa die wichtigsten Folgen ergeben sollten. Mit dem Namen der Heiligen Stätten wurden gewisse Örtlichkeiten in Jerusalem selbst und dessen Umgebung bezeichnet, welche eine wissenschaftlich mehr oder weniger zweifelhafte Tradition mit dem Leben und Wirken des Erlösers in Verbindung brachte. Auf diese Stätten wurde von den verschiedenen christlichen Konfessionen — mit Ausnahme derjenigen, welche sich das Wort des Evangeliums, nicht den Lebenden bei den Toten zu suchen, gemerkt hatten — ein übertriebener Wert gelegt: und da, wo Mönche zanken, des Haders kein Ende zu finden ist, so kam es von Zeit zu Zeit zu Streitigkeiten über das Benutzungsrecht oder Eigentumsrecht oder Mitbenutzungsrecht oder Miteigentumsrecht an dieser Thür und jenem Gewölbe, auf welches die eine oder die andere dieser Konfessionen, Lateiner oder Griechen, Armenier oder Syrier Anspruch erhoben. So kam es unter anderem im Jahre 1847 zu Händeln zwischen dem griechischen und dem römisch-katholischen oder lateinischen Klerus, in deren Verlauf ein silberner Stern über der angeblichen Geburtsstätte des Erlösers zu Bethlehem verschwunden war. Der Thäter ward nicht ermittelt und der Stern nicht wieder aufgefunden; im Jahre 1848 aber fand niemand Zeit, diesen Handel weiterzuverfolgen. Indes ein Streit, bei welchem der Klerus zweier mächtigen und auf diesem Boden, auf den beide gleichen Wert legen, mit besonderem Eifer wetteifernden Kirchen beteiligt ist, muß durchgefochten werden. Die Zeiten hatten sich geändert: man begann jetzt überall wieder auf religiöse Formen und Äußerlichkeiten großen Wert zu legen: und besonders in Frankreich glaubte der Klerus seinen Einfluß auf den neuen Machthaber, dem er unentbehrlich war, benutzen zu können, um hier an dieser wichtigen Stelle einen Erfolg in seinem Sinne zu erringen. Es gehört zur Politik der römischen Kirche, die Gemüter

von Zeit zu Zeit durch irgend ein Neues, — einen Anspruch, Streithandel, Auffindung einer neuen dogmatischen Spitzfindigkeit und dergleichen, anzuregen und zu beschäftigen, und dieses Interesse begegnete sich hier mit dem des damaligen Präsidenten: in der auswärtigen Politik Frankreichs von sich reden zu machen.

Es ist kaum der Mühe wert, diesen Handel in seinen Einzelheiten zu verfolgen, die nur durch ihren Gegensatz zu den mächtigen daraus entspringenden Folgen Interesse erwecken. Anfangs, in einer Note vom 28. Mai 1850, stellte das französische Kabinett sehr weitgehende Forderungen bezüglich der Rechte der Lateiner an den Heiligen Stätten und machte sie mit großem Nachdruck durch seinen Gesandten in Konstantinopel, General Aupik, geltend: als es aber merkte, daß es darin die übrigen Mächte gegen sich habe, zog der neue Gesandte, Marquis von Lavalette, gelindere Saiten auf, und es wurde türkischerseits eine gemischte Kommission niedergesetzt, welche die Angelegenheit untersuchen und auf Grund eines Berichtes dem Sultan zur Entscheidung vorlegen sollte. So schien die Angelegenheit Oktober 1851 einer gütlichen Beilegung nahe, als ein Brief des Kaisers von Rußland, zunächst noch in milder Form, die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes verlangte. Die Pforte löste die Kommission auf, beleidigte dadurch Frankreich, dessen Gesandter nun seinerseits mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, wenn nicht bis zum 24. Dezember ein Bescheid ergangen sei. Im Februar 1852 erfolgte die Entscheidung des Großherrn, welche im wesentlichen dahin ging, daß die seitherigen Privilegien fortbestehen, die Lateiner aber im Besitz der drei Schlüssel zu den Hauptthüren der St. Marienkirche in Bethlehem verbleiben und, sofern ihnen einer fehle, in den Besitz desselben gesetzt werden sollten: um einen dieser Schlüssel, der fehlte, handelte es sich also. Mit diesem Zugeständnis, daß die Lateiner eine Thür, welche auch die Griechen behaupten, ihrerseits auf- und zuschließen durften, begnügte sich der französische Gesandte: aber nun mußte auch Rußland befriedigt werden. Dies geschah durch einen Ferman, welcher den Griechen ihre Rechte an den Heiligen Stätten gewährleistete. Lavalette war auf Urlaub abwesend: als er zurückkehrte, erhob er Einwendungen (August 1852), erklärte sich aber durch einige Entschuldigungen für befriedigt (Oktober 1852). Nicht so Rußland, dem mittlerweile der Kamm immer höher geschwollen war. Der Generalkonsul Rußlands für Palästina und Syrien verlangte von dem nach dem Schauplatze dieses einfältigen [illegible] gesandten Pfortenkommissar die öffentliche feierliche [illegible] des Fermans für die Griechen, wogegen die Pforte dem [illegible] Gesandten schon die Zusage gegeben hatte, daß dies nicht [illegible]. Während also Frankreich seine Versöhnlichkeit hin-

reichend an den Tag legte, wurde mehr und mehr sichtbar, daß Rußland Händel suchte. Es berief den maß- und taktvollen von Titoff ab und schickte einen neuen schrofferen Vertreter, von Ozeroff, der den Auftrag hatte, einigen Artikeln des Friedens von Kutschuk Kainardsche (1774), welche sich nur auf Konstantinopel und den Schutz der nach Jerusalem wallfahrenden russischen Pilger bezogen, die ungeheuerliche lügnerische Deutung zu geben, als verliehen sie dem Zaren ein Schutzrecht über alle Bekenner der orthodoxen Kirche in der Türkei d. h. über 10 Millionen türkischer Unterthanen. Am 15. Dezember erfolgte nun eine weitere endgültige Entscheidung der Pforte in der Frage der Heiligen Stätten. Sie lautete dahin, daß der Ferman für die Griechen, dem Verlangen Rußlands gemäß, in Jerusalem öffentlich verlesen werden, zugleich aber nun auch der oben erwähnte Schlüssel den Lateinern d. h. den römisch-katholischen Schützlingen Frankreichs ausgeliefert werden sollte. Frankreich, wo soeben der neue Kaiserthron aufgeschlagen worden war, bequemte sich, obgleich das Zugeständnis, welches es erlangte, gleich null war; der neue Kaiser sah, daß hier eine Verwickelung sich bildete, bei welcher ihm, dem Emporkömmling, große Aussichten sich eröffneten. Der Kaiser Nikolaus aber ward dadurch in seinem Hochmut bestärkt und schritt, schon von der Ate gefaßt, weiter seinem Verhängnis entgegen.

Die Aufmerksamkeit Englands blieb auf die orientalischen Angelegenheiten gerichtet, und vielleicht wurde es durch das Vorgefühl ernsterer Verwickelungen in dieser an Verlegenheiten reichen Region bestimmt, den ärgerlichen Handel baldmöglichst und glimpflich zu endigen, der auf kurze Zeit und auf nicht besonders ehrenvolle Weise Griechenland wieder in den Vordergrund des europäischen Interesses schob. Dieser Handel entstand aus den finanziellen Verbindlichkeiten, welche Griechenland während seines Unabhängigkeitskrieges sich namentlich englischen Häusern gegenüber aufgeladen hatte. Allein das Schuldenzahlen war auf diesem Boden nicht üblich, und die Nachkommen der Staatsmänner des Achäischen und Ätolischen Bundes hatten Wichtigeres zu thun, als für den Wiederanbau des Landes zu sorgen und an ihrem Teile darauf bedacht zu sein, daß diese Bevölkerung sich wieder an die ehrliche Arbeit gewöhnte. Kabinettsintriguen, Ministerwechsel, Anzettelungen unter den stammverwandten Bevölkerungen des Türkischen Reiches, Erweckung panhellenischer Sehnsucht und Unzufriedenheit auf den Jonischen Inseln — das waren die Geschäftszweige, in welchen die Politiker des wiederhergestellten Griechenlands ihre Meisterschaft suchten. Endlich riß den Engländern die Geduld, und um so mehr, als mit dem steigenden Mutwillen der Griechen auch der russische Einfluß bei ihnen stieg. Bei verschiedenen Tumulten, wie sie in Griechen-

land nichts Seltenes waren, hatten englische Unterthanen Vermögensschädigungen erlitten, und einer, ein portugiesischer Jude von Geburt, aber britischer Unterthan, Don Pacifico, hatte bei einem solchen Pöbelauflauf, wo sein Haus geplündert wurde, Beschädigungen erlitten, die er auf 32 000 Pfd. Sterling oder 800 000 Drachmen anzuschlagen die Unverschämtheit hatte. Andere Klagen kamen hinzu, und da gütliche Mittel nicht zum Ziele führten, erschien am 11. Januar 1850 die englische Mittelmeerflotte unter Viceadmiral Parker vor dem Piräeus. Er setzte eine Frist von 24 Stunden zur Erfüllung seiner Forderungen. Das griechische Ministerium, gestützt auf ein Gutachten seiner Juristen, welche die Ansprüche für ungerecht erklärten, weigerte sich. Der Admiral ließ den Wert griechischer Richtersprüche dahingestellt und begann am 19. mit den Zwangsmaßregeln: Blockade, Wegnahme griechischer Handels- und Kriegsfahrzeuge, deren 200 im Hafen von Salamis zusammengebracht wurden. Die griechische Regierung protestierte und sandte ihre Diplomaten nach den Hauptstädten der Schutzmächte, die französische Regierung bot ihre Vermittelung an, und Rußland begleitete die Klagen der gekränkten Unschuld, welche die griechischen Minister und ihre Sendboten mit dreister Stirn spielten, mit heftigen Erklärungen gegen die Politik Lord Palmerstons, auf welche zu schmähen damals auch in Deutschland als ein wohlgefälliges Zeichen guter Gesinnung galt. Allein die englische Regierung gab nicht nach; sie milderte zwar die Blockade, gab aber die Schiffe nicht zurück, bis Englands Forderungen, die es auf 330 000 Drachmen ermäßigte, erfüllt waren. Diese bezahlte die griechische Regierung; Rußland übte die wohlfeile Großmut, angesichts der Verluste, welche Griechenland durch die Blockade erlitten, vorläufig auf die Heimzahlung seines Anteiles an den gemachten Anleihen zu verzichten. Im übrigen bietet das kleine Land in dieser Zeit keinen Stoff, der, vom weltgeschichtlichen d. h. vom Standpunkte der Geschichte der Menschheit als eines Ganzen aus betrachtet, des Erzählens würdig wäre. Die Ehe des Königs blieb kinderlos: ob es dem Fürsten, der wiederholt das Land verließ und die Königin mit der Führung der Geschäfte betraute, gelungen, seinen jüngeren Bruder Adalbert zu bestimmen, nach ihm die schwere Last dieser Krone von so leichtem Gewicht zu übernehmen, wußte man nicht: und man nahm in diesen Zeiten, wo allenthalben Rußland das große Wort führte, im übrigen Europa mit einer Art von Resignation an, daß das Land in einiger Zeit bei irgend einer passenden Gelegenheit eine russische Sekundogenitur unter einem Prinzen des russischen Kaiserhauses werden werde. In diesem Sinne ward auch das Protokoll vom 20. November 1852 aufgefaßt, in welchem die Schutzmächte, England, Frankreich, Rußland, wiederholten, was schon der Artikel 40

der griechischen Verfassung vom März 1844 feststellte, daß der Thronfolger, wer immer er sein werde, sich zur griechischen Kirche bekennen müsse.

3. Österreich.

Wir müssen, ehe wir weiter schreiten, noch einen Blick auf dieses Reich werfen, welches aus den Stürmen der Revolution gerettet hervorgegangen war, seine Rettung aber dem russischen Zaren verdankte, und das, durch die stärksten Bande der Dankbarkeit, wie Kaiser Nikolaus selber meinte, an diesen gekettet, den besten Verbündeten und die festeste Stütze der gewaltigen Stellung bildete, welche der russische Kaiser am Ende dieser denkwürdigen Epoche des europäischen Lebens im 19. Jahrhundert innehatte.

Der Kampf, den dieses Reich in den Jahren 1848 und 1849 um seine Existenz führte — wie es, im Süden, Osten und Norden gleichmäßig von Abfall und Krieg bedroht, vom Aufruhr in seiner eigenen Hauptstadt ergriffen, bei trostloser Finanzlage, wechselnden Ministerien, unter einem völlig unfähigen und dann einem noch kaum zum Jüngling gereiften Herrscher, gleichwohl durch seine zähe Lebenskraft wie durch sein Heer, das eine Art künstlicher österreichischer Nationalität in diesem stämme- und völkerreichen Lande ohne einheitliche Nationalität bildet, sich behauptete — dieser Kampf hat in der That etwas ungemein Großartiges. Und daß Österreich schließlich siegreich aus demselben hervorging, würde unsere volle Bewunderung verdienen, wenn dieser Sieg nicht an der *einen* Stelle, in Ungarn, lediglich durch die russischen Bajonette erfochten, in Deutschland durch die nahezu unbegreifliche Schwäche eines Rivalen, in Italien durch die wahnsinnige Zwietracht im Lager des Gegners erleichtert, — in allen drei Fällen, in Ungarn, Deutschland und Italien, schändlich mißbraucht, im eigenen Lande nur zur Förderung freiheits- und fortschrittsfeindlicher Prinzipien und Personen ausgebeutet worden wäre. Es schien, als habe wirklich Österreich aus dem furchtbaren Würfelspiele zweier schicksalsvollen Jahre seinen Einsatz vollständig gerettet — als habe es die drei großen Weltstellungen, welche seine Vergangenheit und vielleicht sein Verhängnis ihm anwies, die *deutsche*, die *italienische* und die *Donau-Stellung*, unversehrt behauptet.

Es war auch geschehen, für heute und für morgen. Weit in die Zukunft aber liebte man hier nicht zu sorgen und zu sehen, am wenigsten liebten es die Kavaliere und genialen Emporkömmlinge, welche diesen Staat jetzt steuerten. Der Sieg war, auf welche Weise, mit welchen Mitteln immer, erfochten; es handelte sich darum, ihn

auszubeuten. Im März 1849 war jene Verfassung für den gesamten österreichischen Staat gegeben worden, welche die Unterschriften des neuen Kaisers und seiner Minister Schwarzenberg, Bach, Krauß, Stadion, Bruck u. a. trug, zu denen man noch den für liberal geltenden Schmerling gesellte, nachdem derselbe in Frankfurt seine Dienste geleistet hatte. Konstitutionelle Monarchie, einheitliche und unteilbare, Ungarn, Lombardei, Venezien eingeschlossen; alle Volksstämme gleichberechtigt; das ganze Reich ein Zoll- und Handelsgebiet; Freizügigkeit, Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte vom Religionsbekenntnis unabhängig, auch sonst ein ziemlich reiches Maß von Grund- und Volksrechten; Ober- und Unterhaus: dieses, in indirekten Wahlen, auf allemal 100 000 Seelen ein Deputierter, vom Volke — jenes auf allemal zehn Jahre von den Landtagen der einzelnen Kronländer gewählt. Denn diesem glücklichen Lande stand wie dem Deutschland der Träume von 1848 stets eine doppelte Freiheit bevor, die Freiheit im Reiche und außerdem noch die in jedem besonderen Kronlande; auch an Wahlvergnügen, woran das Herz der Freiheitsmänner von 1848 hing, fehlte es nicht; überdies beschwört der Kaiser vor seiner Krönung diese Verfassung, auf welche selbst die Armee beeidigt werden sollte. Wer die Aufrichtigkeit dieser Verleihung damals bezweifelt hätte, der würde den „ehrenwerten Männern", die sie gegeben, herzkränkendes Unrecht gethan haben: jetzt nach errungenem Siege, nach hergestellter Autorität stand nichts im Wege, sie ins Leben treten zu lassen.

Es geschah nicht; aber man war geduldig. Zuerst hielt man sich an den Namen des Grafen Stadion, den Sohn des Ministers vom Jahre 1809, den man für einen Mann der Reform und eines verjüngten Österreichs hielt, und welcher in der That in Galizien sich als trefflichen Verwalter und Mann reformatorischer Ideen gezeigt hatte. Allein Stadion verfiel bald darauf unheilbarer Geisteskrankheit, und das Ministerium des Innern kam in die Hände eines gewandten und grundsatzlosen Emporkömmlings der letzten Jahre, Alexander Bach, welcher bald, um sich zu halten, den gründlichsten Adepten in der Kunst, Staaten zu ruinieren, der hohen Geistlichkeit, die Zügel schießen ließ. Diese machten sich rüstig ans Werk, Österreich zu verjüngen, indem sie zunächst die freie Verfügung über den sogenannten Religionsfonds von 80 Millionen zurückforderten, denselben vorsichtig jedoch nicht in österreichischen Staatspapieren angelegt wissen wollten: es war nur erst ein Anfang dessen, was kommen sollte, daß am 18. April 1850 die Einrichtung, nach welcher päpstliche Erlasse nur nach erteiltem landesherrlichem Placet veröffentlicht werden durften, aufgehoben ward. Der junge Kaiser, der einen Teil der verhängnisvollen Zeit im Lager

Radetzkys zugebracht hatte und bis dahin nur soldatische Neigungen zeigte, beherrscht von der gebundenen Religiosität des Habsburgischen Hauses, deren eifrigste Bekennerin seine Mutter, Erzherzogin Sophie, war, umgeben von Männern, welche allem, was an die Revolution erinnerte, fanatischen Haß geschworen hatten, und von denen keiner, am wenigsten Schwarzenberg, einen Begriff von dem Ernst der unermeßlich schwierigen Aufgabe der Verjüngung Österreichs, die sie im Munde führten, besaß — der Kaiser Franz Joseph hätte die Verfassung schwerlich durchführen können, auch wenn er mehr Einsicht, mehr Erfahrung und mehr Eifer für dieselbe gehabt hätte, als man füglich von ihm erwarten konnte. Auch fehlte es nicht an den besten Vorwänden und, wenn nur sonst der Wille zu Reformen ernst und gut war, auch nicht an guten Gründen, das Versprechen zurückzunehmen, das in aufgeregter Zeit gegeben und in einer Einrichtung von zweifelhaftem Wert, zweifelhafterer Durchführbarkeit verkörpert worden war. Denn völlig zufrieden mit dieser Verfassung war niemand. Die einen waren der Ansicht, daß dieses Völkerkonglomerat nur mittels einer absoluten Regierung, der ein mächtiger Adel und eine festorganisierte Kirche zur Seite stehe, zusammengehalten werden könne, — ungefähr wie Metternich gethan, dessen schale Weisheit jetzt plötzlich wieder zu Ehren kam, und den man seit September 1851 selbst wieder in Wien sehen konnte. Andere, wie der böhmische Parteiführer Palacky, glaubten, daß Österreich nur eine Föderativverfassung vertrage, daß der Schwerpunkt des öffentlichen Lebens in die einzelnen Länder, aus denen die Monarchie erwachsen war, gelegt werden müsse. Sie verlangten Nationallandtage, Nationalgerichtshöfe, Nationalministerien, während sie als Gemeinsames dem Reiche nur Finanzen, Äußeres und Krieg übrig ließen: und diese Opposition gegen die Gesamtstaatsverfassung, welche hier im Namen eines Königreiches Böhmen und einer böhmischen Nationalität auftrat, wiederholte sich auf dem ganzen Raume der Monarchie in jedem kleinen Stamm- oder Volksbruchteil. Von allen Seiten, Kroaten und Serben, Rumänen und Polen, erhoben sich Klagen, Petitionen, Beschwerden; am nachdrücklichsten aber widersetzte sich der Gesamtstaatspolitik eine Partei, welche in Bekämpfung der Revolution mit der Regierung Hand in Hand gegangen war — die Altkonservativen in Ungarn.

Sie führten in diesem Augenblicke allein das Wort für dieses unglückliche Land, in welchem die Reaktion am grausamsten wütete, weil ihr dort der Sieg am schwersten gemacht worden war. Im Oktober 1849 hatte die Festung Komorn, welche bis dahin unbesiegt geblieben war, kapituliert; über das besiegte Land gebot Feldmarschall Haynau, ein Bastard des Kurfürsten Wilhelm I. von Hessen und dieses Vaters

würdig. Zu Budapest und Arad saßen seine Blutgerichte, welche hier die Erinnerungen an frühere Greuel erneuerten und auch die Höchstgestellten erreichten. Am 6. Oktober 1849 ward Graf Ludwig Batthyány erschossen, dem man nun auch Thaten zum Vorwurf machte, die er als vom Kaiser ernannter Premierminister Ungarns mit Sanktion des Königs und seines Palatinus gethan; andere, nicht wenige, wurden nicht zu Pulver und Blei „begnadigt", sondern mit einem plebejischeren Mittel, durch den Strang, zum Tode gebracht; andere verbannt, andere in den Kerker geworfen, viele Tausende gewaltsam ins Heer gesteckt. Der neue Herzog Alba wurde, nachdem der Boden an Blut sich satt getrunken, am 8. Juli 1850 seines Oberbefehls enthoben. Die Rache für das, was dieser Mann des Bluts gethan, übernahmen unberufene Fäuste: als der Marschall im September jenes Jahres London und unter dessen Merkwürdigkeiten auch die große Bierbrauerei von Barclay und Perkins besuchte, ward er von dem Personal erkannt und körperlich mißhandelt. Die österreichische Regierung war wie die gesamte Reaktion, die sich in einem ihrer erkorensten Werkzeuge beleidigt fühlte, über den Vorgang wütend; noch wütender über die Ovationen, welche das Londoner Publikum den Brauknechten darbrachte, und bei denen mit einem gewissen cynischen Behagen darauf hingewiesen wurde, daß die Sache zwar nicht in der Ordnung gewesen, aber doch immer noch besser sei als, wie Baron Haynau gethan, Weiber peitschen zu lassen.

Die Wüterei Haynaus ging vorüber und änderte an der Stellung des Landes im ganzen nichts: gefährlicher war die von der österreichischen Regierung aufgestellte Theorie, daß „die ehemalige Landesverfassung Ungarns durch die Revolution selbst beseitigt sei." Die Regierung hatte die Macht und konnte demgemäß verfahren: für die altkonservative Partei Ungarns aber, die einzige, welche in diesem Augenblicke noch die Stimme für das Land erheben konnte, handelte es sich darum, daß aus der thatsächlichen Niederwerfung der Revolution wenigstens kein neuer Rechtszustand sich erhob, und darum war auch sie gegen die Märzverfassung, welche Ungarn aus einem Königreich in eine Provinz verwandelt hatte.

Diesen vereinigten ungünstigen Umständen war die Lebenskraft dieser im Sturm gesäten und im Winde aufgegangenen Verfassung nicht gewachsen. Eine kaiserliche Erklärung vom 31. Dezember 1851 hob die Verfassung vom 4. März mitsamt ihren Grundrechten und Schwurgerichten wieder auf; vier Wochen nach dem Staatsstreich in Frankreich. Man verzichtete also hier darauf, die furchtbare Krisis, die man durchgemacht, durch einen neuen Rechtszustand abzuschließen. Und so war es überall, mit Ausnahme Preußens, wie wir sehen

werden, das, seiner kläglichen Niederlage zum Trotz, doch einen wirklichen politischen Fortschritt, den schweren Schritt aus dem absoluten in den Verfassungsstaat, gemacht hatte. Allenthalben hatte die Gewalt triumphiert, und manche wiederholten Ende 1852 verzweifelnd das Wort Napoleons I., daß Europa nun in der That kosakisch geworden und eine neue schlimmere Auflage der Heiligen Allianz, bei welcher der russische Despot das erste Wort führe, gekommen sei. Aber sie irrten: das europäische Leben war in zu energischen Schwung gekommen, als daß es wiederum so lange wie damals hätte stillstehen können, und seine erste Regung nach der großen Niederlage war eben die Brechung jenes kosakischen Einflusses.

Zweiter Abschnitt.

Von der Errichtung des zweiten Kaiserreichs

bis zum Beginn des Italienischen Krieges. 1852—1859.

Die Jahre 1848—1852, genau die Mitte des Jahrhunderts bildend, bezeichnen eine entscheidende Krisis im Leben der europäischen Menschheit. Allerdings waren, äußerlich betrachtet, keine großen Veränderungen vor sich gegangen. Die Karte Europas zeigte am Ende derselben den nämlichen Anblick wie zuvor, und nur zwei deutsche Kleinstaaten, die beiden Hohenzollern, waren von derselben verschwunden. In Italien, in Deutschland, in Österreich war trotz Krieg und Bürgerkrieg der Territorialbestand von 1815 erhalten oder wiederhergestellt, die ganze Oberfläche des Weltteils schien wieder geglättet, — ungeheuer aber die innere Wirkung der Ereignisse dieser stürmischen Jahre gewesen. Alle Gegensätze, welche längst in den Tiefen dieses europäische Leben bewegt hatten, waren durch die Fieberhitze einer großen Revolution auf war die Oberfläche getrieben worden, — aus der Stille der Kabinette, den Winkeln der Verschwörungen und geheimen Gesellschaften, dem einsamen Zimmer des philosophierenden Denkers waren sie in die Öffentlichkeit des Marktes, der parlamentarischen Debatten, der Schlachtfelder getreten. Tausende und aber Tausende, welche zuvor einfach ihrem täglichen Erwerb und ihrer ruhigen Beschäftigung nachgegangen, waren gewaltsam und unwiderstehlich in den Strudel der öffentlichen Dinge hineingezogen worden, hatten Geschmack an denselben gewonnen oder waren in eine Lage gekommen, wo sie sich dieses Interesses nicht wieder entschlagen konnten: und jede Theorie in betreff des staatlichen, kirchlichen, gesellschaftlichen Lebens erhob jetzt, indem sie sich ihre Partei schuf, den Anspruch auf praktische Verwirklichung und forderte die

Kritik unter diesem Gesichtspunkte praktischer Durchführbarkeit heraus. Eine Klärung dieser tausendfachen Gegensätze war freilich noch mit nichten eingetreten. Vielmehr schien, seitdem sie alle sich öffentlich auszusprechen Gelegenheit gefunden, die Verworrenheit und Zerfahrenheit größer als je. Wenn die Bewegung anfangs die Farben des konstitutionellen Liberalismus aufgepflanzt hatte, so waren bald wildere Leute gekommen, welche ein ganz anderes Freiheitsideal oder Freiheitsidol aufstellten. Freiheit und monarchische Regierungsform, sagten diese, sind unvereinbare Dinge, und strebten, sei es mit Zeitungsartikeln und Broschüren, sei es mit offener Gewalt, nach der Republik. Aber es gab allerlei republikanische Möglichkeiten. Daß es keine Monarchen, Könige, Fürsten, Prinzen, Päpste u. s. w. mehr geben dürfe, meinten andere, stehe fest; aber nicht darum allein könne es sich handeln: nicht die politische Reform oder, da dieses Wort der Reform an und für sich diesen himmelstürmenden Geistern ein Gegenstand der Verachtung war, nicht die politische Revolution thue not, sondern die sociale; erst wo die bevorrechteten Stände, und das seien nicht Königtum und Adel und Priesterschaft allein, sondern vor allem die Bourgeoisie, der Reichtum, das Kapital — erst wo diese „privilegierten Stände“ aufhören, da beginne das eigentliche Volk, dem als der ungeheuren Mehrheit die Herrschaft und zwar unmittelbar gebühre: und so schweiften die aufgestürmten Gedanken ab und aus, bis für die folgerichtigsten dieser Schwarmgeister kein Stein mehr auf dem andern blieb, — kein Königtum noch Kirche, nicht Familie noch Ehe noch Nationalität.

Indem so diese Freiheitsideen, von Konsequenz zu Konsequenz gehetzt, zum offenbaren Unsinn im Bilde und da und dort in nackter Wirklichkeit verzerrt die Züge einer Tyrannei annahmen, mit der verglichen jede monarchische Tyrannei, von der die Geschichte meldet, mild und menschlich erscheint, boten sie den entgegengesetzten Tendenzen eine breite Front des Angriffs dar. Die Freiheit in einer menschlichen Gemeinschaft, so deduzierte man im Lager der entgegengesetzten Parteien, ist nicht denkbar ohne eine feste Autorität, ohne eine bestimmte Ordnung. Diese Ordnung aber ist nicht etwas, das erst aus dem Nichts zu schaffen wäre; ihre Grundzüge sind längst festgestellt, durch die Jahrhunderte geheiligt, unserer Generation von hundert vorangegangenen überliefert: und für Europa zum mindesten ist die Monarchie die gegebene und unentbehrliche Grundsäule dieses Gebäudes staatlicher Ordnung. Zunächst freilich hatte man im ersten Taumel eine sogenannte demokratische Monarchie postuliert mit Einkammersystem, endlosen Wahlen, schrankenloser Rede- und Schreibefreiheit, schrankenlosem Vereinsrecht; eine Monarchie, mit der verglichen das Königtum in Belgien

oder in Norwegen noch ziemlich absolutistisch sich ausgenommen hätte. Jetzt erhoben sich neben den kleinlaut gewordenen Lobrednern dieser demokratischen Monarchie andere, welche bedächtig erinnerten, daß man eigentlich bereits zu viel Freiheit habe. Man werde wohlthun, sich zu beschränken, festzuhalten an dem Erprobten, dem historisch Gegebenen — Königtum, Christentum, den bestehenden Ständen, den bestehenden Konfessionen. Voreilig habe der Liberalismus und die Revolution eine allgemeine Gleichheit aufgestellt: Freiheit sei nur, wo organisches Leben, gegliederte Stände dem Individuum und dadurch der Gesellschaft einen Halt geben, — und nicht die konstitutionelle Monarchie, so hieß es jetzt, sei zu erstreben, vielmehr entschlossen zurückzugehen zu der alten ständischen Monarchie, Adel, Bürger, Bauern, mit Ritterstuben und Zünften, und anderen solchen wohlthätigen „gottgegebenen Ordnungen.“ Vor allem aber müsse der Revolution gegenüber der christliche Sinn wieder belebt werden. Das politische Getümmel, in welchem jeder nächste Schreier oder Schreiber sich die Fähigkeit zutraue, Millionen zu regieren, sei zuletzt nur entsprungen aus der Selbstüberhebung menschlicher Vernunft, welche zu stolz geworden, sich der höchsten Autorität des Christentums zu unterwerfen. Auch lag hierin etwas Wahres; dem Liberalismus fehlte in der That die Kraft religiöser Ergriffenheit; indes mit der Rückkehr zu den allgemeinen Prinzipien des Christentums hätte er sich einverstanden erklären können. Allein hier ward man auf der konservativen Seite alsbald weitergedrängt, wo man nicht zufrieden war mit einem allgemeinen Geltenlassen der christlichen Weltanschauung, wie sie sich der „Subjektivismus“ zurecht lege, sondern wo man vielmehr mit neuem Eifer auf die gegebenen, allein berechtigten, historischen Hauptformen des Christentums hinwies und sich nur durch Anschluß an eines dieser historisch gegebenen Bekenntnisse zufriedenstellen ließ. War man aber einmal an diesem Punkte angelangt, so gab es noch andere Leute, die mit vielem Selbstgefühl und in vollem Bewußtsein konsequenten Schließens, wenn freilich keineswegs konsequenten Denkens, zu beweisen nicht verfehlten, daß auch hier noch kein Halten war. Von Kirchen in der Mehrzahl wollten diese nichts wissen. Die wirkliche Autorität, nach welcher man suchte, welche für die meisterlos gewordene Zeit dringendes Bedürfnis sei, könne nur eine sein. Es sei die Kirche, die eine katholische, allen sichtbare, die seit Jahrtausenden unter allen Stürmen und Umwälzungen die gleiche geblieben; die übrigen sogenannten Kirchen seien vielmehr ihrerseits Erzeugnisse einer ersten Auflehnung menschlicher Vernunft gegen göttliche Autorität, — einer Auflehnung, sagten sie, die deswegen nicht minder eine Revolution, ja die Revolution ist, weil sie vor drei Jahrhunderten geschah, und

weil man ihr den beschönigenden Namen der Reformation gegeben hat. Der festgegliederte, unzerbrechliche Organismus der katholischen Kirche allein, die ihren Schlußstein im Papste hat, — so scholl es vom äußersten Flügel der konservativen Partei her — bietet einen sicheren Schutzwall gegen die Revolution. Auch dorthin freilich war die Revolution gedrungen, um auch diese höchste Autorität wie alle übrigen zu verschlingen; aber nur vergebens hatten sich die Pforten der Hölle aufgethan; an diesem Felsen, so rühmte man mit Stolz, haftete die Verheißung, daß sie ihn nicht verschlingen sollten.

So wogte der Kampf der Geister fort, auch nachdem äußerlich die Ruhe hergestellt war, und er ließ sich nicht mit sanften und nicht mit gewaltsamen Mitteln dämpfen. Dieser Kampf vollzog sich vielmehr jetzt vor aller Welt Augen in täglichen Duellen: die sichtbarste Folge der großen Bewegung war die ins Hundertfache gesteigerte Bedeutung der Tagespresse, in welcher jene Gegensätze alle in unaufhörlichem Gegeneinanderstürmen der Geister sich geltend machten. Für den Augenblick überwog die konservative Strömung, und die liberale Presse hatte mit aller nur denkbaren Ungunst von Wind und Wetter zu kämpfen; aber schon nach wenigen Jahren war sie so erstarkt, daß alle kleinen und großen Mittel sich vollkommen machtlos gegen sie erwiesen.

Gab es nun der Idee der Freiheit eine große Stärke, daß sie in diesen Jahren allenthalben, und ganz besonders in Deutschland, von unbestimmten Wünschen zum bewußten Streben weitergeschritten war und bestimmte Ziele, bestimmte einzelne Freiheiten und Rechte ins Auge faßte, so war es daneben von höchster Bedeutung, daß in zwei großen Kulturländern, Deutschland und Italien, auch die Nationalitätsidee in einem Umfange wie nie zuvor die Gemüter zu erfüllen und zu beherrschen angefangen hatte. Indem sie nun, eben wie die Freiheitsidee, gewaltsam zurückgedrängt wurde, gewann sie unter dem Drucke eine immer stärkere Kraft: und während inmitten der großen Krisis eben dies verhängnisvoll geworden war, in Italien, in Deutschland, in Ungarn, daß man beides zugleich, politische Freiheit und nationale Einheit und Macht, mit gleicher Leidenschaftlichkeit erstrebt hatte, wurde es für die Zeiten der Reaktion umgekehrt ein ungemeiner Vorteil, daß man sich bewußt wurde, wie das eine dieser Güter mit dem anderen steht und fällt; in Deutschland wie in Italien kam man unter Druck und Leiden zu der Erkenntnis, daß die Farben der Freiheit nur die vaterländischen sein dürfen, und daß man nicht, wie ein damals oft gehörtes Wort sagte, gleichsam die Wahl habe, ob man durch Einheit zur Freiheit oder durch Freiheit zur Einheit kommen wolle, sondern daß eines das andere notwendig ergänzen müsse, wenn man das Ziel

erreichen solle. Zu gleicher Zeit aber, wo das Bewußtsein von der Eigenart und Besonderheit der verschiedenen Nationen so stark erwachte — der Gedanke, daß jede Nation nur auf ihre eigene Weise in ihren eigenen Grenzen sich gestalten dürfe —, hatten sich andererseits auch die Nationen mehr als je zuvor einander genähert, und es hatte ein europäisches Gemeingefühl sich gebildet, welches in dieser Stärke zuvor niemals, selbst nicht in den Zeiten der Erhebung gegen Napoleons Universalreich, dagewesen war. Die Bewegung der Jahre 1848 bis 1852 zog daraus ihre unvertilgbare Kraft, daß sie eine so allgemeine gewesen war — daß überall dieselben Kräfte sich regten, dieselben Gegensätze sich bekämpften —, daß für die Niederlage im eigenen Lande ein Sieg im Nachbarlande entschädigen oder wenigstens trösten und ermutigen konnte.

Im Jahre 1852 schien allerdings die Niederlage der liberalen Sache eine totale und allgemeine zu sein, und es erfüllte die Reaktion mit größter Genugthuung, daß auch in England im Februar jenes Jahres die Whigs aus dem Amte traten und ein toryistisches Ministerium unter dem Grafen Derby die Geschäfte übernahm. Nunmehr schien auch die letzte Position gewonnen; der österreichische Gesandte in London konnte nicht Worte genug finden, um die Freude seiner Regierung über diesen Wechsel auszudrücken. Lord Palmerstons Regierung hatte sich wenigstens dadurch unbequem gemacht, daß sie die Wüterei in Italien und Ungarn beim rechten Namen nannte: ein voller Einklang der konservativen Interessen in ganz Europa schien jetzt zu herrschen. Und warum hätte diese Einhelligkeit nicht Bestand haben sollen? Das Interesse, die revolutionären Kräfte und was ihnen glich niederzuhalten, war für den neuen Kaiser von Frankreich und für den von Österreich ein unmittelbares und wirkliches; in Preußen, wo man sehr wenig Ursache gehabt hätte, revolutionäre Bewegungen zu fürchten, führte eine Partei das Ruder, der ihr Werkzeug, der Minister Manteuffel, das bequeme Stichwort von der „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln“ erfunden hatte, und man bekämpfte dort, einen König an der Spitze, der die klare Erkenntnis der Wirklichkeit mit jedem Tage mehr verlor, dieses Gespenst mit großem Eifer, als wäre es eine wirkliche Gefahr. Für Rußland und England fiel allerdings das unmittelbare Interesse weg: weder England noch Rußland hatten eine Revolution durchgemacht oder eine solche zu fürchten. Allein ebendeswegen war es auch für diese beiden Mächte erwünscht, den bestehenden Zustand zu erhalten: und wenigstens in einer Frage, der dänisch-deutschen, waren beide ganz im Geiste der Solidarität der reaktionären Interessen Hand in Hand gegangen. Es erforderte einige Kunst, eine Frage aufzufinden, welche den Einklang der großen

Mächte stören konnte: der ungewöhnlich plumpen Hand, welche den Taktstab über dem Konzert der europäischen Reaktion schwang, gelang dies gleichwohl.

I. Der Krimkrieg.
1853—1856.

a. Der russisch-türkische Streit bis zum Eingreifen der Westmächte.

Kaiser Nikolaus glaubte den Zeitpunkt günstig, die traditionelle Politik des Russischen Reiches gegen die Türkei einen entscheidenden Schritt weiterzuführen, — eine endgültige Lösung der orientalischen Frage im russischen Sinne vorzubereiten. Er ging sehr geradezu auf dieses Ziel los, indem er im Januar und Februar 1853 den englischen Gesandten in Petersburg, Sir George Hamilton Seymour, einiger vertraulichen Unterredungen würdigte, in welchen er den Versuch machte, mit England zu einem Verständnis zu gelangen für den Fall des Zusammensturzes des Türkischen Reiches — für den Fall, wie er sich drastisch ausdrückte, daß der „kranke Mann" in Konstantinopel einmal plötzlich sterbe. Vor England hatte der Zar einen gewissen Respekt — es war neben seinem eigenen das einzige Reich, das die Revolution nicht erreicht hatte: wenn diese beiden Mächte sich verständigten, glaubte er, würde es mit den übrigen keine Not haben. Von Preußen schwieg er, und dazu hatte er einigen Grund; von Österreich sagte er dem einredenden Gesandten: „Sie müssen wissen, wenn ich von Rußland spreche, spreche ich ebenso gut von Österreich;" Frankreich mußte, wenn Rußland und England einig waren, wohl oder übel sich gleichfalls bequemen. Dies war doch in der That Politik im großen Stil: er gab einige „Ideen" an, wie er es nannte, würde nichts dagegen haben, wenn England etwa Kandia, etwa Ägypten sich zueignete. Für Rußland beschränkte er sich zunächst auf die Negative: er wolle Konstantinopel nicht, diese Stadt dürfe überhaupt nicht in den Besitz einer Macht ersten Ranges übergehen, kein neues Byzantinisches Reich dort seinen Mittelpunkt finden; jedoch solle die Türkei auch nicht in kleine Republiken zerfallen; die Donaufürstentümer, Serbien, Bulgarien, sollten als selbständige Staaten unter russischen Schutz zu stehen kommen. Es war kein übles Seitenstück zur Teilung Polens, was der Kaiser da vorschlug; der englische Gesandte antwortete vorsichtig und richtig, der Mann, von dem der Kaiser spreche, sei so krank nicht — obgleich er freilich von vielen Ärzten viel gelitten hatte —, Reiche und Völker pflegten nicht so rasch zu sterben, und Lord John Russell

lehnte in einer Note vom 9. Februar (1853) es ab, für den Fall des Unterganges des Türkischen Reiches Verabredungen zu treffen, welche, wie er sagte, nur dazu dienen könnten, dieses beklagenswerte Ereignis zu beschleunigen.

Um dieselbe Zeit schien ein diplomatischer Erfolg Österreichs gegenüber der Pforte ein energisches Vorgehen gegen den in der That doch sehr „kranken Mann" zu ermutigen.

Die Pforte hatte ein starkes Heer unter Omer Pascha gegen das Bergvolk der Montenegriner gesendet, welches unter türkischer Oberhoheit stand, in Wahrheit aber in seinem schwer zugänglichen Gebirgsland unter einem geistlichen Fürsten oder Wladika thatsächlich ziemlich unabhängig war und diese Unabhängigkeit von Zeit zu Zeit durch räuberische Einfälle von seinen „Schwarzen Bergen" aus in die benachbarten bosnischen und albanesischen Landschaften bethätigte. Sie sahen von ihrer unfruchtbaren Höhe herab die Herrlichkeit der Welt, von der sie ausgeschlossen waren: wider das natürliche Recht tapferer Männer und wider das geschichtliche Recht, das ihnen Anteil gebe an den lachenden Fluren und dem blauen Meer vor ihren Füßen. Dies war ein altes Unheil, an das man gewöhnt war; bedenklicher aber war, daß nach dem Ableben des letzten Wladika dessen Neffe Danilo mit Beiseitesetzung des geistlichen Titels als weltlicher Herrscher die Regierung übernahm, offenbar mit der Absicht, hier ein selbständiges weltliches Fürstentum zu gründen — was bei dem Verhältnis des griechischgläubigen Stammes zu Rußland und durch seinen Einfluß auf die glaubens- und stammverwandten Bevölkerungen der benachbarten Landschaften gefährlich werden konnte. Im Dezember 1852 rückte das türkische Heer gegen die Schwarzen Berge. Dem wohlgeführten starken Heere, in welchem polnische Flüchtlinge, zum Islam übergetreten, als Offiziere dienten, war das tapfere Räubervolk, das auf etwa 80 Quadratmeilen*) nicht 150 000 Seelen zählte, auf die Dauer nicht gewachsen. Allein Österreich schlug sich jetzt ins Mittel, dessen slawische Unterthanen, die sich während des Ungarischen Krieges Anspruch auf Dank erworben hatten, lebhafte Sympathieen für den gefährdeten Bruderstamm hegten, und außerdem fehlte es, der türkischen Mißverwaltung gegenüber, niemals an einzelnen Klagepunkten, die man bei dieser Gelegenheit geltend machen konnte. Österreich zog also Truppen in den dalmatischen Grenzdistrikten zusammen und schickte zugleich, in russischem Stil, einen militärischen Gesandten, den Feldmarschallieute-

*) Die geographischen Handbücher variieren stark zwischen 100 000 und 150 000, 56 und 80 (1885 nach dem Berliner Frieden 9030 Quadratkilometer und 236 000 Seelen).

nant Grafen Leiningen nach Konstantinopel, der seine Forderungen stellte, der Pforte eine Frist von fünf Tagen gab und im Weigerungsfalle mit sofortigem Einrücken der bereit gehaltenen Truppenmacht drohte. Er erreichte seinen Zweck rasch und vollständig. Die Pforte rief ihre siegreichen Truppen ab und stellte den status quo in Montenegro her, gestand den Österreichern eine Etappenstraße durch die das dalmatische Küstenland unterbrechenden türkischen Landstriche zu, versprach die Internierung der polnischen und ungarischen Flüchtlinge, selbst derer, welche zum Islam übergetreten waren, und der Sultan richtete überdies ein entschuldigendes Schreiben an den Kaiser von Österreich.

Kaum war der eine Dränger fort, so meldete sich ein anderer, noch ungestümerer, schwerer zu befriedigender: Fürst Menschikow, der im Auftrage des russischen Zaren am 28. Februar 1853 in Konstantinopel eintraf. Er trat in einer überaus brüsken Weise auf. Mit Fuad Efendi, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, weigerte er sich zu unterhandeln, weil dieser im Jahre 1851 die Räumung der Donaufürstentümer betrieben hatte und den französischen Forderungen in betreff der Heiligen Stätten günstig war, er ging an seiner Thür vorüber; im Reisehabit, Paletot und schmutzigen Stiefeln, trat er bei den übrigen Ministern ein. Seine Forderungen bezogen sich auf die noch immer ungeschlichtete Frage der Heiligen Stätten, die man absichtlich, ungeachtet die Franzosen ihrerseits eine so große Mäßigung gezeigt hatten, daß kaum ein Vorwand übrigblieb, offen gelassen hatte: noch aber hielt er sie zurück. Im ersten Schrecken hatte die Pforte unter der Hand an die Vertreter Englands und Frankreichs das Ersuchen gestellt, ihre Mittelmeerflotten herbeizurufen, was gerechtfertigt genug war, da Rußland begonnen hatte, Truppen in Bessarabien anzuhäufen, und damit fortfuhr; gleichzeitig aber gab nun Fuad Pascha dem groben Diener eines erzürnten Gebieters gegenüber seine Entlassung, und ein unkräftiger Nachfolger, Rifaat Pascha, trat an seine Stelle.

Erst jetzt, am 17. März, rückte Menschikow mit seinen Forderungen heraus, die er in barschem Tone stellte, und die im wesentlichen dahin gingen, daß die Zugeständnisse der Türkei in der Heiligen-Stättenfrage in die Form eines Vertrages gebracht werden sollten. Am 19. April verlangte er, infolge neuer Instruktionen, in noch schrofferer Form erstens einen Ferman betreffs der Besitzverhältnisse an den Heiligen Stätten, zweitens einen gleichen über Ausbesserung der Kuppel der Kirche des Heiligen Grabes zu Jerusalem unter alleiniger Beteiligung des griechischen Patriarchen und drittens einen Vertrag, in welchem die Aufrechthaltung der Privilegien des griechisch-russischen Kultus ver-

bürgt werde. Unverschämter noch war die Begründung: der Doppelzüngigkeit seines Vorgängers gegenüber, gab er dem neuen Minister des Auswärtigen zu hören, müsse die nachsichtige Großmut seines kaiserlichen Herrn eine Sicherheit haben; daß er die Stirn hatte, dies alles als lediglich religiöse Forderungen ohne politische Bedeutung darzustellen, versteht sich von selbst. Von den westlichen Mächten hatte Frankreich bereits seine Flotte nach den griechischen Gewässern geschickt und seine Gesandten mit nachdrücklichen Instruktionen versehen. England hielt an sich; die Regierung hatte einen auf diesem Boden wohlerfahrenen und höchst einflußreichen Mann, den früheren Gesandten Lord Stratford de Redcliffe, nach Konstantinopel geschickt, welcher durch seine bloße Anwesenheit der türkischen Regierung die Hände stärkte, und auf dessen Rat die Pforte nun zunächst in den nicht politischen Punkten 1 und 2 den Russen befriedigte, ohne den dritten zu erwähnen: womit der ursprüngliche alleinige Streitpunkt, die Stättenfrage, klüglich wieder in den Vordergrund gerückt wurde. Nunmehr völlig ins Unrecht gesetzt, überreichte Menschikow am 6. Mai ein Ultimatum, in welchem er wiederholt auf die Vertragsform drang und den Entwurf zu einem solchen Vertrage beischloß, der in einer Reihe mehr oder weniger bedenklicher Forderungen dem „gemeinsamen Wunsche" beider kontrahierenden Souveräne Ausdruck geben sollte, die Stabilität des orthodoxen griechisch-russischen Kultus aufrecht zu erhalten, zu dem sich die Mehrheit ihrer christlichen Unterthanen bekenne. Die Antwort der Pforte auf dieses Dokument, dessen Unterzeichnung die Türkei der Gnade des Zaren überliefert haben würde, bat er sich auf den 10. Mai spätestens aus.

Er erhielt diese Antwort am 10. Mai. Die Pforte, indem sie ihre feste Absicht beteuerte, auch ihren Unterthanen griechischen Bekenntnisses Rechte und Privilegien ungeschmälert zu bewahren, lehnte doch den Abschluß eines Vertrages in dieser Hinsicht ab, weil dies mit der Unabhängigkeit des Sultans nicht verträglich sei. Sehr richtig: die Türkei hatte 10 Millionen Unterthanen griechischen Bekenntnisses; in Beziehung auf sie einen Vertrag mit einer fremden Großmacht zu schließen, der dieser ein beständiges Recht der Einsprache gegeben hätte, hieß auf die unumgänglichsten Souveränitätsrechte gegenüber den eigenen Unterthanen verzichten; und die Minister Abd ul Medschids waren nicht dumm genug, zu verkennen, daß ein solcher Vertrag den Anfang vom Ende bedeute. Der Russe verschob jedoch gleichwohl seine Abreise, wiederholte seine Forderungen in einem Ultimatissimum, wie man mit ungeheuerlichem Kanzleiwort die höchst ungewöhnliche Sache bezeichnete, — verlangte eine nochmalige Konferenz mit dem Großwesir, die ihm eingeräumt ward, und hatte, statt auf derselben zur anberaumten

Zeit zu erscheinen, die Impertinenz, unmittelbar beim Sultan vorzufahren, der ihn aber an die Minister wies. An Rifaats Stelle wurde nun der gewiegteste und fähigste der türkischen Staatsmänner, Reschid Pascha, Minister des Auswärtigen. Dieser hielt, nachdem Fürst Menschikow noch einmal am 19. einen Versuch gemacht hatte, den Standpunkt der Antwort vom 10. Mai fest, und nun erst, am 21., verließ Menschikow mit dem sämtlichen Personal der russischen Gesandtschaft Konstantinopel.

Nachdem noch einige Noten, Forderung und Ablehnung, zwischen dem russischen Staatskanzler Grafen Nesselrode und Reschid Pascha gewechselt waren, erließ der russische Kaiser am 26. Juni 1853 ein Manifest, in welchem er an den alten Beruf Rußlands, den orthodoxen Glauben zu verteidigen, erinnerte, seine Friedensliebe beteuerte, zugleich aber erklärte, seine Truppen marschieren zu lassen, — nicht um Eroberungen zu machen, deren Rußland nicht bedürfe, sondern um sich ein Pfand für die Wiederherstellung der verletzten Rechte zu sichern. Es versteht sich bei dem Charakter des Kaisers und seiner ganzen Stellung an der Spitze der europäischen Reaktion, welche der gottlosen Revolution gegenüber sich in ihrer Pharisäerrolle trefflich behagte, von selbst, daß der Name Gottes, dem der Zar, wenn es so weit kommen sollte, die Entscheidung dieses Streites getrost amheimgebe, auch in diesem Schriftstück vergeblich geführt wurde. Die Lobredner und Schmeichler des Kaisers in Berlin, welche in der „Neuen Preußischen Zeitung" ihr Organ hatten, sowie die nicht minder zahlreichen unter dem Hofgesinde der kleinen deutschen Residenzen verfehlten nicht, diesen mit der äußersten Frivolität vom Zaune gebrochenen Krieg — dessen Vorwand sogar sich nur auf ganz äußerliche Dinge bezog, die mit dem Wesen des Christentums nichts zu thun haben — als einen gottwohlgefälligen, im Interesse der bedrängten Christen im Orient unternommenen darzustellen: was ihnen freilich nur die untergeordnete Masse ihrer Partei, nicht aber sie sich selber glaubten.

Es mußte sich zeigen, ob der Zar seine Stellung in Europa und die Dispositionen der übrigen Mächte richtig beurteilt hatte. Zunächst nun hatte er offenbar den Charakter der Staatsveränderung in Frankreich nicht richtig gewürdigt. Er hatte dem neuen Herrscher die Anrede: „Mein Herr Bruder", welche ein so kostbares Vorrecht der alten Dynastenhäuser bildet, so wenig zugestanden, als einst Ludwig Philipp. Dem Scharfblick dieses neuen Herrschers war es nicht entgangen, daß die drei Herrscher der Heiligen Allianz, wenn sie auch seine Dienste als eines Retters der Gesellschaft in Frankreich wohlgefällig aufnahmen, ihm doch in kühler und vornehmer Haltung gegenüberstanden, wie denn die Ideen, welche er noch als Präsident durch Vertraute den

Höfen von Berlin und Wien hatte vortragen lassen, dort überaus lau aufgenommen worden waren. Und nicht minder sah er, daß hier in dieser wichtigen Frage eine Gelegenheit sich biete, ihre Eintracht zu stören: auch daß der Zar Nikolaus der große Mann nicht war, für welchen er sich gern ausgeben ließ, und für welchen eine geistlose Reaktionspartei ihn wirklich hielt, wird er gesehen haben. Neben einer nachdrücklichen Note nach St. Petersburg vom 21. März hatte Frankreich, wie erwähnt, eine Flotte in die griechischen Gewässer gesandt; säumiger, unklarer zeigte sich das englische Kabinett, welches sogar die Pforte zur Nachgiebigkeit zu stimmen suchte und durch Lord Clarendon am 25. April ihr Vertrauen, daß der Kaiser nichts gegen die Unabhängigkeit der Türkei im Schilde führe, im Parlamente aussprach: doch wurde der englische Gesandte in Konstantinopel ermächtigt, gegebenen Falles die englische Flotte herbeizurufen. Österreich, auf dessen Dankbarkeit der kurzsichtige Despot, der sich als den Mentor des jungen Kaisers ansah, felsenfest vertraute, wurde unruhig bei dem näher ziehenden Ungewitter an seiner gefährlichsten Grenze; Preußen, das wenigstens den Krieg gern vermieden gesehen hätte, ermutigte den Kaiser nicht unmittelbar: und so traten die Gesandten der drei Mächte England, Frankreich und Preußen mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen Grafen Buol-Schauenstein zu Wien zu einer Konferenz zusammen (24. Juli), deren Ergebnis zunächst die sogenannte Wiener Note war, ein Ausgleichungsversuch, den man zu gleicher Zeit nach Petersburg und nach Konstantinopel expedierte (2. August), und die freilich in vielen glatten Worten die Schwierigkeiten mehr umging als löste.

Diesmal beschämte die Türkei durch ihre feste und gemäßigte Politik die noch unsicher umhertastenden Mächte, welche zum Teil, wie die englische Regierung, an deren Spitze jetzt ein Minister von wenig Entschlossenheit, Lord Aberdeen, stand, die Gefahr der Lage nicht erkannten, zum Teil, wie die österreichische und preußische, aus Furcht und Rücksichtnehmerei sie nicht erkennen wollten. Dagegen geschah jetzt von russischer Seite der entscheidende Schritt: am 2. Juli überschritt ihr Heer, 40000 Mann in zwei Armeecorps unter den Generalen Lüders und Dannenberg, unter dem Oberbefehl des Fürsten Gortschakow, den Pruth und rückte in die Donaufürstentümer ein. Die Aufregung zu Konstantinopel war groß; gleichwohl ließ sich die Regierung nicht zu einer sofortigen Kriegserklärung hinreißen. Die Stimmung in den Donaufürstentümern selbst war gegen die Russen, und von einem besonderen Verlangen der christlichen Bevölkerung nach dem russischen Protektorate, um dessentwillen der ganze Streithandel

vom Zaune gebrochen worden war, zeigte sich nirgends die geringste Spur.

Der Vermittelungsversuch der Mächte scheiterte. Die Pforte machte zu den Aufstellungen der Wiener Note sehr berechtigte kritische Bemerkungen und wollte sie sich nur unter Modifikationen gefallen lassen, wogegen man sie in Petersburg annahm, freilich aber dem auf Schrauben gestellten Aktenstücke eine Auslegung gab, welche im wesentlichen auf die Menschikowschen Forderungen hinauslief. So hatten es die Mächte allerdings denn doch nicht verstanden: England und Frankreich stellten fest, daß zwischen dieser Auslegung und den Intentionen der Mächte ein Widerspruch bestehe, und daß sie unter diesen Umständen die Annahme der Wiener Note der Pforte nicht empfehlen könnten. Die Flotten dieser beiden Mächte aber lagen unter den Admiralen Hamelin und Dundas seit dem 14. Juni in der Besika-Bai am Sigäischen Vorgebirge, aber noch außerhalb der Dardanellen, vor Anker.

Die russischen Truppen drangen unterdessen bis an die Donau vor und vollendeten die Besetzung der Fürstentümer, ohne daß die Pforte, die sich streng innerhalb der Traktate hielt, dies hinderte. Dagegen ersuchte sie die Gesandten der beiden Westmächte, nunmehr bei der drohenden Nähe der russischen Kriegsmacht ihre Kriegschiffe herbeizurufen. Ein Teil dieser Flotte passierte die Dardanellen und legte sich im Bosporus vor Anker. In Frankreich und vor allem in England wuchs die kriegerische Stimmung, die Erbitterung gegen Rußland zusehends. „Wir treiben dem Kriege entgegen“, mußte Lord Aberdeen im Parlamente zugestehen, was freilich keine sehr energische Politik bezeichnete, und Lord Clarendon erklärte dem russischen Gesandten Baron Brunnow, der sich über jene feindselige Flottenbewegung beschwerte: da mit dem Überschreiten der türkischen Grenze durch russische Truppen der Friedenszustand thatsächlich aufgehört habe, so erachte man sich auch in England nicht mehr an den Meerengenvertrag vom Jahre 1841 gebunden. Weiter ging man noch nicht; auf der anderen Seite gelang es auch dem Zaren nicht, Österreich und Preußen auf seine Seite herüberzuziehen, so freundschaftlich auch sonst die Begegnungen mit den beiden Herrschern zu Olmütz (September) und zu Berlin waren. Ermutigt durch die Haltung Englands und Frankreichs, legte nun die türkische Regierung die Kriegsfrage ihrem großen Rate — einer Versammlung von hohen Beamten, Offizieren und Theologen (Ulemas) — vor: einmütig sprachen sich die 172 Versammelten für den Krieg aus (26. September), der denn auch am 4. Oktober förmlich erklärt ward.

Die Feindseligkeiten brachen nunmehr zunächst zwischen der russi-

schen und türkischen Streitmacht an der Donau aus. Omer Pascha, der sein Hauptquartier in Schumla hatte, ließ Ende Oktober seine Truppen diesen Fluß überschreiten, und es kam an dessen linkem Ufer bei Oltenizza und an anderen Punkten zu Gefechten, bei welchen die Russen erkennen konnten, daß sie ihre Gegner diesmal nicht weniger im Felde als in Hinsicht auf diplomatische Kunst unterschätzt hatten. Auch in den transkaukasischen Provinzen Rußlands, auf dem asiatischen Kriegstheater, kam es schon zu Zusammenstößen: doch endigte das Jahr hier mit einem Rückzuge der Türken auf die Festung Kars. Noch immer aber gelang es, das halb schon gezogene Schwert Englands und Frankreichs in der Scheide zurückzuhalten. Das Kriegsmanifest des russischen Kaisers vom 1. November stellte allerdings den Krieg als eine Art heiligen Krieges dar; aber eine Cirkulardepesche Nesselrodes gab aufs neue Versicherungen, daß sein Kaiser sich auf die Defensive beschränken werde: bis endlich am 30. November der Schlag erfolgte, der auch der englischen Regierung keine Wahl mehr ließ. An diesem Tage nämlich wurde ein türkisches Geschwader, sieben Fregatten und einige kleinere Fahrzeuge, welches bestimmt war, einer türkischen Festung am Ostufer des Schwarzen Meeres Proviant zuzuführen, von der russischen Seemacht, welche sich längst im Hafen von Sebastopol, dem großen Seewaffenplatze Rußlands im Schwarzen Meere, gesammelt hatte, unter Admiral Nachimow im Hafen von **Sinope** überfallen und vernichtet. Viertausend Türken fanden dabei den Tod; nur ein einziges Schiff entrann, um die Nachricht nach Konstantinopel zu bringen.

Dieser Schlag, der freilich nicht weiter überraschen durfte, entschied. Man durfte sich nicht länger von den Russen am Narrenseil herumführen lassen: die Flotten erhielten Befehl, nunmehr ins Schwarze Meer einzulaufen, und die Gesandten wurden von beiden Seiten abgerufen (Anfang 1854).

Selbst nach dem Schlage von Sinope, der für die Russen eine große Genugthuung wär, hätte sich Kaiser Nikolaus noch mit Ehren aus der Sache ziehen können, da von der Wiener Konferenz doch noch einmal ein Friedensvorschlag formuliert worden war, der darauf hinauslief, daß die Russen die Donaufürstentümer räumen und die Pforte sich den **sämtlichen** europäischen Mächten, also nicht Rußland allein in Bezug auf die Rechte ihrer christlichen Bevölkerungen verpflichten solle (5. Dezember 1853). Der Zar verwarf diese Vermittelung und ging in seiner hochmütigen Verblendung so weit, in Wien und Berlin ein **Neutralitätsbündnis der drei nordischen Höfe** in Anregung zu bringen, bei welchem die ganze russische Gegenleistung darin bestanden hätte, daß er für den „Fall einer Änderung in Beziehung auf den

Zustand der Türkei" sich mit seinen Verbündeten zu verständigen versprach. Diesmal täuschte er sich: das gerettete Österreich sowohl als das schmählich mißhandelte Preußen lehnten das unverschämte Anerbieten ab. Noch machte der Kaiser Napoleon, der am besten wußte, was er wollte, einen Einigungsversuch in einem eigenhändigen Schreiben vom 29. Januar 1854. Der Zar täuschte seine Erwartung nicht und rannte blindlings in die ihm gestellte Falle: er erwiderte den Brief mit einer beleidigenden Hinweisung auf die Ereignisse des Jahres 1812, welche den Kriegseifer im französischen Volke zu wecken wie gemacht war.

Am 19. Februar 1854 kündigten die beiden Gesandten der Westmächte in Konstantinopel an, daß auch ihre Landmacht demnächst zum Schutze der Pforte auf dem Kriegsschauplatze erscheinen werde: zugleich stellten ihre Regierungen den Russen eine Frist für die Räumung der Donaufürstentümer, bis zum 30. April. Am 12. März schlossen die beiden Mächte mit der Türkei einen Vertrag, welcher derselben die volle Waffenhilfe beider Staaten verhieß und sie dagegen verpflichtete, keinerlei Friedensverhandlungen ohne die Einwilligung derselben einzugehen: das Einzelne der kriegerischen Operationen sollte durch die drei Oberfeldherren gemeinsam festgestellt werden. Ergänzt wurde dieser Vertrag durch das zwischen England und Frankreich am 10. Mai abgeschlossene Waffenbündnis, in welchem die beiden Mächte als gemeinsamen Kriegszweck festsetzten: Herstellung eines dauernden Friedens zwischen Rußland und der Türkei, und erklärten, daß sie ihrerseits ohne selbstsüchtige Zwecke, nur für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts kämpften.

b. Der Europäische Krieg bis zur Einnahme von Sebastopol.

So hatte jetzt aus einer armseligen Mönchszänkerei um eine Thür und einen Schlüssel sich ein großer europäischer Krieg entwickelt, der die mühsam wiederhergestellte Ruhe des Weltteils aufs neue in Frage stellte. Daß der Kaiser von Rußland dabei auf allen Punkten seine Rechnung falsch gestellt hatte, ward bald offenbar. In zwei Punkten war er schon enttäuscht: die Türken erwiesen sich als keine so verächtlichen Gegner, wie man im Kabinett des Zaren sie sich gedacht hatte, wo man schon seit Jahren, wie Nikolaus selbst geäußert haben soll, nur darüber zweierlei Meinung hegte, ob die Türkei sterbend oder schon gestorben sei; und das englische Koalitionsministerium Lord Aberdeens, auf dessen Russenfreundschaft und unbedingte Friedensliebe er baute, hatte sich nun doch mit den Franzosen zu Gunsten der Pforte verbündet. Erst jetzt aber begannen die herben Enttäuschungen. Vor allem war von einer Erhebung oder auch nur von ernstlichen Unruhen der

Rajahvölker in den türkischen Gebieten keine Rede. Die Bemühungen russischer Agenten in dieser Beziehung hatten nur in der Gegend des Meerbusens von Arta eine Empörung zur Folge, welche von allerlei griechischem Gesindel genährt und unterstützt ward. Indes hatte man auch dort in Griechenland unter den Intriganten an König Ottos Hofe nicht die russischen, sondern die eigenen Zwecke im Auge, und diesen Intriguen ward ein rasches Ende gemacht, indem die Westmächte nach einem fruchtlosen Ultimatum am 26. Mai Truppen landen ließen, welche den Piräeus besetzten und so die Griechen zwangen, bei dem Kampfe der beiden Mächtigen unthätig zuzuschauen.

Viel empfindlicher noch war, daß den Zaren auch die Hoffnung trog, die er auf die unverwüstliche Freundschaft Preußens und auf den Dank vom Hause Habsburg setzte. Auf den letzteren hatte Nikolaus mit Sicherheit gezählt; eine Statuette des jungen Kaisers von Österreich, dem er vor 5 Jahren sein brennendes Haus hatte löschen helfen, befand sich, so erzählte man sich, in seinem Kabinett, und die ganze aristokratisch-militärisch-feudale Welt Österreichs und Deutschlands hörte mit Entzücken, wie der Zar bei den großen Manövern zu Olmütz im September 1853 sich selbst an die Spitze des Regiments, dessen Uniform er trug, gestellt und dasselbe an seinem jugendlichen Kriegsherrn vorübergeführt, — wie er als einfacher Kriegskamerad den österreichischen Generalen, die er mit Orden überhäufte, Besuche gemacht habe. Allein mit der Besiegung der Revolution war auch das Selbstgefühl der österreichischen Machthaber wieder erwacht, die sich für das Demütigende der russischen Hilfe mit ihrem unblutigen Siege in Deutschland trösteten. Man fing dort jetzt an zu deduzieren, daß Dankbarkeit keine politische Tugend sei, und das Wort eines Ministers ward umgetragen, daß die Welt über den Undank Österreichs erstaunen werde. In Berlin aber erhielt zwar der Kriegsminister von Bonin seine Entlassung, weil er durch die Äußerung: ein Bündnis mit Rußland sei ganz außer Frage, sei so undenkbar wie ein Vatermord im alten Athen — den höchsten Zorn der den König beherrschenden Koterie erregt hatte; in Wahrheit hatte er aber doch so unrecht nicht gehabt, da doch selbst die damaligen Staatslenker einen Rest von Verständnis für die Lebensinteressen des preußischen Staates sich gerettet hatten, welche eine Unterstützung Rußlands in dieser Sache und in diesem Zeitpunkte zur Unmöglichkeit machten. Die Wiener Konferenz tagte weiter und unterzeichnete am 9. April 1854 ein Protokoll, in welchem die Prinzipien festgestellt waren, daß die Integrität des Türkischen Reiches aufrecht erhalten werden müsse, die Verhältnisse seiner christlichen Bevölkerung nur unter Schonung der Souveränität des Sultans festzustellen und Bürgschaften zu suchen seien, durch welche die Türkei

noch fester als bisher mit dem europäischen Gleichgewichte verknüpft werden könnte. Durch einen besonderen Vertrag vom 20. desselben Monats garantierten sich Österreich und Preußen gegenseitig ihren Landbesitz gegen jeden Angriff. Ein Zusatzartikel zu diesem Vertrage erklärte die fortdauernde Besetzung der Donauprovinzen durch Rußland als den deutschen Interessen zuwiderlaufend und bestimmte, daß Österreich eine Sommation mit der Forderung der Räumung dieser Länder an Rußland stellen, und daß diese Forderung von Preußen nachdrücklich unterstützt werden solle: eine Einverleibung derselben in Rußland, worauf gewisse Maßregeln der dortigen militärischen Verwaltung hindeuteten, oder eine Überschreitung der Balkanlinie durch russische Truppen würde als Kriegsfall zu betrachten sein.

Peinlicher als alles dies aber war es, daß der Krieg gegen die verachteten Gegner an der Donau, die noch immer allein standen, nicht den Verlauf nahm, den der Zar, der sich für einen großen Kriegskundigen hielt, mit Zuversicht erwartet hatte. Die Türken verteidigten sich mit großer Tapferkeit und brachten wiederholt in der Gegend von Giurgewo und Kalafat russischen Abteilungen schwere Verluste bei. Und auch als der Zar, erzürnt über den geringen Erfolg, den Fürsten Gortschakow vom Oberbefehl abrief und denselben seinem berühmtesten Kriegsmanne, dem Besieger Ungarns und Polens, Fürsten Paskewitsch, übertrug, gingen die Dinge nicht besser. Derselbe beschloß vor allem die Festung Silistria, ohne deren Besitz kein weiterer Vormarsch gewagt werden konnte, in seine Gewalt zu bekommen. Allein die Pforte hatte nicht umsonst bei den besten Instruktoren, den preußischen Offizieren, gelernt: die Festung war einige Jahre vorher nach allen Regeln der Kunst unter Leitung eines preußischen Ingenieurs verstärkt worden, und ein anderer dieser Instruktoren, Oberst Grach, leitete, wenn auch nur von seinem Zimmer aus, durch guten Rat, den er gab, die Verteidigung vortrefflich; einige englische Freiwillige, energische und sachkundige junge Offiziere, thaten gute Dienste; wiederholte Stürme, am 28. und 29. Mai, am 9. Juni unter Paskewitschs eigener Führung, wurden mit schweren Verlusten abgeschlagen. Der greise Feldherr, selbst verwundet, legte den Befehl nieder, den nun wieder Fürst Gortschakow übernahm. Am 21. Juni hob dieser die Belagerung auf, welche den Russen 12 000 Mann gekostet hatte.

Die österreichische Sommation war unterdessen nach Petersburg abgegangen. Die Antwort Nesselrodes befriedigte Preußen, aber sie that Österreich keine Genüge. Diese Macht hatte am 14. Juni mit der Pforte einen Vertrag über gemeinsame Besetzung der Donaufürstentümer abgeschlossen; es blieb dem Kaiser Nikolaus nichts übrig, wenn er nicht auch die Österreicher sich sofort auf den Hals ziehen wollte,

als seine Truppen aus den Fürstentümern herauszuziehen; nach einem unbedeutenden Siege über eine türkische Heeresabteilung in der Dobrudscha, dem sumpfigen Landstriche zwischen der unteren Donau und dem Schwarzen Meere, erfolgte der Befehl. Unmittelbar darauf rückte Omer Pascha mit den türkischen Truppen ein und überschritten österreichische Truppen unter General Coronini die walachisch-siebenbürgische Grenze (Ende August): es mag damals gewesen sein, daß die oben erwähnte Statuette des Kaisers von Österreich den Grimm des Zaren entgalt, wie erzählt wird, und dieser und jener mecklenburgische oder märkische Junker, der sich in konservativem Eifer das Bild des kaiserlichen Jünglings, der sein Vaterland bei Olmütz unter das Joch geschickt, angeschafft hatte, glaubte sich nunmehr verpflichtet, diesem Beispiel zu folgen.

Für diesen Schlag bot es keinen Ersatz, daß die deutschen Mittelstaaten in dieser Frage den beiden deutschen Vormächten zu folgen Bedenken trugen und eine dem russischen Standpunkte sich zuneigende Politik versuchten. Die Mitglieder des Deutschen Bundes waren eingeladen worden, dem österreichisch-preußischen Schutz- und Trutzbündnisse beizutreten. Diese untergeordnete Rolle that aber dem Ehrgeiz der leitenden Minister Bayerns und Sachsens, den Freiherren von der Pfordten und von Beust, die sich auch so gut wie einer auf die große Politik zu verstehen glaubten, keine Genüge. So hielten sie am 25. Mai zu Bamberg hohen Rat, bei welchem sie den Anschluß an das Bündnis vom 20. April ablehnten und für den Deutschen Bund als selbständige Großmacht eine Stimme bei der Lösung der orientalischen Frage in Anspruch nahmen.' Wir kommen bei der deutschen Geschichte auf diesen verfehlten Versuch zurück, der ohne weitere Folgen blieb und den Bund zu keiner selbständigen Großmacht umschuf; am Bundestage, vor welchen Österreich und Preußen die Sache brachten, stimmten doch alle Mitglieder mit Ausnahme von Mecklenburg für den preußisch-österreichischen Vertrag.

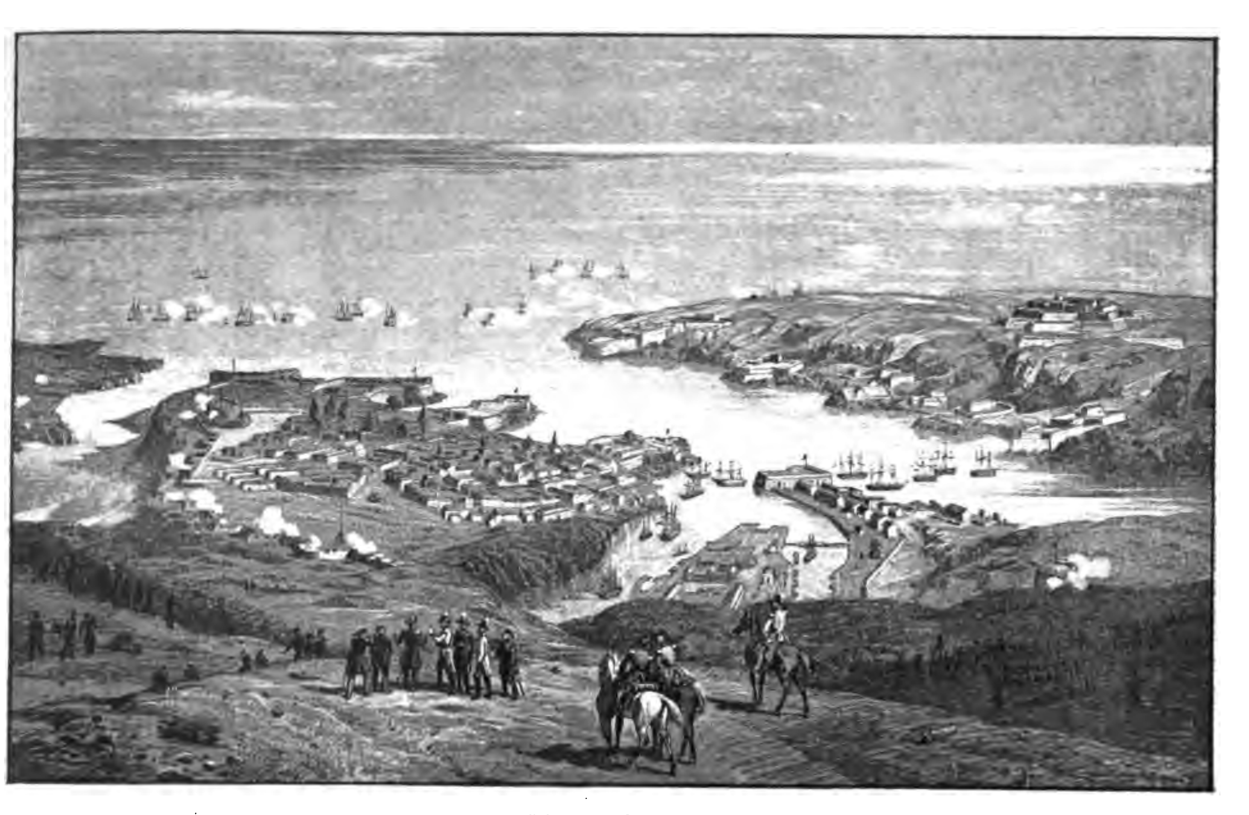
So standen die Dinge, als die Streitkräfte der Westmächte sich anschickten in den Kampf thätig einzugreifen. Nur auf dem asiatischen Kriegstheater waren die Russen siegreich. Der Krieg änderte nun seine Gestalt und gewann ein hervorragendes weltgeschichtliches Interesse. Er galt jetzt der Brechung der russischen Übermacht, der Vorkämpferin und Beschützerin der europäischen Konterrevolution. So begann hier an einem Punkte, wo niemand es gedacht hätte, der große Umschwung sich zu vollziehen: mit heimlicher Freude verfolgten die Liberalen, wie im Lager ihrer übermächtigen Gegner Zwiespalt um sich griff und mehr und mehr die Nemesis den gewaltigen Heros

der Unterdrückung ereilte, der in seinem Übermute sich selbst das Grab grub.

Indes war der Gegner schwer zu fassen, und er war den englisch-französischen Truppen, die sehr spät auf dem Kriegsschauplatze erschienen, bereits entschlüpft. Im Mai 1854 hatte sich eine französische Flottenabteilung mit einer englischen in der Ostsee vereinigt; am 16. August vollführten diese Streitkräfte ihre erste gemeinsame Waffenthat durch die Einnahme der kleinen Festung Bomarsund auf den zwischen der Westküste Finnlands und der Ostküste Schwedens gelegenen Alandsinseln, welche den Eingang in den Bottnischen Meerbusen beherrschen. Aber die prahlerischen Ankündigungen des englischen Admirals Charles Napier und die Träume von einer demnächstigen Einnahme der mächtigen Seefestung Kronstadt, welche den Zugang zur russischen Hauptstadt deckt, verwirklichten sich nicht. Man machte diesmal die Erfahrung, die Deutschland später zu seinem Heile machen sollte: daß im Kampfe zwischen Strandbatterie und Schiffsartillerie die letztere den schlimmeren Stand hat; man mußte sich also mit Aufbringung von Handelsschiffen und Bombardierung von Küstenorten begnügen, während andere englische Flottenabteilungen den Feind in den chinesischen und den Gewässern von Kamtschatka mit ebenso geringem Erfolge aufsuchten. Im Juni sammelten sich die englischen und französischen Truppen in Gallipoli, im Juli waren zu Varna ihrer 50 000—30 000 Franzosen und 20 000 Engländer — versammelt. Diese standen unter Lord Raglan, einem Waffengefährten Wellingtons, der im Jahre 1788 geboren war und bei Waterloo den rechten Arm verloren hatte, — ein Mann, der, noch jugendlich und aufrecht trotz seiner 67 Jahre, den Franzosen vornehmlich durch seine völlige Unempfindlichkeit gegen jede Gefahr imponierte, von sicherem Takt, vollendeter Selbstbeherrschung, kriegskundig; jene unter dem Marschall St.-Arnaud, einem Ritter des Staatsstreiches, dem für diesen Krieg wenigstens der wagemutige Sinn und die gute Laune des Franzosen nicht fehlte, der aber den Keim einer tödlichen Krankheit bereits in sich trug und schon darum wenig leistete. Von der einen wie von der andern Seite nahm an diesem Feldzuge, in dem zum erstenmale wieder seit langer Zeit englische und französische Truppen Seite an Seite fochten, ein Mitglied des regierenden Hauses Teil: von englischer der Herzog von Cambridge, von französischer der Prinz Napoleon, dessen Gesichtszüge eine große Ähnlichkeit mit denen des ersten Napoleon zeigten, der aber keineswegs viel Neigung oder Talent zu kriegerischen Dingen verriet. Zum gemeinsamen Fechten kam es so rasch noch nicht. Den Russen in die Steppen Bessarabiens zu folgen, hieß das Heer einem sichern Untergange entgegenführen; andererseits forderten in dem ungesunden

Varna die Krankheiten ihre Opfer; die Franzosen langweilten sich, und ihr Oberbefehlshaber wünschte womöglich den 15. August, den Napoleonstag, der zum Theaterapparat des zweiten Kaiserreiches gehörte, durch einen Sieg zu verherrlichen. So beauftragte er den General Espinasse, auch einen der Helden des Staatsstreichs, die Russen aus der Dobrudscha zu verjagen. Mit 10000 Mann begab sich dieser in die traurige Sumpfsteppe; als das Corps am 10. August nach Kustendje zurückkehrte, ohne einen anderen Feind als ein paar flüchtende Kosaken gesehen zu haben, zählte es noch 4500. Die übrigen hatte die Cholera weggerafft, die auch, nachdem die zwecklos leichtfertige Expedition beendet war, täglich, gefördert durch Mißmut und Langeweile der Soldaten, in den Spitälern von Varna ihre Ernte hielt. Es war Zeit, von dort fortzukommen: und so ward ein Plan ins Werk gesetzt, der, obwohl auf einem an sich richtigen Gedanken beruhend, eilfertig und ohne genaue Kenntnis der wirklichen Verhältnisse entworfen war und erst nach unsäglichen Opfern mit einem halben Erfolge abschließen sollte.

Ein Blick auf die Karte zeigt, was auch die Erinnerungen und Erfahrungen der Kriegszüge Karls XII. von Schweden und Napoleons I. lehren, daß der Riesenkörper des Russischen Reiches nur an den wenigen Stellen verwundbar ist, wo er an das offene Meer grenzt. Seitdem der Staat unter Peter dem Großen zum Bewußtsein seiner Macht und seiner Zukunft erwacht war, richtete sich sein Streben naturgemäß auf den Erwerb von Seeküsten, und es war ihm gelungen, an zwei Punkten, an der Ostsee und dem Schwarzen Meere, Küsten zu erwerben, die freilich noch immer nur eine maritime Stellung von sehr untergeordnetem Wert begründen, gleichwohl aber einen für Rußland unschätzbaren Besitz bilden. Zur Sicherung der Stellung am Schwarzen Meere war die Festung Sebastopol am Südwestende der Halbinsel Krim angelegt worden, an einer Bucht, die geräumig genug war, die ganze russische Kriegsflotte zu fassen. Die Generale waren über den Stand der Dinge in der Krim nur wenig oder gar nicht unterrichtet: die Unternehmung war in den Kabinetten der beiden Regierungen vereinbart, und die Stimmung der Bevölkerung in England namentlich erhitzte sich sehr für dieselbe. Nachdem die nötigen Rekognoszierungen angestellt worden, die nicht sehr eingehend gewesen sein können, und nachdem in einigen Beratungen der hohen Offiziere der Plan im einzelnen festgesetzt worden war, schifften sich vom 3. bis 5. September 1854 die Truppen, Engländer, Franzosen und ein kleines türkisches Hilfscorps, im ganzen 50000 Mann, zu Varna ein. Am 14., nach glücklicher Fahrt, erreichte die Expedition die Westküste der Taurischen Halbinsel, und die Ausschiffung der Truppen geschah, ohne



Ansicht von Sebastopol.

(Nach Sorrieul. Gezeichnet von W. Herwart.)

daß man feindlichem Widerstande begegnete, südlich von Eupatoria. Man hegte, was freilich angesichts des späteren wirklichen Verlaufes der Dinge kaum zu begreifen ist, die Hoffnung, sich der Festung durch Überraschung zu bemächtigen; hierzu war es nicht eben die beste Einleitung, daß der Oberbefehlshaber der Expedition, der Marschall St.-Arnaud, vor der Einschiffung in einer Proklamation dem Heere den Entschluß bekannt gemacht hatte. Indes schien einen Augenblick doch das Unglaubliche wirklich geschehen. In den letzten Tagen des September flog plötzlich die ungeheure Nachricht vom Falle Sebastopols durch ganz Europa: die Forts um die Stadt her mit 2000 Kanonen genommen, 18 000 Russen getötet, 22 000 gefangen; der österreichische Minister des Auswärtigen, von Buol, teilte dem französischen Gesandten die große Zeitung mit, die ihm soeben durch den k. k. Konsul in Bukarest zugegangen, wohin ein Tatar, einer der türkischen Kuriere, sie gebracht. Der Kaiser von Österreich beeilte sich alsbald dem Kaiser der Franzosen seinen Glückwunsch abzustatten, der die gute Nachricht seinerseits, mit einigem Vorbehalt, in einer Anrede an die Truppen bei einer Revue zu Boulogne zum besten gab; der ganze Weltteil hallte davon wieder.

Die Wahrheit holte erst nach einigen Tagen die rasche Lüge ein; die Dinge sahen in Wirklichkeit gar sehr anders aus. Das verbündete Heer war am 19. September von Eupatoria aufgebrochen, vorwärts gegen Sebastopol; am 20. stießen sie auf das russische Heer, welches in erheblich geringerer Stärke als die Alliierten auf den südlichen Uferhöhen des Almaflusses unter dem Befehl des Fürsten Menschikow Stellung genommen hatte. Während General Bosquet an der Spitze von 4000 Türken und einer französischen Division auf dem rechten Flügel vom Meere her die russische Linke umgehen sollte, griffen die Engländer die Front an; nach mehrstündigem Kampfe, mit Verlust von 5000 Mann, zog sich Menschikow nach Baktschiserai zurück und ließ den Alliierten den Weg nach Balaklawa, einem Hafenorte auf der Südseite von Sebastopol, frei.

Ein erster Sieg, hauptsächlich durch Lord Raglans Verdienst erfochten, hatte so die neue Waffenbrüderschaft geweiht; man glaubt, daß einem raschen Angriff die noch schlecht verwahrte Nordseite der Festung nicht widerstanden haben würde; aber der Sieg ward säumig benutzt, und die Schwierigkeiten der schlecht vorbereiteten Unternehmung zeigten sich bald in ihrem vollen Umfange. Die Russen versenkten verständigerweise ihre Flotte, welche der feindlichen doch nicht gewachsen war, und sperrten damit den Eingang des Hafens von Sebastopol; die Alliierten, für ihre Verpflegung auf die Flotten angewiesen, hatten kaum die genügende Truppenzahl, um auch nur die Südseite der

Festung zu umschließen, womit doch gar nichts gewonnen war, da Munition und Verstärkungen derselben ungehindert vom Norden her zugeführt werden konnten und ihre eigenen Stellungen durch Menschikow, der mit einem starken Heere im offenen Felde stand, jeden Augenblick bedroht waren. Außerdem hatte dieser einen sehr wirksamen Verbündeten im Lager seiner Feinde, die Cholera, welche das Heer von Varna mitherübergebracht hatte. Ihr erlag am 29. auch der Marschall St.-Arnaud, der sich am Tage der Schlacht noch aufrecht erhalten hatte, und der so, nachdem man ihn an Bord eines französischen Kriegsschiffes gebracht hatte, mit einem glänzenden Effekt von der Bühne trat, auf welcher er eine wichtige, wenn auch keineswegs ehrenvolle Rolle gespielt hatte. Der Oberbefehl ging auf einen Feldherrn von sehr mittelmäßigen Fähigkeiten, General Canrobert, über.

Am 9. Oktober begann die Beschießung von der Land- und Seeseite, mit geringem Erfolg. Beiden Heeren kamen Verstärkungen zu: daß die Einnahme nicht ohne regelmäßige Belagerung gelingen konnte, war bereits klar. Dieselbe machte nur sehr langsame Fortschritte. Die Russen ihrerseits machten zweimal den Versuch, das Belagerungsheer von Balaklawa abzuschneiden; so am 25. Oktober, wo ein Ausfall unter General Liprandi ein fünfstündiges Gefecht bei Balaklawa herbeiführte, dessen bekanntester Moment ein ebenso brillanter als unsinniger Angriff einer englischen Reiterbrigade gegen mit Artillerie- und Infanteriemassen besetzte Höhen*) war: ein Gefecht, das zu keinem Ergebnis führte, da die Russen ihren anfänglichen Erfolg nicht nachdrücklich genug ausnutzten und festhielten. Es war das Vorspiel zu einem noch blutigeren Kampfe am 5. November, der Schlacht von Inkjerman. Mit dem frühesten Morgen begann das russische Heer, etwa 60 000 Mann, den Angriff. Gegen 11 Uhr, nach hartnäckigem Widerstande, waren sie bis zum englischen Lager vorgedrungen; die Hilfe brachten die Franzosen unter Bosquet; nach einem fünfstündigen Kampfe traten die Russen den Rückzug an. Diesmal war der Sieg unzweifelhaft auf seiten der Alliierten. Die Russen hatten in der schrecklichen Schlächterei 10 000 Verwundete und Tote, die Verbündeten 4- bis 5000; aber die letzteren durften nicht noch mehr solche unfruchtbaren Siege erfechten.

Und mittlerweile hatte sich nun die ungünstige Jahreszeit eingestellt, der „General Winter", auf welchen die Russen große Hoffnungen setzten. Vom Sturm auf Sebastopol war vorläufig keine Rede. Die Herbstregen, die unmittelbar nach der Schlacht eintraten, verwandelten

*) „C'est très-beau, mais ce n'est pas la guerre": wie der französische Offizier, der es mitansah, urteilte.

die Lagerplätze wie die Laufgräben in Moräste; die Stürme des ungastlichen Meeres richteten unter der Flotte und den Transportschiffen schwere Verheerungen an; die Krankheiten mehrten sich, und vor allem litten die Engländer schwer, deren erbärmliche Verwaltung bei dieser Gelegenheit sich in ihrer ganzen Blöße enthüllte und nun, freilich zu spät, von der entrüsteten öffentlichen Meinung zu Hause unerbittlich ans Licht gezerrt wurde. Weniger litten die Franzosen, deren Verwaltung weit besser war, und die mit der ihrem Volke angeborenen Anstelligkeit guten Mutes daran gingen, sich mit den vorhandenen Mitteln einzurichten, wozu der englische Soldat zu indolent, die englischen Offiziere, tapfer in der Schlacht, zu ungeschickt und zu wenig unterrichtet waren. Im Januar 1855 trat strenge Kälte ein, die Arbeiten schritten nicht vor; doch trafen nach und nach bedeutende Verstärkungen und allmählich auch genügende Vorräte ein. Die Russen aber waren besser in der Lage, die winterliche Ruhezeit zu benutzen, und die Verteidigungswerke der Stadt wurden unter Leitung eines vorzüglichen Ingenieurs, des Generals Totleben, zu einer großen Stärke gebracht.

Die Aufmerksamkeit der ganzen civilisierten Welt richtete sich auf diesen Fleck Erde. Die übrigen Kampfplätze, die Ostsee, die ostasiatischen Gewässer, wie der Landkrieg in Asien erregten augenblicklich das Interesse nur in geringem Maße. Den Alliierten war es gelungen, in ihrem Kampfe „für die Civilisation" — dies war das Zauberwort, mit welchem man den sich regenden Unmut beschwichtigte — einen neuen Verbündeten zu gewinnen in dem König Viktor Emanuel von Sardinien, welcher am 26. Januar dem englisch-französischen Allianzvertrage zur Aufrechthaltung der türkischen Unabhängigkeit beitrat und ein Corps von 15 000 Mann, eine willkommene Hilfe für das durch die Verluste im Feld und in den Spitälern gezehntete Heer, zu der Armee in der Krim zu stellen versprach: erst im Mai 1855 aber wurde dasselbe in Genua eingeschifft. Auf der anderen Seite nahm nun auch der Zar seine Kräfte zusammen. Im ganzen weiten Reiche wurden Verstärkungen aufgeboten, neue Truppenaushebungen angeordnet: Verstärkungen, die freilich, durch die ungeheuren winterlichen Märsche auf schlecht gebahnten Wegen bei den kolossalen Entfernungen und den vielleicht nicht viel weniger kolossalen Betrügereien im Verpflegungswesen, nur unter enormen Verlusten und großen Abgängen am Orte ihrer Bestimmung ankamen. Der Herrscher selbst aber sollte den Ausgang dieses menschenverschlingenden Krieges, der ihn vor Gott verklagte, nicht erleben. Er mußte sich gestehen, daß der Zweck, dem er diese Hekatomben opferte, verfehlt sei, daß er das Unheil auf sein eigenes Reich herabbeschworen: ob er an die weiteren Folgen der beginnenden

Niederlage, die notwendige Erschütterung des von ihm in Europa vertretenen Prinzips dachte, bleibt zweifelhaft; aber die Nachrichten aus dem Süden, wo seine Truppen offenbar den Engländern und Franzosen im Felde nicht gewachsen waren und selbst den Türken gegenüber wenig Ruhm geerntet hatten, regten ihn heftig auf; eine starke Erkältung trat hinzu, die er nicht zu beachten sich bemühte. Vergebens warnten und beschworen ihn die Ärzte: er bestand darauf, obgleich die Krankheit sichtbar zunahm, seine Pflicht, wie er sie verstand, zu thun: bei bitterer Kälte bestieg er wie sonst den offenen Schlitten, um eine Revue abzunehmen. Endlich aber mußte er sich doch entschließen zu thun, wie andere Menschen in solchem Falle; aber schon war keine Rettung mehr.

Am 2. März 1855, nachdem er festen Sinnes sein Haus bestellt hatte, verschied er. Sein Tod machte ein ungeheures Aufsehen in der Welt. Alle Trauerehren wurden an den Höfen von Berlin und Wien aufgeboten, und besonders in der ersteren Stadt erschöpfte sich die herrschende Partei, welche ihr Organ in der Kreuzzeitung besaß und außerdem eine genügende Anzahl knechtischer Journalisten und Phrasendrescher in ihrem Solde hatte, in einer Ostentation von Trauer und Schmerz, welche selbst, wenn es sich um den Tod des eigenen Landesfürsten gehandelt hätte, das Maß des Geziemenden, mit welchem man die Toten ehren soll, weit überschritten haben würde, und welche einem fremden Machthaber gegenüber ein Übermaß von Knechtssinn verriet, das der Partei einen dauernden Makel anheftete. Würdiger war das Wort, das der Sultan auf die Nachricht vom Tode seines gewaltigen Feindes geäußert haben soll: „Gott, der den Fürsten richtet wie den Bettler, möge dem Verstorbenen seine Sünden vergeben."

Die Dinge vor Sebastopol begannen unterdessen eine für die Russen ungünstige Wendung zu nehmen. Ende Januar war im Auftrage des Kaisers Napoleon General Niel vor Sebastopol erschienen, welcher den seitherigen Angriffsplan als einen verkehrten verwarf und durch einen neuen ersetzte, nach welchem die Operationen gegen die sogenannte Schiffervorstadt und eine diese beherrschende Befestigung, den Malakow, gerichtet werden sollten. Neue Verstärkungen langten an; im Februar machte in London das Ministerium Aberdeen einem neuen von dem energischen Palmerston gebildeten Platz; Anfang Februar landeten die türkischen Streitkräfte, welche an der Donau nicht mehr nötig waren, unter Omer Pascha bei Eupatoria, und ein russischer Angriff am 17. wurde nachdrücklich abgewiesen. Die Nachricht von dieser unglücklichen Schlacht bei Eupatoria soll dem Zaren den letzten Stoß gegeben haben. Fürst Menschikow ward abgerufen und an seiner

Stelle Fürst Michael Gortschakow zum Oberbefehlshaber ernannt. Die letzte Regierungshandlung des sterbenden Kaisers war die Unterzeichnung eines Manifestes, in welchem, wie einst gegen Napoleon I., eine allgemeine Bewaffnung des russischen Volkes angeordnet wurde. So hinterließ er seinem Sohne Alexander II. (1855—1881) den unglücklichen und verderblichen Krieg, und dieser konnte denselben, obgleich er ihn schwerlich gebilligt hatte, nicht sofort endigen, so unpopulär er auch beim russischen Volke jetzt war und vielleicht von Anfang an gewesen war. Mit Eintritt des Frühlings nahm der Kampf einen neuen Aufschwung. Der Kaiser Napoleon hatte eine Zeitlang ernstlich den Gedanken gehegt, selbst nach der Krim zu gehen, um seinen Gang zu beschleunigen; die Rücksicht auf die inneren Verhältnisse aber wie die Furcht seiner Umgebung ließ eine Reise nicht zu, die ihn, von allem anderen abgesehen, mehrere Monate von Frankreich fern gehalten haben würde: er schickte nun, um Canrobert zu ersetzen, der sich selbst der Aufgabe nicht gewachsen fühlte, einen Mann von rücksichtsloser Energie, dem es auf ein paar Tausend Menschenleben nicht ankam, den General Pélissier, einen harten Soldaten, dessen Name seit dem Jahre 1846, wo er einen aufständischen Araberstamm in seinen letzten Schlupfwinkel, die Höhle von Denderah, verfolgt und dann durch Anzünden nassen Holzes vor den Eingängen die noch übrigen mit Rauch erstickt hatte, in ganz Europa bekannt und verabscheut war. Er ließ sofort (1. Mai) mit schwerem Verlust einige Außenwerke stürmen; zugleich rüstete man, womit man vielleicht hätte beginnen sollen, eine Flottenexpedition gegen die Waffenplätze am Schwarzen Meere aus. Diese Expedition, mit 60 englischen und französischen Fahrzeugen unternommen, glückte. Am 24. Mai fiel Kertsch am europäischen, am folgenden Tag Jenikale am asiatischen Ufer der schmalen Wasserstraße, welche aus dem Schwarzen in das Asowsche Meer führt, den Alliierten in die Hände. Dann zerstörte die Flotte, in das kleine Binnenmeer einfahrend, Schiff auf Schiff und aufgehäufte Vorräte in ungeheuren Massen und kehrte am 6. Juni, nachdem sie dem Feinde schweren Schaden zugefügt, wieder in das offene Meer zurück.

In denselben Tagen wurden die Außenwerke der Festung vollends erobert, und am 18. Juni, dem Tage von Waterloo, ward ein erster Sturm auf die Schiffervorstadt und die östlichen Hauptwerke, die Bastionen zwei und drei, von den Alliierten Malakow und Redan genannt, unternommen. Er mißlang vollständig; 4800 Mann, unter ihnen drei Generale und 600 Gefangene, verloren die Alliierten, nicht viel weniger die Russen. Noch einmal versuchten diese einen Angriff im offenen Felde. Achtundvierzigtausend Mann führte Fürst Gortschakow am 16. August gegen die Höhen am linken Ufer des Tschernaja-

flusses, begünstigt durch einen dichten Morgennebel. An diesem Tage verdienten sich die Piemontesen oder, wie man sie im verbündeten Lager vorbedeutungsvoll nannte, die Italiener, ihre ersten Lorbeeren: nach einigen Morgenstunden wütenden Kämpfens kehrten die Russen, mit einem abermaligen Verlust von 7000 Mann, auf das rechte Ufer zurück. Dieser Sieg ermutigte die Verbündeten, deren Arbeiten nun nicht mehr aufgehalten werden konnten, und am 8. September folgte der von dem Ungestüm der Franzosen längst geforderte Sturmangriff. Dreißigtausend Engländer und Sardinier, die ersteren seit Lord Raglans Tode von dem greisen General Simpson befehligt, hüteten die Tschernajalinie; die Franzosen hatten den Malakow, die Engländer unter Codrington den Redan zum Ziel. Mittags zwölf Uhr setzten sich die französischen Sturmkolonnen in Bewegung; bis fünf Uhr wurde um den Malakow gerungen, ehe die Russen ihn verloren gaben. Der Sturm der Engländer auf den Redan dagegen mißlang. Die Opfer des blutigen Tages waren schwer: 7309 Franzosen, unter ihnen 4 Generale, 20 Stabsoffiziere, 2447 Engländer verwundet oder tot; die Russen gaben ihren Verlust auf 10 000 Mann an. Die Festung aber war nach dem Verlust des Malakow nicht mehr zu halten, und Gortschakow benutzte die Ermüdung der Feinde, um über die seit dem 12. August geschlagene Brücke nach dem auf der Nordseite der Bucht gelegenen Teile der Stadt abzuziehen. Viertausend Kanonen und ungeheure Vorräte fielen den Alliierten in die Hände. Am 10., nachdem die Belagerung 349 Tage gedauert hatte, zogen sie ein.

c. Der Friede von Paris.

Der Waffenehre war Genüge geschehen: aber die Hoffnung, die man vorschnell hegte, daß Gortschakow aus der Krim abziehen werde, erfüllte sich nicht. Er zog sich nach Baktschiseraj zurück, aber hielt noch immer das Feld. Der einzige fernere Erfolg auf diesem Teile des Kriegsschauplatzes war die Eroberung der kleinen Festung Kinburn an der Dnjeprmündung durch die vereinigte Flotte. Er entschied nichts, so wenig als das Bombardement von Sweaborg im Finnischen Meerbusen (10. August), das, gut genug, die Neugierde des Publikums, das nach Nachrichten und erstaunlichen Thaten verlangte, zu füttern, nur ein paar Hundert Menschen das Leben kostete, die eigentlichen Festungen Helsingfors und Kronstadt aber nicht erschütterte. Es war ein Glück, daß nunmehr auch die Russen einen Erfolg aufzuweisen hatten, welcher die Aufnahme von Friedensunterhandlungen ermöglichte: die Kapitulation von Kars am 28. November 1855. Dort auf dem asiatischen Kriegsschauplatze hatten die Türken die Gebirgsstämme am Ostrande des Schwarzen Meeres, die Tscherkessen und Abchasen,

zum Aufstande gebracht, und die Russen sahen die Erfolge jahrzehntelangen Kämpfens gefährdet; aber über den Küstensaum hinaus reichte dieser Sieg, soweit es überhaupt ein solcher war, nicht, und den Fall der wichtigen Festung Kars konnten weder die ungarischen und polnischen Offiziere, welche den Türken zur Verfügung standen, noch die einsichtige Verteidigung englischer Offiziere, Atwell, Lake, Williams, noch die Tapferkeit und Ausdauer der Besatzung hindern. Omer Pascha, der einen Entsatzversuch machte, aber von seiner Regierung schlecht unterstützt wurde, mußte sich vor der überlegenen russischen Macht wieder nach der Küste zurückziehen: am 28., als nur noch für sechs Tage Lebensmittel vorhanden waren, ergab sich die Festung an General Murawjew. Es war Zeit, an den Frieden zu denken. Die Opfer des Krieges waren ungeheuer, und was konnte man sich von einer Fortsetzung desselben versprechen? Von allen Seiten und namentlich in England rüstete man sich für einen neuen Feldzug: aber ein mächtiger Wille, der seinen besonderen Zweck erreicht hatte, und der es nicht liebte, die Dinge auf die Spitze zu treiben, der Kaiser Napoleon, war für den Frieden, und die Diplomatie nahm nun mit Nachdruck ihr Werk wieder auf, das niemals ganz geruht hatte.

Nachdem jene österreichische Sommation vergebens gewesen, hatten die beiden Kabinette von London und Paris den Zweck des Krieges, also die Grundlage eines eventuellen Friedens, am 22. Juli 1854 in vier Punkte zusammengefaßt — europäische Garantie der staatsrechtlichen Stellung der Donaufürstentümer anstatt des seitherigen russischen Protektorates; Sicherung der freien Schiffahrt in den Donaumündungen; Beschränkung der russischen Macht im Schwarzen Meere und gemeinsame Bemühungen der Mächte für den Schutz der Rajahvölker in der Türkei, ohne Beeinträchtigung der Souveränität des Sultans. Die deutschen Mächte erklärten sich mit diesen vier Punkten einverstanden und suchten den russischen Kaiser für die Annahme zu gewinnen, der sie aber zuerst schroff abwies. Darauf zogen Preußen und Österreich ihre Allianz enger; Nikolaus fühlte seine Vereinzelung und ließ am 28. November 1854 in Wien anzeigen, daß er die vier Punkte als Grundlage einer Verständigung annehme: er zählte auf die günstigere Stimmung in Preußen und im übrigen Deutschland, welche er von Österreich zu trennen hoffte. Österreich ging nun, während Preußen und die anderen deutschen Staaten bedenklich innehielten, einen Schritt weiter: es schloß am 2. Dezember 1854 mit den Westmächten einen förmlichen Allianzvertrag, in welchem sich die drei Regierungen verpflichteten, sich auf keine Sonderverhandlungen mit Rußland einzulassen, und sich vorbehielten, je nach dem Gang der Ereignisse noch weitere Bedingungen über die vier Punkte hinaus zu stellen. Die Verteidigung der Donau-

fürstentümer übernahm für alle Fälle Österreich; sei bis Ende des Jahres der Friede noch nicht hergestellt, so würden die drei Regierungen über die weiteren Mittel zur Erreichung des Zweckes ihrer Allianz in Beratung treten. Mit anderen Worten: es wurde Rußland mit einer österreichischen Kriegserklärung gedroht, und Preußen sollte eingeladen werden, diesem Vertrage beizutreten.

Dies allerdings geschah nicht. Hatte die Welt Ursache, über Österreichs Undank zu erstaunen, so konnte sie, wenn sie wollte, noch mehr Preußens Dankbarkeit für erlittenes Unrecht bewundern; doch näherte es sich auch Rußland nicht, welches in der Frage völlig allein stand. Der gute Wille der Freunde des Zaren in Berlin und an den kleinen deutschen Höfen kam ihm in einer Sache nicht zu gute, welche die öffentliche Meinung in ganz Europa als eine ungerechte verdammte. Freilich blieb auch Österreich sehr zu seinem Schaden auf halbem Wege stehen, es fürchtete oder gab sich die Miene, einen Angriff von Italien her zu fürchten; aber Rußlands Lage wurde dadurch wenig besser. Der Anschluß Sardiniens an die Westmächte, obgleich er die Zahl der Angreifer nur um 15—20 000 vermehrte, war ein bedenkliches Symptom, weil dieses Beispiel an gefährlicherer Stelle Nachahmung finden konnte. Gleichwohl war, solange Nikolaus lebte, von Frieden nicht ernstlich die Rede, und auch als er gestorben, konnte Alexander nicht sofort die entgegengesetzte Bahn einschlagen. Jetzt aber, wo auf der einen Seite Sebastopol, auf der andern Kars gefallen, war der Augenblick, innezuhalten, gekommen. Ging jetzt der Krieg weiter, so standen für Rußland ernstlich die Errungenschaften seit Peter dem Großen in Frage. Der Kaiser Napoleon hatte am 6. November seinen Marschall Canrobert nach Stockholm geschickt, der dort bis zum 21. verweilte, längere Zeit als nötig war, um dem König Oskar I. das große Band der Ehrenlegion zu überreichen. England, wo die Stimmung jetzt erst recht warm geworden, rüstete sich mit größter Energie, um im nächsten Jahre die Hauptrolle zu übernehmen, wo es seither nur die zweite Rolle und diese nicht sehr gut gespielt hatte: ein Sieg Rußlands, das die Erschöpfung zu spüren begann, während England jetzt erst recht zu seinem Kraftgefühl erwachte, war unmöglich, während es jetzt noch ohne allzu schwere Einbuße den Frieden zurückerhalten konnte, den es mutwillig gestört hatte. Die Initiative zur Herstellung dieses Friedens übernahm Österreich, das seinerseits Ursache hatte, aus seiner Stellung herauszukommen, die ihm schwere finanzielle Opfer ohne Ansprüche auf Entschädigung auferlegte. Die österreichische Regierung sandte, nachdem sie sich der Einwilligung der Westmächte und der Unterstützung Preußens versichert hatte, den Grafen Esterházy mit einem Vorschlag, den man wohl als Ultimatum bezeichnet hat, nach

St. Petersburg, einem Vorschlag, welcher die oben erwähnten vier Punkte in einer neuen Fassung als Grundlage der Verständigung anbot. Mit dieser Sendung kreuzte sich eine Note des russischen Staatskanzlers Nesselrode an den Wiener Gesandten Fürsten Gortschakow (23. Dezember 1855), welche ihrerseits die Wiedereröffnung der Unterhandlungen anregte: und am 16. Januar 1856 ließ Nesselrode dem Grafen Esterházy sagen, daß sein Kaiser die vier Punkte ohne weitern Vorbehalt als Präliminarien annehme.

Dem entsprechend traten die Vertreter Englands, Frankreichs, Österreichs, der Türkei und Rußlands am 1. Februar in Wien zu einer Konferenz zusammen. Der österreichische Entwurf ward hier endgültig angenommen; zur definitiven Vereinbarung sollten nach drei Wochen die Bevollmächtigten der Höfe in Paris zusammentreten.

So hatte Napoleon III. die Genugthuung, daß die europäische Pazifikation sich unter seinen Auspicien vollzog: im Hotel seines Ministers des Auswärtigen, Walewski, der die Verhandlungen leitete, trat am 25. Februar die Konferenz zusammen. Es waren außer dem Vorsitzenden der französische Botschafter am Wiener Hofe, Bourqueney, die Österreicher Graf Buol-Schauenstein und Baron Hübner, der letztere österreichischer Botschafter in Paris; die Engländer Lord Clarendon und Lord Cowley; von seiten der Pforte Ali Pascha, der Großwesir, und Djemil Bei, der türkische Gesandte in Paris; von seiten Rußlands Graf Alexis Orlow und der Gesandte am Deutschen Bund, Baron Brunnow; in so vornehmer Gesellschaft aber fand sich zum erstenmal, zum bitteren Ärger der Österreicher, auch der sardinische Minister des Auswärtigen, der Graf Camillo Cavour, und der Gesandte Viktor Emanuels am Tuilerienhofe, der Marquis von Villamarina ein. Preußen, das immer mehr sich beiseite gestellt und keinen Mann für diese europäische Frage mobil gemacht hatte, war nicht eingeladen, worüber die dort herrschende Partei eine große Gleichgültigkeit mehr affektierte als empfand; erst in der siebenten Sitzung wurde auf den Vorschlag Walewskis beschlossen, auch Preußen hinzuzuziehen, da man seiner doch bei Festsetzungen von allgemein europäischem Charakter nicht entraten konnte: und in der elften Sitzung, am 18. März, erschien der preußische Minister des Auswärtigen, Otto von Manteuffel, mit dem Pariser Gesandten Grafen Hatzfeld und nahm auf einem der rotsamtenen vergoldeten Stühle vor dem grünen Tische Platz. Die Etikette, welche sonst bei europäischen Kongressen eine so große Rolle gespielt hatte, kostete diesmal, was immerhin als ein Fortschritt zu verzeichnen ist, keine Zeit. Die alphabetische Reihenfolge der Namen der Länder bestimmte die Ordnung bei den Unterschriften der Protokolle

und für die Vorstellungen bei Hofe: als Protokollführer und Sekretär des Kongresses fungierte Herr Benedetti, dem das Schicksal noch eine peinliche Art von Unsterblichkeit vorbehalten hatte.

Die ersten 19 von den 24 Sitzungen, in welchen der Kongreß sein Werk vollbrachte, waren ausschließlich der Regelung der orientalischen Angelegenheiten gewidmet. Ihr Ergebnis war der Friede von Paris vom 3. März, dessen Ratifikationen am 27. April 1856 in feierlicher Sitzung ausgetauscht wurden; die Feder, mit welcher unterzeichnet wurde, hatte der große Adler im Jardin des plantes liefern müssen. Die wesentlichsten der 34 Friedensartikel waren: Räumung der eroberten Gebietsteile, Rückgabe der Gefangenen; die Pforte wird in das europäische Konzert aufgenommen und die Integrität des Osmanischen Reiches von den Unterzeichnern garantiert (Art. 7); dieselben nehmen Akt von dem Reformgesetz, welches der Sultan unter dem 25. Januar 1856 erlassen hatte, nach welchem das Los seiner Unterthanen ohne Unterschied der Religion verbessert werden soll (Art. 9); Neutralisierung des Schwarzen Meeres, welches den Handelsschiffen aller Nationen erlaubt, ihren Kriegsschiffen verboten ist (Art. 11); eine besondere Konvention zwischen Rußland und der Pforte bestimmt die Zahl der kleinen Kriegsfahrzeuge, welche zur Aufrechthaltung der Seepolizei notwendig sind. Freie Schiffahrt auf der Donau, reguliert durch eine beständige Kommission der Uferstaaten; zur Kontrolle darf jede der Mächte zwei leichte Kriegsfahrzeuge an der Mündung aufstellen, und um die Freiheit der Donauschiffahrt zu sichern, willigt Rußland in eine „Grenzrektifikation", d. h. eine wenn auch geringfügige Gebietsabtretung in Bessarabien, doch immerhin 200 Quadratmeilen mit 200 000 Einwohnern. Die Moldau und Walachei fahren fort, ihre Privilegien unter der Suzeränität der Pforte und der Garantie sämtlicher kontrahierenden Mächte zu genießen; keine einzelne derselben wird (wie seither Rußland) ein besonderes Schutzrecht über dieselben beanspruchen; diese Fürstentümer halten eine nationale Armee zum Schutz der Grenze und der Sicherheit im Innern: im Falle die Ordnung dort gestört wird, verständigt sich die Pforte mit den Mächten über die Mittel, dieselbe wiederherzustellen. Angehängte besondere Konventionen regulierten die Schließung des Bosporus und der Dardanellen und verbrieften die Nichtbefestigung der Alandsinseln durch Rußland.

Ergänzt wurde dieser Friede durch einen am 29. April ratifizierten besonderen Vertrag zwischen Frankreich, England und Österreich, in welchem diese Mächte die Integrität und Unabhängigkeit der Türkei auch für die Zukunft garantierten und sich verpflichteten, jede Verletzung des Pariser Friedens als einen Kriegsfall anzusehen. Der Türkei half

dies nicht viel: es kam doch auch künftighin auf die Umstände an, ob dieser Vertrag zur Geltung gelangte. Dagegen hatte Walewski, damit dieser Kongreß, wie einst der Wiener und der Westfälische, sich durch einen dauernden Fortschritt des öffentlichen Rechtes ein Denkmal setze, eine Reform des Seerechts angeregt, welche denn auch in einem Protokoll vom 16. April niedergelegt ward. Die Kaperei sollte für immer abgeschafft sein, und der Grundsatz ward ausgesprochen, daß künftig die neutrale Flagge die feindliche Ware decke, vorausgesetzt, daß dieselbe nicht aus Kriegskonterbande bestehe, — sowie daß eine Blockade, um verbindlich zu sein, effektiv sein, d. h. durch eine Seestreitmacht gehandhabt werden müsse, stark genug, um den Zugang zum Ufer wirklich zu hindern. Der Friede ward verkündigt, die Truppen und Flotten kehrten nach Hause zurück. Man hatte nun Muße, zu berechnen, ob er die ungeheuren Opfer an Menschenleben und Geld verlohnte, welche der Krieg gekostet. England hatte wie gewöhnlich viel Geld und verhältnismäßig wenig Menschenleben verausgabt: die Zahl der letzteren gab Lord Palmerston zu 22 000 an, die Summe des ersteren betrug 76 Millionen Pfd. Die Franzosen berechneten ihren Verlust auf etwa 70 000 Menschenleben und 1700 Millionen Frank; nach der Türkei fragte man nicht; die Russen hatten auf den Schlachtfeldern 100 000 gelassen; die vielleicht ebenso große Zahl, welche Märsche, Entbehrungen, Krankheit ihnen getötet, wurde nicht genau festgestellt.

Von der Türkei war das offenbare Verderben abgewendet worden: ob die Rettung ihr frommte, mußte die Zukunft lehren. Die wichtigste Frucht des großen Kampfes aber war, daß das drückende Joch Rußlands, das einige Jahre schwer auf Europa gelastet hatte, gebrochen und daß die reaktionäre Allianz Rußland-Österreich-Preußen gründlich gesprengt war. Welche Folgen dies weiter für das europäische Leben im ganzen und für die einzelnen Staaten gehabt hat, werden wir sehen: zunächst aber kam diese Frucht des Sieges dem neuen Französischen Kaisertum zu gute, das jetzt in den Vordergrund der europäischen Dinge gerückt war. Napoleon III. war ein großer Wurf gelungen: er hatte mit England eine Allianz geschlossen, welche ihm eine bedeutende Stellung gab, und er hatte diese Stellung dadurch noch bedeutender gemacht, daß die französischen Streitkräfte im Felde überall das Beste gethan hatten; er hatte Österreich mit Rußland tödlich verfeindet und auch das Verhältnis Österreichs zu Preußen erschüttert. Von allen fremden Mächten sah er sich umworben: als er im April 1855 der englischen Herrscherin auf der Insel Wight einen Besuch machte, sah er, der ehemalige Verbannte, von Volk und Hof sich aufs beste empfangen: der Abenteurer von gestern war jetzt der mächtigste

Mann in Europa geworden, auf dessen Worte der gesamte Weltteil mit Spannung lauschte.

Wir müssen deshalb, indem wir nunmehr die Geschichte der einzelnen Staaten Europas in diesen Jahren der Ermattung und der Neusammlung etwas näher betrachten, vor allem die Entwickelung der Dinge in Frankreich ins Auge fassen, welcher dieser eigentümliche Mann ihren besonderen Charakter gab.

II. Geschichte der einzelnen Staaten.

1852—1859.

A. Westliche Staaten.

1. Frankreich.

Der Mann, der jetzt Frankreich regierte, brachte auf den Thron sehr feste und bestimmte politische Ideen mit, die er im wesentlichen auch bereits in den Jahren der Verbannung als „Napoleonische Ideen“ (1839) der Welt kundgethan hatte. Damals wurden diese Ideen wenig beachtet: nachdem jedoch Frankreich 18 Jahre lang nach denselben regiert worden, muß der Unbefangene zugeben, daß ihr Verfasser ein Mann von hoher staatsmännischer Begabung war. Er findet in dem Stifter der Napoleonischen Dynastie, welcher das Idol seiner Mutter Hortensia gewesen, seinen Heiligen und leitet alles, was in Europa fruchtbar und zukunftsvoll sei, von ihm her: die französische Gesellschaft, durchaus demokratisch auf der einen, von Parteiungen zerrissen, ohne Sinn für Autorität auf der andern Seite, bedürfe einer Regierung, die zugleich demokratisch und stark sein müsse. Gleichheit vor dem Gesetz, freie Bahn für jedes Talent, Freiheit der Arbeit und des Verkehrs, allgemeines Stimmrecht, keine Vorrechte der Geburt; andererseits Vereinigung aller Macht in der Hand des Kaisers, welcher der einzige Repräsentant der Nation sein muß; Beschränkung der Kammern, der Presse und damit Niederhaltung der Parteileidenschaft; die Kirche geehrt, aber ohne Einfluß auf die Staatsverwaltung; die politische Freiheit nicht die Grundlage, sondern das letzte Ziel dieser Ordnung der Dinge. Er hatte Muße genug gehabt, diese Ideen reifen zu lassen, in welche er sich, grübelnden Verstandes, zäh an einmal Erfaßtem festhaltenden Sinnes wie er war, immer tiefer versenkte. Fern von Frankreich aufgewachsen, in Deutschland erzogen, in der Schweiz, Italien, Amerika, England zum Manne gereift, entbehrte er der Eigenschaften, welche den Franzosen insonderheit charakterisieren:



Napoleon III., Kaiser von Frankreich.

(Nach Metzmacher.)



eben dies vielleicht, daß er an den Schwächen des Nationalcharakters ebensowenig teilhatte, als an einigen seiner Tugenden, trug am meisten dazu bei, ihm eine so überlegene Stellung bei diesem unruhigen, leidenschaftlichen Volke, in diesem tief zerrütteten Nationalkörper zu schaffen.

Am 2. Dezember 1852, sahen wir, war das neue Kaiserreich proklamiert worden, nachdem ein Senatuskonsult diejenigen Modifikationen der Verfassung festgesetzt hatte, welche dieser Abschluß nötig zu machen schien. Die gewöhnliche Staffage, die bei der Errichtung eines neuen Thrones nötig erachtet wird, fehlte auch hier nicht. Es gab wieder ein „Haus des Kaisers“, es gab wieder einen Großalmosenier, einen Großmarschall des Palastes, einen Großjägermeister, einen Großceremonienmeister: Posten genug, mit denen geleistete Dienste belohnt werden konnten, und mit denen, wenn nicht viel Ehre, doch viel Geld verbunden war. Dem Marschall St.-Arnaud rechnete man nach, wie er, einer von vielen, 100 000 Frank als Großstallmeister, 130 000 als Kriegsminister, 40 000 als Maréchal de France, 30 000 als Senateur, also rund 300 000 Frank jährlicher Einkünfte im ganzen bezog. Indes möglicherweise konnte diese Regierung, wenn sie sonst eine gute war, doch vergleichungsweise immer noch eine wohlfeile sein: die Republik hatte keine Großceremonienmeister und keine Senatoren zu bezahlen gehabt und war dem Lande dennoch teuer genug zu stehen gekommen.

Die Frage der Anerkennung des neuen Kaisertums löste sich für die europäischen Mächte diesmal noch leichter, als im Jahre 1830 die Frage der Anerkennung des Julikönigtums. Die meisten der europäischen Höfe waren herzlich froh, daß man so glimpflich davongekommen, daß man wenigstens das drohende Gespenst am europäischen Horizont, die Republik in Frankreich, so rasch und so gründlich los geworden war. So war denn auch der neapolitanische Gesandte, der Ambassadeur eines hochlegitimistischen bourbonischen Hofes, der erste, der bei dem neuen Kaiser beglaubigt wurde; von den englischen Ministern hatte unmittelbar nach dem Staatsstreiche schon Lord Palmerston die Anerkennung als eine sich von selbst verstehende Sache, ohne Rücksprache mit den übrigen Ministern, ausgesprochen. Er war über dieser Eigenmächtigkeit zu Falle gekommen: übrigens zauderte die englische Regierung nicht, Lord Cowley bei dem neuen Kaiser zu accreditieren; Holland, Belgien, Sardinien folgten. Einige der kleinen deutschen Höfe, wie Württemberg und Nassau, beglückwünschten den französischen Gesandten ohne Säumen; auch Preußen und Österreich, obwohl das erstere von legitimistischen Schrullen geplagt war und das letztere nicht vergaß, daß der neue Kaiser einst an der Erhebung gegen päpst-

liches und österreichisches Regiment in Italien teilgenommen, beugten sich vor der Macht der thatsächlichen Verhältnisse; und selbst Kaiser Nikolaus überwand sich, wie er bei der Thronbesteigung Louis Philipps gethan, nur daß er dem Manne, den die Revolution erhoben, nicht die Anrede „cousin et frère", sondern nur die Titulatur „Mein guter Freund" gönnte, — dieselbe, mit welcher er im amtlichen Verkehr den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika anredete. Nur ein König, ein König ohne Land, protestierte: der Graf von Chambord, der Heinrich V. der Legitimisten: „Bis zu meinem letzten Seufzer werde ich das mir anvertraute Gut der Erbmonarchie bewahren, den einzigen Port der Rettung, in dem Frankreich nach so vielen Stürmen die Ruhe und das Glück wird wiederfinden können."

Indes in einem Punkte fand Napoleon, während die alten Höfe ihn mit Artigkeiten überschütteten und diejenigen, welche anfangs zurückgeblieben waren, das Versäumte mit verdoppeltem Eifer nachzuholen eilten, sich als Emporkömmling gemieden: eine Verschwägerung mit einem der alten Dynastenhäuser wollte nicht glücken. Nach verschiedenen fehlgeschlagenen Versuchen fand Napoleon den Stolz des Parvenus wieder — des Parvenus durch die Stimme von 7 Millionen Franzosen, wie er dem legitimistischen Europa zu hören gab — und vermählte sich mit einer Dame von nicht ganz zweifellosem Rufe, aber unzweifelhafter Schönheit, einem Fräulein Eugenie von Montijo, einer Spanierin, deren Stammbaum auf einige große Namen unter den spanischen Adelsgeschlechtern zurückzuführen weiter keine Schwierigkeiten machte:*) einer Frau indes von höchst oberflächlicher Bildung, welche einerseits durch ihre Unwissenheit ein bequemes Werkzeug für den Einfluß der Klerikalen wurde, andererseits sich der unumschränkten Herrschaft auf dem Gebiete der Mode und des frivolen Luxus bemächtigte, welchen Louis Napoleon, wie einst sein Oheim, begünstigen zu müssen glaubte, um die Gedanken von der Politik und anderen ernsthaften Dingen abzulenken. Die Vermählung fand am 30. Januar 1853 statt; die Trauung vollzog der Erzbischof von Paris. So war der neue Hof vollständig, um den sich eine Gesellschaft drängte, in welcher die neuen Männer und Namen vorherrschten, bis Glanz und Schein, zunehmende Sicherheit und Bedürfnis der Schmeichelei allmählich auch Leute von altem und ältestem Namen herbeizog.

Dem Kaiser selbst, der ein Mann von einfachen Gewohnheiten war, waren diese Eitelkeiten Mittel zu seinen Zwecken: es war nicht, wenigstens war es nicht ganz seine Schuld, wenn ein neuer Thron in diesem Lande nur mit Hilfe der Niederträchtigkeit, nur mit Hilfe von

---

*) Facile avos inveniunt quibus favet fortuna.

Menschen aufgerichtet werden konnte, die später seine Sache mit derselben Gleichgültigkeit wie jede andere wieder verließen. Für solche Umgebungen brauchte man viel Geld, mit welchem der Kaiser sorglos wirtschaftete. Seine Civilliste wurde auf 25 Millionen, dieselbe Summe, die einst Napoleon I. bezogen, und das Doppelte von derjenigen, mit welcher Ludwig Philipp haushielt, festgesetzt. Für die „Prinzen des kaiserlichen Hauses“ wurden ihm weitere 1 1/2 Millionen zur Verfügung gestellt. Sich selbst und die Deputierten verabsäumte der Senat auch nicht: 30 000 Frank bezog jeder Senator, 2500 monatlich jedes Mitglied des gesetzgebenden Körpers während der Dauer der Sessionen. Um diesen Preis konnte man sich in den Kreisen, welche sich dieser wohlbezahlten Knechtschaft entgegendrängten, auch die weiteren Beschränkungen des kümmerlichen Budgetrechts gefallen lassen, — wonach künftighin nur der Kredit für jedes der Ministerien votiert und dem Kaiser überlassen wurde, in Gemeinschaft mit dem Staatsrat die Summe nach den verschiedenen Kapiteln im einzelnen zu verteilen. Einer der eifrigsten Diener der neuen Gewalt, Troplong, verschwendete viele Worte gegen die „ohnmächtigen Vorurteile“, die „Vorsicht des Übelwollens“, mit welchen man eine Gewalt nicht binden dürfe, der die Nation ein Vertrauen ohne Beispiel entgegengetragen habe. Außerdem ward die Öffentlichkeit der Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers auf das knappste Maß beschränkt, es durfte kein Verhältnis zwischen dieser Körperschaft und der Masse des Volkes bestehen. Die Rednerbühne ward abgeschafft, die Redner sprachen von ihrem Platze aus; auch die Zuhörerräume wurden beschränkt, und die Langeweile, die dort zu holen war, beschränkte bald auch die Zuhörerzahl; ein offizieller Rechenschaftsbericht wird am Ende jeder Sitzung unter den Augen des vom Kaiser ernannten Präsidenten der Kammer von dem Bureau redigiert, damit diese Berichte „mehr Unparteilichkeit erhalten“, und nur diesen Bericht, keinen andern dürfen die Journale bringen: „Denn“, so sagte der Kaiser in der Thronrede, mit welcher er im Jahre 1853 die Session eröffnete, „die Freiheit hat niemals dazu beigetragen, ein dauerhaftes politisches Gebäude zu gründen, sie krönt es nur, wenn die Zeit es konsolidiert hat.“

So hatten die Sitzungen dieser verächtlichen Körperschaft, in welcher neben dem Schwarme der Regierungskandidaten nur einzelne unabhängige Geister, wie Herr von Montalembert, ein strenger Katholik, aber dabei ein Mann von Beredsamkeit und Charakter, Platz zu nehmen sich überwinden konnten, in den ersten Jahren fast nur insofern ein Interesse, als der Kaiser Gelegenheit nahm, allemal bei Eröffnung der Session eine Rede zu halten, welche der Telegraph sofort nach den vier Winden trug, und deren Worte wie Orakelsprüche den Zeitungen den

Stoff gaben, in zahllosen Artikeln zu untersuchen, was er gesagt und was er verschwiegen, was er mit seinem Schweigen habe sagen und was er mit seinem Sagen habe verschweigen wollen. Die Eröffnungsrede vom 2. März 1854 beschäftigte sich mit den Mitteln, der Not infolge der Mißernte von 1853 zu steuern: und sie kündigte zugleich den Krieg zu Gunsten der Unabhängigkeit der Türkei an, den er in männlicher und würdiger Sprache der Nation als eine Notwendigkeit darlegte. Das Corps législatif schloß sich denn auch den „edelmütigen Ideen" des Kaisers an: die Gesetze, welche eine Anleihe von 250 Millionen und die Erhöhung des zuvor herabgesetzten Heereskontingents regulierten, wurden ohne Zögern votiert. Nicht minder ruhig wickelten sich die übrigen Geschäfte ab. Die Aufmerksamkeit war vorwiegend auf den auswärtigen Krieg gerichtet, der dem Kaiser willkommen war, weil er die Gedanken von den inneren Zuständen ablenkte und dem Hunger dieses Volkes nach kriegerischen Lorbeeren Nahrung gab, so dürftig diese Lorbeeren auch anfangs sprießten. Die Armee war ein glänzendes Spielzeug, an welchem die Nation ihr Ergötzen fand, und da sich die besitzenden Klassen von der Dienstpflicht freikauften, so nahm man sich in diesen Kreisen, welche die öffentliche Stimmung beherrschten, die Verluste nicht sehr zu Herzen: der Krieg lieferte Stoff für das Tagesgespräch und Schaustücke für das tägliche Unterhaltungsbedürfnis. Der Besuch des Kaisers in England vom April 1855 wurde im August von der Königin Viktoria erwidert, welche nicht verfehlte, das Grab Napoleons I. im Invalidendome zu besuchen; im November sah man dann den König Viktor Emanuel mit seinem Minister Cavour in Paris und am 29. Dezember den Triumpheinzug der von der Krim heimgekehrten Truppen. „Ich trete vor Euch, wie einst der Senat von Rom vor seine siegreichen Legionen", sagte der Kaiser, „und komme Euch zu sagen, daß Ihr Euch um das Vaterland wohlverdient gemacht habt;" dem General Canrobert gestattete er die Ehre, diesen Triumphzug zu führen: „Setzen Sie sich an die Spitze dieser Armee, die Sie Frankreich erhalten haben," während der neue Marschall von Frankreich, Pélissier, nach Napoleonischer Tradition den Titel eines Herzogs von Malakow erhielt. Die französische Armee hatte sich in diesem Kriege unter den vier oder fünf rivalisierenden als die bestverwaltete und bestorganisierte gezeigt, was freilich nicht allzuviel sagen wollte, und außerdem schenkte das französische Publikum sehr bereitwillig Glauben, wenn man ihm irgend einen wenn auch noch so mäßigen Erfolg als eine bestaunenswürdige Heldenthat pries. Insbesondere die Stadt Paris war in guter Laune und hatte Ursache, so zu sein. Am 15. Mai desselben Jahres (1855), während die Armee in weiter Ferne den Ruhm des französischen Namens aufrecht

hielt, wurde zu Paris die zweite der großen Weltindustrieausstellungen eröffnet, welche den ganzen Sommer hindurch eine Menge höchster, hoher und gewöhnlicher Besucher nach Paris lockte. Sie zeigte die heimische Industrie im vorteilhaftesten Lichte, und, indem sie der Eitelkeit schmeichelte, gab sie zugleich dem Unternehmungsgeiste neue Antriebe; und als nun im Februar des folgenden Jahres (1856) hier in ihrer Stadt der Friedenskongreß zusammentrat, da zweifelte die Masse nicht länger, daß Paris in der That das Centrum des Universums sei, und daß Frankreich jetzt wieder von einem überlegenen Genius regiert werde, der es verstanden habe, der Nation ihre hervorragende Stellung in Europa, ihr Prestige, zurückzugeben. Noch war der Kongreß versammelt, als die Geburt eines Thronerben diese glückliche Anfangsepoche des Kaiserreichs krönte (16. März). Es konnte mit dem neuen „Kinde Frankreichs", wie der Kaiser mit dem altherkömmlichen Namen den eben geborenen Knaben nannte, nicht fehlen, da der Papst demselben schon eine Stunde später telegraphisch seinen Segen schickte; der russische Bevollmächtigte am Kongreß, Graf Orlow, lief allen seinen Kollegen den Rang ab, indem er schon am frühen Morgen in großer Uniform in den Tuilerien erschien, um seinen Glückwunsch darzubringen. Er war der erste einer langen Reihe; es war ein richtiges Gefühl, welches dem Kaiser in seiner Antwort an „die großen Staatskörper", den Senat und das Corps législatif, die ernsten und wohlgewählten Worte eingab, „daß er trotz der einstimmigen Glücksrufe sich nicht enthalten könne, an die Geschicke derer zu denken, welche an demselben Orte und unter ähnlichen Umständen geboren worden seien." Wenige Tage später überbrachten ihm die Kongreßbevollmächtigten den vollzogenen Friedensvertrag: er konnte sich in der That in diesen Tagen als der erste Mann in Europa erscheinen.

Neben der überragenden Stellung dieses einen Mannes fand die gesetzgeberische Thätigkeit der Kammern, welche nur als Staffage bei solchen großen Schaustellungen etwas zu bedeuten schienen, nur geringe Beachtung, und sie bemühten sich redlich, diese geringe Beachtung zu verdienen.

Ein Rekrutierungsgesetz ließ das System der Stellvertretung unverändert, nur daß denen, die nach 7jährigem Dienste ein neues Engagement annahmen, große Vorteile in Aussicht gestellt wurden: wodurch im Heere mehr noch als bisher der Handwerksgeist, das Prätorianertum genährt ward (1855). Nicht besser war das Municipalgesetz vom gleichen Jahre. Der Maire und seine Adjunkten werden in den Gemeinden, welche mehr als 3000 Seelen zählen, vom Kaiser, in den anderen vom Präfekten ernannt; sie brauchen nicht aus dem durch das allgemeine Stimmrecht gewählten Municipalrat genommen

zu werden; sie werden auf fünf Jahre bestellt, ein Befehl des Präfekten kann sie suspendieren, ein kaiserliches Dekret absetzen; und einigen Heißspornen des Servilismus war selbst dieses Gesetz noch zu freisinnig, sie hätten gern auch noch den Bürgern das Recht, ihren Municipalrat zu wählen, gestrichen. Der alte parlamentarische Geist Frankreichs, durch welchen dieses Land in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts eine so bedeutungsvolle Wirkung auf das europäische Leben geübt hatte, gab nur in langen Zwischenräumen noch schwache Lebenszeichen von sich.

Es kann nicht fehlen, daß, wo der Ehrgeiz des freien Mannes, seinem Lande im Lichte der Öffentlichkeit mit Rat und That zu dienen und seinen Lohn in seinem Gewissen, in der Achtung seiner Mitbürger, in dem Siege und Erfolge des Guten oder wenigstens in seiner Vorbereitung durch das freie Wort in Parlament, Presse und Versammlungen zu suchen, keine Stätte mehr findet, die niedrigen Leidenschaften in den Menschen die Oberhand gewinnen. Wie im cäsarischen Rom strebte man nach Reichtum, nicht weil der Besitz Unabhängigkeit zu verleihen hilft und dem ehrenhaften Manne die Mittel giebt, öffentliche Not an seinem Teile zu lindern, tüchtiges Streben und fleißige Arbeit zu fördern, sondern nur, um in niederträchtigem Luxus den Reichtum prahlerisch zur Schau zu stellen; statt nach wahrer Ehre zu streben, welche allen Flitter verachtet, jagte man ihrem Scheinbilde, einem leeren Titel, einem Bande der Ehrenlegion nach, das zu keiner Zeit mehr vergeudet wurde als damals. Immer mehr wurden in diesen Strudel hineingezogen, und auch unter den erwerbsamen Klassen dieses fleißigen und geschickten Volkes verbreitete sich die böse Sitte weit, nur so lange zu arbeiten und zu darben, bis man genug hatte, um den Rest des Lebens im Müßiggang zu verbringen. Die Sucht aber, auf leichtem und schnellem Wege durch Börsenspekulation sich zu bereichern, wurde so allgemein und so zügellos, daß der Kaiser selbst gelegentlich den Moralischen spielte und dem Dichter Ponsard z. B., der diese Spekulationswut zum Gegenstand eines Dramas „Die Börse" gemacht hatte (1856), seinen Beifall in einem für das große Publikum bestimmten Briefe aussprach: wie natürlich ebenso erfolglos als einst die Augusteischen Ehegesetze und ähnliches im alten Rom gewesen waren. Auf dieselbe Weise wie im kaiserlichen Rom mußte man auch darauf bedacht sein, der Menge, namentlich in Paris, Beschäftigung zu geben, da die Lebensmittelpreise fortwährend sich steigerten. Das richtige Werkzeug hierfür fand der Kaiser in dem Präfekten Haußmann, den er aus dem Dunkel einer Unterpräfektur gezogen und, obgleich die Bigotterie der Kaiserin sich daran stieß, daß derselbe Protestant war, im Juli 1854 zum Präfekten des Seinedepartements machte. Mit

rücksichtsloser Energie ließ dieser echte Repräsentant des neuen Systems nun Straßen einreißen und umbauen und riß und baute in einigen Jahren für die Stadt Paris eine Schuldenlast zusammen, welche in richtigem Verhältnisse stand zu der wachsenden Schuld des Staates. Indes geschah in dieser Richtung auch manches Nützliche, was für die Napoleonische Regierung ein dauerndes Denkmal bildet. Im Frühling 1856 verwüstete eine ungeheure Überschwemmung die Departements der Rhone, der Saone und des Allier; sie gab dem Kaiser die Gelegenheit, sich als Mann des Volkes zu zeigen, indem er sich alsbald selbst an Ort und Stelle begab und dann in einem Briefe an den Minister der öffentlichen Arbeiten die Mittel angab, wie künftig solchen Verheerungen vorgebeugt werden könne. Die wohlthätige Folge hiervon war die Wiederbewaldung vieler Berghänge der Provence, neben der andere nützliche und großartige Arbeiten, wie die Urbarmachung der großen Heiden zwischen Ocean und Gironde und (später) die Ergänzung und Verbesserung der Vizinalwege in ganz Frankreich sowie der Ausbau des Eisenbahnsystems, zu nennen sind. Die Geburt des kaiserlichen Prinzen gab Gelegenheit zu allerlei Festen und Mummereien; der Kaiser und die Kaiserin übernahmen nach altmonarchischer Tradition Patenstelle bei den sämtlichen 4000 Kindern, die am gleichen Tage mit dem Prinzen in Frankreich geboren waren, und ließen das Konfekt des Taufschmauses, bei dem nicht weniger als 86 Bischöfe und andere hohe Geistliche zugegen gewesen, unter die Kinder der Primärschulen von Paris verteilen. Ernsthafter war, daß die Geburt des Prinzen ein Regentschaftsgesetz notwendig machte. Das Gesetz wurde dem Senate vorgelegt, der nur zu prüfen hatte, ob es der Verfassung entspreche, — der aber diese Gelegenheit zu benutzen Miene machte, um eine Meinung über das Wesen des Gesetzes selbst auszusprechen: eine Note im Moniteur erinnerte ihn daran, daß er keine Pairskammer sei. Er hatte eine vortreffliche Gelegenheit, seine üble Laune zu zeigen, als ein Gesetz, betreffend eine Steuer auf Pferde und Wagen, aus dem Bureau des Corps législatif ihm zukam: die ehrwürdige Körperschaft fand eine solche Steuer den großen Prinzipien von 1789 zuwider, welche Artikel I der Konstitution sanktioniere. Das Regentschaftsgesetz bestimmte, daß, im Falle der Thronfolger minorenn, unter 18 Jahren, sei und den Thron besteige, ohne daß der Kaiser vorher über die Regentschaft befunden habe, die Kaiserin-Mutter die Regentschaft führen solle; wenn dies nicht möglich, der erste Prinz des Hauses und so weiter nach der Erbordnung. Bei dem Artikel, welcher von dem durch die Regentin zu leistenden Eide handelte, erhob sich bei der Verhandlung im Senate die Frage, ob auch das Konkordat in den Eid aufzunehmen sei, was mit geringer Mehrheit verworfen wurde, „weil man

der Kaiserin kein ungerechtes Mißtrauen zeigen wolle"; ein abgeschmackter Grund bei einem organischen Gesetze, der aber diese Gesetzgebung und diese Gesetzgeber kennzeichnet, vielleicht auch das Land, in welchem man für keine lange Zukunft bauen konnte.

Der Mann, der an der Spitze dieser nur für den Augenblick rechnenden Ordnung der Dinge stand, hatte übrigens eine genaue Kenntnis der offenen und geheimen Kräfte, welche den früheren Regierungen verderblich geworden waren, und er wußte, daß, wenn man einmal Freiheiten unterdrückt, man die Arbeit ganz thun muß, sofern man es kann. Neben der Presse und dem Parlamentarismus war es vor allem das Vereinsrecht, dem man zu Leibe ging. Unmittelbar nach dem Staatsstreiche wurde mit roher Soldatenfaust eine ganze Menge von Vereinen, namentlich von Arbeiter- und Handwerkervereinen, zerstört, unter diesen viele harmlose und sehr viele in hohem Grade nützliche, in denen Arbeiter und Handwerker zu gemeinsamem Betrieb eines Geschäfts, etwa Aufbewahrung und Nutzbarmachung ihrer Ersparnisse, zusammengetreten waren. Diese Unterdrückungen gehörten zu den Einschüchterungsmitteln, wie die Einkerkerungen und die Deportationen, deren Opfer sich nicht genau ermitteln lassen. Es genügte da und dort einem der untergeordneten Diener der neuen Gewalt, zu wissen, daß ein Verdächtiger etwa eine Büste Ledru-Rollins in seinem Zimmer hatte, um ihn zu verderben; 3747 Familienväter giebt ein Geschichtschreiber (Taxile Delord) als nach Algier deportiert an: man begreift es, wenn man sich erinnert, daß während der Diktatur die gemischten Kommissionen, bestehend aus dem Präfekten des Departements, dem Prokureur-General und dem Kommandanten der betreffenden Militärdivision jeden beliebigen entweder vor das Kriegsgericht stellen oder die Transportation nach Algier oder Cayenne, die Ausweisung, die zeitweise Entfernung, die Stellung unter Polizeiaufsicht u. s. w. anordnen konnten. Und diese Maßregeln der Gewalt wurden mit all der Brutalität ausgeführt, welche das Bewußtsein einer unreinen Sache in ihren Werkzeugen aufzuregen pflegt. Indes diese Schreckenstage, die Zeiten der absoluten Willkür gingen vorüber; für den Augenblick war die Einschüchterung gelungen; aber der Geist des Republikanismus, den man mehr als jede andere Partei fürchtete, war damit nicht getötet, und man waffnete sich gegen jedes Lebenszeichen, das er geben mochte. Wo etwa ein namhafterer Mann der Partei starb, wie im Winter 1853 Armand Marrast, in dessen Angesicht einst Louis Napoleon seinen Eid auf die Verfassung abgelegt hatte, oder im folgenden Jahre Lamennais, welcher aus dem ultramontanen Lager in das freisinnige übergetreten war, da war die Polizei bei der Hand, um jede Demonstration, oder was eine solche werden konnte, sofort zu ersticken.

Zunächst hatten die Flüchtlinge der republikanischen Partei, welche sich nach England gerettet hatten, den Kampf gegen die neue Gewalt mit Protesten und Flugschriften aufgenommen, denen Victor Hugo, dessen Poesie endlich im Radikalismus ihre Muse gefunden hatte, und der seinen Sitz auf einer der Inseln an der französischen Küste, aber englischen Gebietes, Jersey, aufschlug, seine großwortige Beredsamkeit zur Verfügung stellte. Dann aber gaben sie sich alsbald ans Werk, die brotlose Kunst der Verschwörungen wieder aufzunehmen, für welche sich mehrere Komitees bildeten, wie die revolutionäre Gemeinde (la commune revolutionnaire) in London, bei welcher Felix Pyat eine Hauptrolle spielte. Die Polizei kam solchen Komplotten auf die Spur, erfand deren auch wohl, wo es ihr paßte, oder setzte, um den Ängstlichen die Notwendigkeit einer starken Regierung einleuchtend zu machen, Gerüchte von solchen in Umlauf. Gerichtliche Verhandlungen mied man, weil die Verteidiger Angeklagter leicht ihre unangreifbare Stellung benutzten, um ihrem Groll gegen die bestehende Ordnung freien Lauf zu lassen. Indes hatte der neue Despotismus in den radikalen Republikanern fanatische Gegner, denen es auf Gewaltmittel ebensowenig ankam, als dem Cäsarismus: und so fehlten denn auch die Attentate nicht, an die man seit 1830 gewissermaßen gewöhnt war. Die wachsamste Polizei konnte die Gefahren nicht ganz abwenden, so am 29. April 1855, wo ein ehemaliger Freiwilliger Garibaldis, Pianori, einen Pistolenschuß auf den Kaiser abfeuerte, um die Römische Republik an ihrem Vernichter zu rächen. Er ward zum Tode der Vatermörder verurteilt; mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ bestieg er am 14. Mai das Schafott. In demselben Jahre wurde die Aufmerksamkeit der Polizei auf eine geheime Gesellschaft gelenkt, welche sich unter dem Namen La Marianne verzweigte und furchtbar machte. Mit dem geheimnisvollen Namen bezeichneten die Verschworenen, die namentlich im Süden Frankreichs zahlreich waren, die Republik, und ein Haufe dieser Leute machte in der Nacht vom 26. auf den 27. August den unsinnigen Versuch, sich der Stadt Angers zu bemächtigen. Unaufhörlich erneuerten sich die Gerüchte von beabsichtigten Mordversuchen gegen den Kaiser, zu dessen Schutze außer der gewöhnlichen und der geheimen Polizei noch eine besondere geheimste Schar von Corsen aufgeboten wurde, bei denen die Anhänglichkeit an das Haus, das ihre dunkle Insel zum erstenmal in der Welt berühmt gemacht hatte, eine Art von Religion bildete. Die Marianne gab Anlaß zu immer neuen Verhaftungen, und bei einer dieser Affairen wurde auch, auf sehr wenig bündige Beweise hin, Ledru-Rollin abwesend zur Deportation verurteilt. Man erreichte mit diesen Maßregeln, daß sich die republikanische Partei eine Zeitlang von den Wahlen fern hielt. Nur die

Studenten, „der Löwe vom Quartier latin“, wie ein bombastisches Gedicht jener Tage sie nannte, waren nicht zu zähmen und erregten dann und wann einen Skandal, indem sie Professoren, die sich in auffälliger Weise der Gewalt angeschlossen hatten, auspfiffen.

Minder gefährlich als die republikanischen waren die Umtriebe der monarchischen Parteien, weil diese in ihrer Spaltung verharrten und ihre „Fusion“, soviel auch von derselben die Rede war, nicht zu stande brachten. Auch gegen sie schritt man wohl mit Verhaftungen ein, doch wurden diese Feinde glimpflicher behandelt, da sie im großen und ganzen der neuen Ordnung sich fügten und mit der regierenden Partei gegen die Demokratie gemeinsame Sache machten. Auch die Legitimisten brachten es zu einer geheimen Gesellschaft, la ligue fédérale genannt. Aber der royalistische Fanatismus war weniger glühend und fatalistisch als der republikanische. Eine Anzahl Abtrünniger oder Halbabtrünniger aus ihrer Mitte machte ihren Frieden mit dem Kaisertum, andere schmollten auf ihren Schlössern oder im Jockey-Klub: erst später sollte sich zeigen, daß die Partei noch Leben in sich hatte. Vorläufig fehlte ihr namentlich ein ebenso wirksamer, als wenig zuverlässiger Verbündeter, der katholische Klerus, der, unter allen Wechseln unwandelbar nur auf den eigenen Vorteil, den der Kirche, gerichtet, sich auch diesmal in die Zeit zu schicken wußte und seine Rechnung augenblicklich besser dabei fand, dem Kaiser und seiner spanischen Gemahlin zu schmeicheln: die Legitimisten und ihr König, das alte Frankreich, war ihnen, wenn denselben wiederzukehren bestimmt war, ohnehin sicher genug. Noch weniger waren für den Augenblick die Orleanisten zu fürchten, obgleich sie verhältnismäßig die meisten Talente in ihrer Mitte zählten: es waren die Männer der Wissenschaft, die Männer der parlamentarischen Rede und der parlamentarischen Intrigue, von der jetzt wenig die Frage war. Im Stiche gelassen von ihrer Partei, der Bourgeoisie, welche auf der einen Seite die Republik, auf der andern die kaiserliche Polizei fürchtete, hatten sie für den Augenblick nichts zu hoffen. Über die Fusion mit der älteren Linie war man in diesen Kreisen und unter den Prinzen des Hauses selbst geteilter Ansicht. Die Leiter der Partei wie Thiers, Rémusat, Lasteyrie waren dagegen; die unermüdlich wiederholten Versuche endeten in nichts, und es ist nicht der Mühe wert, davon zu sprechen. Es war in Ermangelung ernsthafterer Themate eine große Staatsfrage in diesen Kreisen, wenn man etwa glücklich dahin gelangt war, daß einer der orleanistischen Prinzen an den Grafen von Chambord schreiben sollte oder wollte oder vielleicht werde, ob er alsdann den Brief mit Sire oder mit Monsieur le comte oder mit mon cousin beginnen solle.

Während in den Nachbarländern die Presse trotz aller reaktionären Maßregelungen sich zu einem sehr wichtigen und mächtigen Faktor des öffentlichen Lebens entwickelte, ward sie hier ganz geknickt. Sie war völlig unter die Willkür der Verwaltung gestellt: nach zwei Verwarnungen konnte jedes Journal durch einfachen Ministerialbefehl auf zwei Monate suspendiert werden. Man ließ allerdings, um den Schein einer freien Diskussion zu wahren, jeder der verschiedenen Parteien ein Organ, das ja doch nötigen Falles durch einen kaiserlichen Specialbefehl ohne viel Schwierigkeit unterdrückt werden konnte. Aber diese Blätter lebten vom Tag zum Tage von der Gnade der Verwaltung, und man bekriegte sie auch durch das Mittel der Konkurrenz, indem die Spekulanten der bonapartistischen Partei ihr Geld in großen Zeitungsunternehmungen anlegten und wie in Häusern oder Landgütern oder Eisenbahnen in Journalen Geschäfte machten, wobei sie ja gegen alle anderen Parteien im Vorteil waren: die Zahl der vagen und trügerischen Zeitbegriffe ward dadurch um einen neuen, den der offiziösen Blätter, Artikel, Mitteilungen neben den offiziellen vermehrt. Das Mittel der Verwarnungen ward den unabhängigen Journalen gegenüber fleißig angewendet. Herr von Persigny erteilte, während er Minister des Innern war, vom Juni 1853 bis Juni 1854 deren nicht weniger als 32. Das eine Journal ward verwarnt, weil es gewisse industrielle Unternehmungen preise und andere herabsetze; ein anderes, weil es die Brottaxe und die Bäckereikasse, kaiserliche Schöpfungen von zweifelhaftem Werte, getadelt hatte; wieder ein anderes „wegen seiner allgemeinen Tendenzen, gegen welche die religiösen und gerichtlichen Autoritäten wiederholt lebhaft reklamiert hätten"; ein viertes, weil es einen Artikel „der im Gegensatz zu dem nationalen Gefühle stehe" gebracht habe. Persignys Nachfolger Billault brachte es auf 571 solcher Verwarnungen, und die Gründe wurden nicht besser: da hatte man im Feuilleton eines Journals Stellen entdeckt, welche für den Papst beleidigend seien; ein anderes Blatt gab sich einer systematischen polémique alarmante hin; ein drittes berichtete, daß nach der Agence Havas die Thronrede des Kaisers wiederholt den Ruf: „Es lebe der Kaiser, die Kaiserin, der kaiserliche Prinz!" hervorgerufen habe — die kaiserliche Verwaltung verstand auch die feinen und vorsichtigen Bosheiten: „Diese dubitative Form ist unschicklich gegenüber dem allgemeinen Enthusiasmus, welchen die Worte des Kaisers hervorgerufen", und gab eine Verwarnung. Nichts war natürlicher, als daß die Journalistik, der man so die Flügel beschnitt, nun am Boden kroch oder im Schmutze wühlte oder sich vom Skandal nährte. Freien Paß hatte nur die klerikale Presse, deren Hauptblatt das Univers war. Sein Redakteur Louis Veuillot, nach der Reihe

Republikaner, Legitimist, Anhänger der Fusion, war jetzt Bonapartist, und der obskure Schreiber mit der ehernen Stirn und dem Munde voll Lästerung wurde ein Haupt der katholischen Partei, mit welchem edle und bedeutende Männer, wie Montalembert, rechnen mußten, und der sich erlauben durfte, selbst Bischöfe zu hofmeistern.

Der Klerus seinerseits, durch die Revolution und das Konkordat seiner Privilegien und seines selbständigen Besitzes beraubt und jetzt vom Staate salariert, vergaß die alten gallikanischen Grundsätze mehr und mehr und suchte seine Stellung dadurch zu befestigen, daß er sich außerhalb des nationalen Staates zu einer Armee gliederte, die ihre Befehle, unter Verzicht auf jede selbständige Regung, vom Päpstlichen Stuhle empfing. Das allgemeine Stimmrecht hatte ihm selbst und der Welt seine ungeheure Macht enthüllt; er kannte sie so gut als Louis Napoleon, der die Kette, die ihm dadurch angelegt war, wohl fühlte. Das Unterrichtsgesetz vom Jahre 1850 war im Bunde mit dieser mächtigen Partei zu stande gekommen, und während die Regierung die Handwerkervereine unterdrückte, begünstigte sie auf jede Weise die *geistlichen* Vereine. Die Hitzköpfe der Partei, wie jener Veuillot im Univers, trugen kein Bedenken, zu verlangen, daß aus dem höheren Unterricht das, was sie das Heidentum nannten, verbannt, — daß Livius und Horaz durch den heiligen Gregor und den heiligen Thomas ersetzt werden müsse. Es entspann sich daraus ein Streit zwischen dem „Univers" einerseits und dem Erzbischof Sibour von Paris andererseits, der, über den anmaßenden Ton des Blattes empört, seinem Klerus dasselbe zu lesen verbot. Die Sache kam nach Rom: der Papst gab dem nichtswürdigen Pamphletschreiber recht, der den Vorzug hatte, die kirchlichen Interessen in einer witzigen, wirksamen Sprache und mit unerschütterlicher Dreistigkeit zu verteidigen: im April 1853 streckte der Erzbischof die Waffen, indem er sein Verbot zurücknahm.

Indes gab es doch eine Grenze, wo die Freundschaft zwischen dem Kaiser und dem Klerus aufhörte. Als der Pater Lacordaire in der Kirche St.-Roch davon predigte, daß Gott zuweilen Kaiser und Henker zulasse, damit es Heilige und Märtyrer gebe, war dies doch der kaiserlichen Polizei über den Spaß, und der kecke Dominikaner mußte sich zu der Erklärung verstehen, daß seine Rede ungenau stenographiert worden sei. Längere Zeit war davon die Rede, daß der Papst selbst nach Paris kommen werde, um den Kaiser feierlich zu salben und zu krönen, und die Kaiserin, die an der goldenen Tugendrose, welche ihr der Papst geschickt, noch nicht genug hatte, mag dies besonders gewünscht haben. Aber der Preis, wesentliche Änderungen des Konkordates, war zu hoch; der Kaiser wußte gut genug, daß man hier den

Finger bei Zeiten zurückziehen mußte, wenn man nicht um die ganze Hand kommen wollte, und so mußte Paris dieses Schauspiel entbehren.

Im übrigen war diese Zeit auch in Frankreich, wie in Deutschland, durch ein keckes Wiederaufrichten aller alten Idole, durch eine forcierte und heuchlerische Frömmigkeit bezeichnet. In den Hochalpen des Dauphinee, auf dem Berge La Salette, erschien im September 1853 die heilige Jungfrau, eine Coiffure von Zuckerbrot auf dem Kopfe, einigen Hirtenkindern. Die unsäglich abgeschmackte Geschichte wurde mit derselben Ernsthaftigkeit behandelt, wie der gleichzeitige Unsinn des Tischrückens und Geisterklopfens, der in jenem Jahre seinen Triumphzug durch die Welt begann; der Bischof von Grenoble zögerte nicht, besondere Andachten zu Ehren von Notre-Dame de Salette halten zu lassen. Die heilige Jungfrau hatte beim Weggehen den beiden Kindern ein großes Geheimnis vertraut; vielleicht erfuhr die Welt dieses Geheimnis bald darauf in dem Dogma von der unbefleckten Empfängnis der heiligen Jungfrau, welches die Einleitung zu einem umfassenden Feldzuge des Jesuitismus gegen Vernunft und Christentum bildete.

Mit dem Klerus also vertrug sich im allgemeinen der neue Despotismus sehr gut, und dies hat nichts Auffallendes, da beide eine ziemliche Strecke miteinander gehen können, ehe ihre Wege sich scheiden. Nicht so gut gelang es dem Kaiser mit den Männern der Wissenschaft. Es gehört zwar zu den für diese Zeit charakteristischen Erbärmlichkeiten, daß man auf jede „Demonstration", d. h. auf jeden Akt, bei welchem man eine oppositionelle Gesinnung, die sich nicht in gerade Worte mehr fassen ließ, durch allerlei Anspielungen, Andeutungen, Citate und Symbole zu erkennen gab, einen übermäßigen Wert legte, und daß man also auch aus einer an und für sich so unwichtigen Sache, wie die Neuwahl eines Mitgliedes der Académie française und die zierlich oder boshaft zugespitzten Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten zu werden pflegen, eine große Staatsaktion machte: aber da das parlamentarische Leben zu einem bloßen Schein geworden war, so gewannen sehr natürlich die gelegentlichen Kundgebungen dieser verhältnismäßig unabhängigen Körperschaft, in welcher Männer verschiedener Parteien saßen, eine erhöhte Bedeutung. So z. B. als im Jahre 1854 der berühmte legitimistische Advokat und Parteiführer Berryer zu einem der Vierzig gewählt wurde und dann sich weigerte, die übliche Dankvisite für seine Bestätigung durch das Staatsoberhaupt bei diesem zu machen. Durch ein Dekret vom 13. Juli, in welchem mehrere Vorrechte der Akademie unterdrückt wurden, verdarb es der Kaiser mit dieser Körperschaft und den von ihr beherrschten Salons;

wichtiger war, daß man den Mitgliedern der Universität den politischen Eid, den Eid der Treue gegen Kaiser und Verfassung auferlegte und dadurch eine Anzahl ihrer bedeutendsten Mitglieder, wie Guizot und Michelet, zwang, sich zurückzuziehen; auch wurde durch ein gefügiges Werkzeug des Despotismus, den Unterrichtsminister Fortoul, die Organisation des höhern Unterrichtswesens im Sinne des Absolutismus und Klerikalismus umgestaltet. Die Ultramontanen waren durch das Unterrichtsgesetz vom Jahre 1850 nur halb befriedigt. Nach ihrer Ansicht mußte der Unterricht „frei“ sein, d. h. der Staat sollte nichts mit demselben zu thun haben. Der Unterricht war Sache der Kirche — oder wie man auch wohl sagte, der Familie, was in der Praxis auf eines hinauslief, und Fortouls Bericht vom Jahre 1853 eignete sich das Wesentliche dieser Anschauungen an: es galt die „Illusionen und Vorurteile des 18. Jahrhunderts“ aus der höheren Schule auszutreiben. Fortoul starb im Juli 1856, aber das System dauerte fort; auch das Collège de France verlor durch ein kaiserliches Dekret vom 8. Oktober 1857 — es war aus dem Lager von Chalons datiert — seine Selbstverwaltung zu Gunsten eines vom Unterrichtsminister ernannten Administrateurs. Die Folge von alledem war, daß die namhafteren Gelehrten alle dem Gouvernement des Kaisers feindlich wurden, sofern sie es nicht schon vorher waren.

So gingen die Dinge bis zum Jahre 1857 ohne besondere Aufregung und Störung. Dieses Jahr aber begann mit einem furchtbaren Ereignis: der Erzbischof von Paris wurde am 3. Januar durch einen exkommunizierten und offenbar geisteskranken Priester Namens Vergès nach dem Gottesdienste in der Kirche St.-Etienne ermordet. Am 16. Februar begann die Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Nachdem derselbe dem Herzog von Malakow eine Dotation von 100 000 Frank ausgesetzt, das Privilegium der Bank von Frankreich auf 30 Jahre verlängert, dem Präfekten Baron Haußmann, der fortfuhr, Paris niederzureißen und nach Gesichtspunkten der Gesundheit, Bequemlichkeit und rascherer Unterdrückung etwaiger Straßenemeuten wieder aufzubauen, 12 Millionen aus Staatsmitteln votiert, für Ankauf des Hauses auf St.-Helena, in welchem Napoleon I. gestorben, die nötigen Gelder, mit denen man die Konkurrenz des amerikanischen Schwindlers Barnum aus dem Felde schlagen konnte, zur Verfügung gestellt, außerdem die Erhöhung des Jahreskontingents von 80 000 auf 100 000 Rekruten bewilligt hatte, — ward er aufgelöst, und es wurden die Wahlkollegien auf den 24. Juni einberufen.

Billault, der Minister des Innern, hielt das System der offiziellen Kandidaturen aufrecht. Man bezeichnete dem Volke die Kandidaten, welche der Regierung angenehm sein würden, und die Präfekten brauchten

nicht erst eine besondere ministerielle Instruktion, um ihr möglichstes zu thun: sie wußten, daß ihre Stellung, ihre Beförderung, ihre Dekoration davon abhing, ob der Regierungskandidat durchkam oder nicht. Sie entsprachen auch diesmal den Erwartungen. Sie, die Herren Präfekten, instruierten, nur noch etwas handgreiflicher, ihre Herren Maires, wie sie selbst instruiert worden waren, und ihren Anstrengungen kamen die Ermunterungen der Regierungsjournale zu Hilfe, gegen welche die unabhängigen nicht aufkommen konnten. Der Klerus seinerseits machte sich gleichfalls ans Werk: nur daß er sich erlaubte, wo etwa das Gouvernement einen Protestanten als offiziellen Kandidaten aufgestellt hatte, ihm einen ebenso gesinnungstüchtigen katholischen zu substituieren. Die Legitimisten und Orleanisten hielten sich zurück; die Republikaner waren geteilter Meinung, ob man in den Wahlkampf eintreten oder sich enthalten sollte. Ein republikanisches Wahlkomitee zu Paris erklärte sich für das erstere, wie denn überhaupt mehr Leben in den Wahlen war als 1852. Dasselbe stellte eine Kandidatenliste auf, und bei dieser Gelegenheit hörte man zum erstenmale auch den Namen eines jungen Advokaten, der unter der Republik Präfekt von Marseille gewesen und der zu einer verhängisvollen Rolle in der Geschichte seines Landes aufgespart war, Emile Ollivier. Die Regierung stellte sich dieser Agitation nicht in den Weg, da dieselbe bald die Uneinigkeit der Partei an den Tag brachte; doch aber war das Ergebnis, daß die Opposition in Paris, Bordeaux, Lyon und Lille sechs oder sieben Kandidaten durchbrachte. Nur sechs von 267; indes zeigte sich darin ein erstes Wiedererwachen des öffentlichen Geistes, da in den Städten zum Teil ansehnliche Minoritäten den gouvernementalen Mehrheiten gegenüberstanden.

Am 15. Juli jenes Jahres starb der Dichter Béranger. Zu welchen unwürdigen Mitteln der Despotismus greifen mußte, um sich der öffentlichen Kundgebungen zu erwehren, zeigte sich, als der Kaiser die Kosten des Begräbnisses auf seine Civilliste übernahm. „Indem er", wie die den Journalen zur Veröffentlichung zugehende Note sagte, „das Andenken dieses nationalen Dichters ehren wollte, dessen Werke so mächtig beigetragen haben, den Kultus der patriotischen Gesinnung in Frankreich hochzuhalten und den Ruhm des Kaiserreichs zu popularisieren", versuchte er es, wie ein Geschichtschreiber sich ausdrückt, den Ruhm Bérangers für die kaiserliche Sache zu konfiszieren, — für eine Sache, welcher der Dichter ganz fern stand: und so erlebte man, daß unter dem Vorwande, eine Parteikundgebung zu hindern, die Leiche des populärsten und einfachsten der französischen Dichter, welcher von keiner der Regierungen, die sich um seine Gunst und seinen Namen bewarben, weder Geld noch ein Kreuz der Ehrenlegion noch einen Platz in

der Akademie angenommen hatte, zwischen langen Spalieren von Soldaten, die in Massen die Boulevards füllten, zu Grabe getragen wurde. Gegen Ende desselben Jahres starb General Cavaignac auf seinem Landsitze im Sarthedepartement. Die Witwe reiste sofort mit dem Sarge nach Paris, wo dieser große Bürger, einer der wenigen reinen Charaktere dieser durch die unaufhörlichen Wechsel der Gewalt korrumpierten Generation, auf dem Kirchhof Montmartre beigesetzt wurde; eine Leichenrede durfte nicht gehalten werden. Die Zeiten ließen sich ruhig an. Im August machte das kaiserliche Paar einen Besuch bei der Königin von England in Osborne, im September traf der Kaiser allein mit dem Zaren Alexander II. von Rußland am Hofe des greisen Königs Wilhelm von Württemberg zu Stuttgart zusammen. Beide waren von ihren Ministern des Auswärtigen, Walewski und Gortschakow, begleitet. Man hat vermutet, daß Österreich das Opfer der dortigen Unterredungen gewesen sei; im übrigen war die Aufmerksamkeit der Bevölkerung mehr auf den französischen Kaiser, der damals auf der Höhe seiner Macht und des allgemeinen Interesses stand, als auf die männlich schöne und ritterliche Gestalt des russischen Kaisers gerichtet, und Napoleon verstand es gut, wonach dem deutschen Spießbürger der Sinn stand, indem er seine Cigarre rauchend auf dem Platze, welchen die Flügel des Residenzschlosses einschließen, promenierte und so der gaffenden Neugier Genüge that.

Im November wurde das neue Corps législatif zusammengerufen, um sich zu konstituieren. Von den sieben Oppositionsmitgliedern war einer, Cavaignac, gestorben; drei, Curé, Darimon und Emile Ollivier, leisteten den vorgeschriebenen Eid; drei, Carnot, Goudchaux und Henon, verweigerten ihn. Alsdann wurde die Versammlung auf den 18. Januar 1858 vertagt.

In seiner Erwiderung auf die Neujahrsglückwünsche des diplomatischen Corps sprach der Kaiser die zuversichtliche Hoffnung auf ein ruhiges Jahr aus. Schon am 14. Januar aber wurde diese Ruhe durch ein furchtbares Ereignis unterbrochen. Der Kaiser und die Kaiserin wurden am Abend dieses Tages bei der Vorstellung in der großen Oper erwartet; die Menge und die Polizei sammelte sich wie gewöhnlich in großer Zahl am Eingang. Der kaiserliche Wagen erschien am Ende der Straße Le Pelletier: da hörte man plötzlich den dumpfen Knall einer Explosion, unmittelbar darauf einen zweiten und einen dritten. Die Gasflammen in der unmittelbaren Nähe erloschen; als man sie wieder angezündet, sah man eine schreckliche Verheerung: 141 Personen, zählte man nachher, waren von den Splittern der Bomben, welche den Knall verursacht, getötet oder verwundet, der Kaiser, dem die neue Höllenmaschine gegolten, durch einen Glassplitter des zer-

trümmerten Wagenfensters leicht verletzt, ungeachtet eine der Bomben unter seinem Wagen geplatzt war, die Kaiserin unversehrt. Der Urheber der schrecklichen That, welche das eine Leben, dem der Angriff galt, nicht traf und anderthalb Hundert Unschuldige opferte, befand sich unter den Verwundeten, die im Saale einer nahe gelegenen Restauration ihre erste Pflege erhielten. Es war einer der fahrenden Ritter und fanatischen Krieger der Revolution, der Romagnole Orsini, der lange von Kerker zu Kerker gewandert, mehr als einmal den Tod auf dem Schafott vor sich gesehen hatte: durch Pius' IX. Amnestie frei geworden, nachher Mitglied der römischen Konstituante, hatte er, ein unermüdlicher Verschwörer in Mazzinis Diensten in London, wo er seit 1855 sich aufhielt, den Plan ausgebrütet, die gescheiterte Einigung und Befreiung Italiens an dem, welchen er für ihren Vernichter hielt, zu rächen. Die Polizei war dem Komplott auf der Spur gewesen, kurz vor der Ausführung war einer der Verschworenen verhaftet worden; jetzt erst, nachdem das Unheil geschehen, wurde man der übrigen habhaft. Der Prozeß erregte ein ganz ungewöhnliches Aufsehen durch die interessante, fast gewinnende Erscheinung des Hauptverklagten Orsini, dessen Verteidigung in sehr würdiger und taktvoller Weise Jules Favre führte. Im Verlauf seiner Verteidigungsrede sprach dieser ein wahres und prophetisches Wort: „Nicht der Stahl des Mörders ist es, welcher die Kette bricht — Regierungen fallen durch ihre eigenen Fehler, und Gott, welcher ihre Stunden zählt, weiß denen, die seine Gesetze verkennen, einen unvorhergesehenen und weit schrecklicheren Sturz zu bereiten, als die Höllenmaschine eines Verschwörers.“ Am 13. März wurde Orsini und sein Genosse Pieri zum Tode geführt; der erstere imponierte bis zum letzten Augenblicke durch seine entschlossene Ruhe und vollkommene Fassung. In einem Briefe an den Kaiser aber, der vom 9. März aus dem Gefängnis La Roquette datiert war, sprach er selbst ein verdammendes Urteil über seine Geistesverwirrung (fatale aberration de l'esprit) aus und legte dem Erben Napoleons I. die Sache, welche ihn zu seinem Verbrechen verleitet, die Sache der Unabhängigkeit Italiens ans Herz. Es geschah mit Napoleons Erlaubnis, daß dieser Brief in der Gerichtssitzung von dem Verteidiger vorgelesen wurde.

Das Attentat Orsinis war, wie man mit Recht hervorhob, kein „französisches Verbrechen“. Gleichwohl wurde dasselbe nunmehr an der gesamten französischen Nation gestraft und über dieselbe eine Tyrannei verhängt, welche mehr noch, als was am 3. Dezember und den ihm folgenden Tagen geschah, dem Namen Napoleons einen Fluch anheftete, und deren Gedächtnis schwer auf der Nation selbst lastet, in

welcher die siegreiche Hälfte die besiegte grausamer mißhandelte, als fremde Eroberer fremde Unterworfene zu behandeln pflegen.

Die erste Wut des erschreckten Despoten und seiner Partei richtete sich gegen England, das die Mörder in seinem Schoße gehegt und ihnen die Waffen geliefert habe. Die Präsidenten der großen Staatskörper, denen zahlreiche Adressen von überallher folgten, beklagten sich heftig über die Gastfreundschaft, die man in gewissen Ländern den Urhebern frevelhafter Anschläge gewähre; eine Anzahl höherer Offiziere verlangte in einer Adresse, welche in den maßlosesten Ausdrücken sich erging, daß der Kaiser sie gegen diese Mörderherberge führe, und der Minister des Auswärtigen, Walewski, richtete eine drohende Depesche an den französischen Gesandten in London, Persigny, in welcher von der englischen Regierung eine Garantie der Sicherheit gegen die Wiederholung solcher Frevel gefordert wurde. Man verdammte in England das Attentat nicht weniger als anderswo; nicht durch solche Mittel war dort die Freiheit gegründet worden; aber man wußte auch, was man der eigenen Nationalwürde schuldig war, und zwar wußte es diesmal die Nation besser, als der Minister, dem man sonst eine übertriebene Empfindlichkeit in dieser Beziehung nachsagte. Lord Palmerston brachte eine Bill ein, welche die englische Gesetzgebung gegen Mordverschwörer schärfte. Mit 299 gegen 99 Stimmen wurde die erste Lesung erledigt, aber vor der zweiten brachte einer der unabhängigen Liberalen, Milner Gibson, eine bedeutungsvolle Resolution ein, welche den Abscheu der britischen Nation gegen solche Verbrechen und die Bereitwilligkeit, nachgewiesene Mängel der Gesetzgebung zu verbessern, aussprach: „Das Haus der Gemeinen mißbilligt jedoch, daß die Regierung geglaubt hat, eine Aufforderung zur Gesetzesabänderung an das Haus zu bringen, bevor sie die Depesche der französischen Regierung vom 20. Januar 1858 beantworten wollte“. Mit 234 gegen 215 Stimmen wurde die Bill nun in ihrer ursprünglichen Fassung verworfen, und das Ministerium Palmerston nahm seine Entlassung.

Der Despotismus, hier abgewiesen, richtete sich nun mit verdoppelter Wut gegen die besiegten Parteien des eigenen Landes. Unmittelbar nach dem Attentat wurden einige Journale unterdrückt, ganz Frankreich in 5 große Militärbezirke geteilt, an deren Spitze je ein Marschall, mit dem Sitze zu Paris, Nancy, Lyon, Toulouse und Tours, gestellt war, und da das Attentat die Aufmerksamkeit auf eine Unbestimmtheit im Regentschaftsgesetz gelenkt hatte, so wurde die Kaiserin ausdrücklich für unvorhergesehene Fälle als Regentin bezeichnet und ein Regentschaftsrat bestimmt. Am 18. Januar trat der gesetzgebende Körper zusammen. „Die Gefahr ist heute nicht“, sagte der Kaiser in seiner Thronrede, „in den excessiven Prärogativen der Gewalt, son-

dern sie liegt in dem Mangel an Repressivgesetzen": und diese Worte fanden ihre Auslegung in einem Sicherheitsgesetz, welches der Kammer alsbald vorgelegt wurde, sowie in der Ernennung eines gewaltthätigen Soldaten, des Generals Espinasse, zum Minister des Innern an Billaults Stelle. Das schreckliche Gesetz, das in der Geschichte der Gewaltherrschaften aller Zeiten wenige seinesgleichen findet, setzte in seinem zweiten Artikel Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu zwei Jahren und Geldstrafen von 100 bis 2000 Frank für alle Individuen fest, welche zum Zwecke, den öffentlichen Frieden zu stören oder Haß und Verachtung gegen die Regierung des Kaisers zu erregen, im Inland oder Ausland gewühlt oder Einverständnisse unterhalten haben (a pratiqué des manoeuvres ou entretenu des intelligences); jeder kraft dieses und einiger entsprechenden Artikel Verurteilte konnte um der allgemeinen Sicherheit willen („par mesure de sureté générale") in Frankreich oder Algier interniert oder aus dem französischen Territorium vertrieben werden; ebenso jeder, der bei Gelegenheit der Ereignisse vom Juni 1848, Juni 1849 oder Dezember 1851 verurteilt, interniert, ausgewiesen oder transportiert worden war, „wenn ihn ernsthafte Thatsachen (des faits graves) aufs neue als gefährlich für die öffentliche Sicherheit erscheinen lassen". Um diese Sicherheitsmaßregeln zu verhängen, genügte, daß das betreffende Individuum dem Minister des Innern durch den Präfekten des Departements, den dort kommandierenden General und den Generalprokurator bezeichnet wurde.

Dieses haarsträubende Gesetz, durch welches man das Kind im Mutterleibe treffen konnte, wurde am 18. Februar 1858 im gesetzgebenden Körper mit 217 gegen 24 Stimmen angenommen. Die Elenden, welche es votiert, wagten nicht mehr, unter den Augen des Präsidenten mit den drei republikanischen Deputierten der Kammer zu sprechen; auch der knechtische Senat fand es ganz konform den Prinzipien von 1789, über die er zu wachen hatte; unter den wenigen, welche dagegen zu stimmen noch Ehrgefühl genug besaßen, verdient der General Mac Mahon Erwähnung. Ein kaiserliches Dekret vom 27. erklärte es für exekutorisch im ganzen Umfange des Französischen Kaiserreichs; die Ausführung ward dem neuen Minister des Innern und der allgemeinen Sicherheit vertraut, der als Werkzeug des Staatsstreiches das Glück gemacht hatte, das seine militärischen Leistungen in Afrika ihm schuldig geblieben waren, und der nun mit derselben Stirn von Erz, mit welcher er ein Ministerium übernahm, für welches ihm selbst die ersten Kenntnisse abgingen, sich an die Ausführung dieses Gesetzes machte. Er ließ sämtliche Präfekten nach Paris kommen und sagte jedem in besonderer Audienz, wie viele Verhaftete er haben müsse. Es

war eine förmliche Proskription: ein aufrührerisches Schweigen („un silence séditieux“), wie einer der feilen Schergen dieser neuen Schreckensregierung, Troplong, sich ausdrückte, zuweilen auch eine einträgliche Stelle, die man für einen Anhänger der Regierung frei machen wollte, genügte, um Familienväter ohne weiteres aus der Mitte der Ihrigen herauszureißen und ohne etwas anderes, als was sie auf dem Leibe trugen, unter den Schimpfreden und rohen Mißhandlungen der untergeordneten Schurken, welche die Befehle der übergeordneten ausführten und überboten, nach Afrika oder Cayenne zu schicken. Unter solchen Umständen war es eine mannhafte That, daß die Pariser Ersatzwahlen für Goudchaux und Carnot am 27. April auf zwei republikanisch gesinnte Männer, Ernest Picard und Jules Favre, fielen.

Obgleich so der gesetzgebende Körper bereitwillig die Hand dazu geboten hatte, über ganz Frankreich eine niederträchtige Tyrannei zu verhängen, so trug er doch schwer an seiner eigenen Nichtigkeit, welche keine parlamentarische Körperschaft eines civilisierten Landes im neunzehnten Jahrhundert lange sich gefallen lassen kann. Und so machten sich schon bei der Beratung des Budgets für 1859 schüchterne Versuche geltend, zunächst eine wirksamere Beaufsichtigung der Finanzen, welche bereits auf abschüssiger Bahn waren, zu erlangen; gleichwohl dauerte die Diskussion und Votierung des Budgets nur drei Tage. Eine andere Diskussion bezog sich auf ein Gesetz, das eine Strafe auf die unberechtigte Annahme eines Adelstitels legte. Der Fall kam häufig genug vor; obgleich wiederholte Revolutionen den Adel erdrückt zu haben schienen, obgleich noch die provisorische Regierung des Februar 1848 die Adelstitel für abgeschafft erklärt hatte, so ließ sich doch das Wesen der Menschen und der Franzosen insbesondere so rasch nicht ändern, und die Eitelkeit benutzte gern die Gelegenheit, an den Namen des Civilstandsregisters irgend eine andere Bezeichnung, nach dem Geburtsort, nach einer Besitzung etwa, die sich wie ein Adelstitel anhören mochte, anzuhängen. Der erste Schritt, einen wirklichen Adel herzustellen, war, daß man dieses Rauschegold abschaffte, und dies veranlaßte den Kaiser, der auch darin den Spuren des Gründers der Dynastie folgte, zu diesem Gesetzentwurfe. Das Gesetz ward votiert, ein Adel aber ward damit nicht wieder geschaffen. Die Wurzeln der alten Aristokratie hatte zum Teil die Guillotine und das Schwert ausgehauen, zum Teil war zwischen ihnen der neue Napoleonische Adel der Emporkömmlinge aufgewuchert und ließ sie keine neue Lebenskraft entwickeln. In dieser Session kamen abermals die Bauten in Paris zur Sprache. Baron Haußmann hatte mit dem Minister des Innern eine Art von Traktat geschlossen, in welchem die Stadt sich verpflichtete, binnen zehn Jahren sechs große Straßen zu eröffnen; die Kosten,

zu 180 Millionen veranschlagt, sollten zum dritten Teile vom Staate übernommen werden. Es war ein gut cäsarischer Grund, den man geltend machte, daß dies der arbeitenden Klasse auf zehn Jahre Brot garantiere — daß es eine „Civilliste der Arbeit“ sei, wie man mit gallischem Bonmot es ausdrückte, daß mit der Zerstörung der alten Quartiere zugleich der Emeute der Kopf zertreten werde; und man fügte die erbärmliche Phrase bei, die überall den Dienst thun mußte, wo keine guten Gründe vorhanden waren, oder wo man sie nicht sagen wollte — daß das Unternehmen den Stempel der nationalen Größe trage. Indes fanden sich diesmal doch 45 Stimmen gegen die 60 Millionen zusammen, und diese Abgeordneten hätten ihr Votum einfach mit der Thatsache begründen können, daß in derselben Session ein Ergänzungskredit von 300 000 Frank für Aufbesserung der Elementarlehrergehälter verlangt und bewilligt wurde: von 300 000 Frank, wo es sich um das wichtigste Interesse eines Kulturvolkes von 36 Millionen handelte.

Am 14. Juni erhielt der Minister des Sicherheitsgesetzes, Espinasse, den Befehl, seinen früheren Platz als Adjutant des Kaisers wieder einzunehmen, und an seine Stelle trat der Präsident des Appellhofes, Delangle. Zugleich wurde ein Ministerium für Algier und die Kolonieen errichtet und dasselbe dem kaiserlichen Vetter, dem Prinzen Napoleon, übertragen, einem Manne von Geist, aber von zweideutigem Charakter und unglücklicher Hand, dem es so wenig wie seinen Vorgängern oder Nachfolgern gelang, der Regierungs- und Kolonisationspfuscherei in Algier ein Ende zu machen. Allmählich lenkte der Kaiser, der nicht von grausamer Gemütsanlage war, und den nur der fanatische Glaube an die Notwendigkeit der Napoleonischen Dynastie gelegentlich grausam machte, wieder in gemäßigtere Bahnen ein.

Im Oktober jenes Jahres aber erregte ein Prozeß die öffentliche Aufmerksamkeit, welcher zum erstenmale eine eingehende und öffentliche Kritik des Napoleonischen Systems hervorrief. Herr von Montalembert hatte einen längeren Artikel im „Correspondent“ erscheinen lassen, mit der Überschrift: „Eine Debatte über Indien im englischen Parlament“, in welchem er eine Parallele zog zwischen der Regierungsweise in England und derjenigen in Frankreich: wo es denn freilich einem Mitgliede der kaiserlichen Justiz nicht schwer werden konnte, Erregung von Haß und Verachtung der Bürger gegeneinander, Angriff auf den Respekt, den man den Gesetzen schulde, Angriff auf die konstitutionelle Autorität und die Rechte des Kaisers, welche auf dem allgemeinen Stimmrechte beruhen — dem allgemeinen Stimmrechte, das der Servilismus zu einer Art Götzenbild der Freiheit zu machen bemüht war —, und Erregung von Haß und Verachtung gegen die

kaiserliche Regierung zu finden. Zunächst diente die plumpe Taktlosigkeit des kaiserlichen Prokurators dazu, diesem Prozeß das Interesse, das schon der Name des Verklagten erweckte, in erhöhtem Maße zuzuwenden. „Frankreich fürchtet die Vergleichung mit England nicht", sagte dieser Sklave, indem er mit seiner vergoldeten Kette klirrte, „es hat die Freiheit der Presse, die Freiheit des Unterrichts, Gewissensfreiheit, bürgerliche Gleichheit, Unabsetzbarkeit der Magistratur, einen gesetzgebenden Körper, welchen das allgemeine Stimmrecht ernennt; und was immer Sie sagen mögen, ich erkläre, daß ich unter einer freien Regierung lebe." — — Diesem dreisten Lügenwortschwall gegenüber nahm Montalemberts Verteidiger, Berryer, die Gelegenheit wahr, zu sagen, wie es vor allem mit der Preßfreiheit stand in einem Lande, wo die Verwaltung jeden Augenblick dem Schriftsteller sagen könne: „Ich warne dich zum ersten- — zum zweitenmale, und wohlgemerkt, beim drittenmale unterdrücke ich dich" — und wo, noch ehe dies geschehe, heute, morgen ein Herr im schwarzen Rock erscheine — er hat zuweilen das Aussehen eines anständigen Mannes („ayant quelquefois l'apparence d'un homme respectable") fügte er hinzu, indem er die Worte mit Gift tränkte — und den Herausgeber einlade, in seinem Blatte nicht von diesem und nicht von jenem zu sprechen. Montalembert wurde zu sechs Monaten Gefängnis und 3000 Frank, der Herausgeber des Journals zu einer entsprechenden Strafe verurteilt. Er appellierte: der Kaiser hatte die Ungeschicklichkeit, ihn aus Anlaß des 2. Dezember zu begnadigen, was Montalembert die Gelegenheit gab, auf die Moniteurnote, welche die Begnadigung enthielt, mit vollem Rechte zu erklären, daß eine Begnadigung nicht eintreten könne, ehe ein Urteil definitiv sei, daß er zunächst sein Recht verfolge und keine Gnade annehme. Die Appellinstanz milderte das Urteil des ersten Richters: der Kaiser hatte den guten Takt, nunmehr, zur rechten Zeit, die Begnadigung dennoch eintreten zu lassen.

Der Prozeß war von Bedeutung, weil dem kaiserlichen System hier ein hervorragender Mann abfällig wurde, der sich demselben anfangs willig angeschlossen hatte; aber schon waren ernstere Ereignisse im Zuge, über deren Nahen man das Geräusch, das dieser Handel verursachte, schnell vergaß.

2. England.

Es gewährt eine besondere Befriedigung, wenn man von dem peinlichen und hoffnungslosen Schauspiel, welches das kaiserliche Frankreich im Innern und in dieser Periode besonders darbietet — wenn man von diesem Lande, das zwar einige Male ohne Herrn, aber nie-

mals frei gewesen war, und dessen Bevölkerung die Freiheit auf sehr falscher Fährte suchte, den Blick hinüberlenkt auf England. Dieses Land war allerdings weit entfernt, jenes Ideal zu sein, zu welchem die Unzufriedenheit in den übrigen europäischen Ländern es zuweilen und in jenen Tagen besonders häufig gemacht hat. Seine Staats- und Rechtsordnung litt noch immer an schweren und drückenden Mißbräuchen, welchen der Rost des Alters bei diesem konservativen Volke eine Art von Heiligkeit verlieh. Seine gesellschaftliche Gliederung zog die Schranke zwischen dem Reichen und dem Armen, zwischen dem Gentleman und der übrigen Menschheit sehr bestimmt: und wer damals einige große Städte Englands und Frankreichs besuchte und verglich, erhielt den Eindruck, daß das Leben auf der arbeitenden Klasse in England weit schwerer laste als in Frankreich, wo es sich nirgends und besonders unter dem Napoleonischen Regimente nicht verleugnete, daß hier eben die Masse des Volkes ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und politischer Berechnung, — daß die Fundamente des gesellschaftlichen Gebäudes demokratisch waren. Auf den herrschenden Klassen Englands lastete eine kirchliche Befangenheit und Engherzigkeit, welche ebenso einen befremdenden Kontrast bildete gegen die Geistesfreiheit und die Unbefangenheit wissenschaftlicher Forschung, die in Deutschland eine Stärke gewonnen hatte, welcher selbst die in jenem unglücklichen Jahrzehnt übergewaltigen Mächte der Verfinsterung nichts mehr anhaben konnten. Aber auf der andern Seite empfing, wer den Fuß auf englischen Boden setzte, den Eindruck eines gesunden, seiner selbst sicheren, fortschreitenden Volkslebens, und wer im damaligen Europa wissen wollte, was die Freiheit, von der man anderwärts so viel redete, wirklich war, der mußte hierher kommen. Hier lernte er, daß sie nicht bloß ein Wolkengebilde, nicht bloß ein Ideal, ein politischer Begriff, eine sittliche Forderung und dergleichen war, sondern daß sie ein so wirkliches Gut ist, wie die stärkende Seeluft oder das erquickende Bad, — daß sie dem Leben auch des nicht vom Schicksal Begünstigten etwas verleiht, was nicht Reichtum, nicht Genuß von Macht und Ehre, kein huldvolles Bezeigen befriedigter Vorgesetzter geben kann. Man empfand hier die Wohlthaten eines gesitteten, wohlgeordneten Staatswesens nicht in der Allgegenwart der Obrigkeit, wie in Frankreich oder in Deutschland, sondern in der regen Thätigkeit des Volkes selbst, dessen verschiedene Kräfte und Kreise, vernünftige wie verkehrte, in Parlament, Presse, Versammlungen fessellos sich regten und dabei, wie sie von der Regierung in ihren Sphären nicht gestört wurden, ihrerseits die Autorität der Regierung achteten, die nur mit Gegnern, nicht mit Feinden im eigenen Lande zu rechnen hatte.

Am Ende des Jahres 1851 und Anfang 1852 hatte es den Anschein, als wolle auch England auf seine Weise der großen reaktionären Strömung Rechnung tragen, welche, eine natürliche Folge der Überstürzungen des Jahres 1848, ganz Europa überflutete. Bis dahin hatte man im allgemeinen den Grundsatz gelten lassen, den Palmerston in seiner großen Rede im Juni 1850 aussprach, daß es Pflicht der Regierung sei, so viel als möglich anderen Völkern in Erlangung einer „ähnlichen Stellung wie England“ behilflich zu sein. Aber die Tage seiner Macht waren gezählt. Die rasche, übereilte und höchst eigenmächtige Art und Weise, mit welcher Lord Palmerston die Regierung des französischen Staatsstreichs anerkannt hatte, verletzte das Haupt des Kabinetts, Lord John Russell, der ein ehrlicherer Liberaler war als Palmerston, und der gegenüber der mächtigen Persönlichkeit des letzteren einige Eifersucht empfinden mochte, und verdroß die Königin selbst, deren konstitutionelle Rechte und Pflichten es verletzte. Dies hatte, wie schon erwähnt, Palmerstons Entlassung, damit aber auch eine Schwächung des Ministeriums und eine Spaltung der Partei im Unterhause zur Folge. Im Februar 1852 trat das Whigministerium ab, und das Haupt der Tories, Graf Derby, bildete ein neues Kabinett. Dessen hervorragendstes Mitglied neben dem Grafen selbst war Benjamin Disraeli, der, 1805 geboren, als Romanschriftsteller sich einen Namen gemacht und dann im Parlament als gewandter, ideenreicher, schlagfertiger Redner hervorgethan hatte, und welcher der Partei unentbehrlich geworden war, weil er Geschicklichkeit und Dreistigkeit genug besaß, dem alten Torytum neue Formen und Farben zu geben und neue Seiten abzugewinnen; im übrigen war es eine Regierung von Mittelmäßigkeiten, die aber als eine konservative im übrigen Europa mit großer Genugthuung begrüßt wurde. In England konnte sie sich nur kurze Zeit und nur dadurch über Wasser halten, daß sie die alten toryistischen Grundsätze, die mittlerweile zum Teil wie das Schutzzollsystem unausführbar geworden waren, aufgab oder nicht geltend machte, und daß sie die Gegner uneinig fand. Bei erster Gelegenheit, Vorlegung des Budgets, vereinigten sich die verschiedenen liberalen Parteien — die Liberalkonservativen, die man nach dem Namen des großen Staatsmanns, der auf sachte Weise das alte England in die von der neuen Zeit vorgezeichneten Bahnen hinübergeführt hatte, die Peeliten nannte, die Whigs und die weitergehenden, den altenglischen Vorurteilen feindlichen Liberalen oder Radikalen, welche von ihren Ursprüngen aus den Zeiten der Anticornlawleague den Namen der Manchesterpartei trugen — zum Sturze des Ministeriums. Dasselbe machte noch im Dezember desselben Jahres einem Koalitionsministerium Platz, an dessen Spitze Graf

Aberdeen stand, und zu dessen Mitgliedern auch Palmerston gehörte. Der Premierminister sah, ganz gegen seines Herzens Neigung, — denn er war ein fast leidenschaftlicher Freund des Friedens — den Staat dem Kriege gegen Rußland entgegentreiben: man merkte es an der schlaffen und zögernden Art, wie England in den Krieg eintrat, den es zuerst die Türken allein führen ließ. Als dann bei der Expedition nach der Krim die Schäden des Verpflegungswesens in beschämender Weise zu Tage traten, brauste der Unwille des Volkes mächtig auf; mit der größten Schonungslosigkeit wurden sie in zahlreichen Volksversammlungen ans Licht gezogen und auf den Antrag eines radikalen Unterhausmitgliedes, Roebuck, eine parlamentarische Untersuchungskommission niedergesetzt, indem man dem Vertuschungssystem gegenüber, das in einigen kontinentalen Staaten in solchen Fällen geübt wird, von dem richtigen Gedanken ausging, daß dergleichen Dinge in einem freien Lande am besten durch unumwundene Darlegung und offene Besprechung geändert werden. Das Ministerium trat ab, und Lord Palmerston, dessen Zeit nun gekommen war, trat im Februar 1855 an die Spitze eines neugestalteten Koalitionsministeriums.

Dieser brachte, während der zweite Hauptführer der Whigs, Lord John Russell, bei einer diplomatischen Mission nach Wien, bei welcher er zu wenig Energie entwickelte, sich unpopulär machte, den Krieg zu einem leidlich glücklichen Abschlusse und hätte ihn gern noch in einem neuen Feldzuge fortgesetzt, um den Ruf der englischen Waffen herzustellen: denn dieser hatte, wie nicht zu verkennen, durch die geringen Erfolge zur See und die Mißerfolge zu Lande, wo diese englischen Waffen den französischen gegenüber nur eine untergeordnete Rolle spielten, etwas Schaden gelitten. Den vorgeschrittenen Liberalen that dieses Ministerium keine Genüge, da es keine entscheidenden Reformen in Angriff nahm, sondern in den alten ausgefahrenen Geleisen sich hielt. Sie ärgerten sich, daß den französischen Flüchtlingen der Aufenthalt auf Jersey untersagt wurde, weil sie der Königin aus Anlaß eines Besuches, den dieselbe in den Tuilerien gemacht, einen Brief geschrieben hatten, der ihrer Bildung und ihrem Anstandsgefühl wenig Ehre machte, — daß die Regierung auf Andrängen der anglikanischen Klerisei das harmlose Vergnügen der Sonntagsmusik in den Londoner Parks erschwerte, eines der wenigen, welches die nach dem Bedürfnis der Reichen geregelte englische Sabbatfeier dem gemeinen Manne noch übrig ließ — und daß das Oberhaus hartnäckig den Eintritt jüdischer Mitglieder ins Parlament hinderte und die Regierung kein Mittel fand, diesen Unverstand zu brechen. Im Jahre 1856 benutzte Lord Palmerston, der sich stets besonders reizbar bewies, wo es wirkliche oder vermeintliche Beleidigungen britischer Unterthanen im fernen Aus-

lande zu rächen galt — er meinte in einer seiner berühmten Reden (Juni 1850), daß den Briten allenthalben seine Nationalität schützen müsse, wie den Römer jenes Zauberwort: Civis Romanus sum —, eine wirkliche oder vermeintliche Beleidigung der britischen Flagge in Kanton, um einen Krieg gegen China zu beginnen, der am 29. Oktober 1856 mit einer Beschießung Kantons eröffnet wurde. Gleichzeitige Irrungen mit Nordamerika wegen des Durchsuchungsrechtes und mit Persien, von welchem England Revision der Traktate, Erlaubnis zur Gründung englischer Faktoreien am Persischen Meerbusen, Konzession zu Eisenbahnanlagen für englische Gesellschaften verlangte, und gegen welches gleichfalls kriegerischer Zwang im Werke war, verstimmten die radikalere Partei der Liberalen, die den Minister beschuldigte, daß er durch diese kriegerische Politik der Notwendigkeit innerer Reformen aus dem Wege gehen wolle. In Verbindung mit den Tories setzte sie am 3. März 1857 im Unterhause ein sehr berechtigtes Tadelsvotum wegen des kriegerischen Vorgehens gegen Kanton durch, welches auf den Antrag von Richard Cobden mit 263 gegen 247 Stimmen angenommen wurde. Allein Palmerston wußte, daß er in dieser Frage die Handelsinteressen und die leitenden Klassen des Volkes für sich habe, und löste das Parlament auf. Er täuschte sich nicht: die Neuwahlen gaben ihm eine entschiedene Mehrheit und setzten ihn in den Stand, die kriegerischen Unternehmungen im Osten mit Energie weiterzuführen. Die Expedition gegen Persien endigte am 4. März 1857 mit einem Frieden, der unter der Vermittelung des Kaisers Napoleon zu stande kam; seine wichtigste Bestimmung war, daß der Schah die Stadt Herat herausgab, welche einen eigenen Fürsten bekommen sollte, und daß er sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten dieses Fürstentums und Afghanistans zu enthalten versprach.

Der Friede kam zur rechten Zeit. Denn kurze Zeit darauf, völlig unerwartet, brach an der wichtigsten Stelle der britischen Besitzungen im Osten, in Indien, eine furchtbare Empörung aus, von welcher man, betroffen von der plötzlichen Gewalt, mit welcher sie hervorbrach, im ersten Schrecken annahm, daß sie das Gebäude der britischen Machtstellung in ihren Grundfesten erschüttern müsse.

In Europa war und ist vielfach die Ansicht verbreitet, als sei die britische Herrschaft in Ostindien eine Tyrannei, deren einziger Zweck, welchem Christentum, Menschlichkeit und Ehre ohne Bedenken geopfert werde, die Sättigung der Habsucht englischer Reicher oder Geldgieriger sei, welche diese ungeheuren Gebiete und ihre massenhaften Bevölkerungen als ihre Domäne betrachteten. Dies ist falsch: im großen und ganzen ist die englische Herrschaft in Ostindien die beste, welche je von

einem europäischen Staate über Asiaten ausgeübt worden ist, und sie ist in jedem Falle ohne allen Vergleich besser, als irgend welche Herrschaft, die jemals von Eingeborenen oder von anderen Asiaten auf jenem Boden geübt ward. Viele Tausende von Quadratmeilen Wald und Sumpf in blühende Fluren verwandelt; Flüsse eingedämmt und überbrückt, Kanäle gezogen, Straßen vom Innern über Bergketten nach der See geführt; Bändigung räuberischer Horden und Verminderung der Raubtiere, Minderung der furchtbaren Wirkungen gelegentlicher Mißernten, deren Opfer früher nach Hunderttausenden und Millionen gezählt hatten — dies waren einige der Wohlthaten, welche Indien von dem fremden Volke über dem schwarzen Wasser gekommen waren. Jene Gesellschaft von Kaufleuten, welche noch immer diese Herrschaft ohne Analogie in der Geschichte besaß, konnte sich auf die Erfahrungen von drittehalb hundert Jahren stützen, und im ganzen hatten sich auch die Bevölkerungen bis dahin sehr friedlich verhalten. Die Besitzungen der Ostindischen Kompanie unter der Oberhoheit der Krone, mittelbare und unmittelbare, umfaßten damals einen Flächenraum von etwa 70 000 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von vielleicht 160 Millionen;*) ihnen gegenüber waren die etwa 800 000

*) Wir teilen hier die Ergebnisse der Zählung von 1872 nach einer Notiz der Kölnischen Zeitung 1875, Nr. 301, 3. Blatt, mit:

Die Gesamtbevölkerung von Indien, soweit es direkt unter der britischen Verwaltung steht, beträgt nach der Zählung von 1872 190 563 048. Diese ungeheure Volksmasse bewohnt ein 904 049 englische Quadratmeilen (1 englische Quadratmeile = 259 Hektare oder 0,047 geographische Quadratmeilen) großes Gebiet. Es treffen somit auf die englische Quadratmeile durchschnittlich 211 Einwohner. Da aber große Strecken Landes wüst liegen oder mit Wald bewachsen sind, so ist die Bevölkerung in den bewohnten Bezirken in Wirklichkeit viel dichter, so wohnen z. B. in Bengalen 397, in den nordwestlichen Provinzen 430, in Audh 468 Menschen auf der Quadratmeile. Der Flächeninhalt von ganz Indien, also die unter einheimischen Fürsten stehenden, jedoch von England abhängigen Staaten mitgerechnet, beträgt 1 450 744 englische Quadratmeilen, die Bevölkerung 238 830 958. Von den großen Städten hat Kalkutta 795 000 Einwohner und mit dem daranstoßenden Howrah nahe an 900 000; Bombay 644 000, Madras 398 000. Zunächst kommt Lucknow mit 285 000. Nach der Religion zerfällt die Bevölkerung von Britisch-Indien in 140½ Millionen Hindus oder Anhänger der brahmanischen Religionen, 40¾ Millionen Mohammedaner und 9¼ Millionen Christen, Juden, Parsen, Buddhisten u. s. w. Die Christen in Indien zählen weniger als 900 000, von denen 250 000 Europäer oder europäischer Abkunft sind. Nicht weniger als 20 verschiedene Sprachen werden auf der Halbinsel gesprochen, von den zahlreichen Dialekten der Hügelstämme und Ureinwohner ganz abgesehen. In Birma ist das Sprachengewirr noch größer. Die Verschiedenheit der Sprachen verschwindet aber, wenn man die Verschiedenheit der Kasten betrachtet. In den nordwestlichen Provinzen giebt es unter den Hindus nicht weniger als 307 Kastenabstufungen, jede mit eigenem Namen, in Bengalen wird die Zahl der Kasten auf 1000 geschätzt, und wollte man

Briten und anderen Europäer wie einzelne Öltropfen im unermeßlichen Ocean. Das Heer, mit welchem diese Bevölkerung im Zaume gehalten wurde, betrug im Jahre 1857 in runder Summe vielleicht 330 000 Mann, mit Einschluß der Kontingente der Lehensstaaten 700 000, aber unter diesen nur 50 000 rein europäische Truppen; die übrigen bestanden aus den sogenannten Sipoys, eingeborenen, europäisch disciplinierten und von englischen Offizieren befehligten Söldnern. Eine engere Verbindung zwischen dem herrschenden Volke und den Unterthanen, welche eine breite Kluft — Religion, Sprache, Sitte, Rasse — trennte, bestand wie natürlich nicht: es war eine reine Fremdherrschaft, in welche die Eingeborenen mit mehr oder weniger Fügsamkeit, die Hindus im allgemeinen leichter als die Mohammedaner, sich schickten. Es waren aber keine außergewöhnlichen groben Mißbräuche, wiewohl es an Mißbräuchen natürlich nicht fehlte — es war ein geringfügiger, fast zufälliger Umstand, welcher in diese Massen den Funken der Empörung warf und dadurch eine Feuersbrunst hervorrief, deren Überwältigung durch eine Handvoll Europäer eine der merkwürdigsten und großartigsten Erscheinungen in der Geschichte des Jahrhunderts ist. Der von der Krone ernannte Generalgouverneur war seit Februar 1856 Lord Canning, ein Sohn des großen George Canning, wenn nicht ein Mann von hervorragender Begabung, so doch von klarem und festem Wesen und der Aufgabe gewachsen. Schon seit längerer Zeit war von Fanatikern der verschiedenen in Ostindien vertretenen Religionen das nahe Ende der Fremdherrschaft prophezeit worden, und da und dort hatte sich infolgedessen der Bevölkerung eine gewisse Unruhe bemächtigt; die englischen Beamten und Offiziere hatten, da sie im allgemeinen ein gutes Gewissen hatten, nicht weiter darauf geachtet.

---

die feineren Unterschiede, Unterabteilungen und Stammeseinteilungen in Betracht ziehen, so käme man auf mehrere Tausend. Außer dem Heer und der Flotte befinden sich 59 000 geborene Briten im Indischen Reiche. Was die Beschäftigung anbelangt, so giebt es in Indien 1 236 000 Regierungsbedienstete aller Art, 629 000 Personen, die im Dienste der Religion, Kranken- und Armenpflege u. s. w. stehen, 849 christliche Prediger mitgezählt; 30 000 religiöse Schwärmer und Bettler; 10 000 Astrologen; 5 Hexenmeister, 465 Teufelsaustreiber; 189 000 Personen sind in Erziehung, Litteratur und Wissenschaft thätig, 518 hiervon sind Dichter; 33 000 Personen stehen im Dienste der Gerechtigkeitspflege; 75 000 widmen sich der Heilkunde, 218 000 den schönen Künsten. Hierzu rechnen sich aber auch Seiltänzer, Schlangenbändiger und ähnliche Künstler. Die Zahl der Ackerbauer beträgt $37\frac{1}{2}$ Millionen; 950 000 Menschen gewinnen ihr Brot als Elephanten- oder Kameltreiber, Fuhrleute, Hüter, Jäger u. s. w. Die handeltreibenden Klassen werden auf 8 441 000 geschätzt, die Handwerker auf 8 747 000. Die nicht produktiven Klassen umfassen 2 265 000 Mitglieder, die mitunter sehr seltsamen Beschäftigungen nachzugehen scheinen. In diese Kategorie gehören 103 000 sogenannte „Gäste“, die wohl eigentlich als Schmarotzer zu bezeichnen wären.

Wenn irgendwo, so schien eine Gefährdung der englischen Herrschaft in der nordöstlichen unter den drei Präsidentschaften, in welche das Indobritische Reich zerfällt, in Bengalen, außer Frage, da diese Bevölkerung vermöge ihres passiven Charakters für eine Fremdherrschaft wie geschaffen, eine Fremdherrschaft für sie geradezu eine Notwendigkeit ist. Ebenhier aber war unter den eingeborenen Truppen Mangel an Disciplin eingerissen; den Anlaß, daß diese Zuchtlosigkeit in förmlichen Aufstand überging, boten die befetteten Patronen, welche aus Anlaß der Einführung einer verbesserten Schußwaffe bei diesen Truppen gebraucht werden sollten. Das Rind ist den Hindus heilig, und besonders skrupulös sind in dieser Beziehung die Inder der höheren Kasten; und wie die Hindus am Rindsfett, so stießen sich die Mohammedaner an dem Schweinefett; die Sipoys höherer Kaste, längst aufgeregt, witterten in der Einführung dieser Patronen einen Angriff auf das, was ihr Wahnglaube am höchsten hält, und was alle Lebensformen Indiens seit alter Zeit mit einer furchtbaren Tyrannei beherrscht — die Reinheit der Kaste. Man erfuhr von nächtlichen Zusammenkünften, einzelnen Widersetzlichkeiten und meuterischen Regungen; am 8. Mai verweigerte zu Mirat, nordöstlich von Delhi, dem Sitze des Großmoguls, das dritte Reiterregiment die Annahme der neuen Patronen. Noch hätte vielleicht ein energisches Einschreiten selbst mit den wenigen verfügbaren europäischen Truppen helfen können: aber es geschah nicht, und nach wenigen Tagen, als auf einzelne Bestrafungen ein meuterischer Ausbruch gefolgt war, war es zu spät. Die Meuterer warfen sich mit Mord und scheußlichen Mißhandlungen auf die vereinzelten Europäer; die Sipoys von Delhi, wo keine europäischen Truppen standen, schlossen sich an: und so erhielt der Aufstand in dieser alten Hauptstadt der Großmoguls eine Art von Mittelpunkt und eine Art von idealem Ziele und Zweck, wogegen es im westlichen Indien, im Pendschab, dem Befehlshaber Sir John Lawrence, dem der Telegraph die Nachricht von den Aufständen in Mirat und Delhi gemeldet hatte, gelang, dem Ausbruch zuvorzukommen. Unverzüglich ließ er die dort stehenden Bengaliregimenter entwaffnen und, wo ihm Aufständische in die Hände fielen, mit unerbittlicher Strenge sofort enthaupten. Die Strenge war hier, bei diesem Aufstande, wo die Bevölkerung zu ihrem eigenen Verderben der Ansteckung durch einen sinn- und ziellosen Aufruhr ausgesetzt war, aus dem nichts als Greuel und Verwüstung hervorgehen konnte, eine Pflicht der Menschlichkeit; die der englischen Herrschaft ergebenen Stämme, die Sikhs, verlangten selbst nach dieser Offenbarung der Macht, die sie selbst im Jahre 1849, wo sie sich empört hatten, nachdrücklich erfahren hatten: „Ihr Engländer", sagte einer ihrer Häuptlinge, „müßt uns zuerst zeigen, daß

ihr die Starken seid; könnt ihr die Rebellen züchtigen, wohlan, dann wollen auch wir die Hilfe euch nicht versagen."

Inzwischen hatte sich der Aufstand den meisten Garnisonen der Präsidentschaft Bengalen mitgeteilt. Dem Flammenmeere, das sie umgab, setzten die vereinzelten, meist ohne Rettung verlorenen Engländer die heroische Energie entgegen, welche das Erbteil dieses kräftigsten und stolzesten der germanischen Stämme ist; und sobald die englischen Befehlshaber auch nur eine mäßige zuverlässige Mannschaft beisammen hatten, gingen sie kühn zum Angriff gegen jede Übermacht vor. Im Mittelpunkte ihrer Macht, in Delhi, hatten die Rebellen im Juli etwa 60 000 Mann beisammen, und mit nicht mehr als 6000 lag General Barnard vor dieser Stadt, die eine Bevölkerung von 140000 Menschen zählte. Fast täglich wurde gefochten: vor den englischen Verschanzungen türmten sich die Leichenhaufen der vergebens anstürmenden Rebellen. Die Verluste, welche die Engländer selbst erlitten, waren, obwohl viel geringer, doch schwerer zu ersetzen; indes kamen ihnen allmählich Verstärkungen. John Lawrence sandte vom Pendschab her, wo er unter den Sikhs mit Erfolg geworben hatte, Hilfe. Ende August konnten sie zur Offensive übergehen und mit dem allmählich anlangenden schweren Geschütz die Beschießung beginnen. Den Befehl führte jetzt General Wilson; am 13. September, nachdem die Beschießung drei Tage und drei Nächte gedauert hatte, wurden einige Breschen sichtbar; am 14. begann der Sturm. Es war ein schrecklicher Kampf, da die Sipoys, Hindus wie Mohammedaner, sich mit der vereinigten Kraft des Religionsfanatismus und der Verzweiflung verteidigten, sich in die innere Stadt zurückzogen und in den engen Straßen Barrikaden errichteten; 6 Tage dauerte Straßenkampf, Beschießung, Brand, und erst am 20. zogen die letzten Haufen der Meuterer ab, deren regellose Flucht sich zu beiden Seiten der Dschumna entlang wälzte. Die Wut der Sieger entsprach dem, was vorausgegangen: wo in den Häusern gestohlenes englisches Gut aufgefunden wurde, ward alles Männliche getötet, und es fehlte nicht an Offizieren, welche Lust zeigten, die Stadt zu „verbannen", wie einst in den Zeiten Josuas mit den Städten der Kanaaniter geschehen war. Der letzte der Großmoguls aus Timurs Hause, der 92jährige Padischah Bahadur, ein stumpfsinniger Greis, in dessen Namen eine Proklamation Hindus und Mohammedaner zum Religionskriege wider die Bedrücker des Landes aufgerufen hatte, wurde auf der Verfolgung eingeholt, in Ketten gelegt und starb bald in der Gefangenschaft. Zwei seiner Söhne wurden angesichts einer Menge von mehreren Tausenden, die der Schrecken lähmte, von einem verwegenen englischen Offizier, Lieutenant Hudson, mit Pistolenschüssen niedergestreckt, im ganzen 24 Glieder der Familie Babers hingerichtet.

In einer Proklamation vom 2. Oktober 1857 wurde der Fall Delhis der Bevölkerung von Indien durch den Generalgouverneur kundgethan: „Sucht ihr nicht Gnade und Erbarmung bei der rechtmäßigen gütigen Regierung, so seid ihr unrettbar der Vernichtung preisgegeben."

Die Eroberung von Delhi war ein wichtiger Erfolg, aber es gab noch andere Punkte, wo es zu retten und, wo nichts mehr zu retten war, zu rächen galt. Am schlimmsten war es zu Cawnpoore am Ganges zugegangen, wo ein vornehmer Brahmane, Nena Sahib, der sich mit echt hindostanischen Künsten in die Gunst der Engländer eingeschlichen hatte, sich an die Spitze stellte. Als auch dort Mitte Mai der Aufstand unter der Garnison ausbrach, hatte sich General Wheeler mit allen Engländern in ein verschanztes Lager zurückgezogen, wo sie eine Zeitlang gegen die wütenden Angriffe der weit überlegenen Sipoys sich hielten. Die letzteren ermüdeten und wollten nach Delhi abziehen; da griff Nena, der seinen Haß gegen die Engländer mit der gewöhnlichen indischen Virtuosität der Lüge verborgen hatte, zum Verrat. Er bot Unterhandlungen, auf welche Wheeler in seiner verzweifelten Lage einging. Als der Vertrag abgeschlossen und beschworen war und der Abzug, wie verabredet, auf Booten den Fluß hinab nach Allahabad begann, wurde der Verrat sichtbar: vom Ufer aus wurden die Barken beschossen — ein Teil der Flüchtlinge fand von den Kugeln, ein anderer in den Wellen den Tod: die übrigen wurden an das Land geschafft, die Frauen und Kinder weggebracht, die Männer erschossen.

Dasselbe Schicksal bedrohte die Garnison von Lucknow, der Hauptstadt von Audh. Kurz vor dieser Zeit, im Jahre 1855, hatten die Engländer dieses Königreich, welches am linken Ufer des mittleren Ganges gelegen eine Bevölkerung von 5 Millionen enthielt, den unmittelbaren Besitzungen der Kompanie einverleibt. Auch hier verweigerte im Mai jenes schlimmen Jahres ein Regiment die Annahme der unreinen Patronen. Am 30. und 31. Mai, ermutigt durch die gelinde Bestrafung der Truppe, die nur entlassen wurde, brach die volle Empörung, begleitet von denselben Schandthaten wie allerwärts, los; doch hatte man die Frauen und Kinder noch glücklich in Sicherheit bringen können. Die übrigen Garnisonen folgten dem Beispiele der Hauptstadt. So stand Sir Henry Lawrence, ein Bruder des im Pendschab befehligenden, mit geringer Mannschaft, abgeschnitten von allen Stationen, umgeben von dem Flammenmeer der um sich greifenden Rebellion in Lucknow, einer Stadt von 200000 Einwohnern. Nichtsdestoweniger unternahm er heroischen Mutes mit seinen 600 Mann eine Angriffsbewegung gegen die Rebellenmacht, die sich einige Meilen von Lucknow sammelte. Aber die 16000 Feinde zu werfen, war selbst

diese Heldenschar nicht im stande, und so zog Lawrence alles, was noch verfügbar, zusammen, 900 Europäer, 700 zuverlässige Eingeborene im ganzen, und warf sich in das Gebäude der Residentschaft. Hier suchten sie sich zu halten, bis Entsatz kommen konnte, mit geringen Vorräten, geringerer Hoffnung, denn allenthalben war die Empörung noch im Wachsen.

Man hatte, gegen des Prinzen Albert verständigen Rat, die im Krimkrieg vereinigte Streitmacht wieder verzettelt und entbehrte sie jetzt: es war ein Glück, daß in den beiden anderen Präsidentschaften, Bombay und Madras, die Truppen treu geblieben oder die Bewegung niedergehalten war. In der letzteren Präsidentschaft war man bei den ersten Regungen mit Kartätschen und Hinrichtungen eingeschritten, und mittlerweile waren durch den Frieden mit Persien die auf diese Expedition verwendeten Truppen mit zwei tüchtigen Führern, General Outram und Henry Havelock, frei geworden. Am 30. Juni traf Havelock zu Allahabad ein, um den Befehl über die Truppen zu übernehmen, welche gegen Cawnpoore, wo Nena Sahib befehligte, und weiter gegen Lucknow operieren sollten: es waren nicht mehr als 1400 britische Bajonette und einige einheimische Reiterei, über die er verfügte. Gleichwohl erfocht er, ohne selbst einen Mann zu verlieren, bei Fattihpoore einen Sieg über ein ansehnliches Rebellenheer, dann einen zweiten am 16. Juli in unmittelbarer Nähe von Cawnpoore selbst, wo Nena Sahib ihm gegenüberstand, der auf die Nachricht von der ersten Niederlage die noch in seinen Händen befindlichen Gefangenen auf jene scheußliche Weise umbringen ließ, mit der jede europäische Barbarei nur vergeblich wetteifert. Am 17. zogen die englischen Truppen in Cawnpoore ein, wo sie noch die Reliquien der Schlachtopfer des Scheusals fanden, das ihrer Rache entflohen war. Unter der Bevölkerung selbst hatte der Aufstand keine Fortschritte gemacht. Man sehnte sich dort nach der Rückkehr der Ordnung, d. h. der englischen Herrschaft, da bereits an vielen Orten Hindus und Mohammedaner sich in grimmigem Religionshasse gegenseitig anfielen und allenthalben Sicherheit, Habe und Leben von Reich und Arm durch die meisterlosen Rebellenscharen und durch befreite Verbrecher bedroht waren. „Wann wird euer Regiment wieder aufgerichtet, in 10, vielleicht in 15 Tagen?“ lautete die naive Frage, mit welcher die Eingeborenen ihre hilflose Ohnmacht bekundeten. Am 21. Juli ging Havelock über den Ganges und marschierte auf der Straße nach Lucknow vorwärts. Aber er hatte nur 1500 Mann und konnte, von Klima, Krankheiten und übermächtigen Feindesscharen bedrängt, das Ziel nicht erreichen. Er war genötigt, auf Cawnpoore zurückzugehen.

Dort in Lucknow war unterdessen Henry Lawrence bei einem

Ausfall tödlich verwundet worden, und Sir John Inglis befehligte die kleine Macht, welche, im Residentschaftsgebäude eng belagert, aus den benachbarten Häusern von Schützen beständig unter Feuer gehalten, aus den von den Sipoys angelegten Batterieen mit Bomben und Kugeln beworfen wurden. Aber die besten Eigenschaften des angelsächsischen Charakters, unverwüstliche Energie, todesmutige Treue gegen die vaterländische Sache, wahre Frömmigkeit, zeigten sich auch hier wie fast überall in diesem schrecklichen Orkane in ihrem echten Glanze. Niemand weigerte sich auch der niedersten Dienste; nur viermal in den 87 Tagen dieser ersten Belagerung wagten die Rebellen den Sturm, zu dessen Abweisung selbst die Kranken, von Fieber zitternd, herankamen; und der offene Angriff führte so wenig als die Minengänge, mit welchen man den Eingeschlossenen beizukommen suchte, zum Ziel.

Im September erfuhren die Belagerten durch einen geheimen Boten, der den Weg nach der Feste fand, daß Havelock sich zum zweitenmale zu ihrer Errettung auf den Marsch begeben. Er hatte jetzt 2600 Mann, mit 17 Kanonen, die von Elefanten gezogen wurden; tüchtige Unterfeldherren, Outram, Hamilton, Neill, Cooper, standen ihm zur Seite. Am 23. steht das kleine Entsatzheer im Angesichte von Lucknow; unter stetem Kämpfen, belästigt von schweren tropischen Regengüssen, unter verzweifeltem Widerstande der Rebellen suchen sie sich nach der Residentschaft den Weg zu bahnen. Die Eingeschlossenen erkennen, daß der Kampf entbrannt ist: sie hören, wie das Flintenfeuer näher kommt: der scharfe Laut der Hochlandspfeife, die Musik der Bergschotten, dringt an ihr Ohr: am Ende des 88. Tages der Belagerung, über Tausende von Feindesleichen, erscheinen die Befreier in den halbzerstörten Befestigungen.

Allein es war eine Täuschung, sie waren nicht befreit. Havelock und die Seinen hatten sich einen blutigen Weg durch die Rebellenmassen bis zu ihren Landsleuten gebahnt; hinter ihnen fluteten diese Massen wieder zusammen: mit den zuvor Eingeschlossenen sahen sie sich nun selbst eingesperrt. Die Belagerten waren um 2000 Mann verstärkt, welche nur für drei Tage Lebensmittel mit sich führten; ihre endliche gemeinsame Befreiung hing von den Truppen ab, welche der neuernannte Oberbefehlshaber, der von Europa eingetroffen, Sir Colin Campbell, in Cawnpoore sammelte.

Das Schicksal der Empörung selbst war bereits entschieden. Die Bevölkerung im ganzen und großen war teilnahmlos geblieben. Kein klarer Gedanke, kein ernster Plan beseelte und leitete die wilden Kräfte, und nunmehr begannen die Verstärkungen von Europa einzutreffen, mit denen Großbritannien seine Herrscherstellung in Asien festzuhalten oder wiederaufzurichten entschlossen war: wie sie in Kalkutta landeten,

wurden sie stromaufwärts nach Cawnpoore gesandt. Am 3. November stand der neue Oberfeldherr an der Spitze eines Entsatzheeres: es waren allerdings nur 5000 Mann, aber auserlesene, mit allem wohlversehene Truppen. Am 15. erreichten seine Operationen Lucknow; am 17. riefen die Hornsignale die Eingeschlossenen zum langersehnten Ausfall, welcher den Sieg vollendete, und die drei Führer, Sir Colin Campbell, Outram und Havelock, trafen zusammen. Der eine von ihnen, Sir Henry Havelock, ein frommer Christ und tapferer Kriegsmann, ein Streiter vor dem Herrn wie aus den alten Tagen der Kämpfe der schottischen Puritaner für Christi Krone und den Covenant, starb wenige Tage später.

Die Rebellion war jetzt, wo die europäischen Verstärkungen eintrafen, aussichtslos, aber sie war noch nicht beendet. An Stoff, das verheerende Element zu nähren, konnte es auf der ungeheuren Brandstätte nicht fehlen: aber man konnte nunmehr englischerseits zur Offensive, zu einer planmäßigen Unterdrückung und Ausrottung der Meuterei schreiten. Diese Bewegungen jedoch gehören der besonderen Geschichte der britischen Armee oder der englischen Herrschaft in Ostindien an, und sie würden ohne eingehende Kenntnis und Beschreibung des Landes nicht verständlich sein. Die Niederwerfung der Rebellion war erschwert durch die ungeheure Ausdehnung des Landes, das, von breiten Strömen durchflossen, eine Menge trefflicher militärischer Stellungen darbot, wie durch die fatalistische Entschlossenheit der Sipoys, welche wußten, daß sie nach dem, was geschehen, keine Gnade zu erwarten hatten. Von Gnade in der That war, wo so viel vergossenes Blut zum Himmel schrie, wenig die Rede. Für die ergriffenen Hindus verschärfte man die Schrecken des Todes, indem man sie vor die Mündung der Kanonen band und so „wegblasen" ließ. Doch gelang es vielen nach Nepal oder in die Sumpfregion von Rohilkund, den nordwestlich vom Königreich Audh gelegenen Landschaften, zu entrinnen. Auch den kühnsten und verworfensten ihrer Feinde, den Nena Sahib, zu fangen, gelang den Engländern nicht, sie mußten die Rache der Krankheit überlassen, die ihn hinraffte. Am Ende des Jahres 1858 konnte der Aufstand als völlig beendet gelten, obwohl die Hinrichtungen sich noch länger hinzogen; den 28. Juli 1859 bestimmte der Lordstatthalter zu einem feierlichen Dankgottesdienste.

Dieser gefährliche Aufstand lenkte die Gesetzgebung des Mutterlandes einmal wieder auf die Angelegenheiten Indiens. Das Unterhaus, in welchem nicht viele saßen, denen die verwickelten Verhältnisse dieses ungeheuren von Bekennern der verschiedensten Religionen und Stämmen der verschiedensten Rassen bewohnten Landes irgendwie geläufig oder auch nur verständlich gewesen wären, wich sonst einer Be-

sprechung hindostanischer Angelegenheiten am liebsten aus. Diesmal aber war man an einem bedeutungsvollen Wendepunkte angelangt, wo die Gesetzgebung sich ihrer Pflicht nicht entziehen durfte. Es handelte sich darum, der Doppelregierung in Indien — durch die Handelsgesellschaft, ihren Hof der Aktionäre und der Direktoren einerseits und das staatliche Aufsichtsamt, die Board of control, andererseits — ein Ende zu machen: und noch während des Aufstandes zu Ende 1857 brachte Lord Palmerston eine Bill ein, welche in dieser Richtung vorging, und nach welcher, im weiteren Verlauf der schon im Jahre 1784 durch den jüngeren Pitt begonnenen Gesetzgebung, der Hof der Direktoren und der Eigentümer ersetzt werden sollte durch einen Minister für die indischen Angelegenheiten, der Sitz im Kabinett haben sollte, und einen Rat von 15 Personen.

Indes war es Lord Palmerston nicht beschieden, dieses Werk hinauszuführen. Wir haben gesehen, wie er bei Gelegenheit des Orsinischen Attentates und der Aufregung im kaiserlichen Frankreich, welcher er, wie man annahm, zu weit entgegenkam, gestürzt wurde; ein harter Schlag für den Mann, der seither für den schroffsten Vertreter britischen Nationalstolzes gegolten, und der jetzt den Vorwurf hören mußte, daß er dem Drängen kaiserlicher Höflinge und Haudegen gegenüber der Würde seiner auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtigen Nation zu wenig eingedenk gewesen sei. Die Tories, welche vielleicht an und für sich gegen sein Verfahren nicht allzuviel einzuwenden gehabt hätten, ersahen ihre Gelegenheit und vereinigten sich mit den vorgeschrittenen Liberalen zu seinem Sturze. Ihre Zeit war gekommen, da eine liberale Regierung in diesem Augenblicke unmöglich war. Die Königin beauftragte Lord Derby mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Dieser selbst übernahm die Leitung der auswärtigen Politik, das Schatzkanzleramt und die Führung des Hauses der Gemeinen erhielt Disraeli wieder; das wichtige Amt eines Vorsitzenden der Board of control für die indischen Angelegenheiten übernahm der frühere Generalgouverneur von Indien, Lord Ellenborough (Ende Februar 1858). Der französische Handel, der das Ministerium Palmerston zu Falle gebracht, machte weiter keine Schwierigkeit. Die Franzosen hatten sich so thöricht benommen, daß sie froh sein mußten, ohne schwerere Demütigung davonzukommen, als die Freisprechung des französischen Flüchtlings Bernard, gegen den man einen Prozeß angestrengt hatte, weil er bei der Verfertigung der Orsinischen Handgranaten beteiligt gewesen sei, durch ein englisches Geschworenengericht war: auch war in der That wenig dagegen zu sagen, wenn der Franzose erklärte, daß er, ob auch nicht in der Weise Orsinis, fortfahren werde, sich gegen die Herrschaft eines Mannes zu verschwören,

der diese seine Herrschaft selbst nur der Verschwörung und der Gewaltthat verdanke.

Das Toryministerium hatte im übrigen kein bequemes Dasein. Es lebte von der Uneinigkeit seiner Gegner und verfügte nur über zufällige Mehrheiten, ohne eine selbständige konservative Politik nach eigenen Grundsätzen verfolgen zu können. In der wichtigen Frage der indischen Angelegenheiten überließ es die Initiative dem Unterhause, welchem Lord John Russell eine Reihe von Resolutionen vorlegte, die vom Parlamente angenommen wurden, und auf Grund deren nunmehr, nachdem Lord Stanley, der Sohn des Grafen Derby, an Ellenboroughs Stelle das indische Kontrollamt übernommen hatte, eine neue Indiabill aufgestellt und genehmigt wurde. Sie entsprach der Palmerstonschen und setzte einen Minister für die indischen Angelegenheiten ein: diesem gab sie einen Rat von 15 Personen zur Seite, in welchen die Krone 8, die Direktoren der Kompanie das erstemal 7 Mitglieder ernannten. Am 8. August 1858 hob dem entsprechend mit Zustimmung des Parlaments die Königin die Privilegien der Ostindischen Kompanie auf, und das Indische Reich trat jetzt, zum Heile seiner Bevölkerungen, unter die unmittelbare Verwaltung der Krone Großbritanniens. Am 30. August hielt die Gesellschaft von Kaufleuten, die nun drittehalb Jahrhunderte bestanden, und die eine in der Geschichte einzig dastehende Erscheinung bildet,*) ihre letzte Sitzung in dem alten Geschäfts- und Regierungslokale der Leadenhallstreet, und am 1. November desselben Jahres ward den Völkern von Hindostan unter großen Feierlichkeiten verkündet, daß die Königin von England die Regierung nunmehr selbst übernommen habe. Der seitherige Generalgouverneur erhielt den neuen Titel eines Vicekönigs, eines Nabobwesir, die Diener der Kompanie wurden als königliche Beamte bestätigt, die Truppen leisteten einen neuen Fahneneid, und einigen Aufständischen, denen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie an der Ermordung britischer Unterthanen teilgenommen, wurde eine Amnestie bewilligt, wenn sie bis zum Januar 1859 zu ihrer Pflicht zurückkehrten. Die meisten thaten so: sie wußten, daß ein englisches Wort dazu bestimmt war, gehalten zu werden.

Wie in dieser Angelegenheit die Toryregierung nach den Weisungen, die sie vom Gegner empfing, eine große und folgenschwere Neuerung ins Werk gesetzt, ein mächtiges Stück Altenglands, seine Ostindische Kompanie, begraben hatte, so mußte sie auch in anderen Fragen, um

*) Herr H. C. H. Reyers, welcher dieses Werk ins Holländische übersetzt hat, macht den Verf. darauf aufmerksam, daß dies nicht richtig sei, indem er auf die hollandsche oost-indische Compagnie, gestiftet 1602, und die west-indische Compagnie hinweist: eine Berichtigung, die wir mit Dank acceptieren.

sich über Wasser zu halten, ihrem Drängen nachgeben. Die Zulassung der Juden zum Parlament z. B., welche bisher an dem hartnäckigen Widerspruche des Oberhauses gescheitert war, und die keine liberale Regierung hatte durchsetzen können, ward jetzt von der konservativen Regierung durch eine neue Eidesbill ins Werk gesetzt: am 26. Juli 1858 nahm Baron Rothschild als Mitglied für die City von London seinen Sitz im Unterhause ein. Nach außen leitete Lord Derby die englische Politik verständig und energisch. Am 26. Juni ward dem Chinesischen Kriege, den England und Frankreich seit Mai 1857 gemeinschaftlich geführt, und dem sie am 29. Dezember 1857 durch eine gemeinsame Waffenthat, die Erstürmung von Kanton, die entscheidende Wendung gegeben hatten, durch den Friedensvertrag von Tien-tsin ein Ende gemacht. Die Erstürmung einer Stadt von über einer Million Einwohner durch 5000 Mann belehrte den Kaiser von China über seine Ohnmacht; eine gefährliche Rebellion, gegen die Dynastie der Mandschu gerichtet, bedrängte ihn im Innern. Als das englisch-französische Geschwader an der Mündung des Pei-hoflusses erschien und diesen Fluß hinauf zu fahren sich anschickte, gab er, für die Hauptstadt des Reiches besorgt, nach. Eine Geldsumme wurde an die beiden Mächte als Kriegskostenentschädigung bezahlt, das Christentum sollte künftig im Reiche geduldet, europäischen Reisenden keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt, eine weitere Anzahl chinesischer Häfen dem Handel geöffnet werden. Einen ähnlichen Vertrag erzwang der englische Bevollmächtigte, welcher den mit China abgeschlossen, Lord Elgin, auch von Japan, wo man bereitwilliger als in China sich wieder einer Politik der Annäherung an Europa zuwendete.

Auch gegenüber dem König Ferdinand von Neapel, der einige britische Ingenieure gefangen gesetzt hatte, verfuhr die Toryregierung in einer Weise, die den Beifall auch der Liberalen fand, und so wohlzufrieden waren diese mit einer nach außen taktvoll und fest auftretenden, im Innern schwachen Regierung, die sich mit Zugeständnissen an das übermächtige liberale Prinzip das Leben fristen mußte, daß sie diesem Stande der Dinge eine längere Dauer wünschten und die Zeit gekommen glaubten, wo mit Aussicht auf Erfolg die Frage der Parlamentsreform wieder aufgenommen werden könne. Dies mußte in der That geschehen, wenn die Verfassung des englischen Staates, wie eine gute Verfassung soll, den gesellschaftlichen Zuständen des Landes gemäß und entsprechend bleiben sollte.

3. Italien.

In dem Kriege gegen Rußland hatte Sardinien, wie wir sahen, sich mit den Westmächten zur Bekämpfung der russischen Übermacht

verbunden. Dieses Ereignis machte großes Aufsehen, so sehr auch die Organe der Reaktion es als etwas Bedeutungsloses darzustellen strebten. Es gab solche, welche das Bündnis vom 26. Januar 1855 mit jenen schmachvollen Handelsverträgen zusammenstellten, durch welche einst im vorigen Jahrhundert deutsche Fürsten ihre Unterthanen den Engländern verkauft hatten; sie wußten es aber selbst besser. Italien war nur scheinbar wieder der geographische Begriff geworden, wie in den Zeiten Metternichs; es war jetzt ein sehr reeller politischer Begriff, und jenes Bündnis war ein sehr wohlberechneter Schritt nach dem Ziele des italienischen Nationalstaates, — einem Ziele, das mit vollem Bewußtsein, ohne Hehl und offen vor aller Welt von den leitenden Männern des Königreichs Sardinien ins Auge gefaßt wurde.

In unzweideutigem hartem Gegensatz standen die Staaten des österreichischen Systems und Piemont sich gegenüber. Wir betrachten zunächst die ersteren während des zehnjährigen Waffenstillstandes, der den großen Entscheidungskämpfen voranging.

In Rom und dem Kirchenstaate trieb die wiederhergestellte Priesterherrschaft ihr Wesen, unter dem Schutze der Franzosen, die in Rom und Civita Vecchia, und der Österreicher, welche in Ferrara lagen. In den ersten Jahren nach der großen Niederlage der liberalen und nationalen Hoffnungen kam die reaktionäre Stimmung, die in ganz Europa vorwaltete, dem Oberhaupte der katholischen Kirche in derselben Weise zu gute, wie einst nach dem großen Siege über das revolutionäre Kaisertum im Jahre 1815 die romantische Schwärmerei dem Papsttume zu gute gekommen war. Da fast überall die revolutionären Kräfte zugleich gegen die Throne und gegen das Priestertum, gegen „Thron und Altar", wie man sich mehr pathetisch als wahr ausdrückte, Sturm gelaufen hatten, so war es nicht schwer zu behaupten, daß der Republikanismus und Radikalismus seine letzte Wurzel in der „Feindschaft gegen Gott und seine Kirche" habe, und daß jene Kräfte mithin allein durch den Anschluß an diese Kirche besiegt werden könnten. Auf römischem Boden aber verstand sich von selbst, daß Gottes Kirche nur die römisch-katholische war. Sie allein war konsequent in Verfassung und Lehre und paktierte nicht wie mehr oder weniger alle anderen mit der menschlichen Vernunft: sie war am weitesten von demjenigen entfernt, was die kirchliche Reaktionspartei damals mit dem sinnlosesten und armseligsten ihrer Schlagwörter den Subjektivismus nannte. Die römische Kirche erkannte die Gunst der Zeiten wohl; aufs trotzigste stellte sie die Ansprüche ihres Universalstaates den Grund- und Lebensbedingungen der Nationalstaaten entgegen: und gleichsam zur Probe, was man in so angenehmer Zeit dem vernunftstolzen Jahrhundert bieten könne, berief Papst Pius IX. im Jahre 1854 die

Bischöfe der Christenheit nach Rom und definierte in Gegenwart einer hinreichenden Anzahl derselben die unbefleckte Empfängnis der Jungfrau Maria als Lehre der Kirche. Das Dogma ward am 8. Dezember 1854 verkündigt. Man beachtete hier nicht, daß diese Lehre seither eine bestreitbare und auch von bedeutenden Kirchenlehrern bestrittene Schulmeinung gewesen war; die scharfsinnige Bemerkung, die ein großer deutscher Theolog (Schleiermacher)*) über diese seltsame Verirrung längst gemacht, daß sie nämlich ein anderes Dogma, die Lehre von der Erbsünde, rückwärts auflöse, weil die sündlose Empfängnis der Maria, wenn sie etwas helfen solle, auch die sündlose Empfängnis ihrer Mutter und so ferner voraussetze, fand natürlich, da sie aus dem Lager des Protestantismus und der gesunden Vernunft kam, hier keine Stätte. Pius IX. glaubte sehr aufrichtig, der Mutter Gottes, der er seine Rettung aus den Händen der Revolution verdankte, diesen Zoll der Dankbarkeit schuldig zu sein. Ein französischer Abbé, welcher, der kirchlichen Disciplin vergessend, kam, um seinen Protest gegen diese Lehre in Rom selbst niederzulegen, wurde von der geistlichen Polizei aus der heiligen Stadt ausgewiesen; die Bischöfe feierten allenthalben die Verkündung des Dogmas mit allerlei Festlichkeiten. Es fand wenig Widerspruch, da es eine für das christliche Leben an sich völlig bebedeutungslose Spitzfindigkeit betraf, und da unter dem gebildeteren Teile der Katholiken viele auf demselben Standpunkte standen, den einst Moritz von Oranien bei dem Streite über die Lehre von der Prädestination mit den Worten bezeichnet hatte, daß er nicht wisse, ob sie, die Prädestination, grau oder blau sei; sie fanden deshalb nicht nötig, sich für oder gegen das neue Dogma zu erhitzen; die große Masse aber legte es ziemlich gleichgültig zu dem übrigen, was sie zu glauben meinte. Dagegen bewiesen einige gekrönte Häupter dem Papst und seinem neuen Dogma ihre Höflichkeit, und der Kaiser von Österreich schenkte dem Papste zu dem Monumente, welches in Rom zu Ehren der unbefleckten Empfängnis errichtet werden sollte, 250 000 Frank. Die scheinbaren Fortschritte, welche der Katholizismus oder, richtiger gesagt, die Ausartung, welcher die an sich großartige Idee einer allgemeinen christlichen Kirche unter der Leitung des mit neuer Macht um sich greifenden Jesuitismus verfiel, gehören der Geschichte der einzelnen Staaten an, in deren Leben sie in den nächsten Jahrzehnten eine nicht unwichtige Rolle spielten.

Die weltlichen Angelegenheiten des Kirchenstaates, die sich freilich zum großen Schaden der Bevölkerung stets mit diesen allgemeinen katholisch-kirchlichen verflochten, standen unter der Leitung des Kardinal-

*) Der christliche Glaube, Bd. 2, S. 73 f.

Staatssekretärs Jakob Antonelli, der, im Jahre 1806 in niedrigen Verhältnissen geboren, in hohem Maße jene Vereinigung unbeugsamer Härte und gefügiger Geschmeidigkeit besaß, durch welche man auf diesem Boden emporkommt, und der nun der weichen Seele Pius' IX., dem er sich unentbehrlich zu machen gewußt hatte, seinen männlicheren Ehrgeiz einhauchte, — einen Ehrgeiz, der auf die alten Ziele der römischen Hierarchie, die Universalherrschaft des Priestertums, gerichtet war. Die Zustände blieben, wie sie immer waren: päpstliche Räuberbanden oder Truppenkörper, die von solchen nicht viel verschieden waren, aus Gendarmen und amnestierten Banditen gebildet, mußten aufgeboten werden, um die ächten im Zaume zu halten; die ganze Verwaltung war ein im Namen der Kirche und von ihren Organen mit Unterdrückung aller lokalen Selbstverwaltung geübtes Aussaugesystem, welches für die Almosen, mit denen die Kirchen und Klöster die Masse der Bevölkerung in Abhängigkeit hielten, die nötigen Bettler lieferte. Von Reformen konnte in dieser Zeit um so weniger die Rede sein, als jetzt auch Frankreich die Verwaltung des Kirchenstaates ganz vortrefflich fand und französische Gesandte jene Mißbräuche, die einst dem jetzigen Kaiser der Franzosen den Brief an den Obersten Ney entlockt hatten, als bloße Mißverständnisse oder verleumderische Entstellungen italienischer Eigentümlichkeiten bezeichneten.

Ganz so schlimm, wie im Kirchenstaate, wo man — von den zahlreichen Hingerichteten zu schweigen — in der Mitte der fünfziger Jahre 13 000 politische Gefangene neben 19 000 politischen Flüchtlingen zählen zu können glaubte, war es selbst in Neapel nicht, obgleich auch hier nicht wenige Generale, ehemalige Minister oder Deputierte in den Bagnos lagen, wo sich der grausame Witz des harten Despoten darin gefiel, sie mit Dieben und Mördern zusammenzusperren. Aus Toscana zogen im Mai 1855 die Österreicher ab: die freiere Bewegung, die damit möglich wurde, ward aber von der großherzoglichen Regierung nicht weiter benutzt, weder nach der guten noch nach der schlimmen Seite. Die Nationalgesinnten hofften auf irgend einen Umschwung der Zukunft, die Klerikalen beuteten die Gegenwart aus, der Großherzog und sein Minister Baldasseroni lavierten zwischen beiden Parteien. In Parma bewies ein furchtbares Ereignis, wie wenig der scheinbaren Ruhe zu trauen war: am 26. März 1854 wurde der Herzog Karl III. in der Nähe des Schlosses inmitten vieler Zuschauer erdolcht. Fünf Tage später erlag der mit der Untersuchung des Mordes beauftragte Richter demselben Geschicke: der Mörder blieb unentdeckt. Des Herzogs Witwe übernahm die Regentschaft und hoffte durch milde Maßregeln ihrem Sohne die Herrschaft zu erhalten; im Gegensatz zu dem Herzog Franz V. von Modena, in

dessen Lande ein patriarchalisches Prügelregiment geübt wurde. Da der Herzog kinderlos war, so mußte man darauf gefaßt sein, das Herzogtum nach seinem Tode an Österreich fallen zu sehen, als dessen Eigentum man die beiden Ländchen ohnehin anzusehen gewohnt war: es wäre nicht das Schlimmste gewesen, was dem Lande widerfahren konnte.

Was die österreichischen Provinzen betrifft, so versuchte man in Wien, nachdem über die letzten Ereignisse einiges Gras gewachsen war, aus dem Kriegszustande in den Friedenszustand überzugehen. Der Kaiser erschien Ende Dezember 1856 mit seiner jungen Gemahlin im Lande; zuerst in Venedig, am 15. Januar 1857 in Mailand, wo sie bis Anfang März verweilten. Sie hatten sich über den Empfang nicht zu beklagen, wenn auch der Jubel so groß nicht war, wie die Korrespondenten einiger deutschen Zeitungen, die sich von den Brosamen des herrschaftlichen Tisches nährten, ihn darstellten. Der Kaiser erließ am 25. Januar einen Generalpardon für alle, welche wegen hochverräterischer Handlungen, Störung der öffentlichen Ruhe u. s. w. in Untersuchung oder in Haft waren, versetzte den 91jährigen Radetzky auf seine Bitte in den Ruhestand und ernannte den Erzherzog Maximilian, seinen Bruder, dessen hochstrebende ideal angelegte Jugendkraft einem dunkeln Verhängnisse aufgespart war, zum Generalgouverneur des Lombardo-Venezianischen Königreichs und zu dessen Generalkommandanten den gutmütigen und gastfreien Gyulay. Der Kaiser benahm sich überall mutig, würdig und verständig: und noch ein weiteres Moment kam hinzu, welches ein besseres Verständnis hoffen ließ. Infolge des mit der Kurie abgeschlossenen Konkordates, das für den Kaiserstaat so verhängnisvoll werden sollte, schwoll den hohen Geistlichen, dem Erzbischofe von Mailand, dem Bischofe von Brescia und anderen dergestalt der Kamm, daß sie in die Hoheitsrechte des Staates eingriffen und der Erzbischof von Mailand z. B. allen Buchhändlern und Buchdruckern auf eigene Hand die Censur auferlegte: allen Buchhändlern oder Verlegern als Söhnen der Kirche liege das ob, Bücher und Manuskripte vor dem Druck oder Wiederdruck der kirchlichen Revision zu unterbreiten: gegen Zuwiderhandelnde würde der Bischof das Verbot des betreffenden Buchs bei der Regierung beantragen. Dies ging denn selbst der kaiserlichen Regierung über den Spaß; sie hätte daraus sehen können, daß die Geistlichkeit nicht bloß das Charisma der Gesetzgebung, sondern auch der Gesetzesauslegung und, wenn es mit dieser nicht geht, auch der offenen Gesetzesverletzung in Anspruch nimmt.

Große Hoffnungen durfte man gleichwohl auf jene flüchtige Scheinversöhnung nicht bauen. Unerträgliches war auf diesem Boden geschehen, das sich nicht vergeben noch vergessen ließ. In ewigem Zirkel

rief der Haß die Unterdrückung und die Unterdrückung den Haß hervor; wer in Mailand das Theater betrat, sah in der ersten Reihe der Parkettplätze die österreichischen Offiziere, mit denen nirgends und niemals die Bevölkerung sich mischte: an jeder Seite der Bühne gewahrte er den Grenzer mit schußbereitem Gewehr. Die Nationalgesinnten duldeten, was sie nicht ändern, sie nahmen mit, was sie bekommen konnten; ihre wahre Gesinnung änderte nicht die böse und nicht die gute Stunde. Ihre wirkliche Heimat war drüben über dem Tessin, wo man unablässig für eine neue Entscheidung rüstete.

Das Königreich Sardinien war nach dem Frieden von 1849 und den Ereignissen, welche demselben unmittelbar folgten, in einer überaus schwierigen Lage. Die Reaktion war auf dem ganzen Kontinente siegreich. Es war kein kleiner Entschluß, den man hier faßte: neben England der einzige ehrlich-liberale und konstitutionelle Staat in Europa zu bleiben. Nach der Schlacht von Novara übernahm ein aufrichtiger und einsichtiger Patriot, der Marchese Massimo d'Azeglio (geb. 1798), den Vorsitz im piemontesischen Ministerium. Der Staat war durch den unglücklichen Krieg in eine schwierige Finanzlage gebracht worden, und die radikalen Tollhäusler, die sich in das Unabwendbare nicht fügen wollten, bedrohten jeden Augenblick durch irgend einen wahnsinnigen Streich die Ordnung und den Frieden, welche doch eine unumgängliche Notwendigkeit waren, und vermehrten die Verlegenheiten der Regierung. Der König selbst, ein guter Soldat, ehrlich, von gesundem Verstande, aber sonst von sehr gewöhnlichen Fähigkeiten, überließ die Regierung gern klügeren Männern, um sich einstweilen, bis man seiner bedürfe, auf seine Weise zu unterhalten. Die leitenden Männer, d'Azeglio, Siccardi u. a. erkannten, daß man keinen Augenblick der Friedenszeit ungenutzt verstreichen lassen dürfe, um in der Stunde der Gefahr, von welcher jedermann wußte, daß sie wiederkommen würde, und niemand wußte, wann sie wiederkam, als ein nicht bloß militärisch gerüsteter, sondern auch innerlich gesunder Staat dazustehen. Die Verfassung wurde als unverbrüchliche Grundlage festgehalten, und es gelang, eine Kammer mit besonnener Mehrheit zu stande zu bringen. Dieser Versammlung, welche der harten Wirklichkeit Rechnung trug und den Friedensvertrag mit Österreich ohne weitere Redensarten 130 gegen 17 Stimmen genehmigte, wurden im Februar 1850 einige Gesetze vorgelegt, welche die Geistlichen in Civil- und Kriminalsachen vor das bürgerliche Gericht wiesen, Arbeit nur an den höheren Feiertagen untersagten, Erwerbung von Grundeigentum und Annahme von Schenkungen für die geistlichen Korporationen an die Genehmigung der Regierung knüpften: vortreffliche Gesetze, bestimmt, den klerikalen Übermut auch hier, wo er noch breit im Neste saß, zu

brechen. Unter den Rednern, welche in der Zweiten Kammer für diese Vorlage auftraten, machte sich der Graf Camillo Benso di Cavour bemerklich, der bald den richtigen Platz am Steuerruder seines Staates einnehmen sollte. Am 10. August 1810 als der Sohn eines altadligen Hauses zu Turin geboren, begann er seine Laufbahn als Offizier, warf sich dann auf die Landwirtschaft, trat als Journalist dem Radikalismus entgegen und machte, unabhängig durch Reichtum, Charakter, Kenntnisse, von einem mächtigen Ehrgeize vorwärts getrieben, in jedem Kreise, in den ihn die rasch wechselnden Verhältnisse führten, seine persönliche Überlegenheit geltend. Die Lage Italiens und seines engern Vaterlandes, hoffnungsreich und gefährlich zugleich, gab dieser wie so mancher andern edlen Kraft einen höheren Schwung und zeigte ihr große Ziele; niemals war Italien an Hochbegabungen reicher als in dieser Zeit. Mit 130 gegen 27 Stimmen wurde diese Gesetzvorlage, die Siccardischen Gesetze nach dem Minister, der sie vorgelegt, genannt, angenommen (9. März); die Minorität setzte sich aus Radikalen, welche glaubten, daß man Papst und Klerus und eine Jahrtausende alte Kirche mit einemmal in die Luft sprengen könne, und aus den Ultramontanen zusammen. Im Sinne der letzteren protestierte am 18. März der päpstliche Nuntius gegen diese „Erniedrigung des Priestertums" und reiste ab; der Erzbischof von Turin, Fransoni, ging weiter und untersagte seinen Priestern, einer gerichtlichen Vorladung Folge zu leisten; man wußte dem Gesetze aber Achtung zu verschaffen und ließ den hochmütigen Prälaten eine Gefängnisstrafe auf der Citadelle von Turin absitzen. Vergebens strengte diesmal die Partei ihre Kräfte an, machte, während sie ihrer Gewohnheit nach über unerträglichen Druck klagte, den zügellosesten Gebrauch von der verfassungsmäßigen Preßfreiheit und peinigte, ebenso konsequent wie barbarisch, solche, welche den Siccardischen Gesetzen zugestimmt hatten, mit Verweigerung der Sakramente in der Sterbestunde: so den Minister Santa Rosa, an dessen Stelle 11. Oktober 1850 Cavour die beiden Ministerien des Ackerbaues und des Handels übernahm.

In ihm war der rechte Mann für die Schöpfung des italienischen Nationalstaates gefunden. Er erkannte dies als seine Lebensaufgabe, und dieses Bewußtsein verdoppelte ihm die gewaltige Kraft, mit welcher die Natur ihn ausgerüstet hatte; zugleich gab er der Welt den Beweis, daß ein bedeutender Mann mit den Mitteln des parlamentarischen Staates weit mächtiger ist, als er es in einem absolut regierten sein könnte. Anders als der blinde Radikalismus und der flache Liberalismus wußte er die religiösen Kräfte nach ihrem wahren Werte zu schätzen: mit der ultramontanen Partei aber und ihrem Standpunkte

war er fertig: „Der gefährlichste Feind der Menschheit ist der Ultramontanismus" hatte er schon 1842 geschrieben. Die Schmähungen der Partei berührten ihn wenig. Dem Italiener imponiert der Ultramontanismus ohnehin weniger, da die Werkstätte, wo derselbe seine Blitze schmiedet, für ihn diesseit der Berge, in seiner unmittelbaren Nähe liegt, wo die Dinge ihren grandiosen Schein verlieren.

Im April 1851 übernahm Cavour, der über eine riesige Arbeitskraft verfügte — wie die Staatsmänner im alten Rom empfing er seine Besuche am frühesten Morgen —, noch ein drittes Ministerium, die Finanzen, und er erkannte richtig, daß es gegen die unglücklichen Nachwirkungen des letzten Krieges, wie für die unerläßlichen Forderungen, welche diesem Staat seine hohe nationale Aufgabe stellte, nur ein Mittel gab — die Steigerung der Steuerkräfte des Landes durch Befreiung der Arbeit. Eine Reihe von Handelsverträgen, die er zu stande brachte, bildete so sein erstes Verdienst. In einer Reihe trefflicher Reden erläuterte er seine freisinnige Handelspolitik, die ihm durch widrige Naturereignisse, Mißwachs, Traubenkrankheit, Krankheit der Seidenwürmer ungewöhnlich erschwert wurde. Im Jahre 1848 hatte das Land 18, im Jahre 1854 schon 420 Kilometer Eisenbahn. Durch diese Politik näherte sich Piemont besonders England: eine wertvolle Freundschaft, wenn ihre Früchte auch langsam reiften und nur vorbereitend, nicht entscheidend wirkten. Selbst mit Österreich kam ein Handelsvertrag zu stande, da Cavour verständig und hochgesinnt genug war, einzusehen, daß das Leben der Völker nicht ganz aus Politik besteht, sondern große und weite Gebiete vorhanden sind, auf denen sich auch solche vertragen können, welche die Politik zu Feinden macht: — ganz abgesehen davon, daß vielleicht doch einmal eine Zeit kam im raschen Wechsel der menschlichen Dinge, wo Österreich und Italien nicht mehr natürliche Feinde zu sein brauchten. Mit großem Geschick steuerte so die Regierung, von zwei ausgezeichneten Männern geleitet, durch ein Meer von Gefahren. Als sie es unternahmen, an den kirchlichen Finanzmißbräuchen zu rühren — im Königreich kam auf 227 Seelen ein Kleriker, auf 146 000 ein Bischof; in Belgien und Österreich ein Kleriker auf 500 Seelen, und den 36 Bischöfen und 6 Erzbischöfen Piemonts hatte Belgien bei einer Bevölkerung von beinahe gleicher Zahl nur 6 Bischöfe gegenüberzustellen —, da erneuerte sich das Wutgeschrei des hohen Klerus, welches die minder lauten Klagen des schlecht bezahlten niederen Klerus, dem Cavour auf Kosten jenes gemeinschädlichen Überflusses aufgeholfen wissen wollte, übertönte. Als nach dem französischen Staatsstreiche, welcher durch die Verbindung Napoleons mit den Ultramontanen die Sache Piemonts und Italiens mit neuen Gefahren bedrohte, die Regierung mit verständiger Voraus-

sicht, um nicht in die Lage zu kommen, fremdem Drucke nachzugeben, Ende 1851 ein Gesetz wider maßlose Zeitungsangriffe gegen die Person fremder Fürsten einbrachte: da schrie man auf der Linken über Verrat an der Freiheit: aber mit Geschick, im rechten Augenblicke, wußte Cavour die gemäßigteren Elemente von rechts und von links um sich zu sammeln. So in der Preßfrage Rattazzi und seine Genossen vom linken Centrum gegen Menabrea und die Rechte, welcher Cavour früher selbst nahe gestanden hatte, indem er klug und den Einsichtigen verständlich erklärte, daß die Regierung in inneren Fragen niemals die verfassungsmäßige Preßfreiheit schmälern lassen werde.

Den einzelnen parlamentarischen Verbindungen und Konstellationen braucht unsere Geschichte nicht zu folgen. Mehr und mehr und mit steigendem Erfolge bemächtigte sich Cavour der alleinigen Leitung. Auf der anderen Seite gereichte es den Parteien der Kammer zum Ruhme, daß sie mehr und mehr der Leitung des großen Staatsmannes sich vertrauten: namentlich die Rechte, die Konservativen, erhoben sich dazu, „in der Regierung nicht eine Partei, sondern die Nation zu sehen"; was so bald nach dem Chaos von 1848 alle Anerkennung verdiente. Die Verbindung d'Azeglios mit Cavour löste sich im Jahre 1852 aus Anlaß der Wahl Rattazzis zum Präsidenten der Kammer, und Cavour trat aus dem Ministerium, das im übrigen die von ihm vorgezeichnete Bahn einhielt und fortfuhr, zwischen rechts und links, langsam aber entschieden und ohne Hintergedanken vorwärts zu steuern. Die Regierung bewies dies in der Regelung der gesetzlichen Form der Eheschließung, die im Juni und Juli dieses Jahres heftige Kammerdebatten hervorrief. Das Gesetz verfügte, daß der kirchlichen Trauung binnen 24 Stunden die bürgerliche Registrierung folgen müsse, und gestattete bei Weigerung der Trauung durch den Priester die sogenannte Notcivilehe: dasselbe ward angenommen, trotz des Ärgers der Kurie, die indes in Frankreich ja sogar die obligatorische Civilehe sich hatte gefallen lassen und nicht daran gestorben war. Im Oktober desselben Jahres entsagte d'Azeglio, dessen Gesundheit längst erschöpft war, seinem Posten und trat in eine ehrenvolle Armut zurück. Er selbst empfahl dem Könige Cavour, in welchem Viktor Emanuel selbst, der ein richtiges Urteil besaß, früh den Mann der Zukunft erkannt hatte. Viktor Emanuel, dem Cavour persönlich unbequem war, wollte eine Aussöhnung mit der Kurie, vor deren Blitzen er bangte, während jener erklärte, daß er deren Anmaßungen nicht nachgeben werde: er beauftragte einen Konservativen, Balbo, mit der Bildung eines Kabinetts: da dieses nicht zu stande kam, so entschloß er sich doch zu Cavour. Am 4. November 1852 trat dieser an die Spitze der neuen Verwaltung.

Es war ein kühner Schritt, da dieses Ministerium Napoleon nicht für sich, Österreich und die gesamte europäische Reaktion samt dem Papste gegen sich hatte. Österreich in seiner thörichten Wut rächte sich durch ein barbarisches Dekret, welches ein Mazzinistisches Attentat benutzte, um Beschlag auf die Güter der lombardischen Ausgewanderten zu legen (13. Februar 1853). Cavour nahm den Kampf auf. Ruhig und mutig ergriff er das Wort, bereits im Namen der italienischen Nation, und legte in einer Denkschrift an die Großmächte diesen niederträchtigen Racheakt klar, der ohne irgend welchen gerichtlichen Beweis die Emigrierten insgesamt entgelten ließ, was der kleine Bruchteil einer extremen Partei verbrochen hatte. Noch war es nicht Zeit, die Waffen zu ergreifen; es war kühn genug, daß man den Gesandten von Wien abrief; aufs neue aber ward, besonders durch die englische Presse, der europäischen Welt klar gemacht, welche schlechte Sache Österreich in Italien führte. Napoleon verhielt sich kalt, er konnte mit den Klerikalen nicht brechen, deren Sache Österreich zu der seinigen gemacht hatte. Und auch in Piemont selbst war der Klerus noch sehr mächtig; dies, neben den Finanzen, welche an die Opferfähigkeit des italienischen Zukunftsstaates die stärksten Anforderungen stellten, bildete Cavours Hauptschwierigkeit. Eines wie das andere drängte ihn zur Brechung des klerikalen Einflusses: massenhafte Petitionen aus dem Lande verlangten Aufhebung der Klöster, Verminderung der Bistümer, Einziehung der Kirchengüter. Cavour wußte auch hier zu mäßigen; er eignete sich nur das Unumgängliche an, stand für die Sache der Billigkeit, die Verbesserung der Besoldungen der Pfarrer z. B. ein, ließ sich aber bei diesem Unumgänglichen weder durch Exkommunikations- noch Interventionsdrohungen schrecken: man bekämpfte Österreich, indem man Rom bekämpfte. Durch ein Gesetz vom Februar 1855 wurden 334 Ordenshäuser mit 4280 männlichen und 1100 weiblichen Insassen aufgehoben, während noch immer, zum Beweise, wie hoch von nöten das Gesetz gewesen, 22 Orden mit 264 Häusern und 40000 Köpfen bestehen blieben. Der Papst sprach, noch ohne Nennung des Namens, die Exkommunikation über die Urheber und Vollstrecker dieses Gesetzes aus.

Inzwischen bot sich durch die mittlerweile eingetretene europäische Verwickelung, den Russisch-Türkischen Krieg und die Allianz der Westmächte, eine günstige Gelegenheit, die Lage Piemonts wesentlich zu verbessern. Alle die Jahre her hatte der wackere Staat, ein einsamer Nachen auf feindlichem Meere, unter ungünstigem Winde, überladen, aber von gesundem Holze, den Gefahren getrotzt; mit Sorgen hatten, die ihn steuerten, die Zeichen des Himmels beobachtet. Jetzt fing der Wind, bisher feindlich, kaum merkbar an, sich zu drehen. Der große

Staatsmann stellte, ohne daß jedermann seine Bewegungen sofort verstand, die Segel zurecht, um ihn einzufangen. England fühlte das Ungenügende seiner Landmacht und wendete sich daher seinem alten Subsidiensysteme zu; am 26. Januar 1855, sahen wir, trat Sardinien dem englisch-französischen Bündnisse zur Erhaltung der Integrität der Türkei bei, die ja in der That auch ein italienisches Interesse war: seine Truppen beteiligten sich bei den Kämpfen um Sebastopol.

Diese Allianz war ein kühner, ein zugleich genialer und wohlüberlegter Gedanke. Die Kämpfe an der Seite der englischen und französischen Truppen hoben das Selbstgefühl der Soldaten, welches durch die Niederlage im Unabhängigkeitskriege gelitten hatte, und sie bildeten für diejenigen, welche die Expedition mitmachten — es waren mehr, als vertragsmäßig bedungen war —, eine vortreffliche Schule; dies Waffenbündnis verpflichtete die Westmächte, namentlich England, in einem Zeitpunkte, wo diese Allianz — die erste, zu welcher ein Staat vom zweiten Range sich entschloß — einen hohen Wert besaß, und es war zugleich ein guter Schachzug gegen Österreich, dessen halbe, zögernde und fast zweideutige Politik dadurch in einem um so ungünstigeren Lichte erschien. Vor allem aber: Cavour erwarb sich dadurch das Recht und die Gelegenheit, zum äußersten Verdrusse Österreichs, an dem Friedenskongresse in Paris teilzunehmen und in einer der Sitzungen, welche dem eigentlichen Friedenswerke folgten, die Lage Italiens, die Besetzung der römischen Staaten durch österreichische und, setzte man anstandshalber hinzu, französische Truppen zur Sprache zu bringen. Die Forderungen, die er anregte, abzuweisen, zu parieren, war für den österreichischen Gesandten nicht schwer; noch kam man nicht weiter als zu bitteren Worten, wie z. B. Lord Clarendon bei dieser Gelegenheit die päpstliche Regierung eine Schmach für Europa nannte: die Hauptsache war, daß England und der Kaiser Napoleon für den Gedanken gewonnen waren, es müsse etwas für Italien geschehen. England freilich hielt sich nach seiner Weise — ein thätiger Beistand war von dorther kaum zu erwarten, und der Kaiser Napoleon war, obwohl entschlossen etwas zu thun, doch langsam zur That, wartete, überlegte — noch ohne greifbaren Erfolg kehrte Cavour vom Kongresse zurück: er machte sich darauf gefaßt, vom Amte zu treten. Allein die Kammer verstand ihn, und der italienische Scharfsinn erkannte wohl, was erreicht war: Cavour hatte bei der Konferenz nicht mehr als piemontesischer, sondern er hatte bereits als italienischer Gesandter gesprochen. Piemont hatte Alliierte oder war im Begriffe, solche zu finden, während Österreich sich durch seine Politik im Krimkriege völlig vereinzelt und außerdem in Rußland einen Todfeind aufgeladen hatte.

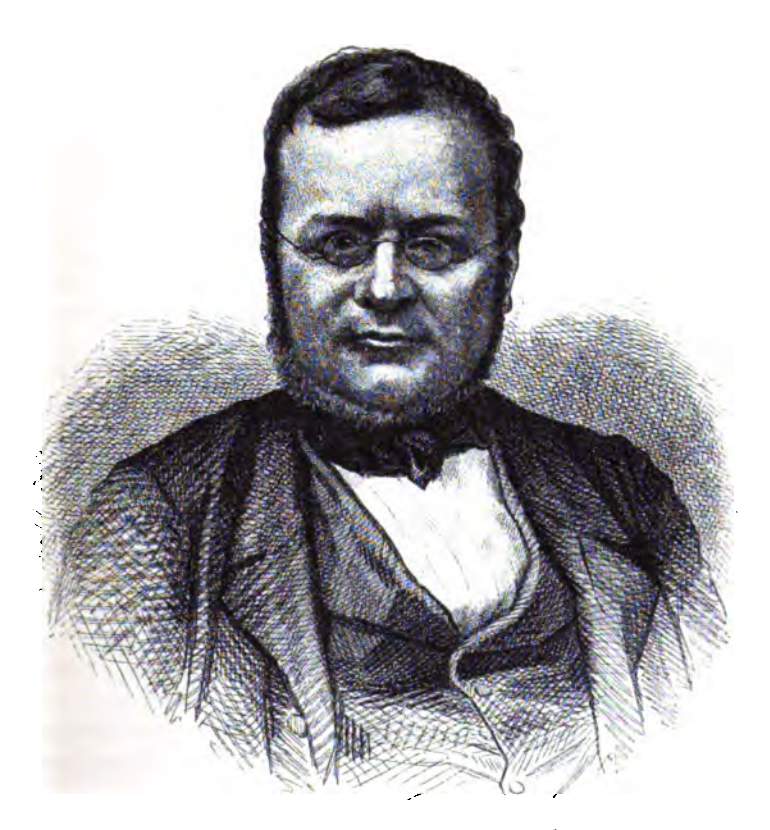
Zwischen Österreich und Piemont war keine Versöhnung möglich, und fast gefiel sich Cavour in der Rolle, den „plumpen Stier“ zu reizen, ihm, wie in Spanien bei den Stiergefechten geschieht, bald da bald dort kleine Brandpfeile zu stecken, um seinen Grimm zu stacheln. Der österreichische Minister, Graf Buol-Schauenstein, diesem Gegner wenig gewachsen, machte seinem Groll in einer Note Luft (6. Mai), in welcher das alte und eine Lied der geistesarmen Macht aus den Tagen Metternichs, das Gerede von „den Staatsmännern, die sich nicht scheuten, an die Leidenschaften und die Mächte der Zerstörung zu appellieren“, zum Überdrusse wiederholt war. Die Stimmung in Italien hob sich; es war offenbar, die reaktionäre Hochflut hatte ihre Grenze erreicht und begann zu ebben; allenthalben fingen die liberalen Kräfte wieder an, sich vom Boden zu erheben. Der Gedanke, um Piemont und die savoyische Dynastie sich zu sammeln und auf diesem Wege, nicht durch ziellose revolutionäre Anläufe nach den Eingebungen des alten Schadenstifters Mazzini die Unabhängigkeit und Einigung Italiens zu suchen, machte sichtbare Fortschritte selbst im Lager der bisherigen Radikalen. Der Exdiktator von Venedig, Manin, der in Paris als Sprachlehrer das kümmerliche Brot der Verbannung aß, und ebenso der ehrliche, ehrenwerte Garibaldi, der einzusehen begann, daß man nicht mit Freischaren eine Armee wie die österreichische brechen könne, und mit ihm viele andere befreundeten sich mit jenem Wege, wogegen freilich manche Verbissene, eben wie einige Jahre später auch in Preußen geschah, murrten, daß die Freiheit dem Militarismus geopfert werde. Im August 1857 gewann dieser Gedanke der Einigung Italiens unter den Auspicien Piemonts bestimmtere Gestalt durch die Gründung des italienischen Nationalvereins, der bald die trefflichsten Männer Italiens in seinen Reihen zählte, und der insofern einen großen und nicht bloß für Italien bedeutungsvollen Fortschritt darstellte, als er keine Karbonaria mit heimlichen Zusammenkünften und mysteriösen Symbolen war, sondern offen und am hellen Tage mit den ehrlichen Mitteln der Presse und der öffentlichen Rede wirkte. Der König Viktor Emanuel war mit dem Gedanken dieser Verbindung einverstanden: wenn es Zeit sei, möge man ihn rufen — denn die Beratungen waren seine Sache nicht. Alle Kräfte wußte sein großer Minister nach dem einen Ziele zu lenken, wie er denn mit Rußland wieder ins beste Vernehmen trat. Nicht umsonst machten die österreichischen Blätter und die scheinbar unabhängigen deutschen Zeitungen, die es mit Österreich hielten, einen so gewaltigen Lärm, als Piemont einiges Land bei Villafranca in der Nähe von Nizza zum Zweck der Anlegung einer Kohlenstation pachtweise an Rußland abtrat: und man bemerkte es sehr, daß die russischen Großfürsten bei einer Reise zur

Kaiserin-Witwe von Rußland, die im Kurort Nizza sich aufhielt, dem Könige Viktor Emanuel einen Besuch machten, nicht aber dem Kaiser Franz Joseph, der eben in Mailand verweilte und also so leicht zu erreichen gewesen wäre. Cavour erneuerte überdies den Versuch, die italienischen Fürsten zu einer nationalen Politik zu bestimmen; bei Ferdinand von Neapel, sogar beim Papste pochte er an, aber freilich ohne Erfolg. Immer schärfer wurden die Noten, die er mit Österreich wechselte. Er gab sich kaum mehr die Mühe, zu verbergen, daß er auf den Krieg lossteure. Im März 1857 riefen beide Staaten ihre Geschäftsträger ab; im gleichen Jahre verlangte Cavour vom Parlamente die Mittel, die Festung Alessandria — sie erinnerte an die Kämpfe früherer Jahrhunderte gegen die „Tedeschi" — wieder aufzurichten und auszubauen, indem er sich darauf berief, daß die Österreicher Piacenza, das ihnen nicht einmal gehörte, ebenfalls zu einem starken Bollwerk machten. Eine nationale Subskription, von Manin angeregt, sollte ein Geschenk von 100 Kanonen für die nationale Festung zusammenbringen.

Mit leichter Mühe wurden so die Erfolge der Reise des österreichischen Kaisers in seine italienischen Provinzen, dürftig wie sie waren, vereitelt. Gefährlicher als diese Reise schien für Cavours Politik das Attentat Orsinis, welches notwendig, so glaubte man fest, den Kaiser von Frankreich den italienischen Nationalitätsbestrebungen abgeneigt machen mußte: was allerdings vielleicht logischer war, als die furchtbare Knechtung Frankreichs, das diesmal zu dem Attentate nichts als den Boden und die unschuldigen Opfer geliefert hatte. Allein zu früh jubelte man im österreichischen Lager. Louis Napoleon war weniger von Stimmungen abhängig, als Fürsten, die, im Purpur geboren, von Schmeichlern oder befangenen Menschen umgeben, schwerer dazu gelangen, die Wirklichkeit der Dinge ohne vorgefaßte Meinung kennen zu lernen. Er kannte Italien und hatte eine Zeitlang selbst in der Atmosphäre gelebt, in welcher jene verzweifelten Anschläge zu reifen pflegen. So war die Wirkung des Attentates vielmehr die entgegengesetzte. Die ganze Haltung des Verbrechers wie die Motive, aus denen die That entsprungen war, machten ihm einen tiefen Eindruck: „Ich gehe zum Tode mit dem Troste, daß Ew. Majestät von wahrhaft italienischen Gesinnungen beseelt sind" lautete das Schlußwort des Briefes, den Orsini zwei Tage vor der Hinrichtung schrieb, und der Veröffentlichung dieses Schreibens wurde kein Hindernis in den Weg gelegt. Cavour seinerseits kam geschickt zu Hilfe, indem er einen Gesetzentwurf einbrachte und durchsetzte, der die Presse, sofern sie den Fürstenmord predige, nicht vor die Geschworenen, sondern vor die ordentlichen Gerichte wies; zugleich instruierte er die piemonte-

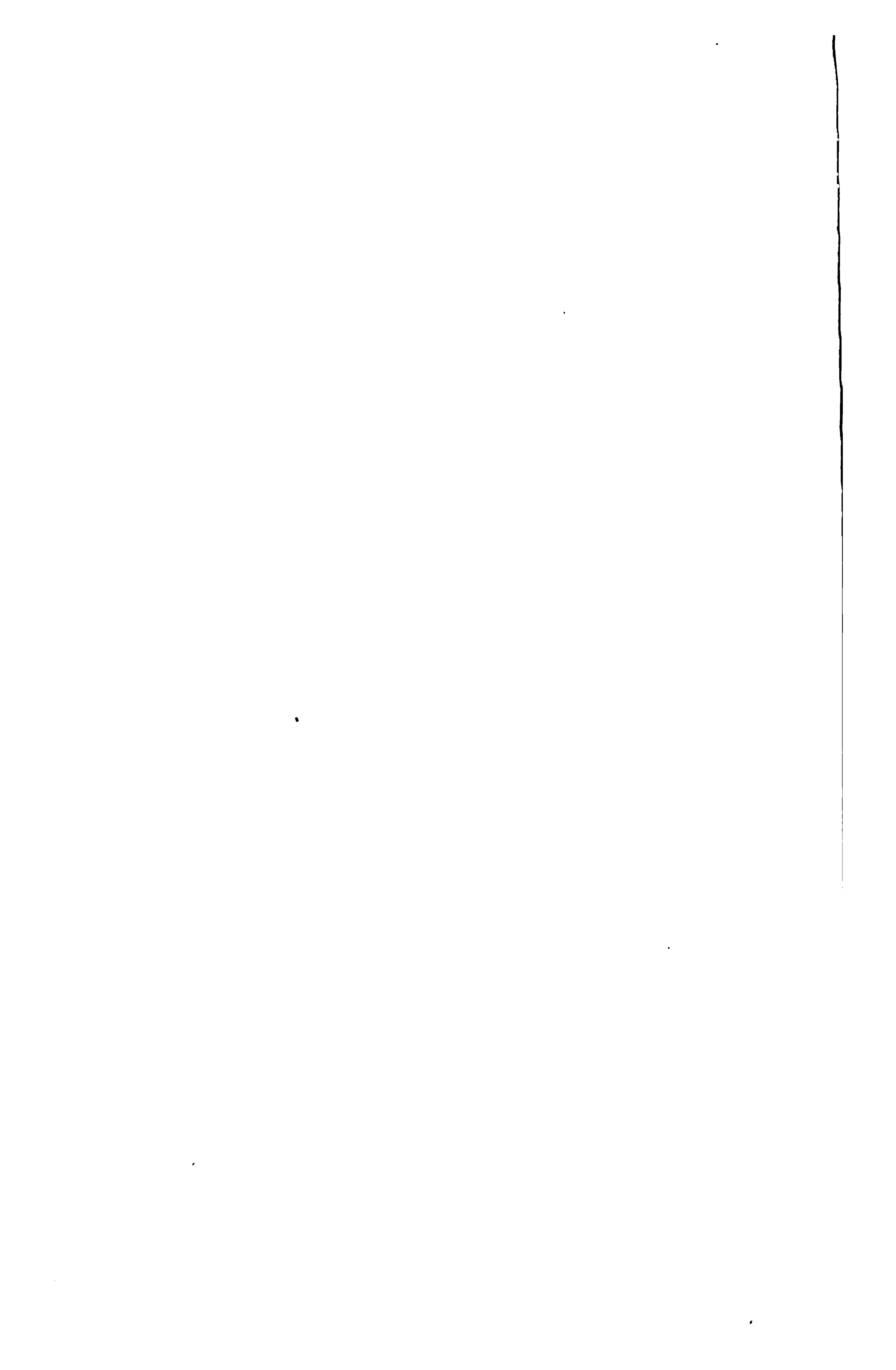
sischen Gesandten, die Höfe, bei denen sie beglaubigt seien, darauf hinzuweisen, wie das Attentat aufs neue zeige, daß das Motiv entfernt werden müsse, welches überspannte Köpfe zu solchen Verbrechen stachle. Im Sommer 1857 fanden Neuwahlen zur Kammer statt. Vergebens setzten die Klerikalen Himmel und Hölle in Bewegung, stellten die Krankheit der Seidenraupen und der Reben und die Überschwemmungen jenes Jahres als unzweifelhafte Zeichen des göttlichen Zornes dar; sie erlangten dennoch nur 40 Stimmen gegen 58 Ministerielle, denen sich die 26 Radikalen in allen Hauptfragen anschlossen. Allerdings war die innere Lage ernst wie die äußere, da das kleine Land — fünf Millionen Seelen nach der Zählung von 1857 — auf die Dauer schwer an den Lasten trug, welche die nationale Aufgabe und die militärischen Rüstungen, die mit immer steigendem Nachdrucke betrieben wurden, ihm auferlegten. Doch konnte Cavour andererseits auch große Erfolge seines volkswirtschaftlichen Systems aufzeigen. Die Industrie hatte sich gehoben; die Arbeitslöhne waren gestiegen; einige notwendige Lebensbedürfnisse, Kleidungsstoffe, Salz, Brot, waren wohlfeiler geworden.

Und unterdessen rückte auch der Gedanke eines Bündnisses mit Napoleon seiner Verwirklichung näher. Dasselbe war bedenklich, wie man sich nicht verhehlte: die Allianz war nicht umsonst zu haben. Sie kostete ein schweres Opfer, die Abtretung Savoyens, der Wiege des Königshauses, und dabei hatte Napoleon seinerseits nicht die Absicht, ein ganzes und großes Italien zu schaffen, sondern nur ein um die Lombardei, auch etwa Venezien, Modena, Parma vergrößertes Piemont, neben einem bequemen Staatenbunde, ähnlich dem deutschen, mit Erhaltung des Papstes, vielleicht mit einem Murat auf dem Throne Neapels, einem andern Napoleoniden in Toscana: aber immerhin: wenn nur erst die Österreicher aus Italien verdrängt, ein vergrößertes Piemont geschaffen war. Im Juli 1858 erhielt Cavour eine Einladung nach dem Vogesenbade Plombières, wo die beiden Staatslenker ohne Zuziehung weiterer Vertrauensmänner längere Unterredungen pflogen. Sie führten zu einem Ziele; die Rollen wurden verteilt und eine dynastische Verbindung ward gestiftet zwischen dem Vetter des Kaisers, dem Prinzen Napoleon, und einer Tochter des Königs Viktor Emanuel, der weniger spröde war als die übrigen legitimen Dynastieen. Mit neuem Nachdruck trieb die piemontesische Presse zum Krieg, von dem nun die einflußreichsten Männer auch außerhalb der Regierung, wie Garibaldi, wußten, daß er unmittelbar bevorstand; desgleichen warf sich die französische Presse ins Geschirr, um gegen die italienische Stellung Österreichs anzugehen; am 1. Januar 1859 aber lüftete der Kaiser Napoleon selbst die Maske. „Ich bedaure sehr", sagte er beim Empfange des



Graf Cavour, italienischer Ministerpräsident.

(Nach Metzmacher.)



diplomatischen Corps, indem er sich zu dem österreichischen Gesandten, Baron Hübner, wandte — „ich bedaure sehr, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gut sind, wie früher; ich bitte Sie aber, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer dieselben sind."

Dies war der berühmte Neujahrsgruß von 1859, mit welchem der Kaiser Napoleon sich anschickte, entscheidend in das Schicksal Italiens einzugreifen und das kaiserliche Frankreich zunächst an die Spitze der Völker der „lateinischen Rasse", wie man dort die Romanen nennt, zu bringen.

4. Spanien, Portugal, Belgien.

Es ist vielleicht am Orte, sich zu vergegenwärtigen, wie es in dem Augenblicke, in welchem ein Glied dieser romanischen Völkerfamilie, sein Schicksal kühn herausfordernd, eine Ära entscheidungsvoller Kämpfe begann, in der übrigen romanischen Welt Europas stand. Während die Italische Halbinsel sich auf diese Kämpfe mit steigendem Ernste und wachsender Klarheit rüstete, verharrte die Pyrenäische in einem Zustande, den man trotz allem, was dort geschah, einen geschichtslosen zu nennen versucht ist. Auf den 8436 Quadratmeilen des spanischen Bodens lebten (nach der Zählung von 1849) beinahe 14 Millionen Einwohner, ihrer 1654 auf der Quadratmeile; seine außereuropäischen Besitzungen, im Jahre 1808 noch ein ganzer Weltteil, eine gewaltige Herrschaft von 310 000 Quadratmeilen, waren bis auf einen Rest von 5187 Quadratmeilen abgeschmolzen, und wie lange man diesen Rest würde behaupten können, war zweifelhaft; der Wert der Ausfuhr betrug um jene Zeit 58 Millionen jährlich, der der Einfuhr 71 Millionen, obgleich sich die Industrie etwas gehoben hatte. Dagegen aber war vom Boden des Landes nur etwa die Hälfte angebaut, und übler noch stand es mit der Kultur der Menschen: nur etwa ein Viertel der schulbedürftigen Jugend genoß irgend welchen Unterricht. Die Zahlen, welche die kriegerischen Kräfte des Landes kennzeichneten, hörten sich noch immer stattlich an: 132 000 Mann Landmacht, 179 Kriegsfahrzeuge, 125 Festungen (1853); aber an dem, was wirklich Macht und Bedeutung der neueren Staaten bestimmt — dem selbständigen Anteile am europäischen Geistesleben, welches im letzten Grunde doch auf der Reibung der religiösen Gegensätze beruht —, war Spanien, wo man von diesem befruchtenden Gegensatze nichts wußte, im Vergleiche mit früheren Zeiten mehr und mehr zurückgegangen und verarmt.

Die Ereignisse dieses Zeitraumes sind bald erzählt. Am 17. Juli

1854 erhob sich das Volk von Madrid wieder einmal gegen die bestehende Regierung im Namen und für das Programm eines progressistischen Generals, Leopold O'Donnells, der einen Teil der Truppen für sich hatte. Repräsentativregierung, Decentralisation, Beseitigung der Kamarilla, strenge Vollziehung und zugleich Verbesserung der Gesetze, Verringerung der Abgaben, Nationalgarde — das war diesmal das Programm der Bewegung, welche besonders gegen die Königin-Mutter Christine gerichtet war. Die Entlassung des Ministeriums des Grafen San Luis genügte nicht; die Menge rief nach dem Haupt und Helden des spanischen Liberalismus, Espartero, der aus seiner Zurückgezogenheit zu Logroño hervortrat und scheinbar in Gemeinschaft mit O'Donnell die Geschäfte in liberalem Sinne leitete. Die Königin Christine ihrerseits schlug abermals den Weg nach der Grenze ein. Aufs neue griff man zu den Hausmitteln des Liberalismus, es gab verfassunggebende Cortes; man kam zu dem Papst in ein gespanntes Verhältnis, und am 23. April 1855 genehmigten die Cortes die Verkäuflichkeit der geistlichen Güter. Die Kurie protestierte: auf sie machte es keinen Eindruck, daß die Regierung in einer Denkschrift (August 1855) nachwies, zum Überfluß, daß kein Land dem Übermaß geistlichen Müßigganges größere Opfer bringe, als Spanien, daß in einzelnen Provinzen die Kosten für den Kultus den ganzen Steuerertrag überschritten. Die Königin widerstrebte, genehmigte aber schließlich das Gesetz dennoch, das freilich wenig half, weil von irgend einer dauerhaften Regierung, welche den Gesetzen Nachdruck hätte geben können, in diesem Lande keine Rede war. Denn O'Donnell, ärgerlich, daß ihm der Preis der Empörung entgangen und er nur der Fußschemel zur Erhebung des populären Herzogs von Vittoria gewesen, konspirierte insgeheim gegen die Sache, der er öffentlich zu dienen sich den Anschein gab. Er benutzte seinen Einfluß als Kriegsminister, um Leute, die ihm ergeben waren, in die wichtigsten Stellen zu bringen, bearbeitete die Garnison von Madrid, wobei er von dem Titularkönig auf seine Weise unterstützt wurde, und führte, als er die Zeit gekommen glaubte, im Juli 1856 einen Streit im Ministerium herbei, welcher Espartero bewog, seine Entlassung zu geben. Die Königin, geübt und geschult im Lügen, gab sich die Miene, als bedauere sie lebhaft diesen Schritt, gewährte aber die erbetene Demission und beauftragte O'Donnell mit der Bildung einer neuen Regierung. Dieser traf seine Maßregeln, verhängte über ganz Spanien unter nichtigen Vorwänden den Belagerungszustand (14. Juli), und da Espartero sich passiv verhielt, so wurden die vereinzelten Versuche, mit denen man in Madrid, Saragossa und anderwärts sich für die Sache der Progressisten erhob, leicht, obgleich nicht ohne Blutvergießen, vereitelt. Diese Vorgänge, sowenig

sie irgend eine Wirkung auf das dauernde Wohlbefinden des Landes übten, kosteten doch ihre Opfer so gut wie jene Kämpfe um die Farben der Wagenlenker im Cirkus von Konstantinopel: in dem Straßenkampfe zu Madrid am 16. Juli sollen die Truppen nicht weniger als 1764 Tote und Verwundete gehabt haben, die Nationalgarde deren 600. Dieses Blut floß ganz umsonst: auch O'Donnell hatte keinen anderen Zweck, als den, sich selbst an die Spitze zu bringen, und der Hof seinerseits hatte sich mit ihm nur verbündet, um die Progressisten los zu werden. Im August 1856 hob ein Dekret die Nationalgarde in ganz Spanien auf, im September wurden die konstituierenden Cortes aufgelöst, und am 15. September ward die Verfassung vom 30. Mai 1845 durch königlichen Erlaß wiedereingeführt. Aber es war an keine dauernde Verbindung zwischen O'Donnell und dem Hofe zu denken, da doch auch er aus dem liberalen Lager kam; bei seiner Partei hatte er sich durch seinen Verrat in Mißgunst und Mißachtung gebracht, und so war sein Spiel bald zu Ende; schon im Oktober desselben Jahres mußte er dem Haupte der Moderados, Narvaez, Herzog von Valencia, Platz machen. Vor allem wurde nun das gute Verhältnis zum Papst hergestellt, an welchem der Königin des Heils ihrer Seele wegen, um die es allerdings nicht zum besten stand, viel gelegen war: die Ankäufe geistlicher Güter wurden annulliert und das Sequester aufgehoben, welches auf die Güter der Königin Christine gelegt war. Dagegen hörte man April 1857, kurz nachdem eine Amnestie gegeben war, wieder von zahlreichen Verhaftungen in Madrid und anderen Städten, — gewöhnlichen Symptomen dafür, daß eine neue Schilderhebung sich vorbereite, und Ende Juni kam es auch wirklich zu einem Aufstande in Andalusien, der diesmal zur Abwechselung den socialistischen Charakter trug, und dessen Anführer, ein gewesener Hauptmann Caro, am 11. Juli mit 24 anderen erschossen ward. Im Oktober (1857) änderte sich dann die Scene abermals: Narvaez ward entlassen und ein gemäßigt liberales Ministerium ernannt, in welchem die Namen Martinez de la Rosa und Bermudez de Castro wieder auftauchen. Auch dieses fristete sein Leben nur bis zur Mitte des Januar 1858. Die Dynastie selbst schien sich zu befestigen durch die Geburt eines Prinzen von Asturien (November 1857); sie kam wenigstens einzelnen zu gute, da bei seiner Taufe eine Amnestie verkündigt wurde.

Die Geschichte Portugals entbehrt selbst desjenigen Grades von Interesse, auf welchen Spanien vermöge seines Umfanges, seiner Bevölkerungszahl und seiner Vergangenheit noch immer einigen Anspruch hat. Das portugiesische Land bildet, geographisch betrachtet, einen Teil von Spanien; es ist das Mündungsland seiner großen Ströme, sein Gestadeland am Atlantischen Ocean, den es auf einer Linie von 106

Meilen berührt, während es nirgends über 40 Stunden weit ins Innere der Halbinsel sich erstreckt, so daß auf je 14 Quadratmeilen Flächeninhalt eine Meile Küste kommt: gleichwohl hat das kleinere Land mit aller Zähigkeit dem siebenmal größeren gegenüber seine Selbständigkeit festgehalten. Sein Territorialumfang beträgt 1609 Quadratmeilen; die Bevölkerung, etwas dichter gedrängt als die Spaniens, belief sich im Jahre 1850 auf 3471000 Seelen, 2095 auf die Quadratmeile. Von seiner Bodenfläche dagegen waren, ein noch ungünstigeres Verhältnis als in Spanien, zwei Drittel unangebaut; Ackerbau, Viehzucht, Bergbau gleich sehr vernachlässigt; am meisten vernachlässigt der Volksunterricht, dessen sich nur etwa ein Zehntel der unterrichtsbedürftigen Jugend erfreute; von Buchhandlungen und Buchdruckereien wußte man außerhalb einiger größeren Städte nichts. Der Geschichte giebt dieses Land in dieser Zeit kaum etwas zu erzählen. Am 15. November 1853 starb die Königin Maria da Gloria mit Hinterlassung eines minderjährigen Sohnes, Dom Pedros V., für welchen sein Vater bis zu seiner Volljährigkeit (16. September 1855) die Regierung führte. Am 7. Juni 1856 hört man von einem freisinnigen Ministerium unter dem Marquis von Loulé, das Fortschritt und Verbesserungen verspricht in dem Lande, welches drei Erzbistümer und 24 Bistümer zählte; im Herbste 1857 von heftigem Wüten des gelben Fiebers zu Lissabon, wobei der junge König, der sich überhaupt als einen Mann von gutem Willen und tüchtiger Gesinnung zeigte, rühmlichen Mut bewies. Derselbe vermählte sich am 29. April 1858 mit einer deutschen Fürstentochter, der Prinzessin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen.

Einen andern Anblick und eine ganz besondere Stellung zeigt Belgien, ein nur halb romanischer, aber wie Portugal fast ganz katholischer Mittelstaat. Des befruchtenden protestantischen Elementes entbehrt er so gut wie dieser. Unter einer Bevölkerung von 4426000 Seelen zählte er im Jahre 1850 nur 6578 Protestanten. Gleichwohl weist ihm seine geographische Lage, die Rührigkeit seiner Bevölkerung, die Einsicht des Herrscherhauses, welches eine glückliche Stunde ihm gegeben, einen weit größeren Anteil an der gemeinsamen Kultur- und Fortschrittsarbeit der Menschheit zu, als dem portugiesischen Lande. Auf 536 Quadratmeilen belgischen Bodens lebten fast 5 Millionen, was eine mittlere Volksdichtigkeit von 8200 Menschen auf die Quadratmeile ergiebt; sie konnten es nur bei fleißiger Arbeit, und so standen denn Landwirtschaft, Bergbau, Handel, Industrie in hoher und steigender Blüte, wogegen freilich die Statistik der Verbrechen und der Schulen weniger erfreuliche Bilder hervorruft. Von 100 Rekruten des Jahres 1853 z. B. waren 35 völlig unwissend, 9 konnten lesen oder schreiben,

22 lesen und schreiben, nur 34 lesen, schreiben und rechnen: man wundert sich nicht darüber, wenn man liest, daß 413 Klöster mit etwa 12 000 Mönchen und Nonnen im Lande waren. Der geistliche Einfluß, auf die ackerbautreibende Klasse gestützt, doch auch in den Städten noch mächtig, hielt derjenigen Art von Intelligenz und Bildung, welche Handel und Industrie verlangen und fördern, die Wage, und so dreht sich denn die politische Geschichte des Landes im Innern um den Gegensatz der beiden Parteien, die zur Erkämpfung der Unabhängigkeit des Landes eine Zeitlang sich vereinigt hatten, nach dem Siege aber wieder auseinandertraten, während die äußere Geschichte nur die Behauptung dieser Unabhängigkeit und die Aufrechthaltung der Neutralität zum Inhalt hat.

Von Holland her drohte dieser belgischen Unabhängigkeit keine Gefahr mehr. Es stellte sich ein ziemlich günstiges Verhältnis zwischen beiden Staaten her, bei welchem jeder Teil den andern seiner Wege gehen ließ. Dagegen schwebte die Gefahr, eines Tages von dem großen französischen Nachbarreiche verschluckt zu werden, beständig über dem belgischen Lande, und sie schien näher zu rücken, als der Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 einen Bonaparte auf den französischen Thron brachte. Es herrschte während dieser kritischen Zeit eine große Aufregung in Belgien, welche den König Leopold bewog, sich eng an Rußland und England anzuschließen, wie denn der ersteren Macht zuliebe durch ein Dekret vom 4. April 1852 die im belgischen Heere angestellten polnischen Offiziere außer Aktivität gesetzt wurden. Die Weisheit des Königs wußte mit der neuen Regierung Frankreichs sich auf einen ziemlich guten Fuß zu stellen, und diese ihrerseits konnte in der ersten Zeit nicht an irgend welche Schritte gegen Belgien denken, welche sofort eine Koalition mit England an der Spitze wider sie in Waffen gerufen haben würde. Theoretisch freilich stand es bei Napoleon III. fest, daß seine Dynastie nur dann fest gegründet sei, wenn Belgien und die Rheinlande dem Kaiserreich zurückgewonnen sein würden; in aller Behaglichkeit eines Nachtischgespräches soll er es bei seinem Besuche in England (1855) gegen den Prinzen Albert ausgesprochen haben;*) aber es eilte ihm nicht, Hand anzulegen, und so erhielt sich das gute Verhältnis in der schwierigen Zeit des Krimkrieges und in den bösen Tagen nach dem Orsinischen Attentat, wo die französische Regierung dem Asylrecht und der freien Presse der Nachbarländer gegenüber die ganze Reizbarkeit des bösen Gewissens verriet.

Von den beiden Parteien im Innern, den Klerikalen und den Liberalen, hatte keine ein so entschiedenes Übergewicht, daß sie

*) Von Sybel, Napoleon III.

dauernd das Regiment ausschließlich in ihrem Sinne hätte führen können. Man hat berechnet, daß von der Gründung des Königreichs bis zum Jahre 1858 vier bis fünf Jahre auf Übergangsministerien, dagegen 10 Jahre 11 Monate und 18 Tage auf die Liberalen und ebenso 10 Jahre 11 Monate und 2 Tage auf die Klerikalen kamen: so genau hielten sich die beiden Parteien die Wage, und es war bei dem König ein ausgesprochener Regierungsgrundsatz, daß er niemals ein Gesetz würde sanktioniert haben, welches die Herrschaft der einen Partei über die andere fixiert hätte: er hielt an dem mit Geschick von ihm auf diesen Boden verpflanzten englischen System fest, nach welchem die beiden großen Parteien, wie dort die Whigs und die Tories, abwechselnd die Regierung des Landes bildeten. Von Ende Oktober 1852 bis März 1855 führte ein gemäßigtes Ministerium, mit Henry de Brouckère an der Spitze, die Regierung; von da an ein entschieden klerikales, Dedecker (Inneres), Nothomb (Justiz), Vikomte Vilain (Auswärtiges); den klerikalen Standpunkt sprach der letztere mit den Worten aus, die sehr harmlos klingen: „Ich bin Katholik, und als solcher glaube ich mit der Fügsamkeit und der Einfalt eines Kindes an alle Wahrheiten, die im ersten besten Katechismus gelehrt werden," wogegen nichts zu sagen ist, solange es bei der Kindeseinfalt bleibt. Unter den Auspicien dieses Ministeriums wurde vom 21. bis 24. Juli 1856 mit großer Pracht das 25jährige Bestehen der Landesverfassung gefeiert, und bis in den September hinein verlängerten sich die Feste in den Provinzen. Mit allem Rechte: denn nicht viele Länder konnten sich in diesem Jahrhundert der Umwälzungen einer so langen unangetasteten Dauer eines künstlich geschaffenen Rechtszustandes rühmen. Dieser sichere neutrale Boden Belgiens war zugleich ein Gemeinbesitz Europas, und mit Vorliebe wählten ihn große europäische Versammlungen, wie der internationale Wohlthätigkeitskongreß und der Freihandelskongreß, welche beide in diesem Jahre (1856) in Brüssel tagten, zum Sitz ihrer Beratungen.

Die Klerikalen benutzten ihre Herrschaft, um auf wichtigen Gebieten, dem höheren Schulwesen und der öffentlichen Wohlthätigkeit, den kirchlichen Einfluß zu steigern. Was das erstere betrifft, so redeten sie, wie in solchem Falle die Parole lautet, von der Freiheit der Wissenschaft: wie sie diese verstanden, beweist ein Vorgang aus dem Jahre 1856, wo ein Professor des Naturrechts an der Staatsuniversität Gent von einigen Studenten denunziert worden war, als habe er die Gottheit Christi geleugnet. „Hätte er das gethan, so würde ich ihn binnen 24 Stunden abgesetzt haben", sagte der Minister Dedecker, der bei der Adreßdebatte im Jahre 1856 seinen Grundsatz in Beziehung auf die Freiheit des höheren Unterrichtes dahin erläuterte:

„Die relative Freiheit des Professors hat zur Grenze die Gewissensfreiheit des Schülers und die loyale und konstitutionelle Achtung vor dem Glauben der Familie", womit denn freilich die Freiheit des Professors dem Absolutismus des Glaubens gegenüber eine sehr relative wurde. Ein Examensgesetz, von der klerikalen Mehrheit der Kammer noch über den ministeriellen Entwurf hinaus verschlimmert, setzte die Ansprüche für die Staatsprüfungen herab und beseitigte die Maturitätsprüfungen für die Universitäten, so daß für den Besuch der letzteren schon ein Certifikat genügte, welches die geistlichen oder unter geistlichem Einflusse stehenden Privatschulen ebenso ausstellen konnten, wie die Staatsgymnasien: wodurch mithin die staatliche Aufsicht über diese von Geistlichen geleiteten Schulen so ziemlich aufhörte. Dieses Gesetz, welches in seiner Weise freilich eine Art von Freiheit der „Wissenschaft" schuf, ward trotz des Protestes der Universitäten von Gent, Lüttich und Brüssel angenommen. Nicht so gut gelang es mit dem Wohlthätigkeitsgesetz, das im Frühling 1857 die Kammer beschäftigte. Auch bei dieser Gelegenheit handelte es sich um eine Freiheit: nämlich um die Beseitigung der Staatsaufsicht über die Stiftungen zu wohlthätigen Zwecken aller Art. Dieselbe sollte durch die Aufsicht der **Kommunen** ersetzt werden, was in den meisten Fällen nichts anderes bedeutet haben würde, als die Sache einfach dem Klerus in die Hand zu geben. Diesmal aber ward die liberale Partei, welche in der Kammer nur 40 Stimmen gegen 60 klerikale musterte, unterstützt durch eine lebhafte Aufregung im Volke, das doch nicht ganz blind war gegen die Zunahme der Ordensbrüder und -schwestern, welche seit 1829 von 4800 auf etwa 15 000 gestiegen waren. Der Führer der Liberalen, Frère-Orban, rief den Ministern zu: wenn dieses Gesetz durchgehe — an den Senat war es noch nicht gelangt —, so werde bald im ganzen Lande der Ruf: „A bas les couvents!" nieder mit den Klöstern, sich erheben; auf den Straßen erhob sich bereits am gleichen Tage (27. Mai 1857) der deutlichere Ruf: Nieder mit der Kapuze, „à bas la calotte!" Die Aufregung über das „Kapuzinergesetz", die sich von Brüssel auf alle großen Städte verpflanzte, wuchs, so daß, um Schlimmeres zu verhüten, der König beide Häuser vertagte und am 13. Juni die Session 1856/57 schloß. Die Klerikalen, nachdem sie sich vom ersten Schrecken erholt, waren wütend über diesen „Sieg der Emeute über das Königtum": aber als am 27. Oktober bei der Wahl der Gemeinderäte die Liberalen einen vollständigen Sieg errangen, gab das klerikale Ministerium seine Entlassung ein, und der König bildete eine neue Regierung aus Liberalen, dessen bedeutendste Mitglieder der Minister des Innern Rogier, der Finanzen Frère-Orban und der Justiz Tesch waren. Die Zweite Kammer ward aufgelöst.

Unter einer Aufregung, wie sie seit 1848 nicht mehr gesehen worden, gingen die Neuwahlen vor sich. Die Niederlage der Klerikalen war diesmal vollständig: 70 Liberale gegen 38 Klerikale wurden gewählt. Freilich mußte das liberale Kabinett infolge des Orsinischen Attentates mit einer sehr wenig liberalen Maßregel beginnen. Beleidigung fremder Monarchen war seither nur verfolgt worden auf Verlangen der Beleidigten, jetzt geschah es ohne ein solches Verlangen nach dem Ermessen des Justizministers. Auch sonst, klagte man bald, benutze das liberale Ministerium seinen Sieg nicht; sehr erklärlich: ein wirklicher Fortschritt konnte nur durch Brechung des geistlichen Einflusses auf die Schulen geschehen, und hier kämpfte Fanatismus, Gewohnheit und Dummheit, welche vorläufig noch die größere Macht hatten, auf der Seite der Gegner.

B. Deutschland.

Man muß es wiederholen, daß die Jahre 1848—1852 hauptsächlich deshalb für das europäische Leben im 19. Jahrhundert die entscheidende Krisis und den Wendepunkt bilden, weil sie die deutsche Nation, welche die Mitte des Weltteiles innehat, nach langem Schlafe wieder zu einem neuen politischen Leben erweckten.

Die deutsche Nation hatte eine Entwickelung eigener Art genommen, deren Ausgangspunkt jene große Umwälzung des 16. Jahrhunderts war, die wir in emphatischem Sinne mit dem Namen der Reformation bezeichnen. Indem der germanische Geist, auf die ersten Quellen christlichen Glaubens und Denkens zurückgehend, gegen die romanische Verkehrung der Religion Jesu Christi in ein tyrannisches Kirchentum sich auflehnte, gab er das Zeichen zu einem jahrhundertelangen Kampfe von großartigstem Charakter, welcher der neueren Geschichte Gestalt und Gehalt gegeben hat. Hier in Deutschland, in der Mitte des Weltteils, war das Panier religiöser Freiheit aufgesteckt worden, und vorzugsweise hier auf deutschem Boden ward der gewaltige Kampf durchgefochten. Aber indem Deutschland durch Brechung der falschen Einheit des Romanismus sein geistiges Leben verjüngte, schlug es seinem politischen Leben eine, so schien es, unheilbare Wunde. Der Dreißigjährige Krieg, fast ausschließlich auf seinem Boden durchgekämpft, knickte die Blüte seines materiellen Wohlstands; er vernichtete seine politische Einheit und gab den deutschen Boden den eindringenden Fremden, den Schweden, den Franzosen, preis. Der Westfälische Friede ließ dem Kaiser nur mehr einen Schatten von Macht, zerriß den Reichstag in ein Corpus Evangelicorum und Catholicorum, gab die wichtigsten Rechte an die einzelnen Reichsstände und große Provinzen

an die Fremden; und diese Herrschaft der Fremden und der Einzelinteressen erreichte ihren Höhepunkt in der Napoleonischen Ära, wo vom Deutschen Reiche auch der Name verschwand. Es bedurfte der vereinten Kraft Europas, um diese Napoleonische Universalmacht zu brechen, die einen guten Teil ihrer Stärke eben aus der Geteiltheit des deutschen Wesens gezogen hatte; und hinwiederum that in dem Kampfe gegen diese Napoleonische Übermacht das kleine Stück geeinigter deutscher Kraft, das damals vorhanden war, der preußische Staat, das Beste. In dieser Krisis erwachte der Gedanke eines neuen deutschen Staatswesens, der noch den großen Heroen der deutschen Litteratur vollkommen fremd gewesen war, zu einem wirklichen Leben. Sehr bekannt ist das Epigramm, in welchem einer von ihnen von Deutschland sehr treffend und für seine Epoche sehr richtig sagt, er wisse das Land nicht zu finden*): — man begann jetzt nach diesem unfindbaren Lande ernstlich zu suchen, und die Träume und Hoffnungen einer exaltierten Jugend bildeten die ersten Regungen des erwachten politischen Lebens. Sie flogen der nüchternen Wirklichkeit weit voraus. Deutschland wurde, was Territorialbesitz betrifft, nur eben auf denselben Stand gebracht, wie im Westfälischen Frieden: die Grenzen des Deutschlands von 1815 waren nicht sehr viel enger als die von 1648, und die Fremden saßen wie 1648 im Hohen Rate des neuen politischen Körpers, welcher durch den Frieden von 1815 geschaffen war. Doch waren diese Fremden keine Mächte ersten Ranges; nicht von dieser Seite würde der deutschen Einheit, wenn sie sonst möglich gewesen wäre, das Hindernis gekommen sein. Das Hindernis lag vielmehr in der Nation selbst, welche — und dies war vielleicht zugleich der erste Schritt der Heilung — in der lockeren Föderation, zu welcher die Trümmer des alten Reiches jetzt kümmerlich zusammengefügt waren, nur die letzten Konsequenzen einer 300jährigen Entwickelung zog. Die Menge der selbständigen Glieder hatte sich im Verhältnis zu den Zuständen des vorigen Jahrhunderts etwas vermindert, dafür aber waren die übriggebliebenen etwas lebensfähiger geworden; ein anderer Feind der Einheit aber, gefährlicher als die Vielheit, die Zweiheit, der Dualismus Preußen und Österreich, der Gegensatz der norddeutschen und der süddeutschen, der protestantischen und der katholischen, der vorwärts strebenden und der stillstehenden Macht, war zu voller Stärke entwickelt.

Es war allerdings zunächst ein Studenten- und Professorengedanke, daß aus einer so chaotischen Welt auf dem Wege der Agitation und

*) Deutschland — aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden:
Wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf.

der Verschwörung eine politische Einheit hervorgehen könne: um so aussichtsloser, als niemand in der Nation oder in den kleinen Kreisen, welche in ihrem Namen aber auf eigene Hand über die Zukunft derselben spekulierten, gesonnen gewesen wäre, zu Gunsten dieser erhofften und erstrebten Einheit auf die Freiheit zu verzichten. Vielmehr setzte gleichzeitig und mit weit mehr wirklicher Energie das Streben nach Erringung volkstümlicher Institutionen in den einzelnen Staaten an und schuf, indem es die einzelnen Staaten in sich fester zusammenschloß und kräftiger organisierte, der politischen Einigung der Gesamtheit nur neue unabsehbare Hindernisse. Ein ungeheures geschichtliches Problem stellte sich so fest: man unternahm es, Einheit und Freiheit einer Nation zugleich zu gründen, welche durch alle möglichen großen und kleinen Gegensätze — Gegensätze der Religionsanschauung, der Stammverschiedenheit, des Machtunterschiedes ihrer einzelnen Glieder — innerlich zerrüttet und gespalten war.

Aber die Wege der Vorsehung sind wunderbar: was ein bloßer Professoren- und Studentengedanke gewesen, wurde eben durch den unsinnigen Druck, den man der sehr geringen Kraft dieser Bewegung entgegenstellte, erst zu einem wirklichen politischen Gedanken verdichtet. Der Bundestag selbst, der Träger und Ausdruck deutscher Uneinigkeit und Ohnmacht, war es, der in wenigen Jahrzehnten eine ziemlich solide Grundlage künftiger Einheit schuf, indem er, zeitweise in ein zu Polizeizwecken geeinigtes Deutschland sich verwandelnd, einen gemeinsamen Haß gegen die bestehende Ordnung der Dinge hervorrief. Und während man im Weltenraum nach einem deutschen Zukunftsstaate suchte, schritt der sehr wirkliche deutsche Einheitsstaat, der schon vorhanden war, der preußische, mit sicherem Instinkte vorwärts und schuf, während er in allen rein politischen Fragen mit den übrigen und mehr als diese im Joche Österreichs ging, durch Ausbildung des Zollvereins einer künftigen politischen Einheit der Nation die unerläßliche wirtschaftliche Grundlage. Zu gleicher Zeit erhielt der Gedanke der Nationaleinheit mehr und mehr Halt durch Kräfte, an denen alle Polizeikünste, aller bewußte und unbewußte Widerstand machtlos splitterte: auf materiellem Gebiete durch die großartige Entwickelung der Mittel und Wege des Verkehrs, auf idealem durch die nicht minder großartige der gemeinsamen geistigen Güter. Sandkorn um Sandkorn reichend nach des Dichters Wort hatte die nie ermattende Geschäftigkeit eines großen, ernsten, intelligenten Volkes innerhalb eines Menschenalters die Fundamente gelegt für einen Bau, der seinen notwendigen Abschluß finden mußte in einer neuen politischen Schöpfung.

Mitten in dieser Arbeit, die langsam vorwärts ging, deren Erfolge

aber doch schon über die Oberfläche allen sichtbar hervorragten, ward die Nation überrascht durch die Revolution in Frankreich. Durch dieses Ereignis wurden alle Kräfte des Volkes in eine fieberhafte Thätigkeit gesetzt. Jedermann fühlte, daß die Stunde des Handelns gekommen war. Aber man mußte nun plötzlich alles auf einmal thun, und wir haben gesehen, wie man jetzt Kaiser und Reich, deutsches Heer und deutsche Flotte, deutsche auswärtige und deutsche innere Politik, deutsche Einheit und deutsche Freiheit improvisierte, und wie diese Improvisationen alle nach vierjähriger Krisis, am 30. Mai 1851 mit der völligen Restauration des alten Bundestags endigten.

In den ersten Jahren nach der großen Niederlage hielt eine tiefe Hoffnungslosigkeit die Gemüter gefangen, und jede Partei schob der andern die Schuld des Mißlingens zu. Die einen klagten die Selbstsucht der Fürsten, die anderen die Ausschreitungen und die republikanischen Ideologieen der Radikalen, diese hinwiederum die thatenlose Schwäche der „Gothaer" an; erst allmählich lernte man die Dinge ruhiger würdigen und begann sich der Aufgabe, die zu lösen war, in ihrer ganzen Schwierigkeit bewußt zu werden. Die Schuld des Mißlingens, fand man nun bei ruhiger Überlegung, verteilte sich ziemlich gleichmäßig auf Fürsten und Volk, und auch die verschiedenen Parteien konnten sich jede einen billigen Teil an dieser Schuld gutschreiben. Es wäre aber in der That mehr als ein Wunder gewesen, wenn einem Volke, in welchem die centrifugalen Kräfte seit Jahrhunderten das nationale Leben bestimmt hatten, über Nacht die Einheit gekommen wäre.

Gestand man aber dies einmal zu, so lag in dem Verlaufe der Krisis sogar etwas Ermutigendes, das für die fernere Entwickelung der nationalen Idee die besten Hoffnungen gab. Im Grunde genommen war das deutsche Verfassungswerk dem Gelingen sehr nahe gewesen. Es war doch am Ende hauptsächlich daran gescheitert, daß im entscheidenden Augenblicke der unrechte Mann an der rechten Stelle saß — daß Friedrich Wilhelm von Preußen — gegen alles, was sonst in der politischen Welt herkömmlich ist — sich darauf steifte, die erste Stelle, welche die Ereignisse ihm anboten, dem Todfeinde seines Hauses und Staates zu überlassen. Dieses war ein schlimmer Zufall, ein Mißgeschick; aber was heute an diesem ganz außergewöhnlichen Mißgeschick gescheitert war, das konnte in günstigerer Stunde dennoch gelingen. Und in dieser Beziehung war es ein großer Fortschritt, daß die einzige Möglichkeit, zu einem wirklichen deutschen Staate zu gelangen — nämlich Anschluß an Preußen und Ausschluß Österreichs — in einem feierlichen Akte der souveränen Nationalversammlung, der Kaiserwahl am 28. März 1849 zu deutlichem Ausdrucke gekommen

war. Für diesmal hatte Preußen, d. h. sein König, selbst nicht gewollt: gehorsam hatte sich der mächtigste Staat den Mittel- und Kleinstaaten beigeordnet und mit ihnen Österreich untergeordnet; aber jeder, an welchem die Ereignisse nicht spurlos vorübergegangen, sah es, und Österreich und seine Vasallen sahen es am besten, daß, sobald Preußen wollte, d. h. sobald ein König von Preußen entschlossen war, die Macht Preußens wirklich zu brauchen, der neue deutsche Staat fertig war. Daß dies eines Tages geschehen würde, war ihre geheime Furcht. Sie gewahrten es wohl, daß alle politischen Männer der verschiedenen Parteien die Entwickelung der preußischen Zustände mit größerem Interesse verfolgten als die des eigenen Landes.

Wir müssen deshalb die deutsche Geschichte unter einem dreifachen Gesichtspunkte betrachten: die deutsche Politik Österreichs, deren Organ der wiederhergestellte Bundestag war; die einzelnen deutschen Staaten außer Preußen und die Entwickelung des letzteren Staates für sich. Die besondere Geschichte Österreichs, welches kein deutscher Staat war, gehört in einen andern Zusammenhang. Soweit sie deutsche Geschichte ist, fällt sie großenteils mit der Geschichte des Bundestages und der außerpreußischen deutschen Staaten zusammen.

1. Die deutsche Politik Österreichs.

Man bezeichnet die Jahre 1852—1859 vorzugsweise mit dem Namen der Epoche der Reaktion, im Gegensatz zu der Revolution von 1848—1852. Diese Zeit war zum Glück eine vorübergehende, denn die Revolution hatte in Deutschland nicht, wie es in Frankreich zu geschehen pflegte, zu einem völligen Umsturz des Bestehenden geführt. Man hatte die Monarchie nicht, wie eine den Charakter der deutschen Zustände völlig verkennende Partei wollte, beseitigt; man hatte überhaupt mit der Vergangenheit nicht völlig gebrochen. Die Folge war, daß die Nation zwar wie niemals zuvor in scharfgeschiedene Parteien zerfiel, nicht aber, wie es das Verhängnis Frankreichs geworden, in verschiedene Heerlager feindlich auseinandertrat. Es kam mithin hier glücklicherweise zu keiner Spaltung, welche eine spätere Verständigung der Parteien zu gemeinsamem Wirken auf dem vaterländischen Boden gänzlich ausgeschlossen hätte, wie in Frankreich.

Zunächst allerdings beutete die siegreiche Partei ihre Stellung mit Härte und, soweit der Charakter der deutschen Zustände dies zuließ, mit Grausamkeit aus. Den Reigen führte Österreich, das mit Hilfe Rußlands seine hegemonische Stellung in Deutschland wiedererlangt hatte und behauptete. Indes der fernere Plan, mit seinen sämtlichen

Staaten in den Deutschen Bund einzutreten, dadurch seine gefährdete Stellung in Italien und Ungarn zu sichern und seine schlechte Sache in diesen Ländern mit der guten Sache Preußens und des nach nationaler Einigung ringenden Deutschlands unauflöslich zu verbinden, scheiterte an der Naivetät seiner Insolenz: es gehörte die eherne Stirn des leitenden Staatsmannes in Österreich, des Fürsten Schwarzenberg, dazu, um ihn überhaupt Deutschland und Europa zu bieten. Er versuchte diesen Plan, den ein englischer Minister als einen öffentlichen Skandal bezeichnete*), auf einem Umwege zu erreichen, auf welchem er die Niederlage Preußens zu vervollständigen und aus einer augenblicklichen in eine dauernde zu verwandeln suchte. Man war in Österreich klug genug geworden, um einzusehen, daß in dem Zollverein eine sehr solide Grundlage der deutsch-preußischen Nationaleinheit geschaffen war, und dieser war darum dem Fürsten Schwarzenberg ein Dorn im Auge. Schon in einer Denkschrift vom Ende des Jahres 1849 hatte Österreich verlangt, daß Zollfragen als Bundessache behandelt werden sollten. Es hob seinerseits im Oktober 1850 alle seine Binnenzölle auf, reformierte den Tarif seiner Grenzzölle und verlangte nun einen Handelsvertrag mit dem Zollverein, der mit dem 1. Januar 1854 ins Leben treten, und dem vom 1. Januar 1859 an die volle Zolleinigung der beiden Gebiete folgen sollte. Preußen seinerseits hatte am 7. September 1851 mit dem sogenannten Steuervereine, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, einen Zollvertrag abgeschlossen. Dadurch geärgert, unterzeichneten die Staaten der österreichischen Gefolgschaft, Bayern, Sachsen, Württemberg, die beiden Hessen, Nassau und Homburg, zu Wien am 20. April 1852 ein Protokoll, in welchem sie sich zur Unterstützung des österreichischen Projektes verpflichteten. Damit war der Fortschritt im Sinne des Freihandels in Frage gestellt und die politische Zukunft Preußens, welche auf seiner deutschen Stellung beruhte, gefährdet; außerdem war der Gedanke einer Zolleinigung mit Österreich ein so unausführbarer, die Position Preußens in dieser Sache eine so starke, daß die Kritik leichtes Spiel hatte, wenn sie die Unmöglichkeit dieser Einigung darzuthun unternahm. Daß aber die kleineren Staaten Preußens mehr bedurften, als Preußen der kleineren Staaten, war auf diesem Gebiete so einleuchtend, wie es auf politischem hätte sein sollen. Preußen verlangte also die Zustimmung zu seinem Vertrage mit dem Steuervereine und kündigte denjenigen seiner seitherigen Zollverbündeten, welche dies ablehnten, den Zollverein auf den letzten Dezember 1853. Vergebens beriet nun die österreichische Koalition ihren Feldzugsplan auf Konferenzen zu Bamberg und zu Darm-

*) Palmerston, bei Bulwer, L. of P., 3, 391.

stadt; auf den Zollvereinskonferenzen, welche vom 19. April 1852 ab zu Berlin stattfanden, gaben sie nach, nahmen den Vertrag mit dem Steuerverein an und verzichteten zunächst auf den Gedanken einer Zolleinigung mit Österreich, verlangten aber, daß der bisherige Zollverein nur auf sechs Jahre erneuert werde und Preußen sich verpflichte, ein Jahr vor Ablauf dieser Periode Beratungen über eine Zolleinigung mit Österreich zu beginnen. Das letztere verweigerte Preußen, das auch den Vertrag nur auf zwölf Jahre erneuern wollte, und brach die Unterhandlungen mit den Bamberger Verbündeten ab. Diese wendeten sich nach Wien, verhandelten über einen süddeutschen Zollverein und hatten den Einfall, sich ihre seitherigen Zolleinkünfte von dem bankrotten Österreich gewährleisten zu lassen. Solchen Gegnern gegenüber brauchte Preußen nur fest zu bleiben, um binnen kurzem sie reuig zu dem alten längst unentbehrlich gewordenen Bündnisse zurückkehren zu sehen; als man anfing, die neue Zollgrenze gegen Kurhessen abzustecken, mußte selbst die dortige Regierung erkennen, daß dies mehr war, als die Bevölkerung, der man so vieles geboten, ertragen würde. In geheimen Verhandlungen verständigten sich zunächst die beiden Großmächte: der österreichische Minister von Bruck, geborener preußischer Unterthan, reiste selbst nach Berlin, und hier kam am 19. Februar 1853 ein Vertrag zu stande, in welchem bedeutende Zollerleichterungen gegenseitig zugestanden, aber keinerlei bindende Zusicherungen für die Zukunft gegeben wurden. Am 4. April 1853 aber wurde der Zollverein auf neuer, erweiterter Grundlage für eine Periode von 12 Jahren, vom 1. Januar 1854 an zu rechnen, erneuert und damit die zweite und wichtigere Hälfte des Werkes von Olmütz vereitelt.

2. Der Bundestag und die einzelnen Staaten außer Preußen.

Die materiellen und wirtschaftlichen Interessen hatten sich so der österreichischen Lenkung versagt, der auf dem eigentlich politischen Gebiete in dieser traurigen und unfruchtbaren Periode nur wenig Widerspruch begegnete. In seinem Feldzug gegen Preußen hatte Österreich vornehmlich die Staaten mittleren Ranges, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Hessen zu Verbündeten gehabt, und in diesen Staaten, wie in den meisten der übrigen, konnte es auf alle diejenigen rechnen, welche einer Reform der deutschen Verfassung im ganzen, oder den im Jahre 1848 in Angriff genommenen Reformen in den Einzelstaaten widerstrebten. Beides hing auf das engste zusammen, und Österreich unterstützte nun die Regierungen dieser Staaten in ihrem Bestreben, zunächst die frühere Ordnung der Dinge in ihrem Innern wiederher-

zustellen, die sogenannten Märzerrungenschaften aus dem Jahre 1848 zu beseitigen, wobei es sich des wiederhergestellten Bundestages als eines bequemen Werkzeugs bediente. Der Bundesbeschluß vom 23. August 1851 hatte zu dieser Thätigkeit das Signal gegeben, indem er die Ungültigkeit der von der Frankfurter Versammlung beschlossenen Grundrechte erklärte und zugleich die Bundesregierungen aufforderte, die seit 1848 getroffenen gesetzlichen Einrichtungen daraufhin zu prüfen, ob sie mit den Grundgesetzen des Bundes im Einklang stehen: wo dies nicht der Fall, seien sie zu beseitigen. Der Bund bot dazu die hilfreiche Hand; ein besonderer Ausschuß wurde zu diesem Zwecke niedergesetzt. Bei einigen bedurfte es dieser Hilfe nicht, oder nur in geringem Maße. In Bayern war keine Verfassungsänderung erfolgt, und man konnte sich begnügen, die freisinnige Gesetzgebung, mit der man im Jahre 1848 begonnen, stillzustellen, das schon vollständige Gerichtsorganisationsgesetz z. B. fallen zu lassen und einige neue Gesetze vorzuschlagen, welche bestimmt seien, das monarchische Prinzip der Verfassungsurkunde zu bewahren oder zu stärken. Die Beseitigung des im Jahre 1848 zu stande gekommenen Wahlgesetzes wurde auf verfassungsmäßigem Wege erstrebt; es war ein Glück, daß dieser Weg nicht eben der kürzeste war, daß das Ministerium von der Pfordten bei der tiefen Niedergeschlagenheit der liberalen Parteien keine Eile zu haben glaubte, und daß es, vor allem darauf bedacht, die Selbständigkeit Bayerns zu wahren, keine Einmischung des Bundestags in die Angelegenheiten des eigenen Landes herbeiführen wollte. Um so bereitwilliger war dieser Minister, bayrische Truppen als Bundestruppen marschieren zu lassen, wo es sich, wie in Kurhessen, darum handelte, das Recht und die Selbständigkeit anderer zu unterdrücken. Ähnlich war es in Sachsen, wo am 3. Juni 1850 das provisorische Wahlgesetz vom 15. November 1848 aufgehoben und die alten Stände nach dem Wahlgesetz von 1831 wiederhergestellt wurden. Es fehlte nicht an Protesten und einzelnen Gewaltakten; die Reaktion unter dem Ministerium von Beust war grausamer als die in Bayern, wo der Aufstand sich wenigstens nicht wie in Sachsen an die Hauptstadt selbst herangewagt hatte; im ganzen aber nahm das Land diese Wiederherstellung ruhig hin. Nicht anders ging es in Württemberg. Es war dort nicht gelungen, mit der zum Behuf der Verfassungsrevision nach einem sehr freisinnigen Wahlgesetze berufenen „Landesversammlung" eine neue Verfassung zu vereinbaren. Das Ministerium Linden reaktivierte, als die Zeiten günstig geworden, unter Auflösung der Landesversammlung die alten Stände. Auch hier gab es vielen Lärm; aber das Volk, leidenschaftlicher in Worten als jeder andere deutsche Stamm, aber ohne Initiative, fügte sich, und die wieder in Thätigkeit gesetzte

alte schwerfällige Maschine that wieder schlecht und recht wie seit manchem Jahrzehnt ihre Dienste. Dagegen gelang es nicht, die Ablösungsgesetze vom Jahre 1848 rückgängig zu machen oder der klagenden Ritterschaft eine nachträgliche höhere Entschädigung zu verschaffen, als jene Gesetze bestimmten, da der Württemberger in Geldsachen keinen Spaß versteht und die Ablösung hauptsächlich dem Bauernstande zu gute gekommen war, mit welchem die Reaktion säuberlich zu fahren genötigt war. Besser als hier gelang es dem Junkertum in Hannover. Hier war am 18. November 1851 König Ernst August gestorben, und es folgte ihm sein Sohn Georg V., der blind war, was aber im damaligen Deutschland kein Hindernis bildete, das Königsamt zu führen. Die dortigen Junker, die ritterschaftlichen Verbände der Provinziallandschaften, wandten sich, reaktionärer als die Regierung, mit ihren Beschwerden an den Bundestag und verlangten die Wiederherstellung ihrer durch die neue Verfassung von 1848 und durch ein Reorganisationsgesetz vom August 1850 beseitigten Vorrechte. Das Ministerium Schele, welches sich ihren Ansprüchen nicht fügen wollte, nahm seine Entlassung (November 1853); das neue Ministerium (Lütken) beschloß, die gute Zeit zu benutzen, um überhaupt mit dem, was ihm in der Verfassung von 1848 nicht paßte, aufzuräumen. Es ließ sich durch den Bundestag auffordern, die Verfassung einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und sie mit dem Bundesrechte in Einklang zu bringen (April 1855). Die Stände erklärten sich (im Juli) zu einer Revision der Verfassung bereit, indem sie den sehr berechtigten Wunsch aussprachen, daß diese Angelegenheit der unmittelbaren Einwirkung der Bundesversammlung entzogen würde. Dieser Wunsch gab der Regierung den Anlaß, die Stände in brüsker Weise aufzulösen, und der König — er hatte bei seinem Regierungsantritt „bei seinem königlichen Wort" die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung gelobt — hob nun am 1. August die ganze Verfassung auf, was selbst über die Bundesbeschlüsse hinausging, natürlich aber bei der Bundesversammlung stillschweigende Billigung fand. Die Minister, welche diesen Verfassungsbruch auf ihr weites Gewissen nahmen (Ministerium Kielmannsegge), belohnten sich, indem sie ihr Gehalt von 4000 auf 6000 Thaler erhöhten; unter Zulassung des Bundestags und selbst im Gegensatze zu dessen eigenen Beschlüssen octroyierte die Regierung weiter, bis sie endlich am 14. Januar 1857 eine willfährige Ständeversammlung zusammenbrachte. Entsprechend ging es fast überall: hier mit mehr, dort mit weniger Brutalität, allenthalben mit derselben Gleichgültigkeit gegen beschworenes Recht und gegebenes Wort; wo man, wie etwa in Frankfurt, wo die Juden aus der Bürgerschaft wieder ausgeschlossen wurden, nicht das Interesse des „monarchischen Prinzips" vorwenden

konnte, da that der „christliche Charakter des Staates“ oder irgend eine andere Phrase denselben Dienst. Ihr Meisterstück machte die Restaurationspolitik aber in **Luxemburg**, in **Mecklenburg** und in **Kurhessen**.

In Luxemburg erklärte die Regierung im Jahre 1856 den Ständen, daß die Verfassung vom 9. Juli 1848 mit dem Bundesrechte in Widerspruch stehe und der Revision bedürfe. Auch hier erklärten sich die Stände dem Statthalter Prinzen Heinrich der Niederlande gegenüber zu einer Revision bereit; er ersparte sich dieselbe, indem er ohne weiteren Versuch der Verständigung die Verfassung aufhob und eine neue octroyierte. Die freche Beleidigung gegen Deutschland, die darin lag, erweckte in Frankfurt kein Schamgefühl. Der Bund erklärte im Februar 1857, er sehe sich nicht bewogen, in Einzelheiten einzugehen, und ließ den Dingen ihren Lauf.

Auch in Mecklenburg-Schwerin war im Jahre 1848 die uraltmodische, zum Unsinn gewordene Verfassung abgeschafft worden. Eine konstituierende Versammlung tagte unter dem Vorsitze des tüchtigen und beredten Advokaten Moritz Wiggers in Schwerin, und am 10. Oktober 1849 war das neue mit dem Großherzog vereinbarte Staatsgrundgesetz verkündet worden. Allein die Privilegierten der alten Verfassung fanden mit ihren Klagen am Hofe zu Strelitz, der Hauptstadt des kleineren der beiden Großherzogtümer, günstige Aufnahme und ebenso, da die Zeiten sich änderten, an den Höfen von Wien und Berlin; es galt, in der Sprache der Reaktionsepoche, den Großherzog aus den Händen der Demokraten zu erretten. Ein Schiedsgericht, welches der König von Preußen vorschlug, der bei seiner Vorliebe für historische Perücken an dieser altständischen Mecklenburger Verfassung*) seine be-

---

*) Wir setzen die Schilderung her, welche ein gründlicher Kenner, Moritz Wiggers, in der Zeitschrift: „Im neuen Reich“ gegeben hat, abgedruckt in der „Kölnischen Zeitung“ vom 17. Juni 1876, 2. Blatt:

„In der Herbstzeit werden in Schwerin und Neustrelitz Hunderte von versiegelten Briefen auf die Post gegeben, welche den einzelnen mecklenburgischen Ständemitgliedern die Anzeige machen, daß der Landesherr beschlossen hat, einen allgemeinen Landtag abzuhalten. Nicht in Schwerin, sondern in zwei kleinen Landstädtchen, Sternberg mit noch nicht 3000 und Malchin mit 5000 Einwohnern, wird der Landtag abgehalten. In diesen Städten haben die Stände nicht einmal ein eigenes Sitzungslokal, sie müssen gegen Bezahlung ihre Sitzungen im Rathause abhalten. Bei zahlreichem Besuche des Landtages ist das Unterkommen der Ständemitglieder oft nur mit Mühe und zu hohen Preisen zu beschaffen. Da es zu den Verpflichtungen der Minister gehört, täglich glänzende Mittagstafeln und Abendgesellschaften zu veranstalten und Einladungen dazu an die Mitglieder der Ständeversammlung zu erlassen, so muß ihnen zu diesem Zweck ein Teil des großherzoglichen Küchenpersonals mit allen Gerätschaften und dem erforderlichen Vorrat von

sondere Freude haben mußte, kam zu stande: vom Großherzog wurde der König von Hannover, von der Ritterschaft der von Preußen gekürt; dieses Schiedsgericht erklärte die Verfassung von 1849 für aufgehoben, und dieser „Schiedsspruch von Freienwalde“ ward am 24. September 1850 bekannt gemacht. Indes sollte das Werk der Reform „unter verfassungsmäßiger Mitwirkung unserer getreuen Stände“ wieder aufgenommen werden. Als aber im Jahre 1851 der alte Landtag nach Malchin ausgeschrieben wurde, da erschienen die Junker in hellen Haufen, unter 120 Gutsbesitzern waren nur 20 bürgerliche, von 36 Städten nur 22 vertreten: und von Reformen hörte und sah man nichts. Dagegen stand alsbald die politische und die kirchliche Reaktion in voller Blüte, an der Spitze der letzteren der lutherisch-orthodoxe Kirchenrat Kliefoth. Im Jahre 1853 war man so weit, wider die Häupter der mecklenburgischen Demokratie — obgleich man auch geringere Opfer nicht verschmähte — einen großen Hochverratsprozeß anzustrengen, bei welchem die Berliner Polizei mit ihrem Apparat, zu welchem auch ein Dieb und Lügner von unausmeßbarer

---

Flaschen aus dem Hofweinkeller in die Landtagsstadt vorangehen. Auch eine Militärabteilung, bestehend aus vier Unteroffizieren, einem Spielmann und 49 Gemeinen, unter Befehl eines Lieutenants, schlägt denselben Weg ein und bezieht für die Dauer des Landtages an dem Versammlungsorte Kantonnementsquartier mit der Bestimmung, den großherzoglichen Kommissarien militärische Honneurs zu machen und für alle Eventualitäten zur Hand zu sein. Die Mitglieder der Landschaft erhalten Diäten und Reisegelder nach der Taxe derjenigen Zeit, in der es weder Chausseen noch Eisenbahnen gab.

In Sternberg fand früher die Landtagseröffnung auf einer Anhöhe vor der Stadt, dem Judenberge, unter freiem Himmel statt. Eine Geschäftsordnung ist nicht vorhanden, auch eine Tagesordnung wird nicht im voraus festgestellt und verkündigt, sondern in jeder Sitzung teils durch das Belieben des vorsitzenden Landrates, teils durch Zufall bestimmt. Eine Meldung zum Worte ist nicht gebräuchlich. Wer sich im Besitz einer kräftigen Stimme fühlt und auf die Geneigtheit der Versammlung, ihn zu hören, rechnen zu können glaubt, ergreift das Wort und sucht sich, soweit und solange er kann, Gehör zu verschaffen. So kommt es, daß oft eine große Menge von Rednern gleichzeitig zur Versammlung spricht. Wird das Getöse zu wüst, so ergreifen die Landmarschälle ihre langen Stäbe und stoßen damit auf den Fußboden, jede Diskussion übertäubend. In aufgeregter Situation erfassen sie auch wohl den Marschallsstab an dem unteren Ende und klopfen damit auf den Tisch, so daß man schon die goldenen Knöpfe des Stabes hat durch den Saal fliegen sehen. Auch das auf dem Tische stehende kolossale Sandfaß wird in Ermangelung der nicht gebräuchlichen modernen Klingel in solchen Momenten als ruhestiftendes Instrument benutzt. Der Vorsitzende ergreift es mit beiden Händen und stampft mit demselben so lange auf den Tisch, bis es ihm gelingt, einigermaßen die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Plätze und Vorrichtungen für Berichterstatter giebt es ebensowenig, wie besondere Plätze für Zuhörer; letzteren wird jedoch nicht verwehrt, im Ständesaale selbst, soweit der Raum es gestattet, unter den Landtags[illegible]rn den Verhandlungen beizuwohnen.“

Gemeinheit, Namens Hentze, gehörte, hilfreiche Hand leistete. Die erforderlichen Granaten und Zündhütchen wurden mit seiner Hilfe aufgefunden: am 13. November 1856, 3½ Jahre nach Beginn der Untersuchung, erfolgte das Erkenntnis der Justiz-Kanzlei zu Güstrow gegen die „Rostocker Demokraten", von denen Moritz Wiggers, der sich freiwillig gestellt hatte, zu drei Jahren Zuchthaus, ohne Anrechnung der Untersuchungshaft, verurteilt wurde: im Oktober 1857 wurden sie, während die kirchliche Reaktion sich mit Absetzung des Professors der Theologie zu Rostock Baumgarten gütlich that, auf freien Fuß gesetzt.

Mehr als diese Vorgänge am Nordende des deutschen Landes beschäftigte die allmählich, langsam wieder etwas erstarkende öffentliche Meinung, was in Kurhessen geschah. Am 27. März 1852 erklärte die Bundesversammlung, daß die Verfassung vom 5. Januar 1831, weil mit den Bestimmungen der Wiener Schlußakte nicht vereinbar, außer Wirksamkeit zu setzen sei: sie fügte die Aufforderung bei, den Entwurf einer abgeänderten Verfassung nebst Wahlgesetz den nach ebendiesem Wahlgesetz zusammenzuberufenden Ständen zur Erklärung vorzulegen. Im Juli 1852 traten diese Stände, zwei Kammern, zusammen. Weil aber auch diese, trotz angewandter Gewaltmittel, nicht gefügig waren, so wurden sie am 4. Januar 1854 wieder aufgelöst, und als der Minister Hassenpflug auch mit einer neuen Versammlung nicht ins reine kam, so regierte er völlig nach Willkür, ohne sich überhaupt an Stände zu kehren. Diese recht- und schamlose Regierung verband sich mit einem Kirchenregiment von ähnlichem Charakter, welches der Konsistorialrat Vilmar führte, ein feiner Kenner und geschmackvoller Darsteller auf dem Felde der deutschen Litteratur, aber harter Fanatiker in dem, was er die „Theologie der Thatsachen" im Gegensatze zur „Theologie der Rhetorik" nannte. Zu dieser Theologie der Thatsachen wurden die Leute unter anderem durch Kirchenbußen und durch Beaufsichtigung des Kirchenbesuches bekehrt. Das Land setzte dem System Hassenpflugs einen hartnäckigen passiven Widerstand entgegen: die Rache ereilte den Minister, den die von ihm unter die Füße getretene Gerechtigkeit nicht erreichen konnte, durch die Hand eines Unwürdigen, des Prinzen von Ysenburg, eines Schwiegersohnes des Kurfürsten, der den Minister auf offener Straße, aus sehr persönlichen Gründen, mit Schlägen mißhandelte. Es war ein trauriges Zeichen der traurigen Zeit, aber nur natürlich, daß man in ganz Deutschland des brutalen Bubenstreiches sich freute, wie man einst in London an der Mißhandlung des Generals Haynau sich erbaut hatte. Auch mit seinem Kurfürsten, vor dessen Sultanslaunen kein guter und kein schlechter Mann bestehen konnte, verdarb es Hassenpflug zuletzt, und im Jahre 1857 ward er in Ungnaden entlassen.

Einiges Schwanken kam in diese Reaktionspolitik, wenn auch nur für kurze Zeit, durch die orientalische Krisis. Bis zum Jahre 1854 war alles gut gegangen. Bei der Thronbesteigung Napoleons freute man sich, daß die Republik, deren bloßes Wort der konservativen Partei eine ebenso kindische Furcht wie der radikalen eine kindische Begeisterung einflößte, nun auch im Nachbarlande verschwunden war. Man hatte nur die antirevolutionäre Seite des Namens Bonaparte im Auge; für die ehemaligen Rheinbundsfürsten hatte dieser Name überhaupt keinen so üblen Klang; man wußte sich jetzt auf das beste gedeckt: Frankreich auf der einen, Rußland und Österreich auf der andern Seite. Dies änderte sich einigermaßen, als der Orientalische Krieg ausbrach, Frankreich gegen Rußland sich wandte und auch Österreich zum Entsetzen aller Vollblutreaktionäre dieselben Wege einschlug. Es war eine große europäische Frage, deren Bedeutung weit über ihren nächsten Gegenstand hinausging. Und nicht bloß in den Klubs und den Trinkstuben hatte die Bewegung von 1848 den Ehrgeiz geweckt: auch die Minister einiger der deutschen Mittelstaaten waren nicht unzufrieden, ihre Namen in Verbindung mit den großen Welthändeln in den Zeitungen zu lesen: so wurde, wie erwähnt, ein Versuch gemeinsamer deutscher kleinstaatlicher Großmachtspolitik gemacht, der aber kläglich fehlschlug. Kaiser Nikolaus hatte geglaubt, auf Österreich und Preußen und so auch auf das übrige Deutschland zählen zu können. In den ersteren täuschte er sich, und wenn er auf die Sympathieen der kleinen Höfe Wert legte, so zerrann auch diese Hoffnung: es zeigte sich bald, daß die hohe Politik, gut oder schlecht, von Österreich und Preußen allein gemacht wurde. Die beiden Mächte schlossen im April 1854 ihr Schutz- und Trutzbündnis und gaben am 24. Mai von demselben dem Bundestage Kenntnis zu dem Zwecke, daß dieser sich ihrer Politik, bei deren Festsetzung er nicht gefragt worden war, anschließe: die Machtentfaltung Rußlands an der unteren Donau sei nicht nur mit den wichtigsten Interessen Österreichs, sondern auch mit denen Deutschlands unvereinbar. Dies gab den Ministern Bayerns und Sachsens, von der Pfordten und von Beust, die ersehnte Gelegenheit, zu zeigen, daß auch sie sich auf die große Politik verstanden. Am 25. Mai traten die Vertreter der Staaten, welche schon in der Zollvereinsfrage als Darmstädter Koalition sich bemerklich gemacht hatten, iu Bamberg zusammen. Der Minister von der Pfordten war so glücklich gewesen, ein wesentliches Interesse Deutschlands bei der großen Krisis im Osten zu entdecken: die Wahrung der Integrität Griechenlands, auf dessen Throne ein bayrischer Prinz saß. Diese letztere Thorheit fand indes selbst hier keinen Anklang; dagegen wollten sie bei dieser Gelegenheit denn doch eigene Politik treiben, dem Deutschen

Bunde als einer „europäischen Großmacht“ eine Stimme vindizieren, und es versteht sich, daß diese Stimme dem Protektor der deutschen Kleinstaaterei und ihrer Mißbräuche, dem Kaiser von Rußland, zu gute kommen sollte. Wenn die Räumung der Donaufürstentümer von Rußland verlangt werde, meinte man hier im Lager von Bamberg, so müßten auch die Westmächte das türkische Gebiet räumen; dem Bunde müsse eine Stimme beim Friedensschlusse eingeräumt werden: diese und ähnliche Weisheit kramten sie in einer identischen Note an die deutschen Großmächte aus. Die beiden Großmächte lehnten ab und belehrten die Mittelstaaten über ihre Ohnmacht, indem sie am 24. Juni durch den Bund den Beitritt zu ihrem Allianzvertrage aussprechen ließen: „um jeden Zweifel zu beseitigen, daß alle Bundesgenossen fest entschlossen seien, kräftig zusammenzustehen in den Prüfungen, welche die nächste Zukunft dem Vaterlande bringen könnte.“

Diese Prüfungen blieben dem Deutschen Bunde erspart. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit nur aufs neue, daß Deutschland als ein politisches Ganze von selbständiger Bewegungsfähigkeit nicht vorhanden war. Von Bedeutung aber war, daß das russische Protektorat über Deutschland seine Kraft verlor, wenn dies gleich nicht sofort hervortrat: in Stuttgart z. B., wo eine russische Großfürstin mit dem Thronfolger vermählt war, konnte man sich zu jener Zeit bei festlichen Gelegenheiten in eine russische Stadt versetzt glauben: so sehr überwogen die russischen Fahnen, während zu gleicher Zeit die Polizei emsig nach den schwarzrotgoldenen Bändern der Studenten fahndete.

Mehr in seiner Rolle als bei dieser Frage deutscher Macht nach außen war der Bund, als er am 6. Juli 1854 ein Bundespreßgesetz zu stande brachte, welches ganz im Sinne der einstigen Karlsbader Beschlüsse war. Das Wesentlichste war, daß den Regierungen in ganz unbeschränkter Weise anheimgegeben wurde, zum Betrieb aller mit der Presse in Verbindung stehenden Gewerbe auf administrativem Wege, d. h. willkürlich, Konzessionen zu erteilen und zu entziehen. Im übrigen fuhr der Bund fort, seine starke Hand da fühlbar zu machen, wo eine einzelne Regierung mit reaktionären Maßregeln in ihrem Lande auf Widerstand stieß, oder wo eine Regierung etwa nicht von selbst reaktionär genug war. Indes ließ sich dieses System gleichwohl nicht überall durchführen, wo etwa ein Fürst — es war selten genug — sich dessen erinnerte, wie wenig es der fürstlichen Würde entsprach, alle Einrichtungen des Jahres 1848 nur als Erzeugnisse revolutionären Zwanges, d. h. eigener Feigheit und Schwäche, darzustellen. Der Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha, Herr über 37 Quadratmeilen und 149 000 Unterthanen, übernahm es, den Beweis zu liefern, daß ein fester Wille auch in dieser Zeit sich in seinem

Rechte behaupten könne. Auch hier begehrten die Standesherren wie in Württemberg und anderwärts in dieser angenehmen Zeit die Herstellung ihrer Vorrechte, und am 20. Januar 1853 wurde die herzogliche Regierung vom Bunde zu einer Erklärung in der Sache aufgefordert. Der Herzog bestritt in seiner Erwiderung rundweg die Kompetenz der Bundesversammlung zu einem Einschreiten gegen die in anerkannter Wirksamkeit stehende Verfassung des Landes. Er durfte weitergehen und sagte, daß bei der Gunst der Zeit auch er, wenn er gewollt, die Verfassung hätte umstürzen können, es aber unterlassen habe, um nicht gegebenes Wort, Treue und Glauben zu verletzen: er hoffe, seine Bundesgenossen würden ihn nicht in die Lage bringen, seiner Überzeugung von Pflicht und Recht entgegenzuhandeln. Man bedachte sich in Frankfurt nicht, Truppen marschieren zu lassen, wo der Fürst dies verlangte; wo man aber riskieren mußte, den Fürsten mitzuvertreiben, überlegte man sich doch, ehe man daran ging, dem monarchischen Prinzip den Todesstoß zu geben: man begnügte sich also, sich im stillen zu ärgern oder gelegentlich dem „jakobinischen" Fürsten in reaktionären Zeitungen einige Grobheiten sagen zu lassen. Dies war ein Geschäft, dem sich mit besonderem Eifer die in Berlin erscheinende „Neue Preußische Zeitung" unterzog, welche an der Spitze der reaktionären Presse stand, und die auf den Herzog noch besonders darum giftig war, weil derselbe einen Mann von freisinniger theologischer Richtung, Dr. Schwarz aus Halle, zu seinem Hofprediger und Konsistorialrat gemacht hatte.

Der verhältnismäßig rasche Verlauf der Krisis von 1848 hatte übrigens die Wirkung, daß die ihr folgende Ermattung des Volksgeistes auch nicht von sehr langer Dauer war. Schon bald nach dem Orientalischen Kriege begannen sich die vorwärts strebenden Kräfte wieder zu regen, und man ward sich mehr und mehr der Fortschritte und neuen Anregungen bewußt, welche das Jahr 1848 gebracht hatte, und die auf keine Weise durch eine wenn auch anfangs noch so mächtige reaktionäre Gegenströmung vernichtet werden konnten. Im Gegenteil: es ward bald mit jedem Tage offenbarer, daß diesmal die Nation in allen ihren Schichten, ja in ihren innersten Lebenstiefen von dem Geiste einer neuen Epoche ergriffen worden war, dessen Wirkungen sich auch diejenigen nicht entziehen konnten, die ihn am eifrigsten bekämpften. Auf jedem Gebiete zeigte sich sehr bald, wie wenig in dem Deutschland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den Polizeikünsten auszurichten war, die einst um die Zeit der Karlsbader Beschlüsse sich so wirksam erwiesen hatten. So hatte man z. B. zu Anfang der 50er Jahre wieder die nichtswürdigste Paßplackerei hervorgesucht: mit der peinlichsten Genauigkeit wurde geforscht, ob an dem Papier alles

in Ordnung, von Station zu Station die Ungefährlichkeit des Inhabers regelrecht obrigkeitlich bescheinigt war; der riesenhaft anwachsende Verkehr aber spottete bald dieser kindischen Versuche, welche von ihren Werkzeugen selbst mit einer Art von Ironie behandelt wurden. Vor allem aber zeigte sich die Ohnmacht dieser Restaurationspolitik gegenüber dem Zeitungswesen, das allen einzelnen Chicanen und Quälereien zum Trotz einen ungeheuren Aufschwung nahm. In einem Land, wo die gewöhnliche Schulbildung ganz allgemein, die höhere sehr weit verbreitet war, zeigte sich jeder Versuch, die neuen Ideen, welche der Bewegung der letzten Jahre entsprungen waren, zu unterdrücken und in ihrer Ausbreitung zu hemmen, von vornherein aussichtslos. Die Presse, mehr gereizt als gefesselt, lernte rasch die Kunst, die Dinge so auszudrücken, daß die Gewalt keine Handhabe wider sie hatte und doch jeder halbwegs einsichtige Leser vollkommen verstand, was der Verfasser eigentlich sagen wollte. Vor allem aber kam hier dem verfolgten Worte die Vielstaaterei zu Hilfe: eine mißliebige Broschüre wird in einem Staate verboten — ehe der Arm der Polizei sie erdrücken kann, hat sie schon den Weg über die nahe Landesgrenze gefunden. Nichts konnte einem Verleger willkommener sein, als eine solche polizeiliche Verfolgung: von Mund zu Mund getragen, spottet in einem litterarisch so hoch entwickelten Volke, wie das deutsche es war, das geflügelte Wort, der unverwundbare Gedanke der plumpen Mittel, mit denen die Gewalt sie erhaschen will.

Es war ein Kampf der Geister, ein Widerstreit verschiedener Weltanschauungen, welcher, längst entbrannt, nunmehr mit vollem Bewußtsein auf den verschiedensten Gebieten, die wir nicht alle durchwandern können, ausgefochten wurde. Anfangs gab es der politischen Reaktion einen besonderen Nachdruck, daß sie Hand in Hand ging mit einer kirchlichen, die sich den Anschein einer religiösen gab, und die es bis zu einem gewissen Maße auch wirklich war. Berechtigt und sehr am Orte war die Hervorhebung des christlichen Gedankens insofern, als der Mangel an aller religiösen Vertiefung den gesamten Bestrebungen der Demokratie und zum guten Teil auch des Liberalismus in jenen Jahren den Charakter des Frivolen aufgedrückt hatte, wie denn nicht zu leugnen ist, daß insbesondere die demokratische Partei erst durch den Druck, dem sie jetzt verfiel, eine ernstere Haltung und einen tieferen Gehalt gewann und sich namentlich befreite von dem nichtswürdigen Gesindel, das stets der augenblicklich siegreichen Fahne folgt, und das nun, wo der Wind sich gedreht hatte, in Masse dem konservativen Lager zuströmte. Indem diese Partei, auch hier dem bösen Vorbilde der französischen Revolution folgend, mit dem falschen Kirchenzwang und Orthodoxismus auch das Christentum selbst aufgab und

jeden dreisten Spötter, jeden halbgebildeten Schulmeister, der mit seinem Pfarrer brouilliert war, jeden schellenlauten Thoren ermutigte, das, was so vielen guten und weisen Männern eine Genüge gethan, was dem besseren Teile des Volkes selbst noch in vollem Bewußtsein oder wenigstens als Nachklang aus unbefangener Jugendzeit heilig war, als Altweibermärchen zu verhöhnen, rief sie in ernsteren Gemütern vielmehr eine neue Hinneigung zum Christentume hervor, eine religiöse Stimmung, deren sich dann vielfach geistlicher Hochmut, pfäffische Herrschsucht, Heuchelei und Gewinnsucht, politisches Parteiwesen zu ihren Zwecken bediente. Wir werden diese Partei in Preußen, wo sie König und Land beherrschte, kennen lernen; indes trat die gleiche Erscheinung allenthalben hervor.

Vor allem glaubte die katholische Kirche ihre Zeit gekommen. Diese Kirche, deren Hierarchie sich weit mehr als die Geistlichkeit der protestantischen Kirchengemeinschaften aus der Masse des niederen Volkes ergänzt, hatte auch während der Stürme der 1848er Revolution diese Fühlung mit dem Volke nicht verloren. Gewohnt mit jedem Winde und, wo es nötig ist, auch mit dem Sturme zu segeln, spannte sie auch hier getrost die Segel aus. Sie ließ sich den den Interessen ihrer Kirche zusagenden Paragraphen der deutschen Grundrechte: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbst“, wie auch die von der Glaubens- und Gewissensfreiheit und von dem unbeschränkten Vereinsrecht wohlgefallen: ohne, wie Friedrich Wilhelm IV. bei seiner Ablehnung der deutschen Kaiserkrone, unnütze Skrupel darüber zu empfinden, daß es „die Revolution“ war, welche sie gab. Die deutschen Bischöfe hielten im November 1848 zu Würzburg eine Konferenz, wo mit hohen Worten verkündet ward, daß auch die Kirche sich der Wiedergeburt des Vaterlandes nicht entziehe; freilich war dabei auch von deren „göttlichem Anrecht“ auf die Jugenderziehung die Rede. Der Rückschlag kam; die Regierungen sahen sich überall nach konservativen Kräften um; auch unter den Protestanten waren viele, die nach der „verlornen Kirche“ sich sehnten, und wer oberflächlich urteilte, konnte in der That mit einigem Schein des Rechtes die römische Kirche als den Inbegriff alles konservativen Heiles ansehen, weil sie wirklich ganz noch dieselbe war — an Haupt und Gliedern, Tugenden und Lastern, Mißbräuchen, Formen, Glauben und Aberglauben — wie 15 Jahrhunderte früher; auch darauf konnte sie mit Recht sich berufen, daß in der allgemeinen Zerrüttung sie selbst, sie allein, keine Einbuße erlitten habe. Allein mit bloßen Schmeicheleien und Höflichkeiten war ihr nicht gedient. Sie verlangte bestimmte Rechte, wenn sie den weltlichen Regierungen in der Bekämpfung der Revolution beistehen sollte, und die fünf Bischöfe der sogenannten oberrheinischen Kirchenprovinz

— denn diese civitas Dei hat ihre Provinzen, ihre Strafen, ihre Richter, ihre Krieger, wie der weltliche Staat — ließen ihre Regierungen nicht im unklaren über das, was sie unter der Selbständigkeit der Kirche, die man ihnen so voreilig versprochen hatte, verstanden. Freier Verkehr mit dem Oberhaupte ihres Staates, den sie die Kirche nennen, zu Rom; Gültigkeit päpstlicher und bischöflicher Erlasse ohne Genehmigung des Staates; freie Verwaltung des Kirchengutes; bischöfliche Genehmigung für Religionslehrer an Schulen jeder Art und Stufe; Errichtung bischöflicher Seminarien; Anerkennung des bischöflichen Rechtes, die Kleriker zu prüfen, unter Wegfall der Staatsprüfung; Verleihung aller geistlichen Ämter durch den Bischof, wo nicht bestimmt erweisliches Patronatsrecht entgegenstehe; ungehinderte Ausübung der geistlichen Strafgewalt gegen alle Glieder der Kirche, mit Aufhebung der Appellation an die Staatsgewalt: dies waren ihre Forderungen oder vielmehr der Anfang derselben. Und da diese Forderungen im Namen einer Kirche gestellt wurden, die alle ihre einzelnen Prätensionen durch die ungeheure Gesamtprätension stützt, daß sie, diese bestimmte Kirche mit ihren Formen und Organen, die Kirche schlechthin sei — und die in diesem Sinne kirchlich und göttlich als gleichbedeutend nimmt: so konnte sie dieselben mit einem ganz anderen Nachdrucke stellen, als die eingeschüchterten Kammern, Stadträte und sonstigen Korporationen jener üblen Tage die ihrigen. Die Bischöfe warteten die Erklärungen der Regierungen nicht erst ab. Im Februar 1852 erklärten sie rund heraus, daß sie in jedem einzelnen Falle so handeln würden, als wenn ihre Forderungen genehmigt wären; und als dieselben von den Regierungen größtenteils abgelehnt wurden, ließen sie sich trotzig vernehmen: daß man Gott mehr gehorchen müsse, als den Menschen. So stemmte sich wiederum der geistliche Universalstaat dem kraftlosen Territorialstaate entgegen. Bei der damaligen Stimmung der Machthaber triumphierte er auch eine Zeitlang. Im Großherzogtum Hessen schloß das Ministerium Dalwigk mit dem neuen Bischof von Mainz, Freiherrn von Ketteler (seit 1850), am 23. August 1854 eine geheime Konvention, welche diesem Vorkämpfer des Ultramontanismus in Deutschland ganz freie Hand gab, und die der Minister dem Landtage gegenüber abzuleugnen die Schamlosigkeit hatte. In Württemberg benutzte man den Einfluß einer katholischen Mätresse auf den alternden König, um ein Konkordat zu stande zu bringen (1857), bei dem aber die günstige Stunde schon verpaßt war: das eigentliche Schlachtfeld, auf welchem der Kampf römischen Übermutes mit dem modernen Staate ausgefochten wurde, war das Großherzogtum Baden, wo nach dem am 24. April 1852 erfolgten Tode des Großherzogs Leopold I. für den regierungsunfähigen Nachfolger

Ludwig dessen jüngerer Bruder Friedrich zunächst als Regent die Geschäfte übernahm. Der Erzbischof von Freiburg, Hermann von Vicari, untersagte zunächst das seither in ähnlichen Fällen übliche Traueramt für den verstorbenen Großherzog: und darin hatte er recht, weil dies bei einem im evangelischen Bekenntnisse Verstorbenen keinen Sinn hatte. Er ging dann aber schroff im Sinne der bischöflichen Forderungen vor, wobei jüngere Männer dem Greise — er war 1773 geboren — die müden Hände stärkten, wie Mose im Kampfe wider die Amalekiter. Er ließ Seminarprüfungen ohne Regierungskommissar abhalten, ernannte Pfarrer aus eigener Machtvollkommenheit, bedrohte die Mitglieder des katholischen Oberkirchenrats mit Exkommunikation; einer schwächlichen Ermahnung des Ministeriums (31. Oktober 1853) gegenüber erklärte er, solchen Landesgesetzen, welche die „durch Christus der Kirche gegebene Einrichtung" vernichteten, nicht gehorchen zu können. Die Regierung stellte ihn nun unter Aufsicht und bedrohte die Geistlichen, welche den Weisungen des Erzbischofs folgen würden, mit Strafen. Dem setzte der letztere die wirkliche Exkommunikation des Oberkirchenrats entgegen und sah sich in dem Kampfe, bei welchem er kein wirkliches, sondern nur ein eingebildetes Martyrium zu erdulden hatte, da nur die untergeordneten Werkzeuge mit Geld- oder Gefängnisstrafen heimgesucht worden waren, durch das Lob des Papstes und aller Gläubigen in Nah und Fern unterstützt. So bedachte sich hier diese „konservative Macht" nicht, soviel an ihr lag, das Land der Anarchie entgegenzuführen. Die Regierung suchte mit Rom unmittelbar ins reine zu kommen, schlug die Anklage gegen den Erzbischof und die Prozesse gegen die Geistlichen nieder (1854); aber als endlich nach langen Unterhandlungen eine Konvention mit Rom (1859) zu stande kam, da hatten sich die Zeiten sehr geändert, und es widerfuhr der römischen Kirche, daß alle ihre so künstlich und fein gestrickten Maschen wie Spinnengewebe zerrissen.

Der Kampf der römischen Kirche mit den Regierungen war der Kampf eines Staates mit einem Staate und wurde auch in diesen Formen ausgefochten, nur etwa daß man dem, was wesentlich Interessen des Ehrgeizes waren, religiöse Namen und Form gab: die Wissenschaft hatte damit nichts zu thun, da zwischen den feststehenden Satzungen und Dogmen der römischen Kirche und dem freien wissenschaftlichen Forschen keine Gemeinschaft mehr bestand. Anders war dies auf protestantischem Boden. Auch hier dominierte allerdings die Orthodoxie, oder was man sehr obenhin das „positive Christentum" nannte, und diese Richtung war weit davon entfernt, den Regierungen solche Schwierigkeiten zu machen, wie die entsprechende katholische. Ein gefügiges Werkzeug der Reaktion, arbeitete sie den Regierungen eifrig

und willig in die Hände und empfing von diesen den Dank durch Begünstigung der verschiedenen Orthodoxieen und ihrer hervorragenden Bekenner, sowie durch gelegentliche, wiewohl nicht eben durchgreifende Verfolgung dessen, was diese Orthodoxie in Bausch und Bogen den Unglauben nennt. Es gelang, der offiziellen Welt wieder einen kirchlichen Anstrich zu geben: mit Seufzen entschloß sich so mancher höhere Beamte wieder zum Herr-Herr-sagen und zum Kirchenbesuch, den er seither der Plebs überlassen hatte. Die Heuchelei schoß überall, in Kirche, Schule, Beamtenwelt, in üppige Halme; aber auf protestantischem Boden kann keine Richtung lange die Herrschaft behaupten, die sich nicht wissenschaftlich zu rechtfertigen vermag, und die Herstellung einer neuen Scholastik oder konfessionalistischen Dogmatik mißlang. Selbst innerhalb der eigentlich theologischen Welt war doch auf diesem Boden die geistige Freiheit zu sicher gegründet, und der Kampf wurde hier doch meist mit wissenschaftlichen Waffen geführt. Versuche, wie z. B. in Württemberg, wo ein Prinz, der sich sonst in allen Lüsten wälzte, Einschreiten gegen den „Unglauben“ auf der Hochschule zu Tübingen verlangte, womit er die Vorlesungen eines der bedeutendsten Kirchenhistoriker des 19. Jahrhunderts, Christian Ferdinand Baurs, meinte, fielen ohne viele Wirkung zu Boden: und wenigstens nicht überall war der Boden so günstig wie in Mecklenburg oder Kurhessen, wo lutherisches Pfaffentum in der Weise des 17. Jahrhunderts wirtschaftete. Die übrigen Wissenschaften hatten sich von allem kirchlichen und theologischen Einflusse völlig losgemacht und schritten auf ihrem eigenen Wege rüstig fort; die Professoren, welche in der Paulskirche mit der Politik nicht hatten zu stande kommen können, saßen alsbald wieder fleißig an der Arbeit, unentmutigt, unverwüstlichen Glaubens und Hoffens voll, wie es Männern der Wissenschaft und Lehrern der Jugend geziemt. So kurz die eigentliche Revolutionskrisis gedauert hatte, so hatte sie doch eine für die Stellung und Bedeutung der Wissenschaft im Gesamtleben der Nation überaus wichtige Folge. Das Streben erwachte, die Wissenschaft unmittelbarer, stärker, als bisher, auf das handelnde Leben einwirken zu lassen, und Männer vom höchsten wissenschaftlichen Range auf den verschiedensten Gebieten, Naturwissenschaft, Staatswissenschaft, Geschichte, Nationalökonomie, bemühten sich, die Ergebnisse eigener und fremder Forschung in einer Sprache vorzutragen, welche es der Menge derer, die keine specielle Vorbildung für das besondere Fach, sondern nur allgemeine Bildung und Interesse für wissenschaftliches Erkennen mitbrachten, möglich machte, ihnen zu folgen. Die Menge der einzelnen Erscheinungen ist zu groß, als daß wir uns versucht fühlen könnten, sie aufzuzählen: für die Naturwissenschaften sei beispielsweise an Alexander von Humboldts Kosmos

erinnert, der in diesen Jahren (1845—1862) vollendet wurde; besonders die Geschichte empfand den belebenden Hauch einer großen, weltgeschichtlichen Epoche, deren erster Akt soeben zu Ende gespielt worden war. Neben den älteren Meistern Leopold Ranke und seinem Gegenbilde Chr. Fr. Schlosser, deren Werke in ihrer anerkannten Wirksamkeit sich erhielten, entstanden andere, denen man bereits die mächtige Anregung der jüngsten Tage anfühlen konnte, und unter denen wir als für diese Zeit charakteristisch Ludwig Häussers „Deutsche Geschichte von dem Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes“, Heinrich von Sybels „Geschichte der Revolutionszeit von 1789—95“ und Theodor Mommsens „Römische Geschichte“ hervorheben: auch Gervinus' „Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“ ist in diesem Zusammenhange zu erwähnen, da man die Abgeschmacktheit hatte, gegen die Einleitung zu diesem Werke, in welcher der Geschichtschreiber den in dieser Allgemeinheit ziemlich unverfänglichen Satz aufstellte, daß die neuere Geschichte von der Aristokratie zur Demokratie hinstrebe, polizeilich einzuschreiten. Neben diesen deutschen Werken ist des whiggistischen Staatsmannes Thomas Babington Macaulay „Geschichte von England seit dem Regierungsantritt Jakobs II.“ zu nennen, die durch ihre Form wie durch ihren Gegenstand für Deutschland mindestens ebenso bedeutend geworden ist wie für England. Diese und ähnliche Werke wirkten, während ihresgleichen früher in verhältnismäßig kleinen Kreisen geblieben waren, auf ein großes Publikum und übten einen tiefen und heilsamen Einfluß auf diejenigen Klassen aus, welche die Revolution vorzugsweise zu einem thätigen Eingreifen in das politische Leben erweckt hatte.

Und dies überhaupt war der hauptsächlichste Fortschritt, der in diesen Jahren geschah: die wachsende Macht der Öffentlichkeit. Vor 1848 waren die wichtigsten Dinge innerhalb der besonderen Fachkreise verhandelt worden, und man hatte sich in den Kreisen der Regierenden davor gescheut, sich in die Karten sehen zu lassen; vollends was in dem einen deutschen Staate geschah, berührte den andern nur wenig, geschweige daß man sich dafür erwärmt oder erhitzt hätte wie für eine eigene Sache. Dies ward jetzt zusehends anders. Von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr, von den verschiedensten Parteistandpunkten aus, wurden die allgemein deutschen und europäischen, wie die besonderen Landesangelegenheiten vor dem Volke, soweit es überhaupt lesen konnte, verhandelt. Es wurde für Tausende und aber Tausende ein Bedürfnis, ununterbrochen sich mit den Fragen des Gesamtlebens, den politischen und gesellschaftlichen, zu beschäftigen; die Tagespresse erfüllte mit wachsendem Geschick die Aufgabe, dasjenige, was als mehr oder minder unbestimmte Empfindung unter ihren Lesern

lebte, ihnen in klarer Form, zu schlagfertigen Worten und Gründen verarbeitet, darzubieten, und da sich bald materielle Interessen von großem Umfange mit den Organen der Presse verbanden, so ward diese zu einer Macht, welche, durch Gewaltmaßregeln gereizt und geärgert, im Einzelnen gehemmt und gedrückt, doch im Ganzen und Großen ihrer Wirksamkeit nicht mehr gehindert werden konnte. Die Regierungen und ihre Parteien fanden selbst es unerläßlich, mit in diese Arena des publizistischen Kampfes hinabzusteigen und dasjenige für sich zu gewinnen, was sie früher als beschränkten Unterthanenverstand gering geachtet hatten. Und noch mehr: während früher das höchste Glück des Beamten, des Ministers, des loyalen Unterthans ein gnädiges Lächeln oder Wort aus fürstlichem Munde, ein Orden, ein Lob des Vorgesetzten gewesen, begann er allmählich nicht mehr ganz gleichgültig zu sein gegen Lob oder Tadel, welchen aus der Mitte des Volkes heraus das Zeitungsblatt aussprach, das seinen Namen auf die Lippen von Tausenden brachte, mit welchen das tägliche Leben ihn zusammenführte. Eine neue Kraft war in die politischen Verhältnisse gekommen, welche dem ganzen staatlichen Leben eine andere Gestalt gab — nicht viel anders als die Dampfkraft das gewerbliche und Verkehrsleben umgestaltet hatte; eine Kraft, die jedes Prinzip, jede Partei, jede gute und jede schlechte Sache sich dienstbar zu machen suchte. Indes noch empfand man diesen Fortschritt wenig über einer trostlosen Gegenwart, die dem Deutschen überall nur Zerfahrenheit, Schmach nach außen, Rechtsbruch und Unfruchtbarkeit im Innern zeigte. Und was das Trostloseste von allem war: nirgends schien sich eine Möglichkeit der Besserung zu zeigen. Der Radikalismus trug sich mit vagen und kindischen Hoffnungen einer neuen Revolution, gleich als wenn eine solche etwas hätte helfen können, wo unter der Nation die Zerfahrenheit ebenso groß war als unter den Fürsten; die Verständigeren sagten sich, daß ein Impuls zum Besseren nur von einer der Großmächte ausgehen könnte: und nicht wenige hatten sich auch dies klar gemacht, daß für Deutschland und in Deutschland Freiheit und Einheit, wenn überhaupt, nur von Preußen kommen konnte, aus dem einfachen Grunde, weil Preußen allein zugleich ein großer Staat und ein deutscher Staat war. Dieser Staat aber nahm sich in diesen Zeiten trauriger aus als jeder andere, weil in keinem andern das Mißverhältnis zwischen dem, was war, und dem, was sein konnte und sein sollte, so schreiend war wie in diesem.

3. Preußen.

Der preußische Staat begriff damals (1853) auf 5100 Quadratmeilen 17 Millionen Menschen gegen etwas über 10 Millionen im

Jahre 1815. Von diesen 17 Millionen waren etwa 14 Millionen Deutsche, und zwar waren jetzt, wo durch die Einverleibung der Hohenzollernschen Fürstentümer (21 Quadratmeilen) der Staat auch wieder in Süddeutschland Fuß faßte, nahezu alle deutschen Stämme, Franken, Schwaben, Sachsen, Friesen, Lothringer, Thüringer, in diesem Gemeinwesen vertreten, dessen deutscher Charakter durch das für den Augenblick zwar noch starke, aber sichtbar im Rückgange begriffene und nur neuerdings wieder künstlich gesteigerte slawische Element — noch 2 800 000 im Jahre 1853*) — nicht wesentlich beeinträchtigt wurde. Die Verschiedenheit der Religion, 10 Millionen Protestanten gegen 6 Millionen Katholiken, bildete hier kein Moment der Schwäche. Die römisch-katholische Kirche, unter Friedrich Wilhelm IV. mit ausgesuchter Höflichkeit und von diesem Fürsten selbst mit unverhohlener Sympathie behandelt, war zufrieden, soweit sie es überhaupt sein kann, wo sie nicht die unbedingte Herrschaft besitzt: und in den höheren Schichten der Gesellschaft hatte gemeinsame gesellschaftliche, wissenschaftliche und Berufsbildung sowie auch das in den östlichen Provinzen von Hause aus mächtige, in den westlichen sichtbar im Wachsen begriffene preußische Staatsgefühl diesem Gegensatze die Spitze abgebrochen. Die allgemeinen Kulturverhältnisse waren glänzend, die Bodenbenutzung des großenteils nur wenig ergiebigen Areals eine außerordentliche. Es ist auch dies ein Stück preußischer Geschichte und nicht das am wenigsten rühmliche, wenn man liest, daß um diese Zeit der ganze Boden des Staatsgebietes 9 Prozent Unland, 43 Prozent Acker-, Wein- und Garten-, 25 Prozent Wiesen- und Weide-, 23 Prozent Waldland zeigte, und daß neben den Kanälen und Straßen bereits 543 Meilen Eisenbahn, für die damalige Zeit nicht wenig, im Betriebe waren. Der materiellen Kultur aber entsprach die geistige: Individuen, welche nicht wenigstens lesen und schreiben konnten, fanden sich in den rein deutschen Provinzen und Bezirken nur sehr vereinzelt, und zu den Bildungsanstalten aller Art, den 24 000 Elementar-, den etwa 400 höheren Schulen, den sechs vollständig organisierten Universitäten, trat, sie ergänzend, eine Bildungsstätte von höchstem Werte, das Heer, aus welchem die allgemeine Dienstpflicht zwar kein Volksheer im Sinne der demokratischen Improvisationen von 1848, aber doch ein wirkliches Nationalheer machte, und in dessen Organisation wir schon früher die breit und tief gelegte, im besten Sinne demokratische Grundlage dieses Staatswesens erkannt haben. Mit widerwilligem Erstaunen sahen die Bevölkerungen, welche, wie etwa die von Sigmaringen, in den Jahren 1848 und 1849 Gelegenheit hatten, nach der Reihe Bayern, Württemberger, Österreicher

*) 1872: 2 500 000; 1884: 2 450 000.

und Preußen neben ihren eigenen Tapfern vom hohenzollern-sigmaringen-hechingen-liechtensteinschen Bataillon in den Quartieren kennen zu lernen, die überlegene Gesittung in den Reihen der preußischen Truppen. Einige wenige, welchen die rasch wechselnden Aufregungen jener Jahre den Blick nicht trübten, sahen mehr: sie fanden bei diesen Truppen, wie bald nachher bei den Beamten, die nach der Einverleibung kamen und die anfangs nur mit Haß und Mißtrauen empfangen wurden, ein wirkliches Nationalbewußtsein, das den Menschen ins Blut übergegangen war und keiner künstlichen Reizmittel bedurfte. Gesund wie die militärische Grundlage des Staates war auch die finanzielle. Einnahme und Ausgabe waren im Gleichgewicht; die allgemeine Staatsschuld betrug (1852) die für einen Staat von dieser Größe geringfügige Summe von 150 Millionen Thalern.

Wir haben gesehen, wie dieser Staat, dem auf den Ruf seines Königs jeden Augenblick 600 000 Mann der besten Truppen zu Gebote standen, unter einem Fürsten, der seine Thatenscheu hinter wunderlichen mittelalterlich-romantischen Ideen und Doktrinen verbarg, und der für Preußen nicht die deutsche Krone, welche ihm die Geschicke entgegentrugen, sondern nur etwa ein höchst legitimes Reichsfeldherrnamt ambitionierte, unter einer Regierung mittelmäßiger Köpfe ohne männliches Selbst- und ohne starkes nationales Ehrgefühl von Stufe zu Stufe zurückweichend, sich in eine Lage hatte drängen lassen, aus der es für einen solchen Staat allerdings noch mehr als einen Ausweg gegeben hätte, in der es aber der leitende Minister von Manteuffel und sein König vorzogen, denjenigen zu wählen, der unter dem Joche durchführte. Wir müssen nun zusehen, wie dieser Staat, unter einem schmählichen Parteiregimente, das traurigste Lustrum seiner Geschichte verlebte: ein peinlicher Anblick, für den aber zum Glück bald eine verwandelte Scene entschädigte, auf welcher mächtige und großartige Bilder sich drängen.

Eine wesentliche Änderung war dennoch eingetreten, so sehr auch alles zum Alten und noch weit hinter dasselbe zurückzustreben schien. Der absolute Staat war durch die Krisis der Revolutionsjahre zum konstitutionellen umgewandelt worden. Für die Zwecke einer allgemeinen Geschichte genügt es, daran zu erinnern, daß nach Auflösung der Nationalversammlung die Regierung am 5. Dezember 1848 eine Verfassung octroyiert hatte und auf Grund derselben Anfang 1849 die in derselben vorausgesetzten zwei Kammern zusammengetreten waren; daß am 27. April 1849 die zweite Kammer aufgelöst und einen Monat später, am 27. Mai, ein neues Wahlgesetz mit viel beschränkterem Wahlrecht octroyiert wurde; und daß die Regierung mit der neuen Kammer dann über die endgültige Form der Verfassung sich geeinigt

hatte. Dieses neue Staatsgrundgesetz war dann, wie erwähnt, am 6. Februar 1850 vom König beschworen worden. Diese Verfassung bot, wenn auch vorher die allzu demokratischen Elemente aus ihr entfernt worden waren, doch im wesentlichen eine genügende Grundlage für einen wirklichen Rechtsstaat dar. Alle Preußen vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte nur den Mitgliedern des königlichen Hauses und des fürstlichen Hauses Hohenzollern sowie den ehemaligen Reichsunmittelbaren vorbehalten; Genuß der bürgerlichen und der staatsbürgerlichen Rechte vom Religionsbekenntnisse unabhängig; Freiheit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums, Freiheit des religiösen Bekenntnisses, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, Versammlungs- und Vereinsrecht; Unverletzbarkeit des Briefgeheimnisses gewährleistet; als verfassungsmäßige Vertretung der Staatsbürger übt der Landtag mit dem König gemeinschaftlich die gesetzgebende Gewalt. Er zerfällt in zwei Kammern: die Erste Kammer, nach dem Gesetz vom 30. Mai 1855 das Herrenhaus genannt, zusammengesetzt gemäß Gesetz vom 3. Mai 1853 und königlicher Verordnung vom 12. Oktober 1854, besteht aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, aus Mitgliedern, die mit erblicher Berechtigung sitzen, und solchen, die auf Lebenszeit vom Könige berufen sind. Zu den ersteren gehören die Häupter der fürstlichen Familie von Hohenzollern-Sigmaringen und Hechingen, die Häupter der ehemals reichsunmittelbaren Familien in preußischen Landen, die Fürsten, Grafen und Herren, welche zur Herrenkurie des frühern vereinigten Landtags gehört haben, und solche, welche der König mit Erblichkeit ernennt: als Mitglieder auf Lebenszeit berief der König „Vertreter des alten befestigten Grundbesitzes", welche ihm von Verbänden solcher Grundbesitzer präsentiert wurden; je ein Mitglied von jeder der sechs Landesuniversitäten; ferner Männer, welche ihm von Magistraten derjenigen Städte, die er mit diesem Rechte begnadigte, präsentiert wurden, und endlich beliebige Persönlichkeiten aus besonderem Vertrauen. Die Zweite Kammer oder das Haus der Abgeordneten bestand aus 352 Mitgliedern, welche durch mittelbare Wahlen bestimmt wurden: auf 350 Seelen wurde von den Urwählern je ein Wahlmann gewählt, und zwar geschahen diese Urwahlen so, daß die Urwähler in drei, nach dem Vermögen gebildeten Abteilungen zu wählen hatten. Die Wahlmänner des Wahlkreises, deren Mandat für eine Legislaturperiode von drei Jahren galt, wählten dann den Abgeordneten. Das Wahlrecht ist freigebig zugemessen: jeder unbescholtene Preuße über 24 Jahre, der keine Armenunterstützung genießt, ist nach sechsmonatlichem Aufenthalt in einer bestimmten Gemeinde zum Wählen berechtigt: wählbar, wer über 30 Jahre alt und seit einem Jahre im Besitze der preußischen Staats-

angehörigkeit ist. Die Kammern werden jährlich regelmäßig im November berufen, die Vertagung darf 30 Tage nicht überschreiten, und sie darf sich während derselben Session nicht wiederholen; löst der König die Zweite Kammer auf, so muß die Neuwahl binnen 90 Tagen erfolgen. Jedes der beiden Häuser regelt seinen Geschäftsgang und wählt seine Präsidenten selbst. Beamte bedürfen zum Eintritt in die Kammer keines Urlaubs; die Sitzungen sind öffentlich; die Mitglieder dürfen während der Sitzungsperiode nicht ohne Genehmigung des betreffenden Hauses zur Untersuchung gezogen oder verhaftet und können für ihre im Hause ausgesprochenen Meinungen nicht außerhalb desselben zur Rechenschaft gezogen werden. Auch sonst waren die Rechte der Volksvertretung im allgemeinen viel reichlicher bemessen, als in den Verfassungen der meisten übrigen deutschen Staaten, Württembergs z. B., wo man sich immer viel mit seinem Konstitutionalismus gebrüstet hat; der rationelle Zug, der durch die ganze Geschichte dieses modernsten unter den europäischen Großstaaten geht, verleugnete sich auch hier nicht. Beide Häuser hatten, so gut wie die Regierung, das Recht der Initiative zu Gesetzvorschlägen, das Recht, Adressen an den König zu richten, das Recht, die Regierung zu interpellieren, das Recht der Kontrolle der Staatsfinanzen und das Recht, neue Steuern zu bewilligen: Finanzgesetze, und so auch der jährlich zu vereinbarende Staatshaushaltungsetat, gingen zuerst an das Haus der Abgeordneten, und das Herrenhaus konnte den letzteren nur im ganzen annehmen oder verwerfen, durfte ihn nicht amendieren.

Der König hatte den Schwur nicht mit gutem Willen, sondern nur unter Vorbehalt geleistet: in der Hoffnung, wie er sagte, daß man es ihm möglich machen werde, mit dieser Verfassung zu regieren, und unter der Ankündigung weiterer Verbesserungen in seinem Sinn; es war in der That ein Wunder, daß diese Verfassung in der nun beginnenden Zeit sich hielt. Vielleicht war es in dieser Beziehung ein Glück, daß die demokratische Partei, auf ihrem Rechtsstandpunkte beharrend — auf den sie freilich kein Recht hatte, weil sie selbst, so oft es ihr paßte, auf „der Stärke schrecklich Recht", die Revolution, gepocht hatte — sich für die nächste Zeit vom Schauplatze zurückzog und bei den Wahlen für die Zweite Kammer sich nicht beteiligte; die liberale Partei ihrerseits, mitbesiegt und machtlos, seitdem sie durch ihr schwächliches Mitraten in Erfurt sich auf die schiefe Ebene der Nachgiebigkeit begeben hatte, war ängstlich bemüht, durch fortgesetzte Nachgiebigkeit, durch den Schein eines Vertrauens, das sie in Wahrheit nicht hegte, die Verfassung für bessere Zeiten zu retten, zu „überwintern": sie hielt sich deshalb in einer zaghaften Defensive, und das Feld blieb so der Partei der Ultras der Reaktion, deren geistvollstes Mitglied der König

selbst, und deren gefügiges Werkzeug sein Ministerium war, an dessen Spitze seit dem Rücktritte von Radowitz der Mann von Olmütz, Freiherr von Manteuffel, stand.

Das Organ dieser Partei war die „Neue Preußische Zeitung", welche, in den Tagen der Gefahr entstanden, dem revolutionären Treiben mutig entgegengetreten war und eine Art Mittel- und Sammelpunkt für die Kräfte des Widerstandes gebildet hatte. Jetzt aber scharte sich um diese Fahne alles, was bedrohter Eigennutz, blinder Fanatismus und ehrliche Borniertheit gegen die Forderungen des Jahrhunderts erbitterte. Der vorwaltende Gedanke dieser Partei, welche nur über einen sehr geringen Vorrat von Ideen verfügte, war die Bekämpfung der Revolution: unter welchem letzteren Namen sie alles begriff, was den Vorrechten des Adels, der Alleinherrschaft eines protestantischen Pfaffentums, dem Kastengeist des Offiziercorps und der Willkür des Königtums, sofern dasselbe sich ihren Interessen dienstbar erwies, widerstrebte. Es bedurfte erst großer Kämpfe und gewaltiger Ereignisse, ehe die wahrhaft konservativen und vortrefflichen Elemente des preußischen Adels, der preußischen Beamtenschaft, der Geistlichkeit, des Offizierstandes sich selbst wiederfanden und eine wirklich konservative Partei im staatbauenden altpreußischen Geiste gegenüber dieser neupreußischen Reaktionspartei sich bildete. Das bedeutendste Talent dieser Partei war der Professor an der Berliner Universität Friedrich Julius Stahl, der, 1802 in München von jüdischen Eltern geboren und 1819 zum Christentum übergetreten, auf verschiedenen Universitäten dociert und durch eine „Philosophie des Rechts nach geschichtlicher Ansicht" (1. Band 1830) sich Ruf erworben hatte. Im Jahre 1843 nach Berlin berufen, war er auf die romantische Weltanschauung des Königs eingegangen und schuf jetzt der neupreußischen Partei eine Art metaphysischer Grundlage, indem er ihre Anschauungen in mundgerechte Formeln brachte und mit kühner und gewandter Rede verfocht: ein nie fehlender Sprecher, unvergleichlicher Dialektiker und Meister in der Kunst „die schlechtere Sache zur besseren zu machen", wie die Alten das Wesen aller Sophistik treffend bezeichnet haben. In der Wissenschaft ist sein Name wohl bereits der Vergessenheit anheimgefallen, und was die Partei sein System nannte, sichert ihm nur neben den älteren Doktrinären der Reaktion, wie Haller, de Maistre und anderen einen Platz; aber er war unzweifelhaft der bedeutendste Mann seiner Partei und gab ihr einen gewissen Halt, den Schein einer tieferen Lebens- und Weltanschauung, die keiner der übrigen Führer derselben geben konnte: weder der Appellationsgerichtspräsident Ludwig von Gerlach, der übrigens ein gewissenhafter Mann von ernster Überzeugung war und dem einmal eingenommenen Standpunkte uner-

schütterlich treu blieb, noch auch — und weniger als Gerlach, der im gewöhnlichen Leben und in seinem Amte sich durchaus als einen Mann von strengem Rechts- und Ehrgefühl erwies — der Vorfechter und Führer der Partei in der Zweiten Kammer und Redakteur des Parteiorgans, Hermann Wagener, ein gewandter parlamentarischer Klopffechter von oberflächlichen Kenntnissen und großer Dreistigkeit, der nach Art seichter Rabulisten jede Frage sofort zur Prinzipienfrage machte und den Gegner damit widerlegte, daß er dessen Ansichten kurzerhand auf „die Revolution" zurückführte, wo er ihn nicht kürzererhand durch Polizei und Denunziationen widerlegen konnte. Denn dies, „das Gegenteil der Revolution", war das A und das O der Parteidoktrin, welches jede Schmach nach außen und jeden Rechtsbruch im Innern rechtfertigen mußte. Sie bezeichnete mit dem vieldeutigen Worte alles, was in irgend eine nähere oder entferntere Beziehung mit der im Jahre 1789 beginnenden Umwälzung, die dem alten Pfaffen- und Adelswesen ein Ende gemacht hatte, gebracht werden konnte. Sie wollten nichts davon wissen, daß das Volk, das für sie überhaupt nur vorhanden war, sofern es in bestimmte Stände gegliedert war, gegenüber dem Könige recht haben könne; auf ihm, dem König, allein ruhte, nach Stahls Theorie, der Abglanz von oben; indes wollten doch, wie sie sagten und mit Recht sagen konnten, weder Stahl noch die Masse der Landjunker, beförderungssüchtigen Beamten und beschränkten Pastoren, welche die Stärke der Partei bildeten, eine Despotie, einen absoluten König: sie wollten nicht die Monarchie Friedrich Wilhelms I. oder Friedrichs des Großen, nicht den alten straff organisierten Beamtenstaat, welcher auch das Junkertum in seine harte Zucht genommen und kein Pfaffentum hatte aufkommen lassen. Ihr Ideal war vielmehr die ständische Monarchie, und unter ihren Schlagworten war das eine, „das historische Recht", gegenüber dem Naturrecht besonders beliebt; die Geschichte reichte aber für diese Partei nicht weiter, als bis zu dem alten Staate mit der Gliederung in Adel, Bürger und Bauern, einer Ordnung der Dinge, bei welcher bekanntlich der Adel am besten fortgekommen war. Mit dergleichen Ideen, die sich in der Anwendung nicht allzu romantisch gestalteten, schmeichelten sie dem Könige, welcher mit mittelalterlichen Begriffen zu spielen liebte, und der an dem Einfachen keinen Gefallen fand, und gewannen zugleich Spielraum und freien Boden für jede Rechtsverdrehung und Gesetzesumgehung. Bedurfte man der Regierung zur Vergewaltigung eines politischen Gegners, eines Gesetzes, eines Verfassungsparagraphen, dem man auf geradem Wege noch nicht beikommen konnte, so sprach man von dem göttlichen Rechte des Königtums, von des Königs persönlichem Eigentumsrechte an die Krone, von dem unveräußerlichen Rechte

der Krone und ähnlichem; machte sich die Regierung unbequem, so konnte man trotzig auf das Recht der historischen Stände pochen und wohl ein Wort davon fallen lassen, daß von den brandenburgischen Adelsgeschlechtern etwelche noch vor den Hohenzollern in der Mark gewesen seien: vollends aber dem Gegner Feindschaft gegen das Christentum nachzuweisen, Gleichgültigkeit, Indifferentismus, Subjektivismus, war die leichteste Sache von der Welt, da für diese Leute, von denen die große Mehrzahl niemals eine ernsthafte religiöse Entwickelung durchgemacht hatte, die Religion Jesu Christi nur in den Formen und Formeln der „historischen“ Bekenntnisse vorhanden war. Zuerst hatte sich diese Partei im berechtigten Kampfe gegen eine zügellose Straßendemagogie gebildet; allmählich hatte sie sich gesammelt und befestigt im Ringen gegen die parlamentarische Demokratie, und in diesem Stadium war ein Mann, dem damals niemand seine große Bestimmung für Deutschland geweissagt hätte, Otto von Bismarck-Schönhausen, ihr leidenschaftlichster Vorkämpfer gewesen: jetzt aber machte sie die Entdeckung, daß nicht sowohl der Republikanismus, mit dem es in dem tiefmonarchischen Preußen keine Not hatte, gefährlich sei, sondern der Liberalismus, der Konstitutionalismus, der Parlamentarismus — der Wolf im Schafskleide, die Revolution im Frack und Glaceehandschuhen oder, wie Manteuffel gesagt, „in Schlafrock und Pantoffeln.“

Die Verfassung ließen sie sich einstweilen gefallen, obgleich einige ihrer Führer sofort, nachdem der König dieselbe beschworen, die Möglichkeit andeuteten oder auch unverblümt aussprachen, daß der König, der sie verliehen, dieses sein freies Geschenk auch wieder zurückziehen könne; sie wußten wohl, daß Friedrich Wilhelm, der niemals einen Schritt ohne Vorbehalt that, im Herzen ganz ebenso dachte. Sie sei ein Gesetz wie andere, sagten sie, nicht weniger, aber auch nicht mehr, Nummer so und so der Gesetzsammlung: und nur in diesem Sinne leisteten auch sie den Eid. Indes einstweilen belästigte die Verfassung sie wenig. Ihre Partei, klein an Zahl, aber mächtig, umdrängte das Staatsruder, beherrschte den König, war in ausschließlichem Besitz der hohen Staatsstellen und verfügte mithin über die niederen; sie konnten hoffen, die Verfassung in ihrem Sinne zu revidieren und umzugestalten; später, als der Liberalismus wieder zu Kräften kam, versöhnten sie sich ganz mit derselben, da sie die Möglichkeit gewährte, jeden unbequemen Fortschritt durch das Herrenhaus, in welchem das Junkertum das Übergewicht besaß, zurückzuweisen.

Diese Partei regierte von 1850—1857 König und Land so gut wie unumschränkt; sie bestimmte seine innere Politik unbedingt und seine äußere wenigstens in großem Umfange.

Nach außen war es der Grundgedanke der Heiligen Allianz, enge Verbindung zwischen Rußland, Österreich und Preußen, welchen sie verfolgten: eine Politik, bei welcher schon in Metternichs Tagen Preußen die Unkosten bestritten hatte, und die auch jetzt nur auf Kosten der preußischen Zukunft fortgesetzt werden konnte, wie sie denn soeben von Rußland und Österreich, Nikolaus und Schwarzenberg, mit vollständiger Verdrängung Preußens aus seiner deutschen Stellung neu in Scene gesetzt worden war. Die herrschende Partei trug mit einem gewissen Stolze diese Kette, welche sie mit dem Namen der Solidarität der konservativen Interessen bezeichnete. „Die erste Stelle in Deutschland gebührt Österreich", war die Meinung Friedrich Wilhelms, und mithin gebührte, im Sinne der Partei der Gegenrevolution, die erste Stellung in Europa dem Kaiser von Rußland. Auf eine weitere Entwickelung der preußischen Macht war damit verzichtet, und nur darin blieb Friedrich Wilhelm IV. dem erwerbsamen Sinne seines Hauses getreu, daß auch er ein weiteres Stückchen deutscher Erde, die Hohenzollernschen Fürstentümer Sigmaringen und Hechingen, dem Staate hinzufügte. Freilich, so wie die Dinge damals lagen, eine Erwerbung von zweifelhaftem Wert, die leicht gegebenen Falles mehr Verlegenheiten als Nutzen bringen konnte.

Drei Fragen waren es, welche in der zweiten Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelms IV. die auswärtige Politik Preußens in Bewegung setzten: die schleswig-holsteinische, die orientalische und die Neuenburger Frage.

Von diesen war die erste der Angelpunkt, um den sich alle preußische Politik hätte drehen sollen: wenn irgendwo, so war dort das preußische Interesse zugleich das deutsche und das deutsche zugleich das preußische. Von einer deutschen Aufgabe und Zukunft Preußens aber schien die herrschende Partei überhaupt nichts zu wissen. Wie ihr die Begriffe deutsch und demokratisch und revolutionär nahezu gleichbedeutend waren, so waren ihr, wenigstens zu Anfang dieser Periode, die Schleswig-Holsteiner einfach Rebellen; daß der König von Dänemark selbst ein Werkzeug in den Händen einer demokratischen Partei war, kümmerte sie ebensowenig, wie die traurige Rolle, welche Preußen, von Österreich verhöhnt, bei der Pazifikation der Herzogtümer hatte spielen müssen. Durch den Traktat vom 8. Mai 1852, das Londoner Protokoll, war die Sache in einer Weise geschlichtet worden, welche den Interessen Rußlands und vornehmlich Österreichs, das besser als das damalige Preußen wußte, was für diesen letzteren Staat dort zu holen war, zusagte: daß auch der preußische Gesandte, der ehrenwerte, gut deutsch gesinnte Bunsen, seinen Namen unter dieses Aktenstück hatte setzen müssen, war die letzte der Demütigungen,

welche Preußen in jener Unglückszeit über sich hatte ergehen lassen. Allein die Angelegenheit war damit mit nichten aus der Welt geschafft. Einmal nämlich gelang es keineswegs, alle die Verzichte zur Stelle zu schaffen, welche nötig gewesen wären, um der in dem Londoner Traktat auf den Schild gehobenen Glücksburger Linie die Nachfolge ohne Anfechtung zu sichern, und andererseits hatte ein Beschluß des Deutschen Bundes vom 29. Juli 1852 Akt genommen von den Verpflichtungen, zu denen Dänemark in einer Proklamation vom 29. Januar jenes Jahres sich bekannt hatte: unter anderem sollte nach dieser Proklamation jedes der beiden Herzogtümer eine ständische Vertretung mit beschließenden Befugnissen erhalten.

Die ganze Frage wurde wieder eine offene, sobald Dänemark diesen Verpflichtungen nicht nachkam. Dort in Kopenhagen, wo eine gewaltthätige demokratische Partei eine königliche Null beherrschte, ging die Absicht auf die Herstellung einer Dänischen Gesamtmonarchie, in welcher die Herzogtümer nichts weiter als Provinzen sein sollten; und nur etwa darüber war Meinungsverschiedenheit, ob diese Machterweiterung des kleinen Inselstaates alle drei Herzogtümer umfassen sollte, oder ob es nicht, weil nun einmal Holstein und Lauenburg rechtlich und thatsächlich nicht dänisch waren, vorsichtiger und richtiger sei, sich mit der Eidergrenze zu begnügen und alsdann die Danisierung des Herzogtums Schleswig um so energischer zu betreiben. Was dem kleinen dänischen Volke den Mut gab, einem Volke von 40 Millionen Schach zu bieten — und zwar in den ersten Jahren nach dem ersten Schleswig-Holsteinischen Kriege fast ohne Ahnung, sollte es scheinen, welch ein gefährliches Spiel dies war — das waren die Erfahrungen, welche die soeben verlebte Zeit geboten hatte. Freilich der Jammer der deutschen Dinge lag offen vor aller Welt Augen. Es gehörte kein scharfes Auge dazu, um zu sehen, daß Österreich ganz dasselbe Interesse hatte, wie Dänemark selbst, nämlich die deutsche Nationalitätsbewegung in den Herzogtümern niederzuhalten, weil dieselbe notwendig sich an Preußen anlehnen mußte — daß Preußen augenblicklich im Schlepptau Österreichs ging, und daß es bei jedem Versuche eines energischen Aufschwunges nicht nur durch Österreichs tief eingewurzelte Feindschaft, sondern auch durch die Eifersucht der Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands gelähmt werden würde — daß der ganz unter österreichischem Einflusse stehende Bundestag zwar der nationalen Stimmung gelegentlich gute Worte geben, nimmermehr aber im deutschen Sinne energisch handeln werde — und daß endlich die außerdeutschen Großmächte, Rußland, England, Frankreich, in dem Streithandel Dänemark gegen Deutschland auf der Seite des Schwachen — Dänemarks — stehen würden. Es war eine von der Leidenschaft

beherrschte, kurzsichtige, oberflächliche Politik, welche dem hochmütigen Volke eines Tages teuer zu stehen kommen konnte: aber die deutschen und die preußischen Dinge ließen sich damals so hoffnungslos an, daß sie wohl erklärlich war.

Zunächst also kühlte die in Kopenhagen herrschende Partei ihre Rache an den Trägern des deutschen Elements in den Herzogtümern. Sie setzte Hunderte von deutsch gesinnten oder deutscher Gesinnung verdächtigen Beamten, Lehrern, Predigern ab, die nun in einzelnen deutschen Ländern — die Gerechtigkeit fordert zu sagen, namentlich in Preußen — eine leibliche Unterkunft fanden, während der süddeutsche Patriotismus sich etwas wohlfeil mit Lebehochrufen und Bierpfennigen für diese Vertriebenen abfand. In Holstein verfuhr man mit einiger Mäßigung, anders in Schleswig, wo überall auf die gewaltthätigste Weise dänische Sprache, dänische Predigt, dänischer Schulunterricht den widerstrebenden Bevölkerungen aufgezwungen wurde; zugleich ward mit großer Dreistigkeit durch Verordnung vom 16. März 1853 ein Distrikt von sechs Dörfern um Rendsburg von Holstein getrennt und zu Schleswig geschlagen. Zum Scheine wurde im Herbst 1853 eine schleswigsche und eine holsteinische beratende Versammlung einberufen, danach 1854, ohne weitere Berücksichtigung der Gutachten dieser Versammlungen, höchst ungenügende Verfassungen für diese beiden Herzogtümer bekannt gemacht. Am 26. Juli 1854 octroyierte Friedrich VII. alsdann seinem Reiche eine Gesamtstaatsverfassung, und da diese die Zustimmung des dänischen Reichstags — die Herzogtümer fragte man nicht — nicht fand, wurde am 2. Oktober 1855, nach erfolgter Vereinbarung mit dem dänischen Reichstage eine neue publiziert und in Vollzug gesetzt. Diese Verfassung räumte dem Reichsrat, der alle zwei Jahre zusammentreten sollte, große Rechte ein; allein da derselbe aus 47 dänischen und 13 aus Schleswig, 18 aus Holstein, 2 aus Lauenburg teils vom Könige ernannten, teils von den Ständeversammlungen der verschiedenen Lande zu wählenden Mitgliedern bestand, so waren die Vertreter der Herzogtümer von vornherein der Majorität der dänischen und dänisch gesinnten preisgegeben. Über diese Verfassung, welche in den wichtigsten Punkten den früheren Zusicherungen widersprach, kam es nun zu einem unfruchtbaren Notenwechsel zwischen den Großmächten, welchen Manteuffel durch eine Note vom 1. Juni 1856 eröffnete, und der sich bis Mitte 1857 hinzog. Seine einzige Frucht war die Zusammenberufung einer außerordentlichen Versammlung der holsteinischen Stände, August 1857, die aber schon im September von dem königlichen Kommissar in hohen Ungnaden geschlossen wurde, weil sie auf die königlichen Intentionen nicht einging und die Selbständigkeit und Gleichberechtigung des Landes aufrecht erhalten wissen

wollte. So wurden fünf Jahre lang die Dinge hingehalten, die Herzogtümer mißhandelt und finanziell von den Dänen ausgebeutet, bis sich endlich am 29. Oktober 1857 auf eine Vorlage Österreichs und Preußens die Bundesversammlung mit den Angelegenheiten Holsteins und Lauenburgs, deutscher Bundesländer, ernstlich befaßte. Auf den Antrag Hannovers, das hier auf billige Weise einem schwächlichen Ehrgeiz frönte, wurde ein besonderer Ausschuß gebildet, der — für diese Versammlung ungewöhnlich rasch — schon nach einigen Monaten Bericht erstattete. Am 11. Februar 1858 stimmte dann die hohe Versammlung über die Anträge dieses Ausschusses ab. Die dänische Regierung ward aufgefordert, in Holstein und Lauenburg einen den Bundesgrundgesetzen und den erteilten Zusicherungen entsprechenden Zustand herbeizuführen und der Bundesversammlung über die in dieser Beziehung getroffenen Anordnungen „baldigst" Anzeige zu erstatten. Dänemark handelte zunächst ohne alle Rücksicht auf diesen Beschluß; der Reichsrat bewilligte Gelder für Vermehrung der Wehrkraft des Landes und Befestigung von Kopenhagen; endlich (26. März) ließ sich die Regierung zu einer Erwiderung herbei, die von Winkelzügen und Ausflüchten strotzte und in welcher sie neue Unterhandlungen anbot. Am 20. Mai 1858 raffte sich die Langmut des Bundestags zu einem neuen Beschlusse auf, welcher, auf dem Standpunkte vom 11. Februar beharrend, eine bestimmte Erklärung binnen sechs Wochen verlangte. Nachdem die Frist bis zur letzten Minute verstrichen war (15. Juli), gab die dänische Regierung eine Antwort mit neuen Hinterhalten, Ausreden, nichtssagenden Konzessionen, unbestimmten Versprechungen: und nun endlich, in einem neuen Bundesbeschlusse (12. August) wurde der dänischen Regierung mit einer Bundesexekution gedroht und Erklärung binnen drei Wochen verlangt. Einzelne Regierungen, Hannover, Koburg-Gotha, Oldenburg, forderten sofortige energischere Schritte, nach welchen die unterdessen wiedererwachte öffentliche Meinung Deutschlands ihrerseits mit wachsendem Ungestüm verlangte.

Eine Gelegenheit, aus dieser jämmerlichen Lage herauszukommen, wo eine Nation von 40 Millionen, an ihrer Spitze ein großer Staat von 18 Millionen, sich von einem wenig über eine Million umfassenden Staate verspotten ließ, bot sich für Preußen bei dem Ausbruche der orientalischen Krisis dar. Wohin die Sympathieen der herrschenden Partei gingen, war kein Geheimnis; sie hätte am liebsten dem Heiligen ihrer Partei, dem Zaren Nikolaus, Heeresfolge geleistet in dem Kriege, den sie nicht übel Lust zeigte als einen Kampf des Kreuzes wider den Halbmond darzustellen. Der Kriegsminister von Bonin entgalt, wie wir sahen, sein unvorsichtiges Wort über die Unmöglichkeit einer russischen Allianz mit sofortiger Entlassung; ihre Organe jubelten über

jeden Erfolg der russischen Waffen, und als der Kaiser Nikolaus starb, trug die Partei eine Trauer zur Schau, welche jedem preußischen Manne die Schamröte hätte auf die Wangen treiben müssen. „Ich danke Gott auf Knieen", schrieb der König, dessen Geist offenbar schon damals sich zu umwölken begann, an Bunsen, „daß Er mich würdigte, bei dem Tode des Kaisers Nikolaus tief betrübt zu sein",*) und es imponiert gewissermaßen, wenn Herr von Gerlach mit einer Naivetät ohne Grenzen in offener Kammer sagte, daß man um den Zaren Nikolaus in Preußen wie um einen Vater getrauert habe. Es war nur pikant und nicht gerecht, wenn ihm entgegnet wurde, daß manche in ihm wohl ihren Ernährer betrauert hätten, denn von gemeiner Bestechung und Gründen plumpen Eigennutzes war im allgemeinen nicht die Rede, wenngleich einzelne Männer der Partei in der That landesverräterischer Mitteilungen nach Petersburg und gemeiner Spionendienste beschuldigt worden sind und andere, wie der Schauspieler und Geheime Hofrat Louis Schneider, in gutem Glauben patriotischen Spionendienst thaten; aber ein trauriges Symptom der damaligen Zustände in Preußen war es doch, wenn Männer nicht allein von hoher äußerer Lebensstellung, sondern auch von wirklichem Patriotismus, durch den Haß, den sie im Jahre 1848 gegen die Demokratie eingesogen hatten, bestimmt wurden, sich bis zu einer so blind abgöttischen, bis hart an die Grenze des Landesverrates gehenden Verehrung eines auswärtigen Despoten wegzuwerfen — eines Despoten, der ihrem eigenen Landesherrn mehr als einmal mit der Besetzung von Ostpreußen gedroht hatte, wenn dieser sich nicht seinem Willen in den deutschen Angelegenheiten unterwerfe, und der kecklich prahlte, daß König Friedrich Wilhelm ihm die Erhaltung seines Thrones verdanke.

Indessen eine Allianz mit Rußland in dieser Frage war gleichwohl eine Unmöglichkeit — noch unmöglicher als ein „Vatermord im alten Athen" und so war wirklich hiervon auch nicht ernstlich die Rede. Noch weniger freilich von dem, was im liberalen Lager verlangt wurde, daß nämlich Preußen die Gelegenheit ergreifen solle, in Gemeinschaft mit den Westmächten das russische Übergewicht zu brechen, das keinem andern Staate sich so demütigend fühlbar gemacht hatte, und sich durch Zugeständnisse in der Herzogtümerfrage bezahlt zu machen. Vergebens sucht man in dem vertraulichen Briefe an Bunsen, in welchem der König sich über seine Politik in der brennenden Frage ausspricht (9. Januar 1854) nach einer Spur, daß der König sich der Existenz dieser Herzogtümer erinnerte. Auch hier ist es das Gespenst der Revolution, von welcher hier doch weit und breit nichts zu sehen

*) Ranke, Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, p. 324.

war, welches den König verfolgt, und man verliert die Spur jedes vernünftigen Gedankens, wenn er in diesem Schreiben, das schon einem kranken Geiste entsprungen scheint, davon spricht, daß er Österreich nicht durch die Revolution angreifen lasse und, wenn man die Revolution loslasse, sich mit Rußland auf Tod und Leben verbünden werde. So blieb denn zunächst nichts anderes übrig, als daß man wie früher die Direktion von Österreich empfing. Der Vertrag vom 20. April 1854, den wir kennen, bezeichnet den Höhepunkt der preußischen Aktion: in einem geheimen Artikel wurde die Einverleibung der Donaufürstentümer oder die Überschreitung der Balkanlinie von seiten Rußlands als Kriegsfall bezeichnet. Rußland zog seine Truppen aus den Donaufürstentümern zurück, und damit war dem nächsten Allianzzweck Genüge geleistet. Den weiteren Schritten Österreichs schloß Preußen sich nicht an, und dies war richtig, da man von Österreich gar nichts zu erwarten hatte und es thöricht gewesen wäre, um Österreichs Willen sich mit Rußland zu verfeinden. Man bezeichnete die Politik Preußens jetzt als die „Politik der freien Hand“: eine Politik, die übrigens doch immer besser war, als was diese Regierung sonst in auswärtigen Dingen that, weil sie, da sie nicht handelnd auftrat, auch nichts verdarb. Während Österreich auf seine Weise vorwärts ging, blieb Preußen stillstehen und hörte auf, in dieser Frage zu zählen; an den Wiener Konferenzen war es nicht beteiligt, seiner Vermittlerdienste begehrte man nicht, und wir sahen, wie der Friedenskongreß in Paris ohne die fünfte Großmacht zusammentrat: erst als die Hauptsache erledigt war, erging auch an Preußen die Einladung, ihn zu beschicken. Manteuffel beeilte sich, ihr zu folgen; er hatte die Genugthuung, seinen Namen gleichfalls unter das Friedensinstrument vom 30. März 1856 zu setzen.*)

---

*) Es ist von Interesse, hierherzusetzen, was Fürst Bismarck in der Sitzung des deutschen Reichstags vom 5. Dezember 1876 sagte: „Wir sind in den Jahren 1853, 1854, 1855 damals Zumuthungen in einem Maße ausgesetzt worden, wo ich die Geduld unseres damaligen allergnädigsten Herrn bewundert habe, und wo meine politischen Ansichten mit denen meines damaligen Vorgesetzten nicht immer zusammenfielen. Ich würde in seiner Stelle die Versuche, welche gemacht wurden, uns für fremde Interessen aus Gefälligkeit oder aus Furcht vor Krieg in einen schädlichen Krieg mit anderen zu treiben, sehr entschlossen und in einer unangenehmen Weise zurückgewiesen haben, sollte ich auch schließlich in die Lage gekommen sein, den Zutritt zu der damaligen Pariser Konferenz nicht mehr zu finden. Es wäre uns gar nichts verloren gewesen, wenn wir nicht dabei gewesen wären. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Also dergleichen liegt nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, es geschah uns damals, und es hat schließlich doch die treue und feste Gesinnung des damaligen Königs von Preußen seinem Volke gegenüber, das er in unnütze Kriege, in unnütze Händel, in ein Zerwürfnis mit einem seit mehreren Jahrhunderten treu wohlwollenden Nachbar nicht bringen wollte, schließlich ihre Früchte und Nutzen getragen.“

Die Politik der freien Hand kam, wie zu erwarten, mit leeren Händen zurück. Man hatte die großen Ereignisse ihren Lauf nehmen lassen, ohne daß der erste deutsche Staat ein Gewicht in die Wagschale gelegt hätte. Man hatte die gute Gelegenheit, die schmählich verfahrene schleswig-holsteinische Angelegenheit wieder in ein besseres Geleise zu bringen, ungenützt verstreichen lassen. Ohne sonderliche Gemütsbewegung hatte man zugesehen, daß Österreich die in Deutschland populärere Seite nahm und wiederum als die führende Macht erschien — daß Rußland, auf dessen Allianz man doch seither gepocht hatte, geschwächt, Österreich mit Rußland verfeindet und die konservative Dreifaltigkeit dadurch zerstört, das neue bonapartistische Frankreich dagegen thatsächlich an die Spitze Europas getreten war und sein Kaiser nunmehr um die Wette von Österreich und von Rußland — vier Orden auf einmal überreichte Baron Budberg im Namen des Zaren im Juni 1856 dem soeben noch bekämpften Feinde — mit zudringlicher Schmeichelei umworben wurde; und daß der sardinische Minister auf eine wunde Stelle in Europa zeigte, an der leicht ein neuer Krieg von weittragenden Folgen sich entzünden konnte. Indes einen Punkt gab es, wo auch der Ministerpräsident des damaligen Preußens, er, der in Olmütz die Schmach seines Landes unterzeichnet hatte, ohne mit den Wimpern zu zucken, sein Blut wallen fühlte. Eine Frage gab es, die unmöglich hier auf dem Kongreß vor dem versammelten Europa unberührt bleiben konnte: in einer der Sitzungen, welche dem Friedenswerke folgten, und in welchen verschiedene Angelegenheiten von europäischem Interesse in unverbindlichem Meinungsaustausche erörtert wurden, öffnete er den schweigsamen Mund und richtete die Aufmerksamkeit auf die armseligste Bagatelle, welche jemals die hohe Politik beschäftigt hat, — die Neuenburger Angelegenheit. Die Behandlung dieser Sache vollendet das klägliche Bild der Führung der auswärtigen Politik Preußens während der Herrschaft der Junkerpartei.

Die jetzige Generation, welche die Verschmelzung Preußens und der deutschen Staaten außer Österreich zu einem großen Reiche erlebt hat, lernt es als eine gleichgültige Notiz aus Geschichtsbüchern, daß während des Spanischen Erbfolgekrieges der König von Preußen als

---

In derselben Weise, noch stärker, in der Sitzung vom 19. Februar 1878. — Die Gerechtigkeit erfordert, den Punkt hervorzuheben, der Bismarck an der Politik Friedrich Wilhelms IV. so rühmlich scheint: das im Text gegebene Urteil im ganzen können wir nicht ändern, verweisen übrigens auf Geffken, Zur Geschichte des orientalischen Krieges, Berlin 1881, wo man das Einzelne suchen muß, um es zu glauben, und außerdem auf Bismarcks Brief an Manteuffel vom 8. Dezember 1854, bei Poschinger, Preußen am Bundestag II, S. 115 f.

bestberechtigter der vielen Prätendenten in den Besitz des Fürstentums Neuenburg und Valengin gekommen (1707) und seit 1713 in beständigem Besitze desselben, mit kurzer Unterbrechung durch den Frieden von Tilsit, geblieben sei: es ist ein Ländchen am Jura, 13 ganze Quadratmeilen groß, das im Jahre 1856 etwa 70 000 Einwohner zählen mochte. Auf dem Wiener Kongresse nun war dieses souveräne Fürstentum, wie seine geographische Lage dies nahe legte, zugleich als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibt worden; so gut der König der Niederlande für Luxemburg Mitglied des Deutschen Bundes sein konnte, konnte am Ende auch der König von Preußen als Fürst von Neuenburg Mitglied der helvetischen Eidgenossenschaft sein. Dies ging, solange — eben wie in Deutschland — der Schwerpunkt für das politische Leben der Schweiz in den einzelnen Kantonen ruhte, und das kleine Ländchen selbst hatte am wenigsten Ursache, sich über das Doppelverhältnis zu beklagen: es hatte manches für sich, Republik und Monarchie zugleich zu sein. Allein die Zeiten wurden ernster und vertrugen solche Harmlosigkeiten nicht mehr. Die radikale Partei, ärgerlich über Neuenburgs Versuch, im Sonderbundskriege neutral zu bleiben, faßte den Gedanken, dieser Verbindung, welche in den Augen eifriger und folgerichtiger Republikaner ein Ärgernis, in den Augen jedes nüchternen Betrachters auf die Dauer ohne Sinn und unhaltbar war, ein Ende zu machen. Die günstige Stunde zögerte nicht, die französische Februarrevolution brach aus; ein Freischarenzug von la Chaux-de-fonds aus nötigte den preußischen Statthalter zur Flucht, und die revolutionäre Regierung erklärte kurzerhand die Rechte des Königs von Preußen für erloschen. Der preußische Gesandte bei der Eidgenossenschaft protestierte: aber in den nächsten Jahren hatte Preußen, Deutschland, die Schweiz und alle Welt Wichtigeres zu thun, als diese Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Das Recht war auf seiten des Fürsten; irgend welche reelle Bedeutung für den König von Preußen oder gar den Staat Preußen aber hatte das Ländchen nicht, obgleich Friedrich Wilhelm auf diesen Besitz wie auf ein niedliches Spielzeug großen Wert legte; seine geographische Lage machte dasselbe zu einem Bestandteile der Schweiz, und als solcher machte es die wichtige und heilsame Verfassungsänderung mit, zu welcher die Schweiz die europäische Krisis von 1848 benutzte.

Die in der Schweiz dominierende radikale Partei ergriff nämlich die gute Gelegenheit, das Land aus einem lockern Staatenbunde in einen wohlorganisierten Bundesstaat zu verwandeln, was hier besser als mit dem großen und schwerfälligen Deutschland gelang. An die Stelle der Tagsatzung mit wechselndem Sitzungsort trat eine Bundesversammlung, welche, alljährlich in der zur Bundeshauptstadt erklärten

Stadt Bern zusammentretend, in einen Nationalrat und einen Ständerat zerfällt. Den Nationalrat wählen die 48 Wahlkreise, in welche das eidgenössische Gebiet zu diesem Zwecke zerlegt wird, auf drei Jahre, auf je 20 000 Seelen ein Mitglied; den Ständerat die 22 Kantone als Ganze, von denen jeder zwei Abgeordnete schickt. Das Vorortsystem hört auf; die vollziehende Gewalt übt ein aus sieben Mitgliedern bestehender, von der Bundesversammlung auf drei Jahre gewählter Bundesrat, der dann je auf ein Jahr aus seiner Mitte den Bundespräsidenten für die Vertretung dem Auslande gegenüber und die formelle Leitung der Geschäfte wählt.

Allein Friedrich Wilhelm hatte „sein treues Neuenburg“, sein „unter die Füße der Gottlosen zertretenes Ländchen am Jura“ nicht vergessen. Im Jahre 1849, beim Feldzug in Baden, waren preußische Truppen, wie wir wissen, bis an die Schweizer Grenze vorgedrungen; man war jenseit dieser Grenze nicht ganz ohne Sorge, daß die Abrechnung bei dieser Gelegenheit würde vorgenommen werden. Die Lage der Dinge jedoch und die Rücksicht auf Frankreich schützte das entlegene Ländchen, und man mußte sich vorläufig damit begnügen, daß die Großmächte das Recht des Königs als Fürsten von Neuenburg anerkannten. Allein der König hatte keineswegs auf sein Schweizerhäuschen verzichtet; in jenem oben erwähnten Briefe vom 9. Januar 1854, in welchem er für Schleswig-Holstein kein Wort fand, ist Neuenburg das erste und das letzte Wort; es war auch hier die fixe Idee des Kampfes gegen die „Revolution“, welche ihn beherrschte, und welche jetzt den Mann von Olmütz bewog, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf diesen Punkt zu richten, wo gegen die Verträge eine revolutionäre Macht, welche die Rechte des Souveräns mißachte, dominiere. Aber er fand hier angesichts der ernsthafteren Dinge, die zu erledigen waren, wenig Anklang. Man mußte die Sache anders anfangen. Auf die Klagen der Neuenburger Royalisten erwiderte man in Berlin, sie hätten ihre Treue noch nicht thatsächlich bewiesen. Sie verstanden den Wink: es war in der Stadt Neuchatel eine gar nicht unbedeutende royalistische Partei, die Pourtalès, Meuron und andere alte Familien, und es ließ sich von ihrem Standpunkte manches für die gute alte Zeit anführen. Am 3. September 1856 schlugen sie los; geführt von einem Grafen Pourtalès und Oberstlieutenant von Meuron überrumpelte eine kleine Schar Parteigänger das Neuenburger Schloß, verhaftete die Regierung, rief die Herstellung der fürstlichen Autorität aus; allein der Handstreich, tollkühn wie er war, endete schon am folgenden Tage mit der Wiedereinnahme des Schlosses durch die Republikaner unter Oberst Denzler und Gefangennehmung von 150 Royalisten. Diese konnten für ihre Rebellion ganz dasselbe anführen, wie

die „Rebellen“ in Polen oder in Ungarn oder in Baden oder in Schleswig-Holstein, denen man mit Pulver und Blei den Mund gestopft hatte. Sie hatten sich wie jene in Waffen gegen eine Regierung erhoben, der sie die Rechtmäßigkeit absprachen mit Gründen, die schließlich nicht besser und nicht schlechter waren, als die von jenen angeführten. Die Schweiz griff nicht zu jener Art der Widerlegung, aber sie weigerte sich, und mit vollem Rechte, auf das preußischerseits gestellte Verlangen völliger Straflosigkeit der Verhafteten einzugehen. Darüber erhob sich große Entrüstung zu Berlin: die Partei, welche, ohne zu zucken, zugesehen und mitgeholfen hatte, als in den Tagen von Warschau, von Olmütz, von Bronzell „die preußische Ehre aus allen Poren floß“, fing an, über die verletzte Ehre der Krone und des Staates Preußen, ja ganz Deutschlands zu lärmen und mit einem militärischen Spaziergange zu drohen, was ebenso lächerlich war, als die Prahlereien mit Morgarten und Sempach, welche die bramarbasierende Schweizer Demokratie dem säbelrasselnden Junkertume entgegensetzte: das beste Geschäft machten in Baden, Württemberg und Bayern diejenigen, welche die Gelegenheit benutzten, die noch sehr wohlerhaltenen Musketen, die im Jahre der allgemeinen Volksbewaffnung alle Welt sich angeschafft hatte, jetzt zu leiblichem Preise der Eidgenossenschaft zu verkaufen. Indes schien es gleichwohl Ernst zu werden. Im Jahre 1857 sprach man wirklich von einer preußischen Mobilmachung. Die Schweiz ihrerseits ließ sich nicht einschüchtern. Kein Mensch glaubte ernstlich an einen Krieg um einer Sache willen, die wirklich keinen einzigen Schuß Pulver wert war; eine Heerfahrt Preußens gegen die Schweiz wegen Neuchatels, welche die ganze europäische Welt auf den Kopf gestellt hätte, war ein Gedanke, der an seiner eigenen Ungeheuerlichkeit scheitern mußte, und die Schweiz besaß an den gefangenen Royalisten, welche der König unter keinen Umständen im Stiche lassen durfte, ein Pfand, das sie zur definitiven Lösung des ganzen lästigen und bei der völlig veränderten Lage der Dinge in Europa sinnlos gewordenen Verhältnisses benutzen konnte — eines Verhältnisses, das ohne irgend welchen Nutzen für irgend einen der Beteiligten einen ihrer Kantone an einen durch so und so viele souveräne Länder von demselben getrennten Fürsten band. Die Frage mußte aber irgendwie aus der Welt geschafft werden. Die Mächte, welche in einem Protokoll vom 24. Mai 1852 des Königs Souveränität über Neuchatel ausdrücklich anerkannt hatten, traten jetzt, am 5. März 1857, zu einer neuen Konferenz zusammen, und unter thätiger Vermittelung des Kaisers Napoleon, dem dieser Handel sehr willkommen sein mußte, kam denn schließlich eine Lösung zu stande, welche von der Natur der Verhältnisse diktiert wurde, das Gefühl Friedrich Wilhelms IV. aber

aufs tiefste verletzte. Die Schweiz hatte, auf die Zusicherungen Napoleons hin, schon am 15. Januar die gefangenen Royalisten „begnadigt" und so, indem sie dieselben in Freiheit setzte, aber ihnen auferlegte, bis zu endgültiger Entscheidung der Sache außer Landes zu gehen, ihre Würde gewahrt; am 16. Mai leistete dagegen der König auf die Souveränität über Neuchatel unter Vorbehalt des Titels und gegen eine Million Frank Entschädigung Verzicht. Nachdem so das Prinzip gewahrt worden, hatte er die Delikatesse, auf jene Entschädigung zu verzichten: fast der einzig erfreuliche Zug in dieser Haupt- und Staatsaktion, welche so, wie der letzte Akt in einem Lustspiel, mit einer allgemeinen Versöhnung schloß.

Es charakterisiert vielleicht nichts schlagender die auswärtige Politik Preußens während der Herrschaft der Junkerpartei, als dies, daß sie zu Anfang derselben die Elbherzogtümer im Gefolge Österreichs den Dänen auslieferte, und daß sie es auf der andern Seite wegen Neuenburgs beinahe zum Kriege hätte kommen lassen. Die Folgen dieser Politik aber waren insofern höchst verderblich, als die Erinnerung an sie später einem Herrscher und einer konservativen Regierung von ganz anderer Art ein hemmendes Mißtrauen zu Wege brachte und im Volke die verkehrte und ungerechte Meinung sich einnisten ließ, als sei das preußische Heer nur zu nutzlosen Demonstrationen auf der Welt. Viel schlimmer in dieser Beziehung aber war die innere Politik derselben Parteiregierung, welche die treffliche Stellung des preußischen Staates in Deutschland aufs traurigste bloßstellte und es auf längere Zeit jeder folgenden Regierung erschwerte, die große Mission Preußens in Deutschland zu erfüllen.

Als die leitenden Gesichtspunkte dieser inneren Politik von 1850 bis 1857 lassen sich bezeichnen: Privilegierung des Adels auf Kosten der übrigen Stände, Willkür des Beamtentums auf Kosten der Rechtspflege, Unterdrückung der Gewissensfreiheit und des geistigen Fortschritts durch das Staatskirchentum. Die Regierung, aus lauter mittelmäßigen Köpfen bestehend, seitdem die Männer von selbständigem Urteile, Radowitz, Ladenberg, zuletzt Bonin, aus dem Ministerium verdrängt waren, ließ sich von der Partei, welche in der Ersten Kammer über eine große Mehrheit, in der Zweiten freilich zunächst nur über eine starke Minderheit verfügte, vorwärts treiben, konnte aber zum Glück mit der Veränderung der Verfassung und Beseitigung der freisinnigen Gesetze nicht so rasch zu stande kommen, als die Ungeduld der Partei verlangte.

In der Gesetzgebung war man nun doch einmal auf den der Verfassung gemäßen Gang angewiesen, und hier setzte bis zum Jahre 1855 die liberale Majorität, obwohl sie, ihrer Schwäche bewußt, mit mög-

lichster Behutsamkeit und Nachgiebigkeit verfuhr, in der Zweiten Kammer der allzu hastigen Reaktion einen Damm entgegen. Der erste Angriff war gegen den Artikel 105 der Verfassung und gegen die auf Grund dieses Artikels gegebenen Gesetze — ein Gesetz, betreffend die Ablösung der Reallasten und eine freisinnige Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung (vom 11. März 1850) — gerichtet, Gesetze, durch welche eine Reihe von Mißbräuchen abgeschafft und innerhalb der Gemeinde alle persönlichen Befreiungen und Privilegien beseitigt waren. Die Regierung gab sich dazu her, ihr eigenes Werk zu vernichten. Durch einen königlichen Erlaß vom 19. Juni 1852 wurde die Einführung der Gemeindeordnung sowie der neuen Kreis- und Provinzialvertretungen sistiert, und im Herbste desselben Jahres wurden die restaurierten alten Provinziallandtage wieder berufen, die mit ihrer wesentlich aristokratischen Zusammensetzung der neumodischen Volksvertretung ein Gegengewicht halten sollten, und mit denen man auch wohl gegebenen Falls diese neumodische Volksvertretung selbst als überflüssig beseitigen zu können hoffte. Es gelang auch, den § 105 durch ein Gesetz aufzuheben und an seine Stelle eine allgemeine Bestimmung zu bringen, nach welcher Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen durch besondere Gesetze geregelt werden sollten: allein diese besonderen Gesetze selbst, die neuen Städte- und Landgemeindeordnungen, konnten bei der damaligen Zweiten Kammer nicht durchgebracht werden, welche auch den Vorschlag auf Beseitigung des wichtigen Artikels 42, der die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt und alle aus den früheren feudalen Rechten und Privilegien herrührenden Verpflichtungen für aufgehoben erklärte, ablehnte. Diese Legislatur aber ging mit dem Jahre 1855 zu Ende. Und nun setzte die Partei und die von ihr beherrschte Regierung alle Hebel an, um eine Mehrheit in ihrem Sinne bei den Neuwahlen zusammenzubringen. Dies gelang, da man in den Mitteln nicht wählerisch gewesen war: unter 352 Mitgliedern des neuen „Hauses der Abgeordneten“ waren nicht weniger als 215 aktive Beamte, darunter 125 unmittelbar vom Ministerium abhängige. Die 72 Landräte schufen ihr den Namen der Landratskammer, unter welchem sie in der parlamentarischen Geschichte Preußens eine wenig beneidenswerte Unsterblichkeit erlangt hat. Die Wahlen für den Vorstand fielen in ihrem Sinne aus; bei den Wahlen für die verschiedenen Kommissionen schloß sie gegen das Landesinteresse und gegen den gewöhnlichsten parlamentarischen Anstand die Mitglieder der liberalen Minderheit vollständig aus, und ebenso verwarf sie, ihrer Mehrheit sicher, den Antrag des Grafen Schwerin auf Untersuchung der bei den Landtagswahlen vorgekommenen Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit, obgleich oder vielmehr weil die Partei am

besten wußte, welchen Mitteln sie diese Mehrheit verdankte. Ein Programm aus ihrer Mitte bezeichnete nicht weniger als etliche zwanzig Artikel der Verfassung, welche im Sinne eines noch vollständigeren „Bruches mit der Revolution" beseitigt oder umgestaltet werden müßten, und Antrag auf Antrag wurde in diesem Sinne gestellt, bei welchen in der Regel das abgeschmackte Gerede vom Widerstand gegen die Revolution jede weitere Begründung überflüssig machte. Nicht alle gingen durch, da die Regierung eines großen Staates, und wäre sie noch so schlecht, nicht jede Thorheit einer siegestrunkenen Partei mitmachen kann. Doch wurden die wichtigsten Bestimmungen jenes Artikels 42 beseitigt und im Verfolg dann den Gutsbesitzern die polizei-obrigkeitliche Gewalt zurückgegeben. Auch ward eine ganze Reihe von Gesetzen vorbereitet, welche bestimmt waren, alte Mißbräuche wiederherzustellen und namentlich in den östlichen Provinzen die Herrschaft eines Adels künstlich aufrechtzuhalten oder wiederaufzurichten, der sich nicht die Mühe nehmen wollte, seine bevorzugte Stellung durch diejenigen Mittel festzuhalten, durch welche sie in einem gebildeten Staatswesen allein behauptet werden kann: nämlich durch hervorragende Intelligenz, Fleiß, wirtschaftliche und politische Thätigkeit und Tüchtigkeit. Was bei der vorigen Kammer nicht gelungen war, gelang diesmal: die Ersetzung der beseitigten Gemeindeordnung durch neue, welche wieder auf den Standpunkt des Landrechts zurückgingen oder auch, wie die Städteordnung für die Rheinprovinz (15. Mai 1856), nach französischem Muster zugeschnitten waren. Am Rhein, wo der Adel keine Rolle mehr spielte, war es die Bureaukratie, der man den überwiegenden Einfluß auf die Gemeindeangelegenheiten zurückgab. Das französische Muster aus der Revolutions- und der Napoleonischen Zeit kümmerte die Partei, welche sonst so tapfer gegen Revolution und Cäsarismus zu deklamieren wußte, diesmal wenig. Auch diesmal, wie überall, wo es ihr paßte, fand sie leicht die beschönigende Phrase: der Mann, der allezeit schlagfertig war und nie errötete, Wagener, rechtfertigte die bureaukratische Tendenz des die Rheinprovinz betreffenden Gesetzes mit den Worten, daß diese Provinz eben die am meisten regierungsbedürftige sei.

In allen diesen Stücken, wie auch in Fragen der auswärtigen Politik, gingen Regierung und Kammermehrheit, „Autorität und Majorität", nunmehr Hand in Hand. Um so befremdlicher war, daß die erstere plötzlich auf Widerstand stieß, als sie infolge der erhöhten Ansprüche, welche das verwickelter und mannigfaltiger und darum teurer gewordene staatliche Leben an die Finanzen des Staates stellte, mit einigen neuen Steuergesetzen vor den Landtag trat. Von fünfen, welche zusammen $4\frac{1}{2}$ Millionen einbringen sollten, wurde nur eines,

elende 100 000 Thaler im Betrage, genehmigt; die übrigen litten teils im Abgeordnetenhause und teils im Herrenhause Schiffbruch. Mit der parlamentarischen Opposition, welche gegen die Art der neuen Steuern gerichtet war, verband sich die ständische Opposition der Rechten, welche sich gar nicht übel darin gefiel, die Regierung kurz zu halten, wie die Stände in früheren Zeiten gethan hatten.

Der Schade, welchen hier, auf dem Gebiete der Gesetzgebung, deren nächste Aufgabe sie in der Untergrabung der Verfassung zu suchen schienen, die vereinigten Feudalen und Servilen anrichteten, war im ganzen nicht so groß. Der Parlamentarismus, jung wie er in diesem Lande war, zeigte zum Zerstören wie zum Schaffen noch erst geringe Kraft, und die herrschende Partei hatte bis 1855 doch an der liberalen Majorität in der Zweiten Kammer ein Hindernis, das ihren Anlauf einigermaßen lähmte. Und auch nach 1855 ging es nicht rasch, da die konstitutionelle Maschinerie verständigerweise darauf angelegt ist, jede übereilte Gesetzgebung zu erschweren. Die Gesetzgebung stand im allgemeinen mehr still, als daß sie rückwärts schritt. Von den Gesetzen, welche in der Verfassung verheißen waren, Ministerverantwortlichkeit, Civilehe, Unterrichtsgesetz, war allerdings nicht weiter die Rede; andererseits aber glaubte die Partei auch, neue Gesetze in ihrem Sinne weniger nötig zu haben, da es in ihrer Macht stand, die bestehenden, wo nötig, in ihrem Sinne auszulegen, umzudeuten, schlimmsten Falls offen zu brechen, und was die Verfassung selbst betraf, so machten die Geschickteren, wie Stahl, allmählich die Entdeckung, daß überhaupt diese Verfassung eigentlich nur eine Reihe von Verheißungen darstelle, die, um wirksam zu sein, erst der besonderen Ausführungsgesetze bedürften. Statt, wie doch ausdrücklich in der Verfassung gesagt war, anzuerkennen, daß die ihr zuwiderlaufenden früheren Gesetze durch sie aufgehoben seien, interpretierte man vielmehr die Verfassung durch diese früheren Gesetze, und da Stahl und die übrigen Jesuiten und Sophisten der Partei nicht lange zu suchen brauchten, um allerlei Widersprüche in ihr zu entdecken, so konnte man ohne Mühe jeden ihrer Paragraphen nach den Eingebungen der Parteiwillkür anwenden.

Weit schlimmer war, daß die herrschende Partei rüstig ans Werk ging, die Verwaltung und, soweit möglich, auch die Rechtspflege zu korrumpieren. Anstellung und Beförderung richtete sich auf allen Gebieten weit mehr nach der Willfährigkeit, mit welcher die Bewerber auf die Anschauungsweise der Partei, ihre Rachgier gegen Demokraten und Liberale, ihren Haß gegen schlichte Gesetzes- und Verfassungstreue, ihr borniertes und fanatisches Heuchelchristentum eingingen, als nach der Tüchtigkeit für das besondere Amt. Im allgemeinen arbeitete in dieser schlimmen Zeit Junkertum und Bureaukratie einander in die

Hände. Doch fehlte es auch nicht an Fällen, wo sich diese verschiedenen Elemente der Reaktion in die Haare gerieten. Der Polizeipräsident von Hinckeldey, der mit sehr geringen Skrupeln eine durchgreifende Präfektenwirtschaft in Berlin ausübte, mit plumper Roheit alles, was Demokrat war oder vielleicht war oder vielleicht sein konnte, vergewaltigte, der aber auf der andern Seite die polizeiliche Ordnung und seinen herrischen Willen rücksichtslos zur Geltung brachte, war bei der bei Hofe und namentlich im Herrenhause vorwaltenden Partei nicht mehr wohlangeschrieben, weil er, hochfahrend gegen jedermann, es nicht ganz zu verbergen wußte, daß er von den Fähigkeiten der Mehrzahl derselben keine sehr hohen Vorstellungen habe. Es erregte ihren Groll, daß er einige Male auch über die Kreuzzeitung Beschlagnahmen verfügt hatte; dergleichen war nach den Anschauungen der Partei nur gegen demokratische oder liberale Blätter erlaubt; als er aber in Berlin einen adligen Spielklub polizeilich schließen ließ, da griff diese Rotte zu einem Mittel, welches in jenem Falle vom einfachen Mord nicht weit verschieden war. Einer von der Gesellschaft, Herr von Rochow-Plessow, ein geübter Schütze, forderte den Polizeipräsidenten vor die Pistole — unter anderen abgeschmackten Vorurteilen war auch dieses, die „ritterliche Übung" des Duells wieder stark im Schwunge — und mutmaßlich, wenigstens glaubte man so in Berlin, würden andere Forderungen gefolgt sein, wenn er der ersten entgangen wäre. Herr von Hinckeldey war Edelmann und mußte folgen; der König wußte um das bevorstehende Duell, aber auch er war machtlos gegen die Tyrannei der Standessitte und der herrschenden Faktion: am Abend brachte man die Leiche des erschossenen Mannes seiner Familie zurück (10. März 1856). Des folgenden Tages setzte der Präsident des Herrenhauses, Graf von Stolberg-Wernigerode, diesem Vorgange die Krone auf, indem er von dem Vorgefallenen in einer Rede Kenntnis gab, die nichts anderes an demselben zu bedauern fand, als daß „der Edle von Rochow" ein Gefangener sei und verhaftet bleibe. Er blieb es nicht lange: des Königs Gnade, vergebens angerufen, wo es sich um politische Verbrecher handelte, befreite ihn bald von kurzer Festungshaft. Den Theologen der Partei aber blieb die schwere Aufgabe, dem Duell eine christliche Seite abzugewinnen: man muß zu ihrer Ehre einräumen, daß dies doch nur wenige fertig brachten. Die Leiche Hinckeldeys wurde unter ungeheurer Beteiligung der Berliner Bevölkerung zur Erde bestattet; man sammelte eine bedeutende Summe für die Hinterbliebenen: was immer der Gefallene, sonst ein erkorenes und rücksichtsloses Werkzeug der Reaktion, gesündigt haben mochte, diesmal hatte er die allgemeine Sache des Gesetzes gegen eine Faktion verteidigt.

Dieser Zusammenstoß der Junkerpartei mit der Beamtenmacht war ein vereinzelter Fall. Im übrigen gingen beide in herrischem Überspringen, hinterlistigem Umdeuten der Gesetze und vor allem in rachgieriger Verfolgung der Personen ihrer Gegner Hand in Hand. Die Laufbahn eines Beamten, zuweilen selbst sein klares Recht hing von dieser willfährigen Gesinnung ab, die man als Königstreue bezeichnete. Es wurde bald nicht unbedenklich für einen Beamten, wenn er auch nur neben der Kreuzzeitung eines der oppositionellen Blätter hielt oder las, die man als staatsfeindlich oder königsfeindlich bezeichnete. Wer sich dagegen als Mitglied des „Treubundes" oder als Mitarbeiter an einem der Parteiblätter legitimierte, durfte sich alles erlauben und war vor jeder Verfolgung geschützt, im schlimmsten Falle der Begnadigung und reichlicher Entschädigung sicher. Wo die Regierung, wie bei der Besetzung der städtischen Beamtenstellen, nicht das Recht der Ernennung, sondern nur das Recht der Bestätigung hatte, ward mit Versagung dieser Bestätigung operiert: und so wurde jedes Recht so lange gebogen, bis es brach. Daß diesem Willkürregiment besonders die Unabhängigkeit des Richterstandes ein Dorn im Auge war, versteht sich. Die Verfassung hatte die schützenden Formen bestätigt und vermehrt, welche diese Unabhängigkeit, eine der Quellen der Größe und Kraft des preußischen Staates, sichern konnten; aber der Justizminister der Partei, Simons, war auf seinem Felde nicht minder tüchtig, als der des Innern oder des Kultus, von Westfahlen und von Raumer, auf dem ihrigen. Man trug Sorge, namentlich in dem höchsten Gerichte, dem Obertribunal, die erledigten Stellen mit Männern der herrschenden Richtung zu besetzen, und es erfolgten an dieser Stelle Entscheidungen, welche den Glauben erweckten, daß selbst hier an der höchsten Stätte, wo man die gewissenhafteste Unparteilichkeit zu finden voraussetzte, das Recht der Politik untergeordnet werde. Ein besonders bedenkliches Werkzeug in der Hand der Regierung war die Staatsanwaltschaft, welche das ausschließliche Recht hatte, über Verfolgung oder Nichtverfolgung eines Verbrechens zu befinden, und welche unmittelbar unter dem Justizminister stand; sie konnte von diesem zur Erhebung oder Unterlassung der Klage angewiesen oder veranlaßt werden, was zwar nicht, wo es sich um Mord und Totschlag, wohl aber, wo es sich um andere geringere Kriminalvergehen handelte, eine sehr bedenkliche Weite gestattete. Gegen die Herausgeber liberaler Zeitungen lag die Staatsanwaltschaft beständig auf dem Anstande, wogegen Beamte, welche in „löblichem Eifer" ihre Amtsgewalt überschritten, ihre Pflicht verletzt hatten, wenn es nur in der Richtung geschehen war, welche den Gewaltigen wohlgefiel, wenig zu befürchten hatten. Ein wahres Übermaß von Schamlosigkeit entwickelten die untergeordneten Schurken, mit

deren Hilfe die Partei ihr Rachegelüst an einzelnen demokratischen Führern kühlen oder auch wohl unter der Gegenpartei Schrecken verbreiten wollte, in den politischen Prozessen, welche von 1849—1857 in Scene gesetzt wurden. Sie war nicht entmutigt worden durch den Ausgang des gegen den Führer der Linken in der preußischen Nationalversammlung, Waldeck, angestrengten Prozesses (1849), wo die gerichtliche Verhandlung anstatt des gewünschten Hochverrats des Demokraten ein Buben- und Schurkenstück der Reaktion und ihrer Lakaien, Lüge, Fälschung und Spitzbubenkünste aller Art zu Tage förderte. An Stoff zu Anklagen konnte es nach so verworrenen Zeiten nicht fehlen, und man erhob jetzt u. a. auch gegen die Teilnehmer an dem Stuttgarter Rumpfparlament die Hochverratsklage. Deren vier wurden zum Tode verurteilt — sie waren zum Glück außerhalb des Bereiches der Macht — sieben freigesprochen. Der König selbst lebte in dem Wahne, daß seiner persönlichen Sicherheit Gefahr drohe, und die Parteipresse benutzte das Attentat, welches im Jahre 1850 ein Irrsinniger, ein gewisser Sefeloge, auf ihn gewagt, um ihn in diesem Wahne zu bestärken und ihre Schergen zu neuer Jagd zu entsenden. Als nach dieser Zeit allmählich die Hochverräter fehlten, die demokratische Partei sich aller politischen Thätigkeit enthielt und in dem leidenschaftslosen Norddeutschland, wo man selbst im Wirtshause seine Worte besser zu hüten verstand, als in Süddeutschland, keine Neigung zu Aufruhr und Verschwörung sich zeigte, blieb nichts übrig, um den König in seiner krankhaften Stimmung festzuhalten, als Hochverräter zu *machen*. So ward im Jahre 1853 jener Nichtswürdige, dessen wir oben gedachten, der ehemalige Artillerielieutenant Hentze verwendet, um einen neuen Hochverratsprozeß auf den Platz zu schaffen. Der Wicht drängte sich an einige untergeordnete Mitglieder der demokratischen Partei, erhitzte ihnen die warmen Köpfe mit revolutionären Reden, trieb zur Sammlung von Waffen, versteckte deren selbst an auffälligen Orten und trat dann, als er das Nötige beisammen hatte, in seiner wahren Rolle als Angeber und falscher Zeuge auf. Das Weitere besorgte der Polizeipräsident von Hinckeldey: Schutzmannschaft ward aufgeboten, Straßen wurden abgesperrt, massenhafte Verhaftungen vorgenommen und nach Waffen da gesucht, wo man sie finden mußte. Alsdann wurde von Hinckeldey selbst ein ausführlicher Bericht über das Komplott dem Könige überreicht, der Prozeß instruiert: und als der Untersuchungsrichter, ein altpreußischer Richter, der ein Gewissen hatte, zu zweifeln begann, ob die Sache auch wirklich zur Begründung einer Anklage ausreiche und nicht eigentlich der Hauptzeuge Hentze der Schuldige sei, schaffte man ihn durch Beförderung rasch beiseite, und ein anderer ward an die Stelle berufen, dem es gelang, die Akten für den Staats-

gerichtshof fertig zu bringen. Einer der Verurteilten, Dr. Ladendorf, nach welchem dieser traurige Prozeß sich nennt, hat seine Erlebnisse im Zuchthause geschildert, wo man ihn ganz nach dem Buchstaben des Gesetzes, aber mit der boshaften Grausamkeit, welche einen der häßlichsten unter den vielen häßlichen Zügen des damaligen Regiments bildet, so behandelte, daß er in Irrsinn verfiel. Der König, von jeher nicht ganz aufrichtigen Charakters, wurde, durch die Erinnerungen an eine unglückliche Zeit und die unglückliche Rolle, die er in derselben gespielt, seiner besseren Natur mehr und mehr entfremdet: es ist auffällig, wie viel Todesurteile er, der von Natur gutmütig und jovial war, in der zweiten Hälfte seiner Regierung hat vollstrecken lassen, während an wirklichen Schurken, z. B. einem gewissen Emil Lindenberg, der sich aber für die Zwecke der Partei gebrauchen ließ, keine einzige der zahlreichen wider ihn erkannten Strafen vollzogen wurde. Man ermüdet bei der Aufzählung, die auf jedem Gebiete denselben traurigen Anblick bietet, — wie ein loyales, hochgebildete, vorwärts strebendes Volk von einer kleinen Partei geknebelt wurde, die sich die augenblickliche Abspannung zu nutze machte, in welche eine unerwartete Revolutionsbewegung in natürlichem Rückschlage dieses Volk gestürzt hatte. Die Neuheit der Situation ist denn auch vielleicht die einzige Entschuldigung, welche der Partei zu gute kommen mag; wie einst die Terroristen der französischen Revolutionszeit, Neulinge am Staatsruder gleich diesen, fühlten sie die Notwendigkeit eines kräftigen Regiments und meinten, daß gewaltthätig regieren energisch regieren heiße.

Nur eines fehlte diesem Bilde noch: daß dieses schimpfliche und grausame Parteiregiment im Namen des Christentums geübt wurde. Es ist eine in der That befremdende, nicht leicht zu erklärende Erscheinung, daß mehr als einmal in unserem Jahrhundert die Parteien des Rückschritts sich auf das Christentum berufen haben in ihrem Widerstreben gegen jedes geringste Maß von Freiheit — gegen das Recht selbstthätiger Arbeit am Gemeinwohl und deren notwendige Voraussetzungen, Freiheit der Rede, der Schrift und der Vereinigung mit Gleichgesinnten. Man hat mit Recht bemerkt, daß das Christentum sich mit jeder Staatsform vertrage; sein Stifter heißt selbst dem römischen Kaiser geben, was des Kaisers ist; nicht minder gewiß aber ist, daß keine Religion ihrem innersten Kerne nach mehr auf der Seite des Volkes und weniger auf der des Despotismus steht als diejenige, welche verlangt, daß, wer unter seinen Mitmenschen der Größte sein wolle, ihrer aller Diener sein solle — daß die Bekenner dieses Glaubens niemand Herr, niemand Vater nennen sollen; „denn einer ist Euer Vater, der im Himmel", niemand Meister, „denn einer ist Euer Meister, Christus". Keine Religion ist ihrem Ursprung, ihrem innersten

Wesen, ihren sittlichen Forderungen nach populärer und in gewissem Sinne demokratischer; keine legt dem Flitterstaate des Despotismus, den Ehrenzeichen, den „weichen Kleidern", dem weltlichen und äußeren Tand so geringen Wert bei; keine zeigt in ihren Ursprüngen und in den ersten Zeiten ihrer Entwickelung glorreichere Beispiele von Freimut und Freisinn als sie, deren Verdienst es in Wahrheit ist, in Zeiten, wo alles sich dem schimpflichsten Despotismus besiegt gab, den Keim einer edleren, höheren, fruchtbareren Freiheit, als in Rom oder Athen je bestanden hatte, in die Welt gelegt zu haben. Nun ist es freilich bekannt genug, wie aus dieser Religion der Freiheit eine Kirche sich entwickelte, welche der Welt ein schweres und mit der Zeit unerträgliches Joch auferlegte, und wie dies wenig besser ward, als nach der Reformation die Territorialkirchen an die Stelle der allgemeinen einen traten; das aber war ein trauriges und nicht notwendiges Geschick, daß in Deutschland kein Mann und keine Partei die politische Freiheit im Namen dessen verlangte, der sein Leben am Kreuze ließ „zu einer Erlösung für viele". Ein ernster und geistvoller Franzose (Tocqueville) hat sehr richtig von der französischen Revolution geurteilt, es sei ein ungeheures Übel gewesen, daß sie nicht nur antikirchlich, — daß sie wesentlich antireligiös gewesen sei; und ein ungeheures Übel war es auch, daß in dieser Beziehung der deutsche Liberalismus sich weit mehr an die französischen Vorbilder als an das Beispiel der Männer hielt, die in England und in Nordamerika den Keim zu einem Baume der Freiheit legten, um den nicht, wie um die Freiheitsbäume von 1792, eine berauschte Menge tanzte, unter dessen Schatten aber zwei mächtige Nationen sicher wohnen. In Deutschland konnte so mancher, der nichts besaß als eine kecke Zunge und ein freches Nein für alles, was sich als ein sittlich bindendes Gesetz gab, für einen Mann der Freiheit gelten, und wirkliche Männer der Freiheit ließen sich jene Verwechselung der Religion Jesu Christi mit ihren mangelhaften Umhüllungen oder Zerrbildern aufreden, ohne von der Schale zum Kerne vorzudringen: kein Wunder, daß die Kirchen ihrerseits in eine feindliche Stellung nicht gegen die Ausschreitungen der Freiheit allein, sondern auch gegen die Freiheit selbst gedrängt wurden, und daß man auf dieser Seite, erschreckt von der Frivolität und dem Mangel aller religiösen Tiefe auf seiten des Liberalismus und Radikalismus, sich unter die Autorität der historischen Bekenntnisse flüchtete und gutwillig das als wahres Christentum annahm, was eine starre Hierarchie oder ein serviles, denkfaules, phrasenhaftes Pastorentum als solches feilbot oder aufnötigte. Es verdient indes bemerkt zu werden, daß die katholische Kirche, obgleich sie ihrem Wesen nach nur eine in die engsten Schranken gebannte Freiheit gestatten kann, doch dieser Reaktion

sich nicht unmittelbar anschloß und sich dem neupreußischen Staatskirchentum, das ihr nicht wenige gute Worte gab, versagte. Sie und ihre Leiter waren scharfsichtig genug, um zu erkennen, daß diese Hoftheologie, welche auf einem ihr im tiefsten Grunde verhaßten Boden, dem der Territorialkirche, ruhte, keine Zukunft habe. Sie hatte wenig Grund, die Revolution zu fürchten, deren Früchte sie sich vielmehr aufs beste zu nutze machte, und sie nahm die gute Gelegenheit wahr, sich von der Staatsaufsicht vollends ganz zu befreien, um späterhin, wenn die Zeiten sich erfüllten, dem Staate ihr Gesetz auflegen zu können. Sie unterließ es nicht, in der veränderten Zeit sich aufs beste einzurichten, sorgte durch die Bildung einer katholischen Fraktion in dem preußischen Abgeordnetenhause für eine wirksame Vertretung ihrer Interessen von der parlamentarischen Tribüne herab, deren Wichtigkeit und Bedeutsamkeit für die Zukunft sie besser erkannte, als die blinden Blindenleiter der neulutherischen Partei, der sie sich überhaupt weit überlegen erwies. Ihre Kirchenfürsten, des Regierens gewöhnt, Glieder eines Organismus, der seine traditionelle Politik der Besonderheit jeder Zeit und jedes Landes anzupassen gelernt hatte, zeigten sich klug, fest, in den äußeren Formen weltmännisch und weit minder plump als die höhere Geistlichkeit der evangelischen Kirche, die doch nur schlechte Kopieen ihrer römischen Originale fertig brachte. Hier aber, wo die wohlorganisierte Macht eines gewaltigen Universalstaates ihr gegenüberstand, zeigte sich diese Regierung, tapfer nur gegen Wehrlose, — schwach und feige. Sie nahm im einzelnen jede Usurpation der Kirche hin, ließ sich auf allen Gebieten ihr Oberaufsichtsrecht schmälern oder stillschweigend entreißen, und wie weit diese verächtliche Schwäche ging, beweist unter vielem anderen*), daß man sich scheute, den welthistorischen Akt, welchem die evangelischen Kirchengemeinschaften entsprungen sind, Luthers Bekenntnis vor dem Reichstage zu Worms, nach Kaulbachs Plan auf der Wand des Treppenhauses im Neuen Museum zu Berlin malen zu lassen.

Während also die katholische Kirche ihren besonderen Weg ging und zunächst innerhalb ihres eigenen Hauses vollkommen unabhängig zu werden trachtete, verstrickte die damals in Preußen herrschende Partei auf unheilvolle Weise die evangelische Kirche in ihre politischen Zwecke. Sie betonte, hierin der katholischen Anschauung folgend, gegenüber dem Gemeindebegriff, von welchem Christus und die Apostel ausgehen, den Begriff der Kirche; und unter Kirche verstand sie nicht, was die protestantische Lehre tiefsinnig und wahr als die unsichtbare Kirche bezeichnet, die ideale Gesamtheit aller wahren

*) Friedberg, Johannes Baptista Baltzer, Leipzig 1873.

Christen —, sondern diese bestimmte „historische" Kirche mit ihrer „reinen Lehre", ihren Dogmen und Formen, die preußische Landeskirche. Nur die Union mit den Reformierten wollte ihr an dieser nicht recht gefallen, weil dies nach Toleranz und Weitherzigkeit aussah, und weil ihr das lutherische Kirchentum mit seinen Konsistorien und seinem „obersten Bischofe", dem Landesherrn, besser paßte. Friedrich Wilhelm seinerseits hatte ein lebhaftes Interesse für kirchliche Dinge, unterhielt sich, korrespondierte und schriftstellerte gern über kirchliche Organisationsfragen, — selbst die Organisation der christlichen Kirche in China beschäftigte ihn, mit der es denn doch noch gute Weile hatte — ohne freilich je zu einem bestimmten Entschlusse und zu einer wirklichen That zu gelangen. Die Partei wußte daraus Nutzen zu ziehen und verflocht gewissermaßen das Königtum selbst mit ihrem dogmatischen System, indem sie aus der alten und löblichen Formel „König von Gottes Gnaden" eine ganze Metaphysik des preußischen Königtums herausklügelte. Diese Formel sprach die historische Thatsache aus, daß das Königtum in Preußen nicht auf Volkswahl und Verträgen ruhte, sondern mit der Nation erwachsen und nicht etwa erst durch die Verfassung von 1850 geschaffen war; auch mochte man gern eine besondere göttliche Führung und Fügung darin erkennen, daß dieses Königtum, weil es mit dem Volke in stetem organischen Zusammenhange groß geworden, einen festen und sichern Einheitspunkt für den Staat darstellte, der nicht wie in Frankreich alle zehn Jahre einmal in Frage gestellt und durch eine Straßenemeute an einem schönen Sommer- oder Wintertage aufgehoben werden konnte. Die Partei aber that, als beruhe dieses Königtum auf einer ganz speciellen göttlichen Einsetzung, als sei jener Titel nicht vor allem eine fromme Mahnung an die sittliche Verantwortlichkeit vor Gott, der so hohen Rang verleiht und, wo es sein Wille ist, auch wieder nehmen kann, sondern als bezeichne er eine königliche Vollgewalt, die nötigenfalls über alle Verfassungsparagraphen hinweggehen könne. Von diesen Verfassungsparagraphen war ihr deshalb auch derjenige besonders verhaßt, der bestimmte, daß die Person des Königs heilig und unverletzlich sei. Dies, meinte sie, sei eine sich von selbst verstehende, eine ewige, eine Glaubenswahrheit, die nicht erst durch einen Paragraphen der Verfassung festgestellt zu werden brauche.

In früheren Zeiten hatte der König die evangelische Kirche sich „aus sich selbst erbauen" lassen wollen; die Verfassung sicherte ihr, wie der katholischen, die selbständige Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten zu; am 29. Juni 1850 octroyierte ihr Friedrich Wilhelm eine Centralbehörde in dem evangelischen Oberkirchenrate, dem eine überaus große Macht, Aufsicht über den Gottesdienst in dogmatischer

und liturgischer Beziehung, Aufsicht über den Religionsunterricht, Disciplin der Geistlichen, kirchliches Prüfungswesen u. s. w. übertragen, und der nun vorwiegend mit Männern der strengsten Richtung besetzt wurde. Kirchliche und politische Reaktion verbanden sich; bei Besetzung von Pfarreien und theologischen Professuren wurde die politische Wohlgesinntheit ebenso betont, wie bei Besetzung von Staatsämtern die kirchliche. Eine neue Kirchenverfassung aber kam gleichwohl nicht zu stande, dank der Zerfahrenheit der kirchlichen Zustände, dem geringen Interesse der großen Menge des Volkes und der gebildeten Kreise, den auseinandergehenden Meinungen und Bestrebungen der Theologen, der Unentschlossenheit des Königs: obwohl der Oberkirchenrat von 1850 bis 1857 sich mit dem Gegenstande zu thun machte. Vielleicht war es mit diesen Bestrebungen auch so ernst nicht gemeint: für die Zwecke der Partei genügte die bestehende kirchliche Verfassung vollständig. Sie hatte einen Minister nach ihrem Herzen, von Raumer; der Staat lieh ihr seine starke Hand, man besaß die Möglichkeit, dissidentische Gemeinden polizeilich nach Herzenslust zu quälen, dissidentische Eltern zu zwingen, ihre Kinder am orthodoxen Religionsunterrichte teilnehmen, selbst sie nach den Satzungen der Landeskirche taufen zu lassen, und man konnte über Juden, Freimaurer und Ungläubige, zunächst mit Worten, herfallen; gelegentlich gab wohl ein Generalsuperintendent in einem „Hirtenbriefe", dergleichen damals die lutherischen Gewalthaber wie so manches andere ihren katholischen Kollegen absahen, Geistlichen oder Lehrern „in Erwägung", ob nicht eine Verbindung mit diesem Orden der Freimaurer ihren Gemeinden Anstoß errege — oder es schlug ein Parteiorgan, wie das von Professor Heinrich Leo in Halle, dem der Zelotismus vielen Spaß machte, redigierte „Volksblatt für Stadt und Land", als ein einfacheres Mittel die Absetzung solcher Geistlichen vor. Damit ging eine forcierte und pharisäische Agitation für Sonntagsheiligung Hand in Hand. Auf dem Wege der Belehrung und Ermahnung zu einer solchen Sonntagsheiligung aufzufordern, war christliches Recht und geistliche Amtspflicht; aber die Eiferer riefen nun in Petitionen und sonst die Polizei zu Hilfe, da ihre Theorie vom „christlichen Staate" ein unmittelbares Eingreifen der Staatsgewalt in alle diese Angelegenheiten verlangte. Sie eiferten nicht allein gegen die Extraeisenbahnzüge an Sonntagen, die Bestellung von Briefen an Sonntagen, verlangten die Stillestellung aller Maschinen an Sonntagen, sondern es waren ihnen namentlich die Sonntagsschulen für Handwerker ein Greuel, gleich als wenn es nicht auch ein Gottesdienst wäre, denjenigen, welche die Woche durch in harter Arbeit das tägliche Brot gewannen, am Sonntag eine Gelegenheit zu geben, ihre Erkenntnis zu bereichern. Daß die Geistlichkeit gegen die sittlichen Schäden

im Volke eiferte, war sicher zu billigen, und daß Männer, wie Dr. Wichern und viele andere, eine ernste, in mancher Beziehung auch sehr wohlthätige Wirksamkeit in dieser Richtung entfalteten, darf nicht geleugnet werden; ebensowenig freilich, daß die strenge und freimütige Sprache gegen die sittlichen Schäden nicht sehr hoch hinaufreichte, und die noblen Passionen der vornehmen Welt, Ballett, Duell u. dgl., weniger nachdrücklich angefochten wurden, als die Sünden und Verirrungen der niederen Stände.

In einer Frage besonders versuchte die Partei ihre Macht zu erproben und dem Staate ihren Willen oder vielleicht ihre Überzeugung aufzuzwingen — in der Angelegenheit der Ehescheidungen und der Trauung Geschiedener bei Eingehung einer neuen Ehe.

Die Verfassung hatte ein Gesetz über die Civilehe verheißen, — auf den einzigen Weg also hingezeigt, auf welchem diese so tief in das menschliche Leben einschneidenden Fragen die allein richtige und vor allem allein auch christliche Lösung finden konnten. Nichts kann dem unbefangenen Blicke einfacher und einleuchtender sein: der Entschluß der beiden Personen, welche in die Ehegemeinschaft treten wollen, begründet die Ehe; der Staat nimmt in einer feierlichen Rechtshandlung Akt von diesem Entschlusse und garantiert das eheliche Zusammenleben als ein unverbrüchliches Rechtsverhältnis; die so Verbundenen bekennen feierlich vor der Religionsgesellschaft, der sie angehören, und ihren Vertretern, daß sie gewillt und entschlossen sind, ihre Verbindung als eine religiös-geweihte, religiös-verpflichtende zu achten und zu halten. Den Staat berührt zunächst nur das erste und das zweite; das dritte — ein religiöser Akt — kann, darf und soll eben deswegen nur ein freier Akt sein: frei von seiten der Ehegatten, frei von seiten der Kirche oder Religionsgesellschaft, welche die Bedingungen selbständig regelt, unter welchen sie die feierliche Erklärung annehmen und der geschlossenen Ehe ihre Anerkennung als einer christlichen und ihren Segen gewähren oder versagen will.*) Statt auf diese Lösung hinzuwirken, welche vor allem der Kirche giebt, was ihr gehört, indem sie dieselbe davor bewahrt, dem Staate zu nehmen, was dem Staate, der bürgerlichen Gesellschaft gehört und nur dieser gehören kann, deklamierte die Geistlichkeit gegen die Civilehe als widerchristlich und un-

*) „Demnach weil Hochzeit und Ehestand ein weltlich Geschäft ist, gebührt uns Geistlichen und Kirchendienern, nichts darin zu ordnen oder regieren, sondern lassen einer jeglichen Stadt und Land hierin ihren Brauch und Gewohnheit, wie sie gehen. Solches alles und dergleichen laß ich Herrn und Rat schaffen und machen, wie sie wollen, es gehet mich nichts an. Aber so man von uns begehret, für der Kirchen oder in der Kirchen sie zu segnen, über sie zu beten oder sie auch zu trauen, sind wir schuldig, dasselbige zu thun." Luther.

sittlich. Wie die evangelische Kirche nach ihrer damaligen Verfassung bereitwillig Polizeidienste im Interesse der augenblicklich vorwaltenden Partei leistete, so gefiel es ihr wohl, wenn hinwiederum ihr der Staat die Leute in die Gotteshäuser zu treiben behilflich war. Jetzt, wo sie sich im Besitze der Macht fühlten, fingen sie denn an, diese Macht auf jenem hochwichtigen Gebiete zu erproben. Sie begannen zu untersuchen, ob ihr Gewissen und „Gottes Wort“ die Trauung in dem bestimmten Falle ihnen erlaube; und in einem Falle — vorläufig — nämlich, wo geschiedene Ehegatten eine anderweitige Ehe eingehen wollten, weigerten einige und nicht wenige Geistliche die Trauung, sobald ihnen die Scheidungsgründe dem Worte Gottes zu widerstreiten schienen: die andere Folgerung, die man auch hätte ziehen können, nämlich dem Amte zu entsagen, wo die Übung einer Amtspflicht sich mit ihrem Gewissen nicht vertrug, fiel ihnen nicht ein. Man fing an, den Widerstand gegen das Staatsgesetz zu organisieren. Es versteht sich, daß dieser Widerstand an den maßgebenden Stellen keine so harte Beurteilung fand, als irgendwelche noch so schüchterne Opposition von liberaler Seite: sie bestärkte nur den Wunsch und das seit 1850 aufgenommene Streben, die bestehende Ehegesetzgebung im Sinne der Partei zu reformieren. Die Versuche mißlangen; die zweite Vorlage, welche die Regierung im Jahre 1857 der Volksvertretung machte, und welche die Ehescheidungsgründe des Landrechts größtenteils beseitigte, wurde selbst von der Landratskammer (4. März) mit 173 gegen 143 Stimmen verworfen. Die Sache wurde, soweit sie die Wiederverheiratung Geschiedener betraf, durch eine Verfügung des Königs vom 8. Juni 1857 dahin entschieden, daß, wo bürgerlich geschiedene Ehegatten die kirchliche Einsegnung einer neuen Ehe — im rechtsrheinischen Teile der Monarchie bestand aber nur diese Form der Eheschließung — von einem Pfarrer verlangten, dem Konsistorium der Provinz Anzeige zu machen sei, und dieses, vorbehaltlich Rekurses an den (vom König ernannten) Oberkirchenrat, die Sache zu entscheiden habe: ein Beweis, wie recht diejenigen hatten, welche in einer solchen Kirchenverfassung nur die Ausführung des abscheulichen Grundsatzes jener üblen Tage sahen, in welcher der Landesherr auch die Religion seiner Unterthanen bestimmt hatte: cujus regio, ejus religio.

Auch die Schule suchte die herrschende Partei nach ihrem Sinne zu formen und einzurichten. Der König, dessen reich angelegter Geist vor allem geeignet gewesen wäre, das wissenschaftliche Leben in diesem Staate zu pflegen und zu fördern, überließ in der zweiten Hälfte seiner Regierung diesen Ruhm dem König Maximilian II. von Bayern. Daß die Besetzung der theologischen Lehrstühle auf den Universitäten im Sinne der neulutherischen Anschauung erfolgte, läßt sich denken.

Es war die Richtung des Berliner Professors Hengstenberg — dem die ganze Entwickelungskrisis der Zeit als ein Kampf zwischen den Anhängern Jehovas und denen Baals erschien — welche jetzt dominierte, und bei dieser Anschauung liefen selbst die strenggläubigen, aber der Union zugeneigten und wissenschaftlich denkenden Theologen der Universität Halle, Julius Müller und Tholuck, Gefahr, zu denen gerechnet zu werden, welche ihre Kniee dem Baal gebogen hätten. Auch auf die Besetzung anderer Lehrstühle — der Geschichte z. B. oder der Medizin — wirkte dies ein, und die größten Talente, Häusser, Droysen, v. Sybel, Virchow, wirkten alle außerhalb Preußens. Doch hatte der König noch einen Mann wie Alexander von Humboldt in seiner persönlichen Umgebung und fuhr fort, mit Bunsen zu korrespondieren, der in einen lebhaften Federkrieg mit Stahl geriet; mit der „Umkehr der gesamten Wissenschaft", wie sie dem letzteren als notwendig erschien, hatte es denn doch einstweilen im protestantischen Deutschland und überhaupt in Deutschland noch gute Wege. Auch an den Gymnasien und sonstigen höheren Schulen splitterten diese Anstrengungen, obgleich die Pflege des Servilismus in der gedrückten materiellen Lage des Lehrerstandes einen günstigen Boden fand: eine tüchtige Tradition wehrte hier, wie glücklicherweise auch sonst in diesem vom Geiste des Protestantismus erfüllten Lande, der theologisierenden Pfuscherei einigermaßen, und nur die Mechanisierung des Religionsunterrichts gelang in etwas größerem Umfange. Einzelnes, muß man anerkennen, wie die Beschränkung des Lernstoffes, war verständig und löblich, wie denn nicht alles Finsternis war, was dem empörtem Gefühle als solche erschien. Nachdrücklicher und wirksamer waren die Bestrebungen der Partei auf dem Gebiete der Volksschule. Hier ergingen am 1. Oktober 1854 die vielgenannten Schulregulative, die Vorbildung der Elementarlehrer und die Organisation des Elementarunterrichts betreffend: Regulative, an denen die Tendenz, den Volksunterricht und die Vorbereitung der Lehrer zu vereinfachen, den Übertreibungen der Schule A. Diesterwegs gegenüber, der aus jedem Elementarlehrer einen kleinen Humboldt machen wollte, zu loben war, und die weniger an sich als durch die geistlose und tendenziöse Handhabung seitens einzelner Vorkämpfer der Reaktion und vieler ihrer kläglichen Werkzeuge Schaden stifteten. Viel tadelnswerter war die Gefühllosigkeit, mit welcher die Partei der materiellen Not und unwürdigen Lage des Standes zusah.

Dies war die Lage des preußischen Staates unter der Herrschaft der Partei der Gegenrevolution. Es war eine Parteiregierung im schlechtesten Sinne des Wortes, dergleichen Preußen noch niemals gesehen. Schonungslos und rücksichtslos verfügte sie über die Kräfte

höchster Stelle, um diesem Staate sein Kraftgefühl zurückzugeben und ihn wieder an die Stelle in Deutschland zu rücken, die ihm von Gottes und Rechts wegen gebührte.

Dieser Augenblick kam früher, als man denken konnte. Der unglückliche Fürst, der durch die Stürme des Jahres 1848 so ganz aus seiner natürlichen Bahn geschleudert worden war, erkrankte, von einer Reise nach Wien zurückgekehrt, im Oktober 1857, und es ward bald unzweifelhaft und offenkundig, was scharfe Augen schon seit Jahren hatten kommen sehen, daß sein Leiden eine unheilbare Gehirnkrankheit war. Mit strenger Schonung der monarchischen Empfindlichkeit übernahm der nächste am Throne, Wilhelm, Prinz von Preußen, zunächst die Stellvertretung für den erkrankten Bruder. Er behielt das seitherige Ministerium bei, mit dem ein Mann seiner Art keine Sympathie haben konnte. Indes fühlte man alsbald und allgemein, daß eine Wendung eingetreten und das Regiment in die Hand eines Mannes gekommen war, der, wenn auch ganz in der altmonarchischen Tradition aufgewachsen und ohne viel Neigung für die neuen konstitutionellen Einrichtungen, doch für sophistisches Umgehen und Umdeuten beschworenen Rechts, für die scheinheilige Verquickung pietistischer Phrase mit politischem Eigennutz zu gerade gerichtet und für die armselige Führung der auswärtigen und der deutschen Geschäfte zu sehr Mann und Soldat war. Ein von der gesamten Nation freudig begrüßtes Familienereignis, das zugleich unter den gegebenen Verhältnissen eine große politische Bedeutung hatte, die Vermählung des nächsten Thronerben mit der englischen Prinzessin Viktoria, ließ zum erstenmal das Volk wieder zu dem frischen Wohlgefühl gelangen, in welchem es sich mit dem Herrscherhause einig wußte und sich erinnerte, daß dies vor allem, die Einigkeit zwischen Herrscher und Volk, diesen Staat groß gemacht hatte. Ein Gut vor allem erwartete man von dem Fürsten, der jetzt das Ruder faßte: die schlichte Handhabung des Gesetzes, — und glücklich traf es sich, daß jetzt der Fall eintrat, wo man sich entschließen mußte, ob in einer großen Staatsfrage die Verfassung ganz und voll zur Geltung kommen solle, oder ob irgendwer in Preußen den Mut haben werde, in dieser Frage die Verfassung zu ignorieren und damit zu beseitigen.

Der Fall einer dauernden Verhinderung des Königs an der Ausübung seines königlichen Berufes lag unzweifelhaft vor. Die Verfassung verlangte in solchem Falle eine Regentschaft und ein Gesetz. Vergebens strengte die mächtige Partei am Hofe ihren Scharfsinn an und setzte ihre Ränke in Bewegung, um der Regentschaft zu entgehen und dem Prinzen die Hände zu binden. Dieser, der die versteckte und hämische Feindseligkeit der Partei, die seit sieben Jahren am Ruine Preußens gearbeitet, selbst und persönlich erfahren hatte, durchkreuzte



Wilhelm I.

Deutscher Kaiser und König von Preußen als Prinz-Regent.

(Nach einer Photographie aus dem Jahre 1860, gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)



den Plan: am 7. Oktober 1858 forderte ein königlicher Erlaß den Prinzen auf, die Regierung als Regent zu übernehmen, und am 20. trat der Landtag zusammen, um die Notwendigkeit der Regentschaft anzuerkennen. Nun erst trat der ersehnte Systemwechsel vollständig ein. Die Minister wurden bis auf zwei, Simons und von der Heydt, entlassen; und mit einem tiefen Gefühl der Freude vernahm das ganze deutsche Land, daß an deren Stelle Männer berufen waren, von denen man wußte, daß ihnen wie dem Regenten das Landesinteresse höher stand, als das Interesse einer Partei. An die Spitze des neuen Ministeriums trat der Fürst Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, der einzige, der im Jahre 1849 Einsicht und Hochsinn genug besessen, die nichtige Existenz eines deutschen Kleinfürsten, dem die Langeweile von allen Wänden seiner Schlösser entgegenstarrte, mit der nützlicheren und würdigeren Rolle eines hochfürstlichen Unterthans in einem Großstaate zu vertauschen: ein Mann von Einsicht, von biederem und wohlwollendem Charakter, durch Reichtum und hohe Stellung unabhängig, von schlichtem Wesen, für die Künste, die seither gegolten, ohne Verständnis. Streng rechtliche und redliche Männer waren auch die übrigen: von Auerswald, ein persönlicher Freund des Regenten, der Kriegsminister von Bonin, der Finanzminister von Patow, der Kultusminister von Bethmann-Hollweg, Flottwell, den nach einiger Zeit als Minister des Innern der Graf Schwerin ersetzte, ein Mann von unzweifelhaft liberaler Gesinnung, der seither neben von Vincke, Patow, Wentzel und anderen den schweren Kampf gegen die vereinigte feudale und servile Mehrheit im Abgeordnetenhause geführt hatte. Es waren Männer von aufrichtig verfassungstreuer Gesinnung und gemäßigten Anschauungen, und durchaus maßvoll war auch das Programm, welches der Regent in seiner Anrede an die Minister am 8. November (1858) entwickelte: gemäßigter Fortschritt, aber keine Überstürzung, kein Bruch mit der Vergangenheit, Aufrechthaltung der Union, Achtung der Rechte der katholischen Kirche, Freiheit der Wissenschaft, in Deutschland und überall Vertretung des Rechts und moralische Eroberungen. Eine besondere Wärme zeigte die Stelle, in welcher er die kirchliche Heuchelei zum Zwecke der Erreichung politischer Ziele abwies; das gestürzte System war damit an seiner empfindlichsten Stelle berührt, und im ersten Groll schickten die Führer sich an, sich in Opposition zu werfen oder die Märtyrerrolle zu spielen. Damit hatte es keine Not: nicht im konservativen Lager sind im Deutschland des 19. Jahrhunderts die Märtyrer zu suchen. Mit der ängstlichsten Schonung auch der Personen ihrer Gegner gingen die wackeren Männer, welche jetzt die Geschäfte führten, vor. Nur der eine und der andere höhere Beamte, wie der tiefverhaßte Oberpräsident der Rheinprovinz, von Kleist-Retzow,

wurden entlassen, und die Kreuzzeitungspartei begann sich bald vom ersten Schrecken zu erholen.

Sie hatten allerdings den Hauptstein in ihrem Spiele verloren: eine Kamarilla kam bei der selbständigen Art des Regenten nicht auf. Friedrich Wilhelm IV. begab sich mit der Königin nach Italien, aber er kehrte ungeheilt von dort zurück. Sein einst so lebhafter, in allen möglichen Gebieten leicht und mit raschem Verständnis sich ergehender Geist blieb umwölkt; die Kräfte sanken langsam; von Hoffnung einer Wiederherstellung war keine Rede. Die seither herrschende Partei mußte indes bald auf dem neuen Terrain sich einzurichten. Sie hatte in Hof, Verwaltung, Kirche, Heer eine Menge ihrer Anhänger untergebracht; sie sah, wie die neuen Minister selbst ängstlich bemüht waren, keine allzuraschen Hoffnungen, kein liberales Fordern und Drängen aufkommen zu lassen; sie wußten, daß der Prinz-Regent selbst, an soldatischen Befehl und soldatischen Gehorsam gewöhnt, die konstitutionellen Doktrinen nicht liebte und mit größter Gewissenhaftigkeit darauf bedacht war, daß das Andenken des Bruders und die Ehrfurcht vor dem monarchischen Prinzip keinen Schaden leide; sie wußten auch, daß es einen Punkt gab, an dem die Anschauungsweise des Regenten mit der des Liberalismus fast notwendig in Zusammenstoß kommen mußte: das Heerwesen.

Indes wenngleich der Sturz der Partei weit nicht so vollständig war, als zu wünschen gewesen: das Schlimmste, das fühlte man überall, war gleichwohl überstanden. Die Neuwahlen zum Hause der Abgeordneten hatten nur einen kleinen Rest der Ultras übrig gelassen. Der preußische Staat hatte sich selbst wieder gefunden, und damit war auch für das übrige Deutschland die Zeit gekommen, wo man die politische Arbeit mit einiger Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen konnte. Es traf sich glücklich, daß eben jetzt der schon länger drohende Zusammenstoß zwischen Österreich und Frankreich erfolgte, über dessen weittragende Bedeutung für Deutschland vom ersten Augenblick an kein Zweifel möglich war. Es war eine politische Frage ersten Ranges, welche die Steuermannskunst des Regenten und seiner Minister auf keine leichte Probe stellte.

C. Der Osten.

Türkei, Rußland, Österreich.

1. Türkei und Griechenland.

Der Pariser Friede hatte die Verhältnisse des Ostens aufs neue geregelt und der europäischen Welt vor dem drohenden Gespenst, welches man die orientalische Frage nannte, wieder auf einige Zeit Ruhe

verschafft. Wir sahen, wie Rußland sich weigerte, die Integrität des Türkischen Reiches auch für die Zukunft zu gewährleisten, und wie dann (15. April 1856) Österreich, Frankreich und England diese Garantie ihrerseits übernahmen, indem sie erklärten, jede Verletzung der Stipulationen des Pariser Friedens als einen Kriegsfall zu betrachten. Die bei der Ausführung des Friedensvertrages sich ergebenden unerheblichen Differenzen wurden zu Gunsten der Türkei geschlichtet; die Grenzregulierung in Bessarabien, festgestellt durch ein Pariser Protokoll vom 26. Januar 1857, sprach die Städte Bolgrad und Tobaď sowie die unweit der Donaumündungen gelegene Schlangeninsel der Türkei zu und stellte den Leuchtturm auf dieser Insel unter die Aufsicht der europäischen Donaukommission. Ende Februar 1857, nachdem Engländer und Franzosen längst heimgekehrt waren, traten auch die österreichischen Truppen ihren Abmarsch aus den Donaufürstentümern an, welche sie seit September 1854 besetzt gehalten hatten. Der Pariser Friede hatte diesen beiden Fürstentümern eine unabhängige und nationale Verwaltung zugesichert, und eine einflußreiche Partei begann sofort für eine Union beider Länder zu agitieren. Der Kaimakam oder Statthalter, welchen die Pforte im März 1857 nach der Moldau sandte, Nikolaus Vogorides, galt für einen Gegner dieser Bestrebungen, welche insgeheim von Rußland und Frankreich unterstützt wurden. In demselben Monate nahmen moldauische Truppen von dem von Rußland abgetretenen bessarabischen Landstriche Besitz, und im Dezember desselben Jahres war auch die Rektifizierung der russisch-türkischen Grenze in Asien von einer gemischten russisch-türkisch-englisch-französischen Kommission vollbracht.

So war also der Sturm, den der Übermut des Kaisers Nikolaus gegen die Türkei heraufbeschworen, vorübergegangen, ohne daß dieses Reich einen materiellen Verlust erlitten hätte. Der „kranke Mann" war nicht an der akuten Krankheit eines mutwillig vom Zaune gebrochenen Krieges gestorben; er hatte vielmehr mit einer Lebenskraft, die man ihm nicht mehr zugetraut, sich seiner Haut gewehrt und sich wieder in einigen Respekt gesetzt. Aber freilich geheilt war er nicht, und es war schwerlich ein gutes Zeichen, daß so viele Ärzte zu seiner Hilfe herbeigeeilt waren, die nun fortwährend sein Lager umstanden und bei jedem neuen Symptom, bei jeder selbständigen Regung zu Konsultationen zusammentraten. In sehr unangenehmer Weise machte sich dies der Türkei bei der Regelung der Angelegenheit der Donaufürstentümer fühlbar. Die Wahlen zu dem Diwan, welcher nach den Bestimmungen des Pariser Friedens berufen werden sollte, um die Wünsche der Bevölkerung in Beziehung auf die neue Organisation der Fürstentümer kundzugeben, fielen in der Moldau auf Gegner der Union; aber Frank-

reich und Rußland, die sich gleich nach dem Friedensschlusse einander genähert hatten, waren für die Vereinigung zu einem Staatswesen und behaupteten nun, daß diese Wahlen durch Bestechung und sonstige unstatthafte Mittel zu stande gekommen seien. Und da die Pforte, welche denken mochte, daß solche Wahlen auch sonst in der Welt nicht mit sehr statthaften Mitteln gemacht würden, gegen ihren Kaimakam nicht einschreiten, noch auch die Wahlen für ungültig erklären wollte, so brachen Frankreich, Rußland, Preußen und Sardinien mittelst identischer Noten vom 6. August 1857 den diplomatischen Verkehr mit der Pforte ab, und Österreich und England, gute Freunde in der orientalischen Frage, besonders seitdem die russisch-französische Freundschaft deutlicher hervortrat, schlossen sich, wenn auch zögernd, dieser Auffassung an. Die türkische Regierung schickte demgemäß am 23. August ihrem Statthalter den Befehl zu, die Wahlen zu annullieren und in Übereinstimmung mit der europäischen Kommission in Bukarest binnen 14 Tagen neue vornehmen zu lassen. Diese fielen denn, wie sich denken läßt, zu Gunsten eines geeinigten Staates Rumänien aus; im Juli 1858 erschien in Paris eine Flugschrift: „Napoleon III. und die rumänische Frage", welche das Nationalitätsprinzip als das eigentlich staatbildende der neuen Zeit anerkannte und damit auch für die rumänische Nation das Recht, einen gemeinsamen autonomen Staat zu bilden, in Anspruch nahm; einige Wochen später, im August, war dann das Protokoll fertig, welches die neue Ordnung in der Moldau und Walachei sanktionierte. Die Konvention, welche die Mächte schlossen, war ein Kompromiß, der eine getrennte Regierung einsetzte, aber gewisse Teile der Verwaltung gemeinsam machte: wodurch denn natürlich keine dauernde Lösung erzielt, vielmehr die Partei, welche die rumänische Einheit erstrebte, zur Fortsetzung ihrer Agitation ermutigt wurde.

Für die inneren Angelegenheiten war der Türkei von ihren europäischen Ärzten ein Generalrezept verschrieben worden, dessen Ingredienzien gemeinsam festgestellt waren, und welches als kaiserlicher Specialbefehl oder Hattihumajum schon am 26. Januar 1856 ausgerufen worden war. Diese große Reformakte bestätigte die durch den Sultan schon im Anfang seiner Regierung mittelst des Hattischerif von Gülhane (1839) gewährleistete Sicherheit für Person, Eigentum und Ehre aller seiner Unterthanen, hob die weltlichen Befugnisse der verschiedenen Priesterschaften auf und verfügte, daß die weltlichen Geschäfte der Rajahnationen durch einen aus ihrer Mitte gewählten, aus Laien und Geistlichen bestehenden Rat besorgt werden sollten. Die verächtlichen Bezeichnungen für Andersgläubige, welche seither selbst in der Amtssprache der türkischen Behörden gebraucht worden waren,

wurden streng verboten; jede Bevorzugung der einen Nation vor der andern in Beziehung auf Verwaltung und allgemeine Rechte sollte aufhören. Unbeschränkte Gewissensfreiheit ward verkündet; sämtliche Unterthanen des Großherrn ohne Unterschied der Religion sollten zu Staatsämtern berufen und in die Lehranstalten des Staates, die freilich größtenteils erst zu gründen waren, aufgenommen werden können. Außerdem war eine Reihe von Einzelreformen versprochen: gute Polizei, Verbesserung des Steuerwesens und namentlich der Steuererhebung, Bestrafung der Bestechlichkeit, Aufstellung eines regelmäßigen Jahresbudgets, Straßen- und Kanalbau, Beteiligung der Christen am Heerdienste.

Hier stand an der Stelle des alttürkischen Staates, der auf Eroberung gegründet war, ein moderner Rechtsstaat auf dem Papier, an dem, wenn man die Völker mit Dekreten befreien könnte, wenig auszusetzen war. Aber das Statut ärgerte die Osmanen und befriedigte die Christen nicht, denen ihre seitherige Organisation immer eine bessere Garantie gab, weil sie eine wirkliche war, als die neue auf dem Papiere, welche niemals wirklich geworden ist noch werden konnte. Die Türkei blieb, was sie war, ein unorganisches Element, das sich in unglücklicher Stunde in die europäische Welt, die bei allen Verschiedenheiten und Gegensätzen im einzelnen doch im ganzen eine gewisse Gleichartigkeit in den Fundamenten besaß, eingeschoben hatte. Von den 82 000 Quadratmeilen, welche das Türkische Reich in Europa, Asien und Afrika besaß, umfaßte der europäische Teil 9500, von den 36 Millionen seiner damaligen Bevölkerung 15$^{1}/_{2}$. Von diesen letzteren nach Nationalitäten 6 200 000 Slawen, 4 Millionen Rumänen, 1$^{1}/_{2}$ Millionen Albanesen, 1 Million Griechen, außer den Armeniern, Zigeunern, Juden, Tataren noch 2 100 000 Osmanen; nach Religionen 10 Millionen Christen griechischen und armenischen, 640 000 römisch-katholischen Bekenntnisses, 70 000 Juden, 214 000 Heiden (Zigeuner), 4 500 000 Mohammedaner. Der Osmane aber, wie bettelhaft er sein mochte, verachtete auch den vornehmsten Christen als einen Unreinen und Sklaven, — der Christ den Moslem als einen Ungläubigen und Barbaren: und die Masse der Moslemin wußte den Schutzmächten wenig Dank für ihr Einschreiten, das ihr nur die Wahrheit des alten Spruches bewies, daß „das Heidentum“ nur *eine* Nation gegenüber den Anhängern des Propheten bilde. Die Türkei also blieb ein notwendiges Übel, und wenn gleichwohl die Dinge seit dieser Zeit verhältnismäßig dort besser gingen, als man vernünftigerweise erwarten konnte, so war dies — soweit man es überhaupt begründet finden kann — mehr eine Folge des immer sich steigernden Völkerverkehrs und des trotz aller Hemmnisse auch in diesen Gegenden

wachsenden Einflusses der europäischen Kultur als eine Wirkung jener Reformgesetzgebung, welche der besten Garantie guter Gesetze, ihrer Übereinstimmung mit der Volkssitte, entbehrte.

Der Friede mit Griechenland erhielt sich in der nächsten Zeit infolge der nachdrücklichen Lehre, welche die Westmächte dem von unruhigem Ehrgeize gepeinigten Volke gegeben hatten, das lieber Ränke spinnen und blinder Aufregung sich hingeben als arbeiten wollte, ohne wesentliche Störung. Das Land begann sich indes zu erholen; wenigstens stellte der Bericht, den der Finanzminister Komunduros dem König Otto am 16. Dezember 1857 erstattete, die Fortschritte in einem sehr glänzenden Lichte dar. Die Einwohnerzahl 1 004 000 gegen 612 000 im Jahre 1834: 203 000 Wohnhäuser gegen deren 94 000 in jenem Jahre; 1 500 000 Maulbeerbäume gegen 380 000; 8 Millionen Drachmen Grundzins gegen 4 Millionen. Die 25 Jahre der Regierung König Ottos waren in der That nicht ungenutzt geblieben; doch blieb dem für den Ackerbau wenig begünstigten, für Handel und Schiffahrt aber überaus wohlgelegenen Lande und seinem für diese Thätigkeiten besonders begabten Volke zu wünschen, daß es sich mehr um die eigenen als um fremde Angelegenheiten bekümmere, mehr arbeite und weniger politisiere.

2. Rußland.

Von großen und wohlthätigen Folgen war der Krimkrieg, wie wenig siegreich er geführt worden war, für Rußland. Dieses Land hatte das Glück, in Alexander II. einen Herrscher zu finden, der seinen Ehrgeiz in wahren und dauernden Fortschritten suchte. Und hier, wenn irgendwo, war ein ungeheures Arbeitsfeld für einen solchen edlen Ehrgeiz — ein Arbeitsfeld, das kaum erst der Pflug gestreift hatte. Vor den kolossalen Verhältnissen und Erstreckungen dieses Reichs scheinen die übrigen europäischen Länder und Staaten fast zu verschwinden: der unumschränkte Wille eines einzigen gebietet über einen Länderraum von beinahe 100 000 Quadratmeilen in Europa, 226 000 in Asien, damals noch 17 600 in Amerika; und die ungeheure Mehrzahl der etwa 66 Millionen, welche damals auf diesen 340—350 000 Quadratmeilen wohnten, vor allem die 47 Millionen eigentlicher Russen, ehrten den Zaren mit demselben unbedingten und mehr als blinden Gehorsam, den der einzelne Nomadenstamm seinem Häuptlinge, den die Familie dem Vater des Hauses zollt, der sie zusammenhält, ohne den sie in einzelne Individuen auseinanderfallen würde. In den übrigen europäischen Staaten ist die Monarchie eine Institution, geheiligt, wenn es gut steht, durch eine lange Überlieferung und Geschichte:

hier gefestigt, dort gelockert durch geschichtliche Ereignisse, welche immer wesentlich das Verhältnis zwischen Volk und Herrscher berühren; hier gestützt durch die Erkenntnis von der Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit dieser Staatsform, dort angefochten durch radikale Theorieen und ideologische Doktrinen. Hier auf russischem Boden dagegen ist sie keine Institution und keine Theorie: sie ist in ihrer unbedingtesten Form eine einfache Naturnotwendigkeit, und als eine solche wird sie von der Masse des Volkes empfunden; niemand vermöchte sich dies Reich anders zu denken. Kein Staat der Erde, mit Ausnahme etwa des chinesischen, zeigt eine so große völlig gleichartige Masse seiner Bevölkerung; die übrigen zahlreichen Völker, die Polen (6½ Millionen), die Finnen (3 Millionen), die türkisch-tatarischen Völker (2 400 000), Letten (2 Millionen), Juden (1½ Millionen), kaukasischen Stämme (1½ Millionen), Deutsche (600 000), mongolischen Völker (330 000) verschwanden doch den 47 Millionen eigentlicher Russen gegenüber, welche die Sprache, die Sitte, die socialen Verhältnisse und die Religion gemeinsam hatten. Und auch wenn man die letztere zum Einteilungsgrunde nimmt, so ist das Ergebnis kein anderes: jener kompakten Masse von Anhängern der orthodoxen griechischen Kirche, denen man noch etwa 2 Millionen nicht vom russischen Stamme zuzählen muß, standen 7 Millionen römischer Katholiken, 3 Millionen lutherischen, 500 000 reformierten Bekenntnisses, 1½ Millionen Juden, doppelt so viele Mohammedaner, 600 000 Heiden gegenüber. Auch die Beschäftigungsweise liefert ein gleiches Ergebnis, 40 von den 66 Millionen des Reiches ernährte der Ackerbau.

In der ungeheuren und unbeschränkten Macht, welche in der Hand des Kaisers ruhte, lag die Versuchung, dem geteilten, ewig bewegten, unruhigen Europa gegenüber eine Protektor- und Schiedsrichterrolle zu spielen, und zweimal im Laufe des Jahrhunderts hatten sich die Ereignisse so gefügt, daß die Beherrscher Rußlands diese Rolle übernahmen und sich in derselben wohlgefielen. Beide Male, von Alexander I. und von Nikolaus, geschah es nur zum Schaden Rußlands, und vielleicht war es nicht der Ehrgeiz allein gewesen, welcher den einen wie den andern dieser Fürsten bestimmt hatte, jene universale europäische Stellung anzunehmen oder aufzusuchen. Es war eine leichtere Aufgabe, der Messias oder der Parteiheilige der europäischen Reaktion zu sein als der Reformator Rußlands zu werden und dieses große Volk selbst auf friedlichem Wege aus Stagnation und Gebundenheit herauszuführen. Der Mißerfolg des letzten Krieges und seine schweren Verluste zwangen jetzt Rußland sich auf seine eigenen Grenzen zu beschränken und seine Verluste zu ergänzen. Es war das Verdienst und der Ruhm des neuen Herrschers, diese Pflicht mit ernstem Sinne er-

griffen zu haben: und der Entschluß allein, ein solches Reich nicht durch Importierung westeuropäischer Ideen, sondern von innen heraus zu reformieren und auf eine höhere Stufe zu heben, mit Beharrlichkeit und ohne Entmutigung verfolgt, reicht aus, diesem Herrscher einen hervorragenden Platz in der Geschichte seines Volkes, das einen so ansehnlichen Teil des Menschengeschlechts ausmacht, zu sichern.

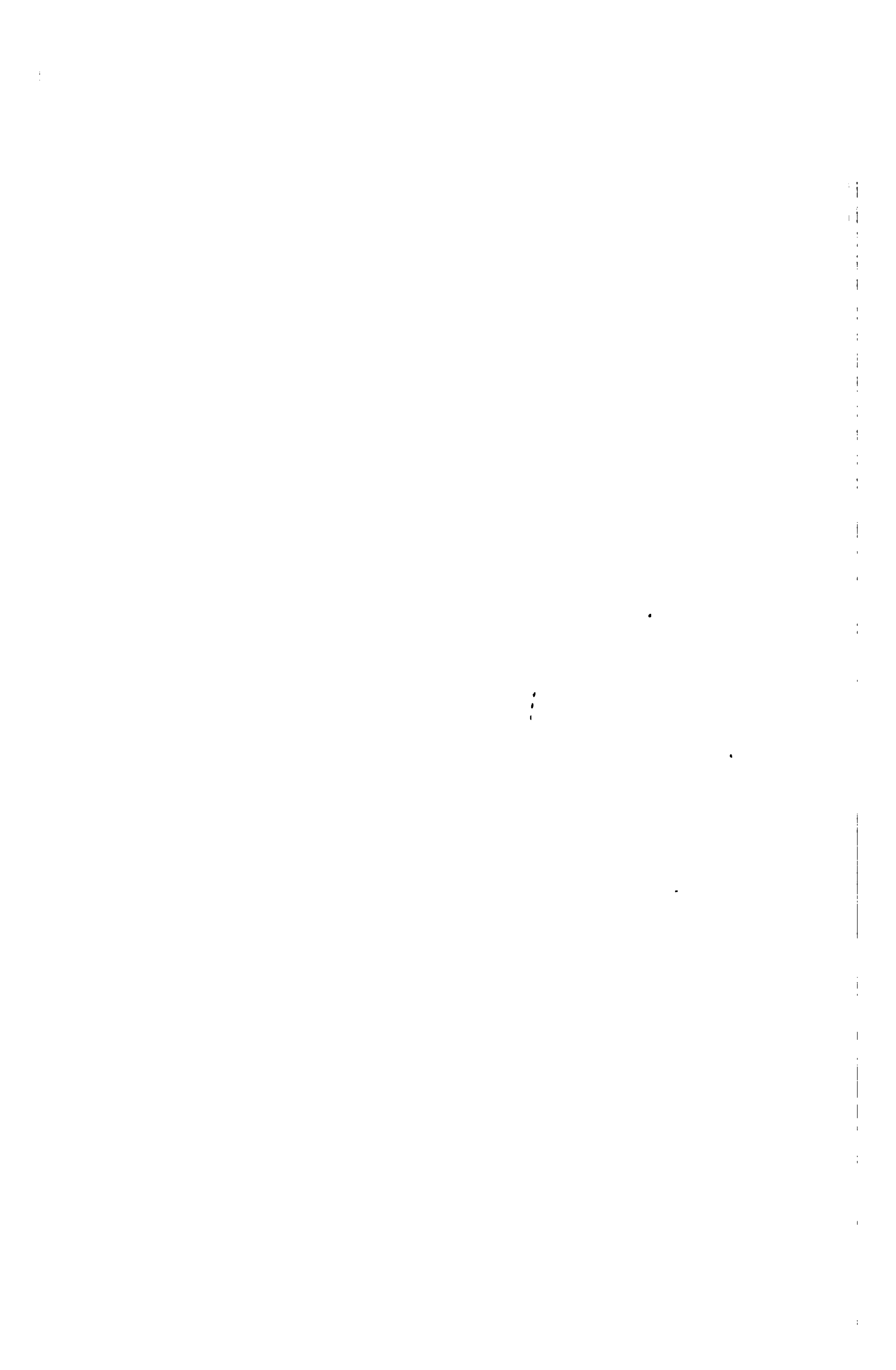
Alexander II. (geb. 29. April 1818) hatte, sobald er es mit Ehren konnte, die Hand zur Wiederherstellung des Friedens geboten, — eines Friedens, der nicht allein den Verzicht auf die traditionellen Pläne wider die Türkei oder mindestens deren Vertagung auf lange Zeit, sondern auch den Verzicht auf das Protektorat in Deutschland, welches Knechtsinn und Revolutionsfurcht dem Kaiser Nikolaus dargeboten hatte, in sich schloß. Der Zar wurde wieder, was er von Gottes und Rechts wegen war.

Der Ausgang des Krimkrieges hatte die Hoffnungen der polnischen Emigration und ihrer Gesinnungsgenossen im Lande selbst abermals getäuscht. Noch am 3. Mai 1856 hatte die erstere eine vergebliche Adresse an die Pariser Konferenz gerichtet, in welcher verlangt war, Polen auf dem Fuße der Verträge von 1815 wiederherzustellen; am 23. Mai 1856 erschien Kaiser Alexander selbst zu Warschau, wo er sich in Gegenwart der zum Empfange versammelten Adelsmarschälle über seine Absichten aussprach. „Keine Träumereien und Vergessenheit des Vergangenen“ waren seine Worte: er erläuterte das letztere mit einer allgemeinen Amnestie (27. Mai), von der aber die Häupter wenigstens des republikanischen Teiles der Emigration keinen Gebrauch machten. Es war freilich für den Kaiser leichter, die Vergangenheit zu vergessen, als für die Polen. Für Polen, sagte Alexander, gebe es kein anderes Heil, als wenn es sich, wie Finnland gethan, der großen Familie anschließe, welche das Russische Reich darstelle. In diesem Falle, so sprach er beredt und aus aufrichtigem Herzen, werde er die Polen mit gleicher Liebe wie die Russen umfassen. Das Amnestiedekret setzte für die Zurückkehrenden eine dreijährige Probezeit fest, nach deren Verlauf ihnen auch der Eintritt in den russischen Staatsdienst wieder offen stehe. In den europäischen Angelegenheiten legte der Kaiser sich eine gewisse Zurückhaltung auf. Das gute Vernehmen mit Preußen war nicht ernstlich gestört worden; mit Frankreich bemühte man sich sehr sichtbar zu einem guten Verhältnis zu gelangen, und die Wichtigthuer der Journale und der Vorzimmer bemerkten mit ernsten Mienen, daß bei der feierlichen Krönung des Kaisers zu Moskau (7. September 1856) der französische Gesandte Graf Morny mit ganz besonderer Auszeichnung behandelt worden sei, er habe sogar — man denke nur — den Tanz mit der Kaiserin eröffnet; während der Groß-



Alexander II., Kaiser von Rußland.

(Nach Frz. Krüger.)



fürst Konstantin vom 5. bis 16. Mai 1857 zu Paris sich aufgehalten, habe er für die Königin von England nur einen Tag, den 31. Mai, übrig gehabt: am 25. September jenes Jahres erfolgte dann die Zusammenkunft der beiden Kaiser zu Stuttgart, welche Geschäftigen und Müßigen so viel zu denken gab. Es verscheuchte die Bedenken nicht, daß auf der Rückreise Kaiser Alexander in Weimar mit Franz Joseph zusammenkam, in dessen Gefolge sich auch der alte Fürst Metternich befand: daß die Ereignisse von 1854—1856 zwischen Österreich und Rußland eine breite Kluft befestigt hatten, konnte niemand verkennen. Mit England stand es, wenigstens in Asien, dem großen Schachbrette, wo die beiden Mächte gegeneinander operieren, in alten Rechten: bei seinen persischen Verwickelungen fand England seinen Rivalen wieder auf seinem Posten, und schon im Dezember 1856 hatten die Russen ihren Krieg gegen Schamyl in Kaukasien wieder begonnen. Mit Japan kam im gleichen Jahre (25. November) ein Vertrag zu stande, welcher dem russischen Handel drei Häfen öffnete, und die Kurilischen Inseln wurden mit Ausnahme einer einzigen als russischer Besitz anerkannt; mit China am 28. Mai 1858 ein wichtigerer, welcher das ganze linke Ufer des Amurflusses an Rußland überließ. Die Hauptstadt dieses Landstrichs wurde das 1852 gegründete Nikolajew.

Von weit größerer Bedeutung war, was im Innern geschah: nicht für Rußland allein, sondern für das gesamte Europa, weil eine Fortschrittsbewegung in einem so großen Reiche nicht ohne ermutigende Wirkung auf die vorwärts strebenden Kräfte der übrigen Länder bleiben konnte. Von dem starren miltärischen Wesen seines Vaters war Alexander II. gänzlich frei, und er bewährte diese freie Anschauung im großen und kleinen. Die für das patriarchalisch-despotische Regiment charakteristische Bestimmung, daß auch, wer aus Gesundheitsrücksichten ein ausländisches Bad besuchen wollte, hierzu eines kaiserlichen Reisekonsenses bedurfte, ward aufgehoben; wer zum Vergnügen reiste, bezahlte, wie seither, für einen Paß auf sechs Monate 250 Rubel. In demselben Jahre, 1856, stellte der Kaiser die Rekrutenaushebung auf vier Jahre ein, hob die Militärkolonieen auf, erließ 24 Millionen Rubel an rückständigen Steuern und machte einen Versuch, dem schweren Übel der Beamtenbestechlichkeit zu wehren: der Anfang des neuen Jahres brachte eine überaus heilsame Veränderung in den Zuständen der russischen Presse. Den politischen Journalen wurde eine freiere Bewegung und die Benutzung der Staatstelegraphen gestattet. Sie fanden fortan auch bei den westeuropäischen Preßorganen mehr Beachtung, deren Gewohnheit, durch tägliche, leitende Artikel auf die politische Anschauung ihres Leserkreises zu wirken, sie annahmen.

Dasjenige aber, was der Regierung Alexanders II. im hervorragenden Sinne eine weltgeschichtliche Bedeutung gab, war, daß er um dieselbe Zeit, wo in Amerika der Kampf um Sein und Nichtsein der Sklaverei seiner entscheidenden Krisis sich nahte, die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Emancipation der russischen Bauern, mit vollem und entschlossenem Ernste in Angriff nahm.

Nach mehreren vorbereitenden Schritten wurde im Anfang des Jahres 1857 eine Kommission zur Beratung der Bauernemancipationsfrage berufen; dieselbe sprach sich Mitte Mai im Sinne der Aufhebung der Leibeigenschaft aus. Allein ein anderes war es, diese Aufhebung einer Jahrhunderte alten Ordnung der Dinge, auf welcher das ganze gesellschaftliche Gebäude in diesem Lande ruhte — denn die Zählung im Jahre 1857 ergab eine Masse von 23 600 000 Leibeigenen bei einer Gesamtbevölkerung von 57 Millionen im europäischen Rußland — im Prinzip gut zu heißen, ein anderes, den richtigen Weg zu finden, auf welchem ohne schwere Erschütterungen die großartige, unerläßliche und, einmal in Angriff genommen, auch unaufschiebbare Maßregel durchgeführt werden konnte. Der Kaiser beschloß die Initiative bei dem Unternehmen den Nächstbeteiligten, dem Adel selbst, zuzuweisen, unter welchem schon früher Wünsche in dieser Beziehung hervorgetreten waren: denn die Institution der Leibeigenschaft hatte, wie alles Naturwidrige, keineswegs bloß für den Leibeigenen, sondern auch für den Leibherrn sehr viele Schattenseiten. Und da der Adel daran keinen Zweifel hegen konnte, daß bei dem Kaiser der Entschluß unwiderruflich feststehe, sein Regentenleben an diese Maßregel zu setzen, so lag es in seinem eigenen Interesse, die ihm von der Regierung zugeschobene Initiative nicht zurückzuweisen. Der litauische Adel sandte zuerst eine Adresse nach Petersburg, in welcher ein Entwurf zur Eigentumsverleihung an die Bauern enthalten war: die Antwort des Kaisers sprach ihm und dem gesamten Adel gegenüber den Wunsch aus, derselbe möchte darüber beraten, wie die Lage der Bauern gegenüber den Eigentümern der adligen Güter durch genaue Bestimmung ihrer wechselseitigen Verpflichtungen und Beziehungen zu verbessern und zu sichern sei. Der Adel von Petersburg, von Nishnij-Nowgorod, von Orel gab seine Bereitwilligkeit zu erkennen, in die große Frage einzutreten, während der altrussische Adel noch die Beteiligung ablehnte; jedes Entgegenkommen wurde von der Regierung ermutigt, und der Kaiser selbst, der für seine eigenen Güter mit seinem Beispiel voranging, brauchte seinen Einfluß in derselben Richtung. Bis Mitte des Jahres 1858 hatte der Adel von 33 Gouvernements seine Bereitwilligkeit, auf die kaiserlichen Absichten einzugehen, erklärt. Die Beratung im einzelnen sollte durch Komitees, welche der Adel selbst bildete, ge-

schehen; die Grundsätze aber, welche bei dem Werke als Richtschnur dienen sollten, hatte der Kaiser in einem Reskript an den Petersburger Adel vom 17. Dezember 1857 angegeben. Sie deuteten auf einen vorsichtig abgesteckten langsamen Weg zum Ziele: der Grundbesitzer behält sein Eigentumsrecht auf sein ganzes Gut, den Bauern aber wird ihre „Umzäunung“ — Haus, Hof und ein Stück Gartenland — gewährleistet, und sie haben das Recht, diese Stelle durch Ankauf mit Fristzahlungen allmählich zu vollem Eigentume zu erwerben. Außerdem wird ihnen eine Fläche Landes zur Benutzung angewiesen, groß genug, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und sie in stand zu setzen, ihren Verpflichtungen gegen den Staat und gegen die Grundbesitzer nachzukommen; die Landpolizei bleibt dem Grundbesitzer, aber die Bauern werden in Landgemeinden organisiert.

Es war ein ungeheures Werk, das hier begonnen wurde, schwierig in hohem Grade, selbst wenn überall und von allen Seiten der beste Wille vorhanden war. An Bedenklichkeiten fehlte es nicht: Waren die Leibeigenen reif für die neue Freiheit? War nicht zu erwarten, daß jenes schreckliche Wort, welches im Anfang unseres Jahrhunderts bei Aufhebung der ErbuntertHänigkeit und Gutshörigkeit da und dort, z. B. auf der Insel Rügen erklang: „Wir wollen nicht frei sein“, auch hier bei der Masse sich wiederhole, der man ein Geschenk darbot, dessen Wert die wenigsten zu würdigen wußten? Mußte man nicht fürchten, daß der russische Bauer, indem man ihn in stand setzte, sich von der Scholle zu lösen, die neue Freiheit benutzen würde, um dem alten nomadischen Hange des slawischen Stammes zu frönen und ein unstätes Wanderleben als Krämer dem Ackerbau vorzuziehen? Die große Reform konnte nicht gedacht werden ohne eine Menge anderer Reformen: Herstellung eines ausgedehnten Verkehrsnetzes zu Wasser und zu Lande, Entwickelung des städtischen Elements im Reiche, das in einem ungeheuerlichen Mißverhältnis ($4^1/_2$ gegen 45 Millionen) zum ländlichen stand, Durchbringung des Reiches mit Volksschulen und anderes. Der Würfel aber war geworfen, der entscheidende Schritt nach vorwärts geschehen.

3. Österreich.

Wenn es dem Russischen Reiche eine gewisse Sicherheit und Festigkeit gab, die es vor revolutionären Erschütterungen bis dahin bewahrt hatte, daß die große Masse seiner Bevölkerung gleichartig war, — wenn dadurch die Aufgaben dieses Reiches im Innern, sobald sein Herrscher auf eine ausgreifende, erobernde Politik verzichtete, ohne äußere Störungen sich vollziehen ließen, — wenn die überwiegende

22*

Mehrzahl der Bevölkerung dort die absolute Herrschermacht seines Zaren wie eine Naturnotwendigkeit hinnahm: so war dagegen Österreich in seinen Lebensbedingungen völlig anders gestaltet. Sein Staat war aus allen möglichen zusammeneroberten und zusammengeheirateten Ländern und Völkern gebildet. Und mit dieser seiner Zusammensetzung hatte es nach drei Seiten hin mannigfache Aufgaben zu lösen, denen kaum ein geschlossener Einheitsstaat mit ganz gleichartiger Bevölkerung gewachsen gewesen wäre. Seine Vergangenheit hatte ihm nach drei Seiten hin eine Weltstellung geschaffen, die man als die deutsche, die italienische und die Donaustellung bezeichnet hat. Jede dieser Stellungen brachte es in Zusammenstöße und Reibungen mit den Nachbarstaaten; es war schwer zu sagen, wo bei diesem Staate die auswärtige Politik aufhörte und die innere begann. Dem äußern Anschein nach allerdings, auf der Karte betrachtet, bildete die Österreichische Monarchie ein herrlich abgerundetes Land von 12 120 Quadratmeilen, vortrefflich gelegen, an unerschöpflichen, gutenteils kaum erst angebrochenen Schätzen aller Naturgebiete überreich, von einer großen Wasserader, der Donau, durchzogen. Aber wenn man, von der Oberfläche den Blick tiefer richtend, die Bevölkerungsverhältnisse ins Auge faßte, standen die Dinge minder befriedigend: unter einer Gesamtbevölkerung von 38 388 000 Seelen (1853) 15 Millionen Slawen, 8 Millionen Romanen, 8 Millionen Deutsche, 5 Millionen Magyaren, neben Zigeunern, Juden, Szeklern, Armeniern u. s. w. Tröstlicher konnte die Lage scheinen, wenn man den Blick auf das Verhältnis der Religionen lenkte: die weit überwiegende Mehrzahl, 26½ Millionen, römisch Katholische, denen noch 3½ Millionen griechisch oder armenisch Unierte, welche die Autorität des Stuhles zu Rom anerkannten, beizuzählen sind, und neben denen die 3 Millionen nicht unierter Griechen, die 3½ Millionen Protestanten Helvetischer und Augsburgischer Konfession, die 750 000 Juden, die 50- bis 60 000 von verschiedenen Religionen und Sekten keinerlei gefährdendes Element bilden konnten. Die Gemeinsamkeit der Religion war in der That in früheren Zeiten ein wirksames Element der Einigung für dieses Völkergemenge gewesen. Aber die wirksamste Form der Einigung, den gemeinsamen Fortschritt, hatte die römische Kirche seit lange zu fördern aufgehört, und wie mächtig sie noch immer war, so hatte sie dennoch viel an ihrer organisierenden und volkbeherrschenden Kraft verloren. Eine andere Idee war mächtig herangewachsen und in der letzten großen Krisis des europäischen Lebens zum Durchbruch gekommen und ins Bewußtsein auch der Massen getreten, — die Nationalitätsidee: in Deutschland, in Italien, in Ungarn hatte sie, wie wir gesehen haben, sich feindselig gegen die österreichische Reichseinheit erhoben.

Mit gewaltiger Anspannung der Kräfte, mit Feuer und Schwert, hatte Österreich diese Regungen niedergerungen; es blieb sein Verhängnis, sie fortwährend bekämpfen zu müssen. Nach Niederwerfung jener Revolutionen, mit Aufhebung der Verfassung vom März 1849, welche einer ihrer Mitunterzeichner selbst, als er nicht mehr zu heucheln brauchte, als die „Fiktion von Kremsier" bezeichnete, war der reine Absolutismus wiederhergestellt worden. Aber einfach zum früheren zurückzukehren war unmöglich, weil die Werkzeuge und Mittel des alten Absolutismus vollkommen aufgebraucht waren. Das Bedürfnis eines neuen Österreichs, wie immer gestaltet, war unzweifelhaft vorhanden: mit einer einzigen Idee hauszuhalten, wie einst zu des Fürsten Metternich Zeiten, war nicht mehr möglich; und bald waren die dienstbeflissenen Federn im Lande und im „Reiche", d. h. in Deutschland, an der Arbeit, um als das Ziel der Politik des jungen Kaisers und seiner Räte die Regeneration, die Erneuerung, die Verjüngung Österreichs zu verkünden: der gutmütigen Leute im „Reiche" waren nicht wenige, die, ehe viele Wochen ins Land gegangen waren, schon anfingen, mit vollen Backen den „herrlich aufblühenden Donaustaat" zu preisen.*) Den ersten jener Räte, den Fürsten Felix Schwarzenberg vor allem, priesen diese Leichtgetäuschten als einen genialen Staatsmann: wenigstens das hatte er bewiesen, wieviel rücksichtslose Kühnheit und fester Wille inmitten allgemeiner Auflösung und erbärmlichen Gegnern gegenüber vermögen. Den Beweis wirklicher Genialität in dem weit schwierigeren Werke des Neubaus eines österreichischen Einheitsstaates, den er als seine Fahne aufgesteckt, zu liefern, ersparte ihm das rasche Todesgeschick, das ihn inmitten seiner Scheinerfolge am 5. März 1852 dahinraffte. In der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ersetzte ihn der Graf Buol-Schauenstein: ein neuer Präsident des Ministerrates ward nicht ernannt, da der Kaiser selbst sich nunmehr die Fähigkeit zutraute, die oberste Leitung der Geschäfte in die Hände zu nehmen. Von den übrigen Ministern sind vorzugsweise zu nennen der Minister des Innern, Alexander Bach, Journalist und Advokat, der im Jahre 1848 mit anderen zum Barrikadenbau aufgefordert oder wenigstens den „Willen des Volkes", der „sich in deutlicher Barrikadensprache gezeigt", zur Richtschnur genommen —, der dann aber, klüger als andere, zu einer Zeit, wo die Dienste eines gewandten, von keinerlei Skrupeln noch Zweifeln angefochtenen Mannes hoch im Preise standen, sein Talent im Dienste der Reaktion feilgeboten und verwertet hatte; der Unterrichtsminister Graf Leo Thun, ein böhmischer Klerikaler, der bald das willige Werkze[illegible]

*) Z. B. unus multorum: Reuschle, Lehrbuch der Geogra[illegible]

Reaktion wurde, die sich der militärisch-bureaukratischen beigesellte, und der Handels-, später, nach seinem Wiedereintritt im Jahre 1855, Finanzminister **von Bruck**, ein Rheinländer, sehr bürgerlicher Herkunft, den die Lobhudler jener traurigen Zeit mit dem Nimbus ganz besonderer Genialität umgaben, weil er es vortrefflich verstand, die Welt über die wahre Lage des Staates zu täuschen, und weil er wenigstens einige Jahre lang einer schlechten Politik gutes Geld zu schaffen wußte.

Die Reaktionswirtschaft in Österreich während der Jahre 1850 bis 1859 bietet ein in seiner Art interessantes Gegenbild zu der gleichzeitigen Mißregierung in Preußen. Nach den großen Worten, mit welchen die Parteigänger im Reiche, zu deren Organ vor allem die „**Augsburger Allgemeine Zeitung**“ sich machte, überaus freigebig waren, durfte man etwas wie einen sogenannten aufgeklärten Despotismus erwarten. Indes der junge Fürst, welcher der Träger dieser Regierungsweise hätte sein müssen, war ebensowenig aufgeklärt, als er Despot war, und seine Regierung hätte, selbst den Willen vorausgesetzt, die Werkzeuge zu einem solchen aufgeklärten Despotismus sich erst schaffen müssen. Es war aber nichts damit; einen wirklichen, auf klaren und staatbauenden Ideen beruhenden Plan hatte diese Regierung von frivolen Kavalieren, bornierten Fanatikern und machtgierigen Emporkömmlingen ebensowenig, als die aus etwas anderen Elementen zusammengesetzte, aber nicht viel bessere und nicht geistreichere Regierung des damaligen Preußens ihn hatte. Auf das reine Säbelregiment folgte eine neue, aber doch nur wenig verbesserte Auflage des alten Metternichschen Regiments, das sich weiterhin, was Metternich nicht gethan, die Jesuiten und das übrige Pfaffenwesen über den Kopf wachsen ließ. Was in Preußen, wenn auch sehr verkümmert und notdürftig, den öffentlichen Geist wach erhielt und die Reaktion selbst nötigte, geistige Kräfte zu entfalten, das **parlamentarische Leben**, war hier beseitigt worden: und da man sich dieser Pflanzschule des Talents selbst beraubt hatte, so blieb zur Durchführung der neuen Reichseinheitspolitik nur die Beamtenschaft übrig. Diese österreichische Bureaukratie aber blieb, wie sie gewesen: in ihrer niederen und mittleren Sphäre schlecht bezahlt und daher bestechlich, von Reglements, papiernen Verordnungen und Instruktionen erdrückt; ohne alle Selbständigkeit des Denkens, im geistlosen Mechanismus der Schreibereien, der Protokolle und Berichte festgefahren; seit 1849 uniformiert und auch über die der vorgesetzten Behörde wohlgefällige Art, den Bart zu tragen, soweit solcher überhaupt zulässig — „Vollbärte gänzlich abgestellt“ —, nicht im Zweifel gelassen; gewöhnt und fast genötigt, in ihren Berichten an die oberen Instanzen die Dinge darzustellen, nicht

wie sie wirklich waren, sondern wie man es zu Wien gern hörte. Zunächst, wie nicht anders zu erwarten, richtete sich die Thätigkeit auf Repressivgesetze und Repressivmaßregeln. Ein neues Strafgesetz vom 27. Mai 1852 setzte harte Strafen auf politische Verbrechen, welche in Form und Behandlung den gemeinen gleichgesetzt wurden; die Paragraphen, welche die Erregung von Haß und Verachtung gegen die Regierung und ihre Organe verpönten, waren so dehnbar, daß jede Kritik, ja jedes gesprochene oder gedruckte Wort, wenn man wollte, straffällig gemacht werden konnte. Gleichzeitig erschien eine neue Preßordnung, welche — neben den Verwarnungen nach Napoleonischem Muster — schon der eine Zug charakterisiert, daß sie die Strafbarkeit schon mit der Ablieferung des Manuskripts in die Druckerei beginnen ließ. Im übrigen kam man in der ganzen Zeit des Absolutismus auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung nicht über Versuche, Experimente und „Provisorien" hinaus. In der Organisation der Verwaltungsstellen vom Jahre 1853 wurde an die Spitze eines jeden Kronlandes ein Statthalter gesetzt, der vorzugsweise die politischen Angelegenheiten besorgte, neben dem Statthalter die Statthalterei, ein bureaukratisches Kollegium, welche das Detail, Gemeindeverkehr, Unterrichtsangelegenheiten, Wohlthätigkeits- und Strafanstalten, wahrzunehmen hatte; Kreisbehörden, Bezirksämter; die Gemeindeverfassung blieb in einem chaotischen, unorganisierten Zustande, von Selbständigkeit keine Rede. Soviel irgend möglich, ward uniformiert: Ungarn, dem seine alten konstitutionellen Rechte entzogen waren, wurde in fünf Verwaltungsgebiete, Ofen, Groß-Wardein, Preßburg, Kaschau, Ödenburg, zerlegt und der Erzherzog Albrecht zum Civil- und Militärgouverneur mit ausgedehnten Vollmachten ernannt; die Organisation dieses nunmehr zur Provinz umgewandelten Landes diente dann als Muster für die Verwaltungsorganisation der übrigen, das man ohne viele Änderungen kopierte.

Schöpferisch — schöpferisch nach ihrer Weise — war diese Politik nur auf einem Gebiete, dem kirchlichen. Gleich mit Beginn der Reaktion suchte man sich den katholischen Klerus als Verbündeten zu gewinnen, was nicht schwer war. Die Jesuiten, deren Orden 1848 aufgehoben worden, wurden samt den ihnen verwandten Orden wieder in ihren frühern Besitzstand eingesetzt und begannen sofort (1850) wieder ihre Thätigkeit mit Missionen, Verfolgung Andersgläubiger, Bearbeitung der Massen, Beherrschung des Unterrichts: geschäftig machte sich der österreichische Episkopat, dessen bedeutendstes Mitglied der Lehrer des Kaisers, seit 1853 Fürsterzbischof von Wien, Joseph Othmar von Rauscher (geb. 1797) war, an die Arbeit, wenigstens auf ihrem Gebiete ein neues Österreich zu gründen. Bei der Bigotterie

des Kaiserhauses gelang diese kirchliche Revolution, welche sich gegen die Reste des Josephinismus, an denen Franz II. und Metternich festgehalten hatten, richtete, sehr vollständig, und sie fand ihren Abschluß in dem Konkordate, welches am 18. August 1855 nach längeren Unterhandlungen in Wien durch den Erzbischof Rauscher und den päpstlichen Nuntius Viale Prela unterzeichnet, am 3. November vom Papste in einem Konsistorium der Kardinäle verkündigt und im gleichen Monate in Österreich proklamiert wurde. Durch dieses ungeheuerliche Dokument wurde der österreichische Staat einer Macht unterworfen, die mit allem, was in Europa eine Zukunft hatte, in völligem Widerspruche stand, und die, während sie da, wo man sie am besten kannte, in Rom selbst, nur durch fremde Bajonette aufrecht erhalten wurde, die seltsame Prätension erhob, in anderen Staaten die überlieferte Ordnung zu gewährleisten und den Schlußstein auf das Gebäude der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen zu setzen. Das Konkordat räumte in seinen 26 Artikeln so gut wie alles ein, wonach geistliche Herrschsucht und Habsucht jemals Gelüst trug. Keine noch so demokratische Verfassung hätte die Regierungsmacht mehr beschränken können, als dieser Vertrag es that, in welchem der Kaiser von Österreich dem Herrscher des römischen Universalstaates und seinen Beamten und Werkzeugen, den Bischöfen und Jesuiten, die letzte Entscheidung über das Wohl und Wehe seiner Unterthanen — mittelbar auch der protestantischen — in die Hände gab. „Aufrechthaltung der römisch-katholischen Religion mit allen Rechten und Prärogativen, deren sie sich nach Gottes Ordnung und den Bestimmungen der Kirchengesetze zu erfreuen hat, in alle Ewigkeit" bestimmt sein erster Artikel; das kaiserliche Placet, die Erlaubnis der Regierung zur Bekanntmachung päpstlicher und bischöflicher Dekrete fällt weg; der Verkehr der Bischöfe mit dem Oberhaupte der Kirche, der Verkehr des Klerus mit dem Volke in „geistlichen Dingen" ist frei und ohne staatliche Kontrolle. Die Bischöfe, sagt Art. 9, werden ihre Macht mit vollkommener Freiheit üben, um Bücher, die der Religion und Sittlichkeit verderblich sind, als verwerflich zu bezeichnen und die Gläubigen von der Lesung derselben fern zu halten, doch auch die Regierung wird durch jedes zweckentsprechende Mittel verhüten, daß derlei Bücher im Kaiserstaat verbreitet werden. Wie hier der gute Name und das Eigentum jedes Bürgers, so war auch die Schule ihnen ausgeliefert. Die Leitung der „religiösen Erziehung" — nicht etwa bloß des Religionsunterrichts — die Ernennung der Lehrer an geistlichen Seminarien ist ihnen anheimgegeben, und niemand darf ohne ihre Erlaubnis Vorlesungen über Theologie und Kirchenrecht halten. Kirchliche Strafen zu verhängen, wo kirchliche Gebote übertreten sind, steht den Bischöfen frei, und da-

wider ließ sich nichts einwenden, wo jemand sich dies gefallen ließ; dabei aber war bestimmt, daß die Staatsgewalt solche Entscheidungen respektiere, und sie verpflichtete sich, diese Entscheidungen durch jedes dem Zwecke entsprechende Mittel ausführen zu helfen. Mönchs- und Nonnenklöster können die Bischöfe „im Einvernehmen mit der Regierung" errichten. Der Verkehr der Orden mit ihren Oberen in Rom ist frei, und diese können mithin die Klöster visitieren, so oft sie Lust haben. Die Verwaltung der Kirchengüter, auch derer, welche den sogenannten Religions- und Studienfonds bildeten, ward unter Aufsicht der Bischöfe gestellt, ihr Verkauf oder ihre „beträchtliche Belastung" durch Steuern an die Zustimmung des Heiligen Vaters geknüpft; „aus besonderem Wohlwollen verlieh" der Papst dem Kaiser für die geistlichen Stellen, deren Patronat in dem Religions- und Studienfonds wurzelte, das Präsentationsrecht von solchen, welche die Bischöfe für vorzugsweise würdig erachten; „mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse" willigte der Heilige Stuhl ein, daß Kleriker vor weltliche Richter gestellt werden dürfen. Und alles dies, nebst dem vielen, was aus den vagen Bestimmungen und den dehnbaren Begriffen noch gemacht werden konnte, gab man sich die Miene als ein großes und dankenswertes Zugeständnis der Kurie darzustellen. „Der Kaiser", so sagte Pius IX. in der Allokution an die Kardinäle vom 3. November, „richtete an Uns das dringende Ersuchen, eine Vereinbarung mit ihm einzugehen."

Eine Diskussion dieses Vertrages in der österreichischen Presse unterblieb „mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse." Den bezahlten oder freiwilligen Verfechtern der damaligen österreichischen Politik in der deutschen Presse, an deren Spitze die „Augsburger Allgemeine Zeitung" stand, und welche es sonst meisterhaft verstanden, jede Maßregel der österreichischen Regierung, wie handgreiflich sie jedem Rechts- und Freiheitsgefühl hohnsprach, als im tiefsten Grunde freisinnig darzustellen, was nur für gewöhnliche Augen zu fein sei — wurde es diesmal doch schwer, auch diesen äußersten Schritt von Preisgeben der Staatszwecke, der in allen Jahrhunderten seinesgleichen nicht hatte, als den Anfang eines überaus freisinnigen Systemes darzustellen. Doch brachten sie es zu stande: auch mit den übrigen Religionsgesellschaften, sagten sie, würden, müßten, dürften demnächst ähnliche Konkordate geschlossen werden —; es ward ihnen aber um so schwerer, als die Kirchenfürsten, den Traditionen Roms getreu, keinen Augenblick zögerten, die Konsequenzen dieses Vertrages, welcher ihnen lauter Rechte gab und dem Staate nur die Pflicht, in ihrem Sinne vorzugehen, übrig ließ, in vollem Maße zu ziehen. Wie die Bischöfe in Italien sich das Konkordat zurecht legten, haben wir gesehen. Der Erzbischof von [illegible]

land erließ am 22. Dezember dieses gesegneten Jahres eine Aufforderung an die Buchhändler und Buchdrucker seines Sprengels, Drucksachen vor erfolgtem Druck seiner Censur vorzulegen; am 7. Januar 1856 folgte der Patriarch von Venedig diesem löblichen Beispiele, welches den Beweis lieferte, der freilich für jeden, der Geschichte und Geistlichkeit kennt, überflüssig war, daß jedes noch so weltliche Ding im Handumdrehen zu einer geistlichen Sache gemacht werden kann. Am 1. Januar 1857 trat, vom Kaiser sanktioniert, auf Grund des Konkordats ein neues Ehegesetz für ganz Österreich in Wirksamkeit, das, obgleich zunächst nur für die Katholiken bestimmt, doch, indem es die gemischten Ehen in seinen Bereich zog, auf alle drückte, das Lebensglück von Hunderttausenden der Herrschsucht und Laune der hochmütigen Kaste unterwarf und dieser, nämlich ihrer obersten Schicht, zugleich durch die zahlreichen Ehehindernisse mit der Möglichkeit gut bezahlter Dispensationen eine ergiebige Geldquelle eröffnete; ebenso auf Grund einer Einigung der Bischöfe ein Gesetz über das Studium der Theologie (29. März 1858); und selbst die Toten waren vor dieser unruhig um sich greifenden Macht nicht sicher. Gleich das erste Ergebnis der Konferenzen, welche die österreichischen Bischöfe zu Wien vom 6. April bis 17. Juni 1856 hielten, um die Maßregeln zur Durchführung des Konkordats zu beraten, war das Verbot, künftighin Protestanten und andere „Akatholiken" auf „katholischen Kirchhöfen" zu begraben. In dem „christlichen Staate" war man mithin bereits an dem „katholischen Kirchhofe" angelangt;*) man hatte nicht mehr weit von dem Zustande, wo im Namen des himmlischen Vaters, der seine Sonne aufgehen läßt über Gute und Böse, das Sonnenlicht und der Regen nach den Satzungen der Kirche gegönnt oder vorenthalten wurde. In Tirol, wo die Geistlichkeit das Volk aufwiegelte, wenn ein Protestant Miene machte, Grundbesitz zu erwerben, war dieser Zustand sogar bereits eingetreten.

Die Stellung der Kirche in Österreich aber war mit dem Konkordat völlig verändert, und sie konnte dem Reiche nicht mehr dasselbe leisten wie früher. In früheren Zeiten hatte man in der Aristokratie und in der katholischen Kirche zwei Elemente besessen, welche dem bunt zusammengesetzten Reiche einige innere Einheit verliehen. Das eine dieser Elemente, der hohe Adel, war nicht mehr ganz zuverlässig, da er fast überall, in Italien, Ungarn, Galizien, Böhmen, der nationalen Fahne

*) Der Westfälische Friede verordnet § 35 Artikel V.: „Die Unterthanen des katholischen und Augsburger Religionsbekenntnisses sollen an keinem Ort der Religion wegen verachtet werden, auch nicht aus der Gemeinschaft der Kaufleute, Handwerker und Zünfte ꝛc., vielweniger von öffentlichen Kirchhöfen und ehrlichem Begräbnis ausgeschlossen werden". S. Ghilany, Europ. Chronik I, 154.

zu folgen geneigt war und vielfach zur Reichseinheit eine teils offen feindselige, teils zweideutige Stellung einnahm; die Kirche aber konnte der Reichseinheit nicht mehr dienen, aus dem einfachen Grunde, weil sie sich des Dienens nunmehr in diesem Staate überhaupt zu entschlagen gedachte und nur ihre — nicht Österreichs Interessen mehr zu berücksichtigen brauchte.

Nur ein Einheitsmittel blieb dieser Regierung, welcher der Kaiser den Wahlspruch viribus unitis gab, während sie vielmehr allenthalben Keime der Auflösung pflanzte — ein Werkzeug, das sich besser als alle anderen, auch besser als die wiederhergestellte Beamtenmacht bewährt hatte, das Heer. Es hatte einen Augenblick gegeben, wo Österreich in der That, nach einem damals vielgebrauchten Dichterwort, nur noch im Lager Radetzkys gewesen war. In seinem Heere besaß der österreichische Staat noch ein wirksames Einheits- und Einigungsmittel, und mehr als einmal hat die Geschichte gezeigt, daß die Gleichheit der Interessen, der Sitte und Lebensweise, das Bewußtsein der Macht, die Gemeinsamkeit des Ruhms gewonnener Siege und ehrenvoll bestandener Gefahren in dem künstlichen Organismus eines Heeres ein Einheitsgefühl, eine Art künstlichen Nationalgefühls erzeugt, das sich nicht selten dauerhafter und opferfähiger erwiesen hat als das natürliche, auf gleicher Sprache und Abstammung beruhende. Aber dieses Heer zu einer großen Schule und Erziehungsstätte zu machen, — mittelst desselben im Volke selbst das Staatsgefühl großzuziehen, wie dies in Preußen gelungen war: dazu war die österreichische Staatslenkung immer zu plump und zu geistlos gewesen. An Thätigkeit, an Reformversuchen freilich ließ es die damalige Regierung nicht fehlen. Es wird nachgezählt, daß in der Zeit von 1850—1860 das Militärmedizinalwesen viermal, die Armeejustiz dreimal, Artillerie- und Geniewesen dreimal und die Administration wenigstens viermal „reorganisiert" worden seien; „der Schreibseligkeit in den militärischen Kanzleien", sagt ein kundiger Berichterstatter, „der Arbeitswut in den Armeewerkstätten, der Reglementierungssucht in den Kasernen, der unausgesetzten Bewegung auf den Paradefeldern, des Marschierens und Defilierens der Truppen, des Kommens und Gehens der Ordonnanzen, des Rennens und Jagens der Inspektionsoffiziere war kein Maß noch Ziel." Auch hier fiel für die Schönfärber im Reiche etwas ab, indem eine Verordnung erging, nach welcher die Offiziersstellen auch solchen zugänglich waren, welche ohne besondere Prüfung nur im Dienst und Krieg sich bewährt hätten. Dies war denn doch wieder [illegible] das berühmte Napoleonische, wo „jeder Gemeine den Mar[illegible] Tornister trug" — man verfehlte nicht, diesen neuen „f[illegible] wahrhaft demokratischen" Zug des neu[illegible]

hervorzuheben: mit einem verächtlichen Seitenblick auf den Standesgeist oder Kastengeist in der preußischen Armee, wo allerdings selbst damals, in der Blütezeit der Umgehung des Gesetzes, keine hohe Geburt, keine Konnexionen, keine allerhöchste Protektion im stande war, ein Offizierspatent zu erwirken, wo nicht die wissenschaftliche Befähigung durch eine wohlgeregelte und mit Gewissenhaftigkeit gehandhabte Prüfung nachgewiesen war. Welchen Triumphen die absolutistische Regierung mit diesem so oft reorganisierten Heere entgegenging, werden wir sehen; vorläufig zehrte sie von dem Nimbus, mit welchem die Siege Radetzkys dasselbe in den Augen der Welt umgeben hatten.

Noch mißlicher stand es mit der volkswirtschaftlichen und finanziellen Wiedergeburt. In ersterer Beziehung war allerdings ein großer und folgenschwerer Schritt geschehen, welcher fast die einzige unmittelbare Frucht der Revolutionszeit bildete: die Aufhebung des sogenannten Robot — die Befreiung von Grund und Boden von den Resten des Feudalismus. Diese heilsame, umfassende, zukunftsvolle Maßregel, der Übergang aus dem System der Bodenkultur unter Zwangsarbeit zu dem der freien Bewirtschaftung, war in den westlichen Provinzen 1853 und 1854 verwirklicht, für Ungarn mit Patent vom 2. Mai 1853, für Siebenbürgen vom 21. Juni 1854 angeordnet und bis 1858 überall durchgeführt. Allein jeder solche Übergang giebt erst eine Menge Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten zu überwinden, ehe das Neue seine heilbringenden Folgen entwickelt. Er setzt eine Reihe anderer Fortschritte als notwendige Ergänzung voraus, die noch nicht gemacht waren, und er hätte namentlich einen besseren Zustand der Finanzen, als der österreichische war, erfordert.

Seit beiläufig 100 Jahren hatte in Österreich jedes Jahr mit einem Deficit von vielen Millionen abgeschlossen, und daß die Jahre 1848 bis 1852 diese zuvor schon verzweifelte Finanzlage unendlich verschlimmern mußten, ist einleuchtend. Im Jahre 1852 betrug die Einnahme 226, die Ausgabe 280 Millionen Gulden. Man gefiel sich darin, unter andern schlechten Gründen, mit denen der Absolutismus empfohlen wurde, denselben auch als eine finanzielle Notwendigkeit für Österreich darzustellen, weil dadurch der „kostspielige Apparat“ für die Repräsentativverfassung, die Diäten- und Reisekosten für die Abgeordneten u. s. w. gespart würden: ein elender Grund, der vielleicht für Sigmaringen oder Liechtenstein zutraf, nicht aber für ein Reich von 38 Millionen und nicht für eine Regierung, welche mit dem hundertsten Teile dessen, was sie durch das Konkordat preisgab, alle Repräsentativkörperschaften Europas hätte bezahlen können. Das Mittel, mit welchem man dem wachsenden Deficit begegnete, war zunächst Einführung neuer Steuern und Ausdehnung der bereits be-

stehenden auf die nunmehr zu Provinzen herabgesetzten Kronländer, wie man z. B. das Tabaksmonopol jetzt auch in Ungarn einführte; weiterhin aber — und dies war das einzige Mittel, welches dauernde Abhilfe verhieß — die Erschließung der in der That unermeßlichen Hilfsquellen jener herrlichen Länder, die dieses Reich bilden, und deren Schätze größtenteils noch ungenutzt in der Erde schlummerten oder, wie das Holz der galizischen Forste, aus Mangel an Arbeitskräften und Transportmitteln im Walde faulten. Ansätze zum Bessern wurden gemacht. Die Eisenbahnen, 315 Meilen zu Anfang 1852, mehrten sich, der Seeverkehr stieg, und sowohl Bruck, als der später zum Handelsminister ernannte Ritter von Toggenburg hatten in dieser Beziehung einsichtige Grundsätze und Thatkraft. Aber freilich auch hier war vieles nur auf den Schein berechnet. Das solide Geschäft ward überwuchert vom Schwindel, an welchem sich zu beteiligen auch der hohe Adel keineswegs verschmähte; und wo die Politik schlecht ist, können die Finanzen nicht gut sein. Bereits im Jahre 1855 war die Regierung genötigt, 174 Meilen ihrer Staatseisenbahn auf 99 Jahre an eine französische Gesellschaft zu verpachten und derselben zugleich für 30 Millionen Domänen in Böhmen und im Banat zu verkaufen.

Daß das neue Österreich im Innern nicht billig regiert wurde, obgleich man die Diäten für Abgeordnete sparte, und obgleich in Italien und in Ungarn die Konfiskationen eine außerordentliche Einnahme lieferten, geht aus dem Mitgeteilten genugsam hervor: kostspieliger aber war die auswärtige Politik für eine Regierung, welcher Fürst Schwarzenberg, wenn nichts sonst, doch wenigstens seine hochmütigen Prätensionen hinterlassen hatte. Die Notwendigkeit, nach drei verschiedenen Seiten hin Front zu machen, zwang zu übermäßiger Anspannung der Kräfte, hinderte eine Verminderung des Heeres und erschöpfte den Staat, noch ehe die Stunde der Prüfung kam. Einen sehr hohen Flug schien diese auswärtige Politik nehmen zu wollen. Der großartig-abenteuerliche Plan, die Aufnahme Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund und damit die erste Stelle in Europa für den halbbankrotten Staat zu erlangen, der Gott danken durfte, aus den Stürmen des Jahres 1848 das nackte Leben gerettet zu haben, — dieser Gedanke war mit nichten aufgegeben. Allein dieses Ziel konnte weder ertrotzt noch erschlichen werden: wir haben gesehen, daß Österreich bei dem Versuche, mit Hilfe einiger der deutschen Mittelstaaten seine Aufnahme in den Zollverein zu erlangen, demselben Preußen gegenüber, das ihm in politischer Beziehung den Sieg so leicht gemacht hatte, den kürzeren zog. So konnte von jener stolzen Rolle vorerst keine Rede sein, und Österreich mußte sich mit der bescheideneren Aufgabe begnügen, welche ihm von Metternichs Zeiten her vertraut war, in

Gemeinschaft mit Rußland und Preußen die hohe Polizei in Europa zu verwalten. Wie es dieser Aufgabe in Kurhessen und Schleswig-Holstein, in Italien, auch der Türkei gegenüber nachkam, haben wir gesehen: seine Regierung konnte sich, wie die Metternichsche, auch eines Konfliktes mit der Schweiz rühmen, was in der konservativen Welt gewissermaßen zum guten Tone gehörte.

Man glaubte nämlich sich österreichischerseits über die mangelhafte Art beklagen zu müssen, mit welcher der an Italien grenzende Kanton Tessin den in die Schweiz übergetretenen und noch immer übertretenden Flüchtlingen gegenüber die Polizei handhabe. Der österreichische Gesandte in Bern überreichte ein langes Register von Beschwerden: der Bundesrat entsendete einen Kommissar nach Tessin und antwortete dann, gestützt auf dessen Bericht, im März 1853 in ziemlich lebhaftem Tone. Inzwischen hatte am 6. Februar in Mailand ein thörichter Aufstandsversuch stattgefunden, die dortige Hauptwache war überfallen worden; diesem Überfall folgte am 18. desselben Monats in Wien ein Attentat auf den Kaiser, das ein ungarischer Schmiedegesell, ehemaliger Honved, Libenyi, vollführte, und das beinahe gelungen wäre: ein Wiener Bürger, Ettenreich, fiel dem Mörder in den Arm, als dieser zum zweiten Stoße ausholen wollte. Zu erstaunen war dabei nichts; das Blut, das man gesät, ging auf; am 26. ward Libenyi gehenkt, die österreichische Regierung aber machte ihrem Grimm noch weiter Luft durch eine überaus brüske Maßregel — die Ausweisung der in der Lombardei sich aufhaltenden Schweizer, die in Scharen, Industrielle, Handelsleute, Arbeiter, nach der Grenze drangsaliert wurden. Eine Note vom April jenes Jahres stellte die horrende Forderung, daß, ehe an eine Zurücknahme dieser Maßregel zu denken sei, die Grenzkantone Tessin und Graubünden von Flüchtlingen gesäubert sein müßten, und daß solchen der Aufenthalt in diesen Kantonen nur ausnahmsweise und nach Zustimmung der kaiserlichen Regierung gestattet werden dürfe. Die Schweiz wies, wie billig, die insolente Einmischung ab, welche die Handhabung ihrer Polizeigesetze an die Einwilligung einer auswärtigen Macht gebunden hätte, und der kaiserliche Gesandte ward von Bern abgerufen. Aber es war ein Glück, daß die Schweiz zu gleicher Zeit mit beiden deutschen Großmächten — mit Preußen wegen Neuenburgs — in gespanntem Verhältnisse stand. An eine mögliche gemeinschaftliche kriegerische Aktion konnte nur Friedrich Wilhelm IV. glauben, der, seiner ehrlich bundesfreundlichen Gesinnung gegen Österreich bewußt, Dank, wirklichen Dank vom Hause Habsburg erwartete. Im März 1855 wurde der regelmäßige diplomatische Verkehr wiederhergestellt.

Seine deutsche Stellung zu behaupten, wurde Österreich, solange

Friedrich Wilhelm lebte, nicht schwer. Die in Preußen regierende Partei hatte keine deutsche Politik; sie nannte dies „Einvernehmen mit Österreich“ und konnte es allerdings sehr zutreffend mit diesem Ausdrucke bezeichnen. Indes war doch die Empfindung, daß der preußische Staat in Deutschland auch positive Aufgaben zu erfüllen habe, in dem König selbst und in der Regierung nicht völlig erstickt. In der schleswig-holsteinischen und kurhessischen Angelegenheit geschahen schüchterne Schritte in der rechten Richtung: und gegen Ende seiner Regierung scheint der König ernstlich an die Möglichkeit gedacht zu haben, der steten Nachgiebigkeit ein Ende zu machen. Der preußische Gesandte am Bundestag war seit 1851 Herr von Bismarck-Schönhausen, bis dahin nur bekannt als ein talentvoller, energischer Führer der Ultras in dem vereinigten Landtage, in der Zweiten preußischen Kammer und in dem Erfurter Parlament; er machte dort in Frankfurt ganz in der Stille eigentümliche Studien, deren Früchte einst die Welt überraschen sollten. Die österreichische Regierung und ihre nicht allzu feinen Vertreter, Graf Thun, Herr von Prokesch-Osten, Graf Rechberg, merkten davon nichts; aber ihr tiefes Mißtrauen gegen Preußen konnte sie nicht los werden, und sie teilte dasselbe mit den Mittel- und dem größten Teile der Kleinstaaten, deren ganzes Politisieren — neben der Furcht vor Österreich selbst — von dieser geheimen Angst beherrscht war. Gestützt auf diese konnte sie ohne viele Mühe, nachdem der berühmte Plan des Siebzig-Millionenreiches nicht gelungen, wenigstens den augenblicklichen Stand der Dinge aufrechthalten und sich begnügen, in nationalen Fragen, wie die schleswig-holsteinische war, den Schein zu wahren. Von irgend einer positiven Thätigkeit in deutschen Dingen war nicht die Rede. Die Resolution, zu der sich dann und wann eine mittel- und kleinstaatliche deutsche Kammer aufschwang, daß dem Bundestage eine Vertretung des deutschen Volkes zur Seite gestellt werden sollte, möchte oder dürfte, konnte die kaiserliche Regierung mit Ruhe hinnehmen; sie überließ es den Einzelregierungen, die alle gut österreichisch oder, wie man damals sagte, großdeutsch gesinnt waren, solche frommen Worte und Wünsche mit anderen Wünschen und Worten zu bezahlen. Von der in der Stille und in den Tiefen der Nation wachsenden Einheitsströmung befürchteten Männer vom Schlage der damaligen österreichischen Minister nichts. Solange das gute Einvernehmen mit Rußland dauerte, war nichts zu besorgen.

Allein Österreich hatte eine zweite Weltstellung, die an der untern Donau, zu hüten, und hier trafen die Linien, auf welchen Rußlands und auf welchen Österreichs auswärtige Politik sich bewe- feindlich aufeinander. Die Parteigänger Österreichs freuten sich die „Mediatisierung“ Ungarns, welche eben in einer Rei-

gesetzen vollendet zu werden schien. „Es giebt kein Ungarn mehr" war ihr stiller oder lauter Triumph; die besonders Klugen lachten wohl gar ins Fäustchen darüber, daß Rußland selbst, ganz gegen sein Interesse, Österreich zu dieser Mediatisierung Ungarns behilflich gewesen sei. Auch schien Ungarn selbst über diese Mediatisierung, den Anfang seiner „Germanisierung" — denn auch die Altersschwäche, nicht bloß die Jugend ist zuweilen „schnell fertig mit dem Wort" —, ganz zufrieden; wenigstens mußte man so glauben, wenn man die überschwenglichen Berichte las, welche über die erste Reise des Kaisers in der neuen Provinz im Jahre 1852 in den ergebenen Blättern erschienen. In der That wurde diese Reise gut vorbereitet und gut in Scene gesetzt. Die kaiserlichen Beamten innerhalb der ungarischen Landesgrenzen erhielten eine Uniform, welche der magyarischen Nationaltracht ähnlich war, und zu Begnadigungen war reichlich Gelegenheit vorhanden; man streute Versprechungen aus, die zu nichts verpflichteten, und da der nationale Adel den Schaustücken und Ovationen fern blieb, während die Menge zulief, wie sie überall thut, wo es etwas zu sehen giebt: so wußte man auch diesen Wind in die Segel zu fangen, indem man darauf hinwies, wie beliebt das neue Regiment bei dem ungarischen Volke sei, wenn auch freilich nicht bei dem Adel, der dazu seine Gründe haben möge. Anders gestaltete sich die Sache, als der Kaiser seine Reise auch auf die kroatischen Landesteile ausdehnte, deren Bevölkerung im Jahre 1848 aus Haß gegen den magyarischen Übermut so gut österreichisch gesinnt gewesen war, und die dafür keinen andern Lohn empfangen hatte, als daß auch sie jetzt von der Wiener Bureaukratie zusammenregiert wurde: der Kaiser fand sich bewogen, seine Reise abzukürzen, weil man hier eines loyalen Empfanges nicht versichert war.

Die erste große Wendung in der gesamten Stellung Österreichs brachte der Orientkrieg. Noch im September 1853 auf den Manövern zu Olmütz war die russisch-österreichische Freundschaft groß gewesen: ehe das Jahr zu Ende ging, hatte Österreich seine Wege von den russischen getrennt. Fürst Schwarzenberg erlebte die Krisis, die er hatte kommen sehen, nicht mehr; wenn er wirklich das Wort gesprochen hat, daß die Welt über Österreichs Undank erstaunen werde, so muß man annehmen, daß er eine konsequent antirussische Politik im Sinne trug: seine Nachfolger aber gaben der Welt Ursache, noch über andere Dinge als bloß den Undank Österreichs zu staunen. Sie sah, wie Österreich die russischen Truppen aus den Donaufürstentümern hinausmanövrierte und die seinigen dorthin schickte, wie es am 20. April 1854 ein wesentlich gegen Rußland gerichtetes Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen schloß, dem am 14. Juni ein Vertrag mit der

Türkei, am 2. Dezember ein förmliches Bündnis mit den Westmächten folgte, in dessen fünftem Artikel die Kriegserklärung gegen Rußland in Aussicht genommen war. Man erwartete, daß diese energische Parteinahme ernst genug gemeint sei und weit genug fortgesetzt werde, um Rußland zu einem raschen Frieden zu nötigen: eine Wohlthat für die Welt, für Österreich, für Rußland selbst, wenn es geschah. Aber es erfolgte nichts weiter. Auf jener Höhe angelangt stand die kriegerische Aktion still. Österreich ließ die Westmächte ihren schweren Kampf um Sebastopol allein ausfechten; es sah müßig zu, wie das kleine Sardinien, indem es in der gefährlichsten Stunde dieses Kampfes den Westmächten sich anschloß, sich den Dank verdiente, den die österreichische Politik für sich verscherzte. Österreich ziehe nur seine eigenen Interessen zu Rate, versicherten amtliche Blätter; es war eine leere Redensart für eine Politik, aus welcher niemand klug wurde, am wenigsten wahrscheinlich die pfiffigen Leute, die sie machten. Es war nur ein scheinbarer Erfolg, daß Österreich, als die Hauptsache entschieden war und die Stimmung zum Frieden sich wandte, wieder hervortrat und den Frieden herbeizuführen sich beflissen zeigte: der Friede ward eingeleitet zu Wien, abgeschlossen wurde er zu Paris, wohin jetzt der Schwerpunkt der europäischen Angelegenheiten zu liegen kam.

Vielleicht redete sich mancher ein, daß es ein Triumph der Staatskunst sei, einen wichtigen Zweck, die Beschränkung der russischen Macht, erreicht zu haben ohne eigene Opfer an Gut und Blut; aber diese Selbsttäuschung hielt nicht lange vor. Die Opfer fehlten keineswegs. Es war noch das Wenigste, daß diese Politik, indem sie einer raschen Entscheidung auswich, dem Lande mindestens ebenso schwere finanzielle Lasten und Opfer auferlegte, als ein — vermutlich kurz dauernder — Krieg gethan haben würde: einer ersten Anleihe von 50 Millionen im März 1854 folgte rasch eine zweite, die „freiwillige Nationalanleihe" von 500 Millionen, von welcher bald ein guter Teil auf dem Exekutionswege beigetrieben werden mußte, und die verschwand, wie in einen Abgrund geschüttet, ohne daß man recht inne ward, wozu die ungeheure Summe gedient hatte. Wichtiger war, daß Österreich nach dem Kriege völlig vereinzelt stand. Für die Politik Preußens ließ sich immerhin etwas sagen: es war die Politik eines großen Mittelstaates, der nichts will, als in so gefährlichen Zeitläuften ohne Gewinn und ohne Verlust sich aus einem Handel ziehen, der ihn nicht unmittelbar berührt: er wolle zu Gott hoffen, hatte Friedrich Wilhelm bei Eröffnung der Kammern am 29. November 1855 gesagt, daß es ihm gelingen werde, Ehre und Machtstellung Preußens zu wahren, ohne dem Lande die schweren Opfer eines Krieges aufzuerlegen. Dies war gelungen; das Quantum Ehre und Machtstellung, das Preußen im Jahre

1853 besaß, besaß es unversehrt auch im Jahre 1856, und ein wohlangelegtes Kapital war es sogar, daß man mit Rußland sich nicht eigentlich verfeindet hatte. Anders aber war es mit Österreich. Dieses hatte sich vor allem den tödlichen Haß Rußlands zugezogen; die alte Allianz Rußland-Österreich-Preußen war zersprengt, auf welcher die ganze Ordnung der Dinge seit 1815 so wesentlich beruhte; selbst in Deutschland war seine Stellung als konservative Vormacht erschüttert, wenngleich der Haß gegen Preußen ihm hier bald wieder die Bundesgenossen zuführte, welche sein Vorgehen gegen Rußland ihm entfremdet hatte; England wandte sich völlig ab von einem Staate, der sich so zweideutig gezeigt, und der jetzt eben durch den Abschluß des Konkordates jede Möglichkeit der Sympathie seitens eines freien und seiner ungeheuren Mehrheit nach protestantischen Volkes abschnitt, und Frankreichs Kaiser hatte zu besonderer Freundschaft gegen Österreich keinen Grund und hegte bereits Pläne, die sich nur auf dessen Kosten verwirklichen ließen.

Für alle diese Verluste tauschten sich die damaligen Staatslenker nur *einen* Verbündeten ein, die Jesuiten: und, so unglaublich es klingt, man war in diesen Kreisen der ernstlichen Meinung, durch das Konkordat dem österreichischen Staate eine große, ja die erste Stelle in der Welt zu schaffen, indem man ihn an die Spitze aller konservativen und gegenrevolutionären Kräfte in Europa bringe. „Im Konkordat", hieß es in Wiener Blättern aus damaliger Zeit, „sprach der Kaiser: und wenn der Kaiser spricht, werden früher oder später die Markgrafen wohl- oder übelwollend folgen." Einige dieser Markgrafen, Hessen, Württemberg, selbst Baden, unterhandelten in der That mit Rom und lenkten in die Bahnen ein, welche „der Kaiser vorgezeichnet"; in Österreich selbst war man geschäftig, die große Ernte einzubringen; Gewaltthat auf Gewaltthat folgte, Zugeständnis auf Zugeständnis ward der triumphierenden Kirche gemacht: als plötzlich am 1. Januar 1859, wie erwähnt, der Kaiser Napoleon die Maske abnahm und in jener Anrede an den Baron Hübner fast ohne Umschweif Zeit und Ort für das große Duell angab, in welchem zunächst um die *italienische Stellung* Österreichs gekämpft werden, bei dem sich aber im Laufe der Ereignisse zeigen sollte, ob es nur die Kaiser und die Markgrafen sind, welche die Geschicke der Völker entscheiden.

Ein neuer Akt in der gewaltigen Tragödie, welche mit dem Jahre 1815 angefangen hatte und mit dem Jahre 1871 ihren vorläufigen Abschluß finden sollte, begann: das Jahrzehnt der großen Entscheidungskämpfe, diesseit und jenseit des Oceans, zog herauf.

Dritter Abschnitt.

Vom Beginne des Italienischen Krieges
bis zum Tode Friedrichs VII. von Dänemark.
1859—1863.

I. Der Italienische Krieg.

a. Bis zum österreichischen Ultimatum.

Die Worte des Kaisers Napoleon erregten über den ganzen Weltteil hin die größte Aufregung. Ganz anders als in früheren Zeiten waren jetzt die Interessen der Völker miteinander verbunden, und dieser Zusammenhang war für die Mehrzahl der Menschen, welche noch ein Jahrhundert früher die Kriegs- und Friedensfragen gleichgültig oder mit Resignation den Mächtigen überlassen hatten, klar geworden und wurde in öffentlicher Diskussion, in den zahllosen Tages- und Wochenblättern der verschiedenen Kulturvölker lebhaft erörtert. Diejenigen Interessen, welche in dem erwerbseifrigen Jahrhundert im Vordergrunde standen, verlangten nach Frieden; es gab sanguinische Leute, welche ernstlich der Meinung waren, daß die hohe Entwickelung von Handel und Industrie demnächst jeden Krieg zu einer Unmöglichkeit machen werde. Nach den Worten des französischen Kaisers stand nun ein solcher unmittelbar bevor: ein Krieg zwischen Österreich und Frankreich, bei dem es sich um Italien handelte. Aber nicht um Italien allein: es stand, so argumentierte, einmal in Schwung gesetzt, die erregte Phantasie sofort weiter, eine romanische Großmacht gegen eine germanische; man erinnerte sich, wie seit dem Pariser Frieden Frankreich und Rußland im Osten Hand in Hand gegangen seien; wie eben jetzt in den Donaufürstentümern dieses Zusammengehen der beiden Mächte in der Vereinigung beider Fürstentümer zu einem Staat sich zeigte, und die Weitsichtigsten sahen bereits die verbündete romanische und slawische

Welt im Kampfe gegen die germanische*) und malten sich die Schrecken eines über ganz Europa sich verbreitenden Rassenkampfes auf allen möglichen und unmöglichen Kampfplätzen aus. Ernstlicher war die Frage, die man sich in Deutschland vorlegte, ob denn ein Kampf in Italien dem Kaiser Napoleon einen so erheblichen Gewinn verspreche — ob dieser Kampf nicht vielmehr die Einleitung zu einem Angriff auf Deutschland bilde? Lebhaft wurden diese Fragen namentlich in Südwestdeutschland erörtert, wo man, der kläglichen politischen Verfassung Deutschlands bewußt, der Ära des ersten Napoleon eingedenk, sich vor allem bedroht glaubte.

Indes war es noch nicht so weit; vielleicht war der Friede noch zu retten. Zunächst machte England, von Preußen unterstützt, einen Versuch der Vermittelung. Im Februar 1859 begab sich Lord Cowley nach Wien: er schlug im Auftrage des Toryministeriums, welches damals am Ruder war, als Basis einer Verständigung vor, daß sowohl Österreicher als Franzosen den Kirchenstaat räumen sollten, daß Österreich auf seine Schutzverträge mit den kleinen italienischen Fürsten, welche diese zu seinen Vasallen machten, verzichte, daß im übrigen der Territorialbestand, wie ihn die Verträge von 1815 festsetzten, erhalten bleibe: auf dieser Grundlage könne man durch weitere Besprechung und Unterhandlung zu einem befriedigenderen Stande der Dinge gelangen. Napoleon seinerseits gab sich die Miene, als sei er einer friedlichen Verständigung geneigt, um Zeit zu seinen Rüstungen zu gewinnen, und er ward darin sehr wirksam von Rußland unterstützt, welches einen Kongreß der fünf Großmächte zum Behuf der Regelung der italienischen Frage vorschlug. Österreich erklärte sich zu einer Beschickung desselben bereit, verlangte aber als Bürgschaft, daß es nicht überlistet werde, die Entwaffnung — mit welcher Sardinien den Anfang machen sollte. Über diese Entwaffnungsfrage wurde nun eifrig unterhandelt. Noch einmal schienen sich die Dinge zu einer friedlichen Lösung zu neigen. Am 20. April erhielt Cavour ein Telegramm vom Kaiser Napoleon, welches ihm die Annahme der Vorbedingungen zu einem Kongresse, die Einstellung der Rüstungen und vor allem die Auflösung der aus den zahlreich zuströmenden italienischen Patrioten gebildeten Freicorps auferlegte, da Frankreich im Prinzip die Entwaffnung angenommen habe.

Diese Nachricht war für Cavour niederschmetternd. Die Arbeit eines Jahrzehnts schien gescheitert und Sardinien eine lächerliche Rolle bereitet. Am 10. Januar 1859 hatte Viktor Emanuel die piemontesischen Kammern mit dem berühmten Worte eröffnet: „Piemont ist nicht un-

*) Rüstow, Der Italienische Krieg 1859, Einleitung.

empfindlich für den Schmerzensschrei, welcher sich von vielen Teilen Italiens gegen uns erhebt.“ In einem geheimen Vertrage hatte der König Savoyen, die Wiege seines Hauses, an Frankreich gegeben, am 31. Januar wurde seine Tochter, Prinzessin Klothilde, dem Vetter des Kaisers von Frankreich vermählt; die Stimmung in ganz Italien war aufs höchste erregt und bereitete sich für eine nahe große Entscheidung; kühn und offen erklärte Cavour wieder und wieder, daß eine Versöhnung mit Österreich nicht möglich sei. Im österreichischen Italien waren die Versöhnungsgedanken von 1857 völlig verschwunden. Die Hochschulen von Padua und Pavia wurden geschlossen (Februar); selbst in den Gymnasien war die Jugend so aufgeregt, daß mit Patrouillen gegen sie eingeschritten werden mußte. Entsprechend war es in ganz Italien. In Piemont versöhnten sich angesichts der nahenden Gefahr alte Gegner: Massimo d'Azeglio stellte sich, wie einst Aristides dem Themistokles vor dem Kampfe bei Salamis, seinem Gegner Cavour zur Verfügung: und selbst von den Mazzinisten erkannten die Vernünftigeren, daß man die organisierte Staatsmacht Piemonts jetzt unterstützen müsse, anstatt ihr durch Verschwörungen und verfrühtes Losschlagen Verlegenheiten zu bereiten. Im Hause der Abgeordneten zu Turin nahmen 116 gegen 35, im Senat 59 gegen 7 Stimmen das Gesetz an (17. Februar), welches der Regierung eine Anleihe von 50 Millionen zur Verfügung stellte. Aber diese Lage war zu gespannt, um nicht bald unerträglich zu werden. Wenn die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben, den Beratungen eines Kongresses anheimgegeben wurde, so waren revolutionäre Ausbrüche, welche die gute Sache kompromittierten, nicht zu vermeiden: die Kräfte des schwachen piemontesischen Staates verzehrten sich nutzlos: und wenn dann schließlich bei dem Kongresse doch nichts herauskam, als der alte Besitzstand mit dem thatsächlichen Übergewichte Österreichs und jenen Reformversprechungen, von denen England alles Heil zu erwarten schien, so mußte an die Stelle entschlossener Begeisterung eine hoffnungslose Niedergeschlagenheit treten, welche die Lage Italiens unerträglicher machte als je zuvor.

Es war der Gegner selbst, welcher den italienischen Staatsmann und sein Volk aus dieser Verlegenheit rettete; schon war der Offizier unterwegs, welcher dem Turiner Kabinette das Ultimatum der österreichischen Regierung überbringen sollte.

Jene Appellation vom wohlberatenen an den übelberatenen Fürsten, vom Verstand an die Leidenschaft, welche in absolutistischen Staaten so leicht geschieht, hatte stattgefunden: es wird erzählt, daß der österreichische Kaiser persönlich, seinen Herrscherwillen gegen erfahrenen Rat einsetzend, den verhängnisvollen Schritt befohlen habe, der das Spiel,

welches im Augenblicke sehr zu Gunsten Österreichs lag, mit einem Schlage verdarb, Österreich, das sich seither als den angegriffenen Teil betrachten und darstellen konnte, zum Angreifer machte und dem Kaiser Napoleon, der bei der Stimmung seines Volkes, der klerikalen Partei und seiner von dieser beherrschten Gemahlin zauderte und schwankte, keine Wahl mehr ließ. Am 23. April langte Freiherr von Kellersberg in Turin an. Er brachte ein Ultimatum des Grafen Buol, das, vom 19. datiert, die Frage auf ja und nein stellte, ob die königliche Regierung zustimme, sofort ihr Heer auf den Friedensfuß zu setzen und die Freiwilligen zu entlassen. Der Offizier erklärte, drei Tage auf die Antwort warten zu wollen.

Auf die erste Nachricht von dieser günstigen Wendung, die ihm über Neapel zukam, und noch ehe sie Wirklichkeit geworden, berief Cavour sofort die Kammern, welche die Osterferien angetreten hatten. Am 23. trat er vor sie, gab einen Überblick über die Verhandlungen, die seither gepflogen worden, über die Lage, wie sie sich jetzt gestaltet, und verlangte für den König die Diktatur auf die Dauer des Krieges: alle gesetzgeberischen und alle Vollziehungsgewalten sollen sich in ihm vereinigen, und er kann, unter Verantwortlichkeit der Minister, durch königliches Dekret alle „zur Verteidigung des Vaterlandes und unserer Institutionen“ nötigen Akte machen. Man hatte seit 1848 etwas gelernt: von tumultuarischen Versammlungen, von Zügellosigkeiten der Presse hatte man diesmal nichts zu besorgen. Auch von Paris kam nun erwünschte Kunde. Der Kaiser zauderte nicht länger, der Krieg war da: am 25. April 1859 schon überschritten die ersten Franzosen die piemontesische Grenze, und am 26. erklärte der französische Gesandte in Wien, daß sein Kaiser die Überschreitung des Tessin durch österreichische Truppen als einen Kriegsfall ansehen werde. Am gleichen Tage reiste auch Baron Kellersberg von Turin wieder ab, nachdem Cavour ihn mit höflichen Worten hatte wissen lassen, daß er ihm nichts mitzuteilen habe.

b. Montebello, Magenta, Solferino.

Was Österreich zu diesem raschen Vorgehen bewog, nachdem es seither sich nicht mit Unrecht gerühmt hatte, daß es allen Herausforderungen Piemonts die äußerste Langmut entgegengesetzt habe, ist schwer zu sagen. Auf Bundesgenossen konnte es wenigstens zunächst nicht zählen. Allerdings war die Stimmung in ganz Südwestdeutschland eine kriegerisch aufgeregte; vorab in Bayern, wo im Anfang des Jahres eine dynastische Heiratsverbindung — des Kronprinzen von Neapel mit einer bayrischen Prinzessin — in antipiemontesischem Sinne geschlossen worden war, und in Württemberg, wo die „Augsburger

Allgemeine Zeitung“ als das Orakel der leitenden Volksklassen einen großen Einfluß ausübte. Das Blatt, welches mit großer Geschicklichkeit seine gut österreichische Gesinnung als deutsche zu Markte brachte, hatte die Losung ausgegeben, daß es jetzt gelte, „den Rhein am Po zu verteidigen“, und kopfüber stürzte sich die hitzige Bevölkerung, nach Thaten verlangend, in die gutgestellte Falle und ergriff blindlings Partei für eine Kriegspolitik, deren eigentlicher Sinn vielmehr der war, den Rhein zu gefährden, um den Österreichern den Po zu retten. Übrigens waren die Bevölkerungen im allgemeinen kriegslustiger als ihre Regierungen: der welterfahrene König von Württemberg antwortete sehr kühl auf die tumultuarischen Bezeigungen des Patriotismus, mit denen man ihn bei seiner Rückkehr von Nizza, wo er den Winter zugebracht, bedrängte. Indes beschloß doch am 24. April die deutsche Bundesversammlung, daß das Bundesheer auf den Kriegsfuß zu setzen sei; man konnte dies nicht tadeln, da die Lage in jedem Falle ernst genug war. Maßgebend jedoch war zum Glücke, was von seiten Preußens geschah, und dessen Politik ruhte diesmal in sicheren Händen. Am 17. April war am preußischen Hofe der Erzherzog Albrecht eingetroffen, der aber ohne die bedingungslose Bundesgenossenschaft Preußens, die man österreichischerseits erwarten zu dürfen meinte, wieder zurückkehrte.

Der Krieg blieb zunächst „lokalisiert“, wie man dies nannte, und um ihn zu generalisieren, wie im österreichischen Interesse gelegen hätte, war das Mittel, das Franz Joseph gewählt hatte, wenig geeignet. Das große Duell begann: die Herrscher wandten sich in Proklamationen an die öffentliche Meinung Europas, an die Opferwilligkeit und Einsicht ihrer Völker. In einem Manifest an seine Völker, aus Laxenburg vom 28. April, berief sich Kaiser Franz Joseph auf die zehnjährige Langmut, die Österreich den Herausforderungen des schwächern Nachbars entgegengesetzt habe; gern hätte er seinen Völkern die Opfer des Krieges erspart; aber das Herz des Monarchen müsse schweigen, wenn Ehre und Pflicht gebieten. Der Feind habe sich mit der Umsturzpartei verbündet, er stütze sich dabei auf den Souverän von Frankreich, der sich unter unbegründeten Vorwänden in die Angelegenheiten Italiens mische; gegen die Lehren des Umsturzes, die jetzt sogar von den Thronen herab verkündigt worden, für sein gutes Recht, welches in diesem Falle die heiligsten Güter der Menschheit mit umfasse, ziehe er sein gutes Schwert. Er sprach die Hoffnung aus, daß auch die deutschen Länder sein Heer nicht allein lassen würden, und erinnerte, schwerlich vollständig unterrichtet von der traurigen Rolle, welche Österreichs Regierung damals gespielt, an die „Befreiungskriege von 1813, in welchen anz Europa der Einmütigkeit unserer Begeisterung die Befreiung ver-

dankte.“ Viktor Emanuel wandte sich an sein eigenes, das piemontesische Volk, mit dem er ein gemeinsames Erbe von Ehre und Ruhm zu wahren habe, und zugleich an die Völker Italiens: „Indem ich zur Verteidigung meines Thrones und der Freiheit meiner Völker die Waffen ergreife, kämpfe ich zugleich für das Recht der ganzen Nation.“ Der Kaiser Napoleon, dessen erste Truppen am 29. April in Turin und Genua, aber in geringer Zahl, eintrafen, verkündigte in seiner Proklamation vom 3. Mai: „Frankreich zieht das Schwert, nicht um zu erobern und zu herrschen, sondern um zu befreien, und um Italien sich selbst zu geben“; „es ist durch Österreichs Schuld dahin gekommen, daß Österreich entweder bis an die Alpen herrschen oder Italien bis zur Adria frei werden muß.“

Die Kräfte waren nicht ungleich gewogen. Das piemontesische Heer, unter dem Befehle seines Königs, zählte 65 000 Mann und 120 Geschütze; die Franzosen, welche über den Mont Cenis, den Paß des Mont Genèvre, über Nizza und zur See herankamen, und deren Führung der Kaiser selbst übernahm, 150 000 Mann mit 162 Geschützen, unter denen 37 gezogene. Aber die Österreicher, zunächst nur 100 000 Mann stark, hatten einen Vorsprung von 14 Tagen. Am 29. April hatten sie ober- und unterhalb Pavia den Tessin überschritten; man glaubte sie zu rascher That gerüstet.

Allein diese raschen Thaten blieben aus. Alle Welt hatte erwartet, daß der Generalstabschef und rechte Arm Radetzkys, Feldzeugmeister Heß, der wie einer den Krieg auf diesem Boden kannte, den Oberbefehl erhalten würde: statt dessen hatte der Mann, welcher diesmal die unverbesserliche Thorheit österreichischer Kriegsleitung vertrat, der Günstling des Kaisers, Graf Grünne, einen überaus mittelmäßigen Feldherrn, der bis dahin vor dem Feind nur eine höchst untergeordnete Rolle gespielt hatte, der aber anders als die Generale der Schule Radetzkys sich durch seine Fügsamkeit empfahl, Franz Gyulay (geb. 1798), an die Spitze gestellt: es half nichts, daß er selbst sich der Aufgabe, ein großes Heer zu führen, nicht gewachsen bekannte.

Gyulay ließ dem Feinde Zeit, seinen Aufmarsch ohne alle Störung zu vollenden. Statt auf dem rechten, südlichen Pouser vorzugehen und womöglich die sardinische Macht zu zerschmettern, ehe die Franzosen kamen, und dann deren Abteilungen, wie sie herankamen, oder vielmehr wie man sie aufsuchte, einzeln zu schlagen, operierte er auf dem nördlichen, wo kein Feind zu finden war. Denn die vorgeschobenen sardinischen Abteilungen wichen überall auf die Hauptstellung, die starke Festung Alessandria, südlich vom Po, zurück. So brachte er es glücklich fertig, fast drei Wochen mit unsicherm Umhertasten zu ver-

lieren, wofür die eingetretenen Regengüsse, welche den Übergang auf das rechte Ufer nicht gestatteten und anderes zur Entschuldigung dienen mußten. Mittlerweile hatte der Großherzog von Toscana bei der Stimmung der Bevölkerung, welche mit Ungestüm den Anschluß an die italienische Sache verlangte, sein Land verlassen (27. April); ebenso am 1. Mai die Herzogin von Parma; am 5. stellten hier die Österreicher die alte Ordnung wieder her — es mußte sich zeigen, auf wie lange.

Die Neugier der Zeitungsleser blieb lange auf die Folter gespannt. Ruhig wie im Frieden wartete der österreichische Heerverderber in der Lomellina, der fruchtbaren Provinz zwischen Tessin, Po und Sesia, bis die Franzosen sich mit den Piemontesen vereinigt hatten. Am 12. Mai traf Napoleon in Genua ein. In seinem Tagesbefehl rief er seinen Soldaten ins Gedächtnis, was ihre Väter auf diesem Boden Großes gethan; er bezeichnete ihnen den Weg über Mondovi, Marengo, Lodi, Castiglione, Arcole, Rivoli als eine Via sacra voll glorreicher Erinnerungen: „Entfaltet die strenge Mannszucht, welche der Ruhm der Armee ist; für euch, das vergesset nicht, giebt es hier keine anderen Feinde, als die ihr auf dem Schlachtfelde trefft: lasset euch nicht durch zu große Hitze hinreißen, das ist das einzige, was ich fürchte.“ Den neuen gezogenen Waffen gegenüber wies er sie an das Bajonett, das wie sonst die furchtbare Waffe der französischen Infanterie sein werde: „Schon hört man von einem Ende Frankreichs zum andern den Ruf von guter Vorbedeutung wiederhallen: die neue Armee von Italien wird ihrer älteren Schwester würdig sein.“ Am 14. legte er sein Hauptquartier nach Alessandria, in die Nähe der Piemontesen, welche den linken Flügel der verbündeten Streitmacht bilden sollten. An der Spitze der fünf französischen Armeecorps standen die Marschälle Baraguay d'Hilliers und Canrobert, die Generale Mac Mahon, Niel, Regnault de St.-Jean d'Angely und der Prinz Napoleon. Dieser letztere bekam den Auftrag, in Toscana eine Reserve zu organisieren, die bestimmt war, später vom Süden her in die Operationen einzugreifen; ob ihm selbst in Florenz ein Thron bereit stand, mußte der weitere Gang der Ereignisse entscheiden. Ein Posten für sich war das französische Occupationscorps in Rom. Der Kirchenstaat ward als neutral angesehen; er war der schwierigste Stein in Napoleons Spiel; einstweilen legten sich hier wie überall die italienischen Patrioten die Pflicht der Entsagung auf, nicht durch vorzeitige Aufstände und Volkserhebungen der regelmäßigen Kriegführung Schwierigkeiten zu erwecken. Das volkstümliche Element, soweit es einer besondern Vertretung bedurfte, war in Garibaldi vertreten, der aber seine Freiwilligen fern von den königlichen Hauptquartieren organisierte. Nur Mazzini blieb

unversöhnt. Er warnte vor Napoleon und dem Hause Savoyen: es war der beste Dienst, den er diesmal der italienischen Sache erweisen konnte, denn er widerlegte dadurch, soweit sie überhaupt widerlegbar war, die Anklage, daß die piemontesische Regierung im Bunde mit der „Umsturzpartei" stehe.

Zum ersten ernstlichen Zusammenstoße kam es am 19. Mai. Gyulay wußte mit seinem Heere nichts anzufangen; er fürchtete, daß die Verbündeten ihn auf seiner Linken umgehen und in seinem Rücken die Lombardei aufwiegeln möchten, und griff deshalb zu dem bei den österreichischen Generalen seit je beliebten Mittel einer „forcierten Rekognoszierung". Er wollte sich Gewißheit verschaffen, ob auf dem rechten Pouser, vorwärts Alessandria, eine starke feindliche Macht vereinigt sei. Demnach schickte er, anstatt einiger Spione, 30 000 Mann unter Graf Philipp Stadion auf das rechte Pouser, welche die Vortruppen des Feindes angreifen und diesen dadurch zur Entfaltung seiner Streitkräfte zwingen sollten. So kam es am Nachmittage des 19. bei Montebello, einem Städtchen auf der Straße Tortona-Stradella-Piacenza, in den nördlichen Vorhöhen des Apennin, zu einem Gefechte. Die Franzosen schickten mehr und mehr Truppen in den Kampf, den General Forey leitete. Die österreichischen Truppen zeigten sich den französischen vollkommen gewachsen, aber die Führung war ungeschickt: der österreichische General hielt sich pedantisch an seinen Rekognoszierungszweck, zog sich am Abend, ohne eigentlich besiegt zu sein, mit einem Verluste von etwa 1000 Mann gegen 700 zurück und ließ so dem Gegner die Genugthuung, in diesem Kampfe, auf welchen die Augen der Welt gerichtet waren, sich des Sieges im ersten Treffen zu rühmen. Vergebens demonstrierten die der österreichischen Sache ergebenen Blätter mit allem Aufwande kriegswissenschaftlicher Gelehrsamkeit der Welt vor, was eine forcierte Rekognoszierung sei, und daß Stadion seinen Zweck vollkommen erreicht habe, indem er die Franzosen zur Entfaltung ihrer Streitmacht gezwungen: der erste Eindruck, bei diesem Kriege vor allem wichtig, war und blieb ein für die österreichischen Waffen ungünstiger.

Inzwischen hatte sich auch Garibaldi, dem Gyulay, der überhaupt die Piemontesen gründlich zu verachten sich die Miene gab, wenig Beachtung schenkte, vom Norden her in Bewegung gesetzt, um womöglich auf der rechten Flanke und im Rücken der Österreicher das Land zum Aufstand zu bringen. Mit 3200 „Alpenjägern", die er gesammelt und organisiert — meist lombardischen Flüchtlingen und anderen italienischen Freiwilligen — überschritt er den Tessin da, wo dieser linke Zufluß des Po aus dem Lago Maggiore heraustritt, und marschierte kühn auf Varese in der Richtung gegen Mailand. Gleichzeitig vollführten

die Verbündeten eine Bewegung von entscheidender Wichtigkeit: Napoleon ließ seine Truppen hinter den Piemontesen weg, welche seither den linken Flügel gebildet hatten, nach Norden ziehen. Vom 26. ab fuhren die mit Truppen besetzten Eisenbahnzüge von Alessandria über Casale nach Vercelli; die Piemontesen folgten dieser Bewegung, und bei Palestro am 31. maßen sich einige ihrer Divisionen unter Cialdini mit den Österreichern. Der König selbst war zur Stelle; ein Zuavenregiment kam ihnen zu Hilfe und fiel die Österreicher mit dem Bajonett an; bei dieser Gelegenheit war es, wo sie den piemontesischen König, der sich tollkühn dem feindlichen Schützenfeuer aussetzte, zum Zuavenkorporal ausriefen: ein rühmliches Zeugnis für seine Tapferkeit, wenn auch sonst keine große Ehre. Währenddessen hatten die Franzosen ihren Linksabmarsch vollzogen, überschritten die Sesia, besetzten am 1. Juni Novara und gingen am 2. bis zum rechten Tessinufer vor, auf der Straße nach Mailand, — Buffalora und Magenta gegenüber. Am 3. Juni war ihre ganze Armee um Novara konzentriert.

Den Österreichern war dieser Linksabmarsch des verbündeten Heeres bis zum 1. Juni morgens ein Geheimnis geblieben: Gyulay führte den Krieg nicht, sondern wartete ab, wie ihn die Feinde führten. Auch als bestimmte Nachrichten kamen, konnte er sich nicht zu dem Entschlusse aufraffen, die gewagte Bewegung durch einen kräftigen Angriff zu stören. Er zog sich auf das linke Ufer des Tessin zurück, wo sich sein Heer, durch das böhmische Armeecorps unter Clam-Gallas verstärkt, etwa 115 000 Mann im ganzen, in der Linie Abbiategrasso (S.) — Magenta (N.) konzentrierte. Napoleon, bereits im Besitz zweier Übergangspunkte, beschloß, am 4. mit der ganzen Armee über den Tessin zu gehen. Am Vormittag ging die Garde auf einer über den Tessin geschlagenen Brücke nach Buffalora, andere Truppen folgten auf der steinernen Brücke, welche von den Österreichern schlecht gesprengt und von den Franzosen wiederhergestellt war; weiter oben, nordwärts, war auch Mac Mahon in der Frühe über den Tessin gegangen, hatte Turbigo besetzt und schwenkte nun rechts nach Süden. Das Schicksal des Tages hing davon ab, ob er rechtzeitig in den Kampf eingreifen konnte, der sich im Centrum bei Magenta entsponnen hatte, und der sich den Vormittag über ohne Entscheidung hinzog. Ohne die sträfliche Fahrlässigkeit des österreichischen Feldherrn, glaubte man, der erst nach Tische persönlich auf dem Schlachtfelde zu erscheinen sich bewogen fand, hätte er sich zu einem entscheidenden Siege für die Österreicher gestalten können. Denn lange Zeit standen die französischen Garden mit ihrem Kaiser sechs österreichischen Brigaden gegenüber; nur allmählich trafen ihnen Verstärkungen ein, und auch Mac Mahon hatte erst spät am Nachmittage eine genügend starke Truppenzahl beisammen,

um nachdrücklich den Kampf wieder aufnehmen und mit Entschiedenheit nach Süden vordringen zu können, wo die Entscheidung lag. Erst gegen Abend traf er in der Nähe von Magenta ein und entschied den Tag — noch nicht den Sieg, welchen Gyulay, von dessen Heer ein volles Dritteil gar nicht ins Gefecht gekommen war, noch am 5. hätte streitig machen können. Die Verluste stellten sich am Abend des 4. etwa auf 4000 Tote und Verwundete auf französischer, 6000 auf österreichischer Seite, wozu außerdem bei den letzteren die unverhältnismäßig große Zahl von 4500 „Versprengten" kam, die meist den wenigen italienischen Regimentern angehörten, welche die Österreicher auf diesem Kampfplatze hatten. Die Leitung der Schlacht war auf beiden Seiten schlecht, doch war auf seiten der Franzosen wenigstens die Energie des Angriffs, der Wille zu siegen, vorhanden gewesen; die österreichische Oberleitung aber war über alles Maß erbärmlich und Gyulay so völlig null, daß einzelne Corps nach dem Kampfe auf eigene Hand abzogen und er sich durch diese Nachricht bestimmt fand, den Kampf nicht, wie er anfangs vorgehabt, am 5. zu erneuern, sondern sich nach dem Mincio zurückzuziehen — d. h. die Lombardei aufzugeben: es war die abgebrochene Schlacht mit der unvermeidlichen Rückwärtskonzentrierung in der Sprache der ergebenen Blätter. Auch Feldzeugmeister Urban, der die Freiwilligen Garibaldis, nachdem sie bis Como vorgedrungen waren und das Land in Aufstand gesetzt hatten, zurückgeschlagen hatte und am 31. Mai wieder in Varese eingezogen war, mußte nun zurück und war genötigt, den größten Teil der Kontribution, die er der aufständischen Gegend auferlegt hatte, dahinten zu lassen. Alle Stellungen bis zum Mincio wurden von den Österreichern geräumt, am 10. Juni die Forts von Piacenza in die Luft gesprengt; die Herzogin von Parma mit ihrem unmündigen Sohne, der Herzog von Modena mit seinen Truppen verließen ihre Länder, die sofort sich Piemont anschlossen; am 18. zogen die österreichischen Besatzungen von Ancona und Bologna, am 22. von Ferrara ab. Der Kampf galt jetzt um die zweite der italienischen Provinzen, um Venezien deren Hauptstadt bereits von der französischen Flotte bedroht wurde, welcher sich die kleine piemontesische anschloß.

Gyulays Rückzug wurde von den Verbündeten nicht gestört. Zwischen den Spalieren der Mailänder Bevölkerung, welche Sonntag den 5. die große Zeitung erfuhr, zogen die Österreicher, so viele ihrer Truppen diesen Weg zu nehmen hatten, in der Richtung nach Osten ab. Kaum waren sie fort, so wurde in der Stadt von dem Munizipalrat die Erneuerung des Vertrages von 1848 proklamiert, welcher die Lombardei mit der Monarchie Viktor Emanuels vereinigte. Am 8. zog dieser und sein kaiserlicher Verbündeter im Triumph in Mailand

ein. Am Abend desselben Tages rettete General Benedek, der Führer des 8. Corps, die österreichische Waffenehre durch ein Rückzugsgefecht bei Melegnano, welches die Franzosen mehrere Hunderte von Gefangenen kostete. Napoleon aber erließ vom Hauptquartier Mailand eine Proklamation im Stile seines Oheims: „Brave Soldaten der Armee von Italien, vom Himmel sehen eure Väter mit Stolz auf euch herab" und eine zweite an die Italiener, die sich zum erstenmal wieder von einem fremden Souverän mit ihrem Nationalnamen gegrüßt sahen. Aufs neue lehnte er jede Absicht einer Vergrößerung Frankreichs ab: er gehöre, sagte er, nicht zu denen, welche ihre Zeit nicht verstehen. „Die Vorsehung", so fuhr er fort, „gewährt bisweilen den Völkern wie den Einzelnen ihre Gunst, indem sie ihnen Gelegenheit giebt, mit einem Schlage zur Größe zu gelangen. — — Euer sehnsüchtiger Wunsch nach Unabhängigkeit, so oft ausgesprochen, so oft unterdrückt, wird erfüllt werden, wenn ihr euch dessen würdig beweiset. Vereinigt euch also in einem Streben — Befreiung eures Landes; organisiert euch militärisch, eilet unter die Fahnen des Königs Viktor Emanuel — glühend vom heiligen Feuer der Vaterlandsliebe, seid heute nur Soldaten, um morgen die freien Bürger eines großen Landes zu sein."

Dieser Aufruf schlug mit vollem Nachdrucke die Saite an, welche im Herzen des italienischen Volkes wiederklang. Sein Ton deutet darauf hin, daß Napoleon sich nicht verbarg, wie der Krieg jetzt erst mit ganzem Ernst beginne — und wie er vielleicht, um denselben glücklich zu enden, die Stürme und Leidenschaften der revolutionären Epoche, die elementaren Kräfte der Zeit als seine Bundesgenossen werde zu Hilfe rufen müssen: für welchen Zweck man einstweilen die Leichtgläubigkeit des ungarischen Exdiktators Kossuth mit guter Wirkung bearbeitet hatte.

Die Lokalisierung des Krieges, die für Napoleon so günstig war, begann schwieriger zu werden. Die Stimmung in Deutschland, namentlich im Süden und in den katholischen Kreisen, wurde immer unruhiger. Die der Sache Österreichs um jeden Preis ergebenen Blätter ließen immer durchdringender ihren Hilferuf erschallen, und von den Fürsten wurden die einen von der geräuschvollen Sympathie, die sich im Volke regte, und welche aus dem sehr gerechtfertigten Mißtrauen gegen Frankreich ihre Nahrung zog, mit fortgerissen, die anderen waren schon von selbst eifrige Parteigänger und Vasallen Österreichs, wie z. B. der Herzog von Nassau, welcher damals den geheimsten Gedanken dieser Fürstlichkeiten mit dem Worte ausgesprochen haben soll: er wünsche den Sieg Österreichs auch darum, weil man dann auch der verdammten Verfassungen ledig werde. Mit solchem Ungestüm machte sich

der Kriegseifer geltend, daß England und Rußland sich zu warnenden Kundgebungen veranlaßt sahen. Fürst Gortschakow führte in einem Rundschreiben an die russischen Gesandtschaften (27. Mai) aus, wie der Deutsche Bund wesentlich als eine defensive Institution und nicht zu offensiven Zwecken organisiert sei, und wie mithin Rußland seine Maßregeln sich vorbehalten müsse, im Falle der Bund Österreich aktiv beistehe; und Lord John Russell, der Minister des Auswärtigen in dem neuen Whigministerium, das unter Lord Palmerston am 17. Juni an Stelle der Tories die Geschäfte übernommen, nannte in einer Note, in welcher er von den Argumentationen sprach, mit denen in süddeutschen und ultramontanen Blättern das deutsche Nationalgefühl für Österreich aufgestachelt wurde, den größern Teil dieser Argumentationen mit der ehrlichen Grobheit, die ihn und seinen Stil charakterisierte, sehr unumwunden dummes Zeug (loose settle). Aber die Dinge begannen jetzt eine Gestalt anzunehmen, bei der Deutschland nicht das österreichische, sondern wirklich sein eigenes Interesse wahrzunehmen hatte. Der Krieg näherte sich denjenigen Teilen des österreichischen Staatsgebietes, welche zugleich dem Deutschen Bunde angehörten. Die Sache dieser wirklich deutschen Interessen nahm Preußen in die Hand, dessen Regierung diesmal eine klare und bestimmte Politik verfolgte, eine Politik freilich, welche den Gefühlspolitikern des Südens und den interessierten Freunden Österreichs im ultramontanen Lager wenig gefiel: keine Einmischung, solange der Krieg nur um besondere österreichische Interessen gilt, Eintritt in den Krieg mit voller Kraft, sobald deutsches Bundesgebiet angegriffen wird. Diese Politik gebot den Versuch einer Friedensvermittelung und zugleich Rüstung für alle Fälle: am 14. Juni erging der Befehl zur Mobilmachung von sechs preußischen Armeecorps, und zugleich wurde beim Bunde die Aufstellung eines Beobachtungscorps am Oberrhein unter Führung Bayerns beantragt.

Diese Maßregeln waren für Frankreich bedrohlich genug: und auch der Krieg gegen Österreich allein war mit dem halben Siege bei Magenta nicht leichter geworden.

Die Österreicher hatten ohne weitere Störung ihren Rückzug hinter den Mincio bewerkstelligt und bis zum 21. Juni beendigt. Man hatte in Wien die Thorheit begriffen, einem Gyulay den Oberbefehl zu geben, wo man einen Heß zur Verfügung hatte: am 17. legte der erstere das Kommando nieder, und am 18. übernahm der Kaiser Franz Joseph selbst den Oberbefehl. Ihm zur Seite stand der bewährte Feldzeugmeister Heß; man glaubte mit dieser Kombination ein Meisterstück gemacht, die belebende Wirkung der kaiserlichen Gegenwart mit der ruhigen Sicherheit des erfahrenen Soldaten, des Kriegsgefährten

Radetzkys vereinigt zu haben: und auch daß dabei Gyulay verhältnismäßig glimpflich wegkam, indem er keinen geringeren Nachfolger als des Kaisers Majestät erhielt, war ein Nebenvorteil, den man sich in den Kreisen der militärisch-bureaukratischen Unfehlbarkeit nicht entgehen lassen durfte. Man nahm nun seine Dispositionen in umfassender Weise. Das Heer in Italien, nunmehr über 200 000 Mann stark, wurde in zwei Armeen zerlegt, von denen die eine Graf Wimpffen, die andere Graf Franz Schlik führte. Der letztere, ein erprobter Degen, der sich in Ungarn im letzten Feldzuge ausgezeichnet hatte, und der mit seinem einen Auge — das andere hatte ihm nach der Schlacht bei Leipzig ein Kosak mit der Pike ausgestoßen, als er französische Gefangene gegen russische Mißhandlungen schützte — weiter sah, als andere mit beiden; eine dritte unter Erzherzog Albrecht war für Deutschland bestimmt; die vierte hatte das Hauptquartier zu Triest und sollte zugleich Ungarn und Galizien gegen die Gefahren hüten, die von Rußland her oder von Aufwieglern aus dem feindlichen Lager drohen konnten.

Die Stellung der Österreicher war eine sehr starke. Sie war, wie man oft zu hören bekam, uneinnehmbar, wenn sie von einer tapfern und wohlgeführten Armee von 200 000 Mann verteidigt wurde. Es war das berühmte Festungsviereck Peschiera, Mantua, Verona, Legnago, die beiden ersteren am Mincio, die beiden letzteren an der Etsch gelegen; ein System, dessen Mittelpunkt Verona war, gegen eine Umgehung vom Norden her durch den Gardasee und das deutsche Bundesland Tirol gedeckt. Noch war nichts verloren, solange diese Burg aufrecht stand. Noch konnte man, wenn erst die Kraft des verbündeten Heeres an ihren Wällen sich gebrochen hatte oder von den Fiebern der sumpfigen Niederung aufgezehrt war, alles Verlorne zurückgewinnen: um so leichter, als das österreichische Heer den Verbündeten bereits an Zahl überlegen und weiterer Verstärkungen gewärtig war.

Allein der Kaiser war nicht zu einem Festungskriege auf dem Kriegsschauplatze persönlich erschienen, und die ganze Lage Österreichs machte eine raschere Entscheidung wünschenswert. Eine große Schlacht, wenn sie mit einem österreichischen Siege endete, gewann mit einem Schlage die italienische Stellung zurück und stellte zugleich Österreichs Ansehen in Deutschland, in Ungarn und überall wieder her. Die verbündeten Heere, zusammen gegen 180 000 Mann, waren mittlerweile herangekommen. Sie hatten die Adda und den Oglio überschritten und waren bis an den Mincio vorgegangen, an dessen oberem Laufe ein hügeliges Terrain sich westwärts ausbreitet.

Im österreichischen Lager hatte man sich zu einem großen Vorstoß

in die Lombardei entschlossen, und am 23. Juni morgens begannen die österreichischen Heersäulen auf das rechte Ufer des Mincio überzugehen. Sie stießen an diesem Tage auf keinen Feind. Am folgenden, dem 24., nach dem Abkochen morgens 9 Uhr, sollte die Vorwärtsbewegung fortgesetzt werden.

Auch die Verbündeten hatten sich ihrerseits in Marsch gesetzt. Doch erwartete man für diesen Tag noch nicht mit Bestimmtheit eine große Schlacht. Der Tag war furchtbar heiß; die Truppen waren deshalb beiderseits schon mit dem frühesten in Bewegung, und die vorrückenden Corps der Verbündeten trafen zwischen 5 und 7 Uhr überall auf die Vortruppen der Österreicher, welche noch in ihren Stellungen verharrten. Es kam zunächst auf der ganzen Linie, welche von Castel Goffredo im Süden bis Succole im Norden 3½ Meilen sich erstreckte — in der Richtung von Westen nach Osten begrenzte der Chiese auf der einen, der Mincio auf der andern Seite das Schlachtfeld im weiteren Sinne — zu einer Reihe von Einzelgefechten, welche erst gegen Mittag den Charakter einer großen Entscheidungsschlacht annahmen. Auch hier waren es die Franzosen und Napoleon, die früher wußten, was sie wollten, und bei denen ein klarer und bestimmter Plan hervortritt, an dessen Erreichung sie alles setzten, während auf österreichischer Seite keine Disposition für den Fall, daß die Armee auf dem Vormarsche angegriffen werden sollte, gegeben war. Der Plan der Franzosen richtete sich auf die Durchbrechung der österreichischen Stellung bei Solferino. Um diese Stellung, die hinter jenem Dorfe ansteigenden Höhen, kämpften von französischer Seite das erste (Mac Mahon), zweite (Baraguay d'Hilliers) und das Gardecorps gegen das fünfte, erste und siebente der Österreicher, während auf dem rechten französischen Flügel General Niel, schwach unterstützt von dem Corps des Marschalls Canrobert, die von Guidizzolo gegen Medole ungestüm vordringenden Österreicher aufhielt und auf dem linken Flügel, nordwärts gegen den Gardasee hin, die Piemontesen gegen das achte österreichische Corps unter Benedek standen. Um 3 Uhr nachmittags, nach einem furchtbaren Kampfe in brennender Sonnenhitze, waren die Stellungen von Solferino und San Cassiano (½ Stunde südlich von ersterem) in den Händen der Franzosen, und sogleich ordnete Napoleon die Verfolgung der auf Cavriana retirierenden Österreicher an. Der Vorstoß, welchen der österreichische linke Flügel (Wimpffen) gegen den rechten französischen (Niel) machte, gelang nicht, und um 4 Uhr wurde, da ein Erfolg nicht mehr möglich schien, vom österreichischen Oberkommando der Befehl zum allgemeinen Rückzuge gegeben. Erst am Abend, zögernd, trat ihn auch Benedek an, der auf seinem Flügel bei San Martino siegreich gegen die Piemontesen gekämpft und sie nach

dem Gardasee zurückgedrängt hatte: es giebt Kriegskundige*), die ihn tadeln, daß er von seiner Übermacht nichts an das hartbedrängte Centrum abgegeben habe. Ein furchtbares Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen, das gegen 5 Uhr nachmittags losbrach, trennte auf einige Zeit die Kämpfenden; es kam nur noch dem Rückzuge der Österreicher zu gute, der ohne Störung bewerkstelligt wurde.

Der Tag war sehr blutig gewesen. Auf den Kampfplätzen lagen 2300 österreichische Tote, 10 684 Verwundete, die Zahl ihrer Versprengten und Gefangenen betrug gegen 10 000, ihr Gesamtverlust also etwa 22 000 Mann; derjenige der Verbündeten war wenig geringer: 11 600 Franzosen — 1600 tot, 8500 verwundet —, 5560 Piemontesen. Auf diesem schrecklichen Schlachtfelde, der Stätte unermeßlichen Jammers und grauenvoller Zerstörung, ward der humane Gedanke geboren, der in der nächsten Zeit nur allzuviel Gelegenheit finden sollte, sich werkthätig zu entfalten — der Gedanke, die Leiden des Krieges auf das Maß des Unumgänglichen zurückzuführen, durch eine internationale Verbindung zu Gunsten des Dienstes an den Verwundeten auf dem Schlachtfelde. Dieser Gedanke führte, wie man bei solcher Gelegenheit gern vorgreifend bemerken darf, am 8. August 1864 Abgeordnete von Baden, Belgien, Dänemark, Spanien, Nordamerika, Frankreich, England, Portugal, Preußen, Sachsen, Hessen, Schweden, Schweiz, an deren Seite man Österreich vermißt, zu einer internationalen Konferenz zusammen, deren Vorschläge, nach denen künftighin in den Kriegen das Personal des Sanitätswesens als neutral behandelt werden sollte, weiterhin zu der sogenannten Genfer Konvention zusammengefaßt, dem Kriege wenigstens einen kleinen Teil seiner Schrecken benahmen und unter den dauernden Siegen echter Humanität und wahren Christentums verzeichnet werden dürfen.

c. Der Friede.

Fast unbehelligt vollzog das geschlagene österreichische Heer seinen Rückzug über den Mincio. Auch die Sieger waren zum Tode ermattet und hatten schwer gelitten: „Die Armee ruht aus und organisiert sich", telegraphierte Napoleon am Morgen nach der gewonnenen Schlacht. Die große Schlächterei aber entschied in Wahrheit noch nichts. Es konnten noch zwei oder drei solcher Schlachten gewonnen und verloren werden, ohne daß der eine oder der andere Teil sich besiegt zu geben brauchte. Die Operationen wurden fortgesetzt. Am 28. Juni 1859 begann die verbündete Hauptarmee ihren Übergang über den Mincio; am gleichen Tage fingen die Piemontesen an, Peschiera einzuschließen,

*) Rüstow a. a. O.

und die Pariser Luftschiffer bestiegen mit einigen Artillerieoffizieren ihren Ballon, um die Festung zu rekognoszieren. Auch das Corps des Prinzen Napoleon traf jetzt (4. Juli) am Mincio ein, und ebenfalls in diesen Tagen schickte sich die französische Flotte an, ihre Station bei Lussin Piccolo, einer Insel an der dalmatischen Küste, zu verlassen und sich vor Venedig zu legen. Der Krieg war jetzt, nach zwei Siegen, in Italien populärer als jemals; es war, als könne man die volle Unabhängigkeit, ja schon die Einheit Italiens mit Händen greifen; auf der andern Seite war er jetzt in ein Stadium getreten, wo ein Übergreifen auf deutsches Gebiet kaum vermieden werden konnte. Da kam, tiefer Eingeweihten nicht unerwartet, die Nachricht, daß der Kaiser Napoleon am 6. Juli seinen Adjutanten General Fleury nach Verona geschickt habe, daß am 8. die Chefs der Generalstäbe des österreichischen und des französischen Heeres zu Villafranca zusammengekommen seien, daß ein Waffenstillstand bis zum 15. August abgeschlossen sei, dem wahrscheinlich der Friede folgen werde. Drei Tage später, am 11. Juli, trafen sich die beiden Herrscher, Napoleon und Franz Joseph, zu Villafranca und besprachen sich eine Stunde allein. Die Unterredung war geheim, und ihr Verlauf im einzelnen wird schwerlich jemals der historischen Neugier bekannt werden; aber die Verhältnisse, welche beiden Fürsten je von ihrem Standpunkte aus den Frieden empfahlen, lagen klar vor Augen.

Den besonderen Zweck, der ihm den Krieg im Interesse der Befestigung seiner Dynastie hatte wünschenswert erscheinen lassen, hatte Napoleon erreicht. Zwei neue große Namen in der französischen Kriegsgeschichte, Magenta und Solferino, waren durch ihn und für ihn gewonnen. Er hatte in zwei Monaten so viel Kriegsruhm erworben, um bei seinem Heere und unter dem ruhmsüchtigen Volke, das er beherrschte, als nicht unwürdiger Nachkomme des großen Kriegsfürsten zu erscheinen, dessen Namen er trug: und er hatte es in der Hand, den Italienern ein ansehnliches Beutestück, die Lombardei, zum Geschenke zu machen. Allerdings war dies nicht so viel, als er in dem geheimen Vertrage mit Cavour ausgemacht, nicht so viel, als er öffentlich den Italienern in seiner Proklamation von Mailand versprochen hatte; aber es war viel, und es war im französischen Interesse genug, denn das nur um die Lombardei vergrößerte Piemont wurde dadurch nicht selbständig, sondern blieb auch ferner der französischen Hilfe bedürftig. Weiter aber: setzte er den Krieg fort, so mußte derselbe notwendig größere Dimensionen annehmen. Um auch nur mit Österreich fertig zu werden, mußte er Kräfte zu Hilfe nehmen, die leichter zu rufen, als wieder zu bannen waren. Die aufgeregte Patriotenpartei in Italien war kaum mehr zu zügeln; bereits war (14. Juni) in

Ferrara und Bologna, päpstlichen Städten, die Diktatur Viktor Emanuels ausgerufen worden, und in der gleichfalls päpstlichen Stadt Perugia, welche demselben unwiderstehlichen Drange gefolgt war, stellte ein päpstliches Söldnerregiment unter Oberst Schmidt die alte Ordnung erst durch ein greuliches Blutbad wieder her (20. Juni), das die nationale Aufregung nur steigern konnte; eine Fortsetzung des Krieges mußte den Kaiser unvermeidlich in peinliche Verwickelungen mit dem Papste bringen, und dies, die bedenklichste Seite der italienischen Frage, brachte ihn zugleich in Zwiespalt mit der ultramontanen Partei in seinem eigenen Lande, deren Unterstützung er nicht entbehren konnte, und die in der spanischen Gemahlin des Kaisers eine mächtige Verbündete hatte. Und nicht bei den Ultramontanen allein war der Italienische Krieg, der ohne die Hilfe der Revolution nicht durchgeführt werden konnte, und bei dem der Papst in jedem Fall nichts gewann, nicht populär: er war es überhaupt nicht. Nicht beim Volke, das keinen weiteren Gewinn davon erwarten konnte, selbst nicht beim Heere, das einer langwierigen Belagerung wie der von Sebastapol mit Unlust entgegensah: es gab in Frankreich nur einen Krieg, der populär gewesen wäre, es war der um den Rhein. Die Rheingrenze aber wäre nur um den Preis eines neuen Krieges zu gewinnen gewesen: vielleicht, vielleicht auch nicht; und wenn je, so war dies ein Krieg, der nicht in zwei Monaten beendigt werden konnte, wie der Italienische. Aber auch die Menschlichkeit machte ihre Rechte geltend. Es war genug an zwei Schlachtfeldern wie den von Magenta und Solferino. Napoleon III. besaß nicht die harte Seele des ersten Napoleon; es war besser, zu den kriegerischen Lorbeeren sich auch noch den Ruhm der Mäßigung und der Friedensliebe zu verdienen.

Und wie Napoleon mit dem Gedanken, sich mit dem mäßigen Gewinn zu begnügen, so trat Franz Joseph mit der Resignation, sich den mäßigen Verlust gefallen zu lassen, lieber, als weiteren Gefahren entgegenzugehen, in die Verhandlung ein. Was das übel geführte Schwert verloren, konnte das besser geführte eines Tages zurückgewinnen: es war nicht das erste Mal und sollte nicht das letzte Mal sein, daß um die Herrschaft in Italien die blutigen Würfel rollten, die nun einmal jetzt gegen Habsburg entschieden hatten. Man war von den Franzosen besiegt worden, das ließ sich verschmerzen, und ihnen, nicht den verhaßten Piemontesen, trat man, der Form nach wenigstens, die Lombardei ab. Eine Fortsetzung des Krieges aber bedrohte das Haus Habsburg mit etwas, was schlimmer war als der Verlust der Lombardei, selbst wenn man Venezien noch mit in den Kauf geben mußte, schlimmer als die Insurrektion Ungarns, schlimmer und unerträglicher als alles andere — die Teilung der Herrschaft über Deutschland mit Preußen.

Daß es sich um nichts Geringeres handelte, darüber konnte kein Zweifel sein. Man hatte dort nicht mehr mit Friedrich Wilhelm IV. und den Männern von Olmütz zu thun, und die Zeit der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Preußen nahte unaufhaltsam. Die Unterhandlungen, welche seit dem Beginne der Verwickelung zwischen den beiden Mächten geführt worden waren, hatten zu keinem Ergebnis geführt, was bei der Naivität des österreichischen Standpunktes nicht zu verwundern war. Österreich verlangte die Hilfe Preußens und des Bundes für seine gefährdete Stellung in Italien, welche seine Regierung dreist als ein wesentlich deutsches Interesse darstellte, und verlangte sie kraft des Bundesverhältnisses, gelegentlich wohl auch, indem sie den Geist der Heiligen Allianz beschwor, — jener Allianz, der diese Regierung doch soeben durch ihre Politik im Krimkriege selbst das Lebenslicht ausgeblasen hatte. Sie verlangte, daß Preußen, um Österreich die Lombardei und seiner fürstlichen Vetterschaft und Klientel ihre Länder zu erhalten, den Krieg am Rheine beginne und damit seinen eigenen Besitz gefährde: und der Lohn für diesen Dienst bestand in der Würde eines Bundesoberfeldherrn für den Prinzregenten von Preußen, d. h. eines obersten Dieners der deutschen Bundesversammlung, welche von Österreich beherrscht war. Preußen seinerseits wollte als europäische Großmacht, womöglich ohne weitere kriegerische Verwickelungen, vermitteln: im Falle es zum Kriege wegen wirklich deutscher Interessen komme, beanspruchte es die Oberleitung dieses deutschen Krieges und die freie Verfügung mindestens über die norddeutschen Bundeskontingente. Jetzt war die Entscheidung notwendig. Am 4. Juli stellte Preußen am Bunde den Antrag, daß die Bundestruppen der nördlichen Bundesstaaten, das 9. und 10. Bundesarmeecorps Preußen zur Verfügung gestellt und ebenso der Oberbefehl über die aufgebotene Streitmacht Preußen übergeben werden sollte. Am 7. erwiderte ihn Österreich mit dem Gegenantrag, der, scheinbar dasselbe bedeutend, in Wahrheit das Gegenteil war: es solle das ganze Bundesheer mobil gemacht und Se. Königl. Hoheit der Prinzregent von Preußen zum Oberbefehlshaber in Gemäßheit der Bundeskriegsverfassung gewählt werden. Der § 48 dieser Bundeskriegsverfassung bestimmte, daß der Oberfeldherr zum Bunde sich verhalte wie jeder kommandierende General zu seinem Souverän, daß er von der Bundesversammlung allein Vollmachten und Befehle, in besonderen Fällen auch specielle Instruktionen erhalte; und da Preußen keinen Zweifel darüber ließ, daß es den Krieg nicht im Dienste der Bundesversammlung, sondern als europäische und deutsche Großmacht führen werde, so war die Frage für Österreich gestellt, ob es die Konsequenzen einer solchen Führung annehmen wollte. Ein Sieg über die Franzosen

unter preußischer Führung — daran konnte kein Zweifel sein — würde den preußischen Staat sofort und unvermeidlich an die Spitze Deutschlands gebracht haben.

Vor dieser Möglichkeit befand sich der Kaiser von Österreich. Er zog ihr den Verlust der Lombardei vor. Am 12. Juli ward der Präliminarfriede von Villafranca zwischen den beiden Kaisern fertig gebracht. Er enthielt die Abtretung der Lombardei, mit Ausnahme der beiden Festungen Mantua und Peschiera, an den Kaiser von Frankreich, welcher das Land an den König von Sardinien übergeben wird; die Rückkehr des Großherzogs von Toscanä, des Herzogs von Modena und des Herzogs von Parma, welche eine Amnestie geben werden, in ihre Staaten; Venezien bleibt bei Österreich, tritt aber in die zu bildende Italienische Konföderation, deren Ehrenvorsitz der Papst übernehmen wird. Der letztere soll aufgefordert werden, seinen Staaten die unerläßlichen Reformen zu geben; allen während der letzten Ereignisse Kompromittierten wird von beiden Seiten vollständige Amnestie zugesichert. Zur endgültigen Redaktion der Friedensverträge sollten Bevollmächtigte in Zürich zusammentreten.

Dieser Definitivfriede kam denn in der That in Zürich zum Abschluß und wurde dort am 10. November 1859 unterzeichnet. Derselbe bestand aus drei verschiedenen Dokumenten: dem Vertrage zwischen Österreich und Frankreich, dem zwischen Frankreich und Sardinien betreffs Cession der Lombardei und in einem Friedensvertrage in 23 Artikeln zwischen Frankreich, Österreich und Sardinien. Er bestätigte die Präliminarien von Villafranca und legte Sardinien einen bestimmten Anteil der österreichischen Staatsschuld auf, drei Fünftel des sogenannten Monte Lombardo-veneto und 54 Millionen der Nationalanleihe von 1854; im 18. Artikel der ersten Urkunde ward ausgesprochen, daß die beiden Kaiser sich verpflichteten, mit allem Eifer auf die Herstellung einer Italienischen Konföderation unter Vorsitz des Papstes hinzuarbeiten. Der 19. Artikel lautete: „Die Rechte des Großherzogs von Toscana, des Herzogs von Modena und des Herzogs von Parma sind vorbehalten.“

Beide Bestimmungen, der Italienische Bund und die Rückkehr der Fürsten, waren bereits von den Ereignissen überholt, die sich diesmal ihre eigenen Wege suchten, und bei denen sich zeigen sollte, welche unwiderstehliche Gewalt die „Idee der Nationalitäten“, in deren Namen das Schwert geführt worden war, in der That sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts errungen hatte.

II. Geschichte der einzelnen Staaten.

1859—1863.

A. Romanische Staaten.

1. Italien.

Unter den mancherlei Motiven, welche die Politik des Kaisers der Franzosen bestimmten, und welche bei seiner Naturanlage und Erziehung gern einen doktrinären Charakter annahmen, finden wir auch die Idee der Wiederbelebung der romanischen Völker, der „lateinischen Rasse“, welche er diesseit und jenseit des Atlantischen Oceans von der germanischen überflügelt sah. Indem er das Schwert zog, um eine dieser lateinischen Schwesternationen von einer Fremdherrschaft zu befreien, welche man, wenn man wollte, eine germanische nennen konnte, und indem er es siegreich führte, gab er allerdings den Anstoß zu einer lebhafteren Bewegung unter diesen romanischen Völkern und schuf sich selbst auf kurze Zeit die Stellung eines Hauptes und Protektors derselben. Indes war er nicht im stande, diese Bewegung auch nur in Italien zu beherrschen und nach seinem Sinn zu lenken. Die Ereignisse führten aber vielmehr in weiterer Entwickelung der Folgen des Italienischen Krieges eine kraftvolle Zusammenfassung der deutschen Nationalität herbei, und ihnen, den Deutschen, nicht Napoleon und den Franzosen, war es bestimmt, auch der italienischen Nation die letzten Hindernisse wegzuräumen, welche ihrer Einigung zu einem selbständigen Großstaate im Wege standen, und damit eine Wunde am Körper Europas zu schließen, welche seit vielen Jahrhunderten blutete. Zunächst aber hatte Italien selbst zu zeigen, ob es dort Ernst war mit dem Gedanken der Abschüttelung des fremden Joches, und ob in jenem stolzen Worte, das einst im Jahre 1848 erklungen: Italia farà da se, etwas von Kraft und Wahrheit lebte.

Die Nachricht vom Abschluß eines Waffenstillstandes erregte auf der ganzen Halbinsel Bestürzung und Mißtrauen: als dann die Einzelheiten des jähen Friedensschlusses bekannt wurden, ergriff eine unglaubliche Erbitterung die Gemüter. Man hatte nach den beiden Siegen bei Magenta, bei Solferino die größten Hoffnungen gefaßt; schon sah man Italien von der tiefsten Erniedrigung zur vollen Höhe einer selbständigen Nation emporgehoben: und jetzt, plötzlich über Nacht, kam dieser Friede, der, gleich als wenn Piemont, als wenn Italien gar nicht existierte, zwischen jenen beiden Mächten, die seit alten Tagen Italien zum Kampfplatze und Opfer ihres eifersüchtigen Ehrgeizes ge-

macht hatten, abgeschlossen worden war. Und welche Lage schuf dieser Friede! Allerdings anstatt einer Monarchie von fünf Millionen wurde Sardinien ein Staat von neun Millionen; aber dieser Staat hatte sich gegenüber das noch immer übermächtige, das jetzt zwiefach racheschnaubende Österreich, in seiner Flanke die drei österreichischen Vasallenstaaten Parma, Modena, Toscana, welche ihn von dem übrigen Italien absperrten; und statt der italienischen Einheit bot er ihr Zerrbild, eine Konföderation mit dem Papste als Vorsitzenden, mit Österreich und Neapel als Teilnehmern, die schlechtere Kopie eines schlechten Originals, des Deutschen Bundes — einen Bund aus Elementen, die sich tödlich haßten, hier vom österreichischen, dort vom französischen Einflusse abhängig, ein Spielball der sich bekämpfenden Großmächte, mit dem nun erst recht unheilbaren Übel des Priesterregiments im Herzen seines Organismus. Und vielleicht war es richtig, was man sagte, und was die Regierung nicht geradezu zu leugnen wagte: daß die Hilfe Frankreichs nicht uneigennützig gewesen, daß der Befreier sich einen hohen Preis, die Abtretung italienischen Landes, Savoyens und der Grafschaft Nizza, bedungen habe. Mazzini und die Seinen, so ließ der Pessimismus sich grollend vernehmen, hatten recht: sie hatten es vorhergesagt, die Könige würden sich bald untereinander verständigen, es habe sich lediglich um dynastische Interessen, ein vergrößertes Piemont, ein vergrößertes Frankreich gehandelt.

Am schwersten traf der unerwartete Schlag den Mann, der diesen Krieg gemacht hatte, den Grafen Cavour. Er legte seine Ministerien nieder, um wenigstens seinen staatsmännischen Namen zu retten. Mit Mühe konnte er bewogen werden, den Kaiser Napoleon noch einmal zu sehen, als dieser, nach seiner Hauptstadt zurückeilend, durch Mailand kam, wo er sehr kalt, ganz anders als zwei Monate früher nach der Schlacht bei Magenta, empfangen wurde. Indes war es weder Cavours Art noch die der Italiener überhaupt und der vielen patriotischen Männer, welche in allen Teilen der Halbinsel ihr Leben der Idee ihrer Unabhängigkeit gewidmet hatten, vorschnell zu verzweifeln. Vielleicht war dennoch mehr erreicht, als dem ersten Blicke sichtbar wurde. Schärfer blickende Männer, an denen dieses Land ungewöhnlich reich war, erkannten, daß jetzt, jetzt erst recht die italienische Unabhängigkeit eine Notwendigkeit geworden war, — daß, wenn aus einem solchen Gebäude, wie die österreichische Ordnung in Italien war, ein Stein herausgenommen wurde, unvermeidlich, unaufhaltsam die übrigen folgen, das Ganze zusammenfallen mußte. Einen Augenblick hatte Viktor Emanuel, als der Friede über seinen Kopf weg gemacht wurde, daran gedacht, auf eigene Hand den Krieg fortzusetzen und die revolutionären Kräfte zu diesem Zwecke zu entfesseln. Er unterließ es und that wohl

daran; — aber wie, wenn die Männer, welche in Toscana, in Parma, in Modena, in den Städten der Romagna während des Krieges ans Ruder gekommen waren, Ernst machten mit dem Worte, daß Italien sein Geschick selbst schaffen wolle — wo war die Macht, sie daran zu hindern? Jene Präliminarien von Villafranca, auf Grund deren über Italien verfügt werden sollte, zeigten eine Lücke, die dem italienischen Scharfsinne nicht entging: es war dort nicht gesagt, daß die Fürsten mit Gewalt in ihre Länder zurückgeführt werden sollten. Ihr Regiment war nicht gewaltsam gestürzt worden. Von selbst war es zusammengefallen, sobald man seine Grundlage, die österreichische Macht, ihm entzogen hatte — wenn die Bevölkerungen mit ruhiger Entschlossenheit sich weigerten, dieses Regiment wiederanzunehmen, so fehlte die Handhabe und es fehlte die Macht, diese Kartenhäuser neu aufzurichten. Österreich konnte es nicht, ohne den Krieg von vorn anzufangen; — Frankreich konnte es nicht: denn wer heute die Hoffnungen einer großen Nation aufregt und ihr die Fahne voranträgt, kann sie nicht am nächsten Tage mit denselben Truppen niederschlagen, mit denen er gestern für sie gekämpft hat. Eine italienische Macht, Piemont, Neapel, der Papst, konnte es noch weniger. In Wahrheit, die Sache Italiens stand weit besser, als es dem ersten Blicke der Erbitterung erschien: und kein schlagenderer Beweis für die großen Fortschritte, welche das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker in den 50 Jahren seit dem Wiener Kongresse gemacht hatte, kann gedacht werden, als die nun Schlag auf Schlag, Station um Station sich folgenden Ereignisse, welche die Unabhängigkeit Italiens weit über den Frieden von Villafranca hinaus vollendeten und binnen Jahresfrist an die Stelle eines subalpinischen Königreichs, eines erweiterten Piemonts, ein Königreich Italien setzten.

Man muß die Art, wie die italienische Einheitsbewegung in dieser kritischen Zeit geleitet wurde, bewundern und anerkennen, daß in diesem so lange geknechteten Volke eine Fülle der edelsten Kräfte sich herangebildet hatte, welche mehr als alles andere das sittliche Recht der Unabhängigkeit Italiens bewiesen. Eine Revolution umfassendster, durchgreifendster Art vollzog sich mit einer bewunderungswürdigen Ruhe, und jede Partei beeiferte sich, ihre besonderen Wünsche und Ideen dem gemeinsamen Hauptzwecke zuliebe zu vertagen und zu opfern. Alle voreiligen Bestrebungen, Venedig, Neapel, der Kirchenstaat wurden vertagt, um zunächst dasjenige zu lösen, was die Diplomatie die mittelitalienische Frage nannte, was aber die gesamtitalienische in halber Entfaltung war, der die vollständige unwiderstehlich nachfolgen mußte.

Es handelte sich um die Herzogtümer Parma (112 Quadratmeilen

und 500 000 Einwohner), Modena (109 Quadratmeilen und gegen 600 000 Einwohner), das Großherzogtum Toscana (402 Quadratmeilen und 1 800 000 Einwohner) und um denjenigen Teil des Kirchenstaates am Adriatischen Meere, welchen man die Romagna nennt, und der etwa so groß ist, wie Parma und Modena zusammen. Die Nachricht vom Friedensschlusse zu Villafranca beantwortete zunächst die Municipalität von Modena am 16. Juli mit einer Aufforderung an ihre Mitbürger, abermals ihre Beistimmung zu der Union mit Piemont durch Unterschrift zu beurkunden: da möglicherweise die letzte Entscheidung auf einem europäischen Kongresse gesucht werden mußte, so sollte wenigstens über die Gesinnung der Bevölkerungen kein Zweifel sein. Es geschah; innerhalb Monatsfrist waren 90 000 Unterschriften beisammen. Das Zweite war, daß Farini, welcher während des Krieges als Bevollmächtigter Viktor Emanuels fungiert hatte, zwar von seiner Regierung abberufen wurde, aber die Wahl zum Diktator von Modena durch den dortigen Stadtrat annahm. Er ordnete sogleich die Wahl von Abgeordneten an. Wähler war, wer lesen und schreiben konnte und das 21. Jahr überschritten hatte; am 20. August beschlossen die 72 Abgeordneten, daß Franz V. von Este sowie jeder andere vom Hause Habsburg-Lothringen für immer von der Herrschaft ausgeschlossen sein solle; am folgenden Tage, jetzt zum drittenmale, daß die Union mit dem Hause Savoyen aufrechtzuhalten sei. Denselben Verlauf nahmen die Dinge in Parma. Der dortige Stadtrat berief Farini auch für die Diktatur in Parma, um zunächst die Union der beiden Herzogtümer durchzuführen; am 14. September beschloß auch die parmesische Abgeordnetenversammlung die Entfernung ihres Bourbonischen Fürsten und die Aufrechthaltung der Union mit Sardinien. Diese Ereignisse vollzogen sich ohne Blutvergießen: die Italiener haben, wie ein kundiger Beobachter*) bei dieser Gelegenheit bemerkt, vor den Deutschen voraus, daß bei dergleichen Bewegungen der Genuß geistiger Getränke keine Rolle spielt. Nur ein Opfer fiel der sehr erklärlichen, um nicht zu sagen gerechtfertigten, Rache des Volkes, der Oberst Anviti, den die Behörde vergebens zu schützen suchte, indem sie ihn gefangen setzte: das Gefängnis wurde gestürmt, und den ersten Stoß führte ein Bürger, dessen Vater auf des Obersten Befehl öffentlich geprügelt worden war.

Den König Viktor Emanuel setzten Deputationen in Kenntnis von den Beschlüssen dieser Versammlungen. Er billigte diese Beschlüsse, ohne sie anzunehmen, versprach die Wünsche der Bevölkerungen vor den Mächten Europas zu vertreten und verwies tröstend auf die Pro-

*) Reuchlin.

tektion des Kaisers Napoleon. Dieser seinerseits hütete sich, die Bewegung zu ermutigen; er ließ im Moniteur (9. September) den Frieden von Villafranca anpreisen und warnte die Italiener, von einem Kongresse, so wünschenswert derselbe sein möge, bessere Bedingungen zu erhoffen, als jener Friede sie ihnen gewähre. „Italien täusche sich nicht“ hieß es in diesem Artikel, „es giebt in Europa nur eine Macht, welche Krieg führt für eine Idee, und diese Macht ist Frankreich; Frankreich aber hat seine Aufgabe erfüllt.“ Eine so laue Warnung konnte die Dinge in ihrem natürlichen Laufe nicht aufhalten, und auch in Toscana, wo die Verhältnisse etwas anders lagen, nahmen sie doch denselben Gang, der unwiderstehlich zum Einheitsstaate führte.

Toscana war ein Staat von mittlerer Größe, mit eigenartiger Bevölkerung, einer reichen Geschichte, die auch das regierende Fürstenhaus in einer milden, zuweilen einer glänzenden Beleuchtung zeigte. Als der Krieg herannahte, hatte Cavour sich Mühe gegeben, den Großherzog auf die nationale Seite herüberzuziehen. Ihm wäre es von höchstem Werte gewesen, einesteils dem legitimistischen Europa, andernteils dem französischen Einflusse gegenüber sich auf einen italienischen Fürsten als Bundesgenossen stützen zu können; er hätte damit zugleich den Beweis geliefert, daß den König von Sardinien nicht eitle Vergrößerungssucht, sondern wirklich der Drang einer nationalen Notwendigkeit vorwärts treibe. Von den verschiedensten Seiten suchte man diese Politik dem Großherzoge beifallswert zu machen. Die piemontesische Regierung ließ es nicht an Noten, — ansehnliche Männer des eigenen Landes, selbst Minister ließen es nicht an Vorstellungen fehlen. Die Stimmung des ganzen Volkes, bei welchem die Männer des italienischen Einheitsstaates noch gar nicht die Oberhand hatten, sondern in dem vielmehr noch der Wunsch nach Erhaltung des besonderen, partikularen Staatswesens lebendig war, richtete sich ebendahin, und auch die radikale Partei ging, solange irgendwie Aussicht war, den Großherzog auf die nationale Seite zu ziehen, in aufrichtiger und anerkennenswerter Weise mit der gemäßigten Hand in Hand. Aber als der Krieg ausbrach und nichts geschah, begann ihnen die Geduld auszugehen, und sie verlangten von ihren Verbündeten nunmehr, daß man zu Thaten übergehen solle. Diese Thaten trugen, wie es florentinische Art war, keinen sehr gewaltsamen Charakter. Den Großherzog konnten jetzt Briefe angesehener Männer belehren, was die Uhr geschlagen. Denn selbst die Gemäßigtesten sahen nur noch Heil in der Thronentsagung zu Gunsten seines Sohnes Ferdinand, vorausgesetzt, daß dieser alsdann sofort das nationale Banner annehme. Während der Tage, in denen die ersten französischen Truppen zu Genua landeten, gab das Volk in friedlichen, aber imposanten Massendemonstrationen seiner

Stimmung Ausdruck; der Großherzog, obgleich er 36 Jahre regierte, hatte gar keinen Anhang mehr, da auch die Truppen ganz für die italienische Sache waren. Es war zu spät, als er jetzt noch ein Ministerium aus Gemäßigten, wie Ricasoli, die indes ganz ebenso entschlossene Anhänger einer national-italienischen Politik waren, wie die Radikalen, zu bilden versuchte. Am 27. April 1859 fand zu Florenz die große Volksdemonstration statt, welche die Dinge zur Entscheidung bringen sollte: eine Junta ward gebildet, und das Volk — diesmal war es wirklich das Volk — formulierte seine Forderungen, deren erste die Abdankung des Großherzogs war. Leopold II. beschloß nach einer Besprechung mit seinen Ministern und dem österreichischen Gesandten, das Feld zu räumen, und kündigte dem diplomatischen Corps diesen seinen Entschluß an, Toscana zu verlassen. Es geschah: wie im tiefsten Frieden fuhren die Wagen ab; es war eine sehr nüchterne, sehr gebildete Revolution, welche der Erziehung, deren die Toscanesen sich vor anderen rühmen, alle Ehre machte, und bei der kein Glaser einen Skudo verdiente. Zu Ferrara, der ersten österreichischen Festung, angelangt, erließ der Großherzog seinen Protest, dessen Inhalt man sich nach den Anfangsworten denken kann: „Die neuesten Gewaltthätigkeiten der von Piemont aufgereizten Revolution“ u. s. w.; bei dem diplomatischen Corps hatte er sich scheinbar sehr zuversichtlich mit einem: „Auf baldiges Wiedersehen!“ verabschiedet.

An demselben Abend des 27. April wurde die neue provisorische Regierung ausgerufen. Die Stadt Florenz handelte für das ganze Land, aus dessen Mitte kein Widerspruch sich erhob. Den folgenden Tag beschloß diese Regierung die Übertragung der provisorischen Diktatur an den König Viktor Emanuel. Dieser nahm indes „aus Gründen hoher Konvenienz“, wie Cavour schrieb, diese Diktatur nicht an, sondern nur den Oberbefehl über die Truppen und die Protektion der toscanischen Regierung. Man trug Sorge, die toscanische Selbständigkeit zu schonen, da in der Bevölkerung selbst auf diese Selbständigkeit ein gewisser Wert gelegt wurde. Die neue Regierung richtete am 2. Mai an alle Höfe ein Memorandum, in welchem sie das Geschehene zu rechtfertigen suchte und mit Fug hervorhob, wie friedlich es dabei zugegangen war; einige Tage später legte sie die Gewalt in die Hände des piemontesischen Bevollmächtigten, Boncampagni, nieder.

Die Lothringer hatten aufgehört zu regieren. Es war eine Kombination — eine der Ideen, für welche Frankreich Krieg führte, dem Vetter des Kaisers, dem Schwiegersohne des Königs von Sardinien, den Thron von Toscana zu verschaffen. Der Prinz nannte es eine „rein militärische Mission“, als er, wie erwähnt, mit dem 5. französischen Armeecorps dahin geschickt wurde; sie war aber sehr politischer

Art. Wenn er die Herzen der Toscaner bei dieser Gelegenheit erobern sollte, so gelang dies nicht: kaum war er mit den Truppen abgezogen, so beschloß die Regierung, die Staatskonsulta auf den 16. Juni einzuberufen, damit sie über die Proklamierung der nationalen Souveränität des Königs Viktor Emanuel ein Gutachten abgebe. Die Gefahr eines Napoleonischen Thrones ging indes vorüber. Niemand wollte einen solchen: die neutralen europäischen Höfe nicht, die Toscanesen nicht; der Thronkandidat selbst, ein Mann von ziemlich radikalen Ansichten und, wenn vielleicht kein aufrichtiger Freund der Freiheit, doch in jedem Falle ein aufrichtiger Feind der Geistlichkeit, fühlte, daß er eine seltsame Figur auf einem Throne spielen würde,*) und auch dem Kaiser Napoleon war es wohl nicht allzusehr um die Durchführung dieses Projektes zu thun.

Der Krieg nahm seinen Gang, die Schlacht bei Solferino erfolgte: und mit der höchsten Entrüstung vernahm man zu Florenz, daß der Erbprinz von Toscana dieser Schlacht, wenn auch nur als Zuschauer, auf seiten der Österreicher angewohnt habe. Schon vorher aber stand hier wie in den Herzogtümern der Entschluß fest, sich unter keinen Umständen mehr die frühere Dynastie wieder auflegen zu lassen, es wäre denn mit Waffengewalt. Die Staatskonsulta, 42 von der Regierung ernannte Vertrauensmänner, trat am 6. Juli zusammen. Die Friedensnachricht kam, sie änderte an der Stimmung nichts. Im Gegenteil, der bedeutendste Mann der gemäßigten Partei, Ricasoli, erklärte jetzt, daß, wenn während des Krieges der Gedanke der Autonomie Toscanas in irgend einer Form berechtigt gewesen sei, jetzt, jetzt ganz besonders, kein anderer Gedanke mehr statthaft sei, als die italienische Nationalidee. Die Ruhe ward nicht gestört, auch als Boncampagni nun, um den König nicht bloßzustellen, seine Gewalt in die Hände des Ministerrates niederlegte, an dessen Spitze dann der Minister des Innern, Bettino Ricasoli, trat. Eine Versammlung ward ausgeschrieben nach dem Wahlgesetze von 1848. Die Wahlen fanden am 7. August in voller Ruhe statt. Der Erzherzog Ferdinand, zu dessen Gunsten mittlerweile sein Vater abgedankt hatte, versuchte sein Heil in Paris: er war geneigt, die nationale Fahne anzunehmen und alle Bürgschaften zu geben. Aber es war zu spät. Napoleon konnte und wollte keine bewaffnete Zurückführung der Dynastie unternehmen; in England bezeigte sich das Whigministerium der italienischen Sache und den Volkswünschen günstig und machte jetzt, wo es keiner kriegerischen Bewegungen und Rüstungen bedurfte, seinen moralischen Einfluß in nach-

*) Vous savez, je suis un peu républicain, wie er zu Kossuth sagte: in dessen Memoiren man auch sieht, wie weit dieses „un peu“ ging.

drücklicher und wirksamer Weise geltend. Der ruhige und sichere Gang, welchen die Dinge in Mittelitalien zu nehmen fortfuhren, rechtfertigte diese Sympathieen. Am 10. August ward eine Liga mit Modena geschlossen, in welche die Romagna und Parma aufgenommen wurden, und in welcher sich diese Landschaften zu gemeinsamer Abwehr der entflohenen Fürsten, gemeinsamer Aufrechthaltung der Ordnung, Wegräumung der Verkehrsschranken verpflichteten; zu der gemeinsamen Truppenmacht sollte Toscana 10 000, Modena und Parma je 4000, die Romagna 7000 Mann stellen. Der Befehl über die toscanische Streitmacht wurde an Garibaldi übertragen.

Am 11. trat die gewählte Versammlung in Florenz zusammen, 172 Deputierte; am 16. sprach sie einstimmig den Ausschluß der lothringischen Dynastie aus; am 20. ebenso einstimmig den Anschluß des Landes an Piemont. Ohne viel Worte, ohne Bombast, in voller Ruhe geschah es, und Ricasoli forderte die Bevölkerung auf, sich jeden Hohnes auf die gefallene Dynastie in Wort und Bild zu enthalten. Eine Deputation begab sich nach Genua und von da in einem wahren Triumphzuge nach Turin. Der König nahm die Vereinigung des Großherzogtums mit dem Königreiche Sardinien nur in dem Sinne an, daß er erklärte, die Sache Toscanas bei den Mächten und insbesondere bei dem Kaiser der Franzosen führen zu wollen, ermahnte aber zur Ausdauer. An dieser fehlte es nicht, und zum großen Ärger der klerikalen und legitimistischen Welt wurden die Ungeduldigen mit Erfolg gezügelt, und die Ordnung ward unverbrüchlich aufrecht erhalten: man hatte es diesmal mit einer wunderbaren Sorte von Revolutionären zu thun, welche sich durchaus einem Königreich anschließen wollten. Dieser Haltung gegenüber war auch der Kaiser Napoleon waffenlos. Er gab am 16. Oktober einer parmesischen, und dann einer toscanischen Abordnung Audienz; der letzteren empfahl er den jungen Großherzog, der, wie er versicherte, „nicht bösartig“ sei; warum Florenz eine piemontesische Provinzialstadt werden wolle? Von Rußland und Preußen kamen Kundgebungen, die nur ermutigen konnten. Es war die Besorgnis vor einem Bonapartistischen Königtum in Mittelitalien, die aus ihnen sprach: der preußische Minister des Auswärtigen, von Schleinitz, faßte sich den Mut, zu sagen, daß Preußen ein starkes und unabhängiges Italien nicht ungern sehen werde, und Fürst Gortschakow äußerte gegen einen toscanischen Agenten, daß Rußland weder für noch gegen sei; man konnte nicht mehr verlangen. Durch diese Lage der Dinge ermutigt, thaten die Staaten der Mittelitalienischen Liga nun einen Schritt weiter, indem sie im November, eben in den Tagen des Züricher Friedensschlusses, den Prinzen von Carignan, einen Vetter des Königs, zum Regenten „im Namen des erwählten

Königs" ernannten. Ricasoli reiste am 30. mit diesem Beschlusse nach Turin. Dort gab man ihnen zwar keinen Prinzen des königlichen Hauses, wohl aber einen angesehenen Staatsmann, Boncampagni, welcher den Titel eines Generalgouverneurs der Mittelitalienischen Liga annahm und als solcher am 21. Dezember in Florenz feierlich begrüßt wurde.

Es war ein Punkt, der die Sache erschwerte und verwickelte, und der auch künftighin den Kernpunkt der Schwierigkeiten bildete, die sich immer aufs neue der Bildung des italienischen Staates entgegenstellten. Dieser Punkt war, daß auch die Romagna, ein Teil des Kirchenstaates, der Liga beigetreten war. Die Verwickelung des Papsttums in die politische Frage hemmte und trübte insbesondere die Politik des Kaisers Napoleon, welcher gegen Italien im ganzen wohlwollende, wenn auch nicht ganz uneigennützige Gesinnungen hegte, und der in der italienischen Einheitsfrage, wie man zugestehen muß, weit freier und größer dachte, als seine Minister und die meisten politischen Männer seines Landes. Gleich als er den Krieg begann, hatte er sich über diese Schwierigkeit keine Täuschung gemacht: „Diese Seite des Krieges gefällt mir nicht", hatte er geäußert, „mit dem Papste wird man nicht durch Kanonenschüsse fertig."

Die kriegführenden Mächte waren, wie erwähnt, übereingekommen, das päpstliche Gebiet als neutrales anzusehen. Dies hinderte nicht, daß Hunderte, ja Tausende von päpstlichen Unterthanen die Reihen der Freiwilligen Garibaldis verstärkten. In Rom sah man es sogar gern, daß diese gefährlichen Elemente sich entfernten, auf Nimmerwiederkehr, wie man hoffte, und legte ihnen keine Hindernisse in den Weg. Als aber dann am 12. Juni die österreichischen Truppen Bologna verließen, erhob sich dort alsbald der allgemeine Ruf: Italien und Viktor Emanuel. Der päpstliche Legat reiste nach einem fruchtlosen Protest ab; Forli, Ravenna, alle übrigen Städte der Romagna ließen das nationale Banner wehen, ebenso Ferrara, als auch von da die Österreicher abgezogen waren. Mit den Österreichern gingen überall auch die päpstlichen Truppen und die priesterlichen Beamten: wie ein Kartenhaus fiel diese Regierung auseinander, die nur der starke Arm Österreichs gehalten hatte. Für die befreite Provinz bestellte der Stadtrat von Bologna eine provisorische Regierung, und Viktor Emanuel ernannte den wackeren Patrioten Massimo d'Azeglio zu seinem außerordentlichen Kommissar in der Romagna. Über diese Provinz hinaus erstreckte sich im Kirchenstaate die Bewegung nicht. Ancona ward von den päpstlichen Truppen gehalten, und die vereinzelte Erhebung der Stadt Perugia auf der andern Seite des Apennins (14. Juni) endigte nach einem ungleichen Kampfe gegen die Übermacht der päpstlichen

Söldnertruppen — denn ihren eigenen Unterthanen durfte diese jämmerliche Regierung keine Waffen vertrauen — mit jenem Blutbade, für welches der Statthalter Christi den Soldaten Denkmünzen verteilte und ihren Anführer, Oberst Schmidt, zum General beförderte. In denselben Tagen, am 18. Juni, erließ der Papst eine Encyklika, welche in dem salbungsvollen, feierlichen Tone, mit dem diese Priester sich selbst und ihre Gläubigen über die wirkliche Gestalt der Dinge täuschen, von dem Aufruhr der Rotte Korah sprach: „Wir aber erklären, daß diesem Heiligen Stuhl das weltliche Fürstentum nötig ist, damit er in Freiheit ohne irgend ein Hemmnis zum Besten der Religion seine heilige Gewalt ausüben könne, während die verdorbenen Feinde der Kirche Christi ihm dieselbe zu entreißen beflissen sind." An demselben Tage, wo sein Söldnerregiment in Perugia plünderte und mordete, sprach er in einer Allokution an das Kardinalskollegium von dem „kirchenräuberischen Aufstande gottloser Menschen, welche alle göttlichen und menschlichen Rechte mit Füßen treten"; er rief hier die große Exkommunikation und andere Kirchenstrafen in Erinnerung, „welche von den heiligen Kanones, apostolischen Konstitutionen und Beschlüssen der allgemeinen Konzilien geschleudert wurden," und ordnete für die Sache der Kirche Gebete an, mit denen ein vollkommener Ablaß verbunden war. Allein diese Waffen alle waren auf diesem Boden, wo man die Ritter kannte, die sie schwangen, wirkungslos und machten auf diejenigen, welche irgend eine ernsthafte Regentenpflicht in der wirklichen Welt zu verwalten hatten, keinen Eindruck. Als die Präliminarien von Villafranca unterzeichnet waren, versuchte Napoleon diesen Frieden dem Papste plausibel zu machen. Er schrieb ihm am 14. Juli einen Brief, in welchem er ihn „mit der Stimme eines ergebenen Sohnes der Kirche" beschwor, den Legationen — man nennt so die vier Provinzen Forli, Ravenna, Bologna, Ferrara, welche zusammen die Romagna bilden — eine getrennte Verwaltung und eine Laienregierung zu geben. Die Lage war hier bedenklich. An der Südgrenze standen die päpstlichen Truppen, im Innern hatte man die Mazzinisten zu zügeln; indes bestand die Bevölkerung, die stolzeste und feurigste Italiens, unter dem mäßigenden Einflusse des bewährten Massimo d'Azeglio die Probe. Auch hier wurde eine Versammlung gewählt, die, 131 Abgeordnete, am 1. September zu Bologna zusammentrat. Sie war aus gemäßigten Männern zusammengesetzt, an deren Spitze Minghetti, ihr Präsident, stand. In einer fast geschäftsmäßig objektiven Weise legte sie dar, was das Priesterregiment gethan, und kam zu dem Schlusse: „So erklären wir, die Völker der Romagna, in die Generalversammlung einberufen, indem wir Gott zum Zeugen unserer ehrlichen Absichten nehmen, daß die Völker der Romagna die weltliche Regierung

des Papstes nicht mehr wollen"; am folgenden Tage, 7. September, erklärte sie ebenso einstimmig, was diese Völker wollten: „den Anschluß an das Königreich Sardinien unter dem konstitutionellen Könige Viktor Emanuel II." Die Erklärung wurde dem Könige überbracht. Er beschied die Deputation in derselben Weise wie die anderen, unter Beteuerung seiner tiefen Ehrfurcht für das Oberhaupt der Kirche. Der Papst beantwortete diese Akte mit einer neuen Allokution an die Kardinäle, aus deren Mitte er keinen Widerspruch zu befürchten hatte, wenn er die Beschwerden der Versammlung zu Bologna für freche Lügen erklärte, ebenso wie das „eingebildete, erlogene" Blutbad zu Perugia. Dem Antriebe der Kurie folgend ordneten die Bischöfe in der ganzen Christenheit, zumal in Frankreich, Gebete für Erhaltung des Erbteiles von St. Peter an. Dem piemontesischen Gesandten in Rom schickte Antonelli am 1. Oktober seine Pässe: unter ungeheurem Geleite verließ er die Stadt.

Die Klagen des Papstes fanden außerhalb Italiens einen mächtigen Widerhall: anders als in Italien selbst, wo man zu gut wußte, wie die Donner und die Blitze des Vatikans verfertigt wurden. Namentlich in Frankreich, aber auch sonst, sekundierten die ultramontanen Blätter in allen Tonarten. Die Königin von Spanien brannte vor Begierde, für ihre mannigfachen Sünden vollkömmlichen Ablaß zu finden, indem sie ihre Truppen zu einem Kreuzzuge für die päpstliche Gewalt entsende; in den Abruzzen, hinter den päpstlichen Söldnertruppen, sammelte sich ein neapolitanisches Heer. Der ultramontanen Partei kam es nicht in den Sinn, daß die Bevölkerung der Romagna eine andere Bestimmung haben könne, als die, zu Zwecken der allgemeinen Kirche besteuert und geknechtet zu werden; der Kirchenstaat, argumentierte sie, mit seinen Bewohnern sei das gemeinsame Eigentum der ganzen katholischen Kirche. Die Männer der nationalen Partei blieben der frivolen Lüge die ernste Wahrheit nicht schuldig, wiesen namentlich die unwissenden und heuchlerischen Franzosen darauf hin, daß Avignon schließlich mit demselben Rechte dem Papste gehöre wie die Romagna. Wichtiger war, daß sie für alle Möglichkeiten ihre Streitkräfte organisierten, wozu piemontesische Offiziere mitwirkten, und daß der tüchtigste unter ihnen, General Fanti, Ende August 1859 das Oberkommando in Mittelitalien übernahm.

Für Piemont wurde es mehr und mehr zu einer gebieterischen Notwendigkeit, eine entschiedene Stellung zu diesen Verwickelungen zu nehmen. Das Ministerium, welches nach Cavours Rücktritt gebildet worden war — Lamarmora, Rattazzi, Dabormida — erklärte, daß Piemont der italienischen Konföderation, wie sie im Frieden von Villafranca vorgesehen worden, nicht beitreten werde, und ließ im übrigen

die Bewegung in Mittelitalien ihren Gang gehen, indem sie nach Möglichkeit den auswärtigen Mächten gegenüber den Schein wahrte, als werde die Regierung gegen ihren Willen von den Ereignissen mitgerissen, als folge sie nur einer unabweisbaren Notwendigkeit. Eine Denkschrift Dabormidas gab sich große Mühe darzuthun, daß es ein wesentliches Interesse Europas sei, den Ausspruch des Volkswillens in Mittelitalien anzunehmen. Diese Annahme von seiten Europas aber würde nur auf einem Kongresse haben geschehen können: den Gedanken eines solchen nahm Frankreich gegen Ende November jenes ereignisvollen Jahres auf.

Denn auch für Napoleon wurde es nachgerade Zeit, eine klarere Stellung zu nehmen. Die Vorbereitungen der Kurie zu einer bewaffneten Restauration im Kirchenstaate wurden bedenklich: in ganzen Schiffsladungen kamen entlassene österreichische Soldaten von Triest her in Ancona an, um dort sich als päpstliche einkleiden zu lassen. Ließ er die Restauration geschehen, so waren binnen kurzem Piemontesen und Österreicher in Italien wieder handgemein; wollte er dies verhindern, so konnte es nur geschehen, indem er entschieden seinen Willen aussprach: aber wie er seither gethan, um in der Sprache der Kurie zu reden, Christus und Belial vereinigen wollen, ging nicht länger. Napoleon mußte wählen, nicht zwischen Christus und Belial, wohl aber zwischen dem Papste und Italien. Indes so vornehme und kluge Leute pflegen sich nicht unmittelbar bloßzustellen, solange sie nicht müssen: es erschien am 24. Dezember eine Broschüre, „Der Papst und der Kongreß" betitelt, welche, unter unmittelbarer Eingebung des Kaisers entstanden, doch nach Bedürfnis von ihm verleugnet werden konnte. Der wesentliche Inhalt dieser Schrift war, daß die Lostrennung der Romagna vom Kirchenstaate eine vollendete Thatsache und eine gewaltsame Restauration durch irgend welche der Mächte eine Unmöglichkeit sei; daß eine weltliche Herrschaft allerdings notwendig sei zur Ausübung der geistlichen Macht, diese aber mit einem Staate von einiger Ausdehnung sich nicht vertrage; daß mithin die Garantie der Mächte sich nur auf Rom und das sogenannte Patrimonium Petri, den unter unmittelbarer päpstlicher Verwaltung stehenden Bezirk in der Umgebung der Stadt und einige Delegationen, zu erstrecken habe, und daß dagegen die katholischen Mächte verpflichtet seien, für die Kosten des katholischen Kultus und als Tribut ihrer Ehrfurcht dem Papste eine beträchtliche Rente zu bezahlen. „Je kleiner der Kirchenstaat, desto größer der Papst", so faßte man in Italien den wesentlichen Sinn der Flugschrift zusammen, die, wie sich denken läßt, großes Aufsehen machte. Sie war das Todesurteil der weltlichen Macht des Papstes, das allerdings nicht auf einmal vollstreckt wurde.

Der letzte der europäischen Priesterstaaten begann dem historischen Gesetze zu verfallen, dem die übrigen, die geistlichen Fürstentümer Deutschlands, im 16., 17., 18., 19. Jahrhundert schon erlegen waren. Daß man sich in Rom selbst jenen Forderungen der Zeit, die in der Schrift dargelegt waren, fügen würde, wäre zu viel verlangt gewesen, und niemand erwartete es. Am 31. Dezember richtete Kaiser Napoleon einen eigenhändigen Brief im Sinne jener Broschüre an den Papst: seine Rechte an die Legationen seien unzweifelhaft, indes, so peinlich dies sein möge, es gebe keine andere Lösung als den Verzicht auf die aufgestandenen Provinzen, welche für den Papst doch nur eine Quelle von Verlegenheiten seien; in diesem Falle würden die Mächte ihm den Rest seines Gebietes gewährleisten. Pius IX. hatte die Antwort auf diesen Brief schon am 1. Januar 1860 gegeben, als der Befehlshaber des französischen Occupationscorps, General Goyon, mit seinem Offizierscorps ihn zu beglückwünschen kam und er hier mit wenig Takt und schlecht verhehltem Ärger den Wunsch aussprach, daß Gott das Oberhaupt der französischen Nation erleuchten und es die Irrtümlichkeit gewisser Grundsätze noch erkennen lassen möge, die jüngst in einer Druckschrift aufgestellt worden seien, die man als ein Denkmal ausgezeichneter Heuchelei und als ein elendes Gewebe von Widersprüchen bezeichnen könne. Eine etwas höflichere, aber nicht minder unumwundene Antwort gab er am 8. Januar: „Ich verkenne nicht die schwierige Lage Ew. Majestät, über die Sie Sich ja selbst keiner Täuschung hingeben", bemerkte er mit einer gewissen Schadenfreude; den Vorschlag selbst lehnte er ab, „weil er nicht abtreten könne, was ihm nicht gehöre." Daß diese Landschaft vor allem denen gehörte, welche sie bewohnten, daß das Recht, welches der Papst oder sonstwer an sie haben mochte, geübt werden mußte zur Befriedigung dieser Bewohner, und daß es bei hartnäckigem Mißbrauche thatsächlich verwirkt werden konnte, wie jedes Recht auf Gottes Erde — davon gab sich die priesterliche Selbstgefälligkeit keine Rechenschaft. So schritten die Leiter der Bewegung über den in seiner Art übrigens ganz berechtigten Eigensinn der Kurie weiter. An demselben Tage, wo der Papst so verächtlich von der Napoleonischen Broschüre sprach, geschah ein fernerer Schritt, indem der Diktator der Herzogtümer und der Romagna, Farini, für seine Verwaltung den Namen „Regierung der königlichen Provinzen der Emilia" — so heißen diese Landstriche von der alten Ämilischen Straße, welche sie durchzieht — annahm, und gleichzeitig General Fanti den mittelitalienischen Regimentern Nummern gab, welche sie als angegliederte Bestandteile der piemontesischen Armee erscheinen ließen. Mit dem Kongresse war es aus; Österreich lehnte jetzt ab, sich an einem solchen zu beteiligen, und der Papst schickte sich, wie er in einem Rund-

schreiben an die Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe der Christenheit vom 19. Januar erklärte, zum Märtyrertum an, verstärkte jedoch fortwährend sein Heer durch Freiwillige aus aller Herren Ländern.

Eine entschiedenere Wendung nahmen die Dinge, als am 16. Januar 1860 Rattazzi abtrat und die entschlossene und geschickte Hand Cavours das Ruder wieder faßte. Er bildete ein italienisches Ministerium: den General Fanti, an dessen Stelle Cialdini trat, machte er zum Kriegsminister, einen Romagnolen, Mamiani, zum Unterrichts-, den Lombarden Jacini zum Handelsminister; er selbst übernahm wieder zwei Ministerien, das des Inneren und das des Äußeren. Sein Cirkular vom 27. Januar erklärte die Restauration der entthronten Fürsten für unmöglich: die Regierung des Königs hätte gewünscht, die Entscheidung Europas abzuwarten: da aber der Kongreß ungewiß und es nicht geraten sei, länger zuzuwarten, so übernehme die Regierung die Verantwortlichkeit für die Schritte, welche in Toscana und der Emilia geschehen, wo wenige Tage vorher die sardinische Verfassung und das sardinische Wahlgesetz proklamiert worden waren.

Der folgende Monat verging mit Unterhandlungen, die nur zum Scheine geführt wurden. Die beiden Kontrahenten von Plombières waren einig. Die Abmachungen von Villafranca, der Kongreß, und was daran hing, waren aufgegeben, und anstatt dieses Heilmittels, das hier seine Kraft versagte, wurde nun ein anderes Rezept aus der kaiserlichen Apotheke hervorgeholt: das Plebiszit, die allgemeine Volksabstimmung. Hier bedurfte man der Künste nicht, mit welchen man im kaiserlichen Frankreich diesem nicht schwer zu handhabenden Werkzeuge die Antworten entlockte, die man wünschte. Am 12. März erfolgte die Abstimmung in der Emilia, wo von 526 258 Stimmberechtigten 427 512 und von diesen 426 006 für den Abschluß an Sardinien stimmten, und in Toscana, wo von 386 445 Stimmenden 366 571 den Anschluß, 15 000 einen eigenen Staat verlangten. Das Ergebnis wurde dem Könige überbracht: am 28. rückten die königlichen Truppen in das ehemalige Großherzogtum ein.

Napoleon aber hatte seine Einwilligung nicht umsonst gegeben. Die Abmachungen von Plombières traten jetzt wieder in Kraft. Einige Tage zuvor, 24. März, hatte Viktor Emanuel den Vertrag unterzeichnet, in welchem er Savoyen und Nizza, jenes 177 Quadratmeilen mit 580 000, dieses 60 Quadratmeilen mit 230 000 Seelen, vorbehaltlich der Zustimmung der sardinischen Kammern an Frankreich abtrat. Dieser Handel, lange verleugnet oder mit zweideutigen Worten zugedeckt, erregte, als er endlich im Laufe des Februar ruchbar wurde, in ganz Europa großes Aufsehen und fand überall, namentlich im englischen

Parlamente, lebhaften Tadel. Lord John Russell erklärte dort, daß man das Mögliche gethan, diesen Schritt zu widerraten, daß aber, da Frankreich und Sardinien handelseins geworden, nichts zu machen sei, da niemand wollen werde, daß England deshalb an Frankreich den Krieg erkläre: und nicht anders dachten die übrigen Mächte.

Nur die Schweiz hatte bei demselben ein unmittelbares Interesse zu wahren. Sie sah sich in ihrer Neutralität gefährdet, da Frankreich nunmehr den Kanton Genf auch im Süden umfaßte: und sie konnte sich auf den Artikel 92 der Wiener Kongreßakte berufen, in welchem die savoyischen Distrikte Chablais und Faucigny für neutral erklärt waren und der Schweiz das Recht zugesprochen wurde, dieselben im Kriegsfalle militärisch zu besetzen. Sie remonstrierte in Paris; sie wendete sich am 19. März in einer Note an die Kongreßmächte; sie protestierte, als Napoleon ein am 6. Februar gegebenes Versprechen, die Distrikte im Falle der Annexion Savoyens an die Schweiz abzutreten, zurücknahm, am 27. abermals zu Turin und zu Paris; die Bundesversammlung ward berufen, Truppen wurden aufgeboten; aber auch sie mußte sich endlich zur Ruhe geben, da niemand ihr zu ihrem Rechte helfen wollte. Auch hier wurde dem alten Rechte gegenüber das neue Recht, das Plebiszit, angerufen, und da man Zeit gehabt hatte, demselben vorzuarbeiten, so war die Abstimmung, die am 22. April erfolgte, nicht zweifelhaft. Fast allzu glänzend war das Ergebnis: unter 160 000 Stimmen zählte man noch nicht 1000 Nein. Die große Menge richtete sich einfach nach den materiellen Vorteilen, welche die Einverleibung unzweifelhaft bot, und die man ihr durch allerlei nicht allzu reinliche Mittel so verlockend als möglich dargestellt hatte. Es war nicht nötig, wie die Demokratie annahm, weil ihr Dogma von der Unfehlbarkeit des Volkswillens dabei in die Brüche ging, eine Abstimmung erst zu fälschen, die von vornherein eine falsche war. Am 29. Mai genehmigte das sardinische Parlament den Abtretungsvertrag. Es gereichte dieser Versammlung zur Ehre, daß es ohne leere Demonstrationen den Schritt that, der doch einmal unvermeidlich war: 229 Stimmen gegen 56 halfen hier der Regierung die Unpopularität dieser Maßregel tragen.

Dieses Parlament war am 2. April 1860 vom Könige eröffnet worden: zum erstenmal nahmen die Abgeordneten der Lombardei, Toscanas, der Romagna und der Herzogtümer an demselben teil. „Italien", sagte der König in seiner Thronrede, „ist nicht mehr das Italien der Römer, noch das Italien des Mittelalters, es ist kein offenes Schlachtfeld für fremden Ehrgeiz; es ist das Italien der Italiener". Das Parlament vertrat 11 Millionen Italiener unter einem Könige, mit 200 000 Soldaten, — „Dank der Vorsehung",

sagte der Präsident, als am 12. seine Verhandlungen begannen, „und dem Kaiser der Franzosen."

Aber die Lawine war noch im Rollen: gewaltsam, unwiderstehlich brach sich der Gedanke des italienischen Nationalstaates Bahn. Nur vergebens hatte man mit Noten und Verhandlungen und papierenen Verträgen die Bewegung einzudämmen gesucht, um schließlich doch geschehen zu lassen, was als einhelliger Volkswunsch sein Recht sich selber nahm: jetzt schickte der siegreiche „Gedanke Italien" sich an, auch den Süden zu erobern.

Hier im Königreiche beider Sizilien war König Ferdinand II., der rè Bomba, der seine Herde mit eisernem Stabe geweidet hatte, am 22. Mai 1859, zwei Tage nach dem Treffen bei Montebello, gestorben. Es folgte ihm sein Sohn Franz II., ein noch ganz junger, unerfahrener Fürst und, soweit er überhaupt in die Lage kam, Fähigkeit zu beweisen, von geringen Fähigkeiten. Der verstorbene König hatte Heer und Finanzen in gutem Stande gehalten, und die Masse des Volkes, welche in genügsamer Unwissenheit dahinlebte, hegte keine Neuerungsgedanken; in den höheren Schichten der Gesellschaft aber lebten dieselben Ideen, die überall in Italien die Gemüter beherrschten, und welche die Regierung nur vergebens mit Kerker, Verbannung und allen Mitteln der Gewalt niederhielt. Dies änderte sich unter dem neuen Könige nicht, welcher die alten Minister beibehielt, und der Rat, welchen Lord John Russell in einer Note an den englischen Gesandten am 16. Januar 1860 aussprach, daß die neapolitanische Regierung sich der Aufgabe nicht entziehen möchte, die Folgen einer Mißregierung abzuwenden, welche kaum ihresgleichen in Europa habe, und die unausweichlich ins Verderben führe, fand hier keine Ohren. Und doch widersprach es jeder natürlichen Wahrscheinlichkeit, daß der Sturm, der soeben in Mittelitalien sein Werk vollbracht hatte, diesem Lande fern bleiben werde. Es dauerte nicht lange, so war er da. Aufrührerische Bewegungen zeigten sich zuerst auf Sizilien, am 4. April in Palermo, am 8. in Messina; sie wurden ohne Mühe, aber auf kurze Zeit, unterdrückt. Dem Belagerungszustande und einzelnen Erschießungen zum Trotz wiederholten sie sich; der ruhige Gang der Geschäfte wollte nicht wiederkehren, auch als der Belagerungszustand wieder aufgehoben wurde. Am 4. Mai mußten in der Hauptstraße von Palermo die Kaufleute polizeilich gezwungen werden, ihre Läden zu öffnen: das geheime revolutionäre Komitee verbot dagegen während dreier Tage diese Straße zu betreten und fand Gehorsam.

Diese Symptome hätten die Regierung zu Neapel bestimmen müssen, sich ernstlich die Frage vorzulegen, wie sie sich zu den Ereignissen stellen wolle, deren Schauplatz soeben das mittlere und nördliche

Italien gewesen. Eine Denkschrift, welche der Graf von Syrakus am 3. April an seinen Neffen, den König, richtete, legte in nachdrücklicher Sprache die veränderte Lage der Dinge dar: es sei unvermeidlich, das Prinzip der italienischen Nationalität sich anzueignen; der einzige richtige Weg für Neapel sei die Verleihung einer Konstitution und Allianz mit Piemont. Dasselbe verlangte am 6. eine Volksmenge, welche in der Hauptstraße Neapels, der Straße Toledo, zu einer großen Demonstration sich vereinigte; dasselbe riet mit großer Entschiedenheit Lord Palmerston dem neapolitanischen Gesandten im Vorzimmer der Königin von England. Der junge König befolgte den Rat nicht. Er suchte die Stimmung der Truppen durch Revuen und Bankette, die er den Offizieren gab, zu heben und schickte Verstärkungen auf Verstärkungen nach Sizilien, wo bereits einzelne Insurgentenbanden sich zusammenrotteten und die allgemeine Stimmung jeden Augenblick einen neuen Ausbruch befürchten ließ. Die Augen des ganzen Italiens richteten sich dorthin: offen wurde in Mailand zur Anwerbung von Freiwilligen für Sizilien aufgefordert. Der natürliche Führer dieser Freiwilligen war Garibaldi, der nach einem Leben voll romantischer Abenteuer seine Kraft nicht in die festen Schranken des konstitutionellen Lebens einzufügen im stande war, und der sich gleichsam auf eigene Hand in Kriegszustand setzte, solange irgend ein Teil seines Vaterlandes noch unter dem Joche der Fremden schmachtete: unter welchem Namen er ohne Umschweif auch den „Tyrannen von Neapel" und den „Priester in Rom" begriff. König Viktor Emanuel hatte Frieden geschlossen, nicht er; als die Regierung ihm, wie natürlich, Geld und Schiffe weigerte, schrieb er am 5. Mai an den König, den er, der Republikaner, als Ehrenmann („Galantuomo"), als einen tapfern Soldaten und ehrlichen Patrioten mehr denn als seinen Souverän achtete, und sagte ihm unumwunden, daß er vorhabe, den Brüdern in Sizilien, deren Hilferuf sein und seiner Waffengefährten Herz gerührt habe, zu Hilfe zu kommen. Im Hafen von Genua nahm er ohne Umschweif zwei Schiffe in Beschlag, die einer Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörten, bestieg sie mit den etwa 1000 Freiwilligen, die mit ihm ihr Los geworfen hatten (6. Mai), und bald hallte die Welt von der Kunde wieder, daß er mit seiner Handvoll Leute am 11. Mai zu Marsala an der westlichen Küste Siziliens, südlich von der Bucht von Drepana, die im Altertume einen der Schauplätze des Krieges zwischen Rom und Karthago bildete, gelandet sei.

Ein unglücklicher Irrtum verleitete ein Jahrzehnt später diesen Mann, sich in einem schon verlorenen Kampfe auf die Seite des Unrechts gegen die gerechteste Sache der Welt zu stellen, die zugleich die Sache seines eigenen Vaterlandes war, und sich dadurch den Ruf eines



Giuseppe Garibaldi.
1859.
(Nach Metzmacher.

querköpfigen Abenteurers zuzuziehen: dies darf jedoch nicht abhalten, anzuerkennen, was rein und groß in diesem Charakter war. Geboren am 4. Juli 1807 zu Nizza, einer seemännischen Familie entsprossen, war er, kaum dem Knabenalter entwachsen, als Seemann ausgefahren, war dann, die Erbitterung und die Hoffnungen der italienischen Jugend teilend, unter den Einfluß des ihm an Geist weit überlegenen Mazzini geraten, hatte alsdann, in die piemontesische Kriegsmarine eingetreten, bei der Mannschaft einer Fregatte für seine Ideen Propaganda gemacht, mußte flüchten und wurde zum Tode verurteilt. So ward er nach Amerika verschlagen, wo er von 1836 an, in welchem Jahre er zu Rio de Janeiro ans Land stieg, ein an Abenteuern reiches Leben führte. Führer eines Kaperschiffes der kleinen Republik Rio Grande do Sul im Kampfe gegen das Kaiserreich Brasilien, zum Tode verwundet, in die Gefangenschaft eines der Gouverneure von Rosas, dem Tyrannen der La Plata-Staaten, geraten, dann wieder befreit — so trieb er sich mit einigen anderen Italienern in diesen südamerikanischen Wirrnissen um, heiratete ein spanisches Mädchen, das, schwärmerisch von ihm geliebt, heldenmütigen Geistes seines Abenteurerlebens Entbehrungen und Gefahren teilte, diente der Republik Uruguay gegen Rosas und machte sich an der Spitze einiger Schiffe und einer italienischen „Legion" bei der fünfjährigen Verteidigung von Montevideo verdient, bis ihn, der keinen Augenblick Italien vergessen hatte und dem italienischen Namen mitten unter einer Umgebung vom zweifelhaftesten Charakter Ehre machte — im Jahre 1847 die Nachricht erreichte, daß durch den neuen Papst Pius IX. seinem Vaterlande eine große Hoffnung aufgegangen sei. Im April 1848 schiffte er sich mit 54 seiner Waffengenossen nach Europa ein und betrat, 41 Jahre alt, sein Heimatland wieder, als dasselbe eben den großen Kampf gegen Österreich begann. Er hatte nicht, wie so viele andere, in geheimen Gesellschaften und Verschwörungen seine beste Manneskraft verbraucht. In urtümlichen Verhältnissen hatte er Frische, Thatkraft und jene sittliche Reinheit sich bewahrt, von welcher die frivole Tagesmeinung glaubt, daß sie in den Kämpfen der Völker und bei den großen Weltgeschicken eine gleichgültige Sache sei, aus der aber in Wahrheit eben in außerordentlichen Zeiten der Mensch eine Kraft zieht, welche ihn stark und sicher macht, wo auch Mutige zaudern und zagen. Wie er in die Kämpfe des Jahres 1849 und 1859 eingriff, haben wir gesehen: jetzt war seine Stunde gekommen: und mit Erstaunen sah man, wie der neue Sertorius im Laufe weniger Monate ein Königtum in den Staub warf, das von einer Armee von 100 000 Mann verteidigt wurde.

Von zulaufenden Insurgenten und nachfolgenden Freiwilligen nur allmählich verstärkt, übernahm er am 14. Mai 1860 die Diktatur auf

Sizilien „im Namen Viktor Emanuels, des Königs von Italien“, und führte am 15. seine erste Waffenthat aus, indem er den General Landi, der mit 3500 Mann bei Calatafimi stand, aus seinen Stellungen herausschlug. Dieser erste Erfolg, mehr noch als seine Landung, erneuerte den Zauber seines Namens bei Freund und Feind, die je nachdem in ihm einen Heiligen oder einen Teufel sahen. Einen sehr wirksamen Verbündeten fand er in dem alt eingewurzelten Haß der sizilischen Bevölkerung gegen die neapolitanische Herrschaft. Die königlichen Truppen, 8000 Mann stark, zogen von Palermo heran, wo fortwährend neue Truppen anlangten; es gelang ihm, dem Angriff der drohenden Übermacht auszuweichen und sie durch einen verstellten Rückzug nach der falschen Straße zu locken, während er unbehelligt gegen Palermo rückte. Am Abend des 19. sah man die Biwakfeuer der Insurgenten auf den Höhen südlich der Stadt; am 27. drang er in Palermo ein, wo die Bevölkerung sich für ihn erhob, unbeirrt durch das Bombardement, welches die Citadelle und die Schiffe im Hafen gegen die Stadt eröffneten. Schon am folgenden Tage, während von allen Seiten Insurgentenbanden die königlichen Truppen umschwärmten, begannen Unterhandlungen. General Lanza, den König Franz als seinen Stellvertreter nach Sizilien geschickt hatte, bequemte sich, mit „Sr. Excellenz General Garibaldi“ wie mit seinesgleichen zu verhandeln und einen dreitägigen Waffenstillstand mit ihm abzuschließen: fast im gleichen Augenblicke, wo eine Note Cavours sein Unternehmen feierlich, aber doch wohl nur zum Schein, mißbilligte. Während des Waffenstillstandes erließ Garibaldi eine energische Proklamation: „Für Jubel und Hurraruf haben wir noch Zeit, wenn das Land von Feinden gesäubert ist — wer in diesen drei Tagen nicht an Waffen denkt, ist ein Verräter oder ein Feigling“ — —. Am 3. Juni ward der Waffenstillstand verlängert; am 5. kam General Letizia mit Vollmacht zu Unterhandlungen von Neapel zurück, und am 6. wurde die Kapitulation unterzeichnet, welche die erste Stadt Siziliens an Garibaldi übergab, der sofort eine Regierung einsetzte, eine Reihe von Dekreten zur militärischen Organisation der Insel erließ und Bevollmächtigte nach Paris und London schickte. Die sofortige Vereinigung mit Piemont, welche der Gemeinderat von Palermo beantragte, lehnte er ab: dazu sei noch nicht die Zeit gekommen; am 25. verbannte ein Dekret die Jesuiten und zog ihr Eigentum für den Staat ein. Die königlichen Truppen zogen aus ihren Garnisonen ab und konzentrierten sich bei Messina. Auch die neapolitanische Flotte hatte keine größeren Thaten aufzuweisen, als daß sie zwei Schiffe mit Freiwilligen aufgegriffen hatte.

Jetzt erst entschloß man sich in Neapel zu dem Schritte, der mindestens ein Jahr früher hätte geschehen müssen. Ein Dekret von

Portici vom 25. Juni verkündete eine vollständige Amnestie, Einsetzung eines liberalen Ministeriums, das in kürzester Frist eine Verfassung auf nationaler Grundlage ausarbeiten werde, Einverständnis mit Sardinien, Annahme der italienischen Farben. Dem entgegen erließ den folgenden Tag das geheime revolutionäre Komitee in Neapel ein Dekret, in welchem es bis auf weiteres Ruhe und Vermeidung jedes Zusammenstoßes mit den Agenten der Regierung verordnete: jede Konzession von dieser Seite sei aber mit Verachtung abzuweisen. Beides half nichts; schon am 28., während das neue Ministerium Spinelli die Geschäfte antrat und vom Schloß die italienische Trikolore wehte, mußte der Belagerungszustand über die Hauptstadt verhängt werden.

Die Regierung hatte Eile: am 1. Juli stellte der König statt eine neue Verfassung ausarbeiten zu lassen, die vom 10. Februar 1848 wieder her. Am 15. ging Franz II. selbst in die Kasernen und nahm den Truppen den Eid auf die Verfassung ab: es war derselbe Tag, an welchem in Palermo das Fest der heiligen Rosalia unter Garibaldis Auspicien abgehalten wurde. Um Neapel stand ein Heer von etwa 80 000 Mann, mit allem wohlversehen; gleichwohl glaubte niemand mehr an die Fortdauer der Dynastie oder an ernstlichen Widerstand; an allen Schaufenstern sah man die Bilder Viktor Emanuels, Garibaldis und, was der Klugheit der Italiener Ehre machte, Napoleons.

Keine europäische Intervention wagte sich an den großen Feuerherd heran, dessen Flammen, von dem geheimen Komitee geschürt, um den Bourbonischen Thron züngelten. Vergebens versuchte die Regierung Viktor Emanuels, die auch abgesehen davon, daß sie dem legitimistischen oder halblegitimistischen Europa ihren guten Willen beweisen mußte, gute Gründe hierzu hatte, Garibaldi ins Schwert zu fallen. Die Aufforderung, welche ein Ordonnanzoffizier des Königs ihm überbrachte (27. Juli), das Festland von Neapel nicht anzugreifen, wies der siegreiche Freischarenführer zurück: „Ich werde von der Bevölkerung Neapels gerufen und vorwärts gedrängt; erlauben mir Ew. Majestät daher, diesmal nicht zu gehorchen“ war seine Antwort: und heimlich that doch die piemontesische Regierung was sie konnte, um sein Unternehmen zu unterstützen, mit welchem ganz Italien sympathisierte. Der weitere Einsturz der alten Ordnung ging wie von selbst von statten: am 28. kapitulierte Messina, und während 12 000 Mann der Königlichen nach dem Festland hinübergeschafft wurden, bezogen ihrer 6000 die Citadelle. Was in Neapel geschah, äußerte keinerlei Wirkung; jeder Befehl blieb kraftlos am Boden liegen; das Ministerium sprach zur Bevölkerung, verkündete sein Programm (4. August), niemand hörte

zu, und der Antrag auf ein Bündnis mit Sardinien wurde jetzt von der Turiner Regierung abgelehnt, obgleich die neapolitanischen Abgesandten sogar Vollmacht hatten, Mitwirkung zu einem Befreiungskriege gegen Österreich und das Vikariat der Romagna für den König Viktor Emanuel anzubieten, wogegen dann König Franz dasjenige von Umbrien und den Marken erhalten würde. Alle Welt debattierte nur die eine Frage, wo Garibaldi landen würde; darüber vergaß man alles übrige. Nur vergebens suchte die Regierung der beginnenden Auflösung zu steuern, sie mußte die Wahlen zur Kammer — jetzt der letzte Strohhalm, nach welchem der Despotismus griff, indem die Wellen ihn verschlangen — auf Ende September vertagen. Allerlei Ratschläge wurden nun, wie es zu geschehen pflegt, wenn guter Rat nicht mehr zu haben ist, herbeigebracht. Der Oheim des Königs, der Graf von Syrakus, forderte den König zur Abdankung auf, „um wenigstens unser Haus vor den Verwünschungen Italiens zu retten", — was in jedem Falle zu spät war; von einer andern Seite her empfahl sich der Prinz Lucian Murat, ein Enkel des ehemaligen Königs Joachim, im Falle das neapolitanische Volk um einen Thronkandidaten, „ein Unterpfand der Unabhängigkeit und der Wohlfahrt", verlegen sein sollte, — auch von nahe bevorstehender Intervention der europäischen Mächte hörte man, über welche in der That lebhaft verhandelt wurde. Währenddessen traf Garibaldi seine Maßregeln, um über die Meerenge zu gehen. Am 6. August kündigte er sich in einer Proklamation den Bevölkerungen des Festlandes an. Am 19. glückte es, 5000 Mann auf zwei Dampfern in der Nähe von Reggio zu landen, mit denen Garibaldi sofort den Weg in die Berge einschlug, um die königlichen Truppen irre zu führen. Die Kraft des Widerstandes war bereits gebrochen. Am 21. fiel Reggio, am 23. ergaben sich zwei königliche Brigaden mit allem Heergeräte; am 29. löste sich das Lager des Generals Vial bei Garibaldis Annäherung von selber auf, und die Soldaten verliefen sich in ihre Heimatsorte. Der Rest der Königlichen stand bei Salerno; aber den Gedanken, dort, noch südwärts Neapel, dem „roten Teufel" eine Schlacht zu liefern, mußte man aufgeben, und am 1. September brach Garibaldi von Cosenza auf, um, wie er der Municipalität von Neapel geschrieben, am 7. oder 8. dort einzutreffen. Es geschah so; der König räumte seine Hauptstadt, damit der Parteigänger einziehe. Am 6. nahm Franz II., das wenig schuldige Opfer der Sünden seiner Väter, in einer würdigen Proklamation und unter Hinterlassung eines Protestes Abschied; am 7. zog Garibaldi, er allein, seinen Scharen voraus, in Neapel ein. Er übernahm auch hier die Diktatur im Namen des Königs von Italien: „Jetzt vereint", sprach er zu der ihn umdrängenden Menschenmasse, „können wir alles

wagen und unser Geschick erfüllen." Er war also noch lange nicht am Ziele seines Wagens; deutlicher noch sprach er am 11. in einer Proklamation an die Palermitaner, daß der Anschluß an das Reich des „König-Ehrenmannes" — so bezeichnete er Viktor Emanuel, den er in der That mehr als Ehrenmann denn als König respektierte — nicht sogleich, sondern erst von der Höhe des Quirinals herab ausgerufen werden werde. Und so wenig wie hier in Neapel würde er auf der Höhe des Quirinals Halt gemacht haben.

Eine Situation wie diese war niemals dagewesen. Siegreich ohne Schlacht, nicht wie ein Feldherr, sondern fast wie ein einfacher Reisender erreichte dieser Mann, in welchem das Gespenst der Revolution Fleisch und Blut angenommen zu haben schien, Station um Station, und ein Gericht ohnegleichen erging hier über die despotische Regierungsform, für welche in der Stunde der Entscheidung fast kein Arm sich waffnete. Es war keine Entschuldigung, sondern erschwerte nur die Anklage, wenn die konservative und ultramontane Presse der verschiedenen Länder die Hauptursache des Gelingens von Garibaldis Unternehmung in dem Verrate der Generale und hohen Beamten fand: welch ein Staat mußte es sein, in welchem eine solche „Felonie und Flucht" möglich war! Wer konnte diesem Gerichte Einhalt thun? Es war an dem, daß man froh sein mußte, wenn jetzt die sardinische Regierung einschritt und ihre Autorität an der Stelle aufrichtete, wo der Thron von Neapel gestanden, und wo jetzt der Freischarenhäuptling seine Diktatur übte, — derselbe, den die österreichischen Journale der Welt als einen gewöhnlichen Räuberhauptmann geschildert hatten, weil er im Jahre 1849 ganz sicher von den österreichischen Truppen als solcher behandelt worden wäre, wenn sie ihn hätten fangen können. Für die sardinische Regierung lag unzweifelhaft jetzt die Notwendigkeit vor, zu handeln und mit Entschlossenheit das Werk, das vor kaum zwei Jahren begonnen war, mit eigener Verantwortung hinauszuführen. Die wohlerwogenen, wohlvorbereiteten Pläne Cavours waren weit überholt, er mußte alles Ernstes jetzt die Leitung der von Garibaldi begonnenen, von ihm erst zugelassenen, dann insgeheim, dann mittelbar, zuletzt unmittelbar und offen unterstützten Revolution im Namen des Königs übernehmen, wenn diese königliche Autorität und Regierung überhaupt noch etwas bedeuten sollte. Die Gefahr, sich dabei mit dem übrigen Europa zu verfeinden, war die geringere, so böse Miene man auch an den Höfen machte. Es war die einzige englische Regierung, welche damals das kostbare Vorrecht besaß, die Politik mit dem Maßstabe des gesunden Menschenverstandes und des gesunden sittlichen Urteils zu messen und dieses Urteil auch mit dürren Worten vor aller Welt auszusprechen: daß nämlich gekrönte Häupter, Könige und Päpste, ebenso

gut wie andere Menschen die Folgen ihrer Fehler und Thorheiten sich selbst zuzuschreiben haben, und daß weiter kein Grund vorhanden sei, sich zu entrüsten, wenn dies jetzt in Italien geschah. Dagegen äußerten alle übrigen Regierungen mehr oder weniger laut und mehr oder weniger aufrichtig ihre sittliche Entrüstung über die höchst schauderhaften Dinge, welche sich in Italien begaben. Die Gesandten von Österreich, Rußland und Preußen folgten wie der päpstliche Nuntius dem König Franz nach der Festung Gaeta, und selbst Frankreich drohte zu Turin mit Abbruch seiner diplomatischen Beziehungen, im Falle die Truppen des Königs von Sardinien den Kirchenstaat angreifen würden.

Dies war gleichwohl nicht mehr abzuwenden. Das alte Patrimonium Petri, die Provinzen Rom, Civita Vecchia, Comarca und Viterbo, schützten die Franzosen; ausdrücklich diese nannte der französische General seinen Offizieren, bezüglich der übrigen war der Papst auf seine eigenen Waffen angewiesen. Von diesen waren die geistlichen im Laufe der Jahrhunderte etwas stumpf geworden; in Italien erregte ihre Anwendung so gut wie gar keine Wirkung, außerhalb Italiens Kummer und ohnmächtige Wut bei den einen, Gelächter oder Langeweile bei den anderen. Mit den weltlichen stand es wenig besser. Was der Papst von eigenen Truppen besaß, befand sich, von freiwilligen Glaubenseifrigen und Abenteurern aus aller Herren Länder verstärkt, seit April unter dem Oberbefehle des französischen Generals Lamoricière, für welchen augenblicklich im kaiserlichen Frankreich keine Verwendung war, und den mehr die Langeweile und der Wunsch, eine Rolle zu spielen, als Frömmigkeit und wirklicher Glaubenseifer zur Übernahme der wenig hoffnungsreichen Aufgabe trieb.*) Im September ergriff nun der Abfall auch die Marken und Umbrien. Deputationen gingen nach Turin, um den Schutz des Königs Viktor Emanuel zu erbitten. Die italienische Regierung hatte bereits Anfang September zwei Armeecorps an der Grenze des Kirchenstaates zusammengezogen, und eine Note Cavours an Antonelli verlangte nun (7. September) in gebieterischem Tone „im Namen der Rechte der Humanität" die sofortige Entwaffnung und Auflösung der fremden Söldnercorps, welche eine Drohung für die Ruhe Italiens seien. Dieses Ultimatum war bestimmt, den Zusammenstoß herbeizuführen, den die italienische Regierung jetzt brauchte: am 11. erfolgte eine grobe Abweisung durch den Kardinal-Staatssekretär: am gleichen Tage rückten die piemontesischen Truppen unter den Generalen Fanti und Cialdini in die päpstlichen Provinzen ein. Der Kaiser Napoleon vollführte nun

---

*) Sein Charakterbild bei Taxile Delord II, 652 f.

jene seine Drohung und rief seinen Gesandten von Turin ab (14. September). Währenddessen besetzten die italienischen Truppen eine Stadt nach der andern, und Admiral Persano erschien mit der piemontesischen Flotte vor Ancona. Bei Castelfidardo, einige Meilen südlich von dieser Stadt, kam es am 18. zwischen den Königlichen unter Cialdini und den Päpstlichen unter Lamoricière zum Kampfe. Nach heftigem Gefechte gaben sich die päpstlichen Truppen gefangen oder lösten sich auf, Lamoricière schlug sich nach Ancona durch, das, nun auch von der Landseite eingeschlossen, am 29. sich an den italienischen General Fanti ergab.

Unterdessen setzte Garibaldi, neben Sardinien und den Trümmerstücken der österreichischen Herrschaft die dritte Macht in Italien, seine Operationen selbständig fort. Er wollte, obgleich er die neapolitanische Flotte dem piemontesischen Admiral übergab, noch immer nichts von der Verkündigung des Anschlusses an Piemont wissen; sie würde ihm die Hände gebunden haben. Am 19. rief er von neuem seine Freiwilligen zum Zuge gegen Rom und gegen Venezien auf: „Unser Sieg ist unvollständig", rief er ihnen in einer Sprache zu, die man nicht jedem verziehen hätte — „Italien ist noch nicht vollständig frei; wir sind noch fern von den Alpen, unserm Endziele — — kommt herbei zum allgemeinen Sammelplatze dieser Armee, welche die bewaffnete Nation sein muß, um Italien einig und frei zu machen, möge dies den Mächtigen der Erde gefallen oder nicht —." Eine überaus gefährliche Krisis — gefährlich für das junge Reich Italien, das noch lange nicht im Hafen war — trat ein. Die Vertreter der wirklichen Revolution, Mazzini, der armselige Ledru-Rollin und andere, drängten sich in Neapel um den ehrlichen Garibaldi: es schien einen Augenblick, als solle es hier mit der Republik — und vermutlich gleich mit der allgemeinen — versucht werden. Indes Patriotismus und gesunder Menschenverstand siegten, und es wurde in Garibaldis Kriegsrat beschlossen, die Mitwirkung der sardinischen Truppen abzuwarten, ehe man die letzte und stärkste Position des entthronten Königs von Neapel, die Festungen Capua und Gaeta, angreife. Am 25. überschritt Cialdini die neapolitanische Grenze, und am 29. übernahm Viktor Emanuel selbst den Oberbefehl über die Armee: er verstand es am besten, mit dem Eigensinne Garibaldis fertig zu werden, — seinem „Büffelkopfe", wie auch solche ihn nannten, die daneben seinem „Herzen von Gold" alle Gerechtigkeit widerfahren ließen. An dem Kampfe, der am 1. Oktober am Volturno zwischen den Neapolitanern Franz' II. und Garibaldi entbrannte, nahm bereits eine Abteilung der königlich sardinischen Truppen teil.

Die kriegerischen Ereignisse näherten sich ihrem Schlusse. Der

Rest der neapolitanischen Armee rettete seine Waffenehre. Capua ergab sich erst am 2. November mit 11 000 Mann; 20 000 mit 36 Kanonen traten am 5. auf römisches Gebiet über; der Rest warf sich nach Gaeta, das, von der Seeseite her durch eine französische Flotte geschützt, sich noch lange hielt. Erst am 19. Januar 1861 segelte diese ab und überließ Franz II. und seine tapfere Gemahlin ihrem Schicksal: die letztere, eine bayrische Prinzessin, hatte rühmlich ihre Pflichten erfüllt, die Spitäler besucht, Verwundete gepflegt und Besseres verdient, als von legitimistischen Dichterlingen als „Heldin von Gaeta" besungen zu werden. Am 13. Februar kapitulierte die Festung, und Franz II. begab sich nach Rom, wo ihn wie den Papst die französische Fahne schützte. Einen Monat später kapitulierte Messina, am 21. März das von Gendarmen und Briganten verteidigte Felsennest Civitella del Tronto in den Abruzzen.

Unterdessen hatte sich in sämtlichen Gebieten, allen Noten und Protesten zum Trotz, der Anschluß ruhig vollzogen. Am 2. Oktober 1860 war das sardinische Parlament zusammengetreten, vor welchem Cavour die Politik der Regierung rechtfertigte. Die Ära der Revolution, sagte er, müsse sich jetzt schließen. Die venezianische und die römische Frage, die letztere nur durch moralische Kräfte lösbar, seien der Zukunft anheimzugeben; man müsse eilen, in die regelmäßigen Bahnen gesetzlicher Regierung einzulenken; Revolution und konstitutionelles Regiment könnten in Italien nicht länger nebeneinander bestehen. Am 11. nahm das Parlament das Annexionsgesetz für die Provinzen Mittel- und Süditaliens an. Die Volksabstimmungen, welche am 21. Oktober in Sizilien und Neapel, am 4. und 5. November in Umbrien und den Marken stattfanden, sprachen sich fast einstimmig für den Anschluß aus. So war, noch ehe das Jahr zu Ende ging, ein Königreich Italien mit 22 Millionen Menschen fertig, dem nur noch Rom und Venezien fehlte. Das eine war von den französischen, das andere von den österreichischen Bajonetten gehütet; über die Gesinnung der Bevölkerungen konnte kein Zweifel sein; aber ein Angriff auf zwei Großmächte zugleich wäre eine Thorheit und ein Verbrechen gewesen, an welches eine Regierung mit wirklicher Verantwortung auch nicht einmal denken durfte, da man damit tollkühn alle die über Erwarten großen Erfolge dieses wunderbaren Jahres aufs Spiel gesetzt hätte. Auch Garibaldi fügte sich. Nachdem er am 7. November an der Seite Viktor Emanuels in Neapel eingezogen, nahm er einen vorläufigen Abschied von seinen Waffengefährten und schiffte sich nach der Insel Caprera, einem der kleinen Eilande im NO. der Insel Sardinien, ein, wo er eine kleine Besitzung hatte. Am einfachen

Herde ruhte er von seinen Thaten aus, deren Ruf und Wirkung die Welt erfüllte.

Alles dies war geschehen, ohne daß von irgend einer Seite ernstlicher Widerstand geleistet worden wäre. Wo waren die Zeiten hin, in denen die Ausrufung einer Konstitution, ein Soldatenaufstand, ein Regierungswechsel im liberalen Sinne sofort die Heere der Großmächte unter die Waffen gerufen hatte? Eine legitime Regierung, eine uralte Dynastie hatte ihre Sache mit einer Bewegung verkettet, die, langsam gereift, ihr Recht in sich selber trug; Diplomatie und Revolution, Cavour und Garibaldi, hatten zusammengewirkt und hatten sich trotz zahlreicher Reibungen doch in der Hauptsache gut verstanden; die ungeheuren Gefahren, welche in dieser Verbindung lagen, waren glücklich vermieden worden: das neue Reich war gegründet. Die endgültige Sanktion, so hätte es scheinen sollen, konnten die Neuerungen des Jahres 1860 nur auf einem europäischen Kongresse finden, und wiederholt war von einem solchen die Rede. Allein ein solcher Kongreß erwies sich als unmöglich. Er hätte schließlich doch nicht umhin gekonnt, das als zu Recht bestehend anzuerkennen, was die europäischen Höfe, selbst die am meisten vorurteilsfreien, vorläufig höchstens als Thatsache sich gefallen lassen wollten. Man mußte erst die Zeit wirken lassen, die vieles erträglich macht, und es einstweilen den einzelnen Staaten überlassen, wie sie sich zu den Ereignissen stellen wollten und konnten.

Am klarsten war diese Stellung zwischen Österreich und Italien. Der Kampf war hier nur vertagt, solange Venezien noch in österreichischen Händen war. Niemand in Europa machte sich hierüber eine Täuschung, niemand suchte es zu verschleiern. Von einer gegenseitigen diplomatischen Vertretung der beiden Staaten war längst keine Rede mehr. Eine Anzahl anderer Staaten folgte diesem Beispiel: Spanien hatte seinen Gesandten von Turin abgerufen, als im Oktober die piemontesischen Truppen in Umbrien einrückten, Bayern that dasselbe im Dezember. Beides war zu ertragen; indes auch Rußland that so (10. Oktober), und einige Tage später, am 13., erwiderte die preußische Regierung das sardinische Memorandum vom 12. September mit einer Note, in welcher der Minister des Auswärtigen, von Schleinitz, dessen italienische Politik übrigens für das, was sie nicht that, alles Lobes wert war, der italienischen Regierung ihre Sünden vorhielt: die preußische Regierung glaube nur eine gebieterische Pflicht zu erfüllen, indem sie „bezüglich dieser Grundsätze und ihrer Anwendung ihre ausdrücklichste und formellste Mißbilligung ausspreche.“ Dem entgegen erklärte am 27. Oktober die englische Regierung in einer Note, deren schlichte Verständigkeit den besten Eindruck macht gegenüber dem geschraubten und mehr oder weniger unwahrhaftigen

Charakter der übrigen, sie könne das Betragen der sardinischen Regierung so entsetzlich nicht finden; der etwas umständliche aber ehrliche Lord John Russell, ein sehr guter Freund Italiens, schlug in seinem Vattel nach und fand in diesem geschätzten Lehrbuch des Völkerrechts: „Wenn ein Volk aus guten Gründen gegen einen Unterdrücker zu den Waffen greife, so sei es nur eine That der Gerechtigkeit und des Edelmutes, braven Männern in der Verteidigung ihrer Freiheiten beizustehen;" das aber, meinte Lord John Russell, könne die englische Regierung nicht behaupten, daß das Volk von Süditalien keine guten Gründe gehabt hätte, sich gegen seine früheren Autoritäten aufzulehnen. So erkannte denn England am 30. März 1861 das Königreich Italien förmlich an. Am 15. Juni erfolgte die Anerkennung von seiten Frankreichs. Von seiten der nordischen Mächte wurde am 23. Oktober 1860 auf einer Zusammenkunft der beiden Kaiser und des Prinzregenten von Preußen zu Warschau über die Angelegenheit verhandelt. Eine gemeinsame Behandlung auf einem Kongresse zeigte sich aussichtslos, und da die italienische Regierung vernünftig genug war, die römische und die venezianische Frage einstweilen ruhen zu lassen, so war bald von jeder mittelbaren oder unmittelbaren Intervention nicht mehr die Rede. Bald zeigte sich in unzweideutigen Symptomen die Wirkung, welche die italienischen Ereignisse auf Deutschland ausübten. Am 6. Februar 1861 nahm die erste politische Körperschaft des damaligen Deutschlands, das preußische Abgeordnetenhaus, den sehr zeit- und sachgemäßen Antrag an, welchen der Führer der Liberalen, Freiherr von Vincke, gestellt hatte — der Antwortsadresse auf die Thronrede des Regenten die Stelle einzufügen: „Der fortschreitenden Konsolidierung Italiens entgegenzutreten, erachten wir weder im preußischen noch im deutschen Interesse", und als erst einiges Gras über der Stätte gewachsen war, wo die umgestürzten Throne gestanden hatten, fanden sich in Turin, einer nach dem andern, auch wieder die Gesandten ein. Bis Mitte des Jahres 1862 war das Königreich Italien von Rußland und von Preußen sowie von den übrigen europäischen Staaten mit Ausnahme von Österreich, Spanien und Rom und einigen deutschen anerkannt. Die Hoffnung, daß dem werdenden italienischen Einheitsstaate von seiten der europäischen Großmächte oder eines Teiles derselben ein Halt zugerufen werden werde, verschwand mithin ebenso wie die, welche man auf die Überstürzung der Revolution gesetzt hatte.

Gleichwohl war das neue Königreich in einer überaus schwierigen Lage. Sein Todfeind Österreich hatte noch eine gewaltige Stellung im Lande; fast lästiger aber als diese Stellung des Feindes empfand man für den Augenblick die der Freunde, der Franzosen, an welche man mit Ketten gebunden war, die deswegen nicht minder drückend waren,

weil die Dankbarkeit für eine erwiesene Wohlthat sie zu tragen nötigte; einen aufrichtigen Freund hatte der junge Staat bis jetzt nur an England, das sich aber längst abgewöhnt hatte, für seine Freunde sich in Ungelegenheiten zu stürzen. Solange Rom und Venezien fehlten, hatte man nicht die für einen Staat notwendige Empfindung der Sicherheit: man lebte vom Tage zum Tage ohne Gewißheit, was der folgende bringen würde, und der Titel, welchen am 14. März 1861 Viktor Emanuel nach dem Beschluß beider Kammern annahm, „König von Italien“, entbehrte noch der vollen Wahrheit. Inneres und Äußeres aber griffen hier auf verhängnisvolle Weise ineinander. Man stand in dem peinlichen Dilemma, daß, solange im Innern nicht geordnete Zustände hergestellt waren, man gegen außen sich schwach und unselbständig fühlte; und umgekehrt: solange man noch so völlig vom Auslande abhängig war, war es unmöglich, zu geordneten Zuständen im Innern zu gelangen.

Es verdient bemerkt zu werden, daß die Anhänger der gestürzten Dynastieen doch nur in geringem Grade zu den Schwierigkeiten der italienischen Regierung beitrugen. Sie waren in den Kreisen, von denen die Volksstimmung ihre Richtung erhält, zu gering an Zahl, um etwas wie eine wirkliche politische Partei bilden zu können. Wenngleich infolge der so vollständigen Umwandlung aller Verhältnisse da und dort mancherlei Unzufriedenheit sich zeigte, so trat doch nirgends, weder im Parlament noch sonst, eine organisierte Opposition zu Tage, welche sich die Zurückführung der früheren Zustände zur Aufgabe gesetzt hätte. Der Protest gegen das neue Königreich kleidete sich vielmehr in eine Form, welche für die gestürzten Autoritäten wenig schmeichelhaft war. Das Räuberwesen, welches in dem Gebirgslande des mittleren Apennins stets floriert hatte, von den Regierungen gelegentlich in Dienst genommen, meist geduldet, niemals unterdrückt worden war, gewann jetzt eine Art politischen Ranges, indem es die vertriebene neapolitanische Dynastie, den Papst zu Rom und die Gottlosigkeit der piemontesischen Regierung, die ja aus lauter Gebannten bestand, zum Vorwande nahm. Unmittelbare Unterstützungen erhielten diese verzweifelten Verbündeten durch den in Rom weilenden König Franz von Neapel, mittelbare von der päpstlichen Regierung selbst, indem sie, auf neapolitanischem Boden geschlagen und zersprengt, jenseit der nahen römischen Grenze ein Asyl fanden, wo sie sich von neuem sammeln konnten. Jahrelang hatte die italienische Regierung mit diesem Unheil, dem Erzeugnis des Bodens und jahrhundertelanger Mißregierung, zu kämpfen. Auch an Verschwörungen, einem andern einheimischen Gewächs dieses Bodens, fehlte es nicht, doch wurden sie nicht ernstlich gefährlich: und fast auffallend darf es genannt werden,

daß nach solchen Umwälzungen der Meuchelmord, der in Frankreich beständig auf der Lauer stand, sich nicht an die Person des neuen Königs von Italien heranwagte.

Die Verschmelzung der verschiedenen Länder, welche so lange ihre besondere Existenz und Geschichte gehabt hatten, ging verhältnismäßig leicht von statten. Die Jahrtausende alte gemeinsame Kultur und Sprache erwies sich, von unnatürlichen Schranken befreit, überaus wirksam, und auch die parlamentarische Maschinerie arbeitete in dieser Beziehung leicht und glücklich. Der König selbst war aufrichtig konstitutionell gesinnt, als ein ehrlicher und zugleich als ein bequemer Mann, dem es ganz recht war, bloß König zu sein und seine Minister regieren zu lassen. Am 20. Juni 1861 wurde die Verschmelzung aller Schulden der früheren italienischen Staaten in eine einzige gesamtitalienische Staatsschuld vom Parlamente genehmigt, und dieser Teil der Einigkeit Italiens war in stetem und wenig erfreulichem Fortschreiten begriffen; die Deficits, sehr erklärlich übrigens, wo auf den wichtigsten Gebieten Unkraut von vielen Generationen her wucherte und das Notwendigste seit lange verabsäumt worden war, zählten hier nach Hunderten von Millionen. In Beziehung auf die Verwaltungsorganisation entschied man sich für das französische System, Departements mit Präfekten: manche hätten dem Regionalsystem — Fortbestehen der einzelnen Länder als geschichtlich gegebener Verwaltungseinheiten — den Vorzug gegeben. Die Steuern wurden nicht leichter: besser war, daß am 15. September 1861 eine italienische Industrieausstellung in Florenz, am 11. Januar 1862 eine nationale Schützengesellschaft zu Turin, am 26. Januar die Eisenbahnlinie Bologna-Ferrara eröffnet, im Dezember eine Vorlage betreffs einer Eisenbahn sogar auf der arg vernachlässigten Insel Sardinien genehmigt, am 25. Februar 1863 das letzte Stück der Eisenbahn Neapel-Rom dem Verkehr übergeben wurde. Handelsverträge mit Frankreich, Belgien, England, Rußland zeugten von gesunder Regsamkeit, und ein Kleinod hatte das Land von frühesten Zeiten durch alle Jahrhunderte sich erhalten, — die vortreffliche Verwaltung seiner ruhmreichen Städte, seiner Municipien, deren jede die nationale Eigentümlichkeit in besonderer und charakteristischer Ausprägung darstellte.

Die große Schwierigkeit für die italienische Regierung bildete fortwährend die römische Frage. Dem päpstlichen Axiom von der Notwendigkeit der weltlichen Macht und des Territorialbesitzes stellte die italienische Regierung ein anderes entgegen: daß Rom die Hauptstadt Italiens werden müsse. Offen, ohne Umschweif verkündete es Cavour in seiner Rede vom 26. März 1860: Rom ist keine municipale Stadt, sie ist die natürliche Hauptstadt Italiens; ihr, ihr allein müßten und

würden sich alle andern beugen; denn Turin, so sehr es ihn schmerze, das zu sagen, könne nicht die Hauptstadt Italiens bleiben. An diesem Programm hielten alle Regierungen fest: als Cavour am 6. Juni 1861 den übermenschlichen Anstrengungen und Aufregungen der letzten Jahre und, sagte man, der Ungeschicklichkeit seiner Ärzte erlegen war, zunächst Ricasoli, an welchem der italienische Gedanke einen nicht minder energischen, weniger gewandten, aber stolzen, schroffen, ernsten Vertreter fand, — dann Rattazzi, der, Frankreich genehmer, diesem am 4. März 1862 folgte: „Der König“, sagte er (20. März), hat von der Nation wie von dem Parlament das Mandat, den Sitz der Regierung in die ewige Stadt zu verlegen; dies Mandat ist einer Ablehnung nicht fähig“, — Farini (9. Dezember 1862), der denselben Anspruch festhielt, wenn er gleich alle Verhandlungen darüber fallen ließ und die inneren Fragen in den Vordergrund rückte.

Das Wort, in welchem er die Lösung der Frage gelegen glaubte, auf den Lippen: „Die freie Kirche im freien Staate“ war Cavour gestorben. Es war sein staatsmännisches Vermächtnis, und Ricasoli, ein strengreligiöser, puritanischer Katholik, der aber kein Papist war, machte in der That den Versuch, sich mit dem Papste selbst über eine Lösung der römischen Frage zu verständigen. „Sie, Heiliger Vater“ — so schloß sein beredtes Schreiben vom 10. September 1861 — das aber gar nicht auf geradem Wege an seine Adresse gelangen konnte — „können noch einmal das Angesicht der Erde erneuern . . . Wenn Sie größer sein wollen als die Könige dieser Erde, so entledigen Sie Sich der Kleinheit dieses Königtums, welches Sie zu ihresgleichen macht . . . Italien verehrt das Oberhaupt der Kirche: — es will katholisch bleiben, aber es will eine freie, unabhängige Nation sein.“ Er legte den Entwurf einer solchen Vereinbarung vor: Anerkennung der Würde, der Unverletzlichkeit und aller anderen Prärogativen der Souveränität; volle Freiheit des Verkehrs mit allen Bischöfen und Gläubigen der Welt ohne Einmischung der Regierung; Verzicht der Regierung auf jedes Patronat, jede Beteiligung bei Ernennung der Bischöfe; angemessene Dotation des Päpstlichen Stuhls im Vereine mit den übrigen katholischen Mächten. Allein es war nicht mehr noch weniger als ein Wunder, das hier verlangt wurde, — keine Macht, die eine eigene Geschichte hat, kann sich mit einem Schlage auf eine völlig veränderte Grundlage stellen. Der Grundsatz: „Die freie Kirche im freien Staate“ hätte nur dann einen Sinn gehabt, wenn diese Kirche, welche ihr Oberhaupt, ihre Bischöfe, ihre Gläubigen mit tausend Ketten band, einen Keim der Freiheit noch in sich getragen hätte. Das Papsttum und der Papst, wie sie wirklich waren, konnten ohne sich selbst aufzugeben und ohne das Angesicht der Erde zu erneuern, wie der Minister

schrieb, auf jene Vorschläge nicht eingehen. Ein Laie verlangte hier Bekehrung eines Priesters, des obersten der Priester; mit Verachtung fertigte das Giornale di Roma vom 22. November diese Ansinnen ab, „in denen der unersättliche Geist des Ehrgeizes und der Habsucht von einer fast beispiellosen Unverschämtheit wie von einer fast ins Lächerliche gehenden Stupidität überboten ist“: und was hier eine grobe Mönchshand mit umgekehrtem Federstumpfe schrieb, wurde in etwas feierlicheren und anständigeren Formen bei jeder Gelegenheit wiederholt. Der Papst konnte es nicht über sich gewinnen, den Namen Königreich Italien, italienische Regierung in den Mund zu nehmen; er sprach vom subalpinen Königreich, subalpinischer Regierung, so oft er genötigt war, von dem verhaßten Gegenstande zu reden.

Darin änderten auch die Demonstrationen nichts, die sich in Rom selbst bei jeder Gelegenheit, jedem Karneval, jedem Gedenktage eines vaterländischen Ereignisses erneuerten, so wenig als die Petitionen, in denen dann und wann der niedere Klerus seine schüchterne Stimme erhob: es möchte dem Heiligen Vater gefallen, auf die weltliche Macht zu verzichten. Da sich der Papst der Lösung der Frage hartnäckig versagte, so war die Regierung in stete Konflikte mit der höheren Geistlichkeit Italiens verwickelt. Indes konnte man bei der Gesinnung der herrschenden Klassen und mit der einmütigen Unterstützung des Parlaments durch nachdrückliche Handhabung der Gesetze mit dieser Opposition fertig werden. Den groben Worten der Bischöfe, welche im Sommer 1862 zu einem Konzile, das zum Zwecke der Heiligsprechung einer Anzahl von Märtyrern berufen worden, im Vatikan versammelt waren und sich die Gelegenheit unmöglich entgehen lassen konnten, auch ihrerseits „die entsetzlichen Verbrechen, welche dieses schöne Land Italien jammervoll verwüstet haben,“ zu verdammen — diesen und ähnlichen groben Worten hatte man andere, Adressen der Deputiertenkammer und ähnliches entgegenzusetzen; der niedere Klerus war zum Teil, soweit er konnte, auf seiten der Regierung und vermied offenen Zusammenstoß mit ihr: es zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit, daß der Romanismus um so kraftloser sei, je näher man seiner Quelle kommt, und daß er sich in der Entfernung großartiger und mächtiger ausnimmt als diesseit der Berge.

Weit größere Schwierigkeiten als die klerikale Partei und das Banditenwesen machte die Ungeduld der Radikalen und ihres Hauptes Garibaldi, der, solange Italien nicht ganz sich selbst zurückgegeben sei, kein Gesetz und keinen Vertrag für sich als bindend anerkannte. Als er im November 1860 von seinen Waffengefährten Abschied nahm, hatte er mit Nachdruck erklärt, daß er sich nur auf kurze Zeit zurückziehe: „für wenige Tage“ sagte er, und er hatte davon gesprochen,

daß der März 1861 eine Million Italiener unter den Waffen finden müsse. Einen Augenblick schien es, als wolle er diese Million auf dem regelmäßigen Wege zusammenbringen. Er erschien im Parlament, um ein Gesetz über allgemeine Volksbewaffnung vorzuschlagen, und das ganze Jahr 1861 hindurch hielt er sich ruhig. Cavour, auch Ricasoli wußten diesen unruhigen Geist zu bannen; allein als der letztere, wie man glaubte, unter dem Einflusse des Kaisers Napoleon, welchen Garibaldi als den Mann des 2. Dezembers, als denjenigen, der seine Vaterstadt Nizza von Italien abgerissen, und aus hundert anderen Gründen haßte, zurücktrat und Rattazzi, der Mann der Worte, der Franzosenfreundliche, an seine Stelle kam — als die Zeit verstrich und nichts geschah, um sein besonderes Programm zu verwirklichen: da gewann es die eigene Ungeduld und die revolutionäre Partei, welche Priester, Könige und Soldaten als die einzigen Hindernisse für den Sieg der Freiheit ansah, und die das Talent und den guten Namen Garibaldis für ihre Zwecke ausbeuten wollte, über ihn. Es war das Verhängnis des großen italienischen Patrioten, daß er gegen diese Schmeichler weniger fest war, als gegen Kugel und Bajonett der Feinde.

Er gebärdete sich der regelmäßigen Regierung des Landes gegenüber als eine selbständige Macht, und das Treiben der Freiwilligen, das sich mit seinem Namen deckte, nötigte jene zu ernstlichem Einschreiten. Im Juni 1862 ging er nach Sizilien und setzte die Regierung durch eine fulminante Rede, die er zu Palermo gegen den Kaiser Napoleon hielt, in Verlegenheit. Der Präfekt von Palermo, der diese Rede ruhig mit angehört hatte, wurde abgesetzt; Garibaldi aber setzte seine Rundreise auf Sizilien, die Aktionspartei ihre heimlichen, aber jedermann bekannten Werbungen fort. Am 1. August erhob er offen die Fahne. Im Walde von Ficuzza, südlich von Palermo, hielt er Musterung über 800 Freiwillige. Die Mehrzahl der bewährten Offiziere aber, die ihn auf seinem Zuge im Jahre 1860 unterstützt hatten, versagten sich diesmal dem Abenteuer, das der Befreiung Roms galt, also seine Spitze gegen die Franzosen kehrte. Am 7. setzte er sich gegen Osten, auf Messina oder Catania in Marsch. Die Regierung hatte im Parlament erklärt, daß Garibaldi, wenn er die gesetzlichen Schranken überschreite, gleich jedem anderen dem allgemeinen Gesetze verfalle. Sie schickte den Generalen Cugia in Sizilien und Lamarmora in Neapel außerordentliche Vollmachten. Wiederum täuschte Garibaldi durch einen seiner Märsche die königlichen Truppen, rückte am 19. in Catania ein, und während sein Sohn Menotti einen Scheinangriff auf Messina machte, vollführte er selbst mit einem Teile seiner Freiwilligen die Überfahrt und landete in Calabrien beim Cap Spartivento. Aber diesmal war das Unternehmen aussichtslos. In Sizilien wie in

Neapel ward der Kriegszustand verkündet, die Truppen und die Flotte setzten sich in Bewegung: Garibaldi, auf den Angriff gegen Reggio verzichtend, schlug sich in die Berge, und hier bei Aspromonte ward er nach kurzem Gefechte, in dem er selbst verwundet wurde, gefangen; dem Obersten Pallavicino war diese wenig beneidenswerte Aufgabe zugefallen. Die Strafe war mild: schon am 5. Oktober setzte ein königliches Dekret ihn und seine Genossen in Amnestie, welche nur denen, die aus dem königlichen Dienste in Heer und Flotte desertiert waren, nicht zu gute kam.

Die Verwundung des großen Volkshelden durch eine „königliche Musketenkugel" gab Anlaß zu vieler Deklamation, und Mazzini versäumte nicht, in einem seiner bombastischen Manifeste zu verkünden, daß seine Partei nun zu ihrem alten republikanischen Schlachtrufe zurückkehre. Die Regierung aber glaubte, nachdem sie ein neues Unterpfand ihrer Stärke gegenüber der Revolution gegeben, nunmehr in der römischen Frage einen Schritt weiterzukommen. Eine Cirkularnote Durandos erklärte sich über die jüngsten Ereignisse: „Das Gesetz hat gesiegt, allein das Losungswort der Freiwilligen war der Ausdruck eines Bedürfnisses, das lauter als je sich geltend macht: die gesamte Nation verlangt nach ihrer Hauptstadt —": was Napoleon mit einer Modifikation seines Ministeriums in einem Italien unfreundlichen Sinne beantwortete. Indes trat das italienische Ministerium, nachdem das Parlament im November wieder zusammengetreten war, ab (1. Dezember), und die neue Regierung, an deren Spitze Farini, bezeichnete es als ihre Aufgabe, die inneren Angelegenheiten zu regeln, die Kräfte des Landes zu entwickeln, wie der Minister des Auswärtigen, Pasolini, in seinem Cirkular vom 26. Dezember sagte, „ohne auf irgend eines der Prinzipien zu verzichten, welche für die Erhaltung unserer nationalen Geschicke maßgebend sind." Die römische Frage ruhte einstweilen; der Minister erklärte dem französischen Gesandten, daß er vorläufig nicht in der Lage sei, in dieser Sache irgend welche Vorschläge zu machen.

Es blieb nichts anderes übrig, als sich in Geduld zu fassen. Über Erwarten war in kurzen Jahren ein Werk gelungen, das doch die kühnsten Träume weit übertraf. Man mochte ferner dem Sterne Italiens vertrauen, der so glänzend aus dunkelstem Gewölk hervorgetreten war: und am Ende des Jahres 1863, das für Italien ohne weitere Ereignisse verlief, stieg in der That in weiter Ferne am europäischen Horizonte eine kleine Wolke auf, die in ihrem Schoße große Stürme barg und bald eine Lage herbeiführte, welche Italien den uneigennützigen Verbündeten verschaffte, dessen es bedurfte, um in den ersehnten Hafen zu gelangen.

2. Spanien und Portugal.

Während Italien so zu neuem Leben erwachte und das weitverbreitete Vorurteil, als sei die weltgeschichtliche Rolle des romanischen Stammes schon ausgespielt, in so glänzender Weise widerlegte, lebte Spanien in gewohnter Weise dahin. Doch ward auch hier das Einerlei der Hofkabalen, der Ministerwechsel, der Lokalaufstände durch kriegerische Ereignisse eine Zeitlang unterbrochen. Ein Thronwechsel in dem afrikanischen Nachbarlande Marokko, wo im August 1859 der Sultan Abd er Rahman starb und sein Nachfolger Sidi-Mohammed gegen Thronprätendenten sich zu wehren hatte, veranlaßte räuberische Angriffe marokkanischer Truppen auf spanisches und algerisch-französisches Gebiet und gab so dem spanischen Schwerte die nicht unwillkommene Gelegenheit, noch einmal seine Kraft an dem alten Gegner, der mohammedanischen Welt, zu erproben.

Am 24. Oktober 1859 erklärte Spanien den Krieg an Marokko, und am 18. November landete sein Heer an der afrikanischen Küste. Marokko ist ein Barbarenreich, an Gebietsumfang der Pyrenäischen Halbinsel ungefähr gleichkommend: etwa 8½ Millionen bevölkern seinen Boden, fast zu gleichen Teilen Eingeborene oder Berbern und eingewanderte mohammedanische Araber sowie Mauren, mit welchem letzteren Namen man die Mischlinge aus Arabern und Berbern bezeichnet. Roheit und Unwissenheit, blinder Christenhaß und blinde Verachtung anderer Völker kennzeichnen das Barbarenvolk, das dem fruchtbaren Boden, meist Gebirg und Hochebene, nur das Unentbehrliche abzugewinnen versteht, jedoch einen nicht unbedeutenden Handel — Küstenhandel und Karawanenhandel nach dem innern Afrika — betreibt. Die spanische Regierung glaubte in einem Rundschreiben vom 29. Oktober den europäischen Regierungen die beruhigende Zusicherung geben zu müssen, daß sie nicht die Absicht hege, irgend welchen Punkt der afrikanischen Küsten dauernd zu besetzen; doch hörte man in diesem Jahre noch nichts von besonderen spanischen Kriegsthaten, da die Cholera und die schlechten Straßen keine raschen Fortschritte gestatteten. Erst am 4. Februar des folgenden Jahres erfochten die Spanier, von Ceuta südwärts gegen Tetuan vorrückend, in der Nähe der letzteren Stadt einen Sieg, der ihrem Befehlshaber O'Donnell den Herzogstitel verschaffte. Die Friedensunterhandlungen, welche diesem Schlage folgten, führten zu keinem Ergebnis. Erst eine nochmalige Niederlage am 23. März belehrte die Marokkaner über ihre Ohnmacht einem europäischen Heere gegenüber und zwang sie zu einem Waffenstillstande, welchem am 26. April 1860 der Friede von Tetuan folgte. Ein kleiner Gebietsteil ward abgetreten, den spanischen

Missionären ward gestattet, ihre unfruchtbare Thätigkeit im ganzen Marokkanischen Reiche auszuüben, und eine Kriegskostenentschädigung von 400 Millionen Realen wurde bezahlt, welche Spanien nicht reicher machte.

Unterdessen hatte ein spanischer Offizier, Ortega, welcher auf den Balearischen Inseln befehligte, die Abwesenheit des spanischen Heeres zu einer Schilderhebung für Spaniens legitimen König Don Karlos, den sie in der Sprache gewöhnlicher Menschen den Grafen Carlos Louis von Montemolin nannten, den Sohn von Ferdinands VII. Bruder, benutzt. Am 1. April hatte sich Ortega mit 3000 Mann seiner Garnison eingeschifft; als diese Truppen aber, bei Tortosa gelandet, erfuhren, um was es sich handle, weigerten sie ihrem Führer den Gehorsam. Ortega ward verhaftet und am 22. April erschossen. Auch der Graf und sein Bruder wurden gefangen. Sie zögerten nicht, von dem Mittel Gebrauch zu machen, welches ihnen das Leben retten konnte: der Prätendent gab am 23. die Erklärung ab, daß er die Königin Isabella als rechtmäßige Thronerbin anerkenne. Die beiden wurden in Freiheit gesetzt und verließen das Land; ein dritter Bruder aber, Juan de Borbon, richtete von London aus am 2. Juni ein Schreiben an die Cortes, in welchem er seine Rechte aufrecht erhielt, worauf denn auch der Graf von Montemolin in einer Erklärung, Köln den 15. Juni, seine Thronentsagung wieder zurücknahm.

Der italienischen Einheitsbewegung zeigte Spanien, wie wir gesehen haben, kein freundliches Gesicht. In der Thronrede vom 8. November 1861 sprach die Königin ihre lebhaften Gefühle für den Papst aus, dessen Lage ihre töchterliche Sorge errege, und es kam noch im Laufe des Monats so weit, daß der italienische Gesandte seine Pässe verlangte. An diesem Lande konnte die in Rom herrschende Partei noch ihre Freude haben: im Oktober jenes Jahres ward zu Barcelona auf Befehl des dortigen Bischofs ein großer Scheiterhaufen geschichtet, und 300 „spiritualistische Bücher" wurden von der Flamme verzehrt, der man die Ketzer selbst auch dort nicht mehr übergeben durfte. Was aber in dieser Beziehung im 19. Jahrhundert noch gemacht werden konnte, wurde gemacht: am 18. Dezember jenes Jahres wurden zwei Spanier, Matamoros und Alhama, deren Verbrechen in ihrem evangelischen Bekenntnis und der Verbreitung der Bibel bestand, in Granada zu sieben Jahren Galeere verurteilt, einer Strafe, welche dann im Mai 1863 die Königin in einem Übermaß von Gnade in eine gleich lange Verbannung verwandelte. Nach außen hatte Spanien sich eines Erfolges zu rühmen, indem im Jahre 1861 die Republik von San Domingo unter General Santana ihren Anschluß an Spanien proklamierte, der am 5. April dann ganz wie in der Alten Welt durch

allgemeine Abstimmung in Vollzug gesetzt wurde. Am 8. nahm Spanien durch eine Flottille von Cuba aus Besitz von der neuen Provinz: mit Stolz erwähnte die Thronrede im November dieses Ereignis, das an bessere Tage, aber freilich nur flüchtig, erinnerte. Im übrigen lag der Regierung eine Einmischung in amerikanische Dinge fern, wie ihr Verhalten bei der Mexikanischen Expediton zeigte, die sie mit England und Frankreich gemeinsam unternahm, und deren in anderm Zusammenhange zu gedenken sein wird.

Sonst blieb Spanien, was es war: nur daß auch hier eine demokratische Partei sich bildete, welche das Heil von Prinzipien erwartete, die in diesem Lande nur neue Verwirrung und neues unabsehbares Unheil erzeugen konnten. Bei einem Ministerwechsel im Jahre 1863, wo General O'Donnell entlassen wurde und an seine Stelle Miraflores mit Kammerauflösung und Neuwahlen trat, stellte sie ihr Programm auf, welches Decentralisierung der Verwaltung und allgemeines Wahlrecht verlangte. Auch dieses Experiment stand dem Lande noch bevor, dessen Wandlungen im 19. Jahrhundert kein menschliches Gedächtnis festhalten kann.

Einen entschieden freisinnigen Gang nahm die Entwickelung der Dinge in Portugal. Die portugiesische Regierung hatte das neue Königreich Italien schon im Laufe des Jahres 1861 (Juni) anerkannt, und der König Dom Luis, welcher seinem in der Blüte der Jahre dahingestorbenen Bruder (11. November 1861) folgte, heiratete im folgenden Jahre die Tochter des Königs Viktor Emanuel, Prinzessin Pia (Oktober 1862). Dom Luis leistete am 22. Dezember 1861 den Eid auf die Verfassung, und die Regierung legte, da das Volk wegen der sich häufenden Todesfälle in der königlichen Familie in Unruhe war, den Cortes ein Regentschaftsgesetz und ein weiteres vor, welches auch die Prinzessinnen aus der regierenden Linie für thronfähig erklärte und damit die Gefahr weiter zurückschob, daß ein Nachkomme Dom Miguels auf den Thron von Portugal gelange. Auf dem berühmten Konzil zu Rom im Jahre 1862 erschien kein einziger der portugiesischen Bischöfe, und der Papst hatte Ursache in einem Schreiben vom 3. Juli sich zu beschweren, daß sie bei dem „beklagenswerten Zustande der katholischen Kirche in Portugal“ sich zu lau und zu tolerant zeigten; er erinnerte sie, daß es ihres Amtes sei, die ihrer Hut anvertrauten Schafe zu schützen, damit sie nicht, nach dem verbrauchten Bilde römischer Kurialrhetorik, „von den reißenden Tieren verschlungen würden, welche den Erdkreis unsicher machen.“ Als einige der Geistlichkeit sich dies zu nutze machen wollten, um gegen die Regierung zu predigen, erinnerte sie ein Erlaß des Justizministers, daß es für diesen Fall in Portugal Gefängnisse gebe (2. August).

Die Ministerien waren von liberaler Farbe; im April 1863 ging ein Gesetz von Wichtigkeit durch, welches die Majorate, ein altes Übel dieses Landes, beseitigte; im Mai 1864 verlangte ein Beschluß der Zweiten Kammer die Abschaffung der Erblichkeit der Pairswürde. Die Dynastie befestigte sich; am 28. September wurde dem Königspaare ein Erbprinz geboren.

3. Frankreich.

Am 17. Juli 1859 war der Kaiser Napoleon, seiner siegreichen Armee voraus, wieder in St.-Cloud eingetroffen. Am 15. August, dem Napoleonstage, war der Triumpheinzug der Armee, den der Kaiser zugleich durch ein Amnestiedekret feierte, in welchem er allen, welche wegen politischer Vergehen verurteilt oder Gegenstand von Maßregeln der allgemeinen Sicherheit gewesen seien, völliges Vergessen des Geschehenen zusicherte. Die meisten Häupter der verschiedenen Parteien, welche im Auslande lebten, erwiderten die Amnestie mit Erklärungen, in welchen sie in allerlei mehr oder weniger theatralischen Wendungen versicherten, daß sie ihrerseits den Verbrecher des zweiten Dezembers nicht zu amnestieren gesonnen seien. Unverkennbar hatte Napoleon seine Stellung durch den Feldzug verbessert. Er hatte ein französisches Heer zum Siege geführt: was ihm in den Augen vernünftig Denkender noch mehr Ehre machte, war dies, daß er seine Erfolge nicht prahlerisch übertrieb, sondern beim Empfange des Senats und des gesetzgebenden Körpers unumwunden eingestand, daß er sein Programm nicht habe durchführen können, daß das Interesse Frankreichs, das nicht zugelassen, den Krieg am Rheine und an der Etsch zugleich aufzunehmen, ihn zum Frieden genötigt und ihn gezwungen habe, sich mit dem Erreichten — Förderung der italienischen Nationalitätsidee und Reformen, deren Notwendigkeit jetzt auch von den Fürsten begriffen werde — zu begnügen. Er hatte erreicht, daß in Italien der österreichische Einfluß vollständig gebrochen, der französische für den Augenblick allmächtig war; er erlangte, als die in Villafranca beschlossene Konföderation und die Rückkehr der Fürsten sich als eine Unmöglichkeit erwies, einen Zuwachs an Territorium für Frankreich, den er mit wohlberechnetem Ausdrucke ein revendiquer, ein Zurückverlangen früheren Besitzes, nannte, und außerdem wußte er es zu machen, daß die neue Ordnung der Dinge und die neue italienische Dynastie sich auf derselben Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes erhob, auf welcher seine eigene Macht beruhte, und das so mithin gewissermaßen ins europäische Staats- und Völkerrecht eingeführt ward. Freilich mußte er für diese Erfolge einen ziemlich hohen

Preis bezahlen. Es war das Wenigste, daß die Italiener den Dank, den sie ihm schuldeten, nur halb und zum Teil widerwillig zollten; sie hatten darin unrecht, denn unter den Franzosen war er ohne Zweifel derjenige, der für sie die aufrichtigsten Sympathieen hegte, und der mehr für sie gethan, als irgend ein französischer Herrscher, irgend eine monarchische oder republikanische Regierung Frankreichs jemals hätte über sich gewinnen können. Schlimmer war, daß er durch die Annexion von Savoyen und Nizza, unbedeutend wie der Gewinn an sich war, das Mißtrauen der übrigen Staaten gegen sich wachrief. In sehr unumwundener Weise äußerte sich dieses Mißtrauen in der Schweiz: es trat, auch als die regierenden Kreise sich resigniert hatten, mit populärer Heftigkeit im Juni 1860 auf dem Schützenfeste zu Carouge in dem zunächst gefährdeten Kanton Genf hervor, wo einer der eifrigen Redner ausrief: lieber solle man dieses blühende Genf in einen Schutthaufen verwandeln, als es französisch werden lassen. Dieselbe Gesinnung machte sich in Belgien geltend, wo um dieselbe Zeit auf einer großen Volksversammlung zu Brüssel ein patriotischer Verein gegründet wurde, der sich über das ganze belgische Land verzweigen und den Gedanken seiner Unabhängigkeit gegenwärtig halten sollte, und wo dann das Jubelfest der Thronbesteigung König Leopolds im Juli in geräuschvoller Weise gefeiert ward. Einer der Redner rief, fast mit den Worten des Schweizer Sprechers, aus: „Lieber sollen unsere Städte zerstört und Belgien eine Wüste werden, als annektiert — —.“ Diese Stimmung diente unter anderem dazu, Holland und Belgien einander wieder zu nähern und den letzten Rest der Erinnerungen aus früheren Zeiten auszulöschen. Der König von Holland, welcher im August 1860 mit dem der Belgier in Wiesbaden zusammentraf, soll dieser Empfindung nachdrückliche Worte gegeben haben: in der Thronrede, mit welcher er am 17. September die Generalstaaten eröffnete, kündigte er Verbesserungen in der militärischen Verfassung des Landes an, die allerdings hoch von nöten waren. Auch in England und in Deutschland war man beunruhigt. Es fand in dem letzteren Lande Glauben, was ein Redner im englischen Parlament vorbrachte, daß der Kaiser von Österreich bei der Zusammenkunft in Villafranca in Versuchung geführt worden sei, günstige Bedingungen in Italien mit Zugeständnissen am Rheine zu erkaufen: daß der Krieg um den Rhein im Hintergrunde aller Gedanken des französischen Volkes und ganz besonders eines Herrschers, der den Namen Napoleon trug, stehe, wußte man ohnehin. In England war das frühere Mißtrauen durch den gemeinsamen Krieg in der Krim in den Hintergrund gedrängt worden; jetzt fing man an dort sich zu erinnern, daß, wenn auch im Augenblick kein greifbarer Grund zu Befürchtungen vorlag, doch eine Landung an der

englischen Küste mit Dampfschiffen leichter zu bewerkstelligen war als mit Segelschiffen; daß die Pläne Napoleons I. im Jahre 1805 sehr ernstlich gemeint gewesen waren, wie Thiers in seinem berühmten Geschichtswerke umständlich auseinandersetzte; daß ein absoluter Fürst in der sehr besonderen Lage, in welcher Napoleon III. sich befand, sich nicht immer jenen brutalen Wünschen entziehen könne, wie sie nach dem Attentat Orsinis in den Adressen seiner Prätorianeroffiziere sich ausgesprochen hatten, und daß, wenn ein solcher Fall eintreten sollte, England dem Heere Frankreichs keine irgendwie entsprechende Landmacht entgegenzustellen haben würde.

Diese Befürchtungen erwiesen sich als grundlos. Napoleon ließ sich angelegen sein, dieselben nach Kräften mit guten Worten und besseren Thaten zu zerstreuen. Er traf am 16. Juni (1860) mit dem Prinz-Regenten von Preußen in Baden-Baden zusammen, um den er eine große Anzahl deutscher Fürsten, unter ihnen sämtliche Könige, versammelt fand, und gab hier die nachdrücklichsten Versicherungen seiner friedlichen Gesinnungen. Dasselbe that er England gegenüber in einem offenen Briefe an den Herzog von Persigny, seinen Gesandten in London, welcher Lord Palmerston und der übrigen Welt aufs bündigste erklären sollte, daß der Kaiser seit Villafranca nichts gethan, ja nichts gedacht habe, was irgend jemand beunruhigen könnte, daß er an dem Worte, welches er im Jahre 1852 gesprochen: „Das Kaiserreich ist der Friede" festhalte und seine Eroberungen nicht auf dem Schlachtfelde, sondern in Frankreich, seiner inneren Organisation, der Entwickelung seiner Hilfsquellen suche. Dieses Wort hatte bereits eine anerkennungswerte Bestätigung gefunden in einem auf verständigen und freisinnigen Grundlagen ruhenden Handelsvertrage mit England, zu welchem der Kaiser selbst, einverstanden mit den Koryphäen der Freihandels- und Friedensfreunde diesseit und jenseit des Kanals, den Richard Cobden, John Bright, Michel Chevalier u. a., und im lobenswerten Gegensatze gegen die engherzige Schutzzollpolitik der früheren Regierungen Frankreichs die Initiative ergriffen hatte. Am 5. Januar 1860 hatte der Kaiser in einem Schreiben an seinen Staatsminister ein Programm aufgestellt, das „eine neue Ära des Friedens" einzuweihen bestimmt war, und das Abschaffung und Verminderung verschiedener Zölle, gründliche Verbesserung und Erweiterung der Verkehrswege, Staatszuschüsse für Ackerbau und Industrie, Handelsverträge mit fremden Mächten verhieß. Schon am 24. wurde dann der Handelsvertrag mit England unterzeichnet, welcher am 1. Oktober 1861 in Kraft trat. Er trug dem Kaiser die begeisterte und in der Hauptsache auch wohlverdiente Lobrede eines englischen Radikalen, John Bright, auf einem Reformistenbankett zu Manchester ein und erwarb ihm, um

so mehr, als diesem Vertrage andere auf gleicher Grundlage folgten, wirkliche Ansprüche auf die Dankbarkeit der Nation, wenn diese Eigenschaft auf französischem Boden noch hätte gedeihen können. Allerdings waren die Finanzen des Staates während seiner Regierung nicht danach angethan, dieses Dankgefühl zu steigern: Schulden wurden auf Schulden gehäuft, und wenn der Nationalreichtum stetig sich hob bei dem glänzenden Glückslos, das Frankreich in seinem ergiebigen Boden, seinem herrlichen Klima, seiner vortrefflichen maritimen und oceanischen Lage gezogen hat, und das fruchtbar gemacht wurde durch Fleiß, Erwerbsinn und Sparsamkeit der Masse des Volkes, so blühte auf der andern Seite Börsenschwindel und Korruption im größten Umfange: nicht weniger als 9928 Millionen fremder Anleihen, hat man berechnet,*) seien in den Jahren 1855—1865 an der Pariser Börse negociiert worden. Wenn in einem reichen Hause, nach dem Wort des römischen Dichters, auch etwas für die Diebe übrigbleiben muß, so war das kaiserliche Frankreich unzweifelhaft ein solches Haus: als später die große Liquidation erfolgte, ergab sich aus den Prozessen, in welch unglaublicher Weise einzelne Werkzeuge der Gewalt den Staat bestohlen hatten. Einem dieser Schelme ward im Jahre 1870 der Prozeß gemacht, dem Präfekten des Eure-Departements Janvier de la Motte; was er mit simulierten Rechnungen, falschen Bescheinigungen, Scheinmandaten in die eigene Tasche lockte, betrug viele Hunderttausende, und er war weder der einzige noch der höchste. Die Skandalchronik, deren trübe Lachen eine historische Landschaft zwar nicht getreu abspiegeln, aber doch im ganzen mit zu charakterisieren dienen, erzählt wohl von Hunderttausenden, welche aus des Kaisers Arbeitszimmer verschwanden und sich dann in keiner geringeren Tasche als der des ehemaligen Königs von Westfalen wiederfanden.

Das Mißtrauen der europäischen Mächte, welches Napoleon durch den Italienischen Krieg hervorgerufen hatte, ließ sich durch eine ehrliche Politik wieder beschwichtigen — eine Politik, welche offen und überall das Nationalitätsprinzip, soweit es berechtigt war, anerkannt und, soweit das Interesse Frankreichs und der Zustand Europas, der nun einmal kein einfacher ist noch sein kann, es zuließ, unterstützt hätte. Das Unglück war, daß Napoleon gleich in der ersten Frage, in welcher er dieses Prinzip unterstützt, ja erst recht zum Leben erweckt hatte, der italienischen, in die Netze eines Widerspruchs geriet, der ihn nicht wieder losließ und zuletzt seinen Untergang herbeiführen sollte. Wir müssen diesen Teil seiner auswärtigen Politik, welcher ganz unmittelbar auf die innere Lage Frankreichs zurückwirkte, hier darlegen,

*) v. Treitschke, Aufsätze III, 356.

während wir die übrigen auswärtigen Fragen, welche Frankreich hervorrief, oder in welche es sich verstricken ließ, in anderem Zusammenhange berühren.

Wohl hatte der Kaiser eine sehr klare Einsicht davon, daß die eigentliche Schwierigkeit der italienischen Frage in der Stellung des Papsttums liege, und er war auch nicht blind dagegen, daß seine Stellung zu dieser „inkommensurablen Macht" an Gefahren besonders reich war. Ein weitverbreitetes Vorurteil fürchtete die Kurie und die Partei der Jesuiten, welche die Konsequenzen des ultramontanen Systems am folgerichtigsten zog, um ihrer „Klugheit" willen, und im einzelnen konnte dies auch in vielen Fällen zutreffen: im ganzen aber bestätigt die neuere Geschichte des Papsttums dieses Urteil keineswegs. Vielmehr lag die Gefährlichkeit der Partei weit mehr in derjenigen Eigenschaft, von welcher ein bekanntes Dichterwort sagt, daß mit ihr selbst die Götter vergeblich kämpften: sie lag in der Starrheit, mit welcher sie an den Ansprüchen, Mißständen, Verkehrtheiten ihres Universalstaates festhält, den sie Kirche nennt, und der sich mit den wirklichen Bedürfnissen der Völker in einen immer schrofferen und unlösbareren Widerspruch setzte — in der Unfähigkeit, sich den Zeitbedürfnissen gemäß fortzubilden, Veraltetes aufzugeben und abzustreifen, Neues sich anzueignen und anzubilden, wie doch jede Gemeinschaft nach dem Lebensgesetze alles Organischen thun muß, wenn sie lebensfähig bleiben will. In dieser Eigenschaft lag ein Keim des Verderbens für sie selbst, und in ihr lag die Gefahr für alle diejenigen, die, wie Louis Napoleon, auf die Verbindung mit ihr angewiesen waren. Er konnte nicht von ihr loskommen, da sie in seinem eigenen Hause und Lande — weit mehr als in Italien, vielleicht mehr als in Spanien — Einfluß besaß, obgleich er persönlich in seinem Innersten über den wirklichen Charakter dieses Verbündeten sich keine Täuschung machte.

Der französische Kaiser befand sich nun in der eigentümlichen und widerspruchsvollen Lage, daß die italienische Nationalpartei wie die universalistische Klerikalpartei gleichmäßig in ihm ihre Stütze sahen und einstweilen sehen mußten: Parteien, von denen jede die andere schlechthin ausschloß. Mit all seiner Klugheit konnte er nicht beiden genügen; und da die eine, die Nationalpartei, mit sich reden ließ und die Thatsachen für sich hatte, während die andere, je offenkundiger die Thatsachen gegen sie entschieden, um so zäher an ihren hochmütigen Prätensionen festhielt, so konnte es nicht fehlen, daß er mit der letzteren, der Priesterpartei, in ein gespanntes Verhältnis geriet. Sobald die berühmte Broschüre: „Der Papst und der Kongreß" erschienen war und der Papst sie als eine der Revolution dargebrachte Huldigung gebrand-

markt hatte, begann auch der französische Episkopat — ein hitziger Redner, Felix Dupanloup, Bischof von Orleans, voran — den Kampf wider die in derselben niedergelegten Anschauungen. Ihm folgte eine Reihe anderer: unter den Journalen führte das „Univers" die ultramontane Sache in einer Weise, die in ihrer Art nicht zu übertreffen war; und mit einem gewissen Behagen bewegte sich die hohe Geistlichkeit in der neuen Rolle von Märtyrern, welche um so kleidsamer war, je weniger ernstlich sie von dem liberalen Jahrhundert auferlegt wurde. „Wir sind bereit", hieß es in der Encyklika des Papstes vom 19. Januar 1860, „die härtesten und bittersten Prüfungen zu erdulden, selbst das Leben zu verlieren, ehe wir irgendwie die Sache Gottes, der Kirche und der Gerechtigkeit aufgeben." Bis Ende des Jahres zählte man in Frankreich allein über 100 Broschüren, welche über die Frage geschrieben waren, was mit dem Papste zu geschehen habe; die Wellen gingen ziemlich hoch, da im Januar 1860 das „Univers" durch kaiserliches Dekret unterdrückt werden mußte. Am 5. Februar unterwarf ein Rundschreiben Thouvenels, welcher an Walewskis Stelle das Auswärtige übernommen hatte, die päpstliche Encyklika einer bitteren Kritik: er warf der Kurie vor, daß sie eine Frage unmittelbar auf das religiöse Gebiet versetzt habe, welche vor allem der weltlichen Ordnung angehöre; und während der Kultusminister Rouland die Erzbischöfe und Bischöfe Frankreichs darüber beruhigen zu müssen glaubte, daß der Kaiser dem Papste unwandelbar ergeben sei, forderte ein Rundschreiben des Ministers des Innern Billault die Präfekten auf, mit dem Gesetze in der Hand der Agitation entgegenzutreten, welche mit der Verteilung kleiner Broschüren in unzähligen Exemplaren getrieben wurde. Am 29. dieses an Kundgebungen so fruchtbaren Monats erklärten sich fast sämtliche Bischöfe Europas in einem gemeinsamen Aktenstück für die weltliche Gewalt des Papstes; das war nicht zu verwundern und war ihres Amtes; aber mit der ehernen Stirn, welche diesen Vertretern einer Sache, deren Prozeß vor dem Forum der Wissenschaft längst verloren ist, eigen ist, sobald sie das Gebiet der Geschichte betreten, stellten sie die Behauptung auf: „In Friede und Gerechtigkeit wurde des Papstes fürstliche Macht gegründet, in Friede und Gerechtigkeit und mit der sorgsamsten Beachtung aller wahren Bedürfnisse seines Volkes wird sie geübt." Am 26. März sprach der Papst die große Exkommunikation über alle aus, welche den Eingriff in die päpstlichen Staaten begangen, veranlaßt oder auch nur gebilligt hätten. Da das Breve niemand bei Namen nannte, so konnte jeder sich jeden denken, und frivole Spötter meinten, daß der Papst mit jener Waffe seine besten Freunde und sich selbst am meisten verwundet habe, da der Eingriff in die päpstlichen Staaten von niemand

mehr veranlaßt worden sei, als von denen, welche diese Staaten bis dahin regiert hätten. Außerhalb der eigentlich klerikalen Kreise bedeuteten diese Donner und Blitze nichts mehr, und der Senat, eine Versammlung kaiserlicher Pensionäre, klerikal nur solange es dem Kaiser gefiel so zu sein, ging am 29. März mit 116 gegen die 16 Stimmen der Kardinäle und sonstigen hohen Geistlichen, welche in dieser Körperschaft saßen, über die Petitionen zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes zur Tagesordnung über. Eine Zeitlang beruhigten sich die Gemüter etwas, aber der Zug Garibaldis und das neue Eingreifen der italienischen Regierung in Umbrien und den Marken regte sie von neuem auf. Im September (10.) gab der Papst selbst wieder das Zeichen, indem er ein Schreiben an einen seiner Vasallen, den Bischof von Nisibis, in seinem Heere verteilen ließ: „Ergriffen vom Geiste des Satans, haben diese Menschen" — — — den Rest kann man sich denken. Aber noch immer wollte das Feuer nicht vom Himmel fallen, um diese Frevler zu verzehren. Napoleon III. that zwar diesmal sehr böse: am 14. teilte der Moniteur mit, der Kaiser habe angesichts der Thatsachen, die sich in Italien ereigneten, beschlossen, daß sein Gesandter Turin sofort verlasse; Verstärkungen für die französischen Occupationstruppen landeten in Civita Vecchia; neue Proteste, neue Allokutionen des Papstes gingen diesen drohenden Gebärden zur Seite. Allein wir kennen den Gang, den die Dinge nahmen. Der Kongreß, dem Napoleon das ausschließliche Recht zuschrieb, über die Fragen zu entscheiden, welche in Italien durch die Ereignisse gestellt würden, kam nicht zu stande, so wenig als der allgemeine Einsturz aller Dinge, den die Organe des Papstes prophezeiten; vor den französischen Bajonetten, welche das Patrimonium Petri und noch einige Städte außerhalb desselben schützten, machte das Königreich Italien Halt, während im übrigen die neuen Annexionen durch das allgemeine Stimmrecht, ein Napoleonisches Prinzip, gutgeheißen und geweiht wurden; und die Thronrede des Kaisers vom 4. Februar 1861 betonte, ohne mehr des Papstes besonders zu gedenken, eben jenes vom Papste verurteilte Prinzip der Nichtintervention, „welches jedes Land Herr seiner Schicksale sein läßt, die Fragen lokalisiert und sie verhindert, in europäische Konflikte auszuarten." Diese verständige Politik hatte nicht den Beifall der französischen Bischöfe. Eine neue Broschüre des kaiserlichen Hofbroschürenschreibers Laguéronnière: „Frankreich, Rom und Italien" rief aufs neue heftige Antworten der Bischöfe hervor, von denen einer, der Bischof von Poitiers, den Kaiser ziemlich unverblümt mit Pontius Pilatus verglich. „Pilatus konnte Christus retten, und ohne Pilatus konnte man Christus nicht zum Tode führen"; daß Christus ebendamals gesagt, daß sein Reich nicht von dieser Welt

sei, sagte der Bischof von Poitiers nicht. Der Staatsrat, dem der Brief überwiesen wurde, erteilte dem Bischof einen Verweis, und ein Cirkular des Justizministers rief den Geistlichen (9. April) § 201 und 204 des Strafgesetzes ins Gedächtnis zurück. Das ungebärdige Treiben des hohen Klerus beschleunigte vielleicht die Anerkennung des Königreichs Italien, welche mit den nötigen Vorbehalten am 15. Juni 1861 durch Depesche Thouvenels an Ricasoli erfolgte. Noch einmal machte zu Anfang 1862 die kaiserliche Regierung einen Versuch, die Kurie zu einer Verständigung mit Italien zu bestimmen; sie erhielt die unwandelbare Antwort des non possumus, welche schon als geflügeltes Wort seinen Weg und sein Glück gemacht hatte. Die Thronrede vom 27. Januar 1862 schwieg wieder über den Papst, und die Adresse des gesetzgebenden Körpers billigte ausdrücklich, mit nachdrücklichen Worten und mit 243 gegen 10 Stimmen, die Anerkennung des Königreichs Italien. Der Reise der Bischöfe nach Rom zu dem Konzil legte die Regierung, um einem Streit, den die Bischöfe zu eröffnen Miene machten, auszuweichen, kein Hindernis in den Weg.

Immer wieder versuchte man sich an der Lösung dieser Frage, die keine Lösung zuließ. Im Mai 1862 legte Napoleon aufs neue seine römische Politik in einem langen Schreiben an seinen Minister des Auswärtigen dar. Der französische Gesandte in Rom, Lavalette, wurde dahin instruiert, daß derjenige Teil der päpstlichen Staaten, welchen die französische Fahne decke, dem Papste verbleiben müsse; man könne dem italienischen Kabinett keine Hoffnung geben, daß die Hauptstadt der katholischen Welt gleichzeitig die Hauptstadt des Königreichs Italien sein werde. Aber andererseits versagte der Kaiser sich auch den Vorschlägen Österreichs und Spaniens zu gemeinsamer Beschützung des Papstes gegen die Drohungen „Piemonts“ (1861), und als er im Oktober 1862 seinen Minister des Auswärtigen und seinen Gesandten in Rom wechselte, Thouvenel durch Drouyn de l'Huys und Lavalette durch den Fürsten Latour ersetzte, ließ er doch gleichzeitig dem Papste Reformen für den Rest seiner Staaten anraten und schlug so abermals mit dem Stabe an den Felsen, ob das Wasser nicht endlich sprudle.

Eines war Napoleon bei diesen Vorgängen und ihrer Rückwirkung auf Frankreich klar geworden: daß er sich nicht mehr vorzugsweise auf die Geistlichkeit stützen durfte, für welche er und seine Dynastie an und für sich gleichgültig war, die überhaupt jeder Regierung nur so lange Treue hält, als diese dem sich beugt, was der Ultramontanismus die Gesetze Gottes nennt. Die parlamentarische Regierungsweise, dem Geiste des Jahrhunderts allein gemäß, lag in der Notwendigkeit der Dinge zu tief begründet, als daß ein großes Land sie lange hätte

missen können. Der Kaiser bedurfte bei der schwierigen Lage, in welche ihn die italienische Frage und die übrigen, welche das wieder in stürmischen Wogen gehende europäische Leben an die Oberfläche trieb, und die wir je an ihrem Orte kennen lernen werden, versetzten, einer kräftigeren Unterstützung durch die Volksstimme, als sie ihm der damalige gesetzgebende Körper bot, — eine Versammlung, welche den Bedürfnissen eines lebhaften, geschwätzigen, rhetorisch angelegten, nach Aufregung begierigen Volkes nicht mehr entsprach. Napoleon kannte sein Volk: er sah, daß die klägliche Rolle, welche dieser gesetzgebende Körper in den ersten Jahren nach dem Staatsstreiche gespielt hatte, eine Gefahr für ihn selbst werden mußte. Ganz von selbst hatte diese Bewegung begonnen; die Verhandlungen dieser Körperschaft, nichtig wie sie war, zogen doch in Ermangelung einer besseren die Aufmerksamkeit wieder mehr und mehr auf sich, und so beschloß er klug, dieser Bewegung auf halbem Wege entgegenzukommen, ehe sie ihn mit fortreiße. Er fing an, wieder einigermaßen in das parlamentarische Fahrwasser einzulenken. Noch im August 1860 gab sich zwar ein Artikel im Moniteur die Mühe, nachzuweisen, daß der gesetzgebende Körper, den er eine ernste, würdige, von praktischen Gesichtspunkten beseelte Versammlung nannte, einen sehr ernstlichen Einfluß auf die Angelegenheiten des Landes ausübe. „Man hat ein Recht zu sagen, daß Frankreich kein Volk um irgend etwas zu beneiden hat, daß seine Verfassung den Vergleich mit den gerühmtesten Organisationen aushalten kann"; am 24. November jenes Jahres dagegen erschien doch ein kaiserliches Dekret, welches dem parlamentarischen Prinzip wieder die ersten Zugeständnisse machte. Er wollte, sagte der Kaiser in diesem Dekret, den großen Staatskörpern größere und unmittelbarere Beteiligung an der allgemeinen Politik seiner Regierung und damit einen glänzenden Beweis seines Vertrauens geben: Senat und gesetzgebender Körper votieren künftig eine Adresse als Antwort auf die Thronrede; diese Adresse wird diskutiert in Gegenwart von Regierungskommissaren, welche dabei Erläuterungen über die innere und äußere Politik geben; zugleich werden Minister ohne Portefeuille ernannt, welche während der Session die Gesetzentwürfe der Regierung in der Kammer verteidigen. Diese Einrichtung, welche allerdings mehr zu rhetorischen Allgemeinheiten als zu gründlicher und geschäftsmäßiger Behandlung der Angelegenheiten des Landes einlud, trat zum erstenmal im Februar 1861 ins Leben, und der Kaiser ermahnte in der Thronrede sogar ausdrücklich zu erschöpfenden Diskussionen bei Gelegenheit der Adresse. Doch machten beide Körperschaften das erste Mal von dem neuen Rechte einen sehr mäßigen Gebrauch. Ein Verbesserungsantrag von Jules Favre zu dem Adreßentwurfe, in welchem er und seine wenigen Kollegen die

Aufhebung der Ausnahmegesetze verlangten, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, die loyale Adresse mit 212 gegen 13 Stimmen angenommen, und am Schluß der Session (27. Juni) konnte der Präsident Morny dem gesetzgebenden Körper das Zeugnis geben, daß er der ihm bewilligten Prärogative sich würdig gezeigt habe. Indes waren auch schon Wünsche nach einer wirksameren Beaufsichtigung der Staatsfinanzen laut geworden, mit denen das kaiserliche Regiment auf eine Weise wirtschaftete, bei welcher doch allmählich den Staatsgläubigern bange ward. Sie verlangten eine strenge Kontrolle: zunächst daß das Budget künftig nach einzelnen Kapiteln votiert würde, nicht wie bisher bloß nach Ministerien, was, wie von selbst in die Augen springt, jede wirkliche Beaufsichtigung und ernsthafte Prüfung der Bedürfnisse ausschloß und dem Minister in Beziehung auf die Verteilung der ihm im ganzen bewilligten Summen völlige Freiheit ließ. Der Staatsminister Fould, welcher als Geldmann an der Erhaltung des Kaisertums ein großes Interesse hatte, legte in einem Schreiben an den Kaiser die Finanzlage Frankreichs dar, über welche einige Journale sehr beunruhigende Artikel gebracht hatten: er schien selbst eine solche strenge Aufsicht zu wünschen, indem er den Kaiser bat, auf sein Recht, außerordentliche Kredite ohne Mitwirkung der Kammer zu eröffnen, zu verzichten.

Napoleon ging auf diese Vorschläge ein und ernannte Fould zum Finanzminister. Er hielt für nötig, bei dieser Gelegenheit der Bevölkerung wieder eine Belehrung über die Eigentümlichkeiten der Napoleonischen Monarchie zu geben: „Erwählter des Volks, Vertreter seiner Interessen, werde ich stets ohne Bedauern auf jede dem öffentlichen Wohle unnütze Prärogative verzichten, wie ich unerschütterlich alle Gewalt in meinen Händen halten werde, die unerläßlich ist zur Ruhe und zur Wohlfahrt des Landes.“ Auch der Presse ließ man einige Augenblicke größeren Spielraum. Als dieselbe aber sofort, bei diesem Anlaß, die Verfassung selbst in den Kreis ihrer Verhandlungen zu ziehen begann, verbot eine Note im Moniteur (28. November 1861) alle solche Diskussion: da die Initiative zu Modifikationen der Verfassung ausschließlich dem Kaiser und dem Senat angehöre, so müsse dieser Grundvertrag selbst, die Verfassung, außerhalb der öffentlichen Besprechung stehen. So war es und nicht anders: in dem Lande, das dreimal in 70 Jahren einen Thron im Namen der Freiheit umgestürzt hatte, war man jetzt glücklich so weit, daß die Verfassung des Landes keinen Gegenstand öffentlicher Besprechung bilden durfte. Der Kaiser verweilte bei der Eröffnung der Session vom Jahre 1862 ausführlicher bei den Finanzen, betonte die Steigerung des Handelsreichtums Frankreichs zugleich mit der Notwendigkeit größerer Sparsamkeit und hielt

mit allem Nachdruck an den Grundlagen der Verfassung fest. Die Adreßdebatten wurden diesmal schon interessanter. Im Senat hielt der Prinz Napoleon am 22. Februar und am 1. März Reden, die eine über die inneren Angelegenheiten des Landes, die andere gegen die weltliche Gewalt des Papstes, von denen namentlich die letztere die Versammlung in große Erregung versetzte; am 6. März begann dann im gesetzgebenden Körper die Adreßdebatte, welche erst am 21. zum Schlusse kam. Es kam sogar schon zu einem ersten Mißverständnis zwischen dem Corps législatif und dem Kaiser. Dieser wollte dem General Montauban, welcher bei der jüngst in Gemeinschaft mit England unternommenen Expedition gegen China, auf welche unsere Erzählung in anderem Zusammenhange zurückkommen wird, die französische Heeresabteilung befehligt hatte, eine Dotation von 50 000 Frank Rente zugewiesen sehen, nachdem er ihn mit dem Namen eines der wenigen Schlachtfelder bei diesem Zuge zum Grafen von Palikao ernannt hatte. Das Verlangen erregte Murren: man glaubte zu wissen, daß der neue Graf sich den Chinesischen Feldzug sattsam genug zu nutze gemacht habe, um der 50 000 Frank entbehren zu können. Die Kommission verwarf den Antrag, und der Kaiser ward schließlich doch genötigt, der Bitte des Generals zu willfahren und die Vorlage zurückzuziehen, ehe sie im gesetzgebenden Körper Anlaß zu einer ärgerlichen Diskussion geben konnte. Bei der Adreßdebatte selbst reichte die aus fünf Männern bestehende Oppositionspartei, Jules Favre, Henon, Darimon, Picard und Ollivier, einen Gegenentwurf ein, welcher die auswärtige Politik der Regierung gegenüber dem Bürgerkrieg, der in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgebrochen war, sowie die Expedition gegen Mexiko, die eben um diese Zeit ihre für das Kaiserreich verhängnisvolle Wendung nahm, nachdrücklich mißbilligte und, indem er die Regierung aufforderte, sich etwas weniger um anderer Leute Sachen und etwas mehr um die Beschwerden des eigenen Landes zu bekümmern, Herstellung der freien Bewegung für die Presse — Wahlen durch die Wähler und nicht durch die Präfekten — Verwaltung der Municipalangelegenheiten durch wirkliche Gemeinde- und nicht durch verkappte Regierungsbeamte — Abschaffung des berüchtigten Sicherheitsgesetzes und, bei der beunruhigenden Lage der Finanzen, Beschränkung der Ausgaben verlangte. Dieser Entwurf ward, wie zu erwarten, verworfen, derjenige der Regierungspartei gegen nur neun verneinende Stimmen angenommen. Die Adresse stimmte der Regierungspolitik in allen Punkten zu, und ebenso wurden die Kredite, die neuen Steuern und die Steuererhöhungen, welche die Regierung forderte, bewilligt (Juni).

Am 12. Januar 1863 begann die letzte Session dieses gesetzgebenden

Körpers. Diesmal drängten sich die verschiedenen auswärtigen Fragen, die polnische, welche plötzlich wieder aufgetaucht war, und die mexikanische in den Vordergrund. Der Gang war der gleiche, wie in der vorigen Session: der Senat billigte die Regierungspolitik mit allen gegen die eine Stimme des Prinzen Napoleon; im gesetzgebenden Körper stellten die fünf wiederum ihre Verbesserungsanträge zum Adreßentwurf; der Sprechminister Billault begegnete ihrem Angriffe mit der ihm eigenen Geschicklichkeit, welcher die Dehnbarkeit des französischen Wortes zu Hilfe kam; die Versammlung votierte ihre Adresse und genehmigte auch in vier Sitzungen das ganze Budget gegen sieben Stimmen (28. April). Am 8. Mai ward die Session geschlossen. Die Neuwahlen wurden auf den 31. Mai angeordnet.

Diesmal war die Wahlagitation eine sehr lebhafte. Die Thätigkeit der Regierung, den Eifer der Beamten vom Präfekten bis zum Feldhüter hinab, leitete der Minister des Innern und Vertraute des Kaisers, Persigny. „Die Abstimmung ist frei" schrieb er an seine Präfekten, „damit aber das aufrichtige Gemüt der Bevölkerungen nicht hintergangen werden könne, so bezeichnen Sie öffentlich die Kandidaten, welche der Regierung das meiste Vertrauen einflößen. Die Bevölkerungen sollen wissen, wer die mehr oder weniger versteckten Feinde des Kaiserreiches sind — —"; er erinnerte daran, „daß die Parteien in Frankreich nicht wie in England nur die Träger verschiedener Ansichten auf der Grundlage einer von allen anerkannten Verfassung seien, sondern daß sie in diesem Lande sich aus den Trümmern der gefallenen Regierungen bildeten"; die Regierung schien daraus zu entnehmen, daß man sich ihrer deshalb mit allen Mitteln erwehren dürfe. Die Opposition in ihren verschiedenen Farben schloß sich dem gegenüber enger zusammen. Auch Adolphe Thiers, dem die Regierung kein ebenbürtiges Talent gegenüberzustellen hatte, und dessen Wahl sie deshalb besonders fürchtete, hielt es jetzt an der Zeit, die politische Bühne wieder zu betreten. Die Organe der Gewalt thaten ihr möglichstes: gleichwohl waren neben 249 Regierungskandidaten diesmal 34 wider den Willen der Regierung Gewählte. In Paris ging die gesamte Liste der Opposition durch, und unter ihren Vertretern befand sich auch Thiers, welchem die Thorheit der Regierung auch die Stimmen der Demokraten verschafft hatte.

Der Kaiser änderte nach den Wahlen sein Ministerium. Er ließ das abgeschmackte Institut der Redeminister fallen, und da im Oktober jenes Jahres Billault starb, so kam an seine Stelle der Staatsminister Eugène Rouher. Dieser, 1814 geboren, war im Jahre 1849 dem Sterne des Prinzen Louis Napoleon gefolgt und hatte zum erstenmal in dessen Ministerium vom 30. Oktober 1849 eine Stelle gefunden:

eines der bedeutendsten Talente des Kaiserreichs, ein Mann von großer Arbeitskraft, gewandter Advokatenzunge und Meister der Intrigue. Ihm fiel jetzt die Aufgabe zu, die Regierung im gesetzgebenden Körper zu vertreten.

Am 5. November wurden die Kammern eröffnet. Die Rede des Kaisers war diesmal ungewöhnlich ausführlich und erregte großes Aufsehen. Sie verbreitete sich über die verschiedenen auswärtigen Fragen, bei denen Frankreich näher beteiligt oder in die es verstrickt war, rechtfertigte die Besetzung von Kochinchina, da Frankreich nicht allein ohne Besitzungen in den asiatischen Gewässern bleiben dürfe, und die Mexikanische Expedition, welche ein sehr weitaussehendes Abenteuer geworden war; mit besonderer Ausführlichkeit verweilte sie auf der polnischen Angelegenheit.

Dies führt uns zu den Verhältnissen der östlichen Länder hinüber, auf welche die Ereignisse in Italien, sowohl was durch den Kaiser Napoleon, als was nachher, ob scheinbar, ob wirklich gegen seinen Willen geschah, in bedeutungsvoller Weise gewirkt hatten. Sie müssen zuerst dargestellt werden, ehe wir auf die germanische Welt und auf Deutschland insbesondere zurückkommen, für welches der Italienische Krieg und seine Folgen kaum minder bedeutungsvoll sich erwiesen als für Italien selbst.

B. Die östlichen Länder.

1. Türkei.

Der Türkei war durch den Pariser Frieden ihre Existenz wieder für einige Zeit gewährleistet worden; die europäische Kuratel, unter der sie stand, dauerte fort. Zu den Reformen, zu denen die Pforte sich bequemt hatte, hatte niemand ein rechtes Vertrauen: wer hätte sie ausführen sollen in einem Lande, wo es an einem Beamtenstande nach europäischen Begriffen vollständig fehlte? Es durfte nicht befremden, daß im September 1859 die fortwährende Unzufriedenheit der mosleminischen Bevölkerung zu einer weitverzweigten Verschwörung führte — man wollte 5000 beteiligte Personen zählen —, die nichts Geringeres bezweckte, als die Ermordung des Sultans und seiner Minister; an Abd ul Medschids Stelle sollte sein Bruder Abd ul Asis erhöht werden, von dem man glaubte, daß er die Interessen des Islams kräftiger zu wahren der Mann sein werde. Die Verschwörung ward entdeckt, die Hauptleiter derselben, einige hohe Offiziere unter ihnen, wurden zum Tode verurteilt, aber vom Sultan begnadigt, der sich überdies aus der Verschwörung für einige Zeit die gute Lehre ent=

nahm, in seinem Hofhalte besser zu sparen als bisher. Er starb am 26. Juni 1861; im Frieden folgte ihm sein Bruder Abd ul Asis, welcher, und diesmal ohne die sonst gewöhnlichen Strangulierungen, seine Räte wechselte und Mehemed Ali Pascha, seinen Günstling, zum Großwesir machte. Mit lokalen Aufständen, wie in der Herzegowina und Montenegro, wurde die Pforte allein fertig; an zwei Punkten aber mußte sie sich neuerdings eine europäische Einmischung gefallen lassen, in Syrien und in den Donaufürstentümern.

Im Anfang Juni des Jahres 1860 war der Libanon aufs neue, wie früher nicht selten, der Schauplatz blutiger Greuel. Der alte Haß der feindlichen Stämme und Religionen entlud sich dort wieder einmal in einem scheußlichen Gemetzel, welches die Drusen, deren Aberglaube die mohammedanische Farbe trägt, unter den Maroniten und anderen Christen jener Gegenden anrichteten, und das sich unter den Augen des türkischen Befehlshabers zu Beirut und seiner Soldaten an denen fortsetzte, welche von den Bergen nach der Küste geflohen waren. Man bemerkte seit jenem Aufstande der Sipoys, welcher einen Augenblick die Herrscherstellung Englands in Asien bedrohte, eine tiefe Bewegung in der Welt des Islams: eine Bewegung, welche durch keine Niederlage, keinen noch so augenfälligen Beweis der Ohnmacht entmutigt wurde und sich erhitzte unter dem Einflusse fanatischer Moslems, welche, von ihrer Pilgerfahrt nach Mekka zurückkehrend, insgeheim den heiligen Krieg gegen die Christen predigten. Unter solchen Umständen mußte man einen allgemeinen Ausbruch dieses Religionshasses befürchten, der zu den 30 000 Opfern, die er, wie man annehmen zu müssen glaubt, binnen wenigen Tagen aufgehäuft, neue ungezählte Tausende hinzufügen werde. In der That setzte sich der Frevel am 9. Juli in Damaskus fort. Die Christenquartiere wurden niedergebrannt, Tausende ermordet, die Weiber in die Sklaverei geschleppt; fünf Tage dauerte die Schlächterei. Der ehemalige Feind der Franzosen, Abd el Kader, der nach seiner Freilassung in jenen Gegenden seinen Aufenthalt genommen, bewies sich dankbar und hochherzig, indem er, wie übrigens auch nicht wenige angesehene Türken thaten, vielen das Leben rettete: sehr im Gegensatze zu dem Gouverneur Achmed Pascha, der, wie der Befehlshaber in Beirut, ohne Widerstand geschehen ließ, was er nicht Macht oder nicht Lust hatte zu hindern. Er mit einigen Hundert anderen entgalt diese Schwäche oder üble Gesinnung mit dem Leben, als der vom Sultan mit einem Truppencorps entsandte Fuad Pascha anlangte. Diese Vorgänge regten die Gemüter in den westlichen Ländern mächtig auf: vor allem in Frankreich, wo der Kaiser, den die Kunde in Baden-Baden erreichte, sehr bereit war, seinen Eifer in einer Sache zu bethätigen, welche zugleich eine humane und eine katholisch-

christliche und kirchliche Seite hatte, und die eine Expedition in Aussicht stellte, welche einesteils dem mißvergnügten Klerus und anderenteils der Phantasie des Volkes und Heeres zusagen konnte. Eine Konferenz der vier Großmächte, Frankreich, England, Rußland und Österreich, und der Pforte trat ohne Säumen zu Paris zusammen, und am 3. August ward hier ein Vertrag geschlossen, gemäß dem ein Expeditionscorps von 12 000 Mann nach Syrien abgehen sollte, von welchem Frankreich sehr bereitwillig die Hälfte zu stellen übernahm; mit den türkischen Truppen zusammen sollten diese die Ruhe wiederherstellen. Die Expedition ward den Truppen im Lager von Chalons vom Kaiser selbst angekündigt: er sprach davon, daß sie sich als würdige Kinder der Helden zeigen würden, welche das Banner des Christentums in dieses Land getragen. Er griff damit etwas weit zurück, da er mit jenen Worten nicht wohl die Soldaten der berühmten Expedition von 1799 meinen konnte, mit deren Christentum es doch gar zu mißlich gestanden hatte; der General Beaufort d'Hautpoul, welcher die Expedition befehligte, drückte sich etwas deutlicher aus, indem er von Gottfried von Bouillon und den Kreuzzügen sprach: was denn doch eine schöne Zeit her war.

Am 24. landeten die Franzosen in Beirut an der syrischen Küste. Sie fanden nicht besonders viel zu thun, da die Pforte mit möglichst großer Energie einschritt, um der lästigen europäischen Einmischung sobald als möglich wieder ledig zu werden, und die anderen Mächte fanden es nicht für notwendig, die übrigen 6000 zu dem Expeditionscorps wirklich mobil zu machen. Die Dauer der Occupation war auf sechs Monate festgesetzt, was man für genügend hielt. Als diese Frist um war, wünschte Frankreich eine Verlängerung derselben und regte deshalb den Zusammentritt einer neuen Konferenz an. Gegen eine solche zeigte sich England sehr widerwillig, und nur mit Mühe erlangte Frankreich die Verlängerung bis zum 5. Juni. An diesem Tage zogen die Franzosen in der That wieder ab, und die Ruhe blieb in Syrien bis auf weiteres ungestört.

Rücksichtlich der Donaufürstentümer hatte, wie wir uns erinnern, der Pariser Friede bestimmt, daß dieselben fortfahren sollten, unter der Oberhoheit der Pforte ihre seitherigen Privilegien zu genießen: es war vorausgesetzt, daß sie wie bisher zwei getrennte Staatswesen bilden würden. Die beiden Fürstentümer, von denen die Walachei mit der Hauptstadt Bukarest auf 1320 Quadratmeilen 2 600 000 Einwohner, die Moldau mit der Hauptstadt Jassy auf 725 Quadratmeilen deren 1 400 000 zählte, waren durch gleiche Abstammung, gleiche Religion und gleiche Interessen verbunden. Dieses Gemisch von Daciern, Römern, Gepiden, Bulgaren, Slawen, welches sich Ru-

mänien nannte, bekannte das griechische Christentum, und die Bevölkerung der größtenteils ebenen und fruchtbaren beiden Landschaften hatte ihre guten und ihre minder guten Eigentümlichkeiten gemein. In beiden herrschte ein Adel großer Grundbesitzer oder Bojaren, der in Paris oder durch westeuropäische Lehrmeister eine mehr oder weniger oberflächliche Bildung erhielt, über ein sehr unwissendes, schmutziges und träges Volk, das von den dort überaus zahlreichen Juden ausgebeutet wurde. Die allgemeine Strömung der Zeit, welche auf politische Zusammenfassung der Nationalitäten ging, machte sich auch hier geltend und wurde von Rußland und Frankreich im Gegensatz gegen die Pforte und gegen Österreich begünstigt; eine Napoleonische Broschüre in diesem Sinne, welche Juli 1858 zu Paris erschien, atmete einen gegen die letztere Macht sehr feindseligen Geist. Eine Konvention vom 19. August 1858, in welcher die sieben Kontrahenten des Pariser Friedens feststellten, daß für jedes der beiden Fürstentümer ein eigener Hospodar gewählt, also die Trennung aufrecht erhalten werden müsse, hielt die Entwickelung nicht auf. Die Partei für die Verschmelzung der Länder war die mächtigere: und als am 17. Januar 1859 die in Jassy tagende Nationalversammlung den Fürsten Alexander Cusa zum Hospodaren wählte, folgte die Nationalversammlung der Walachei am 7. Februar diesem Beispiele. Trotz des Protestes der Pforte geschah im November ein weiterer Schritt, indem die beiden Versammlungen eine beiden Ländern gemeinsame, sehr freisinnige Verfassung annahmen, welche die Fürstentümer zu einem Staate Rumänien unter einem Regenten erklärte und, mit Benutzung des neuesten liberalen Modejournals, alle Privilegien und Monopole, Rang, Titel aufhob, auch allen christlichen Bekenntnissen — es mochten etwa 100 000 römische Katholiken neben wenigen Tausend Protestanten im Lande sein — gleiche Rechte erteilte: wogegen man sich vorbehielt, die Juden, deren etwa 80 000 im Lande wohnten, gelegentlich zu mißhandeln, wie bisher. Die Pforte hatte nach einigem Zögern die Wahl desselben Hospodaren widerwillig zugestanden; auch die Vereinigung der Länder selbst gab der neue Sultan am 7. Dezember 1861 in einem Ferman zu, aber nur für die Lebenszeit des Fürsten Cusa, nach dessen Tode die Konvention vom 19. August 1858 wieder in Kraft zu treten habe. Ohne dieser Bedingungen weiter zu gedenken, verkündete Cusa am 23. Dezember 1861 die Gründung der neuen Nation, von welcher das übrige Europa bis dahin wenig Notiz genommen hatte: „Euer Erwählter", sagte er, „giebt euch heute ein einiges Rumänien." Gleichzeitig berief er die vereinigte Kammer auf den 24. Januar 1862 nach Bukarest. Am 6. Februar wurde diese Versammlung eröffnet, und es gab nunmehr auch hier Thronreden, Adreßdebatten und namentlich Minister-

krisen. Für die Civilisation war die neue Eroberung vorläufig noch von geringem Werte, auch entwickelte sich noch im Laufe des gleichen Jahres in der Moldau ein heftiger Widerspruch gegen die Vereinigung, welcher der Moldau und ihrer Hauptstadt nur zum Nachteile gereiche. Schon in den folgenden Jahren brach zwischen der Nationalversammlung und dem Fürsten heftiger Streit aus, und gleich das erste Budget kam nicht auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Wege zu stande. Die Pforte indes hatte auf ihre Rechte noch nicht verzichtet: und während Fürst und Nationalversammlung thaten, als wenn die Pforte gar nicht existiere, berief diese die Vertreter der Mächte zu Konstantinopel zu einer Konferenz, welche sich mit der endgültigen Regelung der die Fürstentümer betreffenden Fragen befassen sollte (26. Dezember 1863). Diese erklärte in ihrer ersten Sitzung vom 9. Mai 1864 die seither in Rumänien gefaßten Beschlüsse und Maßregeln für Kompetenzüberschreitungen und für nichtig.

Gleichzeitig hatte die Pforte auch in Serbien, der Herzegowina und Montenegro mit den Christen ihre Not. In Serbien berief der Fürst Michael im August 1861 eine „Nationalskuptschina" nach Kragujevatz, welche alle seine Vorlagen, Erblichkeit der Thronfolge in der Familie Obrenowitsch, Gesetz über Landtag und Senat, Organisation einer Nationalmiliz annahm. Im Juni 1862 kam es in Belgrad zu einem blutigen Zusammenstoße zwischen Türken und Serben; die Stadt wurde von der Citadelle aus, wo eine türkische Besatzung lag, bombardiert, worauf denn auch über diese Frage eine Konferenz in Konstantinopel gehalten ward. Diese brachte einen Ausgleich zu stande, in dessen Folge die Türken die Stadt verließen. Die Erhebung der Christen in der Herzegowina, dem von Griechischgläubigen bewohnten Teile des Fürstentums Bosnien, von dem südlich angrenzenden Räuberneste Montenegro aus unterstützt, veranlaßte die Pforte, ihren besten Feldherrn Omer Pascha mit einem starken Heere dorthin zu entsenden, der denn auch den Aufstand im Jahre 1862 unterdrückte und den Fürsten Nikita von Montenegro zum Frieden zwang. Das gute Verhältnis mit Ägypten erhielt sich ungestört.

2. Griechenland.

So erweckten die Ereignisse in Italien, wo sich gleichsam über Nacht aus hoffnungsloser Zersplitterung ein großes nationales Königtum erhoben hatte, allenthalben und namentlich im Osten Hoffnungen und Wünsche, die nach ähnlichen nationalen Staatsbildungen zielten: sie belebten auch in Griechenland die Pläne und Projekte neu, welche während des Krimkrieges im Keime erstickt worden waren. Zu-

nächst machte sich der Wunsch nach Vereinigung mit dem griechischen Staate auf den unter englischem Scepter stehenden Jonischen Inseln geltend, und noch vor den Ereignissen des Jahres 1859 offenbarten die Deputierten dieser Inseln, welche der außerordentliche Kommissar der englischen Regierung, Gladstone, im Januar jenes Jahres in Korfu um sich versammelte, mit einer gewissen Naivetät diesen Wunsch einer Einverleibung in Griechenland: Ursache zu sonstigen Beschwerden über die englische Verwaltung hatten sie nicht. Der Kommissar beschied sie abschlägig; indes sollte ihr Wunsch doch in nicht ferner Zeit in Erfüllung gehen.

Im Jahre 1862 (13. Februar) brach eine Militärrevolte in Nauplia aus, deren „Regierungskommission" in einem bombastischen Aufruf gegen die bestehende Ordnung der Dinge als ein meuchelmörderisches System, ein System der Depravation und der Sklaverei deklamierte und Einberufung einer Nationalversammlung zur Herstellung eines besseren verlangte. Diese Emeute, welcher einige andere, in Syra, Naxos, folgten, wurde unterdrückt; die königlichen Truppen zogen am 20. April in Nauplia ein. Aber im Oktober desselben Jahres brach der Aufstand, während das Königspaar auf einer Rundreise in den Peloponnes begriffen war, gleichzeitig an mehreren Punkten, Vonizza, Patras, von neuem und mit verstärkter Heftigkeit aus; am 22. in Athen, wo eine provisorische Regierung (Demetri Bulgaris, Konstantin Kanaris, Venezelo Rufos) sich bildete, die kraft „einstimmigen Beschlusses der griechischen Nation" das Königtum Ottos für abgeschafft erklärte und eine konstituierende Nationalversammlung berief, welche einen neuen Souverän wählen werde. König Otto machte kehrt und erschien am 23. im Piräeus. Nach einer Konferenz mit den Gesandten der Mächte faßte er einen Entschluß, der ihm schwerlich sehr sauer wurde: nach Bayern zurückzukehren, ohne jedoch schon für sich und sein Haus definitiv auf seine Rechte zu verzichten. Seine Abschiedsproklamation an die Hellenen war im Tone der Resignation gehalten; er hatte sich nichts weiter vorzuwerfen, da er mit einem Stoffe zu arbeiten gehabt hatte, aus welchem auch ein fähigerer Staatskünstler schwerlich viel hätte machen können. Und eines konnte ihm selbst die forcierteste Bühnenrhetorik der siegreichen Revolution nicht schmälern: „So oft es sich um politische Vergehen gegen meine Person handelte", durfte er sich mit Recht rühmen, „habe ich stets unbegrenzte Milde und Vergessen des Geschehenen walten lassen."

Es war nicht so leicht, einen Nachfolger für diesen Mann zu finden, der gleich ihm gutmütig genug war, seine Jahre an diese wenig dankbare Aufgabe zu setzen. Die Welt erlebte jetzt das Schauspiel, das sich in der Folgezeit noch mehr als einmal wiederholen sollte,

daß man den Gothaischen Kalender nach allen Richtungen durchstöberte, um für einen leer stehenden Thron einen Kandidaten zu finden. Exaltierte oder doktrinäre Radikale mochten wider die Monarchie als eine veraltete, der mündig gewordenen Menschheit unwürdige Regierungsform deklamieren: in Wahrheit erwies sie sich eben da, wo man sie abgeschafft, als ein dringendstes Bedürfnis. Es ward hier, aber nicht hier allein, einleuchtend, daß diese Staatsform — von allem anderen abgesehen — vor der republikanischen wenigstens den einen nicht zu unterschätzenden Vorzug besitzt, daß sie über die erste Stelle im Staate ein für allemal verfügt hat und also diese — diese zum mindesten — dem Ehrgeize demagogischer Lärmmacher und Intriganten entzieht. Zunächst dachte man hier in Griechenland an einen englischen Prinzen, und an vielen Orten wurden lebhafte Demonstrationen zu Gunsten des dritten Sohnes der Königin Viktoria, des Prinzen Alfred, gemacht. Die provisorische Regierung ordnete sogar, noch ehe die Nationalversammlung, welche sie ausgeschrieben, zusammentrat, die sofortige Königswahl vermittelst allgemeinen Stimmrechts an, und der Prinz Alfred wurde auf diesem Wege als der Kandidat der griechischen Nation bezeichnet. Der Patriarch in Athen und der Triumvir Rufos waren die ersten, welche ihre Stimmen zu seinen Gunsten in die Urne legten. Allein die drei Mächte, welche das Königreich geschaffen, England, Rußland und Frankreich, hielten an den Grundverträgen fest, nach welchen kein Prinz aus den in diesen Reichen regierenden Familien den griechischen Thron besteigen durfte: und zwei derselben, England und Rußland, verzichteten am 4. Dezember formell auf ihre Kandidaten, England auf seinen Prinzen, Rußland auf den Herzog von Leuchtenberg. England seinerseits that ein übriges und gab der Welt ein lobenswertes Beispiel des Verzichts auf unfruchtbaren Landbesitz, indem es der provisorischen Regierung durch ihren Specialbevollmächtigten anzeigen ließ, daß die Königin Viktoria bereit wäre, im Falle die Griechen eine verständige Wahl träfen, die Jonischen Inseln an Griechenland abzutreten und Schritte zu thun, um die Zustimmung der Mächte, welche die Wiener Verträge mit unterzeichnet hätten, zu diesem Akte zu erlangen. Elliot schlug der griechischen Nationalversammlung, welche mittlerweile (Dezember 1862) zusammengetreten war, den Herzog von Koburg-Gotha als König vor, der aber für die Ehre dankte (3. Februar 1863). Am 23. März 1863 konnte der englische Bevollmächtigte dann der Versammlung die Mitteilung machen, daß die drei Mächte sich über einen neuen König für Griechenland geeinigt hätten: es war der Prinz Wilhelm von Dänemark, der denn auch am 30. einstimmig als Georgios I. von der Versammlung gewählt wurde. Die Bedingungen wurden seitens der Schutzmächte

festgestellt, und am 31. Oktober kam der noch minderjährige König zu Athen an, wo mittlerweile ausgebrochene Unruhen zu einer Besetzung des Bankgebäudes durch englische und französische Marinetruppen geführt hatten. Diese zogen ab, nachdem der König erschienen war, und überließen es ihm und dem Ratgeber, den ihm sein Vater mitgegeben, Grafen Sponek, zuzusehen, ob er besser als sein Vorgänger mit den Nachkommen der alten Griechen fertig werden würde, welche viele Fehler und wenige Tugenden mit ihren Ahnen gemein hatten, und deren Staatsmänner eine bedenkliche Ähnlichkeit mit den Politikern aus den Zeiten des Achäischen und Ätolischen Bundes zeigten.

3. Rußland.

Das russische Kabinett war während des Italienischen Krieges nicht aus der zurückhaltenden Stellung herausgetreten, welche es sich seit dem zweiten Pariser Frieden (1856) auferlegt hatte. Seit jener Zeit hatte, wie wir gesehen, eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich stattgefunden: sie ward die natürliche Folge davon, daß England und Österreich sich als die gefährlichsten Feinde Rußlands während des Orientkrieges gezeigt hatten. Gegen England wie gegen Österreich bestand in den Fragen, welche auf dem Gebiete des türkischen Machtbereichs unaufhörlich auftauchten, ein immerwährender Gegensatz und Widerstreit der Interessen, während ein solcher Frankreich gegenüber nicht vorhanden war. Rußland half dann an seinem Teile den Italienischen Krieg lokalisieren und diente damit dem französischen Interesse; weiter ging seine Regierung nicht; man konnte es der österreichischen Regierung und ihren Generalen ruhig selbst überlassen, ihre Sache zu verderben, wobei man sich nicht die Mühe gab, eine gewisse Schadenfreude zu verbergen. Auch mit den Erfolgen des Krieges, soweit sie in den Verträgen von Zürich besiegelt waren, konnte man sich russischerseits wohl einverstanden erklären. Die Schwächung Österreichs konnte man sich dort gefallen lassen, um so mehr, da Österreich noch immer eine Stellung in Italien behielt, welche seine Kraft in Anspruch nahm: eine Stellung, deren Fortdauer es in Wahrheit mehr schwächte, als der Verlust der Lombardei. Allein die Anschauungen änderten sich doch allmählich, als zuerst in Mittelitalien der Volkswille und hernach in Süditalien der Freischarenführer diesen Frieden zerriß, als wären die Unterschriften mächtiger Monarchen nichts; am 10. Oktober 1860, wie erwähnt, rief Kaiser Alexander seinen Gesandten von Turin ab, und eine sehr ungnädige Note des Fürsten Gortschakow erläuterte diesen Schritt. Die sardinische Regierung, sagte Gortschakow, gehe beständig mit der Revolution, um deren Erbschaft anzutreten; es handle sich

nicht mehr bloß um italienische Interessen, sondern hier liege eine Frage vor, die sich, wie die Note sich mit großer Feierlichkeit ausdrückte, direkt an die ewigen Gesetze knüpfe, ohne welche weder Friede noch Ordnung noch Sicherheit in Europa bestehen könne. Der Kaiser, so schloß dieses wenigstens dem äußeren Eindrucke nach von aufrichtigem Ärger eingegebene Aktenstück, sei der Meinung, daß seine Gesandtschaft unmöglich an einem Orte residieren könne, wo sie Zeuge werden könnte von Handlungen, die sein Gewissen und seine Überzeugung mißbilligten.

Vierzehn Tage später, am 22. Oktober 1860, kamen die drei Herrscher von Rußland, Österreich und Preußen in Warschau zusammen. Es war weder das Rußland Alexanders I., noch das Österreich Metternichs, noch das Preußen Friedrich Wilhelms III. mehr; man mußte diesmal wohl oder übel der Revolution dasjenige lassen, was sie bereits verschlungen hatte. Es mußte nur jetzt, endlich, das Prinzip gerettet, es mußte ihr Halt geboten werden — der Rest des Kirchenstaates und Venezien durften nicht angegriffen werden. Diesen Gesichtspunkten schloß sich Frankreich im wesentlichen an, um nicht einen allgemeinen Krieg zu veranlassen. Seine Regierung, des allgemeinen Mißtrauens nicht unkundig, gab am 7. Dezember in einer Note dem österreichischen Kabinett die bestimmte Zusage, die Regierung von Turin zu mäßigen. Wenn schon der natürliche Widerwille gegen die „Revolution" und alles, was nicht auf dem korrekten Wege legitimen Krieges und Friedens, legitimen Rechts und legitimen Unrechts geschah, Rußland wieder einigermaßen Österreich näherte, so nicht minder das Mißtrauen gegen Napoleon. Wer die beiden Kaiser bei der Zusammenkunft in Stuttgart gesehen, der konnte sie sich schwer als Alliierte denken; in die ganze europäische Politik war durch Napoleon etwas Unruhiges, Gespanntes, Unberechenbares gekommen; bald hier, bald dort traten Gelüste nach einer „Revision der Karte von Europa", nach dem Rheine, nach Belgien hervor, und ein kleiner Anfang dieser Revision war schon mit Savoyen und Nizza gemacht; die Erinnerungen an die Zeiten Napoleons I. beherrschten ohnehin die Politik der Staaten, die einst unter seinem Ehrgeize gelitten: und eine Stelle hatte auch Rußland, wo es von der Revolution oder demjenigen, der mit ihren Kräften seine eigenen Geschäfte machte, mit ihrem Sturm und Wind seine Mühlen trieb, erreicht werden konnte.

Diese Stelle war Polen. Daß die Ereignisse, deren Schauplatz Italien war, hier in den Gemütern einen lebhaften Widerhall finden mußten, war nicht mehr als natürlich, und wer menschlich fühlt, kann dies nicht verdammen, wenn man auch den Polen ein größeres Maß von Schuld an ihrem unglücklichen Schicksale zuschreiben mag als den

Italienern an dem ihrigen. Die Lage Polens aber war eine viel verzweifeltere, als die Italiens gewesen. Denn dieses letztere Land hatte nur unter der Tyrannei einer einzigen Macht und ihrer Untervögte gestanden und besaß in der Eifersucht zwischen Österreich und Frankreich sowie in dem nationalen Königreich Sardinien wenigstens eine Hebelkraft, mit der man den Versuch unternehmen konnte, die Fremdherrschaft abzuwälzen: während hier in Polen der Körper des Volks in drei Stücke zerrissen worden war, deren jedes eine von drei Großmächten als ihre Beute dahingenommen hatte. Daran aber dachte man in den Kreisen der polnischen Edelleute, welche viel zu hochmütig und zu oberflächlich waren, um aus dem Unglück wirklich etwas zu lernen, nicht weiter. Man sah nur das eine, daß die Nationalitätsidee im europäischen Leben überall mit neuer Stärke erwacht war, und welche Wunder unter diesem Zeichen ein einzelner Mann, fast ohne Widerstand zu finden, vollführt hatte. Jene Zusammenkunft der drei nordischen Monarchen in Warschau gab der unruhigen Stimmung und Gärung neuen Stoff. Im November 1860, am Jahrestage der polnischen Revolution, war es bereits zu Kundgebungen gekommen. Der Karneval, dessen lärmende Thorheiten eine katholische Stadt nur ungern sich versagt, war stumm, ohne Lustbarkeiten vorübergegangen. Zu ernsthaften Unruhen kam es im Februar 1861. Der Jahrestag der Schlacht bei Grochow sollte durch eine Demonstration — jene traurigbrotlose Kunst, in welcher die Polen mit Eifer und Erfolg ihrem Vorbilde, den Franzosen, nachzueifern gewohnt waren — gefeiert werden. Mit unendlichem Jubel begrüßte die ungeheure Menschenmenge, die auf dem Altenmarkte zu Warschau versammelt war, den weißen Adler im roten Felde, die polnische Fahne, welche der Prozession vorangetragen wurde, die aus der Paulinerkirche kam: bei dem Tumult machten die Gendarmen von ihren Säbeln Gebrauch, und man hatte nun, was man brauchte, eine Anzahl Verwundete, vielleicht sogar einige Tote, für welche Trauer angelegt und ein Trauergottesdienst angesagt ward. Bei einem neuen Zusammenstoß, der bei diesem Anlaß erfolgte, machten die aufreitenden Kosaken von dem Lederkantschu Gebrauch, mit dem sie ihre Pferde anzutreiben pflegen, und einige Hiebe fielen dabei auch auf die dem Trauerzuge voranschreitenden Geistlichen; es gab diesmal, den 27., einige wirkliche Tote, und die Bevölkerung nahm nun eine so einmütig entschlossene Haltung an, daß der Statthalter, Fürst Gortschakow, Bildung eines Sicherheitskomitees aus den angesehensten Bürgern, die Abhaltung eines feierlichen Begräbnisses der Opfer des 27. und die Annahme einer Adresse an den Kaiser zugestand. In dieser Adresse fand die Sehnsucht des Landes nach einer Wiederherstellung seiner nationalen Regierung einen ernsten und würdigen Ausdruck: „Es kann,

jedes gesetzlichen Organs, mit dessen Hilfe es unmittelbar zum Throne reden könnte, beraubt, nur durch Opfer seine Stimme erheben"; sie appellierte an die Großherzigkeit und das Gerechtigkeitsgefühl des Kaisers. Sie that es nicht vergebens: der Kaiser nahm in der That die Adresse entgegen, und am 26. Mai 1861 erschien ein Ukas mit einigen Zugeständnissen: Errichtung einer besondern Abteilung für Kultus und Unterricht bei der Regierung in Warschau, Einsetzung eines polnischen Staatsrats, Einführung von gewählten Gubernial-, Kreis- und Municipalräten; schon einige Tage vorher war ein polnischer Magnat, der Marquis Wielopolski, in die Regierung eingetreten. Auf dessen Andringen bequemte sich der Statthalter, in einer Proklamation das Wort Polen und Nationalität wieder in den Mund zu nehmen, und in dem Cirkular, in welchem die russische Regierung sich über ihre Stellung zu den Vorgängen in Warschau aussprach, ließ sich der milde, gerechte und gewissenhafte Sinn des Kaisers nicht verkennen. Derselbe erläuterte die Gewährungen, „welche dem Lande die Mittel verleihen, an der Verwaltung seiner Angelegenheiten sich nach Maßgabe seiner Interessen zu beteiligen." Allein von einem ruhig zum andern zu schreiten, mit Besonnenheit zu benutzen, was gegeben wurde, um schrittweise sich dem Ziele zu nähern, das nun einmal nicht erflogen werden konnte, war der Polen Sache nicht. Die Demonstrationen erneuerten sich, denen der katholische Kultus bereitwillig seine Formen lieh. Als am 6. April die Regierung den landwirtschaftlichen Verein schloß, in welchem die Bewegung einen Mittel- und Leitungspunkt besaß, kam es am 7. wieder zu einer großen Kundgebung: Umzüge, Gesang des Nationalliedes; einem Zusammenstoße vor dem Schlosse wich der Statthalter aus, indem er dem dort aufgestellten Militär den Befehl zum Abmarsche gab, worauf auch die Menge, ihres Sieges froh, sich zerstreute. Am folgenden Tage aber wurden die Dinge ernsthafter: die Haufen wollten nicht weichen; den vordringenden Truppen und Gendarmen stellten sich die Priester mit ihren Heiligenbildern entgegen, bis endlich deren Geduld, stundenlang mißbraucht und verhöhnt, sich erschöpfte und nun unter die Menge gefeuert wurde. Auch die Geistlichen bedrohte man, indem man ihnen ankündigte, daß sie ohne Rücksicht auf ihren Stand verhaftet werden würden, wo sie fortfahren sollten, Kanzel und Altar zu politischen Agitationen zu mißbrauchen. Der Erzbischof von Warschau ward von der Regierung ersucht, durch einen Hirtenbrief an die Geistlichen seiner Diöcese zur Beruhigung der Gemüter beizutragen. Er lehnte ab: eine Abmahnung seitens der Geistlichen würde das Volk nur noch mehr aufreizen. Dies [illegible] schwerlich der wirkliche Grund, sondern die Geistlichkeit teilte die [illegible]mung des Volks und wollte in keinem Falle ihren Einfluß

schmälern, indem sie sich derselben in den Weg stellte. Ganz im Gegenteil: nachdem der Sommer ruhig, wenigstens ohne weiteres Blutvergießen vergangen war, warfen sich die polnischen Bischöfe selbst in die Bewegung, indem sie in einer Adresse an den neuen Statthalter Grafen Lambert am 25. September (1861) gleich im Eingange die polnische Nationalität sowie den Zusammenhang derselben mit der katholischen Kirche — „seit neun Jahrhunderten bildet die römisch-katholische Religion einen Bestandteil des nationalen Lebens, sie ist das kostbarste Erbteil unserer Vorfahren, ein wesentliches Bedürfnis unserer Nation" — auf das stärkste betonten und dann eine Reihe sehr weitgehender Forderungen stellten. Die Annahme der Adresse wurde von dem Statthalter verweigert. Mit Eifer ward nun jede Gelegenheit zu Demonstrationen benutzt. Als die Regierung den Besuch eines „Verbrüderungsfestes", das in der Nähe von Lublin gehalten werden sollte, verbot, benutzte man die Beerdigung des Erzbischofs von Warschau, um einen Verbrüderungsakt zwischen Adel und Bauern gleichwohl herbeizuführen, und am 14. Oktober waren die Dinge bereits wieder so weit gediehen, daß man den Kriegszustand über das ganze Königreich verhängen mußte. Als am 15. die verbotenen Gesänge in den Kirchen dennoch erschallten, wurden diese erst belagert, dann drang das Militär in dieselben ein und trieb die Gläubigen hinaus, worauf der Administrator der Diöcese sie schließen ließ.

Wielopolski, seiner undankbaren Rolle, zu versöhnen, was nicht versöhnt sein wollte, überdrüssig, gab seine Entlassung. Graf Lambert wurde am 5. November durch den General Lüders ersetzt, und nun schritt die Regierung mit Verhaftungen ein; auch den Administrator schützte nicht sein priesterliches Kleid noch der Protest seines Kapitels: ein Kriegsgericht verurteilte ihn sogar zum Tode. Er ward begnadigt, und im Februar 1862 ließ der neue Erzbischof Felinski die Kirchen wieder öffnen. Im Juni ernannte der Kaiser seinen Bruder, den Großfürsten Konstantin, zum Statthalter und Wielopolski zum Haupt der Civilverwaltung; der Weg der Milde wurde aufs neue versucht, und trotzdem daß auf den Großfürsten gleich am Tage nach seiner Ankunft in Warschau ein Attentat versucht ward, wurden die Gouverneurstellen in den einzelnen Provinzen mit Polen besetzt. Die Bahn der Reformen sollte, wie der Großfürst und Wielopolski ankündigten, mit Nachdruck betreten werden: „Vielleicht", sagte der erstere, „war das Attentat eine Zulassung der Vorsehung, damit die Nation sich in ihrem wahren Lichte zeigen könne". Zwei neue Attentate auf Wielopolski, am 7. und 15. August, zeigten die Nation, wo nicht in ihrem wahren, so doch in einem traurigen Lichte. Dies mochte die That einiger Fanatiker sein: aber in einem Punkte war die ganze Nation unver-

besserlich. Eine Adelsversammlung, von dem Grafen Zamoiski veranstaltet, beschloß im September eine Adresse an Wielopolski: sie wollten sich den neuen Institutionen nicht entziehen, sagten sie, indes „wir werden als Polen nur dann die Regierung mit Vertrauen unterstützen können, wenn diese Regierung eine nationale, eine polnische sein, wenn bei freien Gesetzen alle Provinzen unseres Vaterlandes vereint sein werden“ — und damit kein Zweifel an ihrer unheilbaren Thorheit möglich sei, fügten sie bei, daß sie ihre Vaterlandsliebe nicht teilen könnten: „Wir lieben unser ganzes Vaterland in den Grenzen, welche ihm Gott gezogen und die historischen Traditionen überwiesen haben.“ Diese Adresse fand alsbald ihren Widerhall in der Adresse einer Adelsversammlung Podoliens an den Kaiser (1. Oktober): diese verlangte die Wiederherstellung der administrativen Einheit Polens und Einverleibung der westlichen Provinzen in dieses Königreich.

An demselben Tage eröffnete der Großfürst-Statthalter die Sitzung des Staatsrats mit einer Rede in polnischer Sprache. Er versicherte sein unerschüttertes Vertrauen und meinte schon von den bis dahin eingeführten Reformen günstigen Erfolg wahrzunehmen. An fruchtbarer Thätigkeit konnte es dem Staatsrat und konnte es dem polnischen Adel nicht fehlen, wenn ihm daran gelegen war, seine Nation wirklich einer bessern Zukunft entgegenzuführen. Aber dies war nicht nach ihrem Sinn; schon war die Verschwörung geschäftig, und dies, zu geheimen Zusammenkünften in geschäftigem Müßiggang das Land auf- und abreiten, war ihr Element, bei dem sich Arbeiten und Schuldenzahlen vergessen ließ. Jene Adelsadresse beantwortete die Regierung mit Verhaftungen und Verbannungen; es hinderte den litauischen Adel nicht, zu Minsk im Dezember eine ähnliche Adresse zu beschließen, welche gleichfalls in der Vereinigung mit Polen das einzige Heil erblickte.

Die Flamme kam zum Ausbruch durch eine Rekrutenaushebung, welche die Regierung benutzen wollte, um sich der unruhigen Elemente zu entledigen. Eine geheime Instruktion, die nicht geheim blieb, schrieb vor, daß vor allem diejenigen beizuziehen seien, „die keine bestimmte Beschäftigung haben und aus Anlaß der letzten Unruhen schlecht notiert sind“; von den sonst üblichen Befreiungen konnte Umgang genommen werden. Diese Maßregel, am 14. Januar 1863 in brutaler und willkürlicher Weise zu Warschau vollzogen, gab das Signal zur förmlichen Insurrektion. Man wußte, was der Eintritt ins russische Heer bedeutete; eine große Anzahl solcher, welche der Rekrutierung zu verfallen fürchteten oder ihr schon verfallen waren, flüchtete in die Wälder, und wenige Tage später begann zu Warschau ein nationales Centralkomitee, dessen Mitglieder und Zusammensetzung niemand kannte, und

dessen Befehle alle mit blindem Gehorsam respektierten, seine geheimnisvolle Thätigkeit. Zwei Dekrete dieser unsichtbaren Regierung von diesem Tage regulierten die Verhältnisse des bäuerlichen Besitzes: jeglicher Grundbesitz ist ohne andere Verbindlichkeit als die Steuerquote an den Staat von jetzt ab Eigentum seines bisherigen Besitzers; die seitherigen Eigentümer werden durch „den Staat" entschädigt werden. Am 25. ernannte ein solches Dekret den bekannten Mieroslawski zum Diktator; ein weiteres ernannte ein Oberhaupt, dessen Weisungen sich die Einwohner der Städte unbedingt zu fügen hätten; ein drittes vom März untersagte den Aufstand in den polnischen Provinzen Österreichs und Preußens; die Pflicht der Bevölkerungen dieser Landschaften beschränke sich auf die Stellung von Freiwilligen, Entrichtung der Nationalsteuer, Lieferung von Gewehren und sonstige mittelbare Unterstützung des Aufstandes. Mieroslawski, der am 17. Februar auf dem Schauplatze eintraf, erlitt in einem ersten Zusammenstoß mit russischen Truppen eine Schlappe und hatte nach wenigen Tagen seine neue Rolle ausgespielt; an seiner Stelle erklärte sich am 10. März ein anderer Insurgentenführer, Langiewicz, zum Diktator: auch er aber ward schon am 19. genötigt, auf österreichisches Gebiet überzutreten, wo er interniert wurde. Die geheime Nationalregierung in Warschau übernahm wieder die Leitung des Aufstandes. Dieser Insurrektion schloß sich nun fast offen auch die Geistlichkeit an. Der Erzbischof Felinski erließ am 15. März ein Schreiben an den Kaiser: „Ergreifen Sie" — sagte er ihm, indem er sich auf das Vorrecht der Kirche, in den Augenblicken großen Unglücks zu den Mächtigen der Erde zu sprechen, berief — „ergreifen Sie mit starker Hand die Initiative in der polnischen Frage, machen Sie aus Polen eine unabhängige Nation, die mit Rußland nur durch das Band Ihrer erhabenen Dynastie verknüpft ist; dies ist die einzige Lösung, welche dem Blutvergießen Einhalt thun kann." Am 31. that sich auch in Wilna eine Nationalregierung auf und erklärte Litauen und Rotrußland für untrennbare Bestandteile Polens. Am 9. April verbot die Warschauer Nationalregierung die Zahlung der Steuern an Rußland und teilte das Land in 23 Kreise mit Zweigkomitees für Einziehung der Steuern, Rekrutierung, Vollziehung der Strafgesetze; und als ein kaiserliches Manifest vom 13. allen Verzeihung bot, welche bis zum 1. Mai zum Gehorsam zurückkehren würden, erwiderte die geheime Regierung, telegraphisch davon unterrichtet, am gleichen Tage: „Weg mit der Gnade des Zaren; wir haben das Schwert ergriffen, das Schwert allein wird unsern Streit mit Moskau entscheiden."

Wenn das Schwert allein entschied, so mußte der Zar zuletzt Sieger bleiben, denn die einzelnen Insurgentenbanden, welche noch

nicht einmal so weit waren, sich zu einem Heere zusammenzuschließen, waren den unaufhörlich sich verstärkenden Truppenmassen der Russen weit nicht gewachsen. Und dies um so weniger, als die Bauern nicht in irgend erheblicher Zahl sich dem Aufstande anschlossen, der ihnen nichts zu bieten hatte, was sie nicht aus den Händen der Regierung empfangen oder zu erwarten hatten. Jedoch hatten unterdessen auch die europäischen Mächte ihre Aufmerksamkeit dem großen Brande, der seinen Feuerschein weithin über den ganzen Weltteil warf, zugewendet. Das preußische Kabinett, bereits unter der Leitung eines Mannes, dessen Politik nicht von gefühlvollen Anwandlungen beherrscht wurde, hatte unumwunden sich auf die russische Seite gestellt und am 8. Februar eine geheime Konvention mit dieser Macht geschlossen, mit welcher Preußen in dieser Sache die Konsequenzen der Teilungsverträge des vorigen Jahrhunderts gemeinsam zu tragen hatte. Die preußische Regierung hielt diese Politik, einer tendenziösen Opposition zum Trotze, fest; dagegen hatte sich Österreich den westlichen Mächten England und Frankreich angeschlossen, und am 17. April überreichten die Gesandten dieser drei Mächte ihre Noten mit einem gleichlautenden Begleitschreiben, in welchem jedoch nicht über freundschaftliche Vorstellungen ziemlich allgemeiner Art hinausgegangen wurde. Die russische Regierung hatte keine Mühe, dieselben mit dem Hinweis auf dasjenige zu beantworten, was der Kaiser den Polen bereits und aus freien Stücken gewährt habe, sowie auf die Aufreizungen, welche von außen kämen, auf die Thätigkeit der gesamten europäischen Revolutionspartei, welche die allgemeine Geißel dieser Zeit bilde: in der Bekämpfung des Aufstandes ließ sie sich nicht irre machen. Gegen die Ausbreitung der Insurrektion in Litauen hatte sie schon im März durch einen Ukas sich gewehrt, der alle obligatorischen, auf dem Boden ruhenden Beziehungen zwischen Bauern und Gutsbesitzern vom 1. Mai 1863 an aufhob und von diesem Tage an die Bauern für freie Eigentümer erklärte; alle Geldzahlungen sollten von da ab an die Regierungskassen und erst von diesen an die Gutsbesitzer gemacht werden; im eigentlichen Polen wurde die Verwaltung gänzlich den Militärbehörden, dem General Berg, welcher dem Großfürsten beigegeben war, überwiesen. In Rußland selbst hatte der Aufstand eine lebhafte Aufwallung des russischen Nationalbewußtseins erregt, dessen Kraft durch die Einmischung der Mächte nur gesteigert wurde: in zahlreichen Deputationen und Ergebenheitsadressen an den Kaiser kam dies zum Ausdruck. Der Termin der kaiserlichen Amnestie verstrich wirkungslos. Im Juni erließ die Nationalregierung ein neues Dekret, welches den Terrorismus organisierte, in jedem Kreise ein Revolutionstribunal einführte: im Falle die Todesstrafe nicht vollzogen werden kann, wird der Verurteilte außerhalb des

Schutzes der Gesetze erklärt. Diesen Revolutionstribunalen setzte dann in Litauen der neuernannte Gouverneur, General Murawjew, ein nicht minder furchtbares Dekret (8. Juni) gegenüber, in welchem unnachsichtige Strenge gegen Priester und Klöster eingeschärft, Anzeigen zur Pflicht gemacht, die Regierung ganz militärisch organisiert, alle civilen Gewalten den soldatischen untergeordnet wurden. Es war Blut gegen Blut; zugleich belegte er alle Güter des polnischen Adels mit einer Abgabe von zehn Prozent.

Vorläufig fand indes die unsichtbare Nationalregierung in Warschau noch unbedingten Gehorsam. Am 9. Juni ward in der dortigen Hauptkasse ein kolossales Deficit entdeckt; am 18. erklärte eine Bekanntmachung des Komitees, daß die fehlende Summe — es seien 22 012 992 fl. 20 Groschen — auf ihren Befehl von den betreffenden Beamten an die Nationalregierung abgeliefert worden sei. Und während die geheime Regierung fortfuhr, ihre Justiz und ihre Finanzen zu organisieren, goß auch die Geistlichkeit ihr Öl hinzu, das bekanntlich solche Flammen am besten nährt: als im Juni ein Kapuziner mit dem Strange hingerichtet ward und der Erzbischof, der mit seinem Kapitel protestiert hatte, nach Petersburg berufen und dort zurückgehalten wurde, verbot ein Erlaß des Generalvikars allen kirchlichen Gesang, alles Orgelspiel und Glockengeläute im Lande.

Am 27. Juni erfolgte ein zweiter Schritt der drei Mächte. Diesmal waren sechs Punkte als Grundlage einer Befriedigung des Landes aufgestellt: vollständige Amnestie, nationale Vertretung, nationale Verwaltung, Gewissensfreiheit und Aufhebung aller die Ausübung des katholischen Kultus hemmenden Beschränkungen, ausschließlicher Gebrauch der polnischen Sprache als Amtssprache, Einführung eines gesetzlich geordneten Rekrutierungssystems. England und Frankreich schlugen die Proklamierung eines einstweiligen Waffenstillstandes durch den Kaiser von Rußland und eine Konferenz der acht Mächte, welche den Wiener Vertrag unterzeichnet hätten, vor. Fürst Gortschakow beantwortete alle diese Vorschläge ablehnend. Er wollte von einer Konferenz der acht Mächte nichts wissen, da die Sache nur die Teilungsmächte berühre. Der europäische Charakter der Frage liege nur in der Aktion der revolutionären Elemente aller Länder, welche sich derzeit im Königreich Polen konzentriere. Unbeirrt durch diese Intervention arbeitete Rußland an der völligen Niederwerfung des Aufstandes weiter, und man muß gestehen, daß dabei dem Jahrhundert der Humanität, wie man etwas vorschnell das neunzehnte genannt hat, viel zugemutet wurde, wenn Murawjew den Eifer der von ihm ins Leben gerufenen Bauernwehren durch das scheußliche Dekret (18. Juli) belebte, in welchem er für jeden an den nächsten Militärchef einge-

lieferten Insurgenten drei und, wenn derselbe bewaffnet war, fünf Silberrubel Prämie und Fanggeld, wie etwa bei Wölfen, aussetzte. Obwohl allmählich Erfolge sichtbar wurden, so ging doch der schreckliche kleine Krieg in dem weitgedehnten Lande seinen blutigen Gang weiter, und die geheime Regierung in Warschau wenigstens schien in ihren Ansprüchen noch keineswegs herabgestimmt: als Ziel des Aufstandes bezeichnete ihr Dekret vom 31. Juli abermals die Wiederherstellung Polens innerhalb der Grenzen von 1772. Dem gegenüber wurden die Zwangsmittel immer furchtbarer: am 11. August setzte die Regierung einen Termin von zwölf Tagen für die Zahlung der rückständigen Steuern, nach dessen Ablauf Einquartierung nach Willkür, Schließung der Magazine, Fabriken u. s. w. in Aussicht standen; im September sah sie sich genötigt, den Belagerungszustand in Warschau sehr wörtlich zu nehmen und die Stadt zehn Tage lang völlig abzusperren; überall, selbst in den Nonnenklöstern, suchte man nach der geheimen Nationalregierung. Man fand sie nicht; eine Woche später wurde ein Attentat auf den General Berg gemacht — Großfürst Konstantin war am 25. August nach Petersburg zurückgekehrt —; die Nationalregierung verfehlte nicht bekannt zu machen, daß der Mordanfall auf ihren Befehl geschehen sei: sie habe die Ausrottungspolitik, wie sie Murawjew in Litauen verfolge, und wie sie Berg nun auch im Königreich zu befolgen sich anschicke, im Keime ersticken wollen.

Murawjew seinerseits schien in der That am Ziele angelangt. Er meldete am 15. Oktober an die Regierungen der ihm unterstehenden Bezirke, daß der Aufstand im Bereiche seiner Machtbefugnisse unterdrückt sei. Im Königreiche machte man neue Anstrengungen, um gleiche Lorbeeren zu erringen. Der Stadt Warschau wurde am 31. Oktober, um sie mürbe zu machen, eine außerordentliche Kontribution auferlegt, das Tragen jeder Art von Trauerkleidern verboten, neue massenhafte Verhaftungen dort angeordnet, auch auf die Einkünfte der Geistlichkeit eine Kontribution gelegt und ein General als Polizeiminister mit umfassenden Befugnissen an die Spitze einer neuorganisierten Landespolizeiverwaltung gestellt. Vergebens rief die Nationalregierung nun nochmals in einem in polnischer, litauischer und kleinrussischer Sprache abgefaßten Manifeste, alle Versprechungen völliger Emancipation wiederholend, die Bauern auf, gemeinsam mit dem Adel zum Sturze der russischen Herrschaft die Waffen zu ergreifen. Gegenüber dem furchtbaren Drucke einer wohlorganisierten Militärpolizei begann auch der Heroismus des Hasses allmählich zu erlahmen: und mit der Hoffnung einer Intervention Europas war es ohnehin vorbei.

Im August hatten die drei Mächte sich zum drittenmale für Polen verwendet. Sie schoben Rußland die schwere Verantwortung

für die Folgen zu, welche sich aus der Ablehnung ihrer Vorschläge ergeben könnten. Es waren energische Worte, aber doch, auch von seiten Frankreichs, nicht mehr als Worte: die Note dieser Macht vom 3. August konstatierte „die Nutzlosigkeit unserer Bemühungen" und fügte, die Faust in der Tasche, hinzu: „Das Kabinett von St. Petersburg giebt uns die volle Freiheit unseres Urteilens und Verfahrens zurück." Dieses seinerseits begnügte sich in seiner Antwort vom 7. September, über jene mehr oder weniger versteckten Drohungen Quittung auszustellen, und erklärte die Diskussion für geschlossen.

Den drei Mächten blieb nichts übrig, als gute oder böse Miene zum verlorenen, von Anfang an nicht sehr aussichtsvollen Spiele zu machen. Österreich steckte die Note ruhig ein; England richtete am 20. Oktober noch eine letzte Depesche nach Petersburg, in welcher sich die Worte fanden, „daß die Rechte Polens in derselben Urkunde enthalten seien, welche den Kaiser von Rußland zum König von Polen machte"; der Kaiser Napoleon aber zog einen letzten Pfeil aus seinem Köcher, der jedoch, sein Ziel verfehlend, auf den Schützen zurücksprang. Er brachte die große Angelegenheit in seiner Thronrede vom 5. November (1863) zur Sprache. Die Absicht sei gewesen, sagte er, in dieser Sache mit dem vollen Gewichte der Meinung Europas auf Rußland zu drücken: dies sei nicht gelungen. Was bleibt also zu thun übrig? fragte er: Krieg oder Schweigen? „Nein," fuhr er mit höchst energischer Betonung fort, „ohne daß wir zu den Waffen greifen oder schweigen, bleibt uns noch ein Mittel übrig, nämlich die polnische Sache einem europäischen Gerichtshofe zu unterbreiten." Er meinte einen **Kongreß**, für welchen er die Zeit gekommen glaubte, und er benützte die Gelegenheit, den Verträgen von 1815, den bei den Franzosen so sehr verhaßten, den Krieg zu erklären. Diese Verträge, sagte er, existieren nicht mehr: fast überall sind sie gebrochen worden, in Griechenland, Belgien, Frankreich, Italien, an der Donau; Deutschland regt sich, um sie zu verändern, England hat sie durch die Abtretung der Jonischen Inseln in hochherziger Weise modifiziert, und Rußland tritt sie in Warschau unter die Füße — „es ersäuft sie im Blute" soll der erste Entwurf gelautet haben.

Wir werden das Schicksal dieser Idee eines neuen Kongresses, die hier mit solchem Nachdruck ausgesprochen und geradezu zu der Frage: Kongreß oder Krieg! zugespitzt wurde, weiterhin kennen lernen; sie hinderte Rußland nicht, das gehetzte Wild, das blutend am Boden lag, vollends zu töten, soweit eine Nation sterblich ist. Während in Litauen Murawjew die „friedliche" Ausrottung des polnischen Wesens mittelst russisch eingerichteter Volksschulen ins Werk setzte, trat im Königreich die militärische Diktatur des Grafen Berg ins Leben. In Litauen

[illegible] eine [illegible] Februar 1864) die russische Sprache als aus[illegible] [illegible] ein, im Königreich wurde die Verwaltung in allen wichtigeren Stellen ganz russisch; auch in Wolhynien, Podolien, der [illegible], [illegible] des alten Polenreichs, wurden nach Möglichkeit [illegible] Beamte eingesetzt, die polnischen entfernt. Noch dauerte die [illegible] Insurrektion aus; aber die Bauern zu Bundesgenossen zu machen, [illegible] das alte Polen den Teilungsmächten leicht gemacht: [illegible] ward, indem die Reste der Leibeigenschaft vollends beseitigt wurden, die ländliche Bevölkerung in Gemeinden organisiert, welche vom Grundadel durchaus unabhängig waren. Im Frühling 1864 erlosch der Aufstand vollends. An die Stelle der energischen Dekrete der geheimen Nationalregierung, von der man einige Mitglieder im Februar entdeckt zu haben glaubte und verhaftete, traten die Loyalitätsadressen und die Gnadengesuche, und zahlreicher als gewöhnlich bewegten sich die traurigen Karawanen derjenigen, welche zum Exil in Sibirien, sei es verurteilt, sei es begnadigt waren, nach dem Osten.

Bei den übrigen Völkern, die unter russischem Scepter vereinigt waren, machte die neuauflebende Nationalitätsidee, welche hier als tiefe mächtige Glut einen Volkskörper ergriff, dort als Flackerfeuer in unruhigen Flammen zuckte oder in einem vulkanischen Ausbruch sich ergoß und verzehrte, der Regierung weniger zu schaffen. Für Finnland ergriff ein kaiserliches Manifest vom 10. April 1862 selbst die Initiative zur Herstellung der alten Landesverfassung, indem es zunächst einen Ausschuß von vertrauenswerten Männern der vier alten Stände berief, dem dann die Einberufung dieser Stände selbst zu seiner Zeit folgen sollte. Des unbeliebten dortigen Generalgouverneurs Grafen Berg bedurfte man bald in Polen und ersetzte ihn in Finnland, wo gleichzeitig eine mildere Censurpraxis eingeführt wurde, durch einen beliebteren. Doch war die Loyalität in dieser neuesten Erwerbung Rußlands während des polnischen Aufstandes nicht so feurig, wie in den altrussischen Landschaften: es wurde unliebsam bemerkt, daß einzelne städtische Behörden im Lande die Unterzeichnung von Ergebenheitsadressen verweigerten. Gleichwohl berief der Kaiser im Juni 1863 den allgemeinen Landtag der Stände Finnlands und eröffnete, indem er damit die alte finnische Verfassung vom Jahre 1772 wieder belebte, denselben im September jenes Jahres mit einer Thronrede, in welcher er für das Großfürstentum Finnland das konstitutionell-monarchische Prinzip betonte und eine regelmäßige Wiederkehr dieser Nationalver[illegible] in Aussicht stellte.

[illegible]te nicht fehlen, daß in einem an Verfassungsschöpfungen [illegible] Jahrhundert, wie das neunzehnte ist, es nicht an solchen [illegible]lche auch das gesamte Russische Reich mit einer Reprä-

sentativverfassung glücklich machen wollten, und zwar ganz dem revolutionären Radikalismus gemäß, der am liebsten erntet, wo er weder gesät noch geackert hat, nicht nach und nach, sondern mit einem Schlage. Dergleichen Ideen wurden von einer Adelsversammlung zu Twer im Februar 1862 in einer Adresse ausgesprochen, deren Ton bewies, wie sehr sich die Zeiten seit Nikolaus I. geändert hatten. Sie nahmen die Bauernemancipation vollständig an; nur müsse diese rettende Maßregel unverzüglich ins Werk gesetzt werden. Indem sie sich überzeugt erklärten von der reinen Absicht des Kaisers, verwarfen sie den Übergangszustand, den seine Räte ersonnen, und der, weder Freiheit noch Sklaverei, den Grundbesitzern wie dem Volke gleich unerträglich sei. „Wir sind überzeugt", fuhren sie fort, „daß die unternommenen Reformen ohne Erfolg bleiben, weil sie ohne Befragung des Volkswillens unternommen sind: die Berufung von Deputierten aus dem ganzen Russischen Reich ohne Unterschied der Klassen und Stände ist nach unserer Ansicht der einzige Weg zur Lösung der durch die Ukase vom 3. März gestellten, aber nicht gelösten Fragen." Dreizehn dieser hochwohlgeborenen Demokraten, welche in dem Reiche Peters des Großen über Nacht die Demokratie Nordamerikas einführen wollten, wurden verhaftet und nach St. Petersburg gebracht, wo sie aber der Kaiser, hochherzig und vernünftig wie er war, bald begnadigte: an dem großen Werke der Aufhebung der Leibeigenschaft und der Hebung des Reichs durch materielle Verbesserungen ließ er sich durch solche der Zeit vorauseilende Forderungen nicht irren.

Nachdem die notwendigsten Vorarbeiten beendigt waren, auch der Staatsrat unter des Kaisers Vorsitz am 28. Januar 1861 sich für die Aufhebung der Leibeigenschaft entschieden hatte, erschien am 17. März ein kaiserliches Manifest, welches von allen Kanzeln des Reichs verkündet wurde. Der Kaiser warf in demselben einen Blick auf die Bemühungen seiner Vorfahren zur Verbesserung der Lage der Bauern: er seinerseits habe dieses Werk mit einem Beweise des Vertrauens zu dem Adel Rußlands begonnen, und dieses Vertrauen sei nicht getäuscht worden. „Rußland wird nie vergessen, daß der Adel einzig und allein durch seine Achtung vor der Menschenwürde und durch die Liebe gegen seine Nächsten bewogen aus freien Stücken auf die Rechte Verzicht leistete, die ihm die nunmehr abgeschaffte Leibeigenschaft erteilte, und daß derselbe die Grundfesten einer neuen Zukunft, die den Bauern jetzt eröffnet ist, legte." Der Kaiser gab die nötigen Verfügungen und Anordnungen für die Zeit des Überganges, denn nicht auf einmal könne ein so großes Werk gelingen: „Und nun", schloß das Manifest, „frommes und getreues Volk, mache auf deiner Stirn das heilige Zeichen des Kreuzes und vereinige deine Gebete mit den Unsrigen,

um den Segen des Allerhöchsten auf deine erste freie Arbeit, das gesicherte Unterpfand deiner persönlichen Wohlfahrt sowie des allgemeinen Besten, herabzuflehen."

Nach einem amtlichen Bericht vom 31. Dezember 1863 hatte die Gesamtmasse der Bauern ihr Verhältnis zu den Grundbesitzern um jene Zeit bis auf einen geringen Rest vollständig geregelt.

Auch sonst trug die Regierung Alexanders II. überall den Charakter gleichmäßigen, wohlüberlegten Fortschreitens, und die einzelnen Maßregeln des Fortschritts wurden zwar nicht mit einem chimärischen russischen Reichsparlament, aber mit Specialkommissionen Fachkundiger oder auf außerordentlichen Adelsversammlungen besprochen und beraten, denen die Regierung eine Reihe von Fragen des allgemeinen Wohls vorlegte: Verbesserung der Gemeindeverwaltung, neue Gerichtsorganisation, Organisation des höheren Unterrichts. Am 28. Januar 1862 wurde das Reichsbudget für jenes Jahr veröffentlicht. Für die persönliche Freiheit ward Sorge getragen durch eine Anordnung, welche für jeden gefänglich Eingezogenen ein erstes Verhör binnen 24 Stunden gebot, und am 21. Januar 1864 wurden Kreis- und Provinzialvertretungen für ganz Rußland mit einigen lokalen Ausnahmen eingeführt. Auch die Eisenbahnverbindung mit dem Westen ward vervollständigt, am 6. Mai 1862 die tägliche Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und St. Petersburg eröffnet.

Man darf dem hinzufügen, daß die russische Regierung am 18. August 1862 durch eine Note des Fürsten Gortschakow auch ihren Frieden mit Italien machte. Sie bekannte sich beruhigt durch die Erklärungen des Turiner Kabinetts, welches das monarchische Prinzip und die gesellschaftliche Ordnung bewahren wolle, sowie durch die thatsächlichen Beweise von der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen. „Unter diesen Umständen", hieß es in dem überaus versöhnlichen Schreiben, „dürfen wir unsere moralische Unterstützung weder dem Kabinette, welches dieses Programm proklamiert hat, noch der aufgeklärten Majorität eines Landes versagen, für das wir nur Gesinnungen des Wohlwollens und der gegenseitigen Sympathie haben." Ein großer Fortschritt lag in dieser Erklärung besiegelt, mit welcher das Russische Reich der Politik Alexanders I. und Nikolaus' I. den Abschied gab und die diplomatischen Beziehungen zu dem jungen italienischen Staate aufnahm. Der Kaiser konnte diesen Schritt mit reinem Gewissen thun, da er eben damals in Polen die Reformen anbot, deren hartnäckige Versagung, als es noch Zeit war, die italienischen Throne entwurzelt hatte.

Es gab nur noch ein Land in Europa, das sein Verhängnis zwang, der neuen Nation die Anerkennung zu versagen: Österreich.

4. Österreich.

Für Österreich führte die Niederlage von Solferino, und was in ihrem Gefolge weiter sich begab, eine Zeit schwerer Krisen herauf. Es war nicht bloß, ja es war am wenigsten vielleicht das österreichische Heer, welches an jenem furchtbaren Tage besiegt worden war. Der kurze Feldzug und sein übler Ausgang war ein vernichtendes Gericht, das über die elende Restaurations- und Pfaffenregierung erging, welcher der Staat seit den Stürmen von 1848 verfallen war. In die Trauer um die verlorene Schlacht mischte sich selbst in Wien eine Art grimmiger Schadenfreude über den kläglichen Bankrott des herrschenden „Systems". Die Erklärung dieses Bankrotts gaben oder vervollständigten einige schauerliche Vorgänge, die rasch aufeinander folgend die öffentliche Aufmerksamkeit in peinlichem Maße auf sich zogen und rege hielten: einer der Günstlinge des Grafen Grünne, General von Eynatten, wurde im Februar 1860 wegen Unterschleifs verhaftet und erhängte sich im Gefängnis (8. März); am 6. März wurde der Direktor der Kreditanstalt, Richter, und mehrere angesehene Triester Kaufleute verhaftet; am 12. April entleibte sich der Präsident der Börsenkammer und Bankdirektor Robert: und wenige Wochen später erfuhr man, daß am 23. auch der Finanzminister, Freiherr von Bruck, dem einige sehr einflußreiche aber ebenso zweideutige Organe der Presse den Ruf des eigentlichen großen Regenerators von Österreich künstlich zu Wege gebracht hatten, Hand an sich selbst gelegt habe. Das letztere erregte, wie natürlich, das meiste Aufsehen. Während die Stimmung allenthalben aufs höchste durch die Verhaftungen, und was damit zusammenhing, aufgeregt war, hatte der Minister plötzlich seine Entlassung vom Kaiser erbeten und erhalten. Man nahm ihn ohne Beweis und vorschnell für einen Genossen der Schelme, die sich am öffentlichen Unglück bereichert hatten, und eine dem Emporkömmling feindliche Adels- und Hofkoterie scheint diesen Verdacht genährt zu haben. So endigte er, unfähig, falschen Beschuldigungen und dem Sturz von seiner Höhe gegenüber sich auf ein reines und hohes Bewußtsein zurückzuziehen, wie einer, der am Spieltisch nach übermäßigem Gewinn den entscheidenden Wurf verliert. Ein Mitschuldiger der großen Betrügereien während des Italienischen Feldzugs, bei deren Untersuchung übrigens nicht viel herauskam, weil die Schelme sich wohl vorgesehen hatten, war er nicht: wohl aber hatte er den großen Betrug mit verübt, welcher von Staats wegen bei Gelegenheit der Nationalanleihe von 1854 geschehen war, und den man jetzt eingestehen mußte: daß man nämlich, während die Anleihe zu 500 Millionen aufgelegt worden war, die 110 Millionen, welche über diese Summe hinaus gezeichnet

worden waren, ruhig und ohne etwas zu sagen, mitgeborgt und mitdurchgebracht hatte.

Es war noch vor dem Friedensschlusse klar, daß es in Österreich anders werden müsse, und der gedemütigte Kaiser selbst, der, wie er den Feldzug übereilt begonnen, so die entscheidende Schlacht persönlich verloren hatte, empfand das Bedürfnis, die Gemüter abzulenken und seinen Unterthanen eine Art von Entschädigung zu bieten. In dem Manifest vom 15. Juli 1859, in welchem er seinen Völkern den Frieden ankündigte, redete er, nachdem er für den Abschluß des Friedens eine Art von Entschuldigung ausgesprochen, deren es nicht bedurfte — „ohne Bundesgenossen weiche ich nur den ungünstigen Verhältnissen der Politik" — von der Notwendigkeit, nunmehr Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Entwickelung der geistigen und materiellen Kräfte des Staats und zeitgemäßen Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung zu widmen: arme Worte angesichts der ungeheuren Gefahren, welche jetzt, mit gesammelter Kraft von der großen Niederlage des Jahres 1848 und 1849 sich wiedererhebend, von allen Punkten wider das Reich anstürmten. Die Gefahr lag diesmal nicht darin, daß die Massen aus Rand und Band gewesen wären, wie im Jahre 1848. Sie lag diesmal tiefer: sie lag darin, daß eine Regierung, in ihrer Autorität durch die letzten Ereignisse geschwächt, genötigt war, die reformierende Hand an ein System lang angesammelter Mißbräuche zu legen. Sie erreichte, selbst wenn der Wille sehr ernst, die Hände sehr geschickt gewesen wären, damit keine Besserung. Wie eine Reparatur an einem verwitterten Gebäude deckte jede reformatorische Maßregel nur neue Schäden auf, die sich dem empfindlicher gewordenen Bewußtsein, dem geschärften Auge einer plötzlich wieder zum Worte kommenden Kritik nunmehr wie mit einemmal enthüllten: indem man sich anschickte, das alte Haus abzutragen, umzubauen, drohte es mehr als einmal den Bauleuten über dem Kopfe zusammenzufallen.

Eine Veränderung des Ministeriums erfolgte am 22. August, indem der verhaßteste der bisherigen Minister, Alexander von Bach, entfernt und als Gesandter beim Papste zu seinen Freunden nach Rom geschickt wurde. An seine Stelle kam ein polnischer Magnat, der seitherige Statthalter von Galizien, Graf Goluchowski; Polizeiminister ward der frühere französische Gesandte, Baron Hübner, den man für liberal gesinnt nahm; die übrigen blieben: eine Änderung aber, wie immer beschaffen, wurde als eine Besserung begrüßt, wie es bei so trauriger Lage zu geschehen pflegt. Eine Maßregel von, so schien es, nur lokaler Bedeutung, brachte aber nunmehr die Dinge in rascheren Fluß.



Franz Joseph I., Kaiser von Österreich.

(Gezeichnet von A. Schubert.)



Ein kaiserliches Patent vom 1. September 1859 gestand den Protestanten Ungarns die selbständige Verwaltung ihrer kirchlichen Angelegenheiten zu. Dies war der Schein: in Wahrheit octroyierte es denselben aus kaiserlicher Macht eine Kirchenverfassung, und wir erinnern uns, daß man einst das Konkordat damit hatte rechtfertigen wollen, daß demnächst auch allen übrigen Religionsgemeinschaften eine ähnliche „Verfassung" gegeben werden würde. Die Thorheit desselben Ministers, welcher das Konkordat gemacht, des Grafen Leo Thun, brachte nun durch eine kirchliche Bewegung die politische in Fluß, und zwar in demjenigen Lande, in welchem seit Solferino die gärenden Gemüter ohnehin kaum mehr zu zügeln waren. Die ungarischen Protestanten, zahlreich, mannhafter Verteidigung ihrer Gerechtsame nicht ungewohnt wie sie waren, nahmen ihrer großen Mehrheit nach das Danaergeschenk des Grafen Thun nicht an. Sie gaben damit das Signal zur Rückforderung der alten ungarischen Verfassung, welche nach der Anschauung der absoluten Regierung durch die große Rebellion von 1848 verwirkt worden war. Kirchliche Gesetze zu geben, war der Sinn der Erklärungen ihrer zahlreichen „Konvente", sei ihre Sache: ein octroyiertes Patent dieser Art von der Gewalt heute gegeben, konnte von der Gewalt morgen wieder zurückgenommen werden, wie mit der Märzverfassung geschehen: sie wollten ihre alte Kirchenverfassung, nichts sonst: und bald mußte man sich in Wien zu der Erkenntnis bequemen, daß mit einem renovierten Ministerium von Absolutisten nichts gewonnen sei, daß man eine völlig neue Bahn werde einschlagen müssen. Im Dezember erfolgte eine weitere Reform: eine freisinnige Gewerbeordnung und die Errichtung einer Staatsschuldenkommission, da der Regierung allmählich bei ihrer alleinigen Verantwortung der schlimmer und schlimmer werdenden Finanzlage selber bange ward.

Die ungarischen Protestanten verharrten in ihrer Ablehnung. Die Kraft der Bewegung, durch Gewaltmaßregeln gereizt, nahm zu. Der Gang der zahllosen Angeklagten vor die Schranken der Gerichte verwandelte sich überall in Triumphzüge; man kam mit den Prozessen gegen die Führer nicht weiter und konnte gegen die Thatsache nicht aufkommen, daß, während etwa 40 000 dem Patente zugestimmt hatten, die übrigen 2 600 000 es verwarfen. Man mußte sich nun doch zu dem Wege der Unterhandlungen bequemen; zu gleicher Zeit war auch (30. Januar 1860) die Vertrauenskommission, welche die Regierung in Sachen eines zu erlassenden Gemeindegesetzes in Budapest zusammengerufen hatte, zu dem Ergebnis gekommen, daß ein solches Gesetz in wirksamer Weise nur von der Landesvertretung — nicht irgend einer, sondern der Landesvertretung — in Angriff genommen werden

könne, und sie beantragte demgemäß die baldmöglichste Berufung dieser letzteren.

Mit diesem Prinzip, Repräsentanten des Landes zu berufen, mußte man sich überhaupt jetzt wieder vertraut machen, und nicht bloß in Ungarn. Die Finanzlage war derart, daß demnächst neue Anleihen — eine Kreditoperation nannte man es auf diesem Boden, wo man längst gelernt hatte, den häßlichen Dingen schöne Namen zu geben — unerläßlich wurden, und es gehörte nicht viel Prophetengabe dazu, um vorherzusagen, daß freiwillig einer absoluten Regierung in Österreich kein Mensch mehr etwas borgen würde, und gezwungen noch weniger: hier war ein zweites Solferino zu verlieren. Demgemäß berief nun ein kaiserliches Patent vom 5. März 1860 eine Vertrauenskommission in großem Stil, einen „verstärkten Reichsrat", in welchen zu dem ordentlichen Reichsrate, von dessen Existenz viele damals zum erstenmal erfuhren, eine Anzahl lebenslänglicher Mitglieder, Erzherzöge, kirchliche Würdenträger, andere Notabeln und 38 von den Landesvertretungen dem Kaiser präsentierte, also gewissermaßen gewählte Mitglieder hinzutreten und so eine, periodisch einzuberufende, Versammlung bilden sollten. Unglücklicherweise bestanden aber jene Landesvertretungen selbst noch nicht, und so mußte denn für diesmal der Kaiser auch jene 38 künftig zu Wählenden ernennen. Dieser verstärkte Reichsrat sollte die Finanzlage prüfen und künftighin das Budget feststellen, die Abschlüsse und die Vorlagen der Staatsschuldenkommission untersuchen; desgleichen sollten ihm alle wichtigeren Entwürfe von Reichsgesetzen sowie die Vorlagen für die einzelnen Landesvertretungen zur Prüfung vorgelegt werden, ein selbständiges Recht der Initiative zu Gesetzvorschlägen würde ihm jedoch nicht zustehen. Die amtliche Zeitung bezeichnete diese erste Ausgeburt der Verlegenheit als die Krone der vom Kaiser versprochenen Reformen: alle Welt dagegen legte ihr die Bedeutung eines ersten Schrittes auf einer neuen Bahn, die zu ernsthafteren Versuchen auf konstitutionellem Boden führen müsse, bei. Daß man auf dem „verstärkten Reichsrat" allein den gesunkenen Kredit des Staates nicht wieder aufbauen konnte, zeigte der klägliche Mißerfolg einer Anleihe von 200 Millionen Gulden, welche am 22. März aufgelegt, bis zum 15. April nur erst für 76 Millionen Zeichner fand. Man wollte bemerken, daß der hohe Adel und die reichen Bischöfe und Äbte mit Zeichnungen besonders zurückhaltend gewesen seien.

Zunächst in Ungarn, wo das Protestantenpatent von der großen Mehrzahl der Gemeinden nicht vollzogen worden war, ließ man sich zu weiteren Zugeständnissen herbei. Am 19. April wurde Erzherzog Leopold durch den Feldzeugmeister Benedek, der ein geborener Ungar war und einen populären Namen hatte, ersetzt, es wurden die bestehen-

den fünf Statthaltereien wieder in eine mit dem Sitze zu Ofen vereinigt, die Wiedereinführung der Komitatsverwaltungen angekündigt. Dann sollten, sagte der Kaiser, die Anträge in betreff eines Landtags vorbereitet werden, „damit das in allen Kronländern einzuführende Prinzip der Selbstverwaltung durch Orts-, Bezirks- oder Komitatsgemeinden, durch Landtage und Landtagsausschüsse auch in meinem Königreich Ungarn zur Geltung gebracht werde.“ Allein dies war es nicht, was man in Ungarn begehrte. Mit vollkommen richtigem politischen Takte wollten sie hier von der neuen Repräsentativverfassung, die ihnen angekündigt wurde, nichts wissen. Verfassungen sind, wie guter Wein, je älter desto besser; eine neue Verfassung, in der Stunde der Not und der Niederlage gegeben, konnte in der Stunde des Sieges und des Übermutes wieder genommen werden, noch ehe sie Zeit gehabt, sich einzuleben; dagegen wenn man jetzt die alte Landesverfassung, den alten Rechtsboden zurückgewann, der im Jahre 1849 unter Blut und Trümmern verschwunden war, so hatte man einen dauernden Sieg errungen. Und es war nicht schwer zu sehen, daß diesmal das Land im Vorteil gegen die Regierung war. Schlimmer als vor 1859 konnte es nicht werden — wohl aber besser.

Es zeigte sich mit jedem Tage mehr, daß man bei dem bis dahin Gewährten nicht stehen bleiben könne, nicht diesseit noch jenseit der Leitha, und so kam man denn glücklich von einer Errungenschaft zur andern.

Am 31. Mai (1860) wurde der verstärkte Reichsrat durch den Erzherzog Rainer eröffnet. Die Geschäftsordnung, welche am Tage zuvor verteilt worden war, schloß die Öffentlichkeit aus und legte den Reichsräten höchst abgeschmackterweise die Verpflichtung auf, keinerlei Mitteilung über die Verhandlungen zu machen. Die paar ungarischen Mitglieder, die sich, während die meisten ablehnten, entschlossen hatten, dem Rufe des Kaisers zu folgen, die Grafen Apponyi und Andrassy, gaben sofort die Erklärung ab, daß sie in diesem Reichsrate, in welchem sie nur einen durch die Weisheit des Monarchen vorgezeichneten Ausweg aus einem Ausnahmezustande sehen zu müssen glaubten, nur sich selbst, nicht aber Ungarn vertreten, dessen historische Rechte sie festzuhalten verpflichtet seien. Am 1. Juni hielt der Kaiser, indem er die meist aus sehr vornehmen Herren bestehende Gesellschaft empfing, eine Art Thronrede, welche ziemlich farblos die Prüfung der Finanzlage als Hauptaufgabe der Versammlung bezeichnete, und am 19. Juli wurde eine außerordentliche Sitzung berufen, in welcher der vorsitzende Erzherzog dem Reichsrate die Mitteilung machte, daß der Kaiser beschlossen habe, künftighin Erhöhungen und Neueinführung von Steuern sowie

Anleihen nur mit Zustimmung des Reichsrats eintreten zu lassen. Dieser widmete sich denn auch mit eingehender Thätigkeit der Beratung der Finanzlage, was mit Notwendigkeit auf die Erörterung politischer Prinzipienfragen führen mußte. Am 27. September erfolgte die Schlußabstimmung über die Anträge der Kommission. In der Negative, „daß eine gedeihliche Zukunft des Reiches durch das jetzt bestehende System seiner inneren Organisation weder gesichert noch gefördert erscheine", war die gesamte Kommission einig, und in der That, nichts konnte wahrer sein; in Beziehung auf den Weg zu einem besseren Systeme aber spaltete sich diese Kommission in eine Mehrheit und eine Minderheit, und es trat der Gegensatz zu Tage, welcher in diesem Reiche die politische Entwickelung vorzugsweise beherrschen mußte — der Gegensatz des Centralismus und des Föderalismus. Die Mehrheit, 35 Stimmen, betonte die Autonomie der einzelnen Länder und die Anerkennung ihrer „historisch-politischen Individualitäten", — die Minderheit, 16 Stimmen, betonte die Reichseinheit, den Gesamtstaat, dem die notwendigen Rechte gewahrt bleiben müßten, wenn die Großmachtstellung Österreichs nicht Not leiden solle. Ohne Zweifel: die Reichseinheit zu wahren, ohne die historisch-politischen Besonderheiten zu verletzen, das war der Stein der Weisen, der hier gefunden, der Sprung von Rhodus, der hier gemacht werden mußte; die gestellte Aufgabe aber entfaltete alsbald ihre vollen Schwierigkeiten.

Am 29. September entließ der Kaiser den Reichsrat, in welchem übrigens nur 2 Mitglieder, der Siebenbürger Maager und ein rumänischer Großgrundbesitzer, den Mut gehabt hatten, eine Reichsverfassung zu verlangen, und verhieß baldige Entscheidung über die abgegebenen Gutachten. Sie erfolgte am 20. Oktober (1860) in einem Diplom, welches von einem kaiserlichen Manifeste und einer Anzahl von Dekreten begleitet war. Es enthielt die Grundzüge einer Verfassung, welche zugleich den Ansprüchen des Gesamtreiches und der Autonomie der einzelnen Länder nach Möglichkeit gerecht werden sollte. Jedes Kronland sollte sein eigenes Statut und seinen eigenen Landtag für seine besonderen Landesangelegenheiten erhalten; die gemeinsamen Angelegenheiten werden mit einem Reichsrate verhandelt und verfassungsmäßig erledigt — einem Reichsrate, für welchen die einzelnen Landtage zusammen 100 Mitglieder wählen. Zugleich wurden die Ministerien des Innern, der Justiz und des Kultus aufgehoben, womit denn auch Graf Leo Thun in Wegfall kam, dagegen ein Staatsministerium geschaffen und dem Grafen Goluchowski übertragen. Dieser letztere erhielt auch den Auftrag die Landesstatute für die einzelnen Kronländer auszuarbeiten.

Während die übrigen Länder nun noch eine Weile sich gedulden mußten, bis diese Statuten fertig waren, erhielt **Ungarn**, welches der Angelpunkt für die fernere politische Entwickelung des Reiches war, und wo man auf dem betretenen Wege ein gutes Stück weiter geschritten war, sofort in den **Beilagen** des Diploms die wesentlichsten Teile seiner alten Verfassung zurück. Die ungarische Sprache wurde als Geschäfts- und Amtssprache im ganzen „Königreich" hergestellt, die Komitatsverfassungen und alten Komitatsgrenzen restituiert, ein besonderer Hofkanzler für Ungarn in der Person eines Führers der Altkonservativen, der dreimal vor Haynaus Kriegsgerichten gestanden, auch seine zwei Jahre Festungshaft abgesessen hatte, Baron **Vay**, ernannt. Benedek ward abgerufen und erhielt den Oberbefehl über die Armee in Italien; er verabschiedete sich in einer Proklamation, welche mit dem altungarischen Rufe schloß: Es lebe der König!

Allein die Ungarn zögerten, in diesen Ruf einzustimmen. Was in den Augen der Staatsmänner in Wien ein großes Zugeständnis war — „Sie sind die Sieger", hatte der Kaiser dem Fürsten-Primas von Ungarn bei seinem Besuche in Wien zugerufen —, betrachtete man in Ungarn nur als den Anfang einer völligen Wiederherstellung des gesamten alten Rechtszustandes mit Einschluß der **Gesetze von 1848**. Die Generalkongregationen der einzelnen Komitate, wie eine von dem Fürsten-Primas nach Gran berufene Notabelnversammlung (18. Dezember), sprachen sich einfach und einmütig für die Herstellung oder Rechtsbeständigkeit jener Gesetze aus, und in den meisten Komitaten stellte man einfach und ohne viele Umstände diesen Rechtszustand selbständig wieder her, ohne sich um die Instruktionen der Hofkanzlei in Wien zu bekümmern. „Denn", so ließ sich der Administrator des Pester Komitats, Graf Stephan Carolyi, in einem Rundschreiben an die Gemeinden seiner Gespanschaft mit großer Naivität vernehmen, „es gehört zu den wichtigsten Privilegien des ungarischen Municipalsystems, mißliebige Reskripte der Regierung unausgeführt zu lassen." In Wien sah man diesem Treiben mit Besorgnis zu, und ein kaiserliches Reskript an die Komitate vom 16. Januar 1861 suchte der Bewegung Einhalt zu thun. Aber die Komitate in langer Reihe antworteten auf dasselbe mit derselben unwandelbaren Forderung der unverkürzten Herstellung der alten Verfassung. Das Graner Komitat, dessen erblicher Obergespan der Fürst-Primas war, führte den Reigen: es sprach von der Bestürzung, welche das Reskript vom 16. Januar erregt habe; sein Schreiben erzählte die Vorgänge der letzten zwölf „trauervollen Jahre": „Himmelschreiendes hat die gehöhnte Nation ertragen" — „möge Eure Majestät sagen: Volk, deine Wünsche sollen erfüllt, die Gesetze von 1848 wiederhergestellt, allen Verurteilten die Erlaubnis zur

kehr erteilt werden — — Sage dies Eure Majestät geradezu, ohne Vorbehalt und mit Vermeidung aller halben Maßregeln — Eure Majestät möge geruhen, in unsere Mitte zu kommen, wohin Sie Gesetzartikel von 1535—1792 einladen, und die Liebe des Volks wird jene Felsenburg werden, innerhalb deren Eure Majestät ruhig und sicher wohnen können."

Es erwies sich als vergeblich, diesem Strome sich entgegenzustemmen. Die Konferenz des Hofkanzlers mit den Obergespanen im Februar war erfolglos. Dieselben zeigten keine Lust, der brausenden Bewegung in den Komitaten sich in den Weg zu stellen. Der Kaiser gab nach: am 14. Februar erließ er das königliche Schreiben („litterae regales") zur Einberufung des Landtags nach Ofen. Aber die konstitutionelle Orthodoxie der 1848er Gesetze verlangte, daß der Landtag auf der andern Seite, in Budapest, gehalten werde, und da sich der konstitutionelle Liberalismus auf das Haarspalten gut verstand, wo es einen Rechtsstandpunkt zu wahren galt, so wurde auch über diese Frage unterhandelt. Der Kaiser gab so weit nach, daß die Eröffnung zwar, wie bestimmt, in Ofen stattfinden werde, aber nichts im Wege stehe, daß der Landtag dann sofort in Budapest seine Sitzungen halte, worauf dann wieder die Konferenz der Landtagsabgeordneten in gutkonstitutioneller Krähwinkelei beschloß, die Eröffnung als bloß ceremoniellen Akt anzusehen und es jedem Abgeordneten freizustellen, ob er dabei sich einfinden wolle oder nicht. Am 6. April wurde der Landtag eröffnet.

Darüber war keine Meinungsverschiedenheit, daß man sich auf den Boden der 1848er Gesetze als der letzten rechtskräftig zu stande gekommenen Gesetze zu stellen habe. Über die Art und Weise aber, wie man der österreichischen Regierung gegenüber diesen Standpunkt zur Geltung bringen solle, teilte sich das Unterhaus, welchem die Magnatentafel die Initiative überließ, in eine gemäßigte oder Adreßpartei, welche jene Rechtsanschauung in einer Adresse an den Monarchen ausgesprochen wissen und damit den Weg der Unterhandlungen betreten wollte, und in eine radikale oder Beschlußpartei, welche der Meinung war, daß man die Rechtsgültigkeit der 1848er Gesetze kurzweg mittelst Landtagsbeschlusses erklären und diesen Beschluß alsdann dem Kaiser Franz Joseph notifizieren solle. An der Spitze der ersteren stand ein hochangesehener und staatsmännisch hochbedeutender Patriot, Franz Deák, der richtig erkannte, daß man den Bogen nicht allzu straff spannen dürfe — namentlich nicht so weit, daß die Bevölkerungen der übrigen Kronländer gereizt würden —, daß es nicht weise sei, einen wohlgesinnten Monarchen, der, wenn auch augenblicklich in Verlegenheit und deshalb zu Zugeständnissen geneigt, doch darum nicht

ohnmächtig sei, allzusehr vor den Kopf zu stoßen; an der Spitze der andern stand Graf Ladislaus Teleky, der eben vom Kaiser in hochherziger Weise begnadigt, nun der Versuchung, sofort wieder eine Rolle zu spielen, nicht widerstehen konnte, und der eben jetzt, gemahnt, wie es scheint, an die Ehrenpflicht, die ihm des Kaisers Huld auferlege, zwei Tage nach Eröffnung des Landtags in seiner Wohnung sich erschoß. Am 5. Juni, nach langen Debatten, siegte die Adresse über den Beschluß mit 155 gegen 152 Stimmen. Allein dieser Sieg war von geringem Belang: solange die Abgeordneten von Siebenbürgen und Kroatien, welche erst seit 1849 besondere Kronländer bildeten, nach orthodox-ungarischem Standpunkte aber zur Stephanskrone gehörten, nicht erschienen seien — so beschloß nunmehr der Landtag mit 134 gegen 120 Stimmen —, könne man sich auf die Frage der Thronveränderung, die Rechtsgültigkeit der Abdankung des Kaisers Ferdinand und des Erzherzogs Franz Karl im Dezember 1848 nicht einlassen. Denn dies war das Peinlichste bei diesen Verhandlungen, daß selbst der Königstitel und das Königsrecht Franz Josephs nach dem strengen Rechtsstandpunkt der ungarischen Konstitutionellen*), das hieß des ganzen Volks, noch nicht feststand, weshalb er auch in der Adresse nur mit „Allerdurchlauchtigster Herr“ angeredet wurde. Die Magnatentafel stimmte dieser Adresse zu, welche der Kaiser indes in dieser Gestalt anzunehmen sich weigerte: er verlangte eine Form, welche der Würde der Krone entspreche. Am 5. Juli entsprach das Unterhaus, welches sehr wohl wußte, was Haupt- und was Nebensache war, diesem Verlangen und änderte die Adresse nach der ursprünglichen Fassung, die ihr Deák gegeben, ab. In dieser Form ward dem Kaiser am 8. Juli von den Präsidenten der beiden Häuser das umfangreiche Aktenstück überreicht, dessen wesentlicher Inhalt der war, daß das zwischen Ungarn und den Erbländern bestehende Band wesentlich in der pragmatischen Sanktion, dem Grundvertrag, welchen die ungarische Nation im Jahre 1723 mit dem regierenden Hause geschlossen habe, zu finden sei, und daß es zwischen Ländern von so verschiedener politischer Lage, wie Ungarn und den zum Deutschen Bunde gehörigen Ländern, keine engere Verbindung geben könne, als die der Personalunion. Nie werde der Landtag an dem Reichsrat oder irgend einer Volksvertretung der Monarchie teilnehmen, nie die Kompetenz einer solchen Versammlung, in ungarischen Dingen mitzureden, anerkennen.

Die Lage hatte sich mittlerweile auch in den übrigen Ländern wesentlich geändert. Die ersten der von dem Minister Goluchowski,

*) Non est unctus, non est coronatus, non est rex noster.

einem unfruchtbaren, ideenlosen Kopf ohne alle höhere staatsmännische Begabung, ausgearbeiteten Landesstatute, welche vom 24. Oktober bis 13. November 1860 für mehrere Kronländer veröffentlicht wurden, erregten wenig Befriedigung. Sie beruhten auf dem alten ständischen Prinzip und räumten dem Adel und der Geistlichkeit einen unverhältnismäßigen Anteil ein, was angesichts dessen, was Ungarn angeboten wurde, fast wie Hohn erscheinen mußte. Vielleicht hatte man in jenen Tagen noch auf einen großen Umschwung, auf gemeinschaftliche Bekämpfung der Revolution in Italien durch die Alliierten des Heiligen Bundes gehofft; diese Hoffnung, chimärisch an sich, war längst geschwunden; man erkannte, daß man, um der wachsenden Bewegung in Ungarn die Spitze zu bieten, einer starken populären Strömung bedürfe, daß man nicht bei halben Maßregeln stehen bleiben, nicht neuen Wein in alte Schläuche füllen dürfe, — daß man sich vor allem der Unterstützung des kräftigsten und zuverlässigsten, in diesem Lande allerdings lange vernachlässigten Bundesgenossen, des deutschen Bürgertums, versichern müsse. So erfolgte im November eine Verordnung, welche in den deutschen Kronländern neue Gemeinderatswahlen auf Grundlage des Gemeindegesetzes von 1849 anordnete und damit einer freiwilligen Bewegung, welche bereits in einigen größeren Städten begonnen hatte, zuvorkam: am 13. Dezember that dann der Kaiser einen weiteren Schritt, indem er einen Mann, den man für einen Liberalen halten durfte, den Ritter **Anton von Schmerling**, zum Staatsminister an Goluchowskis Stelle ernannte.

Von den Tagen des Frankfurter Parlaments her, und weil er beiseite gestellt worden war, als die reine Reaktion ans Ruder kam, erfreute Schmerling sich einer gewissen Popularität, und man begrüßte ihn mit großen Hoffnungen. Er war der bekannteste Name und galt für den besten Kopf unter denen, welche das alte Österreich durch eine liberale Verfassung mit dem gewöhnlichen Apparat des Konstitutionalismus verjüngen wollten, — welche von diesem Apparat und der geschickten Handhabung desselben, welche sie sich zutrauten, das Kunststück erwarteten, das österreichische Ländergewirr in einen Einheitsstaat umzuschaffen, und welche weiterhin diesem konstitutionellen Österreich die Kraft zutrauten, in Italien wenigstens den Rest der dortigen Besitzungen, in Deutschland die alte dominierende Stellung zu behaupten. Schmerling, wie die Deutschösterreicher überhaupt, nahm die Dinge nicht allzu schwer. Die Heilung konnte so schwierig nicht sein, da in Österreich seit Menschenaltern jede Thorheit, die menschenmöglicherweise begangen werden konnte, begangen worden war und der Staat doch noch immer leiblich aufrecht stand; und am 26. Februar 1861 wurde denn das Wunderwerk der **neuen Verfassung** zusamt den

Statuten für die einzelnen Kronländer, Ungarn und Venezien ausgenommen, verkündigt. Die Vertretung des Gesamtstaates sollte aus zwei Häusern bestehen, einem Herrenhause und einem Hause der Abgeordneten, welche mit den üblichen konstitutionellen Rechten ausgestattet waren. Das Herrenhaus bilden die Erzherzöge, die Fürstbischöfe, die erblichen Mitglieder, welche der Kaiser aus dem Hochadel ernennt, die lebenslänglichen Mitglieder, die er aus den Notabilitäten des Staates, der Kirche, der Wissenschaft beruft; das Abgeordnetenhaus besteht aus Mitgliedern, welche die Landtage der einzelnen Kronländer und zwar aus ihrer eigenen Mitte delegieren; ihr Mandat gilt auf 6 Jahre, wie das der Landtagsmitglieder: für den Fall, daß ein Landtag die Beschickung weigert, können unmittelbare Wahlen durch die Bevölkerung angeordnet werden. Zweihundertdrei solcher Abgeordneten sollten die cisleithanischen Landtage schicken; Kroatien 9, Siebenbürgen 26, Ungarn 85; durch den Zutritt der letzteren, transleithanischen, wird der engere Reichsrat zum weiteren, welcher als solcher das konstitutionelle Organ für den Gesamtstaat bildet. Gleichzeitig (4. Februar) ward dem liberalen Ministerium ein Erzherzog, Rainer, als Vorsitzender gegeben und die einzelnen Landesordnungen, welche die Goluchowskischen Statuten ersetzten, waren in freisinnigerem Geiste gefaßt als diese letzteren.

Es war ein bedeutungsvoller Schritt, der hier geschah: aber sofort erhoben sich die Schwierigkeiten von allen Seiten.

Das Pfaffentum des Konkordats witterte die Morgenluft einer neuen Zeit und gab sich ans Werk, besonders als ein Protestantenpatent vom 8. April alle Beschränkungen aufhob, die etwa noch der freien Ausübung dieses Kultus, der Errichtung protestantischer Kirchen u. s. w. im Wege stehen sollten. Eine alttirolische Adresse, welche noch vor dem Erlaß des Februarpatentes an den Kaiser gerichtet wurde, zeigte sich übel zufrieden mit dem neuesten Umschwung der Dinge, welcher statt der ständischen Vertretung eine sogenannte Interessenvertretung schaffen wolle: Prälaten, Edelleute, Bürger und Bauern seien die wahren Vertreter der Gesinnungen des tirolischen Volkes, welche sie „unbesudelt von dem Pesthauch einer schlechten Zeit" den Nachkommen überliefern wollten. Die Handelskammer von Roveredo (20. März) enthielt sich der Wahl zum Landtage in Innsbruck und verlangte eine abgesonderte Landesvertretung für Welschtirol; am 11. April verweigerte der Landtag von Istrien mit 20 gegen 10 Stimmen die Vornahme einer Wahl für den Reichsrat; der böhmische Landtag beschloß, auf Antrag des Erzbischofes von Prag, eine Deputation an den Kaiser, um diesen zu bitten, sich als König von Böhmen krönen zu lassen; er ließ sich (18. April) zwar zur Vor-

nahme der Wahlen für den Reichsrat herbei, aber nur unter Protest der tschechischen Partei, welche sich beschwerte, durch eine ungerechte Wahlordnung künstlich in Minorität gestellt worden zu sein, während sie thatsächlich die Mehrheit der Bevölkerung vertrete; entsprechend vollzog am 26. April der galizische Landtag zwar die Wahlen, aber auch er unter ausdrücklichem Vorbehalte der Autonomie und der historischen Rechte des Landes. Von Venezien ist es kaum nötig zu sprechen: man hatte dem dortigen Schattenbilde einer Landesvertretung, der Centralkongregation, Wahlen zum Reichsrat angesonnen, und als diese ablehnte, direkte Wahlen, eine Lächerlichkeit bei den dortigen Verhältnissen, angeordnet; keiner der Gewählten erschien. Überall zeigten sich starke Minderheiten, zweifelhafte Mehrheiten, Sezessionsgelüste.

Darauf aber mußte man in Wien gefaßt sein, und man ließ sich nicht irre machen. Am 22. April erfolgten die Ernennungen zum Herrenhause, am 1. Mai wurde der Reichsrat eröffnet. An der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit des Kaisers, für welchen die schwerste Prüfungszeit erst begann, war nicht zu zweifeln; redlich wälzte er den Stein des Sisyphus von jetzt an Jahr um Jahr. Seine Thronrede betonte in würdigen Worten die große Schwierigkeit der gestellten Aufgaben: aber gelöst, sagte der Kaiser, müssen sie werden; er appellierte mit Wärme an die altösterreichische Treue, Aufopferungsfähigkeit und Hingebung. Langer Zuruf erscholl, als er von seiner Regentenpflicht sprach, die Gesamtstaatsverfassung als das unantastbare Fundament seines einigen und unteilbaren Kaiserreichs zu schützen — aber freilich ein nicht minder lauter, als er „die Rechte aller seiner Länder und Völker" betonte. Über die allerersten Schwierigkeiten kam man ohne Mühe hinweg. Charakteristisch aber war, daß die im Herrenhause sitzenden Kirchenfürsten sofort sich ans Werk machten und auf eigene Hand eine Adresse an den Kaiser erließen, in welcher sie den Beweis lieferten, daß ihnen der Nationalstaat, dem sie angehörten, Nebensache war gegenüber den Interessen jenes andern Staates, den sie römisch-katholische Kirche nennen. Sie unterhielten den bedrängten Monarchen in derselben von der Sache des Heiligen Stuhls: „Mögen Ew. Majestät es sein, welche der Herr beruft, in dem Nachfolger des heiligen Petrus das Reich Gottes auf Erden zu beschützen." Indes der Antrag des Grafen Leo Thun, in der Antwort des Herrenhauses auf die Thronrede die Phrase zu gebrauchen, „daß Österreich der Hort des Katholizismus sei" fiel zu Boden; die Adresse stimmte den Prinzipien der Thronrede und der Februarverfassung zu und vermißte nur mit schmerzlichem Bedauern, daß die Königreiche Ungarn, Kroatien, Slawonien und das Großfürstentum Siebenbürgen noch unvertreten seien. Im Abgeordnetenhause hatten die Centralisten die entschiedene Mehr-

heit über die Föderalisten, und die Adresse ward mit 127 gegen 48 Stimmen angenommen, die föderalistischen Verbesserungsanträge verworfen.

Indes war dieser Reichsrat nur der „engere“ mit engen Befugnissen, solange Ungarn und dessen Nebenländer nicht gleichfalls ihre Repräsentanten wählten, und am 5. Juni konnte Schmerling nicht umhin, dies auch ausdrücklich zu erklären. Der ungarische Landtag war unterdessen über seine Adresse schlüssig geworden, und der Reichsrat wurde von den Ministern über die Antwort des Kaisers unterrichtet: am 23. August teilte eine kaiserliche Botschaft dem Reichsrat mit, daß der Kaiser die Auflösung des ungarischen Landtages beschlossen habe, und legte sehr ausführlich die Gesichtspunkte seiner Regierung dar. Ungarns Verfassung war, hieß es darin, durch die revolutionäre Gewalt nicht nur gebrochen, somit von Rechts wegen verwirkt, sondern sie war auch thatsächlich beseitigt; gleichwohl habe der Kaiser die Verfassung Ungarns, seine Rechte und Freiheiten, seinen Landtag und seine municipalen Freiheiten hergestellt, gedenke auch daran nichts zu ändern; der Landtag aber sei so weit gegangen, „ihrem Kaiser, König und Herrn sogar den Namen Seiner von keiner Macht der Erde angezweifelten kaiserlichen und königlichen Würde in fast unglaublicher Vermessenheit vorzuenthalten“; er löse ihn mithin auf, sei fest entschlossen, die Einheit des Reiches sowohl als auch die gesetzlich geregelte Autonomie aller Königreiche und Länder, beides aber, Einheit und Autonomie, „in verfassungsmäßiger Freiheit gleichmäßig zu wahren“. Der Reichsrat stimmte diesen Grundsätzen neuerdings zu, und Schmerling betonte am 30. August im Abgeordnetenhause nochmals, daß bei einem aufrichtigen konstitutionellen Vorgehen „Raum genug im österreichischen Parlamente sei für alle Stämme, alle Völker des Reiches“.

Raum genug ohne Zweifel war vorhanden, auch als sich am 26. September der Saal jenes rasch gezimmerten Parlamentsgebäudes vor dem Schottenthore um zwei weitere Mitglieder füllte, die der Landtag von Istrien schickte, wo die Neuwahlen zu Gunsten der Regierung ausgefallen waren. Aber die Hauptsache war und blieb die Verständigung mit Ungarn: und dort hatten sich die Aussichten nicht gebessert. Der Kaiser hatte im Verfolg der ungarischen Adresse die Entlassung des ungarischen Hofkanzlers Vay und des ungarischen Ministers Szesen angenommen und die Grafen Forgach und Moritz Esterházy ernannt, in einem Reskript vom 21. Juli eine Revision der 48er Gesetze angeboten, zu Wahlen in den Reichsrat wiederholt aufgefordert, die ungarischen Forderungen in Beziehung auf Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien abgelehnt und, als der ungarische Landtag in einer zweiten von Deák beantragten Adresse erklärte, daß er das Oktoberdiplom und

das Februarpatent nicht annehme und sich vor Ergänzung des ungarischen Reichstages durch die siebenbürgischen, kroatischen und slawonischen Abgeordneten auf keine „Kreierung von Gesetzen noch Verhandlungen über das Inauguraldiplom", d. h. über Anerkennung Franz Josephs als König von Ungarn einlasse, am 21. August, wie erwähnt, denselben aufgelöst. Den Protesten setzte die ungarische Hofkanzlei in Wien Suspensionen und königliche Kommissare zur Leitung der widerspenstigen Komitate entgegen; die Steuern wurden, obwohl vom Landtag nicht bewilligt, ohne weiteres ausgeschrieben und eingetrieben, und man rüstete sich, vorkommenden Falles Gewalt zu gebrauchen. Bei der einmütigen Haltung des gesamten Volkes und Adels mußte man bald zu weiteren Schritten übergehen. Im Oktober wurde eine Reihe von Obergespanen abgesetzt und durch königliche Kommissare ersetzt, denen nun das Leben von der Bevölkerung blutsauer gemacht wurde; am 5. November aber erfolgte eine Maßregel, welche die Dinge ganz wieder auf den Stand der 50er Jahre zurückzubringen schien. Der Kaiser ernannte den Grafen Moritz Palffy zu seinem Statthalter in Ungarn, suspendierte die Wirksamkeit des königlichen Statthaltereirats zu Ofen und der Municipien des Landes „bis zur Herstellung der gestörten öffentlichen Ordnung" und ordnete für gewisse Vergehen gegen Sicherheit der Person und des Eigentums Militärgerichte an.

Indes erklärte Franz Joseph dabei ausdrücklich, daß er seine Zugeständnisse nicht zurücknehme, und mit der Zurücknahme hatte es auch gute Wege, wo man so froh gewesen wäre, zu einer Verständigung zu gelangen. Man wolle, sagte Schmerling, von dem übelberichteten Volke an das besser zu unterrichtende appellieren: und in der That kam wenigstens der Kardinal-Primas von Ungarn, der seither ganz entschieden auf der oppositionellen Seite gestanden hatte, in einem Schreiben an den neuen Statthalter der Regierung einen Schritt entgegen. Man konnte immerhin hoffen, daß die Ungarn nachgeben würden, um so mehr, da, wie wir wissen, die Magyaren zwar die relative Mehrheit im Lande hatten, aber doch wie überall auf dem Boden dieses Reiches auch hier der herrschenden Nationalität andere Nationalitäten oder Bruchstücke von solchen entgegenstanden: 5 Millionen Magyaren zählt man gegen 10 Millionen allerlei. Und wie der ungarische Landtag gegenüber Wien, so der kroatische gegenüber Budapest; wie der Reichstag oder Landtag zu Budapest dem Kaiserstaate die Stephanskrone, so setzte der zu Agram der Stephanskrone die „Krone Zwonimirs" — wer das gewesen, wußten allerdings außerhalb Agram nicht viele Sterbliche — entgegen, und wie jener erst nach Anerkennung der Unabhängigkeit Ungarns und der Zugehörigkeit seiner Nebenländer sich auf Verhandlungen einlassen wollte, so

beschloß am 13. Juli 1861 der kroatische Landtag zu Agram, erst nach Anerkennung der Unabhängigkeit des „dreieinigen Königreichs" Dalmatien — Slawonien — Kroatien in seinem vollen, Fiume, das Küstenland und Dalmatien einschließenden Umfange, mit Ungarn über die wechselseitigen Beziehungen in Verhandlung zu treten. Die Mehrheit des dalmatinischen Landtags hinwiederum wollte nichts von jener Dreieinigkeit wissen: und so ging in Siebenbürgen wie in Tirol, in Böhmen wie in Galizien und Kroatien die Auflösung weiter, indem jeder Bruchteil einer Nation Selbständigkeit, Gebrauch der eigenen Sprache im Amtsverkehr und was nicht sonst noch begehrte und entweder trotzig die Beschickung des Reichsrats verweigerte oder, wie die Polen, wenn man seine Vertreter mit Mühe und Not in den Reichsrat gebracht hatte, bei jeder Gelegenheit sich der Abstimmung enthielt, grollte, schmollte, protestierte, deklarierte oder, wenn es gut ging, den beklagenswerten Herrscher dieses Völkerdurcheinanders mit Deputationen bedrängte, deren Begehren sich womöglich selbst und in jedem Falle denen der anderen widersprachen. Es gab Augenblicke, wo man ernstlich fürchten mußte, daß jetzt, wo Italien, das Metternich noch im Jahre 1847 als einen geographischen Begriff bezeichnet hatte, zu einem einheitlichen Staate geworden war, vielmehr Österreich auf dem Punkte stehe, sich zu einem solchen geographischen Begriff zu verflüchtigen.

Es war beinahe eine Erholung, als der Kaiser im Januar 1862 nach Venezien reiste und dort in Verona bei der Musterung der Truppen eine begeisterte Huldigung ihres Befehlshabers, des Feldmarschalls Benedek, in Empfang nahm: wenigstens hier hörte er aus dem Munde eines tapferen und treuen Soldaten, daß sie alle bis zum letzten Manne ohne Unterschied der Nationalität, Geburt und Religion ein großes, freies, mächtiges und gefürchtetes Österreich haben wollten. Aber mit einem Heere allein schafft man nicht einmal ein gefürchtetes, geschweige denn ein freies und mächtiges Reich, und mit dem neuen Konstitutionalismus, welchem einige wesentliche Voraussetzungen fehlten, wollte es nicht recht vorwärts. Der Jahrestag der Verfassungsverleihung, der 26. Februar 1862, wurde von den Behörden überall festlich mit der vorgeschriebenen Begeisterung begangen; von den Bevölkerungen beteiligte sich nur die deutsche lebhafter an dieser Verfassungsfeier, indem sie sich ein Vertrauen einredete, das in vollem Ernst doch nur wenige besaßen. Im übrigen kündigte sich das neue System vorzugsweise durch den Mund des Finanzministers von Plener in der Form neuer Steuererhöhungsforderungen an: sehr natürlich, da eben die äußerste Finanznot den Absolutismus genötigt hatte, das Heil auf einem neuen Wege zu versuchen. Das Schauspiel übrigens wurde gut gespielt: Geschworenengerichte in Preßangelegenheiten, Freiheit im

weitesten Umfange, Ministerverantwortlichkeit, und was sonst der Liberalismus an Kabinettsstücken hochhält, wurde im Abgeordnetenhause in Anregung gebracht; und wenn es nur darauf angekommen wäre, sich recht freisinnig zu gebärden, um die Februarverfassung den Ungarn und den Polen, den Deutsch- und Welschtirolern, den Tschechen und Kroaten, den Rumänen und Ruthenen und jenen anderen Völkern, denen ein ebenso nichtswürdiges wie abgeschmacktes Dichterwort aus jenen Tagen*) den verächtlichen Namen der „Bedientenvölker" gab, beifallswert erscheinen zu lassen, so hätte es nicht not gehabt. Es klang sehr freisinnig, wenn z. B. am 18. März 1862 der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses einstimmig beschloß, „den Herrn Staatsminister geziemend mit dem Ersuchen zu begrüßen, die Ursachen bekannt zu geben, warum die Ministerverantwortlichkeit noch immer nicht gesetzlich geregelt wurde, und ihn aufmerksam zu machen, daß sich der Beschlußfassung über das Budget erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen dürften, wenn nicht die Ministerverantwortlichkeit vorher im Sinne des konstitutionellen Staatslebens festgestellt würde." Mit größter Höflichkeit kam man dieser Mahnung entgegen. Am 1. Mai teilte der Staatsminister eine kaiserliche Botschaft mit, welche das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit unumwunden anerkannte und versprach, daß die Regierung in dieser Richtung vorgehen werde. Überhaupt genoß man die Süßigkeiten des konstitutionellen Lebens in vollen Zügen. Interpellationen über schwebende Fragen auswärtiger Politik und höflich ausweichende Antworten der Minister, Budgetdebatten, an denen diesmal die Polen und die Tschechen sich nicht beteiligen wollten; Abstriche, Nachgeben der Regierung, auch Differenzen beider Häuser über ein Preßgesetz und eine Strafgesetznovelle sowie stürmische Scenen und Skandale, die Weihen des parlamentarischen Mahles, fehlten nicht; im November hatte man die Genugthuung, daß das Finanzgesetz für 1863 zum erstenmale mit dem konstitutionellen Beisatz „unter Zustimmung der beiden Häuser Unseres Reichsrats" verkündet wurde, und daß man in der That auch dem alles verschlingenden Militärbudget glücklich ein halbes Dutzend Millionen abgehandelt hatte. In der Thronrede, mit welcher am 18. Dezember die Session geschlossen wurde, zählte der Kaiser mit Befriedigung die spärlichen Erfolge des ersten

---

*) Es verdient seiner ungewöhnlichen Abgeschmacktheit wegen aufbewahrt zu werden:

Auch die Bedientenvölker rütteln
Am Bau, den jeder tot geglaubt,
Slowenen und Kroaten schütteln
Ihr struppig Karyatidenhaupt.

Fr. Hebbel.

konstitutionellen Jahres auf: Preßgesetz, Handelsgesetzbuch, Bankgesetz, Erledigung der Staatsvoranschläge von 1862 und 1863, Herbeischaffung der Deckungsmittel für die unvermeidlichen Deficits: „Mächtig gehoben hat sich das Vertrauen auf die Kraft Österreichs." Der Kaiser sprach seinen festen Entschluß abermals aus, an den konstitutionellen Prinzipien und an der Einheit des Reichs festzuhalten, und diesen Worten fehlte der rauschende Beifall nicht.

Es war ein mühevoller Anfang eines neuen Lebens, der aller Sympathie wert war, und der diese Sympathie auch namentlich in Süddeutschland in reichem Maße fand, wo man auf wohlgesprochene Worte und konstitutionelles Bezeigen großen Wert legt. Der Name Schmerling war dort hochgefeiert und sollte bald noch populärer werden. Indes in den zwei wichtigsten Fragen war man gleichwohl noch keinen Schritt weitergekommen. Die eine dieser Fragen war: ob und wie man sich der Fesseln wieder entledigen könne, welche durch das Konkordat dem Staate angeschmiedet worden waren. Nur vergebens rüttelte man an diesen Ketten: einer der Abgeordneten, Mühlfeldt (Wien), hatte ein ausführliches Religionsedikt ausgearbeitet, welches dem Staate seine preisgegebenen Rechte zurückerobern sollte, von dem Ausschuß des Abgeordnetenhauses im wesentlichen auch angenommen, aber schließlich doch zu den Akten gelegt wurde. Auch die dreitägige Debatte bei Gelegenheit der Beratung des Unterrichtsbudgets führte wohl zu heftigen Angriffen auf jenen staatsverderblichen Vertrag, aber zu nichts weiter. Doch wurde wenigstens in der Presse, in Vorträgen, von einzelnen Gemeinden der Kampf aufgenommen, in welchem man sich bei der Gesinnung der Dynastie und der Masse des Volkes keinen nahen Sieg versprechen durfte. Ebensowenig war man in der Nationalitätenfrage, welche unglücklicherweise recht eigentlich die österreichische Frage war, weitergekommen. Nach Schließung des Reichsrats wurden die Landtage, mit Ausnahme derer von Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Venezien, berufen. Unter diesen machte sich der von Tirol unsterblich, indem er, längst von dem dort übermächtigen Klerus bearbeitet, auf den Antrag des Bischofs von Brixen am 25. Februar 1863 mit 34 gegen 18 Stimmen den Kaiser zu bitten beschloß, „bei den eigentümlichen Verhältnissen Tirols" das kaiserliche Protestantenpatent dahin zu modifizieren, daß in diesem Lande der Glaubenseinheit keine Pfarrgemeinde der evangelischen Kirche Augsburgischer oder Helvetischer Konfession sich bilden dürfe, wie jetzt keine solche bestehe; daß den in Tirol weilenden Evangelischen nur das „Religionsprivatexerzitium", wie diese Barbaren sich ausdrückten, gestattet sein solle; daß Akatholiken in Tirol unbewegliches Eigentum allerdings erwerben könnten, jedoch sich in jedem einzelnen Falle die Erlaubnis dazu durch ein Landesgesetz er-

wirken müßten; und sie setzten hinzu, daß der Kaiser dieses einfältige und schamlose Begehren „durch allerhöchst eigene und unmittelbare Würdigung zu erledigen geruhen möge“ — sie wollten also mit anderen Worten von der Verfassung nichts wissen. So drohte hier unter dem Einflusse verächtlicher Fanatiker der Reichseinheit ein deutsches Land verloren zu gehen: hierfür bot eine wichtige, leider aber nur vorübergehende Eroberung, welche diese Reichseinheit an Siebenbürgen machte, einigen Ersatz. Ein kaiserliches Dekret vom 21. April berief den siebenbürgischen Landtag nach Hermannstadt, wo derselbe denn auch am 16. Juli eröffnet wurde. Das „Großfürstentum“ Siebenbürgen zählte auf 1100 Quadratmeilen 2 073 000 Einwohner, von denen, neben Juden, Zigeunern, Armeniern u. s. w., 1 369 000 Rumänen, 250 000 Deutsche oder „Sachsen“ und 667 000 Magyaren waren. Der Landtag nahm, nachdem der größte Teil der magyarischen Mitglieder unter Protest ausgeschieden war, am 30. September einstimmig Oktoberdiplom und Februarpatent in das Gesetzbuch des Großfürstentums auf und vollzog demgemäß am 10. Oktober die Wahl in den Reichsrat, 10 Sachsen, 13 Rumänen, 3 Magyaren.

Dieser war am 18. Juni 1863, zum zweitenmal, durch den Erzherzog Karl Ludwig im Namen des Kaisers eröffnet worden. Am 20. Oktober hatte derselbe die Freude, die siebenbürgischen Abgeordneten in seiner Mitte zu begrüßen, und konnte sich nunmehr als „weiteren“ betrachten, womit er denn glücklich „in den Vollgenuß seiner Rechte und Pflichten“, wie der Präsident erklärte, eintrat. Inzwischen aber war ein Ereignis eingetreten, das die Aufmerksamkeit von all den ungelösten österreichischen Fragen — der italienischen, römischen, ungarischen, polnischen, böhmischen, und wie sie alle heißen mochten — nach einer neuen Seite ablenkte. In der wichtigsten von allen, der deutschen, hatte der Kaiser Franz Joseph — plötzlich, so schien es — die Initiative ergriffen.

Diese Frage, die Frage der deutschen Einheit, drängte sich längst mit wachsender Gewalt in den Vordergrund und sollte nun — sie und mit ihr die italienische und auch die österreichische — in einer Kette ungeheurer Ereignisse ihrer endlichen Lösung entgegengehen. Wir haben sie zunächst als deutsche Bundesreformfrage im Stadium ihrer unblutigen Vorbereitung, von 1859 bis Ende 1863, ins Auge zu fassen.

C. Die germanischen Staaten.
1859—1863.

1. Deutschland.

Für kein Land waren die Ereignisse von 1859 von größerer und unmittelbarerer Wichtigkeit als für Deutschland. Der Krieg zwischen Frankreich und Österreich war, weit mehr als der Orientalische Krieg es gewesen, ein großes politisches Problem, welches das gesamte Deutschland berührte. Es konnte jeden Augenblick kommen, daß aus dem Italienischen der Deutsche Krieg, aus dem Kampfe um den Po oder den Mincio der Kampf um den Rhein sich entwickelte. Die vorwaltende Stimmung in Süddeutschland, sahen wir, kräftig bearbeitet von einigen Organen der Presse, unter denen die „Augsburger Allmeine Zeitung“ sich aus früheren Zeiten den Ruf eines politischen Orakels bewahrt hatte und darum das einflußreichste war, ging dahin, sich kopfüber in diesen Krieg zu stürzen. Nicht bloß ließ sich die Bevölkerung aufreden, daß es eine gute Strategie sei, um den Rhein am Po zu verteidigen, den Feind vom Po ab an den Rhein zu ziehen: sondern sie ließ sich auch von den Landsknechten Österreichs oder von ihrer eigenen Übereilung vorspiegeln, daß dieser Krieg ein Weltkrieg zwischen Romanismus und Germanismus sei, und daß man nicht eher Ruhe haben werde, als bis der „Feuerherd in Paris ausgetreten sei.“ Dabei war viel „loses Geschwätz“, wie Lord John Russell mit Recht bemerkte; indes sprach sich darin doch ein starkes, wenn auch mißleitetes Nationalgefühl aus, und man konnte sehen, daß die Ermattung, welche seit 1849 auf den Gemütern lag, gewichen war.

Die preußische Regierung, einig mit der nüchternen Stimmung Norddeutschlands und vor allem ihres eigenen Volkes, erwarb sich das große Verdienst, der hinterlistigen Intrigue wie der vagen Leidenschaft, die sich in großen Worten erging, gegenüber eine besonnene, ernste und feste deutsche Politik zu treiben: was man ihr vorwerfen konnte, war nur, daß sie Österreich gegenüber fast allzu loyal war. Allmählich beruhigten sich die aufgeregten Wogen, und es wurde nach und nach vielen, welche der Strom eines falschen nationalen Enthusiasmus mit fortgerissen, deutlich, daß Österreich in Italien nur seine eigene Sache führte, und daß diese Sache eine sehr schlechte war. Die Art, wie Österreich den Krieg führte, die schweren Niederlagen, der rasche Friedensschluß zerstreuten den falschen Nimbus, mit welchem jene trügerischen Organe der Presse das seitherige österreichische Regierungssystem umgeben hatten; wie in Rußland durch den Krimkrieg, in

Preußen durch den Regierungswechsel, so ward nun auch in Österreich durch den unglücklichen Feldzug dem falschen konservativen System ein Ende bereitet. Einen Augenblick erregte der rasche Friedensschluß in Deutschland die Besorgnis, als breche Napoleon in Italien den Krieg ab, um ihn wider Deutschland aufzunehmen. Indes diese Furcht verschwand bald, wenigstens für die nächste Zukunft. Dagegen machten nun die Ereignisse, wie sie sich in Italien dem Friedensschlusse zum Trotz entwickelten, mehr und mehr ihren Einfluß geltend. Man sah hier ein Volk, jahrhunderte- und jahrtausendelang gespalten und auseinandergehalten, aber in Sprache, Litteratur, gemeinsamem Denken und Empfinden eins, plötzlich zu neuem politischen Leben erwacht; man sah, wie die Glieder dieses Volkes, nachdem ihre Fesseln abgefallen, sich wie von selber um den Mittelpunkt her, welcher in dem Königreiche Sardinien gegeben war, zu einem Königreiche Italien zusammenschlossen: und die Anwendung auf Deutschland war fast gar zu einfach. Mit großem Gleichmut nahm Graf Cavour deshalb die Mißbilligung seines Verfahrens durch die preußische Regierung hin: Preußen werde eines Tages ganz zufrieden sein, daß Sardinien ihm auf dem richtigen Wege vorangegangen, äußerte er; noch auf dem Totenbett beschäftigte ihn die Frage: „Was werden die Preußen thun?" Auch hier in Deutschland war ein großes Volk einheitlicher Sprache, Litteratur, Gesittung in eine Menge von mittleren, kleinen und Zwergstaaten zerrissen, und der Gedanke politischer Einigung war in diesen Gliedern, die überdies einst ein wirkliches politisches Ganze ausgemacht hatten, mit nicht geringerer Stärke erwacht als dort. Auch hier war *ein* deutscher Staat, größer, mächtiger als die anderen, soweit entwickelt, daß er als fester Kern, an den sich die anderen anschließen mochten, dienen konnte: in seiner geographischen Lage wie in seiner seitherigen politischen Entwickelung war die Analogie mit dem italienischen Führerstaate nicht zu verkennen. Monarchisch, kriegerisch, kräftig, hatte dieser Staat, langsam und gemäßigt, aber doch immerhin sichtbar und unwiderruflich in die konstitutionelle Bahn eingelenkt: auch hier endlich war eine wenigstens halb fremde Macht, Österreich, welche Deutschland in ihrem eigenen Interesse ausbeutete, wie sie Italien so lange ausgebeutet hatte. Und selbst wenn man gegen den Augenschein Österreich als deutsche Macht hätte gelten lassen wollen: im Norden war ein deutscher Stamm einer wirklichen, unzweifelhaften, gehässigen Fremdherrschaft, der dänischen, verfallen. Aber freilich, *ein* Unterschied war da: die Verhältnisse in Deutschland trugen nicht den gespannten Charakter wie in Italien. Der Kurfürst von Hessen, ein schlechter und gewissenloser Fürst wie er war, war doch noch lange nicht ein Ferdinand von Neapel; der Herzog von Nassau, schwach und abhängig von eigennützigen Höflingen, war

noch lange kein Franz von Modena; Österreich war wenigstens eine halbdeutsche Macht und hütete sich, in die inneren Angelegenheiten der deutschen Staaten anders als mittelbar einzugreifen: und Preußen endlich war weit mehr, als Sardinien es sein konnte, sich selbst genug. Dazu kam, daß in den meisten deutschen Ländern, wenn auch nicht gerade gut, so doch, seitdem die ersten Orgien der Reaktion vorüber waren, leidlich regiert wurde, eine gesetzliche Herrschaft und ein Maß von politischer Freiheit vorhanden war, das nicht zu gewaltsamen Thaten aufforderte, und endlich, daß durch den Zollverein wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete eine Einheit hergestellt war, welche den Einigungsbestrebungen zum mindesten den Stachel der Not entzog.

Indes die Frage der nationalen Einheit war einmal gestellt, und die politischen Zustände Deutschlands, merklich besser, wie sie sich im Vergleich zu früheren Tagen anließen, hielten doch eine strengere Kritik nirgends aus. Bei einem Kriege gegen Frankreich war man in den kleinen und mittleren Staaten auf erste Niederlagen, gleichsam wie auf etwas Selbstverständliches, im voraus gefaßt; was man sich von dem kleinen Dänemark bieten lassen mußte, begann allmählich selbst über deutsche Geduld hinauszugehen; und in den überseeischen Ländern empfanden es die allenthalben zahlreich verbreiteten Deutschen übel genug, daß keine wirkliche politische Macht sie deckte. Dazu kam, daß die so mühsam errungenen konstitutionellen Rechte in den Einzelstaaten wenig sicher und, wo sicher, nicht viel wert waren; daß die besten Kräfte in den kleinlich-zersplitterten Verhältnissen, die keinem höherstrebenden Ehrgeiz würdige Ziele zeigten, verkümmerten: und vor allem, daß 35 selbständige Regierungen für ein Volk von ebensovielen Millionen eine heillose Verschwendung waren, ein Luxus, welcher unbewußt dem nationalökonomischen Sinne dieses rechnenden Jahrhunderts wider die Natur ging.

Aber wie war zu helfen? Die Ohnmacht, die man verwünschte, lag in der Vielheit, die Macht, die man suchte, in der Einheit: wie aber sollte die Vielheit zur Einheit werden? Das Mittel war einfach: indem man vor allem die Zweiheit entfernte.

Dieses Ei des Kolumbus war in der Krisis des Jahres 1848 gefunden worden und hatte sich einer Anzahl denkender Köpfe als eine klare Notwendigkeit aufgedrängt. Daß ein Bundesstaat schlechthin unmöglich war, in welchem zwei gleich starke Mächte, wie Preußen und Österreich, mit völlig widerstrebenden Interessen nebeneinander Platz nehmen sollten; daß, wenn Deutschland ein solcher werden sollte, dies nur möglich war ohne Österreich — daß es nur möglich war, indem der größte rein deutsche Staat Preußen sich an die Spitze stellte: dies

land, dem bald die Ereignisse das mächtige Dichterwort wie mit Menschenstimme zurufen sollten:

> Der Augenblick ist da, wo du die Summe
> Der großen Lebensrechnung ziehen sollst:
> Die Zeichen stehen sieghaft über dir,
> Glück winken die Planeten dir herunter
> Und rufen: es ist an der Zeit — —

und so fügte sich überall leicht das Wort der populären Dichtung zu dem, was die Gemüter in der wirklichen Gegenwart bewegte. Und dieser Dichter, einer aus dem Volke, der sich im Kampfe mit allen Nöten des Lebens emporgerungen hatte und seinen Idealen treu geblieben war, war ein Lehrer wie kein anderer für eine solche ringende Zeit; tief und in allen Schichten der Nation wurde dies gefühlt und verstanden. Ein großer, leuchtender, unvergeßlicher Tag: noch einmal reichte man sich vor dem Bilde eines großen Dichters die Hand, ehe man sich in deutschen Landen zum Entscheidungskampfe die Lenden gürtete.

Aber schön wie dieser 10. November war, an welchem die Gesamtnation auf einen Augenblick alles vergaß, was sie spaltete und trennte, und auf einen Augenblick sich eins wußte in einer idealen Höhe: es war ein Feiertag — und die Aufgabe, für dieses große Volk von 40 Millionen eine Form zu finden, in welcher seine gewaltigen Kräfte nach *einem* Ziele hin wirken konnten, erforderte vor allem die saure Arbeit der Werktage.

Noch waren trotz der Feststimmung jenes *einen* Tages, dem in den nächsten Jahren noch viele Feiertage minderen Glanzes und minderer Berechtigung folgen sollten, die centrifugalen Kräfte im deutschen Leben überwiegend. Jeder Staat hatte den großen Kampf des Jahrhunderts, dessen Endziel der gefeierte Dichter mit den Worten ausgesprochen zu haben schien:

> Bürgerglück
> Wird dann vereint mit Fürstengröße wandeln

innerhalb seiner Grenzen auszukämpfen, und fast in jedem gestaltete derselbe sich wieder anders.

Wir fassen diese Seite der deutschen Frage noch besonders ins Auge, ehe wir zur Darstellung der ferneren Entwickelung der Einheitsbewegung und Einigungsversuche zurückkehren.

a. Die Einzelstaaten.

In dem größten der Mittelstaaten, in *Bayern*, hatte das reaktionäre Ministerium von der Pfordten dem Kampfe mit der Zweiten Kammer den beinahe jämmerlichen Charakter einer persönlichen Fehde gegen den Abgeordneten Dr. Weis, der wieder und wieder zum zweiten

Präsidenten der Kammer gewählt wurde, gegeben. Der König Maximilian II. aber, ein edeldenkender, wohlgesinnter, feinfühlender Fürst, hatte mit dem Königswort: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke" wieder in die Bahnen eines gesunden und besonnenen Fortschritts eingelenkt. Er war namentlich bemüht, in seiner Residenzstadt München, welche zugleich Universitätsstadt war, durch Herbeiziehung tüchtiger auswärtiger Kräfte die Macht des Lichts gegen die dem geschichtskundigen und wahrheitsliebenden Manne verhaßte klerikale Finsternis zu verstärken: kein leichter Kampf in einem Staate, der neben den 1 200 000 Protestanten über 3 Millionen Katholiken zählte, und wo die klerikale Partei wie überall in ihren Mitteln nichts weniger als wählerisch war. Diese Partei und mit ihr die große Mehrzahl der Bevölkerung neigte sich zu Österreich. Der Nationalverein fand nur etwa in der Rheinpfalz einigen Anhang. Die Eröffnung der Wien-Münchener Bahn am 12. August 1860 gab zu großen Verbrüderungsfesten in beiden Städten Anlaß; im übrigen ward von der Regierung bei jeder Gelegenheit die „wohlbegründete Selbständigkeit Bayerns" betont, und dieses Selbständigkeitsgefühl war nicht unberechtigt bei dem kraftvollen Staate, der, auf 1394 Quadratmeilen 5 Millionen Einwohner zählend, seit dem Einsturz des Königreichs beider Sizilien der bedeutendste der Mittelstaaten nicht nur Deutschlands, sondern, Spanien etwa ausgenommen, des Kontinents war, und der ein Heer von 70 000 Mann Friedensstärke neben wohlgeordneten Finanzen zur Verfügung hatte. Im Innern ist als bemerkenswert zu verzeichnen: die Aufhebung der Beschränkungen der Israeliten in Bezug auf Ansässigmachung und Gewerbebetrieb, die Einführung eines neuen Strafgesetzbuchs, Aufhebung des Lottos, Annahme des Deutschen Handelsgesetzbuchs (1861), das von einer in Nürnberg tagenden Kommission von Beauftragten deutscher Staaten ausgearbeitet worden war, wesentliche Erleichterungen im Gewerbebetrieb (1862). Am 28. Februar 1863 wurde der Landtag aufgelöst; die „deutsche Fortschrittspartei", welche sich auf einer Versammlung zu Nürnberg (März) organisierte, erlag bei den Neuwahlen gegen die großdeutsche und ministerielle Partei, und die Thronrede am 23. Juni konnte nicht müde werden, die Selbständigkeit Bayerns, die Aufrechthaltung seiner Unabhängigkeit, die Ehre und Unabhängigkeit Bayerns zu betonen: der Adreßentwurf der Fortschrittspartei wurde mit 108 gegen 36 Stimmen verworfen. Dagegen verlangte die Kammer Abkürzung der unendlichen sechsjährigen Finanzperioden, was aber die Regierung ablehnte, wogegen die Kammer wieder den angesonnenen außerordentlichen Militärkredit nur auf zwei Jahre bewilligte (26. September).

In Württemberg bewegte sich das Interesse in diesen Jahren

vorzugsweise um die von der Regierung mit der Römischen Kurie abgeschlossene Konvention oder, wie man mit einem nicht streng zutreffenden Ausdruck sagte, das Konkordat. Das kleine Land (354 Quadratmeilen), das sich jetzt von der einstigen Zielscheibe seines eigenen Spottes, von Hohenzollern, als Kleinstaat verhöhnen lassen mußte, zählte unter 1 800 000 Einwohnern etwa 550 000 Katholiken, welche, zumeist in Oberschwaben zusammenwohnend, von denselben Einflüssen beherrscht wurden, die in Österreich beim Abschlusse des Konkordats so übermächtig sich gezeigt hatten, und die, wie wir erwähnten, die günstige Lage vor 1859 benutzt hatten, um ein ähnliches auch für Württemberg zu stande zu bringen, wo beide Konfessionen seither friedlich, aber ohne nähere Gemeinschaft nebeneinander sich bewegt hatten. Allein das altwürttembergische Volk, das kräftig scheltend aber geduldig vielfältige Mißbräuche trug, war in diesem Punkte reizbar. Ungewöhnlich zahlreich waren in seiner Mitte die Männer, welche, vom Geiste freier Forschung erfüllt, eine ernste, schwer erkämpfte, selbständige philosophisch-theologische Überzeugung sich errungen hatten: am 16. März 1861 wurde nach heftigen Debatten in der Zweiten Kammer das Konkordat mit 63 gegen 27 Stimmen als unverbindlich erklärt, gegen dessen Vollzug Verwahrung eingelegt und die Regierung sehr verständigerweise aufgefordert, die Verhältnisse der katholischen Kirche, sofern nötig, auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu ordnen. Der alte König wußte, daß er hier mit einem Faktor rechnen mußte, dem seine hinfälligen Kräfte nicht mehr gewachsen waren. Er entließ den Chef des Kultusministeriums, Rümelin, der hier eine Sache verteidigte, deren bedenklicher Charakter seinem hellen staatsmännischen Geiste nicht verborgen sein konnte.*) Die übrigen Minister dagegen blieben in diesem Lande des Scheinkonstitutionalismus, wo man nicht die Gewohnheit hatte, die Konflikte auf die Spitze zu treiben, und wo die Verfassung es der Regierung ziemlich leicht machte, mit einer Volksvertretung zu regieren, die auf einem ganz veralteten und von allem Anfange an verkehrten Wahlgesetze beruhte. Von einer Reform dieser Verfassung

*) Man muß jetzt den Aufsatz: „Zur katholischen Kirchenfrage 1880" vergleichen, in welchem Rümelin (Reden und Aufsätze II, 205) mit gewohnter Klarheit die Konvention und seine damalige Kirchenpolitik bespricht. Sie ist vom rein logischen Standpunkt schwer anfechtbar; aber Rümelin scheint uns den Zusammenhang mit der damaligen Weltlage außer acht zu lassen, und die Gegner hatten nicht so unrecht, wenn sie dieses Abkommen principiell ablehnten. Make any peace with any State that is Popish and subjected to the determination of Rome — you are bound and they are loose ist ein Wort Cromwells (Carlyle, O. C.'s letters and speeches III, 396). Im übrigen muß zugestanden werden, daß der Ultramontanismus unter Rümelins Nachfolger, v. Golther, die besten Tage hatte, trotz des abgelehnten Konkordats.

war wenig die Rede; die Bevölkerung, gewöhnt, tapfer auf die Regierung zu schmähen und ihr die Verantwortung für alles, was geschah, aufzubürden, aber selbst zu politischer Arbeit träge und verdrossen, wollte gemütlich, wie man hier die staatlichen Dinge auffaßte, den alten König Wilhelm erst vollends zu Ende regieren lassen, ehe sie sich mit diesem Problem befaßte. Die Presse ließ man, wie das Gelärm in den Trinkstuben, ziemlich frei gewähren; der kluge Mann an der Spitze der Regierung, Freiherr von Linden, wußte wohl, daß vom Räsonnieren zu ernster politischer Arbeit ein weiter Weg war. Er ließ die alten Mißbräuche, die heillose bureaukratische Centralisation, den schamlosen Nepotismus in der Verwaltung, die Vielregiererei und Vielschreiberei, den Servilismus nach oben, die Grobheit nach unten ruhig fortbestehen, und auch um die deutsche Frage machte sich die Regierung vorerst noch keine Sorge. Der Nationalverein fand hier keinen Anklang. Die nationale Partei bildete in diesem Lande vorerst noch eine kleine Gemeinde, zerstreut ohne Zusammenhang und Widerhalt im Volke, ohne eigenes Organ in der Presse: die Menge glaubte sich deutsch und zwar großdeutsch gesinnt und ließ sich einreden, daß sie besondere Sympathieen für Österreich habe, während sie im Grunde weder von Österreich noch von Preußen viel wußte, noch auch wissen wollte, da keine deutsche Bevölkerung damaliger Zeit mit selbstgefälligerem Behagen an der eigenen Sonderexistenz sich vergnügte, ja, gestützt auf die unzweifelhafte Tüchtigkeit des Volkes und seinen Reichtum an hervorragenden Talenten, einen ungemessenen Stammeshochmut nährte. Der Beamte hatte sich hier vor allem vor jedem Verdachte „preußischer" Gesinnung zu hüten, denn dies faßte man bei Hofe und in allen hohen Regionen als eine persönliche Beleidigung auf. Dagegen war demokratische Gesinnung kein Hindernis mehr: man wußte jetzt, wie wenig gefährlich im Grunde diese Partei war, und das Ministerium Linden, vornehmlich sein neuer Kultusminister Golther, Schmeichler nach oben und nach unten, verstand die Kunst vortrefflich, demokratische Ideen scheinbar aufzunehmen und sie sachte in ihr Gegenteil zu verkehren. Es liebäugelte mit allen demokratischen Liebhabereien, wie z. B. mit den unvergorenen Ideen allgemeiner Volksbewaffnung, welche diese Partei hegte, die für den Augenblick der Regierung sehr willkommen war, weil sie den Haß gegen Preußen teilte und schürte und doch im Grunde genommen trotz ihrer Deklamationen gegen die Regierung sich in ihrem Froschteich vollkommen behaglich fühlte. Im Innern wurden, trotz der Stagnation im Ganzen, einige Fortschritte im Einzelnen gemacht. So ward im August 1861 eine neue Gewerbeordnung im Sinne der Gewerbefreiheit mit 68 gegen 2 Stimmen, im November desselben Jahres das katholische Kirchenge-

setz, welches die Regierung nach den Direktiven des Konkordats vorgelegt hatte, aber unter vielfachen Abänderungen mit 67 Stimmen gegen 13 in der Zweiten, im Dezember in der Ersten Kammer angenommen: im gleichen Monat wurde dagegen die Übereinkunft, welche die Regierung im Jahre 1856 (denn man übereilte sich hier nicht) mit den Standesherren in Sachen ihrer ungerechtfertigten Entschädigungsansprüche für die Verluste vom Jahre 1848 getroffen hatte, von der Zweiten Kammer verworfen. Diese beschloß ihr verfassungsmäßig auf sechs Jahre bestimmtes Dasein auf natürlichem Wege, Anfang 1862. Die Neuwahlen änderten an der Stellung und Stärke der Parteien nichts. Am 2. Mai 1862 eröffnete der Minister von Linden den neuen Landtag mit einer nichtssagenden Rede, in welcher er unter anderem in betreff der deutschen Frage die beruhigende Zusicherung gab, daß nunmehr „Unterhandlungen über positive Vorschläge zu einer Bundesreform in sichere Aussicht gestellt seien." Wo Unterhandlungen über Vorschläge in Aussicht standen, da konnte es ja mit der deutschen Einheit nicht fehlen.

Eine ganz andere Stellung errang sich in dieser Zeit das kleine badische Land, auf welches der Württemberger mit einigem Selbstbewußtsein herabzusehen gewöhnt war. Auch hier war es zunächst die kirchliche Frage, welche ein regeres öffentliches Leben weckte. Der Streit mit dem Erzbischof hatte dort im Jahre 1859 insofern mit einem Siege der Ultramontanen geendigt, als am 16. Dezember eine Konvention mit Rom nach Art des österreichischen Konkordats als Grundgesetz der katholischen Kirche des Landes verkündigt wurde. Das Großherzogtum zählte unter 1½ Million Einwohnern etwa 1 Million Katholiken: allein die Zeiten hatten sich mittlerweile geändert, und es zeugte nicht für die vielberühmte Klugheit der Leiter der römisch-katholischen Kirche, daß sie in jenem einem Jahre zehnmal mehr in wenigen Tagen verlor, als sie in einem Jahrzehnt mühselig errungen hatte. Die Konvention erregte große Entrüstung auch unter dem denkenden Teile der katholischen Bevölkerung, welcher schließlich doch den bestimmenden Einfluß übt: und so entschieden sprach sich diese Stimmung aus, daß der Großherzog, ein Mann, der seine Zeit und seinen fürstlichen Beruf verstand, nachdem im März 1860 die Zweite Kammer jenes Konkordat mit großer Mehrheit verworfen hatte, das Ministerium Stengel, welches zu Drohungen greifen wollte, entließ und ein neues von liberalen Anschauungen berief, dessen hervorragendste Mitglieder Lamey und Stabel waren. Von diesem Ministerium wurde wie in Württemberg anstatt eines Konkordats, d. h. eines Vertrags mit einer auswärtigen Macht, der verständigere Weg der inneren Gesetzgebung betreten. Der Erzbischof von Freiburg erklärte sofort (21. April 1860)

der Staatsgewalt — auch die Erste Kammer hatte das Konkordat verworfen — den Krieg, indem er an den der Kirche aus der Konvention erwachsenen Rechten festhalten zu wollen erklärte, und der Klerus bearbeitete nun das Landvolk in diesem Sinne. Die Regierung schritt ruhig auf ihrem Wege fort. Die sechs Gesetze, welche die kirchlichen Angelegenheiten in dem Sinne regelten, daß der Kirche anheimgestellt ward, was wirklich ihre Angelegenheiten sind, wurden angenommen (August). Der Landtag ward mit einer Rede geschlossen, in welcher der Großherzog in der männlich offenen und wahrhaft freisinnigen Weise, welche von da an alle seine Kundgebungen zu einer Erquickung für jeden machte, dem die Entwickelung einer volkstümlichen Monarchie am Herzen lag, davon sprach, daß er keinen Gegensatz finden könne zwischen Fürstenmacht und Volksrecht, und daß seine Regierung, was sie unternommen, mit derjenigen Milde und derjenigen Festigkeit durchführen werde, welche aus dem Bewußtsein des guten Rechts und der guten Absicht hervorgehe. Der Konflikt mit den Ultramontanen legte eine energische deutsche Politik nahe, für welche der Großherzog, der mit klarem Bewußtsein und vollem Entschluß in die nationale Bewegung eintrat, ein geeignetes Organ in dem Freiherrn von Roggenbach fand, der mit staatsmännischem Blick den Unterschied zwischen Realpolitik und politischer Ideologie erkannte und im Mai 1861 das Auswärtige übernahm. Es war von der größten Bedeutung, daß neben Koburg und Weimar in diesem Lande offen im Sinne der liberalen Anschauungen regiert wurde. Im Juni ward eine evangelische Generalsynode eröffnet, welcher der Großherzog im Gegensatz zu dem Regimente des schwächlich-pfäffischen Ullmann einen Verfassungsentwurf vorlegen ließ, der in echt christlichem und evangelischem Geiste die freie Selbstthätigkeit der Gemeinde zur Grundlage der Kirchenverfassung machte, und der, von der Synode im wesentlichen angenommen, im September von dem Großherzog sanktioniert ward. Bei Gelegenheit der Neuwahl zur Zweiten Kammer sprach Freiherr von Roggenbach entschieden und unumwunden aus, daß das Ministerium seinem liberalen und nationalen Programm treu bleiben werde. Indem er das Recht des Partikularismus in den inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder anerkannte, betonte er um so mehr die Centralisation in allen Beziehungen Deutschlands zum Auslande. Die Wahlen fielen entschieden zu Gunsten der Regierung aus, und so gelang auch, da das Ministerium von dem einsichtigen Teile der Bevölkerung gestützt und durch die Popularität des Großherzogs getragen wurde, die einstweilige Beilegung des Konfliktes mit der katholischen Kirche ohne große Schwierigkeit. Die Agitation der Geistlichkeit hatte wenig verfangen, da man der blinden Leidenschaft die ruhige Kraft, dem Unfug das

Gesetz entgegenstellte. Am 4. Dezember 1861 nahm der Erzbischof die staatlichen Verfügungen an unter Wahrung der Rechte des Heiligen Stuhls. Man hatte Recht, wenn man den Jahrestag jener Proklamation vom 7. April 1860, mit welcher der Großherzog das neue Regierungssystem ankündigte, an vielen Orten des Großherzogtums festlich beging: die Früchte desselben traten sichtbar zu Tage. Am 9. August 1862 gab Großherzog Friedrich eine bedingungslose Amnestie, was auf diesem Boden etwas heißen wollte; im Oktober desselben Jahres erhielt das Ministerium eine wertvolle Ergänzung durch Carl Mathy, der sich schon im Jahre 1848 als einen Mann von Mut, hellem Verstand und unabhängigem Charakter bewährt hatte; am 25. Februar 1863 ward die Spielpacht in Baden-Baden gekündigt, gegen welche einst die Frankfurter Nationalversammlung ein ohnmächtiges Dekret geschleudert hatte, und im gleichen Jahre wurde ein überaus wichtiges Werk, die Neuorganisation der Verwaltung, von der Zweiten Kammer einstimmig genehmigt.

Den vollen Gegensatz zu diesem glücklichen Gemeinwesen, wo Fürst und Volk in schöner Eintracht das Wohl der engeren Heimat pflegten und dabei mit ganzem Ernste ihre Pflicht gegen das große Gesamtvaterland im Auge behielten, bildete Kurhessen. In diesem Lande stellte sich ein schlechter Fürst, dem die Verhältnisse gestatteten, seine nichtswürdigen Launen an einem Lande von 176 Quadratmeilen und 754 000 Seelen auszulassen, seinem Volke als Feind gegenüber, indem er demselben eigensinnig sein Recht vorenthielt und so viel Böses zuzufügen sich angelegen sein ließ, als ein Fürst im 19. Jahrhundert noch irgendwie fertig bringen konnte. Dann und wann und nicht selten gab irgend ein besonderer Skandal den Witzblättern Stoff, über welche der elende Tyrann, dem die Bosheit mißhandelter Diener gelegentlich eines derselben in die Hände zu spielen wußte, wütend war: allein die Sache ging allmählich doch jedermann und im Jahre 1860 selbst dem Bundestage über den Spaß. In Kurhessen hielt man an der Rechtsanschauung fest, daß die Verfassungsangelegenheit des Kurfürstentums auf keiner andern Grundlage erledigt werden dürfe, als auf derjenigen der Verfassung von 1831, und die letzte preußische Thronrede vom 12. Januar 1860 hatte dies ausdrücklich auch als den preußischen Standpunkt bezeichnet; nirgends hatte das Wort des Regenten: „Die Welt muß erfahren, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist" lauter angeklungen als hier. Der Mehrheit der Bundesregierungen war aber die einfache Rückkehr zum Recht höchst unbequem; wohin sollte das führen, wenn man anfing, mit diesem Maße zu messen? Und so nahm der Bundestag vermittelnd am 24. März die Anträge seiner Kommissionsmehrheit an, nach welchen die

Verfassung von 1852 nicht eher von Bundes wegen zu garantieren sei, als bis die Anträge der kurhessischen Stände Beachtung gefunden hätten. In Gemäßheit dieses zweideutigen Beschlusses, gegen welchen Preußen Einsprache erhoben hatte, verkündete nun der Kurfürst am 30. Mai eine neue Verfassung, welche mit dem 1. Juli 1860 in Kraft treten sollte. Am 3. Juli wurden die Landtagswahlen nach dieser Verfassung ausgeschrieben. Die Wahlen erfolgten am 31. August, fast überall unter Vorbehalt. Und dies war nun die Losung: die Kammer, im November zusammengetreten, wählte ihren Präsidenten unter Vorbehalt; dieser stellte in seiner Eröffnungsrede fest, daß alles, was die Kammer bis jetzt gethan, unter Protest geschehen sei, und daß die Verfassung von 1831 fortdauernde Rechtsgültigkeit besitze. Am 8. Dezember erklärte sich die Kammer gegen nur sieben Stimmen für rechtlich unbefugt und unfähig zu den ihr angesonnenen Geschäften und wurde alsdann von dem kurfürstlichen Landtagskommissar für aufgelöst erklärt. Am 4. April 1861 forderte Kurfürst Friedrich Wilhelm seine „geliebten Unterthanen" abermals auf, zu wählen: Wünsche, von dem dermaligen Rechtsboden aus kundgethan, würden bei ihm ein geneigtes Ohr finden: Vorbehalte und Proteste bei der Wahl erklärte eine Ministerialverfügung für unzulässig. Als aber am 11. Juni die neugewählte Kammer zusammentrat, da wiederholte sich, was im Jahre vorher geschehen. Die Wahlen des Vorstandes erfolgten unter Vorbehalt, und am 1. Juli wurde einstimmig die Inkompetenzerklärung vom vorigen Jahre wiederholt und an den Landesherrn die Bitte um Wiederherstellung der Verfassung von 1831 gerichtet. Abermals wurde nun die Kammer aufgelöst; am 2. November zum drittenmal die Wahlen nach der Verfassung von 1860 ausgeschrieben; am 3. Januar 1862 traten die Gewählten zusammen, wiederholten am 8. die Erklärungen der früheren Versammlungen und wurden dann aufgelöst.

Die Stimmung blieb schon nicht mehr völlig ruhig. Die gewaltsamen Steuerexekutionen mehrten sich, doch kam es zu keinerlei gewaltsamem Ausbruch, welcher der lauernden Reaktion die gute Gelegenheit geboten hätte. Mittlerweile aber wurde die Stellung des Kurfürsten und seiner Regierung unhaltbar. Die deutschen Kammern, eine nach der andern, hatten sich für die Rechtsauffassung der großen Mehrheit des hessischen Volkes, wie sie sich selbst unter einer octroyierten Verfassung in wiederholten Wahlen ausgesprochen, erklärt; die populärste der deutschen Regierungen, die badische, hatte sich am Bunde unumwunden zu dieser Auffassung bekannt, und Österreich, das dem nichtswürdigen Tyrannen so lange den Kopf gehalten, war unterdessen gleichfalls konstitutionell geworden: seine Regierung mußte fürchten, in dieser Sache von Preußen überflügelt zu werden. Um die offene

Niederlage abzuwenden, verständigte sich derselbe Graf Rechberg, der durch seine Unterstützung der Hassenpflugschen Wirtschaft seine Carriere gemacht hatte, mit Preußen zu gemeinsamem Vorgehen, und am 8. März stellten die beiden deutschen Großmächte vereint den Antrag, die Hohe Bundesversammlung möge die kurfürstliche Regierung auffordern, die im Jahre 1852 außer Wirksamkeit gesetzte Verfassung von 1831 wiederherzustellen: vorbehaltlich der dem Bundesrecht nicht gemäßen Bestimmungen, deren Abänderung aber zunächst auf dem von dieser letzteren Verfassung vorgeschriebenen Wege zu vereinbaren sei. Der trotzige Kurfürst beantwortete diesen Antrag am 26. April mit Anordnung abermaliger Wahlen nach seiner Verfassung von 1860, und er trieb diesen Trotz so weit, daß er in dem frechen Aktenstück von jedem Wahlberechtigten vor Abgabe der Wahlstimme und vor Annahme der Wahl die ausdrückliche Erklärung zu fordern befahl, daß er ohne Vorbehalt wähle, beziehungsweise ohne Vorbehalt das Abgeordnetenmandat annehme: wer diese Erklärung verweigere, sei zu den Wahlen nicht zuzulassen. Auf diese Weise dachte er, wenn auch durch jämmerliche Minoritätswahlen, zu einer Landesvertretung im Sinne seiner octroyierten Verfassung zu gelangen. Vergebens remonstrierte die preußische Regierung; die kurfürstliche Regierung schrieb am 3. Mai die Wahlen mit jenen Bestimmungen vom 26. April aus. Graf Bernstorff richtete jetzt (6. Mai) eine energische Note nach Wien: die preußische Regierung könne ihre Aktion nicht mehr von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen. Vergebens suchte nun Österreich, indem es rasch den Bundestag auf die Beine brachte, die Absendung eines außerordentlichen preußischen Gesandten zu verhindern. Der Bundestag verschob seine Abstimmung auf die nächste Sitzung. Da ging am 11. Mai der preußische General Willisen mit einem eigenhändigen Schreiben seines Königs nach Kassel. Der beleidigende Empfang, der diesem Gesandten zu teil ward, veranlaßte die preußische Regierung, nunmehr die Hand an den Schwertgriff zu legen: sie machte zwei Armeecorps marschbereit und verlangte am 18. als Genugthuung, daß der Kurfürst seine bisherigen Ratgeber entlasse. Der Kurfürst lehnte die Forderung ab, protestierte auch gegen den mittlerweile am Bunde zur Abstimmung und Annahme gelangten Antrag, nach welchem die kurfürstliche Regierung um Einstellung des eingeleiteten Wahlverfahrens ersucht wurde, wollte sich aber demselben fügen, vorbehaltlich des Rechtsbestandes der Verfassung von 1860. Am 24. nahm der Bundestag auch den österreichisch-preußischen Antrag vom 8. März auf Herstellung der Verfassung von 1831 an; nur Mecklenburg war dagegen, Hannover „mit tiefem Bedauern“ dafür. Auf diesen Beschluß hin reichte das kurfürstliche Ministerium seine Entlassung ein. Das neue,

das endlich gebildet ward, Dehn-Rothfelser, stellte nun wirklich die Verfassung von 1831 her, erklärte die von 1860 für aufgehoben, ordnete am 24. Juni die Landtagswahlen nach dem Wahlgesetze von 1849 an und stellte nach und nach auch die im Jahre 1850 abgesetzten Beamten wieder an. Am 27. Oktober 1862 trat die Versammlung zusammen; sie wählte den Mann, welcher den seitherigen Protestversammlungen vorgestanden, Bürgermeister Nebelthau, zu ihrem Präsidenten.

So hatte hier ein zäher Kampf gegen langjähriges Unrecht mit einem Siege des Rechts und einer Niederlage der seit 1850 übermächtigen Reaktion geendet, und dies verfehlte nicht, in ganz Deutschland eine ermutigende Wirkung zu üben. Allein die Geduld des Landes und seiner Vertreter wurde bald auf neue Proben gestellt. Die Kammer, voran der Abgeordnete Oetker, drängte auf Beseitigung der verfassungswidrigen Regierungserlasse seit 1850 und verlangte von der Regierung zu wissen, wann sie die verfassungsmäßige Budgetvorlage zu machen gedenke: die Regierung selbst aber befand sich, dem verstockten Kurfürsten gegenüber, der zu nichts zu bringen war, in der übelsten Lage. Der Tyrann antwortete den unbequemen Fragern zunächst mit Ministerkrisen; am 20. November entließ er dann seine Minister und vertagte die Stände auf unbestimmte Zeit. Er schien sich auf den Verfassungskonflikt zu verlassen, der in Preußen selbst im Gange war: aber seine Rechnung war diesmal falsch. Am 24. November richtete die preußische Regierung eine drohende Note nach Kassel, die sie durch einen Feldjäger überbringen ließ, da man keinen Ambassadeur mehr mit einem Mann, wie der Kurfürst war, in Berührung bringen wollte. Sie winkte dem unverbesserlichen Despoten, während sie zugleich der Versöhnlichkeit der Stände Gerechtigkeit widerfahren ließ, mit dem Zaunpfahl, indem sie von dauernden Bürgschaften sprach, die unter Z u z i e h u n g d e r A g n a t e n S r. K ö n i g l i c h e n H o h e i t zu gewinnen sein würden: und diesmal wenigstens rührte die Note von einem Manne her, der keine Furcht hegte, wenn es sein mußte, das Schwert Preußens nicht bloß zu ziehen, sondern auch zu brauchen, — dem neuen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen in Berlin, von Bismarck-Schönhausen. Man wußte dies, wenn nicht in Kassel, so doch in Wien und Frankfurt: Hals über Kopf reiste ein österreichischer Bevollmächtigter, Feldmarschallieutenant von Schmerling, ein Bruder des Ministers, nach Kassel, um dem Kurfürsten den Kopf zurechtzusetzen. Am 25. traf er ein; am 27. nahm der Kurfürst die Entlassung seiner Minister zurück und berief die Ständeversammlung auf den 4. Dezember wieder ein. Bis auf weiteres kam nun die konstitutionelle Maschine, welcher der Kurfürst nur noch

wie ein unnützer Bube kleine Steine zwischen die Räder warf, in Gang. Am 30. Juni 1863 genehmigte er das Finanzgesetz nach den Beschlüssen der Kammer und machte damit dem 13jährigen budgetlosen Zustande ein Ende.

Kurhessen war ohne Zweifel der am schlechtesten regierte Staat des damaligen Deutschlands, mit welchem in dieser Beziehung nur etwa Mecklenburg wetteifern konnte; aber fast jeder der mittleren und kleineren Staaten hatte irgend einen besonderen lächerlichen oder gehässigen Zug, durch welchen eine gewisse Mannigfaltigkeit in das unerfreuliche Bild kam, welches das Deutschland der Bundesakte vor seinem Ende darbietet. So zeichnete sich das Großherzogtum Hessen, wo Freiherr von Dalwigk regierte, durch seinen besondern Eifer und unablässigen Krieg gegen den Nationalverein aus, welcher seinerseits nicht müde wurde, dieser Territorialsouveränität die Sterbeglocke zu läuten. Sie stellte am 5. Januar 1861 einen Antrag auf Unterdrückung des Vereins beim Bundestage; derselbe wurde aber von Koburg, welches ihm ein Asyl bereitet hatte, kräftig in Schutz genommen. Die Landtagswahlen im Jahre 1862 brachten der Regierung eine vollständige Niederlage. Die altliberale und die demokratische Partei vereinigten sich und schlugen die vereinigte klerikale und Regierungspartei aus dem Felde. Einer der Hauptagitatoren des Nationalvereins, Hofgerichtsadvokat Metz, war in vier Wahlkreisen gewählt; als die Kammer im November zusammentrat, stellte ihr Alterspräsident gleich in den Begrüßungsworten die Beseitigung des Ministeriums Dalwigk als ihre Hauptaufgabe dar. Indes wer einmal in diesen Kleinstaaten einen solchen Posten errungen, der klammerte sich an denselben fest, als hänge das Wohl des Landes an seiner armseligen Person; der Minister richtete sich in der veränderten Zeit etwas anders ein, das war alles. Die Kammer betonte in ihrer Adresse, indem sie den Großherzog zugleich an die Zusagen von 1848 erinnerte, die Regelung der Verhältnisse der kirchlichen Gemeinschaften zur Staatsgewalt. Die zweimalhunderttausend und etlichen Katholiken und ihr Bischof machten mehr Geräusch, als die dreimal so viel Protestanten; in dieser Frage kam aber jetzt die Regierung der Kammer durch einen Gesetzentwurf entgegen, und diese erklärte im Mai 1863 entschieden die Rechtsungültigkeit der vorlängst von der Regierung mit dem Bischof von Mainz geschlossenen Übereinkunft. Der Handelspolitik der Regierung, welche, wie wir sehen werden, allerdings mehr das, was die Staatsmänner der damaligen deutschen Staaten Politik nannten, als das Interesse des hessischen Handels diktierte, zeigte sie ein entschiedenes Mißtrauen und bewies sich deshalb auch in Finanzfragen schwierig. Sie nahm insbesondere Stellung gegen die heillose und sinnlose Ver-

schwendung, welche an allen diesen kleinen Höfen mit Gesandtschaften bei auswärtigen Regierungen getrieben wurde, indem sie nur die Hälfte der geforderten Summe, 30 000 von 60 000 fl., bewilligte. So weit reichte die Macht der Kammer, im übrigen ging die Regierung ihren Weg wie zuvor. Ihren besonderen Pinselstrich zu dem Karikaturbilde des damaligen Deutschlands lieferte sie mit einer Verfügung, die man dem Einfluß eines hohen russischen Besuchs zuschrieb, und durch welche den Beamten — wie man hier sagte den „Dienern" — der Schnurrbart untersagt, dagegen das Tragen einer Uniform auferlegt wurde, vermittelst deren man sofort wie in China den Mandarin des Justizministeriums von dem des Finanzministeriums und so weiter unterscheiden konnte.

Nicht ganz so harmlos-abgeschmackt ließ sich die Kleinstaaterei im benachbarten Nassau an. Hier dominierte der österreichische Einfluß, und der Herzog wußte, weshalb er im Jahre 1859 den Österreichern den Sieg wünschte: er hoffte dann der unbequemen Notwendigkeit, mit einer Verfassung zu regieren, überhoben zu werden. Diejenige Verfassung allerdings, welche im Jahre 1849 als das anerkannte gesetzliche Staatsrecht des Herzogtums proklamiert worden war, hatte man im Jahre 1851 wieder beseitigt, und man hatte dann, mit der Hochflut der Reaktion schwimmend, unter dem Beistande gefügiger Stände zweifelhaften Rechts, restauriert, was irgend sich restaurieren ließ. Allein in einem Punkte erwiesen sich selbst diese Stände nicht so fügsam, als die Regierung wünschte, der Domänenfrage. Die Regierung verwendete die Einkünfte des sehr bedeutenden Domaniums, welches nach einer Vereinbarung vom Jahre 1849 Eigentum des Staats sein sollte, nach ihrem Gutdünken: nach längerem Streite vereinigte man sich zu einem Abkommen, nach welchem die Eigentumsfrage beiseite gesetzt und bestimmt wurde, daß 15% des Domänenertrags in die Landeskasse fließen und zu Landesverwaltungsmeliorationen verwendet werden sollten; die Stände verlangten dafür eine Anzahl von Reformen, welche in dem unter Beamtendruck und lächerlicher Vielschreiberei und Vielregiererei seufzenden Ländchen dringend nötig waren, und von denen die wichtigsten auch seitens der Regierung förmlich zugesagt wurden (1860). Allein diese Versprechungen wurden nicht gegeben, um gehalten zu werden. Vielmehr schloß die Regierung nunmehr mit der klerikalen Partei — das Ländchen zählte auf 84 Quadratmeilen neben 224 000 Protestanten 196 000 Katholiken — einen Bund, dessen Opfer die Liberalen werden sollten. Der Herzog und die ihn umgebenden Hofschranzen und Schmarotzer haßten diese, seitdem der Nationalverein mit seinen preußenfreundlichen Tendenzen entstanden war, mit doppeltem Hasse, der wie natürlich von den Klerikalen als den geborenen und

geschworenen Feinden Preußens geteilt wurde; und während die Blätter dieser Partei jede Gemeinheit straflos üben durften, wurden die liberalen Organe zu Tode gemaßregelt. Bei den Wahlen von 1863 erlangten die Liberalen mit ihrem bei einer Versammlung zu Limburg an der Lahn aufgestellten Programm voller Herstellung des Staatsrechts vom September 1849 einen vollständigen Sieg. Sie gewannen $^3/_4$ der Sitze in der Zweiten Kammer und sämtliche Wahlstellen der Ersten. Die Antwort der Hofpartei war die Ernennung eines Führers der Klerikalen, Werren, den man, ohne eine Widerlegung befürchten zu müssen, in öffentlicher Versammlung ein bescholtenes Subjekt nennen durfte, zum Regierungsdirektor, und mit ihm die Einführung eines scham- und ehrlosen Gewaltregiments. Alle Richter, Staats- und Gemeindeverwaltungsbeamten, welche im Verdachte liberaler Gesinnung standen, wurden versetzt, abgesetzt, gepeinigt wie immer möglich, Staatseigentum zu klerikalen Zwecken verschleudert, die Klerikalen auf jede Weise begünstigt, Beamte, in deren Bezirk Liberale gewählt worden waren, bestraft.

Es ist nicht nötig, die Zustände in allen kleinen und kleinsten Staaten in dieser letzten Zeit vor den großen Katastrophen, welche diesen ungesunden Staatsbildungen für immer ein Ende bereiten sollten, im einzelnen darzulegen. Alle Varietäten patriarchalischer Regierung, rühmliche gewissenhafte Verwaltung, wie etwa in Weimar oder Koburg, und verrückte Mißwirtschaft, wie in Bernburg oder Mecklenburg, kamen zu Tage. Die Anschauung brach sich allmählich in immer mehreren Bahn, daß es kindisch war, auf etwas wie wirkliche Freiheit zu hoffen in kleinen Ländern, wo Fürst und Minister bei kleinlichen Verhältnissen zu jeder Chicane die Macht und, weil denn doch die Macht gebraucht sein will, auch den Willen hatten: nur die zwei durch Lage, Geschichte und Umfang wichtigen Mittelstaaten oder, wie sie sich lieber nennen hörten, Mittelreiche Sachsen und Hannover, verdienen noch einige Worte.

In Sachsen waren bei der Persönlichkeit des Königs, der ein hochgebildeter, ernster und gewissenhafter Mann war, keine Zustände möglich, wie in Hessen oder Nassau. Auch der leitende Minister, Freiherr von Beust, war klug genug, einzusehen, daß der Wind sich gedreht hatte, und daß in der heraufziehenden schweren Zeit die Mittelstaaten Mühe haben würden, sich über Wasser zu halten, wenn sie fortfahren würden, die liberale Volksstimmung durch plumpe Reaktion zu reizen. Als z. B. im Jahre 1861 in der Zweiten Kammer an den Tag gezogen wurde, daß die Regierung förmliche Listen über das politische Verhalten der Magistrate und Stadtverordneten führe, beeilte er sich, dem Sturme vorzubeugen, indem er erklärte, daß die Regierung auf Beibehaltung

dieses Systems keinen Wert lege. Es kam einiges Verständige zu stande: ein neues Wahlgesetz, ein neues Gewerbegesetz; im übrigen aber liebte es der Minister, sein Licht in höheren Sphären leuchten zu lassen, und in den großen deutschen und womöglich europäischen Fragen seine vordringliche Thätigkeit zu üben.

Im Gegensatz hierzu dachte der König von Hannover, daß sich Sonne, Mond und Sterne um das Welfenhaus bewegten, und daß die Erhaltung des Königreichs Hannover unter welfischem Scepter „bis zum Ende aller Dinge" den Mittelpunkt und letzten Zweck der Menschengeschichte bilde. König Georg V. war blind und hätte deshalb von Gottes und Rechts wegen niemals die selbständige Regierung über ein deutsches Land führen sollen: um so weniger, als er die Welt über dieses Gebrechen zu täuschen bestrebt war, und so von vornherein in sein ganzes Leben und fürstliches Dasein die unköniglichste aller Eigenschaften, die Lüge, trug. In einem aber war er scharfsichtig trotz seiner Blindheit: er sah, daß von Preußen her die Gefahr für die Mittelreiche kam, und er widmete darum auch dem Nationalverein, der, wenn auch nicht immer mit sehr leserlicher Schrift, die Hegemonie Preußens in Deutschland auf seine Fahne schrieb, seinen besonderen Haß, in welchem ihn Adel, Beamte (man nannte sie hier seit einiger Zeit nicht mehr Staatsdiener, sondern „königliche Diener") und lutherische Geistlichkeit kräftig bestärkten. Der leitende Minister war hier von Borries, einer der unfreiwilligen Totengräber des alten Deutschlands. Dieser hatte das Mißgeschick, dem Hasse gegen den politischen Gedanken des Nationalvereins, welchen mit besonderer Klarheit ein hannöverscher Abgeordneter, Rudolf von Bennigsen, vertrat, einen plumpen Ausdruck zu geben, und damit den innersten Gedanken des damaligen deutschen Fürstentums, das nur durch das Übergewicht des fremden Einflusses in Deutschland sich aufrecht hielt, wie es nur durch diesen so hoch gestiegen war, in einer Weise bloßzulegen, daß vielen die Augen über- und damit auch aufgingen. Bei Gelegenheit der Besprechung einer Petition aus Harburg sagte der Minister in der Kammer: daß in der Herstellung einer preußischen Centralgewalt eine Mediatisierung der deutschen Fürsten liegen würde, zu der es, solange das Recht noch heilig sei, nicht kommen dürfe: und daß, um ihr entgegenzutreten, die deutschen Staaten genötigt wären, sich miteinander oder mit auswärtigen Mächten zu verbinden, die sehr zufrieden sein würden, die Hand in Deutschlands Angelegenheiten zu bekommen. Von allen Seiten regnete es Proteste gegen diese ebenso verräterische wie einfältig-naive Äußerung, welche sich tief in aller Gedächtnis grub, und die der Minister hernach mit ungeschickten Wendungen umzudeuten suchte: der blinde und verblendete König selbst aber forderte

sein Geschick heraus, indem er wenige Wochen nach jener Äußerung den Mann in den Grafenstand erhob, welcher mit jenem frechen Worte den Stab selbst gebrochen hatte über ein Königtum, das nicht verschmähte, dem Fremdling die Hand entgegenzustrecken, um eine auf Kosten des Ganzen erworbene und gemeinschädlich gewordene Souveränität zu behaupten.

Übrigens zeigte sich auch hier seit 1859 ein freieres Regen des Volksgeistes, und diese Regsamkeit knüpfte sich wie in Baden an Vorkommnisse auf dem religiösen Gebiete. König Georg kam auf den unweisen Einfall, zur Verherrlichung der Konfirmation des Kronprinzen, des „edlen Welfensprossen“, — denn auch bei dieser Gelegenheit trieb er, wie immer, mit dem Welfentum und Welfenhaus seinen lächerlichen und lästerlichen Kultus — als oberster Landesbischof statt des bisher gebrauchten Katechismus der Landeskirche eine verschlechterte Form des kleinen lutherischen Katechismus aufzuerlegen. Es war verkehrt, daß die Regierung in einer Zeit, wo die Gemüter ohnehin eine Art Bedürfnis nach Opposition und Agitation empfanden, gerade auf diesem Gebiete an dem Bestehenden rütteln wollte, das hier, gut oder schlecht, schon darum, weil es alt war, die Sympathieen der Menge für sich hatte. Eine starke und stets wachsende Opposition trat ihr entgegen. Als ein Pastor, Baurschmid, der gegen den neuen Katechismus geschrieben, am 7. August 1862 in der Stadt Hannover eintraf, um sich, wie ihm geboten war, vor dem Konsistorium zu rechtfertigen, ward er von der Bevölkerung mit geräuschvollen Ovationen empfangen, und da diese in Excesse gegen einige mißliebige Konsistorialräte ausarteten, so mußte Militär einschreiten, was die Bewegung im Lande verstärkte und vergiftete. Am 19. August verzichtete der König auf die zwangsweise Einführung des neuen Katechismus; am 21. wurde auch Graf Borries entlassen. Allein die kirchliche Bewegung, einmal im Zuge, ging weiter. Im Oktober 1862 regte eine Versammlung von Geistlichen zu Celle den Gedanken einer presbyterialen Gemeindeverfassung und auf Grund derselben eine synodale Kirchenverfassung an: ein notwendiger Schritt, wenn man aus dem lutherischen Cäsaropapismus, dem nach unten herrischen, nach oben servilen Konsistorialregiment herauskommen wollte. Diese Versammlung hatte auf den 2. Dezember eine zweite Versammlung, Geistliche und Laien, nach Celle ausgeschrieben. Die Konsistorien glaubten gegen eine solche „unangemessene Einwirkung“ auf die königliche Regierung die Geistlichen ernst und nachdrücklich warnen und abmahnen zu müssen: worauf der leitende Ausschuß jene zweite Versammlung vorerst verschob. Am 10. Dezember, nach mehrmonatlichem Interim, berief König Georg ein neues Ministerium von gemäßigt, wie man sagte, liberalen Anschauungen: Graf Platen, den

letzten Minister des Auswärtigen dieses Königreichs, Hammerstein (Inneres), Lichtenberg (Kultus), Windthorst (Justiz); am 3. Februar 1863 wurde eine Synodalkommission, darunter auch einige Mitglieder der Celler Versammlung, von dem neuen Kultusminister eröffnet. Im April trat eine zweite Versammlung zu Celle zusammen, deren Deputation der König zu empfangen ablehnte. Dagegen berief nun eine königliche Verordnung vom 29. April eine Vorsynode, die aus 24 Geistlichen und von der Geistlichkeit zu ernennenden, 24 von den Kirchengemeinden zu ernennenden weltlichen und 16 vom König zu bestimmenden geistlichen und weltlichen Mitgliedern bestehen sollte; und da im gleichen Jahre für den Landtag neu gewählt werden mußte, so fehlte es in dem Lande, in dem es sich sonst gemächlich lebte, nicht an mannigfacher Bewegung. Die Fortschrittspartei, seither in der Defensive, ging jetzt auch hier wie überall zum Angriff vor. Ein Aufruf derselben vom 14. Mai erinnerte an die Grundsätze der Verfassung vom 5. September 1848: einer Verfassung, welche eigentlich, da sie nicht in gültiger Weise aufgehoben sei, noch immer zu Recht bestehe: es gelang ihr, bei den Wahlen, die im Juli stattfanden, nahezu die Hälfte der Sitze zu gewinnen. Die Wahlen zu der Vorsynode fanden im August statt. Sie fielen von seiten der Geistlichkeit auf lauter entschiedene Orthodoxe, von seiten der Kirchengemeinden auf Anhänger der Grundsätze des Celler Programms.

Allenthalben waren so die vorwärts strebenden Elemente und Parteien wieder im Vordringen. Hatte man im Jahre 1848 und seither hier und da einen Unterschied gemacht und eine Wahl treffen zu müssen geglaubt, ob man die konstitutionellen Institutionen, was man der Einfachheit wegen schlechtweg die Freiheit nannte, in erster Linie erstreben und dann erst an den Ausbau der nationalen Einheit gehen wolle, oder ob man die nationale Einheit vor allem und selbst auf Kosten der Freiheit zu erringen trachten solle, so war inzwischen deutlich geworden, daß sich diese Dinge zwar in der Theorie, nicht aber in der Wirklichkeit scheiden ließen, — daß kein konstitutionelles Recht der Einzelstaaten sicher war, solange in Frankfurt ein vielköpfiger Absolutismus regierte, und umgekehrt, daß der Fürstenkonvent in Frankfurt nur dann mit einer wirklichen Nationalregierung vertauscht werden konnte, wenn der Konstitutionalismus in den einzelnen Staaten zur Herrschaft gelangt war. Entscheidend aber war — so viel leuchtete selbst denen ein, welche sich nur sehr ungern die Wahrheit eingestanden —, ob und in welcher Weise die neue konstitutionelle Staatsform in Preußen sich einleben würde. Davon, so schien es, hing die gedeihliche Lösung der deutschen Frage vor allem ab, und wir müssen zunächst auf die innere Geschichte Preußens den Blick richten,

ehe wir die Geschichte der deutschen Einigungsversuche wiederaufnehmen können.

b. Preußen.

Der Regierungswechsel infolge der Erkrankung Friedrich Wilhelms IV. hatte dem preußischen Volke das Wohlgefühl zurückkehrender Gesundheit gegeben, und mit Freuden überließ sich das monarchisch und loyal gesinnte Land dieser Empfindung. Mit allergrößter Mäßigung, sahen wir, vollzog sich dieser Wechsel; nur die verhaßtesten Träger des gestürzten Systems wurden entlassen; von einem Märtyrertum selbst im mindesten Maße hatten sie nichts zu verspüren. Die Dinge schienen auf gutem Wege: während des Italienischen Krieges, wo die Aufmerksamkeit vorzugsweise auf die europäische Krisis sich richtete, war das preußische Volk im großen und ganzen mit der Politik seiner Regierung einverstanden, und der Versuch Österreichs, die Schmach seiner Niederlage und des raschen Friedens auf Preußen abzuladen, mißlang verdientermaßen. Im Gegenteil: man ließ auch in Süddeutschland nach dem Frieden von Villafranca der preußischen Politik mehr Gerechtigkeit widerfahren, als während der Aufregung der Kriegsmonate. Dieser Krieg förderte vielmehr die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer preußischen Führung in Deutschland; in seinem unmittelbaren Gefolge hatte er die Gründung des Nationalvereins, d. h. die Organisation einer preußisch-deutschen Partei; eine überaus glänzende und bedeutende Stellung nahm der Regent Preußens im Jahre 1860 zu Baden-Baden ein, wo die Fürsten Deutschlands um ihn sich sammelten und die Friedensbeteuerungen Napoleons entgegennahmen. Gutmütige Idealisten glaubten die Lösung der deutschen Frage nunmehr leicht und einfach. Man brauchte in Berlin nur brav liberal weiterzugehen, je liberaler desto besser: und in der That sehr einfach würde diese Lösung gewesen sein, wenn Preußen ein Individuum, ein einzelner Mensch mit einfachem Willen gewesen wäre. Ein solches ideales Preußen schwebte den meisten Politikern des Nationalvereins und den ihnen Gleichgesinnten vor.

Allein Preußen war kein solches einfaches Einzelwesen, sondern ein Staat und kein Idealstaat, sondern ein sehr wirklicher Staat, in welchem, wie überall in wirklichen Staaten, nicht die reine Idee, sondern Leidenschaft, Schwäche, Irrtum mächtiger Menschen und Parteien den Gang der Dinge mitbestimmten. Es waren eben auch [illegible] allerwärts geschichtlich gegebene Faktoren, Parteien, Gesell- [illegible] welche alle von ihrer Vergangenheit mehr oder weniger [illegible] en, und die Ungeduld der patriotischen Idealisten sah sich [illegible] chste enttäuscht, als statt der raschen Lösung der deutschen

Frage durch ihren Idealstaat dieses mächtigste deutsche Gemeinwesen vielmehr selbst einer heftigen inneren Krisis anheimfiel und sich, aus unbedeutendem Anlaß — so schien es — ein schwerer Verfassungskonflikt entwickelte, der einige Male eine dauernde Zerrüttung befürchten ließ. Jetzt, bei ganz veränderter Scene, kann man dem Gange dieser Wirren mit Ruhe folgen und darf es aussprechen, daß der Übergang vom absolutistisch regierten in einen Verfassungsstaat in Preußen verhältnismäßig leicht, ja leichter, wenn auch später, als z. B. in England sich vollzogen hat.

Am 12. Januar 1860 eröffnete der Regent den Landtag. Die Thronrede deutete die Notwendigkeit der Bundesreform an, sprach aber dabei den sehr richtigen Grundsatz aus, daß die Bundesversammlung in Frankfurt auf das genaueste Maß ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit beschränkt werden müsse, und zog die Folgerungen dieser Anschauung in der Behandlung der wichtigen kurhessischen Angelegenheit. Alsdann ging der Regent zu dem Punkte über, welcher den Anlaß geben sollte zu jenem, einige schwere Jahre sich hinziehenden heftigen innern Konflikt, — einem Konflikt, der in heißem Ringen die Idee der verfassungsmäßigen, zugleich auf ein festes geschriebenes Gesetz und auf die traditionelle Einigkeit einer populären Dynastie mit einem loyalen Volke gegründeten Monarchie in den Tiefen der Nation feste Wurzel treiben ließ, und der seine endliche Lösung erst dadurch finden sollte, daß der preußische Staat selbst seine Mission in Deutschland vollendete —: der Reform der Heeresverfassung.

Der Regent, mit der Sicherheit eines gründlichen Sachkenners redend, sprach von den Übelständen im Heerwesen, welche die Erfahrungen der letzten zehn Jahre bloßgelegt hätten; doch sei nicht die Absicht, mit dem Vermächtnis einer großen Zeit zu brechen; es erklang ein Wort, welches nur der Fürst dieses Landes aussprechen durfte: „Die preußische Armee wird auch in Zukunft das preußische Volk in Waffen sein.“ Niemals, schloß der Fürst, sei der Vertretung des Landes eine Maßregel von solcher Bedeutung vorgelegt worden: es gelte, die Geschicke des Vaterlandes gegen die Wechselfälle der Zukunft sicherzustellen.

Am 10. Februar legte das Ministerium dem Abgeordnetenhause die Gesetzentwürfe in betreff der Heeresorganisation vor. Zum Verständnis ist vorauszuschicken, daß das bis dahin maßgebende Gesetz vom 3. September 1814 stehendes Heer und Landwehr unterschied: wer mit dem 20. Jahre in das erstere eintrat, blieb drei Jahre unter der Fahne, wurde dann als Reservist in die Heimat entlassen und trat alsdann, nach zwei weiteren Jahren, in die Landwehr über: bis zum 32. Lebensjahre in die ersten Aufgebots, mit Verpflichtung zur

Teilnahme an jährlichen kurzen Übungen; vom 32. bis 39. in die zweiten Aufgebots, welche im Kriege vorzugsweise zu Garnisons- und Festungsdienst verwendet werden sollte. Das Wesentliche dieser Organisationsentwürfe nun war, daß in strengerer Durchführung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht künftighin 63 000 statt 40 000 Rekruten jährlich ausgehoben wurden und damit, bei Festhaltung der dreijährigen Dienstpflicht, die Friedensstärke des Heeres von ca. 150 000 Mann auf ca. 213 000 Mann stieg; daß die Zahl der Linieninfanterieregimenter unter Verminderung ihrer Friedensstärke verdoppelt, auch zehn neue Kavallerieregimenter errichtet werden sollten; daß die Pflicht, in der Reserve zu dienen, um zwei Jahre verlängert, mithin die Gesamtdienstpflicht in der Linie von fünf auf sieben Jahre erhöht, dagegen die Verpflichtung zum Dienste in der Landwehr ersten Aufgebots von sieben auf vier, in der zweiten Aufgebots von sieben auf fünf Jahre herabgemindert, mithin die Gesamtdienstpflicht in Linie und Landwehr von 19 auf 16 Jahre, also um drei Jahre verkürzt werden sollte. Für die gewöhnlichen Mobilisierungen genügte künftig Heranziehung der Leute bis zum 27. Jahr; selbst wenn ein Krieg in großen Dimensionen ausbrach, genügte zunächst die Mobilisierung des stehenden Heeres, und die Landwehr — die Männer vom 27. Jahre an bis zum 31. beziehungsweise 36., die eigentliche Kraft der Nation — konnte als Reserve verwendet und mithin verhältnismäßig geschont werden. Die Erfahrung sollte die Weisheit dieser Maßregel in drei Kriegen, darunter zwei von den größten Dimensionen, bestätigen und die Einwürfe, die gegen dieselbe erhoben wurden, größtenteils in glänzender Weise widerlegen: Einwürfe, von denen der zunächst erhobene, daß die Landwehr zurückgesetzt werde zu Gunsten der Linie, einem doktrinären Idealismus entsprang, der zwar sich demokratisch gebärdete, aber nichts weniger als volkstümlich war. Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht war vollständig erhalten oder vielmehr wiederhergestellt, während seither in dem Preußen von 1860 nur dieselbe Zahl Rekruten ausgehoben worden war wie im Jahre 1815.

Die Organisation erforderte bedeutende finanzielle Opfer, welche die Regierung zum Teil durch eine Reform der Grundsteuer zu decken suchte. Die vier Vorlagen, welche diese letztere Angelegenheit betrafen, gingen zunächst an das Herrenhaus, wo der hauptsächlichste Widerstand zu erwarten war. Am 4. Mai verwarf dasselbe zwei dieser Vorlagen mit großer Mehrheit. Dadurch wurde die Durchführung der Heeresgesetze, gegen welche im Abgeordnetenhause bereits lebhafte Bedenken sich regten, für diesmal zweifelhaft, und die Regierung verlangte nun „zur Aufrechthaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des

Heeres erforderlich und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen thunlich seien," die nötigen Kredite als ein Vertrauensvotum. Mit 315 gegen nur 2 Stimmen wurde am 15. Mai dieses Vertrauensvotum zu „einstweiliger Kriegsbereitschaft" bewilligt: bis zum 30. Juni 1861. Die Schlußrede am 23. Mai bedauerte, daß die dringend gebotene Verbesserung des Eherechts — das Herrenhaus hatte, von theologisierenden Motiven geleitet, am 7. Mai die Civilehe selbst in der übrigens ganz nichtswürdigen Form der sogenannten Notcivilehe und der fakultativen Civilehe verworfen — sowie die Regulierung der Grundsteuer nicht zu stande gekommen seien; die Regierung werde an beiden festhalten; von neuem betonte sie die Notwendigkeit der Heeresreform, welche hoffentlich endlich richtig gewürdigt werden würde.

Die Ernennung von 18 neuen Mitgliedern des Herrenhauses und die Verleihung des Präsentationsrechtes an sechs weitere Städte der Monarchie sollten der liberalen Regierung eine bessere Stellung in diesem Hause geben, in welchem die Anhänger des glücklich beseitigten Manteuffelschen Regiments überwogen, und die Annahme der Grundsteuervorlagen sichern. Die Stimmung im Volke war günstig; mit froher Empfindung wurde am 15. Oktober 1860 das 50jährige Bestehen der Universität Berlin — auch eines Vermächtnisses aus bedeutungsvoller Zeit — gefeiert. Man freute sich, dem nichtswürdigen Polizeidrucke des frühern Regiments entkommen zu sein, von dem durch den Prozeß gegen den Polizeidirektor Stieber und einige seiner Werkzeuge im November ein häßliches Bild entrollt ward, wenngleich die Angeklagten schließlich freigesprochen wurden. Am 14. Dezember wurde auch der Justizminister Simons, ein Überrest der Manteuffelschen Verwaltung, entlassen und durch einen besseren Mann, von Bernuth, ersetzt.

Am 2. Januar 1861 starb zu Sanssouci der unglückliche Fürst, dessen Ende einen so traurigen Gegensatz gegen den glänzenden Anfang seiner zwanzigjährigen Regierung bildet. Man dürfte nicht sagen, daß dem preußischen Staate seine große deutsche Aufgabe irgendwie durch besondere Gunst des Glückes erleichtert worden sei. In der großen Zeit der Krisis 1848—1852, wo bei der Auflösung der deutschen Dinge, bei der völligen Lähmung Österreichs eine so festgefugte und in ihrem Kern so gesunde Macht wie Preußen, wenn sie von einem nur einigermaßen klaren und festen Willen gelenkt wurde, den Ausschlag geben mußte und ihre eigenen Bedingungen stellen konnte — in dieser Zeit trug ein Mann die preußische Krone, der von der ganzen Reihe der Fürsten aus dem Hohenzollernschen Hause vielleicht am meisten Geist, aber bei weitem am wenigsten staatsmännischen Sinn und männlichen Charakter besaß. Man hat einen seiner Vorfahren

mit dem Beinamen Cicero zu ehren geglaubt; der Charakter Friedrich Wilhelms IV. erinnert vielleicht mehr noch an den glänzenden römischen Redner, der hohe Worte, schöne Gedanken, gefällig oder leidenschaftlich ausgedrückt, für wirkliche Thaten nahm. So bezeichnet seine Regierung den tiefsten Ebbezustand der deutschen und der preußischen Geschichte; und nur darin zeigte sich, daß Gott seine Hand nicht völlig von diesem Lande und dem deutschen Volke abgezogen hatte, — daß, ehe es zu spät war, ein Mann das Ruder ergriff, welcher auch darin einen vollen Gegensatz gegen seinen Bruder bildet, daß seine Regierung, mit sehr viel bescheideneren Hoffnungen begrüßt als einst die seines Bruders, wenige Jahre später die kühnsten Erwartungen, seine eigenen wie die der Nation, übertraf. Sein Manifest vom 7. Januar „An Mein Volk“ gedachte mit Pietät des Dahingeschiedenen und sprach dann in gewichtigen Worten eine würdige Auffassung der Aufgaben dieses Staates und der Pflichten dessen, der zu seiner Lenkung berufen war, aus. „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht“ — — „Treu dem Eide“, sagte er, „mit welchem ich die Regentschaft übernahm, werde ich die Verfassung und die Gesetze des Königreichs schirmen“ — wenige Worte und keine begeisterten Worte, denn der neue König war in den Ideen der alten Monarchie aufgewachsen, aber ein Manneswort: vor den hinterlistigen Ränken des reaktionären Jesuitismus wenigstens war das Staatsgrundgesetz nunmehr gesichert. Auch in Beziehung auf das Verhältnis Preußens zum übrigen Deutschland faßte der König sich kurz: „Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen“; es barg aber eine klare und verständige Politik, und die auch reiflicher erwogen und fester begründet war, als damals die meisten dachten, wenn er hinzusetzte, daß es ihm als deutschem Fürsten obliege, Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwickelten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten einnehmen müsse. Sehr wahr; keine gefühlvolle Loyalität Österreich gegenüber, keine warmherzige Bundesbrüderschaft den deutschen Mittelreichen und Kleinstaaten gegenüber konnte zum Ziele führen: nur eine energische, ja mehr, nur eine egoistische [illegible] Politik konnte das einige d. h. mächtige Deutschland schaffen, [illegible] die Nation verlangte.

[illegible] Wilhelm I., im 65. Lebensjahre zum Throne gelangt, war [illegible] von durchaus positivem Geiste und besaß vor seinem Vor-

gänger den großen Vorzug, daß er, während dieser auf den verschiedensten Feldern in geistreich dilettierender Weise sich erging, mit Organisation der künftigen Kirchenverfassung des Chinesischen Reiches und ähnlichem sich zu schaffen machte, vor allem in einem, in militärischen Dingen, gründlicher Sachkenner war. Wer in einem gründlich zu Hause ist, wird in allem übrigen, wo er nicht zu Hause ist, vor allem die Sachkundigen hören, nicht sie mit eigenen, nur von der Oberfläche genommenen Ideen leiten wollen: was wie alles Oberflächliche zugleich den Charakter verdirbt, weil es zur Unwahrheit führt. Als Mann positiven Geistes faßte er auch seinen Königsberuf auf und gab wenig auf den vagen Liberalismus, mit welchem die zahllosen politisierenden Dilettanten jener Tage Deutschland zu einigen gedachten. Die Thronrede, mit welcher am 14. Januar 1861 der preußische Landtag eröffnet wurde, betonte wiederum die Verstärkung des Heeres, welche auf der Grundlage der bestehenden Gesetze eine fertige Thatsache geworden — die gleichwohl günstige Lage der Finanzen, die endliche Erledigung der Grundsteuerfrage und die Reform des Eherechts.

Die Debatten über die Antwortsadresse auf die Thronrede ließen den tiefen Zwiespalt zu Tage treten, der zwischen dem Herrenhause, das in seiner damaligen Zusammensetzung wenig mehr als die Vertretung einer Faktion war, und dem Abgeordnetenhause bestand, in welchem neben einer sehr geringen Anzahl Konservativer lauter Männer saßen, welche die Verfassung als ein für allemal gegebene unverrückbare Grundlage nahmen und auf derselben eine liberale und reformatorische Gesetzgebung entwickeln wollten. Die Adresse des ersteren war eine überaus taktlose Parteikundgebung, welche dem regierenden Könige den verstorbenen Bruder als Muster vorhielt; die des Abgeordnetenhauses stimmte den Prinzipien der Thronrede zu, nahm gegenüber der Heeresfrage noch eine zurückhaltende Stellung ein und hielt sich auch, was die deutsche Frage betraf, ziemlich auf der Linie der Regierung. Ein Verbesserungsantrag des Abgeordneten Stavenhagen, der ganz unumwunden ausgesprochen wissen wollte, daß Preußen durch seine Geschichte und seine Machtverhältnisse die Stellung an der Spitze des deutschen Bundesstaates gebühre, wurde mit 261 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Mit vollem Recht: es war Zeit genug, jenen Satz auszusprechen, wenn er zur Wirklichkeit geworden war. Dagegen that, wie schon in anderem Zusammenhange erwähnt worden, das Abgeordnetenhaus einen bedeutsamen Schritt von großer Tragweite, den der staatsmännische Takt des Abgeordneten von Vincke, eines der hervorragendsten Talente des jungen preußischen Parlamentarismus, in Anregung brachte. Nach einer Debatte, welche diesem jungen Parlamentarismus alle Ehre

machte, nahm es einen Zusatz zur Antwortadresse an, der sich für die „fortschreitende Konsolidierung Italiens“ im preußischen und im deutschen Interesse aussprach: während von der im Herrenhause vorwaltenden Partei gleichzeitig für einen dem entthronten König von Neapel zu stiftenden silbernen Ehrenschild gesammelt wurde. Die polnischen Abgeordneten stellten ihrerseits einen Antrag auf Erwähnung der Herstellung der Provinz Posen als eines Großherzogtums Posen mit Anerkennung der polnischen Nationalität, und machten sich auch sonst wiederholt unbequem, indem sie z. B. bei der Beratung des Kultusetats eine eigene polnische Universität verlangten. Sie fanden taube Ohren: man war in dieser Sache sicher, da das deutsche Element in den polnischen Landesteilen überall in siegreichem Vordringen war, und zwar mit dem Recht des legitimen Sieges, welcher der höhern Bildung, dem energischeren Fleiße gebührt. Gegenüber der polnischen Agitation war auch die deutsche Bevölkerung — sie bildete ein starkes Drittel der 1 350 000 Einwohner der Provinz — nicht müßig; eine Versammlung zu Posen (1. Mai) empfahl der Regierung namentlich strenge Überwachung der polnischen Gymnasien, der Priester- und Schullehrerseminare.

Inzwischen hatte am 7. Mai das Herrenhaus sich entschlossen, die Grundsteuervorlage der Regierung, welche am 12. März das Abgeordnetenhaus passiert hatte, 110 gegen 81 Stimmen, anzunehmen, während es sich im übrigen spröde gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses verhielt, gegen welches das Organ der Partei, die Kreuzzeitung, bereits aus grobem Geschütz den Kampf führte. Diese Partei sah in der Militärvorlage ihren Weizen keimen: nahm das Abgeordnetenhaus dieselbe an, so war es gut, denn von den neuen Offizierstellen fielen ihr die Mehrzahl zu; lehnte es dieselbe ab, so war es besser: sie wußten, daß des Königs Herz auf dieser Maßregel stand, der ohnehin nur mit einer gewissen Ängstlichkeit das konstitutionelle Wesen sich entfalten sah. Noch einmal aber ward der unmittelbare Zwiespalt vermieden. Die Kommission erstattete am 18. Mai ihren Bericht: sie beantragte von den geforderten 8 152 000 Thalern 1 498 000 Thaler zu streichen und die übrige Summe unter der Rubrik Extraordinarium im Budget zu bewilligen; ein Amendement des Abgeordneten Kühne, eines Mannes höchster Autorität in finanziellen Dingen, beantragte unter Abstrich einer Pauschsumme von 750 000 Thalern, deren Verteilung auf die einzelnen Positionen man der Regierung überließ, die übrige Summe als **Extraordinarium** zu bewilligen. Ehe das Haus, am 31. Mai, zur Abstimmung schritt, ver-[illegible]r Ministerpräsident Fürst von Hohenzollern eine Erklärung, in
die Regierung unter abermaliger Betonung der Unumgänglich-

keit der getroffenen Maßregeln doch ihre Geneigtheit aussprach, den Vorschlag des Abgeordneten Kühne anzunehmen, welcher dann auch von dem Hause zum Beschluß erhoben wurde. Dies war ein sehr zweifelhafter Erfolg, und jedermann hatte das Gefühl, daß die schwersten Kämpfe erst bevorstanden. Als wirkliche Erfolge konnte die Schlußrede vom 5. Juni nur die Grundsteuerregulierung und die Einführung des von einer Kommission Sachverständiger aus verschiedenen deutschen Staaten ausgearbeiteten Deutschen Handelsgesetzbuchs, das auch in den Augen des Herrenhauses Gnade gefunden hatte, anführen; den Hauptnachdruck legte sie abermals auf die Heeresorganisation als eine fertige in sich abgeschlossene Maßregel, deren Heilsamkeit sie mit einer Ausführlichkeit darlegte, welche die Stärke der Überzeugung eingab. Am Schlusse der Rede aber klangen deutlich die Stimmen durch, welche das Ohr des Königs bestürmten oder beschlichen, und als deren einflußreichste die des Generals von Manteuffel, des Chefs des Militärkabinetts, genannt wurde, welchen kurz zuvor eine vielgelesene Broschüre aus dem liberalen Lager einen unheilvollen Mann an unheilvoller Stelle genannt hatte. Der König sprach von der Innehaltung der Schranken, deren Überschreitung nur der in Europa regen Partei des Umsturzes Vorschub leisten könnte, und mit auffallendem Nachdruck von dem „Königtum von Gottes Gnaden", — eine Formel, deren schönen und echten Sinn die pietistisch-feudale Partei gefälscht hatte, indem sie dieselbe zum Parteisignal machte.

Es zeigte sich jetzt schon, daß es ein frommer Wunsch und ein kindlicher Traum gewesen, wenn man geglaubt hatte, daß dieser mit starker monarchischer Faust geschmiedete Staat in sanftem und leichtem Übergang sich aus einem absoluten in einen konstitutionell-parlamentarischen umwandeln werde. Die Verfassung war da, und der König hatte die ernste Absicht, sie zu halten: vielleicht ist es eines seiner größten Verdienste, daß er der Nation ungeschmälert das unschätzbare Gut der Erbmonarchie bewahrte, indem er streng gewissenhaft an dem geschworenen Eide festhielt, auch wo derselbe sich ihm hemmend auf einem Wege entgegenzustellen schien, den er zu betreten für unerläßliche Pflicht hielt. Allein diese Verfassung war nicht ein einzelnes, nicht ein von irgend einem Winde hergewehtes Blatt Papier, wie die Organe der feudal-pietistischen Partei meinten, welche unter frommen Worten eine überaus frivole Gesinnung verbargen: sie war Frucht und Zeichen einer großen Wandlung, die in ganz Deutschland, unter je ihren besonderen Formen überhaupt in Europa vor sich gegangen war, und die hier in diesem großen Staate sehr viel folgenreicher, aber auch sehr viel schwieriger durchzuführen war, als etwa in Oldenburg oder Hessen-Homburg. Indem diese Verfassung neben den König und die von ihm

ernannte Regierung eine Vertretung des Volkes mit parlamentarischen Debatten stellte, der eine hochentwickelte Publizität, ein üppig ins Kraut schießendes Vereinswesen zur Stütze diente, wurden Kräfte entfesselt, die, richtig gelenkt, dem Staate und seiner königlichen Regierung eine Macht schufen, mit der diese ganz andere Dinge ausrichten konnte, als der alte Beamtenstaat — es waren aber freilich Kräfte, die erst der Klärung, der Schulung und Erziehung bedurften. Nicht umsonst fällt in dem Lande, in welchem das parlamentarische Regiment sich seit vielen Menschenaltern eingelebt hat, in England, dem bedeutendsten Manne des jedesmaligen Ministeriums die Aufgabe eines „Führers des Unterhauses" zu, und bequemt sich dort die Majorität, aus welcher das Ministerium genommen ist, solcher Führung. Davon war hier noch keine Rede. Ungestüm drang der junge Parlamentarismus vor, hitzigen, regierungsunkundigen, zum Teil dilettantischen Führern bald zu viel, bald zu wenig gehorchend, während die Regierung ihrerseits der neuen Kraft ängstlich, ablehnend, hemmend gegenüberstand, als fürchtete sie sich, dieselbe zu gebrauchen. Es dauerte noch geraume Zeit, ehe auf beiden Seiten die Geister zu der Erkenntnis reiften, auf welche Weise eine königliche Regierung mit einer Volksvertretung, eine Volksvertretung mit einer monarchischen Regierung zu beiderseitigem Gewinn zusammenarbeiten kann. Es ist ein gewichtiges Wort Mirabeaus, hineingesprochen in den Sturm der Revolution und halb von seinem Tosen verschlungen, daß die Freiheit des Volkes eines Königs bedürfe; er würde nicht geirrt haben, wenn er hinzugesetzt hätte, daß die Kraft des Königtums eines freien Volkes bedürfe.

Und hier in diesem Staate waren alle Vorbedingungen zu einer solchen edlen Harmonie vorhanden. Aber ehe die Erkenntnis, auf welcher sie sich aufbaut, voll reifte, waren schwere Stürme kaum zu vermeiden. Die vorgeschrittenen Elemente der liberalen Partei hatten anfangs den sogenannten Altliberalen das Feld allein überlassen, um nicht den Regenten gleich zu Anfang an dem von ihm betretenen Wege irre zu machen: erst Ende 1860 wurde der Obertribunalsrat Waldeck in die Kammer gewählt, und die Demokratie betrat damit in einem sehr würdigen und staatsmännisch bedeutenden Repräsentanten die politische Bühne wieder. Mit ihm aber trat die ganze Partei aus der Zurückhaltung hervor, um ihren Anteil an dem politischen Leben zu fordern und geltend zu machen. Auch in dieser Partei war eine Scheidung und Klärung vor sich gegangen. Wenigstens auf das Ideal einer Republik — auf deutschem und vollends auf altpreußischem Boden eine Lächerlichkeit — hatten die meisten verzichtet; auch hatten sie gelernt, daß die Freiheit nicht ein so einfaches Gut ist, wie sie ihnen im Jahre 1848 erschienen war, und sie waren bereit, an der konstitutio-

nellen Maschine ehrlich mitzuarbeiten, sich bescheidend, noch eine geraume Zeit in der Minorität zu bleiben. Aber freilich, so langsam wie die altliberale Partei vorwärts zu gehen waren sie nicht gemeint, und sie begegneten sich in dieser Stimmung mit sehr vielen, deren royalistische Gesinnung nicht von heute und nicht von gestern stammte, die aber etwas mehr verlangten, als den Berliner Hofliberalismus, der dem Volke in minimalen Dosen eingegeben werden sollte. Für diese energischeren Elemente schien es Zeit, sich zu vereinigen zu einer neuen großen Partei, welche sich dem Volke gegenüber mit einem klaren, unverklausulierten Programm zur Wahl vorstellen wollte. Eine solche Partei mußte, dem spröden Preußentum auch der Altliberalen gegenüber, Fühlung zu gewinnen suchen mit dem Liberalismus in den übrigen deutschen Staaten, auch mit dem Nationalverein, von dem sich die Altliberalen vornehm fern hielten, weil er den nunmehr schlechterdings nicht mehr zu vermeidenden Grundsatz verfolgte, sich unmittelbar an die Masse des Volkes, an die „Urwähler" zu wenden. Aus diesen Elementen bildete sich eine neue Partei, welche den Namen deutsche Fortschrittspartei annahm und auf einer Versammlung zu Berlin (9. Juni 1861) ihr Programm aufstellte. Dieses Programm setzte König und Verfassung voraus und hätte wohlgethan, die monarchische Basis des preußischen Staatswesens etwas kräftiger zu betonen, als geschah; in der deutschen Frage verlangte dasselbe eine starke Centralgewalt in den Händen Preußens und eine gemeinsame Volksvertretung; das Wichtigere war aber vorerst die lange Reihe von Forderungen in Beziehung auf Preußens innere Einrichtungen: eine feste liberale Regierung, wirklich unabhängige Richter, Beseitigung des Anklagemonopols einer abhängigen Staatsanwaltschaft, wirkliche Verantwortlichkeit der Beamten, Wiederherstellung der Geschworenengerichte für politische und Preßvergehen; Verantwortlichkeit der Minister, wie § 61 der Verfassung sie verheiße; Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz; Hebung des Unterrichtswesens; Erlaß eines in der Verfassung gleichfalls verheißenen Unterrichtsgesetzes; obligatorische Civilehe; Trennung des Staates von der Kirche; vor allem durchgreifende Reform des Herrenhauses als Anfang aller übrigen Reformen. Hinsichtlich der für den Augenblick wichtigsten, der Militärfrage, sprach das Programm unter Beteuerung der Opferwilligkeit „für die Ehre und Machtstellung unseres Vaterlandes, wenn diese Güter durch einen Krieg gewahrt oder erlangt werden müssen," sich für die größte Sparsamkeit im Heeresetat zur Zeit des Friedens aus: „Wir hegen die Überzeugung, daß die Aufrechthaltung der Landwehr, die allgemein einzuführende körperliche Ausbildung der Jugend, die erhöhte Aushebung der waffenfähigen Mannschaft bei zweijähriger Dienstzeit für

die vollständige Kriegstüchtigkeit des preußischen Volkes in Waffen Bürgschaft leistet."

Dieses Programm verlangte sehr viel auf einmal und beging dabei den weiteren Fehler, in einem Stadium der Entwickelung, wo man der Gunst des Königs zu jeder Art von Reform bedurfte, diesen vor den Kopf zu stoßen durch den schroffen Widerspruch gegen die Heeresreform: es war fast naiv, alle die schönen liberalen Dinge von den Schwurgerichten bis zur Reform des Herrenhauses zu verlangen und gleichzeitig sich mit der Überzeugung des Königs durch Versagung der Heeresreform in Gegensatz zu bringen. Diese war in den mittleren Kreisen des Volkes unpopulär, weil sie die Finanzen schwer und unmittelbar belastete, und die Mittel zu allerlei friedlichen Verbesserungen, auf welche diese Kreise und das ganze Zeitalter mehr erpicht waren als auf kriegerischen Ruhm, aufzuzehren drohte. Murrend berechnete man, wie das preußische Volk schon jetzt, schon lange, die Kosten der Sicherheit Deutschlands tragen müsse, da auf die Bundesmacht bei der elenden Bundeskriegsverfassung nicht zu zählen sei: ebender Finanzminister, Herr von Patow, der jetzt neue Millionen verlange, habe, als er noch auf den Bänken der Opposition gesessen, dem Lande vorgerechnet, wie das Heer 46% der Staatsausgaben vorweg in Anspruch nehme. Dies freilich war ein Widerspruch: auf der einen Seite eine Umgestaltung der deutschen Verfassung von der Regierung verlangen, wozu denn doch vor allem eine kräftige Hand, d. h. ein schlagfertiges Heer gehörte, und auf der andern Seite am Militäretat kargen wollen. Allein die vorwaltende liberale Tagesströmung und öffentliche Meinung hatte*) einen kindlich naiven Glauben an die Macht der liberalen Prinzipien und war ganz ernstlich der Überzeugung, daß man mit Schwurgerichten, Civilehe und parlamentarischer Rednerei Deutschland im Spiele moralisch werde erobern können; sie hatte keine Vorstellung davon, welche gewaltige Macht der Partikularismus in Deutschland, nicht im Palast, sondern in Hütte und Herzen der Masse des Volkes, noch besaß; und auf der andern Seite glaubte man, daß eine Maßregel, welche den eifrigen Beifall derer fand, die einst den preußischen Staat bei Olmütz unter das Joch geschickt hatten, unmöglich darauf angelegt sein könne, Preußen an die Spitze Deutschlands zu bringen. Indes war es eine wenn auch in manchem Betracht kurzsichtige, doch im ganzen loyale Opposition, welche sich hier bildete. Als eben in

*) Den Verfasser dieses Buches eingeschlossen: wie hier beiläufig bemerkt werden mag; nicht hier allein mache ich von dem Rechte und der Pflicht des Geschichtsdarstellers Gebrauch, Parteianschauungen, welche ich zu ihrer Zeit geteilt, als irrig und, wenn es sein muß, als thöricht zu bezeichnen.

jenen Tagen, 14. Juli 1861, ein querköpfiger Studiosus der Philologie, des Namens Oskar Becker, in Baden-Baden auf den König schoß, zeigte sich die Entrüstung über den nichtswürdigen Bubenstreich allgemein und ungeheuchelt, und die Versuche, diesen Bubenstreich in derselben Weise auszubeuten, wie einst das Attentat Sefeloges ausgebeutet worden war, scheiterten vor allem an dem richtigen und männlichen Verstande des Königs und dann an der allgemeinen und berechtigten Verachtung, mit welcher jener Versuch aufgenommen ward.

Übrigens rüstete sich auch die konservative Partei und stellte auf einem Kongresse zu Berlin am 20. September ein Programm auf, das zum großen Teil gegen Windmühlen kämpfte und mit den rohesten Übertreibungen ein Publikum warb, das starker Mittel bedurfte. Dem Nationalverein und der „deutschen" Fortschrittspartei gegenüber sollte ein „preußischer" Volksverein gebildet werden, für welchen die leitenden Junker sich vornehmlich die Bundesgenossenschaft der Handwerker zu sichern suchten. Dieses Programm wollte „die Einigkeit unseres deutschen Vaterlandes", welches diese Partei nun doch endlich auch in den Mund zu nehmen sich bequemte, „doch nicht auf den Wegen des Königreichs Italien" durch „Blut und Brand"; „kein Kronenraub und Nationalitätenschwindel." Ferner wollte dieses im Ton einer schlechten Predigt abgefaßte Schriftstück keinen „Bruch mit der Vergangenheit" im Innern des Staates; keine Beseitigung des christlichen Fundaments dieses Staates; keine Schwächung der Armee; kein parlamentarisches Regiment und keine konstitutionelle Ministerverantwortlichkeit; persönliches Königtum von Gottes- und nicht von Verfassungsgnaden; kirchliche Ehe, christliche Schule, christliche Obrigkeit. Die dritte Reihe ihrer Wünsche umfaßte nicht weniger dehnbare und deutbare Güter: Schutz und Wertachtung der ehrlichen Arbeit, jedes Besitzes, Rechtes und Standes; keine Begünstigung und ausschließliche Herrschaft des Geldkapitals; kein „Preisgeben des Handwerks und Grundbesitzes an die Irrlehren und Wucherkünste der Zeit." Sehr beflissen zeigte sich diese Partei, die feierliche Krönung in Königsberg, welche der König für den 18. Oktober angeordnet hatte, in ihrem Sinne auszubeuten. In Betracht der Veränderungen, welche in der Verfassung der Monarchie unter der Regierung seines Bruders eingetreten, sagte der König in seiner Ankündigung dieses Aktes am 3. Juli, wolle er anstatt der Erbhuldigung die feierliche Krönung erneuern. Man wußte sich von liberaler Seite nicht recht in diese prunkvolle Ceremonie zu finden, die auch zu dem sonstigen schlichten Charakter des Königs nicht recht zu passen schien, und ward stutzig angesichts der Beflissenheit, mit welcher die reaktionäre Partei dieselbe im Sinne ihrer Anschauungen zu verwerten trachtete. Es erregte Ärgernis, daß in Königsberg die da und

dort auftauchenden schwarzrotgelben Fahnen durch die Polizei entfernt wurden, unter dem Vorwande, daß das Fest ein preußisches sei; man ward verstimmt, als der König wiederholt betonte, daß „die Herrscher Preußens ihre Krone von Gott empfangen", und alarmierte sich ohne Not, als er zu den geladenen Mitgliedern der beiden Häuser des Landtags sagte: „Die Krone ist mit neuen Institutionen umgeben; Sie sind nach denselben berufen, der Krone zu raten — Sie werden mir raten, und auf Ihren Rat werde ich hören." Es war im Grunde ein abgeschmacktes Verlangen, daß der König bei jeder Gelegenheit den konstitutionellen Katechismus aufsagen solle; im übrigen scharte sich allenthalben, in Königsberg wie bei dem Einzuge in Berlin (22. Oktober), das Volk freudig um seinen Herrscher, und man durfte hoffen, daß die Zeit doch auch kommen werde, wo man ohne doktrinäre Haarspalterei dem lieben Gott werde danken können, daß er in diesem Lande beides, ein kräftiges Königtum und eine vernünftige Verfassung, hatte wachsen lassen.

Am 6. Dezember fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhause statt. Die Regierung hatte sich jeder Einmischung in ihren Gang enthalten, doch erklärte der Minister des Innern in einem Erlaß vom 16. November ausdrücklich, daß die Bestrebungen der Fortschrittspartei nicht mit denen der Regierung übereinstimmen. Eben diese aber erhielt die den Ausschlag gebende Mehrheit, während die eigentliche Regierungspartei, die Altliberalen, an Boden verlor und die Partei der Kreuzzeitung abermals unterlag.

Am 14. Januar 1862 wurde der Landtag wie gewöhnlich vom König selbst eröffnet. König Wilhelm hob den günstigen Stand der Finanzen hervor, welcher die Kosten der Heeresorganisation zum guten Teil decke, so daß demnächst, wenn die Grundsteuer nach der neuen Regulierung eingehe, die seit 1859 erhobenen Steuerzuschläge würden wegfallen können. Alle übrigen Vorlagen, das sagte sich jedermann, Reform der deutschen Kriegsverfassung, Reform der Bundesverfassung, schleswig-holsteinische, kurhessische, deutsche Frage, mußten zurücktreten vor der wichtigsten — der Frage des gesetzlichen Abschlusses der thatsächlich vollzogenen neuen Heeresformation. In dem Budget für 1862, welches zu erledigen war, waren die Mehrkosten dieser Formation unter die ordentlichen Ausgaben gestellt; außerdem wurden dem Abgeordnetenhause andere Gesetzentwürfe von Wichtigkeit vorgelegt — Forterhebung der widerwärtigen 25% Steuerzuschlag; Entwurf, die ländliche Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen betreffend, im wesentlichen bestimmt, auf diesem wichtigen Gebiete die Folgen der reaktionären Gesetzgebung vom Jahre 1856 wieder rückgängig zu machen; Entwurf betreffend Einrichtung und Befugnisse der Ober-

rechnungskammer — ein Gesetz, dem verheißenen Ausbau der Verfassung bestimmt, welches im wesentlichen auf dem Prinzip beruhte, daß Etatsüberschreitungen der Regierung nur dann sollten von der Volksvertretung gerügt werden können, wenn sie gegen die Titel des Hauptetats gerichtet seien; Beschlüsse der Volksvertretung in Beziehung auf die Summen der Specialetats sollten die Bedeutung von Motiven zu einem Gesetze, mithin für die Regierung keine schlechthin bindende Kraft haben. Wichtigere Vorlagen gingen dem Herrenhause zu: Gesetzentwurf, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister, welcher die Ministeranklage bei übereinstimmendem Beschlusse beider Häuser zuließ; Entwurf einer Kreisordnung für die ganze Monarchie: in dem Entwurfe von 1860, der vom Abgeordnetenhause angenommen, im Herrenhause aber nicht mehr zur Beratung gelangt war, war noch die Hälfte der Stimmen auf den Kreistagen dem Großgrundbesitz zugewiesen, hier nur noch $^1/_3$. Alles dies aber trat zurück vor der gleichzeitig hier eingebrachten Militärvorlage — einem Entwurfe, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste. Eine nähere Begründung dieses Gesetzes glaubte sich der Kriegsminister von Roon, der mittlerweile an von Bonins Stelle getreten war, bei der „angenehmen Temperatur", wie er sich ausdrückte, welche für diese Angelegenheit im Herrenhause herrschte, ersparen zu können. Er täuschte sich nicht: ohne Diskussion und einstimmig wurde hier am 1. Februar 1862 die Novelle zum Kriegsdienstgesetze angenommen. Zwei Faktoren der Gesetzgebung, Krone und Herrenhaus, waren mithin in der wichtigen Frage einig. Allein im Abgeordnetenhause standen die Dinge ungünstig. Am 10. Februar wählte dasselbe seine Kommission zur Prüfung des Militäretats und der Militärvorlage; sieben ihrer Mitglieder gehörten der Fraktion Waldeck, also der entschiedenen Fortschrittspartei, sieben der Fraktion von Bockum-Dolffs und nur fünf der altliberalen, Grabow, an. Aber noch ehe diese Angelegenheit zur Beratung im gesamten Hause gereift war, führte eine schwere Übereilung der Fortschrittspartei die Krisis herbei. Am 6. März bei Beratung eines Berichtes der Finanzkommission, welcher die Vermehrung der Hauptetats bei den künftigen Budgets betraf, stellte der Abgeordnete Hagen den Antrag, den Staatshaushaltsetat künftighin mehr zu specialisieren und diese Specialisierung unter Zugrundelegung der Titel der Specialrechnungen von 1859 schon für den Etat von 1862 eintreten zu lassen. Der Finanzminister von Patow erklärte entgegenkommend, daß er dem Prinzip dieses Antrages nicht entgegentreten wolle; daß derselbe nicht gerade schlechthin unausführbar sei, seine sofortige Ausführung aber eine große Belästigung für die Regierung schaffen würde; er war

zweifelhaft, ob in demselben nicht ein Eingriff in die Rechte der Exekutive liege. Dies ließ sich schwerlich behaupten; die Volksvertretung hatte allerdings ein Recht, Ausgaben und Einnahmen des Staates mit möglichst vollständiger Einsicht in das Einzelne zu prüfen, und das volle Licht zu scheuen hatte die preußische Finanzverwaltung zu keiner Zeit Ursache. Eine schwere Thorheit aber war es von seiten der Partei, welche über die Mehrheit verfügte, in einem Augenblicke, wo das Abgeordnetenhaus alle seine Kräfte zu einer überaus schwierigen Defensive gegenüber den Anforderungen in der Armeefrage zusammennehmen mußte, Eroberungen, und zwar sofortige, auf dem Gebiete des Budgetrechts machen zu wollen und eine liberale Regierung mit Forderungen zu bedrängen, welche sich von den noch sehr mächtigen Gegnern als ein unnötiger, ja böswilliger und gefährlicher Übergriff des Parlamentarismus darstellen ließen.

Mit 171 gegen 143 Stimmen wurde der unweise Antrag angenommen. Der Beschluß führte sofort eine Kabinettskrisis herbei. Am 8. März erfuhr man, daß das Ministerium seine Entlassung eingegeben habe. Der König nahm dieselbe zunächst nicht an, sondern löste am 11. auf den Rat der Minister das Abgeordnetenhaus auf. Es ward indes bald klar, daß mit einem zur Hälfte liberalen, zur Hälfte konservativen Ministerium nicht weiter zu kommen war. Man stand vor der Notwendigkeit, entweder ein einheitliches und entschieden liberales Ministerium zu bilden und damit der im Volke vorwaltenden Strömung nachzugeben, oder ein Ministerium entschieden konservativer Farbe zu berufen, welches versuchen sollte, die konservativen Kräfte zu organisieren und so den Kampf aufzunehmen, welchen die Fortschrittspartei, die ihre Kräfte weit überschätzte, mit der Annahme des Hagenschen Antrags bot. Am 18. März trat die liberale Hälfte der Minister, von Auerswald, Patow, Schwerin, Bernuth, Graf Pückler, aus, denen der Kultusminister von Bethmann-Hollweg schon vorausgegangen war; von der Heydt, nunmehr als Finanzminister, von Roon, Graf Bernstorff blieben und wurden durch einige Neueintretende ergänzt; von Jagow Minister des Innern, Graf Itzenplitz landwirtschaftliche Angelegenheiten, von Mühler Kultus, Graf zur Lippe Justiz. Den Vorsitz hatte dem Namen nach der Präsident des Herrenhauses, Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen, der eigentliche Leiter war der Finanzminister von der Heydt, ein Mann der hohen Finanz, Rheinländer, an Auskunftsmitteln reich und gewöhnt, sich sehr verschiedenen politischen Lagen anzubequemen. Mit richtigem Blicke erkannte er, daß man einen Fehler gemacht, indem man zur Durchführung der Reorganisation der Armee dem Volke finanzielle Opfer in so unverhüllter Form, wie die 25% Zuschlag waren, angesonnen habe. Die konservative Regierung mußte

fertig bringen, was die liberale nicht vermocht hatte: die Steuerzuschläge mußten fallen; und so schrieb er am 21. März an den Kriegsminister einen vertraulichen Brief, in welchem er mit großer Klarheit darlegte, daß vor allem nötig sei, ein günstiges Wahlresultat zu erzielen, daß zu diesem Zwecke die Möglichkeit gefunden werden müsse, vom 1. Juli ab auf die Steuerzuschläge zu verzichten, um der Fortschrittspartei dieses Agitationsmittel zu entziehen; daß mithin Ersparungen unerläßlich seien: eine Summe von 2½ Millionen Thalern sei das Minimum, das vom Militäretat des laufenden Etats herabgemindert werden müsse. Dies werde schwierig sein, aber es müsse geschehen: er erbot sich, gemeinsam mit dem Kriegsminister die Genehmigung des Königs zu dieser notwendigen Maßregel zu erbitten.

Das Unglück aber wollte, daß dieser Brief durch die Pflichtwidrigkeit eines Beamten in die Öffentlichkeit gelangte und nun vielmehr zu dem allerwichtigsten Agitationsmittel für die Fortschrittspartei wurde. In dem Briefe fand sich die Stelle: es sei dem Herrn Kriegsminister hinlänglich bekannt, daß in allen übrigen Verwaltungszweigen schon seit Jahren die größtmögliche Beschränkung der Ausgaben stattgefunden habe, um nur einige Mittel zur Verminderung des durch die Mehrbedürfnisse der Militärverwaltung entstandenen Deficits im Staatshaushalte zu gewinnen und wenigstens den Schein zu retten, daß die Regierung bestrebt sei, die desfalls gemachten wiederholten Zusagen zu erfüllen. Die Bedürfnisse, zurückgestellt, seien von Jahr zu Jahr gestiegen; sie weiter unberücksichtigt zu lassen, sei ohne Nachteil für die Landeswohlfahrt nicht mehr thunlich. Triumphierend wiesen die Kandidaten der Opposition allenthalben auf diese authentische Bestätigung alles dessen hin, was von ihnen gegen die seitherige Behandlung der Armeefrage gesagt worden sei; und die Ungeschicklichkeit der übrigen Minister lieferte ihnen bald noch weitere Waffen. Ein Cirkularerlaß des neuen Ministers des Innern an die Oberpräsidenten und Regierungen der Monarchie vom 22. März rückte dasjenige, was bis dahin eine einfache Meinungsverschiedenheit über eine einzelne, wenngleich sehr wichtige Frage des Staatsinteresses gewesen war, und was, solange irgend möglich, in dieser Beschränkung gehalten werden mußte, unter den Gesichtspunkt eines universalen Kampfes zwischen königlichem Regiment und parlamentarischer Regierung. Die königliche Regierung, so sagte das von den Ultras bejubelte thörichte Machwerk, habe sich in den schärfsten Gegensatz gegen die Demokratie gesetzt, deren Bestrebungen unverkennbar darauf gerichtet seien, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt von der Krone nach der Volksvertretung zu verlegen. Es war nicht wahr, sondern eine von der feudalen Partei ersonnene Lüge, daß es sich in Preußen um einen solchen Zwiespalt handle, und

wenn es je der Fall gewesen, so war es eine maßlose Thorheit, dies in dem Augenblicke, wo allgemeine Wahlen bevorstanden, dem Volke zu sagen. Wenn, was der kurzsichtige Minister und die übrigen, welche sich dieses Manifest aneigneten, doch als möglich zugeben mußten, die Wahlen sich nun, und mit großer Mehrheit, zu Gunsten der Fortschrittspartei erklärten, die er ausdrücklich als mit der Demokratie gleichbedeutend bezeichnete: war dann nicht deutlich, daß die große Majorität des preußischen Volkes die parlamentarische Regierung und nicht ein sogenanntes kräftiges königliches Regiment wollte? und war es nicht verkehrt und gewissenlos zugleich, die Krone einer solchen Niederlage auszusetzen? Auch dies erregte Anstoß, daß der Erlaß sagte, die Regierung zähle auf die eifrige Unterstützung der königlichen Beamten, und in jedem Falle würde es mit der Treue gegen den König nicht zu vereinigen sein, wenn der Beamte sich in einem der Regierung feindseligen Sinne bei Wahlagitationen beteiligte. Sehr gern sah man es, wo Beamte für die Regierung agitierten: es kamen durch jenen Erlaß ganz neue verbitternde und giftige Elemente in den Streit, den man vielmehr auf sein ursprüngliches Gebiet möglichst hätte begrenzen sollen.

Diesmal war die Regierung im Unrecht, und diejenigen Beamtenkreise, welche sich einer größeren Unabhängigkeit erfreuten, wie z. B. die Lehrkörper der Universitäten, ermangelten nicht, gegen den Erlaß des Kultusministers, der sich dem Minister des Innern anschloß, zu protestieren. Sie wiesen die dreiste Aufstellung, daß es sich bei dem Kampfe, welcher augenblicklich die Gemüter bewege, um den Gegensatz von Demokratie und Königtum handle, mit Entschiedenheit zurück, und im ganzen hatten jene Erlasse auch unter der Beamtenschaft nur geringen Erfolg. Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen wurde jetzt allerdings eine weit größere und umfassendere; allenthalben in den mittleren und höheren Schichten des Volkes nahm man seine Kraft zusammen gegen die befürchtete Wiederkehr des Regiments der Kreuzzeitungspartei, die überall geräuschvoll und übermütig sich regte und die alte Waffenrüstung von der Wand holte. Sie hielten sich des Sieges versichert, und für die nächste Zeit kamen sie auch obenauf zu schwimmen. Aber von Dauer war dieser Sieg nicht. In diesem Kampfe erst drang vielmehr die Kenntnis der Verfassung und das Bewußtsein von der Bedeutsamkeit des Schrittes, der mit ihrer Verleihung geschehen, tiefer in das Volk ein. Am 28. April fanden die Urwahlen, am 6. Mai die Wahl der Abgeordneten statt: trotz der herrschenden Aufregung geschahen sie mit einer musterhaften Ruhe, welche der Nation ein rühmliches Zeugnis ausstellte. Das Ergebnis war eine vollständige Niederlage der Regierung. Kein einziger der Minister

wurde gewählt. Die entschiedeneren Fraktionen gewannen der feudalen, der katholischen und der altliberalen Partei noch eine Anzahl Sitze ab; im übrigen wurden die meisten der bisherigen Abgeordneten einfach wiedergewählt.

Die Regierung änderte demgemäß ihre Taktik. Die Rede, mit welcher der Präsident des Staatsministeriums — nicht der König selbst — den Landtag (19. Mai) eröffnete, war in sehr maßvollem Tone gehalten und kam in mehrfacher Beziehung den liberalen Forderungen entgegen. Die Steuerzuschläge fielen weg; die größere Specialisierung im Staatshaushalt, die rechtzeitige Einbringung des Budgets von 1863 war bewirkt; Ersparnisse im Militäretat wurden angekündigt. Indes der Streit war schon zu weit gediehen, und das Abgeordnetenhaus fühlte sich in dem Bewußtsein, nicht bloß eine augenblickliche Stimmung und Laune, sondern den wirklichen und ernsten Willen einer gebildeten Nation hinter sich zu haben. Die Mitglieder wußten, daß die Blicke des preußischen Volkes und der ganzen deutschen Nation auf sie gerichtet waren, und fast das erste parlamentarische Ereignis der Session war.die Auflösung der seither durch von Vincke und Grabow geführten Partei, deren große Mehrheit, nach links sich bewegend, der Fraktion Bockum-Dolffs sich anschloß. Der Führer selbst, Grabow, Bürgermeister von Prenzlau, ein gemäßigter, aber charaktervoller Mann, den nur die Abgeschmacktheit der Parteipolemik als einen verkappten Girondisten oder Jakobiner darstellen konnte, wurde mit 276 von 288 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. In seiner Antrittsansprache wies er mit würdigen Worten den während der letzten Monate unter das preußische Volk geschleuderten Wahlruf: ob Königtum, ob Parlament, zurück und deutete auf das Lebensprinzip dieses Staates, die Einheit von Fürst und Volk, hin, welche die Volksvertretung sich nicht verkümmern lassen wolle. Man beschloß eine Antwortsadresse an den König zu richten, und hier gab der Finanzminister von der Heydt wiederum eine versöhnlich gehaltene Erklärung ab. Schon in der Kommissionsberatung hatten die Minister ihre Freude ausgesprochen, daß diejenige demokratische Partei, welche sie in ihren mißverstandenen Wahlerlassen gemeint, in der Kammer gar nicht vertreten sei; auch jetzt erklärte der Finanzminister, die Regierung hätte nicht unterstellt, als ob ein nicht verfassungsmäßiger Gegensatz zwischen Königtum und Parlament behauptet worden sei; man hätte sich mit diesen Erklärungen begnügen können. Statt dessen verweilte die Adresse, die nach dreitägiger Debatte mit 219 gegen 101 Stimme angenommen wurde (6. Juni), auf jenem Punkte, beschwerte sich mit großem Nachdrucke über die ministeriellen Wahlerlasse und was damit zusammenhing: „Ew. Majestät bitten wir unter-

thänigst, keinen Widerspruch finden zu wollen zwischen der begeisterten Liebe, welche das ganze Land jederzeit Ew. Majestät entgegengetragen hat, und zwischen dem Ergebnis der Wahlen, welches unzweifelhaft gegen einzelne Anschauungen und Maßregeln der königlichen Staatsregierung gerichtet war." Der König empfing die Deputation, welche die Adresse zu überreichen kam, ungnädig. Es hatte ihn unangenehm berührt, daß die Adresse kein Wort hatte weder für die entgegenkommenden Schritte, die er durch Genehmigung von Ersparnissen in der Militärverwaltung gemacht, noch für die wachsende Wohlfahrt des Landes noch für die Erfolge seiner auswärtigen Politik. „Da Sie einen Satz meines Programms vom Jahre 1858 herausgehoben haben", sagte er — es war das Wort: „Die Welt muß wissen, daß Preußen bereit ist, überall das Recht zu schützen" — „so wollen Sie Sich dasselbe Zeile für Zeile einprägen, dann werden Sie meine Gesinnungen recht erkennen."

Die Regierung indes zeigte sich fortwährend gemäßigt, und sie verstieß nicht geradezu gegen die liberalen Anschauungen. Eben in jenen Tagen kroch der Tyrann von Hessen zu Kreuze, und sein Abgesandter überbrachte (25. Juni) ein Handschreiben, das besagte, daß der Kurfürst die vom Könige in wohlwollendster Absicht erteilten Ratschläge annehme und die Verfassung vom Jahre 1831 wiederhergestellt habe. Am 15. Juli brachte der Kriegsminister einen Gesetzvorschlag, betreffend die Marineverwaltung, ein und verhieß einen Gründungsplan für weitere Entwickelung der Kriegsflotte, denjenigen Teil der Kriegsmacht, welcher im liberalen Lager von je besonders populär gewesen; am 21. erfolgte der bedeutungsvolle Schritt der Anerkennung des Königreichs Italien, ein Schritt, der noch bedeutsamer wurde durch die gereizte Korrespondenz zwischen Wien und Berlin, die sich an denselben knüpfte; und als am 25. Juli der Handelsvertrag mit Frankreich, der in der Darlegung der gemeinsamen deutschen Entwickelung noch zu besprechen ist, mit 264 gegen 12 Stimmen angenommen wurde, sprach der Minister von der Heydt mit großer Wärme seinen Dank für diese Einstimmigkeit aus. Es war ein kurzer Sonnenblick, der für einen Augenblick zeigte, was Regierung und Volksvertretung in diesem Staate leisten konnten, wenn sie einig waren. Schon einige Tage später wurde das Institut des Staatsschatzes zum Gegenstande einer sehr oberflächlichen liberalen Kritik gemacht, und am 29. Juli wurde das Haus seiner großen Rolle untreu durch den kleinlichen Beschluß, die sehr mäßige Forderung eines geheimen Dispositionsfonds von 31 000 Thlr., welchen keine Regierung eines großen Staates entbehren kann, auf 16 000 herabzusetzen: als ob es in dieser schlechten Welt nicht aller Anerkennung wert wäre, bei einem Budget von circa 150 Millionen nur 31 000 Thlr., über

die nicht öffentlich Rechnung gelegt werden konnte, zu bedürfen. Am 4. August eröffnete unter so wenig günstigen Auspicien die Budgetkommission die Beratung des Militäretats für 1862. Am 11. September, nach mühseligen Verhandlungen in der Kommission, begann die Beratung im Plenum des Hauses. Die Kommission hatte die Ausgaben für die Reorganisation aus dem „Ordinarium" in das „Extraordinarium" gesetzt und beantragte deren Streichung: ihr Antrag ging dahin, der Regierung im ganzen 33½ Millionen für Kriegszwecke zu bewilligen. Dies war etwas über 6 Millionen weniger, als die Regierung gefordert hatte; ein Antrag von Stavenhagen, v. Sybel und Twesten wollte unter Abstrich einiger Hunderttausende (223 000) das übrige im Extraordinarium wie seither zur provisorischen Aufrechthaltung der Reorganisation bewilligen. Vor Beginn der Generaldebatte gab der Finanzminister eine Erklärung, welche einen neuen Gesichtspunkt in den Streit brachte: er erkannte an, daß die neue Formation so lange als eine definitive nicht betrachtet werden könne, als der Landtag nicht seine verfassungsmäßige Zustimmung gegeben habe; er erklärte sich auch bereit, sich noch einmal die Verweisung der Ausgaben für die Reorganisation ins Extraordinarium gefallen zu lassen: aber die Mittel selbst zu versagen, würde die Regierung in eine unmögliche Lage versetzen. Allerdings setze die Verfassung das Zustandekommen eines Etatsgesetzes unbedingt voraus; aber wenn das Abgeordnetenhaus nach den Anträgen der Kommission nur diejenige Summe für das Heer bewillige, welche bis zum Jahre 1860 ausgereicht habe, so mache sie das Zustandekommen eines Etatsgesetzes zu einer Unmöglichkeit: und was er nicht sagte, das verkündeten längst die Blätter der feudalen Partei, welche sich jetzt wieder als ministerielle Partei in ihrer ganzen Stärke fühlte. Diesen Fall habe die Verfassung nicht vorgesehen, es sei eine Lücke in derselben, und sie schickte sich an, diese Lücke weit genug zu machen, um durch sie den Absolutismus wieder in die Landesverfassung herein- und die schwer errungenen konstitutionellen Rechte und Sicherheiten hinauszuschaffen.

Diese Lücke war nicht ursprünglich vorhanden gewesen, wohl aber war sie dadurch entstanden, daß die Regierung mit provisorischen Bewilligungen eine große Staatseinrichtung geschaffen hatte, die ihrer Natur nach nur definitiv sein konnte und von Anfang an als eine definitive gemeint gewesen war. Wie nun, wenn das Etatsgesetz nicht zustande kommt? wenn das Herrenhaus es in der Gestalt, welche ihm das Abgeordnetenhaus gegeben, verwirft? der König es in dieser Fassung nicht sanktionieren will? — Dann muß die Regierung nach dem zuletzt vereinbarten Etatsgesetz verwalten, sagten die Liberalen, darf aber selbstverständlich nicht, was nur auf ein Jahr extraordinär

bewilligt war, weiter ausgeben; und sie hatten in der Theorie vollkommen recht. Dies ist in der Praxis unmöglich, sagte die Regierung und ihre Anhänger — wenigstens in dem gegebenen Falle; man kann die neugeschaffenen Regimenter nicht wieder auflösen; in diesem Falle liegt ein Notstand vor, wo die Regierung, da der Staat nicht stillstehen kann, unter möglichster Berücksichtigung der Beschlüsse der Volksvertretung die Geschäfte ohne Etatsgesetz auf ihre Verantwortung weiterführen muß; — ein leeres Wort, entgegneten die Liberalen, da kein Gesetz vorhanden ist, welches diese Ministerverantwortlichkeit regelt.

Fünf Tage hatte die Debatte gedauert, ein heißer, erbitterter Kampf, bei welchem jede Partei ihre bedeutendsten Redner ins Feld schickte. Der erste Antrag der Kommission, 20 000 Thaler, welche sich auf die neue Heeresorganisation bezogen, ins Extraordinarium zu setzen und hier zu streichen, ward mit großer Mehrheit angenommen. Da trat ein Zwischenfall ein: der Kriegsminister gab eine Erklärung ab, welche einige Hoffnung auf einen Ausgleich auf Grund der thatsächlichen Herabsetzung der Präsenzzeit auf zwei Jahre, wo in Wahrheit der Schwerpunkt des Streites lag, blicken ließ. Sofort wurde die Debatte vertagt, aber schon am folgenden Tage schwand diese Hoffnung wieder; die Debatten wurden wieder aufgenommen, und sie endigten am 23. September damit, daß die Kommissionsanträge angenommen, 31 932 000 Thaler als ordentliche Ausgaben für das Heer bewilligt, die Mehrkosten für die Reorganisation abgesetzt und gestrichen wurden.

Der entscheidende Schritt war geschehen. Am folgenden Tage erhielt der Minister von der Heydt seine Entlassung. „Das kaufmännische Intermezzo hat ein Ende", drückte sich der Übermut der Junkerpartei aus, die längst aus Rand und Band war. Und wohl hatten sie Ursache zu jubeln: denn einem der Ihrigen, ihrem Vorkämpfer auf dem vereinigten Landtage, in der Zweiten Kammer des Jahres 1849 und im Erfurter Parlamente, Otto von Bismarck-Schönhausen, war der Vorsitz im Staatsministerium vom König übertragen worden.

Der große Staatsmann, welcher damit in den Vordergrund auf der bewegten politischen Bühne trat, und dem das Wunderbare beschieden war, daß unter ihm und größtenteils durch ihn das wichtigste weltgeschichtliche Ereignis des neunzehnten Jahrhunderts, der Zusammenfluß Deutschlands und Preußens, sich vollzog, stand jetzt in der Vollkraft des Mannesalters, in seinem 47. Lebensjahre. Geboren im Jahre des Wiener Kongresses, 1. April 1815, der Sproß eines Rittergeschlechtes der Altmark, machte er die gewöhnliche Laufbahn eines begüterten preußischen Adligen. Er verlebte seine erste Jugend auf einem der väterlichen Güter in Pommern, kam im Jahre 1821



Fürst Otto von Bismarck,
deutscher Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

nach Berlin in ein Pensionat, 1827 in die Untertertia des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums: es war der Gedanke der Mutter, einer Bürgerlichen, daß dieser jüngere Sohn des Hauses die diplomatische Laufbahn einschlage. Im Jahre 1830 wurde er in der Dreifaltigkeitskirche von keinem geringeren Manne als Schleiermacher eingesegnet, absolvierte im Jahre 1832 das Gymnasium zum grauen Kloster und bezog Ostern dieses Jahres die Universität Göttingen, wo auch er in den wallenden Strudel deutschen Studentenlebens sich eintauchte, in welchem gemeine Naturen untergehen, gewöhnliche Menschen bleiben was sie sind, gesund und edel angelegte sich ein Geheimmittel ewiger Jugendfrische holen. Nachdem er in Berlin sein Juristenexamen gemacht, ward er 1835 als Auskultator beim Berliner Stadtgerichte vereidigt, ging dann zur Verwaltung über, arbeitete bei der königlichen Regierung zu Aachen, trat, nach Potsdam versetzt, bei den Gardejägern ein und von da in das Jägerbataillon zu Greifswald, wo er landwirtschaftliche Kollegien hörte, um sich für die Verwaltung der väterlichen Güter vorzubereiten, die einer energischen und geschickten Hand bedurften. Mit einem ältern Bruder bewirtschaftete der junge Mann die pommerschen Güter und lernte so, noch in harmloser und politisch wenig bewegter Zeit, die ernsten Forderungen des Lebens kennen. Erst mit dem Tode des Vaters aber (1845), wo er seinen Sitz in Schönhausen nahm, begann sein öffentliches Wirken: zuerst in sehr bescheidener Form, als Deichhauptmann und Abgeordneter für den sächsischen Provinziallandtag; als solcher nahm er 1847 an dem vereinigten Landtage teil und trat hier in sehr schroffer Weise dem vorwärts drängenden Liberalismus entgegen. Bald brach der gewaltige Sturm los, welcher in ganz anderer Weise eines Mannes Wert und Kraft erproben sollte. Bismarck bewährte hier in den Tagen von 1848 die größte seiner Eigenschaften und eine in jener bewegten Zeit nicht allzuhäufige Tugend, entschlossenen Mut, half eine konservative Partei sammeln, die Kreuzzeitung gründen, ärgerte, wo er konnte, die demokratischen Müßiggänger der Straße, trat aber, da in den ersten Flitterwochen der Freiheit ein Mann seiner Art kaum irgendwo gewählt zu werden Aussicht hatte, erst auf dem Landtage von 1849, dem auf Grund der octroyierten Verfassung berufenen, und weiter im Erfurter Parlament als konservativer Parteiführer bedeutungsvoll hervor. Er sprach sich hier gegen die Annahme der Unionsverfassung aus und stellte der ganzen Richtung, auf welcher sie beruhte, den Trotz des selbstbewußten, seiner selbst sichern Preußentums entgegen. In einer seiner damaligen Reden wehrte er sich heftig dagegen, daß man die Politik Friedrichs des Großen anrufe als gleichbedeutend mit der Behauptung der Union, und in demselben Atem sagte er, daß Friedrich II. in ähnlicher Lage sich an das kriege-

rische Element in der preußischen Nationalität gewandt haben würde. Hier wie überall war es seine Art, den Kampf, der ihm zunächst eine Verteidigung des preußischen Königtums gegen die Demokratie war, angriffsweise zu führen: „Ich bin stolz darauf, ein preußischer Junker zu sein," warf er den Gegnern hin, „und seien Sie versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkertums auch noch zu Ehren und Ansehen bringen"; so befangen war er in diesem Kampfe gegen die Demokratie, daß er nicht zauderte, die Politik Olmütz zu unterstützen. Gleich so manchem andern tüchtigen und tapfern Manne merkte er erst, als es zu spät war, daß, während man gegen den linken Flügel der feindlichen Stellung, die Demokratie, siegreich vordrang, man Schlacht und Feldzug jämmerlich an den rechten, den man für verbündete Truppen genommen, die Österreicher, verloren hatte. Von dieser Anschauung, in welcher er aufgewachsen, in Österreich Preußens natürlichen und beständigen Allierten zu sehen, ward er sehr bald und gründlich geheilt. Im Mai 1851 wurde er als erster Sekretär der preußischen Bundestagsgesandtschaft nach Frankfurt geschickt, wo ihn der österreichische Gesandte als einen Anhänger Österreichs willkommen hieß, wurde dann im November jenes Jahres der Wiederherstellung zum Bundestagsgesandten ernannt und lernte, so scheint es, hier in der Gesellschaft, die sich im Palais der Eschenheimer Gasse zusammenfand, zuerst, wo die wirklichen Todfeinde Preußens zu suchen waren. Er blieb dort bis zum April des Jahres 1859, wo er gegen seinen Willen als Gesandter nach Petersburg ging; was in Frankfurt zu lernen war, hatte er gelernt; von Petersburg ward er im Jahre 1862 als Gesandter nach Paris geschickt: und am 19. September desselben Jahres traf er, aus dem Seebade Biarritz abgerufen, in Berlin ein, wo ihn eine Aufgabe erwartete, die sein Name und seine Vergangenheit noch unlösbarer und unentwirrbarer zu machen schien, als sie es schon war.

Er hatte keine Bedingungen bei der Übernahme des schwierigen Postens gestellt. Mit der Unbefangenheit eines Mannes, der großer Hilfsquellen in seiner Persönlichkeit sich bewußt ist, übernahm er das Amt. Er verblüffte die Opposition und alle Welt durch eine gewisse Nonchalance des Auftretens, den leichten Konversationston, den er in seiner ersten Konferenz mit der Budgetkommission anschlug; bald hallte das ganze deutsche Land wieder von den geflügelten Worten, die er leichthin zu sprechen schien, daß man den Konflikt nicht zu tragisch nehmen dürfe, daß die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Blut und Eisen gelöst würden. Man fing an, den gefürchteten Mann selbst nicht so tragisch zu nehmen, als im ersten Augenblick: erst allmählich erkannte man, daß der reaktionäre Heißsporn der Revolutionsjahre ein Staatsmann geworden war,

der nicht mit dem gewöhnlichen Maße gemessen werden durfte, und erkannte widerwillig seine gewaltige Kraft an, — den scharfen und weiten Blick, der unbeirrt durch den Staub, den die kleinen Kämpfe des Tages aufwirbeln, die Dinge sah, wie sie wirklich lagen, die stählerne Energie, mit welcher er, zum erstenmale wieder, die Staatskraft Preußens nicht bloß zeigte, sondern auch brauchte.

Das erste war, daß er das Budget für 1863 zurückzog, da nach den bisherigen Verhandlungen eine Verständigung über die Militärsache ohne Gesetzvorlage nicht möglich sei: man solle die Hindernisse einer Verständigung nicht noch höher anschwellen lassen. Die Regierung werde in der nächsten Session den Etat für 1863 mit einem die Lebensbedingungen der Reorganisation aufrechthaltenden Gesetzentwurf und ebenso den Etat von 1864 vorlegen. Die Budgetkommission machte sich demgemäß schlüssig; am 3. Oktober wurde das Finanzgesetz für 1862, unter Streichung der Mehrforderungen auch für die Marine, vom Hause angenommen; am 7. begann die Beratung über die Anträge der Kommission, welche dahin gingen, daß die Regierung aufgefordert werden solle, den Etat für 1863 zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme so zeitig vorzulegen, daß derselbe noch vor Beginn des Jahres 1863 erledigt werden könne: dabei wäre zu erklären, daß es verfassungswidrig sei, wenn die Staatsregierung über eine Ausgabe verfüge, welche vom Abgeordnetenhause abgelehnt sei. Ein Verbesserungsvorschlag v. Vinckes erklärte unter scharfgefaßter staatsrechtlicher Begründung die Regierung für verpflichtet, noch vor Ablauf des Jahres 1862 die Bewilligung eines vorläufigen außerordentlichen Kredits bei der Landesvertretung zu beantragen. Da Bismarck zwar auf den letzteren Antrag eingehen zu wollen erklärte, aber ohne sich dessen Motive anzueignen, so wurde der Antrag der Kommission mit 251 gegen 36 Stimmen angenommen.

Man stand nunmehr hart vor dem Bruche. Die feudale Partei ließ den König, der in seiner Überzeugung von der Notwendigkeit der Heeresreorganisation in ihrem vollen Umfange unerschütterlich fest stand, aber den Zwiespalt mit einem großen und achtungswerten Teile seines Volkes schmerzlich empfand, mit Deputationen und Adressen in ihrem Sinne überlaufen; er seinerseits erklärte diesen, daß er unverrückt auf seinem Programm von 1858 beharre und entschlossen sei, die Verfassung treu zu halten, solange man sie ihm nicht selbst aus den Händen reiße — „bis man sie mir zerrissen auf dem Straßenpflaster entgegenwirft“, äußerte er ein andermal; weniger gewissenhaft empfand die Partei, welche nunmehr im Herrenhause mit einer offenen Verletzung der Verfassung vorging. Dort wurde am 11. Oktober auf den Antrag des Grafen Arnim-Boitzenburg der Gesetzentwurf, betreffend

den Staatshaushaltsetat von 1862, wie er aus den Beratungen des andern Hauses hervorgegangen, abgelehnt, was dem Herrenhause freistand: dagegen aber der ursprüngliche Gesetzentwurf der Regierung mit 114 gegen 44 Stimmen angenommen, was gegen den klaren Wortlaut der Verfassung war. Sofort traten die verschiedenen Fraktionen des Abgeordnetenhauses, mit Ausnahme der Feudalen, zu einer Konferenz zusammen. Ehe ihre Verhandlungen zu einem Abschluß führten, erhielt der Präsident eine Mitteilung der Regierung, welche ihn ersuchte, auf den folgenden Mittag 12 Uhr eine Sitzung anzuberaumen, um eine königliche Botschaft entgegenzunehmen. Man wußte, was diese Botschaft enthalten mußte: der Präsident berief das Haus auf den folgenden Morgen schon zu früher Stunde: die Budgetkommission erhielt den Auftrag, binnen einer Stunde Bericht zu erstatten, was zu geschehen habe, um den verfassungswidrigen Beschluß des Herrenhauses zurückzuweisen. Es geschah: und ohne Diskussion wurde von den 237 Anwesenden einstimmig der Beschluß gefaßt, daß der Beschluß des Herrenhauses als gegen den klaren Sinn und Wortlaut des Verfassungsartikels 62 verstoßend null und nichtig sei, und die Regierung darum keinerlei Rechte aus demselben ableiten könne. Die Minister traten ein; der Präsident verlas den soeben gefaßten Beschluß; alsdann kündigte der Ministerpräsident den Schluß der Session an, der des Nachmittags in offizieller Form durch eine von Bismarck verlesene Rede erfolgte. Sie war sachlich gehalten, ohne Herbe in der Form: das Wesentliche war, daß die Staatsregierung sich in der Notwendigkeit finde, den Staatshaushalt „ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage" zu führen; des verfassungswidrigen Teiles der Beschlüsse des Herrenhauses erwähnte sie mit gutem Takte nicht.

Der Konflikt ergriff nun das ganze Land, und überall hatte man das Gefühl einer großen und ernsten Krisis, deren Ende, wie es falle, über die Geschicke Preußens und Deutschlands entscheiden werde. Es war ein großes Glück, daß vor allem der König selbst ein Mann von strenger Gewissenhaftigkeit war, der seinen Eid auf die Verfassung heilig hielt, und daß der leitende Minister und die bedeutenderen seiner Kollegen — seit Dezember war das Ministerium des Innern dem Grafen Eulenburg übertragen — Einsicht und alle Pflichtgefühl genug besaßen, um zu erkennen, daß eine förmliche Zerreißung der Verfassung den Staat in unabsehbare Wirrnisse stürzen und damit aufs tiefste schwächen müsse und dies in einem Augenblicke, wo er vor großen und schwierigen Aufgaben deutscher und europäischer Politik stand. So blieb der Streit doch im ganzen auf die besonderen Fragen beschränkt, aus deren Anlaß er entstanden war, und wurde zunächst

noch von beiden Seiten zwar nicht ohne feindselige Übertreibung, aber doch im ganzen in würdigen Formen weitergeführt. Mit Adressen und Deputationen, mit Versammlungen, mit Flugschriften und Zeitungsartikeln bekriegte man sich; die Regierung spannte die Zügel der Beamtendisciplin straff und ging hier über das ziemende Maß hinaus, wenngleich die Amtsentsetzungen, Strafversetzungen „im Interesse des Dienstes" und andere Maßregelungen bei weitem nicht dasjenige Maß erreichten, welches man in manchem verfassungsstolzen Mittelstaate als etwas Gewöhnliches hinnahm oder auch gar nicht hinzunehmen brauchte, weil die Regierung da nicht in Versuchung geführt wurde, ihre Macht zu brauchen, wo alles sich von selber duckte. Im ganzen verlor die Regierung über dem politischen Gesichtspunkte den sachlichen doch nicht völlig aus den Augen; von der niederträchtigen Mißwirtschaft der 50er Jahre blieb sie weit entfernt, und sie ließ sich von den Organen der feudalen Partei, welche eifrig bestrebt waren, den Streit zu vergiften, nicht ins Schlepptau nehmen. Die große Mehrheit der besitzenden und erwerbenden Klassen aber, dies war nicht zweifelhaft, stand auf der Seite der Majorität des Abgeordnetenhauses, dessen Mitglieder sich bei ihrer Rückkehr überall gefeiert sahen; von den Provinziallandtagen, die auf den 16. November einberufen wurden, erließen nur vier, die von Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen, Ergebenheitsadressen im Sinne der Regierung; und die Stadtverordnetenwahlen, die im November in Berlin und den meisten Städten der Monarchie stattfanden, fielen ganz entschieden im Sinne der Opposition aus. Diese Opposition vereinigte aber die wohlhabendsten Klassen des Volkes. Ein „Nationalfonds" ward gesammelt, um diejenigen Beamten und Bediensteten schadlos zu halten, die etwa wegen ihrer Verfassungstreue von der Regierung ihrer Stellen entsetzt oder sonst geschädigt werden sollten, — zum großen Ärger der Gegenpartei, welche sich ihrerseits auf die niederen Klassen zu stützen suchte. Sie nannte den Verein, welchen sie dem Nationalverein und verwandten Associationen entgegensetzten, den Preußischen Volksverein: in einer Versammlung dieses „Volksvereins", die am 29. Oktober 1862 zu Berlin gehalten wurde, verlangte der Justizrat Wagener die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, und des Deklamierens gegen den Geldsack war in den Kreisen, wo dieser dreiste Sprecher als Orakel galt, kein Ende. Einen mittelbaren Verbündeten bei ihrem Kampfe fand die Partei in einem jüdischen Litteraten, Ferdinand Lassalle, einem Demagogen von viel Geist und höchst zweideutigem Charakter, welcher die Zeit gekommen glaubte, sich selbst die große Stellung zu schaffen, welche seiner verächtlichen Eitelkeit wie seinem unleugbaren Talent gleich

sehr Bedürfnis war.*) Er ging daran, eine socialistische Partei zu organisieren, welcher die Müßiggänger, die seinen Spuren folgten, den anmaßenden Namen der Arbeiterpartei schufen. Es gelang ihm, mit seinen Deklamationen gegen Kapital und Bourgeoisie sich eine große Stellung unter der Masse der Fabrikarbeiter zu schaffen: im Mai 1863 ward er zum Präsidenten einer Verbindung gewählt, welche sich den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" nannte. Von seinen Thaten und Phrasen zehrte, als er bei Gelegenheit eines schimpflichen Liebeshandels, August 1864, zu Genf im Duell erschossen worden war, eine Schar weniger geistvoller, aber gleich gewissenloser Agitatoren, welchen es an Anhang nicht fehlen konnte, da sie der Genußsucht und dem berechtigten wie dem nicht berechtigten Ärger der Menge schmeichelten und deren Leidenschaften mit wilden Reden stachelten. Für den Augenblick lag in dieser Agitation keine unmittelbare Gefahr. Für die Partei der Kreuzzeitung hatte sie Wert, als eine sehr gelegene Diversion wider die Fortschrittspartei und die Liberalen, die ihre Hauptmacht und Stütze eben in denjenigen Klassen hatten, welche jene Demagogen als die „besitzenden" den „arbeitenden", als Bourgeoisie dem Volke gegenüberstellten.

Indes war dieser Staat zu fest gegründet, um nicht eine Zeitlang eine solche Spannung und innere Entzweiung aushalten zu können, so peinlich dieselbe auf allen patriotisch-gesinnten Männern in beiden Lagern lastete. Die liberale Partei that den Gegnern nicht den Gefallen, an irgend einem Punkte die strenggezogene Linie des Gesetzes zu überschreiten. Wohin die Gedanken des leitenden Ministers gingen, konnte man an der Energie sehen, mit welcher derselbe die Stellung Preußens nach außen wahrte, und diejenigen irrten sehr, welche meinten, daß der innere Konflikt, welcher vielmehr dem schärfer blickenden Auge zeigte, welche unverwüstliche Kraft in diesem Staatswesen lebte, die Spannkraft des preußischen Staates nach außen lähme. Es waren nicht die Helden von Olmütz, welche das Ruder führten: den Tyrannen von Hessen, welcher sich die Verfassungswirren in Preußen zu nutze machen wollte, brachte, wie wir sahen, der Feldjäger, der mit der drohenden Note vom 24. November (1862) nach Kassel reiste, rasch auf andere Gedanken; und in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten begann man mit Bangigkeit zu empfinden, daß der neue preußische Minister des Auswärtigen — Bismarck hatte dieses Amt seit dem

*) L. Bamberger sagt in dem wertvollen Aufsatz „Deutschland und der Socialismus" (Deutsche Rundschau 1876, H. 6 S. 407) sehr richtig: „Sieht man unbefangenen Auges in das biographische Material hinein, welches uns zu Gebote steht, so ist man betroffen von dem alles beherrschenden Charakterzug grotesker Geckenhaftigkeit."

9. Oktober an Graf Bernstorffs Stelle übernommen — entschlossen war, in Deutschland preußische und nicht österreichische Politik zu machen.

Mit peinlichen Empfindungen trat man in das neue Jahr hinüber: indes war der Konflikt wenigstens nicht schärfer geworden. Am 10. Januar 1863 kam der Landtag wieder zusammen. Die Eröffnungsrede, von dem Ministerpräsidenten verlesen — der kühn und ehrenwert den bei solchen politischen Kämpfen heftig aufbrennenden Groll auf seine Person zog und die Persönlichkeit des Monarchen, der erhabenen Bestimmung des Königtums gemäß, außerhalb der unmittelbaren Sphäre des Streites zu halten bemüht war — brachte nichts wesentlich Neues. Die Regierung hielt an ihrer Auffassung fest, und sie hatte den Vorteil, die unheilvolle Wirrnis nicht herbeigeführt, sondern schon vorgefunden zu haben; wogegen der Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, am 14. seinerseits die Anschauungen der Mehrheit des Landtags und des Landes mit schneidender Schärfe aussprach. Am 22. wurde ein Antrag auf Erlaß einer Adresse an den König eingebracht, welche, nach dreitägigen Debatten mit 255 gegen 68 Stimmen angenommen, mit größtem Nachdruck erklärte, daß die Verfassung durch die Minister verletzt sei, und daß innerer Friede und Kraft nach außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiedergegeben werden könne. Der König lehnte es ab, eine Deputation zu empfangen, und das Haus beschloß die direkte schriftliche Zusendung. Am 3. Februar erfolgte eine ausführliche ungnädige Antwort. Die Adresse des Herrenhauses stellte sich, wie seither, ganz auf den Standpunkt der Regierung.

An irgend ein gedeihliches Zusammenwirken von Regierung und Abgeordnetenhaus war unter diesen Umständen nicht zu denken. Die Einmischung des Hauses in die Politik der Regierung bezüglich des beginnenden polnischen Aufstands wies Bismarck mit Schärfe zurück, indem er erklärte, daß die Angriffe der Gegner auf vagen Gerüchten und halber Kenntnis der Dinge beruhten, welche er zu vervollständigen kein Verlangen tragen könne; allen Anträgen aus dem Hause gegenüber verhielt sich die Regierung ablehnend, und sie drohte dasselbe dadurch in eine peinliche und gefährliche Lage zu bringen, daß sie es zwang, sich mit unfruchtbaren Reden zu beschäftigen. Die Organe der Feudalpartei spotteten dieser Reden als gesetzgeberischer Monologe: es war ein damals umgehendes Wort, daß der Minister, in welchem man jetzt einen Gegner von ungewöhnlicher Furchtbarkeit, einen neuen Strafford sah, den Gedanken hege, den Parlamentarismus, indem er ihn zur Unfruchtbarkeit verdamme, „sich durch sich selbst umbringen zu lassen.“ Er schien sich in einer geringschätzigen Behandlung des Hauses

zu gefallen. Bei Gelegenheit einer Interpellation in der schleswig-holsteinischen Sache, die eines der geachtetsten und bedeutendsten Mitglieder der Fortschrittspartei, der Abgeordnete Twesten, vorbrachte, warf er das Wort hin, daß, wenn die Regierung nötig finden sollte, einen Krieg zu führen, sie ihn führen werde mit oder ohne Gutheißen dieses Hauses; und als endlich am 7. Mai die Militärdebatte wieder begonnen hatte, führte der Kriegsminister von Roon, ein Mann von fleckenlosem Charakter, höchster wissenschaftlicher Bildung und großem parlamentarischem Talent, wie geflissentlich einen neuen Konflikt über eine sehr unbedeutende Frage parlamentarischer Ordnung herbei, welcher den Vorsitzenden veranlaßte, die Sitzung zu unterbrechen. Das Ministerium weigerte sich, im Hause wiederum zu erscheinen, wenn nicht eine Erklärung gegeben werde, daß dem Präsidenten des Hauses das Recht des Ordnungsrufes gegenüber den Ministern nicht zustehe. Im Verfolg dieses widerwärtigen Streites, welcher die Militärdebatte unterbrach, richtete das Haus eine Adresse an die Krone voll bitterer Beschwerden über die Minister, in welcher ein Wechsel des Systems und der Personen als dringend notwendig bezeichnet wurde. Die Antwort wies dies Verlangen mit gleicher Entschiedenheit zurück; am 27. Mai wurde die unfruchtbare Session geschlossen. Die Finanzgesetze waren unerledigt, eine Verständigung entfernter als je: und da eine Änderung in der Volksstimmung nicht zu erwarten war, so sah man einem weiteren Vorgehen der Regierung auf dem abschüssigen Wege der Mißachtung der Verfassung entgegen. Die Abgeordneten, heimkehrend, verbreiteten die Entrüstung weiter; die Sprache der Presse wurde heftiger; selbst die Zuneigung zu der Person des Königs, stark wie sie in diesem Lande und vollberechtigt wie sie diesem Fürsten gegenüber war, begann zu verblassen in dem immer heftiger auflodernden Feuer der Parteileidenschaft. Man glaubte ihn ganz in der Hand der Feudalen, deren Organe ihn laut und unter cynischen Schmähungen auf die Gegner aufforderten, den konstitutionellen Schwindel zu beseitigen und sein „persönliches Eigentum“, die absolute Königsmacht, wieder an sich zu nehmen.

Noch war die Entrüstung über die letzten Vorgänge, den brüsken Schluß der Session und die Fortsetzung des budgetlosen Regiments, in vollem Gange, als eine Maßregel verhängt ward, welche zu der vielen Schmach, die der deutschen Nation seit 50 Jahren zu tragen auferlegt wurde, die weitere hinzufügte, daß in dem größten und höchst entwickelten deutschen Staate das freie Wort einer Tyrannei unterworfen wurde, deren einzelne Züge dem Regiment des Napoleonischen Frankreichs entlehnt waren. Am 1. Juni veröffentlichte die Regierung unter Berufung auf den Verfassungsparagraphen, der ihr gestattete, im

Falle dringender Not Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, die aber der Verfassung nicht zuwiderlaufen durften und nur bis zum nächsten Zusammentreten der Landesvertretung Gültigkeit hatten, eine Ordonnanz, welche die verfassungsmäßige Preßfreiheit suspendierte. Diese Verordnung ermächtigte die Verwaltungsbehörden, das fernere Erscheinen einer inländischen Zeitung oder Zeitschrift wegen fortdauernder die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung zeitweise oder dauernd zu verbieten; dem Verbot sollte die berühmte zweimalige Verwarnung, welche man im kaiserlichen Frankreich zu üben pflegte, vorausgehen; ob eine solche Haltung bei einer Zeitung vorliege, ward dem Gutbefinden derjenigen Regierung anheimgegeben, in deren Bezirk die Zeitung erschien: womit dem Verfassungsparagraphen, welcher bestimmte, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe, ins Antlitz geschlagen war. Nach vorhergehender zweimaliger Verwarnung des Verlegers, zu deren Verhängung die Überzeugung des betreffenden Regierungspräsidenten genügte, konnte das Verbot durch Plenarbeschluß der Regierung erfolgen; und eine Ministerialinstruktion erging, nach welcher die Zeitungen über Regierungsmaßregeln nichts veröffentlichen durften, was dieselben als verfassungswidrig oder ungesetzlich hinstellte: rücksichtslos und ohne Zögern sollten die Regierungen mit Verwarnungen vorgehen, damit nach Bedürfnis sofort zum Verbot geschritten werden könne. Im Hintergrunde schien der erregten Stimmung die Absicht zu lauern, mit dieser so viele materielle Interessen schädigenden Maßregel Tumulte hervorzurufen, die man zum Vorwande eines offenen Umsturzes der Verfassung benutzen könnte. Die Regierung spielte ein hohes Spiel. Zu Tumulten kam es nirgends; die liberale Partei hatte sich in dem seitherigen Konflikte zu gut discipliniert, um der feudalen Partei den ersehnten Dienst zu leisten, die eben hierauf ihre Rechnung stellte: durch ein zügelloses Schimpfen auf den zum Schweigen gebrachten Gegner, wobei die Blätter pietistischer Färbung sich besonders hervorthaten, gab sie sich alle Mühe, zu solchen Überschreitungen aufzureizen. Dagegen trafen nun die Stadtverordneten allenthalben Einleitung, Deputationen an den König zu senden, um ihn um Wiederherstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes zu bitten; und als ein Erlaß des Ministers des Innern die Beratung von politischen Angelegenheiten durch die Stadtverordnetenversammlungen verbot, fing man an, überhaupt Deputationen und Adressen an das königliche Haus sich ferner zu versagen. Als im Juni der Kronprinz, der selbst erklärte, daß er keinen Teil an diesen Ratschlägen habe, die Provinz Preußen bereiste, unterließ eine ganze Reihe von Städten jede Empfangsfeierlichkeit und selbst die Begrüßung, während im Juli die Abgeordneten, welche einer Einladung zu einem Bankett nach Köln

gefolgt waren, durch geräuschvolle Demonstrationen den ganzen Rhein entlang gefeiert wurden. So weit war es in diesem Staate, auf welchem die Zukunft Deutschlands ruhte, gekommen.

Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß diese tyrannische Maßregel eine völlig vergebliche war. Sie diente nur dazu, das Urteil auch in denjenigen Punkten gegen die Regierung zu stimmen, in welchen sie recht hatte, wie in den sachlichen Fragen der Heeresorganisation, der Frage der Notwendigkeit dreijähriger Präsenzzeit u. s. w. Die Streitfragen, insbesondere soweit sie das Verfassungsrecht betrafen, waren hinlänglich durchgesprochen. Die Zeitungen hatten längst die Kunst erlernt, in Gedankenstrichen zu sprechen, und es ersetzte den fehlenden Leitartikel mehr als ausreichend, wenn ein Blatt halb oder ganz unbedruckt oder, wie in Rußland, mit geschwärzten Stellen erschien; das Publikum seinerseits hatte in den letzten Menschenaltern eine zu gute Schule durchgemacht, um nicht zwischen den Zeilen lesen zu können; was die inländischen Zeitungen nicht sagen durften, sagten die aus dem nächsten deutschen Lande oder Ländchen eingehenden; die Regierungen selbst, deren Beamte zum guten Teile sich die offenbare Verfassungswidrigkeit der Maßregel nicht verhehlten, verfuhren verschieden und ließen manches durchgehen, ehe sie sich zu einer ersten Verwarnung entschlossen, und nur das *eine* erreichte die Regierung, daß allenthalben ein ingrimmiger Haß sich in die Gemüter einzubohren begann. Ihre sehr vereinzelten Anhänger hatten in jenen bösen Sommermonaten einen üblen Stand und sahen sich von der Masse der verfassungstreuen Bevölkerung gemieden.

Schneller indes, als man ahnte, sollte diese Tyrannis vorübergehen oder ihr wenigstens der Stachel genommen werden. Die österreichische Regierung ersah diesen Augenblick, wo die Staatskraft Preußens durch schwere innere Krankheit gelähmt schien, um eine rasche Lösung der deutschen Frage in ihrem Sinne herbeizuführen, und zwang dadurch die preußische Regierung, auf ihrem Wege innezuhalten. Am letzten Ende beruhte doch auch der unglückselige Konflikt über die Heeresorganisation in Preußen auf dem unfertigen und unhaltbaren Zustande der deutschen Dinge. Diese Frage, die *deutsche*, kam jetzt aufs neue in raschen und reißenden Fluß, und wir haben demnach noch den Verlauf, den die Einigungsversuche seit 1859 genommen, im Zusammenhange darzustellen.

a. Deutsche Einheitsbestrebungen seit 1859.

Wer die Dinge bloß äußerlich ansah, dem konnte es scheinen, als wären seit 1815 in dieser Sache, der Einigung des deutschen Volkes, das als *Kulturvolk* einen so hohen Rang einnahm, zu einem Volke

in politischem Sinne, zu einer Nation, keine Fortschritte gemacht worden, ja als hätte sich seit 1848 nur mit wachsender Deutlichkeit die Unmöglichkeit gezeigt, daß die Vielheit der deutschen Stämme und die Mannigfaltigkeit der diese Vielheit wieder durchkreuzenden Gegensätze jemals sich zu einer organischen politischen Einheit zusammenschließen könne. Wo man ansetzte, schienen sich sofort die Widersprüche, die Unvereinbarkeiten, die Unmöglichkeiten zu erheben. Und doch war auf der andern Seite ebenso unverkennbar, daß der Drang nach dieser Einigung, daß das Bewußtsein, diese Aufgabe lösen zu müssen, mit jedem Jahre kräftiger wurde und deutlicher ins Bewußtsein trat: unwillkürlich nahmen alle im Volke sich regenden Kräfte diesen Weg.

Man muß bei dieser seit 1859 mit verstärkter Gewalt wirkenden Bewegung dreierlei unterscheiden: die freien Kräfte im Volke selbst, welche auf verschiedenen und zum Teil sehr verkehrten Wegen nach diesem Ziele strebten; die Vorgänge auf dem wirtschaftlichen Gebiete, auf welchem in dem Zollverein eine wirkliche und wirksame Nationaleinheit bereits errungen war; und endlich die von politischen Autoritäten — Regierungen oder Kammern — entweder ernstlich gemeinten oder nur zum Schein unternommenen Versuche einer Reform der Bundesverfassung.

Was die zuerst genannten betrifft, so muß man, sowenig dergleichen an und für sich geschichtlich wichtige Ereignisse sind, doch in diesem Zusammenhange der zahllosen gemeinsamen Feste und der Wanderversammlungen gedenken, welche, alljährlich sich mehrend, deutsche Männer der verschiedensten Berufsarten abwechselnd in süddeutschen und norddeutschen Städten zusammenführten. Volkswirte, Landwirte, Juristen, Apotheker, Lehrer, Ärzte und Naturforscher, Geistliche, bis zu den Hotelbesitzern oder Schneidern hielten ihre „Tage" und nahmen von denselben nicht bloß die Anregung für ihren besonderen Beruf, sondern auch die lebendige Empfindung mit nach Hause, Glieder an einem Nationalganzen zu sein, dem nur die abschließende politische Form noch fehlte. Es ist unmöglich, diesen vollen Strom deutschen Lebens, der aus hundert großen und kleinen Armen und Rinnsalen zusammenschießend und wiederum in diese rückwärts sich ergießend, doch, wenn auch bald rechtshin bald linkshin ausbeugend, in einer Grundrichtung immer mächtiger dahinrauschte, auf kurzem Blatte zu beschreiben: nur dies muß bemerkt werden, einmal daß die Deutsch-Österreicher an diesen Wanderversammlungen, wenn es ernsthaftere Dinge als Schützen- oder Turnfeste galt, sich nur in sehr geringem Maße beteiligten, und daß man das Prinzip, welches diesen freien Vereinigungen zu Grunde lag, allmählich von dem Boden wissenschaftlichen Lebens und geselligen Vergnügens auf das praktische und

politische Leben hinübertrug. Wir haben gesehen, wie in dieser Beziehung der Nationalverein bemüht gewesen war, den deutschen Einheitsbestrebungen eine Organisation zu geben, und zwar auf dem allein richtigen Wege, den die Kaiserwahl im März 1849 und die Unionsbestrebungen der Jahre 1848—50 gezeigt hatten. Unglücklicherweise wußte die preußische Regierung mit dieser Bewegung nichts zu machen, zu der sie sich von Anfang an sehr kühl und halb ablehnend verhielt, und andererseits verlor sich der Verein selbst bald ins unklare und hielt über allerlei nebensächlichen Dingen seinen fruchtbaren Grundgedanken nicht fest. Dieser Gedanke war die Ausscheidung Österreichs und die Übertragung der militärischen und diplomatischen Leitung an Preußen. Er wurde von dem Verein nicht mit der nötigen Energie festgehalten; auch in seiner Mitte überwog bald die kindische Anschauung, als ob jene Übertragung der Oberleitung in militärischen und diplomatischen Dingen an Preußen nicht, wenn man überhaupt eine wirksame deutsche Einheit wollte, eine einfache politische Notwendigkeit, sondern vielmehr ein kostbares Geschenk sei, das die Einzelstaaten oder der Verein oder „das Volk" oder wer immer der Krone Preußen zu bieten habe, und das durch liberales Wohlverhalten von dieser letzteren erst verdient werden müsse. Die politisch denkenden Köpfe traten mehr und mehr in den Hintergrund, die Gefühlspolitiker, die liberalen Schwindler und Schwätzer in den Vordergrund. Der Verein hatte anfangs wohlgemeinte und durch seine Organisation auch erfolgreiche Geldsammlungen für eine deutsche Flotte veranstaltet und diese Gelder dem preußischen Marineministerium überliefert: als aber in Preußen der Zwiespalt zwischen Kammer und Regierung ausbrach, hörten diese Ablieferungen und demnächst auch die Sammlungen auf, gleich als wenn das Bedürfnis einer deutschen Flotte unter preußischer Führung seither geringer geworden, — als ob die preußische Flotte plötzlich aufgehört hätte, eine deutsche, die einzige wirkliche und mögliche deutsche Flotte zu sein. Dies alles, welches schließlich auf dem Wahne beruhte, als ob in Preußen nicht auch die Politik durch Kampf und Auseinandersetzung widerstrebender Kräfte gemacht würde wie anderwärts, war sehr unvernünftig, freilich aber auch sehr natürlich und erklärlich; und sehr natürlich war es auch, daß die preußische Regierung, da der Verein sich auf die Seite der Mehrheit des Abgeordnetenhauses stellte und überhaupt eine Schöpfung des Liberalismus war, sich demselben mehr und mehr feindlich entgegenwarf. Nichtsdestoweniger war derselbe bei den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten als die Organisation und Vertretung des preußischen oder „kleindeutschen" Gedankens gefürchtet und gehaßt, und es organisierte sich ihm gegenüber ein sogenannter großdeutscher Reformverein,

der aus ultramontanen, adligen und plebejischen und zum Teil auch demokratischen Anhängern Österreichs bestand, und der, weil seine Spitze gegen Preußen sich kehrte, an den Höfen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten allenthalben wohlgelitten und salonfähig war. Seine Erfolge waren jedoch gering, da er nur in der Verneinung stark und einig war.

Ein fruchtbarer Gedanke nun war die Anwendung des Prinzips periodisch wiederkehrender freier Versammlungen auf die Volksvertreter deutscher Staaten, welche am 28. September 1862 zu Weimar geschah. Hier fanden sich 200 Abgeordnete verschiedener deutscher Kammern zusammen, und diese Versammlung faßte den Beschluß, künftighin alljährlich als deutscher Abgeordnetentag zusammenzutreten, um eine Verständigung und ein möglichst gleichartiges Verfahren in den deutschen Kammern im Sinne der Einigung und freiheitlichen Entwickelung Deutschlands zu fördern. An die Abgeordneten Österreichs, des konstitutionellen, war eine specielle Einladung ergangen, aber abgelehnt worden. In ähnlicher Weise traten im Jahre 1863 am 18. Oktober, dem 50. Jubeltage der Leipziger Schlacht, auf dem Felde, wo einst die Unabhängigkeit des Vaterlandes erkämpft worden war, die Vertreter von 205 deutschen Städten zusammen, und auch hier ward der Beschluß gefaßt, solche deutsche Städtetage künftig alljährlich zu halten, um so auch auf diesem Gebiete Gelegenheit zu fruchtbarem Gedankenaustausch zu bieten und das deutsche Bürgertum durch Gemeinsamkeit seiner nächsten Interessen zu kräftigen.

Einen unmittelbar greifbaren Erfolg hatte keine dieser an sich sehr gesunden Bestrebungen, wenngleich sie alle je an ihrer Stelle dazu dienten, das politische Leben der Nation in Bewegung zu halten, Gewohnheit politischen Denkens und vor allem politischer Arbeit hervorzurufen. Einen greifbaren Erfolg und entschiedenen Sieg erfocht dagegen die deutsche Einheit oder, was dasselbe war, die preußische Hegemonie auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen. Eine neue Krisis des Zollvereins nämlich endigte mit einer entschiedenen Abweisung Österreichs, einer schmählichen Niederlage seiner Verbündeten, und dieser Ausgang bewies, tröstlich inmitten der Verfassungswirren, daß es in den eigentlichen Lebensinteressen Preußens und Deutschlands keiner Regierung und keiner Volksvertretung Preußens am richtigen Verständnis fehlte.

Wir erinnern uns, daß Frankreich seit 1860 mit dem Schutzzollsystem gebrochen und Handelsverträge auf der Grundlage des Freihandelsprinzips mit England und Belgien abgeschlossen, mit Italien und der Schweiz eingeleitet hatte. Wollte Deutschland nicht vom französischen Markte ausgeschlossen sein, so mußte es mit Frankreich einen

entsprechenden Vertrag einzugehen suchen: und in der That war die preußische Regierung im Namen des Zollvereins in Unterhandlungen mit dieser Macht eingetreten. Diese Unterhandlungen kamen am 29. März 1862 zum Abschluß in einem Vertrage, welchem nunmehr beizutreten die übrigen Zollvereinsstaaten aufgefordert wurden. Ein Vertrag dieser Art kann, wie sich von selbst versteht, nur durch gegenseitige Zugeständnisse zu stande kommen, und es war nicht schwer, die Behauptung aufzustellen, daß in diesem Punkte und in jenem Punkte Frankreich über Gebühr begünstigt sei. Indes war dies zum Teil völliger Unverstand, zum Teil wenigstens bloßer Vorwand. Der Hauptgrund des Widerstrebens war vielmehr, daß einer großen Anzahl namentlich süddeutscher Industrieller jeder Fortschritt auf freihändlerischer Grundlage für ihr besonderes Interesse nicht paßte, und mit dieser Art Widerspruch verband sich ein anderer, der von politischem Interesse eingegeben wurde. Mit dem Inslebentreten des französischen Handelsvertrages wurde der Vertrag zwischen Österreich und dem Zollverein, der im Jahre 1853 geschlossen worden, hinfällig, sofern Österreich bei seinen Schutzzöllen beharrte. Wurde der Zollverein auf der neuen Grundlage des mit Frankreich vereinbarten Tarifs erneuert, so war Österreich in handelspolitischer Beziehung von Deutschland völlig losgetrennt.

Während nun eine schutzzöllnerische „Union für deutsche Industrie“ alsbald in Süddeutschland eine Agitation gegen den Vertrag begann, erwiderte der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, am 7. Mai 1862 die Mitteilung der preußischen Regierung mit einem Memorandum, in welchem er vor allem die politische Seite der Sache betonte. Er berief sich auf den Vertrag vom Februar 1853, fand einen Paragraphen des französischen Vertrags mit der Bundesakte im Widerspruch, hob hervor — und das war richtig, aber nur ein Beweis der Unvereinbarkeit der österreichischen und der preußisch-deutschen Interessen —, daß wenn an der ganzen Westgrenze Österreichs das Freihandelssystem mit seinen niedrigen Zollsätzen zur Geltung komme, für Österreich die Beibehaltung seiner jetzigen Zollsätze unmöglich sein würde. Der Minister hatte im weiteren Verfolg (10. Juli) die Naivetät, sich auf den § 19 der Bundesakte zu berufen, der, es war nun 47 Jahre her, versprochen hatte, daß der Bundestag sich in seiner ersten Session mit Vereinbarung gleichmäßiger Grundsätze über Handel und Verkehr befassen werde: er bot an, Österreich wolle mit seinem ganzen Gebiete dem Zollverein beitreten, und erklärte sich, um dies zu ermöglichen, bereit, den Tarif und die Einrichtungen des Zollvereins anzunehmen. Schon am 20. erfolgte preußischerseits die Antwort. Sie war bündig genug: der Vereinstarif,

wie er jetzt sei, und auf Grund dessen Österreich beitreten wolle, habe sich überlebt, und der österreichische Vorschlag würde unannehmbar gewesen sein, selbst wenn gar keine Verhandlungen mit Frankreich stattgefunden hätten. Unter dem 26. verlangte nun Österreich wenigstens die Eröffnung von Unterhandlungen, gestützt auf den Vertrag von 1853. Aber Preußen blieb fest: Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, letzteres einstimmig, ersteres gegen zwölf katholische Stimmen, nahmen den Vertrag mit Frankreich an; und am 6. August erklärte die preußische Regierung, erst wenn die Verträge mit Frankreich durch den Beitritt aller Zollvereinsstaaten gesichert seien, auf Unterhandlungen mit Österreich eingehen zu wollen. Die politische Seite der Sache, die unzweifelhafte Hegemonie Preußens, die auf diesem Gebiete und bei dieser Gelegenheit hervortrat, machte einige der mittleren und kleineren Staaten den österreichischen Bestrebungen geneigt. Nur die sächsische Regierung war einsichtig genug, dasjenige gleich zu thun, was schließlich doch unvermeidlich war. Sie erklärte sich schon am 19. April 1863 für die Annahme des Vertrages und stellte sich in dieser Frage unumwunden Österreich gegenüber auf den preußischen d. h. deutschen Standpunkt, ebenso Baden und Koburg-Gotha. Dagegen erklärte sich Hessen-Darmstadt (15. Juli), Bayern (8. August), Württemberg (11. August), Hannover (16. August), Nassau (11. September) mit den Grundlagen des Vertrages nicht einverstanden, während bereits allenthalben in den beteiligten und sachkundigen Kreisen die Meinung sich geklärt und selbst der in München im Oktober abgehaltene deutsche Handelstag trotz aller aufgebotenen großdeutschen Bundesgenossen mit einer verhältnismäßig großen Majorität sich für den Vertrag ausgesprochen hatte. So ließ sich Preußen auch von dieser Seite her nicht beirren: es erwiderte an Bayern und Württemberg am 26. August mit Entschiedenheit, es sei dem Ernste der Lage schuldig, offen auszusprechen, daß es eine definitive Ablehnung der Verträge mit Frankreich als den Ausdruck des Willens auffassen müsse, den Zollverein mit Preußen nicht fortzusetzen, und am 5. September erklärte das preußische Abgeordnetenhaus trotz des politischen Konflikts seine volle Billigung dieser Auffassung. Die Verhandlungen zogen sich das ganze Jahr 1863 und 1864 hin. An die Spitze der Widerstrebenden stellte sich Bayern, welches bis zu dem Versuche ging, einen Sonderbund derjenigen Staaten zu organisieren, welche den Vertrag verwarfen: am 6. Oktober 1863 trat auf seine Einladung eine Konferenz von Bevollmächtigten von Bayern, Hannover, beiden Hessen, Nassau und Frankfurt zusammen, um über eine gemeinsame Haltung bezüglich der Erneuerung des Zollvereins zu beraten. Dagegen ward nun zu Berlin die Konferenz der Bevollmächtigten sämtlicher Zollvereinsstaaten behufs

Verhandlungen über Erneuerung des Zollvereins am 5. November eröffnet. Noch hielt der Sonderbund Bayern, Württemberg, Darmstadt, Nassau, letztere beiden sehr gegen den Willen ihrer Kammern und alle gegen das handgreifliche Interesse, ja gegen die Lebensinteressen ihrer Bevölkerungen, aus; auch Hannover und Kurhessen erklärten, nur bei Beteiligung aller Zollvereinsregierungen an den Verhandlungen teilnehmen zu können. Nun unterzeichneten am 11. Mai 1864 Preußen und Sachsen ihren Vertrag der Erneuerung des Zollvereins auf Grundlage des französisch-deutschen Vertrages: am 3. Juni trat Frankfurt bei. Wie es im Lager des Sonderbundes aussah, bewies, daß am 19. Juni der zwischen Bayern und Österreich vereinbarte Entwurf von den übrigen Bevollmächtigten der Sonderbundsstaaten abgelehnt wurde; Kurhessen und Hannover fielen ab; jetzt regte sich — denn die Sache wurde ernsthaft — in Bayern selbst und in dem verstockten Württemberg die Agitation für den neuen Zollverein; am 12. September ließ Hessen-Darmstadt in Berlin seinen Beitritt anzeigen, am 26. Nassau, am 28. Bayern; zuletzt auch, noch ehe der übergelehrte demokratische Reaktionär, der im Stuttgarter Ständehause als erste handelspolitische Autorität galt und mit der Berichterstattung über die Angelegenheit beauftragt war, Moritz Mohl, seinen Folianten fertig hatte, am 12. Oktober Württemberg.

Diese Krisis des Zollvereins legte die Gefahren aufs neue bloß, welche das Lebensinteresse des deutschen Volkes bedrohten, solange Österreich in deutschen Dingen mitzusprechen hatte und Staaten wie Nassau oder Württemberg einen souveränen Willen besaßen. Es hätte dieses Antriebes kaum bedurft: seit 1859 hörten die Versuche, für Deutschland eine neue Verfassung ausfindig zu machen, nicht auf. Das treibende Motiv bei den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten war die Furcht vor Preußen, welche durch die Niederlage Österreichs in Italien und die mit derselben im Zusammenhange stehenden Bestrebungen des Nationalvereins aufs neue wachgerufen war. Diese Furcht war insofern nicht ungegründet, als Preußen allein die Macht besaß, die Frage zu lösen: sobald sein König oder ein leitender Staatsmann, der des Königs Vertrauen und Vollmacht hatte, den Entschluß faßte, sie zu lösen, so war sie gelöst; selbstverständlich auf Kosten der Scheinsouveränität der Einzelstaaten, welche eben das zu beseitigende Hindernis bildete. Indes ihre Furcht vor dem preußischen Ehrgeiz war zunächst ungegründet. König Wilhelm war kein junger Mann mehr: und sein Ehrgeiz, so weit er reichte, war nicht darauf gerichtet, eine neue Reihe deutscher Kaiser zu beginnen, sondern nur darauf, seine Stelle in der Reihe preußischer Könige würdig auszufüllen. Dazu gehörte allerdings, daß er der deutschen Stellung Preußens nichts

vergab, und sein Programm von 1858 sprach denn auch nur von moralischen Eroberungen, die Preußen in Deutschland machen müsse. Dies schien zunächst zu genügen. Preußen, ein wohlverwalteter und starker Staat, der ganz Norddeutschland militärisch beherrschte, konnte warten, weil er bis zu einem gewissen Grade sich selbst genügte, und seine deutsche Politik war demgemäß lange eine solche bloß ablehnende und zuwartende: es begnügte sich, das Gewonnene festzuhalten und jeden Schritt zu hindern, der seine Zukunft verderben konnte. So hielt es zunächst an dem einen negativen Gedanken fest, den Bundestag auf das knappste Maß seiner Befugnisse zu beschränken und den Bund lediglich als einen völkerrechtlichen Verein aufzufassen; — die positive Seite dieses Gedankens war: auf dem legitimen Boden der Bundesverträge selbst und auf dem Wege freier Vereinbarung mit den Einzelstaaten verständige Reformen einzuführen und, in gegebener Zeit, auf diese Weise einen deutschen Bundesstaat innerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Staatenbundes zu schaffen.

Kaum merkbar waren die Schritte, die Preußen auf diesem letzteren Wege that, wie etwa die Militärkonventionen, welche mit einzelnen der Zwergstaaten preußischer Machtsphäre, Koburg-Gotha (1861), Altenburg, Waldeck, geschlossen wurden. Aber diese Schritte waren immerhin sichtbar: und was die Gegner am meisten verdroß, sie waren so offenbar das Vernünftige und Richtige und trugen so handgreiflich die Merkmale eines guten Vertrags, Förderung der beiderseitigen Interessen, an sich, daß man schlechterdings nichts Stichhaltiges dawider sagen konnte. Und was hinderte Preußen, wie es heute Militärkonventionen und gestern Zoll- und Handelskonventionen mit anderen deutschen Staaten geschlossen hatte, so morgen Justiz- und übermorgen Unterrichtskonventionen zu schließen? auf diese Weise allmählich auf dem friedlichsten Wege von der Welt die natürliche Überlegenheit des einen starken über die vielen schwachen Staaten geltend zu machen? und so nach und nach, Stein um Stein, Stockwerk um Stockwerk den deutschen Bundesstaat fertig zu bauen? Waren nicht mächtige Bundesreiche, das Athenisch-Jonische, das Römisch-Italische z. B., auf diese Weise entstanden? Dieser Gedanke hing wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Minister und der Souveräne namentlich der Mittelstaaten, und sie entwickelten demgemäß eine eifrige und ziemlich ernstgemeinte Thätigkeit, eine Bundesreform in ihrem Sinne herbeizuführen, d. h. eine solche, welche den Schein wahrte und die Sache selbst im wesentlichen beim alten ließ. Es war nicht das Drängen der Kammern, von denen in jeder Session wenigstens einmal eine Resolution zu Gunsten einer starken Centralgewalt und einer wirklichen Nationalvertretung gefaßt wurde, sondern es war der Trieb der Selbst-

erhaltung, welcher sie zu dieser Thätigkeit anspornte. So ward denn schon unmittelbar nach Beendigung des Italienischen Krieges und Gründung des deutschen Nationalvereins eine Konferenz der Mittelstaaten in Würzburg zu stande gebracht, an welcher Bayern, Württemberg, Sachsen, beide Hessen, Nassau, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg sich beteiligten, während andere, wie Hannover, Oldenburg, Baden, aus verschiedenen Beweggründen sich versagten. Man einigte sich hier über Anträge zur Reform des Bundes, welche sich auf folgende Punkte erstrecken sollte — Bundeskriegsverfassung, gemeinsame Civil- und Kriminalgesetzgebung, gemeinsames oberstes Bundesgericht, Befestigung der Nord- und Ostseeküsten, gleichmäßige Bestimmung über Ansässigmachung und Heimatsrecht, gleiches Maß und Gewicht, Erlassung eines Patentgesetzes: und endlich achtens wurde dem deutschen Volke eine angenehme Lektüre in Aussicht gestellt durch die Forderung der Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle. Alle diese Vorschläge, immer wieder von neuem aufgenommen, scheiterten an dem ruhigen und wohlüberlegten Nein der preußischen Regierung, welche die Zuständigkeit des Bundestags zu solchen Dingen bestritt. Preußen selbst beantragte für den Kriegsfall einfach die dualistische Oberleitung — die südlichen Kontingente unter Österreichs, die nördlichen unter Preußens Führung —, blieb aber dabei, wie natürlich, am Bunde in der Minderheit. Die Würzburger hielten nun eine Militärkonferenz, bei welcher sie die bundesverfassungsmäßige Einheit des Bundesheeres und das einheitliche Kommando beibehalten wissen wollten; dann kamen vermittelnde Anträge; schließlich blieb es beim alten. Daß Österreich in deutsche Bundesfestungen, Mainz und Rastatt, italienische Regimenter legte, dawider fanden die großdeutschen Einheitsmänner nichts zu erinnern, und einer derselben, ein vielgewandter, zweideutiger politischer Charakter, dem unsere Erzählung noch weiter begegnen wird, Freiherr von Varnbüler, trat den Bedenken, die ein redlicher deutscher Patriot in der württembergischen Kammer gegen diese in der That gefährliche Maßregel äußerte, mit dem billigen Schlagworte entgegen, daß man „an diesen Regimentern noch froh sein werde". Im Oktober 1861 nahm Hannover, dem einige wohldienerische Schranzen und Schreiber gern die Rolle des deutschen Admiralsstaates zuschrieben, seinen Anlauf in der Flottenangelegenheit: seine Regierung beantragte am Bunde die Errichtung einer Dampfbootflottille von 50 Kanonenbooten für Ost- und Nordsee, wovon sie selber gleich 20 bauen lassen wollte; Herstellung und Erhaltung mit Bundesmitteln. Auch gegen diesen Antrag erklärte sich Preußen, und es wäre berechtigt gewesen zu fragen, ob denn diese Versammlung nicht die gleiche war, welche die einstige deutsche Flotte,

die Schöpfung jugendlicher Hoffnungen, um einige Silberlinge an den Meistbietenden verkauft hatte? Dagegen bot die preußische Regierung den Hansestädten Hamburg und Bremen Unterhandlungen zur Herstellung einer Nordseekanonenbootflottille, deren Hälfte, 40, sie selbst übernehmen wollte (15. Juli 1862). Mit lautem Jubel wurde im September die kleine preußische Flottille, als sie unter dem Admiral Prinzen Adalbert von Preußen eine Übungsfahrt machte, von den Bevölkerungen der Seestädte Hamburg, Lübeck, Bremerhafen begrüßt. Es war keine Bundesflotte, und sie führte nicht die schwarzrotgelbe Flagge: aber sie war von deutschen Matrosen bedient und von deutschen Offizieren befehligt: und vor allem, es war eine wirkliche Flotte. Die hannöversche Sache kam ins Stocken, weil Preußen, und dies mit vollem Rechte, die Initiative und Leitung in dieser Angelegenheit für sich beanspruchte; in seiner Erklärung vom 14. November 1861 am Bunde gab es nicht undeutlich zu verstehen, daß es Hannovers Antrag für eine Anmaßung, wo nicht für eine eitle Demonstration halte.

Am 15. Oktober desselben Jahres (1861) rückte der sächsische Minister von Beust mit einem umfassenden Bundesreformprojekt auf den Markt, um welches nun viel unnützer Staub aufgewirbelt wurde. Dieses Projekt gab dem alten Bundestag, der, aus 47 Mitgliedern bestehend, zweimal im Jahre, einmal im Mai, einmal im November, einmal in Regensburg, einmal in Hamburg, einmal unter österreichischem, einmal unter preußischem Vorsitz zusammentreten sollte, eine Abgeordnetenversammlung bei, die, aus Delegierten der Landesvertretungen zusammengesetzt, auf Beschluß der Bundesversammlung berufen werden sollte, so oft ein allgemeines Gesetz auszuarbeiten sei oder sonst ein Zweck dieser Versammlung wichtig genug erscheinen würde: die Bundesversammlung kann diese Karikatur eines Parlaments vertagen und auflösen, sie auch berufen, um ihr bei außerordentlicher Konjunktur eine Eröffnung zu machen. Die Bundesexekutivgewalt, welche in der Zwischenzeit von einer Bundestagssession zur andern in Wirksamkeit tritt, legt der Bund in die Hand des Kaisers von Österreich, des Königs von Preußen und eines dritten Fürsten, welcher als Mandatar der übrigen Fürsten gilt und fungiert; mit großem Nachdruck, fast mit Leidenschaft sprach sich die beigelegte Denkschrift für Beibehaltung des Staatenbundes und gegen ein Parlament aus. Dieses armselige Produkt, das sich als Reformprojekt einführte, diente nur dazu, die Stellung zu beleuchten, welche die verschiedenen in Deutschland waltenden Kräfte in der großen Frage des Jahrhunderts einnahmen. Österreich sagte in seiner Antwort vom 5. November, daß es als Voraussetzung seiner Einwilligung in das Alternat mit Preußen würde festhalten

müssen, daß sich der Deutsche Bund in seiner Eigenschaft als Gesamtmacht durch Ausdehnung seines Verteidigungssystems auf die außerdeutschen Besitzungen Österreichs und Preußens konsolidiere, und gab sich die Miene, als wäre sein Präsidialrecht, welches für die Nation keinen Schuß Pulver wert war, ein wirkliches Einheitssymbol. Der badische Minister Freiherr von Roggenbach dagegen nannte das klägliche Ding bei seinem rechten Namen, indem er in einer Rede (13. Dezember) von einer Lösung nichts wissen wollte, welche dem deutschen Volke statt des Stückes Brot, nach dem es verlange, einen Stein biete, und stellte demselben das Programm entgegen, welches das einzig richtige und ernsthafte war, indem er zugleich von dem „zweifelhaften Rechte" des wiederhergestellten Bundestags sprach: engerer Bund mit wirklicher Centralgewalt und wirklichem Parlament ohne Österreich, weiterer mit Österreich, wobei er freilich sich beschied, daß einstweilen die beiden Großmächte sich verständigen möchten. Die Antwort der preußischen Regierung in einer Note des Grafen Bernstorff vom 20. Dezember 1861 hielt den einmal eingenommenen Standpunkt fest: eine Reform der Bundesverfassung auf dem bundestäglichen Wege ist absolut unmöglich, weil sie Einhelligkeit sämtlicher Bundesglieder voraussetzt; das Richtige ist vielmehr, den völkerrechtlichen Charakter des Bundes in seiner Reinheit festzuhalten und die engere Vereinigung seiner Glieder auf dem Wege freier Vereinbarung zu suchen.

Ein wirkliches Vorgehen Preußens auf diesem Wege wurde jedoch durch den sich verschärfenden inneren Konflikt zunächst unmöglich gemacht. Er änderte an dem eigentlichen Wesen Preußens nichts: Preußen war nichtsdestoweniger nicht allein der kraftvollste, sondern auch der am besten regierte Staat Deutschlands. Er war der einzige, in welchem die deutsche Einheit bereits zur Wahrheit geworden war, da er thatsächlich wie lange schon jedem Deutschen, wo immer seine Wiege gestanden, freisinnig den Eintritt in seinen Dienst öffnete; er hatte auch trotz des Verfassungskonflikts die meisten Elemente wirklicher Freiheit in sich: und selbst was während der schärfsten Konfliktszeit gegen frondierende Beamte geschah, war nichts im Vergleich zu dem, was in den kleinen oder Mittelstaaten alle Tage geschah oder, wenn es nicht geschah, nur deshalb unterblieb, weil dort kein Beamter es wagen konnte, eine andere politische Ansicht zu bethätigen, als der Minister, der ihm auf dem Nacken saß. Genug aber: die deutsche Frage, dies leuchtete ein, konnte von Preußen nicht fruchtbar behandelt werden, ehe nicht die Armeeorganisationsfrage erledigt und der aus ihr entsprungene Verfassungskonflikt beseitigt war.

Es kam aber freilich nicht allein darauf an, was Preußen wirklich

war, sondern auch darauf, wie es in den Augen der Nation mit Recht oder Unrecht erschien: und es konnte unter solchen Umständen wenig helfen, daß die badische Regierung wiederholt und mit großem Nachdruck sich für einen engern Bund aussprach. Während des ganzen Jahres 1862 und der ersten Hälfte des Jahres 1863 rückte die Sache nicht vom Flecke. Es fehlte auch in dieser Zeit nicht an Turn- und Schützenfesten, Versammlungen und Ansprachen des Nationalvereins und aller möglichen anderen Vereine, Resolutionen der Kammern, Erklärungen der Regierungen, Kundgebungen jeder Art. Am 2. Februar 1862 ermannten sich die Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Hannover, Hessen-Darmstadt, Nassau unter Führung Österreichs zu einer diplomatischen Großthat, indem sie in gleichlautenden Noten gegen die in Bernstorffs Antwort auf das sächsische Bundesreformprojekt entwickelte Idee eines engeren Bündnisses, welches nur ein „Subjektionsvertrag" sein könne, protestierten. Die anzustrebende Reform, sagten diese Noten, müsse auf dem Prinzip der organischen Entwickelung der bestehenden Bundesverfassung beruhen; sie gaben sich die Miene, zu vergessen, daß der Artikel der Bundesakte, welcher bei organischen Veränderungen Stimmeneinhelligkeit verlangte, die Bundesverfassung zu einem toten Körper machte, der sich ebensowenig als ein Steinblock oder ein Holzklotz organisch entwickeln konnte. Bogen um Bogen füllte sich das geduldige Papier mit Noten und Antworten und Repliken und Protokollen über das sächsische Delegiertenprojekt; damit es doch scheine, als geschehe etwas, operierte man am Bundestage mit Kommissionen für Patentgesetzgebung, gemeinsames Civil- und Kriminalrecht und ähnlichem; man wird es müde, der langen Langenweile auf ihrem endlosen Wege zu folgen. Wichtiger als all jener geschäftige Müßiggang war die königliche Entschließung, kraft welcher am 24. September jenes Jahres der Mann an die Spitze der preußischen Regierung trat, der unter den vielen verwunderlichen Reden, mit denen er einige Tage später die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verwirrte, das Wort von der Lösung der Zeitfragen mit Blut und Eisen fallen ließ, das alsbald in Deutschland mit spöttischem Behagen von Mund zu Mund getragen wurde.

Man wußte noch nicht, welchen Glückswurf man gethan, daß endlich ein ganzer Mann an die entscheidende Stelle gerückt war, der ohne weichliche Selbsttäuschungen kühl und klar die Gegensätze in ihrer vollen Härte erkannt hatte: ein Mann von durchaus konservativer Vergangenheit, auf dem festen Boden preußischen Staats- und Machtbewußtseins stehend, dem in Frankfurt die Augen aufgegangen waren über die Todfeindschaft, welche dem preußischen Staate von dem alten Österreich und der Mehrzahl der Bundesregierungen geschworen war,

und der die Überzeugung gewonnen hatte, daß es an der Zeit sei, wenn endlich in dem, was Deutschland fromme, der mächtigste deutsche Staat das Wort führe, das er sich seither von den ohnmächtigen und von dem nicht deutschen hatte geben lassen. Mit Schärfe hatte er sich schon in einem vertrauten Briefe*) (18. September 1861) von der Verkehrtheit der konservativen Anschauungsweise der deutschen Dinge losgesagt, die er eine Donquichotterie nennt: „Wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionierten kleinstaatlichen Souveränitäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, solange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist als ein Treib- und Konservierhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen.“ Mit nicht minderer Klarheit war er über die kindliche Naivetät des liberalen Standpunktes im reinen, der auf dem Wege moralischer Eroberungen mit Preßfreiheit und Schwurgerichten Deutschland für Preußen und Preußen für Deutschland gewinnen und die furchtbare Phalanx der Gegner mit wohlgesprochenen Worten brechen wollte. Im übrigen Deutschland hatte man ein sichereres Gefühl von der Bedeutung dieses Mannes als in Preußen selbst, wo man durch Haß und Parteigeist verblendet war. Die rasche und energische Art, mit welcher er den Tyrannen von Hessen zurechtsetzte, zeigte im großdeutschen Lager, daß in Preußen eine kraftvolle Hand das Ruder gefaßt hatte. Alle Welt war erstaunt, den Minister, der mit der konstitutionellen Opposition im eigenen Lande so kavaliermäßig umging, dort für die Verfassung und die Verfassungspartei einstehen zu sehen; und als am 18. Dezember der Ausschuß dem Bundestage über das Delegiertenprojekt seinen Bericht erstattete, führte der preußische Gesandte eine Sprache, welche eine vollkommen klare Erkenntnis von dem verriet, was die Nation wirklich suchte und bedurfte. Noch deutlicher sprach dies am Tage der entscheidenden Abstimmung (22. Januar 1863) das Votum Preußens aus: „Nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaates aus letzterer durch unmittelbare Wahl hervorgeht, kann die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden.“

Aber der innere Konflikt in Preußen schärfte sich; es kamen die üblen Tage der Preßordonnanz; ganz Deutschland geriet in eine lebhafte Bewegung: und da die liberale Partei keine Mittel zu wirklichem thatsächlichem Eingreifen besaß, so glaubte sie ihre Macht wenigstens

*) Hesekiel, Das Buch vom Grafen Bismarck, p. 189.

in einer Steigerung ihrer Forderungen zeigen zu müssen. Lebhafter als sonst sprach man jetzt wieder von der Rechtsbeständigkeit der deutschen Reichsverfassung von 1849. Dem preußischen Minister widerstrebte dieser Gedanke nicht so sehr, als der Liberalismus voraussetzte; ihm war es nicht unlieb, daß die deutsche Frage in lebhafteren Gang kam. Unbeirrt von dem inneren Konflikt, kehrte jetzt der verwegene Mann, wie im übermütigen Spiele seine Kraft zeigend, als wäre es nicht genug an einem Konflikt, den Gegensatz des preußischen Staates gegen Österreich in aller Schärfe heraus. In einer Cirkulardepesche vom 24. Januar gab er den preußischen Gesandten im Auslande Kenntnis von den Verhandlungen mit Österreich aus Anlaß des Delegiertenprojekts und von seiner eigenen Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi. Sehr unverblümt hatte er den österreichischen Staatsmännern gesagt, daß die Beziehungen Österreichs und Preußens nur besser oder schlechter werden könnten, daß sie nicht bleiben könnten, wie sie seien; daß es ein schwerer Irrtum sein würde, wenn sie glaubten, daß Preußen unter keinen Umständen einem Gegner Österreichs sich anschließen könnte. Früher sei es ein stillschweigendes Übereinkommen gewesen, daß Österreich mit Preußen sich erst verständigt habe, ehe es eine Maßregel vor den Bund gebracht habe; jetzt dagegen trete es an die Spitze der Bestrebungen, welche den berechtigten Einfluß Preußens in Deutschland kreuzten; es könne dahin kommen, daß der königliche Bundestagsgesandte abgerufen würde, ohne einen Nachfolger zu erhalten, aber ohne daß deshalb Preußen seine Truppen aus den Bundesfestungen herausziehen würde. Er scheute vor dem guten Rate nicht zurück, daß Österreich wohl daran thun würde, den Schwerpunkt der Monarchie nach Osten zu verlegen: eine Offenheit, welche ihn in den Augen der mittelstaatlichen und österreichischen Staatsklugen, welche glaubten, daß immer der Pfiffigste den Preis davontrage, als einen sehr wenig gefährlichen Gegner erscheinen ließ. Der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, antwortete am 28. Februar in einer Note von sehr gereiztem Tone, die von einem polemischen Zeitungsartikel wenig verschieden war.

Allein Worte waren überhaupt nachgerade genug verschwendet, und vielerlei Umstände vereinigten sich, Österreich einmal zu einer wirklichen That zu drängen. Dem leitenden Minister von Schmerling, der freilich nur Österreicher war und deutsche Gesinnung nur als Mittel für österreichische Zwecke kannte, schien seine Vergangenheit als ehemaliger deutscher Reichsminister eine solche deutsche That besonders nahe zu legen. Es kam dazu, daß er mit den Ungarn nicht fertig ward und die übrigen Nationalitäten des Kaiserstaates, sofern sie es

nicht schon waren, gleichfalls schwierig wurden; für die Durchführung seines konstitutionellen Einheitsstaates war der Minister auf die Bevölkerung der deutschen Provinzen angewiesen, und für diese war eine Stärkung nur in der engern Verbindung mit dem übrigen Deutschland zu gewinnen. Eines Verbündeten in Deutschland war man sicher, der Ultramontanen, welche sehr gut wußten, daß der neue Liberalismus in Österreich lange nicht so schlimm war, wie er aussah, und in jedem Falle bei weitem nicht so gefährlich wie der alte Protestantismus in Preußen. Auch der konservativen und reaktionären Elemente in den Mittel- und Kleinstaaten war man sicher; es galt nur, die liberale öffentliche Meinung, die großdeutsche Demokratie zu gewinnen, wenigstens für einige Zeit; und endlich lud zu einer solchen raschen That der Augenblick ein, wo der Verfassungskonflikt in Preußen seinen Höhepunkt erreicht hatte. Wartete man noch länger, so wurde die Stimmung in Deutschland immer erregter, die Lage in Preußen aber war trotz allem derart, daß ein Wort des Königs, eine mäßige Konzession der Regierung, ein Ministerwechsel die Einigkeit sofort wiederherstellen konnte.

Das Eisen also mußte geschmiedet werden, solange es noch glühte: und so trat denn, aller Welt zur Überraschung, Österreich seinerseits mit einem vollständig ausgearbeiteten Bundesreformprojekt hervor. Der Kaiser Franz Joseph machte am 2. August 1863 dem König Wilhelm von Preußen, der in Bad Gastein auf österreichischem Gebiete die Kur gebrauchte, einen Besuch und übergab ihm eine Denkschrift über die unabweisbare Notwendigkeit einer Reform der Bundesverfassung. Am Abend des 3. überreichte ein kaiserlicher Adjutant dem König eine Einladung auf den 16. August zu einem Kongreß sämtlicher deutscher Fürsten nach Frankfurt a. M. Mit großer Freimütigkeit, die einem minder hochgestellten Verfasser noch immer schlecht bekommen sein würde, war hier die Erbärmlichkeit der deutschen Verfassungszustände aufgedeckt. „Die deutschen Regierungen fühlen sich in keinem festen Vertragsverhältnisse mehr, sie leben nur noch bis auf weiteres im Vorgefühl naher Katastrophen nebeneinander fort; die deutsche Revolution aber, im stillen geschürt, wartet auf ihre Stunde.“ Die positiven Vorschläge beruhten auf föderativer Grundlage, und die Reform sollte unmittelbar von den Fürsten, nicht vom Bundestage — sie sollte ohne Mittelspersonen von den höchsten Interessenten an Deutschlands Sicherheit und Wohlfahrt beschlossen werden. Es war, man muß es gestehen, ein kühner und großartiger Gedanke, auf der einen Seite die Nation durch das glänzende Bild eines neuen Reichstags zu blenden, durch die Möglichkeit einer raschen Lösung der großen Frage zu bezaubern, auf der andern Seite die Fürsten unter den

Druck dieser aufgeregten öffentlichen Erwartung zu stellen. Österreich durfte hoffen, daß die Fürsten vor dem Gedanken zurückscheuen würden, welche Folgen es haben könnte, wenn auch sie ohne Ergebnis auseinandergingen — und daß diese Erwägung sie geschmeidig machen werde. Am 3. August waren die Einladungsschreiben wie an den König von Preußen so an sämtliche deutsche Fürsten ergangen: am 17. trat das erlauchte Parlament unter dem Vorsitz des Kaisers von Österreich zu Frankfurt zusammen. Des letzteren Reise dorthin war ein Triumphzug. Die Bevölkerungen im Süden waren hoch und freudig erregt. In Stuttgart, in Darmstadt, überall ward der Kaiser von der großdeutschen Partei, Reaktionären, Hofdemokraten und leichtgläubigen Patrioten mit Jubel begrüßt; und auch in seiner Eröffnungsrede traf Franz Joseph den rechten Punkt: nicht in der Eröffnung weitaussehender Erörterungen und Beratungen, sondern nur in einem raschen und einmütigen Entschlusse liege das Heil.

Im Sturme also, so schien es, sollte diesmal die deutsche Einheit errungen werden; in fürstlichen Karossen, auf triumphierenden Viergespannen rasselte ihr so lange geächteter Gedanke jetzt durch die Straßen von Frankfurt. Der Entwurf ward vorgelegt. Er schlug vor, die Leitung der Bundesangelegenheiten einem Direktorium zu übertragen, welches aus dem Kaiser von Österreich, dem König von Preußen, dem von Bayern und zwei für drei oder sechs Jahre von den am achten, neunten und zehnten Armeecorps beteiligten Souveränen gewählten Fürsten bestehen sollte: ihm zur Seite steht ein Bundesrat, die 17 Stimmen des seitherigen engeren Rates der Bundesversammlung auf 21 erhöht, da Österreich und Preußen künftig je drei Stimmen in demselben führen werden; den Vorsitz im Direktorium und Bundesrat führt Österreich, im Verhinderungsfalle Preußen, doch sind mit demselben keine weiteren Befugnisse als die der formellen Geschäftsleitung verbunden. Neu eingeführt wird eine Versammlung der Bundesabgeordneten: 300 Delegierte der deutschen Ständeversammlungen, 75 österreichische, 75 preußische und so ferner nach Verhältnis; und zwar wählt die Erste Kammer des betreffenden Staates ein Drittel, die Zweite zwei Drittel dieser Delegierten. Dieselben versammeln sich alle drei Jahre regelmäßig zu Frankfurt a. M.; ihre Sitzungen sind öffentlich; sie beraten und beschließen über die Gesetzvorlagen, welche Direktorium und Bundesrat ihrer Versammlung unterbreiten, die indes auch ihrerseits die Initiative zu Gesetzvorschlägen besitzt; bei Verfassungs- und organischen Änderungen ist vier Fünftel Stimmenmehrheit notwendig. Diese Versammlung hat ein uneingeschränktes Recht der Vorstellung und der Beschwerde; ihre Einberufung, Eröffnung, Vertagung — diese höchstens auf zwei Monate — ihre Auflösung und

Schließung steht dem Direktorium zu. In der Regel unmittelbar nach dem Schluß jeder ordentlichen und jeder außerordentlichen Session der Delegiertenversammlung greift das vierte Rad dieser nicht gerade durch Einfachheit ausgezeichneten Maschine ein, tritt die Fürstenversammlung zusammen, welche nun in freier Verständigung sich über die durch das Direktorium ihr vorgelegten Ergebnisse der Versammlung schlüssig macht, soweit solche nicht außerdem der Zustimmung der Vertretungskörper in den einzelnen Staaten bedürfen: an dieser Fürstenversammlung, deren Beratungen den Charakter freier Verständigung zwischen unabhängigen und gleichberechtigten Souveränen an sich tragen, hatten auch zwei Vertreter der ehemaligen Reichsunmittelbaren Anteil, welchen hier der frühere hohenzollern-sigmaringisch-hechingische Kuriatstimmanteil als ein Almosen zugeworfen wurde. Endlich besteht ein Bundesgericht, dessen zwölf ordentliche Mitglieder von den einzelnen Regierungen ernannt werden; drei ordentliche Beisitzer ernennt das Direktorium mit Zustimmung des Bundesrats, zwölf außerordentliche ernennen die Regierungen auf den Vorschlag und aus der Mitte der Ständeversammlungen. Die Beratung schritt in sehr geheimen Sitzungen, bei denen der erlauchte Vorsitzende ein anerkennenswertes parlamentarisches Talent bewiesen haben soll, verhältnismäßig rasch vorwärts. Am 1. September war im wesentlichen das Werk vollbracht, und Ministerkonferenzen über die Einzelheiten erwiesen sich als unnötig. Die wichtigsten Änderungen waren: die Erhöhung der Mitgliederzahl des Direktoriums auf sechs, — bei Stimmengleichheit wird durch Berechnung der Bevölkerungszahl entschieden —, und eine Änderung in Beziehung auf Bundeskriege. Dies war der Punkt, an welchem sich der eigentliche Zweck dieses imposanten Schwindels enthüllte. Zu einer förmlichen Kriegserklärung des Bundes ist ein Beschluß des Bundesrats mit Zweidrittelmehrheit erforderlich, lautete Entwurf und endgültige Fassung; der Entwurf fuhr fort: „Ergiebt sich die Gefahr eines Krieges zwischen einem Bundesstaate, welcher zugleich außerhalb des Bundesgebiets Besitzungen hat, und einer auswärtigen Macht, so hat das Direktorium den Beschluß des Bundesrats, ob sich der Bund am Kriege beteiligen soll, zu veranlassen. Die Entscheidung hierüber erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit" — —. Diese wohlausgesonnene Erschleichung der Garantie des österreichischen Besitzstandes — denn daß dies der wahre Sinn jener Worte war, ließ sich mit Händen greifen — wurde in der Schlußfassung dahin geändert, daß auch in solchem Falle Zweidrittelmehrheit erforderlich sein solle. Auch sonst ging der Entwurf in etwas verbesserter Gestalt aus den Beratungen hervor. Die Majorität, mit der er schließlich angenommen wurde, war überwältigend groß: es fehlte

nur eines, unglücklicherweise die Hauptsache — die Zustimmung Preußens.

König Wilhelm hatte die Einladung des Kaisers am 4. August abgelehnt und mit dem Vorschlag zu Ministerkonferenzen erwidert; auch das lehnte er ab, sich durch einen Prinzen seines Hauses bei den Beratungen des Kongresses vertreten zu lassen. Als die erlauchte Versammlung beisammen war, überbrachte ihm der König von Sachsen eine Kollektiveinladung: er lehnte sie ab, wie die zweite, welche ihm am 1. September von dem vollendeten Werke Kunde gab. Am 15. September gab dann das preußische Ministerium eine Kritik der Reformakte, in welchem wiederum bündig gesagt war, daß eine Bürgschaft dafür, daß Preußen nicht fremden Interessen geopfert werde, nur in einer aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgegangenen Nationalvertretung liege, da die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes seien.

Dies war ganz dasselbe, was auch der sehr freisinnige Abgeordnetentag, der am 21. und 22. August — auch diesmal ohne österreichische Mitglieder — in Frankfurt zusammentrat, und der erklärte, daß er nicht in der Lage sei, zu dem österreichischen Reformentwurf sich lediglich verneinend zu verhalten, als die erste und unerläßliche Bedingung der Reform aufstellte. Indes konnte Bismarck sich schwerlich verhehlen, daß der Vorschlag eines deutschen Parlaments, ausgegangen von ihm, dem damals verhaßtesten Manne in Deutschland, zu Anfang nur Hohn ernten werde: solange die abnormen Zustände in Preußen selbst fortdauerten, war eine Initiative Preußens in der deutschen Frage nicht möglich. Aber da er klar wußte, was er wollte, so ließ er sich dadurch nicht irren; vielleicht bot eben die Reformakte eine Möglichkeit, die Kardinalfrage der Heeresorganisation zu lösen und damit aus der Tyrannis herauszukommen, von der schon ein Weiser des Altertums gesagt hat, daß sie ein schöner Platz sei, dem aber der Ausgang fehle. Er riet dem König deshalb, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, um dem Volke Gelegenheit zu geben, in Neuwahlen darzuthun, daß „keine politische Meinungsverschiedenheit im preußischen Lande tief genug greife, um gegenüber einem Versuche zur Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und der Würde Preußens die Einigkeit des Volkes in sich und die Treue gegenüber dem angestammten Herrscherhause zu gefährden". Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Regierung erntete jetzt zum Teil die Folgen des Fehlers, der mit der Preßordonnanz begangen worden; zum größeren Teile aber fällt die Schuld allerdings auf die politische Unreife der Nation und insbesondere der Partei, welche augenblicklich über die Mehrheit derselben gebot,

und welche sich hartnäckig dem Zusammenhange verschloß, der zwischen der Heeresfrage und der deutschen Frage bestand. Die Wahlen im Oktober fielen aufs neue gegen die Regierung aus, die nur 37 Sitze errang, und diejenige Partei, welche in der deutschen Frage statt eines klaren Gedankens nur Worte und freisinnige Rednerei hatte, die deutsche Fortschrittspartei, ging abermals verstärkt aus denselben hervor. So konnte sich Bismarck zunächst nur das eine Verdienst erwerben, die Reformakte zu vereiteln, indem er an der Ablehnung dieses seltsamen Einigungsversuchs festhielt: eines Einigungsversuchs, dem allmählich doch, von der ersten Überraschung sich erholend, auch der süddeutsche und mittelstaatliche Liberalismus sein Recht angedeihen ließ. Wäre diese Akte ins Leben getreten, so hätte der Scheinkonstitutionalismus gute Tage gesehen, und man hätte es fast noch leichter gehabt als bisher, jede ernstliche Reform zu hindern. Man hätte durch dieselbe weit vollkommener als bisher die Uneinigkeit Deutschlands organisiert und seine Unterwerfung unter den österreichischen Einfluß besiegelt; man hätte unter dem Scheine eifriger Thätigkeit gar nichts zu thun volle Freiheit gehabt. Die Bundesverfassung, wie sie war, hatte wenigstens einen Vorzug: die Gemeinfaßlichkeit ihrer Erbärmlichkeit, an welcher nicht der mindeste Zweifel möglich war. Die komplizierte Maschinerie dagegen, welche die Reformakte einführen wollte, hätte die Meinungen irre geführt, das Volk durch allerlei Schaugerichte, Bundesdelegiertenversammlungen, Fürstenversammlungen, Wahlen, Bundesgericht getäuscht und eine vernünftige Neugestaltung Deutschlands, die mit Österreich nun einmal schlechterdings nicht möglich war, wiederum auf längere Zeit unmöglich gemacht.

Es war somit ein großes Verdienst Wilhelms I. und seines Ministers, daß er Deutschland diesen angeblichen Fortschritt, der auf nichts als Lug und Trug hinauslief, ersparte. Da Preußen seine Mitwirkung versagte, so starb die Akte schon in den nächsten Monaten desselben natürlichen Todes wie das sächsische Delegiertenprojekt. Ein Ereignis von großer Bedeutung war sie dennoch: die deutsche Frage, von dem, wie man glaubte, mächtigsten der deutschen Bundesstaaten selbst in Anregung gebracht, kam jetzt in Fluß, und sie enthüllte sich nunmehr sehr deutlich als das, was sie in erster Linie wirklich war, als eine Machtfrage zwischen Preußen und Österreich. Noch war man in Preußen aus der Verfassungskrisis nicht heraus: aber das Gefühl machte sich doch sofort geltend, als der kühne Schachzug des österreichischen Kabinetts bekannt wurde, daß das Schlimmste jetzt vorüber, daß der Reaktion der Giftzahn ausgebrochen sei. Und eines dankte man dem verhaßten Minister nun doch, wenigstens in den Kreisen, wo man noch einige Unbefangenheit des Urteils sich gerettet hatte, —

daß er nicht nach Frankfurt gegangen war, wo die Epigonen Schwarzenbergs mit vielen höflichen Worten Preußen ein neues Olmütz hatten bereiten wollen.

Das Jahr war noch nicht zu Ende, als diese deutsche Frage in einer sehr greifbaren Gestalt als schleswig-holsteinische in den Vordergrund aller Interessen trat und, aus der endlosen Langenweile der Erklärungen, Bundesabstimmungen, Protokolle, dem unfruchtbaren Einerlei der Fürsten- und der Abgeordneten- und anderer Tage, dem prahlerischen Reden und Schwelgen der Turn- und Schützenfeste auf das Schlachtfeld verlegt, auf die Spitze des Schwertes gestellt wurde.

Sie versetzt unsere Erzählung zunächst auf den Schauplatz der nordischen Staaten.

2. Skandinavien.

Von den drei skandinavischen Reichen Norwegen, Schweden und Dänemark führten die beiden ersten ihr von dem übrigen Europa wenig beachtetes Stillleben fort. Am 8. Juli 1859 starb König Oskar, der seit 1844 regiert hatte; sein Sohn Karl XV., der dritte Herrscher aus dem französischen Hause, welches ein eigentümliches Geschick dorthin verschlagen oder getragen hatte, folgte. Karl XV. geriet in Differenzen mit seinem Norwegischen Königreiche, wo man dem König das Recht bestritt, einen Schweden zum Statthalter zu ernennen: ein Streit, der aber keine weiteren Folgen hatte, da die norwegische Verfassung dem König vollständig die Hände band und es so ziemlich gleichgültig war, ob ein geborner Schwede oder ein geborner Norweger diese beschränkten Rechte über die kaum 1½ Million Menschen, von denen 229 auf die Quadratmeile kamen, ausübte. In Schweden dagegen beschäftigte man sich seit 1860 lebhafter mit einer Reform der Verfassung, die einer solchen allerdings sehr bedürftig war. Die Macht des Königs, erinnern wir uns, war hier beschränkt durch den aus vier Kammern, des Adels, der Geistlichkeit, des Bürger- und des Bauernstandes bestehenden Reichstag, der, alle drei Jahre in Stockholm versammelt, in altväterischer und demnach, wie sich von selbst versteht, unfruchtbarer Weise in gesonderten ständischen Körpern beriet und beschloß. Die notwendige Folge war, daß das Land hinter dem übrigen Europa, wo die Staaten ihre Lebenskraft immer mehr aus der Verschmelzung, gegenseitigen Ergänzung und Durchdringung der Stände zogen, immer weiter zurückblieb und den Einfluß nicht üben konnte, den seine doch immerhin ansehnliche Macht — 3½ Millionen Menschen auf 8000 Quadratmeilen, von denen freilich 3000 See-, Sumpf-, Fels- und Schneewüste sind — sowie auch der Ehrgeiz seines Königs,

welcher soldatische Neigungen besaß, beanspruchte. In den einfachen Formen, welche den Verkehr des Königs mit den Unterthanen in Schweden charakterisieren, lenkte Karl XV. die Aufmerksamkeit der „guten Herren und schwedischen Männer“ des Reichstags von 1862 auf die Verfassungsreformen hin, für welche „bei der äußeren Sicherheit und inneren Ruhe, welche die Vorsehung uns schenkt,“ der Augenblick günstig sei. Indes ging es mit der Verständigung nicht so rasch. Über eine Abänderung der Bestimmung, daß nur „Anhänger der reinen evangelischen Lehre“ zu Staatsämtern zugelassen werden könnten, vereinigte man sich; den Antrag auf jährliche Reichstage aber verwarf Adel- und Priesterstand, den Antrag auf Beschränkung der Mitgliederzahl des Ritterhauses lehnte wie natürlich der Adel, den auf Zulassung der Israeliten zum Wahlrecht wie ebenso natürlich der Priesterstand ab. Im Anfange des folgenden Jahres wurde dem Reichstag der Entwurf einer neuen Verfassung vorgelegt. Zwei Kammern bilden künftig den Reichstag: die Mitglieder der Ersten, welche keine Diäten beziehen, und deren Wählbarkeit an einen sehr hohen Census — Nachweis von Grundbesitz im Werte von 80000 Thalern — geknüpft ist, werden auf neun Jahre von den Landsthingen oder höheren Kommunalbehörden, die der Zweiten auf drei Jahre von den Gerichtsdistrikten gewählt, denen anheimgegeben wird, ob sie mittelbare oder unmittelbare Wahlen vorziehen; die Wählbarkeit ist beschränkt auf Angehörige des je betreffenden Wahlbezirks. Zum Abschluß kam indes diese wichtige Reform vorläufig nicht, da die Aufmerksamkeit nunmehr auf den wieder entbrannten Kampf zwischen Dänemark und Deutschland, den neuen Nordischen Krieg, abgelenkt wurde.

Das dritte nordische Volk nämlich, das dänische, spielte sein gewagtes Spiel gegen das uneinige Deutschland ruhig weiter. Der Bundestag hatte, wie wir uns erinnern, im Jahre 1858 sein Schwert, das er zunächst zur Drohung ziehen zu wollen Miene machte, infolge einer scheinbar entgegenkommenden Erklärung der dänischen Regierung wiedereingesteckt; die Gesamtstaatsverfassung, war der wesentliche Sinn dieser Erklärung, sollte, bis die entgegenstehenden Schwierigkeiten beglichen wären, für Holstein unverbindlich sein. In der Hauptsache war damit nichts gewonnen. In Dänemark war man klug genug, in Bezug auf Holstein sich zur Nachgiebigkeit zu rüsten, um desto sicherer Schleswig zu behaupten. Denn dieses Land war der eigentliche Streitpunkt und Siegespreis, nicht Holstein; es war und blieb für Dänemark eine Lebensfrage, dieses Land festzuhalten, und festhalten konnten die Dänen es nur, indem sie es dem Königreich einverleibten. Rücksichtslos zwangen sie den widerstrebenden Gemeinden dänische Sprache, dänische Geistliche und dänische Beamte auf und stellten sich

vor Europa als die Vertreter echt freisinniger Grundsätze gegenüber einer reaktionären Faktion von Adligen, Pastoren und Beamten hin. Allein wenn ihnen auch das letztere in Frankreich und mehr noch in England gelang, in welch letzterem Lande eine thörichte Mißgunst gegen Deutschland mehr und mehr überhandnahm, so stießen sie dagegen bei dem Werke der Danisierung auf einen harten und zähen Widerstand, welcher in der energischen Volksart und in dem Bewußtsein wurzelte, daß mit der unter so ganz besonderen Umständen erfolgten Vergewaltigung der Lande im Jahre 1852 noch nicht das letzte Wort des Schicksals gesprochen worden sei. Es war doch nicht sehr wahrscheinlich, daß eine so selbstmörderische Politik wie die damalige preußische sich zum zweitenmal wiederhole. Und in der That waren ja jetzt die Feiglinge von Olmütz glücklich beseitigt; die nationale Ebbe in Deutschland war vorüber, und die Flut begann wieder zu steigen; ein tapferer Soldat stand an der Spitze des waffenrüstigsten deutschen Staates; das Haus Habsburg aber, das im Jahre der Schande (1851) deutsche Männer mit fremden Truppen, Böhmen und Ungarn, entwaffnet hatte, war mittlerweile bei Solferino von der verdienten Strafe ereilt worden. Zunächst nahmen die Stände Schleswigs den Kampf auf. Im März 1860 drang ihre Majorität in einer Adresse, deren Diskussion der königliche Kommissar nicht zuließ, auf Herstellung der alten Verbindung mit Holstein, protestierte mit 26 gegen 14 Stimmen gegen jede Einverleibung des Herzogtums in Dänemark und erklärte den Kopenhagener Reichsrat für inkompetent in schleswigschen Angelegenheiten. Am 19. wurden sie aufgelöst. Dagegen organisierte nun die dänische Partei der sogenannten „Bauernfreunde", welche im dänischen Folksthing mächtig war, einen „Danewirkeverein" zur „Verteidigung Schleswigs", und da nachgerade (7. Februar 1861) am Deutschen Bundestage die Wiederaufnehmung des 1858 sistierten Exekutionsverfahrens ins Auge gefaßt wurde, so führte man dort in Kopenhagen eine sehr entschlossene und kriegerische Sprache. Dem Deutschen Bunde imponierte dies allerdings nicht, seine Organe waren stumpf für jeden raschen Eindruck; aber es hatte wirklich mit der Exekution noch keine so große Eile. Den holsteinischen Ständen schwindelte die dänische Regierung ein sogenanntes Budget vor, auf welches diese aber einzugehen sich weigerten. Am 12. August vertagte die Langmut des Bundestags infolge einer neuen Scheinkonzession Dänemarks die Exekution wieder, und der Eintritt des Führers der Eiderdänen, Orla Lehmann, in das dänische Ministerium, dessen Präsident Hall war, zeigte, daß man es wenigstens wegen Holsteins in Dänemark nicht zum Bruche treibe. Allein in einer Note vom 5. Dezember 1861 nahm nun die preußische Regierung die Sache Schleswigs wieder auf. Sie

erinnerte die dänische daran, daß sie auch in Beziehung auf Schleswig die bestimmte Verpflichtung übernommen habe, dieses Land nicht in Dänemark zu inkorporieren.

Die dänische Regierung lehnte am 26. in ihrer Antwort jedes Eingehen auf die Schleswig betreffenden Fragen ab, da dasselbe nicht zum Deutschen Bunde gehöre, und sie hielt diesen Standpunkt trotzig und hartnäckig fest, wohl wissend, daß diese Sache erst dann gefährlich wurde, wenn sie keine bundestäglich-deutsche, sondern eine preußische Interessenfrage wurde, und daß Dänemark dann auf heimliche oder offene Verbündete im Lager der jetzigen Gegner würde zählen können. Sie legte im Januar 1862 dem Reichsrate diejenigen Änderungen der Verfassung vom 2. Oktober 1855 vor, welche das Ausscheiden Holsteins und Lauenburgs aus dem Gesamtstaate bedingte. Der Protest der Majorität der schleswigschen Stände gegen die mit jenem Ausscheiden überhaupt hinfällige, auch für Schleswig nicht mehr gültige Gesamtstaatsverfassung wurde ebenso wie die Proteste Preußens und Österreichs mit Entschiedenheit abgelehnt. Dasselbe geschah mit einem Vermittelungsvorschlage des befreundeten Englands. Lord John Russell schlug am 24. September wohlmeinend völlige Befriedigung der Forderungen Deutschlands in Beziehung auf Holstein und Lauenburg, Selbstregierung Schleswigs, das nicht im Reichsrat vertreten sein solle, ein Normalbudget, von den vier gesonderten Vertretungen — dänischer Reichstag und Ständeversammlungen von Schleswig, Holstein, Lauenburg — auf zehn Jahre genehmigt, vor. In der Antwort, die am 15. Oktober erfolgte, hieß es, daß die Aufrechthaltung der gemeinsamen Verfassung für das Königreich und Schleswig für Dänemark eine Frage über Leben und Tod sei; auch bestand die dänische Regierung mit Hartnäckigkeit darauf, daß die Verhältnisse Schleswigs weder den Deutschen Bund noch sonst jemand etwas angingen: in Beziehung auf Holstein werde sie „mit den Vorbehalten, die notwendig seien, damit diese Provinz nicht Herr und Schiedsrichter der übrigen Monarchie werde", dem Deutschen Bunde seinen Willen thun.

Am 30. März 1863 wurde dem entsprechend und in Übereinstimmung mit einer Adresse des dänischen Landsthings und Resolutionen einer von der demokratischen Kasinopartei geleiteten Volksversammlung eine königliche Bekanntmachung erlassen, durch welche Holstein aus der Gesamtstaatsverfassung ausgeschieden wurde, dagegen auch fernerhin an den gemeinsamen Ausgaben nach dem vorläufigen Normalbudget vom 28. Februar 1856 teilnehmen sollte. Hiergegen protestierten Österreich und Preußen vorläufig für sich und den Deutschen Bund (17. April), an welchem sich die holsteinischen Stände

neuerdings gewendet hatten. Am 9. Juli forderte alsdann der Bund die dänische Regierung auf, jener Bekanntmachung vom 30. März keine Folge zu geben, widrigenfalls er sich genötigt sehen würde, das anno 1858 — man schrieb jetzt 1863 — eingeleitete Exekutionsverfahren wiederaufzunehmen, in betreff Schleswigs aber alle geeigneten Mittel zur Geltendmachung der diesem Herzogtum durch ein völkerrechtliches Abkommen erworbenen Rechte zur Anwendung zu bringen.

Die dänische Regierung ließ sich in der Verfolgung ihres Ziels nicht stören. Auf friedlichem Wege mit Schleswig ins reine zu kommen, war sichtlich unmöglich, da den am 17. Juli versammelten Ständen von dem königlichen Kommissar das Recht bestritten wurde, die Wahlen zu prüfen: worauf die deutsche Majorität ihr Mandat niederlegte und die Regierung nötigte, die Versammlung für geschlossen zu erklären — von irgend einer Beachtung der kundgegebenen Wünsche und Beschwerden war nicht die Rede. Dem Deutschen Bunde erwiderte der unverschämte Inselstaat wieder etwas von „jedem wünschenswerten Aufschluß“ und „ernster Erwägung allfälliger Vorschläge“; und in einer Cirkulardepesche (3. September) ließ sich der Minister Hall trotzig vernehmen, er habe allen Grund zu glauben, daß Dänemark nicht auf seine eigenen Hilfsmittel beschränkt sein werde in einem Kampfe, in welchem es nicht bloß das Schicksal Dänemarks, sondern auch die heiligsten Interessen des ganzen Nordens gelte. Den Kommentar zu diesen Worten lieferten gegenseitige Besuche der beiden Souveräne von Dänemark und Schweden und Anwesenheit des schwedischen Ministers des Auswärtigen in Kopenhagen. Am 28. September ward der Reichsrat eröffnet und demselben, eben als der Deutsche Bund am 1. Oktober das Exekutionsverfahren wirklich beschloß, eine neue für das Königreich und für Schleswig gemeinsame Verfassung vorgelegt: schon am 13. November wurde sie unter dem Beifall der Tribünen mit 41 gegen 16 Stimmen angenommen.

Aber eine große Katastrophe stand bevor. Am 15. starb König Friedrich VII. unerwartet zu Glücksburg. Der Mannsstamm der königlichen Linie des oldenburgischen Hauses war damit erloschen. Kraft des Londoner Protokolls bestieg nun der Prinz Christian von Glücksburg als Christian IX. den Thron der Gesamtmonarchie; am gleichen Tage erklärte aber der Erbprinz Friedrich von Augustenburg durch Patent, daß er kraft der legitimen Erbfolgeordnung die Regierung der Herzogtümer Schleswig-Holstein angetreten habe. Am 1. Oktober hatte die Bundesversammlung die Einleitung des Exekutionsverfahrens beschlossen: über Nacht war jetzt die Frage eine andere geworden: die schleswig-holsteinische Frage wurde zur dänisch-deutschen.

Es war die Frage, ob das Stück Papier, das in einer traurigen Zeit die Erbfolge europäisch geordnet hatte, standhalten würde gegenüber dem einhelligen Willen des Landes und der gesamten deutschen Nation, der sich lärmend und mit einmütiger Kraft Bahn brach. Die Zeit der Noten und Protokolle war vorüber, die Stunde des Handelns hatte geschlagen.

3. England.

Zu dem unruhigen, stürmisch bewegten deutschen Leben bildete das englische einen bemerkenswerten Gegensatz. Jener Streit um die Grenzlinie der exekutiven und der legislativen Macht im Staate, um Königsmacht und Volksrecht, der in Frankreich Revolution auf Revolution erzeugte, und der eben jetzt den kraftvollsten und lebensfähigsten Staat des Festlandes erschütterte, hat hier in verhältnismäßig früher Zeit in einer alle Teile befriedigenden Harmonie und Versöhnung seinen Abschluß gefunden. Es war nichts Gewaltsames in den englichen Zuständen, eine politische Revolution nicht zu fürchten, weil sie gegenstandslos war, und ein Gefühl der Sicherheit dämpfte und mäßigte den lebhaften Gang des politischen Lebens; es war im Grunde ein Luxus und nicht ein Symptom starker politischer Leidenschaften, sondern vielmehr eine Art übermütigen Wohlgefühls, daß bei den Parlamentswahlen so viele Tumulte und Prügelscenen vorkamen. An inneren Ereignissen ist demgemäß für die Jahre 1859—1864 wenig zu verzeichnen. Am 17. Juni 1859 trat das Toryministerium des Grafen Derby ab, und Lord Palmerston, nunmehr im 76. Jahre eines vielfach umgetriebenen, von unruhiger Thätigkeit erfüllten, an Erfolgen und Fehlschlägen ungewöhnlich reichen Lebens, übernahm die Bildung eines neuen Kabinetts aus Whigs und Peeliten. Das Auswärtige übernahm sein alter Gefährte, bald Genosse, bald Rivale, Lord John Russell, und er führte es nicht schlecht. Palmerston selbst, der ein Jahr früher in einer Weise zu Falle gekommen war, die jeden andern auf längere Zeit unmöglich gemacht haben würde, erfreute sich bei dieser seiner letzten Verwaltung einer überaus großen Popularität. Er bestätigte die feine Bemerkung Macaulays, daß man dem Volke mit Unrecht Wankelmut in seinen Neigungen vorwerfe, daß man im Gegenteil bei der Menge eine hartnäckige Treue gegenüber von Männern finde, die sie einmal, mit Recht oder Unrecht, ohne viel Wahl zu ihren Lieblingen erkoren habe. Man überließ dem klar blickenden, energischen Manne, der eine unermüdliche Arbeitskraft mit einer ebenso unzerstörbaren Lebenslust verband, willig das Staatsruder und erfreute sich an seinem unverwüstlichen Humor, dem sicheren Takt und der über-

legenen, auf der Erfahrung von mehr als einem halben Jahrhundert beruhenden Kunst, mit der er das Parlament zu leiten verstand. Die Parteien vertagten die wichtigsten Fragen, wie um ihm den Wunsch erfüllen zu helfen, mit welchem er sein nie fehlendes Glück versuchte, — am Staatsruder zu sterben. Über seiner ungenügenden Reformbill war das frühere Ministerium zu Falle gekommen; Lord Palmerston aber nahm man es nicht übel, daß er die ganze Wahlreformfrage in den Hintergrund schob; man freute sich im Gegenteil über die geschickte Art, wie er dies fertig brachte. Die im stillen wachsende radikaldemokratische Partei wartete ruhig sein Ende ab, ehe sie von neuem vorwärts drängte.

In Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten bemächtigte sich des englischen Volkes eine gewisse Unruhe infolge der Anstrengungen, welche Napoleon III. unternahm, um die französische Flotte der englischen ebenbürtig zu machen. Man mißtraute dem Kaiser von Frankreich, dessen Politik sich bei seinem persönlichen Charakter wie bei dem Charakter der französischen Zustände und der französischen Nation nicht berechnen ließ. Lord Palmerston hatte in so mancher großen europäischen Frage die französische Begehrlichkeit sattsam kennen gelernt: wenn es dem Kaiser eines Tages einfiel oder sein unruhiges Volk, sein müßiges Heer ihn zwang, die Pläne seines Oheims wiederaufzunehmen, so waren diese Pläne gefährlicher, leichter auszuführen, als in den Tagen der großen Seerüstung von Boulogne, weil seit dem Gebrauch der Dampfschiffe die Überschiffung eines großen Heeres nach den englischen Küsten weit weniger von Wind und Wetter abhing als im Jahre 1805. Das englische Heer war an sich nicht stark genug, einer etwaigen Invasion wirksam zu begegnen. Im Volke selbst, das zu einem Wehrsystem, wie das preußische war, sich an und für sich und vollends einer doch immerhin nicht gerade wahrscheinlichen Gefahr wegen nimmermehr entschlossen hätte, entstand nun, gefördert von der Presse, eine kriegerische oder kriegerisch aussehende Bewegung, welche zur Erschaffung einer ganzen Armee von Freiwilligen führte, die freilich von nicht ganz zweifellosem militärischem Werte war. Schon am 23. Juni 1860 hielt Königin Viktoria, wie einst Elisabeth im Jahre 1588, als die spanische Armada im Angesicht der englischen Küste lag, unter ungeheurem Zulauf eine Musterung über 20 000 solcher schön gerüsteten freiwilligen Schützen, und die Übungen dieser Freiwilligen, die alle den wohlhabenden Ständen angehörten, bildeten fortan einen wesentlichen Bestandteil des englischen Lebens und lieferten ihren illustrierten Zeitungen einen dankbaren Stoff. Die ernste Probe blieb ihnen erspart, und es war zu loben, daß daneben die Regierung auch ihrerseits, neben diesem rührigen militärischen Dilettantismus, die

Notwendigkeit besserer Rüstung ins Auge faßte. „Zu leugnen ist nicht", sagte Lord Palmerston, der zweimal wegen allzu großer Willfährigkeit gegen Napoleon zu Falle gekommen war und deshalb vielleicht ein übriges thun zu müssen glaubte, als er am 23. Juli 1860 von dem Parlament 11 Millionen Pfund zu Zwecken der Nationalverteidigung und Küstenbefestigung verlangte — „zu leugnen ist nicht, die nächste Gefahr kommt uns von unserm mächtigen Nachbar, dem Kaiser der Franzosen — — es ist wahr, daß wir noch neulich einen Handelsvertrag mit diesem Souverän abgeschlossen haben, aber trotz dieses Vertrages kann man nicht mit Vertrauen von einem Volke, welches so kriegerische Anlagen hat, wie das französische, erwarten, daß es mit einemmale vollständig die Vorteile des Handels einsehe, um seinen martialischen Eifer nicht mehr gegen andere ausbrechen zu lassen".

Es war nicht für England allein ein Glück, daß hier ein großer und mächtiger Staat, sich selbst genug und nicht fremden Guts begehrend, in Friede und Freiheit — gewissermaßen sturmfrei wie das gewaltige Schiff, das damals seine Werften verließ, der Great Eastern — dahinlebte: sondern es war für ganz Europa von höchstem Wert und von heilsamer Bedeutung, daß die Regierung dieses Staates, der in vollerem Sinne als irgend ein anderer zur Ruhe gekommen war, mit einer gewissen Unbefangenheit die auftauchenden europäischen Fragen würdigen und seinen vermittelnden Einfluß geltend machen konnte. Dieser Staat gab, wie wir gesehen haben, ein würdiges und hochherziges Beispiel einer verständigen Politik, indem er auf den Besitz der Jonischen Inseln zu Gunsten Griechenlands freiwillig Verzicht leistete. Am 14. November 1863 wurde das letzte Protokoll in dieser Sache unterzeichnet. Es stellte die Bedingung der Schleifung der Festungswerke von Korfu, weshalb der würdige Achäer, der für das neuerstandene Griechenland die Feder führte, noch zu unterschreiben zögerte; für einen sehr viel wertloseren Besitz, das Fürstentum Neuenburg, hatte noch einige Jahre vorher die damals in Preußen herrschende Partei sich in der lächerlichsten Weise erhitzt. Und so übte England wirklich in vielen europäischen Fragen einen heilsamen Einfluß, den man in der Welt der journalistischen Kannegießer und ihrer zahlreichen Klientel häufig gering anschlug, weil England nicht ohne gebieterische Notwendigkeit sein Schwert zog. So erkannte es in der italienischen Sache verständigerweise alsbald das neue Königreich an, ohne der sardinischen Regierung erst weise Lehren und moralische Ermahnungen zu geben; so hemmte es in der syrischen Frage den Ehrgeiz Frankreichs und suchte in der polnischen wie in der schleswigschen Angelegenheit zu vermitteln und den Frieden zu erhalten.

Seine Regierung hatte ein wachsames Auge auf die ehrgeizigen Projekte des Kaisers der Franzosen, suchte der ewigen Besetzung Roms ein Ende zu machen und vereitelte seinen für den Weltfrieden sehr zweifelhaften Plan eines europäischen Kongresses zum Behuf einer Revision der Verträge von 1815, indem es die Einladung am 25. November 1863 sofort und definitiv ablehnte. Diese Antwort Earl Russells — er war mittlerweile ins Oberhaus übergetreten — an Lord Cowley zählte die Fragen auf, welche der Kongreß würde zu lösen haben: „Soll der Kampf in Polen verlängert werden? Dänemark in Krieg mit Deutschland geraten? die Anarchie in den Donaufürstentümern fortdauern und so die orientalische Frage jeden Augenblick wieder aufzuleben drohen? Italien und Österreich fortwährend wegen Venezien in feindseliger Haltung sich gegenüberstehen? die Besetzung Roms durch französische Truppen unabsehbar fortdauern? Aber es giebt eine Frage aller Fragen: ist es wahrscheinlich, daß ein europäischer Kongreß diese Probleme friedlich lösen würde — und Russell verneinte diese Frage. Es war sicher richtig, wenn er zu dem Ergebnis kam, daß voraussichtlich viele Mitglieder des Kongresses sich in schlimmerer Stimmung trennen würden, als sie zusammengetreten; die europäischen Dinge waren noch nicht so weit geklärt, um solche friedliche Schlichtungen schon zuzulassen. Wo es die Wahrung wirklicher englischer Interessen galt, fehlte es der englischen Regierung doch nicht an Energie, und sie verschwendete in einzelnen Fällen deren selbst zu viel, wie z. B., als im Jahre 1858 ein englischer Oberst Macdonald wegen bäurischen Benehmens auf dem Bahnhofe zu Bonn verhaftet wurde und das Auswärtige Amt nicht Tinte genug zu Noten in dieser Angelegenheit auftreiben konnte, wo die preußischen Behörden einfach gethan hatten, was einem ungesitteten Gesellen gegenüber Rechtens war.

Am 14. Dezember 1861 erlitt Königin und Land einen schweren Verlust durch den Tod des Prinzen Albert, der seine hohe und delikate Stellung mit dem feinsten Takte ausgefüllt hatte. Er erlebte die dritte jener Weltausstellungen nicht mehr, deren Idee von ihm gefördert worden war. Diese ward am 1. Mai 1862 zu London eröffnet, als schon Ereignisse jenseit des Meeres der englischen Politik schwierigere Probleme zu stellen anfingen, als sie in Europa fand. Auf diese Vorgänge in der außereuropäischen Welt, welche die englische Politik mehr als die jedes andern europäischen Landes interessierten, müssen wir nun zum Schlusse noch die Aufmerksamkeit des Lesers richten.

III. Außereuropäische Staaten und Länder.

Man hat mit Recht bemerkt, daß das Europa der neueren Zeiten der übrigen Welt gegenüber dieselbe Rolle spiele, die einst im Altertum das kleine Griechenland den übrigen um das Mittelmeer her gelegenen Ländern gegenüber gespielt habe. Und wenn in jenen Tagen die Griechen selbst sowie einsichtige Asiaten alles das, was den Stolz des Hellenen gegenüber dem Barbaren rechtfertigte, mit dem vielumfassenden Namen der Freiheit (Eleutheria) bezeichneten*), so können wir vielleicht dieses Wort uns auch für die neuere Zeit aneignen, und das Auszeichnende der europäischen Kultur, gegenüber der chinesischen oder japanischen etwa, eben in die Freiheit setzen, d. h. in die Anerkennung der Einzelpersönlichkeit und ihrer unendlichen Vervollkommnungsfähigkeit als der Grundlage aller staatlichen und gesellschaftlichen Bildungen.

Es wäre hier vielleicht der Ort, diese eigentümliche europäische Kultur auf derjenigen Stufe ihrer Entwickelung, die sie in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts erreicht hatte, in ihren hauptsächlichsten Erscheinungsformen unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der einzelnen Hauptländer und Hauptvölker darzulegen. Wir würden bei dieser Darlegung auszugehen haben von dem äußerlich am meisten in die Augen fallenden — dem ungeheuren Umschwung in den Bedingungen und Mitteln des menschlichen Verkehrs, einem Umschwung, dessen Wirkungen in drastischen Gegensätzen jedem vor Augen stehen, dessen Erinnerungen auch nur bis in die dreißiger Jahre zurückreichen. Den raschen äußeren Fortschritt kann man leicht durch die nächsten besten Zahlen charakterisieren: z. B. daß im preußischen Staate im Jahre 1840 nur 17 Meilen Eisenbahn sich befanden, im Jahre 1850 bereits 356, in dem Zeitpunkte, den unsere Erzählung erreicht hat (1860), 713, nach zehn weiteren Jahren 1317; daß 1840 auf allen preußischen Flüssen zusammen nur 40 Dampfschiffe fuhren, 30 Jahre später allein auf dem Rhein deren über 100; daß im Jahre 1840 die ersten Telegraphen auf englischen Bahnen erschienen, 30 Jahre später man in Europa 13 587 telegraphische Stationen zählte. Schwieriger würde es schon sein, auch nur den wirtschaftlichen Folgen nachzugehen, welche diese Veränderungen der Raum- und Zeitverhältnisse hervorgerufen: der Förderung des Großbetriebs, der Schmälerung des lokalen

*) Xenophon Anab. 1, 7. „Zeiget euch als Männer", sagt dort der jüngere Cyrus seinen griechischen Söldnern, „würdig der Freiheit, die ihr besitzet, und um die ich euch glücklich preise; denn wisset wohl, ich würde die Freiheit allem, was ich habe, und noch vielem anderen vorziehen."

und Kleingeschäfts, der Ausdehnung und kolossalen Entwickelung des Lebensmittelhandels, der Steigerung der Rohproduktion, der Ausgleichung der Preise, dem riesenhaften Anwachsen des Welthandels, der Ermöglichung einer Auswanderung in nie zuvor geahnten Erstreckungen. Aber man würde dabei nicht stehen bleiben dürfen. Man würde ins Auge zu fassen haben, wie durch diese Steigerung der Verkehrsmittel überhaupt dem gesamten Leben der Menschheit eine Energie und ein Schwung gegeben wurde, wie sie ihn nie zuvor gesehen und gefühlt hat; wie das Leben der Familien wie der Staaten dadurch auf völlig neue Grundlagen gestellt worden ist: wie auf der einen Seite die Staatsmacht ungeheuer vermehrt erscheint gegenüber dem Einzelnen, auf der andern Seite die Einzelnen, indem ihnen der Austausch und die Verbreitung ihrer Gedanken, die Vereinigung und dadurch Vervielfachung ihrer Kräfte unendlich erleichtert wird, ungemeine Kräfte gewonnen haben gegenüber dem Staate. Aber wir hätten damit immer nur einen einzigen Punkt berührt, an welchem der Mensch in einem Grade und einer Ausdehnung, mit welchen kein früheres Jahrhundert sich messen kann, die Kräfte der Natur in seinen Dienst gezwungen hat. Wir würden dasselbe an vielen anderen Punkten gewahren. Dabei würden wir einer andern Erscheinung begegnen, welche dieses Jahrhundert, im Gegensatze zu früheren Zeiten, zu charakterisieren scheint: der raschen Vermehrung wissenschaftlicher Erkenntnis auf allen Gebieten einerseits und andererseits der Tendenz, jede wissenschaftliche Entdeckung sofort für die Verbesserung des äußeren Lebens zu verwerten. Dies würde uns nötigen, zunächst auf dem Gebiete der sogenannten Naturwissenschaften der Geschichte ihrer einzelnen Disciplinen nachzugehen, der Chemie vor allem, aber auch der Physik, der Astronomie, Geologie u. s. w., die wichtigsten Entdeckungen auf jedem dieser Gebiete aufzuzählen und zu zeigen, wie diese Entdeckungen auf die Gestaltung des Lebens — nicht weniger Einzelner, sondern der Tausende und der Millionen — eingewirkt haben. Wir würden aber diese enge Verbindung von Theorie und Praxis nicht bloß auf dem Gebiete der im engeren Sinne sogenannten Naturwissenschaften gewahren, sondern auch bei denjenigen, welche sich die Betrachtung der Menschenwelt, Geschichte, Religion, Recht, Staat, Sitte, Sprache u. s. w. zum Ziele setzen. Und wenn wir auf der einen Seite allerdings eine Hinneigung auf das Äußere, das Greifbare, Materielle wahrnehmen würden, so würde man doch der offenkundigen Wahrheit zu nahe treten, wenn man der europäischen Kultur, wie sie sich um die Mitte des Jahrhunderts darstellt, einen ausschließlich oder auch nur überwiegend *materialistischen* Charakter zuschreiben wollte. Im Gegenteil: gegenüber den Eroberungen und Usurpationen des Materialismus und



Naturalismus erheben sich mit nicht geringerer Stärke die Kräfte und Bedürfnisse, deren Gebiet beginnt, wo dem Naturerkennen vorläufig oder für immer seine Grenze gesteckt ist oder gesteckt scheint, — jene Kräfte, die gestützt auf die Thatsache, daß keine noch so kühne Entdeckungsfahrt bis dahin vorgedrungen ist, wo wirkliche Erklärung und Erkenntnis des innersten Wesens der Dinge beginnt, und auf die fernere, daß die materialistische Betrachtungsweise bis jetzt nur ein System des Egoismus, nicht aber des sittlichen Handelns hat aufstellen können — das Recht des Glaubens vertreten und in Anspruch nehmen, wo das Schauen und Wägen und Messen nicht ausreicht. Die religiöse Bewegung erwacht mit einer Kraft, die man ihr nicht mehr zugetraut hätte; dem neuen Glauben und Aberglauben setzt sich der alte entgegen; und dem Bestreben, jedes Wissensgebiet zu isolieren, es erst für sich allein gründlich zu erforschen, das Einzelne zu ermitteln, geht ein anderes zur Seite, welches vom einzelnen sofort zum allgemeinen, von der Beobachtung einer und der anderen Thatsache, eines und des anderen Naturgebiets zur Totalität einer alles umfassenden Weltanschauung sich zu erheben trachtet.

Indes, wenn wir auch diese Wissenschaften und die ihnen entsprechenden Lebensgebiete, Philosophie, Theologie, Rechts- und Staatswissenschaft, Kirche, Staat, Gesellschaft, Schule, in ihren hervorragendsten Erscheinungen an uns vorübergeführt hätten: so würden sich uns, wenn wir der Aufgabe, eine Übersicht der Kultur Europas im 19. Jahrhundert zu geben, einigermaßen gerecht werden wollten, doch weitere und immer weitere Felder der Betrachtung erschließen. Wir müßten neben dem Geschäftsleben und neben der ernsten und, wenn wir so sagen dürfen, geschäftlichen Litteratur auch die Hervorbringungen und Bethätigungsweisen, bei welchen die Menschen sich freier ergehen, und in denen sie ihre Erholung zu suchen pflegen, ins Auge fassen. Wir müßten also auch die verschiedenen Künste, wie sie das Gesamtleben bestimmen und hinwiederum von diesem Gesamtleben in ihrer Entwickelung bestimmt werden, in den Kreis unserer Betrachtung ziehen und deutlich zu machen versuchen, in welcher Weise z. B. das Theater in unseren Tagen, verglichen mit früheren Zeiten, auf die Masse der Menschen und auf die den Ton angebenden Kreise veredelnd oder schädigend wirkt. Einen hervorragenden Platz unter diesen Unterhaltungs-, Belustigungs- und, in gewissem Sinne und Umfange, Bildungsmitteln würden wir die Litteratur einnehmen sehen, und zwar denjenigen Teil derselben, den man im Gegensatz zur wissenschaftlichen den dichterischen und in seinen minder erhabenen Sphären den belletristischen nennt. Vielleicht wäre die letztere, die Romanlitteratur, für den Kulturhistoriker vielfach die interessantere.

Eine Vergleichung der englischen, deutschen, französischen Romanlitteratur z. B. würde uns klarer als alles andere in die Gedankenkreise des englischen, deutschen, französischen großen Publikums einführen und das Gemeinsame der Zeitbildung in ihrer verschiedenen Ausprägung durch die verschiedenen Volksgeister zeigen. Dabei dürften wir aber nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß diese Art Litteratur, einen wie breiten Raum sie einnehme, doch in der That nicht mehr dieselbe Rolle spielt wie früher; daß die Zahl derer, denen eine ernste Belehrung Bedürfnis ist, gegen frühere Zeiten nicht nur im Verhältnis zu der Zahl derer, denen litterarische Bildung und litterarischer Genuß überhaupt zugänglich ist, sondern weit über dieses Verhältnis hinaus gewachsen ist; und daß uns hierin eine der vielen wichtigen Wirkungen des hoch entwickelten Zeitungswesens vorzuliegen scheint, welches ganz besonders bei einer allgemeinen Charakteristik der Kultur der europäischen Hauptvölker in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Vordergrund der Betrachtung gerückt werden müßte.

Ein Blick auf diesen jetzt so unentbehrlichen Faktor des gesamten geselligen, politischen, religiösen wie des physischen Lebens, wie derselbe vor 1848 und nach der mit diesem Jahre bezeichneten großen und allgemeinen europäischen Krisis sich darstellt, würde uns auf einem anderen Gebiete einen nicht minder großen Umschwung aller Verhältnisse vergegenwärtigen, als der durch die veränderten Verkehrsbedingungen bewirkte ist. Wir würden hier es mit Händen greifen, wie völlig anders das ganze europäische Leben in dem halben Jahrhundert, dessen Geschichte wir umrissen haben, geworden ist, — wie sich in diesen zwei Menschenaltern eine geistige Umwälzung vollzogen hat, von deren Bedeutung und Umfang wir, die wir mitten in derselben stehen, und an denen sie vollzogen worden ist, uns ebensowenig noch eine klare Rechenschaft ablegen können, als etwa der einzelne Soldat oder der Führer einer einzelnen Abteilung eines Heeres von Hunderttausenden, während er seinen Teil der allgemeinen Aufgabe vollstreckt, im Schlachtgetümmel und inmitten der Aufregung des Kampfes sich selbst, geschweige anderen, einen deutlichen Begriff von dem Gange und der Bedeutung der Schlacht machen kann. Wir können nur sehr im allgemeinen darauf hinweisen, daß jedes bedeutende Tagesblatt täglich ein Bild des ineinander greifenden Spiels der die Zeit bewegenden Kräfte aufrollt; daß die Zahl derjenigen, denen es Bedürfnis geworden ist, dieses Bild mit Anteil zu betrachten, es in seiner Vielseitigkeit auf sich wirken zu lassen, ins Unendliche gewachsen ist und fortwährend wächst; daß eben darum eine rein private Existenz für immer wenigere Menschen möglich geworden ist; daß der einzelne viel unmittelbarer, viel intensiver in dem Ganzen und mit

dem Ganzen lebt als früher. Dies hat die unmittelbare Folge, daß jede Regierung, jede Partei, jede Religionsgesellschaft, jede große und kleine Kraft sich an diese Macht der Öffentlichkeit wenden und diesem demokratischen Zuge der Zeit huldigen muß: und wir hätten dann weiter zu zeigen, welche lichte und glänzende Seiten dieser Charakter der Zeit zeigt, und welche tiefe Schatten diesen Lichtseiten gegenüberstehen; wieviel Enges, Dumpfes, Unfreies im äußeren und inneren Leben der Menschen verschwunden, wieviel neue frische Kraft entbunden worden ist — wieviel Schönes, Edles, in sich Harmonisches aber auch die Menschheit auf der andern Seite verloren, und wieviel neue Götzen und Tyrannen an der Stelle der umgestürzten sie sich aufgerichtet hat.

Man sieht wohl, daß wir mit diesen flüchtigen Andeutungen eine Aufgabe bezeichnen, die nicht hier und nicht von uns, die von einem Zeitgenossen überhaupt schwerlich gelöst werden kann, weil der Mitlebende seiner Zeit gegenüber niemals die Unbefangenheit des Richters haben kann, und weil, selbst gesetzt, daß ein solcher Richter sich fände, der Stoff, auf welchen er seine Darlegung und sein Urteil gründen müßte, noch nicht so weit geklärt und verarbeitet ist, um eine des Gegenstandes würdige Darlegung zu gestatten. Unsere Aufgabe ist nur noch, in Kürze anzudeuten, in welcher Weise und in welchem Umfange diese europäische Kultur über ihren mütterlichen Boden hinausgegriffen hat, und wie sie beginnt auch die übrigen Weltteile allmählich in ihre reißend schnelle Bewegung hineinzuziehen. Die Geschichte der übrigen Weltteile, soweit sie ein in der That historisches, nicht bloß ethnographisches Interesse hat, wird somit wesentlich die Geschichte des europäischen Einflusses sein, seiner dauernden Siege, seiner vorübergehenden Niederlagen. Sie ist nur zu betrachten, insofern sie eingreift in den Fortschritt der menschlichen Kultur, welche die europäische Farbe trägt. Dabei muß allerdings zugegeben werden, daß einer der fünf Weltteile, die man herkömmlicherweise zu unterscheiden pflegt, Amerika, sich, indem er die europäischen Kulturkeime, die in seinen Boden gesenkt worden, auf selbständige Weise ausbildete, eine selbständige welthistorische Stellung neben Europa errungen hat: eben wie einst in kleinerem Maßstabe im Altertume die Italische Halbinsel, von griechischen Lebenskeimen befruchtet, der hellenischen sich an die Seite gestellt hat.

1. Australien, Afrika.

Von den übrigen Weltteilen sind zwei, Australien und Afrika, noch wesentlich geschichtslos. Die europäische Bevölkerung Australiens,

dessen Umfang man auf 141 000 Quadratmeilen schätzt, und das seit 1788 von Europäern besiedelt wird, betrug 1859 bereits über 1 Million, von denen sich die wenigen rohen, unsäglich häßlichen Australneger, welche, auf etwa 100 000 Köpfe geschätzt, in eine Menge Stämme zerfallen, zurückziehen. Das Land, mit eigentümlich reicher, aber einförmiger Flora und ziemlich armer, den niedrigeren Klassen angehöriger Tierwelt nimmt mehr und mehr einen europäischen Charakter an; europäische Getreidearten und Küchengewächse, europäische Haus- und selbst Jagdtiere sind eingeführt, und das europäische Leben gedeiht dort besser, seitdem das System der Deportation europäischer Verbrecher aufgegeben und an seine Stelle die freie Kolonisation getreten ist. Die Mehrzahl der Kolonisten und so auch der Lebenszuschnitt und die Verfassung der Kolonieen ist englisch; den Engländern gesellen sich, der gemeinsamen Kulturmission eingedenk, Deutsche in wachsender Zahl bei; die vier Gouvernements: Neusüdwales, Viktoria, Südaustralien, Westaustralien, an deren Spitze je ein von der Regierung ernannter Gouverneur und, ihm zur Seite, ein gewählter exekutiver und legislativer Rat stehen, zerfallen in Grafschaften. Die Zahl der Schulen betrug im Jahre 1853 bereits 688 mit 41 000 Schülern. Neben der blühenden Viehzucht (4 Millionen Rinder, 28 Millionen Schafe) erhob sich der Ackerbau und ein wachsender Seehandel. Seit dem Frühling 1851, wo man an den „Blauen Bergen" der Südostküste reiche Goldfelder entdeckte, strömte die Einwanderung in breiteren Fluten zu, und Ende 1852 ging schon Gold im Werte von 3 Millionen Pfund Sterling nach England; auch andere große mineralische Schätze, Steinkohlen, Kupfer, Eisenerz, birgt der eben erst erschlossene Schoß des Landes. Dem Vordringen ins Innere scheint sich der Wassermangel und besonders der Mangel an größeren Flüssen entgegenzustellen: die Männer, welche seit den 40er Jahren das Wagnis unternahmen, der Engländer Sturt (1845), der Deutsche Leichhardt, der 1847 zum zweitenmal auszog und nicht zurückkehrte, die Engländer August Gregory (1857) und Mac Dougall Stuart (1860), welcher letztere bis über die Mitte des Kontinents vordrang, haben festgestellt, daß die Ansicht von einer großen Centralwüste irrig ist, und daß Australien überall gleiche Beschaffenheit: Wechsel von Ebene und mäßiger Landerhebung, undichte Waldungen, öde Sandflächen, Steinboden mit undurchdringlichem Gestrüpp, grasige Steppen zeigt.

Afrika hatte sich bis dahin nur an den Rändern dem europäischen Einflusse etwas geöffnet: und selbst die Gestadeländer am Mittelmeer, der Hauptsitz und Herd dieses europäischen Einflusses, waren in Beziehung auf diesen europäischen Einfluß gegenüber dem Altertum und den ersten christlichen Jahrhunderten zurückgegangen. Von den 540-

oder 550 000 Quadratmeilen des Erdteils waren um die Mitte des Jahrhunderts 77 490 im Besitze europäischer Reiche, aber unter diesen gehörte der größte Teil dem türkischen Staate, der kein europäisches Reich im wahren Sinne bildet. Von den 275 Millionen Menschen, die man rechnen zu können meint, waren nur 7 Millionen Christen, und unter diesen die abessinischen, deren Christentum auf weit niedrigerer Stufe steht als dasjenige der wenigen, durch die unermüdliche und in Hoffnungen unerschöpfliche Thätigkeit christlicher Missionäre neubekehrten rohen Stämme; 1 Million Juden und 60 Millionen Mohammedaner; der Rest, 207 Millionen in ungefährer Schätzung, rohe Heiden: so daß also auch der Mohammedanismus, vorläufig der Träger der Civilisation für diese Völker, nicht tief in die Negerwelt eingedrungen ist.

Nur an zwei Stellen, im Norden und im Süden, hatte der europäische Einfluß energischer angesetzt und zwei größere Kolonisationen oder, um den bezeichnenden Ausdruck der holländischen Sprache zu gebrauchen, zwei größere Volkspflanzungen hervorgerufen — die Kapkolonie und Algerien. Es würde der Mühe wert sein, diese beiden Schöpfungen, die germanische, holländisch-englische und die romanisch-französische, zu vergleichen. Die erstere, unter dem 28.—34. Grad südlicher Breite gelegen, mit 261 500 Einwohnern (80 000 Farbigen) auf ihren 5600 Quadratmeilen, bei gesundem Klima, mäßiger Fruchtbarkeit des Bodens in gedeihlichem Fortschritt begriffen; trotz der Kriege mit den Kaffern nur mit geringer Militärmacht ausgerüstet; von einem Generalgouverneur, dem ein gesetzgebender Rat und ein Repräsentantenhaus zur Seite steht, nach britischen und holländischen Gesetzen regiert; eine feste und sichere Eroberung europäisch-christlicher Kultur in einem Weltteile, dessen Masse noch gänzlich außerhalb des Gesichtskreises geschichtlichen Interesses lag; — die letztere, trotz der für europäische Kolonisation scheinbar günstigsten Verhältnisse, ihrer Lage in gemäßigtem Himmelsstrich (31.—37. ° nördlicher Breite), der unmittelbaren Nähe des Mutterlandes, dem fruchtbaren Boden, dem umfangreichen Areal (10 000 Quadratmeilen) und der langen Küstenlinie (150 Meilen) doch eine kränkelnde Pflanze, welche das französische Kolonisationstalent in keinem erfreulichen Lichte zeigte. Nach 30 Jahren europäischer Regierung nur 200 000 Europäer und von diesen 70 000 Soldaten; 15 verschiedene Systeme der Organisation in einem Menschenalter versucht und verworfen; die Ausgaben um etwa 50 Millionen Frank höher als die Einnahmen; die Verwaltung militärisch, der Generalgouverneur vom Kriegsminister in Paris abhängig; unaufhörliche Expeditionen gegen unbotmäßige oder aufständische Stämme; keine Einwanderung von nennenswerter Stärke und der Anstrich des

Lebens nur in der Hauptstadt Algier europäisch. Der Kaiser Napoleon wendete dem Lande ein ernstes Interesse zu, schuf im Jahre 1858 ein eigenes Ministerium für Algier, das aber schon nach zwei Jahren wieder verschwand und aufs neue der militärischen Verwaltung Platz machte, in welcher die berühmten Generale Pélissier und Mac Mahon sich ablösten. Ein Brief des Kaisers vom 6. Februar 1863 erklärte, daß das Land eigentlich ein arabisches Königreich, der Kaiser ebensowohl Kaiser der Araber als der Franzosen sei; im Jahre 1865 begab er sich selbst auf 6 Wochen dahin. Das Land blieb aber, was es war, eine Kriegsschule für das französische Heer, dem einheimische Truppen angegliedert wurden. Die Bekanntschaft der letzteren machte die europäische Welt zum erstenmal im Italienischen Kriege und sollte diese Bekanntschaft einige Jahre später unter sehr besonderen Umständen erneuern: es war eine Kriegsschule, welche der europäischen Welt lange Zeit erstaunlich imponierte, bis die Ereignisse dem einsichtigen Urteile eines Mannes von bescheidener Größe, Moltke, recht gaben, der es schon frühzeitig aussprach, daß das französische Heer dort nur lerne, wie man den Krieg nicht führen solle.

Unter den mohammedanischen Staaten der Nordküste, welche wie Marokko selbständige Reiche oder wie Tunis, Tripolis und Ägypten lose Dependenzien des Osmanischen Reiches sind, verdient nur das letztere Land eine nähere Erwähnung. Die Vicekönige aus dem Hause Mehemed Alis setzten das von diesem eingeführte System der Verwaltung und Regierung fort, verzichteten aber auf seine und seines nächsten Nachfolgers hochfliegende Pläne. Das Hauptinteresse Europas an diesem Lande konzentrierte sich in jenen Jahren auf das großartige Projekt der Durchstechung der Landenge von Suez, bei welchem der unternehmende Franzose, der schon zu Mehemed Alis Zeiten französischer Generalkonsul in Alexandrien gewesen und seine Lebensaufgabe in der Durchführung des Planes erkannte, Ferdinand von Lesseps, in Said Pascha, dem vierten Nachfolger aus Mehemed Alis Geschlechte, einen eifrigen Förderer fand. Im Jahre 1856 war die Aktiengesellschaft für das große Unternehmen gebildet; im April 1859 wurden die Arbeiten begonnen und unter den ungewöhnlichen Schwierigkeiten, welche die Natur des Bodens, der Mangel an tauglichen Arbeitern, der Widerwille der von England beeinflußten Pforte ihnen entgegensetzten, mit Beharrlichkeit fortgesetzt.

In dritter Linie würden wir die eigentlichen Barbarenländer zu nennen haben, in denen, wie auf Madagaskar oder in Abessinien, der europäische Einfluß durch einzelne versprengte Abenteurer repräsentiert wurde oder gelegentlich, wie auf der erstgenannten großen und reichen Insel, ein über das gewöhnliche Maß des Barbarentums

sich erhebender Fürst (Radama II. 1861) diesen europäischen Einfluß selbst aufsuchte. Den Einzelheiten dieser Vorgänge, bei denen einzelne Lichtstrahlen alsbald wieder von der Finsternis verschlungen werden, kann unsere Erzählung nicht folgen, ebenso wie sie die einzelnen Negerstaaten, unter denen seit 1822 auch eine durch nordamerikanische Philanthropie gegründete Negerrepublik Liberia mit Präsidenten, Kammern, Friedensgerichten figuriert, den geographischen Handbüchern überlassen muß. Die große Masse des Weltteils ist für die europäische Kultur nur erst ein Gegenstand geographischer Forschung und Entdeckung, an welcher namentlich Engländer und Deutsche sich beteiligten, und welche bereits eine stattliche Reihe von Märtyrern zählte: es ist bekannt, daß in neuester Zeit dieser Weltteil gerade den Gegenstand wetteifernder Versuche europäischen Unternehmungsgeistes bildet und unter den Tagesinteressen aller europäischen Völker eine große Rolle spielt.

2. Asien.

Die Geschichte Afrikas als eines Ganzen hat mithin kaum erst begonnen: dagegen ist die von Asien ihrem glänzendsten Teile nach schon vor manchem Jahrtausend abgespielt. Seine Geschicke sind seit alter Zeit mit denen Europas verwoben, und auf etwa 357 000 von den 882 000 Quadratmeilen, aus welchen der Erdteil besteht, erstreckt sich die unmittelbare Beherrschung durch Europäer: eine Herrschaft, in welche Rußland und England sich teilen, neben denen die französische, spanische, portugiesische, niederländische, dänische und selbst die dem Umfange nach ausgedehnteste osmanische wenig bedeutete. Unter den Ideen des Kaisers Napoleon war auch die, dem französischen Namen neben dem englischen und russischen wieder in Ostasien etwas von seinem früheren Zauber zurückzugewinnen. Dies führte aus Anlaß von Gewaltthaten und Grausamkeiten gegen katholische Missionäre seit 1859 zu Kämpfen und Kolonisationsversuchen in Kochinchina, wo der Kaiser des östlichsten der hinterindischen Staaten, des Reiches Anam, drei Provinzen abtreten und einige Häfen dem europäischen Handel öffnen mußte (1862); ob die Erwerbung großen Wert hat oder die Franzosen das Geschick besitzen, ihr Wert zu verleihen, bleibt bis zur Stunde zweifelhaft. Am Charakter des ganzen Verhältnisses änderte diese Ausdehnung der europäischen Fremdherrschaft über neue Landstrecken nichts; es ist in dieser Beziehung hervorzuheben, daß in ganz Asien neben 70 Millionen Mohammedanern und 611 Millionen Bekennern verschiedener heidnischen Religionen von roherer oder feinerer Form nur 12 Millionen Christen leben, und daß die großen An-

strengungen des rivalisierenden Missionseifers, diese Zahl durch Bekehrungen zu vermehren, keiner wesentlichen Fortschritte sich zu rühmen haben. Die Bekehrungen verschwinden unter der Masse, und es ist nicht zu leugnen, daß bis jetzt wenigstens die christliche Missionsthätigkeit eine größere Bedeutung für das religiöse Leben in Europa selbst hat, als für die Länder und Völker, welche Schauplatz und Gegenstand ihres Bekehrungseifers sind.

Das Wichtigste in der neuesten Geschichte des Weltteils bis ums Jahr 1860 ist, daß sich das vorgeschrittenste der Mongolenländer, Japan, dem europäischen Einfluß öffnete, dem es lange, hartnäckiger noch als selbst die Chinesen, sich versagt hatte. Eine Reihe von Handelsverträgen mit verschiedenen europäischen Völkern ward in den 50er Jahren geschlossen, der letzte im Jahre 1861 zwischen Preußen und Japan, welcher dem Führerstaate des deutschen Zollvereins dieselben Rechte, wie sie dem englischen und nordamerikanischen Handel eingeräumt waren, zugestand. Sie richteten die Aufmerksamkeit wieder auf die Verfassung des merkwürdigen Inselreiches, wo einem weltlichen Kaiser, dem Taikun, eine Art Papst, ein geistliches Oberhaupt, der Mikado, gegenüberstand, und eine Aristokratie von erblichen Lehensfürsten oder Daimios ihren selbständigen Willen der kaiserlichen Regierung entgegensetzte; auf seine ungeheure Bevölkerung, die eine vollendete Polizei im Zaume hielt; ihre vollkommenen Straßen und Posteinrichtungen, ihre hohe technische Kultur. Von 1858—1863 wurde eine Reihe von Häfen dem auswärtigen Verkehr geöffnet und auch der Aufenthalt in Jedo, der Hauptstadt, den Europäern gestattet. Doch ging diese wichtige Neuerung nicht ohne gelegentliche Reaktion und heftige Erschütterungen im Innern ab. Gelegentlich vergriff sich die reizbare Volksstimmung an den fremden Gästen, und einer der Daimios, der mächtige Fürst von Nagato, mußte mit europäischen Waffen gezwungen werden, sich in die neue Zeit zu schicken, deren Forderungen sich auch das geistliche Oberhaupt nicht länger widersetzen konnte. Indessen scheint der Fortschritt gesichert, auf den japanischen Münzen erschienen die europäischen Schriftzeichen, und japanische Gesandte sind in den europäischen Hauptstädten keine seltene und kaum eine fremdartige Erscheinung mehr.

Minder günstig entwickelten sich die Beziehungen zu dem gewaltigen Chinesischen Reiche, das von den 1288 Millionen, auf welche man im Jahre 1858 die Bevölkerung der Erde veranschlagen zu können glaubte, 500 Millionen*), doch wohl mit Unrecht, für sich in Anspruch nimmt. Im Jahre 1858, erinnern wir uns, war der

*) 403 180 000 giebt die neueste statistische Tafel von Hübner (1886) an.

Friede zu Tien-tsin mit England und Frankreich geschlossen worden. Allein am 25. Juni 1859 wurde ein kleines englisches Geschwader, welches eine englisch-französische Gesandtschaft nach Peking bringen sollte, unter Admiral Hope den Pei-hofluß hinauffahrend, vom Ufer aus beschossen und nahm den Kampf auf; bei den Feindseligkeiten wirkte der alte Opiumstreit mit, und es fruchtete wenig, wenn der englische Minister für Indien, Wood, im August 1859 in seiner Antwort auf eine Adresse des Antiopiumvereins den Chinesen den guten Rat gab, sie müßten nur das Opium mit Maß genießen, da es mäßig genossen unschädlich sei. Jene angebliche Beleidigung, bei der jedoch die Chinesen wahrscheinlich im Rechte waren*), führte zu einer neuen gemeinsamen Aktion der beiden Westmächte gegen China, welche dem Kaiser Napoleon willkommen war, weil sie das damals in England herrschende Mißtrauen, als könne er eines Tages die Pläne seines Oheims wiederaufnehmen, beschwichtigen half. Am 21. November gingen die ersten nach China bestimmten französischen Truppen ab; am 21. August 1860 nahm die englisch-französische Expedition die Taku-Forts an der Mündung des Pei-hoflusses. Verhandlungen zu Tien-tsin wurden eröffnet. Aber die Chinesen wollten damit nur Zeit gewinnen. Die Partei, welche für den Frieden und seine notwendige Voraussetzung, Eröffnung regelmäßiger und aufrichtiger Handelsbeziehungen zu der europäischen Welt, war, und zu deren Vertreter sich ein Prinz des kaiserlichen Hauses, Prinz Kong, machte, drang nicht durch, und die Verbündeten beschlossen nun den Marsch auf Peking selbst — ein Heer von 18 000 Mann gegen die Hauptstadt eines Reiches von zwanzigmal so viel Millionen, als sie Tausende zählten. Am 21. September schlugen die verbündeten Truppen ein 40 000 Mann starkes Heer der Chinesen schon in der Nähe von Peking bei dem Dorfe Pa-li-ka-o, welches damit dem französischen Obergeneral Cousin Montauban den Grafentitel lieferte, und am 13. Oktober ergab sich die kaiserliche Hauptstadt Peking, während der Kaiser selbst und seine Armee nach der Tatarei entfloh. Die Bevölkerung zeigte keine andere Empfindung als Neugier und Verwunderung. Die Verbündeten glaubten ihr einen starken und dauernden Eindruck geben und zu ihnen in der Sprache der Barbarei reden zu müssen. Sie beschlossen, den kaiserlichen Sommerpalast, ein Wunderwerk chinesischer Architektur und Ornamentik, der Plünderung preiszugeben, und mit aller Gründlichkeit wurde diese ausgeführt. Diese Maßregel, dem Gefühl widerstrebend, wie sie sein

---

*) Man muß über diese orientalischen Wirren das englische Werk von M'Carthy, a History of our own times (Tauchnitzsche Ausgabe 1880) zu Rate ziehen, der sich mit großer und rühmlicher Unparteilichkeit behandelt.

mag, half: der chinesische Kaiser erkannte, wessen die Barbaren fähig seien, und suchte den Frieden; am 26. Oktober 1860 ward derselbe zu Peking abgeschlossen. Drei Millionen Pfund Sterling Kriegskostenentschädigung an die Alliierten, Aufhebung des Auswanderungsverbots, Abtretung der Stadt Kowloon an die Engländer, Öffnung des Hafens von Tien-tsin an der Mündung des Pei-hoflusses und Besetzung dieser Stadt, bis die Friedensbedingungen ausgeführt sind, sowie die Einrichtung einer ständigen englischen und französischen Gesandtschaft zu Peking: dies waren die Bedingungen, welche Prinz Kong mit seiner Unterschrift sanktionierte. Der Kaiser, noch ein junger Mann, starb, ehe er seine Hauptstadt wiedersah; die Regentschaft, welche im Namen des neuen noch minderjährigen die Geschäfte führte, wurde durch den Prinzen Kong in seinem Sinne geleitet, der, um die seit Jahren in den östlichen Provinzen des Reiches wütende Rebellion der Taipings niederzuwerfen, die hilfreiche Hand der Fremden selbst nicht verschmähte. Im Juli 1864 endigte dieselbe mit der Erstürmung ihres Hauptsitzes Nanking am Jantsekiang durch die kaiserlichen Truppen. Inzwischen hatte sich die neuchinesische, dem Handel mit Europa günstige Richtung befestigt und war eine Reihe von Verträgen mit europäischen Staaten, Preußen, Belgien, Spanien, Portugal, Dänemark, abgeschlossen worden.

3. Amerika.

Die Geschichte Asiens, wie die Australiens und Afrikas, ist vom universalhistorischen Standpunkte aus nur als ein Anhang der europäischen zu behandeln, und wir können uns deshalb ersparen, von den übrigen Ländern, wie Persien und den Staaten Hinterindiens, zu sprechen, wo nicht irgend eine besondere Veranlassung eine kurze Andeutung über sie nötig macht. Anders ist dies mit Amerika. Die Geschichte Amerikas hat schon seit Mitte des vorigen Jahrhunderts aufgehört, europäische Kolonialgeschichte zu sein: sie ist ein selbständiges Stück Weltgeschichte geworden, das, an Gehalt und Bedeutung von Jahr zu Jahr wachsend, schon mittelbar und unmittelbar auf die Entwickelung Europas den größten Einfluß übt. Dem Beispiele, welches die englischen Kolonieen im letzten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts gegeben, waren im Anfange des neunzehnten die spanischen, dann das portugiesische Brasilien gefolgt, und der fünfte Präsident der nordamerikanischen Union, James Monroe, der von 1817—1825 regierte, zu einer Zeit, wo die Bevölkerung der ehemaligen britischen Kolonieen noch nicht zehn Millionen Seelen betrug, hatte es als eine Art von Dogma ausgesprochen, daß Amerika keinerlei Einmischung Europas

in seine Angelegenheiten mehr dulden dürfe: eine Anschauung, welche das mehr und mehr sich steigernde Selbstgefühl der Bevölkerung weiterhin unter dem Namen der Monroe-Doktrin „Amerika für die Amerikaner“ dahin auszulegen sich gefiel, daß überhaupt jede Art von Herrschaft europäischer Staaten über amerikanisches Land aufhören müsse, — daß es in Amerika nichts anderes geben dürfe als Amerikaner. Und daß im ganzen und großen die Dinge, einer Art Naturgesetz folgend, diesen Weg nahmen, war nicht zu verkennen. Die Versuche, die wir kennen lernen werden, diesem Naturgesetze sich entgegenzustellen, endigten übel.

Der Weltteil oder die beiden Weltteile, welche man unter dem einen Namen zusammenfaßt, und welche, vom südlichen zum nördlichen Eismeere durch 120 Grade sich hinziehend, die Erzeugnisse aller Zonen in sich vereinigten, sind in der That sich selbst genug. Es ist der Mühe wert, die Bevölkerungsverhältnisse dieses Weltteils, wie sie in den 50er Jahren sich gestaltet hatten, obgleich ihre Zahlen jetzt schon wieder veraltet sind, sich zu vergegenwärtigen. Auf seinen 746 000 Quadratmeilen lebten damals etwa 50 Millionen Menschen (1885: 103 680 000), was im Durchschnitt 75 auf die Quadratmeile giebt. Es war eine neue Bevölkerung, vor welcher die ursprüngliche, weit zahlreichere, die man vor der Entdeckung Amerikas durch Europäer auf 400 Millionen annehmen zu dürfen glaubt, bis auf geringe Reste verschwunden war. Nur 12 von jenen 50 Millionen waren Ureinwohner von amerikanischer Rasse und Mestizen, 8 Millionen Neger und 9½ Millionen Mischlinge mit äthiopischem Blut, der Rest reine Weiße. Wie in Europa war der Norden germanisch und protestantisch, der Süden romanisch und katholisch: und wie in Europa hatte das erstere Element bereits das letztere, wenn nicht an Zahl, doch an Macht und Bedeutung weit überflügelt. Siebzehneinhalb Millionen redeten die englische, über 1 Million die deutsche, oder holländische, dänische, schwedische Sprache, 13½ die spanische, 4 die portugiesische, 1 die französische, 12½ einheimische Sprachen; 44 Millionen waren Christen, von diesen 23 in der Einheit der römisch-katholischen Kirche, 21 protestantische in der glücklichen, das geistige Leben in energischen Schwung setzenden Mannigfaltigkeit ihrer Bekenntnisse. Noch ein großer Teil der Bodenfläche Amerikas, 180 000 Quadratmeilen, war im Besitz europäischer Staaten, Englands vorab und Rußlands, dann der Spanier, Franzosen, Niederländer, Dänen, Schweden; der Bevölkerungszahl nach aber war dieser Anteil geringfügig, nicht der sechste Teil der Gesamtzahl: und mit jedem Jahre veränderte sich das Verhältnis merkbar zu Ungunsten dieses unmittelbaren europäischen Einflusses. In den rein amerikanischen Staaten hatte das republikanische Prinzip einen vollen

Sieg, wenngleich bis dahin in den meisten nur sehr zweifelhafte Triumphe davongetragen. Von den 21 Staaten, welche aus den ehemaligen europäischen Kolonieen erwachsen waren, trugen 19 den Charakter von Freistaaten oder Repräsentativrepubliken.

Von den drei natürlichen Teilen, in welche die neue Welt zerfällt, Südamerika, Centralamerika und Nordamerika, glauben wir über den ersten mit einer kurzen Andeutung uns begnügen zu können. Der größte der Staaten Südamerikas ist Brasilien (147 000 Quadratmeilen), und er ist der einzige, welcher seine Unabhängigkeit ohne allzu gewaltsamen Bruch mit der Vergangenheit errungen hat, und sich, unter einer verständigen Dynastie, einer gemäßigten Verfassung, der Segnungen der Erbmonarchie und des konstitutionellen Lebens erfreut. Mühselig bringt die Kultur, in ungleichem Kampfe mit einer überfruchtbaren Natur, von der Küste ins Innere vor: aber der Fortschritt trägt einen stetigen Charakter, und die politischen Erschütterungen haben wenigstens bis jetzt die Fundamente des Staates ungestört gelassen, weil der erste Platz im Gemeinwesen dem Ehrgeiz der Parteiführer entzogen ist. Unter den übrigen Staaten republikanischer Form hat nur einer der kleinsten, der dünn bevölkerte halbindianische Binnenstaat Paraguay, einer ähnlichen Ruhe sich erfreut, indem dort thatsächlich eine Fürstengewalt in republikanischer Form bestand, welche nach dem Tode ihres Begründers, Francia (1840), ruhig auf dessen Neffen und Nachfolger Antonio Lopez überging. In den übrigen Staaten, denen am Antillenmeer, Venezuela und Neugranada, denen am Stillen Meer, Ecuador, Peru, Bolivia, Chile, wie denen am La Plata, der Argentinischen Konföderation und Uruguay, finden wir dasselbe Einerlei ewiger Umwälzungen ohne wirklichen Zweck, Übergang der Gewalt von einem Ehrgeizigen auf den andern, wobei in der Regel doch nur der Name wechselt; die überschwenglich reiche Natur bietet nie ermüdend ihre Schätze einer dünngesäten, wenig arbeitslustigen, aufregungsbedürftigen Bevölkerung dar und nimmt ihren größten Teil ungenützt wieder in ihren Schoß zurück; von Zeit zu Zeit wird das Einerlei der Verschwörungen, der Bürgerkriege, der Präsidentenwechsel oder Ermordungen durch einen Konflikt mit einer europäischen Macht unterbrochen, von denen einer, Perus mit Spanien im Jahre 1863, den ganzen Weltteil in Aufregung setzte. Die großen Hoffnungen, die man auf einen von einer Anzahl südamerikanischer Staaten beschickten Kongreß zu Lima setzte (1860), den der unruhige und energische Geist des Generals Ramon Castilla, Präsidenten von Peru, zusammengebracht hatte, verwirklichten sich nicht.

Verhältnisse, wie sie in allen diesen ehemaligen spanischen Kolo-

nieen — und ebenso in den Republiken Centralamerikas: Nikaragua, Guatemala, San Salvador, Honduras, Costarica — gewöhnlich waren, führten nun im Jahre 1861 zu einer gemeinsamen Unternehmung dreier europäischen Staaten gegen die Republik Mexiko, einer Unternehmung, deren Verlauf durch das, was gleichzeitig auf dem Gebiete der Nordamerikanischen Union geschah, die europäische Welt in Spannung versetzte.

Das mexikanische Land, 1519 durch Cortes erobert, viermal so groß an Umfang als Deutschland, hatte sich im Jahre 1810 gegen die spanische Herrschaft erhoben. Die spanischen Cortes verwarfen den Vertrag, der ihnen die Unabhängigkeit Mexikos unter einem spanischen Infanten abverlangte; darauf hatte, wie früher erwähnt, Volk und Heer einen Einheimischen, den Obergeneral und Präsidenten der mexikanischen Vollziehungsjunta, Augustin Iturbide, zum Kaiser gewählt: und ein Kongreß hatte am 18. Juni 1822 die Kaiserwürde erblich im Hause Augustins I. erklärt. Allein dieses Kaisertum wurde weder von den südamerikanischen Republiken, noch von der Nordamerikanischen Union anerkannt, und es hatte mächtige Gegner im Lande selbst. Der mächtigste von diesen war der General Santa Anna, und schon im März 1823 legte der Kaiser seine Würde nieder und begab sich nach Europa: er betrat sein Land nur wieder, um den Tod eines Verbrechers zu sterben. So hatte denn also auch hier das republikanische Prinzip gesiegt; das Land befand sich aber darum um nichts besser. Die Parteien, oder was sich so nannte, und ihre Führer bekämpften sich; aber es war sehr gleichgültig, ob die eine oder die andere die Oberhand hatte, ob Herrera oder Peredes oder wer sonst als durchlauchtigste Hoheit, Alteza serenissima, angeredet wurde. Indes romanische Völker, geschweige denn die Millionen Allerlei, welche neben den 1 200 000 Weißen die 8 Millionen dieser großen Republik bildeten, vertragen vieles, auch die Anarchie; wer siegt, schwelgt und plagt die Unterliegenden; wer besiegt wird, entbehrt und sinnt auf Rache. Das Privatleben der Masse des Volkes geht seinen Gang weiter, ohne von den Strömungen und Gegenströmungen, auf welche man sich bis zu einem gewissen Grade einrichten kann, tiefer berührt zu werden. Unbequemer war der Krieg, in welchen im Jahre 1846 die Republik mit den Vereinigten Staaten geriet. Er endete unglücklich; die Scenen, deren Schauplatz einst zu Cortes' Zeit die Stadt Mexiko gewesen, erneuerten sich; nach einem dreitägigen blutigen Kampfe eroberten die Unionstruppen unter General Scott, den seine Landsleute nicht ermangelten deshalb für den größten Feldherrn des Zeitalters zu halten, die Stadt (15. September 1847). Santa Anna, der Präsident, war entkommen, und ein neuer ward gewählt, Anaya, der alsbald zu

Friedensunterhandlungen bereit war. Allein die Yankees wurde man so leicht nicht los; ihr Präsident James Polk erklärte in seiner Botschaft, daß Unionstruppen das Land besetzt halten würden, bis sich eine Regierung gebildet habe, die, zum Frieden geneigt, Entschädigung für die Vergangenheit, Sicherheit für die Zukunft biete. Am 2. Februar 1848 kam denn der Friede definitiv zu stande: Oberkalifornien, Neumexiko und Texas, die Grenzterritorien, — ein kleines Stück, ungefähr dreimal so groß als Preußen — wurde von der Republik an die Vereinigten Staaten abgetreten und die Kriegskosten mit 15 Millionen Dollars gezahlt.

Die Republik Mexiko blieb immer noch ein herrliches Land von 40 000 Quadratmeilen, zwischen dem 15. und dem 33.° nördlicher Breite, also unter günstigstem Himmelsstrich, der selbst mäßiger Arbeit wenig versagte; von sehr verschiedenem Klima bei der sehr verschiedenen Erhebung, — gefährlich in der heißen Region, der Tierra caliente, welche die beiden Küstenterrassen bis zu 600 Meter über dem Meere umfaßt und die bösen Fieber ausbrütet; hat man aber einmal die schöne Hochebene erreicht, die Tierra templada von 600 zu 2400 Meter, so verschwinden die Fieber, und man ist in einem gleichmäßig milden Frühlingsklima, umgeben von aller Herrlichkeit der subtropischen Zone, wo der Schnee erst mit 4500 Meter beginnt und nur die höchsten Spitzen der Kordilleren besäumt. Der Produktenreichtum ist übergroß: er umfaßt alle denkbaren Schätze der Erde, des Meeres wie der unterirdischen Tiefe, — keines der großen Magazine einer allzu freigebigen Natur noch erschöpft, wenige erst angebrochen, viele noch gar nicht erforscht. Aber die Eingeborenen wußten wenig mit diesen Schätzen zu machen. Die großen Reichtümer waren zu einem guten Teil in den Händen von Fremden, die zahlreich — Engländer, Franzosen, Deutsche, Spanier — im Lande sich auf kürzere oder längere Zeit niederließen.

Sie hatten, wie sich von selbst versteht, von den anarchischen Zuständen, denen das Land längst verfallen war, mitzuleiden. Zwei Hauptparteien, die Liberalen und die Klerikalen, machten sich die Herrschaft streitig. Aber der Streit der Parteien diente der Habsucht der Einzelnen zum Vorwand; zahllose Bandenführer auf beiden Seiten; die eine Partei, der eine Bandenführer dominierte in dieser Stadt, diesem Distrikt, der andere in einem andern; in unzählbaren Gefechten wurde wenig Blut vergossen*), aber viel Schaden angerichtet. Im

*) „La preciosa sangre mexicana corrió en torrentes", schrieb dann wohl eine der in der Hauptstadt erscheinenden Zeitungen mit dem hier nationalen Bombast („Die mexikan. Gesellschaft" in „Deutsche Rundschau", Januarheft 1881 von Karl Lamp).

Anfang 1861 waren die Liberalen obenauf. Ihr Führer, der Indianer Benito Juarez, verlegte seinen Regierungssitz vom Hafenorte Veracruz nach Mexiko, wurde von den fremden Gesandten anerkannt und vom Kongreß zum Präsidenten gewählt. Der lange Bürgerkrieg, bei dem jeder, der konnte, stahl und wenige arbeiteten, hatte endlich eine allgemeine Zerrüttung herbeigeführt, zahlreiche Bankrotte, schwere Gewaltmaßregeln namentlich gegen die Geistlichkeit, deren Partei als die besiegte einen Teil der Zeche bezahlen sollte, die in ihrem vollen Betrage längst unerschwinglich geworden war. Selbst das Silbergerät der Kirchen hatte sie opfern müssen, hier um die Ansprüche der eigenen Parteigänger, dort um die der siegreichen Gegner zu befriedigen. Plünderung und Anarchie aber sind schlechte Finanzquellen: von der Not gedrängt, erließ der Präsident am 17. Juli 1861 ein Dekret, welches vom Kongreß mit 112 gegen 4 Stimmen beschlossen worden war, nach welchem alle Zahlungen an das Ausland auf zwei Jahre suspendiert werden sollten. Da hörte endlich doch Geduld und Gemütlichkeit auf: die Repräsentanten von England und Frankreich brachen sofort allen Verkehr mit der mexikanischen Regierung ab, und am 31. Oktober jenes Jahres unterzeichneten die drei meistbeteiligten europäischen Staaten, England, Spanien und Frankreich, zu London eine Konvention behufs gemeinsamer Intervention in Mexiko. Man konnte die Ansprüche der fremden Mächte auf 116 Millionen Pesos (ca. 500 Mill. Mark) berechnen. Jede Absicht einer Gebietserweiterung und eines Einmischens in die inneren Angelegenheiten Mexikos lehnten die vertragschließenden Mächte ausdrücklich ab; auch sollte die Nordamerikanische Union zum Beitritt eingeladen werden. Diese lehnte ab: sie hatte Juarez' Regierung anerkannt und erklärte sich bereit, diese Regierung in Befriedigung der gerechten Ansprüche der Mächte zu unterstützen. Daß man in der neuen Welt, auch in den Staaten Südamerikas, von Anfang an diese Expedition mit großem Mißtrauen betrachtete, läßt sich denken.

Die Spanier, welche noch Schuldforderungen aus der Zeit ihrer Herrschaft geltend zu machen hatten, erschienen zuerst auf dem Platze. Am 8. Dezember 1861 traf ein spanisches Geschwader vor Veracruz ein und forderte die Stadt zur Übergabe auf. Der mexikanische Befehlshaber räumte die Stadt, nachdem er den Bewohnern untersagt hatte, die Spanier mit Proviant zu versehen; am 18. zogen diese ein. Der Kongreß der Republik vertagte sich, nachdem er dem Präsidenten Juarez umfassende Vollmachten gegeben, und dieser rief nun in einer Proklamation die Mexikaner zum Verteidigungskampfe auf. Er nahm für sie den Charakter eines civilisierten Volkes in Anspruch: „Unsere nicht kriegführenden Feinde“, sagte er, „mögen fortfahren, in Friede

und Sicherheit unter dem Schutze unserer Gesetze zu leben"; das Beispiel der Ausweisung und schamlosen Vergewaltigung harmloser und wehrloser Angehöriger einer Nation, gegen welche man im Felde steht, war dem am meisten ruhmsüchtigen und am wenigsten ehrliebenden unter den europäischen Völkern, dem französischen, vorbehalten.

Im Januar 1862 langten auch die englischen und französischen Truppen am Orte des Stelldicheins, zu Veracruz, an. Indes ließ die Einigkeit von Anfang an zu wünschen übrig. Die englischen und spanischen Bevollmächtigten konnten nicht umhin, die französischen Entschädigungsforderungen zu hoch oder nicht hinlänglich belegt zu finden, wie z. B. die des Bankiers Jecker, der mit dem Halbbruder des Kaisers der Franzosen, Grafen Morny, „dem es stets an ein paar Millionen fehlte", in eine nicht sehr reinliche Geschäftsverbindung in mexikanischen Schuldforderungsangelegenheiten getreten war: doch kam eine gemeinsame Note an Juarez zu stande. Dieser schlug vor, die Bevollmächtigten der Verbündeten möchten mit einer Ehrenwache von 2000 Mann nach Orizaba kommen und dort mit mexikanischen Bevollmächtigten verhandeln, die übrigen Truppen dagegen nach Europa zurückschicken. Den Engländern war darum zu thun, die Sache rasch und womöglich friedlich zu erledigen; sie schickten einen Führer der klerikalen, Juarez feindlichen Partei, Miramon, der mit einigen Anhängern am 27. Januar gelandet war, wieder nach der Havana zurück. Die mexikanische Regierung, welche sah, daß es Ernst wurde, willigte in eine Zusammenkunft ihres auswärtigen Ministers Doblado mit dem Befehlshaber der spanischen Streitmacht General Prim, welche am 19. Februar in der Stadt Soledad statthatte und mit einer Konvention endigte. Nach dieser Konvention von Soledad sollten, indem die mexikanische Regierung Akt davon nahm, daß die Verbündeten nicht die Absicht hätten, der Unabhängigkeit der Mexikanischen Republik Abbruch zu thun, Unterhandlungen über die Forderungen in Orizaba eröffnet werden und während derselben die alliierten Truppen drei Städte des Hochlands, entrückt der gefährlichen Fieberluft der Küstenebenen und der ersten Terrasse, beziehen: werden die Unterhandlungen unglücklicherweise abgebrochen, so gehen diese Truppen auf eine vorher bestimmte Stellung zurück. Es geschah so: die Truppen brachen auf und bezogen in den bezeichneten Stellungen Quartiere; ein englisches Marinebataillon schiffte sich alsbald in Veracruz wieder zur Rückkehr nach Europa ein. Allein mittlerweile war ein Haupt der klerikalen Partei, Almonte, gewesener mexikanischer Gesandter in Paris, in Veracruz erschienen, der, wie verlautete, von dem Kaiser Napoleon beauftragt eine besondere Mission in Mexiko zu erfüllen habe; derselbe wurde von französischen Truppen nach einer der besetzten Städte,

Cordova, geleitet. Es war offenbar, daß hier etwas geplant wurde, was über den Zweck der Expedition, der in friedlichem Gelingen war, hinausging; und alsbald warf denn auch der französische Bevollmächtigte, Admiral Jurien de la Gravière, die Maske ab, indem er am 24. März erklärte, seine Truppen sofort hinter die in der Konvention von Soledad im Falle des Abbruchs der Verhandlungen stipulierten Stellungen zurückzuziehen. Er vervollständigte dies am 29. den Vorstellungen des englischen und spanischen Bevollmächtigten gegenüber weiter durch ein Programm, in welchem er verlangte: erstens vollständige und bedingungslose Amnestie für alle politisch Proskribierten; zweitens Einladung an die Truppen der Alliierten, sich nach der Hauptstadt zu begeben, um die öffentliche Ruhe zu beschützen, sowie an die Bevollmächtigten, sich zu verständigen zu dem Zweck, gemeinsam die Art und Weise festzusetzen, wie man am besten den wirklichen und aufrichtigen Willen des Landes erfahre. Schon war eines der großen französischen Worte gefallen: „Beschützer der Wiedergeburt Mexikos zu sein."

Weder der englische noch der spanische Bevollmächtigte hatte Lust, sich in ein so unsinniges Abenteuer einzulassen. Jeder selbst nur oberflächlich Unterrichtete konnte die Gefahren desselben mit Händen greifen und sehen, daß Mexiko auch nach mehrmaliger Wiedergeburt nicht viel anders sein werde und sein könne, als es war. In einer Konferenz zu Orizaba am 9. April wurde diese Meinungsverschiedenheit konstatiert und der mexikanischen Regierung davon Kenntnis gegeben. Die letztere erklärte sich zu Separatverhandlungen mit den spanischen und englischen Bevollmächtigten bereit, was diese annahmen, und rief zugleich alle Mexikaner vom 21. bis zum 60. Jahre unter die Waffen.

Die Franzosen gingen somit allein vor. Ihre Bevollmächtigten erließen am 16. April 1862 eine Proklamation an das mexikanische Volk. Es sei nötig, eine Ordnung zu gründen, welche künftighin dergleichen Expeditionen überflüssig mache. „Die Fahne Frankreichs ist nun einmal aufgepflanzt auf mexikanischem Boden", sagte das in dem gewöhnlichen bramarbasierenden Tone gehaltene Aktenstück, „und sie wird nicht zurückweichen; die Verständigen mögen sie als eine befreundete aufnehmen, die Unsinnigen sollen es wagen, sie zu bekämpfen." Während die Engländer und Spanier, nachdem ein Abkommen bezüglich ihrer Forderungen erzielt war, nach Hause zurückkehrten, rückten die Franzosen, etwa 6000 Mann stark, vermehrt um einige Parteigänger Almontes, unter General Lorencez vor, erlitten aber am 5. Mai vor Puebla eine empfindliche Schlappe und mußten wieder zurück: der mexikanische General Zaragoza wagte es sogar, dem französi-

schen eine Kapitulation anzubieten. Das Haupt der Klerikalen, General Almonte, hielt die Konjunktur für günstig und warf sich in Veracruz zum Präsidenten auf, wurde aber von dem neuen französischen Oberbefehlshaber General Forey, der, am 22. September in Veracruz angekommen, die militärische und politische Leitung der Expedition übernahm, dieser Würde zu entsagen genötigt. Denn Almonte war nur eine Nebenfigur in dem hohen Spiel, das der Kaiser Napoleon nun begann, indem er einem Gedanken, der ursprünglich pfäffischem Einflusse entsprungen war, einen großartigen national-französischen und humanitären Anstrich zu geben suchte.

In einem Briefe an den General Forey vom 3. Juli hatte der Kaiser die Gesichtspunkte dargelegt, die ihn bei dem wunderlichen Abenteuer leiteten. Die Spitze war gegen die Vereinigten Staaten gerichtet, von deren kritischer Lage wir demnächst hören werden. Die Prosperität Amerikas, sagte der Kaiser, sei bei dem heutigen Stande der Civilisation für Europa nicht gleichgültig; Frankreich habe ein Interesse daran, daß die Union mächtig und blühend sei, gar keines aber, daß sie sich des ganzen Golfs von Mexiko bemächtige, von dort aus die Antillen und Südamerika beherrsche und die alleinige Verfügung über die Produkte der Neuen Welt in ihre Hände bekomme. Es handle sich darum, in Mexiko mit Frankreichs Hilfe eine stabile Regierung einzusetzen, damit werde der lateinischen Rasse jenseit des Oceans ihre Kraft und ihr Zauber (prestige) zurückgegeben werden. „Heute also“, schloß der Kaiser dieses Manifest einer abenteuernden Politik, „macht es uns unsere militärische Ehre, das Bedürfnis unserer Politik, der Vorteil unserer Industrie und unseres Handels, kurz alles macht es uns zur Pflicht, gegen Mexiko zu marschieren, dort kühn unsere Fahne aufzupflanzen und entweder eine Monarchie zu begründen, wenn dieselbe nicht unverträglich ist mit dem nationalen Gefühle des Landes, oder aber eine Regierung einzusetzen, die einigen Bestand verspricht.“

General Forey nahm die diplomatisch-militärische Alleinleitung zur Hand und versuchte den Mexikanern in einigen weiteren Proklamationen die „vielen und schönen Sachen“ auseinanderzusetzen, welche jetzt bei so überaus günstiger Gelegenheit unter französischer Fahne zu haben seien. Am 20. Oktober versammelte sich dagegen der mexikanische Kongreß und erließ, indem er seinem Präsidenten aufs neue ausgedehnte Vollmachten gab, ein Manifest, das die französische Invasion als unberechtigt zurückwies. Es war nicht schwer, gegen dieselbe mit guten und berechtigten Worten zu fechten — „gleichwie Frankreich erkläre, nicht gegen Mexiko zu fechten, so wolle auch Mexiko nicht gegen Frankreich Krieg führen, sondern nur gegen jenen Kaiser, der, anfangs be-

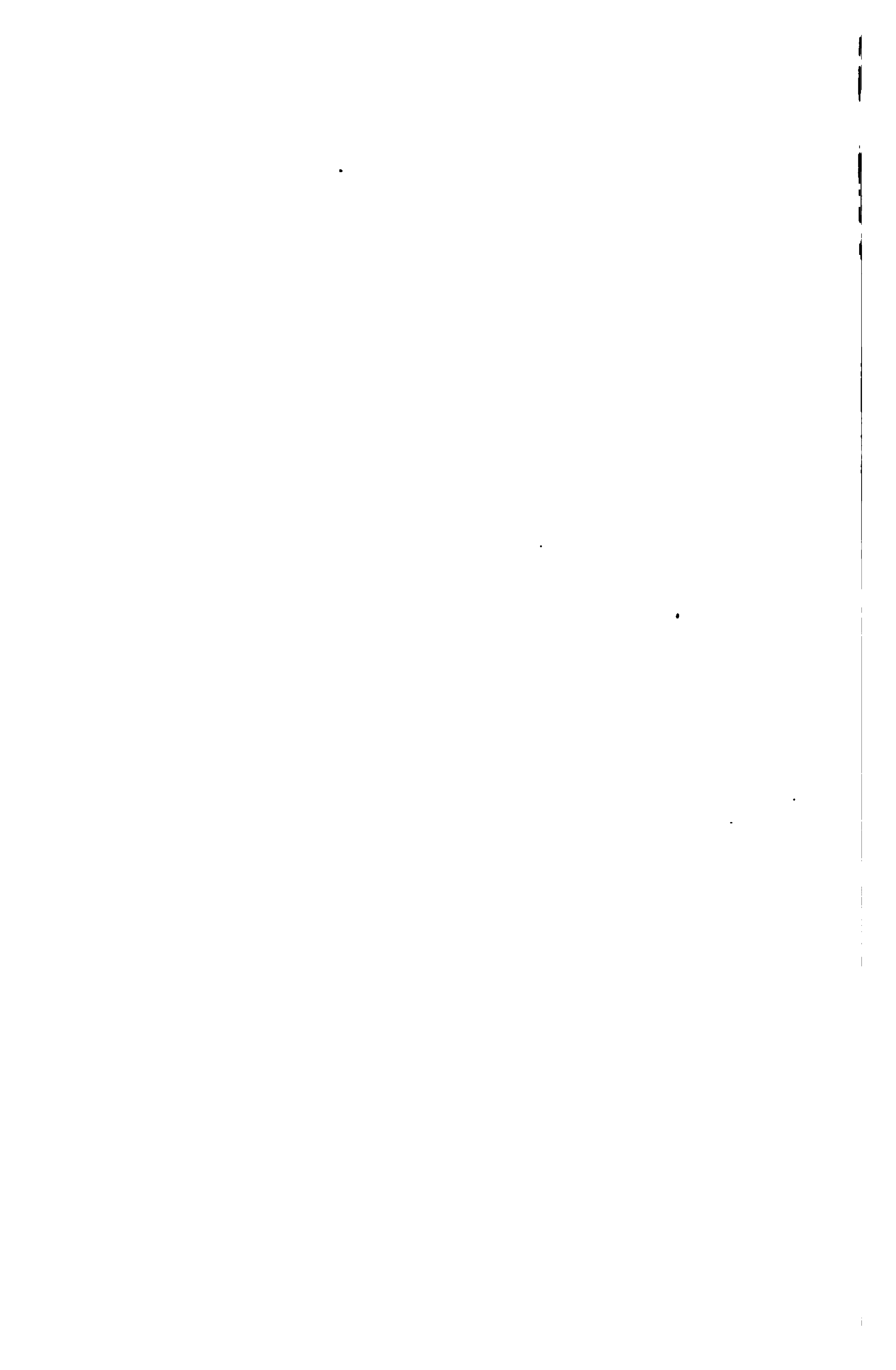
trogen und jetzt durch Ehrgeiz verführt, ein reiches Gebiet erobern und über die Geschicke eines ganzen Erdteils verfügen wolle." Bis zur Mitte November mochte der französische General etwa 40 000 Mann zur Verfügung haben. Er war bis zum Schlusse des Jahres in Orizaba beschäftigt, Lebensmittel und Maultiere zusammenzubringen; am 23. Februar 1863 brach er gegen Puebla auf, welches die Mexikaner unterdessen stark befestigt hatten.

Am 16. März erst konnten die Franzosen die Belagerung beginnen. Zwei Monate später erst konnte das aus Frankreich angelangte Belagerungsgeschütz aufgestellt werden. Am 17. Mai war Bresche geschossen: und so ergab sich nach einem 50tägigen Kampfe General Ortega. Zwölftausend meist Waffenlose wurden kriegsgefangen, unter ihnen nicht weniger als 26 Generale, ein Produkt, an welchem aller ehemals spanische Boden überfruchtbar ist; am 19. hielt Forey seinen Einzug. Juarez gab nunmehr die Hauptstadt auf, die er mit Regierung und Truppen verließ. Er wich nach Norden aus: von San-Luis-Potosi richtete er ein neues Manifest an die Mexikaner, in welchem er zur Fortsetzung des Kampfes aufforderte, während am 7. Juni General Bazaine mit der Vorhut, am 10. Forey mit der Hauptmacht in Mexiko seinen Einzug hielt. Hier wurde denn unter dem gebietenden französischen Einfluß eine Regierung ernannt, deren Mitglieder die Generale Almonte und Salas und der Erzbischof Labastida waren, alsdann eine Versammlung mexikanischer Notabeln berufen, deren 215 General Forey ernannte. Diese, am 8. Juli feierlich eröffnet, ging bereitwillig auf die Ideen des Kaisers Napoleon ein. Dieser hatte für den neu zu zimmernden Thron mittlerweile einen Kandidaten gesucht und gefunden: es war kein geringerer Mann als der Bruder des Kaisers von Österreich, Erzherzog Maximilian, welcher (geboren 6. Juli 1832) mit einer Tochter des Königs der Belgier vermählt war. Der überaus wohldenkende, phantastische, ritterliche Fürst, unter der großen Zahl österreichischer Erzherzöge ein Mann von weitem Gesichtskreise, kenntnisreich, fleißig, hatte sich längst mit dieser Idee vertraut gemacht, die einen grandiosen Schein hatte: den Glanz des Habsburgischen Namens jenseit des Atlantischen Oceans, wo er einst in den Tagen Karls V. so hell geleuchtet, zu erneuern und zugleich ein Volk und eine Gesellschaft zu regenerieren, die eines Mannes von reinem Wollen, der in die einheimischen Händel nicht verstrickt war, so dringend bedurfte. Er ward in diesem Gedanken eines edlen, aber hoffnungslosen Ehrgeizes bestärkt durch seine Gemahlin, welche, eine Tochter des staatskundigen Königs der Belgier, kinderlos, eine große und würdige Aufgabe für ihren hochstrebenden Geist sich eröffnet sah.



Maximilian, Kaiser von Mexiko.

(Nach einer Photographie, gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)



Am 11. Juli 1863 beschloß jene Notabelnversammlung die Einführung einer absoluten Erbmonarchie und proklamierte den Erzherzog zum Kaiser von Mexiko. Im Falle derselbe nicht annehme, sollte der Kaiser Napoleon ersucht werden, den Mann zu nennen, der am meisten sein Vertrauen genieße. Eine Deputation begab sich nach Europa, um dem Erzherzog diesen Beschluß zu überbringen, während einstweilen das Triumvirat Almonte, Labastida und Salas die Geschäfte führte, unter der Oberaufsicht des französischen Generals Bazaine, dem Marschall Forey, der am 1. Oktober nach Europa zurückkehrte, seine Vollmachten übergab. Am 3. Oktober 1863 empfing der Erzherzog die mexikanische Deputation auf seinem Schlosse zu Miramar bei Triest. Er erklärte ihr, daß er die Annahme des Throns von einem Plebiszit der gesamten Nation abhängig machen müsse, und daß er, wenn diese Grundbedingung erfüllt sei, dem Beispiele seines Bruders, des Kaisers von Österreich, folgend eine Konstitution einführen und mit seinem Eide besiegeln wolle.

Mit dem angeblichen Plebiszit, dieser fundamentalen Lüge des Napoleonischen Systems, hatte es natürlich am wenigsten not. Während in Mexiko diese erbärmliche Komödie unter dem Schutze der französischen Waffen sich vollzog und gleichzeitig die Franzosen den militärischen Widerstand der republikanischen Partei so weit brachen, als er überhaupt zu brechen war — die schwärmenden Banden, die überall und nirgends waren, konnten sie nicht beseitigen —, regulierte der Erzherzog seine Bedingungen mit dem Kaiser Napoleon, verzichtete auf seine Successionsrechte in Österreich und empfing dann am 10. April 1864 eine zweite mexikanische Deputation von 20 Mitgliedern, der er seine förmliche Annahme der dargebotenen Krone erklärte: er ernannte den General Almonte zu seinem Statthalter, bis er selbst nach Mexiko komme. Zugleich aber mußte er in einem Vertrage mit Frankreich die noch nicht vorhandenen Finanzen seiner Regierung belasten. Eines seiner ersten Dekrete kontrahierte eine Schuld im Nominalwerte von 200 Millionen Frank. Seinen Weg nach Mexiko nahm er über Rom, um sich dort das politisch sehr wertlose Gut des päpstlichen Segens zu holen, dem bald Forderungen folgen sollten, welche hinlänglich zeigten, was die Kurie sich erlaubt, wo sie einen Mann oder eine Partei in ihrer Gewalt zu haben glaubt. Am 29. Mai landete das Schiff, welches das kaiserliche Paar nach seinem Bestimmungsorte brachte, in Veracruz. Am 12. Juni hielt dasselbe seinen Einzug in Mexiko und eröffnete die Flitterwochen der neuen Monarchie am 6. Juli, dem Geburtstage des Kaisers, mit einer umfassenden Amnestie.

Man begleitet mit Sympathie und Interesse die Schritte dieses unglücklichen Opfers hochherziger Selbsttäuschung und fremder Selbst-

sucht. Im Felde waren die Franzosen Meister. Der Führer der mexikanischen Nationalpartei Juarez, ein fähiger, bedeutender, patriotischer Mann, mußte sich nach dem Norden des Landes, nach Chihuahua zurückziehen. Eine Kommission ward niedergesetzt zur Organisation der militärischen Kräfte, eine andere zur Regulierung der finanziellen Verhältnisse: eine Ruralgarde gegen die schwärmenden Banden, Krieger und Räuber, ward angeordnet; die Censur aufgehoben. Im August unternahm der neue Kaiser eine Rundreise in die Provinzen seines Reichs, soweit sie zugänglich waren. Er fand namentlich von seiten der indianischen Bevölkerung einen begeisterten Empfang, wenn man diesen Ausdruck an eine launische, wetterwendische Menge verschwenden darf, bei der jeder Eindruck lebhaft anklingt und keiner haftet. Aber die Partei der ehrlichen Leute, die seiner eigenen Ehrlichkeit hätten zu Hilfe kommen können, fand er nicht. Die nächste Schwierigkeit kam ihm von derjenigen Partei, auf deren Mitwirkung er vor allem angewiesen war, der klerikalen. Am 10. Dezember kam der päpstliche Nuntius, Monsignore Meglia, in Mexiko an; er brachte ein päpstliches Schreiben mit über die Grundlagen eines Konkordats; was dasselbe enthielt, kann man sich denken, wenn man sich erinnert, daß eben in jenen Tagen zu Rom die Aktenstücke vorbereitet wurden, welche allem Unkraut und allem Weizen der modernen Welt zugleich den Krieg erklären sollten. Es verlangte Widerruf der sogenannten „Reformgesetze“, katholische Religion mit Ausschluß jedes andern Kultus; Wiederherstellung und Reorganisation der religiösen Orden; aller Unterricht, öffentlicher und privater, unter kirchliche Autorität gestellt. Eine Vollmacht für die Regelung der Kirchengüterfrage, der für die Beruhigung Mexikos und die Befestigung der neuen Herrschaft wichtigsten von allen, brachte der Nuntius nicht mit, „zum äußersten Erstaunen“ des Kaisers Maximilian. Das Erstaunen hätte dieser sich sparen können: wenn er sich auf die Partei Roms, die eigennützigste, grausamste und bornierteste aller Parteien, stützte, so war er verloren und dem Untergange geweiht, noch ehe er seinen Fuß auf den Boden des neuen Kaiserreichs setzte. Die Kirchengüter waren unter dem republikanischen Regimente verkauft worden; die Interessen, welche durch diesen Akt entstanden waren, sicherzustellen, war notwendig; der Kaiser beschloß denn auch, die Sache ohne weitere Verständigung mit Rom ins reine zu bringen, und instruierte in diesem Sinne seinen Minister Escudero: „Seien Sie im Sinne einer freien und großartigen Toleranz thätig, lassen Sie jedoch nicht außer acht, daß die Staatsreligion die römisch-katholische ist.“

Indes der Anfang, schwer wie er überall ist, zehnfach schwer wie er hier war, war nicht ganz unglücklich. Bis zu Ende des Jahres

war die neue Autorität im größeren Teile des Landes, das Kaiserreich Mexiko von sämtlichen Großmächten Europas und einer Reihe kleiner anerkannt. Aber eine Anerkennung fehlte, die wichtiger war, als die aller übrigen Groß- und Kleinmächte zusammengenommen: die der großen Republik im Norden, die noch immer in gewaltigem Ringen gegen den Feind in ihren eigenen Eingeweiden sich abmühte, aber keineswegs geneigt war, eine neue Habsburgische oder sonstwie europäische Dynastie auf amerikanischem Boden Wurzel fassen zu lassen.

Vielleicht das folgenreichste welthistorische Ereignis des 18. Jahrhunderts neben der französischen Revolution war die Gründung der Nordamerikanischen Union gewesen, welche sich in der Konföderation vom 8. Juli 1778 den Namen der Vereinigten Staaten von Amerika beilegte und im Jahre 1787 ihre Verfassung auf Grund der berühmten Erklärung der Menschenrechte feststellte. In dem halben Jahrhundert, das seither verflossen, hatte sie sich über das ungeheure Territorium ausgebreitet, das die Natur der Verhältnisse ihr zur Verfügung stellte. Vom 24. bis 49. Grad nördlicher Breite umfaßte sie im sechsten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts einen Flächenraum von 150 000 Quadratmeilen, mit einer durch die natürliche Fruchtbarkeit der Ehen, welche Kolonialstaaten charakterisiert, wie durch Einwanderung in großem Maßstabe sichtbar anschwellenden Bevölkerung; man rechnete etwa 20 000 Einwanderer auf den Monat. Der erste Census vom Jahre 1790 ermittelte eine Bevölkerung von 5 300 000 Seelen, der siebente im Jahre 1850 bereits 23 Millionen: und bei dem fast unbeschränkt sich dehnenden Landbesitz und den günstigen Erwerbsbedingungen rechnete man auf eine Verdoppelung der Volkszahl in allemal 20 Jahren. Diese Bevölkerung war (1859) verteilt auf 34 Staaten und sieben Territorien: nunmehr schon 24 Millionen Weiße, 480 000 freie Farbige, 1/3 Million Indianer, 3 1/2 Millionen Negersklaven. Die Verfassung war im wesentlichen unverändert geblieben. Sie baut sich auf auf dem Grunde möglichster Freiheit des einzelnen Bürgers, möglichster Selbständigkeit der einzelnen Gemeinde und Grafschaft gegenüber dem Staate, möglichster Unabhängigkeit des einzelnen Staates gegenüber der Union in allen seinen inneren Angelegenheiten. Die Verfassungen der einzelnen Staaten zeigen, den gleichen noch ziemlich einfachen Verhältnissen entsprechend, fast überall die gleichen Grundzüge; nur etwa der Census für die Wahlberechtigungen ist verschieden. Ein Gouverneur, der von den Bürgern gewählt wird, an der Spitze übt die vollziehende Gewalt; ihm zur Seite steht eine in zwei Kammern geschiedene Legislative, ein wenig zahlreicher Senat, eine zahlreichere Assembly, ersterer alljährlich zu 1/3, letztere alljährlich ganz durch die-

selben Wähler erneuert. Der Gouverneur ernennt nur die Sheriffs in den Grafschaften, alle anderen Beamten werden durch Volkswahl bestimmt; Schulwesen, Steuerwesen, Organisation der Verwaltung bestimmt der einzelne Staat. Aus solchen autonomen Staaten setzt sich die Union zusammen. Ihre höchste legislative Autorität ist der Kongreß, der seinerseits in einen Senat und ein Haus der Repräsentanten zerfällt und sich der Regel nach einmal jährlich im Dezember zu Washington versammelt. Den Senat bilden die Einzelstaaten, indem jeder Staat zwei seiner Senatoren dorthin entsendet; alle zwei Jahre scheidet ein Dritteil aus und wird wieder ersetzt; das Haus der Repräsentanten wird für allemal zwei Jahre gewählt, und zwar so, daß die Bevölkerung jedes Staates so viele Wahlmänner wählt, als der Staat Mitglieder in Senat und Assembly zu wählen hat; diese Wahlmänner ernennen die Repräsentanten, je einen auf 127 000 Köpfe der Bevölkerung, wobei fünf Sklaven gleich drei Freien gerechnet werden.

In stürmischen Wogen geht das öffentliche Leben alle vier Jahre, wenn der Präsident gewählt wird, der an der Spitze der Exekutivgewalt dieses stolzen und zukunftsgewissen Gemeinwesens steht. Jeder Staat wählt so viele Wahlmänner für die Präsidentenwahl, als er Mitglieder zum Kongresse schickt; die Abstimmungslisten werden nach Washington gebracht und dort in Gegenwart beider Häuser geöffnet: wer die meisten Stimmen hat, wird als Präsident für die nächsten vier Jahre proklamiert, bezieht die Residenz, „das Weiße Haus“ in Washington, ernennt die Konsuln, Gesandten und Unionsbeamten, vorab die Minister, die aber für seine Handlungen ebensowenig verantwortlich sind, als er für die ihren. Chef der Civilregierung, ist er zugleich Oberbefehlshaber der Streitmacht zu Wasser und zu Lande, doch hat nicht er, sondern der Kongreß das Recht, Krieg zu beschließen und Frieden zu machen.

Der Schwerpunkt des politischen Lebens war also hier in der Peripherie, in den einzelnen Staaten gelegen, und innerhalb derselben wurde der Unabhängigkeit der Gemeinden, innerhalb der Gemeinde der Einzelfreiheit so viel Raum gegeben als möglich. Mit Staunen berichtet es der geistreiche Franzose, der am tiefsten die Eigentümlichkeiten der „Demokratie in Amerika“ ergründet hat (Tocqueville), daß man in Amerika nirgends die Regierung sehe, während sie in seinem Heimatlande überall, hier als Polizeisergeant, dort als Schildwache, hier in steinernem Prachtbau, dort in hochtrabenden Titeln oder in den servilen Formen der Begrüßung sichtbar sei und sich dem Auge entgegendränge. Dabei aber waren doch auf der andern Seite im Notwendigen und Wesentlichen die Momente staatlicher Einheit mit Umsicht und staatsmännischer Weisheit gewahrt. Vor allem: wer

Bürger in **einem** Unionsstaate war, war es auch in allen anderen; kein Einzelstaat durfte eigene Kriegsmacht halten noch eigene Münze schlagen noch Gesandte halten oder Bündnisse schließen; die Selbständigkeit der einzelnen Staaten artete nicht, wie etwa in Deutschland, ins Unsinnige aus. Man konnte immerhin streiten, ob hier ein Staatenbund oder ein Bundesstaat sei: und die Krisis kam auch für dieses Gemeinwesen, wo jene gewichtige Frage, die sich in dieser oder jener Form in jeder Föderation erhebt, zur Entscheidung gebracht werden mußte. Dieser gewaltige Staat, in welchem die persönliche Kraft des Individuums fast fessellos schaltete, und in welchem deshalb die Entwickelung dessen, was man mit einem vielsagenden Namen die Kultur nennt, mit unglaublicher Raschheit vor sich ging, war durchaus eine germanische Schöpfung. Unter den Massen der Einwanderer bildeten zwar lange Zeit die Irländer die relativ größte Zahl, aber sie sanken dort auf dem neuen Gebiete rasch auf den Grund und bildeten in den großen Städten den schlimmsten Bestandteil des Pöbels, während das germanische Element, zu welchem die Deutschen ein starkes und immer wachsendes Kontingent stellten — sie zählten im Jahre 1859 7½ Millionen bei 30 Millionen Gesamtbevölkerung —, die eigentliche Stärke des Gemeinwesens ausmachte.

Gegen Gefahren von außen war die Union um jene Zeit ziemlich gesichert. Die Monroe-Doktrin, welche aussprach, daß Amerika ein geschlossenes Land sei, welches fernerhin kein Gebiet für Ansiedelungen irgendwelcher europäischen Macht abgeben könne, trug ihre Garantie in der Macht dieses Staatenbundes, den niemand gern zum Feinde hatte. Auch im Innern war er von den Gefahren frei, welche den europäischen Staaten in den Gegensätzen der Stände und Gesellschaftsklassen, der Verschiedenheit der Religion und der Nationalität innerhalb desselben Gemeinwesens so oft die schwersten Erschütterungen brachten. Gleichwohl bildeten sich auch in diesem unter so günstigen Bedingungen wachsenden Gemeinwesen folgenschwere Gegensätze aus, die schließlich ihre Kräfte in dem gewaltigsten Bürgerkriege messen sollten, von welchem die Blätter der Geschichte zu melden wissen.

Ein solcher Gegensatz trat früh hervor, weil er durch die Natur selbst gegeben ist: der Gegensatz der **südlichen** Staaten gegen die **nördlichen**. In einigen dieser südlichen Staaten, Florida, das aus spanischem, Louisiana, das aus französischem Besitze herübertrat, Carolina, Virginia, ist schon von den Zeiten des Ursprungs her ein starkes aristokratisches Element bemerkbar gegenüber dem plebejischen Charakter der nördlichen Staaten; wichtiger war die durch klimatische und geographische Verhältnisse erzeugte verschiedene Richtung der **Erwerbsthätigkeit**. Die Staaten, welche etwa vom 36. Breitengrade südlich

liegen, sind auf Bodenerzeugnisse, wie Zuckerrohr und Baumwolle, angewiesen, deren Produktion nur im großen lohnt. Sie bedingt ein Vorwiegen des Großgrundbesitzes und damit die aristokratischen Formen und Gewohnheiten des Lebens, welche diesem charakteristisch sind: man hat bemerkt, daß trotz des allgemeinen Stimmrechts, bei geringerer Bevölkerungszahl der Südstaaten, doch die Mehrzahl der Präsidenten der Union aus diesen südlichen Staaten hervorgegangen ist. Anders im Norden, wo die klimatischen Verhältnisse, der kargere Boden, die von Europa her durch die Einwanderer zuströmende Konkurrenz energische Arbeit des Einzelnen verlangte, wo die große Anzahl guter Häfen, woran der Süden Mangel leidet, den Handel begünstigte, der die Kapitalien rasch von einer Hand in die andere bringt, und wo endlich die große Masse der Eingewanderten landete, die, meist mittellos, nur durch strenge Arbeit emporkamen. Beide, der „Yankee" wie der Eingewanderte, wie reich er werden mochte durch harte Arbeit oder waghalsige Spekulation, blieben Plebejer und drückten diesen plebejischen Charakter dem ganzen Leben der nördlichen Staaten auf, denen die konservative Stetigkeit der südlichen Gesellschaftszustände gänzlich fehlte. Dazu kamen die volkswirtschaftlichen Verhältnisse: der Norden verlangte für seine sich entwickelnde Industrie, um die europäische Konkurrenz auszuhalten, hohe Schutzzölle; der Süden war freihändlerisch gesinnt, da der Schutzzoll ihm die Industrieprodukte, die er kaufen mußte, weil er ausschließlich landwirtschaftliche Artikel zur Ausfuhr erzeugte, verteuerte. Der Angelpunkt des Gegensatzes zwischen Nordstaaten und Südstaaten aber wurde mehr und mehr die Sklavereifrage.

Bei Gründung der Union herrschte die Sklaverei in allen 13 Staaten. Die Verfassung setzte sie als bestehende Institution voraus, wenngleich der Name vermieden wurde, der schlecht zu den erklärten Menschenrechten paßte. Im Norden aber war infolge der zunehmenden Einwanderung bald verhältnismäßiger Überfluß an Arbeitskräften; dagegen herrschte im Süden Mangel an solchen, und überdies war dort durch Produkte und Klima die Plantagenwirtschaft nahe gelegt, für welche viele rüstige Arme, Fähigkeit, das Klima zu ertragen, und Mangel an eigener Intelligenz seitens der Arbeiter erwünscht sind. So wanderten mehr und mehr die Negersklaven für gutes Geld nach dem Süden, und die Sklaverei wurde eine charakteristische Eigentümlichkeit des dortigen Lebens, welche durch den schroffen Unterschied zwischen dem Herrn und dem Sklaven die aristokratischen Gewohnheiten der Weißen steigerte, und das Wort von den „Baronen" des Südens zu einer treffenderen Bezeichnung machte, als es ursprünglich gewesen. Die Abschaffung der Sklaveneinfuhr machte wenig aus, obwohl sie die Ware

verteuerte: die schwarze Bevölkerung vermehrte sich trotzdem in dem fruchtbaren Klima, und es mußte dann und wann als Verteidigung der an sich schlechten Sache dienen, daß die Neger in den südlichen Staaten der Union in einer beneidenswerten Lage seien, verglichen mit derjenigen ihrer Volksgenossen unter ihren einheimischen Tyrannen in Afrika.

So bildete sich der Gegensatz mehr und mehr aus. Man begann von Sklavenstaaten und Nichtsklavenstaaten zu sprechen. Man fing an, wo ein „Territorium" sich als „Staat" konstituieren wollte — es konnte geschehen, sobald dasselbe 60 000 Freie zählte — zu berechnen, ob es für die eine oder die andere Seite einen Zuwachs bilden werde. Der Gegensatz schärfte sich, als nach dem Kriege mit England wiederholt die schutzzöllnerischen Tarifsätze erhöht wurden. Im Jahre 1832 kündigte einer der südlichen Staaten, Südcarolina, der Union geradezu den Gehorsam, indem er die Zollgesetze des Bundes für unverbindlich erklärte, „nullifizierte", und man sieht, wie hier der weitere Zwiespalt, ob die Union als Staatenbund oder als Bundesstaat anzusehen sei, hervortrat: ein Zwiespalt, den man mit den Bezeichnungen der demokratischen Anschauung, welche die Selbständigkeit der Einzelstaaten, und der republikanischen, welche die Einheit der Union hervorhob, ausgesprochen hat, und der, unter dieser Bezeichnung fortdauernd, noch immer die gegeneinander strebenden Kräfte und Parteien kennzeichnet, wie sie in jedem föderativen Staatswesen mit Notwendigkeit hervortreten.

Im Jahre 1819 waren die Nord- und die Südstaaten gleich an Zahl, elf nördliche sklavenfreie, elf südliche sklavenhaltende. Es meldete sich Missouri, bis dahin Territorium, zur Anerkennung als Staat und verlangte Beibehaltung der Sklaverei. Der Norden protestierte, aber die Sache endigte mit dem sogenannten Missourikompromiß, nach welchem fernerhin kein Staat jenseit des 36° 30′ nördlicher Breite als Sklavenstaat zugelassen werden sollte. Der Kampf trat damit in das Stadium des Bewußten. Der Süden war dabei im Vorteil: er hatte die Verfassung für sich, und es handelte sich um sein Eigentum — um die Grundlage aller dortigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Innerhalb der Südstaaten selbst war in dieser Sache keine Meinungsverschiedenheit, während die Sklaverei auch im Norden eine starke Partei für sich hatte, der die Erhaltung der Union über alles ging, und die fühlte, daß die Abschaffung, ja selbst nur eine sehr starke Bewegung zu Gunsten der Abschaffung der Sklaverei die Union gefährde, den Bürgerkrieg heraufführe. Der Mexikanische Krieg 1846 bis 1848 brachte nun, indem er zugleich den nationalen Hochmut steigerte, einen ungeheuren Gebietszuwachs, Texas, Neumexiko, Kali-

fornien im Süden, welcher der demokratischen Partei — so nannte sich die Sklavenhalterpartei — zu gute kommen mußte. Aus den gewonnenen Territorien mußte eine Anzahl Staaten erwachsen, welche die Sklaverei bei sich kraft ihres souveränen Rechts einführen konnten. Die Partei verbündete sich mit allerlei Elementen im Norden; die Einwanderer aus dem Jahre 1848 lockte der „demokratische“ Aushängeschild; die Masse des Volkes im Norden fühlte sich sehr aristokratisch gegenüber dem „Nigger“, der in der That unter dem Pöbel des Nordens mehr gefährdet war, als im Süden; die Goldminen Kaliforniens, die rasche Ansammlung von Reichtümern führte eine Korruption herbei, welche der schlechten Sache günstig war, der sich eine Menge feiler Agitatoren, Demagogen und Advokaten zur Verfügung stellte. Auch die Kirche und die Kanzel gab sich wenigstens im Süden willig in den Dienst der siegreichen Sache, welche man dort nur im Namen eines reinen Christentums und auf die Gefahr des Märtyrertums bekämpfen konnte.

Die besseren Elemente der Bevölkerung der Vereinigten Staaten mußten den Kampf aufnehmen, der bereits ein sehr schwieriger geworden war. Wenn es noch eines Zeichens bedurft hätte, die Gefahr klar zu machen, in der man sich befand, so war es die Schärfung des Gesetzes, welches jeden Staat zur Auslieferung entflohener Sklaven verpflichtete — die Staaten also, welche sich von jenem Fluche frei erhalten oder frei gemacht hatten, zu Henkern der Sklavenbarone herabwürdigte. Es war hohe Zeit: die demokratische Partei setzte im Jahre 1853 mit 252 Stimmen, darunter 158 der nördlichen Staaten, einen der Ihrigen, Franklin Pierce, als Präsidenten durch, welcher erklärte, daß die Sklaverei konstitutionell unanfechtbar sei, und daß eine fernere Anregung des Gegenstandes verbrecherisch erscheine. Nunmehr aber begann eine lebhafte Agitation: zunächst erhob sich die alte Whigpartei als Knownothings oder amerikanische Partei gegen die Eingewanderten, welche für Pierce gestimmt hatten; sie verlangten, daß die Wahlfähigkeit erst durch 21jährigen, nicht wie seither schon durch fünfjährigen Aufenthalt im Lande erworben werde. Zahlreiche religiöse und andere Vereine erhoben sich gegen die Sklaverei; in jenen Tagen erschien der berühmte Tendenzroman der Mrs. Beecher Stowe „Onkel Toms Hütte“, welcher die ganze gebildete und halbgebildete Welt mit in das Interesse an dem beginnenden Kampfe zog. Jetzt, wo einmal die Frage: Sklaverei oder nicht, ernstlich gestellt war, war sie auch entschieden. In der ganzen Welt empfand man es als eine Schmach, daß Zustände, wie jenes populäre Buch sie schilderte, in der Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Schatten des Christentums in einem Lande der Freiheit fortdauerten. Bald trat der volle Haß zu Tage: in den Süd-

staaten machte man kein Hehl daraus, daß man bei nächster Gelegenheit von dem Yankeetum und Yankeestaat sich trennen werde; und der Haß war dort um so wütender, als man mit Neid sich gestehen mußte, daß an Bevölkerungszahl und Wohlstand der Norden den Süden längst überflügelt habe. Noch zweimal erfocht die demokratische Partei einen Sieg: im Jahre 1854, wo bei der Organisation der Territorien Kansas und Nebraska der Missourikompromiß umgestoßen wurde durch Annahme der Douglasschen Bill, die verlangte, daß Sklaverei oder Nichtsklaverei den neuen Staaten als lediglich innere Angelegenheit zu eigener Entscheidung anheimgegeben werde, und im Jahre 1856, wo sie noch einmal ihren Präsidentschaftskandidaten James Buchanan durchsetzte. Es war ihr letzter. Während ihre eifrigsten Parteigänger zu einem Geheimbunde, dem der Ritter vom goldenen Kreise, zusammentraten, der die Küstenländer des Golfs von Mexiko, auch Cuba, Mexiko, die Staaten Centralamerikas und der Nordküste von Südamerika zu einer großen Konföderation von Sklavenstaaten vereinigen sollte, schlossen auch die Gegner ihre Reihen jetzt unter dem gewichtigen Namen der republikanischen Partei. Denn darum, um die Erhaltung der Republik selbst und um nichts Geringeres handelte es sich. Die Einwanderer, vorab die Deutschen, waren von ihrer Thorheit zurückgekommen und schlossen sich an; mit der Frage der Erhaltung der Republik verband sich unauflöslich der Kampf um freie Arbeit und Sklavenarbeit: und so rasch waren die Fortschritte dieser republikanischen und zugleich abolitionistischen Partei, daß bei der neuen Präsidentenwahl im Jahre 1860 ihr Kandidat Abraham Lincoln den Sieg davontrug (6. November 1860).

Diese Wahl gab den Sklavenstaaten das Signal zu dem längst geplanten Abfall. Schon am folgenden Tage schlug der Gouverneur von Südcarolina der Versammlung dieses Staates die Trennung von der Union und die Bewaffnung aller Männer vom 18. bis zum 45. Jahre vor, und noch hatte der neue Präsident sein Amt nicht angetreten, als die Staaten, welche dem Beispiele Südcarolinas folgten, Georgia, Florida, Mississippi, Alabama, Louisiana, am 18. Februar 1861 zu Montgomery im Staate Alabama sich als eigener Staatenbund oder Konföderation konstituierten, den früheren Kriegsminister der Union unter Pierce, Jefferson Davis, zum Präsidenten wählten und sich eine vorläufige Verfassung gaben. Während mattherzige und zum Teil nicht ernstlich gemeinte Vermittelungsversuche gemacht wurden und der regierende Präsident Buchanan zögerte die Macht zu gebrauchen, hatten die Feindseligkeiten bereits begonnen. Ein Regierungsdampfer, welcher der gefährdeten Besatzung des Forts Sumter bei Charleston in Südcarolina Verstärkungen zuführen sollte, wurde von

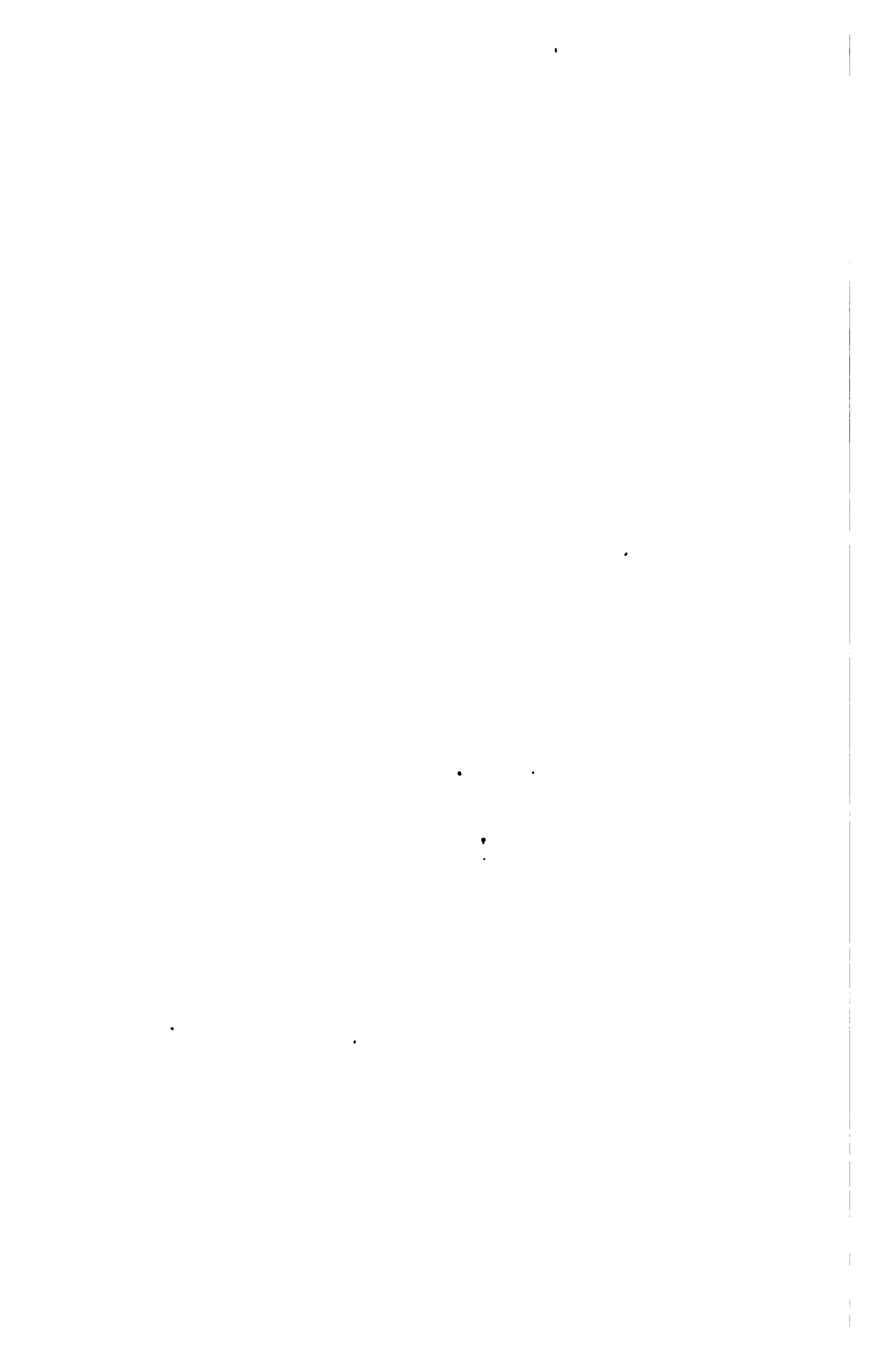
einer Strandbatterie am Eingange der Bai beschossen und zur Umkehr gezwungen.

Der neue Präsident Lincoln war einer der Männer des Westens, wo der Ackerbau die Hauptrolle spielt. Im Jahre 1809 im Staate Kentucky geboren, ein „selbstgemachter Mann", Sohn eines Farmers, unter harter Arbeit bei unvollkommenem Schulunterricht aufgewachsen, später, nachdem er seine Bildung durch einige juristische Studien ergänzt, Advokat in Springfield (Illinois); kein genialer, aber ein ehrlicher, gottesfürchtiger, seiner Pflicht bewußter und der Union treu ergebener Mann. So faßte er das Steuer, selbst noch nicht im klaren über die furchtbare Natur des Sturmes, der heraufgezogen war. Als er in Washington ankam, war die Stimmung sehr erregt und im allgemeinen gegen ihn, weil seine Wahl die Sezession veranlaßt hatte, welche doch, so wie die Dinge lagen, unvermeidlich gewesen war, wenn nicht der bessere Teil von dem schlechteren sich das Gesetz diktieren lassen wollte. Seine Antrittsrede vom 4. März war voll Mäßigung. Es sei sein Vorsatz nicht, an der Einrichtung der Sklaverei zu rütteln in den Staaten, wo sie einmal bestehe; er bekannte sich auch zu der Auslieferungspflicht, weil sie einmal in der Verfassung stehe, die er heute ohne heimlichen Vorbehalt beschwöre. Aber jene Mäßigung war die eines Mannes, der in der Hauptsache fest entschlossen ist. „Kein Blutvergießen, keine Gewaltthätigkeit, wofern sie der nationalen Obrigkeit nicht aufgedrungen wird"; „aber", setzte Abraham Lincoln hinzu, „die Union dieser Staaten ist eine unauflösliche; die mir anvertraute Gewalt soll ausgeübt werden, um das Eigentum und die Plätze, die der Regierung gehören, zu halten, zu besetzen und innezuhaben sowie die auferlegten Steuern einzusammeln." Noch hoffte er den Bruch zu vermeiden; aber inzwischen wurden die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen, alle Kriegsschiffe sowie die in Texas und sonst im Süden dislozierten Bundestruppen heimgerufen.

Die Stimmung im Norden war nicht für den Krieg. Man braucht in unseren Tagen, wo man es mit Kriegen überhaupt nicht mehr so leicht nimmt wie früher, erst einige Zeit, um sich in die unerfreuliche Notwendigkeit hineinzudenken. Daß dieser Krieg ungeheure Opfer kosten würde, war im voraus klar, um so mehr, als das Land gar nicht auf denselben eingerichtet war und einzelne Mitglieder des vorigen Kabinetts die militärischen Vorbereitungen des Südens geradezu unterstützt hatten: wie denn der Kriegsminister in Buchanans Kabinett verräterisch Kriegsmaterial und Geschütze nach den südlichen Arsenalen hatte schaffen lassen. Aber diese Stimmung änderte sich rasch. Lincoln hatte dem Kommandanten der Unionstruppen im Fort Sumter, Major Anderson, Befehl geschickt, nur wenn er wirklich angegriffen würde,



Abraham Lincoln,
Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
1862.
(Nach Metzmacher.)



von den Waffen Gebrauch zu machen. Der Befehlshaber der sezessionistischen Truppen von Südcarolina, General Beauregard, forderte jenen am 11. April 1861 zur Übergabe auf, beschoß dann, als dies verweigert wurde, das Fort 24 Stunden lang und zwang so den Major am 13. zu kapitulieren. Diese Nachricht änderte die Stimmung im Norden völlig. Die Sklavenbarone wollten also den Krieg; die ganze furchtbare Energie der angelsächsischen Rasse, welche diesen gewaltigen Staat geschaffen hatte, erwachte; und bald war man im Norden darüber im reinen, daß von Frieden nun nicht mehr die Rede sein dürfe vor völliger Besiegung der Rebellion. Schon am 15. rief eine Proklamation des Präsidenten 75 000 Mann Milizen unter die Waffen und zugleich den Kongreß zu außerordentlicher Sitzung auf den 4. Juli nach Washington.

Im Süden hatte man längst die Kräfte abgewogen und, was zu bedenken war, bedacht. Man vertraute hier zunächst auf die Einmütigkeit des Entschlusses, der hervorging aus der „Notwendigkeit, die Grundlage alles Besitzes und des ganzen gesellschaftlichen Lebens, das Sklaveneigentum zu verteidigen", man vertraute auf die Kraft des Hasses der dortigen Junkerschaft gegen die Yankees — auf den kriegerischen Sinn, den dort die Gewohnheit, über Tausende die Kraft eines harten und gefürchteten Regiments zu erproben, erzeugt hatte gegenüber dem Krämergeist der Plebejer im Norden. Die meisten der Offiziere, welche die freilich geringfügige stehende Truppenmacht der Union befehligten, und die auf der einzigen Militärschule derselben, zu Westpoint im Staate New York am rechten Ufer des Hudson, ausgebildet worden waren, gehörten den Südstaaten an. Sie konnten ihre Verfassung den politischen und kriegerischen Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage anpassen; die Union dagegen war an die bestehende Verfassung gebunden, welche schlecht zu einem solchen Kriege paßte. Außerdem konnten sie mit Sicherheit darauf zählen, daß dieser Krieg bei der ungeheuren Ausdehnung seines Schauplatzes, den zahlreichen natürlichen Hindernissen, den gewaltigen Strömen, Sümpfen, Wildnissen, Wäldern, den noch immer wenig häufigen Verkehrsstraßen in einem Lande von so geringer Bevölkerungsdichtigkeit — es kamen im Durchschnitt im damaligen Nordamerika nur erst 154 Menschen auf die Quadratmeile — auf keinen Fall rasch entschieden werden würde: und wenn dies eintraf, glaubten sie noch auf weitere Verbündete zählen zu dürfen. Die Kulturstaaten der Alten Welt, England vor allem und Frankreich, konnten des kostbarsten der südstaatlichen Produkte, der Baumwolle, welche allein, wie man berechnete, die Nahrungsquelle für $^1/_8$ der Bevölkerung von England abgab, nicht lange entbehren, und von diesem so offenbaren Interesse durfte man Vermittelung, An-

erkennung der Konföderation, selbst thätiges Einschreiten zu ihren Gunsten um so eher erwarten, als die Alte Welt ohnehin Ursache hatte, das gewaltige Wachsen der Union einigermaßen unheimlich und bedrohlich zu finden.

Allem dem hatten die Nordstaaten zunächst nur ganz wenige organisierte Kräfte entgegenzusetzen. Das stehende Heer, etwa 12 000 Mann im ganzen, war kaum zahlreich genug, die paar Bundesforts zu besetzen, von denen mehrere auch schon hatten aufgegeben werden müssen, und die zahlreichen Milizen — denn jeder Amerikaner zwischen 18 und 45 Jahren ist verpflichtet, in der Miliz seines Staates zu dienen — waren zu ernsthaften kriegerischen Zwecken wenigstens zunächst nicht zu gebrauchen: von Errichtung eines großen Heeres durch Aushebung aber konnte nach den Verhältnissen im Norden nicht die Rede sein. Auch die Flotte, obwohl in besserem Stande, war nicht zahlreich. Aber was nicht war, konnte werden; man hielt sich zunächst an die Thatsache, daß die Nordstaaten 19 Millionen gegen 12 des Südens zählten, und daß unter den letzteren 4 Millionen Sklaven waren, die man, wenn kein anderes Mittel mehr verfing, in ebensoviele Feinde der Rebellen verwandeln konnte. Die materiellen Mittel aber, der Reichtum der Nordstaaten war unermeßlich und unerschöpflich, und am wenigsten von allem schreckte sie der Gedanke an die Möglichkeit einer europäischen Einmischung. Die Sprache Lincolns, wie die Sewards, des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, des fähigsten und kräftigsten Mannes in seinem Kabinett, ließ in dieser Beziehung keinen Zweifel übrig. In den bestimmtesten Worten, von Anfang an, erklärten sie, daß von einer solchen Einmischung, wie freundschaftlich sie gemeint sein möge, schlechthin keine Rede sein könne: „Der Gedanke an eine, sei es gewaltsame, sei es friedliche Auflösung der Union ist keinem unserer ehrlichen Staatsmänner jemals in den Sinn gekommen.“ Zunächst erklärten sich denn auch die beiden Staaten, welche vermöge ihrer oceanischen Lage und Stellung durch diese Dinge zunächst berührt wurden, England und Frankreich, für neutral.

Zur Orientierung in dem nun ausbrechenden Kriege kann eine Linie dienen, welche man von der Delawarebai nach dem Ohiofluß zieht, und welche dem mittleren und unteren Laufe dieses Stromes bis zu seinem Einfluß in den Mississippi, dann diesem aufwärts folgend, zuletzt der Nordgrenze des Staates Missouri entlang läuft: was südlich dieser Linie lag, war Gebiet des Südens, dessen Konföderation mithin Mississippi, Nord- und Südcarolina, Georgia, Florida, Alabama, Louisiana, Kentucky, Delaware, Tennessee, Arkansas, Missouri, Texas umfaßte; Virginien war geteilt und darum Hauptobjekt des Kampfes.

Man kann einen, östlichen, mittleren und westlichen Kriegsschauplatz unterscheiden: der erstere umfaßt Ostvirginien, der mittlere das westliche Virginien und Tennessee, der westliche wird durch die Unterläufe des Ohio und seiner Nebenflüsse, des Tennessee und des Cumberland, bezeichnet.

Von diesen Kriegsschauplätzen war der östliche der wichtigste. Hier lagen sich in einer Entfernung von nur 25 deutschen Meilen die Bundeshauptstadt Washington mit ihrem kleinen Distrikt Columbia und die Hauptstadt des sklavenhaltenden Virginiens und bald der ganzen Konföderation, Richmond, gegenüber, und es handelte sich für die Union vor allem darum, jene ihre schwergefährdete Bundeshauptstadt zu schützen; in ihrem Rücken lag Maryland, welches der Konföderation beizutreten Miene machte, aber durch den General Butler — derselbe war vorher Advokat in Boston gewesen — im Zaume gehalten wurde. Die Konföderierten unter Beauregard waren bis Manassas Junktion vorgegangen; von den Türmen Washingtons aus konnte man ihre Vortruppen sehen. Aber sie zauderten anzugreifen, man hatte Zeit die Stadt zu befestigen, und die Milizen strömten herbei, sie zu schützen; schon am 23. Mai überschritten die Unionstruppen den Potomak und die Grenze Virginiens; auf der ganzen ungeheuren Linie entbrannte der Kampf. Am 4. Juli 1861 trat der Kongreß zusammen, auf welchem die Vertreter der Sklavenstaaten mit Ausnahme weniger, Delaware, Maryland, Kentucky, Tennessee, fehlten. Lincoln verlangte, „um den Kampf so kurz und entscheidend als möglich zu machen", 400 000 Mann und 400 Millionen Dollar; am 11. bewilligte der Kongreß 500 000 und 500 Millionen; am gleichen Tage wurde ein Abgesandter Jefferson Davis' in Washington abgewiesen. Aber jene 500 000 waren noch nicht beisammen; gleichwohl ging man entschlossen vor. Während die Deutschen unter General Sigel — einem der badischen Flüchtlinge, welche einst die Katastrophe von 1849 über den Ocean getrieben hatte, und die nun ihrem neuen Vaterlande und der republikanischen Sache, die hier und nicht in Deutschland die vaterländische war, energische und uneigennützige Dienste leisteten — das Gebiet von Missouri auf dem westlichen Flügel von den Föderierten säuberten, im westlichen Virginien Mac Clellan bei Rich Mountain und Carricks Ford Erfolge errang, setzte sich am 17. Juli die Hauptarmee gegen Richmond in Bewegung: man hoffte mit den Freiwilligen, deren Dienstzeit bald um war, und auf die man große Kosten nicht umsonst verwandt haben wollte, etwas Erkleckliches zu erreichen. Vergebens warnte der alte General Scott, der Besieger von Mexiko, diese schlecht organisierten, schlecht disciplinierten, ungeübten Truppen nicht einer so gefährlichen Probe auszusetzen. General Mac Dowell wagte am 21. Juli

beim Bull-Run, einem Bache, der vier Meilen von Washington in den westlichen Arm der Chesapeakbai fällt, die Schlacht. Sie endigte mit einer vollständigen und schmählichen Niederlage: am folgenden Abend kamen die aufgelösten Haufen in den Verschanzungen der Bundeshauptstadt an, die bei einer energischen Verfolgung wahrscheinlich den Föderierten als Siegespreis in die Hände gefallen wäre. Sie unterließen diese Ausnutzung des Sieges jedoch, und der Eindruck dieser Niederlage war ein anderer, als die Sezessionisten gedacht hatten. Sowenig dieses Gemeinwesen vom Soldatenhalten seither hatte wissen wollen: in kritischer Zeit und unter germanischer Bevölkerung lernt man rasch, daß die militärische Ehre nichts anderes ist als die Staatsehre selbst, und daß sie einen Bestandteil der persönlichen Ehre eines jeden bildet, der einem großen und freien Staatswesen angehört. General Mac Dowell wurde entlassen; an seiner Stelle erhielt Mac Clellan den Auftrag, eine neue Armee zu organisieren, und es wurden zu diesem Behuf zugleich dem Präsidenten ausgedehnte kriegsherrliche Rechte eingeräumt. Einigen Ersatz für die Niederlage zu Lande bot es, daß sich zur See eine entschiedene Überlegenheit der Nordstaaten geltend machte. Ein kleiner Erfolg gegen die Forts am Cap Hatteras (Nordcarolina) gelang dem General Butler schon im August; am 22. Oktober verließ er mit 70 Schiffen und 25 000 Mann Annapolis, und ein Teil dieser Expedition erschien am 4. November vor dem Hafen von Beaufort (Nordcarolina). Hier wurden, nachdem die Konföderierten die Stadt preisgegeben hatten, unter Sherman Truppen ans Land gesetzt, welche gegen die Verbindungen zwischen Richmond und den östlichen Häfen operieren sollten, während das Gros der Expedition sich nach dem Mexikanischen Golf gegen New Orleans in Bewegung setzte.

Gegen Ende des Jahres schien ein unerwarteter Zwischenfall dem Süden Luft machen zu sollen. Die Unionstruppen hatten die sämtlichen Küsten der Rebellenstaaten in Blockadezustand erklärt, wogegen diese ihrerseits Kaperbriefe ausgaben: über alle Meere hin jagten sich in erbittertem Hasse die Schiffe der feindlichen Brüder. Aber jene Blockade war schwer wirksam zu machen bei einer Küste von so ungeheurer Ausdehnung. Ein Schiff, der Dampfer Nashville, hatte, wie so manche andere, am 19. Oktober von New Orleans auslaufend, die Blockade gebrochen: es trug eine ungewöhnlich kostbare Ladung — zwei Kommissare der Konföderierten, die Herren Mason und Slidell, welche beauftragt waren, die Sache der Südstaaten in London und Paris zu führen. Glücklich gelangten sie nach der Havana, auf spanisches Gebiet, und schifften sich hier auf einem englischen Postdampfer, dem Trent, nach Europa ein. Hier mochten sie sich vollkommen sicher fühlen, denn wer würde es wagen, ein englisches Postschiff zu be-

lästigen? Dieser kecke Beleidiger fand sich dennoch: am 8. November, als das Schiff durch den alten Bahamakanal fuhr, gewahrte man vor sich einen Dampfer, welcher die Unionsflagge aufzog und dem Trent, gegen allen Gebrauch bei anständigen Seefahrern, eine Kugel und noch eine entgegensandte. Der Trent hielt an: nach kurzem kamen von dem San Jacinto — so hieß der Amerikaner, der von einem Kapitän Wilkes befehligt war — zwei Offiziere und 20 Bewaffnete auf einem Boot herüber: sie verlangten die Passagierliste einzusehen, was der Kapitän verweigerte. Der eine der amerikanischen Offiziere nannte nun die Namen von vier Gentlemen, um die es ihm zu thun sei: es waren die Kommissare und zwei Begleiter. Diese traten nun selbst herzu und fragten, was mit ihnen geschehen solle. Der Offizier entgegnete, er habe Befehl, sie auf sein Schiff zu bringen: und als sie sich weigerten und den Schutz der britischen Flagge anriefen, auch der Kapitän feierlich Passagiere und Mannschaften zu Zeugen des mutwilligen Seeraubes, der hier geschehe, aufrief — da winkte der Offizier nach seinem Schiffe hinüber. Alsbald sah man zwei weitere Boote heranfahren: 80 Mann mit fertigem Gewehr bestiegen den Trent, führten die beiden Gentlemen und ihre Begleiter mit sich und ließen die entrüsteten Insassen des Trent ihre Reise allein fortsetzen. Dieser brutale Akt, ohne Zweifel von dem Kapitän Wilkes auf eigene Hand verübt, entsprang dem trotzigen Kraftgefühl, das sich darin gefiel, den europäischen Mächten und vor allem dem gehaßten England in der gröbsten Manier zu zeigen, daß der Amerikaner sie nicht fürchte — selbst den englischen Krieg zu dem Bürgerkriege nicht, wenn es sein müsse: es war die geballte Faust, welche ihnen der Yankee entgegenstreckte. Die Nachricht von dem, was geschehen, rief in England eine ungeheure und gerechte Entrüstung hervor. Eine eklatante Genugthuung war notwendig. Die Forderung der englischen Regierung war bescheiden genug: sie verlangte die Freilassung der beiden Herren, und dieses sehr mäßige Verlangen wurde von den Gesandten der übrigen Mächte in Washington unterstützt. Dies war nicht nötig; der Zweck war erreicht, und der richtige Verstand Lincolns erkannte, daß das Unrecht auf amerikanischer Seite war: am 26. Dezember erklärte Seward dem englischen Gesandten in Washington, daß die Unionsregierung bereit sei, die beiden Gentlemen herauszugeben, was denn auch am 1. Januar 1862 geschah.

Im Felde geschah während dieses Jahres (1861) nichts mehr von Bedeutung. Der Haupterfolg war, daß man im Norden jetzt die volle Entschlossenheit gewonnen hatte. Schon gegen Ende des Jahres erreichten die Streitkräfte der Union die ungeheure Zahl von 650 000 Mann; man rühmte sich und prahlte, daß eine solche

Heeresimprovisation nirgends als in dem Wunderlande Amerika möglich sei, und freute sich ordentlich, daß dieses Heer täglich die enorme Summe von 1½ Million Dollar verschlinge; nicht wenige freilich mochten Ursache haben, sich auf ihre Weise zu freuen, da vieles von der 1½ Million an schmutzigen Händen kleben blieb. Die Sklavenfrage selbst ließ man noch immer aus dem Spiel: als General Fremont im August 1861 im Staate Missouri die Sklaven aller derer, welche gegen die Vereinigten Staaten die Waffen geführt hätten, für frei erklärte, wurde diese Maßregel alsbald vom Präsidenten für nichtig erklärt und Fremont abgerufen.

Auch das folgende Jahr 1862 brachte noch keine Entscheidung. In der Sklavenfrage selbst rückte man allerdings einen wesentlichen Schritt vorwärts. Ein Antrag des Präsidenten, jeden Staat, der etwa die Abschaffung der Sklaverei beschließen möge, von Bundes wegen mit Geld zu unterstützen, das er dann nach Gutbefinden zu Entschädigungen verwenden könne, ward vom Kongresse angenommen (März), die Sklaven im Bundesdistrikte, Columbia, wurden emancipiert (April) und im Juni die Sklaverei in allen sogenannten Territorien untersagt. Im Felde hoben sich die beiderseitigen Erfolge so ziemlich gegenseitig auf. Die Expedition gegen New Orleans glückte: mit voller Dampfkraft segelte das Geschwader des Admirals Farragut am 26. April in den Mississippi zwischen den Forts Jackson und Philipp hindurch und zerriß die Kette, welche quer über den reißend schnell dahinfließenden Strom gelegt war, der hier eine Breite von 667 Meter hat; die dahinter liegende Flottille der Konföderierten ward gesprengt: nach ihm landete General Butler einige Regimenter und zwang, indem er mit dem Bombardement drohte, die reichste Stadt des Südens, New Orleans, mit ihren 170 000 Einwohnern zu kapitulieren. Im Laufe des Jahres kam der ganze Stromlauf bis Memphis hinauf, mit Ausnahme von Vicksburg, in die Gewalt der Union. Auch die Operationen auf dem westlichen Kriegsschauplatze, Grant gegen Beauregard, nahmen einen glücklichen Verlauf. Am 6. und 7. April schlug Grant den Befehlshaber der sezessionistischen Westarmee bei Pittsburgh-Landing in Tennessee, und am 8. ergab sich die strategisch wichtige Mississippi-Insel Nr. 10 und Memphis an die Unionstruppen.

Auf dem Hauptkriegsschauplatze aber, dem östlichen, waren die Erfolge der Union minder günstig. Die Haupt- oder Potomakarmee unter Mac Clellan schickte sich zum Vorstoß und entscheidenden Schlage gegen Richmond, den Hauptsitz der Föderierten, an. Der erste Versuch, von Osten her auf der Halbinsel, welche der James River mit dem York River bildet, gegen die Stadt zu operieren, mißlang; am 31. Mai wurde schon in der Nähe von Richmond, bei Fair Oaks und

Seven Pines, ein Teil von Mac Clellans Armee zu einer rückgängigen Bewegung gezwungen. Doch machte sich Mac Clellan zum Herrn der Eisenbahn zwischen Washington und Richmond; noch einmal wurde dann in siebentägigem Kampfe vom 26. Juni bis 1. Juli um Richmond gefochten. General Lee, einst Scotts Generalstabschef, führte die Konföderierten; die Entscheidung zu ihren Gunsten brachte der beste ihrer Generale, Stonewall Jackson, der rechtzeitig von Westen her eintraf, wo er sich seither mit Glück gegen überlegene Streitkräfte gehalten hatte. Mac Clellan wurde an den James River zurückgeworfen, die Umgehung war mißlungen, und er konnte sich nur durch einen meisterhaft geleiteten Rückzug in der Meinung seiner Landsleute behaupten. Am 23. Juli wurde General Halleck dirigierender Oberfeldherr der Unionstruppen.

Wiederholt hatte so der Süden seine Hauptstadt behauptet: der Zauber militärischer Überlegenheit war entschieden auf seiner Seite, und während er im Westen und Süden sich auf eine hartnäckige Defensive beschränkte, konnte er hier an der wichtigsten Stelle nochmals zum Angriff schreiten. Vier Corps, 90 000 Mann zusammen, unter Lee, setzten sich gegen Washington in Bewegung. Zum zweitenmal kam es bei einem Orte übler Vorbedeutung für die Union, bei Bull Run, vom 28. bis 30. August zu einer Schlacht, die abermals und wieder unter Mac Dowell, mit einer Niederlage der Bundestruppen endigte. In den Linien von Washington aber sammelten sich die Geschlagenen wieder, und diesmal rascher und besser als nach der ersten Schlacht; sie wurden verstärkt durch Mac Clellan, den man von der Halbinsel zwischen James- und York-River, wohin er zurückgegangen war, herbeizog und wiederum zum Oberbefehlshaber der Potomakarmee ernannte. Die Konföderierten benutzten ihren Sieg zu einem Einfalle in Maryland über Harpers Ferry, dessen Garnison sich an Jackson ergab. Dem weiteren Vordringen aber stellte sich nun Mac Clellan mit seiner ganzen Armee entgegen, 112 000 gegen 85 000, und erfocht am 17. September bei Sharpsburgh oder am Antietam einen Sieg, dessen Folgen sich Lee entzog, indem er die Nacht zum Rückzuge benutzte. Mac Clellan erregte durch seine schlaffe Haltung nach dem Siege Unzufriedenheit und ward durch Burnside ersetzt, der am Ende des Jahres, 13. Dezember 1862, noch einmal das Glück versuchte in einer blutigen Schlacht bei Fredericksburgh, in welcher aber wieder die Konföderierten das Schlachtfeld behaupteten, so daß am Ende dieses Jahres die Hauptarmeen ihre Stellung in der Mitte der beiderseitigen Hauptstädte bewahrten, ohne daß eine klare Entscheidung gefallen wäre.

So rangen sich mit wachsender Erbitterung die Gegner müde. In Europa war der Eindruck der, daß trotz der Ströme vergossenen Blutes

die Wiederherstellung der Union nicht gelingen werde, und auch in den Nordstaaten selbst errang die Reaktion, d. h. die demokratische Partei, bei Wahlen Erfolge und erhob wieder ihr Haupt. Indes blieb dies vereinzelt. Lincoln und die große Majorität der Nation blieb fest, und in der Sklavenfrage folgte nun abermals ein wichtiger Schritt. Am 22. September erließ Lincoln eine Proklamation, in welcher er zunächst ankündigte, daß er dem Kongreß eine „Maßregel behufs einer den rebellischen Staaten anzubietenden Geldentschädigung für die Freilassung ihrer Sklaven" empfehlen werde; zugleich aber proklamierte er, daß vom 1. Januar 1863 an sämtliche Sklaven jedes Teils der Vereinigten Staaten, dessen Einwohner sich zu dieser Zeit im Aufstande gegen die Bundesregierung befinden, für alle Zeiten frei sein sollten. Am 2. Dezember trat der Kongreß wieder zusammen. Aufs neue erklärte die Botschaft des Präsidenten mit aller Festigkeit: „Es giebt keine Linie, mag sie nun gerade oder krumm sein, welche als Grenzlinie für den Fall einer Trennung dienen könnte," und schlug dann noch einmal eine konstitutionelle Erledigung der Sklavenfrage nebst Entschädigung für jeden Staat, in welchem die Sklaverei jetzt bestehe, und der sie zu irgend einer Zeit vor dem 1. Januar 1900 aufheben werde, vor. Indes der 1. Januar 1863 brach an, ohne daß die Sezessionisten Miene gemacht hätten, ihre Waffen niederzulegen, und mit diesem Tage erließ der Präsident seine berühmte Emancipationsproklamation. „So bezeichne ich, Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, kraft der mir übertragenen Machtvollkommenheit als Oberbefehlshaber der Armee und Flotte der Vereinigten Staaten zur Zeit des thatsächlich bestehenden bewaffneten Aufruhrs gegen die Behörden und die Regierung der Vereinigten Staaten, als eine geeignete und notwendige Kriegsmaßregel, um besagten Aufruhr zu unterdrücken, an diesem ersten Tage des Januar im Jahre unseres Herrn 1863 — — als die Staaten und Teile von Staaten, deren Bevölkerung an diesem Tage im Aufruhr gegen die Vereinigten Staaten begriffen ist, die folgenden: es sind Arkansas, Texas, Louisiana, Mississippi, Alabama, Florida, Georgia, Südcarolina, Nordcarolina, Virginien. Und kraft der vorbesagten Machtvollkommenheit und zum erwähnten Zwecke bekräftige und erkläre ich, daß alle Sklaven in den aufgezählten Staaten und Teilen von Staaten frei sind und hinfüro frei sein sollen — — und hierzu, indem ich es aufrichtig als einen Akt der Gerechtigkeit erkläre, der von der Verfassung gestattet ist bei militärischer Notwendigkeit, rufe ich das ruhige Urteil der Menschen und die Güte und Gnade des allmächtigen Gottes an." Am 2. Februar dekretierte das Repräsentantenhaus, daß der Präsident jede ihm nötig scheinende Anzahl von Negern bewaffnen könne.

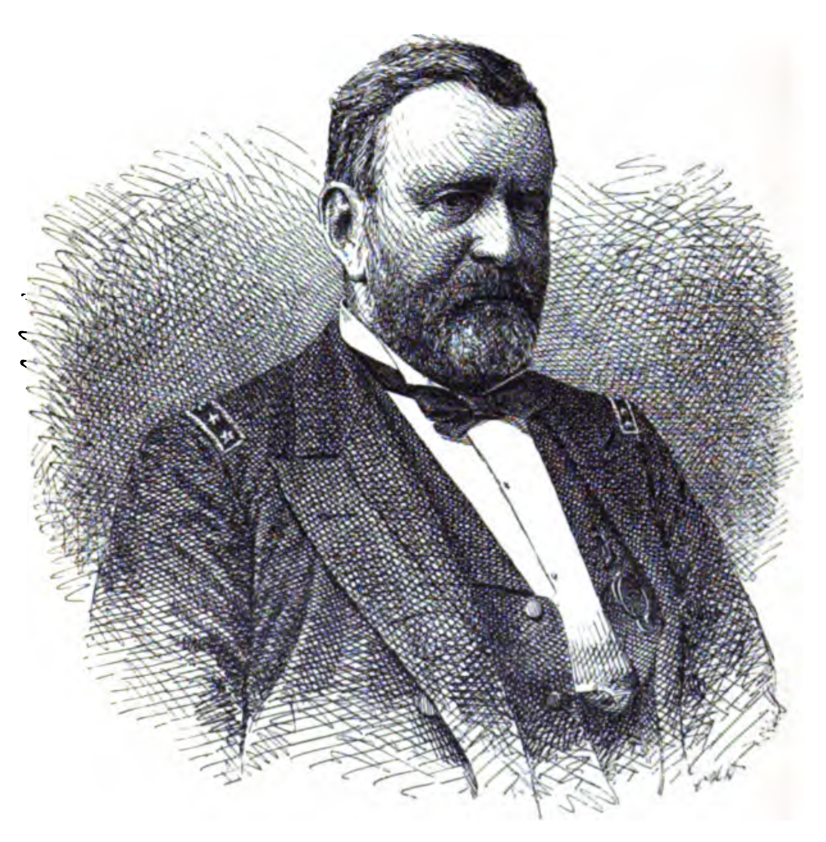
Ganz dieselbe Entschlossenheit zeigte die Unionsregierung den Vermittelungsbemühungen und Vorschlägen der europäischen Mächte gegenüber. Der Kaiser Napoleon hatte England und Rußland für eine solche Vermittelung gewinnen wollen und, als diese abgelehnt hatten, selbst Vorschläge nach Washington gelangen lassen. Dem machte eine Depesche Sewards vom 9. März 1863 ein Ende, in welcher er dem amerikanischen Gesandten Kenntnis gab von den einschlägigen Resolutionen des Kongresses, welcher dergleichen sich in bestimmtester Weise künftig verbat: der Kongreß werde sich genötigt sehen, jeden in der gleichen Richtung gemachten weiteren Versuch als einen unfreundlichen Schritt zu betrachten. Die Rechnung mit Frankreich, dessen Intervention in Mexiko man nicht außer Augen ließ, blieb einstweilen zurückgestellt: gegen England dagegen nahm die Republik eine drohende Haltung an. Vom Dezember 1862 bis zum Februar 1863 zog sich eine diplomatische Korrespondenz hin. Die amerikanische Regierung machte darauf aufmerksam und beschwerte sich darüber, daß in englischen Häfen Kriegsschiffe für Rechnung der rebellischen Staaten ausgerüstet würden, und Seward ließ der englischen Regierung erklären, daß sich die Vereinigten Staaten vorbehielten, zu gelegener Zeit vollen Schadenersatz für alle von solchen Schiffen angerichtete Zerstörung zu verlangen. Der englische Minister des Auswärtigen, Earl Russell, erwiderte, die Administration sei nach den bestehenden Gesetzen außer stande, etwas in der Sache zu thun, und die englische Regierung würde solche Forderungen niemals anerkennen. Das werde sich finden, entgegnete Seward; im August begann der Schriftenwechsel aufs neue, Lord Palmerston äußerte trotzig im Parlament, daß England nicht gewohnt sei, fremden Staaten zuliebe seine Gesetze zu ändern, was in seinem Munde befremdlich klang und für den Fall, daß diese Gesetze nicht offenbarem Unrecht zu wehren gestatteten, eine Thorheit war: Seward dagegen erklärte, daß, wenn die in englischen Häfen im Bau begriffenen Panzerschiffe ausliefen, die Fortdauer des Friedens eine Unmöglichkeit sein würde. Es machte keinen geringen Eindruck in Europa, daß die Amerikaner in demselben Augenblicke, wo es noch mehr als zweifelhaft schien, ob sie mit ihren eigenen abgefallenen Staaten fertig werden würden, von einem Kriege mit der ersten Seemacht wie von der gleichgültigsten Sache der Welt sprachen. Die englische Regierung aber besann sich nun doch eines besseren und traf die nötigen Maßregeln, um das Auslaufen jener Schiffe zu verhindern. Die Rechnung für den Schaden, der bereits gethan und der sehr bedeutend war, sollte aber zur rechten Zeit präsentiert werden.

Um diese Zeit war allerdings ein entscheidender Erfolg seitens der Union bereits errungen. Ein Hauptnerv der Südstaaten war zer-

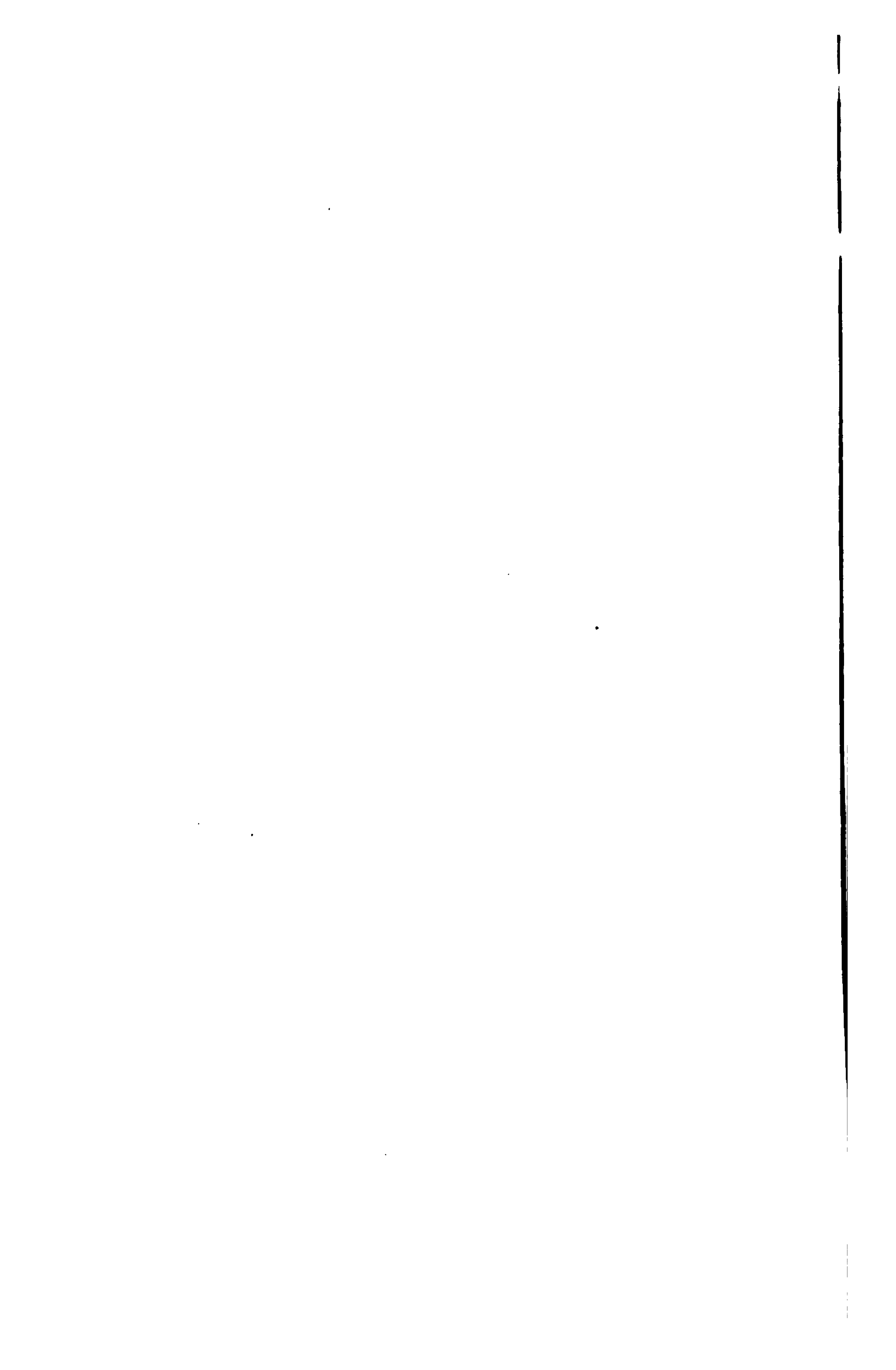
schnitten: der Stromlauf des Mississippi war von Memphis bis New Orleans unbestritten im Besitze der Unionstruppen. Die Sezessionisten hielten Vicksburgh und Port Hudson und damit eine Stromstrecke von 30 Meilen, ausreichend um den Golfstaaten die Verbindung mit Louisiana und seinen Nebenländern, welche jenen Baumwollstaaten am Mexikanischen Golf das Getreide lieferten, zu sichern. Gegen diesen Punkt nun, Vicksburgh, wendete sich General Ulysses Grant mit der gesamten Westarmee und wirkte mit der Stromflottille zusammen; nach langer Belagerung fiel das tapfer verteidigte Vicksburgh 4. Juli 1863 mit 30 000 Mann und 260 Geschützen, am 8. Juli Port Hudson mit 6000 Mann und 70 Geschützen: der Strom war frei, den nordwestlichen Staaten der Weg zum Meere wieder geöffnet, das Machtgebiet der Konföderation durchbrochen. Der Krieg wurde zum Parteigängerkrieg, der vielen Schaden im einzelnen brachte, aber doch im ganzen hier entschieden war. Am Schlusse des Jahres 1863 waren die Staaten Tennessee und Kentucky im unbestrittenen Besitze der Union.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatze begannen die Operationen erst im April. Den Oberbefehl über die Potomakarmee hatte an Burnsides Stelle General Hooker übernommen. Er überschritt den Rappahannock und wurde am 2. bis 6. Mai in der zweiten Schlacht bei Fredericksburgh (Chancellorsville) von Lee geschlagen, der seinerseits nun den Potomak überschritt und gegen Maryland und Pennsylvanien vorrückte. Auf pennsylvanischem Boden bei Gettysburgh kam es zu einer neuen Schlacht, in welcher die Unionstruppen von einem neuen Führer, General Meade, befehligt wurden (1. bis 3. Juli). Es war die blutigste des ganzen Krieges, und sie dauerte bis zum Nachmittage des dritten Tages. Lee, der sich hier wie überall als einen Führer ersten Ranges zeigte, brach noch rechtzeitig die verlorene Schlacht ab, um sich den Rückzug zu retten, den er ohne weitere Verluste über den Potomak ausführte. An dieser Stelle, der wichtigsten, blieben also die Dinge unverändert: beide Armeen bezogen die Winterquartiere des vorigen Jahres.

Auch das folgende Jahr noch zog der gewaltige Kampf ohne Entscheidung sich hin. Im Dezember 1863 war im Kongreß ein Antrag der demokratischen Partei zur Verhandlung gekommen, nach welchem der Präsident ersucht werden sollte, Kommissare zu ernennen, welche mit den Behörden von Richmond über die Mittel zur Beendigung „dieses blutigen, verheerenden und unmenschlichen Krieges" in Unterhandlung treten würden. Mit 98 gegen 59 Stimmen aber wurde dieser Antrag verworfen und dafür der entgegengesetzte angenommen: daß der Kongreß die kräftigste und rücksichtsloseste Fortsetzung des Krieges bis zur unbedingten Wiederherstellung der Bundesautorität über das



Ulysses S. Grant,
Oberfeldherr und Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
(Nach einer Photographie, gezeichnet von Otto Humbert-Droz.)



gesamte Nationalgebiet begehre und jeden Waffenstillstands-, Friedens- und Vermittelungsvorschlag verwerfe, solange noch ein Rebell gegen den Bund in Waffen stehe.

Sie hatten recht: der starke Blutverlust, der jetzt schon in das dritte Jahr dauerte, machte sich in dem an Menschen wie an Kapitalkraft ärmeren Süden sehr entschieden fühlbar, während man auf seiten der nördlichen Staaten, obwohl auch hier nicht alle jene Hunderttausende, welche das Gesetz aufbot, die Waffen wirklich trugen und die Konskription, zu welcher man in diesem Jahre schreiten mußte, keine sonderlichen Ergebnisse lieferte, das wohlbegründete Vertrauen hegen durfte, daß die Kräfte noch längere Zeit vorhalten würden, und Generale, Soldaten und Verwaltung zusehends sich vervollkommneten. Die Landtruppen des Nordens kann man für den Anfang des Jahres 1864 auf 450 000, unter denen 65 000 Mann Negertruppen, anschlagen, während die Zahl der sezessionistischen schwerlich mehr als 200 000 betrug, obgleich eine Proklamation des Präsidenten oder Diktators Jefferson Davis vom 10. Juli 1863 alle Männer vom 18. bis 40. Jahre unter die Waffen gerufen hatte und die Konskription hier, wo in der That das Volk selbst für seine schlechte Sache den Krieg führte, auf keine sonderlichen Schwierigkeiten stieß. Übrigens nahm der Krieg einen immer grausameren Charakter an. Schon am 30. Juli 1863 mußte Lincoln zum Schutze der Kriegsgefangenen aus den Negerregimentern eine Proklamation erlassen, welche verfügte, daß für jeden Soldaten der Vereinigten Staaten, der den Kriegsgesetzen zuwider getötet werde, ein gefangener Rebellensoldat hingerichtet, für jeden, der vom Feinde zum Sklaven gemacht oder in die Sklaverei verkauft werde, ein Rebellensoldat zu harter Arbeit an den öffentlichen Werken so lange, bis jener freigelassen werde, angehalten werden sollte.

Die Operationen im großen begannen erst im März (1864), und zwar ergriff jetzt der Norden die Offensive. Die westliche oder Tennessee- und Cumberlandsarmee wurde unter den Befehl von General Sherman, die Ost- oder Potomakarmee unter den von Grant gestellt. Das Ziel der ersteren war Atlanta, ein großer Waffenplatz des Südens, in der Mitte des Staates Georgia gelegen. Sherman hatte um Chattanooga (Tennessee) etwa 90 000 Mann konzentriert und setzte sich südwärts in Marsch. Der tüchtige sezessionistische General Johnston wich vor ihm zurück, während er durch Parteigänger und Streifcorps die Verbindungen seines Gegners unsicher machte; er wollte ihn erst auf dem immerhin gewagten Zuge — denn Georgia ist ein Land von über 2700 Quadratmeilen, und die Bevölkerung war durchaus feindlich gesinnt — sich schwächen lassen. Ungeschickterweise wurde Johnston abgerufen und durch einen minder fähigen Führer, Hood, ersetzt.

Die verwickelten Operationen dauerten bis zum 1. September, wo die Konföderierten die Stadt räumten, nachdem sie alle Waffenvorräte und Magazine zerstört hatten; am 2. zogen die Unionstruppen ein. Hood versuchte nun den Krieg wieder nach dem Norden zu spielen, in der Hoffnung, daß Sherman ihm folgen werde. Dieser aber schickte nur einen Teil seiner Truppen, 35 000 Mann, unter General Thomas ihm nach, der am 16. Dezember dem Gegner bei Nashville einen Sieg abgewann; mit der Hauptmacht wandte sich Sherman dem Atlantischen Ocean zu, um die wichtigsten Seeplätze des Südens, Savannah in Georgia, Charleston und Wilmington in Carolina, gegen welche von der Seeseite her bis jetzt vergebliche Anstrengungen gemacht worden waren, nunmehr von der Landseite her zu bezwingen oder wenigstens deren Verbindung mit Richmond zu zerschneiden. Dieser vortreffliche Plan wurde geschickt ausgeführt. Am 12. November trat Sherman mit 55 000 Mann zu Fuß und 10 000 Reitern seinen Marsch an; nach 32 Tagen, in denen er 70—80 Meilen zurücklegte, erreichte er das Meer und setzte sich mit dem Unionsgeschwader, das in der Mündung des Ogeechee lag, in Verbindung. Der sezessionistische General, der dort befehligte, erwog, daß seine 15 000 Soldaten mehr wert waren als der Platz; er räumte also Savannah und zog sich auf Charleston zurück. Am 22. Dezember zog Sherman in Savannah ein.

Dies war von Bedeutung auch für den östlichen Kriegsschauplatz, wo die Entscheidung lag. Grant, jetzt Generalissimus der Unionstruppen, hatte die Potomakarmee auf 120 000 Mann gebracht: er überschritt am 5. Mai den Rapidan, und in dem waldigen und hügeligen Terrain am mittleren Laufe dieses Flusses, welches man mit dem Namen the wilderness bezeichnet, kam es zwischen ihm und Lee zu der mehrtägigen „Schlacht in der Wildnis", welche dem Norden 30 000 Mann kostete, aber siegreich endete. Sie entschied noch nichts; wiederholte Versuche gegen die Stellung Richmond-Petersburgh, welche die Unionisten unter Grant und Butler machten, wurden von Lee und Beauregard siegreich zurückgewiesen. Am 18. August gelang es Grant, sich der wichtigen nach dem Süden führenden Weldonbahn zu bemächtigen, wogegen Lee, um sich Luft zu machen, durch den General Early eine kühne Diversion ausführen ließ: durch das offenstehende Shenandoahthal sollte dieser nordwärts vorgehen, um einen abermaligen Einfall in Maryland und Pennsylvanien zu machen. Dies gelang; brandschatzend und Beute machend durchstreifte er diese Landschaften. Er ward am 21. und 22. September bei Fishers Hill durch Sheridan geschlagen; aber das Jahr ging wiederum zu Ende, und Richmond stand noch immer aufrecht.

Dagegen war eben jetzt auf politischem Gebiete ein wichtiger Erfolg errungen worden. Die Amtsperiode Abraham Lincolns ging zu Ende, die Wiederwahl des Präsidenten war aber nach der Verfassung der Vereinigten Staaten gestattet. Der Wahlkampf war wie immer ein sehr lebhafter. Drei Kandidaten wurden aufgestellt. Die demokratische Partei, die sogenannte Plattform von Chicago, denn dort war ihr Programm und ihr Kandidat aufgestellt worden, verlangte Einstellung der Feindseligkeiten und Anwendung friedlicher Mittel zur Herstellung der Union auf föderaler Grundlage; ihr Kandidat war Mac Clellan. Die Republikaner teilten sich: die gemäßigten, die Plattform von Baltimore, forderten unbedingte Ausrottung der Sklaverei und Fortsetzung des Krieges bis zur bedingungslosen Unterwerfung der Rebellen; sie hielten an Lincoln fest, dessen Wiederwahl sie forderten. Einer dritten, radikalen Partei that die entschlossene, aber maßvolle Politik Lincolns nicht Genüge: sie, die Cleveland-Plattform, verlangte Konfiskation des Eigentums der Rebellen, das an Soldaten und Kolonisten ausgethan werden sollte, und absolute Gleichstellung aller Einwohner der Union: mit anderen Worten nicht bloß die Befreiung der Negersklaven, sondern auch ihre sofortige Einsetzung in das volle Stimmrecht. Ihr Kandidat war General Fremont, dessen wir oben gedachten, der aber noch vor der Entscheidung zurücktrat. Die Frage vereinfachte sich nunmehr: wer für Fortsetzung des Krieges und für unbedingte Unterwerfung des Südens war, stimmte für Lincoln, — wer noch nach drei schweren Kriegsjahren auf dem Boden von Lincolns Antrittsrede stand und unterhandeln wollte, stimmte für Mac Clellan.

Am 8. November fiel die Entscheidung. Es waren 25 Staaten, 234 Wähler: von diesen stimmten 22 Staaten, 213 Wähler, für Lincoln, 3 Staaten, 21 Wähler, für Mac Clellan. Jene Wahl repräsentierte 2 185 502 Urwähler, diese 1 778 200: mit einer wenn auch nicht sehr großen Mehrheit war demnach vom Volke mit dieser Wiederwahl der Entschluß ausgesprochen, den Kampf durchzufechten, bei dem es ein großes Humanitätsprinzip galt — die Frage vor allem, ob dieses große und zukunftsreiche Gemeinwesen fortfahren sollte, auf ungesunder und unsittlicher Grundlage zu ruhen, ob spät im 19. Jahrhundert eine politische Neuschöpfung auf Grundlage der Sklaverei gelingen könne.

Die Wage neigte sich zu Gunsten der besseren Sache, die volle Entscheidung stand noch aus. Sie fällt in die ereignisvolle, an erschütternden Katastrophen überreiche zweite Hälfte des siebenten Jahrzehnts, dessen Geschichte der dritte Teil unserer Darstellung gewidmet ist.

Inhaltsverzeichnis.

Drittes Buch.

Von der Revolution des Februar 1848 bis zum Tode Friedrichs VII. von Dänemark.

1848—1863.

Verzeichnis
der Abbildungen und Karten.

Druck von Leonhard Simion in Berlin.

Aus Adami-Kiepert's Atlas. Verlag von Dietrich Reimer in Berlin.

60
50
40
30
20
70
60

PHILADELPHIA
Ohio
CINCINNATI
Richmond
Raleigh
Georgia
Savannah
Jacksonville
St. Augustine
C. Canaveral
Golf Strom
Bahama
Florida Strasse
Florida Riff
C. Sable
Tampa
Apalachicola
LA HAVANA
C. S. Antonio
C. Catoche
Jamaica
Windward passage
BUSEN
ICO
CARIBISCHES M.

